

Ausgebürgert unter dem Hakenkreuz

Rassisch und politisch verfolgte Rechtsanwälte

Biographische Dokumentation
einer Spurensuche
zur deutschen Emigration
nach 1933

von
Martin Schumacher

Deutschlands und ihrer Hilfs- und Ersatzorganisationen sowie auf Sachen und Rechte, die zur Förderung marxistischer oder anderer, nach Feststellung des Reichsministers des Innern volks- und staatsfeindlicher Bestrebungen gebraucht oder bestimmt sind, Anwendung.

Berlin, den 14. Juli 1933.

Der Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
Frick

Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit.

Vom 14. Juli 1933.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Einbürgerungen, die in der Zeit zwischen dem 9. November 1918 und dem 30. Januar 1933 vorgenommen worden sind, können widerrufen werden, falls die Einbürgerung nicht als erwünscht anzusehen ist.

Durch den Widerruf verlieren außer dem Eingebürgerten selbst auch diejenigen Personen die deutsche Staatsangehörigkeit, die sie ohne die Einbürgerung nicht erworben hätten.

Der Widerruf wird wirksam mit der Zustellung der Widerrufsverfügung oder mit dem Zeitpunkt seiner Veröffentlichung im Reichsanzeiger.

Der Widerruf liegt den Landesbehörden, bei unmittelbaren Reichsangehörigen dem zuständigen Reichsminister ob.

Diese Vorschrift tritt mit dem Ablauf von 2 Jahren seit ihrer Verkündung außer Kraft.

§ 2

Reichsangehörige, die sich im Ausland aufhalten, können der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt werden, sofern sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben. Das gleiche gilt für Reichsangehörige, die einer Rückkehraufforderung nicht Folge leisten, die der Reichsminister des Innern unter Hinweis auf diese Vorschrift an sie gerichtet hat. Bei der Einleitung des Aberkennungsverfahrens oder bei Erlass der Rückkehraufforderung kann ihr Vermögen beschlagnahmt, nach Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit als dem Reiche verfallen erklärt wer-

den. Die Beschlagnahme des Vermögens endigt spätestens mit dem Ablauf von 2 Jahren, falls es nicht vorher als dem Reiche verfallen erklärt wird.

Diese Maßnahmen können auch gegenüber Reichsangehörigen im Saargebiet getroffen werden, die in der Zeit nach dem 30. Januar 1933 ihren Aufenthalt dorthin verlegt haben.

Die Entscheidung trifft der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen in der Regel nach Anhörung der Regierungen der beteiligten Länder; als beteiligt gelten das Land, dem der Reichsangehörige angehört, und diejenigen Länder, in denen er innerhalb der letzten Jahre seine dauernde Niederlassung gehabt hat.

Der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen beschließt im einzelnen Falle, inwieweit sich der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit auf den Ehegatten, auf die ehelichen oder an Kindesstatt angenommenen Kinder, bei Frauen auf die unehelichen Kinder erstreckt.

Die Aberkennung der Staatsangehörigkeit wird mit der Verkündung der Entscheidung im Reichsanzeiger wirksam.

§ 3

Der Reichsminister des Innern kann im Einvernehmen mit den Reichsministern des Auswärtigen und der Finanzen Rechts- und Verwaltungsvorschriften zur Ausführung dieses Gesetzes erlassen.

Berlin, den 14. Juli 1933.

Der Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
Frick

Der Reichsminister des Auswärtigen
Freiherr von Neurath

Der Reichsminister der Finanzen
Graf Schwerin von Krosigk

Gesetz über die Zulassung öffentlicher Spielbanken.
Vom 14. Juli 1933.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Der Reichsminister des Innern kann in Kur- und Badeorten, die entweder

a) in den Jahren 1924 bis 1930 eine durchschnittliche Besucherzahl von jährlich mindestens

**Ausgebürgert
unter dem Hakenkreuz**

Erste Nachmittags-Ausgabe.
84. Jahrgang. — Nr. 2033
Wolff's Telegraphisches Büro
(W. T. B.)

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

Berlin, Freitag 25. August 1933

Abtrennung der deutschen Staatsangehörigkeit.

*) Berlin, 25. August. Auf Grund des § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Abtrennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 hat der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen durch eine im Reichsanzeiger veröffentlichte Bekanntmachung vom 23. Aug. 1933 zunächst folgende im Ausland befindliche Reichsangehörige der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt, weil sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben:

Dr. Alfred Apfel,
Georg Bernhard,
Dr. Rudolf Breitscheid,
Eugen Eppstein,
Alfred Fall,
Lion Feuchtwanger,
Dr. Friedr.-Wilhelm Foerster,
Selmutz von Gerlach,
Esfriede Gohlke gen. Ruth Fischer,
Kurt Grohmann,
Albert Grzesinski,
Emil Gumbel,
Wilhelm Hansmann,
Friedrich Hedert,
Max Hölz,
Dr. Alfred Kerr,
Otto Lehmann-Rußbildt,
Heinrich Mann,
Theodor Maslowski,
Wilhelm Münzenberg,
Heinz-Werner Neumann,
Wilhelm Pieck,
Berthold Salomon gen. Jacob,
Philipp Scheidemann,
Leopold Schwarzschild,
Max Sievers,
Friedrich Stampfer,
Ernst Toller,
Dr. Kurt Tucholski,
Bernhard Weiß,
Robert Weismann,
Otto Weis,
Dr. Johannes Werthauer.

Zugleich ist das Vermögen dieser Personen beschlagnahmt worden.

Rm

nichtig

HT

88

Abb. 3: W.T.B.-Veröffentlichung der 1. Ausbürgerungsliste
Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes

Ausgebürgert unter dem Hakenkreuz

Rassisch und politisch verfolgte Rechtsanwälte

Biographische Dokumentation
einer Spurensuche
zur deutschen Emigration
nach 1933

von
Martin Schumacher

The print of this book was funded by



Auswärtiges Amt

and Herbert und Elsbeth Weichmann-Stiftung Hamburg.



HERBERT UND ELSBETH
WEICHMANN-STIFTUNG

Bibliographic information published by Deutsche Nationalbibliothek
Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in Deutsche Nationalbibliografie;
detailed bibliographic data are available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>

ISBN 978-3-402-24749-5

DOI <https://>

doi.org/10.17438/978-3-402-21827-3



This work is licensed under the Creative Commons Attribution-NonCommercial-No-Derivatives 4.0 (CC BY-NC-ND) which means that the text may be used for non-commercial purposes, provided credit is given to the author. For details go to <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>. To create an adaptation, translation, or derivative of the original work and for commercial use, further permission is required.

Creative Commons license terms for re-use do not apply to any content (such as graphs, figures, photos, excerpts, etc.) not original to the Open Access publication and further permission may be required from the rights holder.

© 2021/2023 Martin Schumacher. A publication by Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG, Münster
This book is part of the Aschendorff Verlag Open Access program.

www.aschendorff-buchverlag.de

„Die Deutsche Regierung hat im Verlauf der letzten fünf Jahre, besonders aber gerade in den letzten Tagen bewiesen, daß sie das deutsche Volk nicht mehr zu den Kulturnationen der Welt gerechnet wissen will, denn sie hat ihre Bürger zu der Begehung der schandbarsten und grauenhaftesten Taten angestiftet und aufgefordert. Mich unter den Schutz einer solchen verbrecherischen Regierung und ihrer Auslandsvertreter zu stellen, wäre aber lächerlich, so daß der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit vollkommen wertlos für mich ist.“

Edgar Cohn, 14. November 1938

„Ich empfinde meine Ausbürgerung als eine capitis deminutio – nicht media, weil es sich um den Verlust der civitas handelt, sondern als eine capitis deminutio maxima und Diffamierung, da sie damit begründet und da sie erfolgt ist, dass ich meine Bürgerpflichten gegen mein Vaterland nicht erfüllt hätte.“

Dr. Bruno Altenberg, 17. Dezember 1941

„Ausbürgerung bedeutet Entzug der Staatsangehörigkeit.“

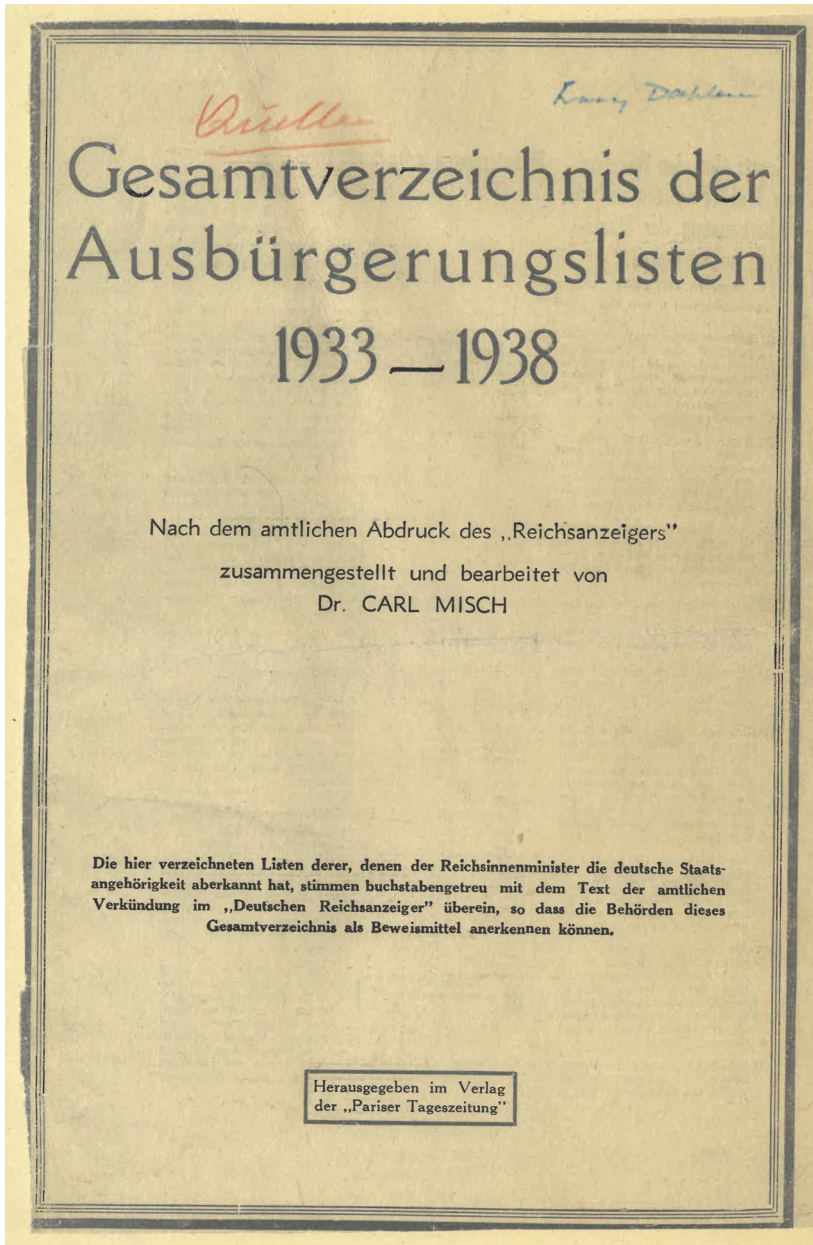


Abb. 4: Exemplar aus dem Nachlass von Franz Dahlem (1892–1981). Der ehemalige Reichstagsabgeordnete der KPD – im Frühjahr 1933 über Prag nach Paris emigriert – wurde 1936 ausgebürgert. Die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit wurde auf die Ehefrau und die Kinder erstreckt.

Bibliothek des Bundesarchivs, Berlin

Vorwort

Die *Nürnberger Rassengesetze* diskriminierten und entrechteten die jüdische Bevölkerung Deutschlands. Nach dem *Reichsbürgergesetz* – einem der beiden 1935 beschlossenen NS-Gesetze – konnte ein Jude nicht *Reichsbürger* sein. Bis 1943 wurden 13 Durchführungsverordnungen zu diesem Gesetz erlassen. Die Elfte Verordnung vom 25. November 1941 trat mit ihrer Veröffentlichung im „Reichsgesetzblatt“ in Kraft. Sie trägt die Unterschriften des Reichsministers des Innern und des Leiters der Partei-Kanzlei sowie des Staatssekretärs im Reichsministerium der Finanzen und des kommissarischen Reichsministers der Justiz, in dieser Reihenfolge. Durch die Verordnung verlor „ein Jude, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland“ hatte oder nach Erlass der Verordnung dort nahm, die deutsche Staatsangehörigkeit. Sein Vermögen fiel dem Reich. Die Verordnung betraf auch die Juden, deren Deportation in den Osten seit Mitte Oktober 1941 systematisch betrieben wurde: „Die zur Tat entschlossenen Mörder“ – so Bernd Rüthers – „legten Wert auf einen geregelten Vermögensübergang“.

Bereits seit 1933 hatte das Reich ein Instrument zur individuellen Ausbürgerung in der Hand. Und der NS-Staat machte davon auch Gebrauch: So wurden aufgrund § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 rd. 39.000 Personen „der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig“ erklärt. Lange, durchnummerierte Listen mit den Namen der nun Staatenlosen erschienen im „Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger“, letztmalig am 7. April 1945. Mit der Aberkennung ihrer deutschen Staatsangehörigkeit wurden emigrierte Reichsangehörige bestraft. Sie hatten – so die amtliche Begründung – „durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt“. Die Ausbürgerung erklärte der Reichsminister des Innern jeweils im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen. Mit „Dr. Apfel, Alfred“ beginnt die erste von 359 Listen. Der Strafverteidiger hatte nach kurzer *Schutzhaft* Zuflucht in Paris gefunden. Mit der gleichen Liste, die 33 Namen umfasst, wurden am 23. August 1933 noch zwei weitere Berliner Rechtsanwälte aus dem deutschen *Volkskörper* ausgeschlossen: der frühere Polizeivizepräsident „Weiß, Bernhard“ und „Dr. Werthauer, Johannes“.

Aus Beruf und Vaterland vertrieben, als *Volksfeind* geächtet und an den Pranger gestellt, dieses Schicksal mussten allein aufgrund der Vielzahl der Ausgebürgerten viele emigrierte Rechtsanwälte und auch einige in der Anwaltschaft „zahlenmäßig“ (Margarethe Freiin von Erffa) noch sehr gering vertretene Rechtsanwältinnen erlitten haben. Ihre Namen werden zwar in den „Listen“ genannt, aber diese geben die Berufe der Ausgebürgerten nicht preis. Insofern schien es kaum möglich, unter Tausenden die vermuteten vielen zu finden. In den biographischen Dokumentationen „Anwalt ohne Recht“ wie in der Literatur zur Ausgrenzung und Entrechtung der „Juristen jüdischer Abstammung“ (Horst Göppinger) wird zudem die Ausbürgerung – wenn überhaupt – als Tatsache nur beiläufig erwähnt. Würde diese nationalsozialistische Verfolgungsmaßnahme übersehen oder als weniger bedeutsam eingeschätzt? Vermutlich trifft das eine wie das andere zu. Das führte dazu, dass nicht einmal der blinde Fleck als solcher wahrgenommen wurde. Hinzu kommt, dass die von Michael Hepp 1985 publizierten Ausbürgerungslisten kaum berücksichtigt wurden und, mehr noch, dass eine zentrale Quelle nahezu ungenutzt blieb: die Ausbürgerungsakten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts.

In seiner aktuellen Selbstdarstellung weist das Archiv auf diesen Bestand hin. Die Akten betreffen danach Prominente wie Albert Einstein oder Thomas Mann, vor allem aber

Unbekannte und Vergessene, „die als Juden auf Grund des nationalsozialistischen Rassenwahns verfolgt wurden und ins Ausland geflohen waren“. Auch zahlreiche Reichstags- und Landtagsabgeordnete der Weimarer Republik wurden als Emigranten in der Zeit des Nationalsozialismus ausgebürgert. In der aus einem Forschungsauftrag des Deutschen Bundestages hervorgegangenen Dokumentation zu den Lebensschicksalen der Parlamentarier nach 1933 hatte ich die Ausbürgerung als eine Verfolgungsmaßnahme herausgearbeitet und im Einzelfall belegt, jedoch ohne Einbeziehung der Akten. Später machte mir das Politische Archiv für andere Forschungsarbeiten einzelne Akten als Mikrofilm oder gescannt zugänglich. Das Vorhaben, den Bestand für die nach 1933 in die Emigration vertriebenen Anwälte zu sondieren, entwickelte sich in und aus diesem Forschungszusammenhang. Ob und wie ein solches Unternehmen gleichsam im Alleingang bewerkstelligt werden könnte, diese Frage stellte ich mir lieber nicht. Im Winter 2017 unternahm ich einen ersten Versuch, das wüste Terrain zu erkunden. Anhand einer dafür erarbeiteten Suchliste wurden Akten „ausgehoben“: zahllose Mikrofiches, in Karteikästen nach Archivsignaturen sortiert! In dieser Ansammlung, die selbst die stets hilfsbereiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Lesesaal beeindruckte, konnte mit einigem Aufwand und etwas Glück der gesuchte Vorgang am Lesegerät entdeckt werden. Der Aktenbefund wurde verzeichnet, vieles als Screenshot dokumentiert. Für die weitere Auswertung des rasch anwachsenden Fotobestandes wurde unter Linux die Shotwell-Bildverwaltungs- und Bearbeitungssoftware verwendet.

Als Ergebnis der Spurensuche wird die Ausbürgerung in hunderten Einzelfällen annähernd nachgewiesen. Jeder einzelne Emigrant wurde durch die Ausbürgerung als *Staatsfeind* und *Volksschädling* bestraft, gebrandmarkt. In der Regel setzte die Gestapo die bürokratische Prozedur in Gang. Ihre Definitions- und Durchsetzungsmacht wurde vom Auswärtigen Amt – in jedem Einzelfall um Zustimmung gebeten – und von den deutschen Diplomaten im Ausland nicht in Frage gestellt. Noch vorhandenes Vermögen der Ausgebürgerten – vom Erbrecht ausgeschlossen – verfiel dem Reich; Versorgungsansprüche erloschen; die Ausbürgerung wurde in der Einwohnermeldekartei des letzten inländischen Wohnorts und im Strafregister als untilgbar vermerkt. Die deutschen Universitäten wurden in diesen Prozess der Entrechtung eingebunden. Und sie handelten, wie es von ihnen erwartet wurde. Mit formellen Beschlüssen entzogen sie Ausgebürgerten den ihnen von der Hochschule rechtmäßig verliehenen Doktorgrad. Seit dem Frühjahr 1943 trat der Verlust akademischer Grade automatisch mit der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 ein.

Für eine juristische Berufssparte verzeichnet die Dokumentation die ermittelten Einzelfälle. Diese zeigen, dass vom NS-Unrecht der Ausbürgerung nahezu ausschließlich Rechtsanwälte jüdischer Herkunft oder in der Sprache der Verfolger *jüdische Rechtsanwälte*, *typisch jüdische Rechtsanwälte* betroffen waren. Rassisch *und* politisch begründet, wie hanebüchen im Einzelfall auch immer, wurde die Ausbürgerung auf die ebenfalls emigrierten *jüdischen* oder *nicht jüdischen* Ehepartner und Kinder als Strafmaßnahme *erstreckt*. Viele Emigranten haben offenbar nie oder – wie etwa auch Willy Brandt – nur auf Umwegen erfahren, dass sie nicht länger Deutsche waren. Keiner der Ausgebürgerten wurde amtlich benachrichtigt, keiner hatte die Möglichkeit, gegen die Entscheidung Rechtsmittel einzulegen. Nach den „Taten“ im November 1938 mochte Edgar Cohn, vormals Rechtsanwalt in Berlin, nicht länger deutscher Staatsbürger sein. Dagegen hat Bruno Altenberg noch Ende 1941 seine Ausbürgerung „als eine *capitis deminutio maxima* und Diffamierung“ empfunden. Udo Rukser – wie Altenberg ehemals Rechtsanwalt beim Berliner Kammergericht – wurde erst 1944 ausgebürgert. In Santiago de Chile hatte er als Mitgründer und Mitherausgeber der „Deutschen Blätter“ seit 1943 dem „anderen“ Deutschland eine

Stimme verliehen. Später sah er in der Abstempelung als *Reichsfeind* eine bitter verdiente Auszeichnung für seinen mit großen Opfern verbundenen Kampf gegen Hitler-Deutschland. Tatsächlich war der antragstellenden Gestapostelle von diesem Engagement des *deutschblütigen Auswanderers* überhaupt nichts bekannt. Sie wusste aber, dass Rukser – mit der *Jüdin* Dora Richter verheiratet – Vermögenswerte im Reich hinterlassen hatte. Die drei „Fälle“ mögen beispielhaft andeuten, dass die Reaktion der Betroffenen, sofern und sobald sie von ihrer Ausbürgerung erfahren haben, sehr unterschiedlich gewesen sein dürfte.

Die Ausbürgerungsakten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes wurden inzwischen digitalisiert. Das erleichterte die Nutzung des Bestandes in der Schlussphase der Sondierung. Gesucht wurde nach Verfolgten in Akten der Verfolger. Ermittelt wurden rd. 600 Rechtsanwälte – unter ihnen ein halbes Dutzend Rechtsanwältinnen. Als Emigranten wurden sie nach 1933 individuell ausgebürgert. Ungeachtet der großen Zahl dürften noch weitere Rechtsanwälte ins Visier der Gestapo geraten sein. Bei der Suche zeigte sich aber auch, dass in vielen vermuteten „Fällen“ eine Ausbürgerung offenbar unterblieben ist. In allen Fällen wird die NS-Strafprozedur anhand der Aktsakte nachgewiesen, im Detail in 100 Falldokumentationen. Quellen und Literatur, insbesondere auch die juristischen Dissertationen der aufgrund ihrer Ausbürgerung akademisch „Gestrichenen“, werden im Einzelfall annotiert. Gesetze, Erlasse und Verordnungen zur Ausbürgerung und Depromotion werden abgedruckt bzw. nachgewiesen. Weiterhin entschlüsseln drei Verzeichnisse die Männer des NS-Machtapparates, die in den Verfahren in Erscheinung treten – von der Antragstellung bis zum Vollzug der Ausbürgerung.

Nach 1933 wurden neben den hier allein näher betrachteten Rechtsanwälten auch viele beamtete Juristen ausgebürgert, weiterhin Hochschullehrer, Ärzte, Journalisten und Künstler sowie zahlreiche Vertreter der *ausgeschalteten* politischen Klasse der Weimarer Republik. Ohne die vielen „kleinen Leute“, deren Namen niemand mehr kennt, wären es aber nicht so viele geworden. Nicht alle, aber die meisten Ausgebürgerten waren Juden. Sie alle – auch die wehrpflichtigen *Mischlinge* und *Deutschblütigen*, die im Ausland ihrer Einberufung keine Folge leisteten – verbindet, dass sie aufgrund § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 „der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig“ erklärt wurden. Sofern sie nach dem 8. Mai 1945 wieder ihren Wohnsitz in Deutschland hatten, galten sie – aber auch die aufgrund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 Ausgebürgerten – gemäß Art. 116 Abs. 2 GG als nicht ausgebürgert; Ausgebürgerte und ihre Abkömmlinge erhielten nun einen Rechtsanspruch auf Wiedereinbürgerung. Im Parlamentarischen Rat hatten sich die „unter dem Hakenkreuz“ ausgebürgerten Rechtsanwälte Friedrich Löwenthal, Rudolf Katz und vor allem Friedrich Wilhelm Wagner für die Wiedergutmachung des NS-Unrechts eingesetzt. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass die Regelung in dieser Form in das vom Parlamentarischen Rat am 8. Mai 1949 beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland aufgenommen wurde.

Bonn, im September 2020

Martin Schumacher

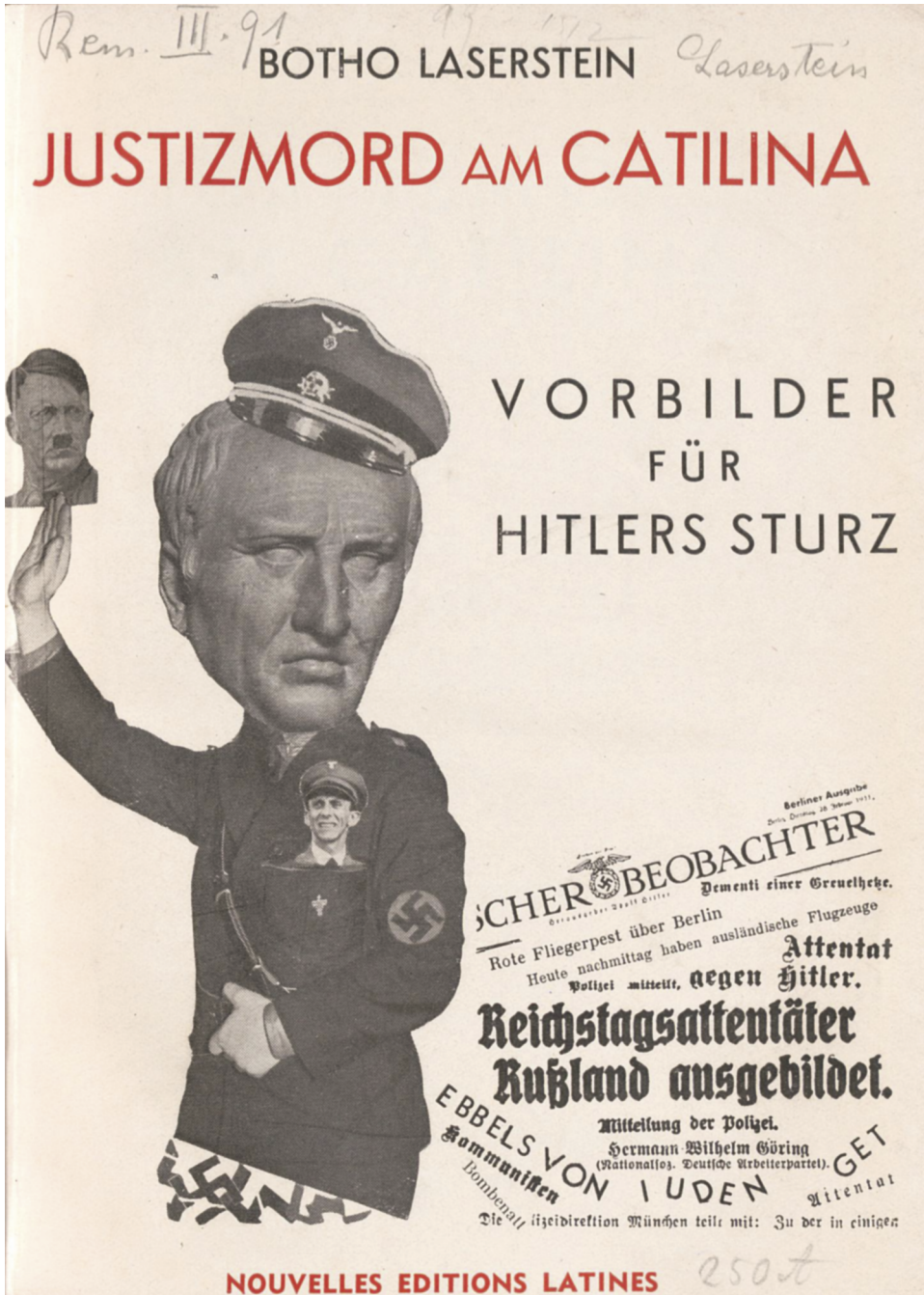


Abb. 5: Paris 1935; Exemplar aus dem Remota-Bestand („Giftschrank“) der Bayerischen Staatsbibliothek München

Inhalt

Vorwort	7*
Einleitung Zur Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger nach 1933	
I. „... bringe ich den jüdischen Rechtsanwalt zur Ausbürgerung in Vorschlag“ Forschungen und Quellen – eine Spurensuche	15*
II. „Gegen die sich im Ausland aufhaltenden Landesverräter“ Das Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933	
1. „... das zu den Haupt- und Grundgesetzen des Dritten Reiches gehört“	40*
2. Zur Ausbürgerungspraxis: Das Gesetz in der Hand der Gestapo	52*
3. Klischees, Feindbild und <i>Tatsachen</i>	59*
III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“ Ausbürgerung und Entziehung des Doktorgrades	
Von der „Unwilligkeit, sich zu erinnern“	66*
Mit einem Federstrich: Zur Prozedur der Entziehung	69*
Ausgebürgert und akademisch degradiert	72*
Berlin	74*
Bonn	76*
Breslau	79*
Erlangen	81*
Frankfurt am Main	83*
Freiburg i. Br.	85*
Gießen	88*
Göttingen	88*
Greifswald	90*
Halle	91*
Hamburg	92*
Heidelberg	94*
Jena	96*
Kiel	100*
Köln	101*
Königsberg i. Pr.	104*
Leipzig	105*
Marburg	106*
München	107*
Münster	109*

Inhalt

Rostock	110*
Tübingen	110*
Würzburg	112*
Exkurs: Der Fall Otto Friedrich Meyer	114*
Akademischer Tod und „Giftschrank“	118*

IV.

„Ich habe die Ehre, auf der Liste dieser Ausgebürgerten zu stehen“ Von Menschen, Rassenwahn und Listen – ein Fazit	121*
---	------

Anhang

A. Gesetze, Verordnungen, Erlasse und andere Dokumente

I. Ausbürgerung	149*
II. Entziehung akademischer Grade	162*

B. Bürokraten und Diplomaten

I. Gestapo, RSHA und RFSS	164*
II. Auswärtiges Amt	177*
III. Reichsministerium des Innern	182*

C. Quellen und Literatur 186*

D. Zur Dokumentation

1. Ausbürgerung und Ausbürgerungsakten des Auswärtigen Amtes	218*
2. Auswahl und Gliederung der biographischen Informationen	223*
3. Genealogische Zeichen und Abkürzungen	225*
4. <i>NS-Deutsch</i> – Kleines Glossar	226*
5. Abkürzungsverzeichnis	233*

Biographische Dokumentation

I. Falldokumentation	3
--------------------------------	---

II. Biographischer Index	161
------------------------------------	-----

Dank	348
----------------	-----

Personenindex	350
-------------------------	-----

Abbildungsnachweis	369
------------------------------	-----

Nachwort zur eBook-Ausgabe	371
--------------------------------------	-----

Einleitung

Zur Ausbürgerung
deutscher Staatsangehöriger
nach 1933

„Zur gefälligen Kenntnisnahme“

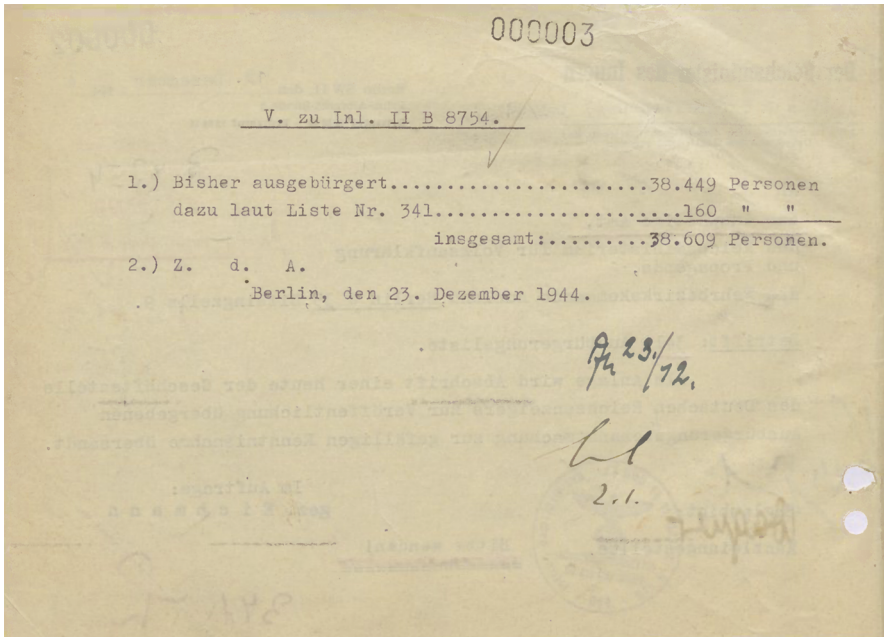
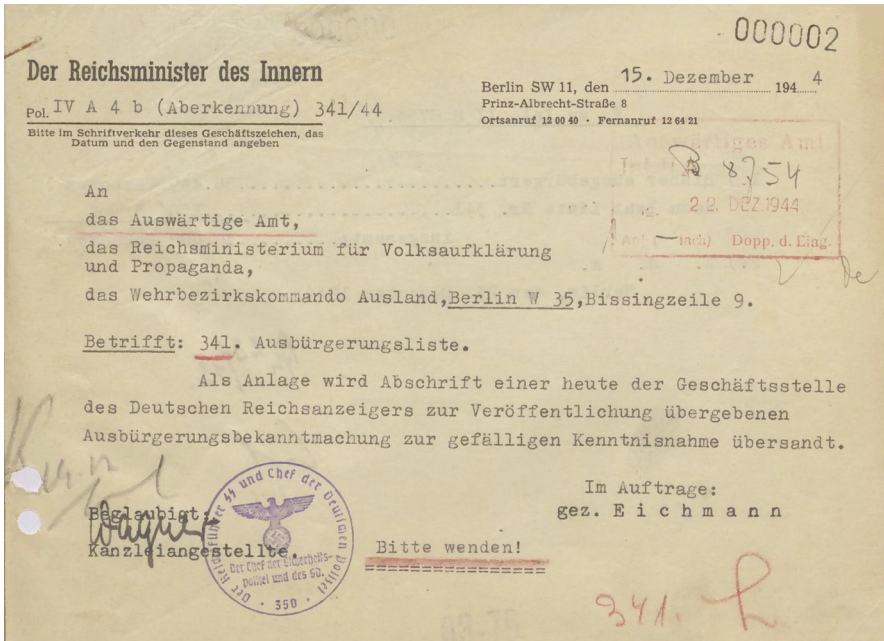


Abb. 6: Geschäftszeichen einer Unterabteilung des „Eichmannreferats“ im Reichssicherheitshauptamt; verso: letzte im Auswärtigen Amt fortgeschriebene Statistik der Ausbürgerungen. Die Liste 341 (nach der amtlichen Zählung) entspricht der Hepp-Liste 355.

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes

I.
„... bringe ich
den jüdischen Rechtsanwalt zur Ausbürgerung in Vorschlag“

Forschungen und Quellen – eine Spurensuche

Hans-Jochen Vogel schrieb 1979 den Juristen eine Mahnung ins Stammbuch. Selbst Jurist, hatte der damalige Bundesminister der Justiz in seiner Festrede bei der 100-Jahr-Feier des Mannheimer Anwaltsvereins dazu aufgerufen, sich mit der Zeit von 1933 bis 1945 mehr zu befassen. Auf diesen an „uns Juristen“ gerichteten Appell reagierte Fritz Ostler vier Jahre später. Im „Anwaltsblatt“ veröffentlichte er den Aufsatz „Rechtsanwälte in der NS-Zeit“. Der Anlass war „die 50. Wiederkehr des Tages der NS-Machtergreifung“. Der Untertitel des Beitrags lautet „Fakten und Erinnerungen“. Ostler, Jahrgang 1907, war Zeitzeuge. Er hatte die Studien- und Referendarzeit in der Agonie der Weimarer Republik absolviert und war im Herbst 1933 zur Rechtsanwaltschaft zugelassen worden. Bis zu seiner Einberufung 1941 hatte er als Juniorpartner in einer Münchener Kanzlei praktiziert. Nach 1945 erneut als Anwalt tätig, hatte er den Bayerischen Anwaltverband 1951 wieder mitbegründet. Bis 1979 war er Präsident des Berufsverbandes, später dessen Ehrenpräsident. Auch als Wissenschaftler hatte sich Ostler einen Namen gemacht. Sein Buch „Die deutschen Rechtsanwälte 1871–1971“ – geschrieben „zur 100jährigen Wiederkehr des Gründungstages des Deutschen Anwaltvereins“ – war nach dem Urteil seines Münchener Kollegen Robert Heinrich in der Tat ein „Jahrhundertwerk“. Als Leser hatte der Autor 1983 vor allem jene Berufskollegen im Blick, die die „Schreckenszeiten“ selbst „nicht erlebt oder höchstens in unklarer und verblassender Erinnerung haben“. In seinem Buch „Die deutschen Rechtsanwälte“ hatte sich Ostler 1971 „schon einmal“ auf rund 100 Seiten „justiz- und anwaltsgeschichtlich“ mit der NS-Zeit befasst. Wohl auch aus diesem Grund „glaubte“ er, sich nun „dem Ruf nach solcher Rückschau nicht entziehen zu sollen“.¹

Fritz Ostler hatte wie die meisten seiner Kollegen dem Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund (NSRB) angehört. Die Mitgliedschaft war nach seinen Angaben die „einzige Berührung mit dem damaligen Regime“. Erst einige Jahre nach seinem Tod 1999 wurden Prozessakten entdeckt, die aufzeigen, „dass der Anwalt noch andere ‚Berührungen‘ mit dem NS-Regime aushalten musste, in Kauf genommen oder vielleicht sogar gesucht hat“.² Die Akten betreffen einen Rechtsstreit aus den Jahren 1934 bis 1937. Der J. Schweitzer Verlag hatte nach dem Umbruch 1933 mit den Arbeiten an der 10. Auflage des „Staudinger“ begonnen. Von den jüdischen Mitherausgebern war 1934 nur der Münchener Rechtsanwalt Felix Herzfelder – bis zur 9. Auflage (1928) Autor des Erbrechtsteils des Staudinger-Kommentars zum BGB – noch nicht emigriert. An seiner weiteren Mitarbeit hatte einer der größten juristischen Fachverlage kein Interesse mehr. Gegen seine Ausschaltung klagte der siebzigjährige Herzfelder. Sein Prozessvertreter in dem Zivilverfahren zunächst vor dem LG München war der ebenfalls nicht „arische“ Münchener Rechtsanwalt Max Friedlaender, ein enger Freund von Herzfelder. Ostler, Anwalt der beklagten Partei, agierte im Berufungsverfahren vor dem OLG München in einer Weise, die den Vorsitzenden des Senats, den späteren Bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard, zu der Frage

¹ Ostler, 1983, S. 50–59; Heinrich, 1979, S. 335 f.

² Tillmann Krach, Herzfelder ./ J. Schweitzer Verlag, OLG München 5 U 791/37: forum historiae juris, 31. 3. 2005: www.forhistiur.de/zitat/0503krach.htm.

I. „... bringe ich den jüdischen Rechtsanwalt zur Ausbürgerung in Vorschlag“

veranlasste, ob „Herzfelder, weil er Jude sei, den Prozess verlieren müsse“.³ Im Rechtsstreit zog Ostler 1937 endgültig den Kürzeren. Der Verlag erfüllte die sich aus dem Urteil ergebenden Zahlungsverpflichtungen auch nach der Emigration Herzfelders 1938.

In der 10. Auflage des „Staudinger“ bearbeitete Ostler den Teil „Kauf und Tausch“ (1937). Diese „juristische Schriftstellerei“ in Zivilsachen sei „ohne jede Konzession möglich“ gewesen, schrieb er dazu rückblickend 1983. Max Friedlaender sah die „Schriftstellerei“ seines Kollegen in einem anderen Licht. Der Emigrant – 1939 ausgebürgert – feierte 1953 im Exil seinen 80. Geburtstag. Unter den Gratulanten, die dem Jubilar Glückwünsche übermittelten, war auch der Präsident des Bayerischen Anwaltverbandes: „Es lag etwas Rührendes in der Naivität, mit der dieser Kollege sich mir näherte.“ In seinen Lebenserinnerungen schreibt Friedlaender weiter: „Es ist mir heute sehr wahrscheinlich, dass Dr. Ostler [...] gar kein schlechter Kerl ist“. Ostler habe den Fall „als ganz junger Anwalt“ übernommen; er war aber nicht, wie Friedlaender meinte, „Parteimitglied“ geworden. Jedenfalls ist eine Mitgliedschaft nicht nachweisbar.⁴

Der Fall Herzfelder ./ J. Schweitzer taucht in der Rückschau auf „die 12 Jahre ab 1933“ nicht auf. Es ist aber unwahrscheinlich, dass Ostler die Sache vergessen hatte. Bei der Erwähnung der „vielen um die Rechtspflege und die juristische Literatur hoch verdienten jüdischen Anwälte“ fehlen Max Friedlaender – „Verfasser des bekanntesten Kommentars zur Rechtsanwaltsordnung von 1878“ – und Geheimrat Dr. Felix Herzfelder – „Bearbeiter des Erbrechts im BGB-Kommentar von Staudinger“ – nicht, beide mit dem Zusatz „RA in München bis 1. 12. 1938“.⁵ Von einer Vorladung der Gestapo im Herbst 1935 abgesehen, war Ostler als Anwalt unbehelligt geblieben. Er zählte sicher nicht zu den Mutigen in der Anwaltschaft, die „gegen die Macht des Nationalsozialismus handelten“. Ob er als Anwalt – wie „der deutsche Anwalt“ insgesamt – „in geringerem Maße als seine juristischen Kollegen in anderen Berufssparten“ dem „nationalsozialistischen Ungeist“ Tribut leistete, sei dahingestellt. Ostler konnte sich zumindest hinsichtlich der partiellen Entlastung des Berufsstandes auf den zwei Jahre jüngeren Karl Siegfried Bader berufen. Wörtlich zitierte er aus dessen Aufsatz „Die deutschen Juristen“. In der „Deutschen Rechtszeitschrift“ hatte Bader 1946 aber auch darauf hingewiesen, dass dies „nur z. T. persönliches Verdienst, sondern weithin Glücksfrage des Standes war“. Bader – nach seiner Entfernung aus dem Justizdienst 1933 in Freiburg i. Br. als Rechtsanwalt⁶ zugelassen – hatte seit 1936 das Fürstlich Fürstenbergische Archiv in Donaueschingen geleitet und sich 1942 in Freiburg für Rechtsgeschichte und Kirchenrecht habilitieren können. Neben seiner „juristischen Praxis“ als Generalstaatsanwalt am OLG Freiburg – nach seiner Entlassung aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft von der französischen Militärregierung 1945 wieder in den Justizdienst einberufen – und der Lehrtätigkeit hatte er sich auf Bitten von Mitarbeitern, Freunden, Hörern und Referendaren zu einer „Nachformung“ seines Aufsatzes bereitgefunden. In dieser kleinen „Standesgeschichte“, im Frühjahr 1947 erschienen, behandelte

³ Max → Friedlaender, 2018, S. 385.

⁴ Ebd., S. 385 f.; zur rechts- und zeitgeschichtlichen Einordnung und Bedeutung des Prozesses s. Anm. 2.

⁵ T. Krach (s. Anm. 2, 12) hat auch darauf hingewiesen, dass Ostler bereits 1971/1982 in seinem Buch „Die deutschen Rechtsanwälte“ Herzfelder zumindest „ein einziges Mal“ genannt hat: „Ob Ostler mit der Erwähnung Herzfelders eine Art – wenn auch sehr versteckte – ‚Wiedergutmachung‘ beabsichtigt hatte? Es ist sicher verständlich, dass er in diesem Zusammenhang seine Involvierung in den Prozess der Entfernung Herzfelders aus dem Stab der Mitarbeiter nicht erwähnt. Aber auch sie dürfte als ein nicht unwichtiger Teil deutscher Anwalts Geschichte zu betrachten sein.“

⁶ Angela Borgstedt, Karl Siegfried Baders Anwaltstätigkeit in der NS-Diktatur, in: Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins „Schau-ins-Land“ 128 (2009), S. 171–182.

Bader als Rechtshistoriker die Entwicklung der in „Berufssparten“ aufgesplitterten „deutschen Juristen“ – Richter, Verwaltungsjuristen, Anwälte und Rechtslehrer – mit dem erklärten Ziel, „Wege zur Wiedergewinnung rechtsstaatlichen Denkens und rechtsstaatlicher Lebensformen“⁷ aufzuzeigen. Seine Bilanz schloss Ostler mit dem an anderer Stelle geäußerten Bekenntnis Baders ab, dass sich „keiner von den Überlebenden“ – ob „Jurist oder Laie“ – freisprechen könne, „freisprechen von großer und kleiner Feigheit“.

Das Schicksal der in der NS-Zeit verfolgten *jüdischen Juristen* war 1979 und auch noch 1983 weitgehend Terra incognita, sieht man von den frühen Arbeiten von Horst Göppinger (1963), Alfred Marx (1965), dem Beitrag von Hermann Hieronimi in der Festschrift „150 Jahre Landgericht Koblenz“ (1970), einem Artikel von Robert M. W. Kempner in der Zeitschrift „Recht und Politik“ (1971), der Arbeit von Werner Hülle zur „Geschichte der oldenburgischen Anwaltschaft“ (1977) und der von Ostler mehrfach zitierten Festschrift „100 Jahre Rechtsanwaltskammer München“ von Robert Heinrich (1979) sowie der Biographie „Versehrt, Verfolgt, Versöhnt: Horst Berkowitz. Ein Anwaltsleben“ von Ulrich Beer (Essen 1979) einmal ab. In der 2., durchgesehenen Auflage seines Standardwerks „Die deutschen Rechtsanwälte“ hat Ostler 1982 ergänzend zum Vierten Teil „Die Gewalt Herrschaft des Nationalsozialismus“ insgesamt acht Titel zum „Schrifttum im besonderen über die NS-Zeit“ nachgetragen.⁸ Nachdrücklich erinnerte Ostler 1983 an die Ausschreitungen und Gewaltakte gegen jüdische Juristen⁹ in mehreren bedeutenden Gerichtsorten im März und April 1933. Im Verlauf einer solchen *Aktion* waren am 31. März, einem Freitag, in Köln zwei Oberlandesgerichtsräte und zehn Rechtsanwälte aus dem Gerichtsgebäude entfernt und wie Unrat auf einem kleinen Müllwagen „durch das Spalier einer johlenden Menge“ zum Polizeipräsidium gekarrt worden. Der „Müllaktion“, von der neben den 12 jüdischen Juristen auch ein nicht jüdischer Landgerichtsdirektor wegen seines „jüdischen Aussehens“ betroffen war, folgte einen Tag später die reichsweite „Boykott-Aktion“. Der blanke Terror hat damals manchem erst die „Tatsache“ und die Bedeutung bewusst gemacht, „dass Hitler am 30. Januar zur Macht gekommen war“.¹⁰ „Machtergreifung und Machtbehauptung“ waren für den Einzelnen ein „schwer nachvollziehbarer und wahrnehmbarer Prozess“¹¹. Erst die Beobachtung dieser Vorfälle auf dem Weg zum Gericht öffnete einem Anwalt die Augen. Dabei dürfte er wie *alle* Juristen im Reichsgesetzblatt gelesen haben, dass die Regierung Hitler am 28. Februar 1933 – am Tag nach

⁷ K. S. Bader, *Die deutschen Juristen*, Tübingen 1947, S. 3.

⁸ Ostler, ²1982, S. XIX, 229 ff. („Erstes Kapitel 1933–1939 – Die Jahre der Finsternis“), 280 ff. („Zweites Kapitel: Der Weltkrieg 1939–1945“).

⁹ In einem vor der Juristischen Gesellschaft in Karlsruhe am 12. Dezember 1962 gehaltenen Vortrag „Der deutsche Rechtsanwalt. Das Werden des Standes seit der Reichsgründung“ (Karlsruhe 1963, S. 12 f.) hatte Ostler „Nichtzulassung und Zurücknahme der Zulassung“ sowie „Ausschluß der nicht-arischen Anwälte“ nur beiläufig erwähnt.

¹⁰ Erdrich, 2000, S. 390: „Bis dahin hatte man nämlich die Tatsache, dass Hitler am 30. Januar zur Macht gekommen war, mehr oder weniger gelassen hingenommen. Nicht viel anders als gestern, als man hörte, dass Herr [Volker] Rühle nicht stellvertretender Parteivorsitzender [der CDU] geworden ist. Ein Vorgang, der an einem vorbeigeht“, so Dr. Walter Oppenhoff bei einer Podiumsdiskussion des Bonner Anwaltvereins am 28. 10. 1992; 1953 bis 1963 Präsident des DAV, war Oppenhoff (1905–2001) 1930 in ein 1908 gegründetes Anwaltsbüro in Köln eingetreten; Festschrift für Walter Oppenhoff, 1985 (Ernst C. → Stiefel); zur „Müllaktion“ – von W. Oppenhoff in seinem Beitrag zur Festschrift 100 Jahre Kölner Anwaltverein (1987, S. 187–196: „Erfahrungen eines Kölner Anwalts“) erwähnt (S. 188) – vgl. Hans-Jürgen Becker (100 Jahre Kölner Anwaltverein. Zur Geschichte der Kölner Anwaltschaft), ebd., S. 17–126, 88; Jüdische Rechtsanwälte, 1994, S. 39 f.; Rheinische Justiz, 1994, S. 673–679, 674 f.; zusammenfassend und mit weiteren Literaturnachweisen insbesondere Luig, 2004, S. 28–31; AoRD, 2007, S. 248; Löffelsender, 2015, S. 34.

¹¹ Thilo Ramm, *Der Führerstaat im Frieden*, in: *Nationalsozialismus und Recht*, 2018, S. 145–169, 167.

I. „... bringe ich den jüdischen Rechtsanwalt zur Ausbürgerung in Vorschlag“

dem Reichstagsbrand – mit der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat die wesentlichen Grundrechte der Weimarer Verfassung „bis auf weiteres außer Kraft gesetzt“¹² und die Verfolgung von Regimegegnern damit legalisiert hatte. Die durch den Tagesbezug gleichsam beglaubigte Erinnerung dürfte so vor allem belegen, dass radikale Umbrüche von nicht unmittelbar betroffenen Zeitgenossen nicht immer als solche erkannt werden. Auch Alphons Silbermann, Rechtsreferendar, wurde Zeuge der Kölner Ereignisse. Durch die „Hintertür“ brachte er sich in Sicherheit, rannte nach Hause, packte ein paar Sachen und nahm am gleichen Abend den Zug nach Zürich. Vor der endgültigen Emigration konnte er aber in Köln 1934 noch die mündliche Doktorprüfung absolvieren.¹³

In Südbaden zählte Friedrich Vortisch – Rechtsanwalt in Lörrach – zu jener Minderheit in der Anwaltschaft, die nicht die Augen vor dem „Terror“ verschloss. Zunächst hatte auch er noch die Illusion, „daß durch langsame Umbildung die heutige Intoleranz auf allen Gebieten wieder gebrochen wird“.¹⁴ Seine Briefe an den 1923 nach Argentinien ausgewanderten Bruder Hanns zeichnen aber ein ungeschminktes Bild der „Vorgänge“ in der Heimat: „Der Terror ist ungeheuer“ (21. Mai 1933). Mit Ausnahme des ersten Briefes vom 22. März 1933 – dem Tag vor der Annahme des „Ermächtigungsgesetzes“ im Reichstag¹⁵ – und einem weiteren Brief vom 3. Dezember 1933 abgesehen, schrieb Vortisch alle Briefe aus Angst vor Überwachung und Denunziantentum in „der freien Schweiz“ – vorübergehend „dem Zuchthaus entronnen“. Am 21. Mai teilte er seinem Bruder aus Basel u. a. mit:

„Letztlich wurden freie ‚Wahlen‘ für den Anwaltverein ausgeschrieben, die innerhalb von 2 – zwei – Tagen erfolgen mußten. Die vom Vorstand der Anwaltskammer bestimmte Liste bestand aus lauter Nazis. Eine andere Liste konnte nicht mehr aufgestellt werden. ‚Es wird uns mitgeteilt, daß ein Widerspruch gegen diese Liste nicht erwünscht ist. Jedes Mitglied, das sich nicht äußert, gilt als zustimmend‘; hieß es in dem Rundschreiben. Von 48 Freiburger Kollegen haben zwei, von zwölf Lörracher fünf widersprochen – Männerstolz vor Königstronen und im Zeichen der ‚sittlichen Erneuerung des deutschen Volkes‘. Die Charakterlosigkeit wird geradezu gezüchtet. Am 1. V. ‚Tag der nationalen Arbeit‘ sind die Anwälte in Freiburg geschlossen im Talar im Festzug mitmarschiert.“¹⁶

¹² Ostler, 1983, S. 59: „Aber gerade uns Juristen, die wir alle das Reichsgesetzblatt gelesen haben, [...]“; RGBl. 1933 I, S. 83; gemäß § 1 der sog. „Reichstagsbrand-Notverordnung“ waren „Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig“, die entsprechenden Artikel der Verfassung des Deutschen Reichs „bis auf weiteres außer Kraft gesetzt“. Tatsächlich wurde die Verordnung bis zum Ende des „Dritten Reiches“ nicht *außer Kraft gesetzt*.

¹³ A. Silbermann, *Verwandlungen. Eine Autobiographie*. Bergisch Gladbach 1989, S. 273; www.lexm.uni-hamburg.de (2.9.2019).

¹⁴ Friedrich Vortisch, *Briefe der Brüder Friedrich Vortisch, Lörrach 1899–1991, und Hanns Vortisch, Monte Carlo/Argentinien 1900–1982, aus den Jahren 1933–1940*, in: *Badische Heimat* 82, 2002, S. 670–692.

¹⁵ „Im übrigen beschränken sich die Handlungen der Regierung auf die Machtergreifung – durch die Nationalsozialisten. [...] Soeben wird im Reichstag über ein Ermächtigungsgesetz verhandelt, das Hitler alle Macht in die Hand gibt und nicht nur den Reichstag, sondern auch den Reichsrat, Reichswirtschaftsrat, das Volk selbst (Volksabstimmung) – und den Reichspräsidenten für die nächsten 5 Jahre völlig entmündigen soll. Wahrscheinlich wird es mit Hilfe des Zentrums oder eines Teils seiner Mitglieder die verfassungsmäßige $\frac{2}{3}$ Mehrheit bekommen – ob auch, wenn man die verfassungswidrig vom Reichstag ferngehaltenen Kommunisten und die 11 in Schutzhaft gehaltenen Sozialdemokraten mitrechnet, wird sich zeigen.“ Ebd., S. 673.

¹⁶ Ebd., S. 673.

Die Wahrnehmungen und Äußerungen des späteren langjährigen badischen bzw. baden-württembergischen Landtagsabgeordneten der DVP/FDP, der vor 1933 der Deutschen Staatspartei angehört hatte, sind nicht repräsentativ; die Mehrheit der Rechtsanwälte – wie auch anderer juristischer und nicht juristischer Berufsgruppen – *marschierte* aus Angst oder Begeisterung im Strom der Zeit mit, „bis zum bitteren Ende“¹⁷.

Terror und Mordaktionen sind in der Phase der Machtausweitung bekannte Rechtsanwälte zum Opfer gefallen. Sie wurden umgebracht, weil sie sich durch ihren Beruf oder politisch gegen die NSDAP exponiert hatten, aber vor allem weil sie *Juden* waren.¹⁸ Genannt seien für das Jahr 1933 Wilhelm Spiegel (Kiel), Günther Joachim (Berlin), Fritz Schumm (Kiel), Max Plaut (Kassel), Ernst Eckstein (Breslau), Arthur Weiner (Chemnitz) und Alfred Strauß (München) sowie für 1934 Ludwig Marum (Karlsruhe). Seit dem 10. März 1933 in Schutzhaft, hatte der SPD-Reichstagsabgeordnete – wie auch die anderen inhaftierten Fraktionskollegen – sein Mandat nicht mehr ausüben können. Im Verzeichnis der namentlichen Abstimmung über das „Ermächtigungsgesetz“ am 23. März 1933 folgt in diesen „Fällen“ auf den Namen ein Strich. Genannt seien aber auch die Strafverteidiger Otto Elias und Max Frank¹⁹ (Dortmund) sowie Max Alsberg (Berlin), die sich 1933 das Leben genommen haben, weiterhin Walter Förster (Hirschberg) und die nicht jüdischen Rechtsanwälte Edgar J. Jung und Alexander Glaser, die beim „Röhm-Putsch“ ermordet wurden. Der junge Sozialdemokrat und Stuttgarter Rechtsanwalt Manfred Uhlmann, der nach den Wahlen am 5. März 1933 „häufig“ seinen Aufenthaltsort gewechselt hatte und zu seiner eigenen Überraschung „immer noch auf freiem Fuß war“, entkam nur knapp seiner Verhaftung. Er „verstand sofort“ den Wink eines Richters, der sich nun „als altes Parteimitglied der Nazis entpuppte“ und ihm am 23. März ausrichten ließ: „Wenn Sie *Uhlmannle* sehen, sagen Sie ihm, daß es in Paris *jetzt* sehr schön ist. Sagen Sie ihm: *jetzt*.“ Uhlmann, der Kurt Schumacher im Wahlkampf unterstützt hatte, ging noch am folgenden Tag „an einem einsamen Grenzposten, irgendwo zwischen Freiburg und Basel, über die Grenze nach Frankreich“. Sein Name stand nicht im Fahndungsbuch; Uhlmann hatte Glück; ausgebürgert wurde er später auch nicht.²⁰

Deutliche Kritik an Fritz Ostler, der in seiner Gesamtdarstellung „etwaigen Verstrickungen der Anwaltschaft und der Entnazifizierungsproblematik keinerlei Aufmerksamkeit“ gewidmet habe, äußerte drei Jahrzehnte später Felix Busse²¹ unter Hinweis auf die inzwischen vorliegenden Untersuchungen „zum Schicksal der jüdischen Anwälte in der NS-Zeit“. Gemäß dem Forschungsstand attestierte er der Mehrheit der damaligen Anwälte, sich „bestenfalls“ passiv verhalten zu haben – „gegenüber der Ausgrenzung und Eliminierung ihrer von manchen sogar als unerwünschte Konkurrenz betrachteten jüdischen Anwaltskollegen“. Es mag sein, dass „die meisten Rechtsanwälte über die Diskriminierung vor allem ihrer jüdischen Kollegen“ betroffen waren, wie Henning Frank²² dies für Sachsen

¹⁷ Rudolf Wassermann, Die Justiz als Institut eines rechtsfeindlichen Herrschaftssystems. Zur Beteiligung von Rechts- und Staatsanwälten am Terror des NS-Regimes, in: RuP 24 (1988), 3, S. 129–140, 130: „Hitler und sein Terrorregime konnten sich bis zum bitteren Ende auf die nahezu uneingeschränkte Loyalität der Justiz verlassen.“

¹⁸ Vgl. zu den Gewalttaten allgemein das vom Comité des Délégations Juives/Leo Motzkin hg. „Schwarzbuch“: Tatsachen und Dokumente. Die Lage der Juden in Deutschland 1933, Paris 1934, Neuaufl. Frankfurt/M. [u. a.] 1983, S. 492–511; Göppinger, ²1990, S. 62–64; Krach, 1991, S. 165–180; Weber, 2006, S. 39–56.

¹⁹ 1921 kurzzeitig SPD-Reichstagsabgeordneter, aber in dem in der Abgeordnetenlobby des Deutschen Bundestages ausliegenden Gedenkbuch nicht genannt; Md.R., ³1994, S. 137/Nr. 395.

²⁰ Uhlman, 1992, S. 96.

²¹ 2010, S. 34.

²² 1996, S. 24.

I. „... bringe ich den jüdischen Rechtsanwalt zur Ausbürgerung in Vorschlag“

annimmt, aber „die übergroße Mehrheit von ihnen schwieg dazu ebenso wie der Nachfolger [Martin] Druckers im Präsidentenamt ihrer Standesorganisation“. Es gab aber auch Anwälte, die sich nicht passiv verhalten haben wie die Frankfurter WI-WE-WO-Gruppe, benannt nach den Anwälten Hans Wilhelmi, Otto Wedesweiler und Herbert Wörlbauer, die 1933 im Rahmen des „Bundes deutscher nationaler Juristen“ verbellig versucht, durch „Eingaben an das Justizministerium“ ihren vom Berufsverbot betroffenen jüdischen Kollegen zu helfen.²³ Genannt seien auch der schon erwähnte Karl Siegfried Bader und der Karlsruher Strafverteidiger Hermann Veit²⁴ sowie dessen Kollege Karl Zippelius²⁵, der Dresdner Anwalt Gerhard Meißner²⁶, Verteidiger eines jüdischen Weinhändlers, auch Udo Rukser, der sich für vom Berufsverbot betroffene Kollegen und die Frankfurter Anwältin Elfriede Cohnen einsetzte und 1934 – gemeinsam mit den jüdischen Mitherausgebern – die „Zeitschrift für Ostrecht“ einstellte und sich im gleichen Jahr aus der Anwaltschaft zurückzog, nicht zuletzt – ungeachtet „stetiger Bedrohung seiner Existenz“ – Martin Drucker (Leipzig)²⁷.

„NS-Juristen“ – so der 1936 nach Palästina emigrierte Frankfurter Anwalt Selmar Spier²⁸ rückblickend – „waren 1933 nur eine kleine Minderheit“. Eine auch in der Anwaltschaft verbreitete „Art von latentem Antisemitismus“²⁹ dürfte den Prozess der raschen Selbstgleichschaltung, dem sich nur wenige zu entziehen vermochten, begünstigt haben. So waren nur einzelne mutige Juristen – unter ihnen die Anwälte Bernhard Hofmann (Magdeburg), Horst Holstein (Berlin), Karl Mensing (Wuppertal) und Eberhard Fiedler (Leipzig) – bereit, den „Rechtskampf der Bekennenden Kirche“ gegen die Deutschen Christen aufzunehmen.³⁰ Erinnert sei auch an Kurt Müller, seit 1930 Anwalt in Bremen. Nach 1933 als SPD-Mitglied und NS-Gegner verfolgt, verließ Müller 1938 Bremen zum Theologiestudium in Basel. Zum Pfarrer ordiniert, kehrt er 1942 nach Deutschland zurück und übernahm die Leitung der kleinen Reformierten Gemeinde Stuttgart-Degerloch.³¹ Am Widerstand aktiv beteiligt waren der Berliner Anwalt Josef Wirmer³² und sein Karlsruher

²³ Selmar Spier, Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Geschrieben 1962, in: Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden, 1963, S. 55–62, 61.

²⁴ Angela Borgstedt, „Anwälte mit einer solchen Gesinnung gefährden das Ansehen des deutschen Rechtsanwaltsstandes“. Die regimekritischen Verteidiger Karl Siegfried Bader und Hermann Veit, in: Borgstedt (Hg.), 2004, S. 131–159.

²⁵ Borgstedt, 2012, S. 134 f.; zur Rolle der Strafverteidiger: König, 1987, S. 241 ff.: „Angst, Opportunismus und Verrat des Verteidigers“.

²⁶ Tillmann Krach, Rechtsanwälte im Nationalsozialismus. Anpassung – Distanz – Widerstand, in: JJZG 7 (2005/2006), S. 417–437, 426 f.; zu Meißner auch Boris Böhm/Julius Scharnetzky, „Wir fordern schwerste Bestrafung“. Der Dresdner „Euthanasie“-Prozess 1947 und die Öffentlichkeit, in: NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR, hg. v. Jörg Osterloh und Clemens Vollnhals, Göttingen 2011, S. 189–206, 198/Anm. 32.

²⁷ Lang, 2014, S. 130 f.

²⁸ Siehe Anm. 23.

²⁹ Krach, 1993, S. 86; zum Begriff und zur „Geschichte des Antisemitismus“ Thomas Nipperdey u. Reinhard Rürup, in: Geschichtliche Grundbegriffe, hg. v. Otto Brunner [u. a.], Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 129–153, 150 f.; Handbuch des Antisemitismus, I (2008), S. 96–100, u. II, 2 (2009), S. 520–523 (Werner Bergmann), u. III (2010), S. 341–343: Völkischer Antisemitismus (Gregor Hufenreuter); Bergmann, 2016.

³⁰ Matthias Schreiber, Friedrich Justus Perels. Ein Weg vom Rechtskampf der Bekennenden Kirche in den politischen Widerstand, München 1989; Rupieper/Sperk, Bd. 1 (2003), S. 184/Anm. 431; Georg Prick, Rechtsanwalt Bernhard Hofmann (1889–1954), Ein Streiter für die Bekennende Kirche im Kirchenkampf gegen die Deutschen Christen, in: Jahrbuch für deutsche Kirchengeschichte 40/41 (2016/2017), S. 183–209.

³¹ <https://www.gedenkstaette-stille-helden.de/biografien/bio/mueller-kurt>.

³² www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personen.

Kollege Reinhold Frank³³. Nach dem gescheiterten Attentat am 20. Juli 1944 verhaftet, wurden sie vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Plötzensee hingerichtet. Nach einer Reise in die Schweiz bereits im September 1943 verhaftet, wurde auch Carl Langbehn, Rechtsanwalt in Berlin und „entschiedener Gegner des Nationalsozialismus“³⁴, im Oktober 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Plötzensee hingerichtet. 2017 erinnerte eine „Festschrift für Friedrich Justus Perels“ an „die Rolle der Juristen im Widerstand gegen Hitler“³⁵. Die vor 1933 dem Zentrum verbundenen Anwälte Frank und Wirmer sowie weitere Juristen („Laien“) – unter ihnen Fritz Bing, der Schwager von Hans Hachenburg – fanden als „Zeugen für Christus“ Aufnahme in „das deutsche Martyrologium“³⁶. Die Berliner Anwälte Hans Koch³⁷ – von Carl Friedrich Goerdeler als Präsident des Reichsgerichts vorgesehen – und Klaus Bonhoeffer, ein älterer Bruder von Dietrich Bonhoeffer³⁸, wurden noch Ende April 1945 in Berlin ermordet.

Von Fritz Ostler mehrfach zitiert, waren 1981 die „Berliner Verteidigererlebnisse“ eines bis dahin unbekanntenen Rechtsanwalts unter dem Titel „Tödlicher Alltag. Strafverteidiger im Dritten Reich“ im Verlag Severin und Siedler erschienen. Für die Vorstellung der Neuerscheinung konnte der renommierte Verlag Bundesjustizminister Vogel als Redner gewinnen; im Frühjahr empfing Bundespräsident Carl Carstens den Autor „zu einem Gespräch“ und Lea Rosh lud ihn in die Talk-Show „Drei nach Neun“ ein. Das Buch – von der Arbeitsgemeinschaft der Verleger, Buchhändler und Bibliothekare der Friedrich-Ebert-Stiftung als „Das politische Buch des Jahres 1983“ ausgezeichnet – wurde ein Bestseller. Es spiegelte die „Alltagswirklichkeit“, so die Begründung der Auszeichnung. Dass der Name des Autors ein Pseudonym war, fiel offenbar zunächst niemandem auf, auch F. Ostler nicht. Der wahre Name des Zeitzeugen, der seine Erinnerungen „dem geistigen Fortleben“ jener widmete, die auf dem „Felde inneren Widerstands ihr Leben eingesetzt

³³ Detlev Fischer, Anwälte im Widerstand gegen das NS-Regime, in: RuP 38 (2002), S. 181–184; Bad. Biographien N.F. 5 (2005), S. 80–83 (Michael Kißener); D. Fischer, Reinhold Frank, Urteil – Vollstreckung – Nachurteil, Karlsruhe 2016; Angela Borgstedt, Reinhold Frank (1896–1945) – Verteidiger des Rechts aus Karlsruhe, in: Mut bewiesen. Widerstandsbiographien aus dem Südwesten, hg. v. A. Borgstedt [u. a.], Stuttgart 2017, S. 73–80; zum Thema „Badische Juristen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ zusammenfassend A. Borgstedt bereits 2004 in: Borgstedt (Hg.), S. 9–36.

³⁴ www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personen

³⁵ Juristen im Widerstand, 2019, mit Beiträgen von Hans-Peter Schneider (Die Welt war informiert! Friedrich Weißler und die Hitler-Denkschrift vom 28. Mai 1936; S. 31–48), Joachim Perels (Christlicher Widerstand gegen das Nazi-Regime – Friedrich Justus Perels; S. 49–66), Helmut Moll (Josef Wirmer. Jurist und Zentrumsolitiker (1901–1944); S. 67–83), Andreas Schott (Adam von Trotz zu Solz, Jurist im Kreisauer Kreis; S. 85–90) u. Hans-Ernst Böttcher (Richard Schmid. Anwalt der illegalen sozialistischen Arbeiterpartei; S. 91–134).

³⁶ Moll, I (2015), S. 186–189 (Gerhard Lange: J. Wirmer), 293–296 (Uwe Schellinger: R. Frank); Juristen im Widerstand, 2017, S. 67–83 (H. Moll).

³⁷ Hartmut Ludwig, Rechtsanwalt Dr. Hans Koch als Verteidiger Martin Niemöllers 1938 vor dem Sondergericht II in Berlin, in: JJZG 7 (2005/2006), S. 458–466.

³⁸ In der kirchlichen Opposition seit 1933 und konspirativ im Widerstand, wurde der evangelische Theologe D. Bonhoeffer am 5. April 1943 verhaftet, ebenso seine Zwillingsschwester Christine und sein Schwager Reichsgerichtsrat Hans von Dohnanyi; als Wahlverteidiger Bonhoeffers wurde am 16. 9. 1943 – fünf Tage vor der Anklageerhebung – der Berliner Anwalt Dr. Kurt Wergin bestellt. Das Verfahren wurde jedoch nicht eröffnet; gemeinsam mit Wilhelm Canaris, Hans Oster und Karl Sack wurde Bonhoeffer nach einem Standgerichtsverfahren „im Morgengrauen des 9. 4. 1945“ im KZ Flossenbürg hingerichtet; Biographie Dietrich Bonhoeffers (mit Verweisen zum Nachlass in der Handschriftenabteilung der Staatsbibliothek zu Berlin): www.staatsbibliothek.de; Renate Bethge, Dietrich Bonhoeffer. Eine Skizze seines Lebens, Gütersloh, 2004; www.dietrich-bonhoeffer.net

I. „... bringe ich den jüdischen Rechtsanwalt zur Ausbürgerung in Vorschlag“

und geopfert“ hatten, wurde erst Jahre später entschlüsselt, der Zeitzeuge als „strammer Antisemit“ (Tillmann Krach) entlarvt.³⁹

Fritz Ostler hat in seinem Beitrag im „Anwaltsblatt“ ebenfalls Namen genannt. Er erinnerte an den Münchener Justizrat Dr. Josef Warmuth⁴⁰, „der in hunderten von Verfahren [gegen katholische Geistliche und Ordensgemeinschaften] vor den Sondergerichten und den ordentlichen Gerichten tätig war“, sowie an Josef Müller⁴¹, den späteren bayerischen Staatsminister und Landtagsabgeordneten der CSU, weiter an Werner Pünder (Berlin) und dessen Kampf⁴² als Rechtsanwalt um die Entschädigung der Angehörigen des beim „Röhm-Putsch“ ermordeten Ministerialdirektors Erich Klausener. Der in katholischen Widerstandsgruppen im Südwesten aktive Dr. Franz Schürholz in Wangen am Bodensee verhalf im Juni 1943 dem illegal in Berlin lebenden Herbert A. Strauss mit zur Flucht in die Schweiz; aber der Fluchthelfer war weder Anwalt⁴³ – wie von Strauss erwähnt – noch Jurist. Dr. Franz Oppenhoff, nach der Einnahme Aachens von den Amerikanern am 31. Oktober 1944 als Oberbürgermeister bestellt, war Jurist. Als Anwalt in seiner Vaterstadt 1933 zugelassen, ohne später der NSDAP beizutreten, hatte er bis zur Schließung seiner Praxis 1942 als Justitiar der Diözese Aachen zahlreichen Geistlichen und Laien Rechtsbeistand geleistet. Auf Befehl der „Naziführung in Berlin“ – so die Gedenktafel des Aachener Projektes „Wege gegen das Vergessen 1933–1945“ – wurde Franz Oppenhoff am 25. März 1945 durch ein nach Aachen geschicktes „Werwolf-Kommando“ vor seinem Haus erschossen, am Abend des Palmsonntags.⁴⁴ Erinnert sei weiterhin an Adolf Freiherr von Harnier, der seit seiner Zulassung als Anwalt in München 1936 Geistliche, aber auch jüdische Mandanten vertreten hatte. Als „Kopf“ einer monarchistischen Widerstandsgruppe 1939 verhaftet, wurde er 1944 vom Volksgerichtshof zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt und daraufhin von der Universität Erlangen depromoviert. Im Zuchthaus Straubing am 12. Mai 1945 an Hungertyphus gestorben, wurde auch Adolf von Harnier in das „deutsche Martyrologium“ aufgenommen.⁴⁵ Friedrich Weißler, der evangelisch getaufte, jüngste Sohn des Anwalts und späteren Notars Adolf Weißler, gilt

³⁹ Hubert Rottleuthner, Wer war Dietrich Güstrow?, in: KJ 1988, S. 81–91; Krach, 1991, S. 151; H. Rottleuthner/Johannes Tuchel, Wer war Dietrich Wilde alias Dietrich Güstrow? Ein Nachtrag, in: KJ 1991, S. 76–83; Güstrow nennt stellvertretend „die Namen der Berliner Rechtsanwälte Dr. C. Langbehn, Dr. K. Bonhoeffer, Dr. A. Edscheid (sic), Dr. J. Wirmer, die selber Opfer der Willkür wurden“; der Berliner Anwalt und Notar Dr. Alfred Etscheid ist 1944 im KZ Flossenbürg umgekommen; Moll, I (2015), S. 156–161 (H. Moll: Etscheid [sic]); www.gedenkstaette-flossenbuerg.de/recherche/totenbuch: A. Etscheid [sic].

⁴⁰ Gestorben 1957; Heinrich, 1979, S. 147 f.; zu Dr. Viktor Achter und dessen Verteidigung des Kölner Jesuiten Josef Spieker (Mein Kampf gegen Unrecht in Staat und Gesellschaft, 1971) vgl. H.-J. Becker (s. Anm. 10), 1987, S. 97.

⁴¹ Bis zur letzten Konsequenz. Ein Leben für Frieden und Freiheit, München 1975; Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union, hg. v. Günter Buchstab, Freiburg 2004, S. 371–378 (Hans-Otto Kleinmann); der Nachlass J. Müller im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns Seidel Stiftung (München) betrifft die Zeit nach 1945.

⁴² Lothar Gruchmann, Erlebnisbericht Werner Pünders über die Ermordung Klauseners am 30. Juni 1934 und ihre Folgen, in: VfZ 19 (1971), 4, S. 404–431, 406; ACDE, Nachlass W. Pünder.

⁴³ Strauss, 1997, S. 288; Bergmann/Hoffmann, 2005; F. Schürholz, 1934 im Berliner Adressbuch als Volkswirt und Inhaber einer Kokosweberei genannt, veröffentlichte als Manuskript „Erinnerungen aus acht Lebensjahrzehnten“ unter dem Titel „Klarer sieht, wer von fern sieht“ (o. O. u. J.). Im knappen Rückblick auf „diese langen Jahre, in denen Mitleid ein Verbrechen war“ (S. 101), werden die von Strauss geschilderten Vorgänge nicht erwähnt; zu Schürholz vgl. Rudolf Morsey, Heinrich Lübke. Eine politische Biographie, Paderborn [u. a.] 1996, S. 102 u. ö.

⁴⁴ Volker Koop, Himmlers letztes Aufgebot. Die NS-Organisation „Werwolf“, Köln [u. a.], S. 122–136, 284; Moll, I (2015), S. 63–65 (August Brecher; †).

⁴⁵ Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 76; Moll, I (2015), S. 489–489 (Georg Schwaiger/Peter Pfister).

gemeinhin als „erster Märtyrer der Bekennenden Kirche“. 1933 aus dem Justizdienst entlassen, war Weißler zunächst als Berater und später Leiter der Kanzlei der vorläufigen Leitung der Bekennenden Kirche tätig. Der Weitergabe einer von ihm maßgeblich mitverfassten regimekritischen Denkschrift an die Auslandspresse bezichtigt, wurde Weißler, von dem sich die Kirchenleitung distanzierte, am 3. Oktober 1936 verhaftet und wenige Tage nach seiner Verschleppung in das Konzentrationslager Sachsenhausen am 19. Februar 1937 als Jude von einem KZ-Wärter totgeschlagen.⁴⁶

„Dass es trotz Gesinnungsdruck und Polizeiterrors bis in die letzte Kriegszeit Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte gegeben hat, die an den Grundsätzen des Rechtsstaates festgehalten und darum Kritik auf sich genommen haben“, darauf hat Heinz Boberach in der Einleitung zur Edition der „Richterbriefe“⁴⁷ 1975 hingewiesen. Genannt sei der Vormundschaftsrichter Lothar Kreyszig (1898–1986), der im Juli 1940 aufgrund der sich häufenden Todesfälle „der von ihm betreuten Mündel“ dem Reichsjustizministerium „seinen Verdacht“ meldete, „daß die Kranken massenhaft getötet würden“; Kreyszig, im März 1942 zu seinem eigenen Erstaunen nur in den Ruhestand versetzt, „war der einzig bekannt gewordene deutsche Richter, der sich den Euthanasie-Morden des NS-Regimes offen widersetzt, ja die Organisatoren des Mordes bezichtigt hat“⁴⁸. Aber „mutige Richter“ waren „in der Minderzahl“, die Ausnahme.⁴⁹ „Die übergroße Mehrheit“, so Ralph Angermund 1990 in seiner Untersuchung über die „Deutsche Richterschaft 1919–1945“⁵⁰ – ließ jedoch „keine Distanz oder Zweifel gegenüber ‚Führer und Reich‘ erkennen“. Von den „Widerstandsleistungen einzelner Richter“⁵¹ abgesehen, waren es „zu viele Richter“, die „für das Unrechtssystem eintraten“. Dieses pauschale Urteil Horst Göppingers⁵² dürfte auch

⁴⁶ A. Weißler (* 1855), Autor der „Geschichte der Rechtsanwaltschaft“ (1905), hat sich aus Verzweiflung über den Versailler Vertrag 1919 das Leben genommen; seine (*nicht arische*) Ehefrau wurde 1943 nach Theresienstadt deportiert und ist dort umgekommen; Die Weißlers. Ein deutsches Familienschicksal. Aufzeichnungen von Johannes Weißler, Badenweiler 2011; zur Denkschrift und zur Charakterisierung „erster Märtyrer der Bekennenden Kirche“ kritisch Manfred Gailus, Friedrich Weißler. Ein Jurist und bekennender Christ im Widerstand gegen Hitler, Göttingen 2017, S. 20, 125 ff.; www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personen (6. 11. 2019).

⁴⁷ Dokumente zur Beeinflussung der deutschen Rechtsprechung 1942–1944. Hg. v. H. Boberach mit Beiträgen von Robert M. W. Kempner und Theo Rasehorn, Boppard a. Rh. 1975, S. XXIV.

⁴⁸ Rüthers, 2008, S. 7 f. (unter Hinweis auf Konrad Weiß, Lothar Kreyszig – Prophet der Versöhnung, Gerlingen 1998); Furchtlose Juristen, 2017, S. 127–145 (Gerhard Fieberg).

⁴⁹ Unter Hinweis auf den Lebensbericht von L. Kreyszig (in: Brandenburgisches Oberlandesgericht. Festgabe zur Eröffnung hg. v. Peter Macke, Baden-Baden 1993, S. 77) Dieter Laum/Rüdiger Pamp, Das Oberlandesgericht Köln und sein Bezirk im Nationalsozialismus, in: Rheinische Justiz, 1994, S. 625–673, 644.

⁵⁰ Krisenerfahrung, Illusion, politische Rechtsprechung, Frankfurt am Main 1999 (Originalausgabe Okt. 1990), S. 8.

⁵¹ Ralph Angermund, Die geprellten „Richterkönige“. Zum Niedergang der Justiz im NS-Staat, in: Hans Mommsen u. Susanne Willems (Hg.), Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988, S. 304–337, 336.

⁵² 1990, S. 27; zu einer frühen apologetischen Darstellung, ausgelöst auch durch die DDR-Kampagne gegen die „Bonner Justiz-Elite“ vgl. das 1959 erschienene Werk „Der Richter im Dritten Reich. Geschichte und Dokumente“ von Hubert Schorn, selbst Amtsgerichtsrat „in jener Epoche“ (S. 426–428); ihre stabilisierende „Funktion im Dritten Reich“ erfüllten die Richter – „von überzeugten Nationalsozialisten und Ausnahmeerscheinungen abgesehen“ – „gerade dadurch, daß man tat, was man immer getan hatte: nämlich ‚normale‘ Urteile zu fertigen, manchmal ein hochgradig nationalsozialistisch geprägtes Urteil zu erlassen und ganz selten ein wenig gegen den Stachel zu löcken“; Rainer Schröder, „... aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“ Die Urteile des OLG Celle aus dem Dritten Reich, Baden-Baden 1988, S. 287; Klaus Bästlein, „Nazi-Blutrichter als Stützen des Adenauer-Regimes“. Eine Dokumentation gegen NS-Richter und -Staatsanwälte. Die Reaktionen der bundesdeutschen Justiz und ihre gescheiterte „Selbstreinigung“ 1957–1968, in: Helge Grabitz (Hg.), Die Normalität des Ver-

I. „... bringe ich den jüdischen Rechtsanwalt zur Ausbürgerung in Vorschlag“

für die anderen juristischen „Berufssparten“ zutreffen. „Unter den Bedingungen von Diktatur, Krieg und Genozid“ war der Juristenstand, so Michael Stolleis im Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte⁵³, „zugleich Werkzeug und Täter“. Insbesondere juristische Professoren⁵⁴ übten „bei der rassistisch ausgerichteten Rechtserneuerung nach 1933“ einen nicht zu unterschätzenden „Einfluss“ aus.⁵⁵

Für die Justizjuristen hat Hubert Rottleuthner auf Basis der zu 34.221 Beamten des höheren Dienstes erfassten Daten „die *Normalität der Anpassung*“ und Konformität mit deren weltanschaulichen Überzeugungen und einem hohen Maß an alltäglicher Berufszufriedenheit zu erklären versucht und betont, „dass sich die beträchtliche Mehrzahl der Justizjuristen mit dem System arrangiert hat, es gestützt, legitimiert, begrüßt hat“⁵⁶. Zu den wenigen, die sich nicht anpassten, zählte der 1941 in der NS-Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein ermordete Assessor Martin Gauger, der als Christ und einziger namentlich bekannter Jurist 1934 den Treueid auf Hitler verweigert hatte.⁵⁷ Der Sammelband „Furchtlose Juristen“ ist mit insgesamt 17 biographischen Skizzen „schmal, beschämend schmal“ (Heiko Maas); gewürdigt werden darin neben Hans von Dohnanyi⁵⁸ auch M. Gauger und L. Kreyszig.

Die Handlungsspielräume für Justizjuristen im NS-Staat waren gering; von den an badischen Amts- und Landgerichten tätigen, dem Regime kritisch gegenüberstehenden Richtern quittierten nach 1933 einige wenige den Justizdienst – still und unauffällig „unter Nutzung gebotener Gelegenheiten“. So „wechselte“ etwa ein dem Zentrum nahestehender Amtsgerichtsrat „in die Dienste des Erzbischofs von Freiburg“; jüngere Beamte „wechselten“ zur Wehrmacht.⁵⁹ In einem Gewissenskonflikt erschoss sich im Juli 1944 der Generalstabsrichter Werner Lueben⁶⁰. Zu den Justizjuristen, die widerständig handelten⁶¹, zählt nicht zuletzt Hans Calmeyer. Als Beamter der deutschen Besatzungsmacht in den Niederlanden rettete der Osnabrücker Anwalt – 1933/34 wegen kommunistischer

brechens, Berlin 1994, S. 408–443; Kenneth E. Ledford, *Judging German Judges in the Third Reich. Excusing and Confronting the Past*, in: *The Law in Nazi Germany*, 2013, S. 161–189, 173 f.

⁵³ HRG II, 2012, Sp. 1440–1443, 1442.

⁵⁴ Rütters, 2008, S. 17 f.: „Nicht das intellektuelle juristische Mittelmaß, sondern herausragende juristische Vertreter der Epoche stellten sich eifrig in den Dienst der neuen Machthaber. Auch hier war eine ganze Generation betroffen. [...] Nur wenige juristische Professoren (etwa Ernst Wolf, Ernst Friesenhahn und Werner Flume) haben sich nach der Machtübernahme 1933 anders verhalten.“

⁵⁵ Eisenhardt, 7. überab. Aufl. 2019, S. 397 ff., 423.

⁵⁶ Rottleuthner, 2010, S. 15; Johannes Tüchel, *Von Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandes von Richtern und Staatsanwälten*, in: *Furchtlose Juristen*, 2017, S. 15–40, 27.

⁵⁷ www.rheinische-geschichte.lvr.de/Personlichkeiten/martin-gauger/DE-2086 (Klaus Schmidt; Zugriff: 12. 9. 2019); *Furchtlose Juristen*, 2017, S. 85–95 (Holger Schlüter).

⁵⁸ *Furchtlose Juristen*, 2017, S. 55–68 (Winfried Meyer).

⁵⁹ Kißener, 2003, S. 226, 237.

⁶⁰ Robert M. W. Kempner, *Richterbriefe und Nürnberger Juristenprozeß*, in: *Richterbriefe* (s. Anm. 47), 1975, S. 478: „Unerwähnt bleiben darf jedoch nicht, daß tausende von Richtern, Staatsanwälten und Rechtsanwälten charakterfest genug waren, um sich aufgrund ihres Rechtsbewußtseins ihre eigene Unabhängigkeit zu bewahren. Als Märtyrer unter diesen Richtern ragt der Generalstabsrichter Werner Lueben heraus. Er zog es vor, sich am 28. Juli 1944 zu erschießen, um nicht den von der Gestapo von ihm geforderten Justizmord, nämlich Todesurteile gehen die drei Angeklagten [katholischen Geistlichen], begehen zu müssen.“ Tatsächlich konnten aber beide deutschen Diktaturen einer sie „tragenden Richterschaft“ sicher sein: Silke Albin, *Richterlicher Widerstand in totalitären Systemen. Darstellung am Beispiel der Justiz im Nationalsozialismus und in der DDR*, in: *RuP 34* (1998), 1, S. 40–55, 49.

⁶¹ Bei einer historisch differenzierenden Auslegung des Widerstandsbegriffs „standen rund 12,5 % der badischen Richter dem NS-System ablehnend gegenüber“; Kißener, 2003, S. 225; zu Einzelfällen vgl. Anette Michel, „Der Gerechtigkeit mit Leidenschaft ergeben“. Die Amtsrichter Alfred Weiler und Paul Zürcher im Dritten Reich, in: *Borgstedt* (Hg.), 2004, S. 37–75; Weiler und Zürcher wurden im Septem-

Betätigung vorübergehend mit Berufsverbot belegt – annähernd 3.000 Juden, die ihre „rassische“ Herkunft zu verschleiern vermochten, vor der Deportation; dafür ehrte ihn 1992 Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“.⁶² Mathias Middelberg, Autor der Biographie von Hans Calmeyer, Felix Busse sowie viele der von ihm zitierten Autoren waren oder sind Rechtsanwältinnen, die mit ihren Arbeiten zur Erforschung der Anwaltschaft im NS-Staat wesentlich beigetragen haben.

Die NS-Vergangenheit war eine Hypothek, an die nach 1945 niemand erinnert werden mochte. Die von dem Studenten und SDS-Mitglied Reinhard Strecker initiierte und 1959 zunächst in Karlsruhe gezeigte Wanderausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ wurde medial stark beachtet, stieß in weiten Teilen der Öffentlichkeit und der Justizbehörden aber auf Ablehnung. Die studentische Protestaktion, die Verbrechen von auch namentlich genannten Justizjuristen anprangerte, wurde als „Teilstück der Hetze Pankows“ diskreditiert.⁶³ Auch Ilse Staff, die 1964 in ihrer Dokumentation „Justiz im Dritten Reich“ insbesondere „den Anteil der deutschen Juristen an der Tyrannei der Nationalsozialisten zeigen“ wollte, galt „nicht wenigen deshalb als Nestbeschmutzerin“ (Ute Sacksofsky⁶⁴). In der Dokumentation hatte I. Staff ein Kapitel der „Anwaltschaft im Dritten Reich“ gewidmet. Erst zwei Jahrzehnte später nahm Stefan König⁶⁵ das Thema wieder auf. Nicht zuletzt ist es das Verdienst des 1993 von dem Berliner Strafverteidiger Gerhard Jungfer (1940–2017) begründeten und seit 2002 als Verein eingetragenen Forums Anwalts-geschichte, das Interesse an über Jahrzehnte vernachlässigten Themen der Anwalts-geschichte mit geweckt und gefördert zu haben. Für Forschungen unentbehrlich sind insbesondere die von Tillmann Krach zusammengestellten Literaturlisten, die für Veröffentlichungen ab 1996 auf der Homepage des Vereins abrufbar sind.

* * *

ber 1944 vom Dienst suspendiert und als Rüstungsarbeiter dienstverpflichtet, erlitten aber keine weitere Verfolgung.

⁶² Zu den Geretteten zählt die mit dem Berliner Rechtsanwalt Dr. Hermann Eisner (1897–1977; AoRB, 2007, S. 145) verheiratete Schauspielerin Camilla Spira (1906–1997), deren Antrag auf Abstammungsänderung Calmeyer stattgab. Die Anerkennung als „Vollarierin“ bedeutete zugleich, dass ihre Ehe als „privilegierte Mischehe“ galt und damit auch ihren jüdischen (aufgrund der 11. VO z. RBürgG vom 25. 11. 1941 ausgebürgerten) Ehemann und ihre beiden nun „halbjüdischen“ Kinder vor der Deportation bewahrte. Von dieser Darstellung abweichend hat 1947 der frühere Leiter des Durchgangslagers Westerbork, ein SS-Sturm-bannführer, gegenüber den niederländischen Ermittlungsbehörden einen entscheidenden Anteil an der „Rettung“ der Schauspielerin für sich beansprucht; EAB, 4279; zu H. Calmeyer: Avi Primor, „... mit Ausnahme Deutschlands“. Als Botschafter Israels in Bonn, Berlin 1997, S. 243–245; Lexikon der Gerechten unter den Völkern, 2005, S. 83–88; Mathias Middelberg, Judenrecht, Judenpolitik und der Jurist Hans Calmeyer in den besetzten Niederlanden 1940–1945, Göttingen 2005; Bernd Rüthers, Der Widerstand der Namenlosen. Hans Calmeyer – zu Unrecht vergessen, in: JJZG 7 (2005/2006), S. 203–219; M. Middelberg, Hans Calmeyer – Schindler oder Schwindler? – Ein Anwalt aus Osnabrück als „Judenreferent in den besetzten Niederlanden während des Zweiten Weltkrieges, in: RAK Oldenburg, 2007, S. 161–189, 165 u. 172; Rüthers, 2008, S. 84–101; M. Middelberg, „Wer bin ich, dass ich über Leben und Tod entscheide?“ Hans Calmeyer – „Rassereferent“ in den Niederlanden 1941–1945, Göttingen 2015.

⁶³ Stephan Alexander Glienke, Die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ (1959–1962). Zur Geschichte der Aufarbeitung nationalsozialistischer Justizverbrechen, Baden-Baden 2008, S. 305; Michael Kohlstruck, Laudatio auf Reinhard Strecker [aus Anlass der Verleihung des Arnold-Frey-muth-Preises am 27. 11. 2016 in Hamm], in: JJZG 17 (2018), S. 259–266.

⁶⁴ Ilse Staff – die erste deutsche Staatsrechtslehrerin, Arbeitspapier des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Goethe-Universität Frankfurt/M. Nr. 11/2015: www.d-nb.info/1081211806/34.

⁶⁵ 1987; ergänzend ders., Zur Rolle der Berliner Anwaltschaft nach 1933, in: Exodus von Wissenschaften aus Berlin: Fragestellungen, Ergebnisse – Desiderate. Entwicklungen vor und nach 1933, hg. v. Wolfram Fischer [u. a.] Berlin/New York 1994, S. 139–151.

I. „... bringe ich den jüdischen Rechtsanwalt zur Ausbürgerung in Vorschlag“

Die *Säuberung* der Anwaltschaft war ein Kernziel der neuen Machthaber. Das Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft vom 7. April 1933, das in Wirklichkeit ein „Gesetz zur Ausstoßung von Anwälten“ (F. Ostler) war, und die entsprechenden Durchführungsverordnungen eröffneten der Justizverwaltung die Möglichkeit, Rechtsanwälte „nicht arischer Abstammung“ und „Personen, die sich in kommunistischem Sinne betätigt haben“, aus der Anwaltschaft auszuschließen. Für „kommunistische“ Rechtsanwälte gab es keine Ausnahmebestimmungen. Die in Sozietäten und Bürogemeinschaften vielfach praktizierte Kollegialität verflüchtigte sich nach 1933. Die Assoziierung eines *arischen* Rechtsanwalts mit einem *Juden* musste spätestens Ende 1935 bzw. Anfang 1936 aufgelöst werden.⁶⁶ Diesen Prozess und Aderlass hat Tillmann Krach für Preußen 1991 „in einer Fülle und Vollständigkeit“ dargestellt, „die erschrecken und bestürzen kann“ (Konrad Redeker).

„Nicht arische“ Rechtsanwälte, die vor dem 1. August 1914 ihre Zulassung erhalten hatten, oder „an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft“ hatten, waren 1933 vom Ausschluss noch verschont geblieben.⁶⁷ Ihr Berufsschicksal besiegelte spätestens die Fünfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 27. September 1938.⁶⁸ Sie regelte das „Ausscheiden der Juden aus der Rechtsanwaltschaft“ zum 30. November bzw. spätestens zum 31. Dezember 1938 „im Lande Österreich“ sowie die rechtliche Beratung und Vertretung von Juden ausschließlich durch „jüdische Konsulenten“. In der „Juristischen Wochenschrift“⁶⁹ dankte der Berliner Rechtsanwalt und Notar Professor Dr. Erwin Noack dem Führer, „dessen Ideen die Voraussetzungen zu der uns von den jüdischen Schädlingen befreienden Tat schufen“. *Reichsbürger* war nach Erlass des vom Reichstag am „Reichsparteitag der Freiheit“ in Nürnberg am 15. September 1935 einstimmig beschlossenen *Reichsbürgergesetzes* „nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes“.⁷⁰ Nach der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 konnte ein Jude nicht Reichsbürger sein und auch kein öffentliches Amt mehr bekleiden. Wer „Jude ist“ oder „als Jude gilt“, das definierte diese Verordnung.⁷¹ Spätestens nach Erlass des Reichsbürgergesetzes waren in Preußen alle noch zugelassenen *jüdischen* Anwaltsnotare⁷² aus dem Amt als Notar entlassen worden. Nach dem allgemeinen (auch

⁶⁶ Müller, 1987, S. 67–75; Douma, 1998, S. 130–142; Göppinger, 1990, S. 93; Angela Borgstedt, Solidarität – Entsolidarisierung. Reaktionen innerhalb der Anwaltschaft auf die Entrechtung jüdischer Kollegen, in: JJZG 7 (2005/2006), S. 438–448.

⁶⁷ RGBl. 1933 I, S. 188.

⁶⁸ RGBl. 1938 I, S. 1403–1406.

⁶⁹ 67 (1938), 45, S. 2796 f.: „Die Entjudung der deutschen Anwaltschaft“; Georg Prick, Rechtsanwalt Dr. Erwin Noack – Facetten zu einem Lebensbild, in: Heiner Lück/Armin Höland (Hg.), Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im Nationalsozialismus, Halle a. d. Saale 2011, S. 142–190.

⁷⁰ RGBl. 1935 I, S. 1146 (§ 2).

⁷¹ RGBl. 1935 I, S. 1333 f.: „§ 5 (1) Jude ist, wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt. [...] (2) Als Jude gilt auch der von zwei volljüdischen Großeltern abstammende staatsangehörige jüdische Mischling.“ § 2 dieser Verordnung bestimmte: „Jüdischer Mischling ist, wer von einem oder zwei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt, sofern er nicht nach § 5 Abs. 2 als Jude gilt. Als volljüdisch gilt ein Großelternanteil ohne weiteres, wenn er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat.“

⁷² Am 1. 5. 1934 waren in Preußen insgesamt 852 „nichtarische“ Notare zugelassen; 1.199 waren bis zu diesem Zeitpunkt durch Berufsverbot, Tod, „freiwilligen“ Verzicht, Emigration oder aus anderen Gründen aus dem Amt ausgeschieden; Göppinger, ²1990, S. 91; Douma, 1998, S. 105 f.; Johannes Gsänger, Das Notariat im „Dritten Reich“, in: Schmoekkel/Schubert, 2012, S. 169–190, 188 f.; Andreas Thier, Entwicklungslinien der Notariatsgeschichte in Preußen, in: ebd., S. 497–545, 542 f.

die *jüdischen* Patentanwälte⁷³ einschließenden) Berufsverbot Ende November 1938 waren *jüdische Rechtsanwälte* nur mehr *frühere jüdische Rechtsanwälte*. Nur wenige der nicht emigrierten Rechtsanwälte „jüdischer Abstammung“ und auch nur wenige der nach 1938 ausschließlich „zur rechtlichen Beratung und Vertretung von Juden“ auf Widerruf zugelassenen *jüdischen Konsulenten*⁷⁴ überlebten die Judenverfolgung.

Der Begriff *jüdischer Rechtsanwalt* war (und ist) keine Berufsbezeichnung⁷⁵, als gängige Münze aber „im Umlauf“. Nicht einmal Eugen Schiffer, linksliberaler Parlamentarier und zu Beginn der Weimarer Republik zeitweise Vizekanzler, war sie zu abgegriffen. Er benutzte sie noch in seinen 1951 erschienenen Erinnerungen „Ein Leben für den Liberalismus“⁷⁶ im Zusammenhang mit der Ernennungen des *jüdischen sozialdemokratischen Rechtsanwalts* Otto Landsberg zum deutschen Gesandten in Brüssel. Der Begriff *jüdischer Rechtsanwalt* ist keine Erfindung des Feuilletons wie der Begriff des „parlamentarischen Rechtsanwalts“ (Alfred Kerr) für den Typus des Rechtsanwalts, der als Abgeordneter in der politischen Arena des Reichstags und als Vertreter der politischen Klasse im gesellschaftlichen Leben der Reichshauptstadt zunehmend in Erscheinung trat.⁷⁷ Die Begrifflichkeit *jüdischer Rechtsanwalt* entstammt in direkter Linie der völkischen und antisemitischen Phraseologie⁷⁸. Eine entsprechend *stigmatisierende* Bezeichnung für Rechtsanwälte evangelischer oder katholischer Konfession war nicht geläufig. Wohl gab es katholische Klienten, die „einen anderen katholischen Rechtsanwalt“ suchten, weil sie „den gewünschten“ nicht hatten sprechen können.⁷⁹ Heinz Roesen⁸⁰ – 22 Jahre Vorsitzender des Anwalt-Vereins Düsseldorf – war zweifellos katholisch, aber deshalb kein „katholischer Anwalt“. Der Jurist, der nach 1933 einem „in arge Bedrängnis“ geratenen „jüdischen Klienten“ helfen können, hat den Ausschluss *der jüdischen Kollegen*, der zahlreichen vor 1933 in Düsseldorf zugelassenen *jüdischen Anwälte*, in seinen Erinnerungen angedeutet. Als antisemitisch hat er die Begriffe auch nach der Vertreibung der Kollegen offenbar nicht

⁷³ Gruchmann, 2001, S. 187; „allein“ mit seinem „Gerechtigkeitsgefühl“ begründete der Frankfurter Patentanwalt Richard Wirth am 3. 4. 1933 ein Schreiben an mehrere Kollegen, in dem er sich „mit den jüdischen Kollegen solidarisch in dem Augenblick [erklärte], in welchem die Bewegung dieselbe Richtung einnehmen oder drohen sollte, wie die gegen die jüdischen Rechtsanwälte“; VEJ 1, 2008, S. 114 f./Dok. 24; das Schicksal der nach der Berufszählung vom 16. 6. 1933 insgesamt 79 jüdischen Patentanwälte (ebd., S. 189), die Diplomingenieure waren, hat bisher wenig Beachtung gefunden; ihre gleichfalls prekäre Situation und *Ausbürgerung* – nicht im Fokus der Untersuchung – scheint in der biographischen Dokumentation im Fall Hans Eyck auf. Der Bestand Reichspatentamt im Bundesarchiv enthält 75 Patentanwälte betreffende Bände, „auch Einzelfälle“; vgl. Boberach, 1991, S. 187.

⁷⁴ Göppinger, 21990, S. 94–97.

⁷⁵ Weder Anwalt noch Advokat oder Rechtsanwalt verzeichnen Stefan Rohrbacher/Michael Schmidt (Judenbilder. Kulturgeschichte antijüdischer Mythen und antisemitischer Vorurteile, Reinbek b. Hamburg 1991) unter dem Registerstichwort „Berufsbilder, jüdische“, wohl aber „Schlachter“.

⁷⁶ Berlin-Grunewald 1951, S. 225; nach Thilo Ramm (Jurist und Politiker, in: ders./Hg., Eugen Schiffer. Ein nationalliberaler Staatsmann, 1860–1954, Baden-Baden 2006, S. 131–204, 142) „galt Schiffers besonderer Argwohn als ‚Reichsfeinder‘: dem Zentrum und den Sozialdemokraten“. Ob diese Einstellung Schiffers – selbst jüdischer Herkunft (Göppinger, 21990, S. 360) – zur Charakterisierung seines früheren Kabinettskollegen (1919) bzw. Vorgängers im Amt des Reichsministers der Justiz beigetragen hat, sei dahingestellt.

⁷⁷ Vgl. Hannes Siegrist, Advokat, Bürger und Staat. Sozialgeschichte der Rechtsanwälte in Deutschland, Italien und der Schweiz (18.–20. Jh.), Frankfurt/Main 1996 (2. Halbbd.), S. 909 ff.; Matthias Naggert. *Advocatus Politicus*. Zum Wesen, den Motiven und Folgen anwaltlichen Engagements im politischen Raum (Diss. Halle), Baden-Baden 2018.

⁷⁸ Krach, 1991, S. XXXIII.

⁷⁹ So der *jüdische* Rechtsanwalt Siegfried → Guggenheim über seinen früheren Sozium Otto von Brentano in einem Brief vom 17. 4. 1947 an Karl Kanka (J. Füllgrabe, S. 133).

⁸⁰ 1979, S. 77 f., 148 f.

I. „... bringe ich den jüdischen Rechtsanwalt zur Ausbürgerung in Vorschlag“

empfunden. Seine Schärfe erlangte das in Politik und Publizistik geläufige Schlagwort *jüdischer Rechtsanwalt*, das einen Großteil des Berufsstandes diskriminierte⁸¹, seit 1933 in der Hand der Gestapo. Sie nutzte den Negativbegriff kollektiv zur Indizierung eines *Völkfeindes*, dem sie grundsätzlich unterstellte, nach seiner *Auswanderung* im Ausland bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen das nationalsozialistische Deutschland zu hetzen.

Im Inland war der *jüdische Rechtsanwalt* nach 1933, solange er zur Anwaltschaft zugelassen war, nur noch ein „outsider“ (Konrad H. Jarasch⁸²), dessen Berufsfeld zunehmend eingeschränkt wurde und für den unter *deutschen Juristen* kein Platz mehr vorgesehen war. Bereits 1933 empfahl der gleichgeschaltete (und im gleichen Jahr noch aufgelöste) Deutsche Anwaltverein seinen „arischen“ Mitgliedern, das Hakenkreuz als Wasserzeichen und „auf Schildern, Briefbögen usw. die Bezeichnung ‚Deutscher Rechtsanwalt/Notar‘ zu führen“⁸³. Der Fachgruppe Rechtsanwälte im Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen e. V., dem früheren Deutschen Anwaltverein, konnten gemäß der vom 25. Deutschen Anwaltstag am 30. September 1933 in Leipzig „mit viertausend gegen zwei Stimmen beschlossenen neuen Satzung“ ausschließlich „Rechtsanwälte deutschen (arischen) Blutes sein und bleiben“. Entsprechend *beehrte* sich der Vorstand, die Mitgliedschaft der betroffenen *Herren* im bisherigen Deutschen Anwaltverein „mit sofortiger Wirkung, jedoch mit der Maßgabe aufzukündigen, daß Ihnen die Juristische Wochenschrift noch bis Ablauf des Jahres 1933 weitergeliefert wird.“⁸⁴

Von der *Säuberung* des Berufsstandes durch die *Ausschaltung* jüdischer Rechtsanwälte waren vielfach Juristen betroffen, die sich selbst *nicht* als Juden betrachteten, weil sie ihren Glauben nicht praktizierten, getauft waren – später konvertiert oder von Anfang an der evangelischen oder katholischen Kirche zugehörig – bzw. sich als Dissidenten bekannten wie etwa Otto Landsberg. Das Attribut „jüdisch“ brandmarkte aber nicht nur Rechtsanwälte. In den für die Presse bestimmten Begründungen⁸⁵ der ersten Ausbürgerungslisten charakterisiert *jüdisch* oder *Jude* die damit bezeichnete Person als *rassisch* nicht dem deutschen Volk zugehörig: So werden in der „geheimen“ Niederschrift zur 10. Ausbürgerungsliste⁸⁶, die der Hepp-Liste 11 entspricht, neben den *Rechtsanwälten* Heinrich Rheinrohm und Hugo Sinzheimer sowie Friedrich Roetter (*jüdischer Abstammung*) 22 weitere Personen ausdrücklich als *jüdisch* stigmatisiert, vielfach mit weiteren Brandzeichen: *marxistisch*, *kommunistisch*, *ehem. SPD*. Der *Jude* Hugo Sinzheimer, für die SPD Mitglied der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, wurde zugleich als *marxistisch-kommunistischer Funktionär* gebrandmarkt. Das Attribut *jüdisch* kennzeichnete den *Staatsfeind* schlechthin, den Advokaten im Besonderen als *Fremdkörper* (Roland Freisler⁸⁷) und

⁸¹ Zu der Begriffsprägung „Judenarzt“ vgl. Noline Hartzitz, Der „Judenarzt“. Historische und sprachliche Untersuchung zur Diskriminierung eines Berufsstandes in der frühen Neuzeit, Heidelberg 1994.

⁸² 1991, S. 180; ders., The free professions. German lawyers, teachers and engineers, 1900–1950, New York [u. a.] 1990.

⁸³ Erdrich, 1994, S. 392.

⁸⁴ Anwälte und ihre Geschichte, 2005, S. 69: Fotokopie des Musterschreibens vom 21. 11. 1933 an den Hamburger Rechtsanwalt Dr. Emil von Sauer; zur Biographie vgl. Morisse, 2013, S. 169 f.; vgl. auch www.jmberlin.de/1933/de/12_04_ausschluss-von-Fritz-Dispeker (Online-Schaukasten, gleiches Schreiben vom 4. 12. 1933); Weber, 2006, S. 225 f.

⁸⁵ Liesner/Geißler/Steinebach, 1984, S. 112–123, 115 ff.: Faksimile der „Niederschrift zur vierten Ausbürgerungsliste – Kurze Begründung der Entscheidung“ (Hepp, Liste 4 v. 11. 6. 1935; Arthur → Wolff).

⁸⁶ PA/AA, R 99657.

⁸⁷ Einen Höhepunkt erreichten die antisemitischen Ausfälle vor 1933 mit der den ganzen Berufsstand verunglimpfenden Beleidigung des Berliner Anwalts Johannes Werthauer durch den NSDAP-Abgeordneten Wilhelm Kube am 22. Juni 1932 im Preußischen Landtag; Anwälte und ihre Geschichte, 2005,

Schädling (Erich Noack). Wenn daher im Folgenden von jüdischen Rechtsanwälten die Rede ist, sind *jüdische Deutsche* oder *Deutsche jüdischer Herkunft* gemeint: Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen, die nach 1933 als Person und Mitglied eines juristischen Kollektivs, des Anwaltsstandes, vom legalisierten Unrecht der „völkischen Ungleichheit“⁸⁸ in besonderer Weise betroffen waren, die ausgegrenzt und verfolgt wurden – als Feinde der Volksgemeinschaft und des nationalsozialistischen Staates.

Von den am 1. April 1933 im Reich zugelassenen 19.500 Rechtsanwälten waren „rund 4.500“ Anwälte von der Ausschließungsgesetzgebung⁸⁹ im Grundsatz betroffen. Sie galten nun als „nicht arisch“. Das *jüdische Viertel* (Erwin Noack) verringerte sich bis zum Sommer 1933 auf insgesamt 3.030 Rechtsanwälte und Notare jüdischen Glaubens.⁹⁰ Zu den betroffenen Rechtsanwälten zählten auch jüdische Rechtsanwälte, die kommunistischer Betätigung verdächtigt wurden, um sie ungeachtet ihres Schutzstatus als *Altanwalt* oder *Frontkämpfer* ausschließen zu können. Vom Berufsverbot bedroht oder betroffen war weiterhin eine unbekannte Zahl „arischer“ Rechtsanwälte, die sich angeblich oder tatsächlich in kommunistischem Sinne betätigt hatten, so der „einer alten Anwaltsfamilie“ entstammende Dresdner Anwalt (und Kommunist) Rolf Helm⁹¹ oder die Frankfurter Anwältin Elfriede Cohnen⁹². Für den Kammerbezirk München nennt Ostler neben Franz Weber den SPD-Anhänger Adolf Kaufmann⁹³ und Max Hirschberg; im Fall Hirschberg nahm die Kammer den Antrag auf Ausschließung jedoch „zähneknirschend“ zurück, „da nach den ... zur Verfügung stehenden Urkunden ein Beweis für eine kommunistische Betätigung nicht vorliegt“⁹⁴.

* * *

S. 26 ff., 28: „Schreiben des Landtagsabgeordneten Rechtsanwalt Dr. [Roland] Freisler-Kassel an den Präsidenten des Deutschen Anwaltvereins“.

⁸⁸ Majer, 1981, S. 223–238; dies., „Rechts“-Prinzipien des nationalsozialistischen Staates am Beispiel der Verfolgung Andersdenkender [1983], in: D. Majer, Nationalsozialismus im Lichte der juristischen Zeitgeschichte. Ideologie – Staat – Besatzungsregime in Europa 1939–1945, Baden-Baden, 2002, S. 35–54.

⁸⁹ Simone Rücker, Das Ende der Rechtsberatung durch jüdische Juristen. Zur Entrechtung der ab 1933 aus der Anwaltschaft ausgeschlossenen Juristen, in *AnwBl* 2007, S. 801–808; dies., *Rechtsberatung. Das Rechtsberatungswesen von 1919–1945 und die Entstehung des Rechtsmissbrauchsgesetzes von 1935*, Tübingen 2007.

⁹⁰ Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 451/5, zit. nach VEJ 1, 2008, S. 189; zur zahlenmäßigen Entwicklung der Anwaltschaft infolge der Handhabung des Anwaltsgesetzes vgl. Majer, 1981, S. 226 f./Anm. 30; *Anwälte und ihre Geschichte*, 2011, S. 31; *AoRD*, 2007, S. 10; für Preußen (1933–1938): Krach, 1991, S. 418–420/Tab. 4 u. 5; für Bayern, wo die amtliche „Statistik bis 1933 nicht unter rassistischen Gesichtspunkten geführt wurde“, vgl. Weber, 2006, S. 27.

⁹¹ 1933 „nach Intervention seiner bürgerlichen Verwandten“ aus der *Schutzhaft* (KZ Schloß Colditz) entlassen, war Helm „wie seine jüdischen Kollegen“ vom Berufsverbot betroffen; „von einer weiteren fünfmonatigen Inhaftierung in Bautzen im Herbst 1944“ abgesehen, hat Helm, der 1978 seine Erinnerungen unter dem Titel „Anwalt des Volkes“ veröffentlichte, die NS-Zeit aber „ziemlich gut überstanden“ und „zunächst als Generalstaatsanwalt in Dresden und später als Abteilungsleiter im DDR-Justizministerium in Ostberlin mit dafür gesorgt, daß es auch nach 1945 in Sachsen keine freie Advokatur, sondern wie in der NS-Zeit eine staatlich gelenkte Anwaltschaft gab.“ Frank, 1996, S. 22; allgemein König, 1987, S. 46, 52 f.

⁹² Martin Schumacher, Namensähnlichkeit als Ausschließungsgrund? Der Fall der Frankfurter Anwältin Elfriede Cohnen und die Säuberung der Anwaltschaft in Preußen 1933, in: *VfZ* 59 (2011), 1, S. 19–51.

⁹³ 1883–1933 Wien; „aufgrund seiner jüdischen Herkunft und Homosexualität doppelt bedroht“; Weber, 2006, S. 24 f., 239.

⁹⁴ Weber, 2006, S. 89 f. (Zitat S. 90).

I. „... bringe ich den jüdischen Rechtsanwalt zur Ausbürgerung in Vorschlag“

Die Tendenz, die „braunen Jahre“ der Justiz weitgehend auszublenden, setzte auch der biographischen Erforschung der Anwaltschaft im „Dritten Reich“ enge Grenzen. Immerhin hatte Horst Göppinger 1963 – zwei Jahrzehnte vor Fritz Ostler – erstmals umfassend „die Verfolgung der Juristen jüdischer Abstammung durch den Nationalsozialismus“ thematisiert; zwei Jahre später erinnerte Alfred Marx an das Schicksal der württembergischen und hohenzollerischen jüdischen Juristen. Sich daran zu erinnern, blieb aber auch in der Anwaltschaft die Ausnahme. Anlässlich des 43. Anwaltstages in Mannheim 1985 bezeichnete Rainer Bell im „Anwaltsblatt“⁹⁵ das Gedenken an die „jüdischen Kollegen“ als „moralische, politische und kollegiale Ehrenpflicht“. Horst Göppinger⁹⁶ war kein „Kollege“. Aber der beamtete Jurist hatte sich der „Aufgabe“ verschrieben, „die konsequente Entrechtung der jüdischen Juristen darzustellen“. Sein Buch war 1963 noch wenig beachtet worden. Die völlig neubearbeitete Auflage unter dem Titel „Juristen jüdischer Abstammung im ‚Dritten Reich‘“ dokumentierte auch für die jüdischen Anwälte die Auswirkungen der Entrechtung im „weiten Spektrum an Einzelschicksalen“.⁹⁷ Mit über 500 Kurzbiographien ist das Werk ungeachtet vieler weiterer Untersuchungen nach wie vor ein unverzichtbares Referenzwerk, nicht zuletzt für die Lebensschicksale jüdischer Anwälte.

Im November 1988 – 50 Jahre nach den Novemberpogromen und der Zurücknahme der „Zulassung jüdischer Rechtsanwälte“ zum 30. November 1938 aufgrund der Fünften Verordnung zum Reichsbürgergesetz – fanden in Braunschweig⁹⁸ und Berlin⁹⁹ Gedenkveranstaltungen statt. In der Vierteljahresschrift „Demokratie und Recht“ und im „Anwaltsblatt“ erschienen Porträts des 1938 im Konzentrationslager Dachau ermordeten oder in den Tod getriebenen Berliner Anwalts Hans Litten. Zu seinen Ehren veranstalteten der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV) und die Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen (VdJ) am 5. Februar 1988 in Dachau eine Gedenkveranstaltung¹⁰⁰. Ebenfalls 1988 wurde bei der Justizakademie des Landes Nordrhein-Westfalen eine Dokumentations- und Forschungsstelle eingerichtet, die die Wanderausstellung „Justiz und Nationalsozialismus – Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes“ erarbeitete. Der gleichnamige Katalog erschien erstmals 1989; die Ausstellung wurde in ihrer neuen Konzeption beim Deutschen Juristentag 2016 in Essen vorgestellt.

Das Schicksal der vertriebenen „Kollegen“ geriet erst spät in den Fokus der Forschung und des Berufsstandes. Im Vorwort seines Buches dankte Horst Göppinger 1989 den Personen, die ihn bei der „Beschaffung von Material“ unterstützt hatten, an erster Stelle dem Berliner Rechtsanwalt Gerhard Jungfer. Auch als Autor hat sich G. Jungfer große Verdienste um die Erforschung der Lebensschicksale jüdischer Anwälte erworben. Auf lokaler Ebene war bereits seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre einiges in Bewegung geraten: In der Festschrift „100 Jahre Kölner Anwaltverein“ erinnerte Hans-Jürgen Becker¹⁰¹

⁹⁵ 1985, S. 169–172: „Die jüdischen Rechtsanwälte Mannheims“.

⁹⁶ 1916–1996; Nachruf: NJW 50 (1997), 15, S. 996 (Eberhard Wenz).

⁹⁷ Göppinger, ²1990, S. V.

⁹⁸ Rudolf Wassermann, Erinnern und nicht Verdrängen [Gedenkveranstaltung im LG Braunschweig und Enthüllung einer Gedenktafel durch Justizminister Walter Remmers], in: AnwBl 1989, S. 14.

⁹⁹ Hanna Leich u. André Lundt, Zur Ausschaltung jüdischer Rechtsanwälte 1933–1938 – am Beispiel Berlins, in: RuP 24 (1988), 4, S. 221–229; Gerhard Jungfer, Die Vertreibung der jüdischen Juristen [Vortrag bei der Gedenkveranstaltung der Rechtsanwaltskammer Berlin am 30. November 1988], in: AnwBl 1989, S. 10–14.

¹⁰⁰ Norman Paech (Hans → Litten), S. 70.

¹⁰¹ Zur Geschichte der Kölner Rechtsanwaltschaft 1887–1987, in: 100 Jahre Kölner Anwaltverein. Festschrift hg. v. Oswald Bussenius, Köln 1987, S. 17–126, 85–96: „Das Schicksal der jüdischen Rechtsanwälte“.

an die Ausgrenzung und Vertreibung der jüdischen Rechtsanwälte. Als einer der ersten Anwaltvereine bekannte sich der Bonner Anwalt-Verein zu der „Ehrenpflicht“ und beauftragte den Bonner Anwalt Heidwin Paus, die Berufs- und Lebensschicksale der 1933 in Bonn zugelassenen jüdischen Rechtsanwälte während der Zeit des Nationalsozialismus zu untersuchen. Die mit dem „Fraenkel Prize in Contemporary History“ ausgezeichnete Monographie „Jüdische Rechtsanwälte in Preußen“ von Tillmann Krach (1991) stellt einen Meilenstein in der Erforschung der Geschichte der „Freien Advokatur und ihre[r] Zerstörung durch den Nationalsozialismus“ dar. Sie zeigt für Preußen und damit exemplarisch auch für Deutschland, wie den jüdischen Anwälten nach 1933 zuletzt jede Betätigungsmöglichkeit entzogen wurde, „wie sie, soweit sie nicht entfliehen konnten, zum Freiwild wurden“ (Konrad Redeker)¹⁰².

Im Oktober 1992 veranstaltete der Bonner Anwalt-Verein eine vielbeachtete Podiumsdiskussion „Jüdische Rechtsanwälte im Dritten Reich“.¹⁰³ Das Stadtarchiv Bielefeld zeigte im gleichen Jahr von Mitte September bis Ende Oktober die Ausstellung „Das Recht wurzelt im Volk: NS-Justiz im Landgerichtsbezirk Bielefeld“, deren Katalog ausführlich über das Schicksal der 1933 in Bielefeld zugelassenen Anwälte und Notare jüdischer Herkunft berichtet.¹⁰⁴ Im Rahmen seiner Dissertation über das OLG Karlsruhe behandelte Christof Schiller auch die „Säuberung“ der Anwaltschaft; zwei Anhänge dokumentieren die Berufsverbote 1933 und 1938.¹⁰⁵ Für den Bezirk des Kammergerichts Berlin brachte erst der Wunsch der Rechtsanwaltskammer Tel Aviv ein Vorhaben auf den Weg, das mit einer großen Ausstellung und der Dokumentation „Anwalt ohne Recht“ (1998, 2007) und den Arbeiten von Angelika Königseder (2001, 2003) abgeschlossen wurde, ergänzt insbesondere durch die Beiträge von Gerhard Jungfer („Die späte Aufarbeitung einer schwierigen Vergangenheit“) und von A. Königseder in der Jubiläumsschrift „125 Jahre Rechtsanwaltskammer Berlin“ (2006). An den Berliner Band anknüpfend gab die Bundesrechtsanwaltskammer 2007 die Dokumentation „Schicksale jüdischer Anwälte in Deutschland nach 1933“ heraus, die auf der gleichnamigen Wanderausstellung der Bundesrechtsanwaltskammer und des Deutschen Juristentags „beruht“¹⁰⁶.

Im Kontext der juristischen Zeitgeschichte, die nicht zuletzt zur „Erforschung der Lebensläufe von Opfern des Rechts und der Justiz“¹⁰⁷ beigetragen hat, ist die Literatur zum Generalthema „Anwalt ohne Recht“ kaum mehr überschaubar. Nur mit wenigen Stri-

¹⁰² Krach, 1991, S. VIII.

¹⁰³ Siehe S. 17*.

¹⁰⁴ Minninger, 1992, S. 16–27.

¹⁰⁵ Schiller, 1997, S. 469–471; vgl. ergänzend den zusammen mit Göran Berger verfassten Beitrag zur Festschrift für Jobst Wellensiek (2001).

¹⁰⁶ Zur Eröffnung der Ausstellung in Berlin mit u.a. der Eröffnungsrede von Wolfgang Thierse und Beiträgen von Simone Ladwig-Winters (Gebrochene Karrieren und Lebenswege. Zum Schicksal jüdischer Anwälte nach 1933, in: JJZG 5, 2003/2004, S. 302–314), ebd.: Paul Kirchhof (Schicksal jüdischer Anwälte in Deutschland nach 1933; S. 315–319), Ingo Müller (Die Vertreibung des Rechts aus Deutschland; S. 320–328), Peter Landau (Justiz und Rechtsanwaltschaft in der nationalsozialistischen Diktatur, S. 329–335) und Hubert Lang („Der Führer wünscht keine besonderen Maßnahmen“. Das Ende eines deutschen Rechtsanwalts [Max Hellmann], S. 336–340); zu den die Wanderausstellung begleitenden Publikationen: www.brak.de/die-brak/veranstaltungen/ausstellung-anwalt-ohne-recht.

¹⁰⁷ Joachim Rückert, Juristische Zeitgeschichte. Ein Entwurf, in: Michael Stolleis (Hg.), Juristische Zeitgeschichte – ein neues Fach?, Baden-Baden 1993, S. 23–33, 73; der Band dokumentiert grundsätzliche Überlegungen zur Konzeption des Fachs und der Gründung eines entsprechenden Stiftungslehrstuhls an der Goethe-Universität Frankfurt; er enthält neben der Einleitung des Herausgebers weiterhin Beiträge von Diemut Majer, Jan Schröder, Rainer Schröder, Reiner Schulze, Gerhard Werle und Thomas Vormbaum.

I. „... bringe ich den jüdischen Rechtsanwalt zur Ausbürgerung in Vorschlag“

chen kann im Folgenden das Terrain skizziert werden, das bei Beginn der Spurensuche durch biographische Forschungen näher bekannt war. Neben dem schon erwähnten Werk von Tillmann Krach sei auf entsprechende Abhandlungen in Festschriften von Gerichten, Rechtsanwaltskammern und Anwaltsvereinen, vor allem aber auf die Darstellung über „Deutsche Juristen im amerikanischen Exil“ von Ernst C. Stiefel und Frank Mecklenburg (1991) und – die „Wirkungsgeschichte“ ergänzend – auf die Anwälte betreffenden Referate auf dem Bonner Symposium im September 1991 über den „Einfluß deutscher Emigranten auf die Rechtsentwicklung in den USA und in Deutschland“ verwiesen. Der 1993 erschienene Sammelband war gleichsam „der dritte und letzte Teil eines Versuchs der Herausgeber“ – Marcus Lutter, Ernst C. Stiefel und Michael H. Hoeflich –, „denjenigen, denen bitteres Unrecht angetan worden ist, auf ihrer Ebene, der des Geistes und der Wissenschaft, gerecht zu werden“; den ersten Versuch hatte Ernst C. Stiefel – 1940 ausgebürgert und seit 1944 amerikanischer Staatsbürger – am 23. Juni 1983 mit einem Vortrag „Der Beitrag der emigrierten deutschen Juristen zur Rechtsentwicklung in den USA 1933–1983“ unternommen. Der Gastvortrag an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn – 1985 gedruckt – wurde „Anlaß für ein ganzes Buch“, die zusammen mit Frank Mecklenburg 1991 veröffentlichte, bereits erwähnte Untersuchung.¹⁰⁸

Das von Helmut Heinrichs, Harald Franzki, Klaus Schmalz und Michael Stolleis herausgegebene Standardwerk „Deutsche Juristen jüdischer Herkunft“ (1993) enthält neben den Beiträgen von Reinhard Rürup¹⁰⁹, Peter Landau¹¹⁰ und Wolfgang Benz¹¹¹ 43 biographische Porträts, die in der Dokumentation des Einzelfalls zitiert werden. Verwiesen sei weiterhin auf den Sammelband „Jurists uprooted“ (2004) sowie auf den Beitrag von Douglas G. Morris „Discrimination, Degradation, Defiance. Jewish Lawyers under Nazism“ in „The Law in Nazi Germany“ (2013), nicht zuletzt auf eine lange Reihe regionaler Untersuchungen¹¹²: von Bernd Schmalhausen für Essen und Werner Himmelmann u. a. für Dortmund (1994) sowie von Tillmann Krach für Mainz (1996/2000), Henning Frank für Sachsen (1996) und Andrea Löw und Hubert Schneider für Bochum („Zeit ohne Recht“, 2002). Genannt seien zudem die biographischen Dokumentation von Hans Jürgen Schneider, Erika und Josef Schwarz über die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands (2002), von Hans Bergemann und Simone Ladwig-Winters für Potsdam (2003), von Barbara Dölemeyer und S. Ladwig-Winters für den OLG-Bezirk Frankfurt (2004), von Klaus Luig für Köln (2004), von Peter Wettmann-Jungblut für die Rechtsanwälte an der Saar (2004), von Reinhard Weber für Bayern (2006), von Michael Schlüter

¹⁰⁸ Lutter/Stiefel/Hoeflich, 1993, S. IV; der damalige Bundesaußenminister Klaus Kinkel begrüßte in seiner Eröffnungsansprache die fünf anwesenden Emigranten namentlich, unter ihnen die Professoren und früheren Rechtsanwälte Frederick A. Mann und Ernst C. Stiefel; „mit Ihrem Symposium“ – so Kinkel zu Veranstaltern und Teilnehmern gewandt – „betreten Sie Neuland. Niemand hat sich mit diesem Thema bislang beschäftigt. Für die Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit ist es aber von größter Bedeutung.“ Ebd., S. 3–8, 3.

¹⁰⁹ Die Emanzipation der Juden und die verzögerte Öffnung der juristischen Berufe, S. 1–26.

¹¹⁰ Juristen jüdischer Herkunft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, S. 133–214.

¹¹¹ Von der Entrechtung zur Verfolgung und Vernichtung. Jüdische Juristen unter dem nationalsozialistischen Regime, S. 813–852.

¹¹² Für die vielen lokalgeschichtlichen Untersuchungen, die nicht systematisch ausgewertet werden konnten, sei beispielhaft auf die „Geschichte der Juden in Duisburg“ von Günter von Roden (1986) verwiesen – mit 25 „Lebensbilder[n] ausgewählter Persönlichkeiten“, unter ihnen sieben Rechtsanwälte und Notare, sowie einer von Rita Vogedes zusammengestellten „Namensliste Duisburger Juden (ca. 1900–1945).“

und Dieter Miosge für Braunschweig (2006), von Martina Schröder-Teppe für Kassel (2006), von Hans-Joachim Lang für Tübingen (2008), von Georg Prick für den OLG-Bezirk Naumburg (2010), von Hans Bergemann über das Schicksal jüdischer Rechtsanwältinnen aus Berlin nach 1945 (2012), von Angela Borgstedt für Baden (2012), von Heiko Morisse für Hamburg (²2013, ¹2003), von Susanne Mauss für den OLG-Bezirk Düsseldorf (2013) und schließlich von Hubert Lang für Leipzig (2014). Weiter enthält der zum 140. Gründungsjahr des Deutschen Anwaltvereins erschienene Sammelband „Anwälte und ihre Geschichte“ für die „Zeit des Nationalsozialismus“ Beiträge von Barbara Dölemeyer, Simone Ladwig-Winters, Joel Levi und Joachim Castan.¹¹³ Aspekte der wissenschaftlichen Arbeiten von Ernst Fraenkel, Otto Kirchheimer und Karl Löwenstein behandeln mehrere Beiträge in dem von Manfred Gangl herausgegebene Sammelband „Linke Juristen in der Weimarer Republik“ (2003). Lebensläufe jüdischer Juristinnen¹¹⁴ untersuchten Marion Röwekamp (2005/2011) und Simone Ladwig-Winters (2016).

Aufgrund der Entrechtung und Verfolgung emigrierten viele Rechtsanwälte, nicht zuletzt auch jene Juristinnen und Juristen, die aufgrund ihrer *nicht arischen Abstammung* nach 1933 nicht mehr zum Ersten oder Zweiten Staatsexamen zugelassen oder nach erfolgreichem Assessorexamen entlassen wurden. Sie alle wurden *vertrieben, verstoßen* „von dem Land“, so Heinrich Kronstein¹¹⁵, das ihnen „eine selbstverständliche Heimat war“. Jeder Zweite der 1.404 Berliner Anwälte jüdischer Herkunft, dessen Schicksal „in Erfahrung gebracht werden“ konnte, emigrierte nach 1933.¹¹⁶ In Bayern kehrten insgesamt 293 jüdische Rechtsanwälte „dem Land den Rücken“ zu und das heißt, dass zwei Drittel der jüdischen Rechtsanwälte zwischen 1933 und 1941 ihr Heimat hatten verlassen müssen.¹¹⁷ Für Hamburg ist ein Anteil von 61,4 Prozent belegt. Danach verließen 132 der 251 Hamburger Rechtsanwälte jüdischer Herkunft zwischen 1933 und 1941 Deutschland.¹¹⁸ Genaue Angaben zur Zahl der insgesamt im Nationalsozialismus vertriebenen jüdischen Rechtsanwälte fehlen.¹¹⁹ Unter den aus Deutschland Vertriebenen waren sie eine Minderheit: rund 700 jüdische Rechtsanwälte unter 90.000 emigrierten Berliner Juden. Sicher scheint aber, dass mehr als die Hälfte der 1933 zugelassenen „nicht arischen“ Rechtsanwälte sich dem Zugriff des Regimes durch Emigration zu entziehen vermochte, wenn auch im Einzelfall nur vorübergehend. Für die bayerische Justiz hat Reinhard Weber allein für die erste große Emigrationswelle 1933/34 zudem insgesamt „40 überwiegend Jüngere (Referendare, Assessoren)“ ermittelt, die „den Weg ins Exil einschlugen, weil sie

¹¹³ B. Dölemeyer, Gleichschaltung und Anpassung der Anwaltschaft (S. 265–284); S. Ladwig-Winters, Vertreibung und Verfolgung jüdischer Anwälte (S. 285–304); J. Levi, Die Arisierung jüdischer Anwaltskanzleien (S. 305–314) und J. Castan, Der Anwalt Hans Calmeyer in den besetzten Niederlanden (S. 315–336); zu Calmeyer s. Anm. 62.

¹¹⁴ Marion Röwekamp, Die Zulassung von Frauen zur Anwaltschaft, in: Anwälte und ihre Geschichte, 2011, S. 237–261.

¹¹⁵ 1967, S. 154 f. ~ Göppinger, ²1990, S. 345; Diestelkamp/Stolleis, Juristen, 1989, S. 253–267 (Eckard Rehlinger); David J. Gerber, Heinrich Kronstein and The Development of United States Antitrust Law, in: Lutter/Stiefel/Hoeflich, 1993, S. 155–169; Stefan Grundmann u. Karl Riesenhuber (Hg.), Deutschsprachige Zivilrechtslehrer des 20. Jahrhunderts in Berichten ihrer Schüler. Eine Ideengeschichte in Einzeldarstellungen, Berlin 2007, S. 187–205 (Kurt H. Biedenkopf, Heinrich Kronstein, 1897–1972).

¹¹⁶ AoRB, ²2007, S. 99.

¹¹⁷ Weber, 2006, S. 147; zum Schicksal der (101) emigrierten Justizbediensteten vgl. Weber, 2012, S. 101–108.

¹¹⁸ Morisse, ²2013, S. 88.

¹¹⁹ Bennhold, 1992, S. 505; Tillmann Krach, „endlich von artfremdem Einfluß ganz befreit ...“ Jüdische Rechtsanwälte und ihre Vertreibung im Nationalsozialismus, in RuP 29 (1993), S. 84–93; die Zahl der Ärzte, die verfolgungsbedingt Deutschland verließen, wird auf rund 6.000 geschätzt (Anna E. von Villiez, Emigration jüdischer Ärzte im Nationalsozialismus, in: Beddies, 2004, S. 190–202, 191).

I. „... bringe ich den jüdischen Rechtsanwalt zur Ausbürgerung in Vorschlag“

in der Fremde bessere Zukunftschancen erhofften“.¹²⁰ Ebenso emigrierten viele „künftige“ Juristen, die gar nicht mehr zum Ersten Staatsexamen zugelassen worden waren, wie der Fall Otto Friedrich Meyer exemplarisch zeigen mag. Die Gesamtzahl der Vertriebenen – Emigranten und Auswanderer – wird auf eine halbe Million deutschsprachiger Menschen geschätzt, die jüdische Emigration aus Deutschland auf 278.500 Menschen. Die Fluchtbewegung erreicht 1938/39 ihren Höhepunkt. Nur eine Minderheit der Emigranten insgesamt, aber auch der emigrierten jüdischen Rechtsanwälte hatte zuvor aktiv das Regime bekämpft.

* * *

Das von Herbert A. Strauss und Werner Röder herausgegebene „Biographische Handbuch der deutschsprachigen Emigration“ (1980/1983) zielte auf die große „Gruppe von Emigranten“, deren „biografische Daten aufgrund ihrer öffentlichen Stellung und Bedeutung leicht zu erfassen waren“¹²¹. Es stellt nach der zutreffenden Einschätzung von Horst Möller¹²² „das notwendige Fundament“ für weitere Arbeiten zur Exil- und Emigrationsforschung bereit. Das Handbuch enthält rund 8.600 Kurzbiographien, darunter 138 Personen der Gruppe „Law“, deren Herkunft, Verfolgung, Wanderung und Karriere nach 1933 nachgewiesen wird.¹²³ Im Einzelfall wird auch der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 verzeichnet. Das Gesetz richtete sich gegen Personen, „die in der Zeit zwischen dem 9. November 1918 und dem 30. Januar 1933“ eingebürgert worden waren, und gegen „Reichsangehörige, die sich im Ausland aufhalten“. Es bot die Handhabe, die Einbürgerung von *Ostjuden* zu widerrufen und *Emigranten*, die „durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt“, mit der Aberkennung der Staatsangehörigkeit zu bestrafen. Bis 1945 wurden die Namen der Ausgebürgerten im „Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger“ bekanntgemacht, in 359 Listen. Diese hat Michael Hepp 1985 ediert und im gleichen Jahr durch ein Personenregister sowie 1988 durch ein Geburtsortsregister erschlossen. Die Dokumentation nennt die Namen und Geburtsdaten von 39.006 Ausgebürgerten. Nach der Buchhaltung des Auswärtigen Amtes, einer von Liste zu Liste mit Zu- und Abgängen fortgeschriebenen Statistik, wurden bis Ende 1944 insgesamt 38.609 Personen individuell ausgebürgert. Unter Einbeziehung der mit den

¹²⁰ Weber, 2012, S. 101 f.; bereits 1971 nannte Robert M. Kempner in diesem Zusammenhang die „jungen jüdischen Juristinnen“ Ruth Ehrlich (Ladwig-Winters, 2016, S. 132 f.), Eva Newman und Käthe Walach (ebd., S. 214 f.), die „erfolgreiche Anwältinnen“ in den USA wurden; Eva Feilchenfeld – verheiratet mit dem Berliner Anwalt Rudolf Neumann (der in USA seinen Namen in *Randolph H. Newman* änderte; AoRB, 2007, S. 232) – absolvierte wie ihr Ehemann im September 1943 die Brooklyn Law School als Klassenbeste; Eva E. Newman – her story, 2007, S. 107; für die Überlassung der Erinnerungen – als Gespräch aufgezeichnet – danke ich ihrem jüngsten Sohn Robby Newman, der 2018 in New York gestorben ist. Während für die Genannten, aber auch für den vorletzten jüdischen Doktoranden der Berliner Juristischen Fakultät, den als Referendar aus dem Justizdienst entlassenen Heinz Kellermann, eine Ausbürgerung nicht nachweisbar ist, wurde der 1933 ebenfalls als Referendar entlassene Johannes Oberländer – 1934 in Bonn promoviert und später depromoviert – auf Vorschlag der Gestapo Köln, Außenstelle Bonn, zusammen mit seinen Eltern und seiner Schwester 1938 ausgebürgert; von Lösch, 1999, S. 279; PA/AA, R 99741; Hepp, Liste 81.

¹²¹ Bergmann/Hoffmann, 2005, S. 23

¹²² 1984, S. 7.

¹²³ BHdE I, 1980, S. XIII; Wolfgang Benz, Die jüdische Emigration, in: HdE, 2008, Sp. 5–16.

letzten vier Listen 1945 Ausgebürgerten ergibt sich eine Gesamtzahl von 38.789 Personen.¹²⁴

Die Männer in Himmlers Machtapparat dürften als Hauptakteure des Verfahrens ebenfalls dessen Verlauf und Resultate buchhalterisch registriert haben. Im Rahmen der „Gegnerbekämpfung“ hatten sie die *Staatsfeinde*, denen die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden war, aber auch weiterhin im Visier. Davon zeugen zwei Karteien, von denen je eine Ausfertigung aufgrund ihrer bibliothekarischen Nutzung außerhalb Berlins erhalten geblieben ist: die „Reichsausbürgerungskartei“ und ein entsprechendes Verzeichnis für das Protektorat Böhmen und Mähren. Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern führte bzw. begründete beide Karteien.

Das „Verzeichnis der Personen, denen die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden ist“ – gedruckt in 212 Lieferungen und in 14 Karteikästen aufbewahrt – umfasst den Zeitraum vom 11. Mai 1938 bis zum 25. April 1944. Diese „Reichsausbürgerungskartei“ stand der 1941 in der Deutschen Bücherei in Leipzig eingerichteten „Dienststelle für die Bibliographie des jüdischen Schrifttums“ als urkundliches Hilfsmittel zur Verfügung. Mit der Erarbeitung dieser „Judenbibliographie“ hatte das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda die Deutsche Bücherei beauftragt, die selbst das Vorhaben mit angeregt hatte. Das Ministerium finanzierte die Dienststelle unter Leitung eines Bibliothekars. Dieser betrachtete die Kartei als wertvolles authentisches Material. Nach Kriegsende verblieben die Kästen nicht mehr lange im Besitz der Deutschen Bücherei. Wahrscheinlich wurden sie noch 1945 durch die Sowjetische Militäradministration aus dem Bibliotheksbestand entnommen. Die Aussonderung entlastete die Deutsche Bücherei nicht nur von einer Kartei, für die es dort keine Verwendung mehr gab. Durch den Eingriff der Besatzungsmacht verschwand für Jahrzehnte ein „authentisches“ Relikt der engen Kooperation der Deutschen Bücherei mit SD, Gestapo und Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, aber nicht für immer. Aus dem Aktenfundus des Ministeriums des Innern der DDR gelangte die Kartei nach der Wiedervereinigung in das Bundesarchiv. Aufgrund des Eigentumsnachweises wurde sie an die Deutsche Nationalbibliothek zurückgeführt. Am ursprünglichen Standort Leipzig ist die „Reichsausbürgerungskartei“ – wieder „instand gesetzt“ – nun Teil der Sammlung Exilliteratur 1933–1945. Als Mikrofilm konnte im Bundesarchiv die dort in den Akten des Reichsministeriums der Justiz ebenfalls erhaltene „Reichsausbürgerungskartei“ eingesehen und stichprobenweise geprüft werden.¹²⁵ Jedes gedruckte Karteiblatt dokumentiert für den Einzelfall die mit der Publikation im „Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger“ wirksam gewordene Strafexpatriation.

Ein „Verzeichnis der Personen, denen die deutsche [sic] Staatsangehörigkeit aberkannt worden ist, Protektoratsangehörige Böhmen und Mähern“ wurde 1941/42 ebenfalls vom Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern, danach bis 1944 vom Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren (Prag) in insgesamt 21 Lieferungen herausgegeben. Mutmaßlich aufgrund der gleichen Nutzung – vor und nach 1945 – hat diese die Ausbürgerung von früheren Staatsbürgern der ČSR erfassende Kartei

¹²⁴ PA/AA, R 99996; nach Hepp (1985, S. XXXVIII) waren mindestens 168 Ausbürgerungen „rechtsunwirksam“, z. B. weil der Ausgebürgerte bereits vor Aberkennung der Staatsangehörigkeit verstorben war; weiter gab es Mehrfachausbürgerungen, z. B. im Fall der Ehefrau von Helmuth → Klemperer, die unter ihrem Geburtsnamen und später unter dem Namen Klemperer ausgebürgert wurde. Vgl. auch Gerhard Paul, Nationalsozialismus und Emigration, in: HdE, 2008 (1998), Sp. 46–61, 50.

¹²⁵ Sören Flachowsky, „Zeughaus für die Schwerter des Geistes“. Die Deutsche Bücherei Leipzig 1912–1945, Göttingen 2018, S. 1113–1120; <https://www.dnb.de/DE/ueber-uns/DEA/Nachrichten/ausbuergerung;BArch,R3001/23361ff>.

I. „... bringe ich den jüdischen Rechtsanwalt zur Ausbürgerung in Vorschlag“

überdauert. Anders als nach der Titelaufnahme der Kartei durch die Deutsche Nationalbibliothek anzunehmen, weist die Karteikarte für den Einzelfall tatsächlich die „Verlustig“-Erklärung der „Staatsangehörigkeit des Protektorats Böhmen und Mähren“ nach. Deren amtliche Bekanntmachung erfolgte ebenfalls im „Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger“. Dieses Protektoratsverzeichnis – ein Karteikasten mit den Karteiblättern – war in der DDR im Besitz des Ministeriums für Staatssicherheit. Heute gehört auch diese Kartei zur Sammlung Exilliteratur 1933–1945 der Deutschen Nationalbibliothek in Leipzig. Im Katalog der Deutschen Bücherei ist lediglich die „Reichsausbürgerungskartei“ nachweisbar. Das Zugangsbuch klassifizierte das Protektoratsverzeichnis als „Geheim“. Bis 1945 zählten beide Karteien zu den für die allgemeine Benutzung gesperrten, sekretierten Beständen. Von der Ausbürgerung als Protektoratsangehörige waren auch Rechtsanwälte betroffen, deren Verfahren in den Akten des Auswärtigen Amts Spuren hinterlassen haben. Dank Unterstützung der Deutschen Nationalbibliothek konnte durch Stichproben im Protektoratsverzeichnis die sonst nicht nachweisbare Ausbürgerung von zwei betroffenen Anwälten nebst Angehörigen festgestellt werden.¹²⁶

Die im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts überlieferten Ausbürgerungsakten wurden bisher für kollektivbiographische Untersuchungen rassistisch und politisch Verfolgter kaum berücksichtigt. In der Lebensschicksale-Literatur wird – von Ausnahmen¹²⁷ abgesehen – nicht einmal die Tatsache der Ausbürgerung regelmäßig erwähnt, so etwa auch in der Dokumentation „Anwalt ohne Recht“ (2007). Selbst für die Untersuchungen zur Praxis der Depromotion an deutschen Hochschulen, von der viele emigrierte jüdische Rechtsanwälte betroffen waren, wurden die Ausbürgerungsakten nur von Carina Baganz für eine Auftragsforschung zur Ermittlung der an der Technischen Hochschule Berlin nach 1933 verübten Unrechtsakte systematisch herangezogen.¹²⁸ Auch im Einzelfall – etwa des 1952 im Bundesministerium des Innern zum Leiter der Unterabteilung Wiedergutmachung ernannten Remigranten Dr. Franz Herrmann – blieb (nicht nur) die Ausbürgerungsakte unentdeckt.¹²⁹ Diesen nahezu blinden Fleck¹³⁰ für den Einzelnen und für das „Kollektiv“ der aus ihrem *Beruf*, ihrem *Volk* und ihrer *Heimat* als *Staatsfeinde* und *Volksfeinde* ausgestoßenen Rechtsanwälte aufzulösen, zumindest einzugrenzen, war das Ziel der Sondierung. Die Dokumentation erschließt für den Einzelfall die bürokratischen Vorgänge von der Antragstellung der Gestapo bis zur Zustimmung des Auswärtigen Amts zur

¹²⁶ <http://d-nb.info/99.8742881>; Petra Morgenstern (Deutsche Nationalbibliothek/Deutsches Exilarchiv, Leipzig) danke ich für ergänzende Stichproben in beiden Karteien und Auskünfte zu deren Überlieferungsgeschichte. Der Zeitpunkt der Rückführung des Protektoratsverzeichnisses konnte nicht ermittelt werden; siehe S. 125*.

¹²⁷ BHdE (1980/83); M.d.R., ³1994; M.d.L, 1995; Bergemann/Ladwig-Winters, 2004, Weber, 2006, Krach, 2007, und Lang 2014; Susanne Mauss (2013) weist anhand der Düsseldorfer Gestapopakten auch Ausbürgerungsvorgänge nach, die weiter nicht belegt werden können.

¹²⁸ Siehe S. 119*/Anm. 234.

¹²⁹ 1939 auf Vorschlag der Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) ausgebürgert; Herrmann leitete die Abteilung bis zu seinem Tod 1967; BHdE I, 1980, S. 286; Frank Bösch/Andreas Wirsching, *Erfahrene Männer. Das Personal der Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin*, in: Stefan Creutzberger/Dominik Geppert (Hg.), *Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972*, Paderborn 2018, S. 163–181, 173; Bösch/Wirsching, 2018, S. 138–141 (Stephanie Palm/Irina Stange u. Jan Philipp Wölbern); zur Ausbürgerung, auch im BHdE „übersehen“, Hepp, 128 (31.7./3.8.1939, 41, 42–44: *Ehefrau* u. K); PA/AA, R 99805; EAB, 61210, darin Hinweis auf eine OFP-Akte Nr. 0 5210–612/39 ~ F Herrmann, in Jena depromoviert, wurde dort bereits in der „Nachkriegszeit“ rehabilitiert.

¹³⁰ Im Lexikonteil der Enzyklopädie des Nationalsozialismus (Hg. v. Wolfgang Benz [u. a.], Stuttgart 1997, S. 381) verfasste Wolf Kaiser das Stichwort „Ausbürgerung“; prägnanter Gerhard Paul, in: HdE, ²2008 (1998), Sp. 50.

Ausbürgerung und deren amtlicher Bekanntmachung im „Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger“. Die „Listen“ wurden auch im „Reichssteuerblatt“ veröffentlicht. Werdegang, Berufspraxis und Berufsverbot sowie Emigration und Exil für alle Betroffenen im einzelnen nachzuweisen und in Kurzbiographien zu bündeln, ein solches Ziel lag nicht im Bereich des *Machbaren* und dürfte auch nicht leicht zu realisieren sein.

Die Dokumentation eröffnet aber für alle, die sich für einzelne Lebensschicksale *und* das Schicksal der Berufsgruppe der Rechtsanwälte und insbesondere der jüdischen Rechtsanwälte nach 1933 interessieren, den Zugang zu den Ausbürgerungsakten, die den bürokratischen Charakter des staatlich sanktionierten Unrechts in jedem Einzelfall nachweisen. 100 Falldokumentationen belegen dies im Detail. Die Fallakte des *Staats- und Volksfeindes* vermittelt als Quelle aber auch viele an anderer Stelle nicht (mehr) überlieferte biographische Informationen über *nambafte* wie gänzlich unbekannte, aus Deutschland vertriebene Rechtsanwälte und ihre von der Verfolgung ebenfalls betroffenen Angehörigen.

„Die Geschichte der Zeit ab 1933 ist Herrschaftsgeschichte“, bemerkte Thilo Ramm¹³¹ als Jurist und „Zeitzeuge“ 2013 rückblickend. Die für rund 600 „Anwälte ohne Recht“ ermittelten Ausbürgerungsvorgänge dokumentieren die Herrschaft einer vielgliedrigen Verfolgungsbürokratie. Sie spiegeln unmittelbar das Herrschaftswissen der Gestapo über den emigrierten *Staats- und Volksfeind*, der in einem jeder Rechtsstaatlichkeit Hohn sprechenden Verfahren aus der *Volksgemeinschaft* ausgestoßen wurde. Die Dokumentation lässt in wenigen Fällen auch die Reaktion der Betroffenen erkennen. Und sie erschließt das *Handwerk* der Verfolger, das Funktionieren eines im Verborgenen agierenden, bürokratischen Apparates, das Handeln der Schreibtischtäter.

* * *

Gegen viele und überwiegend jüdische Emigranten wurden wegen geschuldeter Reichsfluchtsteuer *Steuersteckbriefe* erlassen, die ebenfalls im „Deutschen Reichsanzeiger“ und im „Reichssteuerblatt“, aber auch im „Deutschen Kriminalpolizeiblatt“ und im „Deutschen Steckbriefregister“ veröffentlicht wurden. Die Ausbürgerungsakte vermittelt im Einzelfall eine grobe Vorstellung von der fiskalischen Abschöpfung des Emigranten durch die bereits 1931 eingeführte Reichsfluchtsteuer¹³², auch von der Ausplünderung durch die Judenvermögensabgabe nach den Novemberpogromen 1938 sowie vom Ausmaß der Bereicherung des Reichs durch Sicherstellung und Verwertung des restlichen Inlandsvermögens der Ausgebürgerten. Als zentrale Behörden für Vermögensbeschlagnahmen und Verfallerkklärungen agierten seit Ende August 1933 das Berliner Finanzamt Moabit-West und auch die jeweiligen Oberfinanzpräsidenten.¹³³ Die Reichsfeststellungsbehörde ent-

¹³¹ Nationalsozialismus und Recht, 2018, S. 145–169, 169.

¹³² Mußgnug, 1993; Wolf/Wolf, 1997; die Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe unterrichtete ihre Mitgliedsbanken regelmäßig über Steuersteckbriefe und Ausbürgerungen; Privatbanken in der NS-Zeit. Erschließungsband zur Mikrofiche-Edition mit einem Vorwort von Harold James, München 2002, S. XVII; unter den im Namensverzeichnis (S. 157–162) mit Berufsangabe genannten Personen befinden sich 17 Rechtsanwälte und ein Justitiar. Für 11 der genannten Personen ist eine Ausbürgerung nachweisbar.

¹³³ Mehl, 1990, S. 33, 91. 108; nach Kuller (2013, S. 343) „führte das Finanzamt Moabit-West zwischen 1933 und 1940 3.562 Vermögensbeschlagnahmen von ausgebürgerten Auswanderern durch und zog dabei Vermögen im Wert von 29.794.371 Reichsmark ein“, nicht eingerechnet „Wertpapiere und Grundstücke“; Reimer Voß, Steuern im Dritten Reich. Vom Recht zum Unrecht unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, München 1995, S. 135 ff.; Kurt Schilde, Die Bürokratie des Todes. Lebensgeschichten jüdischer Opfer des NS-Regimes im Spiegel der Finanzamtsakten. Mit einem Geleitwort von Hans

I. „... bringe ich den jüdischen Rechtsanwalt zur Ausbürgerung in Vorschlag“

schied nach 1938 in ca. 180 Fällen über Beschwerden gegen die Einziehung des *volks- und staatsfeindlichen* Vermögens Ausgebürgerter.¹³⁴ Folgewirkungen der Strafexpatriation für die Betroffenen – mit Ausnahme der *Depromotion*, die im Einzelfall nachgewiesen und im Überblick dargestellt wird – standen jedoch nicht im Fokus der Sondierung, auch nicht die Wiedergutmachung¹³⁵ erlittener Schäden. Allein für Berliner „Anwälte ohne Recht“ konnten Entschädigungsakten – sofern nicht auf Grund des Datenschutzes für die Benutzung gesperrt – herangezogen werden. Abgesehen von allgemeinen Akten zur Durchführung der Ausbürgerung im Bundesarchiv Berlin und von überwiegend in anderem Zusammenhang eingesehenen Personalakten im Bestand des Reichsministeriums der Justiz konnten insbesondere weitere regionale Gestapoüberlieferungen, an den Internationalen Suchdienst (Bad Arolsen) abgegebene und jetzt im Archiv des Internationalen Tracing Service zugängliche Gestapoakten, aber auch für das Thema einschlägige Akten des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg¹³⁶ sowie die im Landesarchiv Berlin erhaltenen Akten des für die Beschlagnahme für das gesamte Deutsche Reich zuständigen Finanzamtes Moabit-West¹³⁷ nicht berücksichtigt werden. Dies gilt auch für die „rund 25.000 Dossiers“ umfassende Sammlung, die vom IfZ München in Zusammenarbeit mit der Research Foundation for Jewish Immigration (New York) bei der Erarbeitung des „Biographischen Handbuchs der deutschsprachigen Emigration“ seit 1972 aufgebaut wurde und als Biographisches Archiv der deutschsprachigen Emigration im IfZ München erhalten ist.¹³⁸ Die Dokumentation ist allein das Ergebnis *einer* Spurensuche, die mit diesem Bericht abgeschlossen wird.

Die für das Vorhaben ausgewerteten Ausbürgerungsakten waren nicht wie die Akten der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands aus der NS-Zeit in einem Giftschränk der Kassenärztlichen Bundesvereinigung¹³⁹ verschlossen. Sie waren spätestens seit Mitte der 1970er Jahre bekannt. Im „Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates“¹⁴⁰ wurde der Bestand des Referats bzw. der Abteilung Deutschland kurz, aber zutreffend beschrieben: „ca. 75 Bde. allgemeines und Listen, 32 Einzelfälle prominenter Emigranten, 1933–1944“. Als erster hat Paul Egon Hübinger in seinem Werk „Thomas Mann, die Universität Bonn und die Zeitgeschichte“ (1974) auf die Bedeutung der Akten hingewiesen. Benutzt wurden die Akten später für Einzelfälle – von Hans Georg Lehmann für die Untersuchung der „NS-Ausbürgerung und Wiedergutmachung am Beispiel Willy Brandts“ (1975), von Hartmut Mehringer (1989) für die „politische Biographie“ Waldemar von Knoeringen, von

Eichel, Bundesminister der Finanzen, Berlin 2002; Meinel/Zwilling, 2004; Meinel, 2005; Martin Friedenberg, Fiskalische Ausplünderung. Die Berliner Steuer- und Finanzverwaltung und die jüdische Bevölkerung 1933–1945, Berlin 2008; Anton Weise, Nach dem Raub. Die Vermögensverwertungsstelle beim Oberfinanzpräsidenten Hannover 1941–1950, Göttingen 2017.

¹³⁴ Boberach, 1991, S. 244.

¹³⁵ Handbuch des Antisemitismus, IV (2011), S. 435–438 (Thomas Irmer); Verfahren vor den Berliner Wiedergutmachungsämtern können online recherchiert werden: www.wga-datenbank.de.

¹³⁶ Im Einzelfall werden OFF-Akten anhand Berliner Entschädigungsakten nachgewiesen.

¹³⁷ LA Berlin, A Rep. 093–03.

¹³⁸ BHdE I, 1980, S. Lf.; Hartmut Mehringer, Was heißt und zu welchem Ende studiert man Exilgeschichte?, in: Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller, hg. v. Klaus Hildebrand [u. a.], München 2008, S. 569–584, 571 f.

¹³⁹ Andreas Mihm, Im Giftschränk der Geschichte. Wie die Ärzteschaft begonnen hat, die Verfehlungen ihrer Zunft in der NS-Zeit zu thematisieren, in: FAZ Nr. 263 v. 12. 11. 2018, S. 4.

¹⁴⁰ Boberach, 1991, S. 45; die in beiden Teilen des sachthemenorientierten Inventars nachgewiesenen Archivbestände zur „Ausbürgerung“ und zur „Entziehung akademischer Grade und Würden“ sind jeweils über den Sachindex zu erschließen.

Christa Fladhammer und Michael Wildt für die Edition „Max Brauer im Exil“ (1994), von Irmtrud Wojak (2009, ²2019) für die Biographie Fritz Bauer oder von Frank-Lothar Kroll für die biographische Studie „Geschichtswissenschaft in politischer Absicht: Hans Joachim Schoeps und Preußen“ (2010). In seiner Papien-Biographie hat Reiner Möckelmann (2016) den „Fall“ des (nicht ausbürgerten) Ernst Reuter anhand der Aktenüberlieferung nachgezeichnet. Im Themenband „Ausgeschlossen: Staatsbürgerschaft, Staatenlosigkeit und Exil“ des internationalen Jahrbuchs „Exilforschung“ (2019) gerät der Bestand nur im Fall des in der Türkei besitzelten früheren SPD-Reichstags- und späteren Bundestagsabgeordneten Fritz Baade¹⁴¹ in den Blick. Neben Paul Egon Hübinger hatte bereits Herbert E. Tutas (1975) die Akten für eine Untersuchung zur nationalsozialistischen Gegnerbekämpfung am Beispiel der „Politik des Dritten Reiches gegenüber der deutschen politischen Emigration“ benutzen können. Mit der Publikation der „Listen“ und der zugehörigen Indices hat Michael Hepp 1985/88 den Akt der Ausbürgerung als bürokratische Verfolgungsmaßnahme des NS-Regimes im Einzelfall dokumentiert. Die Ausbürgerungsakten – nicht weggesperrt – wurden auch danach aber kaum genutzt.¹⁴² Insbesondere bei prosopographischen Arbeiten mit einem bestimmten Forschungsauftrag, begrenztem Budget und Zeitkorsett konnte bestenfalls die Tatsache der Ausbürgerung im Einzelfall inseriert werden, wie etwa in der vom Deutschen Bundestag in Auftrag gegebenen Untersuchung der Lebensschicksale der Weimarer Reichstagsabgeordneten nach 1933.

Als Quelle für die Rekonstruktion von Lebens- und Verfolgungsschicksalen Einzelner wie einer juristischen Berufsgruppe wurde die Überlieferung im Politischen Archiv erstmals gezielt durchsucht. Aus der Wahrnehmung einer Fehlstelle in der Literatur entwickelte sich ein Forschungsprojekt, das keine Auftragsarbeit war. Die Dokumentation ist, alles in allem, das Ergebnis einer überwiegend „händischen“ Sondierung. Sie zeigt das ganze Ausmaß der bürokratischen Verfolgung eines „Berufsstandes“, in dem „deutsche Juristen jüdischer Herkunft“ eine bedeutende Ropple spielten: Rund 600 emigrierte Rechtsanwälte – mit wenigen Ausnahmen *jüdische Rechtsanwälte* – wurden aufgrund § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 in der Zeit des Nationalsozialismus ausgebürgert. Tatsächlich dürften weit mehr Rechtsanwälte, die dem unmittelbaren Zugriff der Gestapo durch Emigration entkommen waren, von der Strafexpatriation betroffen gewesen sein. In den Grenzen des Reichs galten die Ausgebürgerten als bürgerlich tot. Ihr Vermögen – bereits vor der Ausbürgerung *sichergestellt* – verfiel danach dem Reich. Ebenso erloschen Versorgungsbezüge. Der Ausgebürgerte war vom Erbrecht ausgeschlossen; die Ausbürgerung wurde in der Einwohnermeldekartei des letzten inländischen Wohnorts und im Strafregister als untilgbar eingetragen. Die deutschen Universitäten waren gehalten, die Ausbürgerungslisten zu prüfen und Akademikern, denen sie rechtmäßig die Doktorwürde verliehen hatten, diese aufgrund der Ausbürgerung zu streichen. Der bürgerliche und akademische Tod der *Unwürdigen* wurde im „Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger“ amtlich bekanntgemacht. Die „unwürdige“ Praxis der Entziehung akademischer Grade im NS-Staat ist ein lange beschwiegenes, beschämendes Kapitel deutscher Universitätsgeschichte.

¹⁴¹ M.d.R., ³1994, S. 16/40; Corry Guttstadt, Passlos, staatenlos, rechtlos: jüdische EmigrantInnen in Deutschland und in der Türkei zwischen antisemitischer Verfolgung durch das NS-Regime und türkischer Bevölkerungspolitik, in: Exilforschung 36 (2018), S. 53–80, 58 ff.; Baade war lt. Konfessionsangabe im Reichstagshandbuch evangelisch.

¹⁴² Ungeachtet des Titels auch nicht von Rainer Eisfeld, Ausgebürgert und doch angebräunt. Deutsche Politikwissenschaft 1929–1945, Baden-Baden ²2013 (¹1991).

II. „Gegen die sich im Ausland aufhaltenden Landesverräter“

Das Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933

1. „... das zu den Haupt- und Grundgesetzen des Dritten Reiches gehört“

Die von Hitler geführte Koalitionsregierung liquidierte zielstrebig den Rechtsstaat. Mit einer Vielzahl von Gesetzen und Maßnahmen schaltete sie nach und nach alle gegnerischen Kräfte aus. Mit der nach dem Reichstagsbrand erlassenen Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 gelang ihr der entscheidende Coup: die Etablierung des permanenten Ausnahmezustandes. Die Verordnung gilt daher zu Recht als „das eigentliche Grundgesetz des ‚Dritten Reiches‘“ (Rudolf Morsey). Den Weimarer Parteien blieb nach der Reichstagswahl am 5. März 1933 noch eine Schonfrist, ausgenommen die KPD. Als Partei nicht verboten, wurden ihre gewählten Abgeordneten von jeder Mitwirkung im Reichstag ausgeschlossen, ihre führenden Köpfe – sofern nicht in Haft – zur Fahndung ausgeschrieben. Am 23. März 1933 votierten im Reichstag nur die Abgeordneten der SPD gegen das vom Reichspräsidenten vorab akzeptierte „Ermächtigungsgesetz“, das unter der verharmlosenden Überschrift Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich den neuen Machthabern die volle Gesetzgebungsmacht auslieferte. Mit vagen Zusagen hatte Hitler die Abgeordneten der Zentrumsfraktion für ein positives Votum geködert und damit die verfassungsrechtlich erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme des Gesetzes im Reichstag gesichert.

Formell konnten Reichsgesetze von nun an „außer in dem von in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden“; die Unterschrift des Reichspräsidenten, die noch an erster Stelle das „Ermächtigungsgesetz“ beglaubigt hatte, war künftig entbehrlich: „Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet.“ Nach dem unerwartet leicht errungenen parlamentarischen Triumph vertraute Joseph Goebbels am Tag der Verkündung des Gesetzes seinem Tagebuch an: „Jetzt sind wir auch verfassungsmäßig die Herren des Reichs.“¹

Drei Monate nach der „Beseitigung des parlamentarisch-konstitutionellen Gesetzesbegriffes“ und der „Zerbrechung des Weimarer Verfassungsgefüges“ (Karl Dietrich Bracher²) wurde auf Ersuchen des Reichsministers des Innern am 22. Juni 1933 ein Betätigungsverbot für die Sozialdemokratie ausgesprochen. Durch die Verordnung zur Sicherung der Staatsführung vom 7. Juli 1933 verloren alle Reichstags- und Landtagsabgeordneten der SPD Mandat und Immunität, aber auch die fünf Abgeordneten der Deutschen Staatspartei, die über die Reichswahlliste der SPD am 5. März 1933 gewählt worden waren. Die Mandate der übrigen Parteien, die sich unter dem Druck der Verhältnisse selbst auflösten, blieben bis zur Neuwahl des Reichstags am 12. November 1933 unange-

¹ Zitiert nach Rudolf Morsey, Das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“, Düsseldorf ²2010, S. 7 f.; Eisenhardt, 7. überarb. Aufl. 2019, S. 392 f.

² Stufen der Machtergreifung, in: K. D. Bracher [u. a.], Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln/Opladen 1960, S. 31 ff., 168.

„... das zu den Haupt- und Grundgesetzen des Dritten Reiches gehört“

tastet.³ Die politischen Parteien – wie auch immer sie nach dem 30. Januar taktiert hatten – verschwanden von der politischen Bühne, mit Ausnahme der NSDAP, die sich „auch nach außen hin als die einzige, totalitäre ‚Staatspartei‘ etablierte“⁴: Auf Beschluss der Reichsregierung bestand „in Deutschland“ seit dem 14. Juli 1933 „als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“. Das nur zwei Paragraphen umfassende von Hitler aus gefertigte und verkündete Gesetz gegen die Neubildung von Parteien⁵ stellte den Versuch des organisatorischen Zusammenhalts einer anderen politischen Partei oder deren Neubildung unter Strafe. Das Gesetz befreite die NSDAP, die als *Bewegung* gar keine Partei sein wollte, von jeder politischen Konkurrenz. Es besiegelte den Einparteiensstaat. Zugleich erweiterte die Reichsregierung am 14. Juli 1933 die Anwendung der Vorschriften des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26. Mai 1933⁶ durch ein weiteres Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens⁷ und legalisierte damit den Zugriff „auf Sachen und Rechte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und ihrer Hilfs- und Ersatzorganisationen sowie auf Sachen und Rechte, die zur Förderung marxistischer oder anderer, nach Feststellung des Reichsministers des Innern volks- und staatsfeindlichen Bestrebungen gebraucht oder bestimmt sind“.

Neben diesen beiden Gesetzen und einer Reihe weiterer beschloss und verkündete die Reichsregierung an diesem Schicksalstag das Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit (Anhang A: Dok. I, 1).⁸ In einer Ressortbesprechung im Reichsministerium des Innern war der Gesetzentwurf am 17. Mai 1933 erstmals beraten worden. Der Vorsitzende, Ministerialdirigent Geh. Regierungsrat Hermann Hering, machte dabei einleitend geltend, dass der Entwurf nur „die wahrscheinlich am leichtesten“ und „vordringlichsten Probleme einer deutsch-völkischen Gesetzgebung“ regeln könne. Hinsichtlich der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit wurde in der Besprechung „vor allem bemängelt, daß das Saargebiet im Satz 1 des Entwurfs dem Auslande gleichgestellt worden sei“; weiterhin „bestanden Zweifel hinsichtlich der Vorschrift, daß Reichsangehörige, die sich im Auslande befinden“, bei Nichtbeachtung einer Rückkehraufforderung „der Reichsangehörigkeit für verlustig erklärt werden können“. Nach einem Vermerk des an der Ressortbesprechung teilnehmenden Beamten der Reichskanzlei äußerte der Vertreter des Preußischen Ministeriums des Innern dazu vieldeutig: „Es sei nicht nicht ganz klar zu ersehen, ob und bei wem die Reichsregierung ein Interesse an der Rückführung haben könne.“⁹

Die Reichsregierung hatte zunächst vor allem ein Interesse an der raschen Verabschiedung des Gesetzes, das unbedingt noch vor den Kabinettsferien beschlossen werden sollte. Im Begleitschreiben zur Vorlage des Gesetzentwurfs nannte der Reichsminister des Innern offen den Grund für die Eilbedürftigkeit des Vorhabens: „wegen der Notwendigkeit, gegen die sich im Ausland aufhaltenden Landesverräter sofort vorzugehen“. Das Protokoll der Kabinettsitzung am Vormittag des 14. Juli 1933 vermerkt nur je eine kurze Wortmeldung des Reichsministers des Auswärtigen und des Reichskanzlers. Der Minister

³ M.d.R., ³1994, S. 18*.

⁴ Erich Matthias/Rudolf Morsey, Die Deutsche Staatspartei, in: Das Ende der Parteien 1933. Hg. v. E. Matthias und R. Morsey, Düsseldorf 1960, S. 31–97, 72.

⁵ RGBl. I, S. 479; Thilo Ramm, Hitlers Weg zur Macht, in: Nationalsozialismus und Recht, 2014, S. 219–271, 249: „Das Aus für die Parteien“.

⁶ RGBl. I, S. 293.

⁷ RGBl. I, S. 479.

⁸ RGBl. I, S. 480; Studt, 2002, S. 24.

⁹ Reg. Hitler, I, 1983, S. 457 f.; Maslaton, 1993, S. 46 ff.

II. „Gegen die sich im Ausland aufhaltenden Landesverräter“

wies darauf hin, „daß dieses Gesetz, durch das eine neue Kategorie von Staatenlosen geschaffen werde, Anlaß zu Diskussionen vor dem Völkerbund geben werde“. Dazu bemerkte Hitler, „daß man zu dem mit dem Gesetz beabsichtigten Schritt kommen müsse. Ihm werde stets gesagt, daß nicht für ein Vorgehen gegen die Juden schlechthin, wohl aber für ein Vorgehen gegen die Ostjuden Verständnis allgemein vorhanden sei.“¹⁰ Uwe Dietrich Adam hat in seiner Untersuchung „Judenpolitik im Dritten Reich“ (1972) zu Recht betont, dass Hitler mit dieser Einlassung, die sich formal nur auf die in § 1 des Gesetzes genannten Einbürgerungen in der Zeit vom 9. November 1918 bis zum 30. Januar 1933 bezog – ohne dass im Gesetzestext der Begriff „Ostjuden“ genannt wird –, „sein psychologisches Einfühlungsvermögen in die Haltung der konservativen Kabinettsmitglieder“ bewiesen habe. Tatsächlich verfügten die Machthaber nach diesem „Schritt“ nicht nur über ein Instrument, „sofort“ als „Landesverräter“ gebrandmarkte prominente Emigranten auszubürgern, sondern auch über „eine ebenso leichte wie bequeme Handhabe“, in der Folge „gegen die Juden schlechthin“ vorzugehen, den Einzelnen, sofern er sich im Ausland aufhielt, auszubürgern und sein Vermögen einzuziehen.¹¹ Die deutsche Staatsangehörigkeit konnte aberkannt werden, sofern Reichsangehörige „durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben“ oder einer Rückkehraufforderung nicht Folge leisteten.

Bereits am 22. Juli 1933 bat der Reichsminister des Innern die Regierungen der Länder und das Auswärtige Amt, Vorschläge zur Ausbürgerung von Emigranten einzureichen. Vier Tage später erließ er die 1. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes (Anhang A: Dok. I, 2). Nach § 2 (1) dieser Verordnung war ein solches Verhalten „insbesondere gegeben, wenn ein Deutscher der feindseligen Propaganda gegen Deutschland Vorschub geleistet oder das deutsche Ansehen oder die Maßnahmen der nationalen Regierung herabzuwürdigen gesucht hat“. Weiter regelte die Durchführungsverordnung den Vermögensverfall zu Gunsten des Reichs. Sie sprach nur von „Eingebürgerten“ und „Deutschen“ und meinte eingebürgerte *Ostjuden* und *jüdische* Emigranten. Im Gegensatz zu den auf zwei Jahre befristeten Vorschriften über den Widerruf der Einbürgerung in § 1 des Gesetzes galt dessen § 2 unbefristet. Mit dieser dauernden Geltung des Gesetzes verfügte die Exekutive über ein scharfes Instrument, mit dem sie nach eigenem Ermessen „gegen landesverräterische Elemente“ vorgehen konnte, die „im Auslande eine feindselige Tätigkeit gegen ihr eigenes Vaterland entfalten“. Zugleich waren Gesetz und Durchführungsverordnung so offen formuliert, dass auch jene „im Ausland Befindlichen“ betroffen sein konnten, die solche „Handlungen“ vor ihrer *Verflüchtigung* ins Ausland begangen hatten. Darauf wies Hering Anfang August 1933 im „Reichsverwaltungsblatt“ hin. „Ziel“ des Gesetzes, so der bis 1941 parteilose Beamte, sei „nur eine *Bereinigung des Reichsvolks von zwei Personengruppen*, deren eine bei ordnungsgemäßem Verlauf der Dinge nie der Zugehörigkeit zum Reichsvolk hätte teilhaftig werden sollen, deren andere diese Zugehörigkeit durch schweren Verstoß gegen die Pflicht der Treue zu Volk und Reich moralisch verwirkt hat.“¹²

¹⁰ Reg. Hitler, I, 1983, S. 660.

¹¹ Adam, 1972, S. 81; Trude Maurer, *Ostjuden in Deutschland 1918–1933*, Hamburg 1986, S. 316f.; Gosewinkel, 2001, S. 370.

¹² Ministerialdirigent Geh. Regierungsrat Hering in Berlin, *Der Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit*, in: *Reichsverwaltungsblatt und Preuß. Verwaltungsblatt* 54 (5. 8. 1933), 32, S. 621–624, 623: „Daß diese Handlungen im Ausland begangen worden sind, ist nicht Voraussetzung für die Anwendung der Vorschrift. Auch wer sie im Inland begangen hat und sich demnächst ins Ausland verflüchtigt hat, unterliegt der Bestimmung.“ (*Kursivierung* in der Vorlage spatioziert)

„... das zu den Haupt- und Grundgesetzen des Dritten Reiches gehört“

Die Praxis der Ausbürgerung wurde von Anfang an durch „Tatbestandsmerkmale“ begünstigt, „die schwerlich unverbindlicher hätten formuliert werden können“ – so Michael Stolleis¹³ in seiner Münchener Habilitationsschrift „Gemeinwohlformeln im nationalsozialistischen Recht“ (1973): Sie „erlegten der Exekutive in keiner Weise Bindungen auf.“ Betroffene konnten – anders als etwa in Frankreich bei der gerichtlichen Entziehung der Staatsangehörigkeit – keine Rechtsmittel gegen ihre Ausbürgerung einlegen. Nach der Kritik des französischen Völkerrechtlers Georges Scelle in der „Revue critique de droit international“ hat Berthold Schenk Graf von Stauffenberg¹⁴, Referent am Institut für ausländisches und öffentliches Recht und Völkerrecht in Berlin, auch diese Regelung 1934 als dem jeweiligen „Landesrecht“ überlassen verteidigt, ohne dabei jedoch die von Hering angeführte erweiterte Anwendung des Gesetzes im Blick zu haben, die formal dem Reichsministerium des Innern, tatsächlich der Gestapo die Definitionsmacht über die „Zugehörigkeit zu Volk und Reich“ (H. Hering) überließ.

Die Praxis der Ausbürgerung hielt sich 1933¹⁵ und bis Ende 1935 mit insgesamt 136 Ausbürgerungen noch in Grenzen. Mit ihrem Vorgehen „in bestimmter Weise“ und nur gegen prominente Persönlichkeiten vorzugehen, habe sich die Reichsregierung „eine starke Beschränkung auferlegt“, so der zuständige Referent im Reichsministerium des Innern, Oberregierungsrat Matthias Lichter. Wie der Beamte Ende 1934 in dem von Hans Frank herausgegebenen „Nationalsozialistischen Handbuch für Recht und Gesetzgebung“ ausführte, werde „in einem zivilisierten Rechtsstaat der Trennungstrich nicht willkürlich gezogen.“¹⁶ Der Beamte hatte offenbar den letzten der „Fünf Leitsätze für die Rechtspraxis“ von Carl Schmitt verinnerlicht: „Der nationalsozialistische Staat ist ein gerechter Staat.“¹⁷ Seine auch für die Anfangsphase beschönigende Einschätzung der Ausbürgerungspraxis hat Lichter nach 1945 nicht grundsätzlich in Frage gestellt oder korrigiert.

Nach Carl Misch gehörte das Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 „zu den Haupt- und

¹³ 1973, S. 225.

¹⁴ Die Entziehung der Staatsangehörigkeit und das Völkerrecht. Eine Entgegnung, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht IV (1934), S. 261–276: „Man wird sich im Ausland gewöhnen müssen einzusehen, daß es sich hier nicht um Fragen der Parteipolitik handelt: niemand kann bestreiten, daß ein Deutscher, der ins Ausland geht und dort sich an Propaganda gegen Deutschland beteiligt, damit das Land schädigt, dem anzugehören er behauptet.“ (S. 275)

¹⁵ Am 12. 9. 1933 berichtete der Reichsminister des Auswärtigen in einer Ministerbesprechung über die bevorstehende Tagung der Völkerbundsversammlung in Genf; es werde „mit Angriffen gegen die Reichsregierung wegen der Behandlung der Judenfrage in Deutschland“ zu rechnen sein. Ggf. werde „deutscherseits erklärt werden, daß es den Flüchtlingen aus Deutschland jederzeit unbenommen ist, nach Deutschland zurückzukehren. Die einzige Ausnahme machen diejenigen [33] Flüchtlinge, denen die Staatsbürgerschaft aberkannt ist.“ Die Gesamtzahl der bis Ende September 1933 „ausgewanderten Reichsangehörigen“ schätzte das Auswärtige Amt auf „ungefähr 47.300“ Personen, wobei das „jüdische Element“ überwiege und bei der „Verbreitung von Greuelmärchen“ sowie besonders bei den Boykottaktionen gegen Deutschland, nicht jedoch bei der Organisation gegenrevolutionärer Bestrebungen“ hervortrete. Reg. Hitler, II, 1983, S. 834; zur Typisierung und Behandlung von Rückwandern vgl. den Erlass des Preuß. Ministerpräsidenten vom 15. 1. 1934, ebd., S. 1083–1085.

¹⁶ Zitiert nach Carl Misch im Vorwort zum „Gesamtverzeichnis der Ausbürgerungen 1933–1938“ (1939).

¹⁷ „Ob er ein Rechtsstaat ist, hängt davon ab, welchen besonderen Inhalt man diesem vieldeutigen Wort gibt und inwieweit man den Rechtsstaat zu einem gerechten Staat in Gegensatz bringen will.“ Im Zentralorgan des National-Sozialistischen Rechtswahrerbundes (Deutsches Recht vom 5. 12. 1933, S. 201 f.) veröffentlicht und separat hg. vom Presse- und Zeitschriftenamt des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen.

II. „Gegen die sich im Ausland aufhaltenden Landesverräter“

Grundgesetzen des Dritten Reiches“; der langjährige politische Redakteur der „Vossischen Zeitung“ – im Oktober 1934 nach Paris emigriert – betrachtete es „nicht als Zufall, dass es im ‚Reichsgesetzblatt‘ unmittelbar auf das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien folgt“. Dass von dem Gesetz und den Geltungsanordnungen in besonderer Weise jüdische Emigranten betroffen waren, hat C. Misch sicher erkannt, im Vorwort des „Gesamtverzeichnis der Ausbürgerungslisten“ im Frühjahr 1939 aber nicht erwähnt. In aller Offenheit hatte Wilhelm Frick, der nationalsozialistische Reichsminister des Innern, bereits 1934 das Gesetz als „den eigentlichen ‚Beginn und Ausgangspunkt der deutschen Rassen-gesetzgebung“ bezeichnet.¹⁸

Ungeachtet des Gesetzes vom 14. Juli 1933 blieb das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 weiter in Kraft. Die Verordnung über den Fortfall der Staatsangehörigkeit in den Ländern vom 5. Februar 1934 und das Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 10. Juli 1935 hatten keine Auswirkungen auf die Praxis der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933, dessen „Ausnahmecharakter“ Werner Lange in seiner von Ernst Forsthoff (Hamburg) betreuten Dissertation „Die Aberkennung der Staatsangehörigkeit“ ebenso betont wie implizit dessen Charakter als Herrschaftsinstrument: „Nicht alle Fälle, bei denen eine Ausbürgerung möglich wäre, müssen durch Ausbürgerung geahndet werden, vielmehr hat der Staat die Möglichkeit, unter diesen Fällen zu wählen, welche er verfolgen will und welche nicht.“ Auch das Reichs- und Preußische Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 kannte sowohl den Verlust der Staatsangehörigkeit wegen Nichterfüllung der Wehrpflicht bei Kriegsgefahr wie auch durch Ausspruch einer Behörde. Das Gesetz vom 14. Juli 1933, so W. Lange, führte zwei neue „Aberkennungsgründe“ ein: eine „Denaturalisationsbestimmung“, die jene betreffe, „*die nicht in die Volksgemeinschaft hineingewachsen sind*“, und die Aberkennung, die jene betreffe, „*die aus der Volksgemeinschaft hinausgewachsen sind*“¹⁹.

Beim Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit verlor ein deutscher Staatsbürger seine deutsche Staatsangehörigkeit. Die in den meisten Zufluchtsländern unerwünschten Emigranten konnten in der Regel aber keine andere Staatsangehörigkeit erwerben und sie hingen ungeachtet aller Bedrängnisse an ihrem „Vaterland“, aus dem sie nicht „wie aus einem Kegelklub“ (Werner Lange²⁰) austreten wollten, sondern ausgeschlossen wurden, auch wenn sie im Einzelfall nicht länger Wert auf ihre deutsche Staatsangehörigkeit gelegt haben dürften (Edgar Cohn).

Es mutet zynisch an, wie W. Lange bemüht ist, den Strafcharakter der mit dem Gesetz vom 14. Juli 1933 eingeführten Aberkennung zu widerlegen. Schließlich werde „dem Ausgebürgerten im Grunde nichts mehr“ genommen. Das ist insofern zutreffend, als viele Ausgebürgerte ihr Vermögen durch die keineswegs freiwillige Auswanderung bereits verloren hatten. Auch werde der Ausgebürgerte „in seiner Ehre kaum“ berührt, zumal er „mit der Gemeinschaft, die diese Acht und Unwürdigkeitserklärung ausspricht, längst gebrochen hat und ihr innerlich und äußerlich nicht mehr angehört“. Zudem dürften die meisten von ihrer Ausbürgerung nie etwas erfahren haben. „Als Held und Märtyrer“²¹ wurden tatsächlich nur wenige im Ausland gefeiert. Nach Kriegsausbruch galten sie dort durchweg

¹⁸ Zeitschrift der Akademie für Deutsche Recht 1(1934), S. 92, zit. nach Adam, 1972, S. 81; Einhart Lorenz, Die Phasen der nationalsozialistischen Segregationspolitik. Antisemitismus als Regierungsprogramm, in: Judenhass, 2019, S. 447–462, 451.

¹⁹ Lange, 1936, S. 20 f. (*Kursivierung* in der Vorlage spationiert).

²⁰ 1936, S. 14.

²¹ Lange, 1936, S. 51.

„... das zu den Haupt- und Grundgesetzen des Dritten Reiches gehört“

als enemy aliens.²² Als W. Lange, der sich hinsichtlich der Ausbürgerung als „Nichtstrafmaßnahme“ auf die herrschende Lehre der Strafrechtswissenschaft berufen konnte, Ende September 1935 seine Dissertation mit dem Rigorosum abschloß, hatte der Reichsminister des Innern erst vier Listen mit den Namen von 136 Ausgebürgerten²³ veröffentlicht. „Das schwere Geschütz“ der Aberkennung, das „gegen jeden kleinen, flüchtigen Dieb“ aufzufahren einem „Gebot politischer Klugheit“ widerspreche, so W. Lange²⁴, wurde erst danach in Stellung gebracht und mit bürokratischer Perfektion gehandhabt. Noch am 7. April 1945, als die Reichshauptstadt in Trümmern lag, „feuerte“ es das letzte Mal.

Die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit wurde nach der vom Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen getroffenen Entscheidung im „Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger“ amtlich verkündet und damit wirksam. Die Gestapo, die über das „schwere Geschütz“ verfügte, konnte damit gegen all jene vorgehen, die sie als *Täter* und *Landesverräter* abstempelte. Nach Erlass der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 (Anhang A: Dok. I, 12) verloren automatisch alle Juden, die ihren „gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland“ hatten, die deutsche Staatsangehörigkeit.²⁵ Die amtlichen Bekanntmachungen entfielen in diesen Fällen. Sofern Emigranten in Unkenntnis ihrer Ausbürgerung bei deutschen Auslandsvertretungen wegen der Verlängerung ihres abgelaufenen Reisepasses vorstellig wurden, musste der Pass eingezogen werden. Nur in Einzelfällen wurde die *Maßnahme* zurückgenommen und der Pass wieder ausgehändigt.²⁶ Bei der Ausbürgerung „arischer“ Ehepartner von Emigranten erübrigte sich seit Erlass der Verordnung vom 25. November 1941 die Staatenloserklärung des jüdischen Partners, wie in Einzelfällen ausdrücklich erwähnt wird (Udo Rukser, Florian Waldeck). Im Inland erstellten die Finanzämter in Zusammenarbeit mit der Gestapo Listen der vor Inkrafttreten dieser Ver-

²² Robert M. W. Kempner, selbst 1938 ausgebürgert: *The Enemy Alien Problem in the Present War*, in: *The American Journal of International Law*, Vol. 34 (1940), 3, S. 443–458.

²³ Unter ihnen Max Brauer, von 1924 bis zu seinem Sturz durch die Nationalsozialisten im März 1933 Oberbürgermeister von Altona; nur bei Brauer, mit der 3. Liste ausgebürgert, wurde der Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit damit begründet, dass „er der an ihn gerichteten Rückkehraufforderung [...] nicht Folge geleistet hat“; Hepp, Liste 3 v. 1./3. 11. 1934 (28); PA/AA, R 99641; unter Benutzung der Ausbürgerungsakte: Fladhammer/Wildt, 1994, S. 49 f.; ohne Erwähnung der Ausbürgerung: Susanne Wittek, *Absprunz über Niemandsland. Hamburger Exil-Biografien im 20. Jahrhundert*, Bremen 2014, S. 28–43.

²⁴ Lange, 1936, S. 53.

²⁵ Adler, 1974, S. 491 ff.; Diemut Majer, *Rassistisches Recht in NS-Deutschland. Von der Gesetzgebung zum Polizeiregime 1941–1944*, in: *Gesetzliches Unrecht. Rassistisches Recht im 20. Jahrhundert*, hg. v. Micha Brumlik [u. a.], Frankfurt/New York 2005, S. 95–110.

²⁶ Im Fall der seit 1940 *freiwillig in Budapest* lebenden *volljüdischen* Ehefrau des Filmschauspielers Hans Moser bat das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD über deren automatische Ausbürgerung am 24. 6. 1942 unterrichtet, drei Monate später den Reichsminister des Innern um eine „Befreiung der Ehefrau Moser von den Bestimmungen und um Wiedereinbürgerung sowie Aushändigung eines Passes“. In seiner Begründung verwies das Ministerium am 16. 9. 1942 darauf, „daß im Deutschen Reichsgebiet noch eine Anzahl bekanntester Schauspieler, so der Staatsschauspieler Paul Henckels, der selbst Halbjude ist und mit einer Volljüdin verheiratet ist, ebenso wie der bekannte Kammersänger Max Lorenz (Sülzenfuss) und der Schauspieler Georg Alexander, die ebenfalls mit Volljüdinnen verheiratet sind, genau wie Moser aufgrund allerhöchster Entscheidung im Deutschen Reichsgebiet ungehindert tätig sein dürfen, mit ihren volljüdischen Ehefrauen in Deutschland zusammen leben, ohne daß sie in irgendeiner Form wegen dieser Tat angegriffen und behindert werden dürfen.“ Weiter machte das Ministerium geltend, dass Moser „durch die gegen seine Ehefrau getroffenen Maßnahmen verständlicherweise [sic] aufs äußerste betroffen und in seiner Tätigkeit stark behindert“ sei. Liesner/Geißler/Steinebach, 1984, S. 124–126; Klee, 2007, S. 13 (Alexander), 233 (Henckels), 378 (Lorenz), 417 (Moser).

ordnung ausgebürgerten Juden. Und sie bemühten sich nun auch jene steuerlich geführten Juden listenmäßig zu erfassen, die nach ihrer *Auswanderung* bisher von der Ausbürgerung und dem Vermögensverfall verschont geblieben waren.²⁷

In seiner Zusammenstellung der für die Ausbürgerung einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und Durchführungsanweisungen hat Matthias Lichter 1943 „auf das augenblickliche Bedürfnis“ hingewiesen, „aus dem heraus die Vorschrift entstanden“ sei: „Der nationalsozialistische Staat“ habe sich nach 1933 „der ins Ausland geflüchteten Elemente erwehren“ müssen, „die ihm durch verantwortungsloses Treiben zu schaden suchten“.²⁸ Tatsächlich setzte der nationalsozialistische Staat das „schwere Geschütz“ der Ausbürgerung bis 1945 in einer Weise ein, die weit über das angeblich „augenblickliche Bedürfnis“ hinausging. Wie später bei der Vorbereitung von Deportation und Völkermord dienten sich dem Regime die Beamten im Reichsministerium des Inneren als „juristische Legitimatoren“ an²⁹, im Fall des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit Hermann Hering, als Kommentator der Staatsangehörigkeitsreferent Matthias Lichter. Die brutale Praxis dieses NS-Unrechts, das sich ausschließlich gegen „abwesende Staatsangehörige“ richtete³⁰, bestimmte dann die Gestapo – in einem „rechtlich“ nahezu uneingeschränkten Ausmaß.

Die *Nürnberger Gesetze* nebst Durchführungsverordnungen wurden nach der Besetzung Deutschlands durch das Militärregierungsgesetz Nr. 1 und das Kontrollratsgesetz Nr. 1 vom 20. September 1945 aufgehoben. Nach herrschender Meinung kam beiden Gesetzen jedoch keine rückwirkende Kraft zu. Das Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 wurde durch die Alliierten nicht förmlich außer Kraft gesetzt. Die aufgrund § 2 des Gesetzes individuell ausgebürgerten Emigranten waren, wenn sie in das geteilte Deutschland zurückkehrten, weiterhin staatenlos. Ein vom Alliierten Kontrollrat vorbereitetes Gesetz „Über die Wiederaufnahme der deutschen Staatsangehörigkeit durch deutsche Ausgebürgerte“ wurde nicht verabschiedet. Es sollte, so die Präambel des Entwurfs, dazu beitragen, „das von dem nationalsozialistischen Regime Deutschlands begangene Unrecht soweit wie möglich

²⁷ Für das Finanzamt Bonn und die vom OFD-Präsidenten verfügte Ermittlung vgl. die anonymisierten Listen bei Otterbeck, 2014, S. 186–190; die Nutzung der im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Rheinland, befindlichen Restakten des Finanzamts Bonn konnten zu „einem Großteil“ nur unter der „Bedingung“ benutzt werden, dass die Namen der genannten Personen anonymisiert wurden.

²⁸ „Die Vorschrift [in § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933] will die politischen Schädlinge treffen, die sich besonders schwer gegen die Volksgemeinschaft vergangen und ihren Einfluß und ihren Beruf dazu mißbraucht haben, um in der Öffentlichkeit durch Wort und Schrift gegen das neue Deutschland zu hetzen. / Die Fassung der Vorschrift gestattet eine weitgehende Anwendung dieser Möglichkeit zur Verhängung der schweren Ehrenstrafe, die gleichsam eine Ächtung darstellt. Zunächst wurde in der Praxis von ihr ein sparsamer Gebrauch gemacht; man traf mit der Ächtung möglichst solche Volksfeinde, die einer größeren Öffentlichkeit bekannt waren, nicht dagegen die in weiteren Kreisen unbekannteren Übeltäter. Später hat sich die Notwendigkeit ergeben, den Kreis wesentlich weiter zu ziehen.“ Lichter, 1943, S. 51 ff., 54. Lichter hatte zusammen mit Regierungsrat Dr. jur. Friedrich Knost die Sammlung „Deutsches und ausländisches Staatsangehörigkeitsrecht mit Anhang ‚Reichsbürgergesetz‘. Ein Handbuch für den standesamtlichen Gebrauch“ (Berlin 1935) herausgegeben. Danach werden Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit „von jedem Staat nach eigenem souveränen Ermessen gemäß seinen politischen Auffassungen und Bedürfnissen geregelt“ (S. 15: Kursivierung in der Vorlage spationiert).

²⁹ Hans-Christian Jasch, Behördliche Abstimmung zur Vorbereitung von Deportation und Völkermord. Zur Rolle des Vertreters des Reichsministeriums des Innern Dr. Wilhelm Stuckart, in: Norbert Kampe u. Peter Klein (Hg.), Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Dokumente, Forschungsstand, Kontroversen, Köln [u. a.] 2013, S. 276–302, 302.

³⁰ Lange, 1936, S. 44: „Gegen Anwesende ist die Aberkennung überflüssig, denn der Staat hat alle Ansässigen dauernd unter seiner Kontrolle.“

„... das zu den Haupt- und Grundgesetzen des Dritten Reiches gehört“

wieder gutzumachen“. Nach dem Entwurf war „denjenigen Personen die deutsche Staatsangehörigkeit wieder zu verleihen, denen sie aus politischen oder Rasse-Gründen entzogen wurde, falls sie den Wunsch haben, diese Staatsangehörigkeit wieder anzunehmen.“³¹

Nur wenigen ausgebürgerten Deutschen war es jedoch überhaupt möglich, schon bald nach Kriegsende zu remigrieren. Die Wiedereinbürgerung wurde in den Westzonen unterschiedlich gehandhabt, blieb aber immer auf den Einzelfall beschränkt. Auf Veranlassung der britischen Militärregierung stellte etwa der Präsident des Senats der Hansestadt Hamburg, Rudolf Petersen, am 25. Oktober 1946 anstelle des untergegangenen Reichsministeriums des Innern nun Max Brauer vor seiner Wahl zum Hamburger Bürgermeister am 15. November eine Einbürgerungsurkunde aus, in der kurzerhand das Hakenkreuz im Reichsadler „mit schwarzer Tinte unkenntlich gemacht“ worden war.³² Vielleicht wurde auch bei der Wiedereinbürgerung von Rudolf Katz in Kiel in ähnlicher Weise verfahren, nachweislich noch 1948 im Fall Willy Brandt.

Wilhelm Hoegner, selbst ausgebürgert, plädierte im Länderrat der US-Zone für das „sogenannte ‚Italienische Modell‘ der automatischen Wiedereinbürgerung“, das für das vom Länderrat am 2. Dezember 1947 verabschiedete Gesetz „Über die Staatsangehörigkeit der Augebürgerten“ jedoch nicht als Vorbild diente. Im Einzelfall³³ dürfte zwar so verfahren worden sein. Nach dem Ländergesetz der US-Zone, das „nach Geist und Buchstaben“ die Handschrift der „Ministerialbürokratie“ (H. G. Lehmann) trug, musste jedoch der Remigrant einen Antrag auf Wiedereinbürgerung stellen. „In einer Art Wiederaufnahmeverfahren“ hatte er Rechenschaft über seine Vergangenheit im Exil abzulegen. Über den Antrag entschieden die Behörden nach im Einzelfall „entwürdigenden Ermittlungen“. Lehmann verweist in diesem Zusammenhang auf den „Fall des Juden und Kommunisten Rudolf (Rudi) Singer“, der die ihm entzogene deutsche Staatsangehörigkeit nie wieder erhalten habe. Merkwürdigerweise konnte aber der spätere Volkskammerabgeordnete 1949 für die KPD zum Deutschen Bundestag kandidieren, wenn auch erfolglos.³⁴

Ungeachtet des in vielen Fällen offenkundig diskriminierenden Charakters der „getroffenen Einzelmaßnahmen“ hat 1948 Walter Schätzel – wie zuvor die „Ministerialbürokratie“ im Länderrat – „Zweifel“ und „Bedenken“ gegen eine rückwirkende Aufhebung durch „automatischen Wegfall“ geäußert, „da damit den Interessen der Betroffenen häufig nicht gedient ist.“³⁵ Im Parlamentarischen Rat stellte der Remigrant Fritz Löwenthal (SPD) den

³¹ Zitiert nach Lehmann (1991, S. 93 f.), der als Quelle die Bestände Z 1/1083 u. 1248 im BArch Koblenz nennt.

³² Fladhammer/Wildt, 1994, S. 81 mit Abb. S. 80.

³³ Zu dieser Praxis in der französischen Zone vgl. Friedrich Wilhelm Wagner am 10.2.1949 bei der Beratung im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates über die Wiedereinbürgerung der Emigranten: „[...] ich wurde nicht durch besonderen Akt wieder eingebürgert. Ich habe meine Staatsangehörigkeit durch das Hitlerregime verloren. Ich habe diesen Willkürakt niemals als Rechtens anerkannt. Ich habe mich im Ausland nach wie vor als Deutscher gefühlt und betrachtet und ich bin, sobald es überhaupt ging in mein Vaterland zurückgekehrt.“ Boberach, [1999], S. 174; vermutlich ist auch Hoegner „nicht durch besonderen Akt wieder eingebürgert“ worden.

³⁴ Lehmann, 1991, S. 94 f.; M.d.B., 2000, S. 398/Nr. 5495.

³⁵ „Rückwirkende Maßnahmen in Sachen des Statusrechts sind stets mißlich, da von der Staatsangehörigkeit tief einschneidende bürgerlich-rechtliche Folgen abhängen. Ein großer Teil der Betroffenen wird inzwischen längst eine andere Staatsangehörigkeit erworben haben und sich innerlich vom deutschen Volke abgewandt haben, sodaß er nicht den geringsten Wert darauf legt, ungefragt die deutsche Staatsangehörigkeit wieder zu erhalten. Ja, es ist vielfach so, daß diese Personen geradezu benachteiligt wären, wenn sie wieder als deutsche Staatsangehörige behandelt würden, da sie sich im Ausland in einer sehr viel besseren Rechtslage befinden. Man könnte unmöglich den früher ihnen zugefügten Nachteil, der im Verlust ihrer deutschen Staatsangehörigkeit bestand, durch den erneuten Nachteil der Wiederverleihung der deutschen Staatsangehörigkeit kompensieren.“ Schätzel, 1948, S. 281; Müller, 1968, S. 677 f.

II. „Gegen die sich im Ausland aufhaltenden Landesverräter“

Antrag auf Wiedereinbürgerung der Emigranten. Wortlaut und Begründung des Antrags sind nicht überliefert. Bei den Beratungen im öffentlich tagenden Hauptausschuss sprachen sich weiter die SPD-Abgeordneten Rudolf Katz und Friedrich Wilhelm Wagner – wie Löwenthal 1933 aus ihrem Beruf vertriebene Rechtsanwälte und im Exil ausgebürgert – sowie der KPD-Abgeordnete Heinz Renner nachdrücklich für eine Wiedergutmachungsnorm im Grundgesetz aus. Renner – 1933 zunächst ins Saargebiet und später nach Frankreich emigriert und 1943 nach Deutschland ausgeliefert – war im November 1939 ebenfalls ausgebürgert worden.³⁶ Ein von Wagner und Carlo Schmid (SPD), dem Vorsitzenden des Hauptausschusses, vorgeschlagener Kompromiss wurde schließlich einstimmig gebilligt, „allerdings aus redaktionellen Gründen etwas umformuliert und als Artikel 116 Absatz 2 Grundgesetz verabschiedet“³⁷.

Eine Entziehung der deutschen Staatsangehörigkeit war mit Verabschiedung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 durch Art. 16 (1) GG ausgeschlossen.³⁸ Jenen Personen und ihren Abkömmlingen, die aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen ihre deutsche Staatsangehörigkeit zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 verloren hatten – „unabhängig davon, ob dies durch Einzelakt oder Rechtsnorm erfolgte“³⁹ – statuierte Art. 116 Abs. 2 GG die Wiedergutmachung des nationalsozialistischen Unrechts. In der Zeit des Nationalsozialismus als „politische Schädlinge“ (M. Lichter) ausgebürgerte Emigranten und ihre Abkömmlinge – von der Strafexpatriation und deren „tief in die private Rechtssphäre“ einschneidenden Nebenstrafen (Vermögensverlust, Sippenhaftung, Entziehung akademischer Grade, Ausschluss vom Erbrecht, Verlust von Versorgungsansprüchen, Eintragung in das Strafregister seit 1938) betroffen⁴⁰ – waren auf Antrag wieder einzubürgern: „Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben.“ Ein Fortwirken des Unrechts der Zwangsausbürgerung sollte damit verhindert werden. Aber die Verwaltungspraxis entsprach nicht einer Verfassungsnorm, die „das maximale Entgegenkommen gegenüber den politisch Verfolgten“ zum Ausdruck gebracht hatte.⁴¹

³⁶ „Wir Ausgebürgerten waren doch Deutsche und haben uns immer als Deutsche betrachtet.“ Boberach, [1999], S. 176; Der Parlamentarische Rat.

³⁷ Lehmann, 1991, S. 96.

³⁸ Deutsches Rechts-Lexikon, hg. v. Horst Tilch, Bd. 1 (München 32001), S. 393: Ausbürgerung (Walter Schmitt Glaeser).

³⁹ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Kommentar von Hans D. Jarass u. Bodo Pieroth, München 15. Aufl. 2018, S. 1271 (11); die erste Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 enthielt keine entsprechende Norm.

⁴⁰ Lehmann, 1991, S. 91 f.; Gosewinkel, 2001, S. 377; von ihrem Recht auf Wiedereinbürgerung nach Art. 116 Abs. 2, Satz 1 GG machten bis Ende 1950 insgesamt 706, von 1951 bis 1980 insgesamt 42.267 im Ausland verbliebene ausgebürgerte Emigranten und deren Abkömmlinge Gebrauch; Lehmann, 1991, S. 100; die vom Statistischen Bundesamt bis 1980 getrennt geführte Statistik zur Anspruchseinbürgerung belegt, so Lehmann (S. 101), dass der „Art. 116 Absatz 2, Satz 1 GG bis in die jüngste Zeit eine wichtige Wiedergutmachungsfunktion“ erfüllt.

⁴¹ Makarov, 21971, S. 262; Hepp, I, 1985, XIX f.: „Die Väter des Grundgesetzes hatten damit in der Verfassung eine Norm verankert, die von der *Nichtigkeit der NS-Expatriation ausging*. Aber die *Verfassungswirklichkeit sah anders aus als die -theorie*: Artikel 116 Abs. 2 Grundgesetz wurde so interpretiert und praktiziert, wie [es] überlieferten positivistischen und bürokratischen Rechtsvorstellungen entsprach, und das hieß: daß die nationalsozialistischen Ausbürgerungen als wirksam galten.“ (Hans Georg Lehmann; *Kursivierung* entsprechend Vorlage); ders., 1991, S. 97 f.; Gesine Krohne, Die Ausbürgerung illoyaler Staatsangehöriger: geltendes Verfassungsrecht, internationaler Rechtsvergleich und rechtspolitische Reformperspektiven, Frankfurt/M. [u. a.] 2013, S. 25.

„... das zu den Haupt- und Grundgesetzen des Dritten Reiches gehört“

Zu Fragen der Wiedereinbürgerung und des Wohnsitzes von Ausgebürgerten in Deutschland entschieden 1958 und 1961 das Bundesverfassungsgericht und der Bundesgerichtshof.⁴² Die Nichtigkeit der Ausbürgerung von Anfang an wurde erst durch eine Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Februar 1968 bestätigt. Die Entscheidung, die „eine vehemente Kontroverse unter Rechts- und Verwaltungswissenschaftlern“⁴³ auslöste, betraf den Fall eines nach Amsterdam emigrierten, durch die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz ausgebürgerten und später deportierten Rechtsanwalts „Dr. R.“. Dessen Erben war die Ausstellung eines Erbscheins mit der Begründung versagt worden, dass der Erblasser durch die Verordnung staatenlos geworden sei und die deutsche Staatsangehörigkeit „auch nicht nach Art. 116 II des Grundgesetzes (GG) wiedererlangt“ habe. Auch nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das nach über fünfjähriger Verfahrensdauer die Verfassungsbeschwerde der antragstellenden Erben für zulässig und begründet erachtet und „die im Erbscheinverfahren ergangenen Entscheidungen aufgehoben“ hatte⁴⁴, blieb aber der „Zwiespalt“ für jene Verfolgten bestehen, die eine andere Staatsangehörigkeit angenommen hatten: „Sie haben die deutsche Staatsangehörigkeit durch Ausbürgerung nicht verloren, können sich aber nicht ohne weiteres auf sie berufen.“ Der ehemalige Berliner Anwalt Frederick Alexander Mann – als Emigrant selbst nicht von der Einzelausbürgerung betroffen – hat als „juristischer Beobachter“ in seiner Kritik dieser Entscheidung und eines weiteren Beschlusses des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 15. April 1980 auf diesen „Zwiespalt“ hingewiesen und „im Ergebnis“ bedauernd festgestellt, dass dieser „mit einer Mehrheit von sechs Stimmen gegen diejenige des Bundesverfassungsrichters [Martin] Hirsch und entgegen der Stellungnahme des Bundesministers des Innern“ getroffene Beschluss „die Nichtigkeit der Ausbürgerung nicht ‚ernst nimmt‘.“⁴⁵

Zu Wort meldete sich wiederholt noch der frühere Referent für Staatsangehörigkeitsfragen im Reichsministerium des Innern, der inzwischen als Oberregierungsrat i. R. in Trier lebte. In einem Artikel „Das Bonner Grundgesetz und die Staatsangehörigkeit“ in der Zeitschrift „Das Standesamt“ 1954 räumte Lichter ein, dass „das System der Aberkennung der Staatsangehörigkeit“ durch die „Ausbürgerungen ‚am laufenden Band‘ einen üblen Beigeschmack bekommen“ hätte.⁴⁶ Ein Jahr später veröffentlichte Lichter eine „völlig veränderte 2. Auflage“ seines Kommentars zum Staatsangehörigkeitsrecht. Das Werk erschien wie schon die Erstauflage 1943 im Berliner Carl Heymanns Verlag⁴⁷. Der ursprüngliche Buchtitel – der Zeit geschuldet – musste allerdings geändert werden: Das Großdeutsche Reich war in Schutt und Asche versunken, „niemals untergegangen“ war jedoch die „deutsche Staatsangehörigkeit“. So ergab sich „allein schon“ (M. Lichter) aus

⁴² Makarov, ²1971, S. 261–264.

⁴³ Lehmann, 1991, S. 99.

⁴⁴ Müller, 1968, S. 676 f.

⁴⁵ Mann, 1982, S. 327, 339 (BVerGE Bd. 23, 98 u. Bd. 54, 53); „entschieden“ ablehnend Makarov, ²1971, S. 257 (mit weiteren Nachweisen) ~ Zu F. A. Mann: EAB, 60078 ~ Göppinger, ²1990, S. 301; AoRB, ²2007, S. S. 220; Horst Heinrich Jakobs, In memoriam Frederick Alexander Mann, in: Alma Mater. Beiträge zur Geschichte der Universität Bonn 77 (1992), Nachdruck in: ders., Gedenkreden auf –, Brigitte Knobbe-Keuk, Werner Flume, Göttingen 2011, S. 11–29; Ladwig-Winters, 2016, S. 170 f.: Dr. jur. Lore Mann geb. Ehrlich, Ehefrau; Jessica Mann, Out of harm's way. The wartime evacuation of Children from Britain, London 2005, S. 16 f.

⁴⁶ Das Standesamt 7 (Nr. 11 v. 10. 11. u. Nr. 12 v. 10. 12. 1954), S. 241–245 u. 265–268, 265.

⁴⁷ Ulrike Henschel (Vermittler des Rechts. Juristische Verlage von der Spätaufklärung bis in die frühe Nachkriegszeit, Berlin 2015) nennt den Kommentar nicht, wohl aber (S. 360) Werke von Erwin Noack, Hanns Seel und Ernst Albert Schmidt-Leonhardt, „die eine eindeutig nationalsozialistische Tendenz aufwiesen“.

II. „Gegen die sich im Ausland aufhaltenden Landesverräter“

der staatlichen Neuordnung nach 1945 und der „Beständigkeit der Verwaltung“⁴⁸ das Bedürfnis für eine Neuauflage, die Ende 1955 unter dem Titel „Die Staatsangehörigkeit nach deutschem und ausländischem Recht“ in dem renommierten juristischen Fachverlag erschien. Reste der Erstauflage dürften mit dem gesamten Buchlager des Verlags im Krieg verbrannt sein. Für seine Arbeit hatte Lichter „wirksame Unterstützung“ durch das Auswärtige Amt und die Innenministerien des Bundes und der Länder erfahren. Der Kommentar war ein Jahrzehnt lang das Handbuch, an dem sich Verwaltungspraktiker orientieren konnten – auch über das Gesetz vom 14. Juli 1933: „Zu Beginn der nationalsoz. Ära [sic] aus dem Wunsche heraus entstanden, die nach dem Auslande geflüchteten Gegner des Regimes [sic] besonders zu treffen“, hätte es „in der Hand einer Exekutive, die, über jegliche Willkür erhaben, sich ruhiges Abwägen und höchste Objektivität angelegen sein läßt, Ersprößliches und Tragbares zu bewirken“ vermocht.⁴⁹ Zwei Hochschulschriften zum Thema Ausbürgerung – als juristische Dissertation in West und Ost entstanden – blieben ungedruckt: von Joachim Daegel 1957 in Kiel und von Jo Scheidemann 1968 in Jena. Eine weitere Neuauflage des Werkes von Matthias Lichter erschien 1966 ohne die skandalöse Widmung der 2. Auflage: „Dem verewigten Ministerialdirigenten im Reichsministerium des Innern Herrn Geheimen Regierungsrat *H. Hering* in dankbarer Verehrung gewidmet.“ Und es entfiel auch die nicht weniger skandalöse Erläuterung zum Zweck und zur Durchführung der Vorschrift in § 2 des Gesetzes. Die Anmerkung wurde aber so verkürzt, dass immer noch der Charakter des antisemitischen NS-Sonderrechts und dessen tatsächliche Folgen verschleiert wurden.⁵⁰ Günther Renner weist in seiner „Geschichte des Staatsangehörigkeitsrechts in Deutschland“⁵¹ nur allgemein darauf hin, dass „ideologische und rassistische Gründe“ für die teilweise grundlegenden Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts „unter der Herrschaft des Nationalsozialismus“ ausschlaggebend waren, und zwar „sehr oft“.

Zur „Bearbeitung von Anträgen auf Wiedereinbürgerung sowie von Anträgen auf Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit“ stellte das Bundesarchiv dem Bundesverwaltungsamt in Köln Anfang der 1980er Jahre Akten „aus dem durch die Alliierten beim Einmarsch in Berlin sichergestellten Schriftgut des Reichsinnenministeriums“ zur Verfügung. Aus dieser Quelle schöpft die kleine Broschüre „Menschenschicksale“, die die nationalso-

⁴⁸ Adler, 1974, S. 923.

⁴⁹ „Bei vorurteilsloser Betrachtung ist zuzugeben, daß an sich die Fassung des Satzes 1 mit dürren Worten einen Tatbestand umschreibt, der auch in anderen Ländern zur StA-Entziehung zu führen vermag [...]. Andererseits ist der Wortlaut so allgemein gefaßt, daß er eine recht weitgehende Anwendung der Möglichkeit der Verhängung der sehr schweren Rechtsfolge, die gleichsam eine Ächtung darstellt, gestattet. [...] Das durch § 2 gegebene Instrument vermag in der Hand der Exekutive, die sich über jegliche Willkür erhaben, ein ruhiges Abwägen und höchste Objektivität angelegen sein läßt, Ersprößliches und Tragbares zu bewirken. So wurde denn zunächst in der Praxis ein sparsamer Gebrauch davon gemacht, indem man lediglich die in der großen Öffentlichkeit bekannteren Persönlichkeiten mit der Ausbürgerung traf. Später jedoch zog man den Kreis wesentlich weiter, wobei man sich durchgehend in dem Ermittlungsstadium mit einer oberflächlichen Aufklärung und Tatsachenfeststellung begnügte“; Lichter, ²1955, S. 176.

⁵⁰ Lichter-Hoffmann, ³1966, S. 199 (1); nach dem Tod von M. Lichter am 27. 1. 1956 hatte es Regierungsdirektor Dr. jur. Werner Hoffmann, der 1959 einen „Kurzen Grundriss des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts“ veröffentlicht hatte, übernommen, das „Werk“ – „Ergebnis der reichen Erfahrungen, die Lichter in seiner langjährigen Tätigkeit als Referent für Staatsangehörigkeitsfragen im Reichsministerium des Innern sammeln konnte“ – zu aktualisieren und „in nahezu allen Teilen neu zu bearbeiten“: „Dabei wurde angestrebt, die Grundzüge, die es bisher ausgezeichnet beizubehalten. Dies gilt insbesondere für die Vollständigkeit des Stoffes.“ Ebd., S. V.

⁵¹ Staatsangehörigkeitsrecht, bearb. von Kay Hailbronner u. Günter Renner unter Mitarb. v. Marianne Wiedemann, München 4. Aufl. 2005 (¹1990; 5. Aufl. 2010), S. 4–48, 13–15.

„... das zu den Haupt- und Grundgesetzen des Dritten Reiches gehört“

zialistischen Staatsangehörigkeitsgesetze und Verordnungen dokumentiert sowie mit Aktenauszügen und Faksimiles von „Originalakten“ beispielhaft „das an zahlreichen Opfern dieser Zeit begangene Unrecht“ aufzeigt.⁵² In der monumentalen Untersuchung „Justiz im Dritten Reich“ von Lothar Gruchmann (³2001, ¹1988) findet sich im Sachregister weder das Stichwort „Ausbürgerung“ noch zu dem chronologisch geordneten Stichwort „Gesetz“ unter dem 14. Juli 1933 ein Unterschlagwort für eines der „Haupt- und Grundgesetze des Dritten Reichs“ (Carl Misch).

Die nationalsozialistische Ausbürgerungspraxis war „in der Stringenz und Totalität der Maßnahmen“ – so Dieter Gosewinkel mit Blick auf die zeitgenössischen „juristischen Verteidiger“ der Strafexpatriation – „einzigartig“.⁵³ „Am laufenden Band“ (M. Lichter) angewendet wurde das Gesetz erst seit 1937. Konzipiert als „beliebig nutzbares Instrument“⁵⁴, wurde es nach Erlass des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 30. März 1937 (Anhang A, Dok. I, 4) zu jener „Waffe“, die es den Machthabern ermöglichte, „den weitaus größten Block innerhalb der deutschen Emigranten“ zu ächten: *die Juden*. Die Ausbürgerungspraxis zeigt, dass – anders als im Erlass dargestellt – durchaus ein *Bedürfnis* bestand, „die Maßnahme der Ausbürgerung bei dem größeren Kreis der kleinen Gelegenheitssünder in Anwendung zu bringen“. Für viele dieser „weniger bekannten und schlechter situierten Emigranten“ bedeutete die Ausbürgerung „zugleich eine dauernde materielle Existenzbedrohung“.⁵⁵

Das „schwere Geschütz“ der Ausbürgerung zielte zunächst zwar nur auf prominente ins Ausland geflüchtete Gegner der nationalsozialistischen Machthaber. Je länger je mehr gerieten aber ganz gewöhnliche Emigranten, die Spuren im Karteisystem der Gestapo hinterlassen hatten, ins Räderwerk der Verfolgung. Von dieser Handhabung des Gesetzes, von dem „aus ebenso verwerflichen politischen Gründen auch viele Nichtjuden“⁵⁶ betroffen waren, zeugen die Ausbürgerungsvorschläge der Gestapo. Insgesamt 359 Ausbürgerungslisten – nach dem Familiennamen alphabetisch geordnet – lassen anhand des Vornamens, des Geburtsdatums und des Geburtsorts im Einzelfall auch die mit betroffenen Familienangehörigen erkennen.

Mit zwei prominenten Berliner Anwälten – „Dr. Apfel, Alfred“ und „Dr. Werthauer, Johannes“ – begann und endete die 1. Liste, die am 25. August 1933 im „Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger“ und in der Presse veröffentlicht wurde.⁵⁷ Gemeinsam war den durch den Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen „aus der deutschen Volksgemeinschaft“ ausgestoßenen *Volksverrätern* („Illustrierter Beobachter“) „tatsächlich nur die Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus“⁵⁸.

Das Gesamtergebnis der von Anfang an rasseideologisch motivierten Ausbürgerungen gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 ist dokumentiert: rund 39.000 Personen wurden individuell ausgebürgert. Ihre Ausbürgerung wurde mit der Veröffentlichung der Entscheidung im „Reichsanzeiger“ wirksam. Jede „Nummer“ in einer der 359 Ausbürgerungs-

⁵² Liessner/Geißler/Steinebach, 1984, S. 5; die Schrift enthält keine Angaben zur Zahl der vom Widerruf der Einbürgerung Betroffenen; alle Namen von Betroffenen wurden in den Dokumenten „zum Schutz der Personen“ geschwärzt bzw. anonymisiert.

⁵³ Gosewinkel, 2001, S. 379 f.; ders. Schutz und Freiheit? Staatsbürgerschaft in Europa im 20. und 21. Jahrhundert, Berlin 2016, S. 197 („Sonderstellung“).

⁵⁴ Maslaton, 1993, S. 54.

⁵⁵ Gosewinkel, 2001, S. 379.

⁵⁶ Mann, 1982, S. 324.

⁵⁷ Pfeiffer/Rott, 2016.

⁵⁸ Stolleis, 1974, S. 226; M.d.R. ³1994, S. 145* (Abb.).

listen verweist auf ein Einzelschicksal, das aber auch ein Massenschicksal war: Prominente und Namenlose vereint, dass sie verfolgt *und* ausgebürgert wurden. Eine „Statistik“ der Ausbürgerungen nach NS-Rassekriterien oder nach anderen Kriterien (Beruf, Geschlecht, Kinder, Kriegsdienstverweigerer) gibt es nicht. Dazu müssten alle Einzelfälle aufgearbeitet werden. Unter den erfassten ausgebürgerten Rechtsanwälten waren nur wenige *deutschblütige* Emigranten.

Die genaue Zahl der Personen, deren Einbürgerung aufgrund des Gesetzes vom 14. Juli 1933 widerrufen wurde, ist unbekannt; mit dem Gesetz sollte bei den eingebürgerten Juden „ein starker Druck zum Verlassen des Landes ausgeübt werden“⁵⁹. Auf zwei Jahre befristet, wurde der betreffende Paragraph 1 Abs. 5 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit nach Erlass des Änderungsgesetzes vom 10. Juli 1935⁶⁰ zum 31. Dezember 1935 außer Kraft gesetzt. Von 10.487 nachweisbaren Widerrufsbescheiden, zu denen das Bundesverwaltungsamt in Köln ein mutmaßlich nicht vollständiges „Verzeichnis“ besitzt, betrafen 6.943 „Juden“. Da von den Widerrufsbescheiden in der Regel mehrere Personen betroffen waren, „muß die Gesamtzahl mindestens doppelt so hoch angesetzt werden“⁶¹. Liesner/Geißler/Steinebach⁶² beziffern die Einzelausbürgerungen mit „rund 50.000 Fällen“, mutmaßlich unter Einbeziehung der Widerrufsbescheide.

2. Zur Ausbürgerungspraxis: Das Gesetz in der Hand der Gestapo

Am 25. August 1933 erschien im „Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger“ die erste Ausbürgerungsliste. Am 1. September auch im „Reichssteuerblatt“ veröffentlicht, verzeichnete die Liste Namen und Geburtsdaten von 33 emigrierten Reichsangehörigen. Die Genannten hatten, so der Text der amtlichen Bekanntmachung, „durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt“. Ihre Ausbürgerung „auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1933“ erklärte der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Äußeren. Die von Staatssekretär Hans Pfundtner unterzeichnete Bekanntmachung datierte vom 23. August. Dieser ersten Liste folgten 358 weitere Listen. Die letzte erschien am 7. April 1945. Mit der 20. Liste vom 26./27. Oktober 1937 entfiel die Begründung. In der Folge wurde der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit „auf Grund des §2 des Gesetzes“ lediglich „im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen“ erklärt. Das Vermögen der Ausgebürgerten, sofern im Inland noch vorhanden, wurde sichergestellt und verfiel dem Reich. Angehörige der mit der 1. Liste ausgebürgerten Personen wurden im Frühjahr 1937 ausgebürgert. Seitdem wurde die Ausbürgerung in der Regel sogleich auf die mit emigrierten Angehörigen erstreckt.

Als Reichsminister des Innern unterzeichnete Wilhelm Frick lediglich drei Ausbürgerungslisten (2.–4. Liste 1934/35). Die Listen wurden „I. V.“ durch den Staatssekretär oder in dessen Vertretung durch leitende Beamte des Ministeriums „I. A.“ unterzeichnet. Heinrich Himmler – Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern seit dem 17. Juni 1936 und seit dem 24. Juli 1943 Amtsnachfolger von W. Frick – tritt als Listenunterzeichner selbst nicht in Erscheinung. Er überließ dieses Geschäft

⁵⁹ Adler, 1974, S. 3.

⁶⁰ RGBL. I, S. 1015.

⁶¹ Hepp, 1985, Bd. 1, S. XXXVII; Maslaton, 1993, S. 54–57.

⁶² 1984, S. 110.

leitenden Beamten des Ministeriums und des Sicherheitsapparates. So unterzeichnete etwa am 31. August 1944 „Dr. Kaltenbrunner“ – als einziger mit Dienstgrad „SS-Obergruppenführer, General der Polizei“⁶³ – eine Liste. Entsprechend der institutionellen Einbindung des RSHA als Teil der Ministerialbehörde finden sich unter den Ausbürgerungslisten weiter die Namen von Adolf Eichmann, Rolf Günther, Otto Hunsche, Heinrich Müller und Friedrich Panzinger – jeweils ohne ihre SS-Dienstgrade. Unter den letzten Listen stehen die Namen Eichmann (355 bis 358) und Hunsche (359) und nahezu unter jedem Ausbürgerungsantrag Namen von Gestapobeamten. Es hätte nicht nur den Rahmen dieser Sondierung gesprengt, sondern auch deren Fokussierung widersprochen, die in den Ausbürgerungsakten als *Handelnde* genannten *Männer* der Gestapo biographisch zu entschlüsseln⁶⁴; als Angehörige dieser nationalsozialistischen Funktionselite waren sie mit „beinahe alle[n] Deportations-, Ausrottungs- und Vernichtungsoperationen sowohl in Deutschland als auch in den besetzten Gebieten, insbesondere Osteuropas“⁶⁵, unmittelbar eingebunden.

Von den genannten Ausnahmen abgesehen, ist die Publikation der Ausbürgerungslisten mit den Namen von leitenden Karrierebeamten des Reichsministeriums des Innern verbunden, deren Anteil an der Durchführung des Gesetzes im Fall des Geheimrats Hermann Hering besonders deutlich wird. Er hat auch selbst 1942/43 – inzwischen Parteigenosse – „I. A.“ zahlreiche Listen zur amtlichen Veröffentlichung gebracht. Als Ministerialdirigent hatte er im Reichsministerium des Innern den Gesetzentwurf vorbereitet. Und er trug auch maßgeblich dazu bei, dass in Anwendung des Gesetzes so schnell wie möglich eine erste Liste zusammengestellt wurde. Mündlich traf er mit dem Leiter des am 20. März 1933 im Auswärtigen Amt neu gegründeten Sonderreferates Deutschland, Vicco von Bülow-Schwante, eine „Abrede“ über eine „möglichst beschleunigte Sammlung des vorliegenden Materials“. Am 9. August lieferte das Amt „eine erste Zusammenstellung“, „die die Reichsangehörigen Georg Bernhardt [sic], Rudolf Breitscheid, Albert Einstein, Lion Feuchtwanger, Heinrich Mann, Kommunistenführer [Willi] Münzenberg, Philipp Scheidemann betrifft“. Weitere Vorschläge stellte v. Bülow-Schwante in Aussicht – nach „Sammlung und Sichtung des Materials“. Dafür veranschlagte er eine Woche. Das „beigelegte Material“, so Bülow-Schwante, hoffe er danach „ergänzen und ähnliches Material für andere Emigranten beifügen zu können“. Weiter regte er für das Amt an, „das zusammengestellte Material in einer kommissarischen Beratung zu besprechen, damit alsdann die endgültige Entscheidung über die einzelnen Fälle getroffen werden kann.“⁶⁶

Die Beratung fand am Vormittag des 16. August 1933 im Reichsministerium des Innern unter Vorsitz von Geheimrat Hering statt. Zwei Tage zuvor hatte dieser dem Amt eine 19 Personen umfassende Liste übersandt. An der Sitzung nahmen für das Amt Ministerialdirektor Friedrich Gaus, Bülow-Schwante und Legationssekretär Hans Ulrich v. Kotze teil. Hering war die treibende Kraft. In zwei „Zusätzen“ zur Einladung des Preußischen Ministers des Innern äußerte er sich „dankbar, wenn sobald als möglich die erforderlichen Angaben für die Entschließung über die Erstreckung des Verlustes der Staatsangehörigkeit auf Familienangehörige beschafft werden könnten“; schließlich bat er, „dem Geheimen

⁶³ Für biographische Angaben, auch zu den im Folgenden genannten handelnden Personen, wird auf den Anhang B verwiesen.

⁶⁴ Für die Gestapoleitstelle Berlin unterzeichnete ein gewisser „Müller“ allein 60 Ausbürgerungsanträge, u. a. für Ludwig Bendix und Ernst Fraenkel; für entscheidende Hinweise zur Klärung der Identität des Gestapojuristen danke ich Prof. Dr. Johannes Tuchel, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin.

⁶⁵ Herbert, 2011, S. 13: „Wenn es überhaupt eine Kerngruppe der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Genozidpolitik gegeben hat, dann waren es diese Männer.“

⁶⁶ PA/AA, R 99638.

II. „Gegen die sich im Ausland aufhaltenden Landesverräter“

Staatspolizeiamt in Berlin die Teilnahme an der Beratung nahelegen“.⁶⁷ Nach einer Aufzeichnung „über den wesentlichen Inhalt“ der Besprechung stimmten alle Beteiligten im Grundsatz darin überein, möglichst bald mit einer „1. Liste von Fällen der Anwendung des § 2 des Gesetzes bei besonders bekannten Persönlichkeiten der SPD, KPD, ferner von jüdischen und anderen Persönlichkeiten ein Exempel zu statuieren, von dem eine abschreckende Wirkung auf die gegen das nationalsozialistische Deutschland gerichtete und im Ausland fortgesetzte Wühlarbeit erwartet werden kann“.

Im Übrigen „bestand Einigkeit darüber, dass die gegen die nationale Regierung gerichtete Hetzarbeit im Ausland in erster Linie für die Anwendung des Gesetzes entscheidend sein soll und dass auch in der Anwendung möglichst beschleunigt, in jedem Einzelfall eine Zusammenstellung der von den verschiedenen Reichs- und Staatsbehörden vorgemerkten Gründe in einer nicht für die Öffentlichkeit bestimmten aber internen massgeblichen schriftlichen Form vorbereitet werden soll, bevor die endgültige Entscheidung über die Anwendung des Gesetzes erfolgt. Ferner bestand Einigkeit darüber, die gemäss § 2 des Gesetzes mögliche Beschlagnahme am Schluss der Liste für alle aufgezählten Fälle generell auszusprechen, die Entscheidung über eine evtl. Erstreckung der Ausbürgerung auf Angehörige des Betroffenen gemäss § 2 des Gesetzes (Abs. 4) dagegen für alle Fälle vorzubehalten.“⁶⁸ In dieser Weise wurde verfahren, wie die entsprechenden Angaben im Kolophon der Ausbürgerungslisten belegen.

Die vom Reichsministerium des Innern am 16. August präsentierte Liste enthielt die Namen von 28 Persönlichkeiten, beginnend mit Georg Bernhard, dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten der DDP und Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“, der nach Paris geflüchtet war. Weiter benannte nun der Vertreter des Gestapa „den früheren [preussischen] Innenminister [Albert] Grzesinski, den früheren Polizei-Vizepräsidenten Bernhard Weiss, den früheren Staatssekretär [Robert] Weismann und den Justizrat Werthauer“, deren angebliche „Begünstigung der ostjüdischen Einwanderung als Grund für die Aberkennung angegeben“ wurde. Ungeachtet des Widerspruchs der Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Reichsministers des Innern wurden alle vom Gestapa zusätzlich vorgeschlagenen Personen für die 1. Liste berücksichtigt, weiterhin noch der Berliner Strafverteidiger Alfred Apfel.⁶⁹ Das Auswärtige Amt sicherte zu, die Auslandsvertretungen durch Runderlass über die Ausbürgerungen zu unterrichten und im Übrigen „Anweisung“ zu geben, „die deutschen Emigranten mit der gebotenen Zurückhaltung zu behandeln, ihnen aber auf Ansuchen Passverlängerung und Schutz nicht zu versagen“; ferner würden die Missionen aufgefordert, „mit einer möglichst gründlichen Beobachtung der Emigranten, insbesondere hinsichtlich einer etwaigen staatsfeindlichen Betätigung“ zu berichten. Das Amt fügte sich dem politischen Druck des auf Anweisung des Preussischen Ministerpräsidenten und Innenministers Hermann Göring handelnden Gestapa, ohne grundsätzliche Bedenken geltend zu machen. Nur im Fall Albert Einstein empfahl der Reichsminister des Auswärtigen Konstantin Frhr. v. Neurath – über die Besprechung unterrichtet – „mit einer gewissen Vorsicht vorzugehen“, offenbar in Unkenntnis, dass das Amt (von Bülow-Schwante) zunächst selbst Einstein zur Ausbürgerung vorgeschlagen hatte.⁷⁰

⁶⁷ VEJ 1, 2008, S. 229–231 (Dok. 70; Quelle: BArch R 1501/125708, Bl. 508–512).

⁶⁸ PA/AA, R 99638.

⁶⁹ Hepp I, 1985, S. 3; Pfeiffer/Rott, 2011.

⁷⁰ PA/AA, R 99638; die Aufzeichnung, mutmaßlich von v. Kotze verfasst, übersandte Neurath (18.8.1933, z. Zt. Leinfelden a. d. Enz) Staatssekretär Bernhard Wilhelm von Bülow und bemerkte: „Wie ich Ihnen schon gestern telephonisch sagte, scheint es mir mit Rücksicht auf die internationale Geltung von Professor Einstein erforderlich, gegen ihn mit einer gewissen Vorsicht vorzugehen, so wenig er es an sich durch sein Verhalten gegenüber seinem ursprünglichen Vaterlande verdient hat. Ich

Tatsächlich wurde Albert Einstein erst mit der 2. Liste am 29. März 1934 ausgebürgert. Ob der „Relativitäts-Jude“ („Völkischer Beobachter“) allein aufgrund einer „Weigerung“ des Auswärtigen Amts 1933 zurückgestellt wurde⁷¹, ist Spekulation. Bei der Ressortbesprechung über die Zusammensetzung der 2. Liste im Reichsministerium des Innern wurde der Fall Einstein offenbar nicht mehr als strittig behandelt. In der „Reihe wichtiger Fälle“ wird Einstein 1934 an erster Stelle genannt; sechs Personen gelangten auf Vorschlag der Gesandtschaft Prag in diese Liste. „Zurückgestellt“ wurde dagegen „noch“ die Ausbürgerung u. a. von Thomas Mann, aber auch die Ausbürgerung der früheren Reichstagsabgeordneten Siegfried Aufhäuser, Karl Höltermann und Walther Schücking sowie des ehemaligen Preußischen Finanzministers Otto Klepper und des früheren Altonaer Oberbürgermeisters Max Brauer.⁷² Das Amt war noch darauf bedacht, seine Interessensphäre zu wahren. Nach v. Bülow-Schwante war das Reichsministerium des Innern „darüber verständigt, daß das A.A. in allen Fällen, in denen Ausbürgerungen im Saargebiet vorgenommen werden sollen, bittet, der dortigen besonderen Verhältnisse wegen vorher Gelegenheit zur Stellungnahme zu bekommen“. In der Praxis dürfte an diesem Vorbehalt keine später von der Gestapo beantragte Ausbürgerung gescheitert sein (Arthur → Bergmann). Besonders die in der Ressortbesprechung hinsichtlich der „weiteren zahlreichen weniger wichtigen Ausbürgerungsanträge“ vereinbarten „Richtlinien“ lassen das Bemühen der Ministerialbürokratie erkennen, das Verfahren in der Hand zu behalten, indem „nur politische Vergehen berücksichtigt“ werden sollten: „Bei unbedeutenderen Hetzern wird eine örtliche Betätigung für Ausbürgerung nicht ausreichen. Ebenso sollen politische Grenzfälle als Anlaß für eine Ausbürgerung nicht ausreichen. Intensive schriftstellerische Betätigung, Anfertigung von Flugblättern usw., soll jedoch als Ausbürgerungsgrund unter Umständen auch bei unbedeutenderen Hetzern genügen.“

Bis Ende 1936 wurden mit sieben Listen insgesamt 291 Personen ausgebürgert, unter ihnen mindestens 10 Rechtsanwälte: Alfred Apfel, Bernhard Weiß, Johannes Werthauer (1. Liste 1933), Kurt Rosenfeld (2. Liste, 1934), Arthur Wolff (4. Liste, 1935) sowie 1936 Felix Halle und Botho Laserstein (5. Liste), Julius Katzenstein und Franz Leopold Neumann (6. Liste) und Rudolf Olden (7. Liste). Halle – nie als Rechtsanwalt zugelassen – galt aber „als Vertreter von Organisationen kommunistischer Juristen“; Katzenstein war 1933 nicht mehr als Anwalt tätig, Weiß erst nach seiner Entlassung als Polizei-Vizepräsident in Berlin als Anwalt zugelassen worden. Ihrer Ausbürgerung legte das Auswärtige Amt keinen Stein in den Weg. In allen Fällen beantragte die Gestapo bzw. das Reichs- und Preußische Ministerium des Innern die Ausbürgerung, das Amt stimmte dem Vorschlag zu, im Einzelfall nach Abstimmung mit der betreffenden Auslandsvertretung. Nach Vollzug wies das Amt die diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen an, den Betroffenen bei Gelegenheit die in ihren Händen befindlichen Pässe abzunehmen und ihnen künftig *selbstverständlich* keinen Schutz mehr zu gewähren. Dass Emigranten auch vorher kaum Schutz gewährt wurde, stand nicht im Erlass.

Das Muster der Behandlung der ab 1937 im Amt massenhaft eingehenden Ausbürgerungsanträge wurde von Bülow-Schwante entworfen, der 1938 zum Botschafter in Brüssel

möchte ausdrücklich bemerken, dass die Einstellung des mir persönlich bekannten Professors Einstein zu Deutschland (er stammt aus meiner engeren Heimat) schon früher keineswegs einwandfrei war und dass von einer Anhänglichkeit an seine alte Heimat nicht gesprochen werden kann. Immerhin möchte ich vorschlagen, dass man bei ihm den Ausweg nimmt, seine bereits beantragte Ausbürgerung unter Freigabe und Übersendung seines wissenschaftlichen Eigentums beschleunigt zuzulassen.“

⁷¹ Das Amt, ²2010, S. 83

⁷² PA/AA, R 99639: Aufzeichnung von Bülow-Schwante v. 9. 2. 1934; zum Fall Thomas Mann vgl. Hübinger, 1974, S. 141.

II. „Gegen die sich im Ausland aufhaltenden Landesverräter“

ernannt wurde. Seine Nachfolger – die „Judenreferenten“⁷³ Emil Schumburg, Franz Rademacher und Eberhard von Thadden, der stellvertretende Leiter des Deutschlandreferats, Walther Hinrichs, und Amtsrat Karl Heinrich – reduzierten den bürokratischen Aufwand durch Formulare und Stempel, machten die Zustimmung des Amts zur bloßen Formsache, wenn auch bis zum Krieg die Auslandsmissionen mit nicht geringem Verwaltungsaufwand eingebunden waren, vielfach direkt vom Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern eingeschaltet.⁷⁴ Aus der scharfen „Waffe“, die nicht durch massenhaften Gebrauch abgestumpft werden sollte, war unter Mitwirkung des Auswärtigen Amts infolge der von der Gestapo zur Vermeidung weiterer zeitraubender Ermittlungen offenbar bereits im Frühjahr 1936 erstmals geforderten erweiterten Anwendung des § 2 des Gesetzes von 14. Juli 1933 ein effizientes bürokratisches Werkzeug politischer und vor allem rassistischer Verfolgung geworden. Die Verwaltungsabläufe im Amt wurden zunehmend schematisiert, bürokratisch optimiert. Von der Strafausbürgerung waren bis zum Ende des Reichs tausende Emigranten betroffen, unter ihnen hunderte Rechtsanwälte mit ihren Familienangehörigen, deren Schicksal in der biographischen Dokumentation mit aufscheint.

Zur Ausweitung der Ausbürgerungspraxis trug maßgeblich der Erlass des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 30. 3. 1937 bei, auf den bei vielen Ausbürgerungsanträgen Bezug genommen wird (Anhang A: Dok. I, 4). Die Grundsätze unterschieden erstmals zwischen *deutschblütigen* und *jüdischen Emigranten*. Reinhard Heydrich⁷⁵ wies das Gestapa an, auch bei künftigen Ausbürgerungsvorschlägen „in erster Linie“ und „nach wie vor diejenigen Personen“ zu berücksichtigen, „die im Auslande durch die nachgewiesene staatsfeindliche Betätigung die deutschen Belange schädigen“. Nur bei *deutschblütigen Emigranten* müsse weiterhin „verlangt werden, daß sich das staatsfeindliche Verhalten unter besonders erschwerenden Umständen abgespielt hat“. Diese Einschränkung schloss die Anwendung des Gesetzes „bei dem größeren Kreis der kleinen Gelegenheitsünder“ nicht aus, stellte aber zugleich klar, dass eine *volksfeindliche Betätigung* bei den ins Ausland emigrierten „Spitzenfunktionären der ehem. KPD, SPD und der ihnen angeschlossenen Organisationen (Reichstagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete usw.)“ stets anzunehmen sei. Eine wesentliche Ausweitung bedeuteten die Grundsätze für die betroffenen *Juden*, „den weitaus größten Block innerhalb der deutschen Emigranten“, die vielfach „bereits vor ihrer Emigration durch ihr Verhalten im Inlande ihre staats- und volksfeindliche Einstellung unter Beweis gestellt“ hätten. Damit oblag es nun den lokalen Gestapostellen, „gegen diesen Personenkreis mit größerer Schärfe als bisher“ vorzugehen. Zu diesen *Elementen* zählte der Erlass „zunächst diejenigen Emigranten, die sich durch rassenschänderische Betätigung einen schweren Verstoß gegen die Grundidee des Nationalsozialismus haben zuschulden kommen lassen“. Weiterhin könne „mit Bestimmtheit angenommen werden“, dass aufgrund einer „früheren Betätigung für die marxistischen Organisationen“ bei Juden grundsätzlich „mit Bestimmtheit angenommen werden“ könne, „dass sie sich auch jetzt noch im Auslande deutschfeindlich betätigen“. Als *Volksfeinde* galten danach „weiterhin diejenigen jüdischen Emigranten“, die durch ihr „typisch-jüdisches volkschädigendes Verhalten“ – durch Verstöße gegen Devisen- und Steuergesetze, durch andere „aus jüdischer Gewinnsucht“ begangene Straftaten und Kapital-

⁷³ Zum *Judenreferat* vgl. Handbuch des Antisemitismus, V (2912), S. 49–51 (Gideon Botsch).

⁷⁴ Das Amt, ²2010, S. 45 f.

⁷⁵ Seit 1934 Chef des Gestapa und der Sicherheitspolizei (seit 1936), seit 1939 Leiter des neu geschaffenen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), dem Kriminalpolizei und Gestapo unterstanden, und seit Sept. 1941 stv. Reichsprotektor in Böhmen und Mähren.

verschiebungen ins Ausland – „in Erscheinung getreten sind“. Als *Volksfeinde* galten danach alle Emigranten, die sich „durch Auswanderung oder Flucht ins Ausland der Strafverfolgung“ hatten entziehen können.

Am 12. April 1937 übersandte Heydrich mit Briefkopf des Gestapa allen Staatspolizeileitstellen und Staatspolizeistellen im Reich eine Abschrift des Geheimerlasses, nachrichtlich auch den Ober- und Regierungspräsidenten (Anhang A: Dok. I, 5). Zugleich gab der Runderlass die „Richtlinien“ vor, in welcher Form die Gestapostellen künftig die Ausbürgerungsvorschläge dem Gestapa zu übermitteln hatten, gegliedert in 7 „Punkte“ und „in 5-facher Ausfertigung“:

„1. Staatsangehörigkeit – 2. Rassezugehörigkeit (zum mindesten Konfession der Eltern und Großeltern) – 3. Lebenslauf (kurze Darstellung) – 4. Politische Betätigung vor und nach der nationalsozialistischen Erhebung. Hierbei ist unter genauer Angabe der früheren Parteizugehörigkeit insbesondere auf etwa ausgeübte Funktionen und etwaige schriftstellerische oder rednerische Tätigkeit unter Berücksichtigung evtl. vorhandener Vorstrafen wegen politischer Vergehen einzugehen, falls ein Hoch- oder Landesverratsverfahren schwebt, ist auch der Akteninhalt, insbesondere Stand oder Ausgang des Verfahrens kurz, aber erschöpfend wiederzugeben. – 5. Vorstrafen und schwebende Strafverfahren wegen krimineller Vergehen – 6. Angabe, ob noch Vermögenswerte im Inland vorhanden sind – 7. Personalien, Rassezugehörigkeit, Konfession, politische Einstellung und jetziger Aufenthaltsort der Ehefrau und etwa aus der Ehe hervorgegangener oder am Kindes Statt angenommener Kinder. Falls die Ehefrau sich nicht mehr im Inlande aufhält, ist zu prüfen, ob sie bis zur Auswanderung des Ehemannes mit diesem einen gemeinsamen Hausstand geführt hat oder ob sie inzwischen von ihm geschieden ist. Lebt die Ehefrau noch im Inlande, so ist in geeigneter Weise festzustellen, ob sie mit ihrem Ehemann noch in Verbindung steht.“

Mit diesem Runderlass bestimmte Heydrich das Grundmuster der Ausbürgerungsvorschläge. Und er verschärfte die Stoßrichtung des Verfahrens gegen *Juden und Mischlinge I. Grades*, gegen die bei *typisch-jüdischen Delikten* – etwa bei Passangelegenheiten festgestellt – unaufgefordert ein Ausbürgerungsverfahren beantragt werden musste. Die Gestapostellen befolgten die *Richtlinien*. Gleichwohl sah sich der Stellvertreter Heydrichs, „Gestapo-Chef“ Heinrich Müller, am 7. Juli 1937 genötigt, in einem weiteren Runderlass (Anhang A: Dok. I, 6) darauf hinzuweisen, die Ausbürgerungsvorschläge durch „beweiskräftige Unterlagen“ zu begründen. Gemäss Runderlass vom 11. Januar 1938 (Anhang A: Dok. I, 8) waren die Berichte der Gestapostellen „unter Vermeidung weitläufiger Ausführungen auf die Darstellung des Sachverhalts zu beschränken“. Als „Meister“ dieser Beschränkung, der Verschmelzung von Polizei- und NS-Deutsch, erwiesen sich die Beamten der Berliner Staatspolizeileitstelle, wie ihre nahezu mechanisch kompilierten Vorschläge zur Ausbürgerung Berliner Anwälte zeigen. Zur weiteren „Vereinfachung des Aberkennungsverfahrens“ ordnete das RSHA am 8. Mai 1940 die Verwendung von systematisch gegliederten Antragsvordrucken an (Anhang A, Dok. I, 9). Heydrich und sein Stellvertreter im RSHA, Dr. Werner Best, definierten die für die Ausbürgerung entscheidenden Tatbestände einer *staatsfeindlichen Tätigkeit*. Insbesondere der Jurist Best, nach der Erinnerung seiner Sekretärin „ziemlich pedantisch und sehr genau“, war als Leiter des Amtes I Verwaltung und Recht, „mit nahezu allen Vorgängen und Planungen des Gestapa bis in die Einzelheiten vertraut“⁷⁶. Er führte die Antragsformulare mit dem Ziel ein, als kriegswichtig eingeschätzte Aberkennungsfälle mit dem zur Verfügung sehenden Personalbestand der Sicherheitspolizei und der Gestapo auch im Krieg „mit größter Tatkraft“

⁷⁶ Herbert, 2011, S. 227 f.

II. „Gegen die sich im Ausland aufhaltenden Landesverräter“

und beschleunigt durchführen zu können und damit den Zugriff auf die Vermögenswerte der jüdischen Emigranten⁷⁷ zu gewährleisten. Nach dem Ausscheiden Bests aus dem RSHA verschärfte Heydrich mit zynischer Offenheit die rassistische Linie seines früheren Stellvertreters, dessen Erlass möglicherweise die beabsichtigte Beschleunigung noch nicht bewirkt hatte (Anhang A: Dok. I, 10). Darauf könnte hindeuten, dass Heydrich – von juristischen Skrupeln ebenso wie Best gänzlich frei – die Gestapo mit diesem Runderlass zur Ausbürgerung der *jüdischen Emigranten* verpflichtete, um die im Inland verbliebenen Vermögenswerte für das Reich zu sichern. Vermögenswerte, die 5.000 RM überstiegen, waren danach staatspolizeilich umgehend sicherzustellen. Tatsächlich wurde auch bei weit geringeren Vermögenswerten die Sicherstellung vorsorglich veranlasst.

Die 2. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes vom 14. Juli 1933 (Anhang A: Dok. I, 11) regelte seit Anfang 1941 die Behandlung von Forderungen gegen das für verfallen erklärte Vermögen der Ausgebürgerten. Das von Heydrich bereits 1940 angedeutete Ziel einer weitgehend automatischen *Bereinigung* der Ausbürgerung jüdischer Emigranten leistete die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. 11. 1941⁷⁸ (Anhang A: Dok. I, 12), nach der „ein Jude“, der „seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat“, die deutsche Staatsangehörigkeit mit Inkrafttreten der Verordnung verlor. Ein geheimer Runderlass des Reichsministeriums des Innern vom 3. Dezember 1941 definierte den Geltungsbereich der Verordnung. Sie betraf danach auch die Juden, „die ihren ‚gewöhnlichen Aufenthalt‘ in den in deutsche Verwaltung genommenen Gebieten haben oder in Zukunft nehmen, insbesondere auch im Generalgouvernement und in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine“. Das Vermögen der im Zuge der *Endlösung* deportierten Juden verfiel damit automatisch aufgrund § 3 der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz. Die Verordnung war „das Hauptinstrument der Vermögensberaubung von allen Juden“ (H. G. Adler⁷⁹). Über den Vermögensverfall entschied entsprechend § 8 der Verordnung der Chef der Sicherheitspolizei und des SD; „Verwaltung und Verwertung des verfallenen Vermögens“, das dem Reich⁸⁰ verfiel, oblag danach dem Oberfinanzpräsidenten Berlin: „Die zur Tat entschlossenen Mörder legten Wert auf einen gesetzlich geregelten Vermögensübergang.“⁸¹ Von der Verordnung war z. B. der Breslauer Anwalt Dr. Alfons Lasker betroffen, der „noch 3 Briefe“ an seine Kinder schicken konnte; betroffen waren aber auch seine beiden Auschwitz überlebenden Töchter Anita und Renate.⁸²

Im „Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger“ erschienen auch nach dem 25. November 1941 weiterhin Bekanntmachungen aufgrund § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit. Das von Werner Best eingeführte Antragsmuster wurde von der Gestapo bis zum

⁷⁷ Am 17. 5. 1940 bat der RFSSuChdDtPoliRMdI (gez. Dr. Bilfinger) den RMdF, den Zugriff in den Fällen zu beschleunigen, „in denen ein Emigrant noch größere Vermögenswerte im Inland besitzt, die dem Reich verlorengehen würden, falls der Emigrant im Ausland sich dem Aberkennungsverfahren und der mit ihm verbundenen Vermögensverfallerklärung [durch *Naturalisierung*] entzieht. VEJ, 3, 2012, S. 232 f. (Dok. 81).

⁷⁸ Zur Vorbereitung vgl. den Bericht von Staatssekretär Stuckart v. 19. 3. 1941; VEJ 3, 2012, S. 427–429.

⁷⁹ 1974, S. 500.

⁸⁰ Durch das summarische Verfahren erzielte das Reich 1942/43 bis 1944/45 Einnahmen in Höhe von 777.726.342,27 RM; Mehl, 1990, S. 92 f., 97 („nach einer Ausarbeitung des Archivs des ehem. RFM v. 2. Februar 1949“); s. auch S. 37*/Anm. 133.

⁸¹ Rütters, 1988, S. 2831; ähnlich bereits Mehl, 1990, S. 98. Der Poststempel „unbekannt verzogen“ oder „abgewandert“ auf Briefen „an vermutete ‚volljüdische‘ Kontoinhaber“ verpflichtete die Banken gemäß § 7 der Verordnung, die noch vorhandene „Vermögensmasse“ des Juden dem Oberfinanzpräsidenten Berlin anzuzeigen; Essner, 2002, S. 305–326, 313.

⁸² Lasker-Wallfisch, 1997, S. 53.

Ende benutzt. Das „schwere Geschütz“ (Werner Lange) wurde aber zunehmend gegen nicht jüdische *Volksfeinde* eingesetzt, u. a. zur Ausbürgerung der mit emigrierten *deutschblütigen* Ehegattinnen jüdischer Rechtsanwälte bzw. der *deutschblütigen* Rechtsanwälte und Ehegatten jüdischer Ehefrauen. Die Ausbürgerung der jüdischen Emigranten erübrigte sich weitgehend aufgrund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. 11. 1941. Mit einem neuen Antragsformular, das keine Angabe zur „Rassezugehörigkeit“ enthielt, bat die örtliche Gestapo das RSHA, den Verfall der im Reich festgestellten Vermögenswerte des Emigranten festzustellen, so etwa im Fall des Offenbacher Rechtsanwalts Ernst Schloß (1887–1973), dessen beschlagnahmtes Umzugsgut 1943 versteigert wurde.⁸³ Bereits am 5. März 1941 hatte das RSHA die Gestapostellen ermächtigt, das Umzugsgut von jüdischen Emigranten sicherzustellen und zu versteigern, auch wenn deren Ausbürgerungsverfahren nur eingeleitet worden war oder sich „in Vorbereitung“ befand.⁸⁴ Nach dem 25. November 1941 erübrigte sich im Fall des *jüdischen Rechtsanwalts* Schloß und in zahllosen anderen „Fällen“ das förmliche, bei aller bürokratischen Perfektionierung umständliche Verfahren „auf Grund § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933“.

3. Klischees, Feindbild und *Tatsachen*

Das Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit wurde wie das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien am 14. Juli 1933 erlassen. Es charakterisiert mit den beispiellosen „Umschwung in Deutschland“ (Otto Klepper). Das Gesetz – von den völkischen Wertvorstellungen der konservativen Ministerialbürokratie geprägt – ermächtigte die Regierung, gegen deutsche Staatsangehörige vorzugehen, die „durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben“. Anwendung fand das Gesetz gegen eingebürgerte Ostjuden und – zunächst nur – gegen prominente, meist jüdische Emigranten.

Von der Ausbürgerung waren nicht alle Emigranten der juristischen Berufsgruppe „Rechtsanwälte“ betroffen, aber die *Maßnahme* hatte doch schwerwiegende Folgen für eine Vielzahl emigrierter, mit wenigen Ausnahmen jüdischer Rechtsanwälte. Sie wurden durch die Ausbürgerung nicht nur diffamiert. Sie wurden geächtet und verloren jeden konsularischen Schutz. Und sie wurden, sofern sie einen akademischen Grad erworben hatten, als Ausgebürgerte depromoviert; ihr im Inland verbliebenes Vermögen verfiel dem Reich. Ungeachtet der Härte der Strafe – der Betroffene galt für die Behörden als bürgerlich tot (Albert Aaron) – wird die schließlich massenhaft verfügte Strafexpatriation in der Literatur zu den Lebensschicksalen der *jüdischen Rechtsanwälte* in der Zeit des Nationalsozialismus wenn überhaupt im Einzelfall nur beiläufig vermerkt.

Die Strafmaßnahme betraf bis zur 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 nicht jeden jüdischen Emigranten. So wurde auch nur gegen einzelne Emigranten der juristischen Berufsgruppe Rechtsanwälte – nach 1933 systematisch brotlos gemacht – die Strafe der *Ausbürgerung* verhängt, insgesamt aber (mindestens) in rund 600 Fällen. Jeder Einzelne hatte – je nach dem Zeitpunkt der Emigration und seines parteipolitischen oder anwaltlichen Engagements – zuvor in aller Härte die mit der *Säuberung* des Berufsstandes verbundene Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren müssen.

⁸³ Hauschke-Wicklaus, 2017, S. 221: Abb. (Quelle: HStA Darmstadt, G 38 Offenbach, Nr. 221 u. HHStW, 519 A-OF 1254.6).

⁸⁴ VEJ 3, 2012, S. 413 (nach BArch, R 58/276, Bl. 266–266v).

II. „Gegen die sich im Ausland aufhaltenden Landesverräter“

Obgleich unmittelbar betroffen, haben offenbar viele, insbesondere ältere, von den Schikanen vorerst ausgenommene jüdische Rechtsanwälte die auch ihnen drohende Vernichtung der beruflichen Existenz, das Erleben von staatlich legitimierten Gewaltakten und Diskriminierungen zunächst weitgehend verdrängt. Im Vertrauen auf Recht und Gerechtigkeit vermochten sie nicht zu erkennen, dass die *Gleichschaltung* des Rechts, das täglich praktizierte Unrecht, nicht vorübergehend, sondern von Dauer sein könnte.

„Dass man ausharren“ müsse, „dass man die Sache durchstehen“ müsse, „dass Hitler und die Ungerechtigkeit nicht weitergehen können“, davon war nicht nur der Emmendinger Rechtsanwalt Robert Wertheimer fest überzeugt. „Sein Gefühl war“, wie sich der Sohn 1985 bei einem Besuch seiner Geburtsstadt erinnerte, „dass Deutschland ein Rechtsstaat ist, der die Rechte der Menschen – und das meint die Rechte der Juden – beachten wird und sie nie verletzen wird“. Dieses „Gefühl“ gab ihm ein wenig Sicherheit, bis zum 10. November 1938. An diesem Tag wurde Robert Wertheimer mit den jüdischen Männern der badischen Kleinstadt – unter ihnen sein Emmendinger Anwaltskollege Emil Dreifuß – nach Dachau verschleppt. Während Wertheimer 1939 noch mit seiner Familie über die Schweiz in die USA zu emigrieren vermochte, saß Dreifuß in der tödlichen Falle: zusammen mit den badischen Juden – unter ihnen auch Elsa Homburger, eine Schwester von Robert Wertheimer – wurden Emil Dreifuß und seine Ehefrau am 22. Oktober 1940 nach Gurs deportiert. Die Tortur dort haben sie nicht lange überlebt.

Robert Wertheimer zählt zu den Wenigen, die gegen ihre *Ausbürgerung* und eine damit verbundene Vermögenseinziehung protestiert haben. Wohl nur durch einen Irrtum der Gestapo, die ihn mit einem ebenfalls im badischen Altdorf geborenen Namensvetter verwechselte, der 1939 an den Folgen der in Dachau erlittenen Schutzhaft verstorben war, wurde der *jüdische Rechtsanwalt* Robert Wertheimer tatsächlich nicht ausgebürgert. Sein Ausbürgerungsantrag ist aber wie für hunderte ebenfalls vom Gesetz betroffene Anwälte überliefert. Die im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts ermittelten Ausbürgerungsakten spiegeln im Einzelfall das Herrschaftswissen der Gestapo, vor allem aber machen sie rassistisch und politisch motiviertes Handeln der Schreibtischtäter augenfällig. Wenn die Akten auch keine Rückschlüsse darauf erlauben, weshalb viele Rechtsanwälte nicht betroffen waren, so zeigen sie doch, warum so vielen Rechtsanwälten die deutsche Staatsangehörigkeit nach 1933 aberkannt wurde. *Ausbürgerung* war zudem eine Familienstrafe. Sie wurde regelmäßig auf jene Angehörigen erstreckt, die bis zur Emigration mit dem zur Ausbürgerung Vorgeschlagenen in häuslicher Gemeinschaft gelebt und mit ihm Deutschland verlassen hatten. Sie hatten damit hinreichend *bewiesen*, dass sie das Tun des *Volkschädlings* billigten. Von der Strafe der Ausbürgerung waren auch weitere ebenfalls emigrierte und selbst nicht emigrierte⁸⁵ Familienmitglieder betroffen. In den Blick geratene Einzelfälle ergeben aber kein eindeutiges Bild. So blieben etwa die Ehefrau und die beiden Kinder, aber auch die Schwester von Max Alsberg, die Schriftstellerin Ola Alsen, unbehelligt, nicht jedoch der ältere Bruder Siegfried Alsberg, der in Bonn ein Textil- und Fertigungsgeschäft betrieben hatte und nach England emigriert war. Im Ausbürgerungsantrag der Gestapo Köln⁸⁶ wird 1941 nicht auf den Berliner Strafverteidiger verwiesen, der sich im September 1933 in der Schweiz erschossen hatte. Die Verwandtschaftsbeziehung war

⁸⁵ Der spätere erste Ministerpräsident des Saarlandes Johannes Hoffmann hatte – seit 1940 von seiner Familie getrennt – in Brasilien „am Sylvesterabend 1943“, erfahren, dass sein Sohn in Rußland gefallen war: „Auch er war zwar, wie die ganze Familie einschließlich der in Luxemburg geborenen jüngsten Tochter von Hitler ausgebürgert worden, aber als Soldat für das Dritte Reich war auch der schuldlos Ausgestoßene noch gut genug – um zu sterben.“ J. Hoffmann, *Das Ziel war Europa. Der Weg der Saar 1945–1955*, München [u. a.] 1963, S. 16; PA/AA, R 99802; Hepp, Liste 125 (59, 60–65: *Ehefrau* u. *K*).

⁸⁶ PA/AA, R 99926; Hepp, Liste 259 (8 u. 9: *Ehefrau*).

im Karteiapparat der Gestapo vermutlich nicht verzeichnet und hätte den politisch nicht weiter hervorgetretenen Bruder wohl kaum „belastet“. Im Fall der Brüder Gustav und → Albert Rosenfelder verfügte die Gestapo Nürnberg dagegen über genügend belastendes Material.

Der Gestapo waren in der Regel viele biographische Daten des Emigranten bekannt, den sie zur Ausbürgerung *in Vorschlag* brachte. Ihre Anträge – wie knapp in den Musterformularen auch immer gehalten – spiegeln den Kenntnisstand der Behörden über die *Person*. Auch der Gestapo unterliefen wie im Fall Robert Wertheimer Irrtümer, aber sie hatte Zugriff auf die persönlichen Daten der Person: Sie kannte den Geburtstag, den Geburtsort, die Familienverhältnisse, den letzten Wohnsitz, das Datum der *Abwanderung*, aus der polizeilichen Abmeldung oder durch Postüberwachung den *jetzigen Aufenthaltsort* des Emigranten. Sie definierte die *Rassezugehörigkeit* des deutschen Staatsangehörigen und auch von dessen Eltern (*deutschblütig, Jude, Mischl. I., Mischl. II. Grades*). Sie dokumentierte vielfach detailliert den Werdegang und Beruf der Person. Im Einzelfall auch mit Anfragen an die Deutsche Bücherei in Leipzig und an die Preußische Staatsbibliothek in Berlin klärte sie ab, wer im Zweifelsfall wo einen Doktorgrad erworben hatte. Sie verzeichnete Vorstrafen und schwebende Verfahren wegen angeblich politischer oder krimineller Straftaten, im Inland verbliebene Vermögenswerte, noch bestehende und weiter gezahlte Renten oder Versorgungsbezüge. Und sie speicherte auch die Daten der Angehörigen, der *jüdischen* oder *deutschblütigen* Ehefrau und der Kinder.

Zur Begründung ihrer Ausbürgerungsvorschläge konnte die Gestapo sich zudem eines Feindbildes bedienen, das sie nicht erfinden musste. Von den wenigen Anträgen zur Ausbürgerung *deutschblütiger* Rechtsanwälte abgesehen, sind es *jüdische Rechtsanwälte*, deren Staatsangehörigkeit auf Antrag *für verlustig* erklärt wurde. Das Klischee *jüdischer Rechtsanwalt* entstammte der völkisch-antisemitischen Tradition. Aus diesem Arsenal konnte sich die Gestapo beliebig bedienen und mit entsprechenden, auch den Beamten im Auswärtigen Amt und in den deutschen Auslandsvertretungen geläufigen ideologischen und rassistischen Versatzstücken ihren Anträgen „Plausibilität“ verleihen, wie die entsprechenden handschriftlichen Unterstreichungen im Amt erkennen lassen: Antisemitismus als *bürokratischer Code*⁸⁷. In vielen Fällen hatten *jüdische* Rechtsanwälte zudem in Ausübung ihres Berufes als Gegner der nationalsozialistischen Bewegung Spuren im staatspolizeilichen Karteiapparat hinterlassen. Aufgrund von Polizeiakten aus der Zeit vor 1933 und durch die Beschlagnahme von Partei- und Vereinsakten nach 1933 hatte die Gestapo genügend Material in Händen, um das Gesetz vom 14. Juli 1933 gegen *große* und zunehmend *kleine Übeltäter* anzuwenden. Das Klischee und Feindbild *typisch jüdischer Rechtsanwalt* gab dem Antrag den letzten Schliff.

Neben einzelnen Reichs- und Landesministerien, Landesbehörden, dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern, dem Reichssicherheitshauptamt sowie – in der Anfangsphase – dem stellv. Chef und Inspekteur der Preußischen Geheimen Staatspolizei, später dem Gestapa waren es vor allem örtliche Gestapostellen, die aus eigenem Antrieb oder aufgrund der Runderlasse des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern und des Gestapa (Anhang A: Dok. I, 4 ff.) bzw. auf Aufforderung für die lawinenartige Zunahme der Ausbürgerungen nach 1937 sorgten. Die im Verlauf des Projekts erfassten Ausbürgerungsvorgänge stammen von ca. 50 Gestapostellen im Reich. Insbesondere die Staatspolizeileitstelle Berlin beantragte in mindestens 117 Fällen die Ausbürgerung, gefolgt von den Gestapostellen

⁸⁷ Shulamit Volkov, Antisemitismus als kultureller Code, in: dies., Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Zehn Essays, München 1990, S. 13–36.

II. „Gegen die sich im Ausland aufhaltenden Landesverräter“

München (44), Breslau (41), Düsseldorf (39) und Karlsruhe (37). Inwieweit diese approximativen Zahlenwerte „nur“ den hohen Anteil emigrierter *jüdischer Rechtsanwälte* im jeweiligen Gestapobezirk abbilden oder – worauf die wiederkehrenden Unterschriften unter vielen Ausbürgerungsanträgen hindeuten – auf den rassistischen und bürokratischen Furor Einzelner zurückzuführen sind, bleibt fraglich. Es deutet jedoch nichts darauf hin, dass einzelne Gestapobeamte in Ausbürgerungsangelegenheiten vorschriftswidrig gehandelt und *Volksfeinde* nach ihrer Emigration durch Unterlassen einer Antragstellung geschützt hätten. Im Rahmen seiner Dienstobliegenheiten, aber auch aufgrund seines antisemitischen Weltbildes dürfte „der Bürokrat hinter der Schreibmaschine“ (Gerhard Paul) mehr oder weniger eifertig den amtlichen Vorgaben entsprechend gehandelt und bei der Bekämpfung dieser *Volksfeinde* die amtlichen Vorgaben erfüllt haben. Abgesehen von den wenigen *deutschblütigen* Rechtsanwälten, die – wie im Fall Theodor Liebknecht – aus politischen Gründen oder wegen ihrer *jüdischen* Ehefrau ausgebürgert wurden – wie im Fall Udo Rukser –, sind alle ermittelten Fälle, auch nur allein nachweisbare Ausbürgerungen von Angehörigen dem Feindbild *jüdischer Rechtsanwalt* zuzuordnen, selbst wenn der Betroffene nicht mehr als Anwalt praktizierte. Das Karteiwissen musste nicht aktuell und präzise sein, es genügte, den Antrag im Sinne der Erlasse stichhaltig zu begründen oder die Gründe als gesichert darzustellen.

In Regelfall wurde die Ausbürgerung rassistisch *und* politisch begründet mit *Tatsachen* aus der Zeit vor 1933: einer angeblichen finanziellen Förderung der KPD, der Wahrnehmung von Mandaten der Roten Hilfe Deutschlands, der tatsächlichen oder angeblichen Mitgliedschaft in der SPD, der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und in der Eisernen Front oder im Verein „Die Naturfreunde“. Es genügte, mit der Partei *sympathisiert* zu haben oder etwa eine Parteizeitung (z. B. „Münchner Post“) abonniert zu haben. Und es genügte allein schon eine nicht näher belegbare, aber angeblich bekannte *marxistische Einstellung*. Sie galt als Unterstützung oder Förderung der 1933 verbotenen Partei. Auf diese Weise konnte nicht nur *Spitzenfunktionären*, ehemaligen Ministern und Parlamentariern – genannt seien etwa Otto Landsberg, Kurt Rosenfeld und Hugo Sinzheimer – die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen werden. Das grobe Raster erfasste alle, die die Gestapo als rassistische *und* politische Gegner stigmatisierte und zur Ausbürgerung vorschlug, selbst wenn eine *staatsfeindliche* Tätigkeit gar nicht nachweisbar war wie z. B. im Fall Alfred Werner:

Er muß wie alle seine Rassegenossen als Gegner des Dritten Reichs angesehen werden. Tatsachen, daß sich Werner seit seiner Auswanderung staatsfeindlich gegen das Dritte Reich betätigt hätte, sind bisher nicht bekannt geworden, doch ist im Hinblick auf seine Rassezugehörigkeit und der Einstellung des Gesamtjudentums zum Dritten Reich anzunehmen, daß er bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen Deutschland hetzt.

Die durch den Nationalsozialismus definierte *Rasse* der Person war für die Gestapo und die Beamten des Auswärtigen Amtes, die den Vorschlägen zustimmten, das letztlich allein ausschlaggebende Kriterium.

Die Vermutung, dass im Ausland jemand „bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen Deutschland hetzt“, traf aus Sicht der Gestapo insbesondere auf *jüdische Rechtsanwälte* zu, die Mandate der Roten Hilfe Deutschlands wahrgenommen hatten. Die Gestapo verfügte 1933 über ein „Namentliches Verzeichnis der Rechtsanwälte, die für die Kommunistische Partei, insbesondere für die Rote Hilfe gearbeitet haben“. Das Verzeichnis – von „Aaron, Albert, Dr., Giessen, Frankfurter Str. 1“ bis „Wolf, Dr., Stalupönen“ umfasst 162 Namen mit im Einzelfall genauer Adresse.⁸⁸ Dabei handelte es sich aber nicht um ausschließlich

⁸⁸ BArch, R 58/3305; Rechtsanwälte der RHD, 2002.

„kommunistische“ Anwälte, wie nicht nur die Nennung des mit Siegfried Guggenheim assoziierten, späteren CDU-Bundestagsabgeordneten Karl Kanka zeigt. Als *bezahlter Anwalt* oder *Anhänger* der KPD galten auch jene Rechtsanwälte, die sich in der Revolutionszeit 1918/19 in einem Arbeiter- und Soldatenrat hervorgetan hatten. Weiterhin konnte auch die Mitgliedschaft in der DDP bzw. der Deutschen Staatspartei, die bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 eine Listenverbindung mit der SPD eingegangen war, den einzelnen belasten, ganz zu schweigen von angeblicher oder tatsächlicher Zugehörigkeit zu einer marxistischen Partei (SPD; SAPD). Eine staatsfeindliche Betätigung war für die Gestapo weiterhin durch die Mitgliedschaft eines Anwalts im Republikanischen Richterbund⁸⁹, in der Freien Vereinigung demokratischer Rechtsanwälte, in pazifistischen Organisationen wie der Deutschen Liga für Menschenrechte oder der Deutschen Friedensgesellschaft, im Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und im Verein zur Abwehr des Antisemitismus oder bei den Naturfreunden offenkundig. Allein deren Erwähnung begründete hinreichend einen Antrag der Gestapo, der die Ausbürgerung des *Juden* zum Ziel hatte.

In rund 200 Fällen – im Einzelfall in Verbindung mit anderen *Tatsachen* – wurde die Strafexpatriation eines *jüdischen Rechtsanwalts* mit dessen Mitgliedschaft – *während seines hiesigen Aufenthaltes* (Bernhard Cohn) – in einer der im April 1937 verbotenen und aufgelösten Logen des Unabhängigen Ordens B'nai Brith begründet. Die Mitgliedschaft galt als Beleg für eine mutmaßliche Beteiligung an der *systematischen Lügenhetze* oder *Greuelpropaganda des Weltjudentums* gegen das nationalsozialistische Deutschland. Seit Erlass der *Nürnberger Gesetze* im September 1935 und den folgenden Verordnungen taucht in den Anträgen *Rassenschande* als weitere belastende *Tatsache* in mindestens 25 Fällen nicht nur als Stichwort auf. Über Glaubwürdigkeit und Belastungspotential jeder *Tatsache*, die zur Begründung der *Ausbürgerung* angeführt wurde, bestimmte allein die Gestapo. Mit ihrer nahezu uneingeschränkten Definitions- und Durchsetzungsmacht handhabte sie das „schwere Geschütz“ (Werner Lange) der Ausbürgerung. Sie nutzte es als Kampfinstrument vor allem gegen jüdische Deutsche, die aktiv die *völkische Bewegung* bekämpft hatten, gegen angeblich *fanatische Deutschenbasser*. Nichts zeigt deutlicher den Zynismus der Schreibtischtäter als die offensichtliche Verunglimpfung der Emigranten durch verleumderische Darstellungen, durch *Tatsachen*, über deren Wahrheitsgehalt sie allein bestimmten. Dies gilt nicht zuletzt für oft gerichtlich nicht geahndete Vorgänge, insbesondere auch in Fällen der *Rassenschande*, die als *Tatsache* auch Ehepaaren angelastet werden konnte. Der Antrag zur Ausbürgerung des bekannten Frankfurter Anwalts Max Kowalski gipfelt in dessen Verunglimpfung als *Schmutzfink*. Wie auch immer im Einzelfall begründet, die Gestapo stellte die *Sachlage* stets so dar, dass die *Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit* gegeben waren.

Im Rückgriff auf rassistische und politische Stigmata, die den Einzelnen als Feind des deutschen Volkes brandmarkten, und durch Anführung von gleichsam einem Katalog staatsfeindlicher Betätigung entnommener *Tatsachen* konnte die Gestapo im Einklang mit dem Reichsministerium des Innern den Antrag als hinreichend begründet darstellen. Die Zustimmung des Auswärtigen Amtes war meist nur eine Formsache. Aus Sicht der Gestapo konnte alles und jedes den Einzelnen belasten. Eine angebliche persönliche Freundschaft mit Gustav Stresemann erscheint so gleichsam als Bestätigung der *schamlosesten Hetze* des Unternehmers und Anwalts Manfred Wronker-Flatow *gegen den Natio-*

⁸⁹ Theo Rasehorn, Justizkritik in der Weimarer Republik. Das Beispiel der Zeitschrift „Die Justiz“, Frankfurt/M. 1985; Birger Schulz, Der Republikanische Richterbund (1921–1933), Frankfurt/M. 1988; Rasehorn, 1988, S. 36f.

II. „Gegen die sich im Ausland aufhaltenden Landesverräter“

nalsozialismus. Warum in den Listen einzelne Rechtsanwälte „fehlen“, obwohl der Gestapo *Tatsachen* bekannt gewesen sein dürften, die in vielen anderen Fällen zur Begründung der Ausbürgerung vorgebracht wurden, liegt im Dunkeln. So wurden z. B. weder Dr. Sigmund Jeselsohn, Rechtsanwalt und Mitarbeiter des inhaftierten und 1934 ermordeten Rechtsanwalts und SPD-Reichstagsabgeordneten Ludwig Marum, noch der Karlsruher Rechtsanwalt Dr. Fritz Oppenheimer, Mitglied und „Kassier“ der Carl Friedrich-Loge, ausgebürgert; Jeselsohn war bereits 1933 in die Schweiz geflohen, Oppenheimer emigrierte erst 1938 in die USA.⁹⁰ Auffällig ist weiterhin, dass selbst Exilpublizisten – wie etwa die Chefredakteure und Mitarbeiter des 1941 in London gegründeten Blattes „Die Zeitung“ – Johannes Lothar und Dietrich Mende, sowie der Jurist Sebastian Haffner (Raimund Pretzel) und Friedrich Feld – nicht ausgebürgert wurden, wohl aber Peter de Mendelssohn. Im Fall Udo Rukser spielten die Herausgabe der „Deutschen Blätter“ und seine publizistischen Aktivitäten keine Rolle. In all den Fällen, in denen eine Ausbürgerung belegt ist, handelte die Gestapo – von Ausnahmen abgesehen – aufgrund ihres aus der Zeit vor 1933 herrührenden Karteiwissens über alte *Feinde* des Regimes.

Die systemkonforme ideologische Fixierung der Ausbürgerungspraxis kann nicht verdecken, dass in jedem Einzelfall auch andere *Tatsachen* und Interessen eine nicht minder ausschlaggebende Rolle gespielt haben dürften. Mit besonderer Gründlichkeit referierte die Gestapo angeblich *typisch jüdische Delikte* wie Umsatz- und Einkommensteuerhinterziehung, insbesondere Devisenvergehen, im Einzelfall mit Nachweis des *Steuersteckbriefs*. Wenn sonst „Nachteiliges nicht bekannt“ war, mussten Steuerschulden als Begründung einer Ausbürgerung herhalten, auch wenn der Betroffene offenbar gar keine Schulden hinterlassen hatte (Bruno Altenberg). Neben der Rassenideologie scheint in allen Anträgen als Wasserzeichen das Interesse des *Reichs* an den hinterlassenen Vermögenswerten der Emigranten auf. Die Ausplünderung der ins Ausland entkommenen *Reichs- und Volksfeinde* war ein zentrales und durchgängiges Motiv der Ausbürgerungspraxis. Die Gestapo führte bis auf zwei Stellen nach dem Komma „Buch“ über Aktiva und Passiva der Emigranten, selbst über zu erwartende Erbschaften. Sofern Vermögenswerte im Inland noch vorhanden waren, verfügte sie bereits vor der *Ausbürgerung* des Emigranten deren *Sicherstellung*. Das beschlagnahmte Umzugsgut wurde zu Gunsten des Reichs versteigert. Auch dafür musste der Vollzug der Ausbürgerung im Einzelfall nicht abgewartet werden.

Auffällig ist, dass eine aktive Betätigung der Emigranten gegen das nationalsozialistische Deutschland nur in wenigen Ausbürgerungsanträgen ausdrücklich genannt wird. Bei Rechtsanwälten, die sich in Frankreich für die Bildung der Volksfront engagiert oder publizistisch mit Beiträgen in der Emigrantenpresse *eifrig* betätigt hatten, genügt der Gestapo diese *Tatsache* zur Begründung ihres Antrags. Ferdinand Timpe – Rechtsberater der KPD, aber kein Anwalt – wurde etwa angelastet, dass er den Fortsetzungsroman „Geheimnisvolles Paris“ von Tristan Bernard für die „Pariser Tageszeitung“ übersetzt hatte. Nach dem Bericht des deutschen Generalkonsuls in New York über Artikel von Rudolf Katz in einem *sozialdemokratisch orientierten Hetzblatt* in New York stimmte das Auswärtige Amt der Ausbürgerung des früheren Altonaer Anwalts und späteren Richters des Bundesverfassungsgerichts zu. Als *Staatsfeind* galt auch der Bonner Rechtsanwalt und *fanatische Katholik* Matthias Rudolf Vollmar, der aus Engelberg in der Schweiz vergeblich Ernst von Weizsäcker, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, um eine Intervention zu seinen Gunsten gebeten hatte und später einer Rückkehraufforderung ins Reich nicht Folge leistete. Die ebenfalls *deutschblütige* Irmgard Litten hatte *Hetzvorträge in den deutschen Sendungen des englischen Rundfunks* gehalten. Vor allem aber hatte sie das Buch „Die Hölle

⁹⁰ Werner, ²1990, 256 u. 236; zu L Marum s. S. 87*.

sieht Dich an“ veröffentlicht. Darin *bezieht sie den Führer und die Sicherheitspolizei des Mordes an ihrem Sohne*, dem im KZ Dachau *verstorbenen kommunistischen Anwalt Hans Litten*. Das Buch – *mit einem Vorwort des berühmigten Emigranten Rudolf Olden* – wurde ein Welterfolg. Die *von Lügen, Greuelmärchen und Zynismen strotzende Schrift* „Mord am [sic] Catilina“ von Botho Laserstein zirkulierte während des Ausbürgerungsverfahrens zwischen Gestapo und Auswärtigem Amt.

Der einmal beantragten Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit entgingen nur wenige. Mit der Annahme einer anderen Staatsangehörigkeit verloren die Emigranten – und gleichzeitig auch deren Ehefrauen und Kinder – automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit. Auf diese Weise konnte sich das weitere Verfahren erübrigen, wie einzelne Fälle von nach Palästina emigrierten Anwälten zeigen, die die Staatsangehörigkeit des britischen Mandatsgebietes hatten erwerben können. Im Einzelfall wurde das Verfahren beschleunigt, um den Zugriff auf das Vermögen des *Volksfeindes* noch vor dessen Naturalisation für das Reich zu sichern. Bis zum Kriegsende hatten aber nur wenige deutsche Emigranten die Chance, die Staatsangehörigkeit ihres Exillandes zu erwerben. In Frankreich eingebürgerte deutsche Emigranten⁹¹ wurden durch das Vichy-Regime wieder ausgebürgert⁹², unter ihnen Theodor Tichauer. 1940 im „Verzeichnis der in Frankreich lebenden Personen, die gegen Deutschland tätig sind“ genannt und in das *Fahndungsbuch* aufgenommen, wurde der nun staatenlose deutsche Emigrant am 27. März 1942 mit dem 1. Transport ab Compiègne nach Auschwitz deportiert. Keiner der ausgebürgerten jüdischen Rechtsanwälte, die in den besetzten Ländern – insbesondere in den Niederlanden – gefasst und deportiert wurden, hat überlebt. Zu den wenigen, die aus Auschwitz zurückkehrten, zählen Anita und Marianne Lasker sowie Eva Tichauer, die Töchter der dort ermordeten *jüdischen Rechtsanwälte* Alfons Lasker (Breslau) und Theodor Tichauer, aber auch Ilka Marion Friedländer, die Tochter des 1941 ausgebürgerten Berliner Rechtsanwalts Ewald Friedländer. Bis 1933 Geschäftsführer des Berliner Anwalt-Vereins war Friedländer zusammen mit seiner Ehefrau wie viele andere aus dem Durchgangslager Westerbork zunächst nach Theresienstadt transportiert worden.

⁹¹ Die französischen Einbürgerungsakten sind mit Sondergenehmigung zugänglich; Nachweis einzelner Dossiers des naturalisations (Archives nationales – Centre des archives contemporaines, Fontainebleau) bei Franke, 2000, S. 336.

⁹² Handbuch des Antisemitismus, I (2008), S. 116–122, 120 (Daniel Gerson); das Gesetz vom 22. 7. 1940 – „eines der allerersten Gesetze des Vichy-Regimes“ – „entsprach dem Willen zur ‚Säuberung‘ der Gesellschaft, der sich aus der Idee speiste, eine neues von ‚fragwürdigen Elementen‘ bereinigtes Frankreich aufzubauen.“ Jacques Semelin (Das Überleben von Juden in Frankreich 1940–1944. Mit einem Vorwort von Serge Klarsfeld. Aus dem Französischen übersetzt von Susanne Wittek, Göttingen 2018, S. 54) mit Bezug auf Claire Zalc, *Dénaturalisés. Les retraits de nationalité sous Vichy*, Paris 2016; von der Maßnahme waren rund 15.000 Personen betroffen, die zwischen den beiden Weltkriegen die französische Staatsangehörigkeit erworben hatten.

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“ Ausbürgerung und Entziehung des Doktorgrades

Von der „Unwilligkeit, sich zu erinnern“

In der am 25. August 1933 veröffentlichten 1. Ausbürgerungsliste werden sechs Personen mit „Dokortitel“ genannt. Zu ihnen zählt Emil Julius Gumbel nicht. Dem in München promovierten und 1923 in Heidelberg habilitierten Mathematiker war als „Ruhestörer und Friedensbrecher des akademischen Lebens“ im August 1932 in Heidelberg die Lehrberechtigung entzogen worden. Als Statistiker hatte Gumbel in seiner Veröffentlichung „Vier Jahre politischer Mord“ (1922) – vierzig Jahre später fortgeschrieben unter dem Titel „Vom Fememord zur Reichskanzlei“ – den hohen Anteil ungesühnter, von rechtsstehenden Tätern verübten politischen Morden nachgewiesen und die Einäugigkeit der Justiz bei der Verfolgung der Mörder angeprangert. 1932/33 hielt sich Gumbel – in akademischen und studentischen Kreisen verhasst – zu Gastvorlesungen am Institut Henri Poincaré der Universität Paris auf. Ein Haftbefehl vom 7. März konnte so nicht vollstreckt werden. Zuvor war aber die Bibliothek Gumbels bei der Plünderung seines Hauses in Heidelberg teils geraubt, teils verbrannt worden. 1938 zeichnete der inzwischen in Frankreich eingebürgerte Emigrant für den Band „Freie Wissenschaft“ als Herausgeber verantwortlich. In diesem „Sammelbuch aus der deutschen Emigration“ dokumentierte Gumbel nun am Beispiel der Universität Heidelberg die „Säuberung“ und „Gleichschaltung der deutschen Hochschulen“ nach 1933.¹ Nach dem Ende des „Dritten Reichs“ waren auch die Universitäten ein Trümmerfeld. Unter der Kontrolle der Besatzungsmächte suchten sie nach einem Neuanfang. Viele Hochschullehrer, aber nicht sie allein, hatten ein Interesse daran, die „braune“ Vergangenheit, deren Anfänge Emil Julius Gumbel für seine Universität „zahlenmäßig“ belegt hatte, unter dem Schutt ruhen zu lassen. Im „Vorspruch“ zur Veröffentlichung des Sammelbandes „Die deutsche Universität im Dritten Reich“², der die Vorträge einer Ringvorlesung der Universität München umfasst, hielt der Rektor der Universität es für nötig, ausdrücklich festzustellen, dass man „sich klar entschieden“ habe, „das düstere Kapitel des Dritten Reiches“ nicht „endlich zugeschlagen zu halten“, sondern die Ringvorlesung stattfinden zu lassen. Ebenfalls 1966 – im Rahmen der Universitätstage – referierten Karl Dietrich Bracher über „die Gleichschaltung der deutschen Universitäten“ und Helge Pross über deren „Verluste durch Emigration“: „Die geistige Enthauptung“.³ Bezeichnenderweise handelte es sich dabei um eine Veröffentlichung der 1948 gegründe-

¹ Freie Wissenschaft. Ein Sammelbuch aus der deutschen Emigration, [Strasbourg]: Sebastian Brant Verlag 1938, S. 9–28. Das Buch ist dem Andenken an 14 Opfer des Nationalsozialismus gewidmet, Professoren, die ermordet worden waren oder Selbstmord verübt hatten; in der nicht alphabetischen Abfolge der Namen wird „Max Alsberg, Jurist, Univ. Berlin, Selbstmord 11. IX. 1933“ an erster Stelle genannt; E. J. Gumbel – 1940 in die USA emigriert und später amerikanischer Staatsbürger – blieb die gewünschte Wiederberufung in Heidelberg verwehrt; zusammenfassend und mit weiteren Nachweisen zur Biographie und zum Werk: <http://www.ub.uni-heidelberg.de/archiv/24243>: Gumbel, Emil Julius (18. 7. 1891 – 10. 9. 1966). Materialsammlung von Gabriele Dörflinger, Universitätsbibliothek Heidelberg 2018 (Sammlung „Homo Heidelbergensis mathematicus“); <https://www.leo-bw.de> (Kurzbiographie u. Biographie v. Christian Jansen, aus: Baden-Württembergische Biographien 2, 1999, S. 173–176); LBI, New York: The Emil J. Gumbel Collection (1914–1966).

² München 1966, S. 7.

³ Nationalsozialismus und die deutsche Universität, Berlin 1966, S. 126–142 u. 143–155.

ten Freien Universität Berlin, an der Gumbel von 1953 bis 1959 als Gastprofessor hatte lehren können.

Die Geschichte insbesondere der eigenen Universität oder Fakultät in der NS-Zeit wurde nach 1945 allgemein weitgehend ausgeblendet. Dieses Tabu, das die Achtundsechziger endgültig aufbrachen, hat jahrzehntelang die Forschung behindert. Gleichwohl erschienen Mitte der 1970er Jahre zur Geschichte der „Führeruniversität“ die wegweisenden Untersuchungen von Paul Egon Hübinger („Thomas Mann, die Universität Bonn und die Zeitgeschichte“, 1974) und Uwe Dietrich Adam. („Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich“, 1977). Aber noch rund zehn Jahre später monierte der Herausgeber des aus Rundfunkvorträgen hervorgegangenen Sammelbandes „Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich“ das Fehlen einer umfassenden „Darstellung der deutschen Universitätsgeschichte im Dritten Reich“. ⁴ Peter Lundgreen ⁵ hat 1985 die „Wende“ des Jahres 1933 insbesondere mit Blick auf die NS-Personalpolitik und die Instrumentalisierung der Hochschulen für „Zwecke einer Politik des Lebensraums oder der Rassenhygiene“ als „eine wissenschaftsgeschichtliche Zäsur“ charakterisiert. In drei Worten fasste 1980 Max Gutzwiller ⁶ die „Dinge“ für Heidelberg zusammen: „Die [Juristische] Fakultät zerfiel.“ Eine erste Bilanz der nationalsozialistischen *Säuberungen*, unter denen die Universität Heidelberg „am meisten zu leiden hatte“, erschien 1985. ⁷

In den Fokus der zeithistorischen Forschung rückte die „Universität unterm Hakenkreuz“ (Helmut Heiber) ⁸ bzw. deren „Selbstgleichschaltung und Selbstbehauptung“ (Dieter Langewiesche ⁹) seit Anfang der 1990er Jahre. Das „Biographische Handbuch der deutschsprachigen Emigration“ (1980/83), das rund 2.400 bis 2.500 Kurzbiographien von emigrierten Wissenschaftlern enthält, hatte „das Ausmaß der Amtsenthebungen durch die nationalsozialistischen Machthaber bzw. der Vertreibung der wissenschaftlichen Elite“ ¹⁰ bereits erkennen lassen. Den Bedeutungs- und Substanzverlust auch des Staats- und Verwaltungsrechts als verhängnisvolle Folge von „Vertreibung und Revirement“ in der Zeit des Nationalsozialismus hat Michael Stolleis im 3. Band seiner „Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland“ ¹¹ für die deutschen Universitäten skizziert, unter Einschluss der Universitäten Innsbruck, Wien, Prag, Straßburg und Posen, und dabei die großen Verluste der juristischen Fakultäten durch „die schrittweise Verschärfung der Repressionsmaßnahmen“ gegen „die jüdischen Kollegen“ und deren Vertreibung herausgearbeitet. Zu den von M. Stolleis in diesem Zusammenhang genannten Hochschulleh-

⁴ Jörg Tröger (Hg.), Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt/New York 1984.

⁵ Hochschulpolitik und Wissenschaft im Dritten Reich, in: ders. (Hg.), Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt am Main 1985, S. 9–30, 21.

⁶ Ansprachen aus Anlaß der Einweihung des Max-Gutzwiller-Saales am 28. Mai 1980, hg. v. Institut für Ausländisches und Internationales Privat- und Wirtschaftsrecht der Universität Heidelberg, Heidelberg 1980, S. 15–21, 19.

⁷ Arno Weckbecker, *Gleichschaltung* der Universität? Nationalsozialistische Verfolgung Heidelberger Hochschullehrer aus rassistischen und politischen Gründen, in: Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, hg. v. Karin Buselmeier [u. a.], Mannheim, 1985, S. 273–292, 273 u. 291/Anm. 30.

⁸ Teil I: Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz, München [u. a.] 1991; Teil II: Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen, 2 Bde., München 1992/94.

⁹ Die Universität Tübingen in der Zeit des Nationalsozialismus. Formen der Selbstgleichschaltung und Selbstbehauptung, in: Geschichte und Gesellschaft 23 (1997), S. 618–646.

¹⁰ Möller, 1984, S. 40; Grüttner, 2003, S. 83 (Tab. zu den Massentlassungen 1933–1936); Grüttner/Kinas, 2007; für die Universitäten Berlin, Frankfurt, Greifswald und Halle vgl. jetzt Kinas, 2018; Johannes Koll (Hg.), „Säuberungen“ an österreichischen Hochschulen 1934–1945, Göttingen 2017.

¹¹ Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in Republik und Diktatur 1914–1945, München 1999, S. 254–299, 252 ff.

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

ern und Nachwuchskräften, die ins Exil vertrieben wurden, zählen Hugo Sinzheimer sowie Ernst Fraenkel, Otto Kirchheimer, Karl Löwenstein und Franz L. Neumann, deren Depromotion aber nicht erwähnt wird. Auch in den biographischen Handbüchern zu den Lebensschicksalen jüdischer Rechtsanwälte nach 1933 wird – von Ausnahmen abgesehen – nicht systematisch auf Ausbürgerung *und* Depromotion verwiesen. Im Sachverzeichnis des Standwerks von Horst Göppinger (21990) scheinen weder die Stichworte „Ausbürgerung“ und „Depromotion“ noch unter „Gesetz“ als Unterschlagwort das Gesetz vom 14. Juli 1933 auf. Das Stichwort „Staatsangehörigkeit, Verlust“ bezieht sich auf die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941.

Für das „Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates“ hat Heinz Boberach auch die in den Universitätsarchiven erhaltenen Überlieferungen zur Entziehungspraxis nach 1933 recherchiert und für die wissenschaftlichen Hochschulen der zehn westdeutschen Länder sowie Berlins (1991) und der fünf ostdeutschen Länder sowie der ehemaligen Ostprovinzen und eingegliederten Gebiete in Polen, Österreich und der Tschechischen Republik (1995) dokumentiert, im Einzelfall unter Benennung der Anzahl der Bände der Rektorats- oder Fakultätsakten. Untersuchungen zu diesem Thema wurden aber „vor Ort“ nicht gefördert, eher behindert. So verweist Anne Chr. Nagel¹² in der Einleitung zur Edition „Die Philipps-Universität Marburg im Nationalsozialismus“ (2000) zwar auf die Entziehung „der regulär an den Fakultäten der Universität erworbenen Dokortitel von jüdischen und politisch unliebsamen Wissenschaftlern“ als eines der „traurigsten Kapitel dieser Jahre“. Aber außer im Fall des früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Rudolf Breitscheid, dessen Depromotion als Folge der Ausbürgerung im März 1938 auch am „Schwarzen Brett“ der Universität durch Aushang bekanntgegeben worden war, sowie hinsichtlich „der freiwilligen Rückgabe“ des Doktordiploms“ durch den New Yorker Historiker Gustav F. Beck 1937 – aus Protest gegen die politische Entwicklung in Deutschland – versagte die damalige Universitätsarchivarin den Zugang zu den Akten „aus Gründen des Datenschutzes“. Wie das Beispiel Marburg zeigt, war es schwierig, dringend notwendige „Feldforschung“ – so allgemein Klaus Hildebrand¹³ unter Hinweis auf den Forschungsstand – durchzuführen. Für Marburg hat Margret Lemberg das dunkle Kapitel schließlich 2002 aus den Quellen darstellen können. Ein besonderes Interesse der juristischen Fakultäten an der Aufarbeitung dieser „braunen“ Vergangenheit ist – von Ausnahmen – abgesehen jedoch nicht erkennbar. Zudem sind Fakultätsakten aus den Jahren nach 1933 in Verlust geraten oder nur lückenhaft überliefert. Aber auch dort, wo die Quellen Handlungsoptionen ermöglicht hätten, verhielt sich die Universität passiv. Für München z. B. war das erhalten gebliebene Verzeichnis der „entzogenen Doktorwürden“ in der Universitätsverwaltung bekannt. Es wäre daher relativ leicht gewesen, die nach 1933 aufgrund rassistischer und politischer Verfolgung Depromovierten zu rehabilitieren. Aber nur im Einzelfall erklärte die Universität „die seinerzeitige Aberkennung des Dokortitels“ für ungültig und machte für das geschehene Unrecht „eine politische Kommission“ verantwortlich.¹⁴ Insgesamt gesehen, verhinderte die (nicht nur) im universitären Bereich äußerst wirksame „Verdrängungs- und Schweigespirale“ eine selbstkritische Aufarbeitung der Depromotion unter dem Hakenkreuz: Das Forschungsfeld lag so lange Zeit brach, blieb „unbeackert“ – nicht zuletzt aufgrund der „Unwilligkeit, sich zu erinnern“ (Bernd Rüthers¹⁵).

¹² 2000, S. 68 f.

¹³ 1999, S. 34.

¹⁴ Pauline Weiner geb. Odenheimer (Siegfried → Weiner); Harrecker, 2007, S. 186 f.

¹⁵ 2018, S. 14 u. 24; zum Forschungsstand (2011) und zu konzeptionellen Überlegungen zur Aufarbeitung der Geschichte der juristischen Fakultäten in der NS-Zeit: Schumann, 2014, S. 39–154;

Mit einem Federstrich: Zur Prozedur der Entziehung

Ein an deutschen Universitäten erworbener Doktorgrad konnte vor 1933 und kann auch heute aufgrund von Täuschung z. B. durch Plagiat bzw. Selbstplagiat oder nach Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte in einem geordneten, meist langwierigen Verfahren durch die jeweilige Fakultät und Universität wieder entzogen werden.¹⁶ Das letzte Wort haben vielfach Gerichte. Größeres Interesse in der Öffentlichkeit finden die „Fälle“ meist nicht. In der Politik kann die nachgewiesene Täuschung das Ende der Karriere bedeuten, zumindest den Abschied aus dem Amt nach sich ziehen. Zu einem „Instrument politischer Diskriminierung“¹⁷ wurde die Entziehung akademischer Grade in der Zeit des Nationalsozialismus insbesondere durch Koppelung mit der massenhaft angewandten *Maßnahme* der Ausbürgerung, in deren nachwirkenden Vollzug die Universitäten unmittelbar einbezogen wurden.

Nach Presseveröffentlichungen mit Namen und Fotos der mit der 1. Liste im August 1933 ausgebürgerten „Volksverräter – ausgestoßen aus der deutschen Volksgemeinschaft!“¹⁸ – wandte sich der bayerische Studentenfürer Karl Gengenbach – als Jurist später mit einer Arbeit über „Ständegedanken und Verwaltungseinheit“ in den Plänen des Reichsfreiherrn vom Stein bei Reinhard Höhn¹⁹ (Heidelberg) promoviert – am 18. September 1933 an den bayerischen Kultusminister Hans Schemm mit dem „Antrag der Studentenschaft“, den *Doktoren* unter den „im Ausland weilenden Landesverräter(n)“ die Doktorwürde wieder zu entziehen (Anhang A: Dok. II, 1). Aufgrund dieser „der Zielsetzung des NS-Regimes“ entsprechenden Initiative wurden die Universitäten seit dem Herbst 1933 (Anhang A: Dok. II, 2 und 3) aufgefordert, die Promotionsordnungen *alsbald* so zu ändern, dass die *Möglichkeit* besteht, die Doktorwürde nach Verlust der Staatsangehörigkeit infolge § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 (Anhang A: Dok. I, 1) zu entziehen. In diesen Fällen hatten die Universitäten, die den Vorgaben unterschiedlich rasch nachkamen – auch nach Bildung des Reichs- und Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung am 1. Mai 1934 und der reichsweiten Ausdehnung der preußischen Regelung – seit Ende 1936 (Anhang A: Dok. II, 7) keinen Spielraum für eine Ermessensentscheidung. Bereits im Sommer 1934 hatte der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in einem Runderlass (Anhang A: Dok. II, 6) angeordnet, die Promotionsordnungen so zu ändern, dass einem *Inhaber des Titels* die Doktorwürde (a) wegen „*Täuschung*“ und (b) wegen Unwürdigkeit entzogen werden kann. Und „einer deutschen akademischen Würde unwürdig“ war – auch ohne besondere Bestimmungen in den Promotionsordnungen – fortan jeder nach § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 ausgebürgerte *Inhaber des Titels*. Aber erst der Runderlass des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung betr. Änderung der Promotionsordnungen vom 16. Dezember 1936 (Anhang A: Dok. II, 7) regelte das Entziehungsverfahren auch in den Fällen, „in denen einem im Auslande befindlichen Inhaber eines akademischen Grades die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt ist“. Lediglich der bürokratische Vollzug war im „Deutschen Reichsanzeiger“ noch in der

¹⁶ Handbuch des Wissenschaftsrechts, hg. v. Christian Flämig [u. a.], Berlin, Bd. 1 (?1996), S. 753–777: Promotion (Hartmut Maurer), 795–810: Akademische Grade, Titel, Würden (Ulrich Karpen); Manfred Novak, Erschleichung und Täuschung im universitären Studienrecht, in: Wissenschaftsrecht. Zeitschrift für deutsches und europäisches Wissenschaftsrecht 51 (2018), 3/4, S. 331–369, 351–356.

¹⁷ Wischnath, 2010, S. 1.

¹⁸ M.d.R., ³1994, S. 145* (Abb.).

¹⁹ Alexander O. Müller, Reinhard Höhn. Ein Leben zwischen Kontinuität und Neubeginn, Berlin 2019.

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

Rubrik „Untersuchungs- und Strafsachen“ amtlich bekannt zu machen: „Eine vorherige Anhörung des Betroffenen erübrigt sich in solchen Fällen. Ebenso ist von Zustellung des Entziehungsbeschlusses abzusehen“. Seit 1937 entfiel dann die auch zuvor nur in Einzelfällen praktizierte „Anführung eines akademischen Grades“ in den im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Ausbürgerungslisten.

Das Gesetz über die Führung akademischer Grade vom 7. Juni 1939 (Anhang A: Dok. II, 9) und die Durchführungsverordnung vom 21. Juli 1939 (Anhang A: Dok. II, 10) präzisierten die Kann-Bestimmung nicht weiter, die tatsächlich jedoch einen Entziehungs-Automatismus in Gang gesetzt hatte, dessen bürokratische Spuren sich bis zum Erlass der Zweiten Durchführungsverordnung zum Gesetz über die akademischen Grade vom 29. März 1943 (Anhang A: Dok. II, 11) im „Reichsanzeiger“ verfolgen lassen. Betroffen vom Verlust ihrer akademischen Würden war, wie Paul E. Hübinger²⁰ bereits 1974 in Kenntnis der Ausbürgerungsakten des Auswärtigen Amts festhielt, „eine bisher noch gar nicht abzusehende, jedenfalls aber sehr erhebliche Zahl von Menschen“.

Die Verfahrensabläufe waren stets gleich. Mit standardisiertem Anschreiben schaltete das für die Ausbürgerung zuständige Reichsministerium des Innern im Fall der beabsichtigten Ausbürgerung gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 das Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ein, sofern der Reichsangehörige „mit Aufenthalt im Ausland“, gegen den sich das Verfahren der Strafausbürgerung richtete, den Doktorgrad einer deutschen Hochschule erworben hatte. Das Ministerium – gebeten²¹, „das Weitere“ zu veranlassen – übersandte die *Bitte* abschriftlich dem Rektor der jeweiligen Universität, nun „hinsichtlich der Entziehung des Dr.-Titels das Weitere zu veranlassen“. Eine entsprechende Mitteilung z. B. über die Einleitung des Ausbürgerungsverfahrens „gegen den Juden Ferdinand Israel David“ findet sich als Abbildung in der Literatur²². Vielfach übersandte das Ministerium den Hochschulen aber mit Bezug auf die Bekanntmachungen im „Deutschen Reichsanzeiger“ Sammelmitteilungen mit den Namen und Geburtsdaten der nach § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 Ausgebürgerten, die „Inhaber eines akademischen Grades sind“, von denen aber nicht bekannt war, an welcher Hochschule „die Genannten die Dr.-Würde erworben“ hatten. In diesen Fällen ersuchte das Ministerium die Hochschulen, selbst „festzustellen, ob die Genannten dort promoviert haben, und gegebenenfalls wegen Entziehung der akademischen Würde das Erforderliche zu veranlassen. Die Entziehung ist mir anzuzeigen“. Darüber hinaus oblag es den Fakultäten, „jede öffentliche Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger über Ausbürgerungen von sich aus zu prüfen, ob unter den Ausgebürgerten sich Inhaber akademischer Grade befinden, die an der dortigen Hochschule promoviert haben.“ Diese *Pflicht* dürfte selbst die „pflichthörigste“ Fakultät seit der lawinenartigen Zunahme der Ausbürgerungen nach 1937/38 überfordert haben. Aber die Mitteilungen wurden – wie sorgfältig auch immer – geprüft. So wurde z. B. die Universität Bonn 1937 unter den per Runderlass mitgeteilten Inhabern eines akademischen Grades fündig.²³

²⁰ Hübinger, 1974, S. 227 f.: „Die zeitgeschichtliche Forschung hat hier noch viel klärende Arbeit zu leisten.“

²¹ Die Weisung erging bereits nach Einleitung des Verfahrens; vgl. z. B. zum Fall Martin Buber: VEJ, 3, S. 448, Dok. 172.

²² Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 2.

²³ Vgl. den Runderlass des Reichs- und Preuß. Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung v. 2.3.1937, in dem u. a. „Katzenstein (Kastein), Julius, geb. am 6.10.1890“ genannt wird; Hübinger (1974, S. 572 f.) hat den Runderlass abgedruckt und auf die Depromotion des mit Thomas Mann in der selben Liste ausgebürgerten (Dr. phil.) Siegfried Thalheimer hingewiesen; zum Fall Thalheimer ebd., S. 201 ff.

Seit Mitte 1939 wurden die Hochschulen – jeweils durch den Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern – über die Einleitung des Ausbürgerungsverfahrens unterrichtet und veranlasst, „hinsichtlich der Entziehung des Dr.-Titels das Weitere zu veranlassen“.²⁴ Die förmlichen Verfahren hatten nur zu bestätigen, dass der Inhaber des Titels sich „durch sein Verhalten des Tragens einer deutschen akademischen Würde unwürdig“ erwiesen hatte. Das geltende *Recht* bestimmte das Ergebnis eines Verfahrens, auch wenn es gar nicht stattgefunden hatte, wie im Fall Thomas Mann. In zwei Sätzen teilte der Dekan dem „Schriftsteller“ am 19. 12. 1936 mit, „daß die Philosophische Fakultät sich nach Ihrer Ausbürgerung genötigt gesehen hat, Sie aus der Liste der Ehrendoktoren zu streichen“.²⁵

Anders als im Fall des Ehrendoktors Thomas Mann – ausgebürgert mit der im „Deutschen Reichsanzeiger“ am 3. Dezember 1936 veröffentlichten (7.) Liste – erhielten die „gestrichenen“ Doktoren keine Nachricht über ihre Depromotion. Der weltweite Widerhall – durch die vom Verlag Oprecht Zürich noch Anfang 1937 als Broschüre veröffentlichte Antwort von Thomas Mann an den Dekan der Bonner Philosophischen Fakultät verstärkt²⁶ – dürfte mit dazu beigetragen haben, „bekannte Namen“ künftig auf verschiedene Listen zu verteilen und die amtlichen Begründungen der Ausbürgerung der *Volksverräter und Reichsfeinde* nicht mehr an die gleichgeschaltete Presse weiterzugeben.

Die Rektoren der Hochschulen unterrichteten sich gegenseitig über die Entziehung akademischer Grade. Die Namen „aller“ Betroffenen könnten anhand dieser Mitteilungen und einer systematischen Erfassung „aller“ entsprechenden Veröffentlichungen im „Deutschen Reichsanzeiger“ festgestellt werden. Michael Breitbach²⁷ hat seinerzeit 1.115 solcher Bekanntmachungen im „Deutschen Reichsanzeiger“ ermittelt, unter ihnen nur „vereinzelte Entziehungen aufgrund vorangegangener strafrechtlicher Verurteilungen“. Bei dieser „Gesamtzahl“ ist aber zu berücksichtigen, dass in Einzelfällen eine Entziehung unterblieb – aufgrund fehlender oder irrtümlicher Angaben der Gestapo, die in der Regel bereits auf den akademischen Grad der von ihr zur Ausbürgerung vorgeschlagenen Person hingewiesen hatte, oder infolge „verwaltungstechnischer Fehler“²⁸. Für Gießen etwa wurden von 35 Entziehungen nur 21 im „Deutschen Reichsanzeiger“ bekanntgemacht. Von wenigen Ausnahmen abgesehen waren promovierte jüdische Emigranten – wie im Fall des in Erlangen promovierten Rechtsanwalts Ferdinand David – von der Entziehung nachweislich betroffen: Aus Beruf und Vaterland vertrieben und strafexpatriert, wurde ihnen von ihrer Alma mater die Doktorwürde geraubt. Als „Juristen jüdischer Abstammung“ (Horst Göppinger) verloren hunderte Rechtsanwälte ihren von einer deutschen Hochschule verliehenen akademischen Grad.

Die Depromotion als Folge der Ausbürgerung war in der NS-Zeit ein Routineverfahren, an dem niemand Anstoß nahm. Es funktionierte so „glatt“, dass im November 1938 an den Universitäten Breslau und Würzburg an einem Tag 23 bzw. 10 Entziehungen protokolliert wurden; im März 1940 betraf ein Entziehungsbeschluss in Bonn acht Personen, in Heidelberg im Juni des Jahres 40 Personen, die an einem Tag der akademischen Ausbürgerung

²⁴ Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 25; Rupp, 2011, S. 66.

²⁵ Hübinger, 1974, S. 192, 561 f.

²⁶ Ein Briefwechsel, 16 S. – Das Exemplar in der Bonner Universitäts- und Landesbibliothek – 1947 als „Schweizer Spende – Bücherhilfe“ inventarisiert – trägt den Impressumvermerk „16.–20. Tsd.“

²⁷ 2001, S. 326 Anm. 110; Zugriff zu 382 Namen von Depromovierten ermöglicht die Datenbank „Nachträgliche Aberkennungen akademischer Grade im Deutschen Reichsanzeiger von 1937 bis 1944“: <https://geschichte.archiv.uni-leipzig.de/index.php/start/> oder <https://geschichte.archiv.uni-leipzig.de/ws/reichsanzeiger.php>

²⁸ Harrecker, 2007, S. 205.

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

zum Opfer fielen.²⁹ Der wirtschaftliche oder finanzielle Schaden dürfte für die betroffenen Juristen, deren im Inland verbliebene Vermögenswerte dem Reich verfielen, in der Regel unbedeutend gewesen sein. Nach Schätzungen von Bernd Mertens und Margareta Feketitsch-Weber waren von der Depromotion an allen Universitäten im Deutschen Reich rund 2.500 Personen betroffen; als dokumentiert gelten inzwischen „mindestens 2.370“ Fälle.³⁰ Die Entziehung – offenbar nicht nur im Promotionsbuch der Erlanger Juristischen Fakultät „nur sporadisch vermerkt“ – war ein Akt der öffentlichen Rache, der Ausgrenzung und Anprangerung der aus dem NS-Herrschaftsbereich entkommenen überwiegend jüdischen Akademiker als *Landesverräter*. Den staatlichen Anweisungen kamen alle Fakultäten³¹ widerspruchslos nach.

Ausgebürgert und akademisch degradiert

„Ausmaß und Dimensionen der Vertreibung nach 1933“ als unmittelbare Folge der *Säuberung* der Universitäten durch die neuen Machthaber hat Stefan Höpel³² 1993 für die deutsche Rechtswissenschaft annähernd dokumentiert. Die *Säuberungsmaßnahmen* und die dadurch ausgelöste Emigration jüdischer Wissenschaftler hat die zeithistorische Forschung inzwischen vielfach thematisiert und übereinstimmend die durch die erzwungene Emigration ausgelösten gravierenden Verluste konstatiert. Aber erst durch Zusammenführung zahlreicher Detailstudien und aufgrund umfassender Archivrecherchen haben Michael Grüttner und Sven Kinas 2007 „ein genaueres Bild von den Auswirkungen der Vertreibungen“ entwerfen können. Ausbürgerung und Depromotion wurden als Ausdruck nationalsozialistischer Verfolgung jedoch weder im Einzelfall biographisch ange­merkt noch statistisch erfasst.³³ An den einzelnen Universitäten blieben Vorgänge und „Fälle“ unter einem „Mantel des Schweigens und Vergessens“³⁴ verborgen. Dass sich daran doch etwas änderte, ist nicht zuletzt das Verdienst einiger Hochschularchivare. Die entsprechende Überlieferung in den Hochschularchiven war seit der Veröffentlichung des sachthematischen Inventars von Heinz Boberach (1991/1995) bekannt. Mit diesem „forschungsgeschichtlich überaus reizvollen Themenschwerpunkt“ befassten sich die Hochschularchivare aber erst auf ihrer Frühjahrstagung 2000 in Bonn. Über die Praxis der Depromotion und die späteren Rehabilitierungsanläufe in Bonn und Heidelberg berichteten dabei Thomas Becker, Ralf Forsbach und Werner Moritz. Sabine Happ bilanzierte erste Ergebnisse einer „Auswertung der Rundschreiben deutscher Universitäten in der NS-Zeit zu politisch und nicht politisch motivierten Aberkennungen akademischer Grade“.³⁵ Im folgenden Jahrzehnt fügten sich die Ergebnisse quellenfundierter Untersuchungen zu einzelnen Universitäten und die zusammenfassende Auswertung der Rundschreiben zu einem düsteren Gesamtbild. Die massenhafte Entziehung der Doktorwürde, von der auch zahlreiche vertriebene Hochschullehrer betroffen waren, findet in

²⁹ Hübinger, 1974, S. 194 u. 228; Moritz, 2001.

³⁰ Mertens/Feketitsch-Weber, S. 27 u. 9 f.

³¹ Für die Medizinischen Fakultäten und zu Fallzahlen für einzelne Universitäten vgl. Ursula Ferdinand, Vertreibungen im Umgestaltungsprozess der Medizinischen Fakultäten an deutschen Universitäten im ‚Dritten Reich‘, in: Beddies, 2014, S. 117–148, 144 ff.

³² Kritische Justiz 26 (1993), S. 438–460.

³³ Grüttner/Kinas, 2007, S. 161 ff.; M. Grüttner, Die „Säuberung“ der Universitäten: Entlassungen und Relegationen aus rassistischen und politischen Gründen, in: Scholtyseck/Studt, 2008, S. 23–39.

³⁴ Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 11.

³⁵ www.archive.nrw.de/archivar/hefte/2000/Archivar_2000–4.pdf (Bericht von Wolfgang Müller).

den neueren großen Jubiläumsdarstellungen einzelner Universitäten aber noch immer keine angemessene Beachtung. Die „klassische“ Aufarbeitung des Falls Thomas Mann initiierte keine „Anschluss“-Untersuchung zur Bonner Depromotionspraxis, von den Arbeiten von Thomas Becker und Ralf Forsbach abgesehen.

Ob nur eine Minderheit der Betroffenen im Exil von ihrer Depromotion Kenntnis erhielt, sei dahingestellt. Nur eine Minderheit bemühte sich jedenfalls nach Kriegsende selbst um eine Aufhebung des von Organen der Universität mit begangenen Unrechtsakts. Wie zeitnah nach Kriegsende – oder erst als Ergebnis der späteren wissenschaftlichen Prüfung der Vorgänge – Betroffene förmlich rehabilitiert wurden, bleibt im Folgenden weitgehend außer Betracht. Die Universitäten haben jedenfalls bis Ende der 1990er Jahre die Vorgänge weder systematisch aufzuarbeiten versucht noch – von Einzelfällen abgesehen – sich um eine öffentliche Rehabilitierung der ausgebürgerten und der Doktorwürde beraubten Emigranten bemüht. In den Blick gerieten nur prominente Fälle, so die schon erwähnte Aberkennung der Ehrendoktorwürde Thomas Manns in Bonn 1936 oder – fast zehn Jahre später – die Entziehung des Doktorgrades des früheren SPD-Reichstagsabgeordneten Rudolf Breitscheid³⁶ in Marburg 1938.

Die folgende Überblicksdarstellung der infolge Strafexpatriation verfügten Depromotionen von Rechtsanwälten nach 1933 fußt auf einer breiten, aber nicht umfassenden Quellen- und Literatursondierung. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. In der biographischen Dokumentation finden sich – sofern möglich – knappe Angaben zu den Lebens- und Verfolgungsschicksalen der Betroffenen sowie für jeden Einzelfall die entsprechenden Belege, die auch den Umgang der Hochschulen mit dieser NS-Hypothek erkennen lassen.

Berücksichtigt wurden Entziehungen, sofern sie im „Deutschen Reichsanzeiger“ oder in der Literatur zur Aberkennung des Doktorgrads nachweisbar sind. In Einzelfällen – so auch für den mit der 1. Liste ausgebürgerten prominenten Berliner Strafverteidiger Justizrat Dr. Johannes Werthauer – konnte der „Dokortitel“ nicht „lokalisiert“ oder anhand des Karlsruher Virtuellen Katalogs nachgewiesen werden. Gleiches gilt für Ludwig Alexander, Kurt Beck-Wardau, Karl Elias, Ewald Friedländer, Max Hecht, Siegfried Holzer, Willy Wertheim, Kurt Zimmt, Max Zuntz und Hans Zysmann. In einem die Universität Heidelberg betreffenden Exkurs wird der Sonderfall des 1943 ausgebürgerten Emigranten Otto Friedrich Meyer dokumentiert, der 1935 die mündliche Doktorprüfung bestanden hatte, dessen Promotion „nach so vielen Widrigkeiten“ (Hans Schneider) aber erst 1956 vollzogen wurde. Erich Jacoby hat nach 1945 in Halle wohl nicht versucht, das 1933 durch die Emigration verhinderte Verfahren wieder aufzunehmen.

Die Praxis der Entziehung der Doktorwürde während der Zeit des Nationalsozialismus und der späteren Rehabilitierung der Opfer dieses NS-Unrechts wird für die – bis zur Annexion Österreichs – 23 deutschen Universitäten mit juristischen Fakultäten entsprechend dem Forschungsstand jeweils zusammenfassend dargestellt und für die juristische Berufsgruppe der Rechtsanwälte annähernd dokumentiert. *Kursivierung des Namens* signalisiert in der abschließenden Zusammenstellung (■), dass eine Entziehung der Doktorwürde nicht nachweisbar ist, als Folge der Ausbürgerung oder einer strafgerichtlichen Verurteilung, im Einzelfall auch eines eingeleiteten Ausbürgerungsverfahrens, aber erfolgt sein könnte. Sofern in der biographischen Dokumentation genannt, werden im Einzelfall auch jene promovierten Rechtsanwälte berücksichtigt, die als *Juden* nach ihrer Emigration ohne förmliches Verfahren oder mit ihrer Deportation aufgrund der 11. Ver-

³⁶ M.d.R., ³1994, S. 61–65, Nr. 175, Nachweis der Ausbürgerung unter Hinweis auf die Arbeit von Hans Georg Lehmann, 1985.

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

ordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. 11. 1941 (Anhang A: Dok. I, 11) die deutsche Staatsangehörigkeit und nach der 2. Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Führung akademischer Grade vom 23. 3. 1943 (Anhang A: Dok. II, 10) ihre erworbenen akademischen Grade automatisch verloren.³⁷ Inwieweit einzelne Fakultäten in diesen „Fällen“ – sofern sie bekannt wurden – gleichwohl tätig wurden, muss offenbleiben.

Berlin: Friedrich-Wilhelms-Universität

Die Juristische Fakultät der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität „war durch den Machtwechsel im Innersten betroffen“, am „radikalsten“ durch die Vertreibung ihrer jüdischen Gelehrten, von den Assistenten bis hin zu den Ordinarien, deren Ausschluss sich bis 1937 hinzog. Die Fakultät, „nicht wesentlich vom Antisemitismus geprägt“, so Anna-Maria Gräfin von Lösch³⁸, „blieb fast immer untätig und schwieg offiziell“. Im Zuge der *Säuberungsaktion* verlor die Berliner Universität durch Massenentlassungen und Emigration 280 Hochschullehrer, allein die Juristische Fakultät „knapp die Hälfte ihres Lehrkörpers“³⁹, unter ihnen James Goldschmidt, Arthur Nußbaum, Ernst Rabel, Max Rheinstein, Fritz Schulz und Martin Wolff. Aus den Reihen der Anwaltschaft zählten Max Alsberg und Julius Magnus, fast zwei Jahrzehnte Schriftleiter der „Juristischen Wochenschrift“, zu den ersten Opfern der nationalsozialistischen *Säuberung* an der Universität unter den Linden. Magnus – Lehrbeauftragter für Patentrecht – konnte 1939 noch in die Niederlande emigrieren. Ein Ausbürgerungsverfahren ist nicht dokumentiert, wohl aber seine Deportation nach Theresienstadt. Auch die anderen genannten Hochschullehrer – Alsberg, „der Mann in der schwarzen Robe“ (Curt Riess), erschoss sich im September 1933 in der Schweiz – wurden nach ihrer Emigration nicht förmlich ausgebürgert.⁴⁰ Der politische Umbruch 1933 hatte zugleich gravierende Folgen für viele Studierende. So mussten in Berlin „insgesamt etwa 2.400 junge Männer und Frauen ihr Studium nach 1933 abbrechen, viele von ihnen wenig später aus Deutschland fliehen“.⁴¹

An der Juristischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin wurden zwischen 1900 und 1933 insgesamt 211 Promotionsverfahren erfolgreich abgeschlossen, davon 88 zwischen 1919 und 1933.⁴² Zur „Praxis“ der Doktorgradentziehungen an der Berliner Universität liegen keine Untersuchungen vor. Ihr Ergebnis ist nur annähernd

³⁷ Laetita Boehm, Akademische Grade, in: HRG I, 2008, Sp. 111–126, 122.

³⁸ 1999, S. 471, 473.

³⁹ Christoph Jahr, Die nationalsozialistische Machtübernahme und ihre Folgen, in: Michael Grüttner [u. a.], Geschichte der Universität unter den Linden 1810–2010, im Auftrag des Präsidenten der Universität hg. v. Rüdiger vom Bruch u. Heinz-Elmar Tenorth: Die Berliner Universität zwischen den Weltkriegen 1918–1945, Berlin 2012, S. 295–324; Sven Kinas, Massenentlassungen und Emigration, ebd., S. 325–403, 397; ebd., S. 559–565: „Opfer des Nationalsozialismus unter den Wissenschaftlern der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin“, zusammengestellt von S. Kinas; zur Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät (Forschungsstand 2011): Schumann, 2014, S. 149.

⁴⁰ Vgl. neben den biographischen Porträts den Beitrag von Rainer Schröder „Die Geschichte der Juristischen Fakultät zwischen 1810 und 1945“, S. 10 („Entlassung der Juden aus der Fakultät“) und S. 94 f. („Entlassene Juden“) in der Festschrift „200 Jahre Juristische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin: Geschichte, Gegenwart und Zukunft“, hg. v. Stefan Grundmann [u. a.], Berlin/New York 2010.

⁴¹ Matthias Bühnen/Rebecca Schaarschmidt, Studierende als Täter und Opfer bei der NS-Machtübernahme an der Berliner Universität, in: Die Berliner Universität in der NS-Zeit, Bd. I: Strukturen und Personen, hg. v. Christoph Jahr unter Mitarbeit v. R. Schaarschmidt, Wiesbaden 2005, S. 143–157, 143.

⁴² Felix Kraushaar, in: Die Berliner Juristische Fakultät und ihre Wissenschaftsgeschichte von 1810 bis 2010: Dissertationen, Habilitationen und Lehre, hg. v. Rainer Schröder [u. a.], Berlin 2010, S. 75–104.

bekannt: Am 7. Juli 1998 erklärte der Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin, dass die Entziehung des Doktorgrades „während der Herrschaft des Nationalsozialismus“ in mindestens 53 Fällen „wegen Sittenwidrigkeit nichtig ist und daher von Anfang an ungültig war“. Aufgrund kriegsbedingter Verluste des Universitätsarchivs nennt die Erklärung nur die Personen, die „mit hinreichender Wahrscheinlichkeit“ als Betroffene ermittelt werden konnten. Dass die Fallzahlen deutlich höher gewesen sein müssen, zeigen die Untersuchungen von S. Happ, die von 1.702 ermittelten Einzelfällen 197 der Universität Berlin zuordnet. An der Juristischen Fakultät wurden rd. 40 der vor 1933 Promovierten nach 1933 als Juden oder aus anderen Gründen verfolgt. Diese Schätzung beruht jedoch auf einer eher dürftigen Quellengrundlage.⁴³

Wie genau oder ungenau die genannten Zahlen auch sein mögen, ein bevorzugter Ort zum Erwerb des Doktorgrades für später als Rechtsanwälte tätige Juristen dürfte die Berliner Universität nicht gewesen sein. Zu den prominenten Ausnahmen zählen etwa Hanna Katz⁴⁴ – 1912 als erste Frau an der Juristischen Fakultät mit der Arbeit „Lücken im Arbeitsvertrag“ promoviert – und Rudolf Neumann⁴⁵, die beide in die USA emigrierten, jedoch nicht individuell ausgebürgert wurden. Die „Liste“ der Humboldt-Universität enthält außer dem Vor- und Familiennamen keine weiteren Informationen und wurde in der Zwischenzeit auch nicht aktualisiert. Eine Stichprobe aufgrund der Namensgleichheit mit Berliner Anwälten blieb ohne Ergebnis.⁴⁶ In den Arbeiten zur Geschichte der „Berliner Juristischen Fakultät“⁴⁷ wird die rassistisch und politisch motivierte Entziehung des Doktorgrades nach 1933 nicht behandelt.

Zumindest um drei Rechtsanwälte – ebenfalls von Entscheidungen der damaligen Friedrich Wilhelms-Universität zu Berlin betroffen, die „grob willkürlich und menschenverachtend“ waren – ist die Liste von 1998 zu ergänzen. Im Fall des zunächst ausgebürgerten Arthur Bergmann dürfte die Entziehung nach Feststellung der Rechtsunwirksamkeit der Maßnahme auf Veranlassung des Reichserziehungsministeriums nunmehr wegen „Unwürdigkeit“ vollzogen worden sein. In weiteren Fällen ist eine Depromotion als *wahrscheinlich* zu vermuten, so etwa im Fall des 1941 ausgebürgerten Rechtshistorikers Hans Julius Wolff (1902–1983), der – im Juni 1932 promoviert – im Okt. 1935 zunächst nach Panama emigriert war. Nach seiner Ausbürgerung im Januar 1941 musste „das erforderliche veranlasst werden“. Mehr ist der Akte im Fall Wolff nicht zu entnehmen.⁴⁸ Nach der

⁴³ Boberach, 1995, S. 200; Julius R. Everling, Die Karriere nach dem Dokortitel. Lebenswege der zwischen 1810 und 1933 Promovierten an der Juristischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, in: ebd., 2010, S. 299–324, 315.

⁴⁴ AoRB, ²2007, S. 192 f.; Schumacher, 2012, S. 160; J. R. Everling (s. Anm. 43), S. 317 f.

⁴⁵ Siehe S. 34*/Anm. 120.

⁴⁶ www.geschichte.hu-berlin.de/en/forschung...; für die Überprüfung danke ich Auste Wolf, Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin; zur nicht im Archiv der Humboldt-Universität befindlichen Überlieferung vgl. Boberach, 1991, S. 280.

⁴⁷ Rainer Schröder/Fred Bär, Zur Geschichte der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, in: KJ, 1996, S. 447–465; Rainer Schröder (Hg.), Die Berliner juristische Fakultät und ihre Wissenschaftsgeschichte von 1810 bis 2010, Berlin 2011; Aleksandra Pawliczek, Akademischer Alltag zwischen Ausgrenzung und Erfolg. Jüdische Dozenten an der Berliner Universität 1871–1933, Stuttgart 2011, S. 262–264.

⁴⁸ UnivA d. HU Berlin, E-Mail v. 17.10.2017 (Auste Wolff); Ausbürgerungsantrag der Gestapo Berlin (Rothmann) vom 20.9.1940: „Wolff [* 1902] betätigt sich als Professor für Römisches Recht und Staatswissenschaften an der Universität in Panama in hetzerischer Weise gegen Deutschland und hat anlässlich der Judenaktion den Ausspruch getan ‚Für Hitler ist eine Kugel noch zu gut!‘“; PA/AA, R 99896; ergänzend R 99881: Berichte der DG für Mittelamerika und Panama über „Antideutsche Propaganda emigrierter Professoren der Universität Panamá“, die auf „Angaben des schweizerischen Professors der Uni-

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

Literatur wurde Walter Friedlaender, der 1920/21 kurzfristig als Rechtsanwalt praktiziert hatte, in Berlin promoviert, aber offenbar nicht an der Juristischen Fakultät. Nach eigenen Angaben in einem späteren Lebenslauf behandelte die Dissertation, die sich jedoch ebenso wenig ermitteln ließ wie eine Aberkennung des Doktorgrades dokumentiert ist, „die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Handlungen Geisteskranker“. Auch Robert Marx „fehlt“ in der Berliner Liste von 1998; nicht aufgeführt wird gleichfalls der 1945 in Flossenbürg angeblich an Flecktyphus verstorbene frühere Kölner Ordinarius Goswin Frenken. In seinem Fall hielt der Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität zu Köln eine „Weiterbestrafung“ des „durch die Entziehung der *venia* und des Professorentitels schon bestraften“ nicht jüdischen Hochschullehrers für nicht erforderlich. Dessen ungeachtet entzog der Rechtsausschuss der Friedrich-Wilhelms-Universität Frenken am 2. Dezember 1937 den Doktorgrad nach strafgerichtlicher Verurteilung, – ebenso wie Julius Cohn im Jahr zuvor. Hingewiesen sei schließlich auf den 1933 noch als Referendar entlassenen, später in Ost- und West-Berlin zugelassenen Rechtsanwalt Dr. Friedrich Karl Kaul⁴⁹, der 1932 in Berlin promoviert worden war und nach seiner Ausbürgerung (1939) ebenfalls von der Depromotion betroffenen gewesen sein dürfte. Verschont von der Depromotion blieben u. a. neben den schon erwähnten Hochschullehren Arthur Nußbaum und Martin Wolff, die beide an der Friedrich-Wilhelms-Universität promoviert worden waren, weiterhin Heinrich Kronstein und der spätere Bundesverfassungsrichter Gerhard Leibholz – beide emigriert, aber nicht aufgrund des Gesetzes vom 14. Juli 1933 ausgebürgert

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Berlin betroffene Rechtsanwälte (3/1): Bergmann, Arthur ~ Feuchtwanger, Ludwig ~ *Friedlaender*, Walter ~ Heymann (→ Heims), Eduard ~ Geheimrat Robert *Marx*, seit 1921 deutscher Staatsvertreter bei den Gemischten Gerichtshöfen in Paris, während der Ruhrbesetzung 1923 in Düsseldorf Amtsverteidiger vor französischen Kriegsgerichten.

Feuchtwanger und mutmaßlich auch Friedlaender⁵⁰ waren an der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin promoviert worden.

Bonn: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität

Noch vor dem endgültigen Untergang des „Dritten Reiches“ konstituierte sich am 3. Mai 1945 der Verwaltungsrat der Universität Bonn. Die Aberkennung der Thomas Mann 1919 verliehenen Ehrendoktorwürde Ende 1936 war ausschlaggebend dafür, dass das ihre Reputation belastende Thema der „akademischen Exkommunikation“ von Anfang an auf der „Tagesordnung“ stand. So debattierte der Verwaltungsrat auf seiner ersten Sitzung ein Glückwunschsreiben zum 70. Geburtstag von Thomas Mann, das aber nicht abgeschickt wurde. Hinsichtlich der „Annullierung“ der Ehrendoktorwürde beschloss die Philosophische Fakultät am 27. August 1945, Thomas Mann „mitzuteilen, daß die als unge-

versität Dr. Karl Merz“ beruhen“; Hepp, Liste 217 vom 18./22. 1. 1941 (143); Göppinger, ²1990, S. 368; Nachl. im JMF: www.juedischesmuseum.de.

⁴⁹ Ohne Nachweis der Depromotion: Annette Rosskopf, Friedrich Karl Kaul. Anwalt im geteilten Deutschland (1906–1981), Berlin 2002; Krehan, 2007, S. 149–164; A. Rosskopf. „Den Klassenkampf auf der justitiellen Ebene führen ...!“ Zum Leben und Wirken des Rechtsanwalts Friedrich Karl Kaul (1906–1981), in: Klaus Bästlein [u. a.], Beiträge zur juristischen Zeitgeschichte der DDR, Berlin 4. Aufl. 2009, S. 4–32.

⁵⁰ Beide „fehlen“ daher in der „Gesamtlisite der Dissertationen 1810–1990“, die mit weiteren Übersichten auf einer CD-ROM dem Buch „Die Berliner Juristische Fakultät“ (s. Anm. 40) beiliegt; in der Gesamtlisite wird Julius Cohn, siehe oben, aber ebenfalls nicht genannt.

setzunglich betrachtete Aberkennung seines Ehrendoktors für null und nichtig erklärt war“. Es dauerte aber noch bis Ende 1946, ehe entsprechende Briefe der Fakultät und des Rektors zusammen mit dem neuausgefertigten „Diplom dem britischen Universitätskontrolloffizier zur Weiterleitung an Thomas Mann übergeben werden konnten“.⁵¹

In den folgenden Jahren handelte die Universität entsprechend einer Richtlinie des Kultusministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, bei „aus nationalsozialistischen Gründen“ entzogenen akademischen Graden im Einzelfall die Nichtigkeit der Entziehung festzustellen und dem „Titelträger“ mitzuteilen, dass die Entziehung „zu Unrecht geschehen sei“. Erst mit dem Bekanntwerden einer größeren Zahl von Einzelfällen seit den 1990er Jahren änderte sich die Haltung der Universität, die sich nun auch aus eigener Initiative „zu Gesten des Bedauerns“ bereit fand und mit dem Plan eines Forschungsprojekts zur Geschichte der Medizinischen Fakultät in der Zeit des Nationalsozialismus „ein absolutes Tabu“ (Heinz Schott) brach: „Es ist nun [1990] überfällig, daß entsprechende Nachforschungen, die bereits vor Jahrzehnten auf der Tagesordnung standen, nun endlich nachgeholt werden.“⁵²

Anlässlich „der 60. Wiederkehr der Reichspogromnacht“ stand das Thema der Entziehungen akademischer Grade wieder auf der „Tagesordnung“. Die Universität konnte sich zwar darauf berufen, sich „seit ihrer Wiedereröffnung 1945 wiederholt von den Unrechts-handlungen distanziert [zu haben], die unter der nationalsozialistischen Diktatur auch in ihrem Namen begangen wurden“. Aber erst ein Beschluss des Senats vom 5. November 1998 stellte ausdrücklich „fest, dass Relegation und Entziehung des Doktorgrades als Akte der politischen Verfolgung willkürlich und menschenverachtend waren“. In einer Gedenkstunde bestätigte die Universität den von der Entziehung Betroffenen „das Recht zur Führung der erworbenen akademischen Grade“. Betroffen waren nach dem damaligen Forschungsstand 57 bzw. 58 Personen, unter ihnen der spätere Bundestagsabgeordnete Hermann Matthias Görgen (Richard → Becher); genannt wird hier auch Thomas Mann. 40 Personen, unter ihnen 14 Frauen, war nach bestandener Doktorprüfung die Doktorurkunde nicht ausgehändigt worden. Für 34 ehemalige Studierende, unter ihnen 6 Frauen, wurde die Relegation für nichtig erklärt. Eine weitere Liste verzeichnet fünf Dozentinnen und 60 Dozenten, „die unter der nationalsozialistischen Diktatur entlassen, vertrieben, verfolgt oder getötet worden sind“, unter ihnen Karl Barth, Paul Ludwig Landsberg, Alfred Philippson und Felix Hausdorff.⁵³ Zu den entzogenen Ehrendoktorwürden äußerte sich der Senat in seinem Beschluss nicht. Wie Thomas Mann in der Liste der Depromovierten wurde in der Liste der verfolgten Angehörigen des Lehrkörpers der Uni-

⁵¹ Hübinger, 1974, S. 282 ff.; zur Universität Bonn im „Dritten Reich“ vgl. Höpfner, 1999; zur Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät vgl. Schmoedel, 2004, zum Forschungsstand (2011): Schumann, 2014, S. 149; Forsbach, 2018; zu „Entnazifizierung und Rehabilitierung“ des Lehrkörpers vgl. jetzt Joachim Scholtz, Wiederaufbau und Expansion (1945–1965), in: Dominik Geppert (Hg.), Forschung und Lehre im Westen Deutschlands 1918–2018. Geschichte der Universität Bonn, Bd. 2, Göttingen 2018, S. 197–292, 204–213.

⁵² Mit weiteren Nachweisen, auch der am 16. 6. 1947 der Universität übersandten Richtlinie vgl. Forsbach, 2003, S. 287 f., 293 f.; R. Forsbach, Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im „Dritten Reich“, München 2006, S. 412 ff.: „Erteilung, Verweigerung und Entzug des Doktorgrads“.

⁵³ Bonner Universitäts-Nachrichten Nr. 213 v. Jan. 1999, S. 14 f. (Senatsbeschluss und Liste); Borchard, 1999, S. 13, 22–24; die Liste verzeichnet die Namen ohne jede biographische Ergänzung und auch ohne „Dokortitel“, obwohl die Universität allen Betroffenen das „Recht“ zu dessen „Führung“ feierlich bestätigt hatte; Hans-Paul Höpfner, Die vertriebenen Hochschullehrer der Universität Bonn 1933–1945, in: ebd., S. 37–78 (Erstdruck: Bonner Geschichtsblätter 43/44, 1993/94, S. 447–487), S. 48–51: Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät).

versität auch der 1933 nach Istanbul emigrierte Zahnmediziner Alfred Kantorowicz genannt, dem 1933/34 die 1926 verliehene Ehrendoktorwürde entzogen worden war. Unerwähnt blieb der Vulkanologe Immanuel Friedlaender, dem die Philosophische Fakultät 1921 die Ehrendoktorwürde verliehen hatte.⁵⁴

Nach Ralf Forsbach wurde in mindestens 24 der für Bonn dokumentierten Fälle (58) der Doktorgrad nach Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit entzogen; er stützt diese Angabe auf „ein nicht ganz vollständiges“ Album, das für die Universitäten im Reichsgebiet die Namen der Depromovierten und den Grund für die Entziehung in der Zeit des Nationalsozialismus verzeichnet; für Bonn sind anhand dieses Albums insgesamt aber nur 37 Fälle nachweisbar.⁵⁵

Wie viele emigrierte Juristen an der Universität Bonn depromoviert wurden, ist unbekannt. Mathias Schmoeckel⁵⁶ erwähnt in seinem Beitrag „Insel der Seligen?“ zwar, dass es durch Runderlass des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 17. 7. 1934 „möglich“ wurde, Ausgebürgerte „auch“ mit der „Aberkennung der Doktorwürde“ zu bestrafen, nennt jedoch keine Namen oder Fallzahlen. „Dachten“ die Bonner Juristen nicht nur „nicht systemkonform“⁵⁷, *handelten* sie in dieser Sache auch anders als die anderen Bonner Fakultäten? Ungeachtet des Fragezeichens im Titel seines Aufsatzes bestätigt Mathias Schmoeckel die Einschätzung von Hans-Paul Höpfner⁵⁸, der 1999 die Juristische Fakultät als eine „Insel der Tradition und Wissenschaft“ gerühmt hatte, „in die der Zeitgeist nur in geringem Maße Eingang fand“. Gilt dieses Urteil aber auch für die Depromotionspraxis? Erfüllte die Fakultät hier (nur) ihre „Pflicht“ oder suchte sie im Einzelfall nach einem *möglichen* Maß? Offenbar gibt es keine Quellen, die belegen oder nahelegen, dass die Bonner Fakultät dieses *Maß* durch Handlungen oder Unterlassungen ausgeschöpft hat. Vielleicht war die Fakultät weniger als andere betroffen, aber auch sie konnte sich in dieser Sache dem Druck nicht entziehen. Zu den vom Unrechtsakt der Depromotion durch die Universität Bonn Betroffenen gehören mindestens vier Rechtsanwältinnen. Die Aberkennung im Fall Werner Stern ergibt sich aus Unterlagen des Universitätsarchivs Freiburg; Eintragungen im Promotionsbuch der Universität Bonn zu Stern wie auch zu Otto Kirchheimer und Friedrich Mayer-Alberti – beide in der Liste nicht genannt – „gibt es nicht“⁵⁹. Die Aberkennung im Fall Kirchheimer wurde im „Deutschen Reichsanzeiger“ publiziert. Mayer-Alberti, dessen Ehefrau ausgebürgert wurde, verlor

⁵⁴ Forsbach, 2003, S. 291–293 („Der Fall Thomas Mann), 293 („Der Fall Alfred Kantorowicz), 294 (I. Friedländer); zum „Fall Thomas Mann“ grundlegend Hübinger, 1974; R. Forsbach, „Gott helfe unserem verdüsterten und mißbrauchten Lande“ – Thomas Mann und die Universität Bonn, in: Scholtyseck/Studt, 2008, S. 41–52; ders., 2018, S. 169 f.

⁵⁵ Forsbach, 2003, S. 296; laut R. Forsbach verzeichnet die „Liste“, die bei der Gedenkveranstaltung vorgelesen worden war, 57 Namen, „heute“ insgesamt „60 Namen“; mutmaßlich zählt Forsbach (ebd., S. 295 f.) die Ehrendoktoren A. Kantorowicz und I. Friedlaender zu der 1999 genannten Gesamtzahl hinzu, die jedoch immer noch niedriger ist als die von S. Happ (2004) ermittelte Gesamtzahl (64).

⁵⁶ 2004, S. 14; für das Archiv der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät weist Boberach (1991, S. 281) keine Enziehungsakten nach.

⁵⁷ Schmoeckel, 2004, S. 43.

⁵⁸ 1999, S. 247.

⁵⁹ Dr. Thomas Becker, Universitätsarchiv, E-Mail v. 19. 10. 2017; danach entspricht die Liste von 1999 weiterhin dem Forschungsstand; der von Th. Becker 2008 herausgegebene Sammelband „Zwischen Diktatur und Neubeginn“ enthält keinen Beitrag zur Bonner Depromotionspraxis; Mathias Schmoeckel (Rechtsgeschichte aus dem Keller? – Das Archiv der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät Bonn, in Ramm/Saar, 2014, S. 26–38) weist keine Akten zur Depromotionspraxis nach; das Archiv der Fakultät ist nicht Bestandteil des Universitätsarchivs.

aufgrund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz v. 25. 11. 1941 die deutsche Staatsangehörigkeit.

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Bonn betroffene Rechtsanwälte (5/1): Fürst, Bruno ~ Kirchheimer, Otto ~ Mayer-Alberti, Friedrich ~ Rosenthal, Alfred ~ Rosenthal, Richard ~ Stern, Werner.

Breslau: Schlesische Friedrich-Wilhelms-Universität

Bereits in den 1960er Jahren hat der polnische Rechtshistoriker Alfred Konieczny mehr als 200 Personen ermittelt, die an der Universität Breslau in der Zeit des Nationalsozialismus vom Titelentzug betroffen waren. Seine auf Polnisch erschienenen Veröffentlichungen fanden in der Bundesrepublik Deutschland jedoch keine Beachtung, wie Krzysztof Ruchniewicz, Direktor des Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien an der Uniwersytet Wrocławski, vor der symbolischen „Rückgabe von Dokortiteln an 262 längst verstorbene Akademiker“ durch die Universität in einem Interview anmerkte.⁶⁰ Die polnische Universität ist nicht Rechtsnachfolgerin der 1945 aufgelösten Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität ist, knüpft aber an ihre Tradition an. 70 Jahre nach ihrer Gründung erinnerte sie gemeinsam mit der Universität Köln, die 1951 „eine Art Patenschaft für die Breslauer Universitätsangehörigen übernommen“ hatte und seit 2003 mit der Uniwersytet Wrocławski durch ein Kooperationsabkommen verbunden ist, an die „mehr als 250“ Breslauer „Gestrichenen“. Bei dem Festakt am 22. Januar 2015 stellten beide Universitäten in einer Erklärung „übereinstimmend fest, dass durch Organe der Friedrich-Wilhelms-Universität Breslau in den Jahren der deutschen nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zwischen 1933 und 1945 im Namen der Universität aus politischen und rassistischen Gründen oder Motiven an Mitgliedern und Angehörigen der Universität Unrecht begangen worden ist“. Der Text entspricht der Kölner Erklärung von 2005, die Axel Freimuth, der Rektor der Universität zu Köln, in seiner Rede in Breslau zitierte. Wie schon die Universität zu Köln entschieden sich nun beide Universitäten für die summarische Restitution. Die Aberkennung wurde für den anhand des Universitätsarchivs nachweisbaren Personenkreis sowie für Personen, deren Depromotion „aufgrund der lückenhaften Aktenüberlieferung“ nur zu vermuten ist, „für null und nichtig und deshalb für rechtswirksam“ erklärt.⁶¹

So viele Titel wie in Breslau wurden nach 1933 an keiner anderen deutschen Universität entzogen: 211 Depromotionen nach A. Konieczny (1967), 226 nach Sabine Happ (2004). Tatsächlich ist die Zahl noch weit größer: Gegen 273 Personen wurde ein Verfahren eingeleitet und in „bis zu 262“ Fällen mit der Aberkennung des akademischen Grades abgeschlossen.⁶² Nach Kai Kranich, der die Akten des Universitätsarchivs auswerten konnte, ist die Juristische Fakultät⁶³ mit 45 Prozent der Fälle belastet. Nur in einem Fall wurde der Titel „aus bisher unbekanntem Gründen“ später wieder zuerkannt. In 214 Fällen erfolgte

⁶⁰ „Wir stehen nicht in der Rechtsnachfolge der deutschen Universität, knüpfen aber durchaus an ihre Traditionen an.“ Berliner Zeitung v. 7. 1. 2015: Jan Opielka, „Späte Genugtuung. Polnische Universität gibt symbolisch von den Nazis entzogene Dokortitel zurück“.

⁶¹ Die Gestrichenen, 2015, S. 43 (Erklärung), S. 11–16 (Marek Bjarski, Rektor der Uniwersytet Wrocławski), S. 17–23 (A. Freimuth).

⁶² Kranich 2012, S. 117f., dort auch Nachweis der von A. Konieczny und S. Happ (2004, S. 287) genannten Fallzahlen.

⁶³ Thomas Ditt, Die „Stoßtruppfakultät Breslau“. Rechtswissenschaft im „Grenzland Schlesien“ 1933–1945, Tübingen 2011; Schumann, 2014, S. 149 (Forschungsstand 2011).

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

die Aberkennung infolge des Verlusts der Staatsangehörigkeit aufgrund des Gesetzes vom 14. Juli 1933. Die nach den Bekanntmachungen im „Deutschen Reichsanzeiger“ für Breslau ermittelte Fallzahl (205) entspricht annähernd „der Fallgruppe der Strafexpatriierten“. ⁶⁴ Bei den Entziehungen infolge der Ausbürgerung liegt Breslau mit einem Anteil von 81,7 Prozent deutlich über dem von S. Happ ermittelten Durchschnittswert für das Reich (72,74%).

In einer alphabetischen Liste erfasste Kai Kranich 262 Einzelfälle ⁶⁵, unter ihnen der evangelische Theologe Paul Tillich und Herbert Weichmann, der spätere Erste Bürgermeister der Hansestadt Hamburg, die beide zu den Strafexpatriierten zählen. Anhand der von K. Kranich genannten Daten – Familien- und Vornamen, Fakultät, Geburtsdatum und Geburtsort, Grund und Datum der Ausbürgerung – konnten unter den in Breslau depromovierten Juristen mindestens 57 Rechtsanwälte identifiziert werden. Von den (mindestens) 119 nachweislich betroffenen Juristen wurden 88 infolge der Strafexpatriierung depromoviert. Arthur Wolff wurde nach seiner Emigration auch in Strasbourg ⁶⁶ promoviert, was der Gestapo aber nicht bekannt geworden war.

Obwohl ausgebürgert, fehlen Gerhard Cohn-Vossen, Berthold Epstein, Ernst Rechnitz und Udo Rukser in der Kranich-Liste. In Fall Rukser „musste“ die Universität nicht mehr tätig werden, trat doch mit Erlass der 2. Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Entziehung der akademischen Grade v. 29.3.1943 (Anhang: Dok. II, 11) „mit der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit [...] zugleich der Verlust der von einer deutschen staatlichen Hochschule verliehenen akademischen Grade ein“. Die fehlerhafte Schreibweise seines Namens – im Ausbürgerungsantrag der Gestapo und im „Deutschen Reichsanzeiger“ – dürfte daher keine besondere Rolle gespielt haben: Ausgebürgert war U. Rukser automatisch auch depromoviert.

Wie Max Baerwald – aufgrund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz v. 25.11.1941 ausgebürgert und depromoviert – dürften auch Alfred *Baum* und Arthur *Wolff* – beide von K. Kranich aber nicht aufgeführt – depromoviert worden sein. Genannt werden dagegen die Witwe von Gerhard Breit-Fronzig sowie Ruth Markiewitz geb. Schutz, die Ehefrau des in Würzburg depromovierten Anwalts Lothar Markiewitz. Zweifelsfrei nicht depromoviert wurde Otto Landsberg, der – ungeachtet anderslautender Angaben in der Literatur – weder in Breslau noch andernorts promoviert worden ist.

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Breslau betroffene Rechtsanwälte (59/8): Adler, Alexander ~ Apt, Franz ~ Arndt, Wilhelm ~ Arons, Albert ~ Auerbach, Herbert ~ Auerbach, Richard ~ Baerwald, Max ~ *Baum*, Alfred ~ Bernstein, Martin ~ Bluhm, Arno ~ Böhm, Kurt ~ Brumm, Fritz ~ Bud, Franz ~ Budwig, Alfons ~ *Cohn-Vossen*, Gerhard ~ Danziger, Bruno ~ Drucker, Erich ~ Ehrlich, Georg Joseph ~ Engel, Franz ~ *Epstein*, Berthold ~ Feblowitz, Samuel ~ Fränkel, Siegfried ~ Fröhlich, Georg ~ Frost, Ismar ~ Fürth, Hugo ~ Gebhardt, Julius ~ Gotthilf, Martin ~ Grünpeter, Walter ~ Herzfeld, Ernst ~ Isaacsohn, Franz → Bud, Franz ~ Jacoby, Albrecht ~ Kallmann, Kurt ~ Kann, Steffan ~ Kiwi, Benno ~ Kurtzig, Arnold ~ *Ledermann*, Franz Anton ~ Lewkowitz, Berthold ~ Lion-Levy, Erich ~ Loeb, Julius ~ Löwenthal, Georg ~ Mendelsohn, Franz ~ Moser, Alfred ~ Muskat, Walter ~ Polke, Max ~ *Rechnitz*, Ernst ~ Reich, Hans Georg ~ Rosenbaum, Leopold ~ Rothstein, Fritz ~ *Rukser*, Udo ~ Scheye, Kurt ~ Scheyer, Ernst ~ Schlesinger, Kurt ~ Schoenfeldt, Herbert ~ Schüftan, Walter ~ Schweitzer, Ernst Emil ~ Schwersenz, Manfred ~ Singer, Siegfried ~ Skaller, Jakob ~ Strauß, Hans ~ Taucher, Helmut ~ Wachsmann, Oskar ~ Warschauer, Ernst ~ Weiß, Hans ~ Wieluner, Dittmar ~ *Wolff*, Arthur ~ Zweig, Walter ~ Zwirner, Bruno.

⁶⁴ Kranich, 2012, S. 117.

⁶⁵ Kranich, 2012, S. 164–177.

⁶⁶ Für die bis 1918 deutsche Universität Straßburg weist S. Happ (2004, S. 288; E-Mail v. 4. 6. 2018) eine Entziehung nach, die den 1915 promovierten Mediziner Paul Bickart betraf.

Für das von Organen der Friedrich-Alexander-Universität „unter dem Schein der Legalität“ (Karl-Dieter Gröske) begangene Unrecht hat Heinz Boberach 1991 den Archivbefund nachgewiesen: 3 Bände „Entziehung des Doktorgrades“ und 2 Bände „Maßnahmen gegen Juden“. Nur wenigen Betroffenen, denen der Doktorgrad entzogen worden war, wurde die akademische Würde nach 1945 auf Antrag wieder zuerkannt.⁶⁷ Erst 1999 rehabilitierte die Universität 35 von insgesamt 163 damals bekannten Opfern der Depromotionspraxis.⁶⁸ Aber es dauerte noch gut zehn Jahre, bis die Entziehungen von Doktorgraden in der Zeit des Nationalsozialismus „weitestgehend aufgearbeitet“ waren. Insgesamt wurden 159 vollzogene Aberkennungsfälle festgestellt. Von diesen entfielen auf die frühere Erlanger Juristenfakultät allein 101 Aberkennungen, die Bernd Mertens und Margareta Feketitsch-Weber systematisch untersucht haben. Ihre Dokumentation zu diesem „schmerzlichen Teil“ der Universitätsgeschichte – „anlässlich eines Gedenkaktes für die von der Aberkennung des Doktorgrades Betroffenen im Rahmen der Absolventenfeier des Fachbereichs Rechtswissenschaft im Februar 2010 der Öffentlichkeit präsentiert“⁶⁹ – berichtet über die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Handhabung der Entziehung an der Universität Erlangen. Und sie ruft die Betroffenen in Kurzbiographien in Erinnerung, die „weitere biographische Details, insbesondere zur Emigration“ berücksichtigen, „soweit sie sich ermitteln ließen“. Vor allem in drei Fällen – unter ihnen die Rechtsanwälte James Broh und Ferdinand David – sind die „Angaben wegen der zeitgeschichtlichen Bedeutung der Personen und der besseren Quellenlage ausführlicher gehalten“.⁷⁰ In allen Fällen weisen sie zur Depromotion und zur Promotion die betreffenden Akten des Universitätsarchivs sowie den Titel der Dissertation nach. In den Fällen, in denen der Doktorgrad nach einer strafgerichtlichen Verurteilung aberkannt wurde „und sich ein politischer Hintergrund für die Verurteilung nicht ermitteln ließ oder die Intimsphäre berührt ist („Rassenschande“), lassen die alphabetisch eingeordneten, aber lediglich mit Namensinitial gekennzeichneten Biogramme keine Rückschlüsse auf die betroffene Person zu.

Von dem „unter dem Schein der Legalität“ begangenen „Unrecht“ der Depromotion – so der Rektor im Geleitwort der Dokumentation – waren 101 Juristen betroffen, in mindestens 79 Fällen emigrierte und ausgebürgerte Juristen, denen die Universität Erlangen in den Jahren 1937 bis 1942 den Doktorgrad aberkannte⁷¹, unter ihnen eine Juristin: Josephine Schmitz⁷². Von der Entziehung waren mindestens 65 Rechtsanwälte betroffen – mit Ausnahme von Hermann Horstmann – ausschließlich „jüdische“ Rechtsanwälte. Depromoviert wurde 1941 auch der wegen „Volksverrats“ und Steuerhinterziehung verurteilte

⁶⁷ 1991, S. 282; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 7 (K.-D. Gröske, Rektor der FAU) u. 11.

⁶⁸ Kugler, 2000, S. 11; Wyss, 2000, S. 18–22.

⁶⁹ Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 7: „Viel zu spät haben wir begonnen, uns an unsere besondere Schuld zu erinnern, die wir und die anderen deutschen Universitäten durch diese Aberkennungen aus rassistischen oder politischen Motiven auf uns geladen haben.“ (Geleitwort des Rektors). Im Jahre 2008 war der von Renate Wittern und Andreas Frewer unter Mitarbeit von Bettina Schottner und Anna Thiel „auf Anregung der Universitätsleitung“ zuerst bearbeitete Beitrag „Aberkennungen der Doktorwürde im ‚Dritten Reich‘. Depromotionen an der Medizinischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen“ erschienen; danach verloren elf Emigranten – bei 22 Depromotionen insgesamt – „ihren Titel“, elf aufgrund eines Gerichtsurteils (S. 235).

⁷⁰ Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 63.

⁷¹ Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 52.

⁷² * 31. 8. 1892 Köln, letzter inländischer Wohnsitz in Berlin, ausgebürgert mit Liste 282 (1942); Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 91; SwissA weist für „Schmitz-Otto“ ein Dossier nach, das die mit ihrer Tochter in die Schweiz emigrierte, mutmaßlich nicht jüdische Juristin betreffen dürfte.

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

frühere Münchener Anwalt Hans David Berolzheimer⁷³, der 1942 nach Piaski/Galizien deportiert wurde.

Für die in der nachfolgenden Übersicht genannten Rechtsanwälte Siegfried Holzer, Max Mendel und Albert Rosenfelder ist – ungeachtet ihrer Ausbürgerung – die Entziehung des Doktorgrades nicht dokumentiert. Die Nennung der Promotion von Holzer und Mendel beruht allein auf entsprechenden, aber möglicherweise unzutreffenden Angaben in der Literatur bzw. in der Ausbürgerungsakte. Rosenfelder, nachweislich in Erlangen promoviert, war zum Zeitpunkt der Ausbürgerung mutmaßlich tot, zumindest verschollen. Sein Fall gibt aber weiterhin Rätsel auf. Max Herzstein verschwand ebenfalls spurlos, seine Ehefrau wurde nach Auschwitz deportiert; Opfer der Verfolgung der Juden wurde auch Emil Thalmann. Merkwürdigerweise „fehlt“ unter den in Erlangen „gestrichenen“ beamteten Juristen Wilhelm Hoegner, der spätere bayerische Ministerpräsident, der zu Beginn seiner juristischen Karriere kurzzeitig als Anwalt tätig gewesen war und dem 1933/34 eine Wiederzulassung verwehrt worden war. Er wird daher auch in der folgenden Übersicht genannt.

Mit Herbert Jacobi, Julius Prager und Richard Frankfurter hat sich die Erlanger Juristenfakultät nicht befassen „müssen“: Justizrat Jacobi⁷⁴ verblieb ungeachtet der Verwüstung seiner Praxis in der „Kristallnacht“ und der *Schutzhaft* in Dachau bis Anfang Dezember 1938 im „Inland“ und wurde 1943 zusammen mit seiner Ehefrau und seiner ledigen Schwester nach Auschwitz deportiert. J. Prager nahm sich im Exil das Leben, bevor das Ausbürgerungsverfahren gegen seinen Sohn Konrad und seine Witwe eingeleitet wurde. Nur die Ehefrau von R. Frankfurter wurde 1943 ausgebürgert. Frankfurter selbst hatte aufgrund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. 11. 1941 ohne weiteres Verfahren die deutsche Staatsangehörigkeit verloren. Wenn es in Erlangen auch keinen „automatischen Doktorgradentzug in diesen Fällen gab“, wandte die Fakultät „bei zwei jüdischen Emigranten“ – Theodor Erlanger und Dr. Hans Neufeld, seit 1921 Reichsbeamter – die Bestimmungen „aber analog an und begnügte sich mit einem Vermerk über den Verlust des Doktorgrades in den Promotionsakten, ohne einen förmlichen Aberkennungsbeschluss zu fassen“. Mutmaßlich hatte die Universität, die zu den automatisch Ausgebürgerten „keine eigenen Nachforschungen anstellte“, von der Emigration des „Juden“ R. Frankfurter keine Kenntnis und aus diesem Grund keine Nachforschungen angestellt.⁷⁵ Julius Schüle, Arthur Feld und Rudolf Wassermann dürften gleichfalls von der förmlichen Depromotion verschont geblieben sein, ebenso Wilhelm Nathan Kitzinger.

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Erlangen betroffene Rechtsanwälte (62/12); im Fall Heinrich Rosenblatt, sowohl an der Juristischen wie an der Philosophischen Fakultät promoviert, wurde die Entziehung beider „Dokortitel“ veranlasst: Becker, Hugo ~ Benjamin, Max ~ Benjamin, Rudolf ~ Berlin, Walter ~ Bing, Moritz ~ Blum, Fritz ~ Blumenstein, Karl ~ Broh, James ~ David, Ferdinand ~ Erlanger, Theodor ~ *Feld*, Arthur ~ Feldheim, Otto ~ Frei, Leopold ~ *Frankfurter*, Richard ~ Friedmann, Max ~ Gallinger, Joseph ~ Gerngroß, Friedrich Ludwig ~ Goldberg, Bruno ~ Grünberg, Martin ~ Hammerschlag, Emil ~ Herzstein, Max ~ Hirschler, Franz ~ *Hoegner*, Wilhelm ~ *Holzer*, Siegfried ~ Horstmann, Hermann ~ Jacobsohn, Sally ~ Jacoby, Alfred ~ Jacoby, Max ~ Jaffé, Walter ~ Kahn, Ferdinand ~ Kahn, Gustav ~ Karpf, David ~ Kern, Hugo ~ *Kitzinger*, Wilhelm Nathan ~ Koenigsberger, Eduard ~ Kohn, Max ~ Kolski, Moritz ~ Krailsheimer, Hans ~ Krakenberger, Paul ~ Kronenberger, Fritz ~ Landenberger, Leopold ~ Lappe, Martin ~ Lewin, Siegfried ~ *Liebes*, Curt ~ Manasse, Alfred ~ *Mendel*, Max ~

⁷³ Weber, 2006, S. S. 223; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 65 f. u. S. 39 f. (zur Praxis der Entziehung infolge strafgerichtlicher Verurteilung in Erlangen).

⁷⁴ Weber, 2006, S. S. 237.

⁷⁵ Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 31 f.

Merzbach, Rudolf ~ Motulsky, Leo ~ Münzer, Felix ~ *Netheim*, Max ~ Obermeier, Fritz ~ Oettinger, Fritz ~ *Oppenheimer*, Arthur ~ Pinczower, Erich ~ Prager, Konrad ~ Regensteiner, Ludwig ~ Rosenblatt, Heinrich ~ *Rosenfelder*, Albert ~ Schaefer, Josef ~ Schönfeld, Arthur ~ Schopflocher, Ernst ~ *Schüle*in, Julius ~ Stahl, Leo ~ Staub, Richard ~ Steppacher, Walter ~ Stern, Ludwig ~ Stern, Siegfried ~ Thalmann, Emil ~ Vogel, Fritz ~ Wallersteiner, Lothar ~ *Wassermann*, Rudolf ~ Weber, Franz ~ Weil, Ernst ~ Zellner, Max.

Frankfurt am Main: Johann Wolfgang Goethe-Universität

Im Zuge der *Säuberung* der Universität Frankfurt nach 1933 wurde rund ein Drittel der Dozenten „beurlaubt“, entlassen, vertrieben. In seiner monumentalen Geschichte der Universität nennt Notker Hammerstein⁷⁶ Namen von Betroffenen, „darunter führende Vertreter ihres jeweiligen Faches“, u. a. Hugo Sinzheimer. Die Doktorgradentziehungen an der Universität Frankfurt nach 1933, deren „prinzipielle Nichtigkeit“ der Senat der Universität mit Beschluss vom 17. Juli 1957 für alle „politisch motivierten Entziehungen“ festgestellt hatte⁷⁷, blieben unerwähnt, entsprechend dem damaligen Forschungsstand (1989). Aber auch heute ist es nicht leicht, sich einen Überblick über die Doktorgradentziehungen an der Universität Frankfurt zu verschaffen. Die Quellen hat Katharina Becker⁷⁸ 1994 für ihre von N. Hammerstein als Gutachter betreute Magisterarbeit gesichtet. Zwei Jahrzehnte später hat sie das Thema wieder aufgegriffen und „von der Schwierigkeit“ berichtet, „nationalsozialistisches Unrecht wiedergutzumachen“. Nach ihren Untersuchungen wurden in Frankfurt mindestens 113 Personen depromoviert. Eine „Liste der Dissertationen“⁷⁹ in der Magisterarbeit nennt insgesamt 114 Titel. Depromoviert wurden danach mindestens 87 ausgebürgerte Emigranten. Unter den von K. Becker ermittelten Dissertationen „fehlen“ die Arbeiten von Alexander Lorch und Franz Leopold Neumann, deren Depromotion aber auch im „Deutschen Reichsanzeiger“ offenbar nicht nachgewiesen werden konnte.

Von 113 nach 1933 aus Frankfurt vertriebenen Wissenschaftlern waren insgesamt „nur“ 13 ausgebürgert“ und daraufhin depromoviert worden, unter ihnen der Linkskatholik „nichtarischer“ Abstammung Friedrich Dessauer, das wohl prominenteste Opfer der Depromotionspraxis an der Universität Frankfurt. Der Pionier der Röntgenmedizin und ehemalige Zentrumsabgeordnete⁸⁰, der 1934 zunächst in die Türkei und drei Jahre später in die Schweiz emigriert war, wurde 1941 ausgebürgert. Von seiner im „Deutschen Reichsanzeiger“ bekanntgemachten Depromotion – F. Dessauer war 1917 mit der Dissertation „Über einen neuen Hochspannungstransformator und seine Anwendung zur Erzeugung

⁷⁶ Die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Bd. 1: Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule 1914–1950, Göttingen 2012, S. 220; aus dem Impressum ist nicht ersichtlich, dass der Band – das Vorwort datiert vom Juli 1989 – erstmals bereits 1989 veröffentlicht wurde; Boberach (1991, S. 282 f.) weist keine Akten zur Entziehung nach; zur Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät (Forschungsstand 2011): Schumann, 2014, S. 150.

⁷⁷ Becker, [1994], S. 51 u. 2014, S. 137.

⁷⁸ [1994]; Johanna Blautzik, Dipl. Bibliothekarin der Hamburger Bibliothek für Universitätsgeschichte, danke ich für die Überlassung eines Scans der Abschlussarbeit zur Erlangung des Magister Artium im Fachbereich Geschichtswissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität.

⁷⁹ Becker, [1994], S. 62–73.

⁸⁰ M.d.R., ³1994, S. 88 f./Nr. 257; Hammerstein, Bd. 1 (s. Anm. 75), 2012, S. 239–242; das Auswärtige Amt stimmte am 22.8.1941 auch der Ausbürgerung der Kinder zu; nur der älteste Sohn, der in der Wehrmacht diente, wurde von der (nicht publizierten) Erstreckung der Ausbürgerung ausgenommen; PA/AA, R 99918 u. R 100030; Hepp. Liste 246 (v. 23. 7. 1941), 17: F. Dessauer, 18: *Ehefrau*.

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

durchdringungsfähiger Röntgenstrahlen“ in Frankfurt promoviert worden – habe der staatenlose Emigrant aber „glücklicherweise zeitlebens nichts erfahren“.⁸¹ Und der Universität lag nichts daran, die „politisch motivierten Entziehungen“ im Einzelfall zur Sprache zu bringen. In den Personalakten von F. Dessauer wie auch des Mitgründers des Frankfurter Instituts für Sozialforschung Friedrich Pollock⁸² findet sich jedenfalls kein Hinweis auf den Unrechtsakt der Depromotion oder eine entsprechende Rehabilitierung.⁸³ Die Verleihung der Ehrendoktorwürde der Medizinischen Fakultät an den 1948 aus dem Exil zurückgekehrten F. Dessauer erscheint nicht einmal im Nachhinein als ein Zeichen der „Wiedergutmachung“.⁸⁴

Eine Entziehung der in Frankfurt verliehenen Ehrendoktorwürde ist nur in einem Fall belegt: 1941 für den nach Holland emigrierten früheren Frankfurter Oberbürgermeister Ludwig Landmann⁸⁵. Bei anderen Ehrenbürgern der Universität – unter ihnen der Frankfurter Justizrat Ludwig Heilbrunn⁸⁶ und der Berliner Justizrat Julius Magnus⁸⁷, beide ebenfalls emigriert, aber nicht ausgebürgert – versandete das Verfahren oder wurde gar nicht betrieben.

An der Universität Frankfurt sind gemäß der von Katharina Becker⁸⁸ erstellten „Liste“ insgesamt mindestens 20 Juristen, unter ihnen der Arbeitsrechtler Otto-Kahn-Freund⁸⁹ und der in Frankfurt aufgewachsene Ernst Fraenkel, depromoviert worden. Fraenkel hatte zumindest bis Kriegsende vermutlich keine „Kenntnis“ von dem „Willkürakt“, über den ihn der Dekan der Juristischen Fakultät 1961 förmlich, aber eher beiläufig unterrichtete. Auf Anforderung übersandte er dem „sehr geehrten Kollegen“ am 9. Juni „für eine Personalangelegenheit“ eine beglaubigte Abschrift des Diploms und fügte – absatzlos ohne jedes Zeichen persönlicher Betroffenheit – hinzu:

„Für den Fall, dass Sie davon noch keine Kenntnis haben sollten, teile ich Ihnen mit, dass Ihnen wie aus den hiesigen Akten ersichtlich, auf Veranlassung des Reichsführers-SS und des Reichswissenschaftsministeriums durch Verfügung vom 28. 6. 1940 der Doktorgrad entzogen worden war. Ich halte die Entziehungsverfügung, bei der es sich offensichtlich um einen politischen Willkürakt handelte, für nichtig und sehe daher keinen Hinderungsgrund, Ihnen eine Abschrift des nach wie vor gültigen Doktordiploms zu übermitteln.“⁹⁰

Jurist war auch der 1921 mit einer Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Dissertation promovierte Werner Fraustaedter, dessen Depromotion – sofern vollzogen – wie in den Fällen Alexander Lorch und Franz Leopold Neumann im „Deutschen Reichsanzei-

⁸¹ Becker, 2014, S. 137; die Depromotion, von Hammerstein nicht erwähnt, wird in der Dokumentation der Entziehungen im „Reichsanzeiger“ nicht nachgewiesen.

⁸² 1923 mit der Dissertation „Zur Geldtheorie von Karl Marx“ in Frankfurt promoviert, Privatdozent, seit 1951 Rückkehr nach Frankfurt, zunächst außerplanmäßiger Professor.

⁸³ Becker, [1994], S. 29.

⁸⁴ „Als spektakuläre Ereignisse“, so N. Hammerstein (2012, Bd. I [s. Anm. 76], S. 851), trugen die Ehrenpromotionen von F. Dessauer und die des Verlegers Peter Suhrkamp (durch die Philosophische Fakultät) „auf ihre Art“ mit dazu bei, „das Ansehen Frankfurts auch bei der akademischen Zunft zu stärken“.

⁸⁵ Becker, [1994], S. 12.

⁸⁶ Becker, [1994], S. 12; eine Ausbürgerung des nach England emigrierten früheren linksliberalen Parlamentariers L. Heilbrunn, wie von Becker erwähnt, ist nicht dokumentiert; M.d.L., 1995, S. 60f./Nr. 468.

⁸⁷ Becker, [1994], S. 13; NDB 15 (1987), S. 674 f. (H. Göppinger); Göppinger, ²1990, S. 253 u. 374; Deutsche Juristen jüdischer Herkunft, 1993, S. 517–530 (Gerhard Jungfer); AoRB, ²2007, S. 219.

⁸⁸ [1994], S. 62–73.

⁸⁹ Bergemann/Ladwig-Winters, 2004, S. 219.

⁹⁰ UA Frankfurt am Main, zitiert nach Ott/Wäldner, 2016 (E. → Fraenkel).

ger“ bisher nicht nachgewiesen ist. Paul Sulzberger hatte mutmaßlich die palästinensische Staatsangehörigkeit angenommen und dürfte daher weder ausgebürgert noch depromoviert worden sein.

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Frankfurt betroffene Rechtsanwälte (12/3): Altgenug, Erich ~ Baer, Werner ~ Bial, Ludwig ~ Fraenkel, Ernst ~ Frank, Josef ~ *Fraustaedter*, Werner ~ Hahn, Oskar ~ Hirsch, Karl ~ Kamberg, Eugen ~ *Lorch*, Alexander ~ Mainzer, Otto ~ *Neumann*, Franz Leopold ~ Stern-Peltz, Friedrich ~ Strauß, Ernst ~ Teutsch, Hans.

Freiburg i.Br.: Albert-Ludwigs-Universität

Volker Schupp hat 1984 „aus den Akten“ über die „Aberkennung akademischer Grade an der Universität Freiburg“ berichtet. Er zitiert aus einem Vermerk des Rektors im Nachgang zur Westdeutschen Rektorenkonferenz vom 28.–30. Juli 1955 in Münster: „Man wußte, daß die ‚damaligen Motive über die Entscheidung verschieden, und infolgedessen gegebenenfalls individuell zu prüfen‘ waren. Es wurde zugesagt, an jeder Hochschule zu prüfen, welche und wie solche Doktorgrade einst verliehen, und auf welche Weise sie entzogen worden seien. Die Konferenz empfahl ihren Mitgliedern, die Wiedererlangung der Grade, welche aus politischen Gründen entzogen wurden, herbeizuführen.“ Die Empfehlung wurde, wenn überhaupt, nur halbherzig befolgt, auch in Freiburg.⁹¹ Das mag auch damit zusammenhängen, dass eine Entziehung „infolge Unwürdigkeit“ verwaltungsrechtlich nach 1945 „als offensichtlich gegen jegliches Recht verstoßend“ und daher „nichtig“ betrachtet wurde. Sie „braucht“, so Hans Peters⁹² 1949, „nicht erst zurückgenommen werden.“

Erst 1955 wurde die Promotionsordnung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät aus dem Jahre 1938 modifiziert. Im Zuge dieser Neufassung wurde in Freiburg auch der Bezug zum Gesetz über die Entziehung akademischer Grade gestrichen. Die Einschätzung, die in Anwendung des Gesetzes erfolgten Entziehungen des Doktorgrads „als rechtswidrig und folglich als gegenstandslos“ zu betrachten, bestätigte ein Erlass des Kultusministeriums von Baden-Württemberg vom 2. Mai 1962.⁹³ Zwei Jahrzehnte später, im Februar 1984, hat der Senat der Universität Freiburg „ausdrücklich alle rein politisch motivierten Aberkennungen von akademischen Graden während der NS-Zeit“ bedauert und „in jedem Einzelfall“ eine Wiedergutmachung zugesichert, mit dem beschönigenden Zusatz: „soweit dies nicht schon erfolgt ist.“⁹⁴

Einschließlich Ehrenpromotionen handelte es sich in Freiburg um etwa 135 Fälle; „etwa 100“ Depromotionen betrafen Emigranten: „Alle diese Zahlen sind nur approximativ zu

⁹¹ Schupp, 1984, S. 13 f.: „Und hier versagt nun in den allermeisten Fällen die Aktenführung des Universitätsarchivs, also des Rektorats. Es ist nicht ersichtlich, daß der Rektor bei den Dekanen eine Anfrage in die Wege leitete, und daß er Rückmeldungen bekam.“ – Zur Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät (Forschungsstand 2011): Schumann, 2014, S. 150.

⁹² Lehrbuch der Verwaltung, Berlin [u. a.] 1949, S. 140; Peters, im „Dritten Reich“ Mitglied einer Berliner Widerstandsgruppe (www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personen) und zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin (von Lösch, 1999, S. 302–307; Kristin Kleibert, Die Juristische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin im Umbruch. Die Jahre 1948 bis 1951, Berlin 2010, S. 21–34), behandelt aber nicht ausdrücklich die Entziehung infolge § 2 des Gesetzes vom 14. 7. 1933.

⁹³ Merkel, 1976, S. 113 f.; Schupp, 1984, S. 15.

⁹⁴ Schupp, 1984, S. 9.

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

nehmen.⁹⁵ Die von Dieter Speck erarbeitete Zusammenstellung des Universitätsarchivs, die im Internet abrufbar ist, erfasst nun 138 Personen, die depromoviert oder relegiert wurden. In Einzelfällen konnte das Ergebnis eines Verfahrens nicht ermittelt werden.⁹⁶ Nach dieser Liste entzog die Juristische Fakultät der Universität Freiburg in mindestens 24 Fällen den Doktorgrad nach Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit. Betroffen war auch eine Juristin⁹⁷. Alfons Goldschmidt war der erste, dem die Universität die juristische Doktorwürde aberkannte; nach seinem Protest – Goldschmidt war 1904 zum Dr. rer. pol. promoviert worden – wurde die Entziehung 1938 noch einmal vollzogen.⁹⁸ Aufgrund der Erstreckung der Ausbürgerung des (in Breslau depromovierten) letzten Potsdamer Rabbiners Dr. phil. Hermann Schreiber wurde auch dessen Sohn 1940 in Freiburg depromoviert: Dr. jur. (1934) Paul Schreiber – nach dem Novemberpogrom 1938 in Buchenwald inhaftiert – emigrierte zunächst nach Schweden und später in die USA, wo er als Hochschullehrer Karriere machte.⁹⁹ Heinrich Veit hatte einen Doktorgrad der Philosophischen Fakultät erworben. Im Fall Gustav Otto Warburg – 1921 in Freiburg zum Dr. jur. und 1924 in Hamburg zum Dr. rer. pol. promoviert – wurde die Ausbürgerung wegen Annahme der britischen Staatsangehörigkeit wieder aufgehoben, die Depromotion aber offenbar nicht.¹⁰⁰ Die in der Liste ebenfalls genannte Margarethe Saulmann¹⁰¹, die erste Ehefrau Alfred Wieners, war Nationalökonomin.

In der Liste scheinen auch Kurt Gudell (→ Greifswald) und Felix Cahn (→ Gießen) sowie Max Eichholz auf, der 1905 in Freiburg mit der Dissertation „Grundzüge der Rechtsstellung des Kapitäns nach der Seemannsordnung vom 2. Juni 1902“ (Hamburg 1905) promoviert worden war. Eichholz – von 1920 bis 1932 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (DDP/Staatspartei) – war bis 1938 als Rechtsanwalt zugelassen. Aufgrund seiner Verurteilung wegen *Rassenschande* zu 5 Jahren Zuchthaus wurde ihm 1939 der Doktorgrad entzogen. Während die Ehefrau und die beiden Söhne noch emigrieren konnten, wurde Max Eichholz Anfang Januar 1943 aus der Haft nach Auschwitz deportiert.¹⁰² Das Schick-

⁹⁵ Schupp, 1984, S. 10; Boberach, 1991, S. 284: „4 Bde. Entziehung der Doktorwürde bis 1944“.

⁹⁶ [PDF]: www.uniarchiv.uni-freiburg.de/unigeschichte/entzogenedatei.

⁹⁷ Herta Meyer (* 1909; Diss.: Begünstigung durch Prozeßhilfe, o.O. 1933), seit 1936 verheiratet mit dem Kaufmann Siegfried Frankenberg und im gleichen Jahr emigriert (CSR), wurde 1938 ausgebürgert und depromoviert; Hepp, Liste 51; PA/AA, R 99701.

⁹⁸ Schupp, 1984, S. 12, 15–19; zu A. Goldschmidt: BHdE II, 1, 1983, S. 392 f.; Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, hg. v. Harald Hagemann u. Claus-Dieter Krohn in Zusammenarbeit m. Hans Ulrich Eßlinger, Bd. 1, Berlin 1999, S. 191–193 (Wolfgang Kießling).

⁹⁹ PA/AA, R 99847; Hepp Liste 169 v. 15.4.1940, 125–127; BHdE II, 2, 1983, S. 1052; Bergemann/Ladwig-Winters, 2003, S. 133 f.; Schreiber (1911–1976) war 1964/65 für das Ministry of Welfare in Israel tätig, nicht „Sozialminister“ (Bergemann/Ladwig/Winters; darauf gestützt Hans-Jürgen Wende, 19.4.2018: Ansprache „aus Anlass der Benennung eines Besprechungsraums im Landgericht Potsdam nach dem in Auschwitz 1944 ermordeten jüdischen Kollegen Fritz Hirschfeld“; www.lg-potsdam.brandenburg.de/media_fast/4055/PrsäsLG_aD_V (23.4.2019).

¹⁰⁰ Der Journalist G. O. Warburg (1900–1978; BHdE I, 1980, S. 795) – mit Hepp-Liste 125 (v. 21.7.1939; 140) ausgebürgert – veröffentlichte 1939 im Verlag Allen & Unwin (London) „Six Years of Hitler. The Jews under the Nazi regime“. In der Liste der in → Hamburg Depromovierten „fehlt“ G. O. Warburg.

¹⁰¹ Die wirtschaftstheoretischen Analysen der deutschen Freihändler und ihr Verhältnis zur englischen Klassischen Nationalökonomie, Diss. Freiburg 1921; * 1895, seit 1921 verheiratet mit Dr. phil. (Heidelberg 1913; Entziehung nicht dokumentiert) Alfred Wiener (1885–1964; Gründer der Wiener Library, London), Mai 1934 Emigration mit der Familie in die Niederlande; 1939 mit ihrem Ehemann und drei Kindern ausgebürgert, 1940 depromoviert; seit 1943 in Haft (Westerbork) und am 12.1.1944 nach Bergen-Belsen deportiert, dort Anfang Jan. 1945 umgekommen; Hepp, Liste 133; PA/AA, R 99810.

¹⁰² M.d.L., 1995, S. 32/Nr. 245; Frank Müller, Mitglieder der Bürgerschaft. Opfer totalitärer Verfolgung, Hamburg ²1995, S. 28–31; Morisse, ²2013, S. 135.

sal der unter dem Parteinamen Hertha Sturm bekannten Kommunistin Edith Schumann geb. Fischer (* 1886) – Nationalökonomin wie Margarethe Saulmann – liegt im Dunkeln.¹⁰³

Betroffen von der Depromotion nach 1933 waren auch prominente Ehrendoktoren, so nach seiner Ausbürgerung 1940 der Industrielle Fritz Thyssen. Selbst dem im KZ Kislau ermordeten Rechtsanwalt und früheren SPD-Reichstagsabgeordneten Ludwig Marum entzog die Medizinische Fakultät „offenbar in Unkenntnis“ seines Todes noch 1938 die Ehrendoktorwürde.¹⁰⁴ Bereits 1935 war dem (nicht emigrierten) früheren badischen Minister und sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Adam Remmele¹⁰⁵ die 1926 verliehene Ehrendoktorwürde wieder entzogen worden; im Fall des (ebenfalls nicht emigrierten) früheren Reichsministers und Zentrumsparlamentariers Heinrich Köhler¹⁰⁶ billigte das badische Ministerium für Kultus und Unterricht 1935 die „Prüfung der Entziehung wegen seiner Finanzpolitik“; nach Aktenlage ist aber nur festzustellen, dass bis Anfang 1938 keine Entziehung erfolgte.

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Freiburg betroffene Rechtsanwälte (8): Callmann, Rudolf ~ Dreifuß, Helmuth ~ Frank, Ludwig ~ Jüdel, Paul ~ Sandak (urspr. Abrahamsohn), Alfred ~ Schleicher, Hugo ~ Veit, Heinrich ~ Westfeld, Dietrich.

¹⁰³ Vom 10. März 1933 bis zum 17. Januar 1934 in Schutzhaft; danach arbeitete H. Sturm unter den Decknamen Gerda Stein und Ellen Croner für die linkssozialistische Gruppe „Neu Beginnen“. Im September 1935 in Köln verhaftet und im März 1936 durch das Berliner Kammergericht wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde E. Schumann-Fischer, die mit der Dissertation „Die Eheschließungen in Baden“ (Diss. 1929; lt. „Promotionsakte – mündl. Prüfung vom 28.07.1915“) promoviert worden war, am 12.1.1937 der Doktorgrad aberkannt. Einen Einspruch lehnte die Universität ab. Zu E. Schumann-Fischer/Hertha Sturm vgl. Deutsche Kommunisten, 2004, S. 771 f. (danach Promotion „im Juli 1914“, Depromotion nicht erwähnt).

¹⁰⁴ Schupp, 1984, S. 11; M.d.R., ³1994, S. 309–312/Nr. 987; Monika Pohl, Ludwig Marum. Gegner des Nationalsozialismus. Das Verfolgungsschicksal eines Sozialdemokraten jüdischer Herkunft, Karlsruhe 2013; eine Ausbürgerung der Witwe Johanna Marum – nach Frankreich emigriert – ist nicht dokumentiert; von ihnen ebenfalls emigrierten drei Kindern wurde ihre älteste Tochter Elisabeth (1910–1998) – nach dem ersten juristischen Staatsexamen 1933 nicht mehr zum Referendariat zugelassen – als Ehefrau des 1939 ausgebürgerten Juristen Heinz Lunau (1910–1977) ebenfalls staatenlos; die jüngste Tochter Brigitte (Otto→Hollaender) verlor aufgrund der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941 mit ihrer Deportation nach Sobibor die deutsche Staatsangehörigkeit. ~ Die Gestapo Magdeburg hatte am 4. 8. 1938 die Ausbürgerung des *deutschblütigen* H. Lunau in *Vorschlag* gebracht. Der Emigrant, dessen Eheschließung in Magdeburg unbekannt geblieben war, hatte nach Darstellung der Gestapo während des Studiums „in Berlin den bekannten jüdischen Rechtsanwalt Professor Dr. A l s b e r g kennen[gelernt], der ihm Berater für seinen weiteren Studiengang wurde und unter dessen geistigen Einfluß er geriet. [...] Im November 1936 erbat Lunau seine Entlassung aus dem Staatsdienst mit der Begründung, dass er nunmehr den Umfang seiner geplanten international-rechtlichen Arbeiten übersehen könne. Er schied am 1. 12. 1936 aus dem Reichsjustizdienst aus“ und emigrierte nach Paris. Zur Begründung ihres Vorschlags verwies die Gestapo auf „beschimpfende Ausführungen in seinen Büchern über den nationalsozialistischen Staat und seine Führer“. Von den Exilveröffentlichungen Lunaus wurde nur die 1936 in Brüssel erschienene Schrift „Die geistige Situation der Deutschen“ 1938 verboten; PA/AA, R 99750; Hepp, Liste 86, 49 (11. 1. 1939) ~ LBI, Papers of Elisabeth Lunau; Röwekamp, 2005, S. 242–244; Caroline Roy, Die Familie Marum-Lunau im Exil: Frankreich, Marokko, Mexiko und die Vereinigten Staaten (1933–1947), in: Alltag im Exil, 2011, S. 153–172; Ladwig-Winters, 2016, S. 171 f.; mit weiteren Quellen: www.stadtlexikon.karlsruhe.de/index.php/De:Lexikon:bio-1 (Christa Koch, 2016).

¹⁰⁵ M.d.R., ³1994, S. 390/Nr. 1217; Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie, 2000, S. 266 f.

¹⁰⁶ M.d.R., ³1994, S. 258/Nr. 808; Lexikon der Christlichen Demokratie, 2002, S. 300 (Josef Becker).

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

Gießen: Hessische Ludwigs-Universität

Einer Beschlussvorlage von Helmut K. J. Ridder folgend hat der Senat der Universität Gießen am 8. Februar 1967 einstimmig festgestellt, die in der Zeit des Nationalsozialismus „wegen politischer, rassischer oder religiöser Gründe“ erfolgten Doktorgradentziehungen als „nichtig“ zu betrachten, diesen Beschluss aber „nie der Öffentlichkeit oder gar den Betroffenen mitgeteilt“.¹⁰⁷ Erst 2006 bekannte sich die Universität Gießen öffentlich „zu ihrer Mitschuld an den Doktorgradentziehungen“ und rehabilitierte die durch die Bekanntmachung ihrer akademischen Ausbürgerung als Volksverräter oder Straftäter an den Pranger gestellten Akademiker. Als erste und bisher einzige deutsche Universität erinnert Gießen mit einer 2008 durch den Offenbacher Künstler Bernd Fischer gestalteten Gedenktafel im Gustav-Krüger-Saal des Universitätsgebäudes an die *gestrichenen* Doktoren.¹⁰⁸

Michael Breitbach hat 2001 für Gießen insgesamt 52 Depromotionen in der Zeit des Nationalsozialismus gezählt und auch Fallzahlen der Depromotionen infolge Ausbürgerung mitgeteilt: 8 (1937/38), 27 (1939/43), davon 13 Depromotionen allein 1939; die entsprechende Überlieferung im Universitätsarchiv war seit 1991 bekannt.¹⁰⁹ Namen und Schicksale der von den Doktorgradentziehungen an der Universität Gießen Betroffenen hat Peter Chroust¹¹⁰ ermittelt. H. Berding zufolge sind inzwischen insgesamt 49 Fälle dokumentiert, davon 36 Depromotionen von ausgebürgerten Emigranten, von denen nach P. Chroust insgesamt 11 an der Juristischen Fakultät promoviert worden waren. Alfred Rabau, gegen den zumindest ein Ausbürgerungsverfahren eingeleitet worden ist, wird bei P. Chroust nicht genannt.

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Gießen betroffene Rechtsanwälte (7/1): Aaron, Albert ~ Baumgart, Max ~ Cahn, Felix ~ Marcuse, Hans ~ Oppenheimer, Walter ~ Rabau, Alfred ~ Röttgen, Felix ~ Weinberg, Julius.

Göttingen: Georg-August-Universität

Im Vorworts zu dem 1987 erschienen Sammelwerk „Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus“ erinnerten die Herausgeber „an die kollektive Verdrängungsleistung“ – bis hin zu „Behinderungen und Verhinderungen“, die Geschichte der eigenen Universität in der Zeit des Nationalsozialismus zu untersuchen. In welchem Ausmaß die Universität Göttingen von personellen *Säuberungen* betroffen war, zeigten u. a. die Beiträge von Frank Halfmann¹¹¹ und Heinrich Becker¹¹² sowie die ein Jahr zuvor im 4. Band des

¹⁰⁷ Breitbach, 2001, S. 290.

¹⁰⁸ Berding, 2009 (Festrede); <https://www.berndfischer.com/auftragsarbeiten/gedenktafeln/gedenktafel-zu-doktorgradentziehungen-justus-liebig-universitaet-giessen/>.

¹⁰⁹ Boberach, 1991, S. 285; Breitbach, 2001, S. 295.

¹¹⁰ 2006.

¹¹¹ Eine „Pflanzstätte bester nationalsozialistischer Rechtsgelehrter“: Die Juristische Abteilung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, in: Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus. Hg. v. Heinrich Becker [u. a.], München 2., erw. Ausgabe 1998 (1987), S. 102–155, 1906 ff.; Eva Schumann, Die Göttinger Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1933–1955, in: Dies. (Hg.), Kontinuitäten und Zäsuren. Rechtswissenschaft und Justiz im „Dritten Reich“ und in der Nachkriegszeit, Göttingen 2008, S. 65–121.

¹¹² Aufstellung der Professoren, Privatdozenten, Lehrbeauftragten und Nachwuchswissenschaftler, die infolge der nationalsozialistischen Maßnahmen die Universität Göttingen verlassen mussten, in: Die Universität Göttingen, 21998, S. 709–721; ergänzend zur Universität in der „Nazizeit“ vgl. Hans-Joa-

internationalen Jahrbuchs „Exilforschung“ veröffentlichte „Fallstudie“ von Hans-Joachim Dahms¹¹³. Mehr als zwei Jahrzehnte später – „aus Anlass der wissenschaftlichen Aufarbeitung und der Ausstellung zur unrechtmäßigen Entziehung von Doktorgraden unter Mitwirkung der Universität Göttingen in den Jahren von 1933 bis 1945“ im Foyer des Neubaus der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen – stellte der Senat der Universität Göttingen am 27. Oktober 2004 in einem Beschluss einstimmig fest, dass „Entziehungen von Doktorgraden aus politischen und rassistischen Gründen oder Motiven als Akte der politischen Verfolgung willkürlich und menschenverachtend waren“ und „zutiefst den humanistischen Idealen und den Grundsätzen wissenschaftlichen Handelns [widersprechen], denen sich die Universität verpflichtet fühlt“. Der Senat hielt es daher für geboten, in allen „ihm bekannt gewordenen Fällen von Willkürakten ausdrücklich die Nichtigkeit festzustellen, wie dieses in Einzelfällen in den vergangenen Jahren bereits geschehen ist“. Im Anhang des „In publica commoda“ veröffentlichten Senatsbeschlusses¹¹⁴ werden die Namen „von den 72 identifizierbaren Opfern in Göttinger Aberkennungsfällen“¹¹⁵ genannt.

Die Liste enthält keine näheren biographischen Angaben, die eine rasche Identifizierung ermöglichen könnten; sie beginnt mit dem Juristen Wilhelm Abegg¹¹⁶, der – nach dem „Papen-Schlag“ 1932 als Staatssekretär im preußischen Innenministerium in den einstweiligen Ruhestand versetzt – 1933 in die Schweiz emigriert war. Sieben Fälle konnten offenbar nicht geklärt werden. Einige prominente Fälle – u. a. die Ausbürgerungen des Friedensnobelpreisträgers Ludwig Quidde¹¹⁷, des späteren Nobelpreisträgers für Physik Max Born und des Berliner Anwalts Ludwig Bendix – hat Katrin Thielier in ihrer auch als View Document zugänglich Untersuchung „[...] des Tragens eines deutschen akademischen Grades unwürdig“ (Universitätsverlag Göttingen) näher dargestellt. Danach hat die Universität ihr verbliebene „Spielräume“ nicht nur nicht genutzt, sondern „die Diskriminierung der jeweiligen Person“ unterstützt.¹¹⁸ In mehr als der Hälfte der 72 bekannten Fälle war die Depromotion eine Folge der Strafausbürgerung, auch im Fall Arthur Gumbert, der mit seiner nach der Ausbürgerung ebenfalls staatenlosen Ehefrau in den besetzten Niederlanden der Judenverfolgung zum Opfer fiel. Dagegen wurde der frühere Göt-

chim Dahms, Die Universität Göttingen 1918 bis 1989. Vom „Goldenen Zeitalter“ der Zwanziger Jahre bis zur „Verwaltung des Mangels“ in der Gegenwart, in: Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 3: Von der preußischen Mittelstadt zur niedersächsischen Großstadt 1866–1989. Hg. v. Rudolf von Thadden [u. a.] Göttingen 1999, S. 395–456, 424; zur Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät (Forschungsstand 2011): Schumann, 2014, S. 150.

¹¹³ Verluste durch Emigration. Die Auswirkungen der nationalsozialistischen „Säuberungen“ an der Universität Göttingen. Eine Fallstudie, in: Exilforschung, Bd. 4 (1986), S. 160–185; Anikó Szabó, Vertreibung, Rückkehr, Wiedergutmachung. Göttinger Hochschullehrer im Schatten des Nationalsozialismus. Mit einer biographischen Dokumentation der entlassenen und verfolgten Hochschullehrer: Universität Göttingen – TH Braunschweig – TH Hannover – Tierärztliche Hochschule Hannover, Göttingen 2000.

¹¹⁴ www.uni-goettingen.de/de19166.html.

¹¹⁵ Bernd Weisbrod, Legale Diskriminierung und universitäre Selbstmobilisierung. Die Aberkennung von Doktorgraden an der Universität Göttingen im „Dritten Reich“, in: Thielier, ²2006, S. 11–17, 12; Boberach hatte bereits 1991 (S. 286) auf die einschlägigen Rektorsakten verwiesen.

¹¹⁶ Schumacher, 2017, S. 265.

¹¹⁷ M.d.R., ³1994, S. 374 f. Nr. 1181 (ohne Erwähnung der Depromotion); Schumacher, 2017, S. 255 f.

¹¹⁸ Thielier, 2006, S. 32; ²2006; durch die Bestandserschließung der Rektorsakten aus der NS-Zeit wird künftig auch „eine systematische Online-Recherche“ zu den „Einzelfallakten“ der Depromotionen im Archivinformationssystem Niedersachsen und Bremen möglich sein; Holger Bergwinkel, Rektorsakten der Universität Göttingen aus der NS-Zeit, in: ARCHIVAR 73, 2020, 1, S. 57–59.

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

tinger Rechtsanwalt Dr. jur. Karl Friedrich Polak (* 1904)¹¹⁹ nicht förmlich depromoviert. Jedenfalls scheint sein Name in der Liste der Opfer nicht auf: 1933 mit Berufsverbot belegt und in die Niederlande emigriert, galt Polak – 1944 von Westerbork nach Auschwitz deportiert – aufgrund der 11. VO. z. RBürgG vom 25.11.1941 in Verbindung mit der 2. DVO z. Gesetz über die Führung akademischer Grade vom 29.3.1943 als depromoviert. Die Universität „musste“ daher nicht tätig werden; und sie unternahm ohne Weisung und vermutlich in Unkenntnis des „Falls“ offenbar auch nichts.

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Göttingen betroffene Rechtsanwälte (10/1): *Baerensprung*, Horst W. ~ Bendix, Ludwig ~ Biema, Hans-Hermann van ~ Biema, Hermann van ~ Cohn, Alfred ~ Franck, Hugo ~ Goldberger, Alfred ~ Gumbert, Arthur ~ Labischin, Kurt ~ Schwabe, Walter ~ Strauß, Emil.

Greifswald: Ernst-Moritz-Arndt-Universität

Die 1456 gegründete Universität zählt zu den ältesten Universitäten in Mitteleuropa. Den ihr auf Antrag des Senats 1933 durch die Preußische Staatsregierung verliehenen Namenszusatz, legte sie nach kontroversen Debatten Anfang 2018 wieder ab. Für die hier untersuchte Zeitspanne der Greifswalder Universitätsgeschichte ist der Namenszusatz unstrittig und daher auch im Zwischentitel berechtigt. Auch künftig kann der Namenszusatz, so der vom Akademischen Senat am 17.1.2018 angenommene Kompromiss, „unter bestimmten Voraussetzungen“ dem Universitätsnamen vorangestellt werden.¹²⁰

Mit dem Thema der Entziehungen akademischer Grade nach 1933 hat sich in Greifswald eine Kommission beschäftigt. Ihrem Votum, die „während des sogenannten Dritten Reichs entzogenen Akademischen und Universitätsgrade zurückzugeben“, schloss sich der Akademische Senat der Universität Greifswald am 19. Oktober 2000 an.¹²¹ Die Senatsliste – Ergebnis einer „Einzelfallprüfung“ – nennt die Namen von 70 Personen, die in Greifswald depromoviert wurden, unter ihnen mindestens 43 Juristen (unter Einbeziehung des irrtümlich als „Dr. rer. pol.“ bezeichneten Martin Grumach). Dirk Alvermann¹²² erwähnt in seinem Beitrag zur „Aberkennung akademischer Grade an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald während der NS-Zeit und ihre Aufhebung 1945–66“ zwei Einzelfälle – Heinrich (irrtümlich: Friedrich) Werthauer und Richard Hamburger, die in der Senats-Liste jedoch beide nicht aufscheinen, deren Depromotion jedoch im „Deutschen Reichsanzeiger“ bekanntgemacht wurde. In der Liste „fehlen“ weiterhin der Berliner Syndikus Dr. jur. Kurt Gudell (1898–1964)¹²³, aber auch Richard Henschel, Ignaz Lippmann und Max Schottländer, deren Depromotion im „Deutschen Reichsanzeiger“ nicht

¹¹⁹ Der aus Berlin stammende Sozius Walter Proskauer (* 1890) – in Göttingen schon vor 1933 Ziel antisemitischer Attacken – verlor 1933 ebenfalls die Anwaltszulassung. 1934 nach Berlin übergesiedelt, wurde er von dort 1943 nach Auschwitz deportiert; vgl. Cordula Tollmien, *Juden in Göttingen*. III. 1933 bis 1945: Entrechtung, Vertreibung und Ermordung, in: *Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt*, Bd. 3 (Göttingen 1999), S. 704–732, 705.

¹²⁰ <https://www.uni-greifswald.de>.

¹²¹ Boberach, 1995, S. 207; Rehabilitiert: Universität Greifswald gibt von NS-Regime entzogene Akademische und Ehregrade posthum zurück: [https://www.uni-greifswald.de/universitaet/geschichte/...](https://www.uni-greifswald.de/universitaet/geschichte/)

¹²² 2003; zur Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät (Forschungsstand 2011): Schumann, 2014, S. 150 f.

¹²³ K. Gudell, *Minderheitsrechte im Recht der Aktien-Gesellschaft*, Greifswald 1921; laut Dieter Speck (→ Freiburg) wurde der frühere Berliner Syndikus – 1940 ausgebürgert (PA/AA, R 99845; Hepp, Liste 167) – am 29.7.1938 „wegen Ohrfeige an Hitler“ depromoviert; zum Fall des 1944 aus der Schweiz ausgewiesenen Gudell (Ich ohrfeigte Hitler und wurde Opfer einer Schweizer Affäre Dreifuss, Wien-

nachweisbar ist. Marcus Felixbrodt wurde zwar nach seiner Emigration zur Ausbürgerung vorgeschlagen, die Ausbürgerung vom Reichsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt Ende 1935 aber *vorläufig* zurückgestellt und – mutmaßlich nach Annahme der palästinensischen Staatsangehörigkeit – nicht vollzogen. Zunächst verschont von der Ausbürgerung blieb offenbar auch Heinz Pinner, dessen im Hamburger Freihafen lagerndes Umzugsgut auch ohne diesen Unrechtsakt 1941 versteigert wurde. Im gleichen Jahr wurde der *jüdische* Emigrant, aufgrund der 11. VO. z. RBürgG staatenlos, im Frühjahr 1943 durch die 2. DVO z. Gesetz über die Führung akademischer Grade automatisch depromoviert, ohne dass die Universität noch einen Beschluss hätte fassen müssen.

Erinnert sei abschließend an den in Greifswald promovierten Rechtsanwalt Theodor Tichauer. Der Emigrant blieb als französischer Staatsbürger von der Strafausbürgerung und der akademischen Degradierung verschont. Durch die Vichy-Regierung wie viele in Frankreich naturalisierte Emigranten später wieder ausgebürgert, wurde Tichauer 1942 mit dem 1. Transport von Compiègne nach Auschwitz deportiert. Das gleiche Schicksal erlitten wenig später seine Ehefrau und seine Tochter Eva, die allein überlebte: „J'étais le numéro 20832 à Auschwitz“.

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Greifswald betroffene Rechtsanwälte (19/4): Beer, Georg ~ Fließ, Hans ~ Fraenkel, Max ~ Gerson, Erich ~ Goldberg, Max ~ Grumach, Martin ~ Hamburger, Richard ~ *Henschel*, Richard ~ Jacobson, Kurt ~ Katzenstein, Julius ~ *Lippmann*, Ignaz ~ Marcus, Siegfried ~ Mendel, Hugo ~ Minden, Henry ~ Müller, Johannes ~ *Pinner*, Heinz ~ Rosenbaum Walter ~ Saalfeld, Bernhard ~ *Schottländer*, Max ~ Stein, Leon ~ Steinitz, Werner ~ Strauß, Albert ~ Werthauer, Heinrich.

Halle: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Am 10. November 1933, am 450. Geburtstag von Martin Luther, erhielt die halleische Universität ihren neuen Namen. An die „Unwürdigen“, die in Halle nach 1933 depromoviert wurden, hat als erster Walter Zöllner 1995 erinnert. Im gleichen Jahr entschuldigte sich der Rektor der Universität bei 31 namentlich Genannten für das Unrecht, das ihnen durch die Degradierung widerfahren war: Sie alle waren in der Zeit des Nationalsozialismus „aus politischen Gründen“ depromoviert worden. Darüber hinaus „gab es eine kleine Anzahl von Verfahren gegen aus anderen Gründen Verurteilte (meist gegen Homosexuelle und der Abtreibung beschuldigte Ärzte)“.¹²⁴ Die Praxis der Depromotion wird in dem von Heiner Lück und Armin Höland 2011 herausgegebenen Sammelband „Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im Nationalsozialismus“ nicht thematisiert, auch nicht von H. Lück in seinem Beitrag „Die

Mauerbach: Selbstverlag 1949) SwissA, zahlreiche Dossiers (1935–1966); Andreas Pretzel (Hg.), NS-Opfer unter Vorbehalt. Homosexuelle Männer in Berlin nach 1945, Münster [u. a.] 2002.

¹²⁴ Zöllner, 1995, S. 23 („Diese Delikte mußten herhalten, um die politischen Vergehen noch mehr zu kriminalisieren.“); Boberach, 1995, S. 209; W. Zöllner, Die Martin-Luther-Universität unter dem NS-Regime, in: Walter Pauly (Hg.), Hallesche Rechtsgelehrte jüdischer Herkunft, Köln [u. a.] 1996, S. 1–10, 6ff.; eine von H. Lück (Beharrlich und unbeirrbar: Walter Zöllner als Hochschullehrer. Autor und Editor, in: ders. u. Werner Freitag, Hg., Historische Forschung in Sachsen-Anhalt. Ein Kolloquium anlässlich des Geburtstages von W. Zöllner, Stuttgart/Leipzig 1999, S. 7–12, 12) erwähnte Publikation von W. Zöllner zum gleichen Thema konnte nicht ermittelt werden; Joachim Rückert, Zwölf Jahre „Dienst am Recht“, in: ders., Unrecht durch Recht. Zur Rechtsgeschichte der NS-Zeit, Tübingen [2018], S. 335–360 (Nachdruck aus dem von H. Lück u. A. Höland hg. Sammelband (Halle/S. 2011, S. 111–137).

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät Halle in der NS-Zeit. Zugänge – Probleme – Analysen“.¹²⁵

Die vom Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1938 angeordnete Überprüfung der in der „Systemzeit“ ernannten Ehrensensatoren hatte in Halle keine Aberkennung zur Folge: Von 25 Ehrensensatoren lebten 1937 noch 16, unter ihnen die nach ihrer Emigration „postalisch“ nicht zu erreichende Elsa Brändström, weiterhin Richard Rive, vormals Mitglied des Preußischen Herrenhauses und bis 1933 Oberbürgermeister von Halle, und der nach dem 20. Juli 1944 hingerichtete Carl Wentzel-Teutschenthal. Bei zwei Ehrensensatoren, die einer Loge angehört hatten, bat der Rektor „von der Aberkennung der Würde eines Ehrensensors [...] wegen ihrer Verdienste um die Universität und mit Rücksicht auf ihr hohes Alter abzusehen“. Ob die Universität nach der Verurteilung Wentzel-Teutschenthals tätig wurde, ist offenbar nicht bekannt.¹²⁶

Das vielleicht prominenteste Opfer der halleschen „Aberkennungspraxis“ war der 1933 zunächst nach Frankreich und später nach England emigrierte Berliner Literatur- und Theaterkritiker Alfred Kerr¹²⁷, der 1894 an der alten Fridericiana „unter dem Namen Kempner“ promoviert worden war. Die offizielle Mitteilung des Rektors der Universität vom 4. Oktober 1939 über die damit wirksam gewordene Entziehung des Doktorgrades – aufgrund des Verlusts der deutschen Staatsangehörigkeit – betraf noch vier weitere „Unwürdige“, unter ihnen Botho Laserstein. Erich Jacoby hatte nach der Emigration 1933 das bereits angemeldete Promotionsverfahren nicht mehr abschließen können.

An der halleschen Universität wurden sechs Rechtsanwälte „aus politischen Gründen“ (W. Zöllner) degradiert, ebenso der Jurist Fritz Litten, der Vater des im KZ Dachau ermordeten Rechtsanwalts Hans Litten. Heinrich Braun war vor Einleitung des Ausbürgerungsverfahrens die Doktorwürde bereits entzogen worden.

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Halle betroffene Rechtsanwälte (6): Czapski, Georg ~ Fackenheim, Julius ~ Hannach, Erich ~ Isaac (d. i. Ilgner), Erich ~ Laserstein, Botho ~ Stern, Erich.

Hamburg: „Hansische Universität“

Die Hamburger Universität ist „die erste durch ein parlamentarisches Gesetz geschaffene Universität in Deutschland“ (Rainer Nicolaysen). Nach 1933 wurden rund 90 Mitglieder ihres Lehrkörpers aus überwiegend *rassistischen*, aber auch politischen Gründen entlassen, vertrieben und verfolgt. Zu den ausgebürgerten Hamburger Hochschullehrern zählt der Nationalökonom Eduard Heimann, ein Sohn des ebenfalls in die USA emigrierten, aber selbst nicht ausgebürgerten SPD-Reichstagsabgeordneten Hugo Heimann. Als „Hamburgische Universität“ im Frühjahr 1919 gegründet und 1935 in „Hansische Universität“ umbenannt, hat die Universität zwischen 1936 und 1945 in mindestens 59 Fällen den Doktorgrad entzogen, davon in den Jahren 1938 bis 1941 in 32 Fällen nach Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit.¹²⁸ Eduard Heimann wurde die Doktorwürde in Hei-

¹²⁵ Halle/Saale 2011, S. 15–31; Schumann, 2014, S. 151 (Forschungsstand 2011).

¹²⁶ Hans-Dieter Zimmermann, Die Ehrenmitglieder und Ehrensensatoren der Universität Halle-Wittenberg von 1920 bis 1945, in: Hermann-J. Rupieper (Hg.), Beiträge zur Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1502–2002, Halle/Saale 2002, S. 445–454, 452 ff.

¹²⁷ Zur Ausbürgerung PA/AA, R. 98422; vgl. Das Amt, ³2010, S. 82.

¹²⁸ Boberach, 1991, S. 287; Angela Bottin unter Mitarb. v. R. Nicolaysen, Enge Zeit. Spuren Vertriebener und Verfolgter der Hamburger Universität, Hamburg 1991; Hering, 1991; R. Nicolaysen, Wandlungsprozesse der Hamburger Universität im 20. Jahrhundert: <https://www.uni-hamburg.de/einrichtungen/>

delberg entzogen. Die Degradierungen an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät¹²⁹ der Hamburger Universität (14) erfolgten überwiegend nach Ausbürgerung der Emigranten (9, unter ihnen 6 Juristen). Für Walter Derenberg ist jedoch kein förmlicher Beschluss nachweisbar; Alfred Cohn-Renner „fehlt“ in der Liste „Betroffene und Anlässe“. Die Entziehung seines Doktorgrads ist offenbar auch im „Deutschen Reichsanzeiger“ nicht nachweisbar. Hans Waldstein wurde von der Deutschen Botschaft Paris 1941 mit einer Sammelliste zur Ausbürgerung vorgeschlagen; ein förmliches Verfahren erübrigte sich aber nach Erlass der 11. VO z. RBürgG vom 25. 11. 1941 und der 2. DVO zum Gesetz über die Führung akademischer Grade, in deren Folge Waldstein seit dem 29. März 1943 ohne weiteres Verfahren als depromoviert galt.

Zu den betroffenen *beamteten* Juristen zählt Regierungsrat a. D. Dr. Friedrich (genannt Fritz) Wilhelm Julius Morstein *Marx*, der „nach der Machtübernahme“ aufgrund eines eingeleiteten Disziplinarverfahrens bis zum Herbst 1933 beurlaubt worden war. Die Untersuchung bot jedoch keine Handhabe zur Entlassung aus dem hamburgischen Verwaltungsdienst. Ein Gesuch des national gesinnten Beamten, ihn für „eine Vortragsreise in den Vereinigten Staaten“ zu beurlauben, lehnte die Behörde ab. Daraufhin wurde „Dr. Marx antragsgemäß mit dem 31. 10. 1933 ohne Ruhegehalt aus dem Staatsdienst entlassen“. Am 5. Dezember 1933 „mit seiner Familie“ – seine Ehefrau war gebürtige Amerikanerin – in Hamburg *zur Abmeldung*“ gelangt, war Marx seit 1935 *Mitglied des Lehrkörpers der Universität Princeton in New Jersey*. Weiter war der Gestapo bekannt, dass Marx *in dem Verlage Mc Graw-Hill Book Company, Inc. in New York und London ein deutschfeindliches Buch mit dem Titel ‚Government in the Third Reich‘ herausgegeben* hatte. Da gegen den Emigranten sonst *weder in politischer noch in krimineller Hinsicht* etwas vorlag, dürfte das Buch – 1938 durch den Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern verboten und in der „Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ vom 31. 12. 1938 aufgeführt – der Grund für die Ausbürgerung des *deutschblütigen* Emigranten gewesen sein.¹³⁰ Aus der von Rainer Hering erstellten Liste „Betroffene und Anlässe“ ist nicht zu ersehen, dass es sich bei dem depromovierten „Dr. jur. Friedrich Marx“ um den „Verwaltungsmann“ Fritz Morstein Marx handelt, der von 1962 bis 1968 an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, der heutigen Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften, lehrte.¹³¹

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrads an der Hamburgischen Universität betroffene Rechtsanwälte (3/2), weiterhin der Rechtsreferendar Walter *Herzfeld*: Arendt, Edgar ~ *Cohn-Renner*, Alfred ~ *Derenberg*, Walter ~ *Scherbel*, Hans ~ *Waldstein*, Hans.

weitere-einrichtungen-arbeitsstelle-fuer-universitaetsgeschichte; H. Heimann: M.d.R., ³1994, S. 178–180/Nr. 553.

¹²⁹ Norman Paech/Ulrich Kampe, Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät – Abteilung Rechtswissenschaft, in: Eckart Krause [u. a.] (Hg.), Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933–1945, Teil II, Berlin/Hamburg 1991, S. 867–912; zum Forschungsstand (2011): Schumann, 2014, S. 151.

¹³⁰ PA/AA, R 99836; Hepp, Liste 158 (vom 16. 2. 1940), 110: Marx, Friedrich, (gen. Fritz) Wilhelm Julius Morstein, 111 f.: *Ehefrau u. K*; die Indizierung des Buches 1938 erfolgte unter dem Namen „Mohrstein-Marx“.

¹³¹ BHdE II, 2, 1983, S. 833; Margrit Seckelmann („Mit Feuereifer für die öffentliche Verwaltung“: Fritz Morstein Marx – Die frühen Jahre {1900–1933}; „Mit seltener Objektivität“: Fritz Morstein Marx – Die mittleren Jahre {1934–1961}; „Mit Verständnis für den Verwaltungsmann“: Fritz Morstein Marx – Die späten Jahre {1961–1969}, in: DÖV 2013, S. 401–415, 2014, S. 1029–1048 u. 2017, S. 649–668) erwähnt Ausbürgerung und Depromotion nicht.

Heidelberg: Ruprecht-Karls-Universität

Für eine Gruppe von 42 Ausgebürgerten, die im Juni 1940 summarisch depromoviert worden war, hob der Engere Senat der Universität Heidelberg am 30. November 1948 die Aberkennung des in Heidelberg erworbenen Doktorgrads wieder auf, u. a. für den 1940 in Cambridge verstorbenen Rechtswissenschaftler Hermann Kantorowicz, der – 1900 in Heidelberg promoviert – 1933 in Kiel der *Säuberung* zum Opfer gefallen war. Zu dieser Gruppe gehörten auch mindestens 9 Rechtsanwälte: Siegfried Aaron, Arthur Kosterlitz, Lupo Kurzmann, Carl Nathan Oestreich, Ernst Rosenberg, Erich Simon, Erich Sonder, Elkan Sondheimer und Julius B. Weigert. Bitten einzelner Betroffener könnten bei diesem Aufhebungsbeschluss eine Rolle gespielt haben. Letztlich bleiben die Beweggründe aber „rätselhaft“, zumal die Akten die Namen „aller anderen Ausgebürgerten“ – so Werner Moritz – „ohne weiteres hergaben“.¹³² Eike Wolgast¹³³, der vier Jahrzehnte später seine Darstellung der Geschichte der „Universität Heidelberg in der Zeit des Nationalsozialismus“ vorlegte und insbesondere die Auswirkungen der *Säuberung* des Lehrkörpers untersuchte, widmete diesem Kapitel der Universitätsgeschichte keine Zeile. Inzwischen sind Fallzahlen bekannt: insgesamt 171 Depromotionen (S. Happ); in mindestens 124 Fällen wurde der Doktorgrad nach vorheriger Ausbürgerung aberkannt, allein in 52 Fällen¹³⁴ an der Juristischen Fakultät. Bezogen auf die Gesamtheit waren 75 Prozent der Betroffenen – unter ihnen acht Frauen – Juden (93). W. Moritz, der „abschließend“ an die weiteren „Opfer des NS-Unrechts“ erinnert, aber keine Fallzahlen nennt¹³⁵, ermittelte diesen Anteil „auf der Grundlage der Studentenkarten“.¹³⁶ Nach den NS-Rassekriterien dürfte der „jüdische“ Anteil deutlich höher gewesen sein. Die von W. Moritz als Anhang veröffentlichte Namensliste, die Konfession, „Abstammung“ oder „Rasse“ im Einzelfall nicht erkennen lässt, berücksichtigt angeblich alle Depromotionen aufgrund § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 bis Ende 1942, so dass zumindest ein Fall (Hildegard Hachenburg) nicht aufscheinen konnte. In der Namensliste „fehlen“ aber auch mindestens 12 Rechtsanwälte¹³⁷, deren Ausbürgerung im „Deutschen Reichsanzeiger“ dokumentiert ist. Die Liste, auch im Nachdruck 2007 nicht aktualisiert, umfasst somit offenbar nur jene Depromotionen, die in den Akten des Universitätsarchivs ermittelt werden konnten. Klaus-Peter Schroeder¹³⁸ nennt für die Juristische Fakultät – bei gleicher Gesamtzahl (124) – ebenfalls insgesamt 52 Depromotionen. Laut den Angaben im Katalog „Juden an der Universität Heidelberg“

¹³² Moritz, 2001, S. 551; im Text nennt W. Moritz den 19. 6. 1940 als Datum der Aberkennung, in der „Liste“ jeweils den 10. Juni; für A. Kantorowicz vgl. Deutsche Juristen jüdischer Herkunft, 1993, S. 631–642 (Monika Frommel); Moritz, 2001, S. 557.

¹³³ ZGO 135 (1987), S. 359–406; Boberach, 1991, S. 288: „Promotionen und Aberkennung des Doktorgrades (193 Bde., 1918–1954, vor allem betr. jüdische Emigranten“.

¹³⁴ Für Heinrich Barth (* 1891) ist jedoch keine Ausbürgerung dokumentiert.

¹³⁵ „Die Spuren anderer, die Opfer des NS-Unrechts und insbesondere von Hoch- und Volksverratsurteilen geworden waren, hat die Zeit verwischt.“ Zu den drei „stellvertretend“ genannten Namen gehört „der Jude Walter Graetzer“; Moritz, 2001, S. 553.

¹³⁶ Moritz, 2001, S. 545.

¹³⁷ Kurt Alexander, Hugo Aschenberg, Hugo Bender, Julius Blüth, Leopold Friedberg, Rudolf Fürst, Alfred Klee, Otto Levy, Lucian Loeb, Fritz Mainzer, Max Prager und Alfred Wolff. Ob Ludwig Alexander tatsächlich in Heidelberg promoviert wurde, konnte nicht geklärt werden. Möglicherweise ist in diesen Fällen – wie im Fall Golo Mann – die Ausbürgerung der Universität „amtlich überhaupt nicht bekannt geworden“; Hübinger, 1974, S. 230.

¹³⁸ 2010, S. 519.

(2002)¹³⁹ wurde nach Ausbürgerung *und* „aus anderen Gründen“ in insgesamt 137 Fällen der Doktorgrad entzogen: „Etwa 80 %“ der Betroffenen waren danach „Juden“.

In *Einzelfällen* dürfte keine förmliche Degradierung erfolgt sein, so bei einigen Rechtsanwälten. Weiter war Walter Graetzer bereits nach strafgerichtlicher Verurteilung depromoviert wurden. Albrecht Fuchs, Hans Hachenburg, Florian Waldeck und Ernst Weill-Wagener, deren nicht jüdische Ehefrauen depromoviert wurden, hatten aufgrund der 11. VO z. RBürgG vom 25.11.1941 die deutsche Staatsangehörigkeit verloren. Nach W. Moritz ist anzunehmen, dass A. Fuchs¹⁴⁰, H. Hachenburg, F. Waldeck und E. Weill-Wagener, aber auch weitere ebenfalls von dieser Verordnung betroffene Rechtsanwälte – z. B. Alfred Platz¹⁴¹ oder Fritz Rosenfeld¹⁴² – nicht förmlich depromoviert wurden. Hugo Schrag war vor Abschluss des Ausbürgerungsverfahrens in der Schweiz verstorben.

Zu den prominentesten Degradierten der Universität Heidelberg zählen neben Hugo Sinzheimer, dessen Fall Dorothee Mußnug¹⁴³ und Klaus-Peter Schroeder¹⁴⁴ erwähnen, der spätere Hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer und Nahum Goldmann, Gründer und langjähriger Präsident des Jüdischen Weltkongresses. Wie der in Frankfurt als Hochschullehrer entlassene Sinzheimer, dessen Bücher¹⁴⁵ in der Universitätsbibliothek separiert wurden, waren auch Bauer und Goldmann an der Juristischen Fakultät promoviert worden. In der Ausstellung „Juden an der Universität Heidelberg“ wurde die öffentlich zugestellte Entscheidung des Rektors der Universität im Fall N. Goldmann gezeigt. Nur auf dem Papier stand dem Betroffenen – „z. Zt. unbekanntem Aufenthalts“ – der Beschwerdeweg offen, wie Rektor und Dekanen bewusst gewesen sein dürfte. Tatsächlich verfügte die Fakultät in der Depromotionspraxis, die kein „größeres Aufsehen“ erregte, über keinen „Ermessensspielraum“ (K.-P. Schroeder), jedenfalls in den Fällen, in denen die Depromotion in Folge § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 zu vollziehen war. Auch aus diesem Grund sagen die dünnen Protokolle der Sitzungen der Fakultät, in denen über die Entziehung beraten wurde, nur „wenig über die tatsächliche Praxis aus“, nur so viel, dass den „Bitten“ des Reichserziehungsministeriums bzw. des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern Folge geleistet wurde.¹⁴⁶

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Heidelberg betroffene Rechtsanwälte (44/II; weiterhin bereits vor der Ausbürgerung degradiert Walter Graetzer): Aaron, Siegfried ~ Alexander, Kurt ~ Aschenberg, Hugo ~ Bauer-Mengelberg, Rudolf ~ Bender, Hugo ~ Berg, Eduard ~ Blüth, Julius ~ Brach, Max ~ Fath, Hans Martin ~ Friedberg, Leopold ~ Fuchs, Albrecht ~ Fürst, Rudolf ~ Guggenheim, Siegfried ~ Haberer, Max ~ *Hachenburg*, Hans ~

¹³⁹ www.archivub.uni-heidelberg.de

¹⁴⁰ Ernst Fuchs, der 1929 gestorbene Vater von A. Fuchs, war der einzige Anwalt unter den Ehrendoktoren der Juristischen Fakultät; Wilhelm Moritz, Ehrenpromotionen an der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg 1838–1936, in: Zwischen Praxis und Wissenschaft. Aus der Arbeit einer Archivarsgeneration. Freundesgabe des 16. wissenschaftlichen Kurses der Archivschule Marburg für Rainer Polley zum 65. Geburtstag, hg. v. Raimund Haas [u. a.], Wiesbaden 2014, S. 187 ff., 196.

¹⁴¹ AoRB, ²2007, S. 239.

¹⁴² Christian Busse, Donna Justitia und ihre Paragraphenblümchen – Ein Beitrag zu Dr. Franz Rosenfeld (1888–1967) im Rahmen der Erforschung juristischer Exlibris, in: Bonner Rechtsjournal Sonderausgabe 1/2012, S. 1–10, 9.

¹⁴³ UA Heidelberg, B-1528/129, zit. nach Mußnug, 2006, S. 299.

¹⁴⁴ 2010, S. 519.

¹⁴⁵ Die Exilschrift „Jüdische Klassiker der deutschen Rechtswissenschaft“ (1938) wurde vom Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern verboten und in der „Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ vom 31. 12. 1938 indiziert; dort weiter genannt „Völkerrechtsgeist“ (1917).

¹⁴⁶ Mußnug, 2006, S. 299; zur Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät (Forschungsstand 2011): Schumann, 2014, S. 150.

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

Harry, Leo ~ Hertz, Friedrich ~ Heß, Karl ~ Kahn, Richard ~ Katzenstein, Adolf ~ Kauffmann, Karl ~ Klee, Alfred ~ Koppel, Oskar ~ Kosterlitz, Arthur ~ Kurzmann, Ludwig (Lupo) ~ Levis, Arthur ~ Levy, Otto ~ Loeb, Lucian ~ Löwenstein, Siegmund ~ Mainzer, Fritz ~ Mendel, Max ~ Merzbacher, Hermann ~ Oestreich, Carl Nathan ~ Pagner, Moses ~ Pfeiffenberger, Otto ~ Prager, Max ~ Rahmer, Erwin ~ Rosenberg, Ernst ~ Rosenfelder, Fritz ~ Seligmann, Richard ~ Simon, Erich ~ Sinzheimer, Hugo ~ Sonder, Erich ~ Sondheiner, Elkan ~ Stein, Nathan ~ Stiefel, Ernst C. ~ Waldeck, Florian ~ Weigert, Julius B. ~ Weill-Wagener, Ernst ~ Wertheim, John ~ Wertheimer, Siegwart ~ Wolf, Fritz ~ Wolff, Alfred ~ Wolff, Gerhard ~ Wolff, Hans.

Jena: Friedrich-Schiller-Universität

Als erste von allen deutschen Universitäten rehabilitierte die thüringische Landesuniversität vom NS-Unrecht der Depromotion Betroffene. Die Salana, die an Mariä Lichtmess 1558 gegründete Alma Mater Jenensis, hatte am 10. November 1934 – am 175. Geburtstag des Dichters, der in Jena als Professor gelehrt hatte, ihren neuen Namen erhalten. Die Friedrich-Schiller-Universität musste 1945 tätig werden. Walter Wolf, seit Mitte Mai 1945 Leiter des Landesamtes für Volksbildung in Thüringen, übersandte am 30. Juni dem kommissarischen Rektor eine Liste. Sie enthielt die Namen von 18 Personen, die in der Zeit des Nationalsozialismus an der Universität Jena depromoviert worden waren. Wolf – Kommunist und von 1938 bis 1945 Häftling in Buchenwald – lastete diese „Maßregelungen“ aber nicht der Universität als Institution an: „In der Zeit der Hitler-Diktatur“ habe sie „unter dem Druck nazistischen Terrors“ gehandelt, „heute“ nun müsse sie es „als ihre Ehrenpflicht ansehen, diese Opfer nazistischer Willkür zu rehabilitieren“. Ausdrücklich erwähnte Wolf die „Universitätslehrer, die als Dekane damals die Entziehungsurkunden zeichnen mußten“. Sie „sollen“, so Wolf, „heute ihre Ehrenpflicht darin erblicken, die Rehabilitationsurkunden mit zu unterzeichnen, sofern sie dem Lehrkörper der Universität Jena noch angehören. Sie sollen damit zum Ausdruck bringen, daß sie heute, nach Vernichtung des nazistischen Gesinnungsterrors, freiwillig wieder gutmachen wollen, was sie unter dem Druck der Hitlerdiktatur gegen ihre Überzeugung zu tun gezwungen waren.“

Die inzwischen bekanntgewordenen Verfahrensakten lassen wenig Raum, für die Vermutung, dass Rektor und Dekane „gegen ihre Überzeugung“ gehandelt haben. Wer die nicht alphabetische Liste, die mit „Brill, Hermann. Gräfenroda, Promotion 4.3.29“ beginnt, zusammengestellt hat, ist unbekannt. Der frühere SPD-Reichstagsabgeordnete und KZ-Überlebende Brill – zunächst Berater des amerikanischen Stadtkommandanten, seit Anfang Mai mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Thüringer Landesregierung beauftragt – hatte seinen früheren kommunistischen Mithäftling Wolf in die Provinzialregierung berufen. Brill hatte in dieser Sache berechtigtes Eigeninteresse; er dürfte Wolf aber nicht die Hand geführt haben und selbst auch nicht über die für die Zusammenstellung der Liste erforderlichen Kenntnisse verfügt haben. So spricht viel dafür, dass Wolf Informationen zu einer Liste zusammenstellte, die ihm von Universitätsangehörigen oder – möglicherweise durch Brill vermittelt – aus dem Umkreis der amerikanischen Besatzungsmacht zugeflossen sein dürften. Ob die Entziehungen, wie von Wolf gefordert, „durch Fakultätsbeschluss“ aufgehoben wurden, ist nicht ersichtlich, auch nicht, ob die Urkunden, die das Datum vom 30. August 1945 tragen und die Nichtigkeit der Entziehung des Doktorgrades bestätigten, allen Betroffenen zugestellt werden konnten oder ob sie im Einzelfall bei den Akten landeten. Jedenfalls konnte der Rektor am 3. September dem Landesamt Vollzug vermelden. Wie auch immer, als „Ehrenpflicht“ ministeriell eingefordert, hob die Universität Jena – als erste Universität der Sowjetischen Besatzungs-

zone am 15. Oktober 1945 feierlich wiedereröffnet – in insgesamt 22 Fällen die Entziehung bereits 1945 wieder auf. Sie hatte damit dem Ersuchen Wolfs entsprochen, „zu prüfen, ob noch weitere Fälle solcher Doktorentziehungen vorliegen“. ¹⁴⁷ Erst 70 Jahre später wurden weitere Opfer ermittelt. Eine vom Präsidenten der Universität Jena im November 2014 ins Leben gerufene Kommission stellte 2016 aufgrund von Recherchen des Universitätsarchivs nun mindestens 61 Betroffene fest. Nach Prüfung der Einzelfälle, der „damals getroffenen Entscheidungen“, beschloss der Senat der Universität, in 23 weiteren Fällen die „auf nationalsozialistischem Unrecht“ beruhende Degradierung „symbolisch“ wieder aufzuheben. In einigen Fällen konnte die Kommission die Entziehung des Doktorgrades „nicht eindeutig oder abschließend klären“ ¹⁴⁸

Gemäß der Universitätsfestschrift „Traditionen – Brüche – Wandlungen“ (2009) wurden 27 Depromotionen in der Zeit des Nationalsozialismus nach Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom Dekan der jeweiligen Fakultät beantragt und von einem Ausschuss in einem nicht weiter protokollierten Verfahren beschlossen. Die Universität – „vom Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung über in den Ausbürgerungslisten genannte „Inhaber akademischer Grade“ per Rundschreiben unterrichtet – musste in diesen Fällen handeln. Einen Spielraum hatte der Ausschuss nicht. Die Autoren der Festschrift, die sich auf die unveröffentlichte Magisterarbeit von Karl-Heinz Schellmann (2007) stützen, nennen eine Gesamtzahl von „bislang 53 Depromotionen“. Von diesen entfielen allein 29 Fälle auf die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät ¹⁴⁹: davon 19 nach Ausbürgerung. ¹⁵⁰ In den Listen von 1945 und 2016 „fehlen“ der mit der 1. Liste 1933 ausgebürgerte Kurt Tucholsky und Karl Korsch, die beide in Jena zum Dr. jur. promoviert worden waren. „Trotz eingehender Nachforschungen“ war es der Kommission nicht möglich, diese Fälle zu klären. ¹⁵¹ Da Tucholsky am 21. Dezember 1935 in Göteborg gestorben war, könnte es sein, dass die Universität – wie alle deutschen Hochschulen vom Reichserziehungsminister am 11. 2. 1938 zur Überprüfung und Entziehung der Doktorwürde von Ausgebürgerten aufgefordert – aus diesem Grund nicht tätig geworden ist. Im Fall Korsch war sie nicht gehalten, etwas zu unternehmen: Der Jenaer Hochschullehrer – 1933 entlassen – wurde *nicht* ausgebürgert. Dem ultralinken Flügel der KPD zugehörig, zeitweilig Mitglied des Thüringer Landtags und von 1924 bis 1928 Reichstagsabgeordneter, war Korsch als Kritiker der stalinistischen Entwicklung in der UdSSR 1926 aus der Partei ausgeschlossen worden. 1933 emigrierte er über Dänemark und England in die USA. ¹⁵² Ausgebürgert und bereits „in der Nachkriegszeit“ rehabilitiert wurde der 1943 im Exil in Moskau unter ungeklärten Umständen verstorbene Zoologe und Entwicklungsbiologe Julius Schaxel, der nach Promotion und Habilitation in Jena bis zu seiner Emigration 1933 dort als außerordentlicher Professor gelehrt hatte. Mit der 3. Liste 1934 ausgebürgert,

¹⁴⁷ John [u. a.], 1998, S. 152–154; Dok. 10; John/Stutz, 2009, S. 437 f.; zu Wolf vgl. SBZ-Handbuch, 1993, S. 1060; John [u. a.], 1998, S. 23 f. (J. John); Manfred Heinemann (Hg.), Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland 1945–1949: Die Sowjetische Besatzungszone, Berlin 2000, S. 82 f.; Tobias Kaiser, Die Universität Jena in der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, in: Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1950, Köln [u. a.], 2009, S. 598–699, 602.

¹⁴⁸ „Ein symbolischer Akt. Universität Jena rehabilitiert mit einem Festakt am 9. November [2016] Wissenschaftler, denen in der NS-Zeit der Dokortitel aberkannt worden war“. www.uni-jena.de/Mitteilungen/PM161102_Depromo_Seifert.pdf.

¹⁴⁹ Zur Geschichte der Fakultät (Forschungsstand 2011): Schumann, 2014, S. 151.

¹⁵⁰ John/Stutz, 2009, S. 436 f.

¹⁵¹ Achim Seifert, Bericht aus der Kommission zur Untersuchung der Entziehung von Doktorgraden im Nationalsozialismus, in: FSU, Unrecht [2016], S. 12–21; 20 f.

¹⁵² M.d.R., ³1994, S. 262/Nr. 829; Deutsche Kommunisten, ²2008, S. 483 f.

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

war die Aberkennung seiner Doktorwürde „auf Verlangen der regionalen Behörden“ vollzogen worden, aber nicht – wie erwartet – „innerhalb der Akten geblieben“.¹⁵³

Die Pressemitteilung der Universität Jena vom November 2016 verzeichnet im Einzelfall den fakultätsspezifischen Doktorgrad, nennt aber nicht den Grund für die Depromotion der insgesamt 25 Juristen. In seinem Grußwort zur Gedenkveranstaltung zitiert Walter Rosenthal aus zwei Entziehungsakten (Salomon Friedländer [Friedlaender] und Otto Griesbach); als Einzelbeispiel für den Titelentzug nach Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 wird der Fall des Potsdamer Anwalts Ernst Nathan in der Broschüre dokumentiert.¹⁵⁴

Die Wolf-Liste enthielt die Namen von mindestens sieben Rechtsanwälten: Max Carl Hauptmann, Cäsar Heckscher (Heckschar, sic), Robert Herzfeld, Robert Katzenstein, Julius Kaufmann, Max Rudnicki und Sieg. (sic) Schönewald. Auch der spätere SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Brill – aufgrund seiner Verurteilung durch den Volksgerichtshof 1940 degradiert – wurde, wie schon erwähnt, bereits im Sommer 1945 rehabilitiert¹⁵⁵; zur Wolf-Liste zählten auch Fritz Demuth¹⁵⁶, bis 1933 Mitglied des Reichswirtschaftsrats, der die Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler von Zürich nach London transferiert hatte, sowie der bereits erwähnte, 1946 in Paris verstorbene Philosoph und expressionistische Schriftsteller Salomo Friedlaender (Myona)¹⁵⁷, dessen Fragelehrbuch zum sittlichen Unterricht „Kant für Kinder“ 2008 als Band 1 der „Bibliothek verbrannter Bücher“ neu aufgelegt wurde. In Jena weiterhin betroffen waren u. a. der 1939 nach England emigrierte (*deutschblütige*) Reichstagsabgeordnete August Weber¹⁵⁸, der mit einer juristischen Dissertation das Studium abgeschlossen hatte, und der 1933 als Privatdozent in Frankfurt entlassene Finanzwissenschaftler Fritz Neumark, der am Bosphorus „über einen deutschen, in der Schweiz lebenden Bekannten“ die Nachricht erhielt, „samt Frau und Kindern ausgebürgert worden“ zu sein – „unter Beschlagnahme meines Vermögens“ (in Wirklichkeit des kleinen in Deutschland blockierten Guthabens meiner [*arischen*] Frau, da ich selbst keinerlei Vermögenswerte besaß)“; die Aberkennung der Doktorwürde erwähnt F. Neumark in seinen Erinnerungen nicht.¹⁵⁹ Beide – August Weber, 1957

¹⁵³ PA/AA, R 99642; BHdE, II, 2, 1983, S. 1026; Joachim Hendel (Bearb.), *Wege der Wissenschaft im Nationalsozialismus. Dokumente zur Universität Jena 1933–1945*, Stuttgart 2007, S. 151–157, 154 f.

¹⁵⁴ Die von Walter Rosenthal herausgegebene Broschüre „Ein Unrechts, das nicht weiterwirken darf“ (FSU, Unrecht, [2018]) enthält neben „Vorbemerkungen“ zur personellen Zusammensetzung der Kommission und zu deren Arbeit (S. 5 f.), das Grußwort zur Gedenkveranstaltung von W. Rosenthal (S. 7–11), den „Bericht aus der Kommission zur Untersuchung der Entziehung von Doktorgraden im Nationalsozialismus“ von Achim Seifert (S. 12–21), den Beitrag „Ent-Rechtung durch Recht“ von Michael Stolleis (S. 23–35), weiterhin von Achim Seifert ausgewählte „Quellen“ (S. 36–66) zu Rechtsgrundlagen und für vier Einzelbeispiele: „Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“ (1.), „Verurteilung wegen der Vornahme rechtswidriger Abtreibungen“ (2.), „Homosexualität“ (3.) und „Verurteilung wegen ‚Rassenschande‘“ (4.); in den Beispielen zu 2 und 3 sind die Namen geschwärzt.

¹⁵⁵ M.d.R., ³1994, S. 66–68/Nr. 181: Depromotion und Rehabilitierung nicht nachgewiesen; John/Stutz, 2009, S. 437.

¹⁵⁶ PA/AA, R 99734; Joachim Lilla, *Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat 1920 bis 1933/34*, Düsseldorf 2012, S. 345 f./Nr. 104.

¹⁵⁷ Ausgebürgert auf Antrag der Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) vom 5. 4. 1939; PA/AA, R 99802.

¹⁵⁸ M.d.R., ³1994, S. 551 f./Nr. 1694: Depromotion nicht erwähnt; die (jüdische) Ehefrau, in Heidelberg unter ihrem Mädchennamen Meyer-Cohn 1913 promoviert und 1941 mit ausgebürgert, blieb von der Depromotion offenbar verschont, vermutlich aufgrund eines *Fehlers* im Ausbürgerungsantrag der Berliner Gestapo, die für die Ehefrau *keinen* akademischen Grad verzeichnet hatte; PA/AA, R 99937; Schumacher, 2017, S. 261 ff.

¹⁵⁹ Neumark, 1980, S. 183; Hammerstein (s. Anm. 79), 2012, S. 220; Reiner Möckelmann, *Wartesaal Ankara. Ernst Reuter – Exil und Rückkehr nach Berlin*, Berlin 2013, S. 103–110.

im Exil verstorben, und Fritz Neumark, 1952 an die Universität Frankfurt zurückgekehrt – wurden erst mit dem symbolischen Akt im Jahr 2016 rehabilitiert.

In zwei Fällen (Kurt Boenheim, Friedrich Roetter) ist die nachträgliche Aberkennung der Doktorwürde aufgrund § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 weder durch eine Veröffentlichung im „Deutschen Reichsanzeiger“ noch durch die „Senats-Liste“ belegt. Dass die Universität Jena insbesondere im Fall des Thälmann-Verteidigers Friedrich Roetter einer *Bitte* des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung nicht nachgekommen sein sollte, ist aber wenig wahrscheinlich. Möglicherweise ist Roetter – anders als Alfred Kerr in Halle – unentdeckt geblieben, weil er unter dem Namen Roedelheimer promoviert worden war. Für Martin Fuchs – mutmaßlich von der 11. VO z. RBürgG vom 25. 11. 1941 betroffen – ist kein Ausbürgerungsverfahren nachweisbar.

Im Einzelnen wird in der Broschüre zur Gedenkveranstaltung 2016 das Verfahren im Fall des Hamburger Rechtsanwalts Manfred Heckscher dokumentiert, der am 1. Oktober 1938 „wegen fortgesetzter Rassenschande zu einer Zuchthausstrafe von 6 Jahren“ und Aberkennung der „bürgerlichen Ehrenrecht auf die Dauer von 6 Jahren“ durch die Große Strafkammer 6 des Landgerichts Hamburg verurteilt worden war. Am 18. April 1939 beschloss ein Universitätsausschuss unter Vorsitz des Rektors, Heckscher den 1912 in Jena erworbenen juristischen Doktorgrad zu entziehen. Gegen die ihm im Strafgefängnis Hamburg zugestellte und mit der Verurteilung begründete Entziehung des Doktorgrads legte Heckscher durch seinen Pflichtverteidiger Dr. G. H. I. Scholz (Hamburg) am 3. Mai „Beschwerde“ ein:

„Es trifft zwar zu, daß das Urteil rechtskräftig geworden ist. Der Verurteilte beteuert aber seine Unschuld und hat die Absicht, in Kürze in dieser Sache ein Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten.“

Am 24. Mai übersandte der Anwalt – „selbst von der Unschuld des Verurteilten überzeugt“ – dem Rektor den Abdruck einer an die Staatsanwaltschaft Hamburg gerichteten Eingabe:

„Der Verurteilte, der mit aller Energie dafür kämpft, daß seine Unschuld festgestellt werde, bittet deshalb auch in diesem Verfahren notfalls um eine Nachprüfung der dem Urteil zugrundeliegenden Tatsachen. [...] Auf jeden Fall bitte ich [Scholz], das Verfahren zunächst auszusetzen bis zur Entscheidung des Justizministeriums in Berlin über die Eingabe vom 23. März 1939.“

Der Dekan der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, am 31. Mai durch den Rektor unterrichtet, hielt die Beschwerde, wie er am 20. Juli den Rektor wissen ließ, „nicht für begründet. Die Tatsache bleibt bestehen, daß er rechtskräftig wegen fortgesetzter Rassenschande zu einer Zuchthausstrafe von 6 Jahren verurteilt worden ist. Dies ist so schwerwiegend, dass die Entziehung des Doktorgrades selbstverständliche Folge sein muss. Hieran würde sich auch nichts ändern, wenn dem Verurteilten Gelegenheit zur Auswanderung gegeben würde.“

Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung wies am 16. September „die von dem Rechtsanwalt Dr. Scholz in Hamburg für seinen Klienten, den früheren Rechtsanwalt Manfred Israel Heckscher in Hamburg fristgerecht eingelegte Beschwerde vom 3. Mai 1939 gegen den Beschluß der Universität Jena vom 18. April 1939 über die Entziehung des Doktorgrades“ zurück:

„Durch den angefochtenen Beschluß ist dem Betroffenen der am 8. März 1912 erworbene juristische Doktorgrad entzogen worden, weil er sich durch sein Verhalten des Tragens eines deutschen akademischen Ehrengades unwürdig erwiesen hat. Die Tatsache der rechtskräftigen Zuchthausstrafe [...] wegen fortgesetzter Rassenschande [...] ist so schwerwiegend, daß die Entziehung des Doktorgrades selbstverständliche Folge sein

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

muß. Hieran würde sich auch nichts ändern, wenn dem Genannten Gelegenheit zur Auswanderung gegeben würde. Die Beschwerdebegründung, auf die hiermit Bezug genommen wird, gibt keine Veranlassung den angefochtenen Beschluß aufzuheben.“

Die zynische Begründung des Ministerium für seinen abweisenden Beschluss entsprach nahezu wörtlich der Argumentation des Dekans und der Universität. Aber erst ein Jahr später, am 10. September 1940, teilte der Rektor per „Rundschreiben an die Herren Rektoren der deutschen Hochschulen“ mit, dass die Entziehung nach der Zurückweisung der Beschwerde durch „den Herrn Reichserziehungsminister [...] damit rechtskräftig“ geworden „ist“. Wie in den anderen Fällen handelten Rektor und Dekan auch in diesem Fall weisungsgemäß, aber vor allem so, wie es das Regime, das Ministerium, erwarten durfte. Heckscher, dessen Ehefrau bei der Eheschließung zum Judentum übergetreten war, wurde keine Gelegenheit zur „Auswanderung“ gewährt: Aus der Haft wurde er am 10. Dezember 1942 nach Auschwitz deportiert; seine Ehefrau nahm sich am 4. Juni 1943 das Leben.¹⁶⁰

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Jena betroffene Rechtsanwälte (17/2; weiterhin nach strafrechtlicher Verurteilung Manfred Heckscher und Lothar Wolscht, der als „jüdischer Rechtsanwalt“ in einem Ausbürgerungsverfahren genannt wird, aber selbst nicht ausgebürgert wurde und auch nach NS-Rassekriterien wohl nicht jüdischer Herkunft war; Otto Griesbach war zum Zeitpunkt seiner Ausbürgerung bereits depromoviert): Baer, Martin ~ Baer, Moritz ~ *Boenheim*, Kurt ~ Cohn, Julius Naphtali ~ Goldschmidt, Gustav ~ Hauptmann, Max Carl ~ Heckscher, Caesar ~ Herzfeld, Robert ~ Hirschberg, Hans ~ Katzenstein, Robert ~ Kaufmann, Julius ~ Koppel, Louis ~ Nathan, Ernst ~ *Roetter*, Friedrich ~ Rudnicki, Max ~ Schoenewald, Sigmund ~ Sommerfeld, Ernst ~ Sommerfeld, Max (→ E. Sommerfeld) ~ Wachtel, Alex Siegfried.

Kiel: Christian-Albrechts-Universität

Die Juristische Fakultät der 1665 gegründeten Christian-Albrechts-Universität wurde 1933 gesäubert, gleichgeschaltet und zur politischen „Stoßtruppfakultät“ der „Grenzlanduniversität“ neu zusammengesetzt. In den Darstellungen zur Geschichte der Universität wurde die Praxis der Depromotion in der Zeit des Nationalsozialismus mit Stillschweigen übergangen.¹⁶¹ Erst im Rahmen einer „Akademischen Feier gegen Krieg und Gewaltherrschaft“ am Volkstrauertag 1993 erklärte die Universität „die zwischen 1936 und 1945 politisch motivierten Entziehungen von Dokortiteln als nichtig“; das Rektorat hob die entsprechenden Beschlüsse auf und bestätigte den Bestand der „einmal verliehenen Dokortitel“. In ihrer Erklärung betonte die Rektorin, dass die Universität bei der Depromotion infolge Ausbürgerung „als ‚nachgeordnete Behörde‘“ gehandelt habe: „Sie veranlasste, wie vom Reichserziehungsministerium gefordert, die Entziehung des Doktorgrades, ohne dass die Betroffenen gehört wurden oder Rechtsmittel einlegen konnten.“¹⁶²

¹⁶⁰ Morisse, 2013, S. 141 (mit weiteren Belegen).

¹⁶¹ Karl Dietrich Erdmann, Wissenschaft im Dritten Reich. Vortrag anlässlich der 300-Jahr-Feier der Universität gehalten am 3. Juni 1965: www.uni-kiel.de/ns-zeit/sonstiges/erdmann.pdf; Erich Döhring, Geschichte der juristischen Fakultät 1665–1965 (Geschichte der Christian Albrechts-Universität Kiel 1665–1965, Bd. 3, Teil 1), Neumünster 1965, S. 201–220; Jörn Eckert, Die Juristische Fakultät im Nationalsozialismus, in: Prahl, 1995, S. 51–85.

¹⁶² Zeichen des Erinnerns, 1993, S. 5–7: Erklärung der Rektorin der Universität Kiel zur Aberkennung der Doktorgrade durch die Christian-Albrechts-Universität in der Zeit des Nationalsozialismus: „Es bleibt aber offen, ob alle Entziehungen von Dokortiteln erfasst werden konnten. Auch wissen wir nicht, wer von den Betroffenen noch am Leben ist und wo sie oder ihre Nachkommen sich aufhalten. Wir kommen zu spät. Eine individuelle Rückgabe der Dokortitel ist nicht mehr möglich. Eine globale Wie-

Die beiden Sammelbände „UNI-Formierung des Geistes: Universität Kiel und der Nationalsozialismus“¹⁶³ sind für das Thema unergiebig.

Nach den Recherchen von Ralph Uhlig¹⁶⁴ wurde insgesamt in 43 Fällen der Doktorgrad entzogen, erstmals am 9. Mai 1936, zuletzt am 12. November 1941: in 26 Fällen infolge Ausbürgerung. Ein Verzeichnis der Betroffenen wurde auch mit der im Internet abrufbaren Pressemitteilung der Universität nicht veröffentlicht.¹⁶⁵ Abrufbar ist jedoch eine 58 Namen umfassende Liste „Die vertriebenen Persönlichkeiten und Wissenschaftler der Kieler Universität“, unter ihnen – wie von der Kieler Studentenschaft im April 1933 kategorisch verlangt – „die jüdischen Ordinarien“ (E. Döhring), aber auch der nicht jüdische frühere DDP-Reichstagsabgeordnete Walter Schücking, seit 1930 Richter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag.¹⁶⁶ Von der *Säuberung* des Lehrkörpers nach 1933 war in Kiel „etwa ein Viertel aller Lehrenden“ betroffen.¹⁶⁷

Der 1938 ausgebürgerte Anwalt Rudolf Katz – nach der Rückkehr aus dem Exil Justizminister in Schleswig-Holstein und Mitglied des Parlamentarischen Rats, seit 1951 Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts – war 1920 in Kiel promoviert worden. Er müsste daher von der „Stoßtruppfakultät“¹⁶⁸ depromoviert worden sein. Eine Bekanntmachung der Entziehung ist im „Deutschen Reichsanzeiger“ aber nicht nachgewiesen. Katz könnte wie andere „vergessen“ worden sein. Die Entziehung könnte aber auch nach Annahme der amerikanischen Staatsbürgerschaft 1941 hinfällig geworden sein. Belegt ist dagegen die Depromotion des 1933 an der TH Aachen entlassenen Hochschullehrers und späteren Volkskammerabgeordneten Alfred Theodor Hellmuth Meusel, der über Dänemark nach England emigrieren konnte.

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Kiel betroffene Rechtsanwälte (1/1): Cantor, Alfred ~ Katz, Rudolf.

Köln: Universität

Die am 12. Juni 1919 „aus hundertjähriger Ruhe neu entstanden[e] Alma mater Colonienensis“ – so Oberbürgermeister Konrad Adenauer in seiner Ansprache beim Festakt im großen Saal des Gürzenich – war die erste Universität, „die sich 1933 ‚gleichschalten‘ ließ und

deranerkennung der nach 1933 entzogenen Titel erscheint juristisch zweifelhaft. Wir halten einen solchen Akt auch nicht für angemessen. Es mag Betroffene geben, die eine pauschale nachträgliche Rehabilitation als neue Kränkung empfinden würden. Wir müssen mit dem Wissen leben, dass wir versäumt haben, uns rechtzeitig der Verantwortung zu stellen und das geschehene Unrecht nicht wieder aus der Welt geschaffen werden kann.“ www.uni-kiel.de/ns-zeit/nachkrieg/peschel.shtml.

¹⁶³ Kiel 1995 (hg. v. Hans-Werner Prah) u. 2007 (hg. v. H.-W. Prah) [u. a.].

¹⁶⁴ In: Zeichen des Erinnerns, 1993, S. 41–55, 50.

¹⁶⁵ Boberach, 1991, S. 290: „6 Bde. betr. Aberkennung der Doktorgrades“; zum Forschungsstand: An der Universität Kiel wurden 50 Personen depromoviert, davon 25 nach Ausbürgerung und 18 nach einer strafgerichtlichen Verurteilung; in 7 Fällen ist nur die pauschale Begründung festzustellen: „hat sich durch sein Verhalten des Tragens einer deutschen akademischen Würde unwürdig erwiesen“. Eine zumindest namentliche Zusammenstellung der Betroffenen wird als Desiderat empfunden; für die Auskunft danke ich dem Leiter des Universitätsarchivs, Dr. Jörg Rathjen (LA Schleswig), E-Mail v. 26. 6. 2018.

¹⁶⁶ <https://www.uni-kiel.de/ns-zeit/bios/~PA/AA,R99997>: „Fall Schücking, Walter, Prof. Dr.“; Uhlig, 1991, S. 48 f.; M.d.R., ¹1994, S. 446/Nr. 1413.

¹⁶⁷ Ralph Uhlig, „... da die erforderlichen Messungen s. Z. nicht vorgenommen wurden.“ Die Verdrängung von jüdischen Gelehrten an der Kieler Christian-Albrechts-Universität nach 1933, in: Paul/Gillis-Carlebach, 1998, S. 215–235.

¹⁶⁸ Zur Geschichte der Fakultät (Forschungsstand 2011): Schumann, 2014, S. 151 f.

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

einen opportunistischen Führungswechsel betrieb“; etwa ein Fünftel des Lehrkörpers wurde entlassen, zwei Ordinarien „bezahlten für ihre Gesinnung mit dem Leben“: Benedikt Schmittmann – 1919/20 Abgeordneter des Zentrums in der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung und später Mitgründer und Vorsitzender des „Reichs- und Heimatbundes deutscher Katholiken“ – im KZ Sachsenhausen und Gowin Frenken im KZ Flossenbürg.¹⁶⁹ Vor der Universität erinnern heute zwei „Stolpersteine“ an Schmittmann und Frenken. Lange fehlte der Universität der „Mut“, sich mit ihre Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus zu befassen. Erst Frank Golczewski konnte für seine Untersuchung „Kölner Universitätslehrer und der Nationalsozialismus“ Personalakten benutzen. Die Veröffentlichung – mit einer „Liste der durch den Nationalsozialismus verfolgten Hochschullehrer der Universität Köln“ – war 1988 auch insofern „ein mutiger Schritt“, weil „Betroffene noch lebten“ (Andreas Freitag).¹⁷⁰ Vielleicht war dies auch ein Grund dafür, dass die „braunen Jahre“ in den Veröffentlichungen zur 600-Jahr-Feier der Universität 1988 weitgehend unterbelichtet blieben. Weder in der „Kölner Universitätsgeschichte“¹⁷¹ noch in der „Festschrift der Rechtswissenschaftlichen Fakultät“ oder in der Zusammenstellung „Daten und Fakten“ zur neuen Universität von Erich Meuthen (1988) wird die Entziehung der Doktorwürde nach 1933 auch nur angedeutet. Im Fall des nicht jüdischen Frenken, dem 1936 in Köln die *venia* und der Professorentitel entzogen worden waren, votierte die Universität ein Jahr später gegen eine „Weiterbestrafung“ des „Dr. Frenken“, dem die Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin die Doktorwürde abzuerkennen beabsichtigte und ungeachtet der Kölner Stellungnahme auch aberkannte. Dieses in gewisser Weise „mutige“ Verhalten „gegenüber einer anderen universitären Instanz“ war jedoch nicht „signifikant“ – so Frank Golczewski¹⁷² – „für die Haltung gegenüber der Verfolgung jüdischer Kollegen“.

Es sollte noch fast zwei Jahrzehnte dauern, bis in Köln „der Knoten zerschlagen“ (A. Freitag) wurde: 60 Jahre nach ihrer Wiedereröffnung gedachte die Universität zu Köln am 12. Dezember 2005 „der Männer und Frauen, denen sie während des ‚Dritten Reichs‘ ihre rechtmäßig erworbenen akademischen Titel entzogen“ hatte. Den Festvortrag hielt der Frankfurter Publizist Arno Lustiger; eine illustrierte Broschüre und eine Ausstellung des Universitätsarchivs stellten zugleich die Ergebnisse eines Forschungsprojekts zur Aufklärung und Aufarbeitung der Vorgänge an der Kölner Universität¹⁷³ vor. Im Rahmen des Festaktes erklärte der Rektor der Universität die Aberkennung der zu Unrecht entzogenen Doktorgrade für „nichtig“ und für „von Anfang an ungültig“. Feierlich rehabilitiert

¹⁶⁹ Hartmut Schiedermaier, Ein ungewöhnlicher Festakt, in: Festschrift der Rechtswissenschaftlichen Fakultät zur 600-Jahr-Feier der Universität zu Köln, Köln [u. a.] 1988, S. 813–820, 813; Hans-Jürgen Becker, 600 Jahre Rechtsgeschichte in Köln. Aus der Geschichte der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, in: ebd., S. 3–30, 21–28: „Die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft“; Rütters, ²1990, S. 62–69; Erich Meuthen, Kleine Kölner Universitätsgeschichte, Köln 1998, S. 40; Andreas Freitag, „Veritati – Coloniae – Patriae“. Façetten der Kölner Universitätsgeschichte zwischen Weimarer Republik und demokratischem Neubeginn. Zum 70. Jahrestag der Einweihung des Universitätshauptgebäudes und des 60. Jahrestages der Wiedereröffnung der Universität, Köln 2005, S. 24–26: „Die ‚gleichgeschaltete‘ Universität“; zu B. Schmittmann: M.d.L., 1995, S. 142 f./Nr. 1128; Moll I (6. Aufl. 2015), S. 407–410 (Alfred Kuhlmann/Helmut Moll); zu Frenken u. Schmittmann: Golczewski, 1988, S. 222–238 u. 184–196; Kölner Personenlexikon, 2008, S. 164 (Horst Matzerath) u. 478–480 (Ulrich S. Soénius).

¹⁷⁰ Golczewski, 1988, S. 445–456; A. Freitag, „1933“ – eine Einführung, in: Freitag, 2010, S. 7–13, 8f.

¹⁷¹ Bernd Heimbüchel, Die neue Universität – Idee und Verwirklichung, in: B. Heimbüchel/Klaus Pabst, Kölner Universitätsgeschichte, Bd. II: Das 19. und 20. Jahrhundert, Köln/Wien 1988, S. 101–656.

¹⁷² 1988, S. 232.

¹⁷³ Boberach, 1991, S. 291: „Aberkennung akademischer Grade (2 Bde., 1935–1940)“.

wurden 65 Personen; in drei Fällen konnte eine Entziehung nicht geklärt werden; in zwei weiteren Fällen wurde die Promotion „verzögert oder verhindert“. Im Vergleich zur Gesamtentwicklung im Reich (72,7%) lag der Anteil der Entziehungen infolge Ausbürgerung bei „nur“ 52,3 Prozent, bei den Juristen sogar unter 50 Prozent. Dieser Befund ist das Ergebnis eines Forschungsprojekts, das im Rahmen eines geschichtswissenschaftlichen Hauptseminars im Wintersemester 2003/2004 an der Universität Köln unter Leitung von Margit Szöllösi-Janze in Kooperation mit dem Universitätsarchiv durchgeführt wurde. Die Publikation „Doktorgrad entzogen!“ dokumentiert das Unrecht, das die Universität „während des Nationalsozialismus begangen hat, indem sie als Handlangerin des Regimes regulär erworbene akademische Doktor- und Diplomgrade aberkannte“.¹⁷⁴ Vor allem war es das Ziel dieser Untersuchung, das „Schicksal“ der von der Entziehung des Doktorgrads an der Universität Köln Betroffenen „den Akten zu entreißen, ihre Namen ins Gedächtnis zurückzurufen und sie auf diese Weise symbolisch in die akademische Gemeinschaft zurückzuholen“.

Betroffen waren neben „historisch bislang ‚Namenlosen‘“ auch „Wissenschaftler von internationalem Format, die nach dem Krieg einen bedeutenden Platz in der deutschen Wissenschaftslandschaft einnahmen“.¹⁷⁵ Zu allen Depromovierten fasst ein alphabetisches Verzeichnis die aus den „einschlägigen Quellen“ ermittelten Informationen zur Biographie, zur Promotion (Fakultät und Datum) und zur Entziehung (Datum) zusammen, im Einzelfall auch zur Wiederverleihung des Doktorgrads.¹⁷⁶ Darüber hinaus werden 12 Lebensschicksale in namentlich gekennzeichneten biographischen Artikeln dargestellt, die an die Schicksale der „Unwürdigen“ und ihren Ausschluss aus der akademischen Gemeinschaft erinnern.

Im Einzelfall, in dem die Universität bald nach Kriegsende das Recht bestätigte, „den Dokortitel zu führen“, beschloss sie dies „gern“, fand aber „kein Wort der Entschuldigung und des Bedauerns“¹⁷⁷; erst 2005 bekannte sie „sich voller Scham zu ihrer Verantwortung“. Infolge Ausbürgerung wurde in Köln in mindestens 34 Fällen der Doktorgrad entzogen, so Hans-Peter Haferkamp in seinem Beitrag zum Festakt: Von den (mindestens) acht betroffenen Juristen wurden sieben „zwischen 1947 und 1981 sukzessiv“ rehabilitiert, unter ihnen die ehemaligen Rechtsreferendare Ossip K. Flechtheim¹⁷⁸, 1947 auf eigenen Antrag reha-

¹⁷⁴ Szöllösi-Janze/Freitäger, 2005, S. 14; in der „Erklärung“ zur unrechtmäßigen Aberkennung des Doktorgrades „in den Jahren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ stellte der Rektor der Universität u. a. auch fest, dass die „Aufklärung dieser Vorgänge, die Auseinandersetzungen mit ihnen und die Übernahme der Verantwortung für das seitens der Universität verübte Unrecht mehr als ein halbes Jahrhundert versäumt worden ist“; ebd., S. 7; in der „Liste der durch den Nationalsozialismus verfolgten Hochschullehrer der Universität Köln“ (Golczewski, 1988, S. 445–456) wird nur in einem Fall auf die Aberkennung der Doktorwürde nach einem Strafverfahren durch die Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin hingewiesen (Goswin Frenken). Die Depromotion von ausgebürgerten Emigranten unter den verfolgten Kölner Hochschullehrern blieb noch unentdeckt. Genannt sei neben Julius Lips Stefan-Cohn Vossen (Gerhard → Cohn-Vossen).

¹⁷⁵ Szöllösi-Janze/Freitäger, 2005, S. 14 f.

¹⁷⁶ Szöllösi-Janze/Freitäger, 2005, S. 8–13.

¹⁷⁷ Szöllösi-Janze/Freitäger, 2005, S. 117.

¹⁷⁸ Zur Ausbürgerung: PA/AA, 99686 ~ Szöllösi-Janze/Freitäger, 2005, S. 78–84 (Elke Kochann /Kerstin Theis); Hans-Peter Haferkamp, Doktorgradentziehungen wegen „Unwürdigkeit“ – Zur Aufarbeitung und Weiterverwendung des Gesetzes über die Führung akademischer Grade vom 7. Juni 1939 an der Universität Köln nach 1945: www.uni-koeln.de/uni/images/aktuell_rede_121205_haferkamp.pdf. „Als man 1947 das Doktordiplom von Ossip K. Flechtheim erneuerte, war dieser, als ehemaliger Mitarbeiter des amerikanischen Hauptanklägers im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess, eine interessante Persönlichkeit. Auch für die Folgezeit drängt sich der Eindruck auf, dass Eigeninitiative der Rechtswissenschaftlichen Fakultät vor allem dann zu erwarten war, wenn es um berühmte Namen wie Hans Mayer ging,

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

bilitiert, und Hans Mayer¹⁷⁹, dessen Doktorurkunde 1981 – 50 Jahre nach der Promotion – stillschweigend erneuert wurde. Entsprechend der Verwaltungspraxis (Anhang: Dok. II, 7) nicht betroffen war offenbar der spätere SPD-Politiker Josef Neuberger, dessen deutsche Staatsangehörigkeit aufgrund des Gesetzes vom 14. Juli 1933 widerrufen worden war.

In der Kölner Liste wird auch Rechtsanwalt Ernst Falk als möglicherweise betroffen genannt. Ausbürgerung und Depromotion sind jedoch nicht nachweisbar. E. Falk hat wie sein Vater, der Kölner Anwalt und linksliberale Parlamentarier Bernhard Falk¹⁸⁰, in Brüssel die Zeit der deutschen Besetzung des Landes weitgehend unbeschadet überlebt. Dagegen fehlt Susanne Bing, die zusammen mit ihrem Vater, dem Kölner Anwalt Moritz Bing, ausgebürgert wurde. Nicht erwähnt im Gesamtverzeichnis werden auch Wilhelm Heinemann und Julius Herzfeld. Im letzteren Fall ist das Ausbürgerungsverfahren aber mutmaßlich nicht abgeschlossen worden.¹⁸¹

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Köln betroffene Rechtsanwälte (4/2): Bloch, Reinhard ~ *Heinemann*, Wilhelm ~ *Herzfeld*, Julius ~ Kahn, Heinz ~ Levy, Ernst ~ Schlesinger, Erich.

Königsberg i.Pr.: Albertus-Universität

Die 1544 gegründete Altertina war die älteste Hochschule Preußens, die Wirkungsstätte von Immanuel Kant. Die Geschichte dieses nordöstlichsten Wissenschaftsstandorts des Deutschen Reichs hat Christian Tilitzki¹⁸² quellennah für die Zeit des Kaiserreichs dargestellt. Der für 2014 angezeigte zweite Band, der den Zeitraum von 1918 bis zum Ende der Provinz Ostpreußen im Frühjahr 1945 umfassen sollte, ist nicht erschienen. Es blieb bei der Ankündigung. Dieser Teil des von der Thyssen-Stiftung geförderten Forschungsprojekts hätte auch die Rolle der „Grenzlanduniversität“ und der dort angesiedelten „Ostforschung“ und „Lebensraum“-Planungen nach 1933 behandeln sollen. Das wenig schmeichelhafte Urteil „Wer nicht unbedingt mußte, studierte nicht in Königsberg, im Winter

oder ein Rehabilitierungsantrag eines Betroffenen unerwünschtes Aufsehen erwarten ließ. Das in der Rechtswissenschaftlichen Fakultät gepflegte Verfahren der Einzelfallprüfung behält also einen schalen Beigeschmack und nährt das unschöne Bild einer weniger im Interesse der Betroffenen als im Eigeninteresse handelnden Kollegengeneration.“ ~ Nachl. Flechthelm im DEA, Frankfurt a. M. (www.dnb.de/DE/UEBER-UNS/NACHRICHTEN: Begründer der Futurologie – Ossip K. Flechthelm zum 100. Geburtstag); Krehan, 2007, S. 184–201; Deutsche Politikwissenschaftler, 2014, S. 247–260 (Theodor Ebert).

¹⁷⁹ Zur Ausbürgerung: PA/AA, 99681 ~ Szöllösi-Janze/Freitäger, 2005, S. 95–103 (Stefan Biber /Martin Glaßner); im Zusammenhang mit der Übersiedlung Mayers in die Bundesrepublik und seiner Ernennung zum Professor an der TH Hannover „sandte der Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln am 27.10.1965 dem Rektor der TH Hannover auf Anfrage eine beglaubigte Abschrift von Mayers juristischer Promotionsurkunde“, ohne die nach der Ausbürgerung Mayers 1938 vollzogene Aberkennung „explizit“ zu erwähnen (S. 100). ~ H. Mayer (Ein Deutscher auf Widerruf, Bd. 1, Frankfurt am Main 1982 (suhrkamp taschenbuch 1500, 1988, S. 147) beschweigt den Vorgang, erinnert aber an die Erneuerung des Doktordiploms. Die „Eigeninitiative“ der Fakultät (s. Anm. 176), scheint im Fall Hans Mayer nicht besonders ausgeprägt gewesen zu sein.

¹⁸⁰ M.d.R., ³1994, S. 126/Nr. 354; Dieter Laum/Rüdiger Pamp, Das Oberlandesgericht Köln und sein Bezirk im Nationalsozialismus, in: Rheinische Justiz, 1994, S. 625–673, 640 f.; Bernhard Falk (1867–1944). Erinnerungen eines liberalen Politikers, eingeleitet u. hg. v. Volker Stalman, Düsseldorf 2012, S. 180 f.

¹⁸¹ Im Hinblick auf das „anstehende Universitätsjubiläum“ sah sich das Universitätsarchiv außerstande, zu den genannten Fällen weitere Recherchen durchzuführen.

¹⁸² Die Albertus-Universität Königsberg. Ihre Geschichte von der Reichsgründung bis zum Untergang der Provinz Ostpreußen (1871–1945), Bd. 1, Berlin 2012.

schon gar nicht“ stammt aus der spitzen Feder von Helmut Heiber¹⁸³. Tatsächlich stieg die Zahl der Studierenden von 3.402 im Jahr 1929 auf 4.113 im Sommersemester 1930. Sie erreichte damit ihren Höchststand. Nach 1933 gingen in Königsberg wie auch im Reich die Studierendenzahlen stark zurück.¹⁸⁴

Nach 1918 waren an der Albertina „ca. 20 jüdische Wissenschaftler“ tätig.¹⁸⁵ In seiner Darstellung der letzten Jahrzehnte der Universität erinnerte K. Lawrynowicz (Kaliningrad) 1999 namentlich an acht Professoren „jüdischer Abstammung“, die nach 1933 „Opfer rassistischer und politischer Säuberungen an der Universität wurden“. Zu ihnen zählte auch der Historiker Hans Rothfels. Mindestens drei der in Königsberg entlassenen Professoren wurden nach ihrer Ausbürgerung depromoviert: 1940 Ralph Sokolowsky, der 1900 an der Medizinischen Fakultät der Albertina promoviert worden war, sowie 1941 Paul Maas und Fritz Litten (Hans → Litten). Dem nach Oxford emigrierten Altphilologen P. Maas wurde in München der Doktorgrad entzogen.¹⁸⁶ Die Depromotionspraxis an der Universität Königsberg selbst liegt nahezu völlig im Dunkeln. S. Happ nennt die Zahl von insgesamt 40 Entziehungen. Anhand der Datei „Nachträgliche Aberkennungen akademischer Grade im Deutschen Reichsanzeiger von 1937 bis 1944“, in der auch der Fall R. Sokolowsky aufscheint, konnten immerhin sechs Degradierete ermittelt werden, die an der Juristischen Fakultät promoviert worden waren, unter ihnen mindestens drei Rechtsanwälte und die Rechtsreferendarin Magda Hirsch (Julius → Wachtel). Nicht genannt wird in der Datei Dr. med. Flora Boenheim geb. Karpen, die Ehefrau von Kurt Boenheim, dessen Depromotion in Jena gleichfalls nicht dokumentiert ist.

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Königsberg betroffene Rechtsanwälte (5/2): *Blumberg*, Walter ~ Lepehne, Walther ~ Lewinski, Erich ~ Lichtenstein, Erwin ~ *Samulon*, Julius ~ Sandelowski, Max ~ Zolki, Hans.

Leipzig: Universität

Der akademische Senat der Universität Leipzig hat 2001 die „ausschließlich der Verfolgung aus politischen, rasseideologischen und Glaubensgründen“ erfolgten Aberkennungen von Doktorgraden und anderen akademischen Graden als von Anfang an nichtig bezeichnet. In ihrem Beschluss vom 17. Januar 2007 nahm die Juristenfakultät darauf Bezug und bekannte sich „eindeutig und uneingeschränkt zu der historischen Verantwortung für die Wiedergutmachung des in ihrem Namen begangenen Unrechts“ – verbunden mit dem Bedauern, „dass in den vielen Jahrzehnten nach Beendigung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft nur wenig getan wurde, um der Betroffenen zu gedenken und sie zu rehabilitieren“.¹⁸⁷ Mit einer Gedenkschrift und einem Festakt ehrte die Juristenfakultät noch im gleichen Jahr die vielen, denen durch die Universität in der NS-Zeit „schweres Unrecht zugefügt worden ist“.¹⁸⁸

Ein auf den Untersuchungen von Jens Blecher beruhendes Gesamtverzeichnis aller Depromotionen ist Teil der von Thomas Henne herausgegebenen Gedenkschrift, die

¹⁸³ Universität unterm Hakenkreuz, Teil II, Bd. 2 (1994), S. 314.

¹⁸⁴ Kasimir Lawrynowicz, Albertina. Zur Geschichte der Albertus-Universität zu Königsberg in Preußen, Berlin 1999, S. 415.

¹⁸⁵ Schüler-Springorum, 1996, S. 221.

¹⁸⁶ Ebd., S. 417; PA/AA, R 99897; Harrecker, 2007, S. 327; zur Ausbürgerung von R. Sokolowsky: PA/AA, R 99859.

¹⁸⁷ Henne, 2007, S. 9 (Beschluss).

¹⁸⁸ Henne, 2007, S. 11 (Grußwort des Dekans).

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

„die Aberkennung von Doktorgraden an der Juristenfakultät der Universität Leipzig 1933–1945“ systematisch und in einigen biographischen Porträts dokumentiert. Das Buch mit Beiträgen u. a. von Th. Henne („Überblick zu den Ergebnissen des Projekts“), Jens Blecher („Das Promotionswesen an der Juristenfakultät“), Thomas Brix („Die normativen Grundlagen der Depromotionen und das Verfahren“) und Ralf Oberndörfer („Berufsverlust und Entwürdigung – einige Anmerkungen zu 73 sehr unterschiedlichen Dokortitelträgern“¹⁸⁹) ist das Ergebnis eines Forschungsprojekts, dessen Anregung von außen kam: Ein Brief des israelischen Anwalts Joel Levi vom April 2006 gab den „Anstoß“ für diese „umfassende Aufarbeitung und Würdigung der Depromotionen in der NS-Zeit“¹⁹⁰. Die Publikation enthält weiterhin sieben Kurzbiographien – u. a. „Dr. Max Friedlaender, ein Leben für die deutsche Anwaltschaft“ von Tillmann Krach – und eine alphabetische Zusammenstellung der „Daten zu den Betroffenen“¹⁹¹.

In der Zeit des Nationalsozialismus wurde danach an der Universität Leipzig zwischen 1935 und 1945 in 174 Fällen der Doktorgrad entzogen, in (mindestens) 102 Fällen nach vorhergehender Ausbürgerung. Von diesen entfallen 44 auf die Juristenfakultät.¹⁹² Zu den betroffenen Juristen zählen u. a. der prominente Münchener Anwalt Max Friedlaender, der linksliberale Ministerialdirigent im Reichsministerium des Innern Kurt Haentzschel und die Frauenrechtlerin Eva Lappe, die letzte Doktorandin nach 1933. Mit Ausnahme von Helmut Berlet wurden alle nachfolgend genannten Rechtsanwälte „als Juden“ verfolgt. Zu den Lebensschicksalen der „Juristen jüdischer Herkunft in Leipzig (1848–1953)“ hat Hubert Lang¹⁹³ eine umfassende Untersuchung veröffentlicht, auf die bei den Recherchen vielfach zurückgegriffen werden konnte.

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Leipzig betroffene Rechtsanwälte (25/I; Sally → Cohen¹⁹⁴ war bereits vor seiner Ausbürgerung depromoviert worden): *Auerbach*, Siegbert ~ Berlet, Helmut ~ Cappel, Paul ~ Danziger, Gerhard ~ Dressler, Leo ~ Fleiß, Alfred ~ Friedlaender, Max Oettinger ~ Goldberg, Isidor ~ Goldberg, Richard ~ Goldmann, Karl ~ Graf, Curt ~ Grundmann, Otto ~ Harmelin, Wilhelm ~ Höchster, Emil ~ Jacoby, Alfred ~ Joske, Heinz ~ Klemperer, Helmuth ~ Levy, Ludwig ~ Merzbach, Ernst ~ Meyer, Martin ~ Rawitzki, Karl ~ Rosenberg, Nathan ~ Stern, Heinrich ~ Wassermann, Gustav ~ Wittgensteiner, Arno ~ Zander, Paul.

Marburg: Philipps-Universität

Für Marburg hat Hans Georg Lehmann 1985 die akademische Ausbürgerung am Beispiel des SPD-Reichstagsabgeordneten Rudolf Breitscheid thematisiert, sechs Jahre später hat Heinz Boberach „19 Bde. betr. Entziehung des Dokortitels“ nachgewiesen.¹⁹⁵ Aber erst

¹⁸⁹ Henne, 2007, S. 73–87, 81 ff. „Als Juden verfolgte Rechtsanwälte zwischen 1933 und 1939“.

¹⁹⁰ Henne, 2007, S. 7.

¹⁹¹ Henne, 2007, S. 112–116.

¹⁹² Blecher, 2006, S. 288 u. 423–430: „Aberkennung des Dokortitels nach Ausbürgerung“ (alphabetische Liste).

¹⁹³ 2014.

¹⁹⁴ Im Fall S. Cohen und in weiteren 17 Fällen – von insgesamt 25 – konnte J. Blecher (2006, S. 437 f.) die Gründe für die „Aberkennung des Dokortitels“ nicht feststellen; zumindest im Fall Julius Georg Zimmermann (*1903 Petersburg) ist eine vorhergehende Ausbürgerung dokumentiert (PA/AA, R 99946; Hepp, Liste 289, 1943); die oben genannte Fallzahl der Depromotionen nach Ausbürgerung ist entsprechend zu korrigieren.

¹⁹⁵ Lehmann, 1985; Boberach, 1991, S. 293.

seit 2006 liegt mit der Veröffentlichung von Margret Lemberg eine systematische Aufarbeitung der Marburger Entziehungspraxis in der Zeit des Nationalsozialismus vor. Eine alphabetische Liste¹⁹⁶, die für 46 Personen das Geburtsdatum, das Datum der Entziehung und weitere Daten enthält, bietet einen Überblick über die Vorgänge in Marburg und ermöglicht die Feststellung der einschließlich Alice Eisner¹⁹⁷ betroffenen Juristen (30), unter ihnen der als Liederkomponist bekannte Frankfurter Rechtsanwalt Max Kowalski.

In mindestens 35 Fällen wurde der Doktorgrad entzogen, weil die Betroffenen „Juden waren“¹⁹⁸, unter ihnen alle nachfolgend genannten Rechtsanwälte. In der Zusammenstellung von M. Lemberg „fehlt“ die Rechtsanwältin Agnes *Kühl*, die ebenfalls emigrierte und ausgebürgerte (*arische*) Ehefrau von Rudolf Katz; ihre Depromotion in Marburg konnte im „Deutschen Reichsanzeiger“ aber bisher ebenso wenig nachgewiesen werden wie diejenige ihres Ehemannes in Kiel.

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Marburg betroffene Rechtsanwälte (18/1): Ettliger, Fritz ~ Goldschmidt, David ~ Goldschmidt, Karl ~ Goldschmidt, Ludwig ~ Kirschbaum, Alfred ~ Klau, Oskar ~ Kowalski, Max ~ *Kühl*, Agnes (→ Katz, Rudolf) ~ Kugelmann, Hermann ~ Rosenthal, Alfred ~ Rosenthal, Max ~ Seckel, Fritz M. ~ Stern, Harry ~ Stern, Moritz ~ Voremborg, Jakob ~ Wachtel, Julius ~ Waldeck, Hugo ~ Weisbecker, Wilhelm ~ Wolf, Julius.

München: Ludwig-Maximilians-Universität

In 183 Fallschilderungen – alphabetisch geordnet und ohne „Trennung der Expatriierungs- von den Gerichtsfällen“ – hat Stefanie Harrecker (2007) die Praxis der Entziehung der Doktorwürde an der Universität München in eindrucksvoller Weise dokumentiert. Im Fall des mit der 1. Liste 1933 ausgebürgerten Lion Feuchtwanger zeichnet sie „eine paradoxe Doktorerneuerung“ nach: Die Philosophische Fakultät stellte 1952 dem in Kalifornien lebenden Schriftsteller eine neue Doktorurkunde aus; Feuchtwanger, der 1907 promoviert worden war, bedankte sich höflich bei dem Dekan und wünschte der Universität, der er „viel verdanke von Herzen Wachstum und Blüte“. Die Dissertation war noch 1907 bei Lindnauer in München erschienen: „Heinrich Heines ‚Rabbi von Bacharach‘. Eine kritische Studie“. Der Druckfehler im Titel 1907 und im Nachdruck des Fischer Taschenbuchs von 1985 – Bacharach statt Bacherach, wie es im Titel der vorgelegten Dissertation richtig hieß – findet sich auch in der Doktorurkunde. Bei der Neuausfertigung des Doktordiploms unterlief der Fakultät ein anderer „gravierender Fehler“: war aus Bacherach doch Biberach geworden. Als man in München ein halbes Jahr später den Mangel entdeckte und sich für den Irrtum entschuldigte, kam Feuchtwanger einem Wunsch des

¹⁹⁶ Lemberg, 2002, S. 62–66.

¹⁹⁷ Umwandlung von Gesellschaftsanteilen, Berlin 1916; A. Eisner (* 1892 in Berlin) veröffentlichte 1932 in der Reihe „Beiträge zur Jugendhilfe. Flugschriften des Archivs Deutscher Berufsvormünder“ in 3. Aufl. das Heft „Die letzten zivil- und öffentlichrechtlichen Mittel gegen böswillige Vormünder“; das RSHA beantragte am 23. 5. 1940 beim RMdI die Ausbürgerung der zum Zeitpunkt der Auswanderung nach England ledigen *Jüdin*, die zuletzt in „Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 134“; gewohnt hatte. Sie schuldete danach „dem Finanzamt Charlottenburg-Ost die von ihr zu leistende Juden-Vermögensabgabe“, hatte aber „Vermögenswerte im Inlande hinterlassen, um deren Beschlagnahme und Verfallerklärung gebeten wird“; im Ausbürgerungsantrag wird weder der Beruf noch das Datum der Emigration genannt; PA/AA, R 90872; Hepp, Liste 194; Ladwig-Winters, 2016: Fehlanzeige.

¹⁹⁸ Lemberg, 2002, S. 47–50.

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

Dekans nach und schickte die fehlerhaft erneuerte Doktorurkunde zurück. Nach Erhalt des verbesserten Exemplars der Urkunde bedankte sich Feuchtwanger erneut und entschuldigte sich beim Dekan sogar dafür, dass „die Angelegenheit Ihnen allerlei Aerger gebracht hatte“. Anlässlich des Goldenen Doktorjubiläums 1957 fertigte die Universität zum vierten Mal die Urkunde aus – erneut mit einem Fehler, der „allerdings niemandem auffiel“: „der ‚Rabbi‘ mutierte zum ‚Rabi‘“. Die Pointe der Geschichte ist, dass die Universität München ihrem berühmten Absolventen ein Diplom erneuerte, das sie ihm – wie auch Emil Julius Gumbel – nach 1933 gar nicht entzogen hatte. In beiden „Fällen“, in denen der „Dokortitel“ in der 1. Ausbürgerungsliste nicht genannt worden war, wurde die Universität auch später nicht tätig. Stefanie Harrecker¹⁹⁹ widerspricht mit guten Gründen damit dem „etablierten Erkenntnisstand der Literaturgeschichtsschreibung“, die auch Th. Henne²⁰⁰ als Beleg für den ersten Satz seines Beitrages zitiert.

Der Fall Feuchtwanger war aber nicht typisch für den Umgang der Universität München mit dem „Komplex von Ausbürgerung, Titelentzug und Rehabilitierung“, und doch insofern bezeichnend, als er das zentrale Moment erkennen lässt: „möglichst jede tiefergreifende und grundlegende Auseinandersetzung um den Titelentzug zu vermeiden“.²⁰¹ In besonderer Weise zeigte sich dies auch im Fall des Münchener Anwalts Karl Löwenstein, der sich in München 1931 habilitiert hatte und bereits 1946 aus dem amerikanischen Exil zu einer Gastvorlesung nach München zurückgekommen war. 1956 wurde Löwenstein in München zum ordentlichen Professor für Politische Wissenschaft und Rechtspolitik ernannt. Die Entziehung der Doktorwürde, von der Löwenstein angeblich nichts bekannt war, kam im Vorfeld der Berufung „nie zur Sprache“. Mehr als 10 Jahre später überreichte die Juristische Fakultät – im Bewusstsein „dieses dunklen Flecks in ihrer jüngsten Geschichte“ – dem Gelehrten im feierlichen Rahmen des Hotels „Vier Jahreszeiten“ 1969 die Goldene Doktorurkunde. Um der Peinlichkeit zu entgehen, die Originalurkunde mit dem Vermerk des Titelentzugs im Jahre 1941 dem 78-jährigen Gelehrten vielleicht zeigen zu müssen, erklärte die Fakultät „die 1922 ausgestellte Doktorurkunde schlichtweg für fehlerhaft“. Obwohl das Jubiläum – Löwenstein hatte zwar 1919 das Rigorosum absolviert, die Titelführung war ihm aber erst nach Publikation der Dissertation drei Jahre später erteilt worden – erst 1972 hätte stattfinden dürfen, spielte der degradierte und nun geehrte Doktor – unwissend oder wissend – mit und erklärte vorab seinerseits, „sich nicht zu erinnern, überhaupt je ein offizielles Dokortdiplom erhalten zu haben“.²⁰²

An der Universität München wurde in der Zeit des Nationalsozialismus in 129 Fällen die Doktorwürde nach Ausbürgerung entzogen, unter den betroffenen Rechtsanwälten der kommunistische Reichstagsabgeordnete Friedrich Löwenthal²⁰³, 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rats, aber auch der (spätere) bayerische Landtagsabgeordnete Josef Panholzer, als einziger nicht jüdischer Herkunft. Depromoviert in München wurden

¹⁹⁹ 2007, S. 197–213; Boberach (1991, S. 294) verweist lediglich auf Akten des Rektorats „über den Entzug und die Verleihung von Titeln“.

²⁰⁰ 2007, S. 17, 86; am 11. 2. 1938 forderte der Reichserziehungsminister die deutschen Hochschulen auf, den in den ersten Listen genannten früheren deutschen Staatsangehörigen, „die Inhaber eines deutschen akademischen Grades sind“, die Doktorwürde zu entziehen; Szöllösi-Janze/Freitäger, 2005, S. 31: Abbildung der 1. Seite des Schreibens; Quelle: UAK, Zug. 287568.

²⁰¹ Harrecker, 2007, S. 212; zur Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät (Forschungsstand 2011): Schumann, 2014, S. 152.

²⁰² Harrecker, 2007, S. 195 f.; eine ähnliche Situation ergab sich in Tübingen 1962 anlässlich eines bevorstehenden Gastvortrags des ausgebürgerten und depromovierten Völkerrechtlers Georg Schwarzenberger; Wischnath, 2010, S. 1044.

²⁰³ M.d.R., ³1994, S. 295 u. 297/Nr. 941, Depromotion nicht erwähnt.

weiterhin der nach Südafrika emigrierte Richard Kitzinger (Wilhelm Nathan → Kitzinger) und Franz Prager, Sohn des in Heidelberg depromovierten Rechtsanwalts Max Prager, sowie Walter Krakenberger, Bruder des in Erlangen depromovierten Rechtsanwalts Paul Krakenberger, schließlich Lotte Cromwell (*deutschblütig*) und Paula Odenheimer, die Ehefrauen der Rechtsanwälte Philipp Cromwell bzw. Siegfried Weiner. Ausbürgerung und Depromotion seines Sohnes Moritz Alfred Landé²⁰⁴ erlebte Justizrat Hugo Landé nicht mehr. Der sozialdemokratische Jurist jüdischer Abstammung – seit 1886 Rechtsanwalt in Elberfeld und 1919 kurze Zeit kommissarischer Regierungspräsident in Düsseldorf – hatte sich nach seiner Emigration in die Schweiz 1936 das Leben genommen. Alfred Werner entging mutmaßlich nur dank Annahme der palästinensischen Staatsangehörigkeit Ausbürgerung und Depromotion.

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität München betroffene Rechtsanwälte (8): Fränkel, Emil ~ Hirschberg, Max ~ Holdheim, Kurt ~ Katzenstein, Willi ~ Löwenstein, Karl ~ Löwenthal, Friedrich ~ Panholzer, Josef ~ Wassermann, Rudolf.

Münster: Westfälische Wilhelms-Universität

Für die Zeit vor 1933 ist für Münster nur eine Entziehung des Doktorgrads nachgewiesen; für die Zeit des Nationalsozialismus sind insgesamt 16 Aberkennungsfälle – 14 Doktorgrade und zwei Ehrenpromotionen – belegt. Die vergleichsweise geringe Zahl wird „mit der „geringen Zahl der in Münster immatrikulierten jüdischen Studenten“ plausibel erklärt. So lag „der Anteil der Studierenden mit jüdischer Religionszugehörigkeit“ im Reich im Schnitt bei 4,5 Prozent, dagegen in Münster bei 0,5 Prozent.²⁰⁵ Ein gewisses Aufsehen erregte 1935 das Verfahren gegen den Industriellen und früheren Zentrumsmitglied Rudolf ten Hompel, dem die Ehrendoktorwürde aberkannt worden war.²⁰⁶ Wegen einer strafrechtlichen Verurteilung – nicht aufgrund § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 – verlor 1937 der nach Paris emigrierte Ernst Cohn den Dokortitel. Sein Vater Julius Cohn, in Berlin promoviert, und sein Onkel, der Berliner Rechtsanwalt Karl Hirschland, in Jena promoviert, waren ebenfalls emigriert, wurden mit Steuersteckbrief gesucht, aber mutmaßlich gleichfalls nicht ausgebürgert. Im Fall Ernst Cohn drängt sich der Eindruck auf, dass der Universitätsausschuss als Begründung der Degradierung bewusst die Cohn als „Jude“ mehr belastende strafgerichtliche Verurteilung durch die Strafkammer Hamm wählte und daher „bemüht“ war, „seinen Entziehungsbeschluss ausführlicher zu begründen“. Überhaupt erfolgte in Münster nur in zwei Fällen (Rudolf Quast und Fritz Hepner), die die Philosophische Fakultät betrafen, die Entziehung der Doktorwürde infolge Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit.²⁰⁷ Dass Julius Oppenheimer 1911 in Münster promoviert worden war, blieb ungeachtet entsprechender Ermittlungen der Gestapo offenbar folgenlos.

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Münster betroffene Rechtsanwälte (-/1): *Oppenheimer*, Julius.

²⁰⁴ Harrecker, 2007, S. 313 f.;

²⁰⁵ Happ, 2012, S. 137.

²⁰⁶ M.d.R., ²1994, S. 216/Nr. 663, Depromotion dort nicht erwähnt.

²⁰⁷ Happ, 2012, S. 145, 157; Boberach (1991, S. 296) ermittelte unter den Rektoratsakten „3 Bde., auch Ehrenpromotionen und Entziehung des Dokortitels“; zur Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät (Forschungsstand 2011): Schumann, 2014, S. 152 f.

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

Rostock: Universität

Für die Universität Rostock hat Angela Hartwig insgesamt 46 Aberkennungsverfahren ermittelt, deren Ausgang in fünf Fällen nicht eindeutig geklärt werden konnte, so im Fall Ludwig Silberschmidt. Das alphabetische Verzeichnis der „Aberkennungen des Doktorgrades an der Universität Rostock aus rassischen und politischen Gründen 1936–1945“²⁰⁸ nennt das Datum der Aberkennung nicht. Es beginnt mit Alfred Apfel. Der Berliner Rechtsanwalt führte die 1. Ausbürgerungsliste 1933 an; seine Depromotion ist im „Deutschen Reichsanzeiger“ offenbar nicht nachweisbar. Vermutlich wurde er wie der mit der 2. Liste ausgebürgerte frühere Reichstagsabgeordnete Kurt Rosenfeld erst nach der allgemeinen Mahnung des Reichserziehungsministers vom 11. Februar 1938 förmlich degradiert. Ungeachtet dieser Mahnung sah sich die Medizinische Fakultät aber nicht veranlasst, Albert Einstein – wie Rosenfeld mit der 2. Liste im März 1934 ausgebürgert – die 1919 verliehene Ehrendoktorwürde abzuerkennen.²⁰⁹

Auch im Fall Siegfried Rosenfeld, dem älteren Bruder K. Rosenfelds, wurde die Universität nach dessen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz offenbar nicht tätig. Gegen den früheren Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft Herbert Prado und gegen Friedrich Rubensohn wurde das Ausbürgerungsverfahren wieder eingestellt; auch gegen Josef Gottlieb wurde nach Widerruf seiner deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund §1 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 entsprechend der Verwaltungspraxis offenbar kein Verfahren auf Aberkennung der Doktorwürde eingeleitet.

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Rostock betroffene Rechtsanwälte (23/1) Apfel, Alfred ~ Cohn, Edgar ~ Donig, Arthur ~ Feder, Ernst ~ Frankenstein, Ernst ~ Friedlaender, Eugen ~ Futter, Matthias ~ Goldberg, Hugo ~ Heymann, Leopold ~ Hirschfeld, Erich ~ Holz, Leonhard ~ Hülse, Bruno ~ Jaffa, Sally ~ Lion, Wilhelm ~ Marcuse Herbert ~ Michaelis, Alfred ~ Ostwald, Walter ~ Polke, Albert ~ Rosenfeld, Kurt ~ Roth, Kurt ~ Salier, Georg ~ *Silberschmidt*, Ludwig ~ Süßmann, Adolf ~ Urias, Siegfried.

Tübingen: Eberhard-Karls-Universität

Mit seiner Bitte, ihm „eine Abschrift der seinerzeitigen akademischen Ausbürgerung zukommen zu lassen“, gab im Sommer 1947 Hermann Budzislawski – 1934 bis 1940 Herausgeber der Exilzeitschrift „Die Neue Weltbühne“ – den Anstoß dazu, daß es in Tübingen bereits 1947 zu einer pauschalen Rehabilitierung der „politischen Fälle“ gekommen ist. Denn der Emigrant Budzislawski, der im folgenden Jahr aus New York nach Deutschland zurückkehrte und in Leipzig eine Professur für Zeitungswissenschaft übernahm, hatte nicht nur seinen Fall im Blick. Er konfrontierte die Universität mit der Frage, „ob inzwischen etwas geschehen ist, auch solches Unrecht der Hitlerzeit wieder gut zu machen“. Die Regierung in Stuttgart erkannte die politische Dimension der ihr „zugetragen[en]“ Anfrage und schaltete sich ein; sie wies die Universität daraufhin an, „daß derartige Maßnahmen, die im 3. Reiche getroffen worden sind, ganz allgemein wieder

²⁰⁸ Hartwig, 2010, S. 329 f.; Christian Abel, Aberkennung von Doktorgraden an der Universität Rostock 1933–1945 [Bakkalaureus-Arbeit], Rostock 2008, zit. nach Happ, 2012, S. 159.

²⁰⁹ Hartwig, 2010, S. 115: „Da eine Fehlanzeige nicht erforderlich war, hielt man es sicher für angebracht, nicht zu reagieren. Unwahrscheinlich ist, dass sich trotz der schon fast 20 Jahre zurückliegenden Ehrenpromotion keiner an die Einsteins erinnert hat.“

rückgängig gemacht werden müssen“. Die Universität folgte der Weisung des Kultministeriums, machte den entsprechenden Beschluss des Kleinen Senats vom 11. Oktober 1947 aber nicht öffentlich.²¹⁰ Drei Jahrzehnte später deutete Walter Jens²¹¹ in seiner Geschichte der „Tübinger Gelehrtenrepublik“ mit einem Satz, der die Verstrickung der Universität nur andeutungsweise erkennen und den tatsächlichen Zusammenhang außer Acht lässt, den Sachverhalt immerhin an: „Den Juden wurde der Dokortitel entzogen.“ Möglicherweise bezieht sich dieser Satz aber auch nur auf die Weisung des Reichserziehungsministers, der nach der „Reichskristallnacht“ die Hochschulen aufgefordert hatte, Juden „selbstverständlich *sofort* auch ohne persönlichen Grund“ akademische Ehrungen zu entziehen; allerdings musste die Universität daraufhin nicht aktiv werden, da man „sich mit der Ehrung von Juden sehr zurückgehalten hatte“, wie Uwe Dietrich Adam dazu anmerkt. In seiner Untersuchung „Hochschule und Nationalsozialismus“²¹² geht Adam selbst nur beiläufig auf die nicht vollzogene Aberkennung des Doktorgrades des Rottenburger Bischofs Joannes Bapt. Sproll²¹³ durch die Katholisch-Theologische Fakultät ein und verweist auf den in Tübingen *automatischen* Entzug von Doktorgraden infolge „der Rechtswirksamkeit eines Strafurteils“, nicht aber auf die Entziehungspraxis infolge § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933.

In Ergänzung des Senatsbeschlusses von 1947 haben die fünf Fakultäten der Universität Tübingen schließlich 2002/2003 in 38 Fällen „die im 3. Reich aus politischen Gründen erfolgten Aberkennungen akademischer Grade als ungültig zu betrachten“ erklärt – bei insgesamt 45 Fällen bzw. 44 Personen. Inwieweit die Aberkennung im Einzelfall nach Ausbürgerung vollzogen wurde, ist aus der im Anhang zu der Erklärung der Universität 2003 veröffentlichten Liste der Betroffenen nicht ersichtlich.²¹⁴

Die chronologisch geordnete Liste beginnt am 30. 11. 1938 und endet am 24. 3. 1945 mit der Degradierung des Juristen Rüdiger Schleicher durch den Rektor der Universität „wegen Unwürdigkeit“. Der Widerstandskämpfer war in der Nacht zuvor zusammen mit seinem Schwager Klaus Bonhoeffer und weiteren Mitgefangenen in Berlin erschossen worden.²¹⁵ Merkwürdigerweise wurden die ebenfalls vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilten *Volksverräter* Dr. jur. Berthold Schenk Graf von Stauffenberg und Dr. h. c. Eugen Bolz²¹⁶ nicht depromoviert, auch nicht Dr. jur. Fritz Elsas²¹⁷, dessen Nachlass nach seiner Ermordung im KZ Sachsenhausen im Januar 1945 eingezogen wurde. Gegen die Annahme, dass die Universität, hätte sie von diesen Fällen „Kenntnis erhalten“, einen Entziehungsbeschluss gefasst hätte²¹⁸, spricht, dass die „Fälle“ der prominenten Widerstands-

²¹⁰ Wischnath, 2010, S. 1040–1042.

²¹¹ Eine deutsche Universität. 500 Jahre Tübinger Gelehrtenrepublik. In Zusammenarbeit mit Inge Jens unter Mitwirkung von Brigitte Beckmann, München 1977, S. 332.

²¹² Die Universität Tübingen im Dritten Reich. Mit einem Anhang von Wilfried Setzler „Die Tübinger Studentenfrequenz im Dritten Reich“, Tübingen 1977, S. 186 f.

²¹³ M.d.L., 1995, S. 155/Nr. 1241; Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933. Bearb. v. Frank Raberg, Stuttgart 2001, S. 882; Nachweis von Entziehungsakten der Evangelisch-theologischen Fakultät, der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und der Medizinischen Fakultät: Boberach, 1991, S. 298 f.

²¹⁴ Amtliche Bekanntmachungen der Universität Tübingen 29 (2003), Nr. 21, S. 298 f.; Wischnath, 2010, S. 1018 ff.

²¹⁵ Uwe Gerrens, Rüdiger Schleicher – Leben zwischen Staatsdienst und Verschwörung, Gütersloh 2009, S. 215: „Es dauerte fast fünfzig Jahre, bis diese ‚Aberkennung‘ schließlich Anfang der neunziger Jahre [...] für ungültig erklärt wurde.“

²¹⁶ M.d.R., ³1994, S. 47–55/Nr. 157.

²¹⁷ M.d.L., 1995, S. 32 f./Nr. 252; Biographisches Handbuch (s. Anm. 217), 2001, S. 176–178.

²¹⁸ Wischnath, 2010, S. 1025.

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

kämpfer Stauffenberg und Bolz der Universität nicht unbekannt geblieben sein dürften. Umso mehr Fragen wirft die Entscheidung im Fall Schleicher kurz vor Kriegsende auf.

Die Juristische Fakultät der Universität Tübingen²¹⁹ ist mit 11 Entziehungen „belastet“. 1947 und 2003 rehabilitierte die Universität insgesamt 38 Personen. Anhand der Senatsliste ist eine Zuordnung der Betroffenen als *Ausgebürgerte* – unter ihnen der Rechtsanwalt und Schriftsteller Karl Lieblich – zweifelsfrei möglich. Der (nicht jüdische) Anwalt und Widerstandskämpfer Richard Schmid²²⁰ – nach 1945 zunächst Generalstaatsanwalt des Landes Württemberg-Baden, später Staatssekretär im Justizministerium des Landes Baden-Württemberg, zuletzt Präsident des Oberlandesgerichts Stuttgart – war nach einer Verurteilung durch den Volksgerichtshof depromoviert worden.

In der Liste taucht der Name Fritz Erlanger nicht auf. Bis 1933 hatte der Anwalt zusammen mit seinem Vater Hugo Erlanger in Stuttgart praktiziert. Nach dem Berufsverbot emigrierte er 1933 nach Paris. Dort suchten auch Hugo Erlanger und sein Frau Frida geb. Prager 1939 Zuflucht. 1941 wurde die Familie ausgebürgert. Hugo Erlanger starb kurz vor Veröffentlichung der Ausbürgerungsliste. Seine Ehefrau wurde später nach Sobibor deportiert. Im Fall Hugo Erlanger musste die Universität, sofern sie von dessen Tod Kenntnis erhalten hat, keinen Beschluss herbeiführen. Einzelvorgänge zu der Ausbürgerungsliste sind jedoch nicht überliefert. Insofern bleibt im Ungewissen, was die Gestapo über Hugo und Fritz Erlanger wusste und ob die Universität überhaupt gebeten wurde, „das Weitere zu veranlassen“. Zweifelsfrei nicht „in das Mahlwerk“²²¹ des universitären Verfahrens gerieten Ludwig Ottenheimer und weitere Rechtsanwälte. Sie hatten das Glück, als Emigranten von der Gestapo nicht erfasst worden zu sein. Manfred Scheuer – im Fadenkreuz der Gestapo – blieb von der Entziehung der Doktorwürde verschont, weil seine Identität nicht zweifelsfrei festgestellt werden konnte. Die Universität mochte Fritz Erlanger 1941 vergessen haben, der Fahndungsapparat im besetzten Frankreich nicht: Wie zuvor seine Mutter wurde auch er deportiert, von Drancy nach Auschwitz. Das Vernichtungslager wird in der Senats-Liste in zwei Fällen als Todesort genannt.

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Tübingen betroffene Rechtsanwälte (5/2): Einstein, Walter ~ *Erlanger*, Fritz ~ *Erlanger*, Hugo ~ Hayum, Heinrich ~ Lieblich, Karl ~ Merzbacher, Siegfried ~ Tänzer, Paul.

Würzburg: Julius-Maximilians-Universität

Erst die Veröffentlichung zur Aberkennung von Doktorgraden an der Leipziger Juristenfakultät gab Ende 2008 den Anstoß, „dieses dunkle Kapitel der Universitätsgeschichte“ für Würzburg aufzuarbeiten. Der Luftangriff am 16. März 1945 hatte „das laufende Schriftgut sowohl des Rektorats und der Universitätsverwaltung als auch der Fakultäten“ vernichtet²²². Die Voraussetzungen für ein Forschungsprojekt, das „möglichst viel über die damaligen Vorgänge“ ermitteln sollte, waren daher denkbar schlecht. Aber die Recherchen, die

²¹⁹ Frieder Günther, Ein aufhaltsamer Niedergang? Die Rechtswissenschaftliche Abteilung in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Urban Wiesing [u. a.] (Hg.), Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus, Stuttgart 2010, S. 177–198, 182; zum Forschungsstand (2011): Schumann, 2014, S. 153.

²²⁰ Wischnath, 2010, S. 1024, 1045 f.

²²¹ Wischnath (2010, S. 1019) weist darauf hin, dass von den 1900 bis 1932 in Tübingen promovierten Wirtschaftswissenschaftlern seit 1933 insgesamt 40 emigrierten, aber nur fünf von ihnen der Doktorgrad entzogen worden sei; er lässt aber offen, ob auch nur diese Wirtschaftswissenschaftler zuvor nach § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 ausgebürgert worden waren.

²²² Boberach, 1991, S. 299.

zunächst nur den Vorgängen innerhalb der Juristischen Fakultät galten, „ergaben eine hinreichende Basis, um die Universität als Ganze in das Projekt einzubeziehen“, so Christoph Weber. Das Projekt wurde „unter fachlicher Anleitung des Universitätsarchivars“ und im Wesentlichen unter der „Federführung“ einer Jurastudentin realisiert. Das Buch „Die geraubte Würde“ erschien 2011.²²³ Aufgrund der Forschungsergebnisse stellten der Senat, die Erweiterte Hochschulleitung und der Hochschulrat der Universität Würzburg zu den „an der Universität Würzburg vollzogenen, auf die nationalsozialistische Ideologie gegründeten Doktorgradentziehungen“ in einem einstimmig gefassten Beschluss „ausdrücklich fest, dass diese Unrechtsakte politischer Verfolgung von Anfang an nichtig waren“.²²⁴

In der Projektdokumentation „Die geraubte Würde“ berichtet Marcus Holtz als Universitätsarchivar detailliert über die „Rahmenbedingungen an der Universität Würzburg für die Depromotionen im Dritten Reich“. Caroline S. Rupp, die damalige Jurastudentin, schildert „die Entziehung von Doktorgraden“. Ausgenommen die Aberkennungen an der Medizinischen Fakultät verzeichnet sie für die Einzelfälle gemäß den „Datenbögen“ die Unrechtsakte. Die Biographien erfassen tabellarisch „die „wichtigsten biographischen Daten“ und nennen im Einzelfall die benutzten Quellen.²²⁵ Sie spiegeln „die vielfachen biographischen Brüche, die durch Emigration und Entrechtung entstanden“ sind. Durch den Nachweis des *Berufs* ermöglichen sie in den meisten Fällen den „Zugriff“ auf die betroffenen Anwälte.

Infolge der Ausbürgerung wurde an der Universität Würzburg in der Zeit des Nationalsozialismus in 162 Fällen die Doktorwürde entzogen, weiterhin in 76 Fällen als „teilweise zwingende Folge einer strafgerichtlichen Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte“²²⁶. Zu den an der Universität Würzburg Depromovierten zählen die prominenten Münchener Anwälte Philipp Loewenfeld und Heinrich Rheinstrom, der ehemalige Berliner Polizeivizepräsident Bernhard Weiß und Michael Siegel, der 1933 in München öffentlich verunglimpft wurde, weiterhin der Berliner Rechtsanwalt und Erfolgsautor Hans J. Rehfish. Walter Heßlein ist, anders als dokumentiert, nicht als Rechtsanwalt in Hamburg nachweisbar. Mit Ausnahme des Bonner Anwalts Matthias Rudolf Vollmar waren alle betroffenen Anwälte jüdischer Herkunft und wurden als Juden ausgebürgert. Nicht ausgebürgert und daher auch nicht depromoviert wurde die „deutschblütige“ Ehefrau des Emigranten Hans Preuß. Acht der Strafexpatriierten und an der Universität Würzburg Depromovierten wurden später aus Frankreich und den Niederlanden deportiert, unter ihnen die Rechtsanwälte Herbert Prasse, Alfred Stühler und Robert Theilhaber. Deportiert wurde auch Walter Rheinheimer, der nach Verurteilung durch die 4. Strafkammer des LG München 1939 depromoviert worden war; mit den am 20. November 1941 ins Baltikum deportierten Münchener Juden – unter ihnen auch Dr. Elisabeth Kohn (Philipp

²²³ Die geraubte Würde, 2011, S. 8–10 (Christoph Weber); zur Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät (Forschungsstand 2011): Schumann, 2014, S. 153.

²²⁴ Die geraubte Würde, 2011, S. 1: „Rehabilitationsbeschluss“.

²²⁵ Die geraubte Würde, 2011, S. 135 (Caroline S. Rupp).

²²⁶ In der Nachkriegszeit wurden 6 Betroffene – mutmaßlich auf eigenen Antrag – rehabilitiert; „anhand der vorhandenen Quellen“ stellte die „Urteilsdepromotion“ in 16 Fällen „einen unrechtmäßigen Akt nationalsozialistischer Verfolgung“ dar; in allen anderen Fällen ließ das „gegenwärtig vorliegende Material“ offenbar „kein hinreichend klares Urteil“ über die Betroffenen zu, die aber ebenfalls „mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Unrecht“ verurteilt und depromoviert wurden. Um die Betroffenen und ihre Familien nicht mit „als ehrenrührig empfundenen Straftatbeständen“ in Verbindung zu bringen, wurden deren Namen nicht öffentlich gemacht; Die geraubte Würde, 2011, S. 133 f.

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

→ Loewenfeld) – wurde W. Rheinheimer unmittelbar nach der Ankunft in Kowno am 25. November ermordet.²²⁷

■ Nach ihrer Ausbürgerung von der Entziehung des Doktorgrades an der Universität Würzburg betroffene Rechtsanwälte (42): Adler, Siegfried ~ Altenberg, Bruno ~ Bacharach, Alfred ~ Berg, Ernst ~ Esslinger, Wilhelm ~ Eulau, Arthur ~ Feibelmann, Salomon ~ Fröhlich, Elias ~ Gottschalk, Leo ~ Hamburger, Max ~ Herrmann, Willy ~ Loeb, Wilhelm Simon ~ Loewenfeld, Philipp ~ Lustig, Adolf ~ Markiewitz, Lothar ~ Mayer, Arthur ~ Mayer, Erich ~ Mohrenwitz, Justin Max ~ Mosbacher, Kurt ~ Müller, Hermann ~ Prasse, Herbert ~ Rathe, Kurt ~ Rehfish, Hans J. ~ Rheinstrom, Heinrich ~ Rose, Ludwig ~ Rosenberg, Otto ~ Rosenthal, Karl ~ Samuelsdorff, Erich ~ Schendel, Kurt ~ Schloß, Heinrich ~ Siegel, Michael ~ Strauß, Eugen ~ Stühler, Albert ~ Theilhaber, Robert ~ Treidel, Ernst ~ Tuteur, Paul ~ Vollmar, Matthias Rudolf ~ Wallerstein, Ernst ~ Weil, Ludwig ~ Weiß, Bernhard ~ Wolf, Richard ~ Zedermann, Felix.

Exkurs: Der Fall Otto Friedrich Meyer

Otto Friedrich Meyer wollte nach den „Aussagen zuverlässiger V-Personen“ *kommunistischer Rechtsanwalt* werden, ein Berufsziel, das allein schon den Emigranten als *Staatsfeind* auswies. Nach 1933 hatte dieser aber weder sein Studium noch die Promotion in Heidelberg abschließen können. Wie die Gestapo Saarbrücken dem RSHA am 27. Mai 1943 mitteilte, hatte Meyer „nach Beendigung seiner Studienzeit wegen seiner politischen Einstellung keine entsprechende Stellung finden“ können. Er habe daraufhin seine Heimatstadt Ludwigshafen am Rhein verlassen und sei nach Oslo „ausgewandert“. Den „Dr. jur.“ habe der „deutschblütige“ Schriftsteller „im Ausland, Norwegen oder Schweden erworben. Näheres ist hier nicht bekannt“. Nicht unbekannt war aber der Gestapo geblieben, dass „Meyer im Ausland die Hetzschrift ‚Totalität in der deutschen Politik‘ verfasst und den Versuch unternommen [habe], diese Kampfschrift in den Vereinigten Staaten von Amerika veröffentlichten zu lassen“. Meyer war oder wurde weder Rechtsanwalt noch konnte er nach seiner Ausbürgerung 1943 in Heidelberg depromoviert werden. Der Fall ist ein Grenzfall, der ergänzend zur Kurzbiographie (II, 370) anhand der Akten der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg im Folgenden annähernd rekonstruiert wird. Der Fall handelt nur indirekt von der Zeit, in der Recht Unrecht war. In seinen Besonderheiten spiegelt er individuelles und institutionelles Handeln oder Nichthandeln im Umgang mit akademischen und biographischen Verwerfungen und deren Wiedergutmachung im Nachkriegsdeutschland.

Otto Friedrich Meyer – 1906 als Sohn eines Kaufmanns in Ludwigshafen geboren – hatte sich erstmalig zum Wintersemester 1929/30 an der Universität Heidelberg immatrikuliert. Als ordentlicher Studierender belegte er im ersten Semester gebührenpflichtige Vorlesungen und Übungen bei den Professoren Max Gutzwiller (BGB I: Allgemeiner Teil), Friedrich Endemann (BGB II: Recht der Schuldverhältnisse) und Eberhard Frhr. von Künßberg (Deutsche Rechtsgeschichte). Viel mehr ließ sich über sein Studium nicht ermitteln. Mit Ende des Sommersemesters 1933 wurde Meyer exmatrikuliert: „Ueber die Führung ist Nachteiliges nicht bekannt geworden.“ Das Testat war eine Voraussetzung dafür, dass Meyer zur Promotion zugelassen wurde. Gegenstand seiner Doktorarbeit war „Die Eheleiche Gemeinschaft im BGB unter besonderer Berücksichtigung des ZGB“. Sein Doktorvater war Max Gutzwiller. Am 29. Juni 1935 bestand Meyer vor dem Prüfungsausschuss unter Vorsitz des im Oktober 1934 nach Heidelberg

²²⁷ Weber, 2006, S. 253; Die geraubte Würde, 2011, S. 199.

berufenen Eduard Böttcher „die juristische Doktorprüfung mit der Note cum laude“. Die Universität hätte ihm 1943 den „Doktor-Titel“, den er „im Ausland“ offenbar führte, gar nicht entziehen können. Denn nach der erfolgreich bestandenen mündlichen Prüfung hatte der Dekan der Juristischen Fakultät Meyer mitgeteilt, dass die „Führung des Dokortitels“ die „Promotion“ – nach Ablieferung der Pflichtexemplare – voraussetze. 1935 selbst im Widerstand aktiv und gefährdet, später als Emigrant, dessen politische Freunde in Deutschland verfolgt wurden, hatte Meyer die Ablieferung der Pflichtexemplare schlicht „versäumt“. Nach 1945 versuchte er, das Versäumnis zu heilen. Gustav Radbruch, den er im Juli 1946 aufsuchte, hatte „Dr. Meyer“ in guter Erinnerung, auch „den ganzen Freundeskreis, in dem der Besucher „damals in Heidelberg stand“. Meyer benötigte 1946 Referenzen für eine ihm angebotene oder erstrebte Tätigkeit in der I.G. Farbenindustrie AG „in Auflösung“ in Ludwigshafen a. Rh. Mit Datum vom 29. Juli 1946 sind Empfehlungsschreiben sowohl von Radbruch, der aber über die „juristischen Fähigkeiten“ Meyers „kein unmittelbares Urteil“ hatte, als auch von Prof. Dr. Karl Geiler, dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten des Landes Groß Hessen, in der Promotionsakte überliefert. Radbruch hielt „Dr. Meyer“, „der von einem so anspruchsvollen Manne wie meinem ehemaligen Kollegen Gutzwiller in Bezug auf seine juristischen Fähigkeiten positiv beurteilt wurde“, für eine Tätigkeit im „Wirkungskreis“ des Unternehmens für geeignet. Geiler, den Meyer ebenfalls „kürzlich von Norwegen kommend besucht“ hatte, empfahl der Direktion des Unternehmens „Dr. Meyer“ als „einen sehr begabten Menschen, der es offenbar auch in der Emigration in Norwegen verstanden hat, sich durch seine juristischen Veröffentlichungen namentlich auf staatsrechtlichem Gebiet einen Namen zu machen.“

Dass Meyer nicht „Dr. Meyer“ war, spielte in der unmittelbaren Nachkriegszeit keine Rolle. Erst gut drei Jahre nach seinem Besuch bei Radbruch und Geiler ersuchte der inzwischen sesshaft gewordene Remigrant am 2. Dezember 1949 die Juristische Fakultät „höflichst“ und förmlich um nachträgliche Promotion“. Er verwies darauf, dass er – als SPD-Mitglied nach 1933 „so belastet“ – das Studium nur mit dem Dokorexamen habe beenden können. Als „zentraler Mitarbeiter eines illegalen Kreises sozialistischer Studenten“ habe er sich „nach einem unruhigen, nervenverbrauchenden illegalen Leben“ 1935/36 durch Emigration nach Skandinavien dem Zugriff des NS-Regimes entziehen können. Sowohl in Norwegen wie später in Schweden habe er „in den führenden liberalen Blättern als Leitartikler mitgearbeitet“ und 1943 „in schwedischer Sprache eine ideengeschichtliche Studie über das Problem der ‚Totalität in der deutschen Politik‘“ veröffentlicht sowie als Assistent am Institut für Öffentliches und Internationales Recht in Stockholm unter Leitung von Halvar Sundberg mitgearbeitet. Nach der deutschen Kapitulation nach Oslo zurückgekehrt, hatte Meyer danach 1946 vom Institut für Vergleichende Kulturforschung in Oslo ein Stipendium zur Fortsetzung seiner in Schweden begonnenen Arbeit „Der Fortschrittsglaube in England, Frankreich und Deutschland“ erhalten. Seine Deutschlandreise 1946 erwähnte Meyer nicht, wohl aber seine Korrespondententätigkeit für „skandinavische und schweizerische Blätter“. Seit Mai 1949 war Meyer danach in Neustadt an der Haardt mit der „Aufgabe“ betraut, „die ‚Rheinpfalz‘, eine Tageszeitung mit 200.000 Exemplaren für die gesamte Pfalz, nach abendländischen, politisch-kulturellen Gesichtspunkten auszurichten“.

Sein Gesuch überreichte Meyer mit einem weiteren Schreiben vom gleichen Tag dem Dekan, Prof. Dr. Karl Engisch, den er Ende Oktober in Heidelberg aufgesucht hatte. Eine Informationsreise nach Skandinavien sei „der Grund zu der verspäteten Vorlage“ des Gesuchs:

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

„Wenige Tage nach meiner Rückkehr erreichte mich – durch Ihre Würdigung des Toten im Stuttgarter Sender – die traurige Nachricht vom Tode meines verehrten Lehrers, Prof. Gustav Radbruch. Sein unerwarteter Tod [am 23. 11. 1949] hat es mir nicht mehr vergönnt sein lassen, mit ihm in meinem Anliegen zu sprechen. Wie ich Ihnen mündlich mitgeteilt hatte, hat er mir anlässlich eines Besuches 1946 zugesagt, dass einer nachträglichen Promotion in meinem Falle nichts im Wege stehen würde. Frau Prof. Radbruch [Lydia geb. Schenk] wird sich sicher noch daran erinnern können, dass ich ihm entsprechend einer Vereinbarung von Oslo in dieser Sache geschrieben habe. Meine längere Abwesenheit von Deutschland hat es zur Folge gehabt, dass ich diese Sache immer aufschiebend behandelt habe.“

Weiter teilte Meyer dem Dekan mit, dass er davon abgesehen habe, „Herrn Prof. K. Geiler besonders von meinem Gesuch zu informieren“, in der Annahme dass Geiler „in der Sitzung der Fakultät selbst anwesend sein wird“. Gleichsam als Beleg einer persönlichen Verbindung mit Geiler erwähnte Meyer noch, dass er diesen „laufend“ durch Übersendung seiner Leitartikel unterrichtete.

Antrag und „Begründung“ machten offensichtlich wenig Eindruck; ob die Fakultät überhaupt über das Gesuch beriet, ist fraglich. Aber auch Meyer unternahm in den nächsten Jahren in der „Sache“ nichts. Erst am 21. August 1956 bat er erneut „die Hohe Juristische Fakultät der Universität Heidelberg höflichst“ um Übergabe der Promotionsurkunde:

„Die Promotion ist wegen politischer Gründe im Sinne des BEG [Bundesentschädigungsgesetz] im Jahre 1935 nicht erfolgt, da ich gezwungen war, zu emigrieren. Aus den gleichen Gründen war mir 1933 das Referendarexamen nicht möglich. Mein ehemaliger Lehrer Prof. Gustav Radbruch, wusste um diese Umstände und war in einer persönlichen Besprechung bereit, die Promotion bei einer Vervielfältigung von wenigen Exemplaren für Fakultät und Bibliothek kurz vor seinem Tode nachzuholen. Frau Prof. Radbruch ist Zeuge. Nach seinem Tode sprach ich dann mit dem Dekan, Herrn Prof. Engisch. Wir kamen Ende Oktober 1949 zu dem gleichen Ergebnis. Auf ein schriftliches Gesuch an den Herrn Dekan [vom 2. 12. 1949] blieb ich ohne Antwort.“

Der einzige handschriftliche Eingangsvermerk „stimmt“ dürfte sich vor allem auf den ersten Absatz des Schreibens beziehen, in dem Meyer auf die Ablegung des juristischen Dokorexamens verwies und den Gegenstand der von Gutzwiller betreuten Dissertation genannt hatte. Gutzwiller, dessen Ehefrau von den *Nürnberger Gesetzen* betroffen war, hatte 1936 Heidelberg verlassen und war in die Schweiz zurückgekehrt. Sein Schüler hatte inzwischen wieder Fuß gefasst: seit 1951 im Auswärtigen Dienst, zunächst als Pressereferent in Bern, residierte er seit 1955 als Konsul in Malmö. Auf dem Briefbogen des Konsulats der Bundesrepublik Deutschland mit der darunter gesetzten maschinenschriftlichen Ergänzung „Konsul Dr. O. F. Meyer“ unterzeichnete er handschriftlich als „OMeyer“, in einer „Verschleifung“, die auch als „Dr. Meyer“ gelesen werden konnte.

Im Auftrag des Pro-Dekans als Vertreter des abwesenden Dekans teilte das Sekretariat der Fakultät „Herrn Konsul Otto Friedrich Meyer“ am 27. August 1956 mit, dass die Promotionsakten zwar am Auslagerungsort im Krieg vernichtet wurden, aus „vorhandenen Listen“ jedoch das Bestehen der mündlichen Doktorprüfung habe festgestellt werden können: Die Fakultät sei „bereit, Ihrer Bitte nachzukommen und Ihnen unter Zugrundelegung der heute gültigen Promotionsordnung, die wir in der Anlage beifügen, die Promotionsurkunde auszufertigen, sobald die erforderlichen 6 Pflichtexemplare und die Urschrift Ihrer Dissertation der Fakultät vorliegen. Ihr persönliches Erscheinen ist nicht unbedingt erforderlich.“ Damit endet das „Mit vorzüglicher Hochachtung“ unterzeichnete Schreiben. Die Exemplare wurden der Fakultät am 18. September aus Tosed Kr. Harburg „im Auftrage von Herrn Konsul Dr. O. F. Meyer in Malmö“ übersandt. Auf

Nachfrage von Konsul O. F. Meyer vom 6. Oktober, wann er „mit der Zusendung des Diploms rechnen“ könne. bestätigte das Sekretariat der Fakultät am 12. Oktober den Eingang der Pflichtexemplare. Die „Ausfertigung“ des Doktordiploms habe sich durch eine längere Schließung des Dekanats verzögert, sei „aber nunmehr in Auftrag gegeben“ worden. Die Urkunde werde übersandt, sobald sie fertiggestellt sei: „Wir bitten Sie deshalb, sich bis 20.10. zu gedulden.“ Am 25. Oktober notierte Dekan Hans Schneider auf der Durchschrift dieses Schreibens handschriftlich: „Fak.-Sitzung (Frist-Verlängerung zu § 10 Abs. 1 PromO beschließen)“. Am gleichen Tag teilte er zudem „Herrn Konsul O. F. Meyer“ mit, dass er „noch einen Beschluss der Fakultät herbeiführen“ müsse, „durch den nachträglich die von der Promotionsordnung festgelegte Frist für die Ablieferung der Dissertationsexemplare verlängert wird. Da gegenwärtig wegen der vorlesungsfreien Zeit eine Fakultätssitzung nicht stattfinden kann, bitte ich Sie, sich noch etwa drei Wochen zu gedulden.“

Die Fakultätssitzung fand am 10. November statt; laut Protokoll zu Punkt 9 (a) der Tagesordnung „wurde beschlossen, das *Doktordiplom* [Kursivierung in der Vorlage unterstrichen] für den deutschen Konsul in Malmö Herr *O. F. Meyer*, der im Herbst 1935 emigrierte, unter dem jetzigen [handschriftlich ergänzt: 1. 10. 1956] Datum auszustellen.“ Zum weiteren Procedere hielt Hans Schneider als Dekan auf der Durchschrift seines Schreibens vom 25. Oktober handschriftlich fest: 1) In der Fakultätssitzung ist am 10. Nov. 1956 die nachträgliche Promotion genehmigt worden. 2) Dr.-Diplom ausstellen. 3) Schreiben an Konsul O. F. Meyer“. Wie der Entwurf des Schreibens erkennen lässt, hatte das Fakultätskollegium „dem Umstand, dass im Briefkopf Ihres Schreibens an die Juristische Fakultät vom 21. August 1956 eine – wohl versehentlich unterlaufene – InKorrektheit enthalten ist, keine Beachtung beigelegt“. Der Dekan änderte seinen Text noch handschriftlich ab, ohne den „Umstand“ in der Reinschrift gänzlich verschwinden zu lassen. Adressiert an „Herrn Konsul O. F. Meyer“ schrieb Hans Schneider am 12. November:

„Indem ich Ihnen anbei das Doktordiplom übersende, freue ich mich, dass damit das Promotionsverfahren nach so vielen Widrigkeiten seinen guten förmlichen Abschluss erfahren hat. Ich darf Ihnen dazu meinen besten Glückwunsch aussprechen!“

Damit war die „Sache“, die die Universität noch „2.– DM Porto“ gekostet hatte, für beide Seiten erledigt. Weiteres Schriftgut ist nicht überliefert, von einem Schriftwechsel mit dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg abgesehen. Auf eine Bitte des Bibliotheksdirektors Dr. jur. [Hans Peter] des Coudres vom 10. Oktober 1957 gab das Dekanat am 12. Oktober „die Anschrift von Herrn Konsul Dr. Otto Friedrich Meyer [in Malmö] bekannt“.

Weiterhin beantwortete das Dekanat „zuständigkeitshalber“ noch eine an die Universität gerichtete Anfrage des Bezirksamts für Wiedergutmachung Neustadt a. d. Weinstraße vom 9. Juli 1957. Danach hatte Meyer als Antragsteller Schäden im beruflichen Fortkommen geltend gemacht und angegeben, von 1929 bis 1933 Jurisprudenz und Volkswirtschaft in Heidelberg studiert zu haben. Er habe zwar 1935 sein Doktorexamen bestanden, sei aber 1933 „auf Grund seiner politischen Tätigkeit in der SPD und der sozialistischen Studentenschaft von der Zulassung zur ersten juristischen Staatsprüfung ausgeschlossen worden“. Das Dekanat bestätigte die Immatrikulationszeiten; Meyer sei von der Juristischen Fakultät „zu den Promotionsleistungen zugelassen“ worden und habe „das mündliche Doktorexamen am 29. Juni 1935 mit dem Prädikat *cum laude*“ bestanden Hinsichtlich der Juristischen Staatsprüfung sei „leider keine Auskunft“ möglich. Entsprechende „Auskünfte darüber müssten wohl [...] beim Landesprüfungsamt [...] eingeholt werden“.

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

Ein Exemplar der Dissertation „Die Gemeinschaft und das persönliche Eherecht im ZGB unter Berücksichtigung des BGB“ ist in der Universitätsbibliothek Heidelberg unter der Signatur W 9999 vorhanden. Der Titel entspricht nicht dem von Meyer 1949 bzw. 1956 genannten Titel „Die Eheliche Gemeinschaft im BGB unter besonderer Berücksichtigung des ZGB“. Das „maschinenschr. vervielf.“ Exemplar gehört zu den Beständen mit dem Erscheinungsjahr 1936–1961. Die ergänzenden bibliographischen Daten im Digitalisierten Alphabetischen Titelkatalog (DigiKat) lauten: „o. O. 1934 [sic]. VIII, 131 gez. Bl. 4“ und „Heidelberg, Jur. Diss. vom 1. Okt. 1956“. So ist die Arbeit auch im Katalog der Deutschen Nationalbibliothek verzeichnet.²²⁸

Akademischer Tod und „Giftschrank“

Jahrzehntelang lag über der Geschichte der Entziehungen von Doktorgraden in der Zeit des Nationalsozialismus ein Mantel des Schweigens. Die Universitäten mochten sich aus eigenem Antrieb mit diesem dunklen Kapitel ihrer braunen Vergangenheit nicht näher befassen. Selbst Hans Maier²²⁹ hat 1966 die Entziehungspraxis der Hochschulen – so die parteioffizielle Bezeichnung der Universitäten – noch nicht als Ausdruck jener „alles durchdringenden Rassenpolitik“ und „bürokratischen Kanalisierung“ der nationalsozialistischen Hochschulpolitik erkannt oder in seiner „Bilanz“ für erwähnenswert befunden. Die rechtliche Bewertung der rassistisch oder politisch motivierten Entziehungen als „nichtig“ von Anfang an und eine stille „Wiedergutmachung“, die immer nur Einzelfälle betraf, blendeten den Sachverhalt weitgehend aus, dass durch Mitwirkung der Universität so viele Unrecht erlitten hatten. Wenn die Hochschulen und ihre Gremien in diesen Fällen auch selbst über kein Ermessen verfügt hatten, in der Regel auch selbst nicht initiativ tätig wurden, ist doch *auch* nicht erkennbar, so Michael Breitbach²³⁰, dass „die an dieser wahrhaft seelenlosen Prozedur Beteiligten je in irgendeiner Weise Anstoß genommen oder sonst irgendwie dagegen vorgegangen wären“. Auch das mag erklären, dass zaghafte Vorstöße der Westdeutschen Rektorenkonferenz seit Mitte der 1950er Jahre in dieser Sache wenig bewirkten. Es dauerte noch fünf Jahrzehnte, bis die Universitäten selbst aktiv diesen Teil ihrer NS-Vergangenheit aufzuarbeiten bereit waren.

Die nationalsozialistische Depromotionspraxis an 23 Universitäten des Reichs²³¹ konnte für eine juristische Berufssparte im Kontext der Literatur nur annähernd dargestellt werden. Von der willkürlichen und rechtsstaatlichen Prinzipien widersprechenden Strafmaßnahme waren grundsätzlich alle promovierten Emigranten betroffen, die als Reichs- oder Protektoratsangehörige²³² zuvor aufgrund § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 vom Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Aus-

²²⁸ UA Heidelberg, Tgb 579–2020, Rep. 29/708 u. H-II/852–92; für die Ermittlung der Akten danke ich Revekka Georgiou.

²²⁹ Nationalsozialistische Hochschulpolitik, in: Die deutsche Universität im Dritten Reich, München 1966, S. 71–102, 73, 87 f.

²³⁰ 2001, S. 299.

²³¹ Für die Universität Wien mit mindestens 169 Aberkennungen in der Zeit vom April 1939 bis Okt. 1944 vgl. Herbert Posch, „Würdig“ und Recht? Aberkennung der Doktorate im Nationalsozialismus – Nichtigkeitsklärung der Aberkennung, in: Posch/Stadtler, 2005, S. 25–43; allein an der Jur. Fakultät erfolgten 117 Aberkennungen „aus rassistischen Gründen“; vgl. Kamila Staudigl-Ciechowicz, Die Säuberung der Universitäten am Beispiel der Wiener Rechtswissenschaftlichen Fakultät, in: Journal on European History of Law 9 (2018), 1, S. 40–49, 49.

²³² Für den mutmaßlich an der Deutschen Karls-Universität Prag depromovierten Brünner Anwalt Dr. Marian Novotný s. S. 125* f.

wärtigen „der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig“ erklärt worden waren. Zu diesen durch die Entziehung der Doktorwürde zusätzlich Geächteten zählen mindestens 386 frühere Rechtsanwälte. Von wenigen Ausnahmen²³³ abgesehen waren die akademisch „Gestrichenen“ *jüdische Rechtsanwälte* oder Rechtsanwälte jüdischer Herkunft, die – zuvor durch Berufsverbot und weitere Maßnahmen des NS-Regimes verfolgt – nun als *Emigranten* noch von den Unrechtsakten der Ausbürgerung und Depromotion betroffen waren: Das im Inland verbliebene und von der Gestapo *vorsorglich sichergestellte* Vermögen verfiel dem Reich; die akademische Würde wurde ihnen mit einem Federstrich geraubt. Erst Jahrzehnte nach dem Untergang des NS-Regimes wurden die bürokratischen Prozeduren und das ganze Ausmaß der rassistisch und politisch motivierten Entziehungen akademischer Grade, Titel und Würden zur Kenntnis genommen. Wenn auch „spät“, so haben sich doch die Universitäten eines Unrechts erinnert, das auch an den Technischen Hochschulen²³⁴ sowie den Handels-, Wirtschafts- und Tierärztlichen Hochschulen in der Zeit des Nationalsozialismus alltäglich war. Für Braunschweig hatte Heinz Boberach²³⁵ bereits 1991 entsprechende Entziehungsakten nachgewiesen. Die meisten der nach 1933 „Gestrichenen“ wurden erst posthum wieder in die akademische Gemeinschaft aufgenommen.

Die Vielzahl der Entziehungen verweist auch auf die Bedeutung, die allgemein dem Erwerb des „Dokortitels“ für das spätere juristische Berufsleben beigemessen wurde: Fast zwei Drittel der ausgebürgerten Rechtsanwälte waren an einer deutschen Universität promoviert worden. In der Zeit des Nationalsozialismus wurde ihnen die rechtmäßig erworbene akademische Würde wieder aberkannt, *geraubt*. Dieses von allen Universitäten begangene Unrecht war „Teil des Unrechts und der schweren, unfassbaren Verbrechen des Naziregimes“.²³⁶ Die meisten der ermittelten Depromotionsfälle sind für Erlangen (62),

²³³ Wilhelm Arndt (Breslau), Heinrich Braun (Halle), Hermann Horstmann (Erlangen), Matthias Rudolf Vollmar (Würzburg) und Franz Weber (Erlangen).

²³⁴ Selbstmobilisierung der Wissenschaft – Technische Hochschulen im „Dritten Reich“, hg. v. Noyan Dinçkal [u. a.], Darmstadt 2010; Ideologie und Eigensinn. Die Technischen Hochschulen in der Zeit des Nationalsozialismus, hg. v. M. Barricelli [u. a.], Göttingen [2017]. Entsprechend dem (damaligen) Forschungsinteresse „fehlen“ z. B. in der von Renate Schröder-Werle bearbeiteten „Chronik zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879–1979“ (Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879–1979, hg. v. Reinhard Rürup, Berlin/Heidelberg 1979, S. 1–37) die Stichworte „Ausbürgerung“ und „Entziehung“; vgl. dazu inzwischen Carina Baganz, Diskriminierung, Ausgrenzung, Vertreibung. Die Technische Hochschule Berlin während des Nationalsozialismus, Berlin 2013, S. 236 ff.; ohne Anspruch auf Vollständigkeit sei ergänzend verwiesen auf: Klaus-Peter Hoepke, Auswirkungen der nationalsozialistischen Rassenpolitik an der Technischen Hochschule Fridericiana Karlsruhe 1933–1945, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. 137 (N.F. 98), 1989, S. 383–413; Thomas Hänseroth (Hg.), Wissenschaft und Technik. Studien zur Geschichte der TU Dresden, Köln [u. a.] 2003; Michael Wettern/Daniel Weßelhöft, Opfer nationalsozialistischer Verfolgung an der Technischen Hochschule Braunschweig 1930 bis 1945, Hildesheim 2010; Daniel Weßelhöft, Von fleißigen Mitmachern, Aktivisten und Tätern. Die Technische Hochschule Braunschweig im Nationalsozialismus, Hildesheim [u. a.] 2012; Christian-Alexander Wäldner, Die Technische Hochschule Hannover und der Entzug akademischer Titel in der NS-Zeit. Ergebnisse hannöverscher Vorgänge unter Berücksichtigung des Falles Walter Dux, Berlin [u. a.] 2012; Michele Barricelli [u. a.], Nationalsozialistische Unrechtsmaßnahmen an der Technischen Hochschule Hannover. Beeinträchtigungen und Begünstigungen 1933 bis 1945, Petersberg [2016]; Norbert Becker/Katja Nagel, Verfolgung und Entrechtung an der Technischen Hochschule Stuttgart während der NS-Zeit, Stuttgart 2017, S. 101 f. (Depromotion des emigrierten Architekten Alfred Gellhorn [S. 248 f.] aufgrund § 2 des Gesetzes vom 14. 7. 1933; mutmaßlich der einzige Fall an der TH Stuttgart); Wolfgang A. Herrmann (Hg.), Die Technische Hochschule München im Nationalsozialismus, München 2018.

²³⁵ 1991, S. 302.

²³⁶ Henne, 2007, S. 12 f.: Grußwort von Prof. em. Dr. Itzhak England, Richter des Supreme Court Israel i. R., Präsident der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung.

III. „Einer deutschen akademischen Würde unwürdig“

Breslau (59), Heidelberg (44) und Würzburg (42) belegt. Die für eine juristische Berufssparte ermittelten Fallzahlen dürften nicht auf eine unterschiedliche Praxis hindeuten. Sie spiegeln vielmehr in gewisser Weise Stellung und Rang der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultäten im Reich, zumindest hinsichtlich der akademischen Graduierung junger Juristen. Infolge dessen „zeichnen“ sich diese Universitäten später auch bei der Aberkennung der Doktorwürde durch entsprechend hohe Fallzahlen aus.

Die gedruckten Dissertationen – in der biographischen Dokumentation in der Regel nicht nach Autopsie, sondern anhand des „Karlsruher Virtuellen Katalogs“ nachgewiesen – wurden nach der Degradierung der Autoren in den wissenschaftlichen Bibliotheken und Instituten nicht ausgesondert. Ob sie mit einem „Giftkreuz“ oder in anderer Weise gekennzeichnet wurden, wäre im Einzelfall ebenso zu prüfen²³⁷ wie ihre wissenschaftliche Benutzung nach 1933. Eine ministerielle Anordnung, „bei Dissertationen jüdische Autoren nach Möglichkeit nicht zu zitieren oder im Literaturverzeichnis jüdische und nicht-jüdische Autoren getrennt aufzuführen“, stieß in der Praxis schon „insofern auf Schwierigkeiten, als den Verfassern von Dissertationen nicht immer bekannt ist, ob der Autor Jude ist oder unter den Judenbegriff fällt“. Ein „in Hochschulkreisen“ geäußertes Vorschlag, gerade „Juristen, die vielfach jüdische Kommentare benützen, ohne den Verfasser zu zitieren“, entsprechende Verzeichnisse an die Hand zu geben, wurde nie realisiert.²³⁸

Zu den grundsätzlich für die allgemeine Benutzung weggesperrten Beständen der wissenschaftlichen Bibliotheken zählten die Dissertationen der „Unwürdigen“ in der Regel mutmaßlich nicht, wohl aber deren Exil-Veröffentlichungen, sofern für diese aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 durch den Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern ein allgemeines Verbot ausgesprochen und im „Deutschen Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden war. Im geschlossen erhaltenen Remota-Bestand III (Nationalsozialismus) der Bayerischen Staatsbibliothek befindet sich so etwa die im Amsterdamer Verlag Menno Hertzberger 1938 erschienene Veröffentlichung „Jüdische Klassiker der deutschen Rechtswissenschaft“ von Hugo Sinzheimer: Rem. III 369.²³⁹ Der Inhalt der Giftschränke in den juristischen Seminarbibliotheken – bis 1945 bestückt mit Veröffentlichungen jüdischer Verfasser – wurde nach 1945 „ausgewechselt. Dort war jetzt die belastende Literatur von Fachkollegen aus der NS-Zeit für Studierende nur noch mit einer Sondergenehmigung zugänglich.“²⁴⁰

²³⁷ Zur Praxis in Halle vgl. Karl-Ernst Wehnert, Das Juristische Seminar – von den Anfängen bis zur Gegenwart, in: 150 Jahre Juristisches Seminar der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, hg. v. Heiner Lück [u. a.], [Döbel] 2005, S. 9–36, 18 f.

²³⁸ Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS. Hg. u. eingel. v. Heinz Boberach, Bd. 4: Meldungen aus dem Reich Nr. 66 vom 15. März 1940 – Nr. 101 vom 1. Juli 1940, Hersching 1984, S. 979 (Nr. 75 v. 10. 4. 1940): „Zitieren jüdischer Autoren bei Dissertationen“; eine entsprechende Empfehlung des Reichserziehungsministeriums datiert vom 15. 3. 1938, vgl. Forsbach, 2018, S. 160; unter Berufung auf Blau (?1954, S. 80/Nr. 258) nennt Walk (1981, S. 307/Nr. 25) den 20. 10. 1939 als Datum einer Verfügung des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung zur Zitierung von Dissertationen jüdischer Autoren sowie für (getrennte) Literaturverzeichnisse nach deutschen und jüdischen Verfassern.

²³⁹ Stephan Kellner [u. a.], Der „Giftschrank“: Erotik, Sexualwissenschaft, Politik und Literatur – „Remota“: die weggesperrten Bücher der Bayerischen Staatsbibliothek. Eine Ausstellung der Bayerischen Staatsbibliothek München, 2. 10.–17. 12. 2002, München 2002; [www.bsb-muenchen.de/sammlungen/ bestandsbeschreibung](http://www.bsb-muenchen.de/sammlungen/bestandsbeschreibung)

²⁴⁰ Für Münster vgl. Rütters, 2018, S. 14 f.

IV.

„Ich habe die Ehre, auf der Liste dieser Ausgebürgerten zu stehen“

Von Menschen, Rassenwahn und Listen – ein Fazit

Im Prozess der nationalsozialistischen Machteroberung und *Gleichschaltung* markiert der 14. Juli 1933 eine Zäsur: Nach Ausschaltung, Verbot und Selbstauflösung aller *Systemparteien* genoss die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei „als einzige politische Partei“ Bestandsschutz. Die Aufrechterhaltung oder Neubildung von politischen Parteien war danach bis zum Ende des NS-Regimes unter Androhung von Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe verboten. Im Schlagschatten des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien hat das am gleichen Tag verkündete Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit wenig Beachtung gefunden, obwohl es einschneidende Auswirkungen für zwischen dem 9. November 1918 und dem 30. Januar 1933 eingebürgerte Deutsche, vor allem *Ostjuden*, sowie für weitere Reichsangehörige hatte, „die sich im Ausland aufhalten“. Emigranten konnte danach, „sofern sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben“, die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt werden. Beide „Maßnahmen“ – die Denaturalisation und die Strafexpatriation emigrierter *Staatsfeinde* – zielten entsprechend der nationalsozialistischen Ideologie, aber auch in Übereinstimmung mit in völkischen und konservativen Kreisen gehegten Vorstellungen auf den Ausschluss der Juden aus dem *Reichsvolk*¹. Und sie „durchbrachen auch äußerlich sichtbar in der rechtlichen Form die vermeintlich sichere Bestandskraft und Schutzwirkung der Staatsangehörigkeit“.² Das Gesetz war Teil der Etablierung des „Dritten Reichs“ durch eine „Normsetzungsmaschinerie“, die „die brutale Rechtsverachtung der Machthaber“ widerspiegelt.³

Die ausgebürgerten Emigranten galten in Deutschland *als bürgerlich tot*.⁴ Sie konnten von einem deutschen Staatsangehörigen seit November 1937 nichts mehr von Todes wegen und durch Schenkung erwerben; deutsche Staatsangehörige, die gegen dieses Verbot verstießen, wurden „mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft“. Bereits vor der Ausbürgerung hatten die Emigranten ihre ohnehin eingeschränkte Verfügungsberechtigung über noch im Inland vorhandene Vermögenswerte meist durch deren *Sicherstellung* verloren. Als *Rechtsnachfolger* teilte das im Reich als Zentralstelle für die Verwertung sichergestellter und beschlagnahmter Ver-

¹ Ministerialdirigent Geh. Regierungsrat Hering in Berlin (RuPrVerwBl. 54, 1933, 32 vom 5. 8. 1933, S. 621–624, 621, 1. Satz): „Der Neuaufbau des Reichs im Sinne der Regierung der nationalen Erhebung erfordert auch einen neuen Aufbau des Reichsvolks.“ In der von Hitler am Abend des 1. Februar 1933 im Rundfunk verlesenen Proklamation der Reichsregierung an das deutsche Volk hatte es vage geheißt: „Wir Männer dieser Regierung fühlen uns vor der deutschen Geschichte verantwortlich für die Wiederherstellung eines geordneten Volkskörpers“; www.ghdi.ghi-d.org/docpage.efam?docpage_id=4869 (22. 8. 2019).

² Gosewinkel, 2001, S. 380.

³ Bernd Rüthers (1988, S. 2827) und auch Joachim Rückert (Unrecht durch Recht. Zur Rechtsgeschichte der NS-Zeit, Tübingen [2018] erwähnen das Gesetz selbst nicht.

⁴ Der bürgerliche Tod – „im Zuge der Französischen Revolution [...] besonders gegenüber den Emigranten angewandt“ – wurde als Ehrenstrafe in Deutschland Mitte des 19. Jahrhunderts abgeschafft, in Bayern 1849, in Preußen ein Jahr später; HRG, Bd. I, 1971, Sp. 556f. (W. Ogris); Gosewinkel, 2001, S. 378.

IV. „Ich habe die Ehre, auf der Liste dieser Ausgebürgerten zu stehen“

mögenswerte zuständige Finanzamt Moabit-West dem Postscheckamt Frankfurt am Main im Fall Albert Aaron den Sachverhalt 1938 kurz und bündig mit. Dem bürgerlichen Tod des Emigranten folgte, sofern dieser einen Doktorgrad erworben hatte, der akademische Tod, die Depromotion. Die Entrechtung des einzelnen nicht *Deutschstämmigen*, der *Juden* insgesamt, bis hin zur völligen Rechtlosigkeit gründete in der nationalsozialistischen Weltanschauung, dem Rassenwahn: Der „Maßnahmenstaat“, so Ernst Fraenkel⁵, beraubte „eine Minderheit der elementarsten Rechte“.

Die Feststellung, „die deutschen Belange geschädigt [zu] haben“, traf der Reichsminister des Innern – bis 1943 „Nazi Frick“ (Philipp Loewenfeld), danach dessen Nachfolger Heinrich Himmler – „im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen“. Bereits gut einen Monat nach Verkündung des Gesetzes wurde es erstmals angewandt. Im „Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger“ erschien am 25. August 1933 die erste Liste mit 33 Namen prominenter Emigranten, unter ihnen der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann, der erste Reichsministerpräsident der nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung im Februar 1919 gebildeten Weimarer Koalition. Mit der Veröffentlichung wurden die Genannten „der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig“ erklärt. Die Ausbürgerung war eine Art „Brandmarkung“⁶; das Vermögen der Geächteten wurde beschlagnahmt. Die Erstreckung der Ausbürgerung auf die Familienangehörigen – im August 1933 noch *vorbehalten*, aber später nachgeholt – wurde nahezu regelmäßig vollzogen. Ehefrauen und Kinder wurden mit an den öffentlichen Pranger gestellt, selbst wenn ihnen keine *staatspolizeiliche und kriminelle Vergangenheit* angelastet werden konnte. Mit ausgewandert, waren sie von der Ausbürgerung als *Familienstrafe* betroffen, auch Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte. Genannt seien u. a. Ella Auerbach, Irmgard Auerbach, Ellen Ebstein und Hilde Kirchheimer, Walter Derenberg, Paul Ebstein und Ernst C. Stiefel, aber auch Witwen von im Reich oder in der Emigration verstorbenen Anwälten (Gerhard Breit-Fronzig und Bernhard Katz). Nur im Fall der jüdischen Ärztin Alice Fath wurde die Ausbürgerung auf den *jüdischen Ehemann*, den Frankfurter Rechtsanwalt Hans Fath, erstreckt, *der Freimaurer ist und durch sein Verhalten bewiesen hat, dass er die politische Betätigung seiner Ehefrau billigt*. Mit welcher Penetranz das Reichsministerium des Innern auch nach der *Abwanderung* erfolgte Änderungen des Familienstandes registrierte und Entscheidungen „rechtskonform“ zum Nachteil der Angehörigen korrigierte, zeigt der Fall Helmuth Klemperer.

Bis zum 7. April 1945 folgten 358 weitere Listen, die insgesamt rd. 39.000 ausgebürgerte Reichsangehörige namentlich sowie mit Geburtsdatum und Geburtsort nennen. Die Gesamtzahl ist deutlich höher als die Gesamtzahl der ausgebürgerten Personen in der im Auswärtigen Amt geführten Statistik.⁷ Nur in den ersten Listen wird in Einzelfällen auch ein akademischer Doktorgrad mit aufgeführt. Ungeachtet irrtümlicher Schreibweisen – so in der ersten Liste unter Nr. 29 „Dr. Tucholski, Kurt“ – besteht an der Identität der Ausgebürgerten kein Zweifel. Bereits 1939 veröffentlichte Carl Misch, der damalige Chefredakteur des Exilorgans „Pariser Tageszeitung“, ein Gesamtverzeichnis der Ausbürgerungslisten von 1933 bis 1938, in dem er auch selbst – mit Liste 15 im August

⁵ Bd. 2, 1999 (Der Doppelstaat [1974]), S. 148 f.

⁶ Zum „Rückgriff auf Sitten und Rechtsinstitute des Mittelalters“ durch die Nationalsozialisten vgl. Diemut Majer, Grundlagen des nationalsozialistischen Rechtssystems. Führerprinzip, Sonderrecht, Einheitspartei, Stuttgart [u. a.] 1987, S. 165.

⁷ Danach wurden bis Ende 1944 insgesamt 38.609 Personen ausgebürgert sowie mit den letzten vier (Hepp-)Listen noch weitere 180 Personen; PA/AA, R 99996.

1937 ausgebürgert – genannt wird.⁸ Erst 1985 hat Michael Hepp sämtliche Listen in einem Band publiziert, ergänzt um zwei Bände mit Namens- und Ortsindizes.

Mit der Ernennung Heinrich Himmlers zum Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern am 17. Juni 1936 lag die Entscheidung über die förmliche Beantragung der Ausbürgerung beim „RFSS pp.“. Dieses Kürzel für den zentralen Machtapparat des NS-Staates findet sich in vielen internen Schriftsätzen der mit Ausbürgerungsvorgängen befassten Diplomaten des Auswärtigen Amts. Die Beamten des RFSS pp., die die Ausbürgerung beantragten, waren vielfach die gleichen, die im RSHA die von den Gestapostellen eingereichten Vorschläge an den RFSS pp. weitergeleitet hatten. Sie mussten sich nur jeweils des entsprechenden Briefbogens bedienen. Der förmliche Antrag war an die Abt. I im Reichsministerium des Innern gerichtet, in Durchschrift – mit der *Bitte* um Zustimmung – an den Reichsminister des Auswärtigen. Aufgrund dieser Mitzeichnung lagert im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts⁹ ein riesiger Papierfundus des nationalsozialistischen Polizeiapparats.

Die Dokumentation von Michael Hepp enthält in gewisser Weise den „Schlüssel“ zu den Ausbürgerungsakten von tausenden Personen. Gerade aufgrund des „Aktentods“, der bewussten Vernichtung lokaler Gestapoakten 1945, mutet es merkwürdig an, dass dieser „Schlüssel“ noch nie systematisch in Verbindung mit kollektivbiographischen Untersuchungen genutzt wurde. Das gilt insbesondere auch für die vielen Arbeiten zum Thema „Anwalt ohne Recht“. Dort wurde die *Ausbürgerung* zudem nur in Einzelfällen und als Randerscheinung des Verfolgungsschicksals jüdischer Rechtsanwälte erkannt. Das „Verfahren“ selbst, das mit der amtlichen Ausbürgerung nicht abgeschlossen war, sondern im Einzelfall die Entziehung der Doktorwürde und den Vermögensverfall nach sich zog, blieb gänzlich unbeachtet. Die mit dieser Dokumentation abgeschlossene Spurensuche galt allein der Strafexpatriation von in den Grenzen des Deutschen Reichs des Jahres 1937 zugelassenen oder früher tätigen Rechtsanwälten, soweit sie sich nach 1933 „im Ausland“ aufhielten. Ermittelt wurden Berufs- und Lebensschicksale.

Mit Alfred Apfel und Johannes Werthauer sowie dem erst nach seiner Entlassung als Polizeivizepräsident 1932 in Berlin als Anwalt zugelassenen Bernhard Weiß waren in der ersten Ausbürgerungsliste drei als Juden stigmatisierte Rechtsanwälte vertreten. Der Begriff *jüdischer Rechtsanwalt* entstammt als stereotypes Feindbild dem völkisch-antisemitischen Propaganda-Arsenal. Als eine „Erfindung“ des Antisemitismus“ (Tillmann Krach) wurde der Begriff nach 1933 zu einer Verfolgungskategorie. Wie viele weitere *jüdische* Rechtsanwälte waren daher noch „betroffen“? Aus welchen Gründen oder unter welchem Vorwand wurde ein Rechtsanwalt ausgebürgert? Richtete sich die Maßnahme nur gegen *jüdische* Rechtsanwälte oder waren auch andere nach 1933 entrechtete Anwälte davon betroffen? Wer brachte den Stein ins Rollen? Wie arbeiteten Gestapo und Ministerialbürokratie im Einzelfall zusammen? Eine „Fehlstelle“ in der Literatur gab so mit den Anstoß, anhand der Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts die Praxis der Ausbürgerung nicht nur für einzelne Personen, sondern für eine Berufsgruppe zu untersuchen, ein auf den ersten Blick fast „archäologisches“ Vorhaben. Wie bei einer Grabung im Gelände wurde im Verlauf der mehrjährigen Sondierung ein Gesamtbild immer deut-

⁸ Zur Ausbürgerung, Biographie (und Depromotion) vgl. PA/AA, R 99664; BHdE I, 1980, S. 504; Harr-ecker, 2007, S. 331 f.; ob ein Exemplar des Buches nach 1939 in die Bibliothek des Auswärtigen Amts aufgenommen wurde, läßt sich aufgrund der Bestandsverluste und der Zerstörung der Kataloge im Krieg „nicht mehr nachvollziehen“; E-Mail von Karen Schmohl (Auswärtiges Amt, Referatsleiterin 116: Bibliothek und Informationsvermittlung) vom 8. 6. 2020.

⁹ Auswärtiges Amt, 2018, S. 16.

IV. „Ich habe die Ehre, auf der Liste dieser Ausgebürgerten zu stehen“

licher, das Vollzug und Auswirkungen des „von der Regierung der nationalen Erhebung“ 1933 erlassenen, „dem gesunden staatsbürgerlichen Empfinden“ (Hermann Hering) entsprechenden Gesetzes erkennen ließ. Nicht zuletzt konnte für eine Vielzahl namhafter, aber auch für viele „namenlose“, mit ihrer Emigration in Vergessenheit geratene Rechtsanwälte das Verfahren von Anfang bis Ende – vom Vorschlag der Gestapo bis zur amtlichen Bekanntmachung der Ausbürgerung im „Deutschen Reichsanzeiger“ – anhand der Überlieferung im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts dokumentiert werden.

Vom Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit und seinen Auswirkungen waren seit dem *Anschluss* 1938 in größerer Zahl auch „frühere österreichische Bundesbürger“ betroffen. Einige Zufallsfunde lassen vermuten, dass eine Sondierung auch jenseits der Grenzen des „Altreichs“ – insbesondere „zur Erforschung der anwaltlichen Berufsgeschichte der zwischen 1938 und 1945 diskreditierten Mitglieder der österreichischen Rechtsanwaltskammern“ mehr als nur forschungsergänzende Ergebnisse erbringen dürfte.¹⁰ Auch frühere tschechische Anwälte, die als Emigranten dem deutschen Herrschaftsbereich entkommen waren, konnten als Protektoratsangehörige ausgebürgert werden. So teilte der Chef der Sicherheitspolizei und des SD am 23. Januar 1941 dem Auswärtigen Amt die beabsichtigte Ausbürgerung des nach Brasilien emigrierten Prager Anwalts Dr. Paul Glass mit. Nach einem Bericht des Deutschen Konsulats in Bello Horizonte vom 5. Januar 1940 hatte Glass einem „Reporter der deutschfeindlich eingestellten Tageszeitung ‚Estado de Ninas‘ ein Interview gegeben“ und „die Zustaende im Protektorat Boehmen/Maehren in der gehaesigsten Weise“ geschildert. Nach mehrfacher Erinnerung des Amts, das am 24. Februar die Gestapo „mit der Bitte um Äusserung“ eingeschaltet hatte¹¹, wurde der Vorgang im Amt zunächst zu den Akten genommen. Über die beabsichtigte Ausbürgerung unterrichtete das Amt am 4. Februar das Deutsche Konsulat in Bello Horizonte. Mehr ist der Akte nicht zu entnehmen. Betroffen waren aber nicht nur jüdische Rechtsanwälte. So stimmte das Amt am 14. August 1942 förmlich der Ausbürgerung des Brünner Anwalts Dr. Marian Novotný zu, der 1922 an der Karls-Universität Prag promoviert worden war. Als *jetzigen Aufenthalt* des *Ariers* vermutete die Gestapo England.¹² Während die Ausbürgerung von

¹⁰ Neben dem in der Dokumentation (Siegfried → Urias) genannten Emilio von Hofmannsthal seien erwähnt Friedrich Aufricht, Julius Fischer, Hermann Frenkel, Albert Fuchs, Robert Hoffmann, Armin Holzer, Bruno Kurzweil, Reginald Parker, Valentin Victor Rosenfeld, Rudolf und Hermann Schneeweiss, Simon Tennenblatt und Hugo Wolf, deren Ausbürgerungsvorgänge bei den Recherchen mit erfasst wurden, weiterhin ein Advokat, der sich der Musterung entzogen hatte: Dr. Bruno Roedl; der 1906 in Wien geborene Rechtsanwalt – *wohnhaft in Engelberg, Kanton Nidwalden (Schweiz)* – wurde 1944 ausgebürgert (PA/AA, R 99995; SwissA, 2 Dossiers, 1939–1947); zu den Genannten, mit Ausnahme von Roedl und dem Wiener Rechtsanwaltsanwärter Fuchs vgl. Advokaten 1938 (2010).

¹¹ Erst am 10. Juni 1940 antwortete der Chef der Sicherheitspolizei und des SD dem Amt. In dem von Bruno Streckenbach unterzeichneten Schreiben heißt es u. a.: „Der tschechische Emigrant Dr. Paul Glass, geb. am 3. 5. 1893, ist am 27. 11. 1939 mit seiner Ehefrau und seinen 2 Kindern von Prag nach unbekannt verzogen. Er hat nur in jüdischen Kreisen verkehrt und ist ziemlich vermögend. Staatspolizeilich ist er auf Grund der bisherigen Feststellungen nicht in Erscheinung getreten. Auch über seine Familie konnte Nachteiliges nicht in Erfahrung gebracht werden.“ PA/AA, R 100025.

¹² PA/AA, R 100037: Antrag der Staatspolizeileitstelle Prag (Dr. Witiska) vom 15. 6. 1942: *Novotný [* 31. 7. 1900] ist von Beruf Rechtsanwalt. Er ist mit einer Amerikanerin verheiratet und als Deutschenhasser bekannt. In Brünn äusserte er sich: „Es wird auf der Welt solange keine Rube sein, bis Deutschland völlig niedergedrungen ist. Es müssen 30 Millionen Deutsche vernichtet und der Rest über die ganze Welt verstreut werden.“ / Novotný war zuletzt Leiter der Filiale der AG vorm. Skodawerke in Bukarest. Ende Juni 1941 verliess er Bukarest und reiste nach Istanbul. Von dieser Reise ist er nicht zurückgekehrt Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass er in das feindliche Ausland gereist ist und sich der illegalen tschechischen Regierung zur Verfügung gestellt hat.* Die Sicherstellung erheblicher Vermögenswerte hatte die Gestapo veranlasst. Mit

emigrierten früheren österreichischen Bundesbürgern in der Dokumentation von Michael Hepp nachgewiesen wird, fehlt für die wegen reichsfeindlicher Bestrebungen ausgebürgerten Protektorsangehörigen, die „in der Mehrzahl nie Staatsbürger des Reichs gewesen waren“¹³, ein entsprechendes Verzeichnis.

Im Rahmen der auch hinsichtlich der Ressourcen begrenzten Spurensuche war es nicht möglich, von Liste zu Liste in dem analog mikroverfilmten Aktenbestand jedes Fiche in die Hand zu nehmen und am Lesegerät zu sichten. Immerhin ließen Stichproben vermuten, dass im Kontext der Veröffentlichungen zum Thema „Anwalt ohne Recht“ ein mehr oder weniger gezieltes „Stochern“ in den vielen in Karteikästen vorgelegten Fiches möglich sein sollte. Zudem boten insbesondere die zahlreichen Arbeiten zu den nach 1933 „gestrichenen“ Doktoren deutscher Hochschulen eine gewisse Orientierung zu Namen und Daten einer Vielzahl von Juristen. Was den Anfang der „Grabungen“ erleichtert hätte, gibt es auch mit Abschluss der Sondierung nicht: ein engmaschiges EDV-basiertes biographisches „Netz“, mit dessen Hilfe im Gesamtbestand der Ausbürgerungsakten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts nach Fallakten betroffener Rechtsanwälte gesucht werden könnte. Die Dokumentation verdankt unendlich viel großzügiger archivarischer Unterstützung. Erst im letzten Drittel der insgesamt sehr „händischen“ Spurensuche eröffneten sich dank der Digitalisierung des Bestandes Möglichkeiten einer „komfortablen Nutzung der Unterlagen“¹⁴.

Schien am Anfang alles wie die Suche nach der sprichwörtlichen Nadel im Heuhaufen, zeigte sich doch relativ rasch, dass die „Erfolgsquote“ weit größer sein würde als zunächst vermutet. Im Verlauf der Spurensuche konnte für rund 600 Rechtsanwälte eine Ausbürgerungsakte ermittelt werden. Die Strafexpatriation wurde von der Gestapo *in Hinsicht auf das bestehende Familienband* oder mit einer ähnlich pauschalen Begründung auch für die mit emigrierten Angehörigen als *notwendig* beantragt, die Ausbürgerung mit Zustimmung des Amts dann jeweils *erstreckt*. Das bürokratisch perfektionierte, standardisierte Verfahren der Ausbürgerung, über deren Durchführung im Auswärtigen Amt eine Statistik geführt und mit jeder neuen „Liste“ bzw. Korrektur (z.B. im Fall Joseph Gallinger) fortgeschrieben wurde, funktionierte bis zuletzt. Die Betroffenen waren nicht mehr als eine Ziffer, eine Registraturnummer; mehr zählte nicht. In der amtlichen Überlieferung sind – im Narrativ der Täter – gleichsam als Zeitkapsel vielfach sonst nicht überlieferte Informationen zu Lebens- und Verfolgungsschicksalen von tausenden Menschen eingeschlossen, denen aufgrund §2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden ist. In Einzelfällen waren sie nur mittelbar betroffen: Eltern und Großeltern wegen der Prüfung der *Rassezugehörigkeit*, aber etwa auch die Eltern eines *Mischlings II. Grades*, der in Schweden dem Einberufungsbefehl keine Folge leistete. Die Entscheidung des Sohnes, der 1944 ausgebürgert wurde, dürfte die Lage des jüdisch versippten Berliner Rechtsanwalts und seiner Ehefrau weiter verschlimmert haben. Mit Hilfe von Freunden gelang es Carl Kurtz¹⁵ schließlich, für sich und seine *jüdische* Ehefrau Asyl in Schweden zu finden.

Auf der Suche nach den Spuren verfolgter und emigrierter Rechtsanwälte konnte die Zeitkapsel der Ausbürgerungsakten über den Kreis der Hauptbetroffenen hinaus für

Ehefrau und zwei Kindern ausgebürgert, dürfte Novotný wie mindestens 22 weiteren Personen von der 1939 in Reichsverwaltung übernommen Deutschen Karls-Universität der Doktorgrad entzogen worden sein; Happ, 2004, S. 288.

¹³ Stolleis, 1974, S. 226.

¹⁴ Auswärtiges Amt, 2018, S. 36: „Gegenwart trifft Zukunft – Das Archiv im digitalen Zeitalter“.

¹⁵ Im „Who is who in der deutschsprachigen Emigration in Schweden?“ (Müssener, 1974, S. 495–525) nicht genannt.

IV. „Ich habe die Ehre, auf der Liste dieser Ausgebürgerten zu stehen“

mehr als 1.400 Personen ermittelt und weitgehend erschlossen werden. Zudem gerieten eine Vielzahl von Angehörigen sowie weitere Personen insbesondere der juristischen Berufsgruppe „Rechtsanwalt“ in den Blick. Eine Reihe von emigrierten Anwälten, deren Ausbürgerungsverfahren nicht weiter nachgewiesen werden konnte, hat spätestens aufgrund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 die deutsche Staatsangehörigkeit verloren. Vor Einleitung eines Verfahrens verübte Julius Prager Suizid, während des Verfahrens verstarb Fritz Pinthus. Ausgebürgert wurde auch der laut Gedenkbuch des Bundesarchivs im KZ Dachau ermordete Albert Rosenfelder. Er gilt in der Dachau-Forschung als einer „von 22 Gefangenen“, die nach der Eröffnung des Lagers im März 1933 noch im gleichen Jahr „nachweislich zu Tode kamen“¹⁶; die Hälfte dieser frühen Opfer waren Juden, unter den Ermordeten u.a. der Münchener Anwalt Alfred Strauß¹⁷ sowie der als Justizreferendar am 1. April 1933 beurlaubte Willy Aron¹⁸, aber auch der „religionslose“ KPD-Reichstagsabgeordnete Franz Stenzer.¹⁹ Albert Rosenfelder „verschwand“, aber nicht aus dem Visier der Gestapo. Deren Fahndungs- und Ausbürgerungersuchen nach dem spurlos Verschwundenen geben weiterhin Rätsel auf. Ausgebürgert wurden auch Angehörige der 1933 ermordeten Rechtsanwälte Wilhelm Spiegel und Arthur Weiner, um nur einige „auffällige“ Lebensschicksale zu nennen.

Die biographische Dokumentation verzeichnet 610 Personen, die bei der Sondierung erfasst wurden: nach 1933 verfolgte und *ausgebürgerte* Rechtsanwälte, mit wenigen Ausnahmen *jüdische Rechtsanwälte*, die in der Regel 1933 noch zugelassen waren und spätestens 1938 aus ihrem Beruf ausgeschlossen wurden. Genannt werden auch drei Rechtsanwälte, die durch Widerruf nach §1 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben, unter ihnen Josef Gottlieb, dessen Widerruf der Einbürgerung „ausnahmsweise“ zurückgenommen wurde, und Josef Neuberger, sowie einige „Juristen“, die von der Gestapo dem Berufsfeld „Rechtsanwalt“ zugeordnet wurden, aber im engeren Sinne keine Anwälte waren wie etwa Felix Halle. Andere waren 1933 nicht mehr als Rechtsanwalt tätig, so etwa Richard Kahn, Alfred Kirschbaum und Otto Klepper, oder wurden wie Wilhelm Hoegner nach der Entlassung aus dem Staatsdienst nicht als Rechtsanwalt zugelassen. Für die *jüdischen Rechtsanwälte* erlosch das Brandzeichen auch nach dem Tod nicht, wie die Ausbürgerung des Sohnes von Wilhelm Spiegel zeigt. Genannt werden auch zwei in der Literatur irrtümlich als „Rechtsanwalt“ bezeichnete Personen (Georg Gottlieb Doctor und Walter Heßlein). Nicht berücksichtigt wurden als Syndici angestellte Juristen. Zu diesen zählte etwa Oskar Meyer, später Vorsitzender des „Berkeleyer Juristenkreises“. Der langjährige Erste rechtskundige Syndikus der Industrie und Handelskammer zu Berlin – 1929/30 Vorsitzender der DDP-Reichstagsfraktion – wurde 1940 ausgebürgert. Daraufhin entzog ihm die Wirtschafts-Hochschule Berlin den 1931 verliehenen Ehrendoktor der Wirtschaftswissenschaften.²⁰ Im schwedischen Exil protestierte der frühere Berliner Syndikus Dr. Max Wittenberg – im Adressbuch noch bis 1941, seit 1939 als Dr. Max Moses Wittenberg nachweisbar – am 26. 11. 1942 in einem Brief an

¹⁶ Kim Wünschmann, Jüdische politische Häftlinge im frühen KZ Dachau. Widerstand, Verfolgung und antisemitisches Feindbild, in: Die Linke im Visier, 2014, S. 141–167, 143.

¹⁷ Weber, 2006, S. 262.

¹⁸ Die Eltern, der Bamberger Anwalt Albert Aron und seine Ehefrau, wurden 1942 zunächst nach Theresienstadt und von dort nach nach Treblinka deportiert; Weber, 2006, S. 211; ders., 2012, S. 137.

¹⁹ Md.R., ³1994, S. 500/Nr. 1552; die in die Sowjetunion emigrierte Ehefrau wurde 1937 mit ihren Kindern ausgebürgert; PA/AA, R 99662.

²⁰ PA/AA, 99862; Hepp, Liste 184 (20./26. 6. 1940), 44 u. 43 (*Ehefrau*); DRA Nr. 221 v. 20. 9. 1940, S. 4; M.d.R., ³1994, S. 320f./1018.

das Deutsche Konsulat Malmö gegen seine Ausbürgerung²¹, die aber infolge der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. 11. 1941 automatisch eingetreten war. Bei der Suche unberücksichtigt blieben auch beamtete Juristen, selbst wenn sie nach 1945 als Anwalt zugelassen wurden wie etwa Robert M. W. Kempner²². Aber keine Regel ohne Ausnahme; so wird in der Dokumentation auch ein Oberlandesgerichtsrat genannt: Robert Marx, seit 1921 deutscher Staatsvertreter bei den Gemischten Schiedsgerichten in Paris. Während der Ruhrbesetzung 1923 hatte Marx in Prozessen vor französischen Kriegsgerichten als Amtsverteidiger fungiert. Und 1934 hatte er den Eher-Verlag im Prozess um die nicht autorisierte Übersetzung von „Mein Kampf“ vor dem Handelsgericht in Paris erfolgreich anwaltlich beraten. Aufgrund des *Reichsbürgergesetzes* 1935 aus dem Staatsdienst entlassen, hatte Marx mit Zustimmung der deutschen Behörden seinen Wohnsitz in Paris behalten. 1941 versuchte der NSDAP-Reichstagsabgeordnete Friedrich Grimm – gleichsam als Kollege, ohne das Wort zu benutzen – die Ausbürgerung des *Volljuden* abzuwenden, um Marx die geplante *Auswanderung* nach Südamerika zu ermöglichen. Im Jahr zuvor hatte Grimm, prominenter NS-Anwalt und Mitarbeiter der Deutschen Botschaft in Paris, in einem mit „Heil Hitler!“ unterzeichneten Schreiben an die Botschaft Robert Marx als *freien deutschen Rechtsanwalt* charakterisiert. Die Beschreibung beschönigte die prekäre Situation des früheren Staatsvertreters, dessen Ruhestandsbezüge seit Kriegsbeginn nicht mehr überwiesen wurden. Juristisch gab sich Grimm keine Blöße: *Juden* war nur *im alten Reichsgebiet* und *im Lande Österreich* seit Erlass der 5. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 27. September 1938 *der Beruf des Rechtsanwalts verschlossen*. Diese Spitzfindigkeit dürfte dem Empfänger des Schreibens, dem Juristen und späteren FDP-Bundestagsabgeordneten Ernst Achenbach, nicht entgangen sein. Wie auch immer die Interventionen Grimms einzuschätzen sind, sie waren – allem Anschein nach – singular, begründet in einem Rest beruflicher Kollegialität mit einem in existentielle Not geratenen Juristen, der „immer loyal und mit viel Geschick die deutschen Interessen vertreten und sich damit zweifellos grosse Verdienste erworben“ hatte. Mit Hilfe auch der Deutschen Botschaft hat R. Marx – 1941 mit seiner Familie ausgebürgert – überlebt. Viele andere, die nicht weniger *loyal* ihren Beruf ausgeübt hatten, fanden unter ihren *arischen* Kollegen keine Fürsprecher.

²¹ Eine Ausbürgerung von M. Wittenberg (1871–1971) und seiner beiden ebenfalls emigrierten Söhne ist bei Hepp nicht dokumentiert. Das Schreiben Wittenbergs – nach Müssener (1974, S. 524) bereits 1939 nach Schweden gekommen – ist lt. Müssener in den Akten des Deutschen Konsulats Malmö überliefert; zu Dr. med. Ernst und Dr. phil. Erich Wittenberg vgl. PA/AA, R 100025 u. 100026.

²² Kempner (1899–1993), im Februar 1933 als Justitiar in der Polizeiabteilung des Preußischen Innenministeriums entlassen, emigrierte nach Inhaftierung im Gestapo-Gefängnis Prinz-Albrecht-Straße. und im KZ Columbiahaus 1935 zunächst nach Italien (Florenz). Während des Führerbesuchs in Italien 1938 auf Veranlassung der Gestapo unter den als Sicherheitsmaßnahme als Geiseln Festgenommenen und ca. 2 Wochen in Haft, konnte Kempner 1939 in die USA entkommen. Seine Autorschaft an der 1932 unter dem Pseudonym Eike von Repkow veröffentlichten und in der *Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums* (31. 12. 1938) genannten Publikation „Justizdämmerung [Auftakt zum Dritten Reich]“ (Kempner, 1983, S. 81 f.) wurde offenbar nicht erkannt; nach 1945 Mitwirkung an den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, seit 1959 Rechtsanwalt in Frankfurt am Main (Sozietät mit R. I. Lewin) ~ *Ausbürgerung* auf Antrag der Gestapo Berlin ([Herbert] Müller): PA/AA, R 99730; Hepp, Liste 75 (18./21. 10. 1938), 26 u. 95 (2. *Ehefrau*) ~ EAB, 64659 (mit Hinweis auf OFP-Akte) ~ BHdE I, 1980, S. 360 f.; Kempner, 1985; Tilman Westphalen (Hg.), Ein Advokat für die Humanität. Verleihung der Ehrendoktorwürde an Robert M. W. Kempner, Osnabrück 1986; Rainer Eisfeld/Ingo Münch (Hg.), Gegen Barbarei. Essays Robert M. W. Kempner zu Ehren, Frankfurt am Main 1989 (das Exemplar der Bibliothek des Juristischen Seminars der Universität Bonn enthält zahlreiche handschriftliche Eintragungen, mutmaßlich von einer Hand; unter der Danksagung der Herausgeber z. B. „Roter Drecksack!“); Göppinger, 1990, S. 343 f. ~ Ehrungen, u. a. BVK mit Stern und Schulterband.

IV. „Ich habe die Ehre, auf der Liste dieser Ausgebürgerten zu stehen“

Der berufliche Status der genannten Personen vor *und* nach 1933 wird in jedem Einzelfall durch die Dokumentation des Ausbürgerungsvorgangs entsprechend Quellen- und Forschungsstand in der Kurzbiographie ausgewiesen, für bis 1937 noch zugelassene *jüdische Rechtsanwälte* im Einzelfall auch anhand der „Verzeichnisse nichtarischer Rechtsanwälte Deutschlands“. Insgesamt fünf frühere Rechtsanwältinnen – Ella Auerbach, Leonore Block (später: Platiel), Ellen Ebstein, Hilde Kirchheimer und die nicht jüdische Rechtsanwältin Irmgard Auerbach – zählen zu den rund 600 Rechtsanwälten, denen nach ihrer Emigration die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt wurde. Nur I. Auerbach – verheiratet mit dem als „Nichtarier“ 1933 vom Berufsverbot betroffenen Berliner Rechtsanwalt Herbert Auerbach – hatte bis zur ihrer Emigration 1936 weiter praktizieren können. Wegen der Beschäftigung ihres Ehemanns wurde sie 1935 in einem Ehrengerichtsverfahren mit einer Warnung bestraft. Nach Aufgabe ihrer Zulassung und der gemeinsamen Emigration wurde gegen das wegen Steuerflucht zu 4 Monaten Gefängnis verurteilte Ehepaar ein *Steuersteckbrief* erlassen. Als Angehörige wurde mindestens eine Assessorin (Ruth Wolfsohn: Franz Bud) ausgebürgert. Wie das Ehepaar Auerbach waren viele der Ausgebürgerten wegen Hinterziehung der Reichsfluchtsteuer in Abwesenheit zu einer Geld- und Haftstrafe verurteilt worden. Die Aufhebung des Urteils – „nach Wiederherstellung der Gerechtigkeit in Deutschland“ – hat der frühere Hammer Rechtsanwalt Otto Griesbach als „Genugtuung“ empfunden, „obwohl mich die Verurteilung nie gestört hat“.

Aus unterschiedlichen Gründen – z. B. nach Annahme der Staatsbürgerschaft des Exilandes oder nach Erlass der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. 11. 1941 – wurden einzelne Verfahren nicht abgeschlossen. 1934 hielt der Deutsche Botschafter in Washington, Hans Luther, die Ausbürgerung einer angeblich aus Leipzig stammenden Rechtsanwältin Dr. Victoria Lorenz für „geboten“. Die Identität der Person, die als „Member of German Bar“ in Amerika auftrat und nach dem Bericht des Deutschen Konsulats „in Los Angeles in der schärfsten Weise gegen die nationalsozialistische Regierung öffentlich hetzt“, konnte von den Beamten jedoch nicht festgestellt werden, insbesondere blieb fraglich, ob die Juristin überhaupt die deutsche Staatsangehörigkeit besaß. So versandete der „Fall“, in dem das Amt zurückhaltend agiert hatte.²³ Aufgrund von Einwendungen des Auswärtigen Amtes oder der Diplomaten auf den Auslandsposten ist aber kein Antrag auf Ausbürgerung eines Rechtsanwalts zurückgenommen worden. In einem Fall (Martin Fuchs) könnte das Amt die Eröffnung eines Verfahrens mit verhindert haben. Im Fall Julius Schülein wurde die Ausbürgerung nicht auf Veranlassung des Amtes, sondern des Reichswirtschaftsministeriums ausgesetzt. In der Ausbürgerungspraxis insgesamt musste sich das Amt nicht „einem immer verbrecherischeren, ja mörderischen Regime“ anpassen²⁴, es war – nicht nur in der „eifertigen“ Zusammenarbeit seiner Beamten mit dem RSHA bei der „Endlösung der Judenfrage“ – vielmehr selbst Teil des verbrecherischen Unrechtsregimes.²⁵ Der Konformismus der Beamten im Auswärtigen Amt, die für vom Römischen Abkommen geschützte „Saar“-Anwälte (Heinrich Braun, Karl Hirsch) darauf hinwiesen, wie die Ausbürgerung „nur“ begründet werden könne, die schließlich in jedem

²³ PA/AA, R 99997.

²⁴ Daniel Koerfer, *Diplomatenjagd*. Joschka Fischer, seine Unabhängige Historikerkommission und „Das Amt“, Potsdam 2013, S. 477.

²⁵ Döscher, 1987; S. 255; *Das Amt*, 2010; Martin Sabrow u. Christian Mentel (Hg.), *Das Auswärtige Amt und seine umstrittene Vergangenheit. Eine deutsche Debatte*, Frankfurt am Main 2014; *Auswärtiges Amt*, 2018, S. 46: „Es war Teil des nationalsozialistischen Staatsapparates; nur wenige seiner Angehörigen fanden den Weg zum Widerstand. Auch in die Gräueltaten des Holocausts waren Diplomaten verstrickt.“

Fall mit ihrer Unterschrift der Ausbürgerung „des Juden“ zustimmten, und der Diplomaten oder Konsularbeamten im Ausland hatte viele Facetten, wie die entsprechenden Äußerungen zu Heinrich Rheinstrom, Rudolf Bauer-Mengelberg und Walter Herzfeld (Paris), Curt de Castro und Wilhelm Heinemann (Malmö) oder Siegfried Urias (Santiago de Chile) exemplarisch zeigen mögen. Die Diplomaten dürften frühere Rechtsanwälte nicht besser oder schlechter behandelt haben als andere deutsche Emigranten, denen die Ausbürgerung drohte. Im Fall etwa des *Juden* Erich Mendelsohn hielt die Deutsche Gesandtschaft Jerusalem dessen Ausbürgerung „für politisch unerwünscht“. Wenig später teilte sie der Zentrale geradezu erleichtert mit, dass Mendelsohn, einem „der führenden Architekten Palästinas“, die britische Staatsangehörigkeit verliehen worden sei. Nach weiteren Abklärungen des Sachverhalts stellte der Reichsminister des Innern daraufhin am 10. Dezember 1938 das Verfahren ein.²⁶ In den besetzten Ländern agierten Konsularbeamte in Abstimmung mit den Judenreferenten des SD und der Sicherheitspolizei. So unterließ die Konsularabteilung der Deutschen Botschaft Paris im Frühjahr 1941 die Weiterleitung der zahlreichen von innerdeutschen Behörden zum Zweck der Auswanderung übersandten Ausweispapiere „an die entsprechenden reichsdeutschen jüdischen Antragsteller im besetzten und unbesetzten Gebiet Frankreichs“ – mit der zynischen Begründung, dass „die knappen Passage-Möglichkeiten für Juden aus dem Reichsgebiet“ sonst nicht ausreichten.²⁷

Zum Zeitpunkt der Antragstellung hielten sich alle Personen, die in der Dokumentation genannt werden, im Ausland auf, vertrieben und zerstreut über den ganzen Globus. Obwohl die Aufenthaltsorte den deutschen Behörden vielfach bekannt waren, sind anhand der Ausbürgerungsvorgänge nur grob annähernde Aussagen möglich. Danach hatten die meisten „Betroffenen“ vorübergehend oder dauernd Zuflucht in Großbritannien, Frankreich, in den USA, in Palästina, in den Niederlanden oder in der Schweiz gefunden. Bei allem Vorbehalt hinsichtlich der Kenntnisse der Gestapo über den genauen Aufenthaltsort im Einzelfall dürften die Auszählungsergebnisse entsprechend den Hauptfluchtorten der Emigranten in der Tendenz stimmig sein.

Die publizistische und politische Tätigkeit der Emigranten wurde von der Gestapo mit erheblichem Aufwand beobachtet. Spitzel und Informanten arbeiteten ihr zu, so etwa im Fall Botho Laserstein. Zu den Aufgaben der deutschen Diplomaten, die selbst oder über „Mittelsmänner“²⁸ mit Kreisen des Exils in Verbindung standen, gehörte auch die Überwachung der Aktivitäten deutscher Emigranten.²⁹ Die deutschen Flüchtlinge – im Übrigen auch im Visier des Sicherheitsapparats der Exilländer³⁰ – waren insbesondere bei Anträgen auf Passverlängerung zum Besuch deutscher Konsulate genötigt. Über den Antrag entschied das Gestapa in Berlin, das so weitere Informationen über einzelne Emigranten erhielt. Der Pass eines *deutschen Juden* musste bei Vorlage seit November 1938 durch Ein-

²⁶ PA/AA, R 100012; BHdE II, 2 (1983), S. 801.

²⁷ PA/AA, R 99633a.

²⁸ So übersandte die Deutsche Gesandtschaft Brüssel am 19.5.1934 den 9-seitigen maschinenschriftlichen Bericht „eines seit über einem Jahr in Brüssel lebenden deutschen sozialistischen Emigranten“, der „durch unseren Mittelsmann Anschluss an deutsche Kreise“ suche; PA/AA, R 99669, Ausbürgerungsakte des 1933 in die Schweiz emigrierten SPD-Reichstagsabgeordneten Wilhelm Dittmann; M.d.R., ²1994, S. 95 f./Nr. 279.

²⁹ Gerhard Paul, Nationalsozialismus und Emigration, in: HdE, ²2008 (¹1998), Sp. 46–61, 49; Alexander Stephan, Im Visier der Diplomaten. Die Observierung deutscher Exilanten durch die Botschaft des Dritten Reiches in Paris, in: Fluchtziel, Paris, 2002, S. 181–189.

³⁰ Franke, 2000; Michaela Enderle-Ristori, Kontrolle und Überwachung der deutsch-österreichischen Emigration durch die französische Sûreté, in: Fluchtziel, Paris, 2002, S. 190–204.

IV. „Ich habe die Ehre, auf der Liste dieser Ausgebürgerten zu stehen“

stempeln des 3 cm hohen Buchstabens „J“ – in roter Farbe – und durch die Hinzufügung der Vornamen Israel bzw. Sara gekennzeichnet werden. Das Auswärtige Amt unterrichtete die deutschen Auslandsvertretungen am 3. November 1938 über das entsprechend Erlass des Reichsministers des Innern „anzubringende Merkmal“, das „die rechtliche Bedeutung des Passes nicht berührt“. Das Dokument könne jederzeit zur Rückkehr in das Reichsgebiet genutzt werden, solange der Inhaber des Passes „die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt“.³¹ Die Maßnahme traf besonders jene Juden, denen „zur Auswanderung“ ein „regelmäßig auf ein Jahr“ befristeter Reissepass ausgestellt worden war. Im europäischen Ausland suchten sie nach weiteren Möglichkeiten der Emigration. An einer Rückkehr waren Emigranten, die „vor dem Hakenkreuz“³² geflohen waren, nur selten interessiert.

Nach den Erinnerungen des Leiters der Konsulats- und Deutschtumsabteilung der Botschaft in Paris von 1936 bis 1939, Otto Bräutigam, war die Beachtung des Erlasses „besonders peinlich gegenüber zahlreichen in Paris lebenden jüdischen Emigranten, die ihre deutsche Staatsangehörigkeit nicht aufgeben wollten und mit denen manche Mitglieder der Deutschen Botschaft freundschaftlich verkehrten“. Er selbst habe „mit Genehmigung des Botschafters“ vorschriftswidrig veranlasst, die für die Auswanderung ausgestellten, „ganz kurz befristeten“ Pässe bei Antrag zu verlängern, um jüdischen Emigranten, die „sich in Frankreich erst das Geld für die Passage besorgen“ mussten – „durch den Verkauf von Schmuckstücken, wertvollen Bildern und anderen Kunstgegenständen“ –, nicht die Weiterreise „nach Übersee, meist nach den USA“ unmöglich zu machen. Ob es sich so „zutragen“ hat, sei dahingestellt. Jedenfalls hat Robert Marx die Hilfe der Botschaft später erwähnt. Und zutreffend ist auch, dass selbst jene Emigranten, die sich der entwürdigenden Prozedur verweigerten – unter ihnen Walter Herzfeld³³ – und keinen gültigen Pass mehr besaßen, immer noch Reichsangehörige waren: „Deshalb wurden solche Auswanderer nach kurzer Zeit in der Regel ausgebürgert. Fast jeder Kurier brachte uns eine Liste solcher Personen.“ Es war aber nicht die „Parteifurie“ der Passstelle, „die jeden ihr vorgelegten jüdischen [sic] Paß sofort entsprechend den Vorschriften kennzeichnete“³⁴, sondern der Leiter der Konsulatsabteilung, der dem Amt testierte, dass *keine Bedenken* gegen die Ausbürgerung *des Juden* bestehen. Mit ihrer Ausbürgerung verloren die Emigranten jeden Schutz durch deutsche Auslandsvertretungen.

Viele Emigranten gerieten wieder in die Fänge ihrer Verfolger. Bereits nach der Annexion Österreichs war Philipp Loewenfeld – „eben fünf Jahre in der Schweiz“ – bewusst, dass es „nur noch eine einzige reale Hoffnung gab: den Weg in die Vereinigten Staaten von Amerika“³⁵. Loewenfeld konnte auf diesem „Weg“ entkommen. Die Namen der Durchgangslager Drancy und Westerbork bezeichnen mit das Schicksal jener ausgebürgerten Rechtsanwälte jüdischer Herkunft, die sich nicht in ein weiteres, sicheres Exilland hatten retten können. Mit ihren Angehörigen fielen sie der Judenverfolgung durch das nationalsozialistische Deutschland zum Opfer – in Auschwitz, Bergen-Belsen, Izbica, Kowno, Majdanek, Mauthausen, Riga, Sobibor, Theresienstadt, Treblinka und anderswo. Nur

³¹ Erlass des Reichsministers des Innern an die Landesregierungen vom 23. 11. 1938 entsprechend der Verordnung über Reisepässe von Juden vom 5. 10. 1938; RGBl I, S. 1342; Sauer II, 1966, S. 110 f., 115 f.

³² Walter Zadek (Hg.), Sie flohen vor dem Hakenkreuz. Ein Lesebuch für Deutsche, Reinbek 1981.

³³ „Die Eheleute [Walter] → Herzfeld haben sich bewusst geweigert, den zusätzlichen Vornamen „Israel“ bzw. „Sara“ anzunehmen und hierüber den zuständigen deutschen Behörden Anzeige zu erstatten. Gleichzeitig haben sie ihre deutschen Reisepässe der deutschen Botschaft in Paris zur Verfügung gestellt.“ Das RSHA sah damit „die Voraussetzungen für die Aberkennung ihrer deutschen Staatsangehörigkeit“ als erfüllt an.

³⁴ Bräutigam, 1968, S. 246 f.

³⁵ Philipp → Loewenfeld, Recht und Politik, 2004, S. 689.

durch einen Streik französischer Eisenbahnarbeiter entging Leo Harry der Shoah. Andere sind spurlos verschwunden (Max Herzstein, Albert Rosenfelder, Erwin Sigurd Stiefel und der *deutschblütige* Ferdinand Timpe). Felix Halle und Hermann Horstmann wurde ihr Exil in der UdSSR zum Verhängnis. Fritz Löwenthal, der ebenso wie weitere Reichstags- und Landtagsabgeordnete der KPD in die Sowjetunion³⁶ geflohen war, und Hermann Makower kehrten 1946 nach Ost-Berlin zurück. Löwenthal glückte ein halbes Jahr später die Flucht in den Westen. Eine Rehabilitierung, die den deutschen Kommunisten Halle und Horstmann als Opfer der Stalinschen Säuberungen später zuteil wurde, blieb dem vom Volksgerichtshof wegen Landesverrats zum Tode verurteilten und 1943 in Plötzensee hingerichteten Karl Goldmann versagt. Das Kammergericht Berlin sah in den 1960er Jahren „keine rechtliche Grundlage“ (Hubert Lang), dem Antrag des Sohnes zu entsprechen. Der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Europa fielen auch emigrierte Rechtsanwälte zum Opfer, die „nur“ aufgrund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatten³⁷ und in die Fänge der Verfolger gerieten. So wurde etwa der frühere Chemnitzer Rechtsanwalt Fritz Gabriel Cohn³⁸, der kein Affidavit für die USA erhalten hatte, nach der Besetzung Norwegens verhaftet und nach Auschwitz deportiert.

Verfolgung und Tod³⁹

Amsterdam: *Goslar, Ruth Judith geb. Klee* (Alfred → Klee)

Ansbach: s. u. Hartheim

Auschwitz: *Aaron, Richard Otto* (Siegfried → Araron) ~ *Altenberg, Oskar* (Bruno → Altenberg) ~ *Auerbach, Max* (Bruno → Altenberg) ~ *Bing, Grete geb. Hachenburg* u. *Heinz Wolfgang* (Hans → Hachenburg) ~ *Bongartz, Walter* ~ *Ehrenbacher, Else geb. Selig* (Hugo → Sinzheimer) ~ *Erlanger, Fritz* ~ *Esslinger, Carl* u. *Gustav* (Wilhelm → Esslinger) ~ *Friedberg, Elisabeth* (Leopold → Friedberg) ~ *Friedländer, Ewald* u. *Dora Lucy geb. Abraham* u. *Nathan Buchsbaum* ~ *Fuchs, Edith* (Albrecht → Fuchs) ~ *Goldberg, Isidor* (oder Majdanek) ~ *Gumbert, Else geb. Meier* u. *Eva Lotte* (Arthur → Gumbert) ~ *Hachenburg, Liese* (Hans → Hachenburg) ~ *Herrnberg, Felix* (Bernhard → Weiß) ~ *Herzstein, Anna* (Max → Herzstein) ~ *Hirschland, Erhard* ~ *Höchster, Emil* ~ *Holzer, Siegfried*

³⁶ M.d.R., ³1994, S. 42*; Tischler, 1996; von 1.400 KPD-Führen überlebten 178 die Stalinschen Säuberungen nicht; Deutsche Kommunisten, 2004, S. 28.

³⁷ Der Berliner Rechtsanwalt und Notar Alexander Philippsborn (1882–1964), der mit seiner Ehefrau am 1. 10. 1938 Deutschland verlassen hatte, teilte dem Entschädigungsamt Berlin-Wilmersdorf am 27. 9. 1952 mit, dass er in Belgien auf Grund der Verordnung die deutsche Staatsangehörigkeit verloren habe. Davon erfahren hatte er mutmaßlich durch Verfall seines Vermögens an das Reich. Jedenfalls hatte ihn der Militärbefehlshabers in Belgien und Nordfrankreich über die Maßnahme am 9. 11. 1943 unterrichtet – „gemäss seiner VO vom 22. 4. 42, die auf die 11. Ausf. VO Bezug nimmt“; EAB, 70422; AoRB, ²2007, S. 237.

³⁸ Held, 2002, S. 102.

³⁹ Im NS-Herrschaftsbereich; gegliedert nach Konzentrations- und Vernichtungslagern, Haft-, Heil- und Pflegeanstalten bzw. Städten, beruht die Übersicht im Wesentlichen auf den Daten des „Gedenkbuchs des Bundesarchivs für die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Deutschland (1933–1945)“ sowie den weiteren in der biographischen Einzeldokumentation nachgewiesenen Quellen. Nicht namentlich genannte Opfer (siehe z. B. Adolf → Süßmann und Salo → Windmüller) konnten nicht einbezogen werden. Nach dem Ort ihres verfolgungsbedingten Todes werden die jüdischen Rechtsanwälte alphabetisch genannt, weiterhin betroffene Angehörige und – in Einzelfällen – Sozilen sowie von der Euthanasie betroffene *Kinder*. Im Anhang wird auf weitere verschollene oder ermordete Rechtsanwälte, unter ihnen auch auf Opfer der Stalinschen Säuberungen, sowie auf Suizidfälle verwiesen. Die Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

IV. „Ich habe die Ehre, auf der Liste dieser Ausgebürgerten zu stehen“

~ *Katz, Walter* (Rudolf → Katz) ~ *Landé, Franz* (Hugo → Landé) ~ *Laserstein, Heinz* (Botho → Laserstein) ~ *Laserstein, Ilse geb. Chodziesner* u. *Inge-Lore* (Botho → Laserstein) ~ *Ledermann, Franz Anton* u. *Ilse Luise geb. Citron* u. *Susanne* ~ *Löwenstein, Siegmund* u. *Else geb. Koopmann* ~ *Müller, Edith geb. Wertheim* (Johannes → Müller) ~ *Prasse, Herbert* ~ *Propp, Margarete geb. Levinsohn gesch. Cohn* (Benno → Propp) ~ *Rewald, Ruth* s. u. *Schau* ~ *Röttgen, Lilli geb. Meyer* (Hermann → Röttgen) ~ *Rosenfelder, Fritz* (Albert → Rosenfelder) ~ *Rosenfelder, Käte Henriette geb. Hirsch* (Fritz → Rosenfelder) ~ *Rothstein, Fritz* ~ *Schau geb. Rewald, Ruth* u. *Anja* (Hans → Schau) ~ *Sommerfeld, Meta geb. Hessberg* (Ernst → Sommerfeld) ~ *Sondheimer, Lotte* (Elkan → Sondheimer) ~ *Stern, Erich* ~ *Strauß, Richard* und *Helene geb. Kann mit Elise* u. *Lea* ~ *Stübler, Albert* u. *Else geb. Mohr* ~ *Thalmann, Emil* u. *Martha geb. Wolfsheimer* ~ *Theilhaber, Robert* ~ *Tichauer, Theodor* u. *Erna geb. Elert* ~ *Timpe, Ida geb. Graetz* (Ferdinand → Timpe) ~ *Treidel, Josef Isidor (Elias → Fröhlich)* ~ *Tuteur, Karola* u. *Klaus* (Paul → Tuteur) ~ *Wachtel, Alex Siegfried*

Belzec: *Heilbrun, Alex* (Harry → Stern)

Bergen-Belsen: *Goslar, Hans* (Alfred → Klee) ~ *Heymann, Ludwig* (Siegfried → Aaron) ~ *Hirschland, Klara geb. Speyer* (Erhard → Hirschland) ~ *Jasper, Heinrich* (Julius → Frank) ~ *Klau, Oskar* ~ *Klee, Therese geb. Stargardt* (A. → Klee) ~ *Krakenberger, Walter* (P. → Krakenberger) ~ *Oppenheimer, Robert* u. *Friederike geb. Fürst* u. *Felix* (Rudolf → Fürst)

Berlin-Plötzensee: *Goldmann, Karl*

Bernburg: *Goldberg, Adolf* (Julius → Fackenheim)

Buchenwald: *Cohen, Sally* ~ *Oppenheimer, Richard* (Lucian → Loeb)

Cholm s. Hartheim

Dachau: *Bongartz, Erich* (Walter → Bongartz) ~ *Litten, Hans* ~ *Rosenfelder, Albert* (oder verschollen)

Flossenbürg: *Holz, Leonhard* u. *Hertha geb. Rosenthal*

Gurs: *Homburger, Elsa* (Robert → Wertheimer)

Hartheim: *Gallinger, Rudolf* (Joseph → Gallinger)

Izbica/Ghetto: *Daniel, Ella geb. Trum* u. *Julius Daniel* (Albert → Trum)

Kislau: *Marum, Ludwig* (Otto → Hollaender)

Kowno (Litauen): *Kohn, Elisabeth* (Philipp → Loewenfeld) ~ *Reis, Hermann* (Willy → Wertheim)

Krasnycyn, Ghetto: *Levy, Ruth Eva* (Otto → Levy)

Litzmannstadt (Lodz), Ghetto: *Fels, Edgar* (Siegfried → Urias)

Majdanek: *Goldberg, Isidor* (oder Auschwitz) ~ *Oberbrunner, Stefan* ~ *Selig, Rudolf* (Leo → Harry) ~ *Wertheim, Willy*

Maly Trostinec *Schweitzer, Charlotte geb. Steinitz* (Ernst Emil → Schweitzer)

Mauthausen: *Gumbert, Arthur* ~ *Löwenstein, Rudolf* u. *Werner* (Siegmond → Löwenstein)

Raasiku (b. Reval): *Lina David geb. Cohn* u. *Julius* (Erich → Cohn-Bendit)

Ravensbrück: *Lippmann, Ilse geb. Pinoff* u. *Anneliese* (Ignaz → Lippmann)

Riga (Ghetto): *Laserstein, Hugo* u. *Frida geb. Berg* (Botho → Laserstein) ~ *Lippmann, Ignaz* ~ *Rehfisch, Lilli geb. Stadthagen* (Hans J. → Rehfisch)

Sachsenhausen: *Hollaender, Peter* (Otto → Hollaender)

Sobibor: *Alexander, Ludwig* ~ *Dalberg, Julius* u. *Bella geb. Nußbaum* u. *Hulda Nußbaum* ~ *Cohn, Edgar* (Siegmond → Löwenstein) ~ *Erlanger, Frida* (Hugo → Erlanger) ~ *Fürst, Rudolf* u. *Hedwig geb. Oppé* ~ *Jüdel, Paul* u. *Ernst Karl* ~ *Loeser, Käthe geb. Schottländer* (Felix → Loeser) ~ *Marum, Brigitte* (Otto → Hollaender) ~ *Wolff, Hans*

Theresienstadt: *Aaron, Siegfried* (auf dem Transport von Bergen-Belsen) ~ *Cohn geb. Windesheimer, Else* (Hans → Windesheim) ~ *Esslinger, Carl* (Wilhelm → Esslinger) ~ *Frank, Gustav* u. *Hedwig geb. Baruch* (Julius → Frank) ~ *Goldberger geb. Wolff, Selma*

(Alfred → Goldberger) ~ *Isaacsohn, Abraham* u. *Anna* (Franz → Bud) ~ *Hamburger, Natalie geb. Kahn* (Max → Hamburger) ~ *Klau, Therese geb. Altheimer* (Oskar → Klau) ~ *Klee, Therese geb. Stargardt* (Alfred → Klee) ~ *Kosterlitz, Dora geb. Schweriner* (Arthur → Kosterlitz) ~ *Lichtenstein, Max* (Erwin → Lichtenstein) ~ *Rudnicki geb. Spiegelberg, Elise* (Max → Rudnicki) ~ *Soldin, Alex* ~ *Strauß, Franziska geb. Katzenstein* (Emil → Strauß) ~ *Sigmund* (Hans → Hachenburg)

Trawniki: *Wohrizek, Emil* (Paul → Zander)

Treblinka: *Eyck, Erna* (Hans → Eyck) ~ *Frank, Gustav* u. *Hedwig geb. Baruch* (Julius → Frank)

Uchtsprunge: *Hollaender, Johannes* (Otto → Hollaender)

Westerbork: *Hirschland, Hermann Salomon* (Erhard → Hirschland) ~ *Klee, Alfred*

Anhang

Ermordet bzw. ohne Verfahren hingerichtet: *Bergmann, Alfred* (Arthur → Bergmann) ~ *Lindemann, Erich* (Moritz → Fleischer) ~ *Spiegel, Wilhelm* ~ *Steinschneider, Adolf Moritz* ~ *Weiner, Arthur*

Suizid⁴⁰: *Backhaus, Alfred* (Ernst → Sommerfeld) ~ *Cohn-Vossen, Berthold* (Gerhard → Cohn-Vossen) ~ *Katz, Erich* (Wilhelm → Goldberg u. Arno → Wittgensteiner) ~ *Goldschmidt, Gustav* ~ *Kamvich, Ruth* (Felix → Halle) ~ *Landé, Hugo* ~ *Marx, Dora geb. Edinger* (Robert → Marx) ~ *Meyer, Anna Rosalie gesch. Kowalski* (Max → Kowalski) ~ *Prager, Julius* ~ *Rosenthal, Claire geb. Buschhoff* (Karl → Rosenthal) ~ *Waldeck, Helene geb. Rosenfeld* (Florian → Waldeck) ~ *Waldi, Katharina geb. Wolff* (Arthur → Wolff)

UdSSR (Moskau): *Halle, Felix* ~ *Horstmann, Hermann*

Verschollen: *Herzstein, Max* ~ *Rosenfelder, Albert* (oder in Dachau ermordet) ~ *Stiefel, Erwin Sigurd* ~ Timpe, Ferdinand

Von der Ausbürgerung nach § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 waren viele *Frontkämpfer* und *Altanwälte* betroffen, die nach 1933 unter Einschränkungen hatten weiter praktizieren können und vielfach erst nach den Novemberpogromen 1938 emigriert waren. Die beiden ältesten ausgebürgerten Rechtsanwälte – Rudolf Fürst und Meinhold Rau – waren noch 1865 geboren, der selbst nicht mehr ausgebürgerte Hugo Landé sogar 1859. Zu den jüngsten von der Strafexpatriation betroffenen Rechtsanwälten zählen neben Ernst C. Stiefel (* 1907) Josef Kutner und Arnold Weisbach (* 1908). Unter den am 9./10. 11. 1938 verhafteten jüdischen Männern waren auch später ausgebürgerte Rechtsanwälte; ihre Kanzleien und Wohnungen wurden verwüstet, sie selbst in Schutzhaft genommen, einzelne schwerst misshandelt (u. a. Martin Baer, Walter Berlin und Max Rudnicki). Wie viele Rechtsanwälte *bei der Judenaktion im November 1938* in Konzentrationslager verschleppt wurden, ist unbekannt; eine meist mehrwöchige *Schutzhaft* in Dachau (34), Buchenwald (16) und Sachsenhausen (7) sowie in Fuhlsbüttel (1) kann für mindestens 58 der später ausgebürgerten Rechtsanwälte nachgewiesen werden. Aus der meist mehrwöchigen *Schutzhaft* wurden sie in der Regel unter der Bedingung entlassen, ihre Emigration vorrangig zu betreiben. Die entwürdigenden Haftumstände (Siegfried Guggenheim) dürften nicht zuletzt dazu beigetragen haben, diese Auflage⁴¹ ernstzunehmen.

Die dokumentierten Ausbürgerungen richteten sich – von Ausnahmen abgesehen – gegen Rechtsanwälte, denen nach 1933 aufgrund ihrer *nicht arischen* Herkunft die Zulas-

⁴⁰ Nach 1945: Heims, Eduard ~ Koenigsberger, Eduard ~ *Kurzmann, Pauline geb. Lehmann* (→ Lupo Kurzmann) ~ Laserstein, Botho ~ Mendel, Hugo ~ Sondheimer, Ernst.

⁴¹ Reichmann, 1998, S. 239 f.

IV. „Ich habe die Ehre, auf der Liste dieser Ausgebürgerten zu stehen“

sung entzogen worden war. Sie alle waren nach oder aus Furcht vor Verfolgung aus Deutschland emigriert. Manche vermochten Teile ihres Vermögens zu transferieren, in der Anfangsphase insbesondere nach Palästina. Viele waren in den Exilländern aber auf Unterstützung angewiesen, um überleben zu können. Die wirtschaftlichen Folgen der Ausbürgerung sind im Einzelfall anhand der Ausbürgerungsakten einzuschätzen. Die im Inland noch verbliebenen Vermögenswerte – sofern von der Gestapo ermittelt – wurden noch vor oder im Vollzug der Ausbürgerung *sichergestellt*. Nach der Ausbürgerung wurden Guthaben, Depots, sonstige Wertsachen und Liegenschaften eingezogen, das im Reich oder im besetzten Ausland lagernde und von der Gestapo beschlagnahmte Umzugsgut vielfach bereits vor der Ausbürgerung zugunsten des Reichs versteigert. Als eine weitere Folge der Strafexpatriation wird im Einzelfall und korrespondierend zu den für die deutschen Hochschulen vorliegenden Untersuchungen die Aberkennung des Doktorgrades dokumentiert, insgesamt in mindestens 386 Fällen. Ausbürgerung und Entziehung der Doktorwürde als Folgestrafe wurden im „Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger“ amtlich bekanntgemacht. Die deutschen Hochschulen haben sich erst spät mit diesem dunklen Kapitel ihrer NS-Vergangenheit befasst. Die meisten *Gestrichenen* wurden so erst posthum rehabilitiert.

Die in den Vorschlägen und Anträgen zur Ausbürgerung aufscheinenden Gründe beziehen sich jeweils auf eine bestimmte Person, folgen aber einem vorgegebenen Muster. Um den Aufwand zu begrenzen, hatten die Gestapodienststellen seit Mai 1940 entsprechende Formulare für unverheiratete bzw. für verheiratete Personen zu verwenden. Die eine Ausbürgerung rechtfertigenden *Tatsachen* waren möglichst knapp darzulegen: die Mitgliedschaft in einer der aufgelösten und verbotenen Freimaurerlogen, eine durch Mitgliedschaft oder Abonnement einer Parteizeitung als zweifelsfrei angenommene finanzielle Unterstützung der *marxistischen Parteien*, eine durch politische Mandate oder die Anwaltschaftigkeit *bewiesene* Gegnerschaft zur NSDAP vor der *Machtübernahme*, die Wahrnehmung von Mandaten der Roten Hilfe Deutschlands, hinterlassene Steuerschulden, die mutmaßliche Beteiligung an der *Greuelhetze* im Ausland gegen das nationalsozialistische Deutschland sowie Anschuldigungen oder Strafverfahren wegen *Rassenschande*. Alle *Handlungen*, ob im Ausland oder im Inland begangen, bewiesen aus Sicht der Antragsteller, dass der Betreffende *gröblich seine Treupflicht gegen Reich und Volk* missachtet und sich *deutschfeindlich* betätigt hatte. Dabei genügte, dass eine solche *Betätigung* unzweifelhaft angenommen werden müsse. Die Begründung, wie fadenscheinig und zynisch auch immer, spiegelt das Karteikartenwissen der Gestapo über den Emigranten. Tatsächlich wusste sie oft wenig, wie Willy Brandt nach der Lektüre des Manuskripts „In Acht und Bann“ – der 1976 als Buch erschienenen detaillierten Darstellung seines „Falls“ durch den Bonner Historiker Hans Georg Lehmann – erstaunt feststellen konnte.⁴² Aber die Gestapo wusste genug, um ein Verfahren rechtsförmlich zu begründen und die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Emigranten als *gegeben* festzustellen. Wie an

⁴² Links und frei. Mein Weg 1930–1950, Hamburg 1982, S. 261–265 („Staatenlos“); unter seinem Geburtsnamen mit Liste 65 (1./5.9.1938, 11) ausgebürgert, wurde Brandt 1940 die norwegische Staatsbürgerschaft verliehen, die mit der Wiedereinbürgerung am 1. 7. 1948 in Schleswig-Holstein automatisch wieder aufgehoben wurde. Am Verwaltungsvorgang der Repatriierung war auch der Justizminister des Landes, der 1938 ausgebürgerte und 1946 aus dem Exil zurückgekehrte Rudolf Katz, beteiligt. Die Einbürgerungsurkunde „ein NS-Formular mit Hakenkreuz, auf das schwarze Tinte gekleckst wurde“ – lautete auf den Namen „Herbert Ernst Karl Frahm, gen. Willy Brandt“; die formelle Namensänderung – Brandt „wollte sich damit bewußt zu seiner Vergangenheit bekennen“ – wurde am 11. August 1949 amtlich genehmigt: „Brandt hatte seinen Frieden mit Deutschland gemacht, nicht die Deutschen mit Brandt“; Lehmann, 1976, S. 236 f.

den Haaren herbeigeht die Begründung im Einzelfall auch sein mochte, der Einzelne war *nicht würdig, sich weiterhin Deutscher nennen zu dürfen*.

In den Fallakten spiegelt sich „die Allmacht einer Bürokratie, die Massenschicksale auf Grund eines quallenhaften ‚Ermessens‘ zu bestimmen in der Lage war“⁴³. Die Fallakten vermitteln aber auch eine Vorstellung von der allgemeinen „bürokratischen Rechtlosigkeit“ (Ernst Fraenkel), von der Macht und Willkür der Mächtigen im nationalsozialistischen „Unrechtsstaat“ (Fritz Bauer⁴⁴), vom alltäglichen Tun der Schreibtischtäter⁴⁵, die mit einem entsprechenden *Antrag* oder *Vorschlag* das Ausbürgerungsverfahren einleiteten. Die Strafexpatriation wurde vor allem an Emigranten exekutiert, *weil* sie Juden waren oder nach den Kriterien des Reichsbürgergesetzes von 1935 als *Juden* galten. Ihre tatsächlichen oder angeblichen Vergehen rechtfertigten als *typisch jüdische* Delikte die Ausbürgerung, gegen die die Betroffenen, sofern sie davon Kenntnis erhielten, keine Rechtsmittel geltend machen konnten. Max Friedlaender⁴⁶ erfuhr in England durch eine Mitteilung der Münchener Privatbank F. W. Seiler & Co., der Nachfolgerin der arisierten Privatbank Aufhäuser, dass die Gestapo sein „ganzes Vermögen nach dem sogenannten Volksverratsgesetz beschlagnahmt habe“, ohne offenbar zu erkennen, dass diese Maßnahme eine direkte Folge seiner Ausbürgerung war. Wie wohl den meisten Emigranten, die von der Strafexpatriation betroffen waren, scheint auch Friedlaender über die Bekanntmachung der Ausbürgerung im „Deutschen Reichsanzeiger“ keine Nachricht – wie auch immer vermittelt – zugetragen worden zu sein. Seine Ausplünderung „nach der Auswanderung“ und „auch die völlig grundlose individuelle Vermögensbeschlagnahme“ schienen Friedlaender, wie er 1946 seinem früheren Anwaltskollegen Martin Drucker in Leipzig mitteilte, „zu alltäglich“, um auch nur „eine Postkarte darauf verschwendet“ zu haben.⁴⁷ Nach der Sondierung zu urteilen, haben nur wenige Rechtsanwälte im Exil von ihrer Ausbürgerung erfahren und daraufhin eine Aufhebung der ungerechtfertigten Maßnahme beantragt. In keinem der ermittelten Fälle wurde die Ausbürgerung zurückgenommen. Der Widerspruch verstand in den Akten. Vergeblich hatten so u. a. Bruno Altenberg und Karl Goldmann,

⁴³ Philipp Loewenfeld (2004, S. 689), der es rückblickend als „Ehre“ bezeichnete, „auf der Liste dieser Ausgebürgerten zu stehen“ (S. 688).

⁴⁴ „Im niedersächsischen Landtagswahlkampf 1951 hatte Otto Ernst Remer, der am 20. Juni 1944 an der Niederschlagung des Widerstands in Berlin beteiligt gewesen war, die Männer des Widerstandes als Landesverräter diffamiert. Generalstaatsanwalt Fritz Bauer (Braunschweig) klagte daraufhin den rechts-extremen Agitator und Mitbegründer der Sozialistischen Reichspartei nach § 186 StGB wegen „übler Nachrede“ an. Die Strafkammer charakterisierte entsprechend der Rechtsauffassung Bauers „das NS-Regime als einen ‚Unrechtsstaat‘“ und verurteilte Remer; Claudia Fröhlich, *Der Prozess gegen Otto Ernst Remer, Deutschland 1951–1952* (Apr. 2016): www.lexikon-der-poltischen-straftprozesse.de (24. 4. 2020); Dr. Fritz Bauer, als Amtsrichter 1933 entlassen und acht Monate in KZ-Haft, war 1936 nach Dänemark emigriert; auf Vorschlag der Gestapo Stuttgart (Böes) mit Liste 69 (22./23. 9. 1938) ausgebürgert, wurde Bauer am 11. 1. 1939 von der Universität Heidelberg der Doktorgrad entzogen; PA/AA, R 99722, R 100054; Moritz, 2001, S. 554; www.braunschweiger-zeitung.de/bin/archiv/article150755236/Plädoyer-Fritz-Bauer; www.fritz-bauer-archiv.de/widerstandsrecht/remer-prozess; (22. 7. 1919); Ilse Staff, *Fritz Bauer (1903–1968). „Im Kampf um des Menschen Rechte“*, in: KJ, I, 1968, S. 440–450; Irmtrud Wojak, *Fritz Bauer 1903–1968. Eine Biographie*, München 2019 (2016; 2009), S. 279. I. Wojak dokumentiert die Ausbürgerung (S. 140 f. u. 529/Anm. 106) anhand der Akte R 99722 im PA/AA, erwähnt die Depromotion aber nicht; eine „rückwirkende Wiederverleihung“ durch die Universität Heidelberg hat offenbar nicht stattgefunden.

⁴⁵ Der Gestapobeamte [Herbert] Müller, um nur ihn hier zu nennen, unterzeichnete für die Gestapoleistelle Berlin rd. 60 Anträge zur Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit von emigrierten Rechtsanwältinnen, u. a. den Antrag zur Ausbürgerung von Ernst Fraenkel.

⁴⁶ *Lebenserinnerungen*, 2018, S. 311.

⁴⁷ *Ebd.*, S. 403.

IV. „Ich habe die Ehre, auf der Liste dieser Ausgebürgerten zu stehen“

aber auch die Witwe von Gerhard Breit-Frontzig aus unterschiedlichen Gründen ihrer Ausbürgerung widersprochen. Edgar Cohn dagegen wollte nach dem Novemberpogrom 1938 nicht länger Deutscher sein, ein Begehren, das die Gestapo als *jüdische* Frechheit betrachtete und als Grund für die Ausbürgerung anführte.⁴⁸ Von der Strafexpatriation war – nach dem derzeitigen Forschungsstand – nicht mehr als gut ein Dutzend *deutschblütiger*, vor allem zur politischen Linken zählender Rechtsanwälte betroffen, unter ihnen der Berliner Anwalt und zeitweilige preußische Landtagsabgeordnete Theodor Liebknecht, ein Bruder des 1919 ermordeten Rechtsanwalts Karl Liebknecht, sowie Irmgard Auerbach als *deutschblütige* Ehefrau eines *jüdischen* Rechtsanwalts.

Nur einer Minderheit der deutschen Emigranten, auch der emigrierten *jüdischen Rechtsanwälte*, wurde gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt. Die Namen vieler bekannter Rechtsanwälte „fehlen“ daher in der Dokumentation, aus dem „Berliner Barreau“ (Paul Ronge⁴⁹), dem Bezirk der Rechtsanwaltskammer Berlin, u. a. Willy Alterthum, Kurt Ball, Ludwig Barbasch, Martin Beradt, Margarete Berent, Fritz Berger, Alexander Besser, Arthur Brandt, Dorothea Chodziesner geb. Galliner, Martin Domke, Erich Eyck (ausgebürgert wurde aber dessen Bruder, der Patentanwalt Hans Eyck), Ludwig Foerder, Erich Frey, Sammy Gronemann, Hanna Katz, Erich Koch-Weser, Max Lion, Julius Magnus, Fritz Alexander Mann, Alfred Platz, Hans Reichmann, Heinrich Riegner, Adolf Schnitzer, Leo Sternberg, Arnold Wadler, Bruno Weil, Bernhard und Ernst Wolff oder die erst nach ihrer Remigration als Anwältin zugelassene Erna Proskauer, um nur einige wenige zu nennen. Inwieweit von der Strafexpatriation verschonten Emigranten infolge der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz Vermögensschäden erlitten haben, ist im Einzelfall aus den entsprechenden Entschädigungsakten zu ersehen. So verschwand etwa die Bibliothek von Martin Beradt spurlos mit der Versteigerung seines beschlagnahmten Umzugsguts.⁵⁰ Bruno Blau⁵¹, von der Gestapo 1938 in Prag verhaftet, „konnte“ nach seiner Rückführung nicht mehr ausgebürgert werden: seit Juni 1939 in Haft, seit Oktober 1942 als Häftling im Jüdischen Krankenhaus, überlebte der Berliner Anwalt bis zur Befreiung 913 Tage in Haft.

Der „Befund“, dass viele emigrierte Rechtsanwälte nicht ausgebürgert wurden, dürfte – vom Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit durch Naturalisation vor allem in Palästina⁵² einmal abgesehen – damit zu erklären sein, dass ungeachtet der gleichen Erlass-Vorgaben diese von den jeweiligen Gestapodienststellen unterschiedlich gehandhabt worden sind; auch Gestapobeamte hatten im Einzelfall gewisse „Handlungsspielräume“⁵³. Zudem

⁴⁸ Von der Möglichkeit, nach § 18 RuStAG vom 22. Juli 1913 die Entlassung aus der deutschen Staatsangehörigkeit zu beantragen, „machten wahrscheinlich nur wenige emigrierte Juden Gebrauch“; Hamburger Juden, I (2016), S. 498; zu diesen „Wenigen“ zählte Albert Einstein, der aber ebenfalls gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. 7. 1933 ausgebürgert wurde, wenn auch nicht mit der 1. Liste; siehe S. 55*.

⁴⁹ 1963, S. 206.

⁵⁰ Schumacher, 2012, S. 20.

⁵¹ EAB, 51410 u. 201268 (Ehefrau); vgl. jetzt Thomas Brechenmacher/Christoph Bothe, Bruno Blau: ein deutsch-jüdisches Leben, Berlin 2018, S. 137–167: unter Pseudonym Ibn Asrak (Sohn des Blau), An den Rand geschrieben. Erinnerungen aus einer bewegten Zeit (Prag 1938; nicht indiziert), S. 166: „Polizeivizepräsident Dr. Bernhard Weiß“.

⁵² Sobald in einen Ausbürgerungsverfahren bekannt wurde, dass die betreffende Person die palästinische oder palästinensische Staatsangehörigkeit angenommen hatte, wurde das Verfahren eingestellt. Der Rechtscharakter der „Palestinian Citizenship“ – 1925 in Kraft getreten und danach wiederholt geändert – „war nicht unumstritten“; H. Pagener, Das Staatsangehörigkeitsrecht des Staates Israel und des ehemaligen Mandatsgebietes Palästina, Frankfurt/Main 1954, S. 8.

⁵³ Heiko Haumann, Eugen Selber (1895–1982). Handlungsspielräume eines Freiburger Gestapobeamten, in: Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins Schau-ins-Land 134 (2015), S. 109–136.

gerieten nach Erlass der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz nur mehr „arische“ Rechtsanwälte ins Visier der Gestapo, deren Ehefrau als *nicht arisch* galt (z. B. Otto Pfeiffenberger), oder *arische* Ehefrauen von *nicht arischen* emigrierten Rechtsanwälten (z. B. Hans Hachenburg). Die Ausbürgerungsmaschinerie kam aber auch danach nicht zum Erliegen. Von 1942 bis zum 7. April 1945 wurden nach Michael Hepp noch mindestens 6.498 Personen individuell ausgebürgert.

Die Dokumentation ist das Ergebnis einer Spurensuche zur rassistisch und politisch motivierten Strafexpatriation nach dem Kulturbruch 1933. Vom Antrag bis zum Vollzug belegen tausende Akten das bürokratische Verfahren und benennen die *Tatsachen*, die aus Sicht der Gestapo die Ausbürgerung begründeten. Die „Masse“ der amtlichen, aus der Anwendung eines NS-Gesetzes entstandenen, oft banalen Überlieferung und deren lange Zeit schwierige Benutzbarkeit mögen wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Akten bisher weitgehend ungenutzt blieben. Wie die Untersuchung zeigt, können die Lebensschicksale vieler aus Deutschland vertriebener jüdischer Rechtsanwälte und ihrer Familien aber nur noch anhand dieser Quelle rekonstruiert werden. Aufgrund des Forschungsstandes dürften insbesondere für Bayern und Hamburg, für einzelne OLG-Bezirke sowie für einzelne Städte und Regionen nahezu *alle* betroffenen Rechtsanwälte erfasst worden sein. Die Dokumentation ist vom Anspruch auch nur annähernder Vollständigkeit jedoch weit entfernt. Dies dürfte insbesondere für die großen Oberlandesgerichtsbezirke Breslau und Königsberg, nicht zuletzt für den Kammergerichtsbezirk Berlin gelten.

Ausbürgerungsanträge sind weder literarische Dokumente noch erfüllt ihre „Sprache“ die in § 36 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Reichsministerien (GGO, 1930) geltend gemachten Anforderungen „für guten deutschen Sprachgebrauch“, im Gegenteil. Verfasst in einer spezifisch polizeilichen *Lingua Tertii Imperii* (Victor Klemperer⁵⁴), die sich „aller öffentlichen und privaten Lebensbereiche“ bemächtigte, hatten sie nur einen Zweck, die Ausbürgerung der betreffenden Person aufgrund von *Tatsachen* als begründet darzustellen. Auch bei nur auszugsweiser Wiedergabe kann der rassistisch-völkische, spezifisch nationalsozialistische „Sprachschwulst“ (Bernd Rühlers⁵⁵) nicht ausgeblendet werden, wie unerträglich und widerwärtig im Einzelfall auch immer. In den Dokumenten enthaltene *Tatsachen* und deren Bewertung sind untrennbar mit der nationalsozialistischen Weltanschauung verbunden, die den Unrechtsakt legitimierte. Bestimmte personenbezogene Informationen, die aus dieser Quelle geschöpft werden können, „bedienten“ zunächst und vor allem die Weltanschauung der Handelnden und umgekehrt bestätigte die Weltanschauung die personenbezogenen Informationen, die die Handelnden mit ihren Schriftsätzen aktenkundig machten. Bei der „Nutzung“ der Quelle gilt es diese Kausalität im Blick zu behalten. Sie ist das Wasserzeichen der unendlich vielen Schriftstücke, die mit jeder Zeile Zeugnis geben von der menschenverachtenden, von jeder gesetzlichen Fessel befreiten Verfügungsmacht des nationalsozialistischen Herrschaftsapparats über „Menschen und Habe“⁵⁶, vom alles durchdringenden Rassen- und Verfolgungswahn⁵⁷.

Jede im „Deutschen Reichsanzeiger“ amtlich verkündete *Liste* war das Resultat einer vielköpfigen Verfolgungsbürokratie, jeder Vorschlag oder Antrag wurde jedoch stets von einer Person „I. A.“ oder „I. V.“ namentlich unterzeichnet: Diese Ausbürgerungsanträge

⁵⁴ Berlin 1947, S. 25; Kristine Fischer-Hupe, Victor Klemperers „LTI. Notizbuch eines Philologen“. Ein Kommentar, Hildesheim [u. a.] 2001.

⁵⁵ Entartetes Recht. Rechtslehren und Kronjuristen im Dritten Reich, München 1988, S. 30.

⁵⁶ Anders, 1974, S. 562.

⁵⁷ Gay, 1999, S. 90: „Für jüdische Anwälte ohne Klienten, jüdische Schauspieler ohne Rollen, jüdische Professoren ohne Studenten gab es nichts als den Verfolgungswahn des Regimes.“

IV. „Ich habe die Ehre, auf der Liste dieser Ausgebürgerten zu stehen“

sind in „Ich-Form“ überlieferte Verfolgungsakte, die – sofern die Unterschrift zweifelsfrei lesbar ist – auch einzelnen Angehörigen des Gestapoapparates zugeordnet werden können. Dass der jeweilige Beamte entsprechend Anweisung *und* Überzeugung handelte, ist anzunehmen. Viele der an der Ausbürgerung mitwirkenden Beamten waren, wie anhand der Literatur im Einzelfall gezeigt werden kann, mehr als nur ein „unbeschriebenes Blatt“ oder „Rädchen“ in der systematischen Vertreibung, Verfolgung und Ausplünderung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland und im von Deutschen besetzten Europa. Keiner der im Reichssicherheitshauptamt oder im Reichsministerium des Innern in Berlin auch für die Ausbürgerungen federführenden Beamten wurde nach 1945 für seine Taten zur Rechenschaft gezogen.⁵⁸ Der Berliner Gestapobeamte Heinrich Rothmann wie auch andere die Ausbürgerung „in Gang setzende“ Gestapoangehörige zählten zu den insgesamt 27.748 Personen, die nach 1945 allein in der Britischen Zone in Internierungshaft saßen. Materiell überprüft wurden davon 24.154 Personen. Ein Drittel der von Spruchgerichtsverfahren Betroffenen blieb straffrei.⁵⁹ Vielleicht war auch der Jurist Rothmann unter den vielen, deren Verfahren straffrei ausging. Eine singuläre Karriere machte der Leiter der Gestapo Trier 1934/35, der Jurist Heinrich Welsch, der 1955/56 in Saarbrücken als Ministerpräsident der Übergangsregierung und – gleichsam in der Nachfolge des Emigranten Heinz Braun – als Justizminister⁶⁰ amtierte.

Die Mitwirkung der Beamten im Reichsministerium des Innern und im Auswärtigen Amt bei der Durchführung des Gesetzes vom 14. Juli 1933 blieb weithin im Verborgenen. Viele Akten, die die Praxis der Ausbürgerung hätten offenlegen können, waren im Krieg verbrannt oder befanden sich, wie das Archiv des Auswärtigen Amts, nach dem Krieg in der Hand der Siegermächte. Erst 1956 gelangte „der von den Westmächten beschlagnahmte, umfangreichere Teil der Unterlagen nach intensiver Auswertung in Großbritannien“ an das Politische Archiv des 1951 in Bonn wieder errichteten Auswärtigen Amts. Zu diesem „Teil“ gehörten auch die Ausbürgerungsakten.⁶¹ Die mit Ausbürgerungssachen befassten höheren Beamten des Reichsministeriums des Innern traten beim Aufbau der Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland nicht wieder in Erscheinung; im Hintergrund agierte jedoch Otto Ehrensberger, letzter Leiter der Verfassungsabteilung im Reichsministerium des Innern, dessen Unterschrift unter Ausbürgerungslisten steht. Er hatte maßgeblichen Anteil an der Rekrutierung des Personals für das neue Bundesministerium des Innern. Von den Beamten des Auswärtigen Amts, die jeweils der Ausbürgerung *des Juden* mit ihrer Unterschrift zugestimmt hatten, amtierte Emil Schumburg seit 1954 im niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, zuletzt als Regierungsdirektor. Aber es wurden auch Diplomaten wieder in den Auswärtigen Dienst ein-

⁵⁸ Weinke, 2015; siehe ergänzend S. 165*.

⁵⁹ Gerhard Rauschenbach, *Der Nürnberger Prozeß gegen die Organisationen. Grundfragen, Probleme, Auswirkungen auf die Mitglieder und strafrechtliche Ergebnisse*, Bonn 1954, S. 122; Peter Reichel, *Der Internationale Militärgerichtshof gegen Hermann Göring u.a., Deutschland 1945/46* (Febr. 2020): www.lexikon-der-politischen-straftprozesse.de (24. 4. 2020); nach Dr. Friedrich Meyer-Abich (Generalinspekteur für die Spruchgerichte; Hg.), *Die Masken fallen. Aus den Geheimpapieren des Dritten Reiches*. Bearb. v. Dr. Hermann Haßberger, Hamburg 1949, S. 13) endete ein Viertel der Spruchgerichtsverfahren mit Einstellung oder Freispruch; Heinz Boberach, *Das Nürnberger Urteil gegen verbrecherische Organisationen und die Spruchgerichtsbarkeit der Britischen Zone*, in: ZNR 12 (1990), 1/2, 2 S. 40–50; Heiner Wember, *Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Zone Deutschlands*. Essen 1991.

⁶⁰ Zum ersten Justizminister war 1947 Heinz → Braun berufen worden. Aufgrund der Forschungen von Thomas Grotum (Trier) erkannte die Universität des Saarlandes am 11.7.2018 Welsch posthum die Würde eines Ehrensensors ab; www.uni-saarland.de; www.uni-trier.de (12. 9. 2019).

⁶¹ Auswärtiges Amt, 2018, 16 f.

berufen, die mit den früheren „Routinevorgängen“ befasst gewesen waren, unter ihnen Otto Bräutigam.

Von der Strafexpatriation waren auch Angehörige des Amts nicht verschont geblieben: Der *jüdische Rechtsanwalt* und frühere Reichstagsabgeordnete Otto Landsberg hatte nach 1918 das Reich drei Jahre lang als Gesandter in Brüssel vertreten. Genannt seien weiterhin Ernst Wilhelm Meyer, Robert Breuer⁶², Otto Driesen⁶³ und Wolfgang Krauel. Richard Meyer⁶⁴, der sich 1939 in Schweden in Sicherheit bringen konnte, hat aufgrund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. 11. 1941 die deutsche Staatsangehörigkeit verloren. Der nach England emigrierte frühere Staatssekretär Ernst von Simson⁶⁵ starb am 7. Dezember 1941 in Oxford, kurz nach Erlass dieser Verordnung. Wieder in den Dienst einberufen wurden E. W. Meyer⁶⁶ – 1937 als Gesandtschaftsrat in Washington auf eigenen Wunsch ausgeschieden – und Generalkonsul Wolfgang Krauel⁶⁷. Meyer – 1952 bis 1957 Botschafter in Neu Dehli – gehörte danach für zwei Wahlperioden als SPD-Abgeordneter dem Deutschen Bundestag an. Otto Friedrich → Meyer – 1943 ausgebürgert und später Konsul in Malmö – hatte dem Amt vor 1945 nicht angehört.

Das Gesetz vom 14. Juli 1933, im „Kontrollratsgesetz Nr. 1 betreffend die Aufhebung von NS-Recht“ vom 20. September 1945 nicht genannt, zählte Carl Misch „zu den Haupt- und Grundgesetzen des Dritten Reiches“. Von der konservativen Ministerialbürokratie im Reichsministerium des Innern „im Sinne der Regierung der nationalen Erhebung“ (Hermann Hering) formuliert, legalisierte es wie andere NS-Gesetze in der Folge massenhaftes Unrecht der Machthaber.⁶⁸ Nach dem Ende des NS-Staates war unstrittig, dass das Gesetz missbräuchlich angewendet worden war und „seine weitere Aufrechterhaltung“ – gerade wegen seiner leicht missbräuchlichen Anwendung und aus grundsätzlichen völkerrechtlichen „Bedenken gegen jede Art von Zwangsausbürgerung“, so Walter Schätzel 1948 – „unerwünscht“ sei. In den Ländern der amerikanischen Zone waren im März 1948 gleichlautende Gesetze erlassen worden, die es Betroffenen mit Antragsfrist bis zum 1. Januar 1950 ermöglichten, politisch, rassisch oder religiös begründete Ausbürgerungen rückwir-

⁶² Ausgebürgert 1938 unter dem Namen Lucian Friedlaender; der Journalist R. Breuer – 1919/20 stellv. Pressechef des Auswärtigen Amts – starb 1943 auf Martinique; PA/AA, R 99708; BHdAD V, 2014, S. 415 f.

⁶³ Ausgebürgert 1941; aus Frankreich nach Sobibor deportiert; 1918/19 in der Presseabteilung tätig; Vertrauter von Matthias Erzberger in der deutschen Friedensdelegation in Versailles; PA/AA, R 99913; Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962, S. 355/Anm. 54; BHdAD V, 2014, S. 428.

⁶⁴ Ministerialdirektor, 1935 in den einstweiligen Ruhestand versetzt; PA/AA, R 100037; 1952 Botschafter a. D. (Amtsbezeichnung), verfasste im Auftrag des Auswärtigen Amts eine Denkschrift zur Ostpolitik, die erst 30 Jahre nach seinem Tod veröffentlicht werden konnte: R. Meyer von Achenbach, Gedanken über eine konstruktive deutsche Ostpolitik. Einer unterdrückte Denkschrift aus dem Jahre 1953. Hg. v. Julius H. Schoeps, Frankfurt/Main 1986; BHdAD III, 2008, S. 244 f.

⁶⁵ PA/AA, R 100023; BHdAD IV, 2012, S. 271 f.; ergänzend Dieter Neitzert, „Das Amt“ zwischen Versailles und Rapallo. Die Rückschau des Staatssekretärs Ernst von Simson, in: VfZ 60, 2012, 3, S. 443–490, 453; E. v. Simson büßte seine „etwa 4.000 Bände“ umfassende Bibliothek im Zuge der Emigration ein; aufgrund des Exlibris konnten jüngst Exemplare von Richard Wagners mehrbändigen „Gesammelten Schriften und Dichtungen“ seiner ehemaligen Bibliothek zugeordnet werden: Charlet Flauaus, Der NS-Funktionär und seine private Bibliothek. Die Bücher des Reichsleiters Martin Bormann in der Universitätsbibliothek Mainz, in: Bibliotheksdienst 52, 2018, 6. S. 455–480, 472–474.

⁶⁶ Ausgebürgert 1938; PA/AA, R 99885; BHMdB I, 2002, S. 561 (wie auch im Fall Friedrich Wilhelm → Wagner ohne Erwähnung der Ausbürgerung); BHdAD III, 2008, S. 241 f.

⁶⁷ PA/AA, R 99989, 100063; BHdAD II, 2005, S. 634 f.

⁶⁸ EdRW I, 2012, S. 603 ff. („NS-Gesetze“), 611 f.; HRG, III, 2016, Sp. 1806–1824, 1811: Nationalsozialistisches Recht (Michael Stolleis).

IV. „Ich habe die Ehre, auf der Liste dieser Ausgebürgerten zu stehen“

kend für nichtig erklären zu lassen.⁶⁹ Ausgebürgerte frühere deutsche Staatsangehörige, die „nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben“, gelten nach dem Willen der Väter und Mütter des Grundgesetzes „als nicht ausgebürgert“; weiterhin haben gemäß Art. 116 (2) der Übergangs- und Schlussbestimmungen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 „frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge“ einen Anspruch auf Wiedereinbürgerung. Dazu ist ein entsprechender „Antrag“ erforderlich. Ausführungsvorschriften und Verwaltungspraxis erschwerten vielfach die Wiedereinbürgerung. Erst 1968 setzte das Bundesverfassungsgericht „die Verfassungsnorm materiell-rechtlich in Kraft“ (Hans Georg Lehmann⁷⁰).

Die Wiedereinbürgerung wird in Einzelfällen in der Literatur erwähnt, so für Erwin Rahmer, Karl Rawitzki oder Walter Heßlein. Wie viele der ausgebürgerten Rechtsanwälte einen solchen Antrag gestellt haben, ist nicht bekannt. Bernhard Weiß starb in London, bevor ihm die Urkunde ausgehändigt werden konnte. Aus Furcht vor erneuter Verfolgung in seinem Exilland beantragten der frühere Berliner Rechtsanwalt Udo Rukser – 1943 Mitbegründer der „Deutschen Blätter“ in Santiago de Chile – und Dora Rukser geb. Richter während eines Deutschlandaufenthaltes 1969 wieder die deutsche Staatsbürgerschaft. Eineinhalb Jahre später starb Rukser in Chile, dem Land, in dem er und seine jüdische Ehefrau 1939 Aufnahme gefunden hatten. Die Ausgebürgerten mussten die Staatsangehörigkeit wieder beantragen, *angeboten* wurde sie ihnen nicht. Selbst im Fall des 1938 ausgebürgerten Robert M. W. Kempner sei offenbar „niemand auf die Idee gekommen, ihm die deutsche Staatsbürgerschaft erneut anzubieten“.⁷¹

Von den Vertriebenen und Ausgebürgerten, die überwiegend erst nach Kriegsende Staatsbürger ihrer neuen Heimat werden konnten⁷², kehrte nach der „Tyrannei der Hitler-Zeit“ (Max Hachenburg) nur eine Minderheit nach Deutschland zurück, wie andere Juristen⁷³ auch einige Rechtsanwälte „in Uniform“: Josef Panholzer, Ernst Schopflocher und Richard Wolf. Mit „25 Gesetzesentwürfen“ als „geistiges Gepäck“ konnte der 1933 zunächst nach Österreich und dann in die Schweiz geflüchtete SPD-Reichstagsabgeordnete und spätere bayerische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner „am 6. Juni 1945 früh 9 Uhr“ endlich aus der „Verbannung“ heimkehren: „auf einem amerikanischen Jeep“.⁷⁴ Im Juni 1948 begründeten die Professoren Walter Schätzel (Mainz) und Hans Wehberg (Genf) zusammen mit dem 1945 aus dem Exil zurückgekehrten Privatdozenten Hans-Jürgen Schlochauer (Köln) das „Archiv für Völkerrecht“: „Das internationale

⁶⁹ Schätzel, 1948, S. 279 ff.

⁷⁰ Siehe S. 49*.

⁷¹ Kempner, 1984, S. 1 („bis zu[m] heutigen Tage“); Dr. Dieter Bacht – zusammen mit Heiner Lichtenstein Initiator der Ehrung des „verdienten Juristen“ – datiert die Ausbürgerung irrtümlich in das Jahr 1935. In seinen Erinnerungen erwähnt Kempner (1983, S. 145) beiläufig seine Ausbürgerung noch während seines Aufenthalts in Florenz.

⁷² Für Großbritannien vgl. Grenville (2010, S. 63) mit statistischen Angaben zur Naturalisierung jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich in den Jahren 1945 bis 1950, Höhepunkt 1947/48.

⁷³ Hans Simons (s. S. 105*), aber auch Heinz Weil – in der Uniform der Fremdenlegion; Weil war nach der 1. Staatsprüfung 1935 entlassen worden, hatte 1936 aber noch in Heidelberg promovieren können. Nach Vorbereitungsdienst in Tübingen und 2. Staatsexamen 1948 war der Remigrant, dessen Mutter der Judenverfolgung zum Opfer gefallen war, zunächst als Anwalt, seit 1954 als Richter tätig, zuletzt von 1974 bis 1978 als Präsident des Landgerichts Ellwangen; H. Weil, Am Rande des Strudels. Erinnerungen 1913–1983, Stuttgart ²1988 (1986).

⁷⁴ Der schwierige Außenseiter, 1959, S. 185.

Recht“, so die Herausgeber im Geleitwort, „stellt ein allen Völkern gemeinsames Gut dar, das auch uns geblieben ist; es ist die Brücke und die Verbindung zur Außenwelt, von der wir so lange Jahre geschieden waren.“ Zu den Autoren des ersten Jahrgangs zählte auch (der ausgebürgerte und in Berlin mutmaßlich depromovierte) Geh. Justizrat Dr. Robert Marx (Paris), dessen Beitrag „Die Vereinten Nationen und die Kodifikation des internationalen Rechts“⁷⁵ einem im Juni 1948 an der Universität Mainz gehaltenen Vortrag entsprach.

Auch die Anwaltschaft suchte Brücken wieder herzustellen, die nach 1933 eingerissen worden waren. Der „neuentstandene“ Deutsche Anwaltverein ernannte Max Hachenburg anlässlich seines 90. Geburtstages zum Ehrenmitglied. Gerührt wünschte der Emigrant der Neugründung „das gleiche ersprießliche Wirken, wie es seinem Vorgänger beschieden war“. Ein Jahr später starb Hachenburg – als *Jude* aufgrund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. 11. 1941 ausgebürgert – als amerikanischer Staatsbürger „im fernen Lande“.⁷⁶

Mindestens 61 Remigranten gelang ein beruflicher Neuanfang. Der Rückkehrer Paul Grundmann (Otto → Grundmann) konnte „1947 mit einer Verspätung von 14 Jahren das Assessor-Examen“ ablegen: „Seither“ – schrieb er 1980 in seinen Aufzeichnungen zur Familie Grundmann – „ist er in Essen Rechtsanwalt, in weitem Umkreis der einzige jüdische Anwalt und einer der letzten in Essen wohnhaften, vor 1933 hier geborenen Juden.“ Wie Wilhelm Hoegner, der nur zu Beginn seiner juristischen Karriere in der Kanzlei von Michael Siegel als Anwalt tätig gewesen war, nahmen unter den Rückkehrern auch eine Anwältin und mehrere Anwälte politische Mandate⁷⁷ auf Landes- und/oder Bundesebene wahr: Gustav Levy und Heinrich Braun (Saarland), Nora Platiel (Eleonore Block) in Hessen, Rudolf Katz (Schleswig-Holstein) und Fritz Löwenthal – beide Mitglieder des Parlamentarischen Rats – sowie Josef Panholzer (Bayern) und Friedrich Wilhelm Wagner (Rheinland-Pfalz; Parlamentarischer Rat). Neben Wagner saßen im ersten Deutschen Bundestag in den Reihen der SPD-Fraktion die (ausgebürgerten) Remigranten Willi Eichler, Robert Görlinger, Waldemar von Knoeringen, Erich Ollenhauer, Heinrich Ritzel, Herbert Wehner und als „Berliner Vertreter“ Willy Brandt, in den Bänken des Bundesrates neben R. Katz der Erste Bürgermeister von Hamburg, Max Brauer, und Carl Spiecker, Minister ohne Geschäftsbereich in Nordrhein-Westfalen. Ernst Reuter, Oberbürgermeister von Berlin (West) und einer der vier Berliner Vertreter im Bundesrat, war von der Ausbürgerung verschont geblieben. Im Exil am Bosphorus zur Ausbürgerung vorgeschlagen, „verdankte“ er die Aussetzung des Vollzugs „bis zum Kriegsende“ einem „genialen“ Schachzug des deutschen Botschafters in der Türkei, Franz von Papen. Nur Robert Görlinger und Erich Ollenhauer, der als Nachrücker nach Unterzeichnung des Grundgesetzes auch dem Parlamentarischen Rat angehört hatte, machten unter den „persönlichen Angaben“ im „Handbuch des Deutschen Bundestags“ auch ihre Ausbürgerung publik. Willy Brandt erwähnte lediglich, die „ihm 1940 verliehene norwegische Staatsangehörigkeit“ aufgegeben zu haben, „als er im Januar 1948 vom SPD-Parteivorstand Hannover mit der ständigen Vertretung in Berlin

⁷⁵ Archiv des Völkerrechts 1 (1948/40), S. 279–302; im Katalog der Bibliothek des Deutschen Bundestages ist nur ein weiterer Beitrag von R. Marx verzeichnet: Die neue Schiedsordnung der Internationalen Handelskammer, in: NJW 9 (1956), 8, S. 281–283.

⁷⁶ AnwBl 1 (Nov. 1950), 3, S. 42.

⁷⁷ Ernst Löwenstein, Rechtsanwalt in Oldenburg, emigrierte 1939 nach Holland. Nach § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 nicht ausgebürgert, nach Kriegsende zurückgekehrt und wieder als Anwalt zugelassen, gehörte er 1946 als fraktionsloses Mitglied dem Ernannten Landtag in Oldenburg an; „aus Angst vor einer Wiederkehr des Antisemitismus in Deutschland“ emigrierte Löwenstein 1951 in die USA; Oldenburgischer Landtag, 2014, S. 350–352/Nr. 365.

IV. „Ich habe die Ehre, auf der Liste dieser Ausgebürgerten zu stehen“

beauftragt wurde“. Max Brauer und Rudolf Katz verwiesen auf die „Aufgabe“ (Brauer) bzw. den „Erwerb“ (Katz) ihrer amerikanischen Staatsangehörigkeit.⁷⁸ Fünf der 15 Mitglieder der KPD-Fraktion im ersten Deutschen Bundestag waren ebenfalls Remigranten, unter ihnen Heinz Renner, zuvor bereits Mitglied des Parlamentarischen Rats, der mit der „Gruppe Ulbricht“ 1945 aus Moskau zurückgekehrte frühere Hamburgische Bürgerschafts-abgeordnete Gustav Gundelach⁷⁹ und Walter Fisch. Wie Gundelach und Renner waren auch Otto Niebergall und Hermann Nuding ausgebürgert worden. In ihren persönlichen Angaben im Handbuch „Die Volksvertretung“ bleibt die Tatsache der Ausbürgerung jedoch unerwähnt. Wie die Mehrzahl der Parlamentarier – auch der (wenigen) erst später in den Deutschen Bundestag gewählten Emigranten – dürften die remigrierten Rechtsanwälte von der Entziehung ihrer deutschen Staatsangehörigkeit nach außen hin keinen „aktiven“ Gebrauch gemacht haben. Eine demonstrative Herauskehrung dieser bürokratischen Ausgrenzung und Verfolgung war selbst auf der politischen Bühne die Ausnahme, erst recht im Berufsalltag. Die Vergangenheit wurde nicht nur auf Seiten der Täter und Profiteure beschwiegen. Im Übrigen war die *Ausbürgerung* gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 nicht entschädigungsrelevant. Das gilt auch für die erst seit Ende November 1943 automatische *Entziehung* der Doktorwürde als Folge der Ausbürgerung.

Rudolf Katz und Georg Fröhlich wurden 1951 Richter am Bundesverfassungsgericht. Neben R. Katz – vom Bundesrat am 6. September 1951 zum Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts gewählt – und G. Fröhlich zählten zu den 24 Richtern der ersten Stunde noch die (nicht ausgebürgerten) Emigranten Bernhard Wolff und Gerhard Leibholz; Friedrich Wilhelm Wagner wurde erst 1961 Richter des Bundesverfassungsgerichts und nach dem Tod von R. Katz Präsident des Zweiten Senats. Nach Manfred Görtemaker/Christoph Safferling war der hohe Anteil an Emigranten bei der Erstberufung kein „Akt der Wiedergutmachung“, wie der ebenfalls 1951 berufene Richter Willi Geiger 1981 Udo Wengst hatte wissen lassen, sondern der Tatsache geschuldet, dass es „kein Gericht und keine Behörde [gab], deren Personal man hätte übernehmen können, wie es in anderen Einrichtungen der Fall war“.⁸⁰ Mindestens 57 ausgebürgerte Emigranten wurden wieder als Rechtsanwalt zugelassen, davon 20 nach einem meist zähen Verfahren unter Befreiung von der Residenzpflicht. Eduard Koenigsberger nahm sich das Leben, bevor über seinen Antrag entschieden war. Erst nach Verabschiedung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung der Opfer nationalsozialistischer Verfolgung durch den Deutschen Bundestag 1956 konnten Rechtsanwälte, die aufgrund der Verfolgung nach 1933 ihre Zulassung verloren und ihren Wohnsitz im Ausland hatten, als Berater und Vertreter in Wiedergutmachungsverfahren tätig werden.

⁷⁸ Die Volksvertretung. Handbuch des Deutschen Bundestags. Hg. v. Fritz Sänger, Stuttgart 1949 (Unveränderter Nachdruck 1985); Reiner Möckelmann, Franz von Papen. Hitlers ewiger Vasall, Darmstadt 2016, S. 188–193, 452; Jan Foitzik, Remigranten im Bundestag und in den Länderparlamenten. Eine Bestandsaufnahme, in: Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Emigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, hg. v. Claus-Dieter Krohn u. Patrik von zur Mühlen, Hamburg 1997, S. 71–90.

⁷⁹ M.d.L., 1995, S. 54/Nr. 422; M.d.B., 2000, S. 138/Nr. 1867.

⁸⁰ Udo Wengst, Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf, 1984, S. 244/Anm. 114; Görtemaker/Safferling, Die Akte Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit, Bonn 2017 [München 2016], S. 297; Hubert Rottleuthner (2010, S. 85f.) setzt für die Anfangsphase einen anderen Akzent: „Hier wurde ersichtlich im politischen Raum auf Diskontinuität geachtet.“ Erst jetzt haben die Richter beider Senate des Bundesverfassungsgerichts – wohl auch im Hinblick auf den „Fall“ Geiger – „im Plenum“ beschlossen, die „Anfangsjahre“ des Verfassungsgerichts „auf personelle Verquickungen mit der Zeit des Nationalsozialismus durchleuchten [zu] lassen“; Neue Zürcher Zeitung (Internationale Ausgabe) v. 21. 2. 2020, S. 2: „In Kürze“.

Dass die ausgebürgerten oder auch „nur“ vertriebenen Rechtsanwälte⁸¹ insgesamt in der Anwaltschaft nach 1945 willkommen gewesen wären, dafür bietet die Dokumentation nur wenige Belege. In diesem Kontext ist ein Schreiben des Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Berlin, Dr. Kurt Wergin, ein ebenso ungewöhnliches wie berührendes Zeugnis. Nach einem Treffen mit Theodor Liebknecht dankte Wergin seinem „lieben Herrn Kollegen“ am 1. Dezember 1947 „herzlich für seinen Besuch in Berlin“ und fügte hinzu: „Wir werden uns freuen, wenn Sie uns Ihren Entschluss zur Rückkehr mitteilen werden.“ Aus der Schweiz zurückgekehrt, konnte der Siebenundsiebzigjährige seinen „Entschluss zur Rückkehr“ nicht mehr mitteilen. Am 6. Januar 1948 verstarb Liebknecht in Brome-Alten-dorf im Kreis Gifhorn. Wie alle anderen Rückkehrer hätte er nach Verabschiedung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland „als nicht ausgebürgert“ gegolten. Der biographische „Makel“ war damit für viele nicht aus der Welt: Die Ausbürgerung war weiterhin im Melderegister⁸² und seit 1938 im Strafregister als untilgbar vermerkt. Eine Nachprüfung der Strafregister und Herausstreichung der Ausbürgerungsvermerke ist nach 1945 nicht allgemein erfolgt. Eine Ausnahme stellt Württemberg-Hohenzollern dar, wo Carlo Schmid als stellvertretender Staatspräsident und Justizminister eine entsprechende Bereinigung veranlasst hat.⁸³ In vielen Entschädigungsakten ausgebürgerter Berliner Rechtsanwälte finden sich daher noch entsprechende Strafregisterauszüge.

Eine Wiedergabe aller ermittelten Falldaten hätte – auch nur auszugsweise – jedes „Maß“ gesprengt und ist – vom Einzelfall abgesehen – weder für die Darstellung der *Ausbürgerung* als Strafmaßnahme noch für das Andenken an das Schicksal der nach 1933 aus Deutschland vertriebenen Rechtsanwälte erforderlich.⁸⁴ Zudem ist fraglich, ob alle „Betroffenen“, sofern sie noch hätten befragt werden können, dazu ihre Zustimmung gegeben hätten. Nicht alle ausgebürgerten Rechtsanwälte waren Personen der Zeitgeschichte, aber allen hat die „Zeitgeschichte“ übel mitgespielt. Sie hat „eine neue Gattung von Menschen geschaffen“, wie Hannah Arendt in einem ihrer ersten englischsprachigen Texte 1943 schrieb: „Menschen, die von ihren Feinden ins Konzentrationslager und von ihren Freunden ins Internierungslager gesteckt werden“⁸⁵. Zu dieser „neuen Gattung von Menschen“ zählten auch die durch ihre Ausbürgerung staatenlos gewordenen Emigranten. H. Arendt und viele der aus Deutschland vertriebenen Rechtsanwälte wurden nicht aufgrund des Gesetzes vom 14. Juli 1933 ausgebürgert. So geriet auch der später als Maler und Schriftsteller bekannt gewordene Stuttgarter Rechtsanwalt Manfred Uhlmann nicht in das Mahlwerk der Ausbürgerungsbürokratie. Im Fall Uhlmann hatte offenbar nicht einmal das offenkundige politische Engagement des *jüdischen* Anwalts die Ausbürgerungsmaschine-

⁸¹ Krach, 2008; allgemein Jordan, 1997; der von Irmela von der Lühe [u. a.] hg. Sammelband „Auch in Deutschland waren wir nicht wirklich zu Hause“. Jüdische Remigration nach 1945 (Göttingen 2008) enthält u. a. Beiträge über Unternehmer (Martin Münzel, S. 144–168), „Vergessene Historiker“ (Michael Brenner, S. 207–222), Architekten (Anna Minta/Bernd Nicolai, S. 313–338) und ein Porträt des späteren politischen Wissenschaftlers Ossip K. Flechtheim (Mario Kessler, S. 247–273).

⁸² Siehe z. B. Albert Rosenfelder; vgl. auch die Mitteilung der Gestapo Chemnitz vom 16. 9. 1936 an den Ersten Bürgermeister – Polizeiamt – zu Annaberg: *Ich bitte, das Melderegister entsprechend zu berichtigen*; Diamant, 1999, S. 175.

⁸³ Boberach, [1999], S. 174.

⁸⁴ Frank Schale [u. a.] (Hg.), *Intellektuelle Emigration. Zur Aktualität eines historischen Phänomens*. Festgabe für Alfons Söllner, Wiesbaden 2012, S. V: „Emigrationsforschung bedeutet zunächst das Bewahren der Erinnerung der im nationalsozialistischen Deutschland Verfolgten sowie das Andenken an ihr Schicksal.“

⁸⁵ *Wir Flüchtlinge (We Refugees)*, in: *Menorah Journal*, Jan. 1943, S. 66–77), in: H. Arendt, *Zur Zeit. Politische Essays*, hg. v. Marie Luise Knott, Berlin 1986, S. 7–21, 9.

IV. „Ich habe die Ehre, auf der Liste dieser Ausgebürgerten zu stehen“

rie in Bewegung gesetzt.⁸⁶ Otto Kirchheimer⁸⁷ und andere noch ebenso wenig profilierte Anwaltpersönlichkeiten wurden dagegen ausgebürgert. Für die von dieser Strafmaßnahme unmittelbar oder auch nur mittelbar „Betroffenen“ führt die Spur schicksalhafter Verquickung von „Geschichte und Leben“⁸⁸ zurück in das Schattenreich der Ausbürgerungsakten. Viele „Fälle“ wurden nicht abgeschlossen. Aber auch diese „Vorgänge“ haben ihren Niederschlag in den Akten gefunden. Auf die Gründe der Nichtausbürgerung etwa der früheren Reichstagsabgeordneten Ernst Reuter und Fritz Baade wurde an anderer Stelle bereits verwiesen.

Dass die *Ausbürgerung* – vom staatspolizeilichen Vorlauf bis zum Vollzug – im Einzelfall nahezu minutiös „rekonstruiert“ werden kann, ist der ordentlichen Aktenführung und -verwaltung des Auswärtigen Amts zu verdanken: Jede Akte belegt Verwaltungshandeln. Die Ausstoßung so vieler Emigranten aus dem „Volkskörper“ war nicht allein das Werk vielfach junger Gestapo-Juristen. Die rechtsförmige Vollstreckung des staatlichen Unrechts war an die Zustimmung des Amts gebunden. Jedes dieser Testate trägt die Unterschrift eines Diplomaten. Die Unterschrift des Reichsministers des Auswärtigen, mit dessen Einvernehmen der Reichsminister des Innern die Ausbürgerungen vollzog und bekanntmachte, steht unter keiner der 359 Ausbürgerungslisten. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, überließ auch der Innenminister dieses Geschäft seinen Beamten.

Die biographische Dokumentation ist das Ergebnis *einer* Spurensuche. Sie erinnert an das Schicksal von 610 Juristen. Aus ihrem Beruf hatte man die *jüdischen Anwälte* seit 1933 nach und nach ausgeschaltet. Viele von ihnen *wanderten* aus: vertrieben aus dem Land, für das viele als *Frontkämpfer* ihr Leben eingesetzt hatten. Als „Deutsche“, die sie nicht länger sein durften, haben einzelne jüdische wie nicht jüdische Emigranten den mit dieser *Maßnahme* verbundenen Verlust von Heimat und Vaterland⁸⁹ beklagt. Wann und wie die vielen jüdischen Emigranten vom Verlust ihrer deutschen Staatsangehörigkeit erfahren haben und wie sie diese weitere Ausgrenzung empfunden haben, steht nicht in den Akten.

Wie tausende Emigranten wurden auch hunderte Rechtsanwälte ausgebürgert, „ausgespien für alle Zeiten“⁹⁰. Durch die förmliche *Ausbürgerung* geächtet und an den Pranger

⁸⁶ Fred Uhlman, *The making of an Englishman*, London 1960; ders., 1992, S. 88: „Ich war der sozialdemokratischen Partei beigetreten, der einzigen Partei, der ich aus Überzeugung beitreten konnte. [...] Nur wenige Rechtsanwälte waren Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und, soweit ich mich erinnern kann, nur ein Richter. Um 1932 war ich Vorsitzender, Schriftführer, Schatzmeister und eines der beiden einzigen Mitglieder des Verbandes sozialdemokratischer Rechtsanwälte in Württemberg.“

⁸⁷ Claus-Dieter Krohn, *Bürgerrechte, Flüchtlinge, Staatenlosigkeit und Asyl in Europa und in den Vereinigten Staaten von Amerika*, in: *Exilforschung* 36 (2019), S. 35–52, 47.

⁸⁸ Gernot Böhme, *Lebensgestalt und Zeitgeschichte*, in: *BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History* Heft 2 (1990), S. 136–150, 146.

⁸⁹ Erik Lindner (*Patriotismus deutscher Juden von der napoleonischen Ära bis zum Kaiserreich. Zwischen korporativem Loyalismus und individueller deutsch-jüdischer Identität*, Frankfurt/Main 1995, S. 355) hat eine Äußerung von Gabriel Riesser zitiert, in der dieser in der Emanzipationsdebatte „anti-jüdischen Kritikern entgegen: „...wenn aber der Deutsche uns Deutsche fremd nennen dürfte, so wären wir ohne Heimath und ohne Vaterland“ (Verteidigung der bürgerlichen Gleichstellung, 1831, S. 36). „Ein Jahrhundert später“, so Lindner, „wurde daraus Wirklichkeit“, eine Wirklichkeit, die sich auch in der Familiengeschichte Riesser widerspiegelt: Jacob Rießer, Doktor der Rechte wie sein Onkel Gabriel Riesser, starb 1932. Die beiden Söhne des Bankiers und langjährigen liberalen Vizepräsidenten des Reichstags konnten nach 1933 emigrieren, blieben von der individuellem Ausbürgerung aber verschont. Die 86jährige Witwe wurde 1944 aus Berlin nach Theresienstadt deportiert. „Riesser, Jakob“ in: *Hessische Biografie*: www.lagis-hessen.de/pnd/11654533x (Stand: 17.11.2019).

⁹⁰ Einer der „Ausgespienen“, der von seiner Ausbürgerung bis zum Ende des NS-Regimes und mutmaßlich auch später nie etwas erfahren haben dürfte, zitierte im September 1991 in seiner Eröffnungsrede auf

gestellt, verfiel das Vermögen der Ausgebürgerten dem Reich. Den promovierten Rechtsanwälten wurde wie allen durch die Ausbürgerung staatenlos gewordenen, promovierten Akademikern der Doktorgrad geraubt. Wie die meisten der aus dem „Volkskörper“ Ausgestoßenen wurden sie Opfer des alles durchdringenden NS-Rassenwahns, des Judenhasse. Die in den Ausbürgerungsakten eingeschlossenen „Fallgeschichten“⁹¹ geben davon Zeugnis. Sie werfen aber auch Licht auf die aus „politischen“ Gründen ausgebürgerten Rechtsanwälte. In vielen Fällen verquickte die Gestapo „politische“ und „rassische“ *Tatsachen*, um den Ausbürgerungsantrag zu begründen.

Im Spiegel oder Zerspiegel der Akten werden 100 „Fälle“ des von der Strafexpatriation betroffenen *Berufsstandes* dokumentiert. Korrespondierend vermittelt der Biographische Index für alle weiteren bei der Spurensuche „erfassten“ Rechtsanwälte bio-bibliographische Kerndaten, in jedem Einzelfall aber den Befundnachweis zur *Ausbürgerung* und zur *Entziehung* des Doktorgrads. Im „mörderischen Zusammenhang“ mag die Aberkennung akademischer Titel und Würden „fast wie eine Marginalie, wie eine Art universitärer Boshaftigkeit, nicht aber als Katastrophe“ wirken. Tatsächlich war sie Glied einer bis zur Shoah reichenden „Kette“.⁹² Durch ihre Flucht dem „mörderischen Reich des Unrechts“ (Bernd Rüthers⁹³) entkommen, blieben die emigrierten *Staats- und Volksfeinde* stets im Visier der Gestapo und der Diplomaten. Mit der Ausweitung des deutschen Herrschaftsbereichs wurde das zunächst rettende europäische Exil auch für dort gestrandete jüdische Rechtsanwälte zur tödlichen Falle.

dem Bonner Symposium über den „Einfluß deutscher Emigranten auf die Rechtsentwicklung in den USA und Deutschland“ diesen „Satz“ von Carl Schmitt vom 18. Mai 1933; Lutter/Stiefel/Hoeflich (Ernst C. → Stiefel), 1993, S. 2 u. 553 (Marcus Lutter: „Kein Satz trifft uns, die Generation der Söhne und Enkel der Betroffenen härter“).

⁹¹ „Die Fallgeschichte wird, wo beschädigtes Leben die Regel ist zum dominanten Typ von Biographie überhaupt.“ G. Böhme, s. Anm. 80, S. 148; Vormbaum, 1999, S. 121–139, 132 („Juristen-Leben“).

⁹² Michael Stolleis, Ent-Rechtung durch Recht, in: FSU, Unrecht, [2016], S. 22–35, 22.

⁹³ Rüthers, 1988, S. 2836.



Abb. 7: Exlibris (Künstler: Hans Frank, o.J., Radierung); weitere Exlibris von Karl Bauer: „Mein Buch Valentin Rosenfeld“ mit einem Porträt von August Strindberg (1908) und „Mein Buch · V R“ mit dem Schriftzug „Ich hasse die lesenden Müßiggänger“ unter dem Porträt von Friedrich Nietzsche (1910).

Die Staatspolizeileitstelle Wien (Dr. Ebner) beantragte am 2. 4. 1941 beim RSHA (Referat IA 11) die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit; dem Antrag des RFSS v. 16. 9. 1941 zur Ausbürgerung von Dr. jur. (Wien 1910) Valentin Viktor Rosenfeld (*1886) sowie der Ausbürgerung seiner Ehefrau und der beiden Kinder stimmte das Auswärtige Amt (Rademacher) am 23. 9. 1941 zu; PA/AA, R100031; Advokaten 1938, 2010, S. 287f.; die Ausbürgerung – bei Hepp nicht dokumentiert – wurde mutmaßlich nicht vollzogen und erübrigte sich nach Erlass der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941. Die Universität Wien, die V. Rosenfeld „als Jude“ am 22. 7. 1943 deproviert hatte, erneuerte 1955 den entzogenen akademischen Grad; Rosenfeld starb 1970 in Barnet/England; Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der Universität Wien 1938: <https://gedenkbuch-univie.ac.at>.

Anhang

„Ein Jude verliert die deutsche Staatsangehörigkeit“

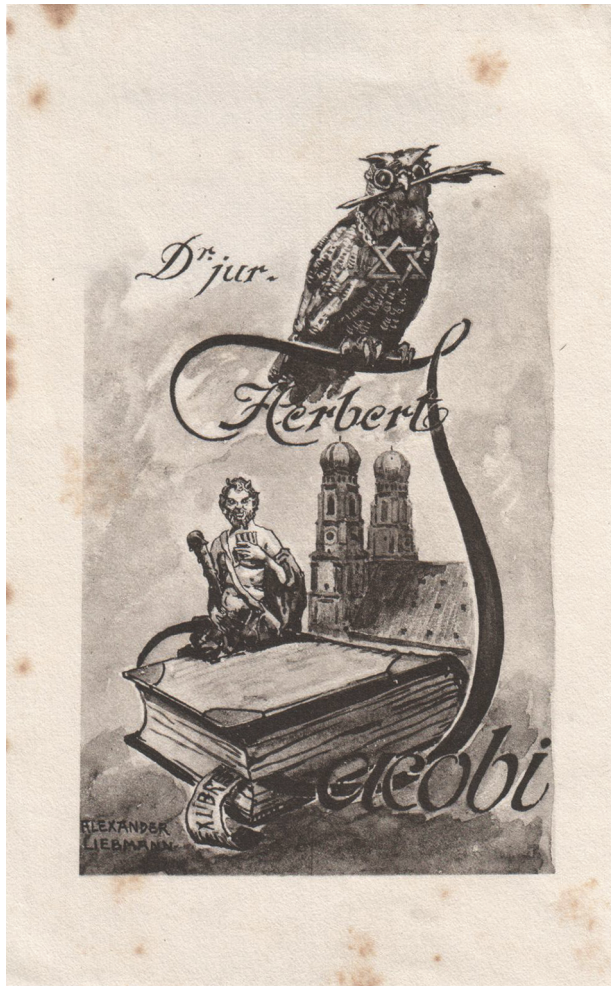


Abb. 8: Exlibris (Künstler: Alexander Liebmann, o.J., Lichtdruck),
Eigner: Dr. jur. Herbert Jacobi (*1878);
Rechtsanwalt und Notar in München, 1943 nach Auschwitz deportiert.

A. Gesetze¹, Verordnungen, Erlasse und andere Dokumente

I. Ausbürgerung

Dok. I, 1

14. 7. 1933: Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit (Abb. 1)

Q RGL. I, S. 480.

22. 7. 1934: Reichsministers des Innern an die Regierungen der Länder und an das Auswärtige Amt, Rundschreiben betr. Einreichung von Vorschlägen zur Ausbürgerung von Emigranten

Q PA/AA, R III, Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der Staatsangehörigkeit, Einzelfälle, Bd. 1; zit. nach Lehmann, 1976, S. 54 m. Anm. 22 S. 304.

Dok. I, 2

26. 7. 1933: [1.] Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit

Q RGL. I, S. 538.

Dok. I, 3

24. 3. 1934: Reichsministers des Innern an die Regierungen der Länder, Rundschreiben (Auszug)

Q Hübinger, 1974, S. 413 f. (Datum im AA handschr. geändert: 9. 3. 1934; nach: PA/AA, Inland II A/B, Ausbürgerungen 2. Liste A-G)

Auf mein Rundschreiben vom 22. Juli 1933 [...] sind mir zahlreiche Vorschläge [...] zugegangen, von denen nur ein verhältnismäßig geringer Teil berücksichtigt werden konnte.

Im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt ersuche ich ergebenst, bei derartigen Vorschlägen künftig folgende Grundsätze zu berücksichtigen:

Die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit nach § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 ist als schwere entehrende Strafe aufzufassen und als solche nicht mit der Maßnahme des Widerrufs der Einbürgerung [...] auf die gleiche Stufe zu stellen. Sie soll daher nur gegen diejenigen ausgesprochen werden, die sich besonders schwer gegen die Volksgemeinschaft vergangen haben. Auch wegen des Eindrucks, den die Aberkennung der Staatsangehörigkeit auf die Öffentlichkeit machen soll, ist es geboten, die Schärfe dieser Waffe nicht durch allzu häufigen Gebrauch abzunutzen. Durch Massenausbürgerungen würde der Gesamteindruck und damit auch der Erfolg nur beeinträchtigt werden.

Die Bestimmung zur § 2 der Durchführungsverordnung vom 26. Juli 1933 [Dok. I,2] läßt erkennen, daß vornehmlich diejenigen getroffen werden sollen, die in politischer Hinsicht als Schädlinge hervorgetreten sind, wobei die Strafe wiederum jenen Persönlichkeiten besonders zukommt die gerade ihren Einfluß oder ihren Beruf dazu mißbraucht haben, um in der Öffentlichkeit durch Wort und Schrift gegen das neue Deutschland zu hetzen. Die kleinen, in weiteren Kreisen unbekanntem Übeltäter würden nur in wirklich schwerwiegenden Fällen zu treffen sein. Die Vergeltung anderer Vergehen, die nicht auf politischem Gebiet liegen, muß den Strafverfolgungsbehörden überlassen bleiben, es sei

¹ RGL. (Reichsgesetzblatt): Online u. a. http://alex.onb.ac.at/gesetze_drab_fs.htm.

denn, daß es sich um Delikte handelt, die aus dem gewöhnlichen Rahmen herausfallen und in beträchtlichem Maße zur Schädigung der Allgemeinheit beigetragen haben.

Wenn es im übrigen auch grundsätzlich für die Frage der Aberkennungsmöglichkeit nicht entscheidend ist, in welcher Zeit das gegen die Treupflicht verstoßende Verhalten liegt, so sind doch vorwiegend jene Unverbesserlichen zu bestrafen, die nach dem 30. Januar 1933 nicht nachgelassen haben, das deutsche Ansehen im Ausland herabzuwürdigen.

10. 7. 1935: Änderung des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit

Q RGBl. I, S. 1915.

11. 2. 1937: Gestapa – II B 3 Allg. 257 E, Erlass betr. Bearbeitung der Vorgänge betr. Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit

Q Nachweis: BArch, BArch, 58/1078, Bl. 76 (Behandlung der nicht jüdischen Emigranten, lfd. Nr. 25).

Dok. I, 4

30. 3. 1937: Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern – S – PP (II B) 2986/37 (In Vertretung gez. Heydrich) an das Geheime Staatspolizeiamt, Erlass

Q BArch, R 58/62, Bl. 1–4, beglaubigte Abschrift; Druck: Lehmann, 1976, S. 287 f. („Geheim“, nach PA/AA, Handakten Heinrich).

Betrifft: Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit gem. § 2 des Ges. vom 14. 7. 1933 [...]

Ich ersuche, künftighin bei Ausbürgerungsvorschlägen folgende Grundsätze zu berücksichtigen:

In erster Linie kommen für eine Ausbürgerung nach wie vor diejenigen Personen in Betracht, die im Auslande durch eine nachgewiesene staatsfeindliche Betätigung die deutschen Belange schädigen. Soweit es sich um deutschblütige Emigranten handelt, muß, entsprechend den bisherigen Richtlinien, verlangt werden, daß sich das staatsfeindliche Verhalten unter besonders erschwerenden Umständen abgespielt hat. Es besteht hier kein Bedürfnis, die Maßnahme der Ausbürgerung bei dem größeren Kreis der kleinen Gelegenheits Sünder in Anwendung zu bringen, dem eine politische Bedeutung nicht zukommt. Bei den Spitzenfunktionären der ehem. KPD, SPD und der ihnen angeschlossenen Organisationen (Reichstagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete usw.) kann grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß deren Auslandsaufenthalt einer deutschfeindlichen Betätigung dient. Bei diesem Personenkreis braucht also die deutschfeindliche Betätigung im Auslande nicht erst ausdrücklich festgestellt zu werden, vielmehr genügt bei ihnen bereits die Tatsache des Aufenthalts im Auslande, um gegen sie das Verfahren auf Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit einzuleiten.

Den weitaus größten Block innerhalb der deutschen Emigranten stellen die Juden dar. Unter ihnen befinden sich wiederum zahlreiche Elemente, denen zwar eine aktive deutschfeindliche Betätigung im Auslande nicht nachweisbar ist, die jedoch bereits vor ihrer Emigration durch ihr Verhalten im Inlande ihre staats- und volksfeindliche Einstellung unter Beweis gestellt haben. Es ist geboten, nunmehr auch gegen diesen Personenkreis mit größerer Schärfe als bisher im Wege der Ausbürgerung vorzugehen.

I. Ausbürgerung

Hierzu gehören zunächst diejenigen jüdischen Emigranten, die sich durch rassenschänderische Betätigung einen schweren Verstoß gegen die Grundidee des Nationalsozialismus haben zuschulden kommen lassen.

Ferner sind als unverbesserliche Gegner des Nationalsozialismus alle Juden anzusehen, die auch ohne Funktionäre gewesen zu sein, der KPD und der SPD sowie deren Nebenorganisationen angehört haben, sowie Juden, die zwar nicht Mitglied marxistischer Parteien und Organisationen gewesen sind, jedoch deren Ziele durch Gewährung finanzieller Unterstützung oder auf sonstige Weise gefördert haben. Es kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß diese Juden auf Grund ihrer früheren Betätigung für die marxistischen Organisationen sich auch jetzt noch im Auslande deutschfeindlich betätigen.

In die Gruppe der Volksfeinde sind weiterhin diejenigen jüdischen Emigranten einzubeziehen, die durch ein typisch-jüdisches volksschädigendes Verhalten in Erscheinung getreten sind, das nicht unmittelbar auf politische Beweggründe zurückzuführen ist. Ein solches volksschädigendes Verhalten liegt insbesondere bei Verstößen gegen die Devisen- und Steuergesetze vor, sowie bei sonstigen Straftaten, die aus jüdischer Gewinnsucht begangen wurden wie z. B. betrügerischer Bankrott, Betrug, Erpressung, gewinnsüchtige Urkundenfälschung usw. Eine Aberkennung der Reichsangehörigkeit wird sowohl dann am Platze sein, wenn bereits eine strafrechtliche Ahndung dieser Straftaten erfolgt ist als auch in den Fällen, in denen sich der Täter durch Auswanderung oder Flucht ins Ausland der Strafverfolgung entzogen hat.

Darüber hinaus liegt auch ein volksschädigendes Verhalten in allen denjenigen Fällen vor, in denen der jüdische Emigrant durch seine wirtschaftliche Betätigung z. B. durch Verschiebung von Kapitalien, durch eine die Volkswirtschaft schädigende Verlegung seines Geschäftsbetriebes in das Ausland, durch Abwanderung unter Hinterlassung von Schulden, insbesondere an Reichs-, Landes-, Gemeindesteuern und sonstigen öffentlichen Abgaben der Gemeinschaft Schaden zugefügt hat.

Ich ersuche, künftig nach diesen Gesichtspunkten zu verfahren.

Dok. I, 5

12. 4. 1937: Geheime Staatspolizei/Geheimes Staatspolizeiamt – II B 3 Allgem. 342 (gez. Heydrich), Runderlass an alle Staatspolizeileitstellen und Staatspolizeistellen im Reich, nachrichtlich an alle Herren Ober- und Regierungspräsidenten in Preußen

Q BArch, R 58/62, Bl. 5–8.

Betrifft: Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit gem. § 2 des Ges. v. 14. 7. 33 [...]

In der Anlage übersende ich Abschrift des Erlasses [...; Dok. I,4] zur gefl. Kenntnis. Ich ersuche über Personen, auf die die in diesem Erlaß enthaltenen Richtlinien Anwendung finden, Ausbürgerungsvorschläge in 5-facher Ausfertigung nach hier zu übersenden. In diesen Vorschlägen ist insbesondere über folgende Punkte zu berichten:

1. Staatsangehörigkeit,
2. Rassezugehörigkeit, (zum mindesten Konfession der Eltern und Großeltern),
3. Lebenslauf (kurze Darstellung),
4. politische Betätigung vor und nach der nationalsozialistischen Erhebung. Hierbei ist unter genauer Angabe der früheren Parteizugehörigkeit insbesondere auf etwa ausgeübte Funktionen und etwaige schriftstellerische oder rednerische Tätigkeit unter Berücksichtigung evtl. vorhandener Vorstrafen wegen politischer Vergehen einzugehen,

- falls ein Hoch- oder Landesverratsverfahren schwebt, ist auch der Akteninhalt, insbesondere Stand oder Ausgang des Verfahrens kurz, aber erschöpfend wiederzugeben.
5. Vorstrafen und schwebende Strafverfahren wegen krimineller Vergehen,
 6. Angabe, ob noch Vermögenswerte im Inland vorhanden sind,
 7. Personalien, Rassezugehörigkeit, Konfession, politische Einstellung und jetziger Aufenthaltsort der Ehefrau und etwa aus der Ehe hervorgegangene oder am Kindes Statt angenommene Kinder. Falls die Ehefrau sich nicht mehr im Inlande aufhält, ist zu prüfen, ob sie bis zur Auswanderung des Ehemannes mit diesem einen gemeinsamen Hausstand geführt hat oder ob sie inzwischen von ihm geschieden ist. Lebt die Ehefrau noch im Inlande, so ist in geeigneter Weise festzustellen, ob sie mit ihrem Ehemann noch in Verbindung steht.

Sofern bei Juden und Mischlingen I. Grades die Ausbürgerung wegen ihres wirtschaftsschädigenden Verhaltens erfolgen soll, ist insbesondere über ihre wirtschaftliche Betätigung vor und nach der nationalsozialistischen Erhebung sowie über etwa hinterlassene Schulden und Steuerrückstände zu berichten. Bei typisch jüdischen Delikten, wie sie in dem eingangs genannten Erlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern aufgeführt sind, ist der genaue Tatbestand wiederzugeben.

Ergibt sich bei Bearbeitung der Anträge auf Erteilung bzw. Verlängerung eines Reisepasses oder Heimatscheines (vergl. insbesondere die Runderl. vom 21. 8. 1936 – II 1 B 2 Allgem. A 15v/36 E – und 16. 10. 1936 – II 1 B 2 – 1953/36 g-), daß nach den beigegeführten Richtlinien die Voraussetzungen für die Einleitung eines Ausbürgerungsverfahrens gegeben sind, so ist im Nachgang zu den Stellungnahmen zu den Paß- bzw. Heimatschein-Anträgen ohne besondere Aufforderung ein Ausbürgerungsantrag in 5-facher Ausfertigung einzureichen. In gleicher Weise ist bei dem gen. Erlaß vom 17. 3. 1937 – II B 3 Allgem 171 E III Ang. – vorzulegenden Berichten über erfolgte Auswanderung zu verfahren, sofern es sich bei den ausgewanderten Personen um Juden handelt.

Die auf Grund des Ermittlungsergebnisses beabsichtigte Einleitung eines Ausbürgerungsverfahrens ist in den Berichten über Paßanträge und erfolgte Abwanderung kurz zum Ausdruck zu bringen.

Da ich beabsichtige, die von den Staatspolizeistellen eingereichten Ausbürgerungsvorschläge an den Herrn Reichs- und Preußischen Minister des Innern zur Entscheidung weiterzuleiten, ersuche ich, die erforderliche Feststellung mit besonderer Sorgfalt zu treffen.

Der Erlaß ist zur Weitergabe an die Kreis- und Ortspolizeibehörden nicht bestimmt.

Dok. I, 6

7. 7. 1937: Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern – S-PP (II B 3) 2986/37 (Im Auftrage: gez. Müller), Erlass an das Geheime Staatspolizeiamt, abschriftlich am 12. Juli allen Staatspolizeileitstellen und Staatspolizeistellen im Reich sowie nachrichtlich den Ober- und Regierungspräsidenten in Preußen mit dem Hinweis übersandt: *Der Erlass ist zur Weitergabe an die Kreis- und Ortspolizeibehörden nicht bestimmt.*

Q BArch, R 58/62, Bl. 10.

Betreff: Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit [...].

Bezug: Mein Erlaß vom 30. 3. 1937 [Dok. I, 4].

Bezug: Ohne.

I. Ausbürgerung

Im Hinblick auf die schwerwiegende Bedeutung der Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit und die damit verbundenen rechtlichen Folgen für den Ausgebürgerten ist es unerlässlich, dass dem Ausbürgerungsvorschläge beweiskräftige Unterlagen für die frühere staatsfeindliche Tätigkeit bezw. Einstellung des Auszubürgernden vor der Machtübernahme im Sinne meines vorbezeichneten Runderlasses zu Grunde liegen. Lediglich der Verdacht, sich staatsfeindlich betätigt bezw. staatsfeindlich eingestellten Personen und Organisationen nahe gestanden zu haben, ist nicht als ausreichende Unterlage [sic] zur Durchführung eines Verfahrens auf Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit gem. § 2 a. a. O. anzusehen.

Dok. I, 7

5. 11. 1937: Gesetz über erbrechtliche Beschränkungen wegen gemeinschaftswidrigen Verhaltens
Q RGBl. I, S. 1161.

Dok. I, 8

11. 1. 1938: Geheime Staatspolizei/Geheimes Staatspolizeiamt (II B 3 – 155/38 g; gez. Heydrich; beglaubigt), Runderlass an alle Staatspolizeileitstellen und Staatspolizeistellen in Preussen, nachrichtlich a) den Herren Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten in Preussen, b) den Innenministerien der Länder ausser Preussen

Q BArch, R 58/62, Bl. 13–19.

Betrifft: Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit [...].

Bezug: Runderlass vom 12. 4. 1937 – II B 3 Allgem. 342 E. [Dok. I, 5]

1) Nach Absatz 6 des Runderlasses des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 30. 3. 1937 (S-PT (II B) 2986/37) ist eine Ausbürgerung von Juden am Platze, wenn sie die Ziele marxistischer Parteien und Organisationen, auch ohne deren Mitglied gewesen zu sein, durch Gewährung finanzieller Unterstützung oder auf sonstige Weise gefördert haben. Ergänzend weise ich darauf hin, dass eine Unterstützung in diesem Sinne auch in dem Bezug parteigebundener, marxistischer Presseorgane oder in einer systematisch betriebenen Mundpropaganda zu erblicken ist. Auch die Zugehörigkeit von Juden zu Organisationen, die für staatsfeindlich erklärt und aufgelöst worden sind, insbesondere zu dem Unabhängigen Orden Bne Briss (UOBB), erfüllt die Voraussetzungen zur Einleitung eines Verfahrens auf Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit. Ebenso sind die Voraussetzungen zur Einleitung eines Verfahrens auf Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit bei denjenigen Emigranten gegeben, die der Internationalen Bibelforscher-Vereinigung und der Sekte „Siebenter-Tags-Adventisten“ (Reformbewegung) angehört haben, und zwar auch dann, wenn sie deutschblütig sind und weitere Anhaltspunkte für eine deutschfeindliche Tätigkeit im Auslande nicht vorhanden sind.

2) Die von einigen Staatspolizeistellen gewählte Fassung der Ausbürgerungsvorschläge beruht auf einer missverständlichen Auslegung meines Erlasses vom 12. 4. 1937 – II B 3 Allgem., 342 E [Dok. I, 6]. In diesem Erlass sind lediglich Richtlinien für eine möglichst vollständige Berichterstattung gegeben worden, die weitere Rückfragen ausschließen soll. Es ist nicht angängig, in den Ausbürgerungsvorschlägen auf die einzelnen Ziffern dieser Richtlinien Bezug zu nehmen. Die Berichte werden den übrigen, an dem Ausbürgerungsverfahren beteiligten Stellen (Abteilung I des Reichs- und Preussischen Ministe-

riums des Innern, Auswärtiges Amt, Deutsche Vertretungen im Auslande) zugeleitet, denen der vorgenannte Erlass und die Bedeutung der Ziffern 1–7) nicht bekannt ist.

Die Berichte sind unter Vermeidung weitläufiger Ausführungen auf die Darstellung des Sachverhalts zu beschränken, der für die Ausbürgerungsverfahren von wesentlicher Bedeutung ist. Über den Lebenslauf der auszubürgernden Personen ist nur insoweit zu berichten, als dies zur Feststellung der staatsfeindlichen Tätigkeit erforderlich ist. Bei Juden genügt daher z. B. die Angabe der politischen oder wirtschaftspolitischen Tätigkeit, des Zeitpunktes und des Grundes der etwaigen Bestrafung (mit Strafmass) und des Zeitpunktes der Auswanderung aus dem Reichsgebiet.

Bei der Erörterung der Abstammungsverhältnisse genügt die Feststellung der Rassezugehörigkeit. In der Regel sind daher Angaben im einzelnen über die Vorfahren des Auszubürgernden nicht erforderlich. Unter Angleichung an die in den Nürnberger Gesetzen festgelegten Begriffe ist der Auszubürgernde entweder als deutschblütig, Mischling I. oder II. Grades, oder als Jude zu bezeichnen, nicht aber als „Arier“, „Halbjuden“ oder „Volljude“ oder dergleichen.

Den auszubürgernden Inhabern akademischer Grade wird bestimmungsgemäss der Dokortitel von der Hochschule entzogen, die ihn verliehen hat. Daher ist [sic] die verleihende Universität und Fakultät sowie der Zeitpunkt der Promotion möglichst genau anzugeben.

Eine Angabe von Dienststellen, von denen die der Berichterstattung zugrunde liegenden Unterlagen stammen, ist zu vermeiden. Insbesondere ist eine Postüberwachung als Nachrichtenquelle in dem Ausbürgerungsvorschlag nicht zu erwähnen. In solchen Fällen ist die Kenntnis des Materials auf „erfasste Briefe“ zurückzuführen. Wenn es erforderlich ist, derartige Briefe dem Ausbürgerungsvorschlag zur Begründung beizufügen, so sind sie nicht in Fotokopie, sondern in Abschrift einzureichen.

3) Einige Staatspolizeistellen haben wegen der Durchführung der Massnahmen zur Sicherstellung des Vermögens vor erfolgter Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit Rückfragen gehalten. Hierzu ist folgendes zu bemerken:

Nach § 2 des Gesetzes vom 14. 7. 1933 (RGBl. I S. 480 ff.) kann bei der Einleitung des Verfahrens auf Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit das Vermögen der auszubürgernden Personen beschlagnahmt und als dem Reich verfallen erklärt werden. Nach Nr. 2 der Durchführungsverordnung vom 25. 7. 1933 (RGBl. I S. 538; Dok. I, 3) zu § 2 aaO. werden jedoch die Beschlagnahme und die Verfallerklärung erst mit dem Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger wirksam. Die Veröffentlichung der Vermögensbeschlagnahme erfolgt durchweg gleichzeitig mit der Bekanntmachung der Ausbürgerung im Deutschen Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger. Erst in diesem Zeitpunkt wird das mit der Durchführung der Vermögensbeschlagnahme und Verfallerklärung für das gesamte Reichsgebiet beauftragte Finanzamt Berlin-Moabit in Berlin NW 6 tätig.

Um aber schon vorher eine Verschiebung von Vermögenswerten zu verhindern, muss das Vermögen des Auszubürgernden bereits bei der Einleitung des Ausbürgerungsverfahrens vorläufig sichergestellt werden. Diese vorläufigen Massnahmen sind von der Geheimen Staatspolizei auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 (RGBl. I S. 83) durchzuführen und werden in jedem Einzelfall von hier aus besonders angeordnet.

Mit der Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit wird eine Beschlagnahme und Verfallerklärung grundsätzlich nur dann verbunden, wenn inländische Vermögenswerte entweder festgestellt worden sind oder auf Grund bestimmter Tatsachen zu vermuten sind. Aus diesem Grund ist in den Ausbürgerungsvorschlägen über die Ver-

I. Ausbürgerung

mögensverhältnisse des Auszubürgernden zu berichten. Es genügt jedoch regelmässig die Angabe, ob Vermögen vorhanden ist oder nicht. In gleicher Weise sind auch Vermögenswerte der Ehefrau und der Kinder des Auszubürgernden, auf die die Ausbürgerung erstreckt werden soll, zu erörtern. – Die zur Feststellung der vorhandenen Vermögenswerte erforderlichen Ermittlungen *sind in enger Zusammenarbeit mit den örtlich* zuständigen Finanzämtern zu führen. –

Bei jüdischen Emigranten können die Vermögensverhältnisse erfahrungsgemäss nicht immer mit der notwendigen Sicherheit ermittelt werden. Da hier regelmässig mit undurchsichtigen Vermögensverhältnissen zu rechnen ist. Bei ihnen wird daher in jedem Falle vorsorglich die Beschlagnahme des Vermögens beantragt, auch wenn im Augenblick inländisches Vermögen nicht festgestellt werden kann.

Der besseren Übersicht wegen ist im Eingang der Ausbürgerungsvorschläge der Betreff in folgender Form zu fassen:

„Betrifft: Aberkennung der deutschen Reichszugehörigkeit des
(Juden/deutschblütigen)
geboren am in
letzter inländischer Wohnsitz:
jetziger Aufenthalt:

Die Angaben über den letzten inländischen Wohnsitz und den jetzigen Aufenthaltsort des Auszubürgernden sind möglichst genau zu halten (Angabe des Ortsteils und der Strasse).

Falls eine Erstreckung der Ausbürgerung auf Familienangehörige beantragt wird, muss es in dem Betreff weiter heissen:

„und Erstreckung der Ausbürgerung auf

1. die Ehefrau
geboren am in
2. die Kinder
 - a)
geboren am in
 - b)

Von den 5 Berichtsausfertigungen können 4 als Abschriften eingereicht werden, die dann aber beglaubigt sein müssen.

3) Abschliessend weise ich darauf hin, dass einige Staatspolizeistellen bisher noch eine geringe Zahl von Ausbürgerungsanträgen vorgelegt haben. Ich erwarte, dass die Staatspolizeistellen und Staatspolizeistellen künftig in allen ihnen bekannten Fällen, in denen die Voraussetzungen eines Verfahrens auf Aberkennung der deutschen Reichszugehörigkeit gemäss den im Erlass des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 30. März 1937 – S-PP (II B) 2986/37 [Dok. I, 5] – niedergelegten Richtlinien gegeben sind, von sich aus Ausbürgerungsvorschläge einreichen, ohne erst eine Aufforderung im Einzelfall von hier abzuwarten. Der Erlass ist zur Weitergabe an die Orts- und Kreispolizeibehörden nicht bestimmt.

Zusatz a) für die früheren preussischen Staatspolizeistellen:

Der Runderlass vom 15. Mai 1934 – II 1 B 2 264/3 A/31/34 – wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Zusatz b) für die Staatspolizeistelle in Frankfurt/Main.

Zum Bericht vom 6. November 1937 – II B 3 3038/37 – im Nachgang zum FS-Erlass vom 4. Dezember 1937 – II B 3 Allgem. 342 E –.

A. Gesetze, Verordnungen, Erlasse und andere Dokumente

17.2. 1938: Gestapa – 155/38 g II Ang., Erlass betr. Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit

Q BArch, 58/1078, Bl. 77 (Behandlung der nicht jüdischen Emigranten, lfd. Nr. 30; handschr. Ergänzung: „eingeschränkt“), Nachweis.

31. 5. 1938: Gestapa – II B 3 – Allg. 342 g II Ang, Erlass betr. Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit

Q BArch, R 58/62, Bl. 77 (Behandlung der nicht jüdischen Emigranten, lfd. Nr. 31), Nachweis.

24. 10. 1939: Runderlass des Reichswirtschaftsministeriums: Beschlagnahme und Verfallerklärung von Vermögenswerten im Ausbürgerungsverfahren

Q Walk, 1981, S. 307 (27): RStBl, S. 1084; Nachweis.

Dok. I, 9

8. 5. 1940: Reichssicherheitshauptamt (I A 11 Allgem. 1450/40; In Vertretung: gez. Dr. Best; beglaubigt), Runderlass an alle Staatspolizei(leit)stellen mit Ausnahme der Staatspolizei(leit)stellen Graudenz, Bromberg, Posen, Hohensalza, Litzmannstadt. Nachrichtlich an a) die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD, b) die Staatspolizei(leit)stellen Graudenz, Bromberg, Posen, Hohensalza, Litzmannstadt, c) den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in P r a g, d) die SD.(Leit)-Abschnitte.

Q BArch, R 58/62, Bl. 21–22v.

Betreff: Aberkennung der Staatsangehörigkeit gemäß Gesetz vom 14. 7. 1933. Hier: beschleunigte Bearbeitung kriegswichtiger Fälle und Vereinfachung des Verfahrens.

Vorgang: Erlaß vom 12. 4. 1937 – II B 3 Allgem. 342 E – [Dok. I, 5]
vom 11. 1. 1938 – II B 3 155/38 g – [Dok. I, 8]
vom 17. 2. 1938 – II B 3 155/38 g – II. Ang. [→ 17. 2. 1938]
vom 31. 5. 1938 – II B 3 155/38 g – III. Ang. [→ 31. 5. 1938]
vom 22. 12. 1938 – II B 3 Allgem. 342 E –²
vom 12. 1. 1939 – S-PP III L Versch. 527/37 [Ausbürgerung von Fremdenlegionären]
vom 17. 2. 1940 – IV E 3 30356 [Ausbürgerung von Fremdenlegionären]
vom 29. 3. 1940 – I A 11 Allgem. 1415/40 [Verletzung der Gestellungspflicht und bei Fahnenflucht]
vom 18. 4. 1940 – I A 11 Allgem. 1415/40 [Verletzung der Gestellungspflicht und bei Fahnenflucht]

Anlagen: 2 Vordrucke.

I.

Der Krieg und die aus ihm der Sicherheitspolizei erwachsenden Aufgaben haben zu einer Belastung auch der Geheimen Staatspolizei geführt, die mit dem zur Verfügung stehenden Personalbestand schlechterdings nicht mehr eine hundertprozentige Erfüllung aller staatspolitischer Aufgaben in der Weise ermöglicht, wie sie im Frieden und unter normalen Umständen möglich und als selbstverständlich zu verlangen war. Es wäre falsch und in den Folgen nicht unbedenklich, wollte man sich über diese Tatsache, die selbstverständlich nicht nur bei der Sicherheitspolizei in Erscheinung tritt, hinwegtäuschen. Ich erwarte vielmehr, dass jeder Stapoleiter im Bewusstsein dieser Situation die vorhandenen Kräfte

² Nicht ermittelt.

I. Ausbürgerung

„so“ einsetzt, dass alle kriegswichtigen Aufgaben hundertprozentig gemeistert, für den Augenblick aber nicht so wichtige Aufgaben im Bewusstsein der damit verbundenen Verantwortung zurückgestellt werden.

II.

Unter diesen Gesichtspunkten sind künftig auch die Verfahren auf Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit gemäss dem Gesetz vom 14. 7. 1933 (RGBl. I S. 480) zu behandeln. Dass eine möglichst schnelle und lückenlose Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit in allen Fällen, in denen das Gesetz hierzu die Möglichkeit bietet, wünschenswert wäre, ist klar. Leider aber ist es so, dass bisher nur ein Bruchteil dieser Fälle in Bearbeitung genommen und durchgeführt werden konnte, und dass mit den hierfür augenblicklich zur Verfügung stehenden Kräften ein wesentliches Mehr nicht erreicht werden kann. Da aber gerade die durch den Krieg bedingten Verhältnisse in einer Reihe von Fällen die sofortige und lückenlose Aberkennung der Staatsangehörigkeit besonders notwendig machen, wenn nicht dem Reich in verschiedenster Richtung erheblicher Schaden erwachsen soll, so gilt es, die vorhandenen Kräfte auf die Durchführung der kriegswichtigen Fälle zu konzentrieren, die Fülle der weniger wichtigen Fälle aber über Kriegsdauer in einer Form zurückzustellen, die ihre Inangriffnahme nach Kriegsende unter günstigeren Personalverhältnissen dann ohne weiteres ermöglicht.

III.

Als kriegswichtige und deshalb mit grösster Tatkraft und Beschleunigung durchzuführende Aberkennungsfälle sind neben den Fällen, in denen sich ein Emigrant deutschfeindlich betätigt, diejenigen Fälle anzusehen, in denen ein Emigrant noch grössere Vermögenswerte besitzt, die dem Reich verloren gehen würden, falls der Emigrant durch Naturalisierung im Auslande sich dem Aberkennungsverfahren und der mit ihm verbundenen Vermögensverfallerklärung entzieht. In letzteren Fällen ist beschleunigter Zugriff vor allem deswegen geboten, weil die Gefahr einer solchen Naturalisierung immer grösser wird, je länger sich ein Emigrant schon im Ausland aufhält und etwaige Ausländer-Aufenthaltsbedingungen des Gastlandes erfüllt hat. Gerade der beschleunigten Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit bei vermögenden Emigranten ist aber bisher vielfach nicht die bevorzugte Beachtung geschenkt worden.

IV.

Ich ordne deshalb an, dass von allen damit befassten Stellen sofort mit allen verfügbaren Kräften bevorzugt in Angriff zu nehmen und durchzuführen sind, alle Aberkennungsfälle, in den

1) deutschfeindliche Betätigung im Auslande gegeben ist; hierunter fallen neben einer deutschfeindlichen Hetztätigkeit auch die Fälle, in denen der Auszubürgernde in feindliche Kriegsdienste (z. B. der französischen Fremdenlegion, der österreichischen oder tschechischen Legion) steht oder gestanden hat (z. B. im spanischen Bürgerkrieg auf rotspanischer Seite), oder einen Flüchtlingspass beantragt hat, oder (als Jude) während des Bürgerkrieges in Rottspanien verblieben ist.

2) Fahnenflucht oder Verletzung einer Gestellungspflicht vorliegt;

3) Vermögenswerte vorhanden sind;

4) aus sonstigen Gründen, insbesondere im Hinblick auf das Ansehen des Reiches alsbaldige Aberkennung der Staatsangehörigkeit erforderlich ist. Dies wird insbesondere bei sogenannten prominenten Emigranten meistens der Fall sein.

Alle übrigen Fälle sind, auch wenn ihre Bearbeitung schon in Angriff genommen wurde, über Kriegsdauer zurückzustellen und in einer Form abzulegen, die ihre ordnungsmässige Weiterverfolgung nach Kriegsende gewährleistet.

V.

Zur Vereinfachung des Aberkennungsverfahrens sind alle Ausbürgerungsanträge künftig auf den aus der Anlage ersichtlichen Vordrucken I und II vorzulegen³, Muster I ist zu verwenden, wenn Familienangehörige nicht vorhanden sind; Muster II ist zu verwenden, wenn Familienangehörige vorhanden sind. Eine Auswahl dieser Vordrucke geht den Staatspolizei(leit)stellen dieser Tage von der Materialverwaltung des Reichssicherheitshauptamtes zu; weiterer Bedarf ist dort unmittelbar anzufordern.

Die Ausbürgerungsanträge sind künftig in vierfacher, bei vorhandenem Vermögen in fünffacher Ausfertigung vorzulegen. Handelt es sich um einen Fahnenflüchtigen oder um die Verletzung der Gestellungspflicht, ist ein weiteres Exemplar beizufügen.

VI.

Hiernach ist in unter Berücksichtigung der einschlägigen Ausbürgerungserlasse unverzüglich zu verfahren.

Der Erlass ist zur Weitergabe an die Kreis- und Ortspolizeibehörden nicht bestimmt.

10. 7. 1940: RSHA – I A II Allg. 1450/40, Erlass betr. Aberkennung der Staatsangehörigkeit gemäß Gesetz vom 14. 7. 1933. Hier: Beschleunigte Bearbeitung kriegswichtiger Fälle. Bezug: Rderl. v. 8. 5. 40 – I A II Allgem. 1450/40

Q BArch, 58/1078, Bl. 78 (Behandlung der nicht jüdischen Emigranten, lfd. Nr. 42), Nachweis.

1. 8. 1940: RSHA – I A II – Allgem. 1450/40, Erlass betr. Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit gemäß Gesetz vom 14. 7. 1933. Hier: beschleunigte Bearbeitung kriegswichtiger Fälle. (Bezug: Runderlasse vom 8. 5. und 10. 7. 40 – I A 11 – Allgem. 1450/40)

Q BArch, 58/1078, Bl. 78 (Behandlung der nicht jüdischen Emigranten, lfd. Nr. 48), Nachweis.

Dok. I, 10

24. 9. 1940: Reichssicherheitshauptamt I A 11 – Allgem. 1433 (gez. Heydrich), Runderlass an alle Staatspolizei-(leit)-stellen mit Ausnahme der Staatspolizei(leit)stellen Graudenz, Bromberg, Posen, Hohensalza, Litzmannstadt; nachrichtlich an a) die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD, b) die Staatspolizei-(leit)-stellen Graudenz, Bromberg, Posen, Hohensalza, Litzmannstadt, c) den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in P r a g, d) die SD-(Leit)-Abschnitte, e) den Gruppenleiter I A (a), f) das Referat I B 1 (2 Abdrucke für die Sammlung Runderlasse).

Q BArch, R 58/62, Bl. 28–29.

Betrifft: Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit bei jüdischen Emigranten.

Bezug: Runderlasse vom:

8. 5. 1940 – I A 11 Allgem. 1450/40 – [Dok. I, 9]

10. 7. 1940 – I A 11 Allgem. 1450/40 – [→ 10. 7. 1940]

1. 8. 1940 – I A 11 Allgem. 1450/11 – [→ 1. 8. 1940]

³ BArch, 58/62, B. 23–27.

I. Ausbürgerung

I.

Es hat sich gezeigt, daß bei den strengen Voraussetzungen, die das Gesetz über die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. 7. 1933 (RGBl. I S. 480 ff. [sic]) verlangt, ein großer Teil jüdischer Emigranten, auch bei der bisher schon geübten extensiven Auslegung dieses Gesetzes nicht ausgebürgert und ihr Vermögen deshalb auch nicht eingezogen werden konnte. Dabei gehen dem Reich zwangsläufig sehr große Vermögenswerte verloren, insbesondere wenn sich die emigrierten Juden im Ausland allmählich zu naturalisieren beginnen, damit die deutsche Staatsangehörigkeit automatisch verlieren und ein Ausbürgerungsverfahren mit Vermögenseinziehung also nicht mehr Platz greifen kann. Zur Bereinigung dieses Zustandes sind mit den zuständigen Reichsministerien Verhandlungen mit dem Ziele eingeleitet worden, bei allen emigrierten Juden deutscher Staatsangehörigkeit ohne weiteres die Voraussetzung für ihre Ausbürgerung zu unterstellen, da mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die aus Deutschland emigrierten Juden im Ausland unterschiedslos eine feindselige Haltung gegen das nationalsozialistische Deutschland einnehmen, auch wenn ihnen diese in einzelnen Fällen nicht nachgewiesen werden kann.

II.

Bis zum Abschluß der vorgenannten Verhandlungen ordne ich daher an, Ausbürgerungsverfahren gegen emigrierte Juden, auch wenn sie nach den zurzeit geltenden Richtlinien nicht zur Ausbürgerung führen können, bis auf weiteres nicht abzuschließen, sondern nur auf Frist zu legen, um sie dann auf Grund der zu erwartenden neuen Rechtslage um so schneller durchführen zu können.

Im Hinblick auf den eingangs erwähnten Erlaß vom 8. 5. 1940 – I A 11 Allgem. 1450/40 –, betreffend beschleunigte Bearbeitung kriegswichtiger Fälle, sind unter diesen Gesichtspunkten zunächst nur diejenigen Ausbürgerungsfälle zu behandeln, in denen Juden Vermögenswerte im Inlande hinterlassen haben.

Bei der Durchführung derartiger Ausbürgerungsfälle festgestellten Vermögenswerte sind – sofern sie RM 5000,- übersteigen – staatspolizeilich sicherzustellen, um sie damit der Verfügung der jüdischen Emigranten schon jetzt zu entziehen.

Hinsichtlich der bei der Durchführung der Sicherstellung etwa notwendig werdenden Verständigung mit dem Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens und den von den zuständigen Oberlandesgerichten bestellten Verwaltern (vergl. Verordnung über die Behandlung feindlichen Vermögens vom 15. 1. 1940 – [...] ergeht demnächst besonderer Erlaß [→ 18. 2. 1941].

III.

Das in Ziffer II abgeordnete Verfahren gilt entsprechend auch für die Durchführung von Verfahren gegen Juden auf Aberkennung der Staatsangehörigkeit des Protektorats Böhmen und Mähren auf Grund der Verordnung vom 3. 10. 1939 (RGBl. I S. 1997⁴).

⁴ „§ 1 (1) Protektoratsangehörige, die sich im Ausland aufhalten, können der Protektoratsangehörigkeit für verlustig erklärt werden, wenn sie Handlungen begangen haben, die dazu geeignet sind, die Belange des Reichs herabzuwürdigen. Das Gleiche gilt für Protektoratsangehörige, die einer Rückkehraufforderung nicht Folge leisten [...].

§ 2 (1) Bei der Einleitung des Aberkennungsverfahrens oder bei Erlaß der Rückkehraufforderung kann das Vermögen beschlagnahmt, nach Aberkennung der Protektoratsangehörigkeit als dem Reich verfallen erklärt werden [...].“

IV.

Der Erlass ist zur Weitergabe an die Kreis- und Ortspolizeibehörden nicht bestimmt.

12. 12. 1940: Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums: Beschlagnahme und Verfallerklärung von Vermögenswerten im Ausbürgerungsverfahren

Q Walk, 1981, S. 331 (149): RStBl, S. 1048; Nachweis.

12. 12. 1940: Behandlung des Vermögens jüdischer Auswanderer: Beschleunigte Durchführung der im Zuge der Ausbürgerung jüdischer Auswanderer erforderlichen Maßnahmen

Q Walk, 1981, S. 331 f. (150): Yad Vashem, M-29/R7/XIV/-186; Nachweis.

Dok. I, 11

16. 1. 1941: Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit

Q RGBl. I S. 40.

18. 2. 1941: RSHA – I A II Allg. 1427, Erlass betr. Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit, hier: Verhinderung von Vermögensverschiebungen jüdischer Emigranten zu Ungunsten des Reiches durch Erteilung steuerlicher Unbedenklichkeitsbescheinigungen (Bezug: Rderl. v. 24. 9. 40 I A 11 – Allg. 1433)

Q BArch, 58/1078, Bl. 79 (Behandlung der nicht jüdischen Emigranten, lfd. Nr. 56; handschr. Ergänzung: „aufgehoben!“), Nachweis.

5. 3. 1941: RSHA – I A 11 – Allgem. 1494/II, Erlass betr. Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit bei jüdischen Emigranten, hier Versteigerung von Umzugsgütern (Bezug: Rderl. v. 1. 8. 40 – I A 11 Allgem. 1450/40 und 24. 9. 40 – I A 11 Allg. 1433)

Q BArch, 58/1078, Bl. 72 (Behandlung der jüdischen Emigranten, lfd. Nr. 39), Nachweis.

13. 6. 1941: RSHA – II A 5 b – Allg. 1558/41, Erlass betr. Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit bei jüdischen Emigranten (Ausbürgerungsvorschläge bis zur Neuregelung nicht mehr einreichen)

Q BArch, 58/1078, Bl. 73 (Behandlung der jüdischen Emigranten, lfd. Nr. 42; handschr.: „aufgehoben!“), Nachweis.

8. 7. 1941: Versteigerung von Umzugsgut jüdischer Auswanderer (bei schwebenden Ausbürgerungsverfahren)

Q Walk, 1981, S. 344 (212): Yad Vashem, M-29/R2/542; Nachweis.

Dok. I, 12

25. 11. 1941: Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz

Q RGBl. I, S. 722–724.

Dok. I, 13

3. 12. 1941: Vertrauliche Anordnung des RMdI (gez. Stuckart) zur Durchführung der 11. VO zum RBürgG, um eine „Regelungslücke“ (Jasch) zu schließen.

Q BArch Berlin, R 1501/3746b, zit. nach Jasch, 2012, S. 301 f.

I. Ausbürgerung

(1) Der Verlust der Staatsangehörigkeit und der Vermögensverfall trifft auch diejenigen unter die Verordnung fallenden Juden, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in den von deutschen Truppen besetzten oder in deutsche Verwaltung genommenen Gebieten haben oder in Zukunft nehmen, insbesondere auch im Generalgouvernement und in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine.

(2) Von einer Veröffentlichung dieser Anordnung ist abzusehen.

9. 12. 1941: RSHA – II A 5 Nr. 230 V/41–212, Runderlass betr. 11. VO. z. RBürgG (Ausbürgerung der im Auslande lebenden Juden)

Q BArch, 58/1078, Bl. 73 (Behandlung der jüdischen Emigranten, lfd. Nr. 49), Nachweis.

9. 12. 1941: RSHA (II A 5 Nr. 230 V/41 – 212: Vertraulich!): Richtlinien zur Ausbürgerung von jüdischen Mischlingen und Angehörigen von Juden

Q Walk 1981, S. 359 (283): BArch, R 58/276.

14. 5. 1942: RSHA – II A 5 Nr. 20iv/42–212–5, Erlass betr. 11. VO. z. RBürgG (Anwendung auf Juden mit doppelter Staatsangehörigkeit) Bezug lfd. Nr. 49

Q BArch, 58/1078, Bl. 74 (Behandlung der jüdischen Emigranten, lfd. Nr. 53), Nachweis.

19. 9. 1942: RSHA, Runderlass – II A 5 Nr. 740 V /42–212–5 – an die Polizei(leit)stellen betr. Ausbürgerung der Angehörigen von Juden, die auf Grund der 11. VO. z. RBürgG v. 25. 11. 1941 die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatten.

Q Walk, 1981, S. 387 (427): BArch, R 58/276; Berschel, 2001, S. 273 (HStAD, RW Mikrofilm A 28–1, nicht foliiert: „Nichtjüdische Ehefrauen“ konnten danach „ohne weitere Voraussetzungen zur Ausbürgerung vorgeschlagen werden, wenn eine Trennung von dem jüdischen Ehemann abgelehnt wird oder eine Rückschaffung aus sonstigen Gründen nicht in Frage kommt“; ebenfalls „ohne weiteres“ konnten nun *Mischlinge I. Grades* „vorgeschlagen werden, da „bei ihnen eine feindselige Einstellung gegen das Reich in der Regel unterstellt werden kann“.)

30. 1. 1943: RSHA, Runderlass betr. Ausbürgerung von jüdischen Mischlingen

Q BArch, 58/1078, Bl. 74 (Behandlung der jüdischen Emigranten, lfd. Nr. 60); nach H. Berschel (2001, S. 273, mit Nachweis entsprechend Runderlass v. 19. 9. 1942) betraf dieser Runderlass *Misch-eben* mit nichtjüdischem Ehemann, der nun ebenfalls betroffen war, sofern er der Rückkehraufforderung nicht Folge leistete.

14. 5. 1943: RSHA – IV B 4 b-4 B. Nr. 961/42–13 –, Erlass betr. Anträge auf Feststellung des Verfalls des Vermögens nach § 8, Abs. 1 der 11. VO. z. RBürgG v. 25. 11. 41 bei mit Vermögensbeschlagnahme ausgebürgerten Juden

Q BArch, BArch, 58/1078, Bl. 74 (Behandlung der jüdischen Emigranten, lfd. Nr. 62), Nachweis; BArch, R 58/1074.

Dok. I, 14

1. 7. 1943: 13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz

Q RGBl. I, S. 372.

II. Entziehung akademischer Grade

Dok. II, 1

18. 9. 1933: Die Deutsche Studentenschaft, Kreis Bayern (Karl Gengenbach, Der Leiter des Kreises Bayern) an Staatsminister Hans Schemm, München, Kultusministerium

Q BayHStA, MK 70708; Druck u. a. Hübinger, 1974, S. 386 f.; Renate Wittern u. Andreas Frewer unter Mitarb. v. Bettina Schottner u. Anna Thiel, Aberkennungen der Doktorwürde im „Dritten Reich“. Depromotionen an der Medizinischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen, Erlangen 2008, S. 21 (Abb.).

Dok. II, 2

3. 10. 1933: Hans Schemm, Minister für Unterricht und Kultus in Bayern an die Rektoren der bayrischen Landesuniversitäten sowie an die anderen deutschen Universitäten

Q Hübinger, 1974, S. 387 f. (Druck/Quelle: Akten der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn).

Dok. II, 3

2. 11. 1933: Der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (U I Nr. 2494). Runderlass

Q Hübinger, 1974, S. 390 (Akten der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn).

Dok. II, 4

11. 11. 1933: Der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (U I Nr. 2724), Runderlass

Q Hübinger, 1974, S. 390 (Akten der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln).

Dok. II, 5

12. 2. 1934: Der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (U I Nr. 3395), Runderlass

Q Hübinger, 1974, S. 407 (Akten der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln).

Dok. II, 6

17. 7. 1934: Der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Runderlass betr. Entziehung der Doktorwürde (Auszug)

Q Hübinger, 1974, S. 442 f. (Akten der Medizinischen Fakultät der Universität Bonn); Walk, 1981, S. 85 (417); Abb.: Szöllösi-Janze/Freitäger, 2005, S. 22 f. (nach: UAK, Zug. 28/568).

Dok. II, 7

16. 12. 1936: Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Erlass betr. Änderung der Promotionsordnungen⁵ (Auszug)

Q Hübinger, 1974, S. 560 f. (Amtsblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 3, 1937, 8, S. 5); Walk, 1981, S. 179 (248).

⁵ „Der Erlass [...] machte mit der Unklarheit über Handlungsabläufe und Entscheidungsbefugnisse ein Ende. Er stellte damit die ausschlaggebende amtliche Direktive dar, die den Startschuss für die massenhaften Doktorgradentzüge an den deutschen Hochschulen gab.“ Harrecker, 2007, S. 45.

II. Entziehung akademischer Grade

Dok. II, 8

15. 4. 1937: Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Runderlass Erwerb der Doktorwürde durch Juden und jüdische Mischlinge deutscher Staatsangehörigkeit

Q Blau, ²1954, S. 38 (121); Walk, 1981, S. 187 f. (290).

Dok. II, 9

7. 6. 1939: Gesetz über die Führung akademischer Grade

Q RGBl. I, S. 985.

Dok. II, 10

21. 7. 1939: Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Führung akademischer Grade

Q RGBl. I, S. 1326.

Dok. II, 11

29. 3. 1943: Zweite Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Führung akademischer Grade

Q RGBl. I, S. 168.

Auf Grund von § 8⁶ des Gesetzes über die Führung akademischer Grade vom 7. Juni 1939 [...] wird verordnet:

1. Mit der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 [...] tritt zugleich der Verlust der von einer deutschen staatlichen Hochschule verliehenen akademischen Grade ein.

2. Dasselbe gilt bei der Aberkennung von Protektoratsangehörigen gemäß § 1 der Verordnung vom 3. Oktober 1939 [...]⁷

3. Bei Personen, denen vor Inkrafttreten dieser Verordnung die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden ist, tritt der Verlust der akademischen Grade mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung ein, soweit nicht dieser Verlust bereits auf Grund einer Entscheidung der zuständigen Hochschule eingetreten ist.

⁶ Die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

⁷ Siehe S. 159*.

B. Bürokraten und Diplomaten

I. Gestapo, RSHA und RFSS

„Die Ausbürgerung wurde von „NS-Behörden“¹ vollzogen. Am *Vollzug* war eine Vielzahl von „Bürokraten und Diplomaten“ beteiligt. Dieses bürokratische Zusammenwirken dokumentiert die Ausbürgerungsakte. In der Regel waren es örtliche Gestapobeamte², die Emigranten zur Ausbürgerung *in Vorschlag* brachten. Die Anträge – von Schreibkräften zu Papier gebracht – wurden von einem Beamten unterzeichnet; Abschriften wurden beglaubigt und gesiegelt. Verantwortlich für den in Ich-Form gehaltenen Antrag war der Beamte, der mit seiner Unterschrift das Verfahren in Gang setzte. In Einzelfällen konnten die Namen der Unterzeichneten der ermittelten Ausbürgerungsanträge nicht entziffert werden. Viele der zu „Heydrichs Elite“³ zählenden Gestapomänner, die bei der Ausbürgerung von *Juden* und *Marxisten* als Verwaltungsbeamte in Erscheinung treten, organisierten mit die „Schreibtischverbrechen“, die Massendeportationen in Europa.⁴ Als Leiter oder Angehörige von Einsatzgruppen⁵ in Polen, Ost- und Südosteuropa – nach dem Vorlauf in der „Ostmark“, in den „sudetendeutschen Gebieten und in der „Rest-Tschechoslowakei“ – oder als Befehlshaber der Sicherheitspolizei in den besetzten Ländern wurden viele „zu Vollstreckern im nationalsozialistischen Vernichtungskrieg“⁶, zu Tätern in einem sich über mehrere Jahre erstreckenden „Massaker unvorstellbaren Ausmaßes“⁷. So wie sie weisungsgemäß *Volks- und Staatsfeinde* beobachtet, erfasst und rücksichtslos bekämpft hatten, wirkten sie in einer Befehlskette bei der Vorbereitung und Durchführung der Ermordung der Juden im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich wenn nicht als Täter so doch als Mordgehilfen mit.

Die Gestapo, die Institution des nationalsozialistischen Verfolgungsapparates, war eine „Mammutbehörde“⁸. Nach einer Schätzung von Klaus-Michael Mallmann und Andrej

¹ Gedenkbuch politisch verfolgte Abgeordnete des Badischen Landtags und des Württembergischen Landtags; www.landtag-bw.de/home/der-landtag/parlament, z. B. im Fall Arthur Crispian: „Die NS-Behörden entziehen Crispian im April 1937 die deutsche Staatsbürgerschaft. Im Januar 1938 wird Crispians Ehefrau Bertha geb. Ranglack ebenfalls ausgebürgert.“ (23. 3. 2020).

² Gerhard Paul, *Kontinuität und Radikalisierung. Die Staatspolizeistelle Würzburg*, in: Paul/Mallmann, 1995, S. 161–177, 168: „Nicht der Mann im schwarzen Ledermantel, der unauffällig vermeintlichen Staatsfeinden nachjagte, war die Regel, sondern der Bürokrat hinter der Schreibmaschine der Festnahmen und Amtshilfeersuchen formulierte.“

³ Banach, 1998.

⁴ Zipfel, 1965, S. 168; Freudiger, 2002, S. 83–108.

⁵ Krausnick/Wilhelm, 1981; nur auf die „Kurzbiographien [S. 639 ff.] von SS-Funktionären, die im Aktionsraum der Einsatzgruppe A führende Stellungen innehatten“, wird in der Annotation im Folgenden verwiesen.

⁶ Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte der Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, hg. u. eingel. v. Peter Klein. Mit Beiträgen und Kommentaren v. Andrej Angrick [u. a.], Berlin 1997; Freudiger, 2002, S. 177–195: „Massenvernichtungsverbrechen durch Einsatzgruppen“; Dams/Stolle, 2008, S. 66; ähnlich bereits Zipfel, 1965, S. 169; Einsatzgruppen in Polen, 2008, S. 43: „Es handelte sich nicht um bloße Karrieristen, sondern primär um Weltanschauungstäter [...]. Die Transformierung ihres Gewissens, jene seit Beginn der NS-Herrschaft fortschreitende rassistische Verengung weiterhin gültiger moralischer Maßstäbe auf ‚arische Deutsche‘, lag also bereits hinter ihnen“; Peter Klein, *Funktionselite des Terrors. Regional leitende Beamte der Geheimen Staatspolizei im Reich und im besetzten Osteuropa*, in: *Topographie des Terrors*, 2010, S. 182 ff.; *Handbuch des Antisemitismus*, IV (2011), S. 95–97 (Jürgen Matthäus).

⁷ Longerich, 1998, S. 15.

⁸ Tuchel, 1990, S. 368.

Angrick⁹ dürften „mindestens 25.000“ Gestapo-Bedienstete den Untergang des „Dritten Reiches“ überlebt haben. Von „Automatischem Arrest“ bedroht und gezielt verhaftet, wurden viele „zwei bis drei Jahre“ interniert, „aus dem Verkehr gezogen“; im Nürnberger Einsatzgruppen-Prozess wurde in 14 Fällen die Todesstrafe verhängt.¹⁰ Im RSHA-Verfahren der West-Berliner Strafjustiz wurden „bis zu 7.000 frühere Mitarbeiter einschließlich Büropersonal mitsamt Tätigkeitsgebieten und Einsatzorten erfasst“; verurteilt wurden Ende der 1960er Jahre nur drei der Beschuldigten – „wegen ihrer Mitwirkung an Judendeportationen“. Werner Best, gegen den die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft 1989 ein neues Verfahren anstrebte, starb vor dessen Eröffnung. Von insgesamt 106.496 Ermittlungen wegen NS-Verbrechen durch westdeutsche Gerichte bis Ende 1995 endeten 90 Prozent ohne Hauptverhandlung; 6.494 Personen – unter ihnen auch einige der nachfolgend genannten Gestapobeamten – wurden rechtskräftig verurteilt. Nach Verabschiedung des „131er-Gesetzes“ durch den Deutschen Bundestag im April 1951 konnten ehemalige Gestapobeamte unter bestimmten Bedingungen als Beamte wieder verwendet werden.¹¹

Das Namensverzeichnis enthält keine biographischen Angaben zur *Karriere* des einzelnen Beamten, dessen Qualifikation im Einzelfall die akademische Graduierung oder der Zusatz „Jurist“ erkennen lässt bzw. über die Annotierung (Q) erschlossen werden kann. Viele der genannten *Täter* waren wie ihre *Opfer* Juristen¹². Die Gestapostelle (Übersicht S. 233*f.) wird nur in den Fällen genannt, in denen der antragstellende Beamte anhand der Literatur nicht nachweisbar war.

Achamer-Pifrader, Humbert, Dr. jur. (1900–1945, bei einem Luftangriff umgekommen)

Q Adler, 1974, S. 268; Krausnick/Wilhelm, 1981, S. 639; Matthias Gafke, Heydrichs „Ostmärker“. Das österreichische Führungspersonal der Sicherheitspolizei und des SD (1939–1945), Darmstadt 2015.

Augustin, Hans (1909–1977), Jurist

Q Markus Roth, Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen – Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachkriegsgeschichte, Göttingen 2009, S. 458 (Kurzbiographie).

Bach, Gestapo Frankfurt/Oder

Batz, Rudolf (1903–1961, Suizid während Inhaftierung)

Q Klotzbach, 1969, S. 256; Krausnick/Wilhelm, 1981, S. 639; Mallmann/Angrick, 2009, S. 11.

Baumann, Gestapo Würzburg

Q Adler, 1974; S. 798 f., 820; Herbert Schott, Die ersten drei Deportationen mainfränkischer Juden 1941/42, in: Wege in die Vernichtung. Die Deportationen der Juden aus Mainfranken 1941–1943, München 2003, S. 73–166, 74.

Beck, Jakob (* 1889), Jurist

Q Hübinger, 1974, S. 413 Anm. 3; Lilla, Verwaltungshandbuch/BLO (Stand: 2015).

⁹ Die Mörder sind unter uns. Gestapo-Bedienstete in den Nachfolgesellschaften des Dritten Reiches, in: Mallmann/Angrick, 2009, S. 7–54, 7.

¹⁰ Ebd., S. 8 f.

¹¹ Freudiger, 2002, S. 20 u. 33.

¹² Banach, 2000, S. 94–96: „Gestapo-Juristen“.

B. Bürokraten und Diplomaten

Behrmann, Adolf, Gestapo Hamburg

Q Hamburger Staatspolizei 1933.

Best, Werner, Dr. jur. (1903–1989)

Q BHdAd I, 2000, S. 137 f.; Handbuch des Antisemitismus, II, 1 (2009), S. 74–76 (Barbara Distel); Herbert, 5. Aufl. 2011 (1996); Jasch, 2012, S. 463 f.

Beutel, Lothar (1902–1986)

Q Aronson, 1971, S. 295 f.; Paul, Ganz normale Akademiker, in: Paul/Mallmann, 1995, S. 240, 245, 247; Wildt, 2002, S. 931 f.; Einsatzgruppen in Polen, 2008, S. 30 f.; Christian Ingrao, Hitlers Elite. Die Wegbereiter des nationalsozialistischen Massenmords. Aus dem Französischen von Enrico Heinemann und Ursel Schäfer, Bonn 2012 (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung), S. 130–133; Lilla, Verwaltungshandbuch/BLO (Stand: 2015).

Biberstein, Ernst (1899–1986)

Q Stephan Linck, Ernst Szymanowski/alias Biberstein – ein Theologe auf Abwegen, In: Mallmann/Paul, 2004, S. 219–230; ders., Eine mörderische Karriere: der schleswig-holsteinische Theologe Ernst Szymanowski/Biberstein, in: Manfred Gailus/Clemens Vollnhals (Hg.), Für ein artgemäßes Christentum der Tat. Völkische Theologen im „Dritten Reich“, Göttingen 2016, S. 239–260.

Bilfinger, Rudolf, Dr. jur. (1903–1998)

Q VEJ 3, 2012, S. 231.

Blomberg, Hans Wilhelm, Dr. jur. (1906–1946 Oslo; hingerichtet)

Q Meyer, 1971, S. 115; Paul, Ganz normale Akademiker, in: Paul/Mallmann, 1995, S. 249; Schneider, 2005, S. 132, 347; NS-Dabeigewesene, Hamburg (Katharian Tenti).

Bluhm, Wilhelm (1899–1943, „gefallen“, „auswärtiger Einsatz“)

Q Schneider, 2005, S. 135 f.: „Bluhm war der erste Leiter der Staatspolizeistelle Weimar, der mit Erfahrungen aus dem ‚auswärtigen Einsatz‘ bei den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD ‚zurück‘ kam.“ (136).

Blume, Walter, Dr. jur. (1906–1974)

Q Hey, 1987, S. 88; Rupieper/Sperk, Bd. 2 (2003), S. 21 f.; Paul, Ganz normale Akademiker, in: Paul/Mallmann, 1995, S. 245; Wildt, 2002, S. 180–184.

Bovensiepen, Otto (1905–1975), Jurist

Q Klotzbach, 1969, S. 257; Pommern im Spiegel von Gestapo-Lageberichten, 1974, S. 283 f.; Hey, 1987, S. 88; Heuer, 1995, S. 75 Anm. 114; Akim Jah, „Unschuldige Mordgehilfen“. Das Bovensiepen-Verfahren gegen ehemalige Mitarbeiter der Stapo-Leitstelle Berlin, in: Sabine Moller/Miriam Rürup/Christel Trouvé (Hg.), Abgeschlossene Kapitel? Zur Geschichte der Konzentrationslager und der NS-Prozesse, Tübingen 2002, S. 187–199; Rupieper/Sperk, Bd. 1 (2003), S. 18; Weinke, 2009, S. 207; Topographie des Terrors, 2010, S. 186 (Peter Klein); Herbert, 5. Aufl. 2011, passim; Alexander Sperk, Die Staatspolizei(lei)stelle Magdeburg, ihre Leiter und die Zerschlagung der KPD, in: Polizei & Geschichte. Unabhängige interdisziplinäre Zeitschrift für Polizeigeschichte 1 (2009), S. 7 f.; vgl. jetzt den von Andreas Nachama hg. Sammelband „Reichssicherheitshauptamt und Nachkriegsjustiz. Das Bovensiepen-Verfahren und die Deportation der Juden aus Berlin“ (Berlin 2015) mit den Beiträgen eines Symposiums „RSHA und Nachkriegsjustiz“ im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors im Januar 2015. Neben den Beiträgen von A. Weinke und A. Jah sei

I. Gestapo, RSHA und RFSS

insbesondere auf den Beitrag von Bianca Welzing-Bräutigam hingewiesen (S. 35–54: „Die RSHA-Arbeitsgruppe bei der Generalstaatsanwaltschaft beim Kammergericht Berlin und deren Überlieferung im Landesarchiv Berlin“).

Bradfish, Otto, Dr. rer. pol. (1903–1994)

Q Paul, Ganz normale Akademiker, in: Paul/Mallmann, 1995, S. 245; Freudiger, 2002, S. 178–182; Peter Klein, Der Mordgehilfe. Schuld und Sühne des Dr. Otto Bradfish, in: Die Gestapo nach 1945, 2009, S. 221–234.

Braschwitz, Günther(1896–1966)

Q https://de.wikipedia.org/wiki/Günther_Braschwitz.

Brünner, Gestapo Breslau

Brunner, Karl (1900–1980), Rechtsanwalt

Q Seeger, 1996, S. 211; Einsatzgruppen in Polen, 2008, S. 25.

Canaris, Konstantin, Dr. jur. (* 1906)

Q Tilitzki, 1991, S. 56 f.; Paul, Ganz normale Akademiker, in: Mallmann/Paul, 1995, S. 244; Paul, 1996, S. 97.

Denecke, Gestapo Karlsruhe

Deumling, Joachim, Dr. jur. (1910–2007)

Q Wild, 2002, S. 910; Freudiger, 2002, S. 227; https://de.wikipedia.org/wiki/Joachim_Deumling

Ebert, Gestapo Liegnitz

Ehlers, Ernst, Dr. (Suizid 1980)

Q Wildt, 2002, S. 522 f.; Mallmann/Angrick, 2009, S. 11, 25 f.

Eichmann, Adolf s. u. III.

Eichmann, Ingo

Q Paul, 1996, S. 101–103; Mallmann/Angrick, 2009, S. 17.

Elchlepp, Rudolf (1910–1942 in Rußland gefallen), Jurist

Q Schadt, 1976, S. 36; Gestapo Baden, 2001, S. 351 f.

Engelmann, Heinz-Günther (1913–1999)

Q Wildt, 2002, S. 311, 316; VEJ 3, 2012, S. 448 Anm. 2.

Faber, Heinrich, Dr. phil. (1900–1973)

Q Schadt, 1976, S. 36; Gestapo Baden, 2001, S. 352.

B. Bürokraten und Diplomaten

Fehlis, Heinrich (1906–1945, Suizid), Jurist

Q Diamant, 1988, S. 308; Banach, 2000, S. 95; Stein Ugelvik Larsen [u. a.], *Meldungen aus Norwegen 1940–1945. Die geheimen Lageberichte des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD in Norwegen*, München 2008, Bd. 1, S. LXXVf.; Mallmann/Angrick, 2009, S. 11; <https://virtuell.geschichtsort-hotel-silber.de/virtueller-ort/1928> (1928–1945 Vom Polizeipräsidium zur Gestapo).

Felde s. u. vom Felde

Fentz, Günther

Q https://www.dfg-vk-darmstadt.de/Lexikon_Auflage_2/Gestapo.htm

Finnberg, Emil Dr. jur. (1909–2005)

Q Wildt, 2002, S. 549; https://de.wikipedia.org/wiki/Emil_Finnberg

Fischer, Hans, Dr. jur. (* 1906)

Q Wildt, 2002, S. 425; *Einsatzgruppen in Polen*, 2008, S. 28.

Fischotter, Alois (* 1905 oder 1902)

Q Schneider, 2005, S. 355: „EG I – EK 3/I (Sonderkommando Kriminalkommissar Schmer) während des Polenfeldzugs, soll sich geweigert haben, Juden zu erschießen, auf Befehl des RSHA soll er wegen Feigheit vor dem Feind erschossen worden sein“, Quelle: ZSL, 11 (4) AR-Z 15/58; Peter Broucek (Hg.), *Ein österreichischer General gegen Hitler. Feldmarschall Alred Jansa, Erinnerungen*, Wien u. a. 2011, S. 689, 691.

Flesch, Reinhard (1894–1942), Gestapo München, seit 1935 Gestapa

Q Hübinger, 1974, S. 173; Seeger, 1996, S. 36: * 1889; https://de.wikipedia.org/wiki/Reinhard_Flesch (4. 4. 2020).

Franken, Gestapo Köln

Freytag, Horst (* 1906), Jurist

Q Drobisch, 1993, S. 234; Wysocki, 1997, S. 74/Anm. 136.

Friedrich, Kurt *Wilhelm* (* 1904)

Q Berschel, 2000, S. 162; Berschel, 2001, S. 128f.

Geißler/Geissler, Kurt

Q Graf, 1983, S. 345 f.; Wildt, 2002, S. 337; Mallmann/Angrick, 2009, S. 17.

Gerke, Ernst, Dr. jur. (1909–1982)

Q https://portal.ehri-project.eu/authorities/ehri_pers-000965

Gerlach, Gestapo Frankfurt/M.

Gisevius, Hans Bernd (1904–1974)

Q Wildt, 2002, S. 305–308.

Gmeiner, Josef (1904–1948 Hameln, hingerichtet), Jurist

Q Schadt, 1976, S. 35 f.; Stolle, 1997, S. 69–74; Gestapo Baden, 2001, S. 353 f.

Gold, Hugo

Q www.augsburgwiki.de (4. 8. 2018).

Grafenberger, Theodor, Dr. phil. (* 1896)

Q Adler, 1974; Grieser, 1974, S. 306; E. Raim (Benno → Martin), 2003, S. 181, 184.

Grosse, Ernst, Kriminalrat

Q Eichler, 1999, S. 245 f.

Günther, Rolf *s.u.* III

Hahn, *Ludwig* Hermann Karl, Dr. jur. (1908–1986)

Q Paul, Ganz normale Akademiker, in: Paul/Mallmann, 1995, S. 236, 248; Schneider, 2005, S. 134 f., 289; Einsatzgruppen in Polen, 2008, S. 22; Jacek Andrzej Młynarczyk, Vom Massenmörder zum Lebensversicherer. Dr. Ludwig Hahn und die Mühlen der deutschen Justiz, in: Die Gestapo nach 1945, 2009, S. 136–150.

Hahn, Gestapo Karlsruhe

Hammer, Walter, Dr. jur. (1907–2003)

Q VEJ 5, 2012, S. 243.

Harster, Wilhelm, Dr. jur. (1904–1991)

Q Adler, 1974, S. 276; Wilhelm, 1989, S. 245–247; Paul, Ganz normale Akademiker, in: Paul/Mallmann, 1995, S. 244 f., 248; Schneider, 2005, S. 131; Einsatzgruppen in Polen, 2008, S. 100; Christian Ritz, Schreibtischtäter vor Gericht. Das Verfahren vor dem Münchner Landgericht wegen der Deportation der niederländischen Juden (1959–1967), Paderborn 2012; Gestapo in Württemberg und Hohenzollern, 2013, S. 64 (Ingrid Bautz), 94 f. (Jens Kolata, Die Außenstelle Tübingen; <https://virtuell.geschichtsort-hotel-silber.de/virtueller-ort/1928> (1928–1945 Vom Polizeipräsidium zur Gestapo)).

Haselbacher, Karl, Dr. jur. (1904–1940)

Q „Haselbacher“: Hübinger, 1974, S. 163 u. Graf, 1983, S. 350 f.; Paul, 1996, S. 100 f.; Berschel, 2001, S. 92; Wildt, 2002, S. 221 (Haselbacher).

Hasselberg, Alfred, Dr. jur. (1908–1950)

Q Klotzbach, 1969, S. 239; Wildt, 2002, S. 463; Einsatzgruppen in Polen, 2008, S. 24 f.; Helge Dvorak, Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. I, 7 (hg. v. Klaus Oldenhege), Heidelberg 2013, S. 433 f. (H. Dvorak).

Hegenscheidt, Friedrich (* 1908), Jurist

Q Einsatzgruppen in Polen, 2008, S. 102.

B. Bürokraten und Diplomaten

Henschke, Hans (1908–1987), Jurist

Q Klee, 2007, S. 246.

Herrmann, Fritz (1885–1970)

Q Joachim Lilla, Leitende Verwaltungsbeamte und Funktionsträger in Westfalen und Lippe (1918–1945/46). Biographisches Handbuch, Münster 2004, S. 175 f.

Herrmann, Günther (1908–2004), Jurist

Q Paul, Ganz normale Akademiker, in: Paul/Mallmann, 1995, S. 245; Banach, 1998, S. 283 Anm. 159; Richter, 2001, S. 269; Wildt, 2002, S. 569, 571.

Heydrich, Reinhard (1904–1942)

Q Aronson, 1971; NDB 9, 1972, S. 73 f. (Wolfgang Scheffler); Graf, 1983, S. 354 f.; Robert Gerwarth, Reinhard Heydrich. Biographie, München 2011; Jasch, 2012, S. 473 f.; Handbuch des Antisemitismus, II, 1 (2009); S. 357 f. (Petra Rentrop); ebd., IV (2011), S. 430–432 (Gideon Botsch: Wannsee-Konferenz).

Himmler, Heinrich s. u. III

Höner, Heinz, Dr. jur. (* 1908)

Q Diamant, 1988, S. 309 (Höhner); Wildt, 2002, S. 57, 59; <https://recherche.staatsarchiv.hamburg.de/ScopeQuery>

Hoffmann, Karl Heinz, Dr. jur. (1912–1975)

Q Berschel, 2001, S. 92; Niels-Birger Danielsen, Gestapochefen: Karl Heinz Hoffmann – den kultivierende nazist, København 2011; Matthias Bath, Der SD in Dänemark 1940–1945. Heydrichs Elite und der ‚Gegenterror‘, Berlin 2015, S. 29.

Hoffmann, Gestapo Frankfurt/Oder

Holste, Eduard (* 1904), Jurist

Q Einsatzgruppen in Polen, 2008, S. 26; www.vernetztes-gedaechtnis.de/holste.htm

Hülff, Wilhelm (1907–1954)

Q VEJ 3, 2012, S. 92/Anm. 2.

Hüttig, Ludwig (* 1912)

Q Schneider, 2005, S. 149 u. 292.

Humpert, Viktor (* 1906)

Q Berschel, 2001, S. 131 f.

Hunsche, Otto s. u. III

Hussmann, Dr., Gestapo Potsdam

I. Gestapo, RSHA und RFSS

Ilges, Wolfgang (* 1909), Jurist

Q https://marjorie-wikide/wiki/Wolfgang_Ilges; <https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/olf/struktur> (27. 10. 2019)

Illmer, Joachim (* 1909), Jurist

Q Robert Seidel, Deutsche Besatzungspolitik in Polen. Der Distrikt Radom 1939–1945, Paderborn 2006, S. 67.

Isselhorst, Erich, Dr. jur. (1906–1948, hingerichtet)

Q Krausnick/Wilhelm, 1981, S. 641; Paul, Ganz normale Akademiker, in: Paul/Mallmann, 1995, S. 249; ders., Zwischen Selbstmord, Illegalität und neuer Karriere, ebd. S. 538; Gestapo Thüringen, 2004, S. 71; Schneider, 2005. S. 129 f., 363 f.; Rhein. Gestapoquellen I, 2012, S. 676; Lilla, Verwaltungshandbuch/BLO (Stand: 2015); <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Person:125688636> (1. 8. 2018).

Jagusch, Walter, Dr. (1912–1981)

Q Adler, 1974, S. 71; Banach, 1998, S. 283 Anm. 159; Wildt, 2002, S. 936; VEJ 3, 2012, S. 236/Anm. 2.

Kaltenbrunner, Ernst s. u. III

Kaußmann, Ernst, Dr. phil. (* 1905)

Q Adolf Diamant, Gestapo Leipzig. Zur Geschichte einer verbrecherischen Organisation in den Jahren 1933–1945, Frankfurt am Main 1990, S. 8 f.; Schmid, 1997, S. 15; Wildt, 2002, S. 110–112, 245; Schreiber, 2008, S. 360 f.

Keller, Gestapa

Kießel, Johann Georg Friedrich, Dr. jur. (1907–1950 Belgrad, hingerichtet)

Q Grieser, 1974, S. 307 f.; E. Raim (Benno → Martin), 2003, S. 184; Klee, 2007, S. 307.

Kirste, Arnold (* 1909)

Q Einsatzgruppen in Polen, 2008, S. 30.

Knab, Werner, Dr. jur. (1908–1945, Tod bei Luftangriff)

Q Wildt, 2002, S. 508; Peter Lieb, Konventioneller Krieg oder NS-Weltanschauungskrieg – Kriegführung und Partisanenbekämpfung in Frankreich 1943/44, München 2007; Stein Ugelvik Larsen [u. a.], Meldungen aus Norwegen (H. → Fehlis), 2008, Bd. 1, S. LXXVIII f.

Korndörfer, Rudolph (1906–1992), Jurist

Q Richter, 2001, S. 237; https://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Korndörfer (27. 10. 2019).

Krack, Gestapo Dsseldorf

Kreuzer, Josef, Dr. jur. (1907–1958)

Q Rhein. Gestapoquellen I, S. 677.

B. Bürokraten und Diplomaten

Kuhl, Günther, Dr. jur. (1907–1948 Hameln, hingerichtet)

Q Meyer, 1971, S. 122; Wsocki, 1997, S. 75–77, 95, 342 f.; Gestapo Oldenburg, 2002, S. 32; NS-Dabeigewesene, Hamburg (Katharina Tenti).

Kuke, Albrecht Joachim (*1908)

Q https://portal.ehri-project.eu/authorities/ehri_pers-000907

Kulzer, Egon, Dr. jur. (* 1906)

Q Schneider, 2005, S. 369.

Kunz (?), Gestapo Breslau

Lange, *Rudolf* Erwin, Dr. jur. (1910–1945 Posen, Suizid)

Q Krausnick/Wilhelm, 1981, S. 641; Wilhelm, 1989, S. 255; Peter Klein, Dr. Rudolf Lange als Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD. Aspekte seines Dienstalltags, in: Wolf Kaiser (Hg.), Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden, Berlin/München 2002, S. 125–136; Wildt, 2002, S. 634; Gestapo Thüringen, 2004, S. 71; Schneider, 2005, S. 135, 370; A. Angrick, Die inszenierte Selbstermächtigung. Motive und Strategie Heydrichs für die Wannsee-Konferenz, in: Norbert Kampe u. Peter Klein (Hg.), Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Dokumente, Forschungsstand, Kontroversen, Köln [u. a.] 2013, S. 241–258, 248 f.

Leiterer, Albert, Dr. jur. (1902–1985)

Q Rupieper/Sperk, Bd. 1 (2003), S. 18; Paul, Ganz normale Akademiker, in: Paul/Mallmann, 1995, S. 249; ders., Zwischen Selbstmord, Illegalität und neuer Karriere, ebd., S. 532; Mallmann/Angrick, 2009, S. 20.

Leitsmann, Paul (1903–1945), Jurist

Q <https://e-gov.gv.at/biografien> (16. 8. 2018).

Liphardt, Fritz, Dr. jur. (1905–1947 Stettin, Suizid in Haft)

Q Einsatzgruppen in Polen, 2008, S. 30, 104.

Lischka, Kurt, Dr. jur. (1909–1989)

Q Freudiger, 2002, S. 225 f.; Heinz Faßbender, Der Prozeß gegen Lischka, [Herbert] Hagen und [Ernst] Heinrichsohn aus der Sicht des ehemaligen Schwurgerichtsvorsitzenden, in: Anne Klein/Jürgen Wilhelm (Hg.), NS-Unrecht vor Kölner Gerichten nach 1945, Köln 2003, S. 177–182; Herbert, 5. Aufl. 2011, S. 193.

Martin, Benno, Dr. jur. (1893–1975)

Q Adler, 1974; Grieser, 1974, S. 309 f. (Kurzbiographie); Jörg Friedrich, Von nichts gewußt, in: Jahrbuch des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, Bd. 1: Erinnerungsarbeit und demokratische Kultur, g. v. Hans-Jochen Vogel u. Ernst Piper, München 1997, S. 79–97, 80; Edith Raim, Die Strafverfahren wegen der Deportation der Juden aus Unter- und Mittelfranken nach 1945, in: Wege in die Vernichtung. Die Deportation der Juden aus Mainfranken 1941–1943. Begleitband zur Ausstellung des Staatsarchivs Würzburg und des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin in Zusammenarbeit mit dem Bezirk Unterfranken, München 2003, S. 178–192; Lilla, Verwaltungsbeamte/BLO (Stand: 2015).

Maurer, Gestapo Gleiwitz

Mildner, Rudolf, Dr. jur. (* 1902)

Q Diamant, 1999, S. 8; Mallmann/Angrick, 2009, S. 13.

Mischke, Alexander; RSHA

Q <https://de.wikipedia.org/wiki/Eichmannreferat> (22.8.2020)

Möller, Gestapo Kiel

Müller („Gestapo-Müller“), Heinrich (1900–1945)

Q Crankshaw, 1959, S. 91–95 u. ö.; Zipfel, 1961, S. 285–287; Adler, 1974; Seeger, 1996; Johannes Tuchel, „... und ihrer aller wartete der Strick.“ Das Zellengefängnis Lehrter Straße 3 nach dem 20. Juli 1944, Berlin 2014, S. S. 209–237, 237.

Müller, Herbert (* 1908), Jurist, seit 1935 Abteilungsleiter der Gestapoleitstelle Berlin

Q <https://virtuell.geschichtsort-hotel-silber.de/virtueller-ort/1928> (1928–1945 Vom Polizeipräsidium zur Gestapo); für die Hilfe bei der Zuordnung der Unterschrift des Beamten danke ich Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin.

Müller, Willy, Regierungsrat; 1937–1939 Leiter der Gestapo Darmstadt

Q https://dfg-vk_darmstadt.de/lexikon_Auflage_2/Gestapo.htm

Neifeind, Kurt (1908–1944), Jurist

Q Adler, 1974, S. 53, 283; Wildt, 2002, S. 299.

Noack, Gestapo Gleiwitz O/S

Otto, Gestapo Breslau.

Panzinger, Friedrich s. u. III

Patschowsky alias Palten, Günter, Dr. jur. (* 1903)

Q Aronson, 1971, S. 156 f.; Graf, 1983, S. 374; Wildt, 2002, S. 351; Herbert, 2011, S. 147, 181 f.

Perlin, Dr., Gestapo Düsseldorf

Pifradner s. u. Achamer-Pifradner

Pitz, Gustav (* 1888)

Q Rhein. Gestapoquellen I, 2012, S. 681.

Popp, Fritz (* 1888), Jurist

Q Paul, Ganz normale Akademiker, in: Paul/Mallmann, 1995, S. 239; Freudiger, 2002, S. 366–369.

B. Bürokraten und Diplomaten

Rasch, Otto, Dr. rer. pol., Dr. jur. (1891–1948)

Q Diamant, 1988, S. 308; Paul, Ganz normale Akademiker, in: Paul/Mallmann, 1995, S. 247; Wildt, 2002, 571 u. ö.; Einsatzgruppen in Polen, 2008, S. 37; Meinel/Zwilling, S. 175.

Rentsch, Johannes (* 1908), Jurist

Q <https://de.wikipedia.org> (12.3.2020).

Richter, Heinz (1903–1974), Jurist

Q Wildt, 2002, S. 549 u. ö.; Einsatzgruppen in Polen, 2008, S. 21, 106.

Riedel, Kurt, Dr. jur. (* 1903)

Q Graf, 1983, S. 377.

Ringshausen, Paul

Q Diamant, 1988, S. 309.

Rössner, Hermann (* 1903)

Q Gestapo Baden, 2001, S. 361 f.

Roth, Erich (* 1910, 1947 an Jugoslawien ausgeliefert, zum Tode verurteilt und hingerichtet)

Q Wildt, 2002, S. 941 f.; Mallmann/Angrick, 2009, S. 12.

Rothmann, Heinrich (* 1908), Jurist

Q BArch, R 3001/83929; R 9361/III; BArch Koblenz, Z 42-VII 2138.

Schäfer, Emanuel, Dr. jur.

Q Freudiger, 2002, S. 198–202.

Schaefer, Karl, Dr. jur. (* 1901)

Q Klein, 1986, S. 48 f.; Diamant, 1988, S. 310.

Schaefer, Gestapo Königsberg/Pr.

Scharpwinkel, Wilhelm, Dr. jur. (1904–1947 in sowjetischer Gefangenschaft)

Q Einsatzgruppen in Polen, 2008, S. 29 f., 104.

Scheffe, Robert, Dr. jur. (* 1909)

Q Wildt, 2002, S. 426; Einsatzgruppen in Polen, 2008, S. 35, 102.

Schick, Walter, Dr. jur. (1909–1944 Königsberg)

Q Adler, 1974, S. 643; Stolle, 1997, S. 65–69; Gestapo Baden, 2001, S. 362 f.

Schimmel, Alfred, Dr.,

Q Münchner Gestapo, 2015, S. 208.

Schlette, Walter, Dr. jur. (* 1904)

Q Banach, 1998, S. 285; Einsatzgruppen in Polen, 2008, S. 28, 107; <https://nordhausen-wiki.de> (3.8.2018)

Schmidt, Fritz (1908–1983), Jurist.

Q www.georg-elsler-arbeitskreis.de/texts/renz8.htm (Ulrich Renz, 2013; 4.4.2020).

Schmidt, Gestapo Neustadt/Weinstr.

Schmüling, Gestapo München.

Schröder, Rudolf (* 1903), Jurist

Q Schneider, 2005, S. 398; <https://virtuell.geschichtsort-hotel-silber.de/virtueller-ort/1928> (1928–1945 Vom Polizeipräsidium zur Gestapo).

Schwitzgebel, Gestapo Köln

Seetzen, Heinz (1906–1945, Suizid), Jurist

Q Bernhard Vollmer, Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte 1934–1936, Stuttgart 1957, S. 14; Meyer, 1971, S. 125 f.; Krausnick/Wilhelm, 1981, S. 642; Paul, Ganz normale Akademiker, in: Paul/Mallmann, 1995, S. 252; Gestapo Oldenburg, 2002, S. 39 f., 48; Lawrence D. Stokes, Heinz Seetzen – Chef des Sonderkommandos 10a, in: Mallmann/Paul, 2004, S. 196–206; Mallmann/Angrick, 2009, S. 11; Rhein. Gestapoquellen I, 2012, S. 683.

Senne, Assessor, Gestapo Breslau

Q Die Bekennende Kirche in Schlesien 1933–1945. Geschichte und Dokumente, bearb. v. Ernst Horig, Göttingen 1977, S. 257.

Sens, Otto (* 1908)

Q Einsatzgruppen in Polen, 2008, S. 27, 107; Alexander Sperk, Staatspolizeistellenleiter, Einsatzkommandoführer, Offizier im Sicherheitsdienst der SS – die Karriere des Otto Sens aus Dessau, in: Dessauer Kalender 2014, S. 68–87.

Söchting, Karl (1903–1947 Jugoslawien, hingerichtet)

Q Klotzbach, 1969, S. 260; Rudolf von Thadden [u. a.] (Hg.), Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 3, Göttingen 1999, S. 222 (Cordula Tollmien); <https://db.yadvashem.org/deportation/supervisorsDetails> (16.8.2018).

Streckenbach, Bruno (1902–1977)

Q Aronson, 1971, S. 136 f.; Meyer, 1971, S. 128–131; Adler, 1974, S. 251; Michael Wildt, Der Hamburger Gestapochef Bruno Streckenbach. Eine nationalsozialistische Karriere, in: Frank Bajohr/Joachim Szodrzynski (Hg.), Hamburg in der NS-Zeit, Ergebnisse neuerer Forschungen, Hamburg 1995, S. 93–124; Gerhard Paul, Zwischen Selbstmord, Illegalität und neuer Karriere. Ehemalige Gestapo-Bedienstete im Nachkriegsdeutschland, in: Paul/Mallmann, 1995, S. 529–547; Seeger, 1996; Wildt, 2002, S. 424 u. ö.; Andreas Hilger, „Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf“? Die Bestrafung deutscher Kriegs- und Gewaltverbrecher in der Sowjetunion und der SBZ/DDR, in: Norbert Frei (Hg.), Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2006, S. 228; Einsatzgruppen in Polen, 2008, S. 20 f.; NS-Dabeigewesene, Hamburg (Katharina Tenti).

B. Bürokraten und Diplomaten

Thomas, Polizeirevieroberwachtmeister

Thomsen, Harro (1911–1974), Jurist

Q Wildt, 2002, S. 944 f.; Weinke, 2009, S. 207.

Tröger, Rudolf, Dr. jur. (* 1905, „angeblich 1941 gefallen“)

Q Diamant, 1999, S. 5; Wildt, 2002, S. 481; Einsatzgruppen in Polen, 2008, S. 41.

Venter, Curt (Kurt), Dr. jur. (* 1911)

Q Berschel, 2001, S. 88, 91 f.; Bastian Fleermann/Hildegard Jakobs/Frank Sparing, Die Gestapo Düsseldorf 1933–1945. Geschichte einer nationalsozialistischen Sonderbehörde im Westen Deutschlands, Düsseldorf ²2014 (¹2012).

Vollbrecht, Hans-Joachim, Dr. jur.

Q Meinel/Zwilling, 2004, S. 694.

vom Felde, Gustav (1908–1943), Jurist

Q Hey, 1987, S. 88 f.; Gestapo Thüringen, 2004, S. 71; Schneider, 2005, S. 136 f., 353.

Waßenberg, Hans, RSHA

Wedel, Wilhelm Graf von (1891–1939)

Q Wolf Christian von Wedel Parlow, Ostelbischer Adel im Nationalsozialismus. Familienerinnerungen am Beispiel der Wedel, Göttingen 2017.

Weintz, Karl-Richard (* 1908), Jurist

Q Banach, 1998, S. 257, 309; https://www.dfg-vk-darmstadt.de/Lexikon_Auflage_2/Gestapo.htm.

Weisgerber, Gestapo Kattowitz

Weiss/Weiß-Bollandt, Anton (* 1909), Jurist

Q VEJ 3, 2012, S. 216.

Wicklmayr, Karl, Dr. jur. (1904–1983)

Q Adler, 1974; Lilla, Verwaltungshandbuch/BLO (Stand: 2015).

Witiska, Josef, Dr. jur. (1894–1946, Suizid)

Q Klee, ²2007, S. 682.

Wöhrn, Fritz

Q Adler, 1974, S. 83; Freudiger, 2002, S. 210–216.

Wössner, Robert (?), Gestapo Karlsruhe

Wolff, Hans-Helmuth (1910–1969), Jurist

Q Schneider, 2005, S. 138 f., 388.

II. Auswärtiges Amt

Wolff, Gestapo Köln

Wolter, Willi (1907–1969)

Q Wildt, 2002, S. 946.

Wyrwich, Johannes

Q Einwohner-Adressbuch Hindenburg OS 1938: <https://www.sbc.org.pl/libra/publicqation/1064/edition/948/>

Zimmermann, Herbert, Dr. jur. (Suizid 1965)

Q Mallmann/Angrick, 2009, S. 11.

Zwade, Erich, Dr. jur.

Q Banach, 1998, S. 284.

II. Auswärtiges Amt

Das Auswärtige Amt war von Anfang an in Planung und Praxis der Ausbürgerung deutscher Emigranten eingebunden. Die Diplomaten spielten aber nicht die „erste Geige“¹³. Die Namen der „Kooperativtäter“¹⁴, die der Ausbürgerung *des Juden* zustimmten, werden in der Dokumentation in der Regel nur genannt, wenn die Äußerung für den Einzelfall bedeutsam schien. Im Rahmen der Sondierung wäre eine Entzifferung und Zuordnung aller Unterschriften bzw. Paraphen in den amtlichen Schriftstücken ohnehin nicht möglich gewesen. Die Angaben zu den genannten Diplomaten beschränken sich in der Regel auf den Nachweis der Lebensdaten und – im Einzelfall – auf den Zeitpunkt der „Wiedereinberufung“ in den Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik Deutschland. Für weitere Informationen wird in der Annotation (Q) auf die entsprechende Kurzbiographie im Biographischen Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes (BHdAD) verwiesen. Die amtliche Funktion der in der Dokumentation genannten Diplomaten ergibt sich in der Regel aus dem Kontext.

Achenbach, Ernst, Dr. jur. (1909–1991)

Q BHdAD I, 2000, S. 3 f.; BHMdB I, 2002, S. 1 f.

Bargen, Werner von (1898–1975), 1951 Einberufung in den Auswärtigen Dienst

Q BHdAD I, 2000, S. 70 f.

Below, Carl von (1891–1973)

Q BHdAD I, 2000, S. 97.

¹³ Moshe Zimmermann, Das Auswärtige Amt und der Holocaust, in: Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur, 2014, S. 165–176, 168.

¹⁴ Sebastian Weitkamp, Kooperativtäter – die Beteiligung des Auswärtigen Amtes an der NS-Gewaltpolitik jenseits der „Endlösung“, in: Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur, 2014, S. 197–217.

B. Bürokraten und Diplomaten

Bismarck, Otto Fürst von (1897–1975)

Q M.d.R., ³1994, S. 41/Nr. 131; BHdAD I, 2000, S. 167f.; BHMdB I, 2002, S. 70.

Bogs, Alexander (de) (1896–1989)

Q BHdAD I, 2000, S. 207f.

Bräutigam, Otto, Dr. jur. (1895–1992), 1953 Einberufung in den Auswärtigen Dienst

Q Bräutigam, 1968 ~ Das Kriegstagebuch des Diplomaten Otto Bräutigam. Eingel. u. bearb. von H. D. Heilmann, in: Götz Aly [u. a.], Biedermann und Schreibtischtäter. Materialien zur deutschen Täter-Biographie, Berlin 1987, S. 123–187 ~ Adler, 1974; BHdAD I, 2000, S. 248–250 ~ Nachlass: PA/AA.

Bülow, Bernhard Wilhelm von (1885–1936), Staatssekretär (seit 1930)

Q NDB 2, 1955, S. 732 f. (Walter Schoenborn); BHdAD I, 2000, S. 327f.

Bülow-Schwante, Vicco von (1891–1970)

Q Browning, 2010 (1978), S. 25 ff.; BHdAD I, 2000, S. 335f.

Campe, Carl von (1894–1977), 1951 Einberufung in den Auswärtigen Dienst

Q BHdAD I, 2000, S. 368f.

Dieckhoff, Hans Heinrich, Dr. jur. (1884–1952)

Q BHdAD I, 2000, S. 420f.

Duckwitz, Albert (1893–1959)

Q BHdAD I, 2000, S. 466.

Ettel, Erwin (1895–1971), 1950–1956 unter dem Pseudonym Ernst Krüger außenpolitischer Redakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“

Q BHdAD I, 2000, S. 530f.

Frenzel, Ernst (1904–1978)

Q BHdAD I, 2000, S. 601; Lilla, 2004, S. 156/Nr. 262.

Gaus, Friedrich (1881–1955)

Q BHdAD II, 2005, S. 15f.

Grabowsky, Hans (1889–1971)

Q BHdAD II, 2005, S. 74f.

Grimm, Hans, Dr. jur. (1888–1959)

Q BHdAD II, 2005, S. 98–100,

Halem, Gustav Adolph von (1899–1999)

Q BHdAD II, 2005, S. 183f.

II. Auswärtiges Amt

Heinrich, Karl, Amtsrat

Q Hübinger, 1974, S. 641 (PA/AA: Handakten).

Hempel, Eduard (1887–1972), 1950/51 Bundeskanzleramt

Q BHdAD II, 2005, S. 262 f.

Hinrichs, Walther, Dr. Ing. (1882–1964)

Q BHdAD II, 2005, S. 318–320, u. V, 2014, S. 492.

Holleben, Werner von (1902–1985), 1950 Einberufung in den Auswärtigen Dienst

Q BHdAD II, 2005, S. 353 f.

Hoyningen-Huene, Oswald Baron von (1885–1963)

Q BHdAD II, 2005, S. 380 f.

Huene, von s. Hoyningen-Huene

Kessel, Albrecht von (1902–1976), 1950 Bundeskanzleramt, Einberufung in den Auswärtigen Dienst

Q BHdAD II, 2005, S. 511 f.

Klaiber, Manfred (1903–1981), 1949 Chef des Bundespräsidialamts, 1957 Versetzung in den Auswärtigen Dienst

Q BHdAD II, 2005, S. 538–540.

Klingenuß, Karl, Dr. phil. (1901–1990)

Q BHdAD II, 2005, S. 556.

Köhler, W., Wahlkonsul (Kuba)

Kotze, Hans Ulrich von (1891–1941)

Q BHdAD II, 2005, S. 615 f.

Kühn, Joachim (1892–1978), 1952 Einberufung in den Auswärtigen Dienst

Q BHdAD II, 2005, S. 687–689.

Levetzow, Werner von (1886–1967)

Q BHdAD III, 2008, S. 65 f.

Löper

Ludwig

Luther, Hans (1879–1962)

Q NDB 15 (1987), S. 544–547 (Karl Erich Born); BHdAD III, 2008, S. 144–146.

B. Bürokraten und Diplomaten

Luther, Martin (1895–1945)

Q Döscher, 1991, S. 256–261; BHdAD III, 2008, S. 146 f.

Mackensen, Hans Georg von (1883–1947)

Q BHdAD III, 2008, S. 159 f.

Meyer, W. (Shanghai)

Müller, Gustav Albert (1892–1972)

Q BHdAD III, 2008, S. 307 f.

Müller, Herbert, Dr. jur. (1910–1988)

Q BHdAD III, 2008, S. 309 f.

Nager

Neurath, Konstantin Frhr. v. (1873–1956)

Q Frank Raberg, Das Aushängeschild der Hitler-Regierung. Konstantin Freiherr von Neurath, Außenminister des Deutschen Reiches (1932–1938), in: Die Führer der Provinz, 1997, S. 503–538; NDB 19 (1999), S. 178 f. (Hans-Jürgen Döscher); BHdAD III, 2008, S. 358 f.

Neuwirth, Ernst (* 1912)

Q BHdAD III, 2008, S. 361 f.

Pausch, Walter, Dr. jur. (1905–2003)

Q BHdAD III, 2008, S. 444 f.

Picot, Werner (1903–1992)

Q BHdAD III, 2008, S. 476.

Pochhammer, Wilhelm von (1892–1982), 1953 Einberufung in den Auswärtigen Dienst

Q BHdAD III, 2008, S. 496–498.

Rabes, Rudolf, Dr. jur. (1900–1971), 1952 Einberufung in den Auswärtigen Dienst

Q BHdAD III, 2008, S. 545 f.

Rademacher, Franz, Dr. jur. (1906–1973)

Q Adler, 1974; Döscher, 1991, S. 213–239; BHdAD III, 2008, S. 548 f.; Handbuch des Antisemitismus, II, 2 (2009), S. 665 f. (Gideon Botsch).

Rausch, DGK Lugano

Ribbentrop, Joachim von (1893–1946 Nürnberg, hingerichtet)

Q NDB 21 (2003), S. 500–502 (Wolfgang Michalka); BHdAD III, 2008, S. 644 f.

II. Auswärtiges Amt

Ringelmann, Max, Dr. jur. (1902–1980), 1951 Einberufung in den Auswärtigen Dienst
Q BHdAD III, 2008, S. 676 f.

Röhrecke, Hans Felix, Dr. jur. (1888–1973), 1953 Einberufung in den Auswärtigen Dienst
Q BHdAD III, 2008, S. 697 f.

Schaumburg-Lippe, Stephan Prinz zu (1891–1965)
Q BHdAD IV, 2012, S. 49 f.

Schulenburg, Friedrich Werner Graf von der (1875–1944 Berlin-Plötzensee, hingerichtet)
Q NDB 23 (2007), S. 679 f. (Johannes Hürter); BHdAD IV, 2012, S. 189–191.

Schumburg, Emil, Dr. jur. (1898–1961)
Q Hübing, 1974, S. 324 f., 407 f.; Döscher, 1991, S. 119–133; Handbuch des Antisemitismus, II, 2 (2009), S. 752 f. (Hans-Jürgen Döscher); BHdAD IV, 2012, S. 207 f.

Schwarzmann, Hans, Dr. jur. (1913–1994), 1950 Einberufung in den Auswärtigen Dienst
Q BHdAD IV, 2012, S. 218 f.

Thadden, Eberhard von (1909–1964)
Q Döscher, 1991, S. 276–281; Sebastian Weitkamp, Braune Diplomaten. Horst Wagner und Eberhard von Thadden als Funktionäre der „Endlösung“, Bonn 2008; Handbuch des Antisemitismus, II, 2, (2009), S. 824 f. (S. Weitkamp); BHdAD V, 2014, S. 17 f.

Todenhöfer, Gerhard, Dr. jur. (1913–1973)
Q BHdAD V, 2014, S. 54 f.

Trützscher von Falkenstein, Heinz von, Dr. phil. (1902–1971), 1949 Bundeskanzleramt, Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten, seit 1951 Auswärtiger Dienst
Q BHdAD V, 2014, S. 75 f.

Velhagen, Adolf, Dr. jur. (1906–1964), 1950 Einberufung in den Auswärtigen Dienst
Q BHdAD V, 2014, S. 116 f.

Weizsäcker, Ernst Frhr. von (1882–1951)
Q BHdAD V, 2014, S. 223–225.

Werkmeister, Karl (1898–1976), seit 1950 Bundesministerium für den Marshallplan, 1957 Übernahme in den Auswärtigen Dienst
Q BHdAD V, 2014, S. 241–243.

III. Reichsministerium des Innern

„Auf Grund § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933“ erklärte der Reichsminister des Innern „im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen“ seit 1933 „Reichsangehörige der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig“. Gemäß Begriffsbestimmung der GGO I (1930, S. 314) bedeutet „Im Einvernehmen mit: Verlangt Uebereinstimmung der beteiligten Stellen über die beabsichtigten Maßnahmen.“ Genannt werden im Folgenden in der Dokumentation namentlich erwähnte Beamte sowie die Unterzeichneten der Ausbürgerungslisten, einschließlich der zeichnenden Beamten des Sicherheitsapparates.

Conti, Leonardo, Dr. med. (1900–1945 Nürnberg, Suizid) ~ 1932/33 M.d.L. (Preußen) u. 1941–1945 Md.R.; NSDAP; seit 20. 4. 1939 Reichsgesundheitsführer, seit 27. 8. 1939 Staatssekretär für das Gesundheitswesen im Reichsministerium des Innern; SS-Brigadeführer (1939), SS-Gruppenführer (1941)

Q Lilla, Statisten in Uniform, 2004, S. 81–83/Nr. 144; Jasch, 2012, S. 465 f.

Duckart, Wolfgang (* 1901), Ministerialrat

Q <https://www.archivportal-d.de>

Ehrensberger, Otto (1887–1968), Landrat, seit 1938 im Reichsministerium des Innern, Ministerialdirektor (1941), bis 1945 Vertreter des Staatssekretärs → Stuckart, Leiter der Abt. II Zivile Reichsverteidigung, zusammen mit Ministerialdirigent Kurt Jacobi, Verbindung zum Kreisauer Kreis; 1948–1954 Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof

Q Stephan Lehnstaedt, Das Reichsministerium des Innern unter Heinrich Himmler 1943–1945, in: VfZ 54 (2006), 4, S. 639–672, S. 649, 670; zur Rolle von Ehrensberger und Jacobi – nach 1945 Leiter der Stiftungskanzlei Bethel – bei der Personalauswahl für das Bonner Innenministerium vgl. Udo Wengst, Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1984, S. 93; Jasch, 2012, S. 467; Bösch/Wirsching, 2018, S. 59, 63, 90.

Eichmann, Adolf (1906–1962 Ramleh bei Tel Aviv, hingerichtet), seit Dez. 1939 im RSHA Leiter des Referates IV D 4 „Räumung und Auswanderung“, seit 1941 des Referates „Judenangelegenheiten und Räumungsangelegenheiten“, SS-Obersturmbannführer

Q Kempner, 1961. Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem: ein Bericht von der Banalität des Bösen. Aus dem Amerikan. von Brigitte Granzow, München 1964; Yaacov Lozowick, Hitlers Bürokraten. Eichmann, seine willigen Vollstrecker und die Banalität des Bösen, Zürich [u. a.] 2000; David Cesarini, Adolf Eichmann, Bürokrat und Massenmörder. Übersetzt von Klau-Dieter Schmidt, Berlin 2004; Handbuch des Antisemitismus, II, 1 (2009), AS. 198–200 (Mario Wenzel); www.dhm.de/lemo/biografie/adolf-eichmann (Susanne Eckelmann, Dr. Mark Rüdiger, 14. 9. 2014) (12. 9. 2019); Annette Weinke, Der Prozess gegen Adolf Eichmann, Israel 1961 (Mai 2018), in: www.lexikon-der-politischen-straftprozesse.de: (24. 4. 2020).

Faust, Hans, Dr. jur. (1894–1974), Ministerialdirektor; bis Ende 1944 hauptsächlich, für den Totalen-Kriegs-Ausschuss von Joseph Goebbels tätig, seit Jan. 1945 Leiter der Abt. I Verfassung, Verwaltung, Gesetzgebung und der Abt. III Personalien und Beamtentum, zusammen mit Ministerialrat Dr. Joachim, im Reichsministerium des Innern

Q Lehnstaedt (→ Ehrensberger), S. 649, 659 f.

Frick, Wilhelm, Dr. jur. (1877–1946 Nürnberg; hingerichtet), M.d.R. (1924–1945), 1933–1943 Reichsminister des Innern

Q NDB 5 (1961), S. 432 f. (Gerhard Schulz); Günter Neliba, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn 1992; Lilla, Statisten in Uniform, 2004, S. 160 f./Nr. 269; Handbuch des Antisemitismus, II, 1, (2009), S. 255 f. (Mario Wenzel); Jasch, 2012, S. 469 f.

Günther, Rolf (1913–1945), enger Mitarbeiter von Adolf → Eichmann im RSHA

Q Bernhard Lösener, Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, in: VfZ 9 (1961), 3, S. 264–313, 295.

Hering, Hermann (* 1874), Geh. Regierungsrat (19179, zuletzt Ministerialdirigent im Reichsministerium des Innern, Abt. I, seit 1941 Stellvertreter des Staatssekretärs Wilhelm → Stuckart; Ruhestand: 1944; NSDAP (seit Okt. 1941)

Q Adler, 1974, S. 497, 499 f.; Hübing, 1974, S. 473, Anm. 3; Jasch, 2912, S. 473.

Himmler, Heinrich (1900–1945 Suizid), M.d.R. (1930–1945), seit 1929 Reichsführer-SS, seit 21. 4. 1934 Inspekteur der Geheimen Staatspolizei, seit 17. 6. 1936 Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern, seit 1943 auch Reichsminister des Innern

Q NDB 9 (1972), S. 172–175 (Wolfgang Scheffler); Lilla, Statisten in Uniform, 2004, S. 245–247/ Nr. 428; Jasch, 2012, S. 474 f.

Hoche, Werner, Dr. jur. (* 1890), Leiter des Verwaltungsrechtsreferats im Reichsministerium des Innern, seit 1939 Ministerialdirigent

Q 1926 als Oberregierungsrat und 1927 als Ministerialrat im RMdI Mitautor der 23. u. 24. Aufl. des „Handbuchs der Verfassung und Verwaltung in Preußen und dem Deutschen Reiche“ von Graf Hue de Grais †; Jasch, 2012, S. 130.

Hunsche, Otto (1911–1994), Jurist; Gestapobeamter in Berlin, Düsseldorf und im RSHA, Abt. IV B 4, dort 1943 zuständig für die Sachgebiete „Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens“ und „Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“; nach 1945 als „Regierungsrat im Reichsfinanzministerium“ aus der Internierung entlassen. Wegen Beteiligung an der Deportation der ungarischen Juden wurde Hunsche – inzwischen in Datteln/Westf. als Rechtsanwalt niedergelassen – 1957 verhaftet und am 13. 7. 1962 wegen Beihilfe zum Mord zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt; nach Aufhebung des Urteils durch den Bundesgerichtshof endete ein neues Verfahren vor dem Frankfurter Landgericht 1964/65 mit einem Freispruch. In einer Neuverhandlung 1968/69 wurde Hunsche dann zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Wege der Revision änderte der Bundesgerichtshof lediglich die Umwandlung der Zuchthausstrafe in eine Freiheitsstrafe. Am 24. 2. 1975 kam Hunsche, seit dem 1. 6. 1971 in Tegel in Haft, nach Aussetzung der Restfreiheitsstrafe zur Bewährung auf freien Fuß. ~ In seinem Gesuch um Zulassung als Rechtsanwalt hatte Hunsche am 23. 9. 1952 gegenüber dem OLG-Präsidenten in Hamm u. a. eine Bearbeitung von Anträgen zur „Aberkennung der Staatsangehörigkeit“ von Juden ausdrücklich bestritten und auch seine Tätigkeit in Ungarn als „ebenfalls rein verwaltungsrechtlicher Art“ dargestellt.

Q Claudia Steur, Eichmanns Emissäre. Die ‚Judenberater‘ in Hitlers Europa, in: Paul/Mallmann, 2000. S. 403–436, 428, 436; Freudiger, 2002, S. 228; Katharina Rauschenberger, Werner Renz (Hg.)

B. Bürokraten und Diplomaten

unter Mitarb. v. Steven Schindler, Henry Ormond – Anwalt der Opfer. Plädoyers in NS-Prozessen, Frankfurt/New York 2015; S. 137–224 (Krumei-Hunsche-Prozesse; Einführung von Werner Renz, S. 137–149), 148 f., 197.

Kaltenbrunner, Ernst, Dr. jur. (1903–1946 Nürnberg; hingerichtet), M.d.R. 1938–1945; 30. 1. 1943–1945 Chef der Deutschen Sicherheitspolizei und des SD sowie Chef des RSHA, zugleich Staatssekretär im Reichsministerium des Innern

Q NDB 11 (1971), S. 72 f. (Heinz Boberach); Bradley F. Smith, Der Jahrhundert-Prozeß. Die Motive der Richter von Nürnberg – Anatomie einer Urteilsfindung, Frankfurt a. M. 1977, S. 206–209, 356 f.; Lilla, Statisten in Uniform, 2004, S. 290–293/Nr. 504.

Loehrs, Edgar Georg, Dr. jur. (* 1870)

Q <https://www.archivportal-d.de>

Lösener, Bernhard, Dr. jur. (1890–1952), Ministerialrat

Q Bernhard Lösener, Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, in: VfZ 9 (1961), 3, S. 264–313.

Müller, Heinrich *s. u.* I

Panzinger, Friedrich (1903–1959, Suizid bei Verhaftung), seit 1937 Gestapo Berlin, enger Vertrauter von Heinrich → Müller; 1943/44 Leiter der Einsatzgruppe A, seit 15. 8. 1944 Leiter des Reichskriminalpolizeiamtes (seit 27. 9. 1939 Amt V des RSHA), 1952 in der Sowjetunion verurteilt (Zwangsarbeit), 1955 in die Bundesrepublik abgeschoben

Q <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Person:124912273>; Wildt, ²2003, S. 338 f.; Constantin Goschler/Michael Wildt, „Keine neue Gestapo“. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und NS-Vergangenheit, Hamburg 2015 (Lizenzausgabe: Darmstadt 2015), S. 112 f.; Daniel Stange/Ingo Wirth, Friedrich Panzinger (1903–1959): Letzter Chef der Reichskriminalpolizei, in: ZfG 67 (2019), 11, S. 913–933.

Pfundtner, Hans (1881–1945, Suizid), seit 1925 Rechtsanwalt und Notar (Berlin); DNVP, seit 1. 3. 1932 NSDAP; 1933–1943 leitender Staatssekretär im Reichsministerium des Innern; beim Amtswechsel von Frick zu Himmler „mit einer fürstlichen Dotation“ (Lehnstaedt) auf eigenen Wunsch in den Wartestand versetzt

Q Adler, 1974, S. 52, 498 f.; Lehnstaedt (→ Ehrensberger), S. 652; Handbuch des Antisemitismus II, 2 (2009), S. 636 f. (Philipp Wegehaupt); Jasch, 2012, S. 483 f.

Schütze, Erwin, Dr. jur. (* 1887), Ministerialdirektor, bis 1940 Leiter der Personalabteilung im Reichsministerium des Innern

Q Graf, 1983, S. 383 f.; Jasch, 2012, S. 128 f.

Stuckart, Wilhelm, Dr. jur. (1902–1953), seit 11. 3. 1935 Staatssekretär im Reichs- und Preuß. Ministerium des Innern/Reichsministerium des Innern; 3./5.–23. Mai 1945 Minister für Inneres und Kultus der „Geschäftsführenden Reichsregierung“; 1945 festgenommen und am 11. 4. 1949 im Wilhelmstraßen-Prozess vom Nürnberger Militärtribunal wegen Kriegsverbrechen – „Menschlichkeitsverbrechen von 1938 bis 1945“, „Plünderung“ und „Organisationsverbrechen, das heißt Mitgliedschaft in verbrecheri-

III. Reichsministerium des Innern

schen Organisationen“ – zu 3 Jahren, 10 Monaten und 20 Tagen Haft verurteilt; die Strafe war mit dem Tag der Urteilsverkündung verbüßt.

Q Handbuch des Antisemitismus, II, 2 (2009), S. 809 f. (Phillip Wegehaupt); Jasch, 2012.

Surén, Friedrich (- Karl), Dr. jur. (1888–1969), seit 1920 im preuß. Ministerium des Innern, seit 1932 Leiter der Kommunalabteilung, später im RMdI, Ministerialdirektor, 1943 in den Wartestand versetzt

Q Wolf Gruner, Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkungen lokaler und zentraler Politik im NS-Staat (1933–1942), München 2002, S. 27; Lehnstaedt, S. 663 (→ Ehrensberger); Jasch, 2012, S. 129.

C. Quellen und Literatur

Archive

BArch ~ Bundesarchiv, Berlin

EAB ~ Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO), Abt. I – Entschädigungsbehörde, Berlin

PA/AA ~ Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin

LBI ~ Leo Baeck Institute, New York: www.lbi.org

SwissA ~ Schweizerischen Bundesarchiv, Bern, Archivportal: www.recherche.bar.admin.ch

WGA Datenbank ~ Wiedergutmachungsakten, Landesarchiv Berlin: wga-datenbank.de

Yad Vashem ~ Digital Collections Yad Vashem: www.yadvashem.org

Verzeichnisse

a) Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat

Blau, 1954 ~ Bruno Blau, Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933–1945, Düsseldorf 1954 (New York 1952; Düsseldorf 1965).

Walk, 1981 ~ Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung. Hg. v. Joseph Walk unter Mitarb. v. Daniel Cil Brecher [u. a.], Heidelberg/Karlsruhe 1981.

b) Ausbürgerung

Misch, 1938 ~ Carl Misch, Gesamtverzeichnis der Ausbürgerungslisten 1933–1938. Nach dem amtlichen Abdruck des „Reichsanzeigers“ zusammengestellt u. bearb. v. –, hg. im Verlag der „Pariser Tageszeitung“ [Paris 1939].

Reichsausbürgerungskartei, 1938–1944 ~ Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern (Hg.), Verzeichnis der Personen, denen die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden ist, Berlin, Lfg. 1–212 (1938–1944), 14 Karteikästen [DNB/Leipzig: Deutsches Exilarchiv 1933–1945].

Protektoratsangehörige, 1941–1944 ~ Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern [bis 1942]/Der Deutsche Staatsminister für Böhmen und Mähren (Hg.), Verzeichnis der Personen, denen die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden ist. Protektoratsangehörige Böhmen und Mähren, Berlin/Prag, Lfg. 1–21 (1941–1944), 1 Karteikasten [DNB/Leipzig: Deutsches Exilarchiv 1933–1945].

Hepp ~ Hepp, Michael (Hg.), Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933–45 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen, 3 Bde., München [u. a.] 1985/1988.

c) Rechtsanwälte

Rechtsanwälte, 1932 ~ Mitglieder-Verzeichnis der Reichsgruppe Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher geordnet nach Gerichtsbehörden nebst Mitteilungen über die Organisation der Rechtsanwaltschaft und einem Verzeichnis der Gerichtsorte. Zugleich Verzeichnis der Mitglieder des Deutschen Anwaltvereins. Geschlossen: 1. Juni 1932. Hg. vom Deutschen Anwaltverein in Leipzig 1932.

Rechtsanwälte (Berlin), 1933/34 ~ Verzeichnis der im Bezirk der Anwaltskammer zu Berlin zugelassenen Rechtsanwälte. Stand vom 5. Oktober 1933, veröffentlicht vom Vorstand der Anwaltskammer zu Berlin, u. Nachtrag zum Verzeichnis der Berliner Rechtsanwälte enthal-

C. Quellen und Literatur

- tend Veränderungen, die in der Zeit vom 15. Oktober 1933 bis 15. Oktober 1934 eingetreten sind. [Berlin, Druck: Hans Soldan-Stiftung 1934].
- Rechtsanwälte, 1934 ~ Verzeichnis der Reichsfachgruppe der Rechtsanwälte des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen. Nach dem Stande vom 10. Januar 1934. Hg. vom Reichsgruppenleiter der Berufsgruppe Rechtsanwälte, Rechtsanwalt Dr. Walter Raeke, M.d.R. in Hamburg, Leipzig 1934.
- Verzeichnis nichtarischer Rechtsanwälte, 1934 ~ Verzeichnis nichtarischer Rechtsanwälte Deutschlands, Berlin, 1. November 1934.
- Mitglieder-Verzeichnis des National-Sozialistischen Rechtswahrerbundes e. V. Reichsgruppe Rechtsanwälte angeschlossen je 1 Verzeichnis der Nur-Notare und Patentanwälte. Geschlossen: 30. April 1937. Hg. i. Auftr. d. Reichsgeschäftsstelle des National-Sozialistischen Rechtswahrerbundes v. dem Reichsgruppenwalter Rechtsanwalt Dr. Heinrich Droege, Berlin 1937.
- Verzeichnis nichtarischer Rechtsanwälte, 1937 ~ Verzeichnis nichtarischer Rechtsanwälte Deutschlands, Berlin [1. Sept.] 1937.

d) Indizierte Literatur

- Liste 1 des schädlichen und unerwünschten Schrifttums. Gemäß §1 der Anordnung des Präsidenten der Reichsschrifttumskammer vom 25. April 1935 bearb. u. hg. v. der Reichsschrifttumskammer, Berlin: Stand vom Oktober 1935.
- Nachträge I – III zur Liste 1 des schädlichen und unerwünschten Schrifttums, Gestapa Berlin: Stand vom [31. März, 30. April u.] 10. Juni 1936.
- Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums. Leipzig: Stand vom 32. Dezember 1938.
- Jahresliste 1939 des schädlichen und unerwünschten Schrifttums, Leipzig [o. J.].
- Jahresliste 1940 des schädlichen und unerwünschten Schrifttums, Leipzig [o. J.].

e) Steuersteckbriefe und Vermögensbeschlagnahme (Nachweis)

- Reichssteuerblatt. Gesamtinhaltsverzeichnis 1932 bis 1935. Hg. vom Reichsfinanzministerium, Berlin 1936, S. 140–142.
- Reichssteuerblatt. Gesamtinhaltsverzeichnis 1936 bis 1940. Hg. vom Reichsfinanzministerium, Berlin 1941, S. 186–190.

f) Kriminalpolizeiblatt – Steckbriefregister – Sonderfahndungslisten

- Deutsches Kriminalpolizeiblatt. Hg. v. Reichskriminalpolizeiamt in Berlin, 8. Jg. (1933) – 13. Jg. (1940).
- Deutsches Steckbriefregister. Hg. v. Polizeipräsidium, Landeskriminalpolizeiamt (Schriftleitung) Berlin, 6. Jg. (1933) – 7. Jg. (1934).
- Sonderfahndungsliste G. B. ~ The Black Book (Sonderfahndungsliste G. B.). Published by the Imperial War Museum, London 1989.
- Sonderfahndungsliste UdSSR ~ Werner Röder, Sonderfahndungsliste UdSSR, Erlangen 1977 u. Faksimile der Sonderfahndungsliste, 1941.

g) Verzeichnis jüdischer Verfasser juristischer Schriften

- Verzeichnis jüdischer Verfasser juristischer Schriften. Von Erwin Albert, 2. ergänzte Auflage, Stuttgart 1937 (¹1936).

h) Sammler und Sammlungen

- Maecenas ~ Maecenas. Hg. v. Dr. Joachim Stern, Berlin ¹1927, ²1930 [I. Teil: Mittel-, Nord- und Osteuropa].

Kurztitel (einschließlich Online-Veröffentlichungen)

- Aberkennung akademischer Titel: Die Erklärung des Präsidenten der Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. [Hans] Meyer, am 7. 7. 1998 zur Aberkennung akademischer Titel im Wortlaut: <https://www.geschichte.hu-berlin.de/en/forschung-und-projekte-en-old/>
- Aberkennungen akademischer Grade s. u. Reichsanzeiger
- ABJ ~ Archiv Bibliographia Judaica. Lexikon deutsch-jüdischer Autoren
- Adam, 1976 ~ Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972.
- Adler, 1974 ~ H[ans] G[ünther] Adler, Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974.
- Advokaten 1938, 2010 ~ Barbara Sauer/Ilse Reiter-Zatloukal, Advokaten 1938. Das Schicksal der in den Jahren 1938 bis 1945 verfolgten österreichischen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte. Wien 2010.
- Alltag im Exil, 2011 ~ Daniel Azuélos (Hg.), Alltag im Exil, Würzburg 2011.
- Alvermann, 2003 ~ Alvermann, Dirk: Die Aberkennung akademischer Grade an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald während der NS-Zeit und ihre Aufhebung 1945–55, in: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 7 (2003), 2, S. 14–23.
- Das Amt, 2010 ~ Eckart Conze [u. a.], Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010 (12010).
- Anwälte und ihre Geschichte, 2005 ~ Anwälte und ihre Geschichte. Eine Ausstellung von Dokumenten aus dem 18. bis 20. Jahrhundert, hg. v. Deutschen Anwaltverein, ausgewählt v. Hinrich Rüping, Bonn 2005.
- Anwälte und ihre Geschichte, 2011 ~ Anwälte und ihre Geschichte. Zum 140. Gründungsjahr des Deutschen Anwaltvereins hg. vom Deutschen Anwaltverein, Tübingen 2011.
- AnwBl ~ Anwaltsblatt
- Anwaltschaft und Notariat in Münster. Festgabe der Vereinigung der Rechtsanwälte und Notare Münster e. V. zum Stadtjubiläum 1993, Münster 1993.
- AöR ~ Archiv des öffentlichen Rechts
- AoRB, 2007 ~ Simone Ladwig-Winters, Anwalt ohne Recht. Das Schicksal jüdischer Anwälte in Berlin nach 1933, Hg.: Rechtsanwaltskammer Berlin, Berlin-Brandenburg 2007 (1998).
- AoRD, 2007 ~ Bundesrechtsanwaltskammer (Hg.), Anwalt ohne Recht. Schicksale jüdischer Anwälte in Deutschland nach 1933. [Der Band beruht auf einer Wanderausstellung der Bundesrechtsanwaltskammer in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Juristentag e. V., Konzeption der Ausstellung Dr. Simone Ladwig-Winters, Berlin], Berlin-Brandenburg 2007.
- AoRSH, 2014 ~ Anwalt ohne Recht. Schicksale jüdischer Rechtsanwälte nach 1933 – insbesondere in Schleswig-Holstein, 2014: Schleswig-Holsteinische Anzeigen (www.schleswig-holstein.de/Justizministerialblatt/DE/...)
- Aronson, 1971 ~ Shlomo Aronson, Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD, Stuttgart 1971.
- Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur, 2014 ~ Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur. Forschungsstand – Forschungskontroversen – Forschungsdesiderate. Hg. v. Johannes Hürter, Berlin [u. a.] 2014.
- Auswärtiges Amt, 2018 ~ Auswärtiges Amt, Politisches Archiv und Historischer Dienst (Hg.), Das Politische Archiv des Auswärtigen Amts/The Political Archive of the Federal Foreign Office, Berlin: November 2018: www.auswaertiges-amt.de/blob/215198/2f13a717ace2b
- Azuélos s. u. Alltag im Exil, 2011
- Banach, 1998 ~ Jens Banach, Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheistpolizei und des SD 1936–1945, Paderborn [u. a.] 1998.
- Banach, 2000 ~ Jens Banach, Heydrichs Vertreter im Feld. Die Inspekture, Kommandeure und Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD, in: Paul/Mallmann, 2000, S. 82–99.

- BBB, 1983, Ergänzungsbd. 1988 ~ Bosls Bayerische Biographie. 8000 Persönlichkeiten aus 15 Jahrhunderten. Hg. v. Karl Bosl, Regensburg 1983, Ergänzungsband 1988.
- Becker, [1994] ~ Katharina Becker, Die Aberkennung des Doktorgrades im Dritten Reich. Das Beispiel Frankfurt am Main, Frankfurt/M. [1994].
- Becker, 2014 ~ Katharina Becker, Die Aberkennung des Doktorgrades im Dritten Reich. Das Beispiel Frankfurt am Main, in: *Forschung Frankfurt* 2, 2014, S. 135–137: Akademischer Tod: Die Aberkennung des Doktorgrades. Von der Schwierigkeit, nationalsozialistisches Unrecht wiedergutzumachen ([PDF]: www.forschung-frankfurt.uni-frankfurt.de/53403257)
- Becker, 2008 ~ Thomas Becker (Hg.), Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im ‚Dritten Reich‘ und in der Nachkriegszeit, Göttingen 2008.
- Beddies, 2014 ~ Jüdische Ärztinnen und Ärzte im Nationalsozialismus. Entrechtung, Vertreibung, Ermordung. Hg. v. Thomas Beddies, Susanne Doetz u. Christoph Kopke, Berlin/Boston 2014.
- Bennhold, 1992 ~ Martin Bennhold, Juristen im Exil, in: *Die Künste und die Wissenschaften im Exil 1933–1945*, hg. v. Edith Böhme u. Wolfgang Motzkau-Valeton, Gerlingen 1992, S. 503–532.
- Benz, 1991 ~ Wolfgang Benz (Hg.), *Das Exil der kleinen Leute. Alltagserfahrung deutscher Juden in der Emigration*, München 1991.
- Benz, 1993 ~ Wolfgang Benz, Von der Entrechtung zur Verfolgung und Vernichtung. Jüdische Juristen unter dem nationalsozialistischen Regime, in: *Deutsche Juristen jüdischer Herkunft*, 1993, S. 813–852.
- Benz, 1999 ~ Wolfgang Benz, Jüdische Juristen unter dem nationalsozialistischen Regime. Von der Entrechtung zur Verfolgung und Vernichtung, in: *Justiz und Judentum. Juristische Zeitgeschichte*, Bd. 8 hg. v. Gerhard Pauli, Düsseldorf 1999, S. 19–36.
- Berding, 2009 ~ Helmut Berding, Doktorgradentziehungen an der Universität Gießen 1933–1945, in: *Gießener Universitätsblätter* 42 (2009), S. 17–22 (= Festrede vom 28. 11. 2008).
- Bergemann, 2012 ~ Hans Bergemann, *Zu Recht wieder Anwalt. Jüdische Rechtsanwälte aus Berlin nach 1945*, Berlin 2012.
- Bergemann, Darmstadt, 2012 ~ „Lebensschicksale jüdischer Rechtsanwälte im Landgerichtsbezirk Darmstadt [nach 1933]. Anmerkungen von Hans Bergemann, Berlin, August 2012“: <http://www.dfg-vk-darmstadt.de>
- Bergemann s. a. Hirschfelds Exil-Gästebuch, 2019.
- Bergemann/Ladwig-Winters, 2003 ~ Hans Bergemann u. Simone Ladwig-Winters, „Für ihn brach eine Welt, wie er sie kannte, zusammen ...“. Juristen jüdischer Herkunft im Landgerichtsbezirk Potsdam, Köln 2003.
- Bergemann/Ladwig-Winters, 2004 ~ Hans Bergemann u. Simone Ladwig-Winters, Richter und Staatsanwälte jüdischer Herkunft in Preußen im Nationalsozialismus. Eine rechtstatistische Untersuchung. Eine Dokumentation, Köln 2004.
- Berger/Schiller, 2011 ~ Göran Berger/Christof Schiller, Anwalt ohne Recht. Eine zeitgeschichtliche Skizze zur Anwaltschaft im OLG Bezirk Karlsruhe unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, in: *Festschrift für Jobst Wellensiek zum 80. Geburtstag*, hg. v. Michael Flitsch [u. a.], München 2001, S. 847–861.
- Bergmann/Hoffmann, 2005 ~ Werner Bergmann/Christhard Hoffmann, Herbert A. Strauss – eine wissenschaftliche Biografie, in *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 14 (2005), S. 17–38.
- Bergmann, 2016 ~ Werner Bergmann, *Geschichte des Antisemitismus*, München 5., durchgesehene Aufl. 2016 (2002).
- Berliner ABC, 1999 ~ Berliner ABC. *Das private Adreßbuch von Paul Hindemith 1927 bis 1938*, hg. v. Christine Fischer-Defoy u. Susanne Schaal. Mit einem Vorwort v. Walter Jens, Berlin 1999.

- Berliner Stadtverordnete, 2006 ~ Vor die Tür gesetzt. Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933–1945, Redaktion: Christine Fischer-Defoy, Andreas Herbst [u. a.], Kurzbiografien: Christine Hoss [u. a.], Berlin 2006.
- Berschel, 2000 ~ Holger Berschel, PolizeiROUTINIERS und Judenverfolgung. Die Bearbeitung von ‚Judenangelegenheiten‘ bei der Stapo-Leitstelle Düsseldorf, in: Paul/Mallmann, 2000, S. 155–178.
- Berschel, 2001 ~ Holger Berschel, Bürokratie und Terror. Das Judenreferat der Gestapo Düsseldorf 1935–1945, Essen 2001.
- Bewahrung im Untergang, 1965 ~ Bewahrung im Untergang. Ein Gedenkbuch. Im Auftrag des Council of Jews from Germany, London, hg. v. E[rnst] G[ottfried] Lowenthal, Stuttgart 1965 (2. erg. Aufl. 1966).
- BHAPrL ~ Biographisches Handbuch der Abgeordneten des Preußischen Landtags: verfassungsgebende Preußische Landesversammlung und Preußischer Landtag 1919–1933, hg. u. bearb. v. Barbara von Hindenburg, Frankfurt/M. 2017.
- BHdAD ~ Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes (1871–1945), Hg.: Auswärtiges Amt, Historischer Dienst, Bearb.: Johannes Hürter [u. a.], 5 Bde., Paderborn 2000–2014.
- BHdE ~ Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, hg. v. Institut für Zeitgeschichte München u. v. d. Research Foundation for Jewish Immigration Inc., New York, unter d. Gesamtleitung v. Werner Röder u. Herbert A. Strauss, 3 Bde., München [u. a.] 1980–1983.
- BHMdB ~ Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002, hg. v. Rudolf Vierhaus u. Ludolf Herbst unter Mitarb. v. Bruno Jahn, 3 Bde., München 2002–2003.
- BHprAH ~ Biographisches Handbuch für das preußische Abgeordnetenhaus 1867–1918. Bearb. v. Bernhard Mann u. Mitarb. v. Martin Doerry [u. a.], Düsseldorf 1988.
- Bing, 1988 ~ Rudolf Bing, Mein Leben in Deutschland nach dem 30. Januar 1933, in: Mitteilungen des Vereins zur Geschichte der Stadt Nürnberg 75, 1988, S. 189–210 (Bericht für ein Preisausschreiben der Harvard University, 1940; Auszug: VEJ 2, 2009, S. 613–618, ohne Hinweis auf die frühere Veröffentlichung).
- Blecher/Wiemers, 2002 ~ Jens Blecher/Gerald Wiemers, „... durch sein Verhalten des Tragens einer deutschen akademischen Würde unwürdig ...“. Akademische Graduierungen und deren nachträglicher Entzug an der Universität Leipzig zwischen 1900 und 1935, in: Hettling, Manfred (Hg.), Figuren und Strukturen. Historische Essays für Hartmut Zwahr zum 65. Geburtstag, München 2002, S. 679–698.
- Blecher, 2006 ~ Jens Blecher, Vom Promotionsprivileg zum Promotionsrecht. Das Leipziger Promotionsrecht zwischen 1409 und 1945 als konstitutives Element der akademischen Selbstverwaltung, Phil. Diss. Leipzig 2006: <http://sundoc.bibliothek.uni-halle.de/diss-online/06/06H046.index.htm>
- Boberach, 1991/1995 ~ Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates. Die Überlieferung von Behörden und Einrichtungen des Reichs, der Länder und der NSDAP, Teil 1: Reichszentralbehörden, regionale Behörden und wissenschaftliche Hochschulen für die zehn westdeutschen Länder sowie Berlin. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte bearbeitet v. Heinz Boberach unter Mitwirk. v. Dietrich Gessner [u. a.], München [u. a.] 1991; Teil 2: Regionale Behörden und wissenschaftliche Hochschulen für die fünf ostdeutschen Länder, die ehemaligen Ostprovinzen und eingegliederte Gebiete in Polen, Österreich und der Tschechischen Republik mit Nachträgen zu Teil 1, bearb. v. H. Boberach unter Mitwirk. v. Oldrich Sladek [u. a.], München [u. a.] 1995.
- Boberach, [1999] ~ Heinz Boberach (Hg.), Exilpolitiker zur staatlichen Neuordnung nach Hitler. Texte aus den Jahre 1940 bis 1949. Im Auftrag der Herbert und Elsbeth Weichmann-Stiftung hg. v. –, Hamburg [1999].

- Bösch/Wirsching, 2018 ~ Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hg.), Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus, Göttingen 2018.
- Borchard, 1999 ~ Klaus Borchard (Hg.), Opfer des nationalsozialistischen Unrechts an der Universität Bonn. Gedenkstunde anlässlich der 60. Wiederkehr der Reichspogromnacht, Bonn 1999.
- Borgstedt, 2004 ~ Angela Borgstedt, „Seine Verhaftung erweckt hier auch in arischen Kreisen eine politisch unerwünschte Teilnahme“. Die Verdrängung und Entrechtung jüdischer Rechtsanwälte des Oberlandesgerichtsbezirks Karlsruhe 1933–1940 (Vortrag, [434.] Protokoll der Arbeitssitzung der Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein e. V. am 25. 6. 2004): www.ag-landeskunde-oberrhein.de/index.php?id=p434v
- Borgstedt (Hg.), 2004 ~ Angela Borgstedt (Hg.), Badische Juristen im Widerstand (1933–1945), Konstanz 2004.
- Borgstedt, 2012 ~ Angela Borgstedt, Badische Anwaltschaft und sozioprofessionelles Milieu in Monarchie, Republik und totalitärer Diktatur 1864–1945, Karlsruhe 2012.
- Bracher, 1993 ~ Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 7. Aufl. 1993 (1969).
- Bräutigam, 1968 ~ Otto Bräutigam, So hat es sich zugetragen ... Ein Leben als Soldat und Diplomat, Würzburg 1968.
- Brand, 1991 ~ Mechtild Brand, Geachtet – geächtet. Aus dem Leben Hammer Juden in diesem Jahrhundert; im Auftrag der Stadt hg. v. –, Hamm 1991.
- Brauns, 2003 ~ Nikolaus Brauns, Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919–1938), Bonn 2003.
- BraunschweigBL, 1996 ~ Braunschweigisches Biographisches Lexikon: 19. und 20. Jahrhundert. Im Auftrag der Braunschweigischen Landschaft e. V. hg. v. Horst Rüdiger Jarck u. Günter Scheel, Hannover 1996.
- Breitbach, 2001 ~ Michael Breitbach, Das Amt des Universitätsrichters an der Universität Gießen im 19. und 20. Jahrhundert. Zugleich ein Beitrag zu den Doktorentziehungsverfahren zwischen 1933 und 1945, in: Archiv für hessische Geschichte, 2001, S. 267–334.
- Breslau ~ Vorläufiges Verzeichnis der Stadtverordnetenversammlung Breslau 1919 bis 1933. Zusammenestellt von Norbert Korfmacher, Stand: 18. November 2012: www.abgeordneten.info/schlesien/Breslau19.pdf
- Brodersen, 2012 ~ Momme Brodersen, Klassenbild mit Walter Benjamin. Eine Spurensuche, München 2012.
- Browning, 2010 ~ Christopher R. Browning, Die „Endlösung“ und das Auswärtige Amt. Das Referat D III der Abteilung Deutschland 1940–1943. Mit einem Vorwort von Jürgen Matthäus. Aus dem Amerikanischen von Claudia Kotte, Darmstadt 2010.
- Brückner, 1999 ~ Ulf Brückner, Vom Schicksal jüdischer Anwälte, in: Rechtsanwälte links der Weser. 50 Jahre Rechtsanwaltskammer für den Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg. Festschrift hg. v. d. Rechtsanwaltskammer Oldenburg, Oldenburg 1999, S. 75–82.
- Bruss, 1983 ~ Regina Bruss, Die Bremer Juden unter dem Nationalsozialismus, Bremen 1983.
- Bundesverfassungsgericht, 1971 ~ Das Bundesverfassungsgericht 1951–1971. Zweite völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage der vom Bundesverfassungsgericht aus Anlass seines zehnjährigen Bestehens herausgegebenen Informationsschrift, Karlsruhe 1971.
- Buschmann, Bd. I, 2015 ~ Arno Buschmann, Nationalsozialistische Weltanschauung und Gesetzgebung 1933–1945, Bd. I: Grundlinien einer Entwicklung, Wien 2015.
- Buschmann, Bd. II, 2000 ~ Arno Buschmann, Nationalsozialistische Weltanschauung und Gesetzgebung 1933–1945, Bd. II: Dokumentation einer Entwicklung, Wien/New York 2000.
- Busse, 2010 ~ Felix Busse, Deutsche Anwälte. Geschichte der deutschen Anwaltschaft 1945–2009. Entwicklungen in West und Ost, Bonn 2010.

- Cartarius, 2014 ~ Julia Cartarius, Juden in Oberschlesien, in: Jüdisches Leben zwischen Ost und West. Neue Beiträge zur jüdischen Geschichte in Schlesien. Hg. v. Andreas Brämer [u. a.], Göttingen 2014, S. 70–101.
- Cheim, 1988 ~ Hans-Gerhard Cheim, Zur Verfolgung Berliner jüdischer Rechtsanwälte 1933 bis 1945, in: ZfG 36 (1988), S. 992–1010.
- Chroust, 2006 ~ Peter Chroust, Die bürokratische Verfolgung. Doktorgradentziehung an der Universität Gießen 1933–1945, Gießen 2006.
- Crankshaw, 1959 ~ Edward Crankshaw, Die Gestapo, Berlin 1959.
- Cüppers/Matthäus/Angrick, 2013 ~ Martin Cüppers/Jürgen Matthäus/Andrej Angrick (Hg.), Naziverbrechen. Täter, Taten, Bewältigungsversuche, Darmstadt 2013.
- Daegel, 1957 ~ Joachim Daegel, Die Ausbürgerung aus politischen Gründen im deutschen Recht, Kiel, Jur. Diss. 1957.
- Dams/Stolle. 2008 ~ Carsten Dams/Michael Stolle, Die Gestapo. Herrschaft und Terror im Dritten Reich, München 2008.
- DBE ~ Deutsche Biographische Enzyklopädie
- DEA I, 1989 ~ Deutsches Exilarchiv 1933–1945: Katalog der Bücher und Broschüren. Bearbeiterin: Mechthild Hahner, Stuttgart 1989.
- DEA II, 2003 ~ Die Deutsche Bibliothek, Leipzig, Frankfurt am Main, Berlin: Deutsches Exilarchiv 1933–1945 und Sammlung Exil-Literatur 1933–1945. Katalog der Bücher und Broschüren. Zugleich Band 2 von Deutsches Exilarchiv 1933–1945: Katalog der Bücher und Broschüren (1989). Bearbeiterin: Mechthild Hahner, Wissenschaftliche Leitung: Brita Eckert, Stuttgart/Weimar 2003.
- Demokratische Wege, 1997 ~ Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten. Hg. v. Manfred Asendorf u. Rolf von Bockel, Stuttgart/Weimar 1997.
- Dertinger, 1995 ~ Antje Dertinger, Die drei Exile des Erich Lewinski, Gerlingen 1995.
- Deutsche Juristen jüdischer Herkunft, 1993 ~ Deutsche Juristen jüdischer Herkunft, hg. v. Helmut Heinrichs [u. a.], München 1993.
- Deutsche Kommunisten, 2008/2013 ~ Hermann Weber/Andreas Herbst, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2008 (2004) und Supplement (Berlin 2013)
- Deutscher Anwaltverein s. u. Krach, Tillmann
- Deutscher Wirtschaftsführer, 1929 ~ Deutscher Wirtschaftsführer. Lebensgänge deutscher Wirtschafts-Persönlichkeiten. Ein Nachschlagewerk über 13000 Wirtschaftspersönlichkeiten unserer Zeit. Bearbeitet unter Förderung wirtschaftlicher Organisationen der Industrie und des Handels von Georg Wenzel, Hamburg [u. a.] 1929.
- Dewaldt/Ziemer, 2014 ~ Sebastian C. Dewaldt u. Heiko Ziemer, Diskriminierung und Ausgrenzung per Gesetz. Schicksale jüdischer Notare und Konsulenten im OLG-Bezirk Jena zur Zeit des Nationalsozialismus, Bad Frankenhausen/Kyffhäuser 2014.
- Diamant, 1988 ~ Adolf Diamant, Gestapo Frankfurt a. M., Frankfurt/M. 1988.
- Diamant, 1999 ~ Adolf Diamant, Gestapo Chemnitz und die Gestapoaußenstellen Plauen i. V. und Zwickau. Zur Geschichte einer verbrecherischen Organisation in den Jahren 1933–1945. Dokumente – Berichte – Reportagen, Chemnitz 1999.
- Diestelkamp/Stolleis, Juristen, 1989 ~ Bernhard Diestelkamp/Michael Stolleis (Hg.), Juristen an der Universität Frankfurt am Main, Baden-Baden 1989.
- Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004 ~ Barbara Dölemeyer/Simone Ladwig-Winters, Kurzbiographien der Anwälte jüdischer Herkunft im Oberlandesgerichtsbezirk Frankfurt, in: 125 Jahre Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main – Oberlandesgericht Frankfurt am Main – Rechtspflege, Ausstellung: Anwalt ohne Recht. Hg.: Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main, Oberlandesgericht Frankfurt am Main, verantwortlich: Rudolf Lauda, Frankfurt/M. 2004, S. 137–205.

C. Quellen und Literatur

- Döscher, 1987 ~ Hans-Jürgen Döscher, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der „Endlösung“, Berlin 1987.
- Döscher, 1991 ~ Hans-Jürgen Döscher, SS und Auswärtiges Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der „Endlösung“, Frankfurt/M. u. Berlin 1991 [Ungekürzte Ausgabe von „Das Auswärtige Amt im Dritten Reich“].
- Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden, 1983 ~ Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933–1945, hg. v. d. Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden, Frankfurt/M. 1983.
- Dortmund s. u. Himmelmann, [1944].
- Douma, 1998 ~ Eva Douma, Deutsche Anwälte zwischen Demokratie und Diktatur 1933–1945, Frankfurt/M. 1998.
- Drobisch, 1993 ~ Klaus Drobisch, Die Judenreferate des Geheimen Staatspolizeiamtes und des Sicherheitsdienstes der SS 1933 bis 1939, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1993), S. 230–254.
- DuR ~ Demokratie und Recht. Vierteljahresschrift
- EdRW ~ Leonie Breunung u. Manfred Walther, Die Emigration deutschsprachiger Rechtswissenschaftler. Ein bio-bibliographisches Handbuch, Bd. 1: Westeuropäische Staaten, Türkei, Palästina/Israel, lateinamerikanische Staaten, Südafrikanische Union, Berlin 2012.
- Eiber, 1995 ~ Ludwig Eiber, Unter Führung des NSDAP-Gauleiters. Die Hamburger Staatspolizei (1933–1937), in: Paul/Mallmann, 1995, S. 101–117.
- Eichler, 1999 ~ Volker Eichler, Das „Judenreferat“ der Frankfurter Gestapo, in: Kingreen, 1999, S. 237–258.
- Einsatzgruppen in Polen, 2008 ~ Klaus-Michael Mallmann/Jochen Böhle/Jürgen Matthäus, Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation, Stuttgart 2008.
- Eisenhardt, 7., überarb. Aufl. 2019 ~ Ulrich Eisenhardt, Deutsche Rechtsgeschichte, München 7., überarb. Aufl. 2019 (1984).
- EJGK: Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur. Im Auftrag der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig hg. v. Dan Diner, 6 Bde., Stuttgart/Weimar 2011–2015.
- Erdrich, 2000 ~ Robert Erdrich, Zur Geschichte der Bonner Anwaltschaft, in: 150 Jahre Landgericht Bonn. Festschrift, Bonn 2000, S. 383–404.
- Freiin von Erffa, 1929 ~ Margarethe Freiin von Erffa und Abogada Ingeborg Richarz-Simons, Der weibliche Rechtsanwalt, in: Julius Magnus, Die Rechtsanwaltschaft, Leipzig 1929, S. 471–485, 471–477.
- Essner, 2002 ~ Cornelia Essner, Die „Nürnberger Gesetze“ oder Die Verwaltung des Rassenwahns 1933–1945, Paderborn [u. a.] 2002.
- Exilforschung ~ Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch
- Faber/Rönsch, 2011 ~ Rolf Faber/Karin Rönsch, Wiesbadens jüdische Juristen. Leben und Schicksal von 65 jüdischen Rechtsanwälten, Notaren, Richtern, Referendaren, Beamten und Angestellten, Wiesbaden 2011.
- Finzel, 2018 ~ Dieter Finzel, Geschichte der Rechtsanwaltskammer Hamm (1879–2017), Berlin/Boston 2018.
- Fladhammer/Wildt, 1994 ~ Max Brauer im Exil. Briefe und Reden aus den Jahren 1933–1946, hg. v. Christa Fladhammer/Michael Wildt, Hamburg 1994.
- Fluchtziel Paris, 2002 ~ Anne Saint Saveur-Henn (Hg.), Fluchtziel Paris. Die deutschsprachige Emigration 1933–1940, Berlin 2002.
- Forsbach, 2003 ~ Ralf Forsbach: „Des Tragens eines deutschen akademischen Grades unwürdig“. Der Entzug von Doktorgraden während des Nationalsozialismus und die Rehabilitierung der Opfer am Beispiel der Universität Bonn, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 67 (2003), S. 284–299.

- Forsbach, 2018 ~ Ralf Forsbach, Repression und Ideologisierung (1933–1945), in: Dominik Geppert (Hg.), *Forschung und Lehre im Westen Deutschlands 1918–2018. Geschichte der Universität Bonn*, Bd. 2, Göttingen 2018, S. 115–195.
- Foulkes, 2003 ~ Elizabeth Foulkes, I wanted to try and make a new life, in: Steffen Jacob (Bearb.), *Leben danach. Lebensgeschichten zweier jüdischer Familien aus Deutschland*, Berlin 2003, S. 393–409.
- Frank, 1996 ~ Henning Frank, Der Kampf um die freie Advokatur und die Gleichschaltung der Anwaltschaft im Dritten Reich. Zur Geschichte der Anwaltschaft in Sachsen in: *Sächsische Justizgeschichte*, Bd. 6 (Dresden 1996), S. 5–33.
- Franke, 2000 ~ Julia Franke, Paris – eine neue Heimat? Jüdische Emigranten aus Deutschland 1933–1939, Berlin 2000.
- Franke, 2009/2011 ~ Hans Franke, *Geschichte und Schicksal der Juden in Heilbronn. Vom Mittelalter bis zur Zeit der nationalsozialistischen Verfolgungen (1050–1945)*. Veröff. d. Archivs d. Stadt Heilbronn, 11. Heilbronn 1963; um Korrekturen ergänzte Online-Version, 2009/2011: www.stadtarchiv-heilbronn.de
- Franz, 1984 ~ Eckhart G. Franz (Hg.), *Juden als Darmstädter Bürger*, Darmstadt 1984.
- Freitäger, 2010 ~ Andreas Freitäger, „1933“ – Hochschularchive und Erforschung des Nationalsozialismus. Beiträge des Kolloquiums aus Anlass des 40jährigen Bestehens des Universitätsarchivs Köln am 8. April 2008, in: *forum: universitätsarchiv* Heft 1, Köln 2010: http://www.uniarchiv.uni-koeln.de/fileadmin/templates/uak/PDF/Publikationen/forum%20Heft_1_1933.pdf
- Freudiger, 2002 ~ Kerstin Freudiger, *Die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen*, Tübingen 2002.
- Die Friedensbewegung, 1983 ~ *Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz*. Hg. v. Helmut Donat u. Karl Holl. Mit einem Vorwort v. Dieter Lattmann, Düsseldorf 1983.
- Friedla, 2015 ~ Katharina Friedla, *Juden in Breslau/Wrocław 1933–1949. Überlebensstrategien, Selbstbehauptung und Verfolgungserfahrungen*, Köln [u. a.] 2015.
- Friedlaender, *Lebenserinnerungen* ~ Max Friedlaender, *Lebenserinnerungen*, pdf: www.brak.de.
- Friedlaender, 2018 ~ Max Friedlaender: *Lebenserinnerungen*. Hg. v. Bayerischen Anwaltverband, bearb. u. kommentiert v. Tillmann Krach u. Reinhard Weber, Stuttgart 2018.
- Fritsche, 2013 ~ Christiane Fritsche, *Ausgeplündert, zurückerstattet und entschädigt. Arisierung und Wiedergutmachung in Mannheim, Ubstadt-Weiher* [u. a.] 2013.
- FSU Jena, *Unrecht* [2016] ~ Friedrich-Schiller-Universität Jena, „Ein Unrecht, das nicht weiterwirken darf.“ Die Entziehung von Doktorgraden an der Universität Jena in der Zeit des Nationalsozialismus. Hg.: Walter Rosenthal, o. O. u. J. [2016].
- Furchtlose Juristen, 2017 ~ *Furchtlose Juristen. Richter und Staatsanwälte gegen das NS-Unrecht*, hg. v. Heiko Maas, München 2017.
- Gangl, 2003 ~ Manfred Gangl (Hg.), *Linke Juristen in der Weimarer Republik*, Frankfurt/M. 2003.
- Gay, ²1999 ~ *Meine deutsche Frage. Jugend in Berlin 1933–1939*, München ²1999 (¹1999).
- Gebauer, 2011 ~ Thomas Gebauer, *Das KPD-Dezernat der Gestapo Düsseldorf*, Hamburg 2011.
- Gedenkbuch Berlins ~ *Gedenkbuch Berlins der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, hg. v. Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin im Auftr. d. Senators für Kulturelle Angelegenheiten, Berlin ¹1995.
- Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie, 2000 ~ *Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert*. Hg. v. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Mit einem Vorwort von Gerhard Schröder. Konzeption und Redaktion von Christl Wickert unter Mitwirkung v. Friedhelm Boll [u. a.], Marburg 2000.

- Gedenkbuch Judenverfolgung ~ Gedenkbuch Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, Koblenz 1986 u. 2., wesentl. erw. Aufl. 2006; Bundesarchiv, Onlinepräsentation [seit 2007]: www.bundesarchiv.de/gedenkbuch
- Gedenkbuch für die Karlsruher Juden: www.gedenkbuch.informedia.de/gedenkbuch
- Gedenkbuch für die NS-Opfer aus Wuppertal: www.gedenkbuch-wuppertal.de
- Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin: www.gdw-berlin.de
- Gellateley, 1993 ~ Robert Gellateley, Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933–1945. Aus dem Englischen übertragen von Karl und Heidi Nicolai, Paderborn [u. a.] 1993.
- Die geraubte Würde, 2011 ~ Julius-Maximilians-Universität Würzburg (Hg.), Die geraubte Würde. Die Aberkennung des Doktorgrads an der Universität Würzburg 1933–1945, Würzburg 2011.
- Gergen (Saarlouis) ~ Thomas Gergen, Rechtsanwälte in und aus dem Landkreis Saarlouis; www.archiv.jura.uni-saarland.de/projekt/Bibliothek/text.php?id=703#ra13.
- Geschichte der Rechtsanwaltschaft im Oberlandesgerichtsbezirk Koblenz, 1996 ~ Geschichte der Rechtsanwaltschaft im Oberlandesgerichtsbezirk Koblenz. Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Rechtsanwaltskammer Koblenz, Neuwied [u. a.] 1996.
- Gestapo Baden s. u. Stolle, 2001.
- Die Gestapo nach 1945, 2009 ~ Klaus-Michael Mallmann/Andrej Angrick (Hg.), Die Gestapo nach 1945. Karrieren, Konflikte, Konstruktionen, Darmstadt 2009.
- Gestapo Oldenburg, 2002 ~ Gestapo Oldenburg meldet ... Berichte der Geheimen Staatspolizei und des Innenministers aus dem Freistaat und Land Oldenburg 1933–1936. Bearb. u. eingeleitet v. Albrecht Eckhardt und Katharina Hoffmann, Hannover 2002.
- Gestapo Thüringen, 2005 ~ Die Geheime Staatspolizei im NS-Gau Thüringen 1933–1945, hg. v. Marlis Gräfe [u. a.], 2 Halbbde., Erfurt 2004.
- Gestapo Trier ~ Die Gestapo Trier in der Christopherusstraße 1: www.uni-trier.de (Thomas Grotum).
- Gestapo in Württemberg und Hohenzollern, 2013 ~ Ingrid Bauz [u. a.] (Hg.), Die Geheime Staatspolizei in Württemberg und Hohenzollern, Stuttgart 2013.
- Die Gestrichenen, 2015 ~ Die Gestrichenen. Der Entzug der wissenschaftlichen Titel durch die Schlesische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau in den Jahren 1933–1945. Redaktion: Norbert Finzsch, Krzysztof Ruchniewicz in Zusammenarbeit mit Anna Kurpiel. Übersetzung aus dem Deutschen und ins Deutsche: Andrzej Golda und Sonja Stankowski, Wrocław (2015): www.bibliotekacyfrowa.pl/Content/78792/Die_gestrichenen.pdf
- GGO, 1930 ~ Gemeinsame Geschäftsordnung der Reichsministerien. Allgemeiner Teil (GGO I), hg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1930.
- Giovannini/Rink/Moraw, 2011 ~ Norbert Giovanni, Claudia Rink, Frank Moraw, *Erinnern, Bewahren, Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen 1933–1945*. Biographisches Lexikon mit Texten, Heidelberg 2011.
- Göppinger, 1990 ~ Horst Göppinger, *Juristen jüdischer Abstammung im „Dritten Reich“. Entrechtung und Verfolgung*, München 2., völlig neubearb. Aufl. 1990 (1963).
- Golczewski, 1988 ~ Frank Golczewski, Kölner Universitätslehrer und der Nationalsozialismus, Köln/Wien 1988.
- Goldberg, 1998 ~ Bettina Goldberg, „... froh, der Hölle Europa entkommen zu sein.“ Der schwierige Neuanfang in Palästina, in: Paul/Gillis-Carlebach, 1998, S. 623–644, 895–998.
- Gosewinkel, 2001 ~ Dieter Gosewinkel, *Einbürgern und ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland*, Göttingen 2001.
- Graf, 1983 ~ Christoph Graf, *Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Repu-*

- blik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches. Mit einem Vorwort v. Walter Hofer, Berlin 1983
- Grenville, 2010 ~ Anthony Grenville, Jewish refugees from Germany and Austria in Britain, 1933–1970. Their image in AJR information, Edgware 2010.
- Grieser, 1974 ~ Utho Grieser, Himmlers Mann in Nürnberg. Der Fall Benno Martin. Eine Studie zur Struktur des Dritten Reiches in der „Stadt der Reichsparteitage“, Nürnberg 1974.
- Grotum, 2018 ~ Thomas Grotum (Hg.), Die Gestapo Trier. Beiträge zur Geschichte einer regionalen Verfolgungsbehörde, Köln [u. a.] 2018.
- Gruchmann, 2001 ~ Lothar Gruchmann, Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung im der Ära Gürtner, München 3., verb. Aufl. 2001 (1988).
- Grüttner, 2003 ~ Michael Grüttner, Die deutschen Universitäten unter dem Hakenkreuz, in: Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, hg. v. John Connelly u. M. Grüttner, Paderborn [u. a.] 2003, S. 67–100.
- Grüttner/Kinas, 2007 ~ Michael Grüttner u. Sven Kinas, Die Vertreibung von Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten, in: VfZ 55 (2007), 1, S. 123–186.
- Guttkuhn, 2014 ~ Peter Guttkuhn, Leopold Jacobsohn, Dr. Martin Meyer, Dr. Leo Landau, Ludolf Alexander Häusler und Dr. Alfred Cantor – Lebensskizzen jüdischer Rechtsanwälte in Lübeck und ihr Schicksal in der NS-Zeit, in: AoRSH, 2014, S. 22–31.
- Haas-Rietschel/Hering, 1990 ~ Helga Haas-Rietschel/Sabine Hering, Nora Platiel [geb. Block]. Sozialistin, Emigrantin, Politikerin. Eine Biographie, Köln 1990.
- Hamburger, 1968 ~ Ernest Hamburger, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918, Tübingen 1968.
- Hamburger Juden, 2016 ~ Ina Lorenz und Jörg Berkemann, Die Hamburger Juden im NS-Staat 1933 bis 1938/39, 7 Bde., Göttingen 2016.
- Die Hamburger Staatspolizei 1933: <https://docplayer.org/52829997-Die-hamburger-staatspolizei-1933.html>
- Hammerschmidt, 1996 ~ Wolfgang Hammerschmidt, Spurensuche. Zur Geschichte der jüdischen Familie Hammerschmidt in Cottbus, Gießen 1996.
- Handbuch des Antisemitismus, I – VIII, 2008–2015 ~ Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, hg. v. Wolfgang Benz in Zusammenarbeit mit Werner Bergmann [u. a.], 8 Bde., Berlin 2008–2015.
- Handbuch Biographie, 2009 ~ Handbuch Biographie. Methoden, Traditionen, Theorien. Hg. v. Christian Klein, Stuttgart/Weimar 2009.
- Happ, 2004 ~ Sabine Happ, Politisch und nicht politisch motivierte Aberkennung von akademischen Graden. Eine Auswertung der Rundschreiben deutscher Universitäten in der NS-Zeit, in: Vielfalt der Geschichte. Lernen, Lehren und Erforschen vergangener Zeiten. Festgabe für Ingrid Heidrich zum 65. Geburtstag, hg. v. S. Happ u. Ulrich Nonn, Berlin 2004, S. 283–296.
- Happ, 2012 ~ Sabine Happ, Die Aberkennung von Doktorgraden an der Universität Münster 1920 bis 1960, in: Die Universität Münster im Nationalsozialismus, Bd. 1, hg. v. Hans-Ulrich Thamer, Münster 2012, S. 135–161.
- Harrecker, 2007 ~ Stefanie Harrecker, Degradierete Doktoren. Die Aberkennung der Doktorwürde an der Ludwig-Maximilians-Universität München während der Zeit des Nationalsozialismus, München 2007.
- Harriehausen ~ Gerhard Harriehausen (unter Mitwirkung v. Dirk S. Lennartz), Das Landgericht Heilbronn: www.landgericht-heilbronn.de
- Hartwig, 1998 ~ Angela Hartwig, Aberkennung von Dokortiteln im Dritten Reich und Rehabilitation nach 1945 an der Universität Rostock, in: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 2 (1998), 1, S. 48–50.

- Hartwig, 2010 ~ Angela Hartwig, Das Gedächtnis der Universität. Das Universitätsarchiv Rostock 1870 bis 1990, Phil. Diss. Rostock 2010.
- Hauschke-Wicklaus, 2017 ~ Hauschke-Wicklaus, Gabriele: „Es war schön in Offenbach vor 1933“. Jüdische Bürgerinnen und Bürger erinnern sich. „Das ist nicht mehr meine Stadt!“, Offenbach 2017.
- HdE, 2008 ~ Handbuch der deutschsprachigen Emigration, hg. v. Claus-Dieter Krohn, Darmstadt 2008 (1998).
- Heimat und Exil, 2006 ~ Heimat und Exil. Emigration der deutschen Juden nach 1933 [Begleitbuch zur Ausstellung „Heimat und Exil“, hg. v. d. Stiftung Jüdisches Museum Berlin und der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland], Frankfurt/M. 2006.
- Heinrich, 1979 ~ Robert Heinrich, 100 Jahre Rechtsanwaltskammer München. Festschrift zum 100. Geburtstag des Inkrafttretens der Rechtsanwaltsordnung vom 1. Juli 1878, München 1979.
- Heitz/Röcker, 2013 ~ Michael Heitz/Bernd Röcker (Hg.), Jüdische Persönlichkeiten im Kraichgau, Heidelberg [u. a.] 2013.
- Held, 2000 ~ Steffen Held, „... weder vor noch hinter der Barriere“. Die Verdrängung von Frauen aus den juristischen Professionen im Nationalsozialismus am Beispiel Sachsens, in: Leipzig, Mitteldeutschland und Europa. Festgabe für Manfred Straube u. Manfred Unger zum 70. Geburtstag, hg. v. Hartmut Zwahr [u. a.], Beucha 2000, S. 181–192.
- Held, 2002 ~ Steffen Held, Jüdische Rechtsanwälte und Notare in den Jahren 1896–1938, in: Juden in Chemnitz, 2002, S. 97–103.
- Helling, 1990 ~ Wilfried Helling, Gleichschaltung und Ausgrenzung. Der Weg der bremischen Anwaltschaft ins Dritte Reich, Bremen 1990.
- Helm, 1978 ~ Rolf Helm, Anwalt des Volkes. Erinnerungen, Berlin 1978.
- Henne, 2007 ~ Henne, Thomas (Hg.) in Zusammenarbeit mit Anne-Kristin Lenk u. Thomas Brix, Die Aberkennung von Doktorgraden an der Juristenfakultät der Universität Leipzig 1933–1945, Leipzig 2007.
- Hepp *s. u.* Verzeichnisse: b) Reichsanzeiger
- Herbert, 2011 ~ Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 5. Aufl. 2011 (1996).
- Hering, 1991 ~ Aberkennung akademischer Grade – Entzug des Dokortitels 1933 bis 1945 [Liste, zusammengestellt von Rainer Hering], in: Eckart Krause [u. a.] (Hg.), Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933–1945, Berlin/Hamburg 1991, Teil III, S. 1504 f.
- Hermann/Lahusen/Ramm (†)/Saar (Hg.) *s. u.* Nationalsozialismus und Recht, 2018.
- Herz, 2006 ~ Ruth Herz, Recht persönlich. Eine Jugendrichterin erzählt, München 2006.
- Herzfeld, 1985 ~ Ernst Herzfeld, Meine letzten Jahre in Deutschland [unter Verwendung und Einfügung stichwortartiger Aufzeichnungen von Justizrat Dr. Julius Brodnitz (1864–1936), wie Herzfeld Mitbegründer der Reichsvertretung der Juden], in: Das Münster am Hellweg 38 (1985), S. 167–220.
- Heuer/Wolf, 1997 ~ Renate Heuer, Siegbert Wolf (Hg.), Die Juden der Frankfurter Universität, Frankfurt/M. u. New York 1997.
- Heusler/Sinn, 2015 ~ Andreas Heusler/Andrea Sinn (Hg.), Die Erfahrung des Exils. Vertreibung, Emigration und Neuanfang. Ein Münchner Lesebuch. Berlin/Boston 2015.
- Hey, 1987 ~ Bernd Hey, Zur Geschichte der westfälischen Staatspolizeistellen und der Gestapo, in: Westfälische Forschungen 37 (1987), S. 65–90.
- Hieronimi, 1970 ~ Hermann Hieronimi, Zur Geschichte der Koblenzer Rechtsanwaltschaft 1770–1970, in: 150 Jahre Landgericht Koblenz. Hg. v. Landgericht Koblenz u. d. Landeskundlichen Arbeitsgemeinschaft im Regierungsbezirk Koblenz, Boppard a. Rh. 1970, S. 163–208.

- Hildebrand, 1999 ~ Klaus Hildebrand, Universitäten im „Dritten Reich“ – Eine historische Betrachtung, in: Borchard, 1999, S. 25–35 [Nachdruck: Armin Kohnle/Frank Engehausen (Hg.), *Zwischen Wissenschaft und Politik* (s. u. Moritz, 2001), S. 194–202; Scholtyseck/Studt, 2008, S. 13–20; Becker, 2008, S. 13–22].
- Hillenbrand, 2015 ~ Klaus Hillenbrand, *Fremde im neuen Land. Deutsche Juden in Palästina und ihr Blick auf Deutschland nach 1945*, Frankfurt/M. 2015.
- Himmelmann, [1994] ~ Anwalt- u. Notarverein Dortmund e.V. (Hg.), *Das Schicksal der jüdischen Rechtsanwälte und Notare während der Zeit des Nationalsozialismus – am Beispiel Dortmund, Dortmund o.J.* [1994; Autoren: Werner Himmelmann [u. a.]].
- Hinze, 1995 ~ Sibylle Hinze, *Vom Schutzmann zum Schreibtischmörder. Die Staatspolizeistelle Potsdam*, in: Paul/Mallmann, 1995, S. 118–132.
- Hirschfelds Exil-Gästebuch, 2019 ~ Magnus Hirschfelds Exil-Gästebuch. Hg. u. annotiert v. Hans Bergemann [u. a.], Berlin 2019.
- Hockerts, 1989 ~ Hans Günter Hockerts, *Anwälte der Verfolgten. Die United Restitution Organization, in: Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland*, hg. v. Ludolf Herbst u. Constantin Goshler, München 1989, S. 249–271.
- Höpfner, 1999 ~ Hans-Paul Höpfner, *Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft*, Bonn 1999.
- Holocaust Survivors and Victims Database: United States Holocaust Memorial Museum: www.ushmm.org
- Hopp, 2012 ~ Meike Hopp, *Kunsthandel im Nationalsozialismus: Adolf Weinmüller in München und Wien, Köln* [u. a.] 2012.
- Hoppe, 2002 ~ Jens Hoppe, *Jüdische Geschichte und Kultur in Museen. Zur nichtjüdischen Museologie des Jüdischen in Deutschland*, Münster [u. a.] 2002, S. 307–310 [„Jüdische Sammler“].
- HRG ~ *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte (HRG)*, 2., völlig überarb. u. erw. Aufl. hg. v. Albrecht Cordes [u. a.], Berlin 2008 ff.
- Hübinger, 1974 ~ Paul Egon Hübinger, Thomas Mann, die Universität Bonn und die Zeitgeschichte. Drei Kapitel deutscher Vergangenheit aus dem Leben des Dichters 1905–1955, München/Wien 1974.
- Hülle, 1977 ~ Werner Hülle, *Geschichte der oldenburgischen Anwaltschaft*, Oldenburg 1977.
- Humboldt-Universität *s. u.* Aberkennung akademischer Titel
- 100 Jahre Kölner Anwaltverein, hg. v. Oswald Bussenius [u. a.] Köln 1987.
- 100 jüdische Persönlichkeiten aus Mecklenburg-Vorpommern, 2003 ~ 100 jüdische Persönlichkeiten aus Mecklenburg-Vorpommern. Ein Begleiter zur Ausstellung des Max-Samuel-Hauses (22. Mai bis 22. November 2003). Hg. v. d. Stiftung Begegnungsstätte für jüdische Geschichte und Kultur in Rostock Max-Samuel-Haus. Redaktion: Frank Schröder [u. a.], Rostock 2003.
- Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates *s. u.* Boberach, 1991.
- Jacoby, 1983 ~ Yoram K. Jacoby, *Jüdisches Leben in Königsberg/Pr. im 20. Jahrhundert*, Würzburg 1983.
- Jakob/van der Voort, 1988 ~ Volker Jakob/Annet van der Voort, *Anne Frank war nicht allein. Lebensgeschichten deutscher Juden in den Niederlanden*, Berlin/Bonn 1988.
- v. Jan, 1988 ~ Helmut von Jan, *Die Katastrophe der Hildesheimer Juden 1938–1988. Zum Gedächtnis der 50jährigen Wiederkehr (Nach Aufzeichnungen der Rechtsanwälte Dr. Hugo Goldberg, Washington, und Dr. Julius Loeb, London)*, in: *Alt-Hildesheim. Jahrbuch für Stadt und Stift Hildesheim* 59 (1988), S. 97–109.
- Jarausch, 1991 ~ Konrad H. Jarausch, *Jewish Lawyers in Germany, 1848–1938. The Disintegration of a Profession*, in: *LBI Year Book XXXVI*, 1991, S. 171–190.
- Jasch, 2012 ~ Hans-Christian Jasch, *Staatssekretär Wilhelm Stuckart und die Judenpolitik. Der Mythos von der sauberen Verwaltung*, München 2012.

- John, 1998 ~ Jürgen John [u. a.] (Hg.), Die Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1945. Dokumente und Festschrift. Mit Beiträgen von Jürgen John [u. a.], Rudolstadt 1998.
- John/Stutz, 2009 ~ Jürgen John/Rüdiger Stutz, Die Jenaer Universität 1919–1945, in: Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1950, hg. v. d. Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert, Köln [u. a.] 2009, S. 417–587.
- Joods Monument: www.joodsmonument.nl
- Jordan, 1997 ~ Ulrike Jordan, Die Remigration von Juristen und der Aufbau der Justiz in der britischen und amerikanischen Besatzungszone, in: Claus-Dieter Krohn/Patrik zur Mühlen (Hg.), Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, Marburg 1997, S. 305–320.
- Judenhass, 2019 ~ Trond Berg Eriksen [u. a.], Judenhass. Die Geschichte des Antisemitismus von der Antike bis zur Gegenwart. Unter Mitarbeit von Izabela A. Dahl. Aus dem Norwegischen von Daniela Stilzbech, Göttingen 2019.
- Juden an der Universität Heidelberg. Dokumente aus sieben Jahrhunderten [Ausstellung gezeigt in der Universitätsbibliothek Heidelberg (12. 6.–31. 8. 2002) und in der National- und Universitätsbibliothek Jerusalem (6. 11.–31. 12. 2002)]. Konzept, Text und Aufbau: Petra Schaffroth; Gesamtverantwortung: Jörg Hüffner; Darstellung im Internet: Gabriele Dörflinger, August 2012: www.archivub.uni-heidelberg.de/volltextserver/13683/1/juden_hd.pdf
- Juden in Chemnitz, 2002 ~ Juden in Chemnitz. Die Geschichte der Gemeinde und ihrer Mitglieder. Mit einer Dokumentation des Jüdischen Friedhofs, hg. v. Jürgen Nitsche/Ruth Röcher im Auftrag der Jüdischen Gemeinde Chemnitz. Entstanden in Zusammenarbeit mit dem Salomon Ludwig Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte Duisburg und dem Stadtarchiv Chemnitz, Dresden 2002.
- Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten ~ Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten. Hg. v. Otto Dov Kulka u. Eberhard Jäckel unter Mitarb. v. Anne Birkenhauer [u. a.], Düsseldorf 2004.
- Juden in Karlsruhe, 1988 ~ Juden in Karlsruhe. Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung. Hg. v. Heinz Schmitt [u. a.], Karlsruhe 1988.
- Jüdische Familien in Münster, 1995 ~ Gisela Möllenhoff [u. a.], Jüdische Familien in Münster 1918 bis 1945, Teil 1: Biographisches Lexikon, Münster 1995.
- Das Jüdische Hamburg. Ein historisches Nachschlagewerk. Hg. Institut für die Geschichte der deutschen Juden: www.dasjuedischehamburg.de
- Jüdische Kindheit, 2000 ~ „Wir Kinder hatten ein herrliches Leben ...“: Jüdische Kindheit und Jugend im Kaiserreich 1871–1918, hg. v. Ursula Blömer u. Detlev Garz, Oldenburg 2000.
- Jüdische Lebenswege in Jena, 2015 ~ Stadtarchiv Jena (Hg.) in Zusammenarbeit mit dem Jenaer Arbeitskreis Judentum, Jüdische Lebenswege in Jena. Erinnerungen, Fragmente, Spuren, Jena 2015.
- Jüdische Rechtsanwälte, in: Der Student der Ostmark (Königsberg i. Pr.), F. 7, 15. 2. 1938, S. 245 f.
- Jüdische Rechtsanwälte, 1994 ~ Jüdische Rechtsanwälte im Dritten Reich. Dokumentation der Veranstaltungen des Bonner Anwalt-Vereins vom 23. [28.] Januar 1992 zum Gedenken an das Schicksal der jüdischen Rechtsanwälte, Bonn 1994.
- Jüdisches Leben in Baden 2009 ~ Jüdisches Leben in Baden 1809 bis 2009. 200 Jahre Oberrat der Israeliten Badens. Festschrift hg. v. d. Oberrat der Israeliten Badens, Ostfildern 2009.
- Jünger, 2016 ~ David Jünger, Jahre der Ungewissheit. Emigrationspläne deutscher Juden 1933–1938, Göttingen 2016.
- JUF-Datenbank – Historisches Unterfranken ~ Biographische Datenbank Jüdisches Unterfranken. Impressum: Jüdisches Leben in Unterfranken – Biographische Datenbank e. V., Aschaffenburg: www.historisches-unterfranken.uni-wuerzburg.de

C. Quellen und Literatur

- Juristen an der Universität Frankfurt am Main, 1989 ~ Juristen an der Universität Frankfurt am Main, hg. v. Bernhard Diestelkamp, Baden-Baden 1989
- Juristen im Portrait, 1988 ~ Juristen im Portrait. Verlag und Autoren in 4 Jahrzehnten. Festschrift zum 225jährigen Jubiläum des Verlages C. H. Beck, München 1988.
- Juristen im Widerstand, 2017 ~ Stiftung Adam von Trott, Imshausen e. V. (Hg.), Die Rolle der Juristen im Widerstand gegen Hitler. Festschrift für Friedrich Justus Perels, Baden-Baden 2017.
- Jurists uprooted, 2004 ~ Jurists uprooted. German-speaking émigré lawyers in twentieth-century Britain, ed. by Jack Beatson a. Reinhard Zimmermann, Oxford 2004.
- Justiz und Anwaltschaft in Braunschweig 1879–2004. 125 Jahre Oberlandesgericht und Rechtsanwaltskammer Braunschweig, hg. v. Edgar Isermann u. Michael Schlüter, Braunschweig 2004.
- Justiz und Nationalsozialismus, 1989 ~ Im Namen des Deutschen Volkes. Justiz und Nationalsozialismus (Katalog zur Ausstellung des Bundesministers der Justiz; Konzeption u. Text: Gerhard Fieberg), Köln 1989.
- JZ ~ JuristenZeitung
- Kähni, 1969 ~ Otto Kähni, Geschichte der Offenburger Judengemeinde, in: Die Ortenau. Zeitschrift des Historischen Vereins für Mittelbaden 49 (1969), S. 107: www.dl.ub.uni-freiburg.de/diglit/ortenau1969/0097
- Kasberger, 2010 ~ Erich Kasberger, Karrierewege Münchner Gestapo-Beamter aus dem ‚Judenreferat‘. Eine Kollektivbiografie, in: Marita Krauss (Hg.), Rechte Karrieren in München. Von der Weimarer Zeit bis in die Nachkriegsjahre, München 2010, S. 189–229.
- Kassel als Stadt der Juristen, 1990 ~ Kassel als Stadt der Juristen (Juristinnen) und der Gerichte in ihrer tausendjährigen Geschichte. Hg. v. Georg Wannagat, Köln [u. a.] 1990.
- Kassel in der Zeit des Nationalsozialismus, 1984 ~ Kassel in der Zeit des Nationalsozialismus, Band 1: Volksgemeinschaft und Volksfeinde: Kassel 1933–1945. Eine Dokumentation hg. v. Jörg Kammler/Dietfried Krause-Vilmar, Fuldabrück 1984.
- Keller, 2015 ~ Erich Keller, Bürger und Juden. Die Familie Wyler-Bloch in Zürich 1880–1954. Biografie als Erinnerungsraum, Zürich 2015.
- Kempner, 1961 ~ Robert M. W. Kempner, Eichmann und Komplizen, Zürich [u. a.] 1961.
- Kempner, 1971 ~ Robert M. W. Kempner, Jüdische Juristen in Deutschland, in: RuP 7 (1971), 3, S. 112–118 u. 4, S. 173 f.
- Kempner, 1983 ~ Robert M. W. Kempner, (in Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich), Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen, Frankfurt/M. [u. a.] 1983.
- Kempner, 1984 ~ Robert M. W. Kempner – Ankläger einer Epoche. Symposium zum 85. Geburtstag Robert M. W. Kempners [12.–13. 10. 1984], in: Evangelische Akademie Mülheim/Ruhr, Begegnungen 1/85.
- Kestel, 2004 ~ Willi Kestel, Schicksale jüdischer Juristen in Kaiserslautern während der Zeit des Nationalsozialismus, in: Rechtsanwaltskammer Zweibrücken (Hg.), 125 Jahre Pfälzische Rechtsanwaltskammer Zweibrücken, Zweibrücken 2004, S. 87–109.
- Kinas, 2018 ~ Sven Kinas, Akademischer Exodus. Die Vertreibung von Hochschullehrern aus den Universitäten Berlin, Frankfurt am Main, Greifswald und Halle 1933–1945, Heidelberg 2018.
- Kingreen, 1999 ~ Monica Kingreen (Hg.), „Nach der Kristallnacht“. Jüdisches Leben und anti-jüdische Politik in Frankfurt am Main 1938–1945, Frankfurt/M. 1999.
- Kißener, 2003 ~ Michael Kißener, Zwischen Diktatur und Demokratie. Badische Richter 1919–1952, Konstanz 2003.
- Kißener/Roth, 2017 ~ Michael Kißener/Andreas Roth, Notare in der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“. Das westfälische Anwaltsnotariat 1933–1945, Baden-Baden 2017.
- Kißener/Scholtyssek, 1997 ~ Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg. Hg. v. Michael Kißener u. Joachim Scholtyssek, Konstanz 1997 [u. 2016].

C. Quellen und Literatur

- KJ ~ Kritische Justiz. Vierteljahresschrift für Recht und Politik
- Klee, 2003 ~ Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945?, Frankfurt/M. 2003 (72007).
- Klee, Ernst, 2007 ~ Ernst Klee, Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt/M. 2007.
- Klein, 1986 ~ Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933–1936. Mit ergänzenden Materialien hg., eingel. u. erl. v. Thomas Klein, 2 Teilbde., Köln/Wien 1986,
- Klinge, 1988 ~ Erich Klinge, Koblenz und seine Rechtsanwälte. Erinnerungen und Überlegungen aus Anlaß des 75jährigen Bestehens des Vereins der Rechtsanwälte Koblenz, Koblenz 1988.
- Klinge, 1996 ~ Erich Klinge, Geschichte der Anwaltschaft im derzeitigen Bezirk des Landgerichts Koblenz von der Beendigung der Französischen Revolution bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Geschichte der Rechtsanwaltschaft im Oberlandesgerichtsbezirk Koblenz, 1996, S. 1–79.
- Klotzbach, 1969 ~ Kurt Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945. Eine historisch-politische Studie, Hannover 1969.
- Kluger, 2008 ~ Thomas Kluger, Die Verfolgung jüdischer Juristen. Von der beruflichen Ausgrenzung zur physischen Vernichtung, in: Unerwünscht, verfolgt, ermordet. Ausgrenzung und Terror während der nationalsozialistischen Diktatur in Magdeburg 1933–1945, Magdeburg 2008, S. 225–234.
- Köhler, 2008 ~ Ingo Köhler, Die „Arisierung“ der Privatbanken im Dritten Reich. Verdrängung, Ausschaltung und die Frage der Wiedergutmachung, München 2008 (12005).
- Kölner Personenlexikon, 2008 ~ Kölner Personenlexikon. Hg. Von Ulrich Soénius u. Jürgen Wilhelm, Köln 2008.
- König, 1987 ~ Stefan König, Vom Dienst am Recht. Rechtsanwälte als Strafverteidiger im Nationalsozialismus, Berlin/New York 1987.
- Königseder, 2001 ~ Angelika Königseder, Recht und nationalsozialistische Herrschaft. Berliner Rechtsanwälte 1933–1945. Ein Forschungsprojekt des Berliner Anwaltsvereins e. V., Bonn 2001.
- Königseder, 2003 ~ Angelika Königseder, Recht und nationalsozialistische Herrschaft. Berliner Rechtsanwälte 1933–1945. Ein Forschungsprojekt des Berliner Anwaltsvereins, in: Festschrift zum 150-jährigen Jubiläum des Berliner Anwaltsvereins e. V. – 150 Jahre Berliner Anwaltsverein e. V., Autorenbetreuung: Uwe Kärger u. Carsten Langenfeld, Bonn 2003, S. 17–28.
- Körner, 1993 ~ Peter Körner, Biographisches Handbuch der Juden in Stadt und Altkreis Aschaffenburg, Aschaffenburg 1993.
- Kollmann/König, 2012 ~ Karl Kollmann/York-Egbert König, Namen und Schicksale der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus aus Eschwege. Ein Gedenkbuch, Nicolas-Benzin-Stiftung, Frankfurt/M. 2012 [1. Auflage 2012 \$C by Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege; Verlag: Lulu Enterprises, Inc., Raleigh, North Carolina/USA].
- Koop, 2014 ~ Volker Koop, „Wer Jude ist, bestimme ich“. „Ehrenarier“ im Nationalsozialismus, Köln [u. a.] 2014.
- Korfmacher, Norbert s. u. Breslau
- Krach, 1990 ~ Tillmann Krach, Die „Gleichschaltung“ der anwaltlichen Standesorganisationen in Preußen und ihre Folgen für die jüdischen Kollegen, in: AnwBl 40 (1990), 6, S. 294–297.
- Krach, 1991 ~ Tillmann Krach, Jüdische Rechtsanwälte in Preußen. Über die Bedeutung der freien Advokatur und ihre Zerstörung durch den Nationalsozialismus, München 1991.
- Krach, 1993 ~ Tillmann Krach, „... endlich von artfremdem Einfluß ganz befreit ...“ Jüdische Rechtsanwälte und ihre Vertreibung im Nationalsozialismus, in: RuP 29 (1993), S. 84–93.

- Krach, 1996 ~ Tillmann Krach, Die „Gleichschaltung“ der Anwaltschaft 1933 und das Schicksal der beim Landgericht Mainz zugelassenen jüdischen Kollegen, in: Geschichte der Rechtsanwaltschaft im Oberlandesgerichtsbezirk Koblenz, 1996, S. 183–229.
- Krach, 2000 ~ Tillmann Krach, Die Verfolgung und Ermordung der Mainzer Rechtsanwälte jüdischer Herkunft, in: Mainzer Geschichtsblätter 12 (2000), S. 7–26.
- Krach, 2007 ~ Tillmann Krach, „... fühlte ich mich durchaus als Deutscher ...“. Das Schicksal der Mainzer Anwälte jüdischer Herkunft nach 1933. Hg. v. d. Rechtsanwaltskammer Koblenz, Köln 2007.
- Krach, 2008 ~ Tillmann Krach, Die Wiederezulassung vor den Nationalsozialisten geflohener Rechtsanwälte nach 1945 – ein bedrückendes Kapitel deutscher Standesgeschichte, in: Recht und Macht. Festschrift für Hinrich Rüping zum 65. Geburtstag, hg. v. Georg Steinberg, München 2008, S. 349–361.
- Krach, Tillmann, Die Verfolgung und Ermordung der Mainzer Anwälte jüdischer Herkunft: www.mainz1933-1945.de
- Krach, Tillmann, Der Vorstand des Deutschen Anwaltvereins 1931/32: www.anwaltsgeschichte.de/fotogalerie/dav_biographie.html
- Kranich, 2012 ~ Kai Kranich, Anpassung im Nationalsozialismus. Die Universität Breslau und die Aberkennung von Dokortiteln, Wrocław 2012.
- Kranich, 2014 ~ Kai Kranich, Die bürgerliche Entrechtung. Die Aberkennung von Doktorgraden und die Folgen für Juden am Beispiel der Universität Breslau, in: Jüdisches Leben zwischen Ost und West. Neue Beiträge zur jüdischen Geschichte in Schlesien. Hg. v. Andreas Brämer [u. a.], Göttingen 2014, S. 102–119.
- Krausnick/Wilhelm, 1981 ~ Helmut Krausnick u. Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981.
- Krehan, 2007 ~ Katrin Krehan, Die Reintegration von Juristen jüdischer Herkunft an den Berliner Universitäten nach 1945, Berlin 2007.
- Kreutzberger, 1970 ~ Deutschsprachige jüdische Gemeinden – Zeitungen, Zeitschriften, Jahrbücher, Almanache und Kalender – Unveröffentlichte Memorien und Erinnerungsschriften. Hg. v. Max Kreutzberger unter Mitarb. v. Irmgard Foerg, Tübingen 1970.
- Kritische Justiz I, 1998: Kritische Justiz (Hg.), Streitbare Juristen. Eine andere Tradition. Jürgen Seifert, Mithg. der Kritischen Justiz, zum 60. Geburtstag, hg. v. Thomas Blanke [u. a.], Baden-Baden 1998.
- Kritische Justiz II, 2016 ~ Kritische Justiz (Hg.), Streitbare JuristInnen. Eine andere Tradition, Bd. 2. Hg.: Sonja Buckel [u. a.], Baden-Baden 2016.
- Kronstein ~ Heinrich Kronstein, Briefe an einen jungen Deutschen, München 1967.
- Kugler, 2000 ~ Hartmut Kugler, Die Begründung des Promotionspreises, in: H. Kugler, Lilli-Bechmann-Rahn-Preis (s. u. Wyss, 2000), S. 9–15.
- Kulka, 1997 ~ Oto Dov Kulka (Hg.), Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus. 1. Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933–1939, Tübingen 1997.
- Kuller, 2013 ~ Christiane Kuller, Bürokratie und Verbrechten. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland, München 2013.
- Ladwig-Winters, 2016 ~ Simone Ladwig-Winters, Das Ende eines Aufbruchs. Jüdische Juristinnen und Juristinnen jüdischer Herkunft nach 1933. Minderheitserfahrung und weibliche Diskriminierung, Köln 2016.
- Ladwig-Winters, Simone s. *auch u.* AoRB (?2007), AoRD (2007) u. Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004
- Landau, 1993 ~ Peter Landau, Juristen jüdischer Herkunft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Dem Andenken Ernst Landsbergs, in: Deutsche Juristen jüdischer Herkunft, 1993, S. 133–213.

- Lang, 2014 ~ Hubert Lang, Zwischen allen Stühlen. Juristen jüdischer Herkunft in Leipzig (1848–1953), Leipzig 2014.
- Lang, Chemnitz, 2018 ~ Chemnitzer jüdische Rechtsanwälte im Nationalsozialismus: www.hubertlang.de/wp-content/uploads/.../2018/01/aor_chemnitz_juedische_rechtsanwaelte_weiner.pdf
- Lang, Dresden, 2018 ~ Namen, Gesichter, Schicksale. Anwälte jüdischer Herkunft in Dresden: www.hubertlang.de/wp-content/uploads/.../2018/01/aor_dresden_anwaelte_juedischer_herkunft.pdf
- Lange, 1936 ~ Werner Lange, Die Aberkennung der Staatsangehörigkeit; Hamburg, Rechts- u. staatswiss. Diss., 1936, Harburg-Wilhelmsburg (Druck 1936).
- Lasker-Wallfisch, 1997 ~ Anita Lasker-Wallfisch, Ihr sollt die Wahrheit erben. Breslau – Auschwitz – Bergen-Belsen. Mit einem Vorwort von Klaus Harpprecht, Bonn 1997.
- Lasker-Wallfisch, 2006 ~ Anita Lasker-Wallfisch, „Man hofft, solange man atmet“, in: Martin Doerry, „Nirgendwo und überall zu Haus“. Gespräche mit Überlebenden des Holocaust. Fotografien von Monika Zucht, München 2006, S. 160–171.
- The Law in Nazi Germany, 2013 ~ The Law in Nazi Germany. Ideology, Opportunism, and the Perversion of Justice. Ed. by Alan E. Steinweis a. Robert D. Rachlin, New York /Oxford 2013.
- Leben danach, [2003] ~ Leben danach. Lebensgeschichten zweier jüdischer Familien aus Deutschland. Aufgezeichnet von Steffen Jacob, [Berlin] Edition Goldbeck-Löwe [2003].
- Lebensläufe Tübinger jüdischer Rechtsanwälte, 2008 ~ Hans-Joachim, Lang, Jüdische Juristen in Tübingen [u.] Lebensläufe Tübinger jüdischer Rechtsanwälte, in: Rechtsanwaltskammer Tübingen (Hg.), Verlorenes Recht. Anwälte erinnern. Eine Dokumentation der Ansprachen anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Anwalt ohne Recht – Schicksale jüdischer Anwälte in Deutschland nach 1933“ im Landgericht Ravensburg [2001] u. im Landgericht Tübingen [2006], Tübingen 2008, S. 38–51 u. 52–55.
- Lehmann, 1976 ~ Lehmann, Hans Georg, In Acht und Bann. Politische Emigration, NS-Ausbürgerung und Wiedergutmachung am Beispiel Willy Brandts, München 1976.
- Lehmann, Acht und Ächtung, 1985 ~ Hans Georg Lehmann, Acht und Ächtung politischer Gegner im Dritten Reich. Die Ausbürgerung deutscher Emigranten 1933–45, in: Hepp, 1985 (s. u. Verzeichnisse: Ausbürgerung), S. IX–XXIII.
- Lehmann, 1985 ~ Lehmann, Hans Georg, Nationalsozialistische und akademische Ausbürgerung im Exil. Warum Rudolf Breitscheid der Dokortitel aberkannt wurde, Marburg 1985.
- Lehmann, 1987 ~ Lehmann, Hans Georg, Die individuelle Ausbürgerung deutscher Emigranten 1933–1945, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 38 (1987), 3, S. 163–172.
- Lehmann, 1991 ~ Lehmann, Hans Georg, Wiedereinbürgerung, Rehabilitation und Wiedergutmachung nach 1945. Zur Staatsangehörigkeit ausgebürgerter Emigranten und Remigranten, in: Exil und Remigration (Exilforschung, Bd. 9), München 1991, S. 90–103.
- Lehmann, Wanderer, 1990 ~ Lehmann, Hermann, Wanderer in drei Kontinenten, in: Veröffentlichungen der RAK Bremen, Bd. 1, 1990, S. 1–54.
- Lemberg, 2002 ~ Margret Lemberg, „... eines deutschen akademischen Grades unwürdig“. Die Entziehung des Dokortitels an der Philipps-Universität Marburg 1933–1945, Marburg 2002.
- Lexikon der Christlichen Demokratie, 2002 ~ Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Hg. v. Winfried Becker [u. a.], Paderborn [u. a.] 2002.
- Lexikon der Gerechten unter den Völkern, 2005 ~ Lexikon der Gerechten unter den Völkern/ Yad Vashem. Hg. v. Israel Gutman. Deutsche und Österreicher, hg. v. Daniel Fraenkel u. Jakob Borut, Göttingen 2005.
- Lexikon der Politischen Strafprozesse, gegründet 2012 von Kurt Groenewold, hg. v. K. Groenewold [u. a.] seit 2012: <https://www.lexikon-der-politischen-strafprozesse>

- Lichtenstein, 1985 ~ Erwin Lichtenstein, Bericht an meine Familie. Ein Leben zwischen Danzig und Israel. Mit einem Nachwort von Günther Grass. Darmstadt u. Neuwied 1985.
- Lichter, 1943 ~ Mathias Lichter: Das Staatsangehörigkeitsrecht im Großdeutschen Reich, Berlin 1943 (?1955).
- Lichter-Hoffmann, ³1966 ~ Werner Hoffmann, Staatsangehörigkeitsrecht, Köln [u. a.] 3., neu bearb. Aufl. 1966.
- Liesner/Geißler/Steinebach, 1985 ~ Ernst Liesner/Petra Geißler/Alice M. Steinebach, Menschenschicksale. Nach Originalakten. Staatsangehörigkeitsgesetze 1933–1945. Machtinstrumente des Dritten Reiches, Borken 1985.
- Lilla, 2004 ~ Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924. Bearb. v. Joachim Lilla unter Mitarb. v. Martin Döring u. Andreas Schulz, Düsseldorf 2004.
- Lilla, 2005 ~ Der Preußische Staatsrat 1921–1933. Ein biographisches Handbuch. Mit einer Dokumentation der im „Dritten „Reich“ berufenen Staatsräte. Bearb. v. Joachim Lilla, Düsseldorf 2005.
- Lilla, 2008 ~ Der Bayerische Landtag 1918/19 bis 1933. Wahlvorschläge – Zusammensetzung – Biographien. Bearbeitet von Joachim Lilla, München 2008.
- Lilla, Verwaltungshandbuch/BLO (Stand: 2015) ~ Joachim Lilla, Staatsminister, leitende Verwaltungsbeamte und (NS-)Funktionäre in Bayern 1918 bis 1945, URL: <http://verwaltungshandbuch.bayerische-landesbibliothek-online.de>
- Die Linke im Visier, 2014 ~ Die Linke im Visier. Zur Errichtung der Konzentrationslager 1933. Hg. v. Nikolaus Wachsmann u. Sybille Steinbacher, Göttingen 2014.
- Linksliberalismus, 1980 ~ Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933, eingeleitet v. Lothar Albertin, bearb. v. Konstanze Wegner in Verb. m. L. Albertin, Düsseldorf 1980.
- Liste, 1971/72 ~ Liste der um 1933 in Bielefeld ansässig gewesenen Juden und ihre Schicksale sowie ein Überblick über die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Bielefeld. Zusammengestellt von Ursula Niemann, Stadtarchiv Bielefeld: Sommer 1961/62. Überarbeitet u. vervollständigt 1971/1972.
- Löffelsender, 2015 ~ Michael Löffelsender, Kölner Rechtsanwälte im Nationalsozialismus. Eine Berufsgruppe zwischen „Gleichschaltung“ und Kriegseinsatz, Tübingen 2015.
- von Lösch, 1999 ~ Anna-Maria von Lösch, Der nackte Geist. Die Juristische Fakultät der Berliner Universität im Umbruch von 1933, Tübingen 1999.
- Longerich, 1998 ~ Peter Longerich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München/Zürich 1998.
- Louven, ²1991 ~ Astrid Louven, Die Juden in Wandsbek 1604–1940. Spuren der Erinnerung, Hamburg ²1991 (¹1989).
- Lowenthal, 1981 ~ Juden in Preussen. Biographisches Verzeichnis. Ein repräsentativer Querschnitt von Ernst G. Lowenthal, Berlin 1981.
- Luig, 2004 ~ Klaus Luig, ... weil er nicht arischer Abstammung ist. Jüdische Juristen in Köln während der NS-Zeit. Hg. v. d. Rechtsanwaltskammer Köln, Köln 2004.
- Lutter/Stiefel/Hoeflich, 1993 ~ Marcus Lutter, Ernst C. Stiefel, Michael H. Hoeflich (Hg.), Der Einfluß deutscher Emigranten auf die Rechtsentwicklung in den USA und Deutschland, Tübingen 1993.
- Maas, I–IV, 1976–1990 ~ Lieselotte Maas, Handbuch der deutschen Exilpresse 1933–1945, 4 Bde., München/Wien 1976–1990.
- Maertens, 2014 ~ Ralf Maertens, Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte und Notare in Altona ab 1933, in: AoRSH, 2014, S. 31–36.
- Magdeburger biographisches Lexikon s. u. MBL

- Mahnmal Koblenz. Ein virtueller Gedenkort für Koblenz, das nördliche Rheinland-Pfalz und Deutschland: www.mahnmal-koblenz.de (Autor: Joachim Hennig).
- Mainz: Landgericht Mainz – Gedenktafel ~ <https://lgmz.rlp.de/de/themen/Gedenktafel>: Zum Gedenken an die Richter Staatsanwälte und Rechtsanwälte jüdischer Herkunft, die im Landgerichtsbezirk Mainz Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurden: www.rlp.de
- Majer, 1981 ~ Diemut Majer, „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard a. Rh. 1981.
- Makarov, ²1971 ~ Alexander N. Makarov, Deutsches Staatsangehörigkeitsrecht, Kommentar Frankfurt/M. [u. a.] ²1971 (¹1966).
- Mallmann/Angrick, 2009 ~ Klaus-Michael Mallmann/Andrej Angrick, Die Mörder sind unter uns. Gestapo-Bedienstete in den Nachkriegsgesellschaften des Dritten Reiches, in: Die Gestapo nach 1945, 2009, S. 7–54.
- Mallmann/Paul, 2004 ~ Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul (Hg.), Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien, Darmstadt 2004.
- Mallmann [u. a.], 2008 s. u. Einsatzgruppen in Polen, 2008.
- Marx, 1965 ~ [Alfred] Marx, Das Schicksal der jüdischen Juristen in Württemberg und Hohenzollern 1933–1945, In: Die Justiz. Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg 14 (1965), S. 178–184, 202–211 u. 245–247.
- Mann, 1982 ~ Frederick Alexander Mann, Ausbürgerung und Wiedereinbürgerung nach Art. 116 Abs. 2 GG in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Auslands, in: Europäisches Rechtsdenken in Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Helmut Coing zum 70. Geburtstag, hg. v. Norbert Horn [u. a.], Bd. 2, München 1982, S. 323–340.
- Maslaton, Martin, Rechtliche Strukturen der Diskriminierung der Juden im Dritten Reich, Berlin 1993.
- Mauss, 2013 ~ Susanne Mauss, „Nicht zugelassen“. Die jüdischen Rechtsanwälte im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf 1933–1945, Essen ¹2013.
- Mauss, OLG-Bezirk Düsseldorf ~ Der Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945 (Susanne Mauss): www.anwalt-ohne-recht.de/Duesseldorf_zusatzPanels_2011.pdf
- MBL, 2002 ~ Magdeburger Biographisches Lexikon: 19. und 20. Jahrhundert. Biographisches Lexikon für die Landeshauptstadt Magdeburg und die Landkreise Bördekreis, Jerichower Land, Ohrekreis und Schönebeck. Hg. v. Guido Heinrich/Gunter Schandera, Magdeburg 2002.
- M.d.L., 1995 ~ M.d.L.: Das Ende der Parlamente 1933 und die Abgeordneten der Landtage und Bürgerschaften der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Ein biographischer Index, hg. v. Martin Schumacher, Düsseldorf 1995.
- M.d.R., ³1994 ~ M.d.R.: Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation, hg. v. Martin Schumacher, bearb. v. M. Schumacher unter Mitwirkung von Ulrike Höroldt u. Christian Ostermann, 3., erhebl. erw. u. überarb. Auflage, Düsseldorf 1994 (¹1991 bearb. v. Katharina Lübke u. M. Schumacher in Verbindung mit Wilhelm Heinz Schröder, unter Mitwirkung von Angela Joseph und Evelyn Richter).
- Mehl, 1990 ~ Stefan Mehl, Das Reichsfinanzministerium und die Verfolgung der Juden 1933–1943 (Berliner Arbeitshefte und Berichte zur Sozialwissenschaftlichen Forschung, Nr. 38), Berlin 1990.

- „Meinetwegen ist die Welt erschaffen“, 1997 ~ „Meinetwegen ist die Welt erschaffen“. Das intellektuelle Vermächtnis des deutschsprachigen Judentums. 58 Porträts, hg. v. Hans Erler [u. a.], Frankfurt/M. [u. a.] 1997.
- Meinl/Zwilling, 2004 ~ Susanne Meinl, Jutta Zwilling, Legalisierter Raub. Die Ausplünderung der Juden im Nationalsozialismus durch die Reichsfinanzverwaltung in Hessen, Frankfurt/M. u. New York 2004.
- Meinl, 2005 ~ Susanne Meinl, Stigmatisiert – diskriminiert – ausgeraubt. Das antisemitische Steuer- und Devisenrecht im „Dritten Reich“ und seine Umsetzung, in: Gesetzliches Unrecht. Rassisches Recht im 20. Jahrhundert. Hg. im Auftrag des Fritz Bauer Instituts von Micha Brumlik [u. a.], Frankfurt/M. u. New York 2005, S. 65–94.
- Merkel, 1976 ~ Edmund Merkel, Die Doktorpromotionen der Juristischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, Freiburg/München 1976.
- Mertens/Feketitsch-Weber, 2010 ~ Bernd Mertens/Margareta Feketitsch-Weber. Die Aberkennung von Doktorgraden an der Juristischen Fakultät der Universität Erlangen im Nationalsozialismus, Erlangen 2010 (Open-access-Version: urn:nbn:de:bvb.29-opus4-41257: <https://opus4.koby.de/opus-fau/frontdoor>)
- Mertens, Zum Gedenken, 2010 ~ Bernd Mertens, Zum Gedenken an die Opfer unrechtmäßiger Aberkennung der Doktorwürde an der Erlanger Juristischen Fakultät im Nationalsozialismus, in: Thomas A. H. Schöck, Kanzler der Friedrich-Alexander-Universität, (Hg.), Aberkennung der Doktorwürde an der Universität Erlangen in der Zeit des Nationalsozialismus. Dokumentation der Gedenkakte der Medizinischen Fakultät und des Fachbereichs Rechtswissenschaft und Aberkennungen an der Theologischen und der Naturwissenschaftlichen Fakultät, Erlangen-Nürnberg 2010, S. 39–42.
- Meyer, 1971 ~ Gertrud Meyer, Nacht über Hamburg. Berichte und Dokumente. Ergänzungsband zu Hochmuth/Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945, Frankfurt/M. 1971.
- Meyer/Simon, 2000 ~ Beate Meyer(Hermann Simon (Hg.), Juden in Berlin 1938–1945. Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung in der Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“ Mai bis August 2000, Berlin 2000.
- Minninger, 1992 ~ Monika Minninger, Die Eliminierung nichtarischer Juristen. Jüdische Rechtsanwälte und Notare, in: Andreas Knobelsdorf [u. a.], „Das Recht wurzelt im Volk“. NS-Justiz im Landgerichtsbezirk Bielefeld. Katalog zur Ausstellung des Stadtarchivs Bielefeld vom 17. September bis 31. Oktober 1992, Bielefeld 1992, S. 18–27.
- Misch, 1938 *s. u.* Verzeichnisse: b) Ausbürgerung
- Mlynek, 1986 ~ Gestapo Hannover meldet ...: Polizei- und Regierungsberichte für das mittlere und südliche Niedersachsen zwischen 1933 und 1937. Bearb. u. eingel. v. Klaus Mlynek, Hildesheim 1986.
- Möllenhoff/Schlautmann-Obermeyer, 1995 *s. u.* Jüdische Familien in Münster
- Möller, 1984 ~ Horst Möller, Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933, München 1984.
- Moll, 2015 ~ Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrium des 20. Jahrhunderts. Hg. v. Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz, 2 Bde., Paderborn 6. erw. u. neu strukturierte Auflage 2015 (7. unveränderte Aufl. 2019; ¹1999).
- Moos, 2011 ~ Michael Moos, Schicksal der jüdischen Rechtsanwälte in Freiburg nach 1933, in: RAK Freiburg, Freie Anwaltschaft in Südbaden. 65 Jahre Rechtsanwaltskammer Freiburg. Hg.: Dr. Michael Krenzler, Präsident der Rechtsanwaltskammer Freiburg, Freiburg 2011, S. 111–122.
- Moraw, 1996 ~ Frank Moraw, Die nationalsozialistische Diktatur (1933–1945), in: Geschichte der Juden in Heidelberg. Mit Beiträgen von Andreas Cser [u. a.], Heidelberg 1996, S. 440–555.

C. Quellen und Literatur

- Morris, 2013 ~ Douglas G. Morris, Discrimination, degradation, defiance. Jewish lawyers under Nazism, in: *The law in Nazi Germany. Ideology, opportunism and the perversion of justice.* Ed. by Alan W. Steinweis a. Robert D. Rachlin, New York/Oxford 2013, S. 105–135.
- Morisse, 2013 ~ Heiko Morisse, Ausgrenzung und Verfolgung der Hamburger Juristen, Bd. 1: Rechtsanwälte, Göttingen 2. überarb. Aufl. 2013 (2003).
- Morisse, Beamtete Juristen, 2013 ~ Heiko Morisse, Ausgrenzung und Verfolgung der Hamburger Juristen, Bd. 2: Beamtete Juristen, Göttingen 2013.
- Moritz, 2001 ~ Werner Moritz, Die Aberkennung des Dokortitels an der Universität Heidelberg während der NS-Zeit, in: *Zwischen Wissenschaft und Politik. Studien zur deutschen Universitätsgeschichte. Festschrift für Eike Wolgast zum 65. Geburtstag*, hg. v. Armin Kohle und Frank Engehausen, Stuttgart 2001, S. 540–562 (Wiederabdruck in: *W. Moritz, Kleine Schriften*, hg. v. Sabine Happ u. Klaus Nippert, Heidelberg [u. a.] 2007, S. 103–125).
- Mühsam, 1989 ~ Paul Mühsam, Ich bin ein Mensch gewesen. Lebenserinnerungen. Hg. u. mit einem Nachwort v. Ernst Kretzschmar, Berlin 1989.
- Müller, 1968 ~ Dierk Müller, Die deutsche Staatsangehörigkeit ausgebürgerter Emigranten. Zum Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 14. 2. 1968, in: *Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht* 32 (1968), 4, S. 676–686.
- Müller, 1987 ~ Ingo Müller, Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz. Mit einem Vorwort von Professor Martin Hirsch, Richter am Bundesverfassungsgericht a. D., München 1987.
- Stadtarchiv München, Biographisches Gedenkbuch der Münchner Juden 1933–1945: www.muennen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Direktorium/Stadtarchiv/Juedisches-Museum/Gedenkbuch
- Münzel, 2014 ~ Martin Münzel, Die jüdischen Mitglieder der ökonomischen Elite Frankfurts nach 1933. Aspekte der Ausschaltung aus dem Wirtschaftsbürgertum des NS-Staats, in: Jörg Osterloh, Harald Wixforth (Hg.), *Unternehmer und NS-Verbrechen. Wirtschaftseliten im „Dritten Reich“ und in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/M. u. New York 2014, S. 33–64.
- Müssener, 1974 ~ Helmut Müssener, Exil in Schweden. Politische und kulturelle Emigration nach 1933, München 1974.
- Mußnug, 1988 ~ Dorothee Mußnug, Die vertriebenen Heidelberger Dozenten. Zur Geschichte der Ruprecht-Karls-Universität nach 1933, Heidelberg 1988.
- Mußnug, 1993 ~ Dorothee Mußnug, Die Reichsfluchtsteuer 1931–1953, Berlin 1993.
- Mußnug, 2006 ~ Dorothee Mußnug, Die Juristische Fakultät, in: *Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus*, hg. v. Wolfgang Eckart [u. a.], Heidelberg 2006, S. 261–317.
- Nachträgliche Aberkennungen akademischer Grade *s. u.* Reichsanzeiger
- Nagel, 2000 ~ Die Philipps-Universität Marburg im Nationalsozialismus. Dokumente zu ihrer Geschichte. Hg. v. Anne Christine Nagel, bearb. v. A. Chr. Nagel u. Ulrich Sieg, Stuttgart 2000.
- Namen und Schicksale der Juden Kassels, 1986 ~ Namen und Schicksale der Juden Kassels 1933–1945. Ein Gedenkbuch bearb. v. Beate Kleinert und Wolfgang Prinz m. einem Nachwort v. W. Prinz. Hg. v. Magistrat der Stadt Kassel – Stadtarchiv, Kassel 1986: www.kobra.bibliothek.uni-kassel.de/.../SchicksaleDerJudenKassels.pdf
- Nationalsozialismus und Recht, 2014 ~ Thilo Ramm/Stefan Chr. Saar (Hg.), *Nationalsozialismus und Recht. Erste Babelberger Gespräche* [6.–8. 10. 2011], Baden-Baden 2014.
- Nationalsozialismus und Recht, 2018 ~ Hans-Georg Hermann [u. a.] (Hg.), *Nationalsozialismus und Recht. Zweite und Dritte Babelberger Gespräche* [München 2013, Rostock 2015], Baden-Baden 2018.
- NDB ~ Neue Deutsche Biographie [Online-Zugang: <https://www.deutsche-biographie.de>]
- Neumark, 1980 ~ Fritz Neumark, Zuflucht am Bosphorus. Deutsche Gelehrte, Politiker und Künstler in der Emigration 1933–1953, Frankfurt/M. 1980.

- Nickel [u. a.], 1990 ~ Karl-Heinz Nickel/Harald Schmidt/Florian Tennstedt/Heide Wunder, Biographien, in: Kassel als Stadt der Juristen, 1990, S. 367–537.
- Niedersächs. Juristen, 2003 ~ Niedersächsische Juristen. Ein historisches Lexikon mit einer landesgeschichtlichen Einführung und Bibliographie, hg. v. Joachim Rückert u. Jürgen Vortmann u. Mitarb. v. André Depping [u. a.], Göttingen 2003.
- Nietzel, 2012 ~ Benno Nietzel, Handeln und Überleben. Jüdische Unternehmer aus Frankfurt am Main 1924–1964, Göttingen 2012.
- Nitsche/Bondy, 2002 ~ Jürgen Nitsche/Dan Bondy, Dokumentation des Jüdischen Friedhofs in Chemnitz, in: Juden in Chemnitz, 2002, S. 209–487.
- NJW ~ Neue Juristische Wochenschrift
- Novemberpogrom 1938 in Erfurt, 2014 ~ Jutta Hoschek, Novemberpogrom 1938 in Erfurt. Aus Dokumenten und Erinnerungen. Hg.: Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung und das Netzwerk „Jüdisches Leben Erfurt“, Jena 2014.
- NS-Dabeigewesene, Hamburg: <https://www.hamburg.de/clp/dabeigewesene-dokumente/clp1/ns-dabeigewesene>
- Ohne zu zögern, ² 2008 ~ Ohne zu zögern – Varian Fry: Berlin – Marseille – New York. Katalog [einer Ausstellung des Aktiven Museums in Berlin anlässlich des 100. Geburtstages von V. Fry], Redaktion: Angelika Meyer/Marion Neumann, Berlin 2. verb. Aufl. 2008 (¹2007).
- Oldenburgischer Landtag, 2014 ~ Oldenburgischer Landtag 1848–1933/1946. Biografisch-historisches Handbuch zu einem deutschen Landesparlament. Bearb. v. Albrecht Eckhardt u. Rudolf Wyrsh, hg. v. A. Eckhardt, Oldenburg 2014.
- Ostler, 1963 ~ Fritz Ostler, Der deutsche Rechtsanwalt. Das Werden des Standes seit der Reichsgründung, Karlsruhe 1963.
- Ostler, ²1982 (¹1971) ~ Fritz Ostler, Die deutschen Rechtsanwälte 1871–1971, Essen 2. durchgesehene Aufl. 1982 (¹1971).
- Ostler, 1983 ~ Fritz Ostler, Rechtsanwälte in der NS-Zeit. Fakten und Erinnerungen, in: AnwBl 33, 1983, S. 50–59.
- Der Parlamentarische Rat 1948/49 ~ Beobachtungen – Der Parlamentarische Rat 1948/49. Fotografien von Erna Wagner-Hehmke: www.parlamentarischerrat.de/mitglieder_891_mitglieder
- Paul, 1995 ~ Gerhard Paul, Kontinuität und Radikalisierung. Die Staatspolizeistelle Würzburg, in: Paul/Mallmann, 1995, S. 161–177.
- Paul, 1996 ~ Gerhard Paul unter Mitarbeit von Erich Koch, Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig Holstein, Hamburg 1996.
- Paul, 1998 ~ Paul Gerhard, „Herr K. ist nur Politiker und als solcher aus Amerika zurückgekommen.“ Die gelungene Remigration des Dr. Rudolf Katz, in: Paul/Gillis-Carlebach, 1998, S. 699–711.
- Paul, „Kämpfende Verwaltung“, 2000 ~ Gerhard Paul, „Kämpfende Verwaltung“. Das Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes als Führungsinstanz der Gestapo, in: Mallmann/Paul, 2000, S. 42–81.
- Paul/Gillis-Carlebach, 1998 ~ Gerhard Paul u. Miriam Gillis-Carlebach (Hg.), Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918–1998), Neumünster 1998.
- Paul/Mallmann, 1995 ~ Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hg.), Die Gestapo – Mythos und Realität. Mit einem Vorwort v. Peter Steinbach, Darmstadt 1995.
- Paul/Mallmann, 2000 ~ Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hg.), Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. ‚Heimatfront‘ und besetztes Europa, Darmstadt 2000.
- Paulsen, 1990 ~ Sven Paulsen. Die Verfolgung jüdischer Richter, Beamter, Notare und Rechtsanwälte unter nationalsozialistischer Gewaltherrschaft in der Pfalz, in: S. Paulsen (Hg.), 175 Jahre pfälzisches Oberlandesgericht Neustadt/Weinstraße 1990, S. 267–282.

C. Quellen und Literatur

- Paus, 1992 ~ Heidwin Paus (Bearb.), Das Schicksal der im Landgerichtsbezirk Bonn zugelassenen jüdischen Rechtsanwälte während der Zeit des Nationalsozialismus, Bonn: Bonner Anwalt-Verein 1992.
- Pawlita, 1993 ~ Cornelius Pawlita, „Wiedergutmachung“ als Rechtsfrage? Die politische und juristische Auseinandersetzung um Entschädigung für die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung (1945 bis 1990), Frankfurt/M. [u. a.] 1993.
- Personenlexikon der Sexualforschung, 2009 ~ Volkmar Sigusch, Günter Grau (Hg.), Personenlexikon der Sexualforschung, Frankfurt/M. u. New York 2009.
- Pfeiffer/Rott, 2016 ~ Klaus Pfeiffer/Joachim Rott, Die erste Ausbürgerungsliste vom 25. August 1933, Berlin 2016.
- Pingel-Rollmann, 1985 ~ Heinrich Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und in der Provinz Starkenburg 1933–1945, Darmstadt/Marburg 1985.
- Das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes s. u. Auswärtiges Amt, 2018.
- Pommern im Spiegel von Gestapo-Lageberichten, 1974 ~ Robert Thévoz [u. a.], Pommern 1934/35 im Spiegel von Gestapo-Lageberichten und Sachakten (Darstellung), Köln/Berlin 1974.
- Posch/Stadler, 2005 ~ Herbert Posch/Friedrich Stadler (Hg.), „... eines akademischen Grades unwürdig“. Nichtigerklärung von Aberkennungen akademischer Grade zur Zeit des Nationalsozialismus an der Universität Wien, Wien 2005.
- Prahl, 1995 ~ Hans-Werner Prahl (Hg.), UNI-Formierung des Geistes. Universität Kiel im Nationalsozialismus, Bd. 1, Kiel 1995.
- Prick, 2010 ~ Georg Prick, Anwalt ohne Recht. Verfolgte Rechtsanwälte jüdischer Herkunft im OLG-Bezirk Naumburg während des Nationalsozialismus, hg. v. d. Rechtsanwaltskammer des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2010.
- Proskauer, 1989 ~ Erna Proskauer, Wege und Umwege. Erinnerungen einer Berliner Rechtsanwältin, bearb. u. m. einem Nachwort versehen v. Sabine Berghahn u. Christl Wickert, Frankfurt/M. 1996 (Erstausgabe 1989).
- RAK Oldenburg, 2007 ~ Rechtsanwaltskammer Oldenburg (Hg.), Anwalt ohne Recht. Schicksale jüdischer Rechtsanwälte im Bezirk des heutigen Oberlandesgerichts Oldenburg, mit Beiträgen von Elmar Schürmann [u. a.], Oldenburg 2007.
- Ramm/Saar s. u. Nationalsozialismus und Recht
- Rasehorn, 1988 ~ Theo Rasehorn, Der Untergang der deutschen linksbürgerlichen Kultur, beschrieben an den Lebensläufen jüdischer Juristen, Baden-Baden 1988.
- Recht, Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus, 1984 ~ Recht, Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus. Ausgewählte Schriften, Gesetze und Gerichtsentscheidungen von 1933 bis 1945, hg. u. erl. v. Martin Hirsch [u. a.], Köln 1984.
- Rechtsanwälte an der Saar, 2004 ~ Peter Wettmann-Jungblut, Rechtsanwälte an der Saar 1800–1960. Geschichte eines bürgerlichen Berufsstandes, Blieskastel 2004.
- Rechtsanwälte der RHD, 2002 ~ Heinz-Jürgen Schneider/Erika Schwarz/Josef Schwarz, Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands. Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik. Geschichte und Biografien, Köln 2002.
- Redeker, 1994 ~ Konrad Redeker, Deutsche Juristen jüdischer Herkunft, in: NJW 47 (1994), 1, S. 1–4.
- Redeker, 2005 ~ Konrad Redeker, Erinnerung und Gedenken – Schicksale deutscher Juristen jüdischer Herkunft nach 1933, in: NJW 59 (2005), 9, S. 564–566.
- Reg. Hitler, 1983 ~ Akten der Reichskanzlei: Regierung Hitler 1933/34, Bd. 1: (30.1. bis 31.8.1933) u. Bd. 2 (12.9.1933 bis 27.8.1934), bearb. v. Karl-Heinz Minuth, München 1983.
- „Rehabilitiert: Uni Greifswald gibt von NS-Regime entzogene Akademische und Ehregrade posthum zurück“ (19.12.2000): www.uni-greifswald.de/leben/engagement/rehabilitiert/print/html

- Reichmann, 1998 ~ Hans Reichmann, Deutscher Bürger und verfolgter Jude: Novemberpogrom und KZ Sachsenhausen 1937 bis 1939. Bearb. v. Michael Wildt, München 1998.
- Reichrath, 1989 ~ Hans L. Reichrath, Frieden mit den Toten? Frieden den Lebenden! Erinnerungen aus einer Zeit verordneter Unmenschlichkeit [Familie Dr. Paul Tuteur], in: Religionspädagogische Hefte (Speyer) Nr. 5, 1989, S. 13–18.
- Reichsanzeiger ~ Nachträgliche Aberkennungen akademischer Grade im Deutschen Reichsanzeiger von 1937 bis 1944 (Universitätsarchiv Leipzig: Jens Blecher): <https://archiv.uni-leipzig.de/geschichte/universitaetsgeschichte/ehrenbuch>: jetzt unter: <https://geschichte.archiv.uni-leipzig.de/index.php/start/> oder <https://geschichte.archiv.uni-leipzig.de/ws/reichsanzeiger.php>
- RGBL. ~ Reichsgesetzblatt: www.alex.onb.ac.at
- Rhein. Gestapoquellen ~ Lageberichte rheinischer Gestapoquellen 1934–1936, bearb. v. Anselm Faust [u. a.], 3 Bde., Düsseldorf 2012–2016.
- Rheinische Justiz, 1994 ~ Rheinische Justiz. Geschichte und Gegenwart: 175 Jahre Oberlandesgericht Köln, hg. v. Dieter Laum [u. a.], Köln 1994.
- Richarz II, 1979 ~ Jüdisches Leben in Deutschland, Bd. II: Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte im Kaiserreich, hg. u. eingel. v. Monika Richarz, Stuttgart 1979.
- Richter, 2001 ~ Gunnar Richter, Die Geheime Staatspolizeistelle Kassel 1933–1945, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Landesgeschichte 106 (2001), S. 229–270.
- Die Richter des Bundesverfassungsgerichts s. u. Bundesverfassungsgericht, 1971
- Richter des PrOVG, 2017 ~ Renate Citron-Piorkowski/Ulrich Marenbach, Verjagt aus Amt und Würden – vom Naziregime verfolgte Richter des Preußischen Oberverwaltungsgerichts – 14 Lebensläufe, Berlin 2017.
- von Roden, 1986 ~ Günter von Roden, Geschichte der Duisburger Juden, 2 Teile, in: Duisburger Forschungen 34 (1986).
- Rosen, Anton, Aus dem Leben eines Juristen. Erinnerungen und Erfahrungen. Düsseldorf 1979.
- Röwekamp, 2005 ~ Marion Röwekamp, Juristinnen. Lexikon zu Leben und Werk, Baden-Baden 2005.
- Röwekamp, 2011 ~ Marion Röwekamp, Die ersten deutschen Juristinnen. Eine Geschichte ihrer Professionalisierung und Emanzipation (1900–1945), Köln [u. a.] 2011.
- Ronge, 1963 ~ Paul Ronge, Im Namen der Gerechtigkeit. Erinnerungen eines Strafverteidigers, München 1963.
- Rosenberg, 2012 ~ Kurt F. Rosenberg. „Einer, der nicht mehr dazu gehört“. Tagebücher 1933–1937, hg. v. Beate Meyer/Björn Siegel, Hamburg 2012.
- Rosenthal, 2011 ~ Leo Rosenthal. Ein Chronist in der Weimarer Republik. Fotografien 1926–1933. Hg.: Landesarchiv Berlin u. Rechtsanwaltskammer Berlin, München 2011.
- Rottleuthner, 2010 ~ Hubert Rottleuthner, Karrieren und Kontinuitäten deutscher Justizjuristen vor und nach 1945. Mit allen Grund- und Karrieredaten auf beiliegender CD-ROM, Berlin 2010.
- Ruch, 1995 ~ Martin Ruch, Verfolgung und Widerstand in Offenburg 1933–1945. Dokumentation, Offenburg 1995.
- Ruch, 2013 ~ Martin Ruch, Jüdische Persönlichkeiten aus Offenburg. Kunst, Kultur und Wissenschaft, Norderstedt 2013.
- Ruck, 1995 ~ Michael Ruck, Bibliographie zum Nationalsozialismus, Köln 1995.
- Rücker, 2007 ~ Simone Rücker, Rechtsberatung. Das Rechtsberatungswesen von 1919–1945 und die Entstehung des Rechtsberatungsmisbrauchsgesetzes, Tübingen 2007.
- Rücker, Ende der Rechtsberatung, 2007 ~ Simone Rücker, Das Ende der Rechtsberatung durch jüdische Juristen. Zur Entrechtung der ab 1933 aus der Anwaltschaft ausgeschlossenen Juristen, in: AnwBl 2007, S. 801–808.

- Rüping, 2002 ~ Hinrich Rüping, Die Beseitigung der freien Advokatur im Nationalsozialismus, in: AnwBl 2002, S. 615–620.
- Rüping, 2007 ~ Hinrich Rüping, Rechtsanwälte im Bezirk Celle während des Nationalsozialismus, Berlin 2. korrigierte u. erg. Aufl. 2012 (12007).
- Rüthers, 1988 ~ Bernd Rüthers, Recht als Waffe des Unrechts – Juristische Instrumente des NS-Rassenwahns, in: NJW 41. Jg., H. 45 v. 9. 11. 1988, S. 2825–2836.
- Rüthers, 1990 ~ Bernd Rüthers, Carl Schmitt im Dritten Reich. Wissenschaft als Zeitgeist-Verstärkung, München 1990 (1989).
- Rüthers, 2008 ~ Bernd Rüthers, Verräter, Zufallshelden oder Gewissen der Nation? Facetten des Widerstandes in Deutschland, Tübingen 2008.
- Rüthers, 2018 ~ Bernd Rüthers, Nationalsozialismus und Recht. Stand und Säumnisse der NS-Forschung [2013], in: Nationalsozialismus und Recht, 2018, S. 11–28.
- Rupieper/Sperk, 2003 ~ Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei zur Provinz Sachsen 1933 bis 1936, hg. v. Hermann-J. Rupieper u. Alexander Sperk, Bd. 1: Regierungsbezirk Magdeburg, Bd. 2: Regierungsbezirk Merseburg. Mit ergänzenden Materialien bearb., eingel. u. erläutert v. Alexander Sperk, Halle (Saale) 2003.
- RuP ~ Recht und Politik. Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik
- Rupp, 2011 ~ Caroline S. Rupp, Dokumentationsteil, in: Die geraubte Würde, 2011, S. 135–227.
- Salzburg, 2001 ~ Friedrich Salzburg, Mein Leben in Dresden vor und nach dem 30. Januar 1933. Lebensbericht eines jüdischen Rechtsanwaltes aus dem amerikanischen Exil im Jahr 1940, Dresden 2001.
- Sauer, 1966 ~ Paul Sauer (Bearb.), Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime, 2 Teile, Stuttgart 1966.
- SBZ-Handbuch, 1993 ~ SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, hg. v. Martin Broszat u. Hermann Weber, München 1993 (1990).
- Schadt, 1976 ~ Jörg Schadt (Bearb.), Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933–1940, Stuttgart [u. a.] 1976.
- Schäfer-Richter [u. a.], 1992 ~ Uta Schäfer-Richter [u. a.] (Hg.), Die jüdischen Bürger im Kreis Göttingen 1933–1945. Ein Gedenkbuch, Göttingen 1992.
- Schätzel, 1948 ~ Walter Schätzel, Der heutige Stand des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts, in: AöR 74 (35. Bd. NF), 1948, S. 273–318.
- Scheidemann, 1968 ~ Jo Scheidemann, Die nationalsozialistische Staatsangehörigkeitsgesetzgebung und ihre rassenideologische Grundlage, Jena, Jur. Diss. 1968.
- Schiller, 1997 ~ Christof Schiller, Das Oberlandesgericht Karlsruhe im Dritten Reich, Berlin 1997.
- Schlüter/Miosge, 2006 ~ Michael Schlüter/Dieter Miosge, Zulassung ist zurückgenommen. Das Schicksal der Juristen im Bezirk Braunschweig von 1933–1945, [Braunschweig] 2006.
- Schmalhausen, 1994 ~ Bernd Schmalhausen, Schicksale jüdischer Juristen aus Essen 1933–1945, Essen 1994.
- Schmalhausen, Gedenktafel ~ Bernd Schmalhausen, Was geht das uns an? Eine Gedenktafel erinnert im Essener Landgericht an ermordete jüdische Richter und Rechtsanwälte, in: Beiträge zur neueren Justizgeschichte in Essen. Juristische Zeitgeschichte Nordrhein-Westfalen, Bd. 11 hg. v. Holger Schlüter, Düsseldorf [2002], S. 63–80.
- Schmalhausen, 2002 ~ Bernd Schmalhausen, Josef Neuberger (1902–1977). Ein Leben für eine menschliche Justiz, Baden-Baden 2002.
- Schmid, 1995 ~ Hans-Dieter Schmid, ‚Anständige Beamte‘ und ‚üble Schläger‘. Die Staatspolizeistelle Hannover, in: Paul/Mallmann, 1995, S. 133–160.

- Schmoeckel, 2004 ~ Mathias Schmoeckel, Insel der Seligen? Der juristische Fachbereich der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn zwischen 1933 und 1945, in: M. Schmoeckel (Hg.), Die Juristen der Universität Bonn im „Dritten Reich“, Köln [u. a.] 2004, S. 1–45 (Wiederabdruck in: Becker, 2008, S. 79–22).
- Schmoeckel/Schubert, 2012 ~ Mathias Schmoeckel/Werner Schubert (Hg.), Handbuch zur Geschichte des deutschen Notariats seit der Reichsnotarordnung von 1512, Baden-Baden 2012.
- Schneider, 2005 ~ Andreas Theo Schneider, Die Geheime Staatspolizei im NS-Gau Thüringen. Geschichte, Struktur, Personal und Wirkungsfelder, Jena, Phil. Diss. 2005.
- Schoch, 2009 ~ Jürg Schoch (Hg.), In den Hinterzimmern des Kalten Krieges. Die Schweiz und ihr Umgang mit prominenten Ausländern 1945–1960, Zürich 2009.
- Scholtyssek/Studt, 2008 ~ Joachim Scholtyssek/Christoph Studt (Hg.), Universitäten und Studenten im Dritten Reich. Bejahung, Anpassung, Widerstand, Berlin 2008.
- Schott, 2003 ~ Herbert Schott, Die ersten drei Deportationen mainfränkischer Juden 1941/42, in: Wege in die Vernichtung. Die Deportation der Juden aus Mainfranken 1941–1943. Begleitband zur Ausstellung des Staatsarchivs Würzburg und des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin in Zusammenarbeit mit dem Bezirk Unterfranken, München 2003, S. 73–166.
- Schreiber, 2008 ~ Carsten Schreiber, Elite im Verborgenen. Ideologie und regionale Herrschaftspraxis des Sicherheitsdienstes der SS und seines Netzwerks am Beispiel Sachsen, München 2008.
- Schroeder, 2010 ~ Klaus-Peter Schroeder, „Eine Universität für Juristen und von Juristen“. Die Heidelberger Juristische Fakultät im 19. und 20. Jahrhundert, Tübingen 2010.
- Schröder, Aufarbeitung, 2002 ~ Schröder, Richard: Zur Aufarbeitung der Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin nach 1933, Vortragsveranstaltung zu Ehren von Prof. Karl Brandt, Manuskript Berlin 2002. http://www.agrar.hu-berlin.de/fakultaet/history/kb/fr_schro.htm
- Schröder, 1995 ~ Wilhelm Heinz Schröder, Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Biographien – Chronik – Wahldokumentation, Düsseldorf 1995.
- Schröder-Teppe, 2006 ~ Martina Schröder-Teppe, Wenn Unrecht zu Recht wird ... Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte im Bezirk der Rechtsanwaltskammer Kassel nach 1933, Kassel 2006.
- Schröter, 1980 ~ Hermann Schröter, Geschichte und Schicksal der Essener Juden. Gedenkbuch für die jüdischen Mitbürger der Stadt Essen, Essen 1980.
- Schüler-Springorum, 1996 ~ Stefanie Schüler-Springorum, Die Jüdische Minderheit in Königsberg/Preußen 1871–1945, Göttingen 1996.
- Schuhladen-Krämer, 1997 ~ Jürgen Schuhladen-Krämer, Die Exekutoren des Terrors. Hermann Mattheiß, Walther Stahlecker, Friedrich Mußgay, Leiter der Geheimen Staatspolizeileitstelle Stuttgart, in: Kißener/Scholtyssek, 1997, S. 405–443.
- Schumacher, 2012 ~ Martin Schumacher, Von Max Alsberg bis Ludwig Töpfer. Bücher und Bibliotheken jüdischer Rechtsanwälte nach 1933. Verluste, Fundstücke und ein Erbe aus „Reichsbesitz“, Neustadt an der Aisch 2012.
- Schumacher, 2017 ~ Martin Schumacher, „Wegen seiner jüdischen Großmutter nach Südamerika ausgewandert“. Flucht aus Hitler-Deutschland – Ein Beitrag zur linksliberalen Emigration nach 1933, in: Ludwig Haas. Ein deutscher Jude und Kämpfer für die Demokratie. Hg. v. Ewald Grothe [u. a.], Düsseldorf 2017, S. 251–278.
- Schumann, 2014 ~ Eva Schumann, Die juristischen Fakultäten in der NS-Zeit – Ein Überblick über den Forschungsstand [2011] und konzeptionelle Überlegungen zur Aufarbeitung, in: Ramm/Saar, 2014, S. 39–154.

- Schupp, 1984 ~ Volker Schupp, Zur Aberkennung der akademischen Grade an der Universität Freiburg. Bericht aus den Akten, in: Freiburger Universitätsblätter, H. 86 (Dez. 1984), S. 9–19.
- Seeger, 1996 ~ Andreas Seeger, „Gestapo-Müller“. Die Karriere eines Schreibtischtäters, Berlin 1996.
- Seidler, 2000 ~ Eduard Seidler, Kinderärzte 1933–1945: entrechtet – geflohen – ermordet. Pediatricians – victims of persecution 1933–1945, Bonn 2000.
- Simon, 2003 ~ Paul Simon (1884–1977), Meine Erinnerungen. Das Leben des jüdischen Deutschen Paul Simon, Rechtsanwalt in Mainz. Bearb. v. Tillmann Krach, hg. v. Tillmann Krach in Zusammenarbeit mit dem Verein für Sozialgeschichte Mainz e. V., Mainz 2003.
- Simon, 2009 ~ Jacob Simon, Ein jüdisches Leben in Thüringen. Lebenserinnerungen bis 1930. Hg. v. Johannes Mötsch/Katharina Witter, Köln [u. a.] 2009.
- Sinsheimer, 1953 ~ Hermann Sinsheimer, Gelebt im Paradies. Erinnerungen und Begegnungen. Aus dem Nachlass bearb. v. Gerhard Pallmann, München 1953.
- Soncino-Gesellschaft ~ Soncino-Gesellschaft der Freunde des jüdischen Buches. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte. Hg. v. Karin Bürger [u. a.], Berlin 2014.
- „Sonderarchiv“ Moskau ~ Götz Aly/Susanne Heim, Das Zentrale Staatsarchiv in Moskau („Sonderarchiv“ [Beuteakten]). Rekonstruktion und Bestandsverzeichnis verschollen geglaubten Schriftguts aus der NS-Zeit, Düsseldorf 1993.
- „Sonderarchiv“ Moskau – Fondverzeichnis: www.sonderarchiv.de (Letzte Aktualisierung: Juni 2017).
- „Sonderaufnahmen Dr. Weskamp“ ~ Karin Hartewig, Wir sind im Bilde. Eine Geschichte der Deutschen in Fotos vom Kriegsende bis zur Entspannungspolitik, Leipzig 2010: www.univerlag-leipzig.de
- Spalek ~ Guide to the Archival Materials of the German-speaking Emigration to the United States after 1933/Verzeichnis der Quellen und Materialien der deutschsprachigen Emigration in die USA seit 1933. By John M. Spalek (Bd. 1: in Collaboration with Adrienne Ash a. Sandra H. Hawrylchak), 3 Bde., Bern/München 1978–1997.
- Spalek/Feilchenfeldt/Hawrylchak, 2001 ~ Deutschsprachige Exilliteratur seit 1933, Bd. 3, 2: USA, hg. v. John M. Spalek, Konrad Feilchenfeldt u. Sandra Hawrylchak, Bern/München 2001.
- Spalek/Feilchenfeldt/Hawrylchak, 1994 ~ Deutschsprachige Exilliteratur seit 1933, Bibliographien. Schriftsteller, Publizisten und Literaturwissenschaftler in den USA, 3 Teile, hg. v. John M. Spalek, Konrad Feilchenfeldt u. Sandra Hawrylchak, Bd. IV, 2, Bern/München 1994.
- Speck, 2014 ~ Entzogene Promotionen an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. 1933–1945 zusammengestellt v. Dieter Speck (Universitätsarchiv): www.uniarchiv-uni-freiburg.de
- Spier, ²1968 ~ Selmar Spier, Vor 1914. Erinnerungen an Frankfurt, geschrieben in Israel, Frankfurt/M. 1961 (Mit einem Geleitwort von Gerda Luft, Frankfurt/M. ²1968).
- Staatsrechtslehrer, 2015 ~ Peter Häberle [u. a.] (Hg.), Staatsrechtslehrer des 20. Jahrhunderts: Deutschland – Österreich – Schweiz, Berlin [u. a.] 2015.
- Steinmann, 1999 ~ Karin Steinmann, Leben lassen: auf den Spuren eines unbequemen Anwalts [Georg Quabbe], Leipzig 1999.
- Sternfeld/Tiedemann, ²1970 ~ Wilhelm Sternfeld/Eva Tiedemann, Deutsche Exil-Literatur 1933–45. Eine Bio-Bibliographie, 2. verb. u. stark erw. Aufl. [mit einem Vorwort von Hanns W. Eppelsheimer zur 1. Aufl. 1962], Heidelberg 1970.
- Stiefel, 1997 ~ Ernst C. Stiefel, Als jüdischer Jurist in Mannheim und Heidelberg. Bericht eines Zeitzeugen für die Jahre 1933–45 und heute, in: Peter Hommelhoff [u. a.] (Hg.), Max Hachenburg. Zweite Gedächtnisvorlesung, Heidelberg 1997, S. 1–11.
- Stiefel/Mecklenburg, 1991 ~ Ernst C. Stiefel/Frank Mecklenburg, Deutsche Juristen im amerikanischen Exil (1933–1950), Tübingen 1991.

- Stolle, 1997 ~ Michael Stolle, Von Idealisten, Aufsteigern, Vollstreckern und Verbrechern. Karl Berckmüller, Alexander Landgarf, Walter Schick, Josef Gmeiner, Leiter der Geheimen Staatspolizeileitstelle Karlsruhe, in: Die Führer der Provinz, 1997, S. 31–75.
- Stolle, 2001 ~ Michael Stolle, Die Geheime Staatspolizei in Baden. Personal, Organisation, Wirkung und Nachwirken einer regionalen Verfolgungsbehörde im Dritten Reich, Konstanz 2001.
- Stolleis, 1974 ~ Michael Stolleis, Gemeinwohlformeln im nationalsozialistischen Recht, Berlin 1974.
- Stolleis, Juristen, 1995 ~ Michael Stolleis (Hg.), Juristen. Ein biographisches Lexikon. Von der Antike bis zum 20. Jahrhundert, München 1995.
- Strauss, 1997 ~ Herbert A. Strauss, Über dem Abgrund. Eine jüdische Jugend in Deutschland 1918–1943. Aus dem Amerikanischen von Bettina Abarbanell, Frankfurt/M. u. New York 1997.
- Strauss/Buddensieg/Düwell, 1987 ~ Herbert A. Strauss, Tilmann Buddensieg/Kurt Düwell (Hg.), Emigration. Deutsche Wissenschaftler nach 1933. Entlassung und Vertreibung, Berlin 1987.
- Streitbare Juristen/JuristInnen *s. u.* Kritische Justiz
- Studt, 2002 ~ Christoph Studt, Das Dritte Reich in Daten. Unter Mitarbeit von Daniela von Itzenplitz und Henriette Schuppener, München 2002.
- Szöllösi-Janze/Freitäger, 2005 ~ Margit Szöllösi-Janze, Andreas Freitäger, „Doktorgrad entzogen!“. Aberkennungen akademischer Titel an der Universität Köln 1933 bis 1945, Nümbrecht 2005.
- „Ein symbolischer Akt: Universität Jena rehabilitiert mit einem Festakt am 9. November [2016] Wissenschaftler, denen in der NS-Zeit der Dokortitel aberkannt worden war“: URL: http://www.uni-jena.de/Mitteilungen/PM161102_Depromo_Seifert.pdf
- Theresienstädter Gedenkbuch, 2000 ~ Theresienstädter Gedenkbuch. Die Opfer der Judentransporte aus Deutschland nach Theresienstadt 1942–1945, Prag 2000.
- Thiele, 2006 ~ Helmut Thiele, Die jüdischen Einwohner zu Kassel 1700–1942, Familiendaten und Adressen, Kassel, 2006: www.orka.bibliothek.uni-kassel.de/viewer/image
- Thieler, 2006 ~ Kerstin Thieler, „[...] des Tragens eines deutschen akademischen Grades unwürdig.“ Die Entziehung von Dokortiteln an der Georg-August-Universität Göttingen im „Dritten Reich“, Göttingen 2., erw. Aufl. [mit einer Einführung von Bernd Weisbrod] 2006 [2004; Ausstellung d. Niedersächs. Staats- u. Universitätsbibl. Göttingen 29.10.–22.11.2004]: <http://resoplvser.sub.uni-goettingen.de/purl?isbn-3-930457-67-9>
- Thieler, 2014 ~ Kerstin Thieler, Ohne Würde. Die Entziehung von Dokortiteln an der Georg-August-Universität Göttingen im „Dritten Reich“ und der lange Prozess der Rehabilitierung nach 1945, in: Hochschulen und Politik in Niedersachsen nach 1945, hg. v. Detlef Schmichen-Ackermann [u. a.], Göttingen 2014, S. 81–94.
- Tilitzki, 1991 ~ Christian Tilitzki, Alltag in Ostpreußen 1940–1945. Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz 1940–1945. Leer 1991.
- Tilitzki, 2013 ~ Christian Tilitzki, Die Albertus Universität Königsberg. Ihre Geschichte von der Reichsgründung bis zum Untergang der Provinz Ostpreußen (1871–1945), Bd. 1, Berlin 2013.
- Tischler, 1996 ~ Carola Tischler, Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil (1933–1945), Münster 1996.
- Tollmien, 1999 ~ Cordula Tollmien, Nationalsozialismus in Göttingen (1933–1945), in: Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 3, Göttingen 1999, S. 127–273.
- Topographie des Terrors, 2010 ~ Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt in der Wilhelm- und Prinz-Albrecht-Straße. Eine Dokumentation. Hg.: Stiftung Topographie des Terrros, vertreten durch Andreas Nachama, Berlin 2010.

- Tuchel, 1990 ~ Johannes Tuchel, Berlin als Zentrum des nationalsozialistischen Verfolgungsapparates, in: Wolfgang Ribbe u. Jürgen Schmädeke, Berlin/New York 1990, S. 367–376.
- Tuchel s. a. Zentrale des Terrors, 1987.
- Tutas, 1975 ~ Herbert E. Tutas, Nationalsozialismus und Exil. Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der deutschen politischen Emigration, München/Wien 1975.
- Uhlig, 1991 ~ Ralph Uhlig (Hg.), Vertriebene Wissenschaftler der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) nach 1933. Zur Geschichte der CAU im Nationalsozialismus. Eine Dokumentation bearbeitet von Uta Cornelia Schmatzler und Matthias Wieben, Frankfurt/M. [u. a.] 1991.
- Uhlman, 1992 ~ Fred Uhlman, Erinnerungen eines Stuttgarter Juden. Aus dem Englischen von Manfred Schmid, Stuttgart 1992.
- Ulbrich, 2009 ~ Bernd G. Ulbrich, Personenlexikon zur Geschichte der Juden in Dessau, Dessau-Roßlau 2009.
- „Universität nimmt Aberkennung von Doktorgraden zwischen 1933 und 1945 zurück. Ergänzung des Senatsbeschlusses von 1947 durch Fakultätsbeschlüsse“. Amtliche Bekanntmachungen der Eberhard Karls Universität Tübingen 29 (2003), 21, S. 298–301: www.uni-tuebingen.de [vorab als Pressemitteilung am 25. 11. 2003 veröffentlicht].
- Unter Vorbehalt, 1997 ~ Unter Vorbehalt. Rückkehr aus der Emigration nach 1945, hg. vom EL-DE-Haus Köln, bearb. v. Wolfgang Blaschke [u. a.], Köln 1997.
- VEJ ~ Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Hg. im Auftrage des Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte und des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg von Götz Aly [u. a.]; Bd. 1: Deutsches Reich 1933–1937. Bearb. v. Wolf Gruner, München 2008 ~ Bd. 2: Das Deutsche Reich 1938–August 1939. Bearb. v. Susanne Heim, München 2009 ~ Bd. 3: Deutsches Reich und Protektorat Böhmen und Mähren September 1939 – September 1941. Bearbeitet von Andrea Löw, München 2012.
- Verbannte und Verbrannte ~ Verbannte und Verbrannte. Die Liste der im Nationalsozialismus verbotenen Publikationen und Autoren: www.verbannte-und-verbrannte.de
- VfZ ~ Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (Online-Zugang: www.ifz-muenchen.de)
- Vormbaum, 1999 ~ Thomas Vormbaum, Beiträge zur juristischen Zeitgeschichte, Baden-Baden 1999.
- Vormeier, 1980 ~ Die Deportierung deutscher und österreichischer Juden aus Frankreich. Hg. v. Barbara Vormeier, Paris 1980.
- Walk, 1988 ~ Joseph Walk, Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918–1945, München [u. a.] 1988.
- Walter, 1999 ~ Dirk Walter, Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999.
- Warmbrunn, 1994 ~ Paul Warmbrunn, Rechtsanwälte im Nationalsozialismus. Anpassung, Widerstand und Verfolgung am Beispiel des OLG-Bezirks Zweibrücken, in: Pirmin Spieß (Hg.), Palatia Historica. Festschrift für Ludwig Anton Doll zum 75. Geburtstag, Mainz 1994, S. 595–626.
- Watzinger, ²1987 ~ Karl Otto Watzinger, Geschichte der Juden in Mannheim 1650–1945. Mit 52 Biographien. Mit einer Übersicht der Quellen im Stadtarchiv Mannheim zur Geschichte der Juden v. Jörg Schadt/Michael Martin, Stuttgart [u. a.] ²1987 (¹1971)
- Weber, 2006 ~ Reinhard Weber, Das Schicksal der jüdischen Rechtsanwälte in Bayern nach 1933. Hg.: Bayerisches Staatsministerium der Justiz, Rechtsanwaltskammern München, Nürnberg und Bamberg, Pfälzische Rechtsanwaltskammer Zweibrücken, München 2006.
- Weber, 2012: Reinhard Weber, Rechtsnacht – Jüdische Justizbedienstete in Bayern nach 1933. Hg. v. Bayerischen Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, [Druck] JVA Landsberg am Lech 2012.

- Weber, Berufliche Ausgrenzung, 2012 ~ Reinhard Weber, Berufliche Ausgrenzung von jüdischen Rechtsanwältinnen und Justizbediensteten, in: Entrechtet. Entwürdigt. Beraubt. Die *Arisierung* in Nürnberg und Fürth. Begleitbuch zur Ausstellung im Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg (17. 11. 2012 bis 31. 7. 2013). Hg. für die Museen der Stadt Nürnberg von Matthias Henkel u. Eckart Dietzfelbinger, Petersberg 2012, S. 83–101.
- Weber/Herbst *s. u.* Deutsche Kommunisten
- Wegner, 1992 ~ Bernd Wegner, Deutsche Aktenbestände im Moskauer Zentralen Staatsarchiv. Ein Erfahrungsbericht, in: VfZ 40, 1992, 2, S. 311–317.
- Weinke, 2009 ~ Annette Weinke, Amnestie für Schreibtischtäter. Das verhinderte Verfahren gegen die Bediensteten des Reichssicherheitshauptamtes, in: Die Gestapo nach 1945, 2009, S. 200–220.
- Weinke, 2015 ~ Annette Weinke, Die (gescheiterten) Verfahren gegen Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamtes nach 1945, in: RuP 51 (2015), 2, S. 107–115.
- Weitkamp, 2017 ~ Sebastian Weitkamp, Die Kartei der Politischen Polizei/Gestapo-Stelle Osnabrück 1929–1945, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 89 (2017), S. 107–128.
- Werner, ²1990 ~ Josef Werner, Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich, Karlsruhe ²1990 (¹1988): www.karlsruhe.de/b1/stadtgeschichte/literatur/stadtarchiv
- Wichers, 1994 ~ Hermann Wichers, Im Kampf gegen Hitler. Deutsche Sozialisten im Schweizer Exil 1933–1940, Zürich 1994.
- Wildt, 2002 ~ Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002 (durchgesehene u. aktualisierte Neuauflage 2003).
- Wilhelm, 1989 ~ Friedrich Wilhelm, Die württembergische Polizei im Dritten Reich, Stuttgart, Phil. Diss. 1989 (1990).
- Wischnath, 2010 ~ Johannes Michael Wischnath, Die Universität Tübingen und die Entziehung akademischer Grade im Dritten Reich, in: Urban Wiesing [u. a.] (Hg.), Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus, Stuttgart 2010, S. 999–1053.
- Wojak, ²2019 ~ Irmtrud Wojak, Fritz Bauer 1903–1968. Eine Biographie, München 2019 (¹2009).
- Wolf, Bd. 1 (²2000 [¹1996]), Ergänzungen und Korrekturen (2001) u. Bd. 2 (²2002 [¹1997]) ~ Juden in Thüringen 1933–1945. Biographische Daten. Hg. vom Europäischen Kulturzentrum in Thüringen, Erfurt, Forschungsgruppe „Geschichte der Juden im nationalsozialistischen Thüringen“ [Wiss. Betreuung: Siegfried Wolf; Red. Helma Bräutigam, Dorothea Reschwamm], Erfurt 2000–2003.
- Wolf/Wolf, 1997 ~ Kerstin Wolf/Frank Wolf, Reichsfluchtsteuer und Steuersteckbriefe 1932–1942, Berlin 1997 (Mitteilungen des Vereins „Biographische Forschungen und Sozialgeschichte e. V.“, Heft 2).
- Wysocki, 1997 ~ Gerhard Wysocki, Die Geheime Staatspolizei im Land Braunschweig. Polizeirecht und Polizeipraxis im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. u. New York 1997.
- Wyss, 2000 ~ Ulrich Wyss, Die aberkannten Dokortitel, in: Hartmut Kugler, Lilli-Bechmann-Rahn-Preis. Erste Verleihung im Rahmen der Promotionsfeier der Philosophischen Fakultäten am 5. Februar 1999 (Akademische Reden und Kolloquien. Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg), Nürnberg o. J. [2000], S. 17–22 [u. 23].
- Zeichen des Erinnerns, 1993 ~ Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (Hg.), Zeichen des Erinnerns. Akademische Feier zur Mahnung gegen Krieg und Gewaltherrschaft am 15. November 1993. Erklärungen und Beiträge zum Volkstrauertag 1993, Kiel [1993].
- „Zeit ohne Recht“, 2002 ~ Bochumer Anwalt- und Notarverein (Hg.), „Zeit ohne Recht“. Justiz in Bochum. Dokumentation einer Ausstellung, Recklinghausen 2002.

C. Quellen und Literatur

- Zelzer, 1964 ~ Maria Zelzer, Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden. Ein Gedenkbuch, Stuttgart 1964.
- Zentrale des Terrors ~ Johannes Tuchel/Reinold Schattenfroh, Zentrale des Terrors. Prinz-Albrecht-Straße 8. Das Hauptquartier der Gestapo, Berlin 1987.
- ZfG ~ Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
- Zimmermann, 2016 ~ Moshe Zimmermann, Vom Rhein an den Jordan. Die deutschen Quellen Israels, Göttingen 2016.
- Zipfel, 1961 ~ Friedrich Zipfel, Gestapo und SD in Berlin, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands IX/X (1961), S. 263–292.
- Zipfel, 1965 ~ Friedrich Zipfel, Kirchenkampf in Deutschland 1933–1945. Religionsverfolgung und Selbstbehauptung der Kirchen in der nationalsozialistischen Zeit, Berlin 1965.
- ZNR ~ Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte
- Zöllner, 1995 ~ Walter Zöllner, „Unwürdige“ an unserer Universität?, in: scientia halensis, 3. Jg., 1995, S. 23–25.
- Zühlsdorff, 1999 ~ Volkmar Zühlsdorff, Deutsche Akademie im Exil. Der vergessene Widerstand, Berlin 1999.
- Zwischen Recht und Unrecht, 2004 ~ Zwischen Recht und Unrecht. Lebensläufe deutscher Juristen. Hg. vom Justizministerium des Landes NRW 2004. Redaktion: Holger Schlüter, Recklinghausen 2004.

D. Zur Dokumentation

1. Ausbürgerung und Ausbürgerungsakten des Auswärtigen Amts

Rechtsanwälte „nicht arischer Abstammung“, aber auch zur Anwaltschaft zugelassene „Personen, die sich in kommunistischem Sinne betätigt haben“, waren seit Erlass des Gesetzes über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft vom 7. April 1933 vom Berufsverbot betroffen oder bedroht. Die Fünfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 27. September 1938 besiegelte das „Ausscheiden der Juden aus der Rechtsanwaltschaft“. Rund 4.500 der Anfang 1933 im Deutschen Reich zugelassenen rd. 19.200 Rechtsanwälte wurde das Berufs- und später auch das Lebensrecht abgesprochen, soweit sie dem nationalsozialistischen Herrschaftsbereich nicht entkommen waren. Die systematische Ausgrenzung der jüdischen Anwälte wurde jahrzehntelang verdrängt und beschwiegen. Als „beschämend“ empfand der Vorstand der Rechtsanwaltskammer Berlin bei einem Besuch des Vorstandes der Rechtsanwaltskammer Tel Aviv im Jahre 1995, dass es nicht einmal die von den israelischen Kollegen gewünschte „Liste“ der aus der Berliner Anwaltschaft ausgeschlossenen jüdischen Rechtsanwälte gab. Da die Kammerakten im Krieg verbrannt waren, schienen die Voraussetzungen für die Erstellung einer Gesamtliste denkbar schlecht. Aber dem „Wunsch der Kammer Tel Aviv“ wollte und konnte sich die Rechtsanwaltskammer Berlin nicht entziehen. Ein Forschungsauftrag sollte leisten, was lange versäumt worden war. Die „Bedenken“ und die „Skepsis über das Gelingen“ eines solchen Projekts waren groß, wurden durch dessen Ergebnis aber „eindrucksvoll widerlegt“: Mit dem Band „Anwalt ohne Recht. Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933“ lag drei Jahre später eine nahezu vollständige Liste vor, „begleitet von einer umfangreichen Dokumentation darüber, wie es zu der Vertreibung kam“.¹ Diese und weitere biographische Arbeiten sowie die Wanderausstellung „Anwalt ohne Recht“ gaben erstmals vielen „Verfolgten ein Gesicht“: Im Vorwort des 2007 erschienenen Bandes „Schicksale jüdischer Anwälte in Deutschland nach 1933“ dankte die damalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, der Bundesrechtsanwaltskammer und dem Deutschen Juristentag für ihren Beitrag, „dass dieser Aspekt der Geschichte dokumentiert wird“.² Merkwürdigerweise fand in diesen Dokumentationen die *Ausbürgerung* der vom Berufsverbot betroffenen, emigrierten Rechtsanwälte keine oder nur beiläufige Beachtung.

Das Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit hatte die Regierung Hitler mit weiteren Gesetzen, u. a. dem Gesetz gegen die Neubildung von Parteien und dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens, am 14. Juli 1933 beschlossen und verkündet. Das Datum markiert einen entscheidenden, im kollektiven Gedächtnis aber – verglichen mit anderen Daten des Frühjahrs 1933 – weit weniger präsenten Akt der nationalsozialistischen *Machtergreifung*. Betroffen von der Strafexpatriation waren „Reichsangehörige, die

¹ Zitate aus dem Vorwort „Scham, Freude und Hoffnung“ (September 1998) von Dr. Bernhard Dombeck, Präsident der Rechtsanwaltskammer Berlin zur 1. Auflage der von Simone Ladwig-Winters erarbeiteten Dokumentation; AoRB, 2007, S. 9; „Ein Buch als Zeichen der Hoffnung – Vorwort zur zweiten Auflage“ (Juni 2007) von Dr. Margarete von Galen, Präsidentin der Rechtsanwaltskammer Berlin; ebd., S. 7f.

² AoRD, 2007, S. 7f.

sich im Ausland aufhalten“; ihnen konnte die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt werden, „sofern sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben“.

Vom 25. August 1933 bis zum 7. April 1945 erschienen im „Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger“ 359 Listen mit den Namen von 39.006 Reichsangehörigen, die der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Minister des Auswärtigen aufgrund § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 ihrer „deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig“ erklärt hatte. Die Zahl der Ausgebürgerten, die tatsächlich noch höher gewesen sein dürfte, zeigt, wie effektiv von dem „schweren Geschütz“ (Werner Lange) der Ausbürgerung Gebrauch gemacht wurde. Die Definitionsmacht über *Tatsachen*, die emigrierte deutsche Staatsbürger zu Staatsfeinden abstempelten, hatte die Gestapo. In der Regel fertigten zunächst lokale Gestapostellen aus eigenem Antrieb oder auf Veranlassung einen *Ausbürgerungsvorschlag*, der im bürokratischen Polizei- und *NS-Deutsch* die Ausbürgerung mit gemeinschaftswidrigem Verhalten begründete. Von der Strafe der Ausbürgerung waren vor allem jüdische Emigranten betroffen, auch hunderte *jüdische Rechtsanwälte*. Die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit wurde in der Regel auf die Ehefrau und die Kinder erstreckt, selbst wenn diese „ohne staatspolizeiliche und kriminelle Vergangenheit“ waren: Die Ausbürgerung war eine Familienstrafe!

In mehrfacher Ausfertigung – oft mit Geburtsurkunden und Emigranten-Karteikarten als Anlage – wurde der Vorschlag an das Gestapa, später an das RSHA in Berlin übersandt. Den förmlichen Ausbürgerungsantrag richtete seit 1936 der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern an die Abteilung I des Ministeriums; gleichzeitig wurde der Antrag an das Auswärtige Amt mit der Bitte um Zustimmung übersandt. Ein Stempel bekundete schließlich nur noch dessen nahezu postwendendes Einverständnis. Die Gestapo nutzte das Instrument bis zum Ende ihrer Herrschaft, auch nach Erlass der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941. Danach verlor „ein Jude“ die deutsche Staatsbürgerschaft, der bei Inkrafttreten der Verordnung „seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat“. Im *Ausland* hatten auch die aus dem Reich deportierten Juden *ihren gewöhnlichen Aufenthalt*. Das Referat D III des Auswärtigen Amts hatte bereits im September 1940 intern angeregt, „sämtliche Emigranten auszubürgern“ und „den bisherigen Zustand“ zu beenden, „daß Gründe an den Haaren herbeigezogen werden mußten, um den einzelnen Emigranten auszubürgern“.³ Eine solch radikale Lösung hätte insbesondere die Diplomaten im Ausland von einer „lästigen Arbeit“ befreit, die als solche von einzelnen offenbar auch empfunden wurde. Insgesamt funktionierte der Apparat jedoch reibungslos, bis zuletzt.

Als Folge dieser Mitzeichnung sind im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts tausende „Vorgänge“ der bürokratischen Prozedur im Vorlauf der Ausbürgerung, im Einzelfall auch nach deren Vollzug erhalten geblieben. Diese Hinterlassenschaft aus der Anwendung des NS-Gesetzes ist weitgehend *Terra incognita*, obwohl Michael Hepp 1985 die Ausbürgerungslisten nach den Bekanntmachungen im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht hat. Die Bedeutung der Ausbürgerungsakten, auf die Hepp hingewiesen hat, war seit ihrer Benutzung durch Paul Egon Hübinger für seine 1974 erschienene Darstellung „Thomas Mann, die Universität Bonn und die Zeitgeschichte“ nicht unbekannt. Als „Grabungsfeld“ für eine „systematische“ Spurensuche zu Schicksalen deutscher Emigranten blieben die Akten aber auch nach Hepp unbeachtet. Aus der Benutzung einzelner Akten aus diesem Bestand entwickelte sich das Forschungsvorhaben einer auf ein „Kollektiv“

³ Aufzeichnung von Franz Rademacher; vgl. Lehmann, 1987, S. 167.

begrenzten Sondierung. Als „Schicksalsgruppe“ wurde die Berufssparte „Rechtsanwälte“ ausgewählt, da für viele Einzelne durch die Dokumentationen „Anwalt ohne Recht“ biographische Kerndaten zur Verfügung standen. Diese benennen im Einzelfall das Datum der Ausbürgerung und deren Folgen, in vielen anderen Fällen konnte eine Ausbürgerung vermutet werden. Für alle Ausgebürgerten „musste“ eine Akte überliefert sein. Nur, wie sollte es möglich sein, diese eine und die vielen Aktsakten gleichsam im Alleingang zu ermitteln? Für eine Durchsicht des Ganzen – von Akte zu Akte – hätte es eines Teams benötigt, das es nicht gab. Die „Grabung“ schien damit beendet, noch ehe sie im Herbst 2016 begonnen hatte.

Dazu ist es aber nicht gekommen. Und das ist auch Michael Hepp zu verdanken. Seine (ungedruckte) „Konkordanz der Ausbürgerungslisten“ dient im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes als „Handwerkszeug“. Nur deren Überlassung als PDF-Datei bewahrte das Forschungsprojekt vor dem Aus.⁴ Die Konkordanz ist *der* Schlüssel zu den Aktsakten, die eine andere Zählung aufweisen als die von M. Hepp veröffentlichten, durch einen Namensindex erschlossenen Listen. Bei Namensgleichheit und – im „Idealfall“ – bei übereinstimmendem Geburtsdatum eines emigrierten Anwalts mit einem der namentlich in der Hepp-Dokumentation verzeichneten Ausgebürgerten reduziert diese Konkordanz den Suchaufwand auf eine oder mehrere „Listen“ und die entsprechenden Aktsakten. Mit dem zur Verfügung gestellten „Handwerkszeug“ konnten „Suchlisten“ vorbereitet werden. In mehreren „Grabungskampagnen“ wurden diese Listen im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes „abgearbeitet“, die „Funde“ dokumentiert. Auf diese sehr „händische“ Weise gelang es, Begründung und Prozedur der Ausbürgerung für eine Vielzahl von emigrierten Juristen zu dokumentieren – aus den Akten der Verfolger⁵.

Von der individuellen Strafexpatriation nach 1933 waren nicht alle Emigranten und – unter ihnen – auch nicht alle Rechtsanwälte betroffen. Sofern „im Inland keine Vermögenswerte mehr“ vorhanden waren, behielt sich die Gestapo im Einzelfall vor, „die Einleitung eines Ausbürgerungsverfahrens bis nach Kriegsende zurückzustellen“⁶. Mit wenigen Ausnahmen waren die Rechtsanwälte, deren Ausbürgerung nachgewiesen werden konnte, *Juden* – zumindest nach den nationalsozialistischen Rassen- und Verfolgungskriterien. Ihr Schicksal stand im Mittelpunkt der Untersuchung, die mit dieser Dokumentation zur Ausbürgerung rassistisch und politisch verfolgter Anwälte abgeschlossen wird. Fokussiert auf „die Vielfalt bürokratischer Vorgänge“⁷ – von der Antragstellung bis zum Wirksamwerden der *Ausbürgerung* durch Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ – lenkt

⁴ Für den Hinweis auf dieses Findhilfsmittel und dessen Überlassung danke ich dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, einmal mehr insbesondere Dr. Gerhard Keiper: „Das ist das Handwerkszeug, das ich benutze, wenn Anfrager mir eine längere Namensliste und die dazu gehörigen Hepp-Nummern schicken. Vielleicht gelingt es Ihnen, die Sache damit ein bisschen vorzubereiten.“ E-Mail v. 22.9.2016.

⁵ „Schicksale aus den Akten“ hat H. G. Adler in seinem Werk „Der verwaltete Mensch“ (1974, S. 645–864) „panoramatisch“ im Rückgriff auf „an die fünfzig Mappen“ der Gestapo Würzburg „vorgeführt“: „Namentlich soll im Bedenken von einzelnen Schicksalen deutlich werden, welchen Umfang die Tätigkeit der Behörden erreicht hat, um die Verwaltung von Menschen zu einer kaum glaublichen Vervollkommnung zu steigern. Die Summe des Unsinnigen und Unnützen, zugleich verspielt und pedantisch, die hier an Menschen und Akten verschwendet worden ist, mag einen Einblick nicht nur in die Leiden der Betroffenen gewähren, sondern auch darauf hinweisen, was überhaupt Menschen angetan worden ist.“

⁶ So die Gestapo Würzburg im Fall eines jüdischen Kaufmanns; im Fall einer nach Palästina ausgewanderten Edelmetallhändlerin hielt sie aus diesem Grund „die Voraussetzungen zur Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“ am Ende für „nicht mehr gegeben“; Adler, 1974, S. 675 u. 656.

⁷ Ebd., S. 649.

sie den Blick nicht zuletzt auf die *Entziehung* der Doktorwürde infolge der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit.

Für die Aufnahme des Einzelnen in die Dokumentation war nicht dessen „historischer Fußabdruck“ als Anwalt oder als Person der Zeitgeschichte entscheidend, sondern allein dessen Ausbürgerung. Diese und in gewissen Grenzen deren Folgen galt es aus den Akten einzel- und kollektivbiographisch herauszuarbeiten.⁸ Entsprechend dieser Zielsetzung war die Zugehörigkeit zur Anwaltschaft das Kriterium für die Suche in den Ausbürgerungslisten. In den Blick gerieten dabei vor allem nach 1933 mit Berufsverbot belegte Rechtsanwälte, weiterhin aber auch Juristen mit einem früheren biographischen Bezug zur Anwaltschaft. Von wenigen Grenzfällen abgesehen handelt es sich bei den in der Dokumentation genannten Personen um „Volljuristen“, die in unterschiedlicher Weise von der Ausschließungsgesetzgebung seit 1933 betroffen waren.

Ausbürgerungsakten sind Täter- und Opferakten. In ihnen spiegelt sich das Schicksal der Opfer *dieses* NS-Unrechts – in der Sprache der Handelnden, der Machthaber, die über Menschen, Habe und Begriffe verfügten. Für rund 600 Rechtsanwälte, die nach 1933 aus ihrem Beruf *und* Vaterland vertrieben wurden, belegt die Dokumentation die *Praxis* der Ausbürgerung, in der „Falldokumentation“ exemplarisch für 100 Rechtsanwälte. Der „Biographische Index“ nennt alle Personen, für die Ausbürgerungsvorgänge ermittelt wurden, im Alphabet inseriert die Namen jener Personen, deren Ausbürgerung in der „Falldokumentation“ dargestellt wird. Der Index enthält knappe biographische Angaben zu den Betroffenen und verzeichnet den bürokratischen Vorgang, in drei „Fällen“ den Widerruf der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund § 1 des Gesetzes vom 14. Juli 1933.

Unter den Ausgebürgerten finden sich „große Namen“ der deutschen Anwaltschaft, vor allem aber viele „vergessene“ Rechtsanwälte. Für die „Schicksalsgruppe“ gewährt die Dokumentation in jedem Einzelfall den Zugriff auf die entsprechende Ausbürgerungsakte sowie auf weitere Quellen und Literatur. Die Annotierung der Biogramme entspricht in beiden Teilen der Dokumentation dem gleichen Schema. Die Dokumentation ist ein Werkstattbericht, in dem ungeachtet größtmöglicher Sorgfalt aufgrund der Quelle, des biographischen Forschungsstandes und der Bearbeitung fehlerhafte Angaben nicht auszuschließen sind. Dafür bittet der Bearbeiter – dankbar für Korrekturen und Ergänzungen – insbesondere Nachkommen der Ausgebürgerten um Nachsicht.

Alle Fallakten sind im Rahmen der üblichen Archivbenutzung zugänglich, so dass auf eine zusammenfassende oder auszugsweise Wiedergabe der Begründung der Ausbürgerung im „Biographischen Index“ in der Regel verzichtet wurde. Bei der Präsentation der in der „Fallakte“ enthaltenen Lebens- und Berufsspuren war der postmortale Persönlichkeitsschutz der von der Ausbürgerung Betroffenen und ihrer Angehörigen angemessen zu berücksichtigen.⁹ In der Dokumentation „fehlen“ nicht nur jene *ausgebürgerten* „Anwälte ohne Recht“, deren „Fall“ bei der Sondierung unentdeckt geblieben ist, es „fehlen“ – als Memento festgehalten – vor allem jene früheren *jüdischen Rechtsanwälte*, die als Opfer der Judenverfolgung mit der Deportation automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit verloren.

⁸ Wolfram, Pyta, Geschichtswissenschaft, in: Handbuch Biographie, 2009, S. 331–338; Alexander Galus, Politikwissenschaft (und Zeitgeschichte), ebd., S. 383–387.

⁹ Andreas von Arnald/Stefan Martini, Rechtsfragen des Biographieschreibens, ebd., S. 451–460; Jens Lehmann, Wissenschaftsfreiheit und postmortaler Persönlichkeitsschutz aus der Sicht des Strafrechts, in: JJZG 18 (2017), S. 291–335, 355: „Mit Strafe hat jedoch nicht zu rechnen, wer die Standards ‚guter‘ Wissenschaft einhält.“

Seit 1938 als untüchtig im Strafregister eingetragen, erscheint die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund des Gesetzes vom 14. Juli 1933 noch bis weit in die 1950er Jahre als Eintragung in den bei Entschädigungsverfahren angeforderten Strafregistrauszügen. Das „aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen“ (Art. 116 Abs. 2 GG) massenhaft praktizierte Unrecht wurde von den Siegermächten 1945 nicht mit einem Federstrich aufgehoben. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland – am 23. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat in Bonn verabschiedet – stellte das Recht insofern wieder her, als die überlebenden Verfolgten eine freie Entscheidung über ihre deutsche Staatsangehörigkeit treffen konnten, eine Entscheidung, die im Licht der benutzten Literatur zum Thema „Anwalt ohne Recht“ – von Ausnahmen abgesehen – nicht dokumentiert werden kann.

Die Ausbürgerungsakten des Auswärtigen Amtes belegen nicht nur das Handeln der Amtsangehörigen. Als Täterakten geben sie Zeugnis von Verwaltungsabläufen, von der Herrschaft der Bürokratie im NS-Staat, von den Handlungen vieler in diesem „Mahlwerk“. Gestapobeamte setzten es in der Regel in Bewegung. Sie zeichneten gemäß „den Gepflogenheiten der deutschen Verwaltung“ (Robert M. W. Kempner¹⁰) „Im Auftrag“ („I. A.“) eigenhändig oder „In Vertretung“ (I. V.); nicht handschriftlich gezeichnete („gez.“) Anträge wurden mit Dienststempel der Gestapo und Unterschrift eines Beamten beglaubigt,¹¹ Viele dieser Verwaltungsbeamten, deren Unterschrift den Vorschlag oder Antrag zur Ausbürgerung des Emigranten autorisierte, zählten zur Elite der Gestapo. Viele sind wegen Kriegsverbrechen, insbesondere im Rahmen ihres „Einsatzes“ bei den Mordkommandos im Osten, sowie aufgrund ihrer Mitwirkung an der *Endlösung*, der Ermordung der europäischen Juden, bekannt und berüchtigt.¹² Eine Anonymisierung der Antragsteller kam daher nicht in Betracht.¹³ Im Übrigen sind auch die in der Regel namentlich *nicht* genannten Beamten des Auswärtigen Amtes im Einzelfall über die inzwischen digitalisierten Akten mit mehr oder weniger Aufwand festzustellen. Im Anhang werden die für die Ausbürgerung und Depromotion einschlägigen Gesetze, Verordnungen und Erlasse abgedruckt bzw. nachgewiesen, sofern sie online verfügbar sind. Knapp annotierte Personenverzeichnisse nennen an den Ausbürgerungsvorgängen beteiligte Gestapobeamte, mitwirkende Diplomaten und vollziehende Ministerialbeamte, sofern sie in der Dokumentation erwähnt werden.

In der einleitenden Darstellung und in den Biogrammen werden *NS-Begriffe*¹⁴ – ausgenommen Gestapo und Konzentrationslager (KZ) – durch *Kursivierung* als solche charakterisiert. Bei Nachweis der *Schutzhaft* wird in Klammern () in der Regel das Konzentrationslager genannt, in diesen Fällen ohne das Kürzel „KZ“, z. B. *Schutzhaft* (Dachau). Das Kürzel entfällt in der Regel auch bei Nennung der Deportation in die Vernichtungslager (z. B. Auschwitz) oder in das Altersghetto/Konzentrationslager Theresienstadt bzw. beim Nachweis des Todesorts der Deportierten.

¹⁰ 1961, S. 48.

¹¹ Die Zeichnungsbefugnis war in § 8f. der Anlage B (Kanzleiordnung) zur Gemeinsamen Geschäftsordnung der Reichsministerien (GGO 1930) und in entsprechenden „Gestapobestimmungen vom 9. und 10. Juli 1936“ geregelt; vgl. Kempner, 1961, S. 47.

¹² Zu Taten, Täter und Täterforschung vgl. zusammenfassend Manfred Görtemaker/Christoph Safferling, *Die Akte Rosenberg*. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit, Bonn 2017 (München 2016), S. 24–27.

¹³ Zur „Problematik anonymisierter Geschichtsschreibung“ vgl. Rudolf Morsey, *Einschränkung historischer Forschung durch Datenschutz?*, in: *Datenschutz und Forschungsfreiheit. Die Archivgesetzgebung des Bundes auf dem Prüfstand*, bearb. u. eingel. v. Jürgen Weber, München 1986, S. 61–71, 68 ff.

¹⁴ Siehe S. 225*–232*.

2. Auswahl und Gliederung der biographischen Informationen

Auf Beruf und Verfolgung fokussiert, werden in der Dokumentation biographische Informationen zu den von der Strafexpatriation betroffenen Rechtsanwälten zusammengefasst. Die Biogramme – Ergebnis der Literatur- und Archivrecherche – sind nicht als „biographische Miniaturen“ konzipiert. Nur grobkörnig und mit vielen „Leerstellen“ spiegeln sie annähernd und stichwortartig Aspekte des Lebensschicksals der nach 1933 ausgebürgerten Emigranten und ihrer Angehörigen. Die Kurzbiographien verweisen auf das individuelle *und* berufsspezifische Schicksal, in der „Summe“ auf vielfach abgebrochene, beschädigte, verstümmelte Lebensläufe¹⁵ aus Deutschland vertriebener Juristen.

Die Biogramme sind fortlaufend nummeriert und nach Informationssegmenten einheitlich gegliedert:

(1) Fortlaufende Nummer

(2) Biographische Informationen: Eigename, Vorname(n); bei akademischem Grad in Klammern () jeweils Universitätsort und Jahr der Dissertation sowie Nachweis der *Entziehung* mit Jahr; eine Wiederverleihung nach 1945 wird, von Einzelfällen abgesehen, nicht dokumentiert; Geburtsdatum und Geburtsort, bei Orten und ergänzenden Angaben in den ehemaligen deutschen Ostgebieten entsprechend der damaligen Schreibweise und Verwaltungsgliederung; im Einzelfall wird auf Angehörige verwiesen; bei Verheirateten werden entsprechend den amtlichen Ausbürgerungslisten Vorname(n) und Geburtsname, in Einzelfällen nach der Literatur und insbesondere der Ausbürgerungsakte weitere Daten (z. B. Jahr der Eheschließung oder Scheidung) sowie in der Regel das Jahr der Geburt genannt; Sterbedaten beruhen auf den Angaben in Entschädigungsakten sowie in der zitierten Literatur, bei Opfern der Verfolgung der Juden in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft auf den Angaben im Online-Gedenkbuch des Bundesarchivs; auf Unstimmigkeiten wird im Einzelfall verwiesen.

(3) Konfession; in der Regel gemäß Fallakte genannt unter (5); im „Biographischen Index“ scheint die Konfession daher in der Regel nicht auf.

(4) Anwaltstätigkeit (Ort), im Einzelfall Militärdienst im Ersten Weltkrieg (*Frontkämpfer*); politisches und standespolitisches Engagement, Mitgliedschaft in Parteien und Vereinen; wissenschaftliche oder andere Veröffentlichungen und deren späteres Verbot; Berufsverbot; die Erwähnung im *Verzeichnis jüdischer Verfasser juristischer Schriften*; Emigration; *Steuersteckbrief*; *Ausbürgerung*, die in vielen Fällen die letzte auffindbare Lebensspur darstellt; weiteres Berufs- und Lebensschicksal in allen anderen Fällen. Die möglichst knapp gehaltenen Angaben – jeweils durch eine Tilde (~) getrennt – beruhen auf der zitierten Literatur und im Einzelfall weiteren biographischen Informationen. Für den „Biographischen Index“ konnten Zeitpunkt (Jahr) und Ziel der Emigration vielfach nur der Ausbürgerungsakte entnommen werden. Die von der Gestapo vorgebrachten *Tatsachen* zum beruflichen und sonstigen Werdegang bzw. zu den Verstößen des Einzelnen *gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk* wurden – von der biographischen Grundinforma-

¹⁵ Hans Jaeger, Biographische Miniaturen, in: Wirtschaft, Gesellschaft, Unternehmen. Festschrift für Hans Pohl zum 60. Geburtstag, hg. v. Wilfried Feldenkirchen [u. a.], 2. Teilbd., Stuttgart 1995, S. 618–632; zu „Biographische[n] Kleinformen“ vgl. Handbuch Biographie, 2009, S. 137–142, 138 (Myriam Richter/Bernd Hamacher).

tion (2) abgesehen – nicht stillschweigend in die Biogramme beider Teile der Dokumentation eingearbeitet.

(5) A Dokumentation des *amtlichen* Vorlaufs der *Ausbürgerung*

Für 100 der insgesamt rd. 610 erfassten Rechtsanwälte wird die *amtliche* Überlieferung in der „Falldokumentation“ erschlossen und auszugsweise zitiert. Bei der Vielzahl der Fälle musste eine Auswahl getroffen werden, die exemplarisch die Bandbreite der Ausbürgerungsvorgänge widerspiegelt. Der jeweilige Antrag wird nicht in toto¹⁶ abgedruckt, sondern zusammenfassend dokumentiert. Im „Biographischen Index“ wird der amtliche Vorgang nachgewiesen, im Einzelfall werden auch hier aber *Tatsachen* oder *Begründung* auszugsweise zitiert.

Die Falldokumentation referiert die den einzelnen Emigranten belastenden *Tatsachen*, die aus Sicht der Gestapo, des Auswärtigen Amts und des federführenden Reichsministeriums des Innern die Ausbürgerung des *Staatsfeindes* begründeten. Geschäftszeichen des amtlichen Schriftwechsels, charakteristische Spuren des Geschäftsgangs (Eingangsstempel, Paraphen, Vermerke; Unterstreichungen) werden in der Regel nicht dokumentiert oder erschlossen, sind aber durch Rückgriff auf die inzwischen digitalisierten Akten zu ermitteln.

Zur Einrichtung der „Falldokumentation“:

- Datum: Staatspolizeistelle mit Ortsangabe bzw. Gestapo, RSHA oder RFSS (*hier*: Abk. für RFSSuChdDtPoliRMdI), in Klammern () in der Regel Name des antragstellenden Beamten.
- Alle *amtlichen* Texte der Beamten der Gestapo und des Auswärtigen Amts werden, sofern wörtlich wiedergegeben, *kursiv* – *ohne* An- und Abführungszeichen – sowie in der Regel nur auszugsweise wiedergegeben. Auslassungen werden durch eckige Klammern [...] gekennzeichnet, ausgenommen zu Beginn oder am Ende der wiedergegebenen Texte. In den Akten überlieferte oder zitierte Schreiben der Betroffenen werden gewöhnlich und *mit* An- und Abführungszeichen sowie ungekürzt übernommen. Die vorgefundene Schreibweise wurde nicht stillschweigend korrigiert oder „normalisiert“.
- Die amtlichen Angaben zu *Betreff/Bezug* werden nicht nachgewiesen. Aus gekürzten Passagen an anderer Stelle eingefügte Informationen insbesondere zum *letzten inländischen Wohnsitz*, zum *Zeitpunkt der Abwanderung* und zum *jetzigen Aufenthalt*, aber auch Zusammenfassungen des Bearbeiters werden ggf. in eckigen Klammern [] inseriert.
- Aus den Formularanträgen werden die Angaben zum *letzten inländischen Wohnsitz*, zum *Zeitpunkt der Abwanderung*, zum *jetzigen Aufenthalt* und zur *Rassezugehörigkeit* sowie – damit verbunden – zur „Konfession“ (z. B. *mosaischer Religion; Rasse- und Bekenntnis-jude*) dokumentiert.
- Es entfallen alle Nachweise, die durch die biographischen Angaben (s. u. 1) ohnehin bekannt sind: Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Familienstand, Beruf, Akademische Grade, ausgenommen bei Ergänzung oder Widersprüchen zu den „bekanntem“ biographischen Daten.
- Namen und Geburtsdaten der Kinder – bei Hepp (1985) nachgewiesen – werden in der Regel nicht genannt.

(6) ■ Dokumentation der *Ausbürgerung*:

- Datum/Datum: Ausbürgerungsantrag (in der Regel ohne Nennung des Bearbeiters) – RFSS *hier* Abkürzung für Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichs-

¹⁶ So etwa der als Dok. 132 wiedergegebene Antrag auf „Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des [Buchhändlers und] jüdischen Emigranten Siegfried Gumbel“ in: VEJ, Bd. 2, 2009, S. 383 f.

ministerium des Innern – an Abt. I des RMdI mit Durchschrift an das Auswärtige Amt/AA: Zustimmung (in der Regel ohne Nennung des Bearbeiters; im Einzelfall ergänzende Informationen zum bürokratischen Vorgang) ~ Datum/Datum: RMdI („erkläre ich im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen folgende Personen der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig“)/DRA (Bekanntmachung der Ausbürgerungsliste im „Reichsanzeiger“) ~ im Einzelfall Nachträge anhand der amtlichen Überlieferung.

(7) Quellen und Literatur:

Q Quellen zur Ausbürgerung: PA/AA (Ausbürgerungsakte); Hepp, 1985 (Liste mit Nummer/n der Ausbürgerung) ~

D Bibliographischer Nachweis der Dissertation, in der Regel nach dem Karlsruher Virtuellen Katalog (KVK); Nachweis der Literatur zur *Entziehung* der Doktorwürde ~

E Exilveröffentlichungen: nur in Einzelfällen genannt, in der Regel keine Querverweise auf das von Liselotte Maas bearbeitete „Handbuch der deutschen Exilpresse“ (1976–1990) sowie auf die von Mechthild Hahner bearbeiteten Bände „Deutsches Exil-Archiv“ ~

F Fundstücke: nur in Einzelfällen nachgewiesen ~

B Biographische Quellen:

– Nachlässe, zitiert nach Literatur bzw. online zugänglichen Sammlungen z. B. im Leo Baeck Institute New York (LBI);

– Personalakten (BArch, R 3001) in der Regel nach Findbucheinsicht;

– weitere Nachweise nach Online-Recherche, z. B. für Dossiers der eidgenössischen Fremdenpolizei im Schweizerischen Bundesarchiv (SwissA: www.recherche.bar.admin.ch);

– in zitierter Literatur nachgewiesene Gestapoakten, überwiegend aus dem Bestand im Landesarchiv NRW;

– Entschädigungsakten für Berlin (EAB), durchgängig nach Akteneinsicht bzw. Aktenauskunft des Landesamts für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten, Abt. I – Entschädigungsbehörde Opfer des Nationalsozialismus Sachbearbeitung I A 41 ~

– biographische Literatur in Auswahl, unter besonderer Berücksichtigung der einschlägigen Sammelwerke zu den Lebensschicksalen verfolgter „Juristen jüdischer Abstammung im „Dritten Reich““ (Horst Göppinger), im Einzelfall auch der online zugänglichen Stolperstein-Viten und Gedenkbücher.

3. Genealogische Zeichen und Abkürzungen

*	geboren (geb.)
∞	verheiratet (verh.)/Ehe
B	Bruder
C	Cousin (Vetter)
E	Ehefrau
gesch.	geschieden
K	Kind/Kinder
M	Mutter
S	Sohn
Schw	Schwester
SchwS	Schwiegersonn
T	Tochter
V	Vater

4. NS-Deutsch¹⁷ – Kleines Glossar

Die Dokumentation wirft ein Schlaglicht auf das Schicksal verfolgter Emigranten. Ausgegrenzt und verfolgt wurden sie durch NS-Behörden: durch im Dienst der Machthaber Handelnde. Als Teil der NS-Elite verfügten diese Bürokraten über Begriffe und Menschen, Leben und Habe der Opfer. Die Sprache der Täter ist menschenverachtend. Begriffe klangen „schön und harmlos“ und bedeuteten doch das genaue Gegenteil. Was es bedeutete, „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Schutzhaft genommen“ (Adolf → Lustig) zu werden, „wußten“ – so Walter Poller, „Häftling 996 aus Block 4“, in seinem 1946 erstmals erschienenen Buch „Arztschreiber in Buchenwald“ – „wenige, ahnten manche und fürchteten alle“.¹⁸

Ein „Zwiesgesicht“ kennzeichnet viele in der Zeit des Nationalsozialismus im Amts- und Polizeideutsch, aber auch im allgemeinen Sprachgebrauch verwendete Begriffe. Wie *Schutzhaft* sind viele dieser Begriffe euphemistische Tarnwörter, „die dem Volk den Zugang zur Wahrheit des Regimes verstellen“ sollten.¹⁹ Deren unreflektierte Verwendung ist daher problematisch und wird heute weitgehend vermieden. Zur Distanzierung dienen vielfach Anführungszeichen, die einzelne Wörter als belastet markieren. Manche NS-Begriffe sind zwar nicht völlig verschwunden, wurden aber durch andere Termini weitgehend ersetzt: Reichspogromnacht statt *Reichskristallnacht*, Holocaust²⁰ statt *Endlösung* oder Massenvernichtung der Juden in Deutschland und Europa.

In der Einleitung und in den Biogrammen werden NS-Begriffe in der Regel durch *Kursivierung* charakterisiert, ausgenommen Bezeichnungen der Institutionen oder Einrichtungen des NS-Machtapparates (z. B. Gestapo). Das nachfolgende Glossar zur „vom Ungeist der Zeit verformten Sprache des ‚Dritten Reiches‘“ (Klaus Hildebrand²¹) verzeichnet – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – in den Ausbürgerungsanträgen wiederkehrende „monströse und zugleich krüppelhafte“ *Schlüsselbegriffe* „aus dem Wortschatz der Gewalt“²², der „Sprache der Judenfeindschaft“²³ und der alles verschleiernenden Verwaltungssprache des NS-Unrechtsstaates. Weiterhin enthält das Glossar die nicht durch Kur-

¹⁷ Karl-Heinz Brackmann, Renate Birkenhauer, NS-Deutsch. „Selbstverständliche“ Begriffe und Schlagwörter aus der Zeit des Nationalsozialismus, Straelen 1988; Hilde Kammer, Elisabeth Bartsch unter Mitarbeit von Manon Eppenstein-Baukhage, Nationalsozialismus. Begriffe aus der Zeit der Gewaltherrschaft 1933–1945, Reinbek bei Hamburg 1992; Cornelia Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin [u. a.] 1998; Christoph Studt, Das Dritte Reich in Daten, München 2002.

¹⁸ Poller, 1946, S. 174; Thorsten Eitz/Georg Stötzel, Wörterbuch der „Vergangenheitsbewältigung“. Die NS-Vergangenheit im öffentlichen Sprachgebrauch, 2 Bde., Hildesheim [u. a.]. 2007 u. 2009.

¹⁹ Karl Dietrich Bracher, Sprache und Ideologie, in: Wolfgang Bergsdorf (Hg.), Wörter als Waffen. Sprache als Mittel der Politik, Stuttgart 1979, S. 85–101, 97.

²⁰ Israel Gutman (Hg.), Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, 3 Bde. hg. v. Eberhard Jäckel [u. a.], Berlin 1993; Wolfgang Benz (Hg.), Lexikon des Holocaust, München 2002; Frank Bajor/Dieter Pohl, Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006; Saul Friedländer, Den Holocaust beschreiben. Auf dem Weg zu einer integrierten Geschichte, Göttingen 2007; Bergmann, 2016, S. 113 ff.; Wolfgang Benz, Der Holocaust, München 9., aktualisierte Aufl. 2018 (1995).

²¹ 1999, S. 26.

²² Sternberger/[Gerhard] Storz/[W(ilhelm). E(manuel).] Süskind, Aus dem Wörterbuch es Unmenschen. Neue erweiterte Ausgabe mit Zeugnissen des Streites über die Sprachkritik, Hamburg u. Düsseldorf ³1968, S. 8 f.; Dolf Sternberger in der „Vorbemerkung 1957“ zur 2. Aufl. (1. Aufl.: Nov. 1945, Vorwort); Karl Dietrich Bracher, Schlüsselwörter in der Geschichte, in: Der Mensch und seine Sprache, Frankfurt/M. [u. a.] 1979, S. 281–319, 306.

²³ Nicoline Hortsitz, Die Sprache der Judenfeindschaft, in: Julius H. Schoeps/Joachim Schlör (Hg.), Antisemitismus. Vorurteile und Mythen, München 1995, S. 19–40.

sivierung hervorgehobenen Begriffe Berufsverbot und Deportation, die in den Biographien zur verkürzten Darstellung der Ausschließungsgesetzgebung bzw. der Judenverfolgung verwendet werden. Das Attribut „rassisch“, das auf die nationalsozialistische Rassenideologie und -politik verweist, wird im Untertitel der Dokumentation, in der Regel aber auch in der Einleitung bewusst nicht kursiviert oder in Gänsefüßchen gesetzt.

Abschaum der Menschheit: → *Juden*, politische Gegner

Abwanderung ins Protektorat/nach dem Osten – ist *abgewandert*, *Auswanderung*, *Weggang*:

Emigration, offizielles Tarnwort für Transport/→ Deportation

Aktionshäftlinge: nach der *Reichskristallnacht* (→ Reichspogromnacht) festgenommene und mit Sonderzügen in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen deportierte männliche *Juden*

Anschluss: Annektierung Österreichs

arisch: als juristischer Begriff durch *deutschblütig* ersetzt (RMdI, Runderlass v. 26. 11. 1935)

Aufenthalt/aufhältig: auch von Hitler in „Mein Kampf“ verwendete Bezeichnung, die *Juden* „nur als ‚verdienende‘ Elemente aus dem ‚nationalen Volkskörper‘ ausschloss.“²⁴

Ausbürgerung: Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit, totale Exklusion (*Bürgerlich tot*) nach einem Verfahren aufgrund § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933; aufgrund der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941 verlor „ein Jude, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat“, *automatisch* „die deutsche Staatsangehörigkeit“: „Das Vermögen des *Juden*“ – auch der aus dem Reichsgebiet *nach dem Osten* deportierten *Juden* – verfiel „mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit dem Reich“.

Auswanderer → *Emigrant(en)*

Auswanderersperrkonto: Konten/Vermögenswerte – vielfach bereits vor der → *Auswanderung* unter Sicherungsanordnung – waren der Verfügung der Eigentümer entzogen und unterstanden der Reichsfinanzverwaltung, ohne deren Genehmigung Zahlungen zu Lasten des Emigranten nicht geleistet werden durften.

Berufsverbot: Die Zulassung der nach Erlass des Rechtsanwaltsgesetzes vom 7. April 1933 noch verbliebenen jüdischen Rechtsanwälte war aufgrund der 5. VO z. RBürgG v. 27. 9. 1938 zum 30. 11. 1938 zurückzunehmen.

Blutschutzgesetz → *Nürnberger Gesetze*

Bne Briss (in unterschiedlichen Schreibweisen): B'nai B'rith²⁵: (Jüdischer) Unabhängiger Orden B'nai B'rith, 1843 in New York gegründetes jüdisches Hilfswerk

Bürgerlich tot: Folge der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit (→ *Ausbürgerung*)

Deportation²⁶ der *Juden* aus dem Reichsgebiet in die Vernichtungslager: offizielles Tarnwort → *Abwanderung ins Protektorat/nach dem Osten* – ist *abgewandert*

deutschblütig: besagt „anthropologisch nichts [...] und das ihm angereichte ‚artverwandt‘ nicht viel mehr, es sei denn in der Doktrin des Nationalsozialismus und in der grausamen Wirklichkeit, die er durch seine Herrschaft erschuf“²⁷; → *arisch*

²⁴ Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, hg. v. Christian Hartmann [u. a.], München 2016, Bd. II, S. 1119, 1523.

²⁵ EJK I (2011), S. 365–369 (Andreas Reinke); Handbuch des Antisemitismus, V (2012), S. 67–70 (Juliane Wetzel).

²⁶ Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, Die „Juden deportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005; Handbuch des Antisemitismus, IV (2011), S. 88 f. (Wolfgang Benz).

²⁷ Adler, 1974, S. 279.

Evakuierung: → Deportation

Emigrant(en): Flüchtlinge/Vertriebene aus NS-Deutschland²⁸; → *der jüdische Emigrant*

Feind: politischer Gegner des Nationalsozialismus

Flüchtlingspass (Frankreich): „Certificat de voyage pour les réfugiés provenant d'Allemagne“, von der Volksfront-Regierung seit 1937 ausgegeben, verbunden mit der Abgabe des deutschen Passes²⁹

Frontkämpfer: Soldat der kämpfenden (*fechtenden*) Truppe im Ersten Weltkrieg; auf Intervention von Hindenburg eingeführte Kategorie, die jüdische Rechtsanwälte zunächst vor dem Berufsverbot schützte.

Gestapo/Gestapa: Geheime Staatspolizei³⁰/Geheimes Staatspolizeiamt

Glaubensjude: Angehöriger der jüdischen Religionsgemeinschaft; diskriminierendes, aus der Ausübung der Religionsfreiheit abgeleitetes Merkmal; verletzte die durch Art. 136 der nach 1933 formell nicht aufgehobenen Weimarer Reichsverfassung garantierte Religionsfreiheit; → *Mosaischer Religion*

Gleichschaltung: Prozess der administrativen nationalsozialistischen Machtdurchsetzung, „der in der Sprache der Zeit technisch und barbarisch als die ‚Gleichschaltung‘ bezeichnet worden ist“³¹; „Terminus auch für Sprachlenkung“³² ~ „Gleichschaltung war eines der meist gehörten Worte im Frühling 1933. Gleichgeschaltet wurden die Länder, die Gemeinden, die öffentlichen und privaten Körperschaften. Auch viele Privatpersonen schalteten sich gleich oder versuchten es zumindest.“³³

Gräuel: → *Greuel*

*Greuel/Greuelmärchen*³⁴/*Greuelnachrichten*/*Greuelpropaganda*: Bezeichnung für kritische Äußerungen oder Berichte über die Praxis der Unterdrückung im nationalsozialistischen Deutschland, insbesondere zur Politik der Reichsregierung gegenüber den → *Juden* nach 1933

Heimatschein: Der auf Antrag von der Kreisverwaltung ausgestellte „Heimatschein (für den Aufenthalt im Ausland)“ bescheinigte dem Betreffenden die Reichsangehörigkeit und somit Deutscher zu sein.

Heimtücke: Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutze der Parteiuniformen vom 20. 12. 1934³⁵, u. a. gegen die Verbreitung von → *Greuelnachrichten*

Hoch- und Landesverrat: → *Volksverrat*

Inländische Vermögenswerte: Inländische Vermögenswerte der Emigranten konnten aufgrund des Gesetzes über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. 7. 1933³⁶ in Verbindung mit dem Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen

²⁸ Handbuch des Antisemitismus, IV (2011), S. 101–103 (Wolfgang Benz).

²⁹ Franke, 2000, S. 43/Anm. 128.

³⁰ Handbuch des Antisemitismus, V (2012), S. 528–530 (Mario Wenzel).

³¹ Bracher, Die Gleichschaltung der deutschen Universitäten, 1966 (siehe S. 66*/Anm. 3), S. 126.

³² Wolfgang Bergsdorf, Die Sprache der Diktatur und ihre Wörter. Zur Technik nationalsozialistischer und kommunistischer Sprachlenkung in Deutschland, in: ders. (s. Anm. 3), 1979, S. 102–127, 125/Anm. 3.

³³ Selmar Spier (1893–1962, Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt a. M., 1936 nach Palästina emigriert), Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Geschrieben 1962, in: Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden, 1963, S. 55–62, 55.

³⁴ „Hinter der vorgehaltenen Hand flüsterte man sich die ersten Witze zu. Wir alle kannten das Jiddische wenigstens in einigen Ausdrücken, ‚Emmes‘ heißt Wahrheit. ‚Garantiert Emmes‘ war eine besondere Bekräftigung. Also Emmes auf deutsch: das Greuelmärchen.“ Ronge, 1963, S. 143.

³⁵ RGBl. I, S. 1269.

³⁶ RGBl. I S. 479.

und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit zugunsten des Reichs eingezogen werden.

Internationales Judentum: → *Weltjudentum*

J-Stempel: Mit Erlass vom 11. 10. 1938 eingeführter Sichtvermerk in den Reisepässen nicht arischer deutscher und früherer österreichischer Staatsbürger³⁷

Jude, Volljude. jüdische Rasse, jüdisch: gemäß NS-Rassenideologie *ethnische Zuschreibung* und kollektives rassistisches Feindbild; Stigma des zugewanderten Nicht-„Deutschen“ (→ *Aufenthalt*) ~ „Auf der Ebene des Rechts“ erhielt die Bezeichnung *jüdisch* nun „eine bis dahin nur latent aktive rassistische Bedeutung“³⁸ ~ 1. VO z. RBürgG v. 14. 11. 1935, § 5: „(1) Jude ist, wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt. [...] (2) Als Jude gilt auch der von zwei volljüdischen Großeltern abstammende staatsangehörige jüdische Mischling.“ Ergänzend § 2 d. VO: „Jüdischer Mischling ist, wer von einem oder zwei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt, sofern er nicht nach § 5 Abs. 2 als Jude gilt. Als volljüdisch gilt ein Großelternteil ohne weiteres, wenn er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat.“³⁹

Judenboykott: Reichsweite *Aktion* gegen *jüdische* Ärzte, Geschäftsleute und Rechtsanwälte am 1. April 1933

Judenvermögensabgabe/Reichsjudenabgabe: Nach der → *Kristallnacht* auf Initiative von Hermann Göring den Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit auferlegte Kontribution von 1 Mrd. RM an das Deutsche Reich als *harte Sühne*; Verordnung über die Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit vom 12. 11. 1938⁴⁰

Der jüdische Emigrant: Deutscher Staatsangehöriger jüdischer Herkunft/Abstammung, nach 1933 im Ausland → *aufhältig*

Der jüdische Rechtsanwalt/die Judenanwälte: [Dr.] Sievert Lorenzen [Amtsgerichtsrat im Reichsjustizministerium]⁴¹: „Im September 1938 konnte der entscheidende Schlag gegen die Judenanwälte geführt werden. Die 5. Verordnung zum Reichsbürgergesetz, vom 27. September 1938, regelte in Artikel I das ‚Ausscheiden der Juden aus der Rechtsanwaltschaft‘! Sie bestimmte: ‚Juden ist der Beruf des Rechtsanwalts verschlossen.‘“ → Berufsverbot

Jüdische Vornamen: Seit dem 1. 1. 1939 zwingend vorgeschriebene Annahme eines weiteren jüdischen Vornamens: Israel (männliche Personen) bzw. Sara (weibliche Personen); 2. VO z. Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 17. 8. 1938.⁴²

Der kommunistische Rechtsanwalt: Mit dem Begriff wurden Rechtsanwälte bezeichnet, die tatsächlich oder angeblich der KPD angehört hatten, aber auch Rechtsanwälte, die nur Mandate der Roten Hilfe Deutschlands wahrgenommen hatten.

Konsulent: Jüdische Konsulenten: nach dem „Ausscheiden der Juden aus der Rechtsanwaltschaft“ zum 30. 11. 1938 (→ Berufsverbot) „auf Widerruf“ zugelassen durch die Justizverwaltung, ausschließlich „zur rechtlichen Beratung und Vertretung von Juden“

³⁷ Handbuch des Antisemitismus, III (2010), S. 141–144 (Georg Kreis).

³⁸ Bergmann, 2016, S. 102: „Seit den Anfängen der NSDAP bildete ein mythischer Antisemitismus den Kern ihrer rassistischen Weltanschauung.“

³⁹ RGBl. 1935 I, S. 1333 f.

⁴⁰ RGBl. 1938 I, S. 1579.

⁴¹ Die Juden und die Justiz. Bearb. im Auftr. d. Reichsministers der Justiz (Schriften des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands), Hamburg/Berlin [Gedruckt im Strafgefängnis Wolfenbüttel] 1942 (1943), S. 187.

⁴² RGBl. I, S. 1044.

Konzentrationslager (Abkürzung: offiziell KL, Sprachgebrauch: KZ): Im März 1933 zunächst improvisiert eingerichtete Lager für in → *Schutzhaft* genommene Personen; die späteren von der SS betriebenen Konzentrations- und Vernichtungslager behielten den verschleiern Namen bei.⁴³

Kristallnacht („Das Prinzip der ‚rechtmäßigen‘ Unterdrückung galt bis zur ‚Kristallnacht‘, den Pogromen vom 9. bis 11. November 1938.“⁴⁴): Am 9. November 1938 starb Legationssekretär Ernst vom Rath in Paris an den Folgen des Attentats, das der aus Hannover stammende 17jährige Herschel Grünszpan verübt hatte: „Die verzweifelte und tödliche Demonstration des jungen Juden gegen die von der Gestapo veranlaßte Deportation seiner Familie und anderer polnischer Juden aus Deutschland lieferte dem Reichspropagandaminister Joseph Goebbels einen schon längst gewünschten Vorwand, um die ihm und den radikalen Judenfeinden nicht schnell genug fortschreitende Entjudung Deutschlands zu fördern. Er inszenierte die vom Volksmund so genannte ‚Kristallnacht‘ vom 9. November 1938.“⁴⁵ In der angeblich „spontanen Aktion“ des „Volkszorns“ in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurden mehr als die Hälfte aller Synagogen und Gebetshäuser demoliert oder zerstört und 30.000 männliche, insbesondere wohlhabende Juden verhaftet (→ *Schutzhaft*) und als *Aktionsjuden* in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen verschleppt (*Schutzhaft, Jude*), unter ihnen zahlreiche → *jüdische Rechtsanwälte*. An den Folgen der Ausschreitungen starben „mehr als 1.300 Menschen“⁴⁶.

Letzter inländischer Wohnsitz: Wohnsitz vor der *Auswanderung* (→ Emigration)

Machtergreifung/Machtübernahme/nationale Erhebung: Heroisierende nationalsozialistische Schlagworte für die mit Antritt der Koalitionsregierung Hitler seit dem 30. Januar 1933 verbundene Phase der schrittweisen Machteroberung und -konsolidierung durch offenen Terror und vielfachen Verfassungs- und Rechtsbruch: „Mit der Machtübertragung auf Hitler endete nicht nur die erste deutsche Republik. Deutschland hörte auf, das zu sein, was es schon lange vor 1918 gewesen war: ein Rechts- und Verfassungsstaat.“ (Ulrich Eisenhardt⁴⁷)

Minderheitenschutz: Der durch den Völkerbund garantierte Minderheitenschutz bot der *jüdischen* Bevölkerung im Saargebiet (bis 1. 3. 1936), in Oberschlesien (bis zum 15. 5. 1937) und in Danzig mit Einschränkungen bis Nov. 1938 einen gewissen Schutz vor der Anwendung der antijüdischen NS-Gesetzgebung und damit auch vor der *Ausbürgerung*.

Mischebe/privilegierte Mischebe: Zwischen einem jüdischen und nicht jüdischen Partner geschlossene Ehe/Ehe mit Kindern, die nicht als *Juden* galten

Mischlinge: 1935 eingeführte Kategorie von Personen; von einem *jüdischen* Großelternanteil (*Mischlinge zweiten Grades; Vierteljuden*) oder zwei *jüdischen* Großeltern abstammten (*Halbjuden*); → *Jude*; → *Nürnberger Gesetze*

⁴³ Herbert Ulrich [u. a.] (Hg.), Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, 2 Bde., Göttingen 1998 (Frankfurt/Main 2002); Vernichtungslager, in: Handbuch des Antisemitismus, III (2010), S. 332–334 (Angelika Königseder); Die Linke im Visier, 2014; Nikolaus Wachsmann, KL. Die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, München 2016.

⁴⁴ Adler, 1974, S. 36.

⁴⁵ Kempner, 1961, S. 43.

⁴⁶ www.dhm.de /lemo/kapitel/ns-regime/ausgrenzung (Carola Jülig, 16. 10. 2009); Handbuch des Antisemitismus, IV (2011), S. 253–257 (Wolfgang Benz); Wolf Gruner (Totale Verwüstung. Die vergessene Massenzerstörung jüdischer Häuser und Wohnungen im Novemberpogrom 1938, in: ZfG 67, 2019, 10, S. 793–811, 796) nennt eine Gesamtzahl von „mehreren Hundert“ Toten.

⁴⁷ Deutsche Rechtsgeschichte, 7. überarb. Aufl. 2019, S. 391.

Mosaische Religion: Konfessionsbezeichnung zur Kennzeichnung der → *Rasse*: → *Jude*
Nationale Revolution/Nationalsozialistische Erhebung/Revolution: → *Machtergreifung*
*Nürnberger Gesetze*⁴⁸: *Reichsbürgergesetz*, *Blutschutzgesetz*⁴⁹ und *Reichsflaggengesetz*, auf dem
 Nürnberger Parteitag der NSDAP am 15. 9. 1938 verkündet

*Rasse*⁵⁰/*rassisch/Rassejude/Rassezugehörigkeit*: Als *Rassejuden* galten Personen, die von
 Eltern oder Großeltern abstammten, die der jüdischen Religionsgemeinschaft angehör-
 ten oder angehört hatten; das Rasse-Merkmal *Jude* war damit auch erfüllt, wenn die
 Person selbst christlich getauft oder keiner Glaubensgemeinschaft angehörte; → *Jude*;
 → *Glaubensjude*

*Rassenschande*⁵¹: Nach Erlass der → *Nürnberger Gesetze* verbotener und unter Strafe ste-
 hender außerehelicher Geschlechtsverkehr „zwischen Juden und Staatsangehörigen
 deutschen oder artverwandten Blutes“

Reichsangehörigkeit: Nach der Verordnung über die deutsche → Staatsangehörigkeit vom
 5. 2. 1934⁵² wurde die zugleich eine mittelbare Reichsangehörigkeit begründende
 „→ Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern“ (§ 1, 1) beseitigt: „Es gibt nur noch
 eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit)“ (§ 1, 2).

Reichsbürgergesetz: → *Nürnberger Gesetze*

Reichsfeinde: insbesondere Juden, Kommunisten, Marxisten

*Reichsfluchtsteuer*⁵³: Zur Verhinderung der Kapitalflucht bei Aufgabe des inländischen
 Wohnsitzes bereits 1931 eingeführt; die ursprüngliche Bemessungsgrundlage
 (200.000,- RM) wurde 1934 auf 50.000,- RM gesenkt; die Zahlung der Reichsflucht-
 steuer und anderer offener Steuerschulden war Voraussetzung für eine legale Auswan-
 derung; jüdische Auswanderer mussten nach 1938 zudem die
 → Judenvermögensabgabe entrichten.

Reichskristallnacht → *Kristallnacht*

Schädling: übliche Bezeichnung *des* Juden

Schutzhaft: Haft ohne richterliche Anordnung und zeitliche Befristung „zur Abwehr kom-
 munistischer staatsgefährdender Gewaltakte“ aufgrund der Verordnung des Reichsprä-
 sidenten zum Schutz von Volk und Staat („Reichstagsbrandverordnung“) vom
 28. 2. 1933⁵⁴; die Notverordnung ermöglichte willkürliche Verhaftungen politischer

⁴⁸ Andreas Rethmeier, „Nürnberger Rassegesetze“ und Entrechtung der Juden im Zivilrecht, Frankfurt/Main 1995; Esser, 2002; Handbuch des Antisemitismus, IV (2011), S. 257 f. (Wolfgang Benz).

⁴⁹ Franz → Neumann (Behemoth; 2108, S. 150): „Dieses ‚Blutschutzgesetz‘ gehört zu den schändlichsten im Repertoire der Nationalsozialisten. Es öffnet nicht nur der Erpressung Tür und Tor, sondern hat zur völligen Beseitigung der letzten Überreste des ehemals vom Strafgesetzbuch garantierten Rechtsschutzes geführt.“

⁵⁰ „Um ihren Phantasien von der reinen, der edlen arischen Rasse Ausdruck zu geben, erfanden die Nazis zahlreiche Begrifflichkeiten. Jeder Volksgenosse verstand, was gemeint war und redete sie nach: Arier und Juden, Volljuden, Nichtarier, Halb- und Viertelarier, bzw. Halb- und Vierteljuden (was identisch ist), rasserein, Rassengemisch, Mischlinge, arische Herrenmenschen, jüdisch-bolschewistische Untermenschen, jüdisches Blut, deutsches Blut.“ Marlies Flesch-Thebesius, „Wir saßen zwischen allen Stühlen“. Als Mischling zweiten Grades in Frankfurt am Main, in: Kingreen, 1999, S. 415–433, 415, 433/ Anm 1: „Alle NS-Begriffe werden bewußt nicht in Anführungszeichen gesetzt.“

⁵¹ Hans Robinsohn, Justiz als politische Verfolgung. Die Rechtsprechung in „Rassenschandefällen“ beim Landgericht Hamburg 1936–1943, Stuttgart 1977; Alexandra Przyrembel, ‚Rassenschande‘. Reinheitsmythos und Vernichtungslegitimation im Nationalsozialismus, Göttingen 2003; Handbuch des Antisemitismus, III (2010), S. 273–275 (A. Przyrembel).

⁵² RGBI I, S. 85.

⁵³ Mußgnug, 1993.

⁵⁴ RGBI I S. 83.

- Gegner, deren außerjustitielle Inhaftnahme nach Verbüßung einer Straftat und Massenverhaftungen (→ *Kristallnacht*)
- Sicherstellung*: vor Beschlagnahme und Verwertung von Vermögenswerten jüdischer Emigranten
- Staatsangehörigkeit*: nach § 1 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. 7. 1913 war Deutscher, „wer die die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat (§ 3 bis 32) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§ 33 bis 35) besitzt“⁵⁵; → *Reichsangehörigkeit*
- Staatsfeind*: Bezeichnung für Gegner des NS-Regimes
- Steuersteckbrief und Vermögensbeschlagnahme*: Ausschreibung insbesondere aufgrund geschuldeter → *Reichsfluchtsteuer*⁵⁶
- Stürmer*: „Der Stürmer“ (1923–1945), von Julius Streicher gegründetes „Nürnberger Wochenblatt zum Kampf um die Wahrheit“, seit 1932 Untertitel „Deutsches Wochenblatt zum Kampf um die Wahrheit“⁵⁷
- System, Systemparteien, Systempolitiker*: verächtliche Bezeichnung für die Weimarer Reichsverfassung, für Parteien und Politiker der Weimarer Republik
- Tatsachen*: Feststellungen der Gestapo
- Umzugsgut*: Das *sichergestellte* Umzugsgut von Emigranten konnte im Reich – während des Krieges auch in den besetzten Ländern – aufgrund des Gesetzes über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens (→ inländische Vermögenswerte) in Verbindung mit dem Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit zugunsten des Reichs eingezogen werden.
- Undeutsch*: Begriffsprägung eines traditionellen „codierten Antisemitismus“⁵⁸
- U.O.B.B.* → *Bne Briss*
- Vermögensbeschlagnahme*: → *Steuersteckbrief*
- volksfremd*: *rassisch* wie der *inneren Art* nach nicht der → *Volksgemeinschaft* zugehörig
- Volksgenosse*: Deutscher; → *Volksgemeinschaft*
- Volksgemeinschaft*: Schicksalsgemeinschaft der (deutschen) → *Volksgenossen*
- Volksschädling/Volksverräter*: nicht zum *Volkkörper* gehörende *rassefremde Elemente*, → *Juden*
- Volksverräter* → *Volksschädling*
- Volksverrat*: ersetzte den Straftatbestand → Hoch- und Landesverrat, Angriff auf die → *Volksgemeinschaft*
- Volksverratsgesetz*: Gesetz gegen Verrat der deutschen Volkswirtschaft vom 12. 6. 1933⁵⁹: Erklärung des Devisen- und Auslandsvermögens bis zum 31. 12. 1934
- Volkszorn*: „Man konnte jederzeit auf die Straße zurückgreifen und den Volkszorn pünktlich (in Zivilkleidung und ohne Abzeichen) auf so und so viel Uhr an jeden beliebigen Ort bestellen.“ (Selmar Spier⁶⁰ → *Gleichschaltung*)
- Weltjudentum*: traditionelles antisemitisches Konstrukt, „Mythos der jüdischen Weltverschwörung“⁶¹, Bezeichnung für den Feind schlechthin

⁵⁵ RGBl. I, S. 583.

⁵⁶ Nachweis: „Reichssteuerblatt“, „Deutsches Kriminalpolizeiblatt“ und „Deutsches Steckbriefregister“.

⁵⁷ Handbuch des Antisemitismus, VI (2013), S. 671–673 (Alexander-Schmidt/Melanie Wagner); www.historisches-lexikon-bayerns.de (Siegfried Zelnhefer)

⁵⁸ Handbuch des Antisemitismus, VIII (2015), S. 182–184 (Martin Ulmer).

⁵⁹ RGBl. I, S. 360.

⁶⁰ 1963 (s. Anm. 19), S. 58.

⁶¹ Norman Cohn, Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos der jüdischen Weltverschwörung, Baden-Baden/Zürich 1998.

5. Abkürzungsverzeichnis

AA bzw. Amt	Auswärtiges Amt
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg
AO	Auslandsorganisation
Auschwitz	Konzentrations-/Vernichtungslager Auschwitz
BArch <i>s. u.</i> Quellen und Literatur	
Bergen-Belsen	Konzentrationslager Bergen-Belsen
B'nai B'rith <i>s. u.</i> U.O.B.B.	
BNSDJ	Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen
Buchenwald	Konzentrationslager Buchenwald
CV	Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
Dachau	Konzentrationslager Dachau
DAV	Deutscher Anwaltverein
DEA	Deutsches Exilarchiv 1933–1945 der DNB
DB	Deutsche Botschaft
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DG	Deutsche Gesandtschaft
DK	Deutsches Konsulat
DGK	Deutsches Generalkonsulat
DNB	Deutsche Nationalbibliothek
DRA	Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger
DS	Datenschutz
DVO	Durchführungsverordnung
EAB <i>s. u.</i> Quellen und Literatur	
EB	Exilbibliothek der DNB
FS	Fernschreiben/Fernspruch
GBVK	Großes Bundesverdienstkreuz
Gestapa	Geheimes Staatspolizeiamt Berlin
Gestapo	Geheime Staatspolizei
– Allenstein	Staatspolizeistelle Allenstein
– Augsburg	Staatspolizeistelle Augsburg
– Berlin	Staatspolizeileitstelle Berlin
– Bielefeld	Staatspolizeistelle Bielefeld
– Braunschweig	Staatspolizeistelle Braunschweig
– Bremen	Staatspolizeistelle Bremen
– Breslau	Staatspolizeileitstelle Breslau
– Chemnitz	Staatspolizeistelle Chemnitz
– Darmstadt	Staatspolizeileitstelle Darmstadt
– Dessau	Staatspolizeistelle Dessau
– Dresden	Staatspolizeileitstelle Dresden
– Dortmund	Staatspolizeistelle Dortmund (Dortmund-Hörde)
– Düsseldorf	Staatspolizei(leit)stelle Düsseldorf
– Erfurt	Staatspolizeistelle Erfurt
– Frankfurt/Main	Staatspolizeistelle Frankfurt am Main
– Frankfurt/Oder	Staatspolizeistelle Frankfurt an der Oder

D. Zur Dokumentation

– Gleiwitz	Gestapo Oppeln, Grenzkommissariat Gleiwitz
– Halle/Saale	Staatspolizeistelle Halle an der Saale
– Hamburg	Staatspolizeileitstelle Hamburg
– Hannover	Staatspolizeileitstelle Hannover
– Hildesheim	Staatspolizeistelle Hildesheim
– Hindenburg, O/S	Staatspolizeistelle Kattowitz, Außendienststelle Hindenburg
– Karlsruhe	Staatspolizeileitstelle Karlsruhe
– Kassel	Staatspolizeistelle Kassel
– Kattowitz	Staatspolizei(leit)stelle Kattowitz
– Koblenz	Staatspolizeistelle Koblenz
– Kiel	Staatspolizeistelle Kiel
– Köln	Staatspolizeistelle Köln
– Königsberg/Pr.	Staatspolizeileitstelle Königsberg i. Pr.
– Köslin	Staatspolizeistelle Köslin
– Leipzig	Staatspolizeistelle Leipzig
– Liegnitz	Staatspolizeistelle Liegnitz
– Magdeburg	Staatspolizeileitstelle Magdeburg
– München	Staatspolizeileitstelle München
– Münster	Staatspolizei(leit)stelle Münster
– Neustadt/Weinstraße	Staatspolizeistelle Neustadt an der Weinstraße
– Nürnberg	Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth
– Osnabrück	Staatspolizeistelle Osnabrück
– Oppeln	Staatspolizeistelle Oppeln
– Prag	Staatspolizeileitstelle Prag
– Regensburg	Staatspolizeistelle Regensburg
– Saarbrücken	Staatspolizeistelle Saarbrücken
– Schneidemühl	Staatspolizeistelle Schneidemühl
– Stettin	Staatspolizeileitstelle Stettin
– Stuttgart	Staatspolizeistelle Stuttgart
– Trier	Staatspolizeistelle Trier
– Weimar	Staatspolizeileitstelle Weimar
GLA	Generallandesarchiv
GStA	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin
HStA	Hauptstaatsarchiv
IAH	Internationale Arbeiterhilfe
IMT	International Military Tribunal
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
JRSO	Jewish Restitution Successor Organization
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Krs.	Kreis
KZ	Konzentrationslager
LAB	Landesarchiv Berlin
LBI s. u.	Quellen und Literatur
M.d.B.	Mitglied des Deutschen Bundestages
M.d.L.	Mitglied des Landtages
M.d.R.	Mitglied des Reichstages
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Abkürzungsverzeichnis

NSRB	Nationalsozialistischer Rechtswahrbund
OLG	Oberlandesgericht
PA/AA s. u.	Quellen und Literatur
RBürgG	Reichsbürgergesetz
RFSS	Reichsführer-SS bzw. Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern
RFSS/AA	Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern/Auswärtiges Amt
RFSSuChdDtPoliRMdI	Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern
RHD	Rote Hilfe Deutschlands
RMdI	Reichsminister(-ium) des Innern
RMdJ	Reichsminister(-ium) der Justiz
RMfVP	Reichsminister(ium) für Volksaufklärung und Propaganda
RSHA	Reichssicherheitshauptamt Berlin
Sachsenhausen	Konzentrationslager Sachsenhausen
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPS	Sozialdemokratische Partei des Saarlandes
StA	Staatsarchiv
StadtA	Stadtarchiv
SwissA s. u.	Quellen und Literatur
Theresienstadt	Altersghetto/Konzentrationslager Theresienstadt
U.O.B.B.	Unabhängiger Orden B'nai B'rith (die Schreibweise in den Ausbürgerungsakten wurde in der Falldokumentation nicht korrigiert)
USHMM	United States Holocaust Memorial Museum
VO	Verordnung

„Ich war während der ganzen Zeit deutscher Staatsangehöriger.“



Abb. 9: Exlibris (Heliogravüre, o.J.), Eigner: Dr. Alfred Platz (1890–1973); Rechtsanwalt und Notar in Berlin, Sozietät mit Dr. Rudolf Dix und später Dr. Karl Selowsky; 1933 Emigration (Amsterdam), am 9. Mai 1940 nach Brüssel geflohen, dort am 11. Mai 1940 interniert und nach Frankreich abgeschoben; vom 21. Mai bis 22. Sept. 1940 im Lager Saint Cyprien, Baracke 41; danach „auf der Flucht“, *Ausbürgerung* aufgrund der 11. VO z. RBürgG. v. 25. 11. 1941; seit 1943 in USA, später in der Schweiz; nach Wiedenzulassung beim Landgericht Frankfurt am Main scheiterte 1955 der Aufbau einer neuen Praxis an gesundheitlichen Beschwerden aufgrund der „Naziverfolgung“; EAB, 274133.

Biographische Dokumentation

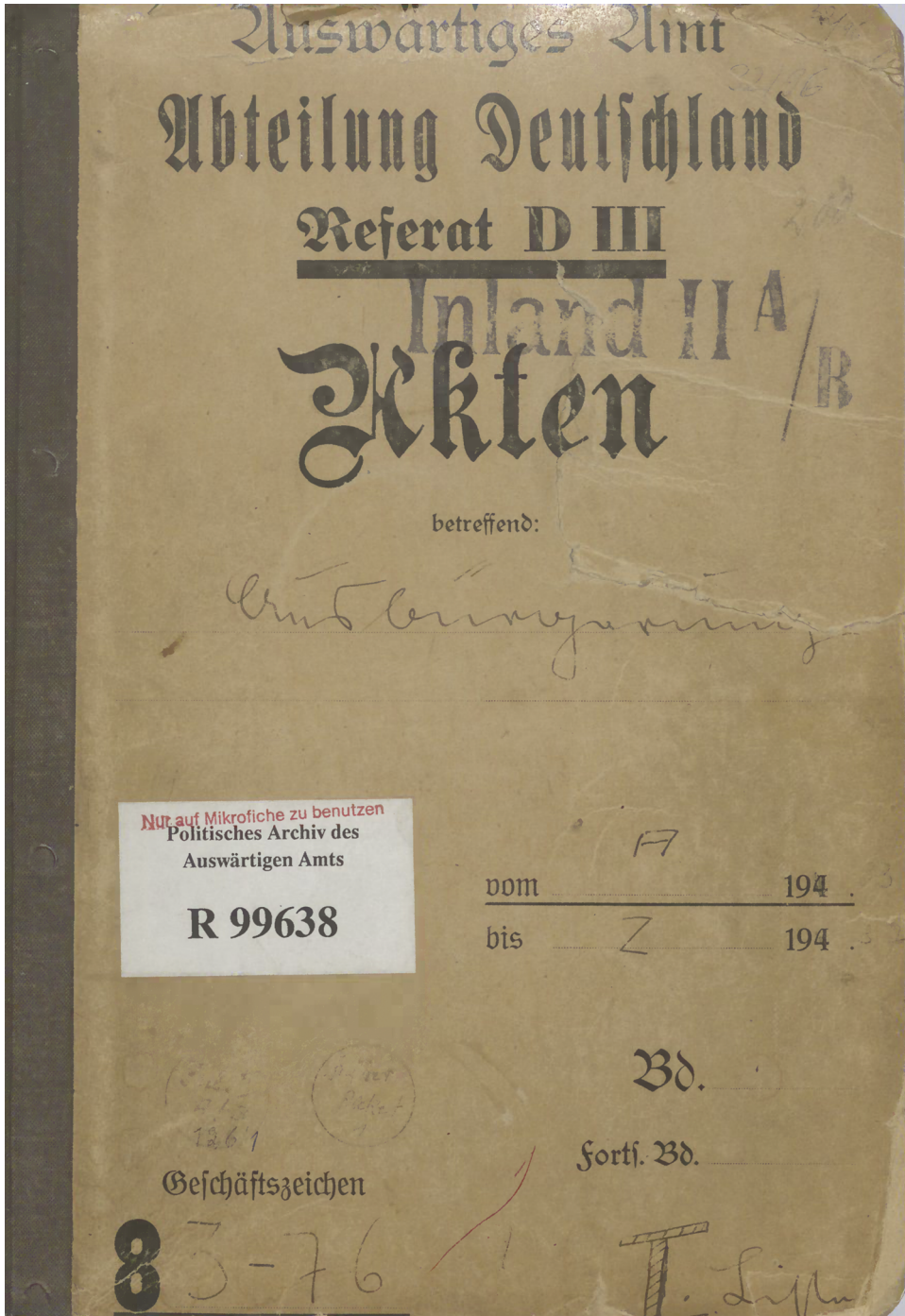


Abb. 10: Ein Aktendeckel
Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes

I.
Falldokumentation

„War verheiratet mit dem Volljuden und Rechtsanwalt“

- 9. OKT. 39

Der Reichsführer-SS
und
Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium Des Innern

S-PP (II B) 10166/39
Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

Berlin SW 11, Den 28. September 1939
Prinz-Bibrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40

000286

Auswärtiges Amt
83-76 3879
eing. d. OKT 1939
Tel. _____ Durchsch. _____

Weiner
✓

An das

Auswärtige Amt

in Berlin.
=====

Betrifft: Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit
der Jüdin Hildegard Sara W e i n e r, geb.
Berinstein, geb. am 22.6.1888 in Chemnitz.

Vorgang: Ohne

Anlagen: 2.

Als Anlage übersende: i ch zwei Durchschriften
eines Ausbürgerungsantrages der Geheimen Staatspolizei,
den ich heute der Abteilung I des Reichsministeriums
des Innern zugeleitet habe.

Im Auftrage:
gez. Jagusch.

Beglaubigt:
[Signature]
Kanzleiangestellte.
Pr.

W

Doppel nach Zustimmung an R. W. d. S.
13.10.39
lp

1984

83-10

Abb. 11: Zustimmung des Auswärtigen Amts zur Ausbürgerung: R[ademacher]
Politisches Archiv des Auswärtigen Amts

1 Aaron, Albert, Dr. jur. (Gießen 1911; Entziehung 1938) ~ * 13. 2. 1886 Bobenhäusen, Krs. Schotten; ⚭ Lilli Bamberger (* 1899 Nürnberg).

Rechtsanwalt (Gießen) ~ 1937 Emigration (New York, USA) ~ 1938 Ausbürgerung.

A 29. 11. 1937: Gestapo Darmstadt (Weintz) an Gestapa:

Der jüdische Emigrant [...], Rechtsanwalt, [...] ist [...] verheiratet. [...] Die Eheleute sind Volljuden. Sie besitzen die deutsche Reichsangehörigkeit.

Dr. Aaron [Gießen, Bahnhofstr. 46] war vom 1. Juli 1924 bis zur Machtübernahme Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold unter der Nr. 870823, Ortsverein Gießen Nr. 331. Ferner war er Beisitzer im Ortsverein des Reichsbanners und Mitglied der SPD. Der Jüdischen Religionsgemeinde, der Zionistischen Ortsgruppe, dem Israelitischen Beerdigungsverein und der Jüdischen Zentralwohlfahrtsstelle hat er bis zum 1. Oktober 1937 als Mitglied angehört. Dr. Aaron trat in Gießen in fast sämtlichen Strafverfahren gegen Reichsbannerangehörige als deren Verteidiger auf und gab hierbei in seinen Plaidoyers seinen jüdisch-marxistischen Anschauungen unumwunden Ausdruck. Nach der nationalen Erhebung ist er in politischer Hinsicht nicht mehr in Erscheinung getreten. Beim Landgericht Gießen ist er noch als Rechtsanwalt zugelassen, da seine Abwanderung erst am 11. September 1937 erfolgte.

In krimineller Hinsicht ist Nachteiliges über Dr. Aaron nicht bekannt geworden. Strafverfahren sind gegen ihn nicht anhängig.

Die Ehefrau [...] war bis zum 1. Oktober 1937 Mitglied der Israelitischen Religionsgemeinde in Gießen und der Jüdischen Frauen-Arbeitsgemeinschaft „Wiso“. Der Sohn Daniel Aaron war ebenfalls Mitglied der Israelitischen Religionsgemeinde Gießen, der Sportgruppe im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, dem Brith Hazofim Makkabi hazair und des Bar-Kochba. Franz Aaron gehörte der Israelitischen Religionsgemeinde und dem Bar-Kochba an.

In politischer und krimineller Hinsicht sind die Ehefrau Aaron und die Kinder nicht hervorgetreten.

Nach Mitteilung des Finanzamts Gießen vom 14. Oktober 1937 sind die Eheleute Aaron zur Vermögenssteuer nach dem Stande vom 1. Januar 1935 wie folgt veranlagt worden [...], Gesamtvermögen: 29.379,- RM.

Die Eheleute führten bis zur Auswanderung gemeinsamen Haushalt.

Im Hinblick auf die Zugehörigkeit des Dr. Aaron zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und zur SPD bitte ich, gegen ihn ein Verfahren gemäß § 2 des Gesetzes v. 14. 7. 1933 ein[z]u leiten und es aus Zweckmäßigkeitsgründen auch auf die Ehefrau und die minderjährigen Kinder auszudehnen.

■ 13. 4./28. 5. 1938: RFSS/AA (nachdem Botschafter Dr. Hans Heinrich Dieckhoff, Washington, keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 21./22. 6. 1938: RMDI/DRA ~ 16. 8. 1938: Finanzamt Moabit-West an Postscheckamt Frankfurt/Main (Betrifft: Ausbürgerung Albert Aaron. Auf das Schreiben vom 9. August 1938): Infolge der Ausbürgerung gilt der Rechtsanwalt Dr. Albert Aaron als bürgerlich tot. Rechtsnachfolger ist das Finanzamt Moabit-West in Berlin geworden. Aaron kann auch in keiner Weise mehr über das Konto verfügen, da mit der Ausbürgerung gleichzeitig auch die Vermögensbeschlagnahme ausgesprochen worden ist. Verfügungsberechtigt ist vielmehr nur noch das Finanzamt Moabit-West in Berlin. Infolgedessen bedarf es keiner Devisengenehmigung mehr.

Q PA/AA, R 99702; Hepp, Liste 52 (1; 30–32: Ehefrau u. K); HStAD, G 36 Gießen, Nr. 1, nach Abb. 12, in: Meinel/Zwilling, 2004 ~ D Unzüchtige Handlungen mit Kindern (§ 176 Ziffer 3 RStGB), Offenbach a.M. (1910); Chroust, 2006, S. 49 f. ~ B BArch, R 3001/50001 ~ Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 68 f.; zum Fall Aaron („Hier sind durch einen glücklichen Zufall Ausbürgerungsvorschlag [LAB, A Rep. 093-03, Nr. 50475, Heft 7, Bl. 94 f.] und Verwertungsakten [HStAD, G 36 Gießen, Nr. 1] erhalten geblieben.“) Meinel/Zwilling, 2004, S. 95 f. u. S. 587/Anm. 31 f.

2 Altenberg, Bruno, Dr. jur. (Würzburg 1912; *Entziehung* 1939) ~ 4. 9. 1889 Berlin – 12. 1. 1971 Mailand; B: Dr. jur. Oskar Altenberg (1893–1943, Rechtsanwalt und Notar in Berlin; deportiert).

Altenberg veröffentlichte als Referendar im „Archiv des Öffentlichen Rechts“ (30, 1913, S. 204–212) den Beitrag „Ist die Entsendung von Aerzten oder die Lieferung von Heilmitteln eines neutralen Staates an eine kriegsführende Macht zulässig?“ ~ nach Kriegsdienst und Tätigkeit im preuß. Kriegsministerium seit 1919 Rechtsanwalt beim Kammergericht, seit 1929 auch Notar (Berlin) ~ Bürogemeinschaft mit Dr. jur. Jacob Auerbach (1882–1969 London; Chairman der Association of Democratic Lawyers from Germany) ~ 1933 Berufsverbot und Emigration (Italien) ~ Mitarbeit in der Kanzlei Bernardi (Mailand) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 25. 11. 1940 verhaftet und in das Internierungslager von Ferramonti-Tarsia (Prov. di Cosenza) überführt ~ seit Februar 1941 aus gesundheitlichen Gründen nach Lago verbannt, später in Mormanno ~ Sept. 1945 Rückkehr nach Mailand ~ erneutes Jurastudium mit Examen (Nov. 1946) und Promotion (Mailand 1948) ~ seit Ende 1946 Vorstandsmitglied und Vertrauensanwalt der Deutsch-Italienischen Handelskammer in Mailand ~ juristischer Mitarbeiter und seit 1951 Rechtsberater des Deutschen Generalkonsulats in Mailand ~ Apr. 1955 unter Befreiung von der Residenzpflicht wieder als Rechtsanwalt zugelassen (Berlin/Mailand in Sozietät mit Dr. Guido Bernardi) ~ mutmaßlich seit 1955 italienischer Staatsbürger.

A 22. 2. 1939: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa:

Ich beantrage die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Rechtsanwalts und Notars, zuletzt kaufmännischen Angestellten Dr. jur. Altenberg [...]; Abstammung: Jude; letzter inländ. Wohnsitz: Bln.-Schöneberg, Barbarossastr. 45, jetziger Aufenthalt: Mai-

land, via Benevenuto Cellini 1; Zeit der Abwanderung: 31. 5. 1935.

Altenberg schuldet dem Finanzamt Bln.-Schöneberg noch 2.208, 50 RM. Einkommensteuer.

Sonst ist Nachteiliges nicht bekannt. Inländisches Vermögen ist hier nicht bekannt. Der Genannte ist unverheiratet.

■ 31. 3./30. 4. 1939: RFSS/AA (nachdem Botschafter Hans Georg v. Mackensen (Rom) der Zentrale mitgeteilt hatte, dass gegen die beabsichtigte *Ausbürgerung des Obengenannten* – im Betreff hieß es unter Hinweis auf das Schreiben des RFSS *Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Juden Dr. Bruno Altenberg* – hier keine Bedenken bestehen.

Am 15. 8. 1941 wandte sich Dr. Bruno Altenberg (Mailand, Via Benevenuto Cellini I; Lago di Cosenza) an die DB Rom mit der Bitte „um Befürwortung der Freilassung aus der Internierung“:

„Ich [...] bin deutscher Staatsangehöriger jüdischer Abstammung römisch-katholischen Bekenntnisses. [...]

Im Jahre 1933 habe ich nach Verlust meiner Zulassung meinen Wohnsitz nach Mailand verlegt, nachdem ich bereits von 1907 ab fast Jedes Jahr – mit Ausnahme des Weltkrieges – in Italien gewesen war.

Im Weltkriege habe ich als Kriegsfreiwilliger meine Dienstpflicht bei der Truppe abgeleistet und bin später in das Preussische Kriegsministerium als Beamtenstellvertreter versetzt worden, wo ich als Sachbearbeiter in der Abteilung für Kriegsgefangenschutz und Völkerrechtsverletzungen, insbes. in den Referaten für Rußland und Rumänien tätig war. Im September 1937 ist mir von dem deutschen Konsul in Mailand das Ehrenkreuz für Kriegsteilnehmer überreicht worden.

Ich gestatte mir darauf hinzuweisen, daß ich in Deutschland keinerlei Verpflichtungen, insbesondere steuerlicher Art hinterlassen habe. Photokopien der diesbezüglichen amtlichen Bescheinigungen befin-

den sich bei den Akten des Kgl. Ministeriums des Innern in Rom.

Am 25. 11. 1940 bin ich in meiner Wohnung in Mailand aus Gründen der öffentlichen Sicherheit verhaftet und nach einem Aufenthalt im Gefängnis in das Internierungslager von Ferramonti-Tarsia (Prov. di Cosenza) überführt worden. Sofort nach meiner Einlieferung in das Gefängnis habe ich bei dem Kgl. Ministerium des Innern in Rom ein Freilassungsgesuch eingereicht. Im Februar dieses Jahres bin ich aus gesundheitlichen Gründen nach einer Untersuchung durch den Chefarzt des Lagers nach dem kleinen Ort Lago verlegt worden, wo ich mich jetzt noch befinde.

Zur Begründung meines Befürwortungsgesuchs erlaube ich mir auf folgende Tatsachen hinzuweisen:

Ich habe in Deutschland – und selbstverständlich auch in Italien – niemals einer umstürzlerischen Gruppe oder Bewegung angehört. Ich bin niemals Mitglied der sozialdemokratischen oder der kommunistischen Partei gewesen. Ebensowenig habe ich jemals etwas mit der freimaurerischen Bewegung zu tun gehabt. Ich habe dagegen in Deutschland nationalen und patriotischen Verbänden angehört, und zwar – sofort nach dem Verlassen des Gymnasiums – dem deutschen Flottenverein, dessen Bestrebungen ich stets aufs wärmste unterstützt und persönlich gefördert habe und dessen Mitglied ich bis zu seiner Auflösung gewesen bin, und dem Deutschen und Österreichischen Alpenverein, dem ich bis zu meiner Auswanderung aus Deutschland angehört habe. Als Beweis für die vaterländische Gesinnung meiner Familie mag ferner gelten, daß mein Bruder, Dr. Oskar Israel Altenberg, im Verband der Gardekavallerie-Schützendivision an den Kämpfen gegen die Spartakisten teilgenommen hat.

Ich glaube ferner, auf die Berücksichtigung meines Wunsches um Freilassung um so mehr rechnen zu können, als ich auch während des jetzigen Krieges in Erfüllung meiner patriotischen Pflicht als guter

Deutscher nach besten Kräften, wenn auch ohne jemals nach außen mit meinem Namen hervortreten, dabei mitgewirkt habe, der wirtschaftlichen Blockade der Feindmächte gegen die Achsenmächte entgegenzutreten und der deutschen Kriegführung die notwendigen Devisen zur Festigung des Widerstandes und Sicherung des Erfolges zuzuführen – eine Tätigkeit, die von maßgebender Seite gebührend anerkannt worden ist.

Ich glaube auf Grund der vorstehenden Angaben den Beweis erbracht zu haben, daß ich politisch in keiner Weise verdächtig bin und daß meine patriotische Gesinnung über jeden Zweifel erhaben ist, sodaß ich es nicht verdiene, von der übrigen Bevölkerung abgesondert und zusammen mit Persönlichkeiten interniert zu sein, deren politische Gesinnung von der meinen grundverschieden ist.

Dies vorausgeschickt, bitte ich, die Hochwohlwollliche Botschaft in Rom möge meine Eingabe um Freilassung bei dem Kgl. Ministerium des Innern in Rom gütigst unterstützen und dahin wirken, daß ich baldigst freigelassen werde und mir die Rückkehr nach Mailand gestattet werde.

Im Anschluß an die vorstehende Eingabe erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß ich die italienische Sprache in Wort und Schrift vollkommen beherrsche und ferner geläufig spanisch, französisch und englisch spreche und schreibe. Ferner habe ich auch portugiesisch und holländisch gelernt. Nachdem ich mich bereits im Kriege 1914/1918 als Kriegsfreiwilliger gemeldet und später einen verantwortlichen Posten im Preußischen Kriegsministerium bekleidet habe, bitte ich, von dem Wunsch beseelt, wie damals auch heute meinem Vaterland zu dienen, die Hochwohlwollliche Botschaft darum, mir Gelegenheit zu geben, diesen Wunsch erfüllt zu sehen, und dahin zu wirken, daß ich nach meiner Freilassung aus der Internierung in einer meinen Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechenden Weise verwendet werde, vielleicht in einer Stellung als Dolmetscher in Italien.

Ich würde es mit Freuden vorziehen, in einer solchen Eigenschaft meinem Vaterlande und dem verbündeten Italien von Nutzen zu sein, als weiter untätig in der Verbannung zu verbleiben.“

Am 26. 8. 1941 übersandte Dr. Oskar Israel Altenberg (Berlin) Urschrift und Abschrift des Gesuchs seines Bruders an die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts „mit der ergebenen Bitte:

die Urschrift mit Befürwortung an die Deutsche Botschaft in Rom weiterzuleiten.

Zur Erläuterung der Angaben auf Seite 2 Absatz 3 bemerke ich folgendes:

Mein Bruder war von 1933 bis 1940 Mitarbeiter des Rechtsanwalts Dr. Bernardi in Mailand, Corso Porta Vittoria 58. An diesen hatten sich nach Ausbruch des Krieges Herr Rechtsanwalt Dr. [Carl] Gneist und nach dessen Ableben Herr Rechtsanwalt Dr. Karl von Lewinski, Berlin, W. 62, Lützowplatz 25, gewandt mit der Bitte, ihren Briefwechsel mit Klienten und Rechtsanwälten in Nordamerika zu vermitteln. Hierbei handelte es sich um die Transferierung von Nachlässen von Deutschen oder deutschstämmigen Amerikanern, die in Amerika verstorben waren und deren Erben in Deutschland lebten. Da die diesbezüglichen Postsendungen zu Beginn des Krieges auf holländischen und belgischen Schiffen von den Engländern durchsucht und oft beschlagnahmt waren, hatte Herr Dr. Bernardi es übernommen, die Post auf italienischen Schiffen zu befördern, die damals von den Engländern noch geschont wurden. Der Umfang und die Bedeutung dieser Tätigkeit waren groß: jeden Monat wurden mehrere hundert Briefe vermittelt. Alles mußte genau sortiert, registriert und befördert werden, insbesondere unter Berücksichtigung der Abfahrtszeit der Schiffe.

Die Bedeutung dieser Tätigkeit, die dem Deutschen Reich viele Tausend Dollar aus amerikanischen Nachlässen gerettet hat, liegt auf der Hand und ist auch so von den Rechtsanwälten Dr. Gneist und Dr. von Lewinski anerkannt worden. In verschie-

denen Briefen haben sie ihren Dank für die geleistete Arbeit zum Ausdruck gebracht und, auch im Namen des Auswärtigen Amtes, ihre Befriedigung darüber Ausdruck verliehen, welche großen Vorteile der deutschen Wirtschaft auf diese Weise verschafft worden sind und wie es so möglich gewesen ist, die britische Blockade zu durchbrechen. Besonders Herr Rechtsanwalt Dr. von Lewinski hat wiederholt seine Freude darüber ausgedrückt, daß die so vermittelten Briefe immer oder fast immer in USA ankamen während auf anderen Wegen viel verloren gegangen sei.

Ich bitte deshalb nochmals, die Urschrift des anliegenden Gesuchs mit Befürwortung an die Deutsche Botschaft in Rom weiterzureichen, und wäre dankbar, wenn das Auswärtige Amt mir einen Bescheid über seine Entschliessung in dieser Sache zukommen ließe.“

Am 11. 9. 1941 übersandte Franz Rademacher, Leiter des für die „Judenfrage“ zuständigen Referates D III (Deutschland) im AA, *die Eingabe des Juden Oskar Israel Altenberg* an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD *mit der Bitte um Kenntnisnahme und Mitteilung, was dort über die Brüder Altenberg bekannt ist. Ich beabsichtige, die Eingabe der Deutschen Botschaft Rom lediglich zur Kenntnisnahme zu übersenden.* Zugleich bat Rademacher *um baldige Rücksendung* der Eingabe, terminierte die Wiedervorlage *nach 2 Monaten* und hielt weiter fest: *Das Doppel der Anlage des Eingangs ist bis zur Rückgabe der Urschriften der Eingabe durch den Chef der Sipo u. d. SD. zu den Akten D III zu nehmen.*

Am 20. 9. 1941 erinnert O. Altenberg an das Gesuch seines Bruders mit der Bitte, „mich wissen zu lassen, ob bzw. was auf Grund des Gesuchs geschehen ist“. Rademacher teilte daraufhin Altenberg am 3. 10. 1941 mit, dass *eine besondere Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zu dem Gesuche Ihres Bruders an die Deutsche Botschaft Rom nicht erfolge.*

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD (Geissler) sandte am 7. 11. 1941 die Ein-

gabe nach Kenntnisnahme mit dem Bemerkungen zurück, dass Bruno Altenberg [...] wegen der von ihm hinterlassenen Einkommensteuerschulden ausgebürgert worden ist. O. Altenberg war danach in politischer und krimineller Hinsicht bisher nicht in Erscheinung getreten.

Daraufhin übersandte das Amt (Dr. Herbert Müller) am 30. 11. 1941 die Eingaben von O. und B. Altenberg an die DB Rom mit der Bitte um Rückreichung und dem Bemerkungen, dass Altenberg wegen der von ihm hinterlassenen Einkommensteuerschulden ausgebürgert worden sei:

Eine besondere Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zu dem Gesuche des Bruno Altenberg an die Botschaft erfolgt nicht, da er ausgebürgert worden ist.

Am 10. 12. 1941 Rücksendung der Eingabe O. Altenbergs und Mitteilung der DB Rom: *Dessen Bruder, Dr. Bruno Altenberg, wurde auf seine Ausbürgerung hingewiesen.* Dessen Antwort – das Schreiben des Juden Dr. Bruno Altenberg vom 17. 12. 1941 – übermittelte die DB Rom am 29. Dez. in Abschrift nach Berlin:

„Das oben bezeichnete Schreiben [v. 10. 12. 1941], welches an meine Anschrift in Mailand gerichtet war, ist mir nach Mormanno, wo ich in der Verbannung lebe, nachgesandt worden; ich habe es gestern Abend erhalten.

Von dem Inhalt des Schreibens habe ich mit dem größten Erstaunen Kenntnis genommen.

1) Von einer Bekanntmachung des Reichsministers des Innern vom 26. Mai 1939, durch welche ich wegen hinterlassener Einkommensteuerschulden ausgebürgert bin, ist mir nicht[s] bekannt. Ich habe eine entsprechende Verfügung niemals erhalten, obgleich dem Deutschen Generalkonsulat in Mailand meine Anschrift stets bekannt gewesen ist. Es ist mir unverständlich, dass ich von einer so wichtigen Verfügung nicht sofort in Kenntnis gesetzt worden bin, und es ist mir ebenso unverständlich, dass mir vor Erlass einer so einschneidenden Verfügung nicht

Gelegenheit zur Äusserung und zur Feststellung, dass die Verf[üg]ung auf unrichtigen tatsächlichen Voraussetzungen beruht, gegeben worden ist. Ich erfahre von der Verfügung zum ersten Mal durch das dortige Schreiben vom 10. d. M., und ich danke der Botschaft verbindlichst für diese Mitteilung, da mir nunmehr Gelegenheit gegeben ist, mich gegen die Verfügung zu wenden.

2) Wie in meinem Gesuch vom 15. August d. J. bereits gesagt, habe ich in Deutschland keinerlei Steuerschulden hinterlassen, also auch keine Einkommensteuerschulden. Photokopien der entsprechenden Bescheinigungen des Finanzamts Berlin-Schöneberg vom 9. August 1938 und des Bezirksamts Berlin-Schöneberg vom 1. September 1938 bei meinen Akten des Kgl. Italienischen Ministeriums des Innern in Rom. In der Zeit vom August 1938 bis zum 26. Mai 1939 und nachher bin ich nicht in Deutschland gewesen und habe in Deutschland keinerlei Einkommen gehabt und bin auch dort andere Steuern nicht schuldig geworden, was übrigens auch daraus hervorgeht, dass noch nach dem 26. Mai 1939 die genannten Steuerämter für mich weiter Unbedenklichkeitsbescheinigungen ausgestellt haben. Es ist mir daher vollkommen unbegreiflich, wie das Ministerium des Innern in Berlin am 26. Mai 1939 erklären konnte, ich hätte in Deutschland Einkommensteuerschulden hinterlassen, und wie es daraufhin meine Ausbürgerung verfügen konnte. Die Verfügung ist, wie sich aus Vorstehenden ergibt, in vollem Umfange unbegründet, da sie von unzutreffenden Voraussetzungen ausgeht. Meine Steuern sind restlos bezahlt.

3) Ich empfinde meine Ausbürgerung als eine capitis deminutio – nicht media, weil es sich um den Verlust der civitas handelt, sondern als eine capitis deminutio maxima und Diffamierung, da sie damit begründet und da sie erfolgt ist, dass ich meine Bürgerpflichten gegen mein Vaterland nicht erfüllt hätte. Ich erhebe daher gegen meine

Ausbürgerung schärfsten Widerspruch und habe deshalb meinen Bruder Dr. Oskar Altenberg in Berlin beauftragt, sofort für mich beim dortigen Ministerium des Innern gegen die Verfügung vom 26. Mai 1939 Beschwerde einzulegen und um die Aufhebung der Verfügung und meine Wiedereinbürgerung zu bitten, ferner auch die Botschaft sofort von dem Widerruf der genannten Verfügung zu verständigen. Ich bin von Geburt und an Gesinnung Deutscher und will es bleiben. Meine Ausbürgerung verletzt mich in meiner nationalen Ehre als guter Deutscher auf's Tiefste, und ich lege den grössten Wert darauf, dass dieser Makel so schnell als möglich wieder von mir genommen wird.

4) Ich bitte die Botschaft unter diesen Umständen gehorsamst, meine Sache keineswegs als beendet anzusehen, sondern sie in der Schwebe zu lassen. Ich nehme an, dass in nicht allzu langer Zeit – da ich in Berlin um größtmögliche Beschleunigung gebeten habe – vom Ministerium des Innern die Nachricht über die Aufhebung der Verfügung vom 26. Mai 1939 gegen mich eingehen wird; ebenso werde ich auch nicht zögern, sobald ich aus Berlin eine Mitteilung erhalte, aus der sich die Aufhebung der genannten Verfügung ergibt, die Botschaft in Kenntnis zu setzen.

Weitere dortige Mitteilungen bitte ich höflichst, an mich nach Mormanno unmittelbar zu richten. Sollte ich meine Anschrift ändern, so werde ich nicht verfehlen, die Botschaft unverzüglich davon zu verständigen.“

Mit der Übersendung der Eingaben als Doppel bzw. als Abschrift am 20. 1. 1942 an das RMdI, das die Ausbürgerung B. Altenbergs verfügt hatte, endet der Vorgang *Dr. Altenberg, Bruno* in den Akten des Auswärtigen Amtes. Oskar Altenberg ist bis 1943 im Berliner Adressbuch nachweisbar; sein älterer Bruder, über dessen weitere Internierung nichts bekannt ist, überlebte. Von seiner Ausbürgerung hatte er erst zweieinhalb Jahre nach deren Publikation im „Deutschen Reichsanzeiger“ erfahren; die

damit verbundene und durch seine Universität vollzogene Depromotion mag ihm nie bewusst geworden sein, wie Caroline S. Rupp im Gedenkbuch „Die geraubte Würde“ vermutet. Als Deutscher von *Geburt und an Gesinnung* hat Dr. Bruno Altenberg seine Ausbürgerung *als eine capitis deminutio maxima und Diffamierung* empfunden. Was Bruno und Oskar Altenberg 1941 wirklich über ihr *Vaterland* gedacht haben, dürfte sich aus der Korrespondenz mit dem Auswärtigen Amt jedoch nicht erschließen.

Q PA/AA, R 99791; Hepp, Liste 115 (1) ~ D Die Bedeutung der Auflassungsvormerkung im Zwangsversteigerungsverfahren, Berlin 1912; Rupp, 2011, S. 138 f. ~ B BAArch, R 3001/50213 (B. Altenberg) u. 50218 (O. Altenberg) ~ EAB, 360449 (B. Altenberg) u. 55.223 (O. Altenberg; beide Entschädigungsakten unterliegen dem Datenschutz) ~ Staatsbibliothek zu Berlin, Nachl. 488 Verlagsarchiv J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), A 322 (1912); Carsten Doerfert, Das Archiv des öffentlichen Rechts 1885–1918. Zur Geschichte einer Wissenschaft und ihrer Zeitschrift, Berlin 1993, S. 78 ~ AoRB, 2007, S. 107; Bergemann, 2012, S. 96 ~ Zur Internierung feindlicher Staatsangehöriger und der ausländischen Juden nach dem Kriegseintritt Italiens am 10. Juni 1940 und zum Barackenlager Ferramonti-Tarsia vgl. Klaus Voigt, Die jüdische Emigration in Italien. Ein Überblick, in: Manfred Briegel/Wolfgang Frühwald (Hg.), Die Erfahrung der Fremde, Weinheim 1988, S. 13–32, 22 ~ O. Altenberg, dekorierter Kriegsteilnehmer (Unteroffizier), Rechtsanwalt beim Kammergericht und Notar, seit 1930 in Sozietät mit Alfons Loewe (1868–1938) in Spandau; 1935 „nach haltlosen Anwürfen, forciert durch die Gestapo“ Einleitung eines Ehrengerichtsverfahrens erwogen, aber nicht durchgeführt, Entzug des Notariats; nach Berufsverbot 1938 Zulassung als *Konsulent*; 28. 6. 1943 nach Auschwitz deportiert; die Ehefrau – im Gedenkbuch des Bundesarchivs nicht verzeichnet – wurde nach Darstellung von Dr. Jacob Auerbach im Entschädigungsverfahren nach Max Auerbach (1890–1943 Auschwitz; Patentanwalt in Berlin) „öffentlich executiert“, Altenberg selbst „erschlagen“; sein mit im Haushalt wohnender Vater – lt. Gedenkbuch mutmaßlich Ludwig A. (* 31. 10. 1859 Krefeld, am 20. 11. 1942 nach Theresienstadt deportiert und dort am 9. 12. 1942

umgekommen) ist nach J. Auerbach „auf dem Wege nach dem Konzentrationslager Theresienstadt verstorben“; EAB, 50.365 u. 50.391; AoRB, 2007, S. 107 ~ BHdAD III, 2008, S. 66f.: K. v. Lewinski, 1873–1951, seit 1933 Rechtsanwalt in Berlin.

3 Baerensprung, Horst W., Dr. jur. (Göttingen 1920; Entziehung 1942) ~ 27. 3. 1893 Torgau/Elbe – 29. 11. 1952 Braunschweig; ev.; Diss; ⚭ Käthe Schulz (* 1897 Watzum).

Seit 1922 Rechtsanwalt (Magdeburg) ~ 1923 Mitbegründer und erster Geschäftsführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ~ 1927–1929 Landrat (Nordhausen) ~ 1930–1932 Polizeipräsident (Magdeburg) ~ 1932/33 Rechtsanwalt (Berufsverbot) ~ Sommer 1933 nach kurzer Haft Flucht (Danzig, Warschau, USA) ~ seit Anfang 1934 in Shanghai (Berater der Regierung, später Sprachlehrer und Hotelpächter; Rechtsberater des Emigranten Major a. D. Paul Müller) ~ seit 1939 in USA ~ Dozent an der Harvard University ~ 1942 Ausbürgerung ~ Mitarbeiter des Office of Strategic Services (OSS) ~ 1946 Rückkehr und bis 1951 Polizeipräsident in Hannover.

A 24. 6. 1938: Gestapo Weimar (Dr. Hahn) an Gestapa:

Bärensprung besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Er hatte seinen letzten Wohnsitz in Weimar und emigrierte am 15. 2. 34 nach Schanghai. Dort hält er sich jetzt noch auf. B. war von 1929 bis 1932 Polizeipräsident von Magdeburg. Im Juli 1932 wurde er in den Ruhestand versetzt und dann pensioniert. Am 18. 10. 32 wurde er als Rechtsanwalt zugelassen. Nach der Machtübernahme wurde B. jedoch wegen seiner politischen Vergangenheit von der Liste der zugelassenen Rechtsanwälte gestrichen.

Bärensprung wurde gleich nach dem Kriege Mitglied der SPD. Auf Grund seiner geistigen Fähigkeiten war er bald führend in der SPD und im Reichsbanner tätig. Durch Beziehungen mit führenden Persönlichkeiten der SPD wurde er in den Staatsdienst berufen. Von

1926 bis zur Machtübernahme gehörte er dem Bundesvorstand des Reichsbanners an. Im politischen Kampf trat er auch als Redner in SPD-Versammlungen auf und setzte in gebärdiger Weise gegen den Nationalsozialismus. In seiner Eigenschaft als Polizeipräsident wurden von ihm wiederholt Versammlungen und Umzüge der Nationalsozialisten in Magdeburg verboten. Dagegen hat Bärensprung in jeder Beziehung die Ziele der SPD und KPD unterstützt.

Vom 23. 4. 33 bis 20. 5. 33 befand er sich in Schutzhaft. Nach seiner Auswanderung soll B. in China sein staatsfeindliches Verhalten fortgesetzt haben.

Vorstrafen oder noch schwebende Verfahren sind nicht bekannt. Seine Ehefrau hatte einen Antrag auf Wiedereinreise gestellt. Diesem Antrag ist nicht stattgegeben worden. [...].

Da Bärensprung durch sein Verhalten seine deutschen Staatsbürgerpflichten verletzt hat und zu befürchten ist, daß er sein staatsfeindliches Verhalten im Ausland fortsetzt, halte ich die Aberkennung seiner deutschen Staatsangehörigkeit für erforderlich. Da seine Ehefrau ihm gefolgt ist, bitte ich die Ausbürgerung auch auf sie und die Kinder zu erstrecken.

■ 28. 9. 1938: RMdI an AA, unter Bezugnahme auf den Ausbürgerungsantrag des RFSSuChdDtPoliRMdI v. 16. Aug. und Ausführungen des Deutschen Generalkonsulats Schanghai vom 14. April 1937. In diesem Bericht ist eine deutschfeindliche Betätigung Bärensprung's nicht festgestellt worden. Vielmehr ist zu ersehen, daß die deutschen amtlichen Stellen im Auslande mit ihm in Fühlung stehen und ihn offenbar mit Erfolg zur Zurückhaltung auf politischem Gebiet veranlasst haben. Ich bitte um gefällige Stellungnahme zu dem Ausbürgerungsantrag.

Die Antwort an das RMdI vom 18. Okt. bat Emil Schumburg (AA) vor Abgang dem Herrn Unterstaatssekretär [Martin Luther] mit der Bitte um Kenntnis vorzulegen [Interessante Akte!]: Ich bin der Auffassung, dass die Massnahme der Ausbürgerung gegenüber Fremdrassigen in extensiver Form angewendet werden kann, ihre Ausschaltung aus dem

deutschen Lebensraum zu beschleunigen. Gegenüber Deutschblütigen stellt die Ausstossung aus der Volksgemeinschaft aber die schärfste, an die Ehre greifende Massnahme dar, die der Staatsführung zur Verfügung steht. M. E. kann daher nur der einwandfrei begründete Tatbestand des staatsfeindlichen Verhaltens die Ausbürgerung Deutschblütiger rechtfertigen.

Die Anwendung dieses Grundsatzes auf den vorliegenden Fall scheint mir die Ausbürgerung des Bärensprung nur dann zu begründen, falls die vor 1932 liegende Amtstätigkeit als Motiv für ausreichend gehalten werden sollte. Bejahendenfalls würden zwar aussenpolitische Bedenken nicht zu erheben sein. Nachdem aber 5 Jahre abgelaufen sind, ohne dass der Ausbürgerungsantrag gestellt wurde, halte ich es für erforderlich, die Ausbürgerung mit einem in der Gegenwart liegenden Tatbestand zu begründen. Anzeichen dafür, dass Bärensprung sich im Auslande staatsfeindlich betätigt, liegen allerdings bisher nicht vor, obwohl mit Sicherheit anzunehmen ist, dass er seine politische Gesinnung nicht geändert hat. Ich schlage daher vor, die zuständige Auslandsvertretung erneut zur Berichterstattung aufzufordern.

Die dortigen Akten sind wieder beigelegt.

Tatsächlich gab das politische Verhalten des Emigranten in letzter Zeit, so die DB Shanghai am 12. 1. 1939, zu keinen Beanstandungen Anlass; jedenfalls hielt es der Botschafter für unzweckmässig, durch die Ausbürgerung aus Bärensprung einen „Märtyrer“ zu machen. Zugleich bat er um Weiterleitung eines Durchschlags dieses Berichts an den RFSSuChdDtPoliRMdI ~ Am 28. 11. 1939 teilte die Botschaft der Zentrale mit, dass weiterhin nachteilige Tatsachen über das politische Verhalten des früheren Polizeipräsidenten [...] nicht bekannt geworden [sind]:

Dr. Bärensprung ist nach wie vor, obwohl ohne praktische Beschäftigung, als Berater in Polizeifragen bei der hiesigen Regierung in Stellung. Er hat sich, bei der von dieser Dienststelle vorgenommenen Erfassung der Wehrpflichtigen bereit erklärt, bei Aufruf der

deutschen Behörden wieder mit der Waffe in der Hand an die Front zu gehen. Er lebt im kleinen Kreis der hiesigen deutschen Berater zurückgezogen und beschäftigt sich mit russischen Sprachstudien. Anlässlich eines im Sommer d. J. in der hiesigen deutschen Kolonie eingetretenen Todesfalles bat er sich für die Nachlaßpflege zur Verfügung gestellt.

Am 25. 4. 1940 setzte das RMdI das Ausbürgerungsverfahren auf Grund der Ausführungen der Deutschen Botschaft [...] bis auf weiteres aus und bat das Amt um Mitteilung, sobald Ihnen neue Tatsachen über sein weiteres politisches Verhalten bekannt werden.

Unter Beifügung einer Zeitungsmeldung teilte die DB Washington am 29. 11. 1940 der Zentrale mit, dass sich B. gegenwaertig zum Studium der amerikanischen Polizeiwesens in den Vereinigten Staaten aufhält; das RSHA und das RMdI, über den Vorgang unterrichtet, unternahmen zunächst nichts. Erst Anfang 1942 wurde das RMdI in der Sache betr. Ausbürgerung des deutschblütigen Dr. Horst Bärensprung wieder tätig; am 14. 3. 1942 teilte Dr. Lösener dem Amt mit:

In Nr. 37 des mir vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD übermittelten „Informationsmaterials“ in einer Sammelmappe vom 6. 3. 1942 ist folgende Mitteilung enthalten:

„Ein deutscher Freiheitsrat in Amerika: – ein deutsch-amerikanischer Rat für die Befreiung Deutschlands vom Nazismus ist kürzlich in der [sic] Vereinigten Staaten gebildet worden. Der ehem. sozialistische Innenminister Preußens, Albert Grzesinski ist Vorsitzender, Dr. Horst Bärensprung und Dr. W[erner]. Thormann gehören zu den Mitgliedern. Dr. Rudolf Katz ist ehrenamtlicher Sekretär.“

Bis auf Dr. Horst Bärensprung sind die angegebenen Personen bereits der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt worden, Grzesinski mit der 1., Dr. W. Thormann mit der 11., und Dr. Rudolf Katz mit der 54. Ausbürgerungsliste. Die Ausbürgerung des Dr. Horst Bärensprung war bisher auf Vorschlag der früheren Deutschen Botschaft in Shanghai vom 28. 11. 1939 im Einvernehmen

mit dem Reichssicherheitshauptamt zurückgestellt worden.

Auf Grund der vorgenannten Feststellungen halte ich die Ausbürgerung des Dr. Horst Bärensprung nunmehr für gerechtfertigt und bitte hierzu um baldige Stellungnahme.

Am 27. 3. 1942 bat daraufhin das Amt (Dr. Herbert Müller) das RMDI, das „Informationsmaterial“ zwecks Einsichtnahme für kurze Zeit hierher zu übersenden. Am 7. 4. 1942 unterrichtete der Judenreferent des Amtes, Dr. Franz Rademacher, Botschafter Dr. Dieckhoff über die Vorgänge – mit der Bitte um Stellungnahme, ob der Ausbürgerung [...] auf Grund des vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD dem Reichsministerium des Innern übermittelten Informationsmaterials zugestimmt werden kann. Die betreffende Aktennotiz zeichnete Dieckhoff einen Tag später ab: *Keine Bedenken*. Am 15. 4. 1942 teilte das Auswärtige Amt dem RMDI mit, dass *Bedenken nicht erhoben werden*; die Zustimmungserklärung wurde vor *Abgang H. Gesandten Ettl*, den Referaten Pol. VIII China, Pol. IX USA, Recht III u. VIII mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt. ~ 21./23. 5. 1942: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99933; Hepp, Liste 270 (1; 2 f.: *Ehefrau u. T*) ~ D Beitrag zur Geschichte des Besitzerwerbes der Geschäftsunfähigen und Geschäftsbeschränkten im römisch-gemeinen Recht, 1920 ~ BArch, R 3001/50664 ~ BHdE I, 1980, S. 32; Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 47, 157; BraunschwBL, 1996, S. 34 (Bergit Korschau-Kuhle); MBL, 2002, S. 27 f. (Beatrix Herlemann).

4 Bauer-Mengelberg, Rudolf, Dr. jur. (Heidelberg 1920; Entziehung 1939) ~ * 1. 4. 1898 Karlsruhe; ♂ I. (1921–1931) Käthe Mengelberg (1894–1968 New York), II. (1932–1936) Gerda Caspary (* 1908 Königsberg i. Pr.; Dr. phil. Heidelberg 1933; Entziehung 1939), III. Ehe in Argentinien.

Rechtsanwalt (Heidelberg) ~ Sozietät Friedr. Spitz, Bauer-Mengelberg u. Dr. E. Wellbrock (Hauptstr. 124) ~ widmete seine *Streitschrift* „Standesgefühl und Solidari-

tätsgefühl, gesehen von der Psychologie des jungen Anwalts“ (Druckschriften Nr. 19 des DAV, 1929) „Rudolf Fürst, einem trotz 40jähriger Anwaltstätigkeit ‚jungen‘ Anwalt in dankbarer und freundschaftlicher Verehrung“ ~ 1933 Ausscheiden aus der Sozietät und Emigration (Frankreich) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ im gleichen Jahr Emigration nach Argentinien ~ lebte 1965 in Vicente Lopez) ~ G. Bauer-Mengelberg, von der Universität Heidelberg 1933 nicht mehr als Institutsassistentin angestellt, war 1933 mit nach Frankreich emigriert und arbeitete dort als Übersetzerin; während der deutschen Besetzung entging sie durch häufigen Wohnungswechsel der Verhaftung und Deportation; 1945 heiratete sie in 2. Ehe Philipp Montier und wohnte 1960 in Chatou im Département Seine-et-Oise.

A 1934: Ablehnung eines Ausbürgerungsantrags der Polizeidirektion Heidelberg (s. u.) ~ Am 6. 11. 1937 teilte die DB Paris (Bräutigam, Leiter der Konsulatsabt.) dem Amt mit, dass *Rechtsanwalt Dr. Rudolf Bauer-Mengelberg, Jude, zur Zeit wohnhaft in Paris, 6, rue Christophe Colomb, früher Sozius des verstorbenen Rechtsanwalts Dr. Pfafferoth [...] bei der Polizeidirektion Heidelberg eine Unbedenklichkeitsbescheinigung zur Ausstellung eines neuen Passes* als Ersatz für den *Ende August 1935 auf einer Bergtour in Arlberg (nahe St. Anton) verlorenen*, 1932 ausgestellten Pass beantragt habe, die Polizeidirektion dies jedoch *abgelehnt* habe, *da der Verlust des Passes „in keiner Weise glaubhaft nachgewiesen“* worden sei. Im Oktober 1935 hatte *Bauer-Mengelberg die ehrenwörtliche Versicherung abgegeben, seinen Pass verloren und bisher nicht wiedergefunden zu haben*. Daraufhin war die Botschaft mit Erlass des Auswärtigen Amtes vom 14. 10. 1935 *ermächtigt* worden, *für Bauer-Mengelberg einen Pass für 6 Monate auszustellen*. Gegen die Befristung hatte Bauer-Mengelberg am 18. 2. 1936 *Einspruch* erhoben und *die Verlängerung der Gültigkeitsdauer seines Passes*

auf volle 5 Jahre beantragt und als Begründung u. a. Folgendes ausgeführt:

„Mit dem Reisepass auf 6 Monate kann ich praktisch nichts anfangen. Ein solcher Pass erweckt bei den französischen Behörden ebenso wie bei den zuständigen Stellen anderer Länder zwangsläufig den Eindruck, als ob sein Inhaber in Unfrieden mit den deutschen Behörden lebe. Man zieht sofort den Schluss, dass er entweder Kommunist oder steuerflüchtig sei. Die Erteilung von Visen, bezw. die Einreise in Länder wie England oder die Vereinigten Staaten von Amerika ist äusserst schwierig.

Aus beruflichen wie aus persönlichen Gründen muss mir daran gelegen sein, dieses Missverständnis allwärts zu vermeiden. Wie der Konsulatsabteilung ja bekannt ist, vertrete ich hier in Frankreich angesehene deutsche Firmen, sowohl in Prozessen wie bei Verhandlungen mit Behörden – dies übrigens nicht nur als Mitarbeiter des Herrn Dr. Pfafferott, sondern ich werde auch persönlich und in eigenem Namen von Deutschland aus mit derartigen teilweise sehr wichtigen und schwierigen Dingen befasst.“

Durch Zufall, so Bräutigam, war die Botschaft nunmehr in den Besitz des früheren Passes des Bauer-Mengelberg gelangt und hatte dabei festgestellt, dass sämtliche Angaben des Dr. Bauer-Mengelberg [...] erlogen sind. Tatsächlich habe Bauer-Mengelberg den angeblich „verlorenen“ Pass weiterhin benutzt, wie aus zahlreichen Sichtvermerken zu ersehen. Bei einer Vorladung habe Bauer-Mengelberg keinerlei Erklärung für sein Verhalten geliefert; es werde daher angenommen, dass er den zweiten Pass erschwandelt hat, um seine zahlreichen Auslandsreisen zu verschleiern. Welche Gründe dafür massgebend waren, entzieht sich meiner Kenntnis. Bauer-Mengelberg, der sich als Jurist [...] der Schwere einer falschen eidstattlichen Versicherung bewusst sein muss, wurde der neu ausgestellte Pass abgenommen und ein vorläufig auf vier Monate befristeter Pass ausgestellt. Für Weisung

dankbar, wie sie [die Botschaft] sich künftigen Passanträgen des Bauer-Mengelberg gegenüber verhalten soll, schloss der Bericht mit der Anheimstellung, zu veranlassen, dass Bauer-Mengelberg in die Kartei der unzuverlässigen Firmen des Auslandes aufgenommen wird, da er durch seine langjährige Tätigkeit als Sozium des verstorbenen Dr. Pfafferott auch heute noch umfangreiche geschäftliche Beziehungen zu deutschen Firmen unterhalten dürfte.

Zum Bericht der Botschaft ist zu bemerken – so Legationssekretär von Holleben in einem Aktenvermerk vom 12. 12. 1937 –, dass Dr. Rudolf Bauer-Mengelberg im Sinne der Nürnberger Gesetze nicht „Jude“, sondern „Mischling“ ist und daß er nicht der „Sozium“ des verstorbenen Dr. Pfafferott, sondern in dessen Büro „auf Anstellungsvertrag“ beschäftigt war.

Näheres zum Stand der Ausbürgerung Bauer-Mengelbergs, dessen nur geringe geschäftliche Tätigkeit die Reichsstelle für den Außenhandel nachwies, erfuhr das Amt zunächst nicht; das Gestapa verwies auf laufende Ermittlungen, deren Ergebnis der Ausbürgerungsantrag der Gestapo Karlsruhe (Dr. Faber) an das Gestapa vom 28. 11. 1938 war:

Dr. Rudolf Bauer-Mengelberg ist der Sohn des verstorbenen deutschblütigen Rechtsanwalts Dr. Emil Bauer und dessen gleichfalls verstorbener Ehefrau, der Jüdin Emmy geb. Regensburger. Er besitzt die deutsche Reichsangehörigkeit, ist Mischling I. Grades und evangelischer Konfession.

Einige Jahre nach seiner Geburt verlegten seine Eltern ihren Wohnsitz von Karlsruhe nach Heidelberg. [...]

Bauer-Mengelberg hat sich am 18. 3. 21 mit Dr. Käthe geb. Mengelberg aus Krefeld verheiratet. Die Ehe wurde jedoch später durch Verschulden des Ehemannes wieder geschieden. Aus der Ehe sind 2 Kinder hervorgegangen. Die Ehefrau ist nach der Scheidung mit den Kindern nach Frankfurt a. M. verzogen.

Im Jahre 1932 hat sich Bauer-Mengelberg in 2. Ehe mit der Jüdin Dr. Gerda Caspary verheiratet. Die Ehefrau hat am 24. 7. 33 an

der phil. Fakultät der Universität Heidelberg zum Doktor promoviert. Kinder sind aus dieser Ehe nicht vorhanden.

Bauer Mengelberg ist als Gegner des nationalsozialistischen Staates bekannt. Er hat früher der SPD. angehört. In den Zeitschriften „Weltbühne“ und „Tagebuch“ hat er eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, die in höchstem Grade als staatsfeindlich und zersetzend bewertet wurden.

Im Strafregister sind über Bauer-Mengelberg keine Eintragungen vorhanden. Im Jahre 1931 stand er unter dem Verdacht der Spionage. Das gegen ihn eingeleitete Ermittlungsverfahren musste jedoch mangels ausreichender Verdachtsmomente eingestellt [werden]. Ein weiteres bei der Staatsanwaltschaft Heidelberg unter Aktz. 1A Sa 707/33 wegen Untreue und Unterschlagung gegen ihn anhängiges Verfahren musste ebenfalls mangels ausreichender Beweismittel am 26. 6. 33 eingestellt werden. Bei dem im Jahre 1933 durch betrügerische Machenschaften der Geschäftsführer herbeigeführten Zusammenbruch der „Heimstätten-Bausparkasse G.m.b.H.“ Heidelberg spielte Bauer-Mengelberg als juristischer Berater eine mehr als fragwürdige Rolle und es steht ausser allem Zweifel, dass er mitgeholfen hat, die kleinen Sparer um ihr Geld zu bringen.

Im Jahre 1934 wurde durch die Polizeidirektion Heidelberg beim Herrn Minister des Innern in Karlsruhe Antrag auf Aberkennung der Reichsangehörigkeit des Bauer-Mengelberg gestellt. Der Antrag wurde jedoch durch Erlass des Herrn Reichs- und Preuss. Ministers des Innern mit der Begründung abgelehnt, dass die Voraussetzungen für die Aberkennung der Reichsangehörigkeit nicht erfüllt sind.

Bauer-Mengelberg ist am 23. 5. 33 nach Frankreich ausgewandert. Er hat im Inlande kein Vermögen hinterlassen. Ein schwebendes Verfahren wegen krimineller Vergehen ist gegen ihn nicht anhängig.

Die Ehefrau ist zwar politisch und kriminell nicht in Erscheinung getreten. Sie hat jedoch durch ihre gemeinsam mit ihrem Ehemann vollzogene Auswanderung eindeutig zum Ausdruck gebracht, dass sie das Verhalten ihres

Mannes billigt. Sie lebt mit ihm in Paris in ehelicher Gemeinschaft.

Bauer-Mengelberg war früher Mitglied der SPD. Er hat durch betrügerische Machenschaften mitgeholfen, eine grosse Anzahl von deutschen Volksgenossen schwer zu schädigen. Die Voraussetzungen für die Aberkennung seiner Reichsangehörigkeit und Erstreckung auf die Ehefrau sind daher gemäß Erlass des Reichsführers SS [...] vom 30. 3. 37 [...] erfüllt.

Zur Aberkennung der Reichsangehörigkeit schlage ich deshalb vor:

1. Dr. Rudolf Bauer-Mengelberg [...] und
2. Dr. phil. Gerda Bauer-Mengelberg geb.

Caspary [...].

■ 7.1./17.2. 1939: RFSS/AA (nachdem Bräutigam [DB Paris] am 7. Febr. mitgeteilt hatte, Bedenken nicht geltend zu machen. Der Landesgruppenleiter ist beteiligt.) ~ 9./11. 3. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99762; Hepp, Liste 97 (2; 3; Ehefrau; eine Ausbürgerung der 1. Ehefrau ist nicht dokumentiert) ~ D R. Bauer, Die konkrete und abstrakte Berechnung des Schadenersatzes wegen Nichterfüllung beim Handelskauf (unter Einwirkung des Kriegsrechts), 1923; Moritz, 2001, S. 554 ~ G. Caspary, Die Entwicklungsgrundlagen für die soziale und psychische Vesselbständigung der bürgerlichen deutschen Frau um die Jahrhundertwende. Ein soziologischer und sozialpsychologischer Versuch, Heidelberg 1933; Moritz, 2001, S. 554 ~ B Giovanni/Rink/Moraw, 2011, S. 44 f. ~ LBI, Walter Herzfeld Collection.

5 Bergmann, Arthur, Dr. jur. (Berlin 1929; Entziehung 1939) ~ 16. 12. 1906 Berlin – 26. 10. 1979 Jerusalem; V: Dr. Julius (Judah) B. (1874–1954, Rabbiner); B: Ernst (1903–1975 Haifa; Chemiker), Felix (1908–2002, Arzt), Alfred (* 1910, Dr. med. [Basel], 1940 denunziert, von der Schweiz ausgeliefert, ohne Verfahren 1940 hingerichtet), Josef (1913–2005, Volksschullehrer, Drucker) und Theodor (1916–2017; Agrarwissenschaftler).

Seit 1929 als Referendar mit einer halben Stelle Assistent an der Juristischen Fakultät

der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin ~ nach dem Assessorexamen Zulassung als Rechtsanwalt und Übernahme der Kanzlei des 1932 verstorbenen Rechtsanwalts Siegfried Weinberg (Berlin) ~ „Zionist und Sozialist“ (SPD-Mitglied) ~ Rechtsberater der SPD und gewerkschaftlicher Organisationen ~ nach dem Wintersemester 1932/33 als Fakultätsassistent entlassen ~ April oder Mai 1933 Berufsverbot ~ Emigration ~ 1933–1935 Studium in London ~ 1935 Tätigkeit im Anwaltsbüro Dr. Benny Weiler (1895–1935), später in einer Tabakfabrik in Saarbrücken ~ nach der Rückgliederung des Saargebietes verhaftet und in einem Verfahren gegen Kammergerichtsrat a. D. Curt Loewenstein (1888–1938) aus Saarbrücken u. Gen. wegen Vorbereitung zum Hochverrat vom Oberreichsanwalt angeklagt ~ nach Haftentlassung vorübergehend in Schutzhaft ~ Emigration (Palästina) ~ 1937 Foreign Advocates Examination (Jerusalem) ~ 1938 Ausbürgerung ~ seit 1948 Direktor der Einkommensteuerbehörde bzw. Abteilungsleiter im Finanzministerium des Staates Israel ~ seit 1962 Bankier ~ seit Jan. 1963 unter Befreiung von der Residenzpflicht wieder als Anwalt zugelassen (Berlin): „Ein brillanter Jurist. Er war von einem fast religiösen Gerechtigkeitsgefühl getrieben. Er konnte sich in jedes Gebiet einarbeiten, ohne sich jemals vorher damit befaßt zu haben. Sein letzter Beruf war Leiter der israelischen Schiffahrtsbank. Aber gleichzeitig war er der führende Kommentator der Wiedergutmachung auf dem Gebiet der Sozialversicherung in der Bundesrepublik. Ein erstaunlicher Mann.“ (Walter Schwarz, 1981, S. 27 f.).

A 31. 7. 1937: Gestapo Saarbrücken an Gestapa:

Der Vorgenannte [Rechtsanwalt; Saarlautern, Stiftsstr. 20, jetziger Aufenthalt: unbekannt] ist Jude, ledig und besitzt die deutsche Reichsangehörigkeit. Er hat an der Universität in Berlin Rechtswissenschaft studiert, dort sein Examen gemacht und angeblich auch pro-

moviert. Bei der dortigen juristischen Fakultät hat er angeblich 4 Jahre lang die Stelle eines Assistenten innegehabt. Bergmann kam Ende Oktober 1934 von Berlin nach Saarbrücken. Am 25. 10. 1935 hat Bergmann das Saargebiet verlassen.

Bergmann gehörte der SPD. bis zu deren Auflösung an. Er war einer der intimsten Mitarbeiter des berüchtigten separatistischen Rechtsanwalts Dr. Benny Weiler. Weiler war der Betreuer jüdischer und sonstiger politischer Flüchtlinge aus dem Reich. Bei Weiler wurden die vom Reich nach dem Saargebiet verschobenen Vermögenswerte der Juden angesammelt; ein grosser Teil dieser Vermögenswerte wurde für Propagandazwecke zugunsten des „Status quo“ verwandt. In den Praxisräumen des Weiler fanden des öfteren Besprechungen von Führern der Einheitsfront statt. An diesen Besprechungen hat auch Bergmann teilgenommen. Bergmann wurde deshalb am 6. 7. 35 wegen Verdachts der Vorbereitung zum Hoch- und Landesverrat festgenommen. Der gegen ihn erlassene Haftbefehl wurde später wieder aufgehoben, da das vorhandene Material für eine Verurteilung nicht ausreichte. Bergmann wurde daraufhin in Schutzhaft genommen, jedoch am 23. 10. 35 wieder entlassen.

Bergmann schuldet dem Finanzamt Berlin-Charlottenburg-Ost zum Zeichen 41/1557 Einkommensteuer mit Zuschlag in Höhe von 295,05 RM. Hier sind weiter keine Rückstände öffentlicher Abgaben verzeichnet.

Vorstrafen sind nicht notiert.

Im Hinblick darauf, dass sich Bergmann im Saargebiet deutschfeindlich betätigt und unter Hinterlassung von Steuerschulden das Reichsgebiet verlassen hat, bitte ich um Einleitung eines Verfahrens auf Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit.

■ 30. 9. 1938: AA (Zustimmung zu dem nicht ermittelten Antrag des RFSS, nachdem das DGK Jerusalem am 14. Sept. keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 14./ 18. 11. 1938: RMdI/DRA ~ Das RMdI, am 20. 12. 1938 durch das DGK Jerusalem darüber informiert, dass Bergmann die palästi-

nische Staatsangehörigkeit erworben hatte, erklärte daraufhin die Ausbürgerung für rechtsunwirksam und unterrichtete am 9. 1. 1939 den RFSS und das AA: *Die durch Bekanntmachung vom 14. November 1938 (Reichsanzeiger Nr. 269 vom 18. November 1938) ohne Vermögensbeschlagnahme verfügte Ausbürgerung des Bergmann war rechtsunwirksam, da er bereits am 1. November 1938 die deutsche Staatsangehörigkeit infolge Einbürgerung in Palästina verloren hatte.*

Durch die Rechtsunwirksamkeit entfiel der Grund für die Entziehung der Doktorwürde; das Reichserziehungsministerium ersuchte in diesen Fällen die Hochschulen, die Entziehung wegen Unwürdigkeit vorzunehmen.

Q PA/AA, R 100013; Hepp, Liste 80 (6) ~ D Die Einflußnahme öffentlicher Körperschaften auf den Aufsichtsrat. Ein Beitrag zur Frage der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung, Marburg i. H. 1929; Archiv der Humboldt Universität Berlin, Akte der Juristischen Fakultät nach 1945, Nr. 27: Disziplinarangelegenheiten A-Z 1935–1951, Bl. 26; Aktenauskunft des Universitätsarchivs; E-Mail (Auste Wolff) v. 18. 10. 2017; Hübinger (1974, S. 241 f.) verweist auf einen vergleichbaren Fall, aber auch darauf, dass der Fall Thomas Mann „nicht wieder aufgerollt worden“ ist, „nachdem sich herausgestellt hatte, daß der gegen den Dichter abgefeuerte Schuß ins Leere gegangen war“ ~ B BArch, R 3001/51433 ~ EAB, 52772 ~ von Lösch, 1999, S. 489; AoRB, 2007, S. 121; Bergemann, 2012, S. 256 f. ~ Müssener, 1974, S. 498 (J. u. Th. Bergmann) ~ Theodor Bergmann, Weggefährten. Gesprächspartner – Lehrer – Freunde – Helfer eines kritischen Kommunisten, Hamburg 2010, S. 216–218; ders., Sozialisten, Zionisten, Kommunisten. Die Familie Bergmann-Rosenzweig – eine kämpferische Generation im 20. Jahrhundert, Hamburg 2014 ~ Zu Alfred Bergmann und dessen „Ausschaffung“ aus der Schweiz, die nach Feststellung des Bundesgerichts vom 29. 1. 1969 „gegen damals geltendes Recht und die Verfassung verstossen habe“, vgl. Wichers, 1994, S. 67, 213 u. 324/Anm. 107 (Zitat). Das seinerzeit gesperrte Dossier der Schweizer Bundesanwaltschaft und weitere Dossiers, mutmaßlich im Zuge der Ermittlung nachrichtenloser Vermögen entstanden, sind heute im Schweizerischen Bundesarchiv zugänglich,

nachgewiesen unter recherche.bar.admin.ch; für den Hinweis danke ich Dr. Hermann Wichers, Basel ~ Rechtsanwälte an der Saar, 2004, S. 542: B. Weiler ~ Bergemann/Ladwig-Winters, 2004, S. 247 (C. Löwenstein).

6 Block, Eleonore (Nora) ~ 14. 1. 1896 Bochum – 6. 9. 1979 Kassel; ♂ 14. 1. 1943 Hermann Platiel.

Schließt sich als Studentin dem ISK an ~ Referendariat in Kassel (Erich → Lewinski) ~ seit 1931 Rechtsanwältin (Bochum) ~ seit dem Frühjahr 1933 in Frankreich ~ 27. 5. 1933 Berufsverbot ~ 1939/40 interniert (Gurs) ~ 1939 Ausbürgerung ~ nach Flucht aus dem Lager untergetaucht (Montauban) ~ 1943 nach illegalem Grenzübertritt in der Schweiz mit ihrem Mann dort als rassistisch Verfolgte anerkannt ~ 1949 Rückkehr nach Deutschland ~ unter ihrem Familiennamen E. Platiel als Landgerichtsrätin in den hessischen Justizdienst berufen, seit 1951 Landgerichtsdirektorin (Kassel) ~ 1954–1966 Mitglied des Hessischen Landtags (SPD).

A 12. 8. 1938: Gestapo Dortmund (Bluhm) an Gestapo:

Auf Grund § 2 des Gesetzes [...] vom 14. 7. 1933 [...] schlage ich die Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit der [jüdischen Rechtsanwältin] Eleonore Block [mosaisch, ledig, zuletzt in Bochum, Neustr. 18 wohnhaft gewesen, jetziger Aufenthalt im Auslande: vermutlich Süd-Amerika, Anschrift: unbekannt. Vorgang: Ohne] vor.

Die Block war Anhängerin der KPD, die sie auch finanziell unterstützt hatte. Die Höhe der unterstützten Beträge ist unbekannt. Vor Gericht hat sie des öfteren Kommunisten in politischen Prozessen vertreten. Sie ist in öffentlichen KPD.-Versammlungen als Rednerin aufgetreten und hat in diesen u. a. auch Strafprozesse, die gegen die KPD. gerichtet waren, kritisiert. Weiter ist sie für den „Internationalen Sozialistischen Kampfbund“ als Referentin in Erscheinung getreten. In ihrer Wohnung hat sie bis zur Emigrierung Verkehr mit kommunistischen Personen unterhalten.

Am 21. 4. 1933 verließ B. auf illegalem Wege Deutschland.

Die B. ist nicht promoviert.

Vorstrafen sind gegen die B. nicht verzeichnet.

Vermögenswerte besitzt die Block im Inlande nicht. Steuerrückstände und Schulden hat sie ebenfalls nicht hinterlassen.

■ 7./12. 6. 1939: RFSS/AA ~ 12./
19. 7. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 100017; Hepp, Liste 124 (17) ~ E Pseudonym Leonore Kolb ~ B BArch, R 3001/51927; SwissA, 2 Dossiers (1943–1949); Nachlass: AdsD, Bonn ~ BHdE I, 1980, S. 563; Göppinger, 21990, S. 355; Nickel [u. a.], 1990, S. 483 f.; Helga Haas-Rietschel/Sabine Hering, Nora Platiel. Sozialistin, Emigrantin, Politikerin. Eine Biographie, Köln 1990; Jochen Lengemann, MdL Hessen 1808–1996. Biographischer Index, Marburg 1996, S. 294 (irrtüml. „geb. Bock“); Franke, Paris, 2000, S. 365 (Hinweis auf eine Akte der Sûreté nationale); NDB 20, 2001, S. 512 f. (Sabine Hering); Röwekamp, 2005, S. 294–298; Anke Gimbal, Vergessene Juristin: Nora Platiel (1896–1979). Rechtsanwältin, Landgerichtsdirektorin, Landtagsabgeordnete, in: RuP 46 (2010), 2, S. 118–120; Hans-Ernst Böttcher, Zur Erinnerung an Erich Lewinski, Nora Platiel, Heinz Weil und Heinrich Liebrecht, in: AoRSH, 2014, S. 9–15, 11 f.; Hubert Schneider, Nora Platiel: Sozialdemokratische Politikerin – Juristin – Widerstandskämpferin, in: Helmut Spannelt (Hg.), Bochumer Profile. Die ersten 150 Jahre Sozialdemokratie, Bochum 2013, S. 36–40; Ladwig-Winters, 2016, S. 186–188; Kritische Justiz II, 2016, S. 359–377 (Friederike Boll); Laura Schibbe (Hessische Biografie, Online-Version, Dokument Nr. 3983); www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personen.

7 Braun, Heinrich (Heinz), Dr. jur. (Halle 1922; *Entziehung*) ~ 10. 4. 1888 Neuss – 22. 12. 1962 Zürich; ☉ Irene Diehl (* 1891 Altenwald/Saar).

Rechtsanwalt (Magdeburg) ~ Mitbegründer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ~ „Verteidiger des zu Unrecht des Mordes angeklagten jüdischen Fabrikanten Rudolf Haas“ ~ 10. 5. 1933 in Berlin und Magdeburg Verbrennung seines Buches „Am Justizmord vorbei“ (Der Fall Kölling-Haas.

Dargestellt nach Gerichtsakten und Zeitdokumenten, Magdeburg: W. Pfannkuch & Co. 1928; Vorwort von Gustav Radbruch; Vorlage für den DEFA-Film „Affäre Blum“, 1948) ~ 1933 kurzzeitig in Haft ~ Flucht ins Saargebiet ~ Ausschreibung im Deutschen Steckbriefregister (u. a. Nr. 263 v. 16. 9. 1933, S. 2): *Schutz PP Magdeburg I ~ Über den Aufenthalt des früheren Rechtsanwalts Dr. Heinrich Braun, eines Bruders des berüchtigten Max Braun aus Saarbrücken, der Deutschland über das Saargebiet etwa im Oktober v. Js. verlassen hat, konnte näheres nicht festgestellt werden. Dass er sich weiterhin im Auslande befindet und gegen Deutschland hetzt, dürfte ausser Zweifel stehen. In letzter Zeit sind hier von ihm keine Briefe mehr über die bekannte Deckadresse eingegangen* (Lagebericht der Gestapo Magdeburg für Dez. 1933, 11. 1. 1934) ~ 1934 *Steuersteckbrief* und Vermögensbeschlagnahme ~ 1935 Flucht nach Frankreich ~ Oktober 1935 (Liste 1) und 31. 12. 1938 Verbot des Buches „Am Justizmord vorbei“ ~ 1940 im (undat.) „Verzeichnis der in Frankreich lebenden Personen, die gegen Deutschland tätig sind“ genannt (13.): *8bis, porte St. Sauveur in Toulouse, Bruder u. Mitarbeiter von Max Braun* (14.), weiterhin im *Fahndungsbuch* (Ausschreibung) sowie im Verzeichnis „Deutsche Emigranten, die sich zuletzt in Frankreich aufhielten und die nach hier zu überführen sind“ ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ Flucht nach England ~ 1945/46 juristischer Berater des IMT Nürnberg ~ 1946 Generalstaatsanwalt (Saarland) ~ 1947–1955 MdL (Saarland; SPS), 1947–1951, 1952–1954 Justizminister ~ versuchte als Justizminister zusammen mit seinem früheren Magdeburger Anwaltskollegen Dr. Fritz Badt (Tel Aviv) „vergeblich gegen die nach 1945 in Kiel und Stuttgart praktizierenden Protagonisten der NS-Anwaltschaft, Dr. Erwin Noack und Dr. Georg Kuhlmeier, vorzugehen“ (G. Prick).

A 15.9.1940: RSHA (Engelmann) an RMDI:

Braun [Magdeburg, Humboldtstr. (sic) 6; jetziger Aufenthalt: Frankreich] ist deutschblütig und besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Von Kriegsende bis zur Machtübernahme war Braun Mitglied der SPD und zählte zu den führenden Funktionären in Magdeburg. In politischen Prozessen vertrat er die Interessen der SPD und des Reichsbanners und trat besonders gebässig gegen Mitglieder der Bewegung und deren Unterorganisationen auf. Braun war bis April 1933 Stadtverordneter der SPD in Magdeburg und Vorstandsmitglied des Reichsbanners. Er betätigte sich außerdem für die Freidenkerbewegung. Nach der Machtübernahme stand er im Verdacht, Vermögenswerte der SPD und des Reichsbanners der Beschlagnahme entzogen zu haben und wurde für kurze Zeit in Schutzhaft genommen. Ferner wurde ihm die Rechtsanwaltspraxis und das Notariat sowie der an der Universität Halle/Saale erworbene Dr.-Titel entzogen.

Im August 1933 wanderte Braun mit seiner Familie ins Saargebiet aus. Er nahm dort bei seinem Bruder „Matz“ Braun, Saarbrücken, Weinbergstr. 7, Wohnung und betätigte sich als Chefredakteur der „Saar-Volksstimme“ in Saarbrücken. In dieser Eigenschaft führte er einen besonders gehässigen Kampf gegen alles Deutsche und versuchte die Wiedervereinigung des Saargebiets mit Deutschland zu hintertreiben. Braun hatte neben seinem Bruder „Matz“ Braun einen führenden Posten in der Statusquo-Bewegung inne und wurde oft in Begleitung führender Persönlichkeiten der antifaschistischen Partei gesehen. Er gehörte auch einer Unterorganisation des im Jahre 1934 vom Welthilfekomitee für die „Opfer des Hitlerfaschismus“ eingesetzten Untersuchungsausschusses an. Zu den von diesem Ausschuss veröffentlichten Greuelberichten hat Heinrich Braun seinen Teil beigetragen. Braun war ferner Dozent einer im Jahre 1934 im Saargebiet gegründeten Freien Hochschule für Sozialwissenschaft und Politik.

Den Schutz der Römischen Verträge genießt Heinrich Braun nicht.

Am 15. Januar 1935 verzog B. mit seiner Familie nach Frankreich.

Die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des B. sowie die Erstreckung der Ausbürgerung auf die Ehefrau und das Kind [...] sind gegeben. Ich bitte daher, das Weitere zu veranlassen.

Vermögenswerte der Eheleute Braun sind im Inlande nicht vorhanden.

Von dem Abschluß des Verfahrens bitte ich mich zu unterrichten.

■ 15./20.9.1940: RFSS/AA ~ 24./
28.10.1940: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99884; Hepp, Liste 205 (17; 18 f.: Ehefrau u. S) ~ D Zwei Streitfragen über die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen nach § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918, 1922; Entziehung (Halle) nicht dokumentiert ~ B BArch, R 3001/52596; R 58/2344 ~ BHdE I, 1980, S. 87; MBL, 2002, S. 88 (Beatrix Herlemann); Rupieler/Sperk, Bd. 1 (2003), S. 26 ff.; Rechtsanwälte an der Saar, 2004, S. 488 f. ~ BHdE I, 1980, S. 87 f.: Matthias (Matz) Braun (1892–1945); „Sonderarchiv“ Moskau, Fond 593; Ausbürgerung mit Ehefrau Angela (Angelika) geb. Stratmann (1892–1966; Frauenrechtlerin; 1947–1952 M.d.L. Saarland, SPS): Hepp, Liste 7 v. 2./3. 12. 1936; PA/AA, R 99650: früher Volksschullehrer, Fraktionsführer der SPD. in der Stadtverordnetenversammlung Neuß und Redakteur der berüchtigten marxistischen Tageszeitung „Der freie Sprecher“. Wegen seiner radikalen politischen Einstellung verließ er bald Deutschland und begab sich in das Saargebiet, wo er eine unruhliche politische Rolle spielte, Nach dem Abstimmungsergebnis flüchtete er nach Frankreich und entfaltete dort eine planmäßige Hetze gegen das Reich. Ende 1935 gründete er eine Korrespondenz, deren alleiniges Ziel darin bestand, den ersten Aufbauwillen des Reiches zu verdächtigen. In unzähligen Aufrufen, Versammlungsreden und Zeitungsartikeln, die von der Emigrantenpresse bereitwillig übernommen wurden, gab er seinen blinden Haß gegen den deutschen Wiederaufstieg Ausdruck ~ Gerhard Paul, Max Braun. Eine politische Biographie, St. Ingbert 1987; Joachim Heinz/G. Paul, Max Braun: Ein früher Europäer. Festschrift der SPD zum 100. Geburtstag, 1992; M.d.L., 1995, S. 17/ Nr. 130 ~ Prick, 2010, S. 29 f.: F. Badt.

8 Broh, James, Dr. jur. (Erlangen 1892; Entziehung 1938), Justizrat ~ 9. 11. 1867 Perleberg, Krs. Westprienitz – 1942 Paris; © Rosa Blumenthal (* 1865 Czernikau).

Rechtsanwalt (Berlin) ~ Gründer der sozialistischen Jugendorganisation „Die arbeitende Jugend“ und der gleichnamigen Wochenzeitschrift ~ stand während des Ersten Weltkrieges zunächst dem rechten Flügel der SPD nahe ~ schrieb als Kriegsgegner Gedichte und das Schauspiel „Bettina“ ~ Nov. 1918 Vorsteher des Zentralbüros des Vollzugsrates der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte ~ 1919 kurzzeitig Stadtverordneter (USPD) in Charlottenburg ~ 1920 Veröffentlichung eines Programm-entwurfs der U.S.P. (verfasst im Auftrag der Pol. Komm. des Aktionsrats Charlottenburg sowie Kritik des Aktionsprogramms und des Revolutionsprogramms, Berlin-Fichtenau 1920) ~ 1920/21 Mitglied der KAPD ~ Veröffentlichungen in der Zeitschrift „Aktion“ ~ 1926/27 Mitglied des „Spartakusbundes II“, 1930 vorübergehend der KPD ~ Wahrnehmung von Mandaten der Roten Hilfe ~ Strafverteidiger u. a. von Karl Liebknecht, Max Hölz und im Prozess um den Tod von Horst Wessel ~ nach dem Reichstagsbrand 1933 Flucht ins Ausland ~ nach Rückkehr – um die Verteidigung eines Mandanten zu übernehmen – verhaftet und misshandelt ~ durch den Einsatz seiner Frau nach 10 Tagen mutmaßlich aus SA-Haft in das Festungsgefängnis Spandau überführt und nach vier Wochen aus der Schutzhaft entlassen ~ danach Emigration (ČSR) ~ Berufsverbot ~ seit Juni 1933 in Paris ~ publizierte im Exil unter dem Pseudonym *Junius* in den Zeitschriften „Das Neue Tagebuch“ und „Sozialistische Warte“ ~ 1937 *Ausbürgerung* ~ 1939 Teilnahme am Preisausschreiben der Harvard-Universität: „aus einem deutschen Nationalisten wurde ein jüdischer“.

A 25. 6. 1937: Gestapo Berlin an Gestapa:

Der Emigrant [...] besitzt nach der am 6. 6. 36 vorgenommenen Prüfung die deutsche Staatsangehörigkeit.

B. ist jüdischer Rassezugehörigkeit.

Er ist am 16. 3. 1889, vom Geburtsort kommand, nach Berlin zugezogen und ist bis 1895 mit Unterbrechungen und nach diesem Zeitpunkt bis zu seiner am 18. 3. 33 erfolgten Abmeldung ununterbrochen polizeilich hier gemeldet gewesen. Beruflich hat sich B. als Rechtsanwalt, zuletzt beim Kammergericht Berlin, betätigt. Er ist auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wegen kommunistischer Betätigung entlassen worden. Nähere Einzelheiten über seinen Lebenslauf haben sich nicht ermitteln lassen. Nach den im dortigen Archiv vorliegenden Notierungen hat sich B. schon lange vor der nationalsozialistischen Erhebung im kommunistischen Sinne eifrig betätigt. U. a. ist er 1920 in öffentlichen Versammlungen der früheren K.A.P.D. als Redner aufgetreten. Bei dieser Partei ist er auch Referent für Strafrecht und kommunistische Prozesse gewesen. Für Max Hölz hat er seiner Zeit die Verteidigung übernommen. Im September 1930 ist er zur K.P.D. übergetreten, die er in einer Kundgebung der Intellektuellen am 7. 8. 30 in Berlin als die einzige proletarische revolutionäre Partei bezeichnet hat. Ob er sich auch schriftstellerisch betätigt hat, ist hier nicht ermittelt worden. Vorstrafen wegen politischer Vergehen sind im Strafregister der Staatsanwaltschaft Neu-Ruppin nicht verzeichnet.

Eine politische Betätigung des B. nach der nationalsozialistischen Erhebung ist nicht festgestellt worden. Nach einer Archivnotierung ist B. am 18. 3. 33 von SA-Männern festgenommen und in das Festungsgefängnis Spandau eingeliefert worden. Nach seiner am 13. 4. 33 erfolgten Entlassung soll er sich vom Flughafen Tempelhof aus nach Frankreich begeben haben.

Vorstrafen wegen krimineller Vergehen sind im Strafregister nicht verzeichnet und schwebende Strafverfahren sind nicht bekannt. Die angestellten Ermittlungen über noch in Deutschland vorhandene Vermögenswerte des B. sind ergebnislos geblieben.

B. ist mit der Jüdin Rosa geb. Blumenthal gesch. Jacob [...] verheiratet, die am 1. 4. 33 als nach unbekannt verzogen zur polizeilichen Abmeldung gelangt ist. Von einer Ehescheidung ist hier nichts bekannt. Sie hält sich vermutlich bei ihrem Ehemann in Paris auf, der im März 1936 die Ausstellung eines Heimat-scheines und im Juli 1936 die Erneuerung der deutschen Reisepässe bei der deutschen Vertretung in Paris für sich und seine Ehefrau beantragt hat. Eine politische Betätigung der Ehefrau vor oder nach der nationalsozialistischen Erhebung ist nicht festgestellt worden. Ob Kinder aus der Ehe hervorgegangen sind, ist nicht bekannt. Im hiesigen Melderegister sind Kinder nicht verzeichnet.

■ 6. 8./9. 8. 1937: RFSS/AA (nachdem die Konsulatsabt. der DB Paris am 20. Aug. mitgeteilt hatte, dass Bedenken nicht geltend gemacht werden) ~ 26./27. 10. 1937: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99669; Hepp, Liste 20 (11; 80: Ehefrau; die Ausbürgerung eines in der Literatur genannten Sohnes ist nicht dokumentiert; angeblich 25 Jahre im Staatsdienst (Beamter), befand sich dieser nach dem 10. 11. 1938 mehrere Monate in KZ-Haft und emigrierte dann nach England) ~ D Zur Interpretation der lex 15 D. ad exhibendum (X, 4), Berlin 1892; Mertens/Feke-titsch-Weber, 2010, S. 67 f. ~ E Maas II, 1978, S. 54 ~ B DNB, EB 70/117 ~ Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Eingeleitet v. Erich Matthias, bearb. v. Susanne Miller unter Mitw. v. Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1969, I, S. 66; BHdE I, 1980, S. 131; Jüdische Kindheit, 2000, S. 111–121, 269; Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 99; AoRB, ²2007, S. 131; Wolfram Hennies, Der jüdische Justizrat Dr. James Broh. Der jüdische Friedhof in Perleberg (Perleberger Heft 10), Perleberg 2015, S. S. 3–9, 2: Abb.: „Justizrat Broh 1921“ v. Conrad Felixmüller (Kupferstichkabinett der Staatlichen Museen zu Berlin); Hirschfelds Exil-Gästebuch [S. 15], 2019, S. 208.

9 Castro, Franz Curt de ~ 25. 2. 1903 Hamburg – 24. 8. 1962 Karlskrona, Schweden; ∞ Gertrud Richter (* 1906 Borna b. Leipzig).

Seit 1930 Rechtsanwalt (Hamburg) ~ 1933 Berufsverbot ~ 1936 Emigration (über Uruguay und Chile nach Schweden) ~ 1939 Ausbürgerung ~ 1945 erfolglose Bewerbung um eine Richterstelle in Hamburg ~ nach erneutem Studium in Schweden dort Gerichtsassessor (1952) und seit 1960 Richter.

A 14. 3. 1939: Alexander Bogs (Dt. Konsul in Malmö) an AA:

Bericht über den am Vortag stattgefundenen Besuch des Vorsitzenden des schwedischen Flüchtlingskomitees der Universitätsstadt Lund, Dr. med. Stig Holm, der mir unter Überreichung eines Schreibens der Frau des de Castro (Nichtjüdin) sowie einer kurzen Aufzeichnung folgenden Antrag aussprach: Das Konsulat möge dem de Castro eine Bescheinigung ausstellen, dahingehend, dass er sich in wirtschaftlicher Notlage befinde und eine monatliche Überweisung von RM 30,– von seinen in Deutschland wohnhaften Schwiegereltern erwünscht sei.

Ich sprach Dr. Holm mein Befremden darüber aus, dass de Castro sich nicht selbst hierher wende, sondern den Weg über ein schwedisches Flüchtlingskomitee wähle, von dem bekannt sei, dass es sich weltanschaulich in starkem Gegensatz zum neuen Deutschland befinde und daraus in der Öffentlichkeit kein Hehl mache. Holm, der durch sein unverschämtes Benehmen im Empfangsraum und durch einen fernmündlichen Anruf bereits aufgefallen war, erwiderte hierauf, das Flüchtlingskomitee in Lund sei nicht gegen Deutschland und das deutsche Volk eingestellt. Es wende sich lediglich gegen die weltanschauliche Einstellung, die von der Reichsregierung ausgehe. Holm versuchte im weiteren Verlauf in kaum zu überbietender frecher Weise auf Einzelheiten, wie auf Stellen in „Mein Kampf“ und auf das Thema Niemöller einzugehen. Da er immer wieder darauf ausging, einen Gegensatz zwischen Volk und Reichsregierung zu konstruieren, verwies ich darauf, dass bekanntlich das deutsche Volk sich bei allen Wahlen fast hundertprozentig hinter die Politik des Führers gestellt habe. Holm unterstellte daraufhin,

dass die Wahlen im Reiche lediglich infolge Druckes auf die Wählerschaft derartige Ergebnisse gezeitigt hätten.

Diese Unverschämtheit des von Hass erfüllten Schweden liess ich mir nicht länger gefallen, sondern gab ihm die mir überreichten Schriftstücke zurück, öffnete die Tür meines Dienstzimmers und ersuchte ihn, das Konsulat zu verlassen.

Wenn ich mich recht erinnere, hat das Auswärtige Amt 1937 oder 1938 einen Erlass herausgegeben, in dem die Weisung erteilt wird, de Castro bei Auftauchen seinen Pass abzunehmen. Der betreffende Erlass ist hier aber nicht zu ermitteln, da eine eigentliche Registratur erst seit dem Spätherbst des vergangenen Jahres hier aufgebaut wird. Für den Fall, dass meine Annahme zutreffend ist, bitte ich um Übersendung eines Durchdruckes des in Rede stehenden Erlasses.

Hinsichtlich der Tatsache, dass de Castro seine Interessen gegenüber den Reichsbehörden durch ein notorisch deutschfeindliches Flüchtlingskomitee vertreten lässt, stelle ich der dortigen Erwägung anheim zu prüfen, ob nicht eine Ausbürgerung des de Castro, seiner Ehefrau und seines Kindes angebracht erscheint.

Die Deutsche Gesandtschaft in Stockholm erhält Durchdruck dieses Berichts. Ergänzend teilte Bogs am 15. 3. 1939 dem Amt mit, dass de Castro, mit der Bitte um Rückgabe, seinen am 5. Mai 1938 in Magellanes ausgestellten Familienpass hierher gesandt und gebeten [habe], ihm den Pass entweder zu verlängern oder ihm mitzuteilen, dass eine solche Verlängerung abgelehnt wird.

Wie ich heute feststellen konnte, werden bei einem ablehnenden Bescheid den in Schonen z. Zt. wohnhaften Juden ohne weiteres Nansen-Pässe ausgestellt.

Nach der ergebnislos verlaufenen Suche nach dem fraglichen Erlass bat das AA (Hinrichs) am 23. 3. 1939 das Konsulat, die *genauen Personalien* de Castros und seiner Familienangehörigen sowie deren letzten Aufenthalt im Reichsgebiet festzustellen und über das *Ergebnis zu berichten*; unter Hinweis auf den Runderlass v. 31. III. 34 – V 3970 – wurde das Konsulat angewiesen,

den *Passantrag* de Castros *abzulehnen*. Zur weiteren Veranlassung übersandte die Deutschlandabteilung des AA dem Gestapa eine Durchschrift des *vor Abgang* dem Referat Pol. VI Schweden *zur Kenntnis* und dem Referat Recht III *zur Kenntnis* und zur *Mitzeichnung* vorgelegten Schreibens – mit dem *Anheimstellen* der weiteren *Veranlassung*.

Am 4. 4. 1939 teilte Bogs dem Amt den im hier einbehaltenen *Pass* angegebenen Beruf de Castros mit: *Rechtsanwalt*. Eine Abschrift dieser Mitteilung übersandte das AA am 12. 4. 1939 an das Gestapa.

Am 27. 6. 1939 bat die Gestapo Hamburg, inzwischen über die Vorgänge in Malmö unterrichtet, das Gestapa, die Ausbürgerung des jüdischen Emigranten beim RMDI zu beantragen. Nach diesem Bericht, der inhaltlich der Darstellung Bogs entsprach, hatte de Castro mit Ehefrau und Tochter das Reichsgebiet am 22. 7. 1936 verlassen. Die Gestapo fügte ihrem Bericht 4 *Durchschriften* und 4 *Emigrantenkarten* bei; selbst hatte sie nichts Nachteiliges über de Castro ermitteln können: *In krimineller Hinsicht sind de Castro und seine Ehefrau hier nicht bekannt geworden. Sie sind steuerlich nicht geführt worden. Steuerrückstände und Vermögen im Inlande sind nicht bekannt.*

■ 15. 7. 1939: RFSS; dem Antrag hatte das Amt bereits am 3. 7. 1939 gegenüber dem RMDI zugestimmt ~ 22./23. 8. 1939: RMDI/DRA ~ Am 28. 2. 1942 stimmte das Amt (Dr. Herbert Müller) auch dem vom RMDI beantragten *Erlass einer Verfallerkklärung* des nachträglich festgestellten Vermögenswertes bei der *Hamburger Sparkasse von 1827 in Hamburg in Höhe von 15,02 RM* zu.

Q PA/AA, R 99809; Hepp, Liste 132 (21; 22–23: *Ehefrau u. T*) ~ B Morisse, ²2013, S. 129f.; Lang, 2014, S. 703 Anm. 272.

10 Cohn, Edgar Moritz ~ * 5. 4. 1905 Berlin – 10. 8. 1971 Alto da Mooça, Brasilien; ♂ 1942 Julia Urtuga (gest. 1972; protestantisch getaufte frühere Ehefrau des Zwillingbruders, der – als Pressefotograf

aus Spanien nach Frankreich geflüchtet – dort „von der Strasse weg verhaftet“ und nach Auschwitz deportiert wurde).

Seit 13. 6. 1932 Rechtsanwalt (Berlin) ~ zunächst Generalsubstitut des Justizrats David Lissner, nach dessen Tod Anfang Aug. 1932 Übernahme und Fortführung der Praxis zusammen mit Dr. Fritz Solon ~ 1933 Berufsverbot ~ seit Ende Mai 1933 in Brüssel ~ Mitarbeit im Comité d'Aide et d'Assistance aux Victimes de l'Antisémitisme en Allemagne ~ Febr. 1934 Emigration (Brasilien) ~ Bankangestellter, später Buchhalter (São Paulo) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 27. 7. 1939: Gestapo Berlin (Dr. Zwade) an Gestapa:

Ich beantrage die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Rechtsanwalts [...]; Abstammung: Jude; letzter inl. Wohnsitz: Berlin, Hagelberger Str. 13; letzter bekannter Aufenthalt: São Paulo, Caixa postal 501; Zeit der Abwanderung: 3. 7. 1933.

► *Cohn beantragt in seinem Schreiben vom 14. 11. 1938, von dem eine Abschrift beigelegt ist, die Aberkennung seiner deutschen Staatsangehörigkeit. Der Antrag enthält überaus gehässige, staatsfeindliche Äusserungen des Juden. Inländische Vermögenswerte sind nicht bekannt. Der Genannte ist unverheiratet. – Abschrift:*

14. 11. 1938: Edgar Cohn (Sao Paulo, Caixa Postal 501) an das Polizeipräsidium Berlin, Abteilung II, Berlin NW 7 – II.5020 C 247/38.

„Ich bin verwundert, daß ich auf meine am 8. September abgesandte Eingabe noch ohne Bescheid bin, obgleich ich derselben zwecks Vermeidung von unnötigen Anspannungen des Sta[a]ts – sofern ein solcher überhaupt vorhanden sein sollte – einen intern[nationalen]-Postantwortschein beigelegt habe.

Unter geordneten Verhältnissen, wie sie in 14 Jahren Systemregimes geherrscht haben, wäre eine derartige Verzögerung weder üblich noch möglich gewesen. Ich

nehme an, daß die bisher nicht erfolgte Erledigung meiner Eingabe darauf zurückzuführen ist, daß die zuständigen Behörden zu stark in Anspruch genommen waren mit der Massenausweisung von Ausländern und mit Vorbereitung amtlicherseits vorzunehmender Dynamidanschläge, Brandstiftungen, Plünderungen und Verbrechen wider das Leben, deren Schauspiel in der vergangenen Woche das Gebiet eines Staates gewesen ist, deren Bürger einstens den Anspruch erhoben haben, Angehörige eines Volkes von Dichtern und Denkern zu sein.

Die Deutsche Regierung hat im Verlauf der letzten fünf Jahre, besonders aber gerade in den letzten Tagen bewiesen, daß sie das deutsche Volk nicht mehr zu den Kulturnationen der Welt gerechnet wissen will, denn sie hat ihre Bürger zu der Begehung der schandbarsten und grauenhaftesten Taten angestiftet und aufgefordert. Mich unter den Schutz einer solchen verbrecherischen Regierung und ihrer Auslandsvertreter zu stellen, wäre aber lächerlich, so daß der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit vollkommen wertlos für mich ist. Überdies würde ich mich aber auch schämen, auf Anfragen angeben zu müssen, Angehöriger einer kulturlosen Nation zu sein, deren Geschick von Männern geleitet wird, die nur ein Ziel kennen, Mord und Raub an Wehrlosen. Blut- und beutegierige Menschen sind mir stets ein Abscheu gewesen, und schon der blosser Gedanke wirkt für mich ekelregend, daß ich mit solchen Menschen die gleiche Staatsangehörigkeit teilen soll.

Unter diesen Umständen lege ich aber nicht nur nicht keinen Wert auf die deutsche Staatsangehörigkeit, sondern um mit dem Goetheschen Götze von Berlichingen zu sprechen, ich sch.-- sogar auf dieselbe.

Ich denke, daß diese Ausführungen im Zusammenhalt mit den letzthin eingesandten Zeitungsartikeln die Sachlage vollkommen klar stellen und Veranlassung bieten werden, nunmehr schnellstens eine mir günstige Entscheidung zu treffen (ein

seltener Fall, daß eine nationalsozialistische Behörde zugunsten eines Juden entscheiden darf), nämlich auf

Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit.

gez. Edgar Cohn“

■ 12./14. 9. 1939: RFSS/AA ~ 10./14. 11. 1939: RMdI/DRA ~ Am 26. 8. 1941 stimmte das Amt auch der nachträglichen Verfallerkklärung eines von der Gestapo Hamburg beim Bankhaus Warburg & Co. (Hamburg) festgestellten Guthabens in Höhe von 346 RM zu.

Q PA/AA, R 99823; Hepp, Liste 145 (19) ~ B BArch, R 3001/53600 ~ EAB, 254435 ~ AoRB, 22007, S. 135, 269 (F. Solon, * 1882; emigriert, Ausbürgerung nicht dokumentiert).

11 Cohn-Vossen, Walter Heinrich Gerhard, Dr. jur. (Breslau 1920; Entziehung 1940) ~ 29. 4. 1892 Breslau – 20. 7. 1981 Barcelona; V: Justizrat Emanuel Cohn; B: Berthold (1889–1933, Verwaltungsjurist; Suizid nach der Machtergreifung) u. Stefan Cohn-Vossen (1902–1936 Moskau; Mathematiker); ∞ Sophie Markwald (1906–1999).

Rechtsanwalt (Dresden) ~ Emigration ~ 1935 Gründung der Brauerei „Las Dos Torres de Munich“ (Barcelona) ~ 1939 Ausbürgerung.

A 7. 12. 1938: Gestapo Dresden (Dr. Kaufmann) an Gestapa:

Zu dem Antrag auf Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit [Dort. Schreiben vom 25. 11. 1938 – B.Nr – II B 3-K 8192] des obengenannten Cohn-Vossen [Dresden, Bankstr. Nr. 4; jetziger Aufenthaltsort: Locarno] berichte ich folgendes:

Cohn-Vossen, Dr. jur. ist Jude, mosaischen Glaubens. Seit 20. 9. 1920 ist er durch Einbürgerung deutscher Staatsangehöriger. [...].

In politischer Hinsicht war Cohn-Vossen ohne Zweifel Marxist. Er war Vorstandsmitglied der „Liga für Menschenrechte“ in Dresden und Mitglied des „Republikanischen Reichsbundes der Rechtsanwälte“.

Um sich einer beabsichtigten Inschutzhaftnahme zu entziehen, flüchtete er am 1. 6. 1933 in die damalige CSR und hielt sich längere Zeit in Teplitz-Schönau auf.

Tatsachen, daß er sich dort im deutschfeindlichen Sinne betätigt hätte, liegen nicht vor. Trotzdem muß er, zufolge seiner früheren marxistischen Einstellung und seiner Zugehörigkeit zum Judentum als deutschfeindlich eingestellt angesehen werden. Cohn-Vossen und seine Ehefrau sind Emigranten im Sinne der Verordnung des Politischen Polizeikommandeurs der Länder.

In krimineller und spionagepolizeilicher Hinsicht ist Nachteiliges über die Eheleute Cohn-Vossen nicht bekannt. Bestrafungen sind hier nicht verzeichnet.

Verfahren wegen Hoch- oder Landesverrats sind, soweit dies überhaupt festgestellt werden konnte, gegen sie nicht anhängig.

Vermögenswerte haben die Eheleute Cohn-Vossen bei ihrer Emigration nicht zurückgelassen. Ebenso konnten keine Schulden an Steuern und öffentlichen Abgaben festgestellt werden.

Infolge seiner früheren Zugehörigkeit zum Vorstand der „Liga für Menschenrechte“ und seiner marxistischen Einstellung überhaupt, ist Cohn-Vossen nicht mehr wert, sich im Auslande Deutscher zu nennen. Ich bitte deshalb gegen ihn ein Verfahren, mit dem Ziele der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit einzuleiten. Da sich seine Ehefrau bei seiner Emigration ihm angeschlossen hat und heute noch mit ihm zusammen lebt, ist ohne Zweifel anzunehmen, daß auch sie die politische Einstellung ihres Mannes teilt. Ich bitte deshalb, die Aberkennung der Staatsangehörigkeit auch auf die Ehefrau und das Kind [...] auszudehnen.

■ 21. 3. 19390: RFSS/AA ~ 15./17. 11. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99824; Hepp, Liste 146 (29; 30 f.: Ehefrau u. K) ~ D Die Rechtsgeschäfte über den lebenden Körper, 1920; Kranich, 2012, S. 166 ~ B BArch, R 3001/53618 u. 53595 (B. Cohn-Vossen) ~ Lang, Dresden, 2018 (AoRD, 2007, nicht genannt); Pieter Lamberts, Barcelona: Tradition in der Zukunftsstraße, in: Jüdische Allgemeine:

www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/tradition (6. 4. 2019); www.botellaserigrafiadas.blogspot.com/2014/las-dos-torres-de (6. 4. 2019); www.geni.com/.../Sophie-Cohn-Vossen/60000000237840... (6. 4. 2019) ~ Zu B. Cohn-Vossen, zuletzt Direktor des Verwaltungsgerichts Wiesbaden: Friedrich Gundolf – Elisabeth Salomon, Briefwechsel (1914–1931), hg. v. Gunilla Eschenbach [u. a.], Berlin/Boston 2017, S. 371 ~ In der geheimen Sonderfahndungsliste UdSSR (1941) wird Elfriede Cohn-Vossen, die Witwe von St. Cohn-Vossen, als *weniger gefährlich*[e Person (11. 3. 09 Eisenberg; Studentin)] verzeichnet: *ihre Festnahme erscheint jedoch geboten*; die Universität Köln benannte zu Ehren ihres 1933 entlassenen Privatdozenten St. Cohn-Vossen einen Hörsaal; das Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät, Peter Rassow, vom 11. 3. 1946 mit der Bitte, „in unseren Kreis zurückzukehren und den Platz in unserer Mitte einzunehmen, den Sie einst innehatten“, war „zurückgekommen wegen Ablebens“ (Golczewski); BHdE II, 1983, S. 192 f.; Walk, 1988, S. 61; Golczewski, 1988, S. 109, 405 (Zitat), 452, Foto: Abb. 23; www.mi.uni-koeln.de/Geschichte/COHN-VOSSSEN, Stefan/docs/1Ansprache (5. 4. 2019).

12 Fath, Hans Martin, Dr. jur. (Heidelberg 1925; Entziehung 1938) ~ * 26. 3. 1900 Frankfurt a. M.; ♂ (Dr. med. [Frankfurt 1927; Entziehung]) Alice Stahl (* 14. 10. 1899 Bavern, Krs. Holzminden).

Seit 1926 Rechtsanwalt (Frankfurt a. M.) ~ 1933 Berufsverbot ~ Emigration ~ 1938 Ausbürgerung.

A Vor Einleitung des Ausbürgerungsverfahrens teilte das DGK San Francisco, Calif. (Löper) dem Gestapa am 29. 7. 1937 unter Bezugnahme auf ein Schreiben v. 11. Juni mit:

Der Nichtarierin Alice Fath ist eröffnet worden, dass von der Ausfertigung eines neuen Reisepasses für sie abgesehen worden ist. Eine Deportation in das Reichsgebiet ist nicht zu befürchten.

22. 12. 1937: Gestapo Frankfurt a. M. (Ringshausen) an Gestapa:

Die Jüdin Fath [...] ist mit dem jüdischen Rechtsanwalt Dr. jur. Hans Martin Fath [...]

verheiratet. Kinder sind aus der Ehe nicht hervorgegangen.

Die Fath [zuletzt in Frankfurt a./M., Städelstrasse 14, wohnhaft gewesen] betätigte sich bei dem Vater ihres Ehemannes, dem Dr. med. Simon (genannt Siegmund) Fath [1864–1936] in Frankfurt a./M. als Kinderärztin. Der Ehemann der Fath betrieb in Frankfurt a. M. Main eine Rechtsanwaltspraxis.

Bis zu ihrer gemeinsamen Abwanderung nach San Francisco führten die Eheleute einen gemeinschaftlichen Haushalt.

Nähere Einzelheiten über den Lebenslauf des Ehepaars Fath sind nicht bekannt.

Über die Ehefrau des Fath ist bekannt, dass sie den marxistischen Parteien sehr nahe gestanden hat und dass diese von ihr geldlich unterstützt wurden. Der Ehemann ist Freimaurer und gehörte der „Goethe-Loge Nr. 1 von Nassau“ an.

In krimineller Hinsicht ist nichts Nachteiliges bekannt geworden.

Steuerrückstände oder sonstige Tatsachen über ein volksschädigendes Verhalten der Eheleute Fath sind nicht vorhanden.

Vermögenswerte konnten nicht festgestellt werden.

Da die Fath marxistisch eingestellt ist und die staatsfeindlichen Ziele der marxistischen Parteien durch geldliche Unterstützung gefördert hat, besteht der begründete Verdacht, dass sie sich im Ausland deutschfeindlich betätigt.

Ich bitte deshalb, sie zur Ausbürgerung vorzuschlagen und die Erstreckung der Ausbürgerung auf ihren Ehemann zu beantragen, der Freimaurer ist und durch sein Verhalten bewiesen hat, dass er die politische Betätigung seiner Ehefrau billigt.

Am 14. 5. 1938 übersandte das Gestapa (Hülff) dem RFSSuChefdDtPoliRMdI den Vorschlag zur Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit der jüdischen Ehefrau Dr. med. Alice Fath [...], jetziger Aufenthalt: San Francisco/USA, und Erstreckung der Ausbürgerung auf den jüdischen Ehemann Dr. jur. Hans Fath. Danach erübrigten sich Vermögensbeschlagnahme und Verfallerklärung, da Vermögenswerte im Inlande nicht vorhanden sind. Das Gestapa teilte weiter

mit, dass die Ehefrau 1927 in Frankfurt am Main, der Ehemann 1925 in Heidelberg promoviert worden waren.

■ 27.5./9.8.1938: RFSS/AA (nachdem die DB Washington am 21. Juli *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 30.8./2.9.1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99714; Hepp, Liste 63 (16: *Ehefrau*; 17) ~ D Theater- und Lichtspiel-(Polizei) Zensur im Deutschen Reich (1925); Moritz, 2001, S. 555 ~ A. Stahl, Die Konzentrationsfähigkeit der Gallenblase bei fieberhaften Erkrankungen, Frankfurt a. M.-Niederrad (1927); Becker, 1994, S. 72 ~ B BArch, R 3001/55554 ~ Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 146 ~ Seidler, 2000, S. 225 f.; www.dgkj.de/die-gesellschaft/geschichte/juedische (Alice Stahl) ~ Das jüdische Adressbuch Frankfurt 1935 (www.tracingthepast.org/assets/jewish_frankfurt_adressbook.pdf) weist zu „Fath“ (Seidler, 2000, S. 225) drei Ärzte nach, so dass unklar bleibt, ob es sich bei der am 18.8.1942 von Frankfurt nach Theresienstadt deportierten Witwe Sara Fath geb. Oppenheimer (* 11.1867) um die Mutter von Hans Fath handelt; www.holocaust.cz/de.transport/580-xi1-frankfurt-am-main-theresienstadt.

13 Feder, Ernst, Dr. jur. (Rostock 1903; *Entziehung* 1938) ~ 18.3.1881 Berlin – 29.3.1964 Berlin (West); Ⓞ Erna Zobel (1893–1973 Berlin).

Seit 1907 Rechtsanwalt (seit 1931 beim Kammergericht) und Notar (Berlin) ~ 1919 bis Juni 1931 innenpolitischer Redakteur des „Berliner Tageblatts“ (Ressortleiter, stv. Chefredakteur) ~ Vorstandsmitglied der DDP in Berlin (Mitte) ~ Mitglied des Republikanischen Richterbundes ~ 1933 als Notar entlassen ~ Emigration (via Schweiz nach Paris) ~ 1935 Löschung der Zulassung ~ 1937 im *Verzeichnis jüdischer Verfasser juristischer Schriften* aufgeführt („Strafrecht“) ~ nicht nachweisbares Verbot seines Buches „Bismarcks großes Spiel“ (¹1932, ²1933) ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ 29.8.1939 „angesichts der Kriegsgefahr“ Flucht nur mit „Handgepäck“ nach Brive-la-Gaillarde, Juli 1941 nach Brasilien (Rio de Janeiro) ~ seit 1951 überließ Feder der Deutschen Bi-

bliothek (Frankfurt a. M.) eine Reihe signierter Exemplare seiner in Brasilien erschienenen Veröffentlichungen ~ 1957 Rückkehr nach Berlin (West) ~ von den aus Paris in das RSHA verschleppten Büchern gelangten „etwa 5–600“ Bände – „nach Kriegsende auf Grund meines Ex-Libris in einem Depot in Kärnten von den alliierten Behörden aufgefunden“ – wieder nach Paris, wo sie sich 1952 noch befanden ~ „weitere 81 Buecher, die ebenfalls auf Grund meines Ex-Libris ermittelt wurden, übersandte mir im Jahre 1951 die Jewish Cultural Reconstruction INC., New York, in einer Kiste nach Rio. Doch wurde diese Kiste vor der Auslieferung an mich bei einem Magazinbrand im hiesigen Hafen zerstört.“ (Rio de Janeiro, 19.8.1952) ~ Bücher aus dem Besitz von Ernst Feder gehörten offenbar zu der von der Bibliothek der FU Berlin erworbenen und wieder abgestoßenen Sammlung Weiland.

A 16.12.1936: Gestapa (Müller) an AA:

Der jüdische Rechtsanwalt und Notar Ernst Feder, früher in Berlin wohnhaft, ist am 9.7.1933 mit seiner Ehefrau [...] nach England (London) ausgewandert.

Feder hat sich angeblich in London an massgeblicher Stelle für die jüdische Boykottbewegung gegen Deutschland betätigt. Weiter soll er zahlreiche deutschfeindliche Artikel in der ausländischen Presse veröffentlicht haben.

Feder ist inzwischen nach Paris verzogen und gehört dem Emigrantenkreis um [Georg] Bernhard an.

Ich wäre für eine Mitteilung dankbar, was über die deutschfeindliche Betätigung des Feder während seines Aufenthalts in London bekannt wurde oder zu ermitteln ist.

Das Amt schaltete daraufhin am 29.12.1936 die Botschaften in London und Paris ein, die um Bericht gebeten wurden, was dort über Feder bekannt geworden ist, und ob Bedenken gegen die Ausbürgerung bestehen. Am 12.1.1937 antwortete die DB London: *Über eine anti-deutsche Betätigung des jüdischen Rechtsanwalts und Notars Ernst FEDER sind hier keine Vorgänge*

bekannt. Bedenken gegen die Ausbürgerung werden nicht erhoben. Ähnlich äußerte sich die DB Paris drei Tage später: FEDER ist hier nicht in Erscheinung getreten. In Anbetracht seines deutschfeindlichen Verhaltens bestehen gegen seine Ausbürgerung keine Bedenken. Am 31. 1. 1937 gab das Amt die Auskünfte an das Gestapa weiter, das aber erst am 22. 3. 1938 (Dr. Lange) beim RFSSuChefdDtPoliRMdI die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Juden Dr. jur. Ernst Feder beantragte: Der jüdische Rechtsanwalt und Notar Dr. jur. Ernst Feder besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit.

Er war langjähriger politischer Redakteur des „Berliner Tageblattes“ und gehörte mit dem berühmten Professor Georg Bernhardt [sic] zusammen dem Hauptvorstand der „Deutschen demokratischen Partei“ an. Nachdem diese Partei in politischer Hinsicht bedeutungslos geworden war, trat er, wie vertraulich festgestellt wurde, zur SPD. über. Obwohl er als zäher Gegner der NSDAP bekannt war, hat er geflissentlich vermieden, in der Öffentlichkeit in Erscheinung zu treten. Aus dem gleichen Grunde hat er das wiederholte Anerbieten der Systemregierung, in den Reichs- bzw. Staatsdienst einzutreten, abgelehnt.

Nach der nationalsozialistischen Revolution wanderte er am 9. 7. 1933 nach Paris aus, hielt sich anschliessend zunächst längere Zeit in London auf und kehrte von dort wieder nach Paris zurück.

Nach vertraulichen Mitteilungen, die als unbedingt zuverlässig angesehen werden können, war er in London Vorstandsmitglied aller in England bestehenden Emigrantenorganisationen, betätigte sich gemeinsam mit dem Zionisten Führer, Professor [Chaim] Weizmann, für die Lösung des Judenproblems in Palästina und unterhielt nebenher enge Beziehungen zu Rudolf Breitscheid und anderen geflüchteten Vorstandsmitgliedern der früheren SPD. Auf Grund seiner parteipolitischen Verbundenheit hatte er auch Fühlung mit den führenden Persönlichkeiten der englischen Arbeiterpartei. Darüber hinaus war er geistiger Führer und treibende Kraft der englisch-jüdischen Boy-

kottbewegung gegen das nationalsozialistische Deutschland. Er soll auch wiederholt deutschfeindliche Artikel verfasst und unter Decknamen in englischen Zeitungen veröffentlicht haben.

Wie die Emigrantenzzeitung „Deutsche Freiheit“ Nr. 3 vom 5. 1. 1934 zu berichten wusste, hat er am 5. 1. 1934 über das neue deutsche Presserecht referiert. Im Hinblick auf die jüdische Abstammung des Feder und seine negative Einstellung zur nationalsozialistischen Staatsform kann ohne weiteres gefolgert werden, dass es sich bei diesem Vortrag nur um eine jüdische Kritik an der neuen Gesetzgebung gehandelt haben kann.

Ich halte bei Feder die Voraussetzungen für die Ausbürgerung für gegeben und beantrage, ihm die deutsche Staatsangehörigkeit auf Grund des § 2 des Gesetzes vom 14. 7. 1933 abzuerkennen.

Eine Vermögensbeschlagnahme und Verfallserklärung erübrigen sich, da Vermögenswerte im Inlande nicht vorhanden sind.

Feder ist verheiratet mit der Jüdin [...]. Da die Ehefrau mit dem Ehemann gemeinsam das Reichsgebiet verlassen hat und noch jetzt dessen Wohnsitz teilt, bitte ich, die Ausbürgerung auf sie zu erstrecken. Eine Erstreckung auf weitere Familienmitglieder kommt nicht in Betracht, da Kinder aus der Ehe nicht hervorgegangen sind.

■ 1. 4./11. 5. 1938: RFSS/AA (nach erneuter Mitteilung der DB Paris vom 23. April: Ueber Feder ist auch in der Zwischenzeit hier nichts bekannt geworden. Gegen die beabsichtigte Ausbürgerung bestehen von hier aus keine Bedenken.) ~ 23./25. 6. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99704; Liste 54 (8; 46: Ehefrau) ~ D Verantwortlichkeit für fremdes Verschulden nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche. Von der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin mit dem Kgl. Preise ausgezeichnet, Berlin 1902; Hartwig, 2010, S. 329 ~ B LBI (Tagebücher) ~ „Sonderarchiv“ Moskau, Fond 652 ~ BArch, Nachlass ~ EAB, 56987 u. 250152 (Erna Feder) ~ BHdE I, 1980, S. 168; ABJ 6, 1998, S. 505–513; Franke, 2000; AoRB, 2007, S. 149; Schumacher, 2012, S. 156 f.; Bergemann, 2012, S. 139 f.

14 Feibelmann (Feibelman), Salomon (Sali, Sally), Dr. jur. (Würzburg 1914; Entziehung 1939) ~ 5. 3. 1890 Rülzheim/Pfalz – 21. 8. 1971 Manchester; ♂ II. Minna Herz (* 1902 Neckarsulm).

Seit 1919 Rechtsanwalt (Landau/Pfalz) ~ März 1933 Zulassungsverzicht und Emigration (via Schweiz nach England) ~ Kleiderfabrikant (Manchester) ~ 1939 Ausbürgerung ~ 1964 Verleihung der goldenen Doktorurkunde (Würzburg).

A 28. 2. 1938: Gestapa (Wolff) an RFSSuChdDtPoliRMdI:

Der jüdische Rechtsanwalt Dr. jur. Salomon Feibelmann [Landau, Ludwig-Siebert-Str. 39; jetziger Aufenthalt: Manchester in England] besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit.

Er war nach der Novemberrevolution Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in Landau.

Seiner marxistischen Einstellung entsprechend biederte er sich bei den Angehörigen der französischen Besatzungstruppen in Landau an und machte auch sonst aus seiner frankophilen Einstellung keinen Hehl.

Als er im Mai 1934 auf dem Deutschen Konsulat in Liverpool die Ausstellung eines Reisepasses beantragte, drohte er dem Konsulatsbeamten, die englische Presse zu unterrichten, falls ihm ein deutscher Paß versagt würde.

Da er ferner von der Staatsanwaltschaft in Mannheim wegen Devisenvergehens und Diebstahls gesucht wird, halte ich die Voraussetzungen für die Ausbürgerung für gegeben und bitte, ihm die deutsche Staatsangehörigkeit gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. 7. 1933 abzuerkennen, sein Vermögen zu beschlagnehmen und als dem Reich verfallen zu erklären.

Maßnahmen zur Sicherstellung der im Inlande verbliebenen Vermögenswerte sind vorsorglich getroffen worden.

Er war in erster Ehe mit der Jüdin Adelheid Wolf verheiratet. Die Ehefrau ist im Jahre 1922 in Landau verstorben.

Aus dieser Ehe ist die Tochter Waltraud [...] hervorgegangen. Die Tochter ist mit dem Vater in das Ausland verzogen.

In zweiter Ehe ist Feibelmann mit der Jüdin Mina Herz [...] verheiratet. Aus dieser Ehe sind keine Kinder hervorgegangen. Die Ehefrau hat das Reichsgebiet verlassen und wohnt beim Ehemann.

Ich bitte daher, die Ausbürgerung auf die Ehefrau und die Tochter aus erster Ehe zu erstrecken.

■ 12./16. 3. 1939: RFSS/AA ~ 5./6. 4. 1939: RMdI/DRA ~ Nachdem ihm seine Ausbürgerung bekannt geworden war, schrieb Feibelmann – „früher Landau Rheinpfalz“, inzwischen britischer Staatsbürger – am 27. 6. 1939 aus Manchester an den RMdI:

„Durch Zufall höre ich, daß ich laut R[eichs]A[nzeiger] vom 18[sic]. 4. 39 in der Liste der Ausgebürgerten mitaufgeführt bin.

Ich hatte lange vor der Ausbürgerung meine deutsche Staatsangehörigkeit freiwillig aufgegeben als ich durch Naturalisation die britische Staatsangehörigkeit erwarb. Ich teile Ihnen dies mit, um Ihnen Gelegenheit zu geben, etwaige Eingriffe in mein inländisches Vermögen sofort rückgängig zu machen, da ich jeden Eingriff als mir gegenüber unzulässig betrachte. Ich müßte meine Rechte als Angehöriger des britischen Empire gegen das Reich und die Stellen, die sich widerrechtlich mein Vermögen aneignen sollten, geltend machen.

Sollte ich innerhalb von 14 Tagen ohne Ihren Bescheid sein, so werde ich meine englischen Behörden mit allem Weiteren beauftragen.“

Das RMdI übersandte am 13. 7. 1939 eine Abschrift des Schreibens an das AA, das sechs Tage später die DB London um *baldigste Feststellung und Bericht* bat, *ob und gegebenenfalls wann Feibelmann die britische Staatsangehörigkeit erworben hat*. Da in London Vorgänge über Feibelmann nicht vorhanden waren, gab die Botschaft die

Anfrage an das für Manchester zuständige Konsulat in Liverpool weiter. Auf die Erinnerung des RmDI vom 14. 9. 1939 antwortete das AA am 20. Sept.: *Infolge des zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien bestehenden Kriegszustandes kann in der [...] Angelegenheit z. Zt. nichts unternommen werden.* Damit endet die Ausbürgerungsakte Feibelmann.

Q PA/AA, R 99770; Hepp, Liste 104 (22; 23 f.: Ehefrau u. K) ~ **D** Der Begriff des Erfüllungsgelhilfen nach § 278 BGB, mit besonderer Berücksichtigung des § 447 BGB, Borna-Leipzig 1914; Rupp, 2011, 153: Nach Erhalt der goldenen Doktorurkunde schloss Feibelmann seinen Dank an die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät „mit den vor dem Hintergrund der Depromotion beschämenden Worten: ‚Genehmigen Sie den Ausdruck der Versicherung, dass ich auch weiterhin für den Rest meines Lebens bestrebt sein werde, meiner Universität im In- und Ausland Ehre zu machen.‘“ ~ **B** Schiller, 1997, S. 469; Weber, 2006, S. 299.

15 Fränkel, Siegfried, Dr. jur. (Breslau 1907; Entziehung 1940) ~ * 3. 9. 1882 Königshütte, O/S.; Ⓜ Martha Blumenthal (* 1889 Breslau).

Rechtsanwalt (1937: Beuthen, O/S, Gartenstr. 17) ~ Emigration ~ 1940 Ausbürgerung.

A 20. 5. 1939: Gestapo Beuthen, O/S (Weißgerber) [an Gestapa]:

Betrifft: Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit des Juden [...], letzter inländischer Wohnsitz: Beuthen O/S., Gustav-Freytagstrasse Nr. 13; jetziger Aufenthalt: Palästina und Erstreckung der Ausbürgerung auf 1.) die Ehefrau [...], 2.) die Kinder [...].

Staatsangehörigkeit: Deutsches Reich.

Rassezugehörigkeit: Sämtlich Juden, mosaischer Religion. Eltern und Großeltern sind gleichfalls Juden und mosaischer Religion.

Lebenslauf: Siegfried Israel Fränkel ist der Sohn der jüdischen Eheleute Emil Fränkel und Therese, geb. Weichmann, beide verstorben. [...] Von 1904 ab war er an den Land- und Amtsgerichten in Tost, Königshütte und Beu-

then O/S. als Referendar und Assessor tätig. Am 9. 10. 191[?] wurde er an dem Amts- und Landgericht in Beuthen O/S. als Rechtsanwalt zugelassen. Diese Tätigkeit hat er bis zu seiner Abwanderung ausgeübt.

Über die politische Tätigkeit ist bekannt, dass er Mitglied der SPD. und des republikanischen Richterbundes war. Auch hat er der „Roten Hilfe“ und der „Liga für Menschenrechte“ erhebliche Geldbeträge zukommen lassen. Ferner gehörte er der „Mamreh-Loge“ und der zionistischen Organisation an. In einem Prozess gegen einen Juden wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz sagte er vor Gericht, dass alle jüdischen Destillen geschlossen worden seien, wobei er sich auf ein paar Prozent mehr oder weniger nicht festlegen wolle. Die Schließung der Destillen erfolgte ohne jegliche Rechtsgrundlage und stelle einen Eingriff in wablerworbene Rechte der Juden dar. Das Sondergericht hat das Verfahren auf Grund der Amnestie eingestellt. F. war vom 11. 11. 1938 bis 24. 12. 1938 im Konzentrationslager Buchenwald in Schutzhaft. Bei einer Durchsuchung wurde ein Aufruf der Reichsregierung bei ihm vorgefunden. Sein Sohn Wolfgang F. hat bei diesem Aufruf die Namen „Adolf Hitler“ in „Adolf Schweinehund“, „Göring“ in „Rindvieh“ und „Dr. Hugenberg“ in „Dr. Affe“ abgeändert. Ausserdem war noch zugesetzt: „Nieder mit Hitler – Hoch SPD.“ Wolfgang Fränkel ist strafunmündig.

An Vermögenswerten hat Siegfried Israel Fränkel in Deutschland etwa 250.000,- RM.

In Anbetracht seiner staatsfeindlichen Einstellung wird Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit in Vorschlag gebracht.

■ 20. 11./2. 12. 1939: RFSS/AA ~ 13./19. 3. 1940: RmDI/DRA.

Q PA/AA, R 99841; Hepp, Liste 163 (13; 14–18: Ehefrau u. K) ~ **D** Der Einfluß des bewußten Willensmangels auf die Rechtsgeschäfte nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung (§§ 116, 117 Abs. 1 und 118), Borna-Leipzig 1907; Kranich, 2012, S. 167 ~ **B** BAArch, R 3001/56099.

16 Frankenstein, Ernst, Dr. jur. (Rostock 1903; *Entziehung* (1939)) ~ 31. 5. 1881 Dortmund – 28. 10. 1959 London; ☉ Ilse Neustadt (1893–1961).

Seit 1908 Rechtsanwalt (Berlin) ~ 1911 Studienaufenthalt in Italien ~ danach eigene Praxis und Rechtsbeistand der Italienischen Botschaft ~ seit 1922 auch Notar ~ 1926 erschien der erste Band seines Werks „Internationales Privatrecht“ im Verlag Dr. Walther Rothschild, dem späteren Verlag für Staatswissenschaften und Geschichte (Bd. 2, 1929) ~ 1930 Vorlesungen an der Haager Akademie für Internationales Recht ~ Ende Sept. 1931 – Ende Nov. 1932 in Paris, „um in Ruhe an der Fortsetzung meines Werkes „Internationales Privatrecht“ zu arbeiten ~ 1933 als Notar entlassen ~ Aug. 1933 Übersiedlung mit der Familie nach Paris, Verkauf des Hauses in Dahlem sowie eines Großteils der Wohnungseinrichtung und der kompletten Einrichtung des „aus 5 Zimmern bestehenden Büros zu Schleuderpreisen“ ~ Verkauf u. a. eines Landschaftsbildes von Otto Niemeyer (1928) und von ca. 1000 Bänden der Bibliothek ~ Transfer der restlichen Möbel und Bücher nach Paris ~ auf eigenen Antrag in der Anwaltsliste gelöscht ~ 1935 *Steuersteckbrief* ~ seit 1936 in London ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 1943 „Justice for my people. The Jewish case“ ~ während des Krieges verbrannte in Berlin die Restauflage des „Internationalen Privatrechts“ (Bd. 3, 1934; Bd. 4, 1935; Nachdruck: Bde. 1–4, 1974): „im nationalsozialistischen Deutschland ohnehin unverkauflich“ ~ seit 1947 britischer Staatsbürger.

A 5. 9. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapo:

Der Obengenannte [Berlin-Wilmersdorf, Konstanzer Str. 56] besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit.

Nach den von hier getroffenen Ermittlungen gehört er der jüdischen Rasse an.

Er [...] hat das Reichsgebiet laut polizeilicher Abmeldung am 15. 3. 1934 unter Hin-

terlassung von 40.036,22 RM Reichsfluchtsteuerschuld an das Finanzamt Berlin-Zehlendorf verlassen.

Er hält sich jetzt in Paris auf.

Über ihn ist in politischer Hinsicht folgendes ermittelt worden: Frankenstein hat in einem Artikel im „Pariser Tageblatt“ vom 25. 11. 35 Nr. 713 die Nürnberger Gesetzgebung über das Judentum unter der Überschrift „Nürnberger Tand – juristisch undurchführbare Eheverbote“ lächerlich zu machen versucht.

Vorstrafen polizeilicher und krimineller Art sind über ihn nicht verzeichnet.

Insbesondere hat ein Verfahren wegen Hoch- oder Landesverrats gegen ihn nicht geschweht.

Der Jude besitzt in Deutschland keine Vermögenswerte. [...]

Der Jude hat am 28. 12. 1918 [...] die Ehe geschlossen.

Über die Ehefrau ist Nachteiliges in politischer und krimineller Hinsicht nicht zu ermitteln gewesen. Sie hat mit ihrem Mann einen gemeinsamen Hausstand geführt und ist mit ihm ausgewandert. Aus der Ehe sind die Kinder [...] hervorgegangen. Die Kinder sind mit den Eltern ausgewandert.

Da der Jude durch sein Verhalten seine Pflicht als deutscher Staatsbürger gröblich verletzt hat, halte ich die Aberkennung seiner deutschen Staatsangehörigkeit für erforderlich. Gleichzeitig bitte ich, da die Ehefrau durch ihr Verhalten die Handlungen ihres Ehemannes billigt, die Ausbürgerung auch auf sie und die Kinder [...] zu erstrecken.

■ 1. 12. 1938/13. 1. 1939: RFSS/AA (nachdem die Konsulatsabt. der DB Paris am 27. 12. 1938 keine Bedenken gegen die Ausbürgerung des Juden geltend gemacht und ergänzend mitgeteilt hatte: *Der Landesgruppenleiter ist beteiligt.*) ~ 14./17. 2. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99758, Hepp, Liste 91 (10; 11–13: *Ehefrau u. K*) ~ D Die Judikatsklage des römischen Rechts und ihre Fortentwicklung im gemeinen und heutigen Recht, Rostock, 1903; Hartwig, 2010, S. 329 ~ B BArch, R 3001/56182 ~ EAB, 150890 ~ Göppinger, ²1990, S. 177 u. 280; AoRB, ²2007, S. 153.

17 Friedländer, Ewald Kurt Hermann, Dr. jur. ~ 24. 1. 1880 Berlin – Okt. 1944 Auschwitz; ⚭ Dora Lucy Abraham (1883 Berlin – Okt. 1944 Auschwitz).

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ 1933 als Geschäftsführer des Berliner Anwalt-Vereins und als Notar entlassen ~ veröffentlichte als Rechtsanwalt im Gemein-deblatt der Jüdischen Gemeinde zu Berlin „Preisstopverordnung und Mietsrecht“ (27. Jg., Nr. 29 v. 18. 7. 1937, S. 10f.) ~ Verschleuderung eines großen Teils der Bibliothek, der wertvollen Briefmarkensammlung und von Kunstmappen ~ Nov. 1938 nach Beschaffung der „Möglichkeit eines Unterkommens“ durch den Schwiegersohn Nathan Buchsbaum und der Erteilung der Einwanderungserlaubnis der Königin „nach Holland ausgewandert“ ~ Berufsverbot ~ Mai 1939 Transport der eingelagerten Wohnungseinrichtung nach Den Haag ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ seit 2. 5. 1942 Freiheitsbeschränkung durch Tragen des *Judensterns* (verpflichtend gemäß Bekanntmachung des Generalkommissars für das Sicherheitswesen v. 27. 4. 1942, Nr. 1) ~ 9. 3. 1943–26. 2. 1944 im Durchgangslager Westerbork ~ von dort nach Theresienstadt und am 9. 10. 1944 in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert.

A 16. 9. 1940: Gestapo Berlin (Rothmann) an RSHA:

► F [Bln.-Charlottenburg, Bleibtreststr. 15/16; Zeitpunkt der Abwanderung: 14. 11. 38; jetziger Aufenthalt: Haag bezw. Scheveningen; Rassezugehörigkeit: Jude; Beruf: Rechtsanwalt; Akademische Grade: Dr. jur. (Promotion ist in der Staatsbibliothek und in der deutschen Bücherei nicht verzeichnet.)] hat das Reichsgebiet unter Hinterlassung von 7.312,30 RM Steuerschulden verlassen. Inländische Vermögenswerte: in Höhe von 18.000,- RM sind sichergestellt.

■ 20./28. 3. 1941: RFSS/AA ~ 2./5. 5. 1941: RMdI/DRA ~ Am 21. 11. 1941 teilte das RMdI (Hering) dem AA, dem RMdF und

dem RSHA mit, dass die mit *Vermögensbeschlagnahme im Erstreckungswege erfolgte Ausbürgerung* der beiden Kinder *rechtsunwirksam* ist, da nach den nachträglich erfolgten Feststellungen der Sohn *bereits im Jahre 1939 in den Niederlanden verstorben* war und die Tochter *sich im Jahre 1938 [1936] in Haifa verheiratet hat*. Die gegen die genannten Personen verfügte *Vermögensbeschlagnahme ist daher gegenstandslos geworden*. Am 29. 11. 1941 vermerkte man im Amt die Änderung und berichtigte die *Statistik*, bevor der Vorgang abgelegt wurde.

Q PA/AA, R 99908; R 100034; Hepp, Liste 229 (21; 22–24: *Ehefrau* u. K) ~ Die Tochter Marion Ilka (* 18. 1. 1912 Deutsch [Berlin]-Wilmersdorf), die 1936 nach Palästina ausgewandert war und in Haifa den Kaufmann Nathan Buchsbaum (* 6. 7. 1898 Neusandetz/Galizien) geheiratet hatte, teilte nach ihrer Rückkehr nach Holland – mit ihrem Ehemann Ende Aug. 1942 verhaftet – das Deportationsschicksal ihrer Eltern, wurde selbst aber nicht ermordet (lt. Joodsmonument am 14. 10. 1944). Von Auschwitz in das „Arbeitslager“ Kurzbach (O/S) verlegt, gelang es ihr, bei der Auflösung des Außenlagers des KZ Groß-Rosen zu fliehen. M. Rathenau verw. Buchsbaum geb. Friedländer lebte später in New York; zum Lager Kurzbach vgl. Andrea Rudorff, Frauen in den Außenlagern des Konzentrationslagers Groß-Rosen, Berlin 2014 ~ D Nicht ermittelt ~ B EAB, 53471 (darin Auszug aus: OFD-Akte: 0.5210–666/41 betr. Vermögensbeschlagnahm) u. 53472 (M. I. Buchsbaum geb. Friedländer) ~ www.joodsmonument.nl (9. 4. 2020) ~ AoRB, 2007, S. 156.

18 Friedlaender, Max Oettinger, Dr. jur. (Leipzig 1894; Entziehung 1940) ~ 28. 6. 1873 Bromberg – 28. 5. 1956 Twickenham/London; ⚭ I. (1901) Bella Forchheimer (1878–1937); II. (1940) Hedwig Schneider (1880–1964).

Seit 1899 Rechtsanwalt (München) ~ Gründer und Vorsitzender des Bayerischen Anwaltverbands (1918–1933) und Vorstandsmitglied des Deutschen Anwaltvereins (1924–1933) ~ „Wegbereiter und Vordenker des Anwaltsrechts“ (Eberhard Haas/Eugen Ewig) ~ mehr als 1000 Ver-

öffentlichungen zum Anwaltsrecht ~ Sozietät mit Dr. Siegfried Jacoby (1865–1935) und dessen Bruder Dr. Hugo Jacoby (1869–1936) ~ Anfang 1938 Veräußerung des 1909/10 erbauten Hauses in der Flüggenstraße im Münchener Stadtteil Nymphenburg ~ Auflösung „der Bibliothek, die mein Vater mir ungeteilt hinterlassen hatte und die zusammen mit den von mir gesammelten Büchern über 4000 Bände umfasste“ ~ nach der *Kristallnacht* am 11. 11. 1938 Emigration mit Handgepäck und 10 RM (Schweiz; 1939 nach England) ~ Berufsverbot ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ letzte Veröffentlichung „Rechtsanwälte und Anwaltsprobleme in der schönen Literatur“ (posthum: AnWBl 1956, H. 8/9; als Buch 1957 erschienen).

A 11. 5. 1939: Gestapo München (Flesch) an Gestapa:

Der verw. Rechtsanwalt Max Friedländer [sic; letzter inländischer Wohnsitz: Nördl. Auffahrtsallee 20/II] ist deutscher Reichsangehöriger und gleich seinen Eltern und Großeltern Rassejude. Im Jahre 1911 ist er mit seiner Familie aus der Israelitischen Kultusgemeinde ausgetreten und ist seitdem konfessionslos. Friedländer studierte an den Universitäten München und Leipzig Jura und wurde am 4. 6. 1894 an der Universität Leipzig zum Dr. jur. promoviert. Nach Beendigung seines Studiums hat er sich in München als Rechtsanwalt niedergelassen. Am 4. 11. 1938 [sic] ist er nach Zürich ausgewandert.

Friedländer war Mitglied des Touristenvereins „Die Naturfreude“ Ortsgruppe München. Daraus geht ohne weiteres hervor, daß er dadurch bewusst die Ziele und Bestrebungen der SPD. finanziell unterstützt und gefördert hat. Ob Friedländer Mitglied einer der linksgerichteten Parteien war, konnte nicht festgestellt werden.

In krimineller Hinsicht ist über Friedländer Nachteiliges nicht bekannt geworden.

Friedländer war [...] verheiratet.

Aus der Ehe der Eheleute sind 4 Kinder hervorgegangen und zwar

1. Otto [...] in München gestorben.

2. Leonore Friedländer, geb. 7. 12. 1904 in München. Sie ist mit dem Universtätsassistenten Georg Bickelhelm [Halm], geb.

10. 9. 1901 in München, verheiratet.

3. Rudolf Friedländer, geb. 15. 8. 1908 in München. Dieser ist am 15. 10. 1933 nach Lyon ausgewandert.

4. Gerhard Friedländer, geb. 28. 7. 1916 in München. Dieser ist am 12. 11. 1936 nach New York ausgewandert.

Die unter 2 bis bis 4 aufgeführten Kinder des Friedländer sind hier in politischer und strafrechtlicher Hinsicht ohne Vorgänge. Mit Rücksicht darauf, daß sie nicht mehr im Brote ihres Vaters stehen, wurde von einem Antrag auf Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit Abstand genommen.

Friedländer besitzt noch folgendes Inlandsvermögen [in Höhe von insgesamt RM 42.311,30: Barguthaben, Effekten, Kommanditanteile und Geschäftsaußenstände].

Ein Schließfach beim Bankhaus Seiler & Co. München mit Schmuckgegenständen.

Tatsachen, daß sich Friedländer seit seiner Auswanderung staatsfeindlich gegen das Dritte Reich betätigt hätte, sind zwar nicht bekannt geworden, doch muß im Hinblick auf seine Rassezugehörigkeit und die Einstellung des Gesamtjudentums zum Dritten Reich damit gerechnet werden, daß er bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen Deutschland hetzen wird.

Nach Sachlage sind die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit gegeben. Es wird gebeten, beim Reichsminister des Innern die Ausbürgerung des Friedländer zu beantragen.

■ 8. 6./7. 7. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Bern keine Bedenken geltend gemacht und ergänzend mitgeteilt hatte: *Friedländer hat sich am 21. März d. J. von Zürich nach London abgemeldet*) ~ 31. 7./3. 8. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99805; Hepp, Liste 128 (19); eine spätere Ausbürgerung der Kinder – die Tochter war 1937 ihrem Mann in die USA gefolgt – ist nicht dokumentiert ~ D Das objektive Verfahren nach dem Reichsstrafprozessrechte, Leipzig 1895; Blecher, 2006, S. 425; Henn, 2007, S. 112

~ B Maecenas, 1927 u. ²1930 ~ Max Friedlaender, Lebenserinnerungen, hg. v. Bayerischen Anwaltverband, bearb. v. Tillmann Krach u. Reinhard Weber, Stuttgart 2018, S. 311 f.; www.brak.de/seiten/pdf/friedlaender.pdf ~ BHdE II, 1, 1983, S. 339 (S: G. Friedlander); Göppinger, ²1990, S. 280 f.; Krach, 1991, S. 433; Deutsche Juristen jüdischer Herkunft, 1993, S. 555–570 (Eberhard Haas u. Eugen Ewig); Weber, 2006, S. 231, 237 (H. u. S. Jacoby); Tillmann Krach, Dr. Max Friedlaender (1871–1956) – ein Leben für die deutsche Anwaltschaft, in: Henne, 2007, S. 89–92; Weber, 2012, S. 149 (S: R. Friedlaender); zu G. Halm vgl. M. Friedlaender, Lebenserinnerungen, 2018, S. 264 f.; Klemens Wittebur, Die deutsche Soziologie im Exil 1933–1945. Eine biographische Kartographie, Münster/Hamburg 1991, S. 62.

19 Fuchs (später: Foss), Martin, Dr. jur. (Jena 1911) ~ 15. 4. 1889 Berlin – 11. 6. 1969 London Airport Harlington; V: Geh. Justizrat Max Fuchs (1856–1930; seit 1891 Rechtsanwalt beim Kammergericht und später Notar; Vorsitzender der Vereinigung der Kammergerichtsanwälte); B: Dr. jur. (Göttingen) Hermann Richard Fuchs (* 1886 Berlin; Ministerialrat im RMDf, 1934 zwangsweise in den Ruhestand versetzt; 1939 nach England emigriert; 1947 britischer Staatsbürger; Beamter in der Rechtsabteilung des Britischen Militärbefehlshabers bzw. des Hohen Kommissars in Deutschland, Wahnerheide/Bad Godesberg); ♂ 1917 Hilde Schindler (* 14. 6. 1889 Berlin – Ende 1954; Kunstmalerin); S: Lukas Foss (1922–2009; „Wunderkind“, Komponist, Dirigent, Pianist und Kompositionslehrer).

Frontkämpfer (EK II) ~ 1919 Rechtsanwalt, 1921 Eintritt in die renommierte Praxis seines Vaters und dessen Sozius Justizrat Max Koch (gest. 1931), Rechtsanwälte beim Kammergericht Berlin ~ seit 1926 auch Notar (Berlin) ~ Herbst 1933 Emigration der Ehefrau mit den beiden Söhnen nach Paris und Gründung eines Pensionats für Kinder, ohne dort jedoch Fuss fassen zu können ~ nach Entziehung des Notariats 1933/34 und dem Rückgang der Anwalts-

praxis „infolge der Brandmarkung und Verfolgung der Juden von Monat zu Monat“ (M. Foss) im Sept. 1937 auf eigenen Antrag in der Liste der bei dem Kammergericht zugelassenen Rechtsanwälte gelöscht ~ im gleichen Monat mit der Ehefrau und den beiden Söhnen in die USA emigriert ~ lebte bis 1944 teils in New York, teils in der Nähe von Philadelphia ~ 1944 amerikanischer Staatsbürger und Legalisierung des Namens Foss ~ seit 1944 Professur für Philosophie am Quaker-College in Haverford/Pensylvanien.

A Am 16. 4. 1934 berichtete die DB Paris dem AA (*Inhalt: Deutschfeindliche Emigrantentätigkeit*):

Nach Mitteilung eines zuverlässigen Gewährsmannes bat die Reichsangehörige Frau Fuchs, Gattin eines in Berlin, Tiergartenstrasse wohnhaften und auch jetzt noch beruflich dort tätigen Rechtsanwalts, der häufig auf Besuch in Paris weilen soll, in Neuilly, 67/69, Rue Perronet Villa Pascal, eine Schule für die Kinder deutscher politischer Emigranten eröffnet. Die Erziehung der Kinder soll sie in auffällig deutschfeindlichem Sinne leiten. Sie beschäftigt anscheinend noch einen französischen, früher in Berlin tätig gewesenen Sprachlehrer.

Nach Mitteilung des gleichen Gewährsmannes soll Frau Fuchs heute noch Mittel zu ihrem Unterhalt von ihrem Mann aus Deutschland erhalten.

Das RMDI – am 21. April ebenso wie das Gestapa und das Reichswirtschaftsministerium über die Mitteilung unterrichtet – bat daraufhin am 27. April das Amt um Stellungnahme, ob die Betätigung der Reichsangehörigen [...] Anlass zu ihrer Ausbürgerung gibt. Gleichzeitig teilte die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung dem Amt mit, dass die dem Rechtsanwalt Dr. Martin Fuchs erteilte Genehmigung zur Vornahme von Überweisungen an seine Frau Hilde Fuchs, Neuilly, zurückgezogen wurde. Am 8. Juni antwortete die Konsulatsabt. der DB Paris (v. Campe) auf einen Erlass des Amts vom 4. Mai: *Die eingeleiteten Ermittlungen haben*

ergeben, dass es sich bei Frau Hilde FUCHS in Neuilly s/Seine um die Ehefrau des in Berlin zugelassenen Rechtsanwalts Dr. Martin Fuchs und Schwägerin des früheren Ministerialrats Dr. Richard Fuchs (Reichsfinanzministerium) handelt. Frau Fuchs leitet seit einiger Zeit zusammen mit dem französischen Professor PONCET ein internationales Kinderheim in Neuilly s/Seine, 69, rue Perronnet, mit Beteiligung am Gewinn, um den Unterhalt für sich und ihre beiden Kinder zu bestreiten. Irgendwelche Tatsachen, die die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit gemäss den der Botschaft zugegangenen Richtlinien bilden würden, sind hier nicht bekannt geworden. Diesen Bericht übersandte das Amt ausschließlich dem RMdI, wie Bülow-Schwante der DB Paris am 22. 9. 1934 mitteilte, verbunden mit dem Hinweis, dass inzwischen [am 21. Sept.] Rechtsanwalt Dr. Fuchs hier vorgesprochen und mitgeteilt habe, daß ihm bei der Überweisung der Zuschüsse an seine Frau seitens der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung Schwierigkeiten gemacht würden. Er befürchte außerdem, daß seine Frau bei der beabsichtigten Rückkehr nach Deutschland in Folge offenbar vorliegender ungünstiger Berichte über ihre Tätigkeit in Neuilly Unannehmlichkeiten haben werde. Jedenfalls habe kürzlich ein Beamter der Kriminalpolizei sich bei ihm nach der Tätigkeit seiner Frau erkundigt.

Da offenbar durch die versehentlich unterbliebene Bezugnahme in dem Erlaß vom 4. Mai d. J. der Bericht der Konsulatsabt. der Botschaft vom 8. Juni ohne Kenntnis des Berichts der Politischen Abteilung vom 17. [sic] April erstattet ist, bitte ich um beschleunigte erneute Berichterstattung, ob die Angaben des Gewährsmannes über die deutschfeindliche Betätigung der Frau F. aufrecht erhalten werden. Per Telegramm teilte die DB Paris daraufhin am 10. Okt. dem Amt mit: Erneute eingehende Nachprüfung Angelegenheit Fuchs hat Richtigkeit der mit Bericht vom 8. 6. [...] übermittelten Nachforschungsergebnisse ergeben. Die mit Bericht vom 16. 4. weitergeleiteten Angaben eines

gelegentlichen hiesigen Gewährsmannes, der im übrigen näher nicht bekannt ist, müssen hiernach als überholt und unrichtig angesehen werden. Noch am 13. Okt. teilte das Amt (Röhrecke) dem Gestapa u. a. mit: Irgendwelche Ansatzpunkt für eine deutschfeindliche Betätigung, die die Ausbürgerung der deutschen Staatsangehörigen rechtfertigen würden, sind der Botschaft nicht bekannt geworden.

Das Reichsministerium des Innern hat entsprechende Nachricht erhalten.

Weiterhin bat das Amt die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, veranlaßte Maßnahmen zurückzunehmen.

Am 22. 10. 1934 schrieb Dr. Martin Fuchs, Rechtsanwalt und Notar, Potsdamerstr. 117, an Bülow-Schwante:

„Sehr geehrter Herr Geheimrat!

Von einer Reise zurückgekehrt, erfahre ich, dass Sie inzwischen die Freundlichkeit hatten, mir telefonisch von dem Ausgang des Verfahrens gegen meine Frau Mitteilung zu machen, und dass Sie der geheimen [sic] Staatspolizei hiervon gleichfalls Mitteilung geben würden.

Ich gestatte mir, Ihnen ganz ergebenst für die freundliche Nachricht zu danken und empfehle mich Ihnen als

Ihr ganz ergebener

[Unterschrift]

Rechtsanwalt“

Eine späteres Verfahren ist nicht aktenkundig; Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund der 11. VO z. RBürgG. v. 25. 11. 1941.

Q PA/AA, R 99998 ~ D Vermögen und Vermögensverwaltung. Ein Versuch zur Konstruktion des Vermögensbegriffs im heutigen Recht, Merseburg 1911 ~ B BArch, R 3001/56639 ~ EAB, 252717, 252718 (Hilde F), 55832 (Julie F, Mutter vom M. Fuchs) ~ AoRB, 2007, S. 158 ~ Nach J. Franke (2000, S. 148) betreute H. Fuchs – „in Deutschland Malerin“ – „mit ihrem Mann [unzutreffend] ein Heim für Emigrantenkinder“; gemäss einer Tagebucheintragung Ernst Feders vom 2. 11. 1935 hielt sich „Frau Fuchs“ weiterhin in Paris auf und wurde offenbar auch von der Sûreté nationale überwacht (ebd., S. 180, 365) ~ Wilfried Gruhn, Lukas Foss, in: Lexikon verfolgter Musiker und Musikerinnen der NS-Zeit,

hg. v. Claudia Maurer Zenck [u. a.], Hamburg: Universität Hamburg, 2016: https://www.lexm.uni-hamburg.de/object/lexm_lexmperson_00003444.

20 Goldmann, Karl Moritz, Dr. jur. (Leipzig 1911; Entziehung 1941) ~ 3. 3. 1886 Leipzig – 11. 1. 1943 Strafanstalt Berlin-Plötzensee; ⚭ Elsbeth Finkler (* 1897 Tarnowitz – 1941).

Kriegsteilnehmer (verwundet) ~ seit 1919 Rechtsanwalt (Kattowitz; nach Verweigerung der polnischen Einbürgerung Rechtsanwalt in Beuthen, später in Breslau) ~ 1924 Ausschluss aus der Rechtsanwaltschaft, u. a. weil G. verschwiegen hatte, dass ihm 1914 in Sachsen aufgrund eines als Rechtsreferendar seinem Vater erteilten unzulässigen Rechtsrats die Zulassung verweigert worden war ~ Tätigkeit als Syndikus („Spezialist für Auslandsrecht“), seit 1931 in Berlin ~ 1933 dort Repetitor ~ 7. 4. 1933 Antrag auf Zulassung zur Anwaltschaft beim Landgericht Berlin ~ nach dessen Ablehnung Emigration (ČSR) ~ nach der Okkupation der Tschechei Flucht nach Belgien ~ 1941 Ausbürgerung ~ wegen angeblicher Spionage für die Briten verhaftet und 1942 durch den Volksgerichtshof wegen Landesverrats zum Tode verurteilt ~ das Landgericht Berlin und das Kammergericht sahen in den 1960er Jahren „keine rechtliche Grundlage“ (Lang) für die vom Sohn beantragte Rehabilitierung seines Vaters.

A 2. 12. 1940: Gestapo (Rothmann) an RSHA:

► *Goldmann* [verheiratet; Berlin-Wilmersdorf, Schlangenhaderstr. 97, Zeitpunkt der Abwanderung: 1. 10. 33; jetziger Aufenthalt: Brüssel; Rassezugehörigkeit: Jude; Beruf: Rechtsanwalt] ist als französischer und angeblich auch als englischer Nachrichtenagent tätig, der in Aachen wiederholt in Landesvertratsverfahren als Auftraggeber in Erscheinung getreten ist. Außerdem ist der Jude wegen Beleidigung vorbestraft. Er schuldet dem

Fernsprechrechnungsamt Berlin noch Fernsprechgebühren.

Inländische Vermögenswerte: 1/3 Anteil an dem Grundstück in Leipzig-Connewitz [...] und 1/3 Anteil an dem Grundstück in Leipzig [...] sind sichergestellt.

Ehefrau danach deutschblütig, Sohn: Mischling I. Grades; beide ebenfalls am 1. 10. 33 emigriert.

■ 10./14. 2. 1941 RFSS/AA ~ 19./ 21. 3. 1941: RMdI/DRA ~ Gegen die „Wieder-Entziehung der Einbürgerung“ legte Dr. Charles Goldmann-Finkler (Brüssel, 144, Rue Verte) am 14. 9. 1941 eigenhändig „Widerspruch“ ein:

„Ich bin niemals, auch in keinem deutschen Bundesstaate naturalisiert worden. Ich bin seit meiner Geburt immer noch tschechischer Staatsangehöriger (nach Luditz zuständig, wie mein Vater). Ich bin weder Emigrant, noch Israelit, aber evangelisch, als mindestens Halbarier anerkannt. Mein [1924] in Amsterdam geborener Sohn ist Elektriker bei der Wehrmacht. Ich bin mit tschechischem Pass nach Belgien eingereist.“ Umseitig notierte G. Daten zu seinem Militärdienst sowie zu seiner Abstammung: „Mein leiblicher Vater (Erzeuger) ist ein Herr Ripperhausen. Ich bin vom Mann meiner Mutter legitimiert worden.“

Die Eingabe des unter *Beschlagnahme des Vermögens ausgebürgerten Juden* hatte das RMdI am 12. 3. 1942 dem AA unter *Rückerbittung* und mit dem *Bemerken* übersandt, dass im *Einvernehmen* mit dem RSHA nicht beabsichtigt sei, auf die Eingabe etwas zu veranlassen. Weiter teilte das RMdI (Duckart) mit: *Nach den erneuten Feststellungen ist Goldmann getaufter Jude und hat bis zu seiner Ausbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit besessen.*

Ich stelle ergebenst anheim, den Gesuchsteller in geeigneter Weise – ohne Angabe von Gründen – ablehnend bescheiden zu lassen.

Für eine Mitteilung über das Veranlassete wäre ich dankbar.

Werner von Barga, Leiter der Dienststelle des AA Brüssel, von der Zentrale am 17. 3. 1942 angewiesen, teilte daraufhin am 13. 4. 1942 *Herrn Dr. Karl Moritz Goldmann* mit, dass sein *Einspruch* [...] *von der zuständigen Inlandsbehörde zurückgewiesen worden* sei. Über die Ausführung des Auftrages berichtete die Dienststelle nach Berlin:

Der Jude Goldmann ist mit dem in Abschrift beigelegten Schreiben vom heutigen Tage in Kenntnis gesetzt worden, dass sein Einspruch gegen die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit zurückgewiesen worden ist.

Q PA/AA, R 99903; Hepp, Liste 224 (54; 55 f.: *Ehefrau* u. S) ~ D Das gesetzliche Pfandrecht des Gastwirts nach dem Bürgerlichen Rechte des Deutschen Reiches, Leipzig 1911; Blecher, 2006, S. 425; Henne, 2007, S. 113 ~ B BArch, R 3001/57584 ~ EAB, 400252 (DS) ~ Victor von Gos-tomski (†) u. Walter Loch, *Der Tod von Plätzen-see. Erinnerungen, Ereignisse, Dokumente 1942–1944*, Frankfurt a. M. 1993, S. 78 („Dieser ‚Exiltscheche‘ deutscher Herkunft, den die Nationalsozialisten durch Europa trieben, ist für die deutsche Bürokratie, tschechischer Nationalität“), S. 239 f. (Nachweis: Mordregister G 765; BArch) u. Anhang: 11. 1. 1943; Lang, 2014, S. 340 f.

21 Goldschmidt, *Gustav* Alexander Georg, Dr. jur. (Jena; *Entziehung*) ~ * 25. 4. 1878 Berlin – 20. 5. 1940 London (Suizid); ⚭ Gertrud Therese Arnheim (1888–1977 Den Haag); S: Werner G. (* 1913; 1933–1936 Jura-Studium in Leiden, später Rechtsanwalt in Rotterdam).

Seit 1905 Rechtsanwalt (Berlin), seit 1929 beim Kammergericht zugelassen ~ Sozialdemokrat ~ 1928–1930 Vorstandsmitglied der RAK Berlin ~ „als solcher [Rechtsanwalt und Notar] zum Ministerialrat im Preußischen Justizministerium befördert“ (Ministerialdirektor a. D. Dr. Otto Hartwig, 1952) ~ „der erste und einzige, dem diese Auszeichnung, zugleich eine große Konzession an den Anwaltsstand, zuteil wurde“ (Max Friedlaender) ~ am 1. 10. 1933 als

„Halbjude und mit einer Volljüdin verheiratet – sowie aus Gruenden der Weltanschauung (Mitglied der SDAP) fristlos und ohne jegliche Pension oder Wartegeld auf die Strasse gesetzt“, so die Tochter im Entschädigungsverfahren 1958 ~ seit 2. 1. 1934 in s’Gravenhage/Holland ~ Berater für internationales Recht ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ am 14. 7. 1940 – am Tag der Kapitulation der Niederlande – mit der Familie Flucht in einem offenen Rettungsboot nach England ~ Suizid nach Nervenzusammenbruch ~ nach 1945 Rückkehr der Familie nach Holland.

A 5. 9. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa:

Der Obengenannte besitzt nach der am 24. 3. 36 vorgenommenen Prüfung die deutsche Staatsangehörigkeit.

Nach den von hier getroffenen Ermittlungen gehört er der jüdischen Rasse an.

Er hatte seinen letzten inländischen Wohnsitz in Bln.-Charlottenburg, Weimarer Str. 46 und hat das Reichsgebiet laut polizeilicher Abmeldung am 2. 1. 1934 verlassen.

Goldschmidt hält sich jetzt in Haag auf. Im Juni 1937 beantragte er bei dem Deutschen Konsulat in Rotterdam die Erneuerung seines deutschen Reisepasses.

Über ihn ist in politischer Hinsicht folgendes ermittelt worden: Goldschmidt war früher Ministerialrat im Preussischen Justizministerium. Da er als Mitglied der SPD. und dem republikanischen Richterbunde angehörte, wurde er auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums am 7. 4. 1933 entlassen.

Vorstrafen politischer und krimineller Art sind über ihn nicht verzeichnet.

Insbesondere hat ein Verfahren wegen Hoch- oder Landesverrats gegen ihn nicht geschwebt.

Goldschmidt besitzt in Deutschland keine Vermögenswerte.

An welcher Universität und vor welcher Fakultät Goldschmidt den Dokortitel erworben hat, hat sich nicht ermitteln lassen.

Er hat am 19. 6. 1911 mit der Jüdin [...] die Ehe geschlossen.

Über die Ehefrau ist Nachteiliges in politischer und krimineller Hinsicht nicht zu ermitteln gewesen. Sie hat mit ihm das Reichsgebiet verlassen. [...] Seine beiden Kinder haben mit den Eltern das Reichsgebiet verlassen.

Da der Jude durch sein Verhalten seine Pflicht als deutscher Staatsbürger verletzt hat, halte ich die Aberkennung seiner deutschen Staatsangehörigkeit für erforderlich. Gleichzeitig bitte ich, da die Ehefrau durch ihr Verhalten die Handlungen des Ehemannes billigt, die Ausbürgerung auch auf sie und die Kinder [...] zu erstrecken.

■ 8. 12. 1938/7. 1. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag aus außenpolitischen Gründen keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 26./28. 1. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99753; Hepp, Liste 89 (24; 25–27: *Ehefrau u. K*) ~ D Im KVK nicht ermittelt ~ B EAB, 50639 ~ Gruchmann, 1987, S. 223 f.; Friedlaender, 2018, S. 189 u. 425. (Biogramm).

22 Guggenheim, Siegfried Esriel, Dr. jur. (Heidelberg 1896; *Entziehung* 1942) ~ 12. 10. 1873 Worms – 31. 1. 1961 Flushing/New York; ∞ 1901 Eugenie Bloch (1878–1984 New York).

Seit 1900 Rechtsanwalt und seit 1919 Notar (1937: Offenbach/Main; Tulpenhofstr. 54) ~ Sozius des späteren hessischen Justizministers und Reichstagsabgeordneten Dr. Otto von Brentano di Tremezzo (1855–1927), später Sozietät mit Dr. jur. Eduard Lachmann und Karl Kanka (seit 1929) ~ 1907 Mitgründer, Vorstandsmitglied und seit 1927 Vorsitzender des „Vereins für Kunstpflege“ (Offenbach) ~ 1915 Herausgeber der Festschrift „Aus der Vergangenheit der Israelitischen Gemeinde zu Offenbach am Main. Zur Einweihung der neuen Synagoge“ ~ Unteroffizier der Reserve ~ März–Juni 1916 Kriegsdienst (Landsturm) ~ Freimaurer ~ 1906 Vorstandsmitglied und 1933–1938 letzter Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Offenbach ~ 1918–1933 Ortsvorsitzender des Vereins für jüdische Geschichte und Literatur und 1. Vorsitzender des Reichsbundes jüdischer

Kulturbünde Deutschlands ~ Vorsitzender der CV-Ortsgruppe Offenbach und 1932/33 Mitglied im Hauptvorstand des CV ~ Verfasser von nicht mehr nachweisbaren Flugschriften und Broschüren zur Abwehr des Antisemitismus ~ Sammler und Mäzen der Buch- und Schriftkunst ~ Mitglied der Soncino-Gesellschaft ~ veröffentlichte 1927 im Selbstverlag die von Schrift- und Buchkünstlern der „Offenbacher Schule“ gestaltete „Offenbacher Haggadah“ ~ Frühjahr 1927 Präsentation jüdisch-ritueller Kunstwerke aus dem Besitz Guggenheims in der den Arbeiten des Schriftkünstlers Rudolf Koch (1876–1934) und seiner Offenbacher Werkstatt gewidmeten umfassenden Ausstellung „Schrift und Handwerk“ im Hessischen Gewerbemuseum in Darmstadt ~ 1933 als Notar entlassen ~ Auflösung der Sozietät Guggenheim u. Lachmann „im besten Einvernehmen“ (Dr. K. Kanka, 1961) ~ weiterhin als Rechtsanwalt zugelassen ~ Ausgrenzung und Drangsalierung, Rückgang der Praxis ~ 1936 USA-Reise ~ vergebliche Bemühungen, Teile seiner Sammlung an das Department of Printing and Graphic Arts der Harvard College Library in Cambridge (Massachusetts/USA) zu verkaufen ~ seit 9./10. 11. 1938 in *Schutzhaft*, vom 11. bis 23. 11. 1938 in Buchenwald: „Ja, diese Schweinehunde! Als wir ins Conz.-Lager kamen, war einer der ersten Befehle: ‚Orden und Ehrenzeichen ablegen, das gilt hier nicht.‘ Dann wurde einem der Kopf geschoren, wie im Zuchthaus. Nur *ich* wurde verschont, weniger wegen meiner Verdienste um die Kehilla, als weil sie auf meinem Haupt nichts zu scheren fanden.“ (12. 3. 1946 an Karl Wolfskehl) ~ Berufsverbot ~ nach kurzem Aufenthalt im Jüdischen Krankenhaus in Frankfurt am Main mit seiner Ehefrau emigriert (USA) ~ Mitnahme seiner Sammlungen und des Mobiliars ~ Ende 1940 Einstellung der Versorgungsbezüge ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ bis zu seinem Tod wohnhaft in Flushing, New York ~ ungeachtet der Unterstützung durch Verwandte in ständiger „Geldnot

[...] dank dem Würger [Hitler]“ ~ Veräußerung von Büchern und von Teilen seiner Sammlung (u. a. eines Wandteppichs an das Jüdische Museum in New York und der Handschrift „Die Gebete Israels“ von Friedrich Heinrichsen an die Newberry Library in Chicago) ~ 1948 Ehrenbürger der Stadt Offenbach ~ Übernahme der Sammlung Guggenheim durch die Stadt Offenbach ~ die Hälfte des Kaufpreises stiftete Friedrich Hengst, der 1923 in das Offenbacher Bankhaus S. Merzbach eingetreten war und dieses 1938 nach dem erzwungenen Ausscheiden der jüdischen Inhaber als alleiniger Inhaber übernommen, aber noch im gleichen Jahr „auf politischen Druck“ (E. Stein) hin in Friedrich Hengst & Co hatte ändern müssen ~ 1956 „Rückkehr“ der Sammlung Guggenheim nach Offenbach ~ 1958 wurde ein Teil der Sammlung im Rahmen einer Wanderausstellung des Klingspor Museums vorübergehend in New York gezeigt ~ entsprechend testamentarischer Verfügung Guggenheims Urnenbeisetzung im Familiengrab der Ehefrau auf dem jüdischen Teil des Alten Friedhofs in Offenbach, unter Teilnahme u. a. von Bundesminister Dr. Heinrich von Brentano, dem Sohn seines früheren Sozius ~ auch Eugenie Guggenheim fand hier ihre letzte Ruhestätte ~ das Wiedergutmachungsverfahren, betrieben von Dr. Karl Kanka, war beim Tod Guggenheims nicht abgeschlossen.

A 6. 12. 1940: Gestapo Darmstadt (Lange) an RSHA:

► *Guggenheim [Offenbach, Tulpenhofstr. 51; Zeitpunkt der Abwanderung: 26. 11. 38; jetziger Aufenthalt: New York; Jude; Rechtsanwalt und Notar; Akademische Grade: Guggenheim promovierte am 30. 6. 25 an der Juristischen Fakultät d. Univ. Leipzig (sic) zum Dr. jur.] war Hochgrad Freimaurer, Mitglied der Frankfurter Loge in Frankfurt/M. und Mitglied der Westmark-Vereinigung in Aachen, die beide dem staatsfeindlichen Orden Bne-Briss angeschlossen waren. In der Zeit vom 11. 11.-23. 11. 38 war er im Kl.*

Buchenwald untergebracht. Als 1. Vorsitzender des ehem. Reichsbundes jüdischer Kulturbünde Deutschlands wurde er durch seine zionistische Haltung besonders bekannt und gehört zu den sogenannten prominenten Emigranten. Ausserdem war er Bezieher marxistischer Zeitungen und bewies dadurch seine staatsfeindliche Einstellung, die er vermutlich auch im Ausland beibehalten hat.

Vorstrafen und schwebende Verfahren wegen krimineller Straftaten: Guggenheim gilt nach dem eingeholten Strafregistrauszug als nicht vorbestraft.

Inländische Vermögenswerte: Guggenheim unterhält bei dem Bankhaus Hengst & Co. in Offenbach ein Sonderkonto für Versorgungsbezüge in Höhe von RM 1.551,54. Eine Sicherstellung ist erfolgt.

Weiterhin Sicherstellung von Grundstücken und Sperrung der Versorgungsbezüge als Notar.

■ 27. 1./5. 2. 1941: RFSS/AA ~ 4. 3./

7. 3. 1941: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99900; Hepp, Liste 221 (51; 52 f.: *Ehefrau* u. S: Ernst Daniel Josef (* 1902; seit 1927 in den USA und zum Zeitpunkt der Ausbürgerung mutmaßlich bereits amerikanischer Staatsbürger); eine Ausbürgerung der *Tochter* Bertel, seit 1934 verheiratet mit Dr. Erich Mayer und ebenfalls in die USA emigriert, ist nicht dokumentiert ~ D Nicht ermittelt; Moritz, 2001, S. 556; die Angabe im Ausbürgerungsantrag, dass Guggenheim 1925 in Leipzig promoviert worden sei, beruht auf einer Verwechslung ~ B LBI, Siegfried Guggenheim Collection, 1791–1969 ~ BHdE I, 1980, S. 253; Karl Wolfskehl's Briefwechsel aus Neuseeland 1938–1948. Mit einem Vorwort von Paul Hoffmann hg. v. Cornelia Blasberg, Darmstadt 1988, Bd. I, S. 613–617, 614, II, S. 1183 f.; Jörg Füllgrabe, „Ich fühle mich so deutsch wie früher“ – Die Briefe Dr. Siegfried Guggenheims an Dr. Karl Kanka 1947–1960, in: Klaus Werner (Hg.), *Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main*, Bd. 3: Werden und Vergehen – Aufstieg, Buchdruck, Friedhöfe, Erinnerungen, Offenbach am Main 1994, S. 128–150; ABJ 10, 2002, S. 22–28; Anjali Pujari [u. a.] (Hg.), *Im Glauben an das Exquisite. Siegfried Guggenheim (1873–1961). Ein jüdischer Mäzen der Buch- und Schriftkunst*, Weimar 2011; Schumacher, 2012, S. 20 f.;

Hauschke-Wicklaus, 2017, S. 105–107 ~ Zu K. Kanka: BHMDb, Bd. 1 (2002), S. 404; die von J. Füllgrabe veröffentlichten Briefe Guggenheims sind nicht Teil des Nachlasses Kanka im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (Sankt Augustin); zu F. Hengst und zur „Arisierung“ der 1832 von Siegmund Merzbach gegründeten Offenbacher Privatbank vgl. Ingo Köhler, Die „Arisierung“ der Privatbanken im Dritten Reich. Verdrängung, Ausschaltung und die Frage der Wiedergutmachung, München ²2008 (¹2005), bes. S. 151 u. 340.

23 Hahn, Oskar, Dr. jur. (Frankfurt 1920; *Entziehung* 1941) ~ 9. 2. 1897 Frankfurt a. M. – 1956 Nairobi; *B*: Rechtsanwalt Dr. Paul H. (1891–1962 New York); © Elisabeth Gottschalk gesch. Schloß (* 1897 Mayen/Rhld.).

Frontkämpfer ~ seit Anfang 1923 Rechtsanwalt ~ Vorstandsmitglied des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus ~ nach 1933 weiterhin als Anwalt zugelassen und Syndikus der 1936 sanierten Fa. J. Adler junior in Frankfurt a. M., einer Eisen- und Schrottgroßhandlung ~ nach dem Tod des *jüdischen Betriebsführers* Albert Rothschild (1. 3. 1872–16. 5. 1938) unterzeichnete H. als *Personalchef* des Unternehmens einen in der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 250 vom 18. Mai, Erstes Morgenblatt) veröffentlichten Nachruf: *Diesen Nachruf diktierte Hahn im Beisein des Betriebsobmanns, Parteigenossen Paul Herrmann [...]. Herrmann machte keine Einwendungen, da er annahm, dass dieser Nachruf nur von den jüdischen Gefolgschaftsmitgliedern [40] ausginge. Herrmann war in dieser Annahme insbesondere dadurch bestärkt, weil er bereits vorher die Teilnahme an der Beerdigung den deutschblütigen Gefolgschaftsmitgliedern [145] untersagt hatte. Dies war dem Juden Hahn bekannt.* Wie die Gestapo Frankfurt a. M. dem Gestapo am 18. Juni weiterhin mitteilte, hatte eine Veröffentlichung des gleichen Nachrufs im „Frankfurter General-Anzeiger“ (Nr. 144 vom 17. 5. 1933) *bei etwa 1000 Exemplaren noch unterbunden werden können.* Aus dem *Nachruf der Gefolgschaft*

zitierte die Gestapo nur den offenbar als besonders anstößig empfundenen Satz „Er wird stets als Vorbild in uns fortleben und von uns nicht vergessen werden“. H., am 19. Mai festgenommen, wurde am 29. Mai wieder aus der *Schutzhaft* entlassen; auch die *Jüdin Lydia Seligmann*, die als Anzeigenvertreterin den Nachruf entgegengenommen hatte, wurde kurzzeitig inhaftiert: *Hahn hat auf hiesige Vorstellungen den Posten des Personalchefs niedergelegt und betätigt sich nur noch als Rechtsberater der Firma. Er beabsichtigt in nächster Zeit mit seiner Familie nach Afrika auszuwandern. [...]* *Hahn ist als Rechtsanwalt bei dem Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. zugelassen. Der Präsident der Rechtsanwaltskammer hat Kenntnis erhalten, um gegen Hahn vorzugehen.* (Unter der Überschrift *Die Todesanzeige des Juden Rothschild in Frankfurt* schlachtete das von Julius Streicher herausgegebene antisemitische Hetzblatt „Der Stürmer“ [1938/29] den Fall aus. Auf Veranlassung des Gestapa informierte der RMfVP die Reichspropagandaämter, dass der Reichsverband der deutschen Zeitungsverleger seine Mitglieder ersuchen werde, *die Annahme von Nachrufen auf jüdische Betriebsführer abzulehnen.* Der Reichsverband, vom Gestapa ebenfalls unterrichtet, rügte den Vorgang als *Verstoß gegen unsere Anweisung* und machte den *beiden Frankfurter Verlagen die Auflage, alle Massnahmen zu treffen, die geeignet sind, derartige Verstöße in der Zukunft zu vermeiden.* Am 6. Aug. teilte er dem RMfVP im Nachgang zu einem Schreiben vom 29. Juli mit, *dass sowohl die „Frankfurter Zeitung“, als auch der „Frankfurter General-Anzeiger“ seit Juli dieses Jahres jüdische Anzeigen grundsätzlich nicht mehr veröffentlichen.* Am 7. Sept. schrieb man im Gestapa zu den Akten: *Pressepolitisch ist nichts mehr zu veranlassen.* ~ 1938 Berufsverbot und Emigration (Nairobi) ~ Hotelier ~ 1941 *Ausbürgerung.*

A 12. 4. 1941: RSHA (Engelmann) an RMdI:

Der Jude Oskar Hahn [Frankfurt a. M., Bl(ö)hmerstr. Nr. 51] besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit und ist nach Australien emigriert. Er hat als Personalchef der Firma Adler jun. in Frankfurt a. M. anlässlich des Todes des jüdischen Firmeninhabers am 18. 5. 1938 in der Frankfurter Zeitung unter dem Namen der Gefolgschaft, die zum weitaus größten Teil deutschblütig war, ohne ihr Wissen einen Nachruf veröffentlicht. In diesem verherrlichte er die Tätigkeit des verstorbenen Inhabers und stellte ihn der Gefolgschaft als Vorbild hin. Durch dieses freche jüdische Verhalten beleidigte er die arische Gefolgschaft aufs gröblichste und rief unter der Bevölkerung allgemeine Empörung hervor. Die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit und die Erstreckung der Ausbürgerung auf seine eingangs [im Betreff] genannte Ehefrau, die das Reichsgebiet ebenfalls verlassen hat, sind daher gegeben.

Ich bitte, das Weitere zu veranlassen. Da die Eheleute noch Vermögenswerte im Inlande hinterlassen haben, bitte ich, auch die Vermögensbeschlagnahme und Verfallerkklärung auszusprechen.

[...]

Von dem Abschluss des Verfahrens bitte ich mich zu unterrichten.

■ 12./21. 4. 1941: RFSS/AA ~ 22./

26. 5. 1941: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99912; Hepp, Liste 233 (54; 55: Ehefrau) ~ **D** Der Widerruf des gemeinschaftlichen Testaments nach dem B.G.B., 1920; Becker, [1994], S. 40 u. 65 ~ **B** BArch, R 3001/58720; R 58/768 ~ Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 154 f., 155 (P. Hahn); zum Nachruf in der „Frankfurter Zeitung“, aber ohne Nennung des Namens: Münzel, 2014, S. 54; ergänzend (ohne Hinweis auf den Nachruf, jedoch mit der Erwähnung der Verhaftung eines engen Bekannten von Max Rothschild (* 11. 9. 1876; Bruder von A. Rothschild), der sich auch deshalb geweigert habe, von einer Auslandsreise nach Frankfurt zurückzukehren: Nietzel, 2012, S. 116.

24 Hayum, Heinrich (Heinz), Dr. jur. (Tübingen 1927; Entziehung 1941) ~ 10. 8. 1904 Tübingen – 9. 2. 1963 Seattle, USA; V: Dr. jur. Simon H. (1867–1948

Cleveland; Rechtsanwalt, DDP-Stadtverordneter; verzichtete 1934 zu Gunsten seines Sohnes auf die weitere Berufsausübung, an der Praxis weiter beteiligt, die formell von seinem Sohn und seinem Neffen Julius Katz bis zu deren Emigration und danach vertretungsweise von Erich Dessauer bis 1938 fortgeführt wurde; 1939 Emigration in die Schweiz, von dort 1941 in die USA); ♂ Ellen Julie Oppenheimer (1908–1982).

Seit 1929 Rechtsanwalt (Tübingen) ~ 1933 Berufsverbot, später wieder zugelassen ~ 1938 Mitarbeiter der juristischen Abteilung des Bankhauses M. M. Warburg in Berlin ~ 5. 9. 1938 Aufgabe der Zulassung ~ Emigration (USA) ~ 1941 Ausbürgerung ~ Buchhalter, später Wirtschaftsprüfer und Steuerberater.

A 14. 12. 1940: Gestapo Berlin (Rothmann) an RSHA:

► *Dr. Hayum [Jude, früherer Rechtsanwalt], Bln. Halensee, Bornimer Str. 15 [jetziger Aufenthalt: Amerika], ist im Berliner Fernsprechbuch auf Seite 452 [Ausgabe April 1937, Stand vom 21. 12. 1936, S. 461:*

„Kfm.“] und im Berliner Adreßbuch Band 3 auf Seite 1309 als „Rechtsanwalt“ verzeichnet, obwohl er in der Liste der zugelassenen Rechtsanwälte nicht enthalten ist.

Nach der Reichsrechtsanwaltsordnung in der Fassung vom 21. 2. 1936 dürfen sich „Rechtsanwälte“ nur die in Deutschland zugelassenen Rechtsanwälte nennen. Nach § 28 Abs. 2 ist es auch früheren Rechtsanwälten nicht gestattet, die Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“, selbst nicht mit einem auf das Erlöschen der Zulassung hinweisenden Zusatz zu führen. Es sei denn, daß ihnen die Weiterführung dieser Berufsbezeichnung auf Vorschlag des Präsidenten der Reichsrechtsanwaltskammer von dem Reichsminister der Justiz gestattet wird.

Danach stellt die Bezeichnung „Rechtsanwalt“ eine Berufsbezeichnung dar, die nur von wirklich in Deutschland zugelassenen Rechtsanwälten geführt werden darf. Dr. H.

hat sich der unbefugten Titelführung schuldig gemacht.

Vorstrafen und schwebende Verfahren wegen politischer Straftaten: keine.

Vorstrafen und schwebende Verfahren wegen krimineller Straftaten: Das Verfahren wegen unbefugter Titelführung, unbefugter Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten und unl. Wettbewerbs ist wegen Abwesenheit vorläufig eingestellt worden.

Inländische Vermögenswerte: Für die jüdischen Eheleute konnte lediglich ein Anteil für die Ehefrau an dem Nachlaß des Juden Henry Israel Oppenheimer festgestellt werden. Die Nutznießung aus dem Nachlaß steht gegenwärtig noch der Mutter der Auszubürgenden, Anna Sara Oppenheimer, zu. Da die Nutznießung inzwischen kapitalisiert worden ist, steht der Auszubürgenden nach den bisherigen Feststellungen ein Anteil an dem Nachlaß in Höhe von etwa 12.000,- RM zu. Ein genauer Betrag kann z. Zt. noch nicht angegeben werden, da die entsprechenden Erhebungen schwierig sind und daher noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden.

Ich bitte, die Vermögensverfallerklärung auszusprechen. [...]

Die Ehefrau (*Jüdin*) und die Tochter waren danach ebenfalls am 3. 9. 38 nach Amerika emigriert.

■ 14./20. 5. 1941: RFSS/AA ~ 14./

18. 7. 1941: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99917; Hepp, Liste 245 (99; 100 f.: Ehefrau u. K) ~ **D** Die Grenzen der Mehrheits-herrschaft in der Generalversammlung der Aktiengesellschaft, (Tübingen) 1927 ~ **B** S. Hayum, Erinnerungen aus dem Exil. Lebensweg eines Tübinger Bürgers. Hg. v. d. Geschichtswerkstatt Tübingen, Tübingen 2005, S. 51, 107 ~ Marx, 1965, S. 205 f.; Lang, 2008, S. 52 f.; zu S. Hayum weiter: Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 114 (mit Hinweis auf die Erinnerungen, LBI: Slg. H. Koppel) ~ BArch, R 3001/59339 ~ Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 148; Lang, 2014, S. 748/Anm. 747 ~ Der Bruder von S. Hayum betrieb in der Schweiz eine Textil-firma und bürgte für dessen Aufenthalt in der Schweiz; SwissA: Dossier „Dommages de guerre Hayum's Sohn & Co., Joseph“ (1943–1947) ~ zu E. Dessauer (1887–1944 Auschwitz; die Ehefrau

überlebte; *Stolperstein*: Stuttgart, Uhlandstr. 21): Marx, 1965, S. 179; Göppinger, 1990, S. 241; Lang, 2008, S. 52; www.stolpersteine-stuttgart.de/index.php?docid=526 (Barbara Heuss-Czisch u. Jennifer Lauxmann), Zugriff: 30. 5. 2017 ~ zu J. Katz (1887–1948 Los Angeles): SwissA, Dossier 1932–1934; Marx, 1965, S. 206; 179; Lang, 2008, S. 54.

25 Herzfeld, Ernst Salomon, Dr. jur. (Breslau 1899; Entziehung 1940) ~ 14. 2. 1875 Graetz/Prov. Posen – 1948 Buenos Aires; ♂ Clara Frankenstein (* 1879 Essen); S: → Ernst Julius und → Walter.

Seit 1902 Rechtsanwalt (bis 1903 Posen, danach in Essen) und seit 1920 Notar ~ assoziiert mit Max Abel, Dr. David Krombach (1884–1942 Izbica) und seinem Sohn Ernst Julius ~ „einer der bedeutendsten [Anwälte] des gesamten Ruhrgebiets“ (B. Schmalhausen) ~ 1934 als Notar entlassen ~ 1936 Berufsverbot ~ 1936–1938 letzter Präsident des CV ~ 1939 Emigration (Palästina) ~ Tätigkeit in der Versicherungsagentur seines Schwiegersohns Robert Marcus (1901–1978) ~ 1940 Ausbürgerung ~ bei einem Besuch seines Sohnes in Argentinien gestorben.

A 26. 4. 1940: Gestapo Düsseldorf (Dr. Venter) an RSHA:

Ich bitte, gegen den Juden und deutschen Staatsangehörigen Dr. Salomon Herzfeld [Essen, Schubertstr. 41], der [...] am 15. 1. 1939 mit seiner Ehefrau und der Tochter Hilde Sara von Essen nach Tel-Aviv zur polizeilichen Abmeldung gelangte, ein Verfahren gemäss § 2 des Gesetzes vom 14. 7. 1933 [...] einzuleiten.

H. hat der „Glückauf-Loge“ in Essen angehört, die als Tochterorganisation des „Unabhängigen Ordens Bne Brith“ durch Erlass des Reichsführers SS [...] vom 10. 4. 1937 [...] aufgelöst wurde. Noch nach der nationalsozialistischen Erhebung hat sich H. in reger Weise im assimilatorischen Sinne betätigt. So hat er am 19. 10. 1937 auf einem Delegiertenabend des „Jüdischen Centralvereins e. V.“, Berlin W 15, im Brüdervereinshaus in Berlin

W 62, Kurfürstenstrasse 116, ein Referat gehalten, das geeignet war, die Auswanderung der Juden aus Deutschland erheblich zu beeinträchtigen. Vorbestraft ist H. nicht. Steuerrückstände oder sonstige Schulden hat er nicht hinterlassen.

Die Ehefrau und die Tochter Hilde Sara sind in politischer und strafrechtlicher Hinsicht nicht hervorgetreten. Steuerrückstände oder sonstige Schulden haben sie nicht hinterlassen.

Neben der Tochter Hilde Sara sind noch weitere drei Kinder aus der Ehe des Juden H. hervorgegangen, und zwar:

a) *Dr. Ernst Julius Herzfeld [...]*

b) *Walter [...]*

c) *Hanna Sara Herzfeld, geb. am 18. 11. 1919 in Essen.*

Dr. Ernst Julius Herzfeld gelangte am 1. 6. 1934 von Essen nach Köln, Terrassenweg 10, zur polizeilichen Abmeldung. Er hat ebenfalls der „Glückauf-Loge“ in Essen angehört. Wie mir die Staatspolizeistelle Köln mitteilt, ist Ernst Julius H. mit seiner Ehefrau ausgewandert und seine Ausbürgerung bereits beantragt.

Walter Herzfeld ist von mir [...] zur Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vorgeschlagen worden.

Im Hinblick auf die frühere Zugehörigkeit des Juden Dr. Salomon Herzfeld zu der aufgelösten „Glückauf-Loge“ in Essen dürften die Voraussetzungen zur Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit gemäss Erlass des Reichsführers SS [...] vom 30. 3. 1937 [...] erfüllt sein.

■ 28. 5./4. 6. 1940: RFSS/AA ~ 15./20. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99869; Hepp, Liste 191 (102;103 f.: Ehefrau u. T; eine Ausbürgerung der Tochter Hanna und des Schwiegersohns R. Marcus ist nicht dokumentiert) ~ **D** Beiträge zur Lehre von der hypothekarischen Succession, Würzburg 1898; Kranich, 2012, S. 169 ~ **B** Yad Vashem, Ernst Herzfeld: Testimonies, Diaries and Memoirs Collection ~ Meine letzten Jahre in Deutschland 1933–1938 [stichwortartige Niederschrift von Justizrat Dr. Julius Brodnitz (1864–1936) v. Ende April 1934], in: Das Münster am Hellweg 38 (1985), S. 167–220; Richarz

II, 1979, S. 459–475 ~ Schröter, 1980, S. 581 u. 761; Weinberg, Chava, früher: Hilde geb. Herzfeld; BHdE I, 1980, S. 290; E. → Lichtenstein, 1985, S. 33 u. 227; Walk, 1988, S. 150; Göppinger, 1990, S. 288; Schmalhausen, 2006, S. 65 f.

26 Herzfeld, Ernst Robert Kurt, Dr. jur. (Jena 1914; Entziehung) ~ * 22. 9. 1888 Berlin; Ⓜ Helene Lotte Babette Eckart (* 1900 Königsberg/Pr.).

Rechtsanwalt (Berlin) ~ zeitweilig Bürogemeinschaft mit Dr. Joseph Herzfeld (1853–1939 Ritten/Collabo b. Bozen; M.d.R. 1898–1907, 1912–1918, SPD/USPD u. 1920 – Dez. 1924 USPD/KPD) ~ als Anwalt auch für die Rote Hilfe tätig ~ 1933 Berufsverbot ~ Emigration ~ 1940 Ausbürgerung.

A 27. 1. 1940: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an RSHA:

Ich beantrage die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Rechtsanwalts Dr. jur. Herzfeld [...]; Jude; Berlin-Charlottenburg, Niebuhrstr. 8; letzter bekannter Aufenthalt: Schweiz; Abwanderung: 31. 12. 1935.

► *H. trat in Prozessen als Verteidiger von Kommunisten und der „Roten Hilfe“ auf. Er war Mitglied des Kuratoriums der Kinderheime der „R.H.“ und betätigte sich als Spender der „R.H.“.*

Nähere Einzelheiten über seine Tätigkeit als Kommunistenverteidiger konnten nicht festgestellt werden. Wenn er sich auch bereits seit 1925 [sic] im Auslande befindet, ist ohne weiteres anzunehmen, daß er als Intellektueller im Auslande gegen das Deutsche Reich hetzt, zumal er aus dem Hause des bekannten komm. Reichstagsabgeordneten Dr. Josef Herzfeld stammt.

Inländische Vermögenswerte sind nicht bekannt.

Der Genannte ist verheiratet mit [...], deutschblütig, Tag der Eheschließung: 20. 8. 1924. Politischer und krimineller Leumund: Nichts Nachteiliges.

Aus der Ehe ist das Kind [...] hervorgegangen.

Die Erstreckung der Aberkennung auf die Ehefrau und das Kind wird beantragt, da diese das Reichsgebiet ebenfalls verlassen haben.

■ 27.2./6.3.1940: RFSS/AA ~ 16./20.4.1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99848; Hepp, Liste 170 (55; 56f. (Ehefrau u. K) ~ D Zur Auslegung des § 105, Abs. 1 BGB. Ein Beitrag zur Lehre von der Stellung des Geisteskranken im rechtsgeschäftlichen Verkehr, Borna-Leipzig 1914 ~ B BAArch, R 3001/60199 ~ Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 162; AoRB, 2007, S. 175, 174 f.: J. Herzfeld (ergänzend SwissA, Dossier 1938–1952; M.d.R., 31994, S. 596/Nr. 600 mit weiteren Nachweisen).

27 Herzstein, Max, Dr. jur. (Erlangen 1915; Entziehung 1938) ~ *9.2.1892 Fürth; ⚭ Anna Stark (*1901 Nürnberg; 1942 über Theresienstadt nach Auschwitz deportiert).

Seit 1920 Rechtsanwalt (Würzburg, seit 1921 Fürth) ~ 12.9.1933 Berufsverbot ~ Emigration (Prag) ~ 1934 übermittelt die DG Prag dem AA ein undatiertes Rundschreiben Herzsteins über die Eröffnung eines Rechtsberatungsbüros in Prag („Sachverständiger für Deutsches Recht“) ~ 1938 Ausbürgerung ~ April 1939 Versuch über Polen nach England zu gelangen ~ letztes Lebenszeichen aus Lemberg.

A 2.10.1937: Gestapo Nürnberg an Gestapa:

Ich schlage vor, dem Juden Herzstein, Dr. jur. Max, Rechtsanwalt [...] und seinen Familienangehörigen [...], sämtliche nunmehr wohnhaft Prag XIX, Čechowa 7 gemäß § 2 des Ges. v. 14.7.1933 [...] der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig zu erklären.

1. Herzstein und seine Familienangehörigen besitzen durch Geburt die bayerische und die deutsche Staatsangehörigkeit.

2. Sämtliche Personen sind Rasse- und Bekenntnisjuden.

3. Über ihren Lebenslauf ist folgendes bekannt:

Max Herzstein ist der Sohn des früheren Professors an der Israelitischen Hochschule in

Fürth, Dr. phil. Salomon Herzstein [...]. Herzstein übte gemeinsam mit dem inzwischen verstorbenen Justizrat [Hans] Scherer die Anwaltspraxis aus. Dieses Verhältnis wurde durch Scherer gelöst, worauf Herzstein im Juli 1933 nach Prag auswanderte, um sich eine neue Existenz zu suchen. Seine Familie folgte im Oktober 1933.

4. In politischer Hinsicht ist Herzstein während seines Aufenthalts in Fürth nicht hervorgetreten. Seine marxistische Gesinnung war jedoch bekannt und er machte daraus keinen Hehl. Weiterhin gehörte er dem Ausschuss der Maimonides-Loge „für geistige und soziale Interessen“ an und war auch Mitglied des „Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“.

Am 12.2.1936 hielt er in Teplitz-Schönau im Volksverein „Zion“ einen Vortrag über jüdische Wissenschaft. Nach einem Artikel aus dem Wirtschaftsteil des „Prager Tagblattes“ Nr. 198 vom 20.8.1935 ist Herzstein Mitarbeiter dieses Blattes, das wegen seiner Deutschfeindlichkeit bekannt war und seit 25.5.1933 in Deutschland verboten ist.

5. Wegen krimineller Vergehen sind Herzstein und seine Familienangehörigen nicht vorbestraft. Ihre Straflisten weisen keinen Eintrag auf.

6. Die Familie Herzstein besitzt im Inland keine Vermögenswerte mehr, dagegen sind die Eltern der Ehefrau Herzstein noch sehr vermögend und es ist bei deren Todesfall eine größere Erbschaft zu erwarten.

7. Personalien [...]

Die Ausbürgerung des Herzstein und seiner Angehörigen ist aus den unter 4) aufgeführten Gründen gerechtfertigt und geboten. Durch die Mitarbeit an dem „Prager Tagblatt“ hat er seine deutschfeindliche Einstellung bewiesen; seine marxistische Einstellung läßt vermuten, daß er sich auch heute im Ausland hetzerisch betätigt.

Am 25.11.1937 leitete das Gestapa (Lischka) den Ausbürgerungsvorschlag weiter: Vermögenswerte sind im Inlande gegenwärtig nicht vorhanden, sodaß sich Maßnahmen zur Sicherstellung erübrigen.

■ 14. 12. 1937: RFSS (Müller); die DG Prag machte am 10. 1. 1938 *keine Bedenken* gegen die Ausbürgerung geltend, auch nicht zu dem irrtümlich am 29. 3. 1938 vom RFSS (Dr. Lange) noch einmal wiederholten Ausbürgerungsvorschlag (*Über den Erwerb des Dr.-Grades darf ich mir weitere Mitteilung vorbehalten*; daraufhin erneut ausgebürgert unter Nr. 14 der 30. Liste nach Zählung des AA; DRA Nr. 91 v. 21. 4. 1938; Hepp, Liste 41, 14, 43–45), zu dem im Amt vermerkt wurde: *Herzstein ist bereits mit der 24. Liste – ausgebürgert worden. Von einer Mitteilung an Reichsführer SS wird abgesehen*. Herzstein stellte in Prag einen (nicht überlieferten) Antrag auf *Wiederaufhebung seiner Ausbürgerung*. Das RuPrMdI, vom Amt darüber in Kenntnis gesetzt, informierte daraufhin den RFSSuChdDtPoliRMdI und teilte dem nachfragenden Beamten des AA am 3. 6. 1938 telefonisch – die Stellungnahme vorwegnehmend – mit: *Es ist nicht wahrscheinlich, daß eine veröffentlichte Ausbürgerung aufgehoben wird.* ~ 22./23. 3. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99686; Hepp, Liste 36 (11; 33–35: *Ehefrau u. K*, die mit Kindertransport nach England gelangt waren) ~ D Der Ausschluß der Tierhalterhaftung durch schuldlose Selbstgefährdung des Verletzten. Zugleich ein Beitrag zur Lehre von der Auslegung und Ergänzung des Gesetzes und der Rechtsgeschäfte, Erlangen 1915; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 76 ~ B Weber, 2006, S. 279.

28 Hirsch, Karl, Dr. jur. (Frankfurt/M. 1921; *Entziehung* 1938) ~ * 31. 10. 1895 Usingen/Hessen – 27. 9. 1974 Buenos Aires.

Seit 1924 Rechtsanwalt (Saarbrücken) ~ Sozietät mit Dr. Hugo Abraham (1878–1938 Neuilly-sur-Seine) ~ 1935 Berufsverbot ~ Emigration (Frankreich) ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ seit März 1940 in Argentinien.

A 7. 8. 1937: Gestapa (Lischka) an AA:

Ich bitte, durch die zuständige deutsche Vertretung, falls zugänglich und möglich, feststellen zu lassen, ob die Berichte, daß sich der jüdische

Schriftsteller und Rechtsanwalt Dr. Karl Hirsch, der am 27. 2. 35 nach Paris verzog, im Jahre 1936 in Metz erschossen habe, den Tatsachen entsprechen. Verneinendenfalls wäre ich für eine Feststellung seines jetzigen Aufenthaltes und der Personalien der bei ihm wohnhaften Familienmitglieder dankbar.

Für die DB Paris, um Bericht gebeten, teilte die Konsulatsabt. (Bräutigam) der Zentrale am 31. 8. 1937 *Betr. Ausbürgerung des Dr. Karl Hirsch* mit: *Rechtsanwalt Dr. Karl Hirsch hat am 11. Januar 1937 zum Zwecke der Beglaubigung eines Schriftstückes in der Konsulatsabteilung der Botschaft vorgesprochen und als Adresse Paris, 85, rue du Rocher angegeben. Die Personalien der bei ihm wohnhaften Familienmitglieder sind der Botschaft nicht bekannt.*

Eine Durchschrift des Schreibens übersandte das AA am 15. 9. 1937 an das Gestapa, das daraufhin die Staatspolizeistelle in Saarbrücken einschaltete. Am 9. 2. 1938 teilte die Gestapo Saarbrücken (Joh. Müller) das Ergebnis ihrer Nachforschungen mit und beantragte, das Verfahren zur *Ausbürgerung des jüdischen Schriftleiters und Rechtsanwalts* einzuleiten:

Hirsch ist Reichsdeutscher, jüdischer Abstammung, israelitischer Konfession und ledig. Er wohnt heute in Paris 8 E, 85 Rue du Rocher.

Nach einer Mitteilung der Staatspolizeistelle Frankfurt/M. hat Hirsch [...] bei der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt a. M. die Doktorwürde erworben. Nach einer dort vorliegenden Archivnotierung war Hirsch Vorstandsmitglied des Landesverbands Südwestdeutschland im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. Am 15. 9. 1921 kam Hirsch in Saarbrücken zur polizeilichen Anmeldung, wo er in der Kaiserstrasse 28 eine Rechtsanwaltspraxis betrieben hat. Seine Rechtsanwaltspraxis war durchschnittlich, seine fachlichen Kenntnisse lagen nicht über dem Durchschnitt. Hirsch war ein scharfer Gegner der Saarrückgliederung und hat im Abstimmungskampfe zusammen mit seinem Freunde, Rechtsanwalt Dr. [jur. Walter] Sender, aktiv die Kommunisten und

Marxisten unterstützt. Er gehörte hier der „Saarloge“ des UOBB (Unabhängiger Orden Bne Brith) an. Im Sommer 1934 unternahm er eine Reise nach Amerika, um dort sein Vermögen anzulegen. Am 27. 2. 35 verließ Hirsch das Saargebiet und emigrierte nach Paris, wo er als Advokat tätig sein soll.

Hirsch genießt den Schutz des Römischen Abkommens. Er ist einmal vorbestraft und zwar am 18. 11. 33 vom Amtsgericht in Saarbrücken wegen Funkvergehens zu einer Geldstrafe von 150,- ffrs. oder 6 Tagen Gefängnis. Vermögenswerte sind im Inlande nicht mehr vorhanden. Rückstände an öffentlichen Abgaben sind nicht verzeichnet. Über eine deutschfeindliche Betätigung im Auslande ist nichts bekannt.

Da Hirsch der „Saarloge“ des UOBB angehörte, bitte ich um Einleitung eines Verfahrens mit dem Ziele der Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit.

Dieser Bitte entsprach das Gestapa (Dr. Lange), das am 23. 3. 1938 beim RFSSuChdDtPoliRMdI die Ausbürgerung beantragte: Eine Vermögensbeschlagnahme und Verfallerklärung erübrigen sich, da Vermögenswerte im Inlande nicht vorhanden sind.

Eine Erstreckung der Ausbürgerung auf Familienangehörige kommt nicht in Betracht, da Hirsch z. Zt. seiner Auswanderung ledig war und von einer Eheschliessung im Auslande nichts bekannt geworden ist.

[...] Ich bitte, die Aberkennung des Dokortitels zu veranlassen.

Für die DB Paris, vom RFSSuChdDtPoliRMdI (Dr. Best) mit Durchschrift über die Einleitung des Ausbürgerungsverfahrens unterrichtet, teilte Bräutigam der Zentrale am 6. 5. 1938 mit: Dr. Karl HIRSCH ist hier nicht in Erscheinung getreten. Da Hirsch den Schutz des Römischen Abkommens genießt und ihm eine deutschfeindliche Betätigung nicht nachgewiesen werden kann, erscheint mir eine Zurückstellung der Frage seiner Ausbürgerung zunächst geboten. Am 12. 5. 1938 übersandte das Amt (Hinrichs) Durchschriften des Berichts an den RMdI und den RFSSuChdDtPoliRMdI zur Kenntnis

und mit der Bitte um Stellungnahme zur Frage der Zurückstellung der Ausbürgerung des Juden Dr. Karl Hirsch.

Nach Antragstellung antwortete der RFSSuChdDtPoliRMdI (Lischka) am 13. 6. 1938: Wenn auch die Eheleute [sic] Hirsch den Schutz des Römischen Abkommens genießen, halte ich trotzdem ihre Ausbürgerung für gerechtfertigt. Durch das genannte Abkommen hat sich die deutsche Regierung lediglich verpflichtet, „dass hinsichtlich der abstimmungsberechtigten Bewohner des Saargebiets keine Verfolgungen und Vergeltungsmaßnahmen wegen der politischen Haltung stattfinden, die diese Personen während der Verwaltung durch den Völkerbund mit Beziehung auf den Gegenstand der Völkerbefragung eingenommen haben.“

Die Zugehörigkeit des Juden Hirsch zu der Saarloge, die eine Tochterloge des als staatsfeindlich aufgelösten UOBB war, stellt m. E. keine politische Haltung dar, die in Beziehung zu der Volksbefragung stand. [...]. Die Zugehörigkeit des Hirsch zur Saarloge ist daher als ein hinreichender Ausbürgerungsgrund anzusehen. Die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit kann in diesem Falle auch nicht als Vergeltungsmaßnahme im Sinne des Römischen Abkommens angesehen werden.

Eine Abschrift dieses Schreibens habe ich dem Herrn Reichsminister des Innern zur Kenntnisnahme übersandt.

■ 4. 4./25. 7. 1938: RFSS/AA (nachdem die DB Paris – um Stellungnahme gebeten – ihre vorgebrachten Bedenken gegen die Ausbürgerung des Hirsch aufgrund der Ausführungen des RFSSuChdDtPoliRMdI am 9. Juli hiermit zurückgestellt hatte; Bräutigam) ~ 1./3. 9. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99717; Hepp, Liste 64 (25) ~ D Scheckfälschungen und ihre zivilrechtlichen Folgen, insbesondere die Frage der Haftung bei Einlösung falscher oder verfälschter Schecks, 1921; Becker, [1994], S. 66 ~ B BArch, R 3001/60562 ~ Rechtsanwälte an der Saar, 2004, S. 504 ~ Zu W. Sender (1885–1961), 1922–1932 Mitgl. d. Landesrats, Sozialdemokratische Partei, nach Berufsverbot (1935) Emigration (Frankreich)

und Annahme der französischen Staatsbürgerschaft vgl. BHdE I, 1980, S. 689 f.; Md.L, 1995, S. 151/Nr. 1211; Rechtsanwälte an der Saar, 2004, S. 535 f. u. 481 (H. Abraham); www.Saarlandbiografien.de/Sender-Walter; Zugriff: 2.9.2017.

29 Hirschberg, Max, Dr. jur. (München 1910; *Entziehung* 1939) ~ 13. 11. 1883 München – 21. 6. 1964 New York; ♂ 1920 Bessie Gerstle, gesch. Weil (* 1888).

Seit 1911 Rechtsanwalt (Traunstein, noch im gleichen Jahr in München) ~ Sozietät mit Philipp → Loewenfeld, Ludwig → Regensteiner und Elisabeth Kohn) ~ März/April 1933 *Schutzhaft* ~ Nov. 1934 Emigration (Italien) ~ 1935 „Der Fall Fechenbach“ (*indiziert: Liste 1* unter *Hirschberg, E*, später nicht mehr aufgeführt) ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ 1939 weitere Emigration (USA) ~ Teilnahme am Preisausschreiben der Harvard-Universität ~ seit 1944 amerikanischer Staatsbürger ~ Rechtsanwalt (New York) ~ „Das Fehlurteil im Strafprozeß“ (1961).

A 19. 9. 1938: Gestapo München (Beck) an Gestapa:

Der verheiratete Rechtsanwalt Max Hirschberg [jetziger Aufenthalt: Mailand] ist deutscher Reichsangehöriger und gleich seinen Eltern Rasse- und Bekenntnisjude. Hirschberg [...] wurde am 9. 2. 1910 an der Universität München zum Dr. jur. promoviert. In der Folgezeit übte Hirschberg in München die Rechtsanwaltspraxis aus. Während des Krieges diente er als Offizier bei der Flakartillerie. Am 1. 11. 1934 erfolgte seine Auswanderung nach Italien.

Nach dem Kriege trat Hirschberg der USP bei und gehörte dem linken Flügel an. Bereits im Jahre 1920 trat er als Referent der USP in Erscheinung, wobei er sich in den Versammlungen besonders durch seine Hetzreden gegen die Justiz hervorgetan hat. Insbesondere machte er der Justiz den Vorwurf der falschen Auslegung der §§ 81/2 und und 127 RStGB. und bezeichnete die anlässlich der Beteiligung der Räteregierung in München ergangenen

Urteile als Klassenjustiz. Seine hauptsächlichsten Bestrebungen gingen dahin, die verurteilten Grössen der Räteherrschaft aus den Gefängnissen zu befreien. Hirschberg war auch Vertreter der USP. im Staatsgerichtshof.

Im Jahre 1927 [26. 4.] erschien in dem bekannten kommunistischen Hetzblatt „Rote Fabne“ ein Aufruf zur Befreiung des Kommunistenbäuptlings Max Hölz mit dem Titel „Heraus mit Max Hölz“. Der Aufruf, der in fünffacher Abschrift beiliegt, wurde u. a. auch von Max Hirschberg unterzeichnet.

Dass Max Hirschberg auch der KPD. nahe stand, beweist schon die einwandfreie Feststellung, dass er die KPD. im Jahre 1923 mit größeren Geldbeträgen finanziell unterstützte. Als Mitglied ist Hirschberg allerdings nicht bekannt geworden.

In den späteren Jahren trat Hirschberg dann zur SPD. über und war gleichzeitig auch Mitglied des Reichsbanners und des sozialistischen Touristenvereins „Die Naturfreunde“. Hirschberg galt als einer der gefährlichsten Funktionäre und als geistiger Führer der SPD. In den von der SPD. gegen die NSDAP. angestregten Prozessen trat er als Verteidiger [am Rand handschriftl.: „?“ – „Vertreter der Klägerin!“] auf. Ausserdem schrieb er verschiedene Artikel in der bekannten sozialdemokratischen Tageszeitung „Münchener Post“.

Im Zuge der nationalen Erhebung wurde Hirschberg in Schutzhaft¹ genommen. Am 26. 2. 1933 wurde er wieder entlassen.

¹ „Ich hatte damals die besondere Ehre als erster Todfeind des Systems in München morgens ½ 5 Uhr verhaftet zu werden, gleich nach der Machtübernahme durch die Nazibanden in der Polizeidirektion. Nach meiner Haftentlassung, Ende August 1933, hat mich ein Jungdemokrat aufgesucht und hat mir berichtet: Er sei mit einem Mann befreundet; der habe ihm gesagt, der einzige Fall von wirklicher Schutzhaft sei der Rechtsanwalt Hirschberg gewesen. Ernst Röhm habe ihn unbedingt nach Dachau bringen wollen, um ihn dort (aus Rache für die Aufdeckung seiner homosexuellen Exzesse) umbringen zu lassen. Irgend jemand habe das verhindert und um mich zu retten, habe man mich so lange nicht aus der Schutzhaft entlassen. Die Erzählung klingt phantastisch, ich habe aber Grund zu glauben, daß sie

In krimineller Hinsicht ist Hirschberg nicht in Erscheinung getreten.

Hirschberg ist mit der Jüdin [...] verheiratet. Beide führten bis zu ihrer Auswanderung gemeinsamen Haushalt. Tatsachen, dass die Ehe in der Zwischenzeit geschieden worden sein könnte, sind hier nicht bekannt. In politischer, strafrechtlicher und sonstiger Hinsicht ist Nachteiliges über Frau Hirschberg nicht bekannt. Da sie jedoch ihrem Ehemann freiwillig in die Emigration folgte, ist anzunehmen, dass sie mit den Zielen und Bestrebungen ihres Mannes nicht nur einverstanden ist, sondern diese auch fördert.

Aus der Ehe der Eheleute Hirschberg ist ein Sohn [...] hervorgegangen, der mit seinen Eltern zur Auswanderung gelangte.

Wenn auch Tatsachen, dass sich die Familie Hirschberg seit ihrer Auswanderung staatsfeindlich gegen das Dritte Reich betätigt hätte, bisher nicht bekannt geworden sind, so ist doch im Hinblick auf die frühere politische Einstellung des Hirschberg und der Einstellung des Gesamtjudentums zum Dritten Reich damit zu rechnen, dass sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Wort und Schrift gegen Deutschland betzt.

Die Familie besitzt noch folgendes Inlandsvermögen:

- 1.) Effektensperkonto [...] in Höhe von RM 110,10
- 2.) Herzogpark-Terrain Aktien: RM 600,-
- 3.) 3 Österr. Rote-Kreuz-Lose von unbedeutendem Wert.

Weiteres Inlandsvermögen konnte nicht festgestellt werden.

Da die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit gegeben sind, wird gebeten, beim Reichsminister des Innern die Ausbürgerung der Familie Hirschberg zu beantragen.

■ 12. 10./15. 11. 1938: RFSS/AA (nachdem die DB Rom – vom RFSS am 12. Okt. ebenfalls über den *Vorschlag zur Aberkennung der Staatsangehörigkeit des Juden* und seiner Angehörigen in Kenntnis gesetzt – dem Amt das Ergebnis der erforderlichen Erhebungen in einem Satz mitgeteilt hatte: *Gegen die be-*

absichtige Ausbürgerung der obengenannten Personen bestehen hier keine Bedenken.) ~ 19./22. 12. 1938: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 999748; Hepp, Liste 85 (14; 57 f.: *Ebefrau* u. S) ~ D Die Schutzobjekte der Verbrechen speziell untersucht an den Verbrechen gegen den Einzelnen. Eine konstruktiv-dogmatische Studie, zugleich ein Beitrag zur Strafrechtsreform, Breslau 1910; Harrecker, 2007, S. 291 ~ B LBI, Max Hirschberg Collection AR 3418 ~ Reinhard Weber (Hg.), Max Hirschberg. Jude und Demokrat. Erinnerungen eines Münchener Rechtsanwalts 1883–1939, München 1998; Jüdische Kindheit, 2000, S. 156–159, 277 f. ~ Kritische Justiz, 1988, S. 165–179 (Heinrich Hannover); Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 115 f.; Douglas G. Morris, Justice Imperiled. The Anti-Nazi Lawyer Max Hirschberg in Weimar Germany, Ann Arbor 2005; Weber, 2006, S. 236; Susanna Schrafstetter, Zwischen Skylla und Charybdis? Münchner Juden in Italien 1933 bis 1945, in: VfZ 66 (2018), 4, S. 577–661, 588–590.

30 Hirschland, Erhard Bernhard Mathias ~ 20. 11. 1901 Essen – 7. 11. 1942 Auschwitz.

Seit 1932 Rechtsanwalt (Essen) ~ Bürogemeinschaft mit Dr. Julius Herzfeld (* 1897, emigrierte Ende 1933 nach Brüssel, 1940 interniert, 1942 Flucht nach Venezuela) ~ 1933 Berufsverbot ~ Flucht nach Holland ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ im Rahmen der „zentralen Erfassung von flüchtigen Kommunisten und Marxisten“ zur *Fahndung* ausgeschrieben und am 24. 6. 1940 im besetzten Paris verhaftet, „als in Deutschland unerwünschter Jude“ (Schmalhausen) aber wieder freigelassen ~ 1941 in Holland erneut festgenommen und am 15. 9. 1942 ab Mechelen nach Auschwitz deportiert.

A *Zur eingehenden Prüfung und sorgfältigen Ausfüllung* schickte der Polizeipräsident in

wahr ist. Nach dieser Mitteilung habe ich die Beschleunigung meiner Abreise endgültig beschlossen, denn ich dachte mir, wie es im ‚Rosenkavalier‘ heißt: ‚Da steht einer allzusehr in Gottes Hand!‘ (3. 12. 1946); Karl Wolfskehl Briefwechsel (Siegfried → Guggenheim), II, 1988, S. 866 f.

Essen am 11. 12. 1933 dem Oberbürgermeister einen Fragebogen über die Einbürgerung des Rechtsanwalts Erhard Hirschland in Den Haag (Holland) ~ Zu dem ausgefüllten Fragebogen, der DG Den Haag am 13. Dez. übersandt, erwiderte diese am 16. 1. 1934 ergebenst:

Nach den von hier getroffenen Feststellungen ist der Reichsangehörige [...] im April v. Js. nach Holland gekommen und wohnt seit dem 15. Mai 1933 in den Haag-Voorburg, Halenwijkstr. 199.

Über das Verhalten Hirschland's ist hier nichts Näheres bekannt geworden. Die hies. Polizei erklärt, daß sich Hirschland nicht politisch betätigt und bei politisch einwandfreien Personen wohne.

Den Ausbürgerungsantrag des PrMdI – gestellt in Übereinstimmung mit dem Reg.-Präs. in Düsseldorf – reichte das Gestapa am 1. 6. 1934 urschriftlich zurück. Danach hatte H. die Verwaltung des elterlichen Hauses Essen, Linden-Allee 63, übernommen. In diesem Hause war nicht nur die Organisation „Bund der Sowjetfreude“ untergebracht, sondern man hatte sämtliche Räume des Hauses der KPD, und zwar der RGO mit ihren sämtlichen Unterorganisationen und Einheiten zur Verfügung gestellt. Nach meinen Feststellungen wurden die Räume der KPD unentgeltlich überlassen.

Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß Hirschland bewußt die staatzersetzenden Ziele der KPD und ihrer Nebenorganisationen gefördert hat.

Das AA hielt das bis jetzt vorliegende Belastungsmaterial nicht für ausreichend, um eine Ausbürgerung zu rechtfertigen, wie v. Bülow-Schwante am 29. 7. 1934 dem RMdI mitteilte, weiterhin: Die Deutsche Gesandtschaft im Haag ist angewiesen worden, Hirschland im Auge zu behalten und gegebenenfalls zu berichten. Dieser Einschätzung schloss sich das RMdI, das am 1. Aug. noch mitgeteilt hatte, dass es mangels Voraussetzungen zur Ausbürgerung einen Antrag auf Widerruf der Einbürgerung zu stellen beabsichtige, am 24. 8. 1934 an; ein ent-

sprechender Antrag, vorbehaltlich einer Entschließung des Amts, ist nicht nachweisbar.

Erst drei Jahre später, am 15. 7. 1937, übersandte die Gestapo Düsseldorf (Friedrich) dem Gestapa einen Ausbürgerungsvorschlag:

Ich bitte, Hirschland dem Herrn Reichs- und Preußischen Minister des Innern zur Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit vorzuschlagen.

Erhard Hirschland besitzt die deutsche Reichsangehörigkeit und ist Volljude.

Im Jahre 1931 liess er sich, von Berlin kommend in Essen als Rechtsanwalt nieder. Seine Eltern, [Dr. med. Hermann] Salomon H., geb. am 30. 4. 1861 zu Essen [gest. 14. 5. 1943 Westerbork, Sammellager], und Klara, geb. Speyer, geb. am 26. 7. 1875 zu Leyden [gest. 16. 8. 1944 Bergen-Belsen], waren bereits am 26. 6. 1929 von Essen, Lindenallee 63, nach Holland ausgewandert. Sie wurden auf ihren Antrag [...] gem. Verfügung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 6. 10. 1931 – I C 3 Sta 5 Hi/31 – aus dem Preußischen Staatsverband entlassen und erwarben die holländische Staatsangehörigkeit. In Essen hatten sie ein Haus als Eigentum zurückgelassen.

Die Verwaltung des Hauses übernahm der Sohn Erhard H. Er vermietete es an die K.P.D. bzw. R.G.O. Somit hat er diese Organisationen unterstützt. Im Mai 1933 verlies H. fluchtartig das Reichsgebiet, ohne sich polizeilich abzumelden und begab sich nach Holland. Nach seinem Verhalten im Inland und dem fluchtartigen Verlassen des Reichsgebietes ist anzunehmen, dass H. sich auch in Holland gegen die deutschen Interessen betätigt.

In krimineller Hinsicht ist H. nicht in Erscheinung getreten. Schulden und Steuer-rückstände hat er nicht hinterlassen. Vermögenswerte sind im Inlande nicht vorhanden. Die elterliche Besetzung in Essen, Lindenallee 63, ist im Mai 1933 in den Besitz der Jüdin Selma Bendix [geb. Rothschild, verheiratet mit Siegmund Bendix, dem Kastellan an der Essener Synagoge, laut Gedenkbuch des Bundesarchivs 1942 nach

Theresienstadt und von dort am 15. 5. 1944 nach Auschwitz deportiert] *übergangen*.

■ 5./15. 10. 1937: RFSS /AA (zu gegebener Zeit, sofern die DG Den Haag keine Bedenken geltend machen werde) ~ 14./15. 1. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99998 u. 999678; Hepp, Liste 27 (20) ~ B BArch, R 3001/60608 ~ Schröter, 1980, S. 585; Schmalhausen, 1994, S. 71 u. 68 (J. Herzfeld).

31 Höchster, Emil, Dr. jur. (Leipzig 1909; Entziehung 1939) ~ 27. 6. 1884 Bonn – Auschwitz; Ⓞ *arisch*, 1936 gesch.

Seit 1911 Rechtsanwalt (bis 1913 Bonn, 1913 kurzzeitig Elberfeld, seit Jan. 1914 Wiesbaden) und seit 1924 Notar ~ Musikkritiker ~ Verbindung zu Arnold Schönberg ~ organisierte 1921 das Mahler-Musikfest in Wiesbaden ~ 1933 im Büro von SA überfallen und misshandelt, danach Flucht mit der Ehefrau ins Saargebiet ~ Bedrohung und Belästigung der Ehefrau, die im April 1933 zurückgekehrt war, um das Büro aufzulösen ~ Juni 1933 Berufsverbot ~ seit Ende April 1936 in Paris ~ Tätigkeit als Journalist ~ Briefwechsel mit A. Schönberg (Museum Wien) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 1941 in Südfrankreich ~ vergebliche Bemühungen Schönbergs, für H. beim amerikanischen Generalkonsulat ein Visum zu erlangen ~ 15. 12. 1943 verhaftet, nach Drancy überführt und von dort nach Auschwitz deportiert.

A 19. 10. 1938: Gestapo Frankfurt a. M. (Gerlach) an Gestapa:

Der Jude Höchster [Wiesbaden, Langenbeck-Platz Nr. 3, jetziger Aufenthalt: Paris/Frankreich] besitzt die deutsche Reichsangehörigkeit. Er ist geschieden. In erster Ehe war Höchster mit der Jüdin Meta Alexander, geb. am 9. 5. 1906 in Elberfeld verheiratet. Die Ehe wurde am 9. 6. 1920 vom Landgericht in Wiesbaden geschieden. Am 1. 9. 1930 hat er in Frankfurt a. M. mit der Johanna Menges, geschiedene Cuyonnet, geb. am 4. 1. 1901 in Wiesbaden, zum zweitenmal die Ehe geschlos-

sen. Die Ehe wurde am 29. 5. 1936 vom Landgericht in Wiesbaden geschieden. Kinder sind aus beiden Eben nicht hervorgegangen.

Höchster ist von Beruf Rechtsanwalt und hatte in Wiesbaden eine Praxis, die er bis zu seiner am 1. 4. 1933 erfolgten Auswanderung ausübte. [...]

In politischer Hinsicht stand Höchster der KPD nahe und unterstützte diese Partei durch Lesen der IAZ auch finanziell. Im Jahre 1925 soll er Verteidiger der Roten Hilfe gewesen sein. Am 24. 3. 1933 wurde Höchster in seinem Büro überfallen und angeblich schwer verletzt. Er liess sich blutüberströmt fotografieren, wahrscheinlich in der Absicht, Greuelpropaganda zu betreiben. Die angefertigten Lichtbilder wurden aber rechtzeitig sichergestellt. Strafantrag stellte Höchster nicht.

Höchster war Mitglied des jüdischen Frontkämpferbundes, des Clubs Schlaraffia, der Nassauloge, der Kriegsblinden-Fürsorge und des Deutschen-Schriftstellerverbandes. Nach seiner Auswanderung hat Höchster zuerst in Paris Geschäftsvermittlungen für Emigranten getätigt. 1935 wurde er in Paris als Rechtsanwalt beim Handelsgericht zugelassen. Nach seiner Ehescheidung im Jahre 1936 assoziierte [sic] sich Höchster mit einer französischen Anwältin. Nebenbei betätigte er sich in Paris als Musiktheoretiker und ist auch dort in den Musikkritikerverband aufgenommen worden. U. a. erschien von ihm auch ein Artikel in der berüchtigten Emigrantenzeitschrift „Das neue Tagebuch“ (Paris).

Steuerrückstände sind nicht vorhanden. Im Jahre 1931 wurde Höchster wegen Steuergefährdung im Unterwerfungsverfahren mit einer Geldstrafe von 150,- RM bestraft.

Vermögenswerte konnten nicht festgestellt werden.

Ich bitte, Höchster wegen seines staatsfeindlichen Verhaltens während seines Aufenthaltes in Deutschland zur Ausbürgerung vorzuschlagen. Es ist auf Grund seiner politischen Einstellung mit Bestimmtheit anzunehmen, dass er sich auch im Ausland deutschfeindlich verhält.

■ 11. 2./31. 3. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB Paris am 15. März *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 26./29. 4. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99781; Hepp, Liste 108 (58) ~ D Die Behandlung der Interessenkollision im Notwegerecht des BGB, Borna-Leipzig 1909; Henne, 2007, S. 114 ~ B BArch, R 3001/60678 ~ Faber/Rönsch, 2011, S. 103–105 (Rolf Faber); Lang, 2014, S. 664/Anm. 217; Hirschfelds Exil-Gästebuch [S. 53], 2019, S. 213 f.

32 **Hoegner**, Wilhelm, Dr. jur. (Erlangen 1911) ~ 23. 9. 1887 München – 5. 3. 1980 München; ∞ Anna Wook (* 1892).

15. Mai 1918 bis zum 1. Febr. 1920 Rechtsanwalt in der Kanzlei Michael → Siegel (München) ~ seit 1919 Mitglied der SPD ~ seit 1920 „beamteter Jurist“ (Staatsanwaltschaft München, am 1. 1. 1933 zum Landgerichtsrat ernannt) ~ M.d.L. (Bayern) 1924–1932, 1933 Mandat im neu gebildeten Landtag auf Druck der NSDAP niedergelegt; M.d.R. 1930 – 7. Juli 1933 (SPD) ~ März 1933 Schutzhaftbefehl der Bayerischen Politischen Polizei, erlassen aufgrund der VO d. Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat v. 28. 2. 1933, nicht vollzogen ~ 23. März 1933 in Berlin, stimmte – wie alle an der Reichstagsitzung teilnehmenden Mitglieder der SPD-Fraktion – gegen die Annahme des „Ermächtigungsgesetzes“ ~ Anfang Apr. 1933 in seiner Abwesenheit Demolierung der Wohnung durch „SS-Kerle“ (W. Hoegner), die der Ehefrau mitteilten, ihren Mann abholen zu wollen ~ daraufhin ohne polizeiliche Anmeldung Anmietung eines möblierten Zimmers als „Unterschlupf“ ~ 1. 5. 1933 gemäß § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 8. 4. 1933 aus dem Staatsdienst entlassen: „Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden. Auf die Dauer von drei Monaten nach der Entlas-

sung werden ihnen ihre bisherigen Bezüge belassen. Von dieser Zeit an erhalten sie drei Viertel des Ruhegeldes (§ 8) und entsprechende Hinterbliebenenversorgung“ ~ am folgenden Tag beantragte Hoegner die Zulassung zur Anwaltschaft ~ seine Erwartung, als Mitglied des Rechtsausschusses des Reichstags in eine angesehene Kanzlei eintreten zu können, erfüllte sich nicht; aber „damals rechneten wir noch mit der Möglichkeit, daß ich als Rechtsanwalt zugelassen und mit der Zeit eine kleine Praxis bekommen würde“ (Hoegner, ³1978, S. 126) ~ 16./17. Mai 1933 Teilnahme an der Fraktions- und Reichstagsitzung in Berlin ~ 11. Juli 1933 „auf dringenden Rat meiner engeren Freunde“ (Vorwort zu „Flucht vor Hitler“, Ostern 1977) „über alle Berge“ nach Österreich (Innsbruck) ~ Anfang Aug. 1933 unbehelligte „Ausreise“ der Ehefrau und Kinder mit dem Schiff von Konstanz nach Kreuzlingen ~ Beschlagnahme des gesamten Umzugsguts ~ 25. 11. 1933 Empfehlung des Vorstandes der Anwaltskammer, die Zulassung zu versagen ~ daraufhin Anfrage des OLG-Präsidenten Georg Neithardt bei der Politischen Polizei München, „ob über kommunistische oder sonstige staatsfeindliche Tätigkeit Hoegners, abgesehen von seiner bekannten Tätigkeit als Abgeordneter der SPD‘ etwas bekannt sei“ (Kritzer, S. 82 f.) ~ 21. 12. 1933 Antwortschreiben von Reinhard Heydrich: *Hoegner war einer der erbittertesten Gegner des Nationalsozialismus und versäumte keine Gelegenheit, gegen die NSDAP und ihren Führer in gemeinster Weise zu hetzen. Er sollte deshalb auch im März 1933 in Schutzhaft genommen werden, konnte jedoch dieser Maßnahme durch schleunige Flucht entgehen. Mit Sicherheit darf angenommen werden, daß er auch jetzt noch im Auslande gegen die neue Reichsregierung sich betätigt. Bei etwaiger Rückkehr wird Hoegner in Schutzhaft genommen werden. Gegen seine Zulassung legt hiermit die Bayerische Politische Polizei den schärfsten Einspruch ein.* (W. Hoegner, 1959, S. 87) ~ Nach dieser „Äußerung“ befand Neithardt – als Vorsit-

zender des Volksgerichts München im Hitler-Ludendorff-Prozess 1924 bereits „den Nationalsozialisten gefällig“ (Kritzer, S. 83): „Im Hinblick auf seine Einstellung gegen den nationalen Staat erscheint auch mir seine Zulassung zur Rechtsanwaltschaft nicht tunlich“ ~ am 12. 1. 1934 gab schließlich Dr. Hans Frank, bayerischer Staatsminister der Justiz, dem Antrag Hoegners auf Zulassung zur Anwaltschaft aufgrund dessen Entlassung aus dem Staatsdienst „keine Folge“ ~ die entsprechende Verfügung – nach Innsbruck nachgesandt – erreichte Hoegner nicht, „weil er dort mit Genehmigung der Behörden unter dem Namen Ritter lebte“ (Kritzer, S. 82) ~ 12. 2. 1934 weitere Flucht in die Schweiz (Zürich) ~ am 17. April als politischer Flüchtling anerkannt ~ Vermögensbeschlagnahme ~ Sperrung der Ruhestandsbezüge ~ 23. 6. 1937 Mitteilung des OLG-Präsidenten an den OFD-Präsidenten über ein Konto Hoegners bei der Städtischen Sparkasse München mit den bis Ende Juni 1934 überwiesenen Ruhestandsbezügen: „Ich bitte wegen Einziehung dieses Kontos das Weitere zu veranlassen und den Vollzug der Einziehung ... mitzuteilen“ (P. Kritzer, S. 83) ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ Exilveröffentlichungen: anonym hatte Hoegner als „Landgerichtsdirektor****“ 1934 im Verlag Graphia Prag die Schrift „Der Faschismus und die Intellektuellen. Untergang des deutschen Geistes“ veröffentlicht, die 1935 (Liste 1) indiziert wurde ~ in der Liste 1 des schädlichen und unerwünschten Schrifttums aufgeführt), weiterhin in der Schweiz unter Pseudonym (*Georg Ritter, Justinian, Rudolf Bertschi, Urs Liechti*) Beiträge im „Volksrecht“, im „Öffentlichen Dienst“, in der „Berner Tagwacht“ und in der „Roten Revue“ sowie Buchübersetzungen ~ 1937 lehnte der Jean Christophe-Verlag (Zürich) die Veröffentlichung des Buches „Die Flucht vor Hitler“ ab ~ mit der Dezember-Liste 1938 indiziert und vom Reichsführer-SS verboten, aber ohne Auflösung des Pseudonyms: „Ritter, Hans, Politik und Moral, Zürich:

Jean Christophe-Verl. 1937“ ~ 23. 9. 1941 aufgrund verschärfter Vorschriften des Bundesrates Ausreiseverfügung der Eidgenössischen Fremdenpolizei: „Begründung: Überfremdung. Ausreisepflichtige Emigranten“ ~ dem *Staatenlosen* und seiner Familie wurde eine Frist bis zum 31. 7. 1942 gewährt sowie als Toleranz die „Betätigung als Schriftsteller und Vorbereitung der Auswanderung (Buchreferat und Gerichtsberichterstattung untersagt)“, mit der Ergänzung: „Jede andere Erwerbstätigkeit untersagt“ ~ 20. 1. 1942 Aufhebung der Ausreiseverpflichtung, nicht jedoch der Einschränkungen seiner schriftstellerischen Arbeit ~ Hoegner unterhielt nach eigener Darstellung keine Beziehungen zu einem Geheimdienst in der Schweiz, wurde im März 1945 aber von Max Ulrich, einem Beamten der Eidgenössischen Politischen Polizei, als „Vertrauensmann“ (Kritzer, S. 143) genannt ~ März/Apr. 1945 Mitgründer der „Union deutscher Sozialisten“ und der Arbeitsgemeinschaft „Das Demokratische Deutschland“, aus der sich Hoegner aus politischen Gründen bald zurückzog ~ 26. April 1945 „Vorläufige [12-Punkte-]Vereinbarung über die künftige staatsrechtliche Stellung des Landes Bayern“, unterzeichnet an erster Stelle von Hoegner, weiterhin von Professor Dr. Ludwig Steinberger (München), Josef → Panholzer, dem früheren Münchner Polizeioffizier Michael Freiherr von Godin und dem späteren rheinland-pfälzischen Landtagsabgeordneten Franz Bögler, bis auf Steinberger wie Hoegner nach 1933 ausgebürgert ~ 6. 6. 1945 Rückkehr nach München ~ kurzzeitig Senatspräsident des OLG München ~ 1945/46 und 1954–1957 Bayerischer Ministerpräsident ~ M.d.L. (Bayern) 1946–1970, M.d.B. 1961/62 (SPD).

A 1. 8. 1938: Gestapa (Freitag) an RFSSuChdDtPoliRMdI (*Vorgang: Ohne*):

Wilhelm Hö g n e r [sic] besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit und ist deutschblütig. Er war nach Beendigung des Krieges 3. Staats-

anwalt beim Landgericht München und zuletzt Landgerichtsrat beim Landgericht München I. Er gehörte seit Kriegsende der SPD als Mitglied an, in der er eine führende Rolle spielte. Im Jahre 1924 war er Mitglied des Bayerischen Landtags, 1927 Beisitzer der Gauleitung München des Reichsbanners schwarz-rot-gold, 1929 Mitglied des Vorstandes der SPD, Ortsgruppe München, und vier Jahre ab 1930 bis zur Auflösung [sic] des Reichstages Reichstagsabgeordneter der SPD. Ausserdem war er Vorstand des Bayerisch-Sozialdemokratischen-Juristenbundes und Mitglied des sozialdemokratischen Turnvereins „Naturfreunde“.

Högner muss als einer der erbittertesten Gegner des Nationalsozialismus angesehen werden. Bei seinen häufigen Versammlungsreden beschimpfte er den Führer und seine Bewegung in der gemeinsten Weise. Noch im November 1932 griff er in einer Rede die Person des Führers an, „der sich mit den gemeinsten Mördern von Potempa solidarisch erklärt“ und in der er die SA als uniformierte Neger bezeichnete. Seine in den Zeitungen veröffentlichte Rede gipfelte schließlich in den Worten, „der Tag, an dem ein Adolf Hitler Reichskanzler wird, ist der Tag von Deutschlands tiefster Schmach und Erniedrigung“. Högner ist als Spitzenfunktionäre der SPD anzusehen. Es besteht die Vermutung, dass er unter einem Pseudonamen Artikel in der ausländischen Emigrantenpresse veröffentlicht. Diese Vermutung wird noch dadurch bestärkt, dass trotz eingehender Feststellungen nicht ermittelt werden konnte, wovon Högner seinen Lebensunterhalt in der Schweiz bestreitet.

Ich bitte, ihm die deutsche Staatsangehörigkeit abzuerkennen und die Ausbürgerung auf die eingangs genannten Familienangehörigen zu erstrecken.

Soweit Högner Vermögen im Inland hinterlassen hatte, ist dieses bereits am 23. 4. 34 auf Grund des Gesetzes über die Einziehung Volks- und staatsfeindlichen Vermögens zu Gunsten des Landes Bayern eingezogen und beschlagnahmt worden. Eine weitere Vermögensbeschlagnahme kommt daher nicht in Betracht.

■ 30. 8./30. 9. 1938: RFSS/AA (nachdem das DGK Zürich, Rimpelmann, am 21. Sept. keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 22./26. 10. 1938: RMdI/DRA ~ Am 10. 11. 1938 übersandte das DGK Zürich dem Amt die von Dr. Wilhelm Hoegner („vorm. bayerischer Landgerichtsrat und Mitglied des Deutschen Reichstages“) in der „Volkswacht“ (Nr. 265 v. 10. 11. 1938) veröffentlichte „Erklärung zu einer Ausbürgerung“ (Zürich, den 9. November 1938):

„Wie ich erfahre, stehe auch ich mit meinen Angehörigen auf der letzten ‚Ausbürgerungsliste‘ des Dritten Reiches. Die Gründe für diese Maßnahme sind mit nicht bekannt; man wird bei meiner früheren politischen Tätigkeit gegen den Nationalsozialismus um Gründe nicht verlegen gewesen sein. Ich würde lügen, wenn ich leugnete, daß mich der Verlust meiner Heimat schmerzt. Meine Vorfahren, bayerische Bauern, Handwerker und Soldaten, stritten und starben längst für Deutschland, bevor die Ahnen so mancher führenden Persönlichkeiten des Dritten Reiches ihr Deutschtum entdeckt hatten.

Aber die jetzt in Deutschland herrschende Nationalsozialistische Partei ist nicht ‚das ganze Deutschland‘ und wird es nie sein. Sie kann mir und den Meinen mit einem Federstrich Heimat und Vaterland rauben, aber uns und Millionen guter Deutscher nicht die Liebe zum Deutschland der Freiheit, des Geistes, der Menschenliebe und der Gerechtigkeit aus dem Herzen reißen, das einstmals war und das eines Tages wieder auferstehen wird.“

Je ein Doppel des Eingangs sandte das Amt (Hinrichs) am 22. 11. 1938 zur Kenntnis dem RMdI und dem Reichsführer SS pp, die auf den Eingang nicht reagierten.

Q PA/AA, R 99732; Hepp, Liste 76 (17; 81–83: Ehefrau u. K) ~ D Die bedingte Strafaussetzung nach dem Vorentwurf (verglichen mit der bedingten Begnadigung), München 1911; Hoegner führte als Parlamentarier den Dokortitel; dessen Nichterwähnung im Ausbürgerungsantrag dürfte der Grund dafür sein, dass die

Universität Erlangen im Fall Hoegner untätig blieb; jedenfalls ist eine *Entziehung* in der Promotionsakte nicht vermerkt; E-Mail v. 15. 7. 2019 (Dr. Clemens Wachter, Archivar der FAU Erlangen-Nürnberg) ~ **B** Nachl.: IfZ München, ED 120 ~ SwissA: 3 Dossiers (1934–1944) ~ Veröffentlichungen nach 1945 u. a.: Die verrätene Republik. Geschichte der deutschen Gegenrevolution, München (1958); Der schwierige Außen-seiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959; Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933, Frankfurt a. M.: Fischer-Taschenbuch 1982 (³1978, ¹1977) ~ Peter Kritzer, Wilhelm Hoegner. Politische Biographie eines bayerischen Sozialdemokraten, München 1979; BHdE I (1980), S. 306; Gerhard A. Ritter, Wilhelm Hoegner (1887–1980), in: Gesellschaftsgeschichte. Festschrift für Karl Bosl zum 80. Geburtstag, Bd. 2, München 1988, S. 337–360; Md.R. ³1994, S. 207 f./Nr. 634; M.d.L., 1995; Ulrike Hörster-Philipps, Nachkriegskonzeptionen deutscher Politiker im Schweizer Exil. Der Wirth-Braun-Hoegner-Kreis, in: Exil und Neuordnung. Beiträge zur verfassungspolitischen Entwicklung in Deutschland nach 1945, hg. v. Claus-Dieter Krohn u. Martin Schumacher, Düsseldorf 2000, S. 87–112; BHMdB I (2002), S. 349; Lilla, 2008, S. 383 f./Nr. 225 ~ M. Ulrich, seit 1936 Mitarbeiter der Bundespolizei, hatte Hoegner, der in der Züricher Werkbundsiedlung Neubühl wohnte, während des Krieges kennengelernt: Jürg Schoch, „Onkel Busch“ trifft „Doktor Schneider“. Wie nach dem Zweiten Weltkrieg Bupo-Inspektor Max Ulrich den Draht zu Hitlers Geheimdienst-General Gehlen fand, in: Schoch, 2009, S. 13–30, 24 u. 256/Anm. 11.

33 Horstmann, Hermann, Dr. jur. (Erlangen 1921; *Entziehung* 1940) ~ 12. 3. 1893 Osnabrück – Mai 1938 UdSSR; Ⓞ Dagmar Dirichs (1903–1993; *Sonderfahndungsliste UdSSR*).

Seit 7. 3. 1922 Rechtsanwalt (Osnabrück), seit 9. 5. 1922 in Düsseldorf ~ Kanzlei zusammen mit Gerhard Obuch (Md.L./Preußen 1919–1933, USPD/KPD) ~ seit 1919 Mitglied der USPD, seit 1919 der KPD ~ neben Dr. Friedrich Warnecke (Köln) und Obuch regelmäßig „Verteidiger in größeren kommunistischen Strafprozessen“ (OLG-

Präsident Köln, 19. 5. 1933 an Preuß. Justizminister) ~ auf Ersuchen des Gestapa übersandte die Gestapo Düsseldorf (Dr. Perlin) unter dem Betreff *Zulassung jüdischer Rechtsanwälte zur Anwaltspraxis* am 2. 6. 1933 *die Unterlagen über preußische bzw. jüdische Rechtsanwälte, die sich in kommunistischem Sinne betätigt haben*, dem Preuß. Justizminister (z. Hd. von Herrn Rechtsanwalt Kunisch; *Abschrift der Unterlagen an das Gestapa*) und benannte für Düsseldorf *die Rechtsanwälte Dr. Horstmann und Dr. → Wolff*, bekannt durch ihre *kommunistische Betätigung: Horstmann [Belsenstraße 21, z. Zt. flüchtig; Dissident] ist seit Jahren Verteidiger von Angeklagten, die Mitglieder der KPD., Roten Hilfe, Liga für Menschenrechte und des Bundes der Freunde der Sowjetunion. Nach Aufzeichnungen der hiesigen Kartei hat sich Horstmann wie folgt betätigt: [...]. Horstmann ist hier als fanatischer Kommunist bekannt* ~ 26. 6. 1933 Berufsverbot, weil er sich in *kommunistischem Sinne betätigt hat* ~ am 15. 11. 1933 teilte das Gestapa (Dr. Gisevius) dem Preuß. Justizminister zu Horstmann u. a. weiter mit: *Er reiste am 4. November 1932 mit einer Roten-Hilfe-Delegation nach Sowjet-Rußland, um an dem Jahrestag der Russischen Revolution teilzunehmen* ~ mit Ehefrau und Tochter seit 1934 in Moskau ~ Tätigkeit für den Sender Moskau und Korrektor der „Deutschen Zeitung“ ~ seit 15. 2. 1938 in Haft ~ hingerichtet ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ The Black Book (1940): *Rechtsanw. (Am-Apparat), RSHA IVA 2* ~ 1941 *Sonderfahndungsliste UdSSR (RSHA IVA 1: weniger gefährlich[e Person], ihre Festnahme erscheint jedoch geboten)* ~ 1962 vom Obersten Gerichtshof der UdSSR rehabilitiert.

A Seit 1934 vom Polizeipräsidenten in Düsseldorf betrieben, vom RFSSuChdDt-PoliRMdI (Jagusch) aber erst mit Schreiben vom 1. 6. 1939 an Abt. I des RMdI förmlich beantragt:

Der Rechtsanwalt Hermann Horstmann [Düsseldorf, Luegallee 55, jetziger Aufenthalt:

Holland] besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit und ist deutschblütig.

Er war Mitglied der KPD und des Bundes der Sowjet-Freunde. Ferner war er Lehrer an der Marxistischen Arbeiterschule und Referent des „Roten Sportkongresses“ in Düsseldorf, wo er in mehreren öffentlichen Versammlungen der KPD als Redner auftrat. Im Jahre 1931 wurde er für eine Versammlung als Redner aufgestellt, in der er neben einem Neger zu dem Thema der Hinrichtung von Negerjungen in Amerika sprechen sollte. Die Versammlung wurde unter grossem Tumult von der Polizei aufgelöst. Im Jahre 1934 wurde gegen Horstmann ein Verfahren wegen Begünstigung zum Morde eingeleitet. Es wird ihm zur Last gelegt, dass er einen der vermutlichen Täter, der später zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, dadurch begünstigt hat, dass er wichtige Zeugen beeinflusste und diese zur Flucht zu verleiten versuchte. Horstmann gehört zu den Rechtsanwälten, denen durch den Zentralvorstand der „Roten Hilfe“ der Auftrag zur Verteidigung proletarischer und politischer Angeklagter erteilt worden war. Ausserdem war Horstmann Rechtsberater der KPD des Bezirks Niederrhein. Er ist auch in verschiedenen Prozessen gegen Kommunisten in Erscheinung getreten.

Horstmann flüchtete, nachdem gegen ihn das erwähnte Verfahren eingeleitet worden war, in das Ausland. In Malmedy versuchte er zunächst eine Terrorgruppe zu gründen, die sich zum Ziele setzte, führende Persönlichkeiten des Dritten Reiches „umzulegen“. Alsdann liess er sich in Rotterdam und später in Scheveningen nieder.

In Holland war Horstmann als Kommunist nicht unbekannt. Er hatte bereits im Jahre 1933 an dem anti-faschistischen Kongress in Amsterdam teilgenommen. In Rotterdam trat er dann erneut durch seine kommunistische Tätigkeit hervor. Von dort begab sich Horstmann vorübergehend nach Moskau, wo er mit den [sic] Komintern in Verbindung trat und in dem Moskauer Sender eine Hetzrede gegen Deutschland hielt. Horstmann hält sich noch heute in Holland auf.

Die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit sind in vorliegendem Falle gegeben. Ich bitte das Weitere zu veranlassen.

Horstmann promovierte am 10. 2. 31 [sic] an der Universität Erlangen zum Dr. jur. Ich bitte, hinsichtlich der Entziehung des Doktor-Titels gleichfalls das Erforderliche zu veranlassen.

Horstmann ist mit [...] verheiratet. Aus der Ehe ist das Kind [...] hervorgegangen. Die Ehefrau und die Tochter gelangten als unbekannt verzogen zur Abmeldung. Sie sollen sich bei dem Ehemann bzw. Vater aufhalten. Die Ehefrau war ebenfalls Mitglied der KPD und der Roten Hilfe. Ich bitte daher, die Ausbürgerung auch auf sie und das Kind zu erstrecken.

Vermögenswerte haben die Eheleute im Inlande nicht hinterlassen, sodass sich eine Beschlagnahme und Verfallerkklärung erübrigen.

■ 1./14. 6. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag aus ausserpolitischen Gründen keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 4./11. 7. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99800; Hepp, Liste 123 (67; 68 f.: Ehefrau u. K); LAV NRW R, RW 58-7380 (Gestapoakte, zit. nach Stark) ~ D Wann liegt die Anfertigung einer falschen Urkunde vor, 1921; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 77 f. ~ B Meinhard Stark, Kinder deutscher Exilanten in der UdSSR – Das Tagebuch der Sonja Horstmann [1928-1944] und andere Überlieferungen, in: Viktoria Hertling (Hg.), Mit den Augen eines Kindes. Children in the Holocaust, Children in Exile, Children under Fascism, Amsterdam – Atlanta, GA 1998, S. 123-142 ~ BArch, R 3001/61270 ~ BArch, SAPMO, Parteiarchiv IV 2/11/v. 4933 („SED-Kaderakte“ D. Horstmann) ~ Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 167; Brauns, 2003, S. 306 („kam [...] um“ [sic]); Deutsche Kommunisten, 2008 S. 398 f. ~ G. Obuch (1884-1960): M.d.L., 1995, S. 114/Nr. 901; Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 227 f., 293 f. (F. Warnecke); Brauns, 2003, S. 172; Deutsche Kommunisten, 2008, S. 647 f.; BHAPrL 3 (2017), S. 1718 f.

34 Jacobson, Kurt Julius, Dr. jur. (Greifswald 1913; *Entziehung* 1940) ~ 26. 5. 1891 Königsberg i. Pr. – 1971 Tel Aviv; ☉ Genia Gaenger (* 1899 Krakau).

Seit 1922 Rechtsanwalt (Jacobson I, Königsberg: 1933: Kantstr. 2; 1934: Junkernstr. 18; 1937: Kneiphof, Langgasse 59) und seit 1928 Notar ~ Mitglied der DDP/ Staatspartei (1919–1932), des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold (1920–1931) und des Republikanischen Richterbundes (1928/29) ~ 1. 4. 1933 Vertretungsverbot ~ auf Antrag als Frontkämpfer wieder zugelassen ~ 1935 als Notar entlassen ~ 1938 Emigration (Palästina) ~ 30. 11. 1938 in der Anwaltsliste gelöscht ~ 1940 Ausbürgerung.

A 11. 1. 1940: Gestapo Königsberg (Pr.) an RSHA:

Der frühere Rechtsanwalt [...] ist Jude mosaischer Religion, verheiratet und besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Seine Eltern [...] sowie die Grosseltern [...] gehörten gleichfalls der mosaischen Religionsgemeinschaft an.

[...] Im April 1915 trat Dr. Jacobson kriegsfreiwillig in das Artillerie-Regiment 1 ein. Er war vom November 1915 an der Front, wurde im Oktober 1917 mit dem Eisernen Kreuz II. Kl. ausgezeichnet und im Oktober 1918 zum Leutnant der Reserve ernannt. Nach Kriegsschluss war Jacobson bis Februar 1919 Gerichtsoffizier beim Fussartillerieregiment 1. Er kehrte darauf zum Gerichtsdienst zurück und bestand im August 1920 die grosse Staatsprüfung. Anschliessend arbeitete er etwa 1 Jahr bei der Staatsanwaltschaft in Königsberg (Pr.) und liess sich dann hier als Rechtsanwalt nieder. Im Jahre 1928 wurde Dr. Jacobson zum Notar ernannt. Aus diesem Amt schied er 1935 auf Grund der Nürnberger Gesetze aus. Seine Zulassung zur Rechtsanwaltschaft wurde 1938 zurückgezogen. Die Auswanderung der Familie Jacobson erfolgte am 5. 8. 1938 [letzter inländischer Wohnsitz in Königsberg (Pr.), Glückstrasse 2, jetziger Aufenthalt in Palästina].

Dr. Jacobson gehörte in der Zeit vom 1. 7. 1929 bis zum 13. 9. 1933 dem Republikanischen Klub als Mitglied an. Eine Funktion hat er in dieser Organisation nicht ausgeübt, er ist auch sonst nicht hervorgetreten, sondern hielt sich nach jüdischer Art im Hintergrund.

In krimineller Hinsicht ist über den Juden Jacobson nichts Nachteiliges bekannt. Er schuldet der Stadtgemeinde Grund- und Hauszinssteuer in Höhe von 436,13 RM. Dr. Jacobson ist Miteigentümer verschiedener Grundstücke in Königsberg (Pr.), auch werden noch verschiedene ausstehende Forderungen und Darlehen im Inlande vermutet. Sein noch in Deutschland befindliches Vermögen dürfte etwa 40.000,- RM betragen.

Die Ehefrau [...] ist Miteigentümerin dieser Vermögenswerte. Sie ist gleichfalls Jüdin mosaischer Religion und stammt von mosaischen Eltern und Grosseltern ab. Die Kinder gehören ebenfalls der mosaischen Religionsgemeinschaft an.

Durch seine Mitgliedschaft im Republikanischen Klub hat Dr. Jacobson eindeutig seine staatsfeindliche Gesinnung bekundet und somit sein Heimatrecht verwirkt. Ich bitte daher, ihn [...] zur Ausbürgerung in Vorschlag zu bringen und diese auf die Ehefrau und die Kinder zu erstrecken, weil erstere zu ihrem Ehemann hält und somit zeigt, dass sie seine staatsfeindliche Haltung billigt.

■ 3./14. 6. 1940: RFSS/AA ~ Das RMdI (Duckart) übersandte den Ausbürgerungsantrag am 10. Juli abschriftlich dem RMdJ mit der Bitte um Aeusserung, ob vom Standpunkt Ihres Geschäftsbereichs Bedenken gegen die Ausbürgerung des früheren Rechtsanwalts [...] bestehen. Mit Schreiben vom 14. Aug. machte das RMdJ (Abteilungsleiter; Paraphie) keine Bedenken geltend: *Hinsichtlich der früheren politischen Betätigung des Jacobson weise ich noch darauf hin, dass Jacobson nach den hier getroffenen Feststellungen s. Zt. der Demokratischen Partei und anschliessend der Staatspartei angehört hat, und dass er ferner nicht nur Mitglied des Republikanischen Richterbundes, sondern auch im Reichsbanner und im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten gewesen*

ist. ~ Dem Antrag hatte bereits am 2. Aug. der Präsident der Rechtsanwaltskammer Königsberg (Pr.), Rechtsanwalt und Notar Justizrat Dr. Fritz Rudat, mit Schreiben an den OLG-Präsidenten zugestimmt und handschriftlich hinzugefügt: *Jacobson ist ein typischer Mauscheljude.* ~ 2./4. 10. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99881; Hepp, Liste 202 (52: Jacobsohn [sic]; 53–55: Ehefrau u. K) ~ D Die positiven Vertragsverletzungen in Wissenschaft und Rechtsprechung, Greifswald 1913 ~ B BArch, R 3001/61714 ~ Erwin → Lichtenstein, 1985, S. 110.

35 Jacoby, Alfred, Dr. jur. (Leipzig 1920; Entziehung 1938) ~ 11. 9. 1893 Leipzig – 11. 11. 1946 Rio de Janeiro; ☞ Charlotte Freitag (* 1900).

Kriegsfreiwilliger ~ seit 1925 Rechtsanwalt (Leipzig) in der Praxis seines älteren Bruders Hans Jacoby (1884–1942 Lissabon; Rechtsanwalt und Notar) ~ Mitglied der SPD und des Reichsbanners ~ „Verteidiger in zahlreichen politischen Prozessen, u. a. Ende 1932 in dem Verfahren Braun-Severing gegen den ‚Schriftsteller Adolf Hitler‘“ (H. Lang) ~ Juni 1935 wegen seiner Tätigkeit als 1. Vorsitzender des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten in *Schutzhaft* (KZ Sachsenburg) ~ Entlassung dank der Bemühungen seiner Frau ~ Mai 1936 aus Furcht vor erneuter Verhaftung Flucht nach Prag ~ Anfang 1937 von dort nach Brasilien emigriert ~ Eröffnung eines Büros für Rechtsberatung (Rio de Janeiro) ~ 1937 *Ausbürgerung*.

A 31. 1. 1937: Gestapa (Dr. Haselbacher) an RFSS:

Der jüdische Rechtsanwalt Alfred Jacoby [Leipzig S. 3, Elisenstr. 121 I wohnhaft] besitzt die deutsche Reichsangehörigkeit.

[...] *Nach der 2. Staatsprüfung wurde er beim Landgericht in Leipzig als Hilfsrichter beschäftigt. Am 1. 1. 1924 wurde er zum Amtsgerichtsrat ernannt. Dort ist er am 31. 3. 25 unter Verzicht auf Pension auf eige-*

nen Wunsch aus dem Staatsdienst ausgeschieden und hat sich in Leipzig als Rechtsanwalt niedergelassen.

Jacoby war seit 1924 Mitglied der SPD. und des Reichsbanners und hat sich sogar, als er noch Amtsgerichtsrat war, an öffentlichen Umzügen der SPD. in Leipzig beteiligt. Als Rechtsanwalt war er ständiger Vertreter des sozialdemokratischen Parteiorgans, der „Leipziger Volkszeitung“. Er ist auch wiederholt als Verteidiger von angeklagten Marxisten vor Gericht aufgetreten. Nach Mitteilung eines zuverlässigen Gewährsmannes hat Jacoby auch dem „Republikanischen Richterbund“ angehört und darin eine führende Rolle eingenommen.

Nach der nationalsozialistischen Revolution ist Jacoby als Führer des Landesverbandes Mitteldeutschland und der Ortsgruppe Leipzig des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten“ bekannt geworden. Ferner war er Vorsitzender des Sportvereins „Schild“, der Sportorganisation des „R.j.F.“. Ausserdem war er Mitglied des „Jüdischen Centralvereins“, der Loge Leipzig U.O.B.B. XXXX III Nr. 496, der „Sebastian Bach Loge“ Nr. 14 und des „Jüdischen Kulturbundes e. V.“ Am 20. 6. 1935 wurde Jacoby in Schutzhaft genommen, weil er in einer Vorstandssitzung des „RjF“ und des Sportvereins „Schild“ widerspruchslos geduldet hat, dass ein Teilnehmer den Inhalt der nationalsozialistischen Zeitung „Der Stürmer“ als „schweinemässig“ bezeichnete. In dem Hochverratsverfahren gegen den jüdischen Arzt Dr. Flörsheim in Zeitz wurde ermittelt, dass Jacoby im Jahre 1934 während eines Kuraufenthaltes in Marienbad in besonders gehässiger Weise gegen das nationalsozialistische Deutschland Stellung genommen hat. So soll er zu Flörsheim geäußert haben: „In kurzer Zeit brauchen Sie kein Gericht mehr und kriegen Ihre Praxis wieder; spätestens im August bricht ja das Dritte Reich zusammen und darauf warten wir nur!“ Bei einem anderen Anlass soll er erklärt haben, dass im Dritten Reich viele Existenzen zu Unrecht zerstört worden seien, und dass sich bereits eine Unzufriedenheit in den eigenen Reihen bemerkbar mache, die den Zusammenbruch des Dritten

Reiches beschleunigen werde. Jacoby hat zwar die ihm zur Last gelegten Äußerungen bestritten, doch haben die Zeugen ihre Aussagen bei einer Gegenüberstellung mit Jacoby in vollem Umfang aufrecht erhalten. Im Zusammenhang damit ist gegen Jacoby beim Volksgerichtshof ein Strafverfahren zum Aktenzeichen 8 J-78/36 g anhängig. Am 9. 5. 36 ist Jacoby nach England ausgewandert. Wie nachträglich bekannt wurde, wohnen Jacoby und seine Ehefrau seit dem 12. 2. 37 in Rio de Janeiro-Preis, Hotel Central bei Malzmann.

Hiernach halte ich die Voraussetzungen für die Aberkennung der Reichsangehörigkeit [...] für gegeben und bitte, Jacoby die deutsche Reichsangehörigkeit abzuerkennen.

Alfred Jacoby ist seit dem Jahre 1923 verheiratet mit der deutschblütigen Charlotte Freitag [...]. Die Ehefrau war danach ebenfalls Mitglied des „Jüdischen Kulturbundes e. V.“ in Leipzig. In einem Schreiben an ihren im K.Z.-Lager Sachsenburg untergebrachten Ehemann äusserte sie am 3. 11. 1935: „--- Ich habe die ulkige Mädchenfrage (bezieht sich auf den Erlass der Nürnberger Gesetze) einfach klassisch gelöst ---.“ Daraus allein ist schon ersichtlich, dass sie die politische Einstellung ihres Ehemannes billigt [und] nur gegen den Nationalsozialismus eingestellt ist.

Im übrigen hat sie das Reichsgebiet gemeinsam mit ihrem Ehemann verlassen und teilt noch jetzt dessen Wohnsitz, damit hat sie wiederum zu erkennen gegeben, dass sie die deutschfeindliche Einstellung ihres Ehemannes in vollem Umfange teilt.

Ich bitte daher, die Ausbürgerung auf die Ehefrau zu erstrecken.

Das im Inlande noch zurückgelassenen Vermögen bitte ich zu beschlagnahmen und als dem Reich verfallen zu erklären.

■ 16. 8./20. 9. 1938: RFSS/AA ~ 10./11. 11. 1937: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99672; Hepp, Liste 21 (24; 72: Ehefrau) ~ D Die Voraussetzungen der Strafausschließungsgründe, 1920; Henne, 2007, S. 114 ~ B BArch, R 3001/61718 ~ Lang, 2014, S. 394 f. u. 397 (H. Jacoby).

36 Jacoby, Alfred, Dr. jur. (Erlangen 1923; Entziehung 1940) ~ 16. 12. 1898 Berlin – 4. 2. 1963 München; Ⓜ Agnes Katharina Dieckmann (* 1903 Schwanebeck, Lkr. Magdeburg).

Dekorierter Frontkämpfer ~ seit 1925 Rechtsanwalt (München) ~ „1934 drei Wochen Schutzhaft, weil er an Gerichtsverhandlung gegen SS-Mann als Zuhörer teilnahm“ (R. Weber) ~ seit 14. 11. 1938 ca. 4 Wochen in Schutzhaft (Dachau) ~ 1939 Emigration (Shanghai) ~ 1940 Ausbürgerung ~ nach Kriegsende Rückkehr und seit 1947 wieder als Rechtsanwalt zugelassen (München).

A 1. 11. 1939: Gestapo München (Weintz) an RSHA:

Der verh. Rechtsanwalt [...] ist deutscher Reichsangehöriger und gleich seinen Eltern und Grosseltern Rasse- und Bekenntnisjude. [...] Nach Beendigung seines Studiums liess er sich in München [letzter inländischer Wohnsitz: Konradstr. 16/IV] als Rechtsanwalt nieder. Am 16. 7. 1939 ist er mit seiner Familie nach Shanghai ausgewandert.

Jacoby ist ein ausgesprochener Gegner des nationalsozialistischen Deutschlands. Während seines Aufenthalts in München stand er mit einer kommunistisch eingestellten Familie in ständiger Verbindung. Dieser Familie gegenüber bezeichnete Jacoby die nationalsozialistische Regierung als „Saubande“, die nur aufs Rauben ausgehe. Die russischen Verhältnisse schilderte er im Verhältnis zu den Deutschen als gut. Nach der Judenaktion im November 1938 verbreitete er als Greuelnachricht, dass die anlässlich dieser Aktion untergebracht gewesenen Juden im Konzentrationslager Dachau zum Teil „umgelegt“ (erschossen) worden seien. Jacoby hat auch die bereits erwähnte Kommunistenfamilie Ende 1938 ersucht, ihm bei der nächsten Judenaktion Unterschlupf zu gewähren, damit er der Polizei nicht nochmals in die Hände falle.

Am 28. Juni 1934 wurde Jacoby zu seinem eigenen Schutz vorübergehend in Schutzhaft genommen, da er durch sein merkwürdiges

Verhalten bei einer Gerichtsverhandlung vor dem Sondergericht in München am 27. 6. 1934 unter den Angehörigen der nationalen Verbände eine äusserst erregte Mißstimmung gegen sich hervorgerufen hatte. Am 17. 7. 1934 wurde er wieder aus der Schutzhaft entlassen.

In krimineller Hinsicht ist Jacoby während seines Aufenthaltes im Inland nicht in Erscheinung getreten.

Jacoby ist mit der deutschblütigen Agnes Katharina Jacoby [...] verheiratet. Beide führten bis zu ihrer Auswanderung gemeinsamen Haushalt. Tatsachen, dass die Ehe in der Zwischenzeit geschieden worden sein könnte, sind hier nicht bekannt. In politischer, strafrechtlicher und sonstiger Hinsicht ist Frau Jacoby nicht in Erscheinung getreten. Da sie jedoch als Arierin ihrem Ehemann freiwillig in die Emigration folgte, ist anzunehmen, dass sie mit den Zielen und Bestrebungen ihres Ehemannes voll und ganz einverstanden ist.

Kinder sind aus der Ehe der Eheleute Jacoby nicht hervorgegangen.

Die Eheleute besitzen noch folgendes Inlandsvermögen [... ; insgesamt 4.627 RM].

Tatsachen, dass sich die Eheleute Jacoby seit ihrer Auswanderung staatsfeindlich gegen das Dritte Reich betätigt hätten, sind zwar bisher nicht bekannt geworden, doch ist im Hinblick auf das Verhalten des Jacoby im Inland, seine Rassezugehörigkeit und die Einstellung des Gesamtjudentums ohne weiteres anzunehmen, dass sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Wort und Schrift gegen Deutschland hetzen werden.

Nach Sachlage sind die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit gegeben. Es wird daher gebeten, [...] die Ausbürgerung der Eheleute Jacoby zu beantragen.

■ 11./20. 12. 1939: RFSS/AA ~ 29. 4./ 4. 5. 1940; RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99850; Hepp, Liste 172 (58; 59: *Ehefrau*) ~ **D** Komplott und Bande unter besonderer Berücksichtigung des § 232 des Entwurfs vom Jahre 1919, 1923; Mertens/Fekittsch-Weber, 2010, S. 78 f. ~ **B** Weber, 2006, S. 198, 237.

37 Jaffé, Walter, Dr. jur. (Erlangen 1899; *Entziehung* 1940) ~ 25. 4. 1876 Berlin – 24. 10. 1952 Berlin; ev.; ♂ Sylvia Levysohn, gesch. Meyersberg (1876–1955; Tochter des 1908 verstorbenen ersten Chefredakteurs des „Berliner Tageblatts“, Dr. Arthur Levysohn, und der französischen Opernsängerin Ewige Lavalle; Vortragskünstlerin/Di-seuse).

Seit 1906 Rechtsanwalt und später Notar (Berlin) ~ 1932 auf dem Kurfürstendamm von Mitgliedern der Hitlerjugend und SS niedergeschlagen ~ 1935 als Notar entlassen ~ Mitglied des Reichsverbandes nicht-arischer Christen ~ 1938 Emigration (Paris) ~ Verlust des Umzugsguts, u. a. der juristischen Bibliothek und wertvoller Bilder ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ im Frühjahr 1940 vorübergehend interniert ~ Rückkehr nach Paris, bis zur Befreiung im August 1944 in der Illegalität (Rue d'Argentine; Mme. Perey) ~ 1952 rückzahlungspflichtiges Darlehen vom Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Paris ~ Anfang Okt. 1952 Rückkehr nach Berlin.

A 24. 7. 1939: Gestapo Berlin (Rothmann) an Gestapa:

Ich beantrage die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Rechtsanwalts [...];

► Jaffé [*Abstammung: Jude; Bln.-Wilmersdorf, Pragerstr. 7, letzter bekannter Aufenthalt: Paris; Zeit der Abwanderung: 31. 8. 1938*] hat in einem Schreiben vom 30. 10. 1938 an das Finanzamt Wilmersdorf-Nord u. a. folgendes mitgeteilt:

„Ich habe im III. Quartal keinerlei Einnahmen aus meiner Rechtsanwaltspraxis mehr gehabt, aus leicht erklärlichen Gründen, bin also auch nicht mehr steuerpflichtig.

Aus diesem Grunde und weil ich es mit meiner Ehre und Würde nicht vereinbaren konnte, im dritten Reiche als Rechtsanwalt länger zu fungieren, habe ich am 31. Aug. 1938 Deutschland verlassen und bei dem Vorstand der Anwaltskammer in Berlin den Antrag gestellt, mich mit dem genann-

ten Tage in der Liste der Rechtsanwälte zu löschen. Ich stelle aber fest, daß ich nach 32jähriger Anwaltspraxis in Berlin freiwillig aus dieser Organisation ausgeschieden bin. Ich stelle ferner fest, daß ich laut Unbedenklichkeitszeugnis vom August 1938, ausgestellt vom dem zuständigen Finanzamt, keinerlei Steuerschulden hinterlassen habe, mithin gleich meinen Ahnen und Urahnern sämtliche staatsbürgerlichen Pflichten meinem Vaterland gegenüber erfüllt habe, trotzdem aber von den jetzigen Gewalthabern schuldlos entrechtet worden bin und daß ich ein fremdes Land aufgesucht habe, das mich wahrhaft gastlich aufgenommen hat.

Da ich für das Jahr 1938 erheblich mehr an Steuern gezahlt habe, als ich schuldig war, weil ich mit einem Defizit gearbeitet habe, bitte ich, den mir vom Finanzamt verschuldeten Überschuß an meinen Vertreter, Herrn Rechtsanw. Dr. [Carl] Korach, Berlin W. 8, Leipziger Str. 114 zur Verwendung durch das neue Gesetz brotlos gewordenen nichtarischen Anwälte zurückzuzahlen.“

Die Ausbürgerung des Juden bedarf mit Rücksicht auf seine gebässigen staatsfeindlichen Äußerungen keiner weiteren Begründung.

Inländische Vermögenswerte sind nicht bekannt.

Der genannte ist verheiratet [...]; Abstammung: Mischling 1. Grades; Tag der Eheschließung: 15. 4. 1908. Politischer und krimineller Leumund: nichts Nachteiliges. Aus der Ehe sind keine Kinder hervorgegangen.

Die Erstreckung der Aberkennung auf die Ehefrau wird beantragt, da diese das Reichsgebiet ebenfalls verlassen hat.

■ 12./14. 9. 1939: RFSS/AA ~ 29. 3./11. 4. 1940: RMdI/DRA ~ Am 4. 11. 1939 hatte die Gestapo Berlin das Finanzamt Moabit-West über die beantragte Ausbürgerung unterrichtet und weiter mitgeteilt: *Die Ermittlungen nach etwa noch im Inlande vorhandenen Vermögenswerten sind ergebnislos geblieben.*

Q PA/AA, R 99846; Hepp, Liste 168 (64; 65: *Ehefrau*) ~ D Zur Lehre von den Delikten der Nötigung, Bedrohung und Erpressung (§§ 240, 241, 253 St.G.B.), insbesondere in ihrem Verhältnis zu einander, Berlin 1899: Mertens/Fekeitsch-Weber, 2010, S. 79 ~ B WGA Datenbank: Versteigerung u. a. von Möbeln ~ EAB, 66558 u. 67337: S. Jaffé ~ AoRB, 2007, S. 186 u. 199 (C. Korach, 1887–1982 Queens, New York, *Ausbürgerung* nicht dokumentiert).

38 Kahn, Richard, Dr. jur. (Heidelberg 1913; *Entziehung* 1938), Dr. phil. (Heidelberg 1915) ~ 29. 12. 1891 Pirmasens – 29. 8. 1958 Miami, Florida; ♂ 1915 Alice Berg (1891–1965).

Vor 1933 Rechtsanwalt (Ludwigshafen) ~ veröff. 1928 in der Reihe „Praktische Wirtschaftsberatung“ (Berlin) „Wege zum Bankkredit“ ~ seit dem 15. 5. 1930 Syndikus der Fa. E. Neumann Hochspannungsapparate GmbH (Berlin ~ nach deren Arisierung Ende Febr. 1934 von der Domus GmbH (Berlin) entlassen, „weil ich als Jude nicht mehr Steuerangelegenheiten und Rechtssachen vertreten konnte“ ~ nach einer Denunziation in Berlin verhaftet und im Februar und März 1935 insgesamt 3½ Wochen in *Schutzhaft* (Columbia-Haus) ~ 4. 4. 1935 Flucht nach Prag ~ seit Aug. 1935 in USA ~ Teilverlust des Vermögensguts ~ 1937 *Ausbürgerung* ~ 1940 amerikanische Staatsbürgerschaft ~ verschiedene Tätigkeiten an Hochschulen, u. a. 1938–1941 an der Catholic University Washington, seit 1. 11. 1941 im Dienst der Regierung der Vereinigten Staaten.

A 22. 7. 1935: Gestapa (Heydrich) an AA:

Danach befand sich K. – nach einem Ehrengerichtsverfahren 1926 aus der Anwaltschaft ausgeschlossen – 1935 für *einige Tage in Schutzhaft*; nach seiner Flucht nach Karlsbad versuche K. *nunmehr dadurch, dass er sich mit Eingaben an eine Reihe von Ministerien wendet, die Aufhebung der Passperre für sich und seine noch in Deutschland befindlichen Angehörigen zu erreichen. Unter diesen Umständen beabsich-*

tige ich nicht, Kahn auf seine Beschwerden hin mit Bescheid zu versehen.

Mit Schreiben vom 12. 8. 1935 teilte Kahn – „Ich war Rechtsanwalt in Berlin und Syndikus einer großen elektrotechnischen Fabrik“ – dem deutschen Botschafter in Washington mit, dass er „als Jude“ in Deutschland „keine Verdienstmöglichkeit“ habe und „seit einiger Zeit“ bei Verwandten seiner Ehefrau in Amerika lebe: „Ich habe mir in Deutschland nicht zu schulden kommen lassen, trotzdem verweigert die Geheime Staatspolizei in Berlin [...] meiner Frau und meinen Kindern die Pässe, um zu mir zu kommen. Ich kann das nicht verstehen. Die nationalsozialistischen Organe sind doch vernünftige Männer und nicht sadistische Schweinehunde.“ Weiterhin gab K. an, dass Senator Joseph P. Kennedy – „ein guter Freund meiner hiesigen Verwandten“ – in der Angelegenheit „an das amerikanische Generalkonsulat nach Berlin telegraphiert“ habe. Abschließend bat K., der als „Dr. jur. Dr. phil.“ unterzeichnete, den Botschafter, darauf „ein[zu]wirken, daß die in Deutschland nicht erwünschten Juden so auch meine Frau und Kinder auswandern duerfen“. Der Randbemerkung eines Beamten im AA zufolge konnten die Angehörigen im Dez. 1935 nach New York auswandern.

Am 12. 11. 1936 beantragte das Gestapa (Müller) beim RuPrMdI die *Aberkennung der Reichsangehörigkeit des Rechtsberaters Dr. Richard Kahn*, der zu Beginn der Inflationszeit seine Praxis aufgegeben und als Syndikus einer Frankfurter Bank *durch geschickte Spekulationen* in Frankfurt, Mannheim und Ludwigshafen *bedeutende Liegenschaften* sowie 1926 in Montouban bei Toulouse eine *landwirtschaftliche* Besitzung erworben habe und 1929 an Börsenspekulationen in Paris beteiligt gewesen sei; danach war K. Gründungsmitglied der Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft in Ludwigshafen gewesen, 1929 aus der Gesellschaft aber wieder ausgeschieden: *Im übrigen hat er vermutlich der SPD. nahe gestanden.* Lt. Gestapa von Karlsbad

nach New York *übersiedelt*, schickte K. im Dezember 1935 *je eine Postkarte an den Direktor des [Berliner] Fichte-Gymnasiums, das einer seiner Söhne bisher besucht hatte, und an den Kriminalbeamten, der für die Beurteilung seiner Angelegenheit zuständig war.* In beiden in Fotokopie beigefügten Postkarten *beschimpft Kahn den nationalsozialistischen Staat in unerhörter Weise.*

Im Hinblick auf das von Kahn gezeigte skrupellose Geschäftsgebaren und den aus seinen Schreiben sprechenden maßlosen Haß gegen Deutschland ist mit Sicherheit anzunehmen, daß er seine – zweifellos vorhandenen – geschäftlichen Beziehungen dafür einsetzen wird, um dem neuen Deutschland in jeder Weise wirtschaftlich zu schaden und es darüber hinaus durch Verbreitung von Greueltmärcchen und Verleumdungen jeder Art nach Möglichkeit in Verruf zu bringen. Ich halte daher die Vorsetzungen für die Aberkennung der Reichsangehörigkeit des Kahn für erfüllt – ohne daß eine erweiterte Anwendung des § 2 des Ges. vom 14. 7. 33 erforderlich wäre – und bitte Kahn in die nächste Ausbürgerungsliste aufzunehmen. Gleichzeitig bitte ich, das noch im Inlande vorhandene Vermögen des Kahn einzuziehen.

■ 2. 12. 1936/16. 3. 1937: RuPrMdI/AA (nachdem das DGK New York am 25. Febr. der Zentrale das Schreiben Kahns vom 12. 8. 1935 in Abschrift übersandt und seinerseits *keine Bedenken gegen eine Ausbürgerung* geltend gemacht, wohl aber hinzugefügt hatte: *Ob allerdings das der Geheimen Staatspolizei vorliegende Material zur Erstreckung der Aberkennung der Reichsangehörigkeit auf die Familienmitglieder ausreicht, erscheint zweifelhaft.* v. Bülow-Schwante ignorierte die Einlassung und stimmte auch der beantragten Erstreckung zu.) ~ 2. 8./ 5. 8. 1937: RuPrMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99664; Hepp, Liste 15 (18; 63–66: *Ehefrau u. K.*) ~ D Fensterrecht (Aussichtsrecht, Lichtrecht) nach den wichtigeren geltenden Partikularrechten Deutschlands, München 1913; Moritz, 2001, S. 557; Untersuchungen zur Entstehungsgeschichte des Konstitutionalismus in

Bayern, Mannheim 1915 ~ B EAB, 261190 ~ BHdE I, 1980, S. 343.

39 Katz, Rudolf, Dr. jur. (Kiel 1920) ~ 30. 9. 1895 Falkenburg (Pommern) – 23. 7. 1961 Baden-Baden; B: Dr. jur. Walter Katz (1893–1943 Auschwitz; die nicht jüdische Ehefrau nahm sich danach das Leben; Rechtsanwalt und Notar, Berlin); Ⓜ II. Dr. jur. (Marburg 1927) *Agnes* Wilhelmine Clementine Kühl (1889–1976).

Seit 1924 Rechtsanwalt und seit 1929 auch Notar (Altona) ~ assoziiert mit Dr. Rudolf Magen (1888–1950 Tel Aviv) ~ seit 1929 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung (SPD, 1932/33 deren Vorsteher) ~ 1. 4. 1933 Flucht nach Frankreich ~ 8. 4. 1933 teilte der Landgerichtspräsident Berthold (Altona) Rechtsanwalt Dr. Julius Peters (Wandsbek) zu Gesuchen jüdischer Rechtsanwälte um Aufhebung des Vertretungsverbots u. a. mit: „Bezüglich der übrigen Gesuchssteller habe ich lediglich zu bemerken, dass der Rechtsanwalt und Notar Dr. K a t z, gegen dessen Persönlichkeit sonst nichts einzuwenden ist, sich als sozialdemokratischer Bürgerschaftsvorsteher in Altona politisch und als Vertreter von Mitgliedern der S.P.D. vor Gericht betätigt hat.“ (Hamburger Juden) ~ 9. 6. 1933 Entlassung als Notar ~ am 24. 6. 1933 denunzierte Peters seinen Kollegen – „z. Zt. in Frankreich“ – in einem Schreiben an den Landgerichtspräsidenten: „Er wird z. Zt., wie ich gehört habe, steckbrieflich verfolgt, weil er in die Korruptionsaffäre des Oberbürgermeisters [Dr. Max] Brauer [1887–1973] in Altona verwickelt ist. Ich halte unter diesen Umständen eine Aufrechterhaltung der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft und eine weitere Belassung im Amt als Notar für unmöglich und bitte ergebenst um Nachprüfung der Angelegenheit“ (Hamburger Juden) ~ 5. 9. 1933 in der Anwaltsliste gelöscht ~ 1933/34 Völkerbundsdelegierter und Mitglied des Nationalen Wirtschaftsrates in Nanking (China) ~ seit 1935 in USA („bis 1938 Lektor am

„Institute of Public Administration“ der Columbia Universität in New York und von 1938 bis 1946 Redakteur der ‚Neuen Volkszeitung‘; Direktor der Zeitschrift ‚New Leader‘ und Lektor an der ‚Rand School of Social Science‘ in New York“) ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ 1941 amerikanische Staatsbürgerschaft ~ Herbst 1946 Rückkehr ~ 1947 Wiedererlangung der deutschen Staatsangehörigkeit ~ Nov. 1947 – Sept. 1950 Justizminister (Schleswig-Holstein) ~ Mitglied des Zweizonen-Länderrates ~ August 1948 – Mai 1949 MdPR ~ 1950/51 MdL (Schleswig-Holstein; SPD) ~ nach dem Ausscheiden aus dem Ministeramt Rechtsanwalt (Plön) ~ seit 7. 9. 1951 Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Vorsitzender des Zweiten Senats, 1959 wiedergewählt.

A 28. 6. 1937: Gestapo Hamburg (Behrmann) an Gestapa:

Betrifft: Aberkennung der Reichsangehörigkeit des Rudolf K a t z [...]. Bezug: Dort. Schreiben v. 29. 4. 37 an Stapo Kiel zu II B 3 – K.2082 E – Anlagen: Ohne.

Der Volljude, Rechtsanwalt Dr. Rudolf K a t z [...], zuletzt wohnhaft gewesen in Altona, Roonstrasse 108] war bis 1932 mit der Volljüdin An n a Emilie Katz geb. Jacob, geb. 11. 11. 94 in Kiel, verheiratet. K a t z ist am 18. 3. 32 [...] rechtskräftig geschieden worden. Aus der Ehe sind 2 Kinder hervorgegangen. [...] Die Ehefrau K a t z geb. Jacob ist im Februar 1933 mit ihren beiden Kindern nach Palästina ausgewandert.

Im Jahre 1934 heiratete K a t z in Schanghai die Rechtsanwältin Dr. Ag n e s [...] K ü h l [...]. Frau K a t z geb. Kühl ist arisch und gehört der evangelischen Religion an. Kinder aus dieser Ehe sollen nicht vorhanden sein. K a t z ist deutscher Staatsangehöriger.

Nach der Revolution betrieb K a t z in Altona ein Rechtsanwaltsbüro. Die Firma nannte sich „Rechtsanwaltsbüro Kühl, Katz und Magen“. Seine damalige Mitarbeiterin, jetzige Ehefrau, war schon seit Jahren seine Geliebte. Wegen der K ü h l ist auch seinerzeit die Ehe geschieden worden. K a t z hält sich

zur Zeit mit seiner Frau in New York auf und soll als Dozent an einer Universität in USA. wirken. Im April 1933 wurde Katz zusammen mit dem damaligen Oberbürgermeister Brauer flüchtig. Sie emigrierten zunächst nach Paris und mit Hilfe des Völkerbundes gelangten sie nach China. Vom Völkerbund wurde beiden ein 3jähriger Vertrag in öffentlichen Stellungen zugebilligt, eine Erneuerung des Vertrages hat nicht stattgefunden. Daraufhin begab sich Katz nach New York, wo er auch heute noch ist. Während der Flucht wurde Katz von der sozialdemokratischen Partei in Frankreich mit hinreichenden Geldmitteln unterstützt. Er hat sich ebenfalls dortselbst nach Emigrantenart deutschfeindlich betätigt und galt neben Brauer gewissermassen als Aushängeschild der jüdisch-deutschfeindlichen Propaganda. Wie mitgeteilt wird, soll er sich im gleichen Sinne in seiner neuen Wahlheimat aktiv betätigen.

Nach der Revolution war Katz Verteidiger für sozialdemokratische Parteigrößen und stand in freundschaftlicher Verbindung zu den sozialdemokratischen Stadtverordneten. Er war einflussgebend in der Stadtverwaltung. Er galt in Altona als der ungekrönte Oberbürgermeister, der zusammen mit Brauer und seinem jüdischen Anhang sämtliche Fäden in der Hand hatte. Er war ein eifriger Verfechter der sozialdemokratischen Idee und hat in seiner Eigenschaft als Nebenkläger planmässig dem nationalen Aufbauwillen Abbruch getan. Wiederholt haben die in rötlich gefärbten Blättern von ihm verfassten Leitartikel wegen ihres gebässigen Inhalts bei der nationalen Bevölkerung Aufsehen erregt. Er selbst war Mitglied der Staatspartei und ist wiederholt in Versammlungen als deren Leiter in Erscheinung getreten. Seine Sympathien neigten jedoch in geschäftsmässiger Einsicht zu den Sozialdemokraten.

Nach dem Umsturz beschränkte er sich lediglich auf seine Anwaltspraxis. Am 12. 5. 1933 ist bei der Staatsanwaltschaft Altona – Aktz. Js. 168/33 – ein Haftbefehl gegen Katz erlassen worden, weil er nach Begehung eines Verbrechens dem Täter, dem Oberbürgermeister Brauer, wiederholt Bei-

stand geleistet hat, um ihn der Strafverfolgung zu entziehen, und zwar seines Vorteils wegen, § 257 R.St.G.B.

Von der St.A. Altona, Aktz. 9 J 544/33, ist gegen Katz ein Steckbrief, der zur Zeit noch zu Recht besteht, erlassen worden. In krimineller Hinsicht ist Katz hier nicht in Erscheinung getreten. Seine Ehefrau ist in politischer und krimineller Hinsicht nicht bekannt geworden. Vermögenswerte des Katz im Inland sind nicht vorhanden. Es wird gebeten, dem Katz die Reichsangehörigkeit abzu-erkennen.

In 4facher Ausfertigung und 3 Durchschriften übersandte das Gestapa (Müller) den Antrag betreffend Aberkennung der Reichsangehörigkeit des jüdischen Rechtsanwalts am 27. 7. 1937 dem RFSSuChdDtPoliRMdI: Ich halte die Voraussetzungen für die Aberkennung der Reichsangehörigkeit gemäss Paragraph 2 des Gesetzes vom 14. 7. 1933 unter Berücksichtigung der im oben angeführten Erlass vom 30. 3. 1937 [...] für erfüllt und bitte, dem Katz die deutsche Reichsangehörigkeit abzuerkennen und sein Vermögen als dem Reiche für verfallen zu erklären.

Da K. nach den durch das Deutsche Gen. Konsulat New York getroffenen Feststellungen (Schr. v. 17. 12. 36 – Pa. Katz –) mit seiner deutschblütigen Ehefrau Dr. Agnes geb. Kühl auch jetzt noch einen gemeinsamen Hausstand führt, ist mit Sicherheit anzunehmen, dass diese die pol. und weltanschauliche Einstellung ihres Mannes teilt. Ich bitte daher, die Aberkennung auf sie zu erstrecken. Eine Erstreckung auf die Kinder aus 1. Ehe dürfte sich erübrigen, da diese mit der Mutter bereits 33 nach Palästina ausgewandert sind und anscheinend mit ihrem Vater nicht mehr in Verbindung stehen.

Das Amt – vom RMDI mehrfach an den Ausbürgerungsantrag erinnert – ersuchte das DGK New York am 23. 3. 1938 erneut um die bereits früher als eilig erbetene Stellungnahme. Eine Zustimmung auch ohne Äusserung des G.K. New York, wie im Amt erwogen, erübrigte sich nach Eingang der Äusserung des Generalkonsuls I. Klasse Gustav Albert Müller vom 1. 4. 1938: Der

frühere Stadtverordneten-Vorsteher in Altona, Rudolf Katz [...] hat vom März bis Juli 1936 wegen einer Zeugenvernehmungssache mehrfach mit dem Generalkonsulat korrespondiert. Er hat sich dabei geweigert, sich vom Generalkonsulat als Zeuge vernehmen zu lassen. Er ist dann Ende September 1936 von dem Vertrauensanwalt des Generalkonsulats in einem vor dem Amtsgericht in Altona a. d. Elbe schwebenden Prozess vernommen worden. Aus dem Briefwechsel, sowohl wie aus der Zeugenvernehmung war zu entnehmen, dass er mit dem Institute of Public Administration, 302 East 35th Street, New York City, verbunden war.

Katz steht mit dem in New York erscheinenden sozialdemokratisch orientierten Hetzblatt „Neue Volkszeitung“ in Verbindung und schreibt in diesem Blatte in gebässiger Weise über die deutschen Verhältnisse. So spricht er z. B. in einem in der beigegeführten Nummer der Zeitung vom 14. März 1936 erschienenen Artikel über „die wahren Ursachen des Locarno-Bruches“ (Seite 1 und 6) vom deutschen Unterdrückungssystem, dessen die Massen des Volks längst überdrüssig seien; auch sagt er das Ende des Dritten Reiches voraus. In einem anderen in der gleichen Ausgabe der Zeitung erschienenen Artikel (Seite 2), betitelt: „Der nahende Hitler-Krieg in Europa“, nennt er den Führer und Reichskanzler einen österreichischen Warrkopf und wahnsinnigen Kapitän.

An der staatsfeindlichen Einstellung des Katz besteht daher kein Zweifel; auch muss angenommen werden, dass seine deutschblütige Ehefrau, mit der er anscheinend noch einen gemeinsamen Hausstand führt, seine Einstellung teilt. Diesseits bestehen deshalb keine Bedenken gegen die Ausbürgerung.

■ 9. 8. 1937/20. 4. 1938: RFSS/AA (verbunden mit der Bitte um Rückgabe der anliegenden Nummer der New Yorker Zeitung „Neue Volkszeitung“ nach Kenntnisaufnahme) ~ 1./6. 9. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99719; Hepp, Liste 66 (15; 60: Ehefrau) ~ D Die Stellung des deutschen Reichspräsidenten zu der der Präsidenten Frankreichs

und der Vereinigten Staaten von Amerika, 1920; Entziehung nicht dokumentiert ~ A. Kühl, Das Eingreifen des Gerichts in die Stellung der Ehegatten, Marburg 1927; Entziehung nicht dokumentiert ~ B Nachlass (Splitter, zur Emigration): LBI New York (Tagebücher 1933–1939) u. Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford/Kalifornien ~ Gerhard Leibholz, Rudolf Katz †, in: Juristenzeitung 1961, S. 643–645 ~ Das Bundesverfassungsgericht, 1971, S. 228; NDB 11 (1977), S. 334 f. (Hans Rupp); BHdE I, 1980, S. 353; Göppinger, 1990, S. 342; Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 72; Paul Gerhard, „Herr K. ist nur Politiker und als solcher aus Amerika zurückgekommen.“ Die gelungene Remigration des Dr. Rudolf Katz, in: Paul/Gillis-Carlebach, 1998, S. 699–711, 904–907; Erhard H. M. Lange, Wegbereiter der Bundesrepublik. Die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates. Neunzehn historische Biografien, Brühl/Rheinland 1999, S. 133–140; Der Parlamentarische Rat 1948/49; Zwischen Recht und Unrecht, 2004, S. 128–131 (Klaus-Detlev Godau-Schüttke); AoRD, 2007, S. 221 f. u. 243; Morisse, 2013, S. 183 u. 183 f.: R. Magen (1888–1950 Tel Aviv); Hamburger Juden, Bd. V, 2016, S. 451 u. 467 ~ AoRB, 2007, S. 193: W. Katz ~ BHdE I, 1980, S. 86; Fladhammer/Wildt, 1994: M. Brauer.

40 Katzenstein, Julius, Dr. jur. (Greifswald 1917; Entziehung 1937) ~ 6. 10. 1890 Bremen – 13. 6. 1946 Haifa.

1920–1928 Rechtsanwalt (Bremen) ~ Zionist ~ literarische Veröffentlichungen unter dem später ausschließlich geführten Namen Josef/Joseph Kastein ~ Mitglied der Soncino-Gesellschaft ~ Frühjahr 1927 Aufgabe der Praxis und des Haushalts, Übersiedlung in die Schweiz (Ascona-Moscia) ~ 1935 „Heimkehrer“ nach Palästina ~ 1936 Ausbürgerung („nachdem er auf die jüdischen Schwimmer Österreichs eingewirkt hatte, nicht an der Olympiade in Berlin teilzunehmen“; Kreutzberger) ~ Verbot: Kastein, Joseph (d. i. Julius Katzenstein, Sämtliche Schriften (Liste 1, 1937; 1938 jeweils mit Nennung des Pseudonyms) ~ 1937 Verzeichnis jüdischer Verfasser juristischer Schriften ~ NS-Raubgut: ZLB Berlin (Josef Kastein, Uriel da Costa oder die Tragödie der Gesinnung, Wien: R. Löwit

1935: „Prof. Franz Oppenheimer herzlichst zugeeignet. Josef Kastein“).

A 17. 12. 1934: RuPrMdl an AA: Zur Liste 6, J. Katzenstein: Material *im Hinblick auf die vereinbarten Richtlinien noch nicht für hinreichend* erachtet.

Am 31. 7. 1935 leitete das Amt eine beim DK Lugano eingegangene Denunziation Katzensteins durch den Pg. Ernst F. Löhn-dorff an den RuPrMdl weiter. Obwohl *Ermittlungen weitere Unterlagen für ein Ausbürgerungsverfahren* nicht erbracht hatten, hielt das Gestapa (Müller, 6. 4. 1936 an RuPrMdl) *die erweiterte Anwendung des § 2 des Gesetzes vom 14. 7. 33 [...] für angebracht*. Am 6. 5. 1936 bat das RuPrMdl (Dr. Duckart) das Amt daraufhin um Zustimmung zu der mit der nächsten Liste beabsichtigten Ausbürgerung Katzensteins.

Amtliche Begründung: *Katzenstein [Beruf: Rechtsanwalt; Religion: mosaisch; letzte Wohnung: Bremen, Händelstr. 7; jetzt Ascona-Moscia] war glühender Kämpfer für jüdische Belange. Neben seiner Anwaltspraxis war er unter dem Pseudonym Kastein schriftstellerisch tätig. Seine Schriften sind im ‚Robwolt [sic] -Verlag‘ in Berlin erschienen. Ihr Inhalt war durchaus geeignet, das deutsche Volk im Sinne der liberal-jüdischen Demokratie zu zersetzen. Katzenstein sah den Sieg der nationalen Bewegung rechtzeitig voraus und zog daraus seine Konsequenzen. Er sicherte sich eine Zuflucht im Auslande, auf die er nach der nationalen Erhebung zurückgreifen konnte.*

Nach der Gründung der Reichsschrifttumskammer wurde ihm durch ein Versehen seines Verlages eine Aufforderung zum Beitritt übersandt. Er antwortete darauf mit einem Brief, der deutlich seine Gesinnung erkennen läßt. Die Tatsachen sind vollkommen entstellt. Ideen des neuen Deutschland werden ironisiert. Bezeichnend ist die Bemerkung: „Ich fühle mich in erster Linie als Jude, sodann erst als deutscher Staatsangehöriger“. Der ganze Brief zeigt die Staatsfeindlichkeit des Verfassers. Die Annahme ist durchaus berechtigt, daß Kastein nicht nur in diesem einen Falle, son-

dern auch sonst bestrebt ist, das deutsche Ansehen im Auslande herabzusetzen.

■ 6. 5./19. 5. 1936: RuPrMdl/AA ~ 22./
25. 7. 1936: RuPrMdl/DRA ~ 22./
24. 4. 1937: RuPrMdl/DRA (K).

Q PA/AA, R 99649, R 99656 (K); Hepp, Liste 6 (18: Katzenstein [Kastein]), 13 (18 f.: K) ~

D Über die rechtliche Natur der stillen Gesellschaft des HGB, Greifswald 1917 ~ **B** Alfred Dreyer, Joseph Kastein (1890–1946). Bibliographie, in: LBI-Bulletin 71, 1985, S. 35–56 ~ J. Kastein, Was es heißt, Jude zu sein. Eine Kindheit in Bremen, hg. v. Jürgen Dierking u. Johann-Günther König, Bremen ²2005 (¹2004) ~ Kreuzberger, 1970, S. 427/211) ~ Schumacher, 2012, Abb. 8: Exlibris ~ AJB 13, 2005, S. 282–292.

41 Kirchheimer, Otto, Dr. jur. (Bonn 1928; *Entziehung* 1939) ~ 11. 11. 1905 Heilbronn – 22. 11. 1965 New York; Ⓞ (1941 gesch.) → Hilde K. geb. Rosenfeld.

Seit 7. 1. 1933 Rechtsanwalt (Berlin) ~ April 1933 zusammen mit seiner Ehefrau Flucht nach Frankreich ~ 13. 7. 1933 Berufsverbot ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ weitere Emigration (USA) ~ 1943 US-Staatsbürger ~ Mitarbeiter des Office of Strategic Services (Central European Section) ~ Professor für politische Wissenschaft (Columbia University) ~ Vorträge und Gastprofessuren in Deutschland ~ auf eigenen Wunsch in Heilbronn beige-setzt.

A 1. 2. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa:

Der Obengenannte [Bln.-Grunewald, Zikadenweg 78, jetziger Aufenthalt nicht bekannt, vermutlich Paris] besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit.

Nach den von hier getroffenen Ermittlungen gehört er der jüdischen Rasse an.

Über seinen Lebenslauf haben sich folgende Feststellungen treffen lassen:

Kirchheimer studierte an der Universität Heidelberg. [...] Vom 4. 5. 1928 bis 30. 8. 1929 war er beim Amtsgericht Erfurt als Referendar tätig. In Berlin hat er sich als Rechtsanwalt betätigt. Er [...] ist am

1. 6. 1933 zur polizeilichen Abmeldung gelangt.

Politisch ist er vor der nationalsozialistischen Erhebung des öfteren in sozialdemokratischen Versammlungen als Redner aufgetreten und hat die nationalsozialistische Bewegung aufs heftigste bekämpft. Nach der nationalsozialistischen Erhebung stand er im Verdacht, sich heimlich gegen die Regierung zu betätigen. Er wurde deshalb am 19. 5. 33 wegen Verdachts politischer Umtriebe festgenommen und am 22. 5. 1933 entlassen. Während seines Aufenthaltes in Erfurt verkehrte er mit dem dort wohnenden Rechtsanwalt Iderhoff, dem wegen seiner kommunistischen Einstellung die Rechtsanwaltspraxis im Jahre 1933 entzogen wurde.

Vorstrafen politischer Art sind im Strafregister der Staatsanwaltschaft Heilbronn nicht verzeichnet. Insbesondere hat ein Verfahren wegen Hoch- oder Landesverrats gegen Kirchheimer nicht geschwebt.

In krimineller Hinsicht ist der Jude nicht in Erscheinung getreten.

Vermögenswerte besitzt er in Deutschland keine.

Der Jude hat am 31. 3. 1928 mit der Jüdin Hilde Martha Betty Rosenfeld [...] die Ehe geschlossen. Die Ehefrau war als eifrige Anhängerin der SPD. bekannt. In krimineller Hinsicht ist Nachteiliges über sie nicht verzeichnet. Sie hat mit ihrem Ehemann einen gemeinsamen Hausstand geführt und hat mit ihm das Reichsgebiet verlassen. Aus der Ehe ist das Kind [...], glaubenslos, hervorgegangen. Das Kind hat mit seinen Eltern das Reichsgebiet verlassen.

Da der Jude durch sein Verhalten die ihm hier auferlegte Pflicht eines Staatsbürgers gröblich verletzt hat, halte ich die Aberkennung seiner Staatsangehörigkeit für erforderlich. Gleichzeitig bitte ich, da die Ehefrau durch ihr Verhalten die Handlungen ihres Ehemannes billigt, die Ausbürgerung auch auf sie und das Kind [...] zu erstrecken.

16. 7. 1938: Gestapa (Dr. Zimmermann) an RFSSuChdDtPoliRMdI: Anliegenden Ausbürgerungsvorschlag [s. o.] übersende ich

mit dem Antrage, dem Juden Kirchheimer die deutsche Staatsangehörigkeit abzuerkennen.

Eine Vermögensbeschlagnahme und Verfallerklärung erübrigen sich, da Vermögenswerte im Inlande nicht vorhanden sind.

Die Ausbürgerung bitte ich auf die eingangs genannten Familienangehörigen zu erstrecken.

■ 2. 8./11. 11. 1938: RFSS (Lischka)/AA (Hinrichs, nach Mitteilung der Konsulatsabt. der DB Paris, Bräutigam, vom 8. Nov.: Otto Kirchheimer hat 1935 in der Passtelle der Botschaft vorgeschrieben. Der Pass wurde ihm damals abgenommen und dem Polizeiamt Schöneberg-Wilmersdorf übersandt. Weiteres ist über Kirchheimer nicht bekannt geworden. Gegen seine Ausbürgerung bestehen keine Bedenken.) ~ 3./6. 12. 1938: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99744; Hepp, Liste 83 (21; 85 f. Ehefrau u. K) ~ D Zur Staatstheorie des Sozialismus und Bolschewismus, in: Zeitschrift für Politik 17 (1928), S. 593–611 [Teildr.] ~ B BArch, R 3001/63222 ~ Nachlass: State University of New York, Albany/New York ~ EAB, 262502 ~ Franz Neumann/Herbert Marcuse/Otto Kirchheimer, Im Kampf gegen Nazi-Deutschland. Die Berichte der Frankfurter Schule für den amerikanischen Geheimdienst 1943–1949. Hg. v. Raffaele Laudani, Frankfurt/M. 2016; Otto Kirchheimer – Gesammelte Schriften, Bd. 1: Recht und Politik in der Weimarer Republik, hg. v. Hubertus Buchstein, Baden-Baden 2017 (biograph. Einleitung); Bd. 2: Faschismus, Demokratie und Kapitalismus, hg. v. H. Buchstein u. Henning Hochstein, Baden-Baden 2018; Bd. 3: Kriminologische Schriften, hg. v. H. Buchstein u. Lisa Klingsporn, Baden-Baden 2019 ~ Kritische Justiz, 1988, S. 401–414 (Joaquim Perels); John H. Herz, Otto Kirchheimer – Leben und Werk, in: Verfassungsstaat, Souveränität, Pluralismus. Otto Kirchheimer zum Gedächtnis, hg. v. Wolfgang Luthardt u. Alfons Söllner, Opladen 1989, S. 11–23; Göppinger, 1990, S. 294; Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 100 f., 156; Donna E. Arzt, Otto Kirchheimer: Critic of the Administration of Justice, in: Lutter/Stiefel/Hoeflich, 1993, S. 33–56; Gunther Teubner, „Man schritt auf allen Gebieten zur Verrechtlichung“. Rechtssoziologische Theorie im Werk Otto Kirchheimers, ebd., S. 505–520; Demokratische Wege, 1997, S. 329–331 (Andreas Kaiser); Frank Schale, Otto Kirchheimer: Linksozialistische Analysen in der Weimarer

Republik, in: Gangl, 2003, S. 276–290; Alfons Söllner, Aufstieg und Niedergang. Otto Kirchheimers politische Interpretationen der Weimarer Reichsverfassung [nicht in die Druckfassung aufgenommenes Kapitel der Münchener Dissertation von 1977 „Geschichte und Herrschaft. Studien zur materialistischen Sozialwissenschaft 1929–1942, Frankfurt am Main 1979], ebd., S. 291–327; AoRB, 2007, S. 195 f.; Robert van Oyen [u. a.], Hg., Kritische Verfassungspolitologie. Das Staatsverständnis von Otto Kirchheimer, Baden-Baden 2011; Bergemann, 2012, S. 190; Hubertus Buchstein, Funktionsbedingungen des Parlamentarismus. Otto Kirchheimers Überlegungen zum Parlamentarismus während seines Pariser und New Yorker Exils (1933 bis 1943), in: ZParl 49 (2018), 4, S. 718–729; zu Karl Udo Iderhoff (1894–1942 Chemnitz): Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 168 f.

42 Klee, Alfred, Dr. phil. (Heidelberg 1902; *Entziehung* 1941) ~ 21. 1. 1875 Berlin – 10. 11. 1943 Westerbork; ⚭ Therese Stargardt (1877–1945 Bergen-Belsen).

Seit 1902 Rechtsanwalt und später auch Notar (Berlin) ~ Sozietät mit Sammy Gronemann (1875–1953 Tel Aviv), seinem Vater Dr. jur. Fritz Simon (1884–1935) und Dr. jur. Hermann Lelewer (1891–1946 Tel Aviv) ~ 1919 Mitgründer der von Zionisten gegründeten Jüdischen Volkspartei in Berlin, die „hauptsächlich für die Demokratisierung der Verwaltung in den jüdischen Gemeinden und in diesem Rahmen für die Gleichstellung der Ostjuden“ in den Gemeinden kämpfte (Kulka) ~ Mitglied der Soncino-Gesellschaft ~ „stellte seine Redneregabe in den Dienst der Zionistischen Sache“ (Bewährung im Untergang, 1965) ~ anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Israelischen Oberrats bzw. der früheren Israelischen Oberkirchenbehörde am 13. 12. 1931 in Stuttgart „überbrachte“ Klee „die Glückwünsche des ‚Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden‘ und der ‚Reichsarbeitsgemeinschaft der jüd. Landesverbände‘ und gab dann einen gedanklich und rhetorisch meisterhaften Ausblick auf die weite Welt des Judentums und seine kulturellen Güter“ (Hans Stern-

heim, in: Gemeinde-Zeitung für die israelitischen Gemeinden Württembergs, Stuttgart, 16. 12. 1931, S. 213, zit. nach Paul Sauer, Otto Hirsch, 1985, S. 96) ~ Vorsitzender der Zionistischen Vereinigung für Deutschland ~ als Notar entlassen ~ 1933 Emigration des S: Hans in die Schweiz ~ 1937 im *Verzeichnis jüdischer Verfasser juristischer Schriften* erfasst ~ 15. 11. 1938 nach Durchsuchung der Kanzlei wegen Verteidigung eines jüdischen Arztes in Westfalen Flucht mit der Familie in die Niederlande (Rotterdam) ~ Berufsverbot ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 20. Juni 1943 mit Angehörigen verhaftet, danach im Sammellager Westerbork ~ die Ehefrau wurde am 1. 2. 1944 nach Bergen-Belsen deportiert; sie erhielt dort ein Visum für Palästina, verblieb aber bei ihren Enkelinnen, den Töchtern von Hans Goslar und Judith Klee, die kein Visum erhalten hatten.

A 5. 4. 1940: Gestapo Berlin (Rothmann) an RSHA:

Ich beantrage die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des früheren Rechtsanwalts [...] Dr. phil. Klee (1902 Universität Heidelberg) [...], letzter inländ. Wohnsitz: Bln.-Charlottenburg, Tauentzienstr. 13, letzter bekannter Aufenthalt: Rotterdam; Zeit der Abwanderung: 15. 11. 1938.

► *Klee hat vom Jahre 1899 bis zur Auflösung der Berthold Auerbach Loge angehört, die wegen ihrer staatsfeindlichen Bestrebungen verboten und aufgelöst wurde.*

Er schuldet dem Finanzamt Charlottenburg-Ost noch RM 408,36 Reichssteuern.

Die inländischen Vermögenswerte des Juden in Höhe von etwa 27.000 RM sind sichergestellt worden.

Der Genannte ist verheiratet [...], Abstammung: Jüdin, Tag der Eheschließung:

10. 5. 1899.

Politischer und krimineller Leumund: Nichts Nachtteiliges.

Aus der Ehe sind die Kinder 1.) Eugenie [...], 2.) Ruth, Judith [...]; ausgebürgert bereits 1938], 3.) Adam Johannes Moritz [...] hervorgegangen.

Die Töchter [...] sind verheiratet. Der Sohn Hans [handschr. verbessert: Johannes] ist am 3. 3. 1939 nach Holland ausgewandert. Es ist anzunehmen, daß er den ausländischen Wohnsitz seiner Eltern teilt. Bis zu seiner Ausreise ist er als Lediger gemeldet gewesen. Er hat am 17. 7. 1931 vor der philosophischen Fakultät der Universität Gießen den Dokortitel erworben. Nachteiliges in politischer, krimineller und sonstiger Hinsicht ist über den Sohn nicht bekannt.

Die Erstreckung der Aberkennung auf die Ehefrau und den Sohn Johannes wird beantragt, da diese das Reichsgebiet ebenfalls verlassen haben.

■ 6./14. 5. 1940: RFSS/AA ~ 7./12. 8. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99874; Hepp, Liste 196 (51; 52 f.: *Ehefrau* u. S), Liste 54 (12; 23. 6. 1938: Hans Goslar [1889–1945 Bergen-Belsen], u. 49 f.: *Ehefrau* Judith [1901–28. 2. 1942 Amsterdam, für tot erklärt] u. T) ~ **D** Die Landarbeiter nach den Erhebungen des Evangelisch-sozialen Kongresses, Teil 1: Der Regierungsbezirk Liegnitz, Teil 2: Der Regierungsbezirk Breslau, Tübingen 1902 [Erschien vollst. 1902 als: Die Landarbeiter in den ev. Gebieten Norddeutschlands, H. 3]; *Entziehung* (Heidelberg) nicht dokumentiert ~ **B** Nachlass: Central Zionist Archives, Jerusalem ~ „Privatarchiv von Alfred Klee“ (vgl. Kulka, 1997, S. 86) ~ EAB, 65065 (DS bis 2040) ~ BHdE I, 1980, S. 368; Göppinger, 21990 S. 250; AoRB, 22007, S. 196 f.; Jünger, 2016, S. 204–206 u. ö. ~ zu Hans Klee (1906–1959 Zürich): Das Liquiditätsproblem und das Problem der Zahlungsbereitschaft bei den Kreditgenossenschaften des Deutschen Genossenschaftsverbandes, Gießen 1931; Dr. jur. Basel (Die Rechte des Kommittenten im Konkurse des Kommissionärs, 1934; SwissA, 4 Dossiers ~ EAB, 69232 (DS bis 2040) ~ BHdE I, 1980, S. 368.

43 Kowalski, Max, Dr. jur. (Marburg 1906; *Entziehung* 1940) ~ 10. 8. 1882 Kowal (Polen/Russland) – 1. 4. 1956 London, 8. I. 1910 (gesch.) Anna Rosalie Meyer (* 1887; Tochter des Frankfurter Justizrats Dr. Fritz Meyer [1849–1933]; 25. 10. 1938 Suizid nach Haft und anschließender *Schutzhaft*; im Gedenkbuch des Bundes-

archivs nicht verzeichnet); II. Gertrude Remak.

Ausbildung als Sänger, bekannt als Komponist und Interpret von Liedern „im spätromantischen Stil“ ~ „besonders erfolgreich „op 4: Zwölf Gedichte aus ‚Pierre Lunaire‘ von Albert Giraud“, 1913 ~ seit 1909 Rechtsanwalt (Frankfurt/M.) ~ befreundet mit Arnold Schönberg, den er als Anwalt u. a. in einem Rechtsstreit mit der Frankfurter Oper um die Uraufführung der Oper „Von heute auf morgen“ erfolgreich vertrat ~ Zionist ~ 1934 Publikationsverbot als Komponist ~ 1937 *Verzeichnis jüdischer Verfasser juristischer Schriften: Liederkomponist* ~ 11.–27. 11. 1938 *Schutzhaft* (Buchenwald) ~ Berufsverbot ~ auf Anzeige eines Hoteliers in Mosbach Verfahren wegen Hausfriedensbruch „mangels inneren Tatbestands eingestellt, da dem Beschuldigten möglicherweise nicht genügend zum Bewußtsein gekommen war, daß der Anzeiger Juden grundsätzlich nicht beherbergt“ ~ März 1939 zusammen mit seiner Tochter nach Großbritannien emigriert ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ Klavierstimmer, Gesangslehrer und Chorsänger in der Synagoge ~ Vertonung zahlreicher Gedichte von Rilke, Hölderlin und Goethe.

A 6. 3. 1940: Gestapo Frankfurt a. M. (Weiss-Bollandt) an RSHA:

Der Jude Max Israel Kowalski [...] besitzt die deutsche Reichsangehörigkeit. Er war verheiratet mit der Jüdin [...], verstorben am 25. 10. 1938 in Frankfurt am Main. Aus der Ehe ist das im Betreff genannte Kind hervorgegangen. Max Kowalski gelangte am 27. 2. 1939 und die Tochter Vera am 11. 8. 1938 (von Amts wegen) nach London zur Abmeldung.

[...]

Der Jude Kowalski übte in Frankfurt a. M., Neue Mainzer Strasse 76, eine Praxis als Rechtsanwalt aus [letzter inländischer Wohnsitz: Körnerstr. Nr. 9]. Als Anwalt war er als der grösste Schmutzfink bekannt, der fast nur die Vertretungen minderwertiger Menschen

übernahm. So ist er unter anderem in den Jahren vor dem Umbruch durch seine Vertretung der Zigeuner, die durch ihre strafbaren Taten in Frankfurt grosse Prozesse herbeiführten, unrühmlichst bekannt geworden, insbesondere hat er hier den wegen Totschlags angeklagten Zigeunerhauptide Korbatsch vertreten.

Darüber hinaus war K. ein begeisterter Anhänger des Marxismus. Seine politische Einstellung vertrat er bei jeder sich bietenden Gelegenheit und unterstützte die marxistischen Verbände und Organisationen reichlich mit Geldmitteln. In seiner Praxis und in seiner Wohnung wurden vorwiegend marxistische Zeitschriften gehalten und seinen Mandanten zwecks Werbung vorgelegt.

Seine am 25. 10. 1938 verstorbene Ehefrau stand ihm in dieser Hinsicht würdig zur Seite. Sie wurde am 23. 7. 1937 vom Sondergericht Frankfurt a. M. wegen Vergehen gegen das Heimtücke-gesetz zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Für die Beurteilung der Töchter [...] dürften die vor ihrer Auswanderung bei der Mutter verbrachten Jahre massgebend gewesen sein. Sie stand als einzige Tochter unter dem Einfluss ihrer Mutter, deren offenkundiger und massloser Hass gegen den Nationalsozialismus der Grund zu obenangeführter Bestrafung war. Ausdrücke wie „das Lumpenpack, das Hitlerpack, das Goyenpack“, sowie „die Reden des Dr. Goebbels sind lauter Lügen“ u. a. waren im Hause der K. an der Tagesordnung.

Wenn auch ein direkter Beweis für eine staatsfeindliche Betätigung der Vera Kowalski nicht erbracht werden kann, so ist doch mit Bestimmtheit anzunehmen, dass sie, im gleichen Geiste erzogen, nunmehr im Auslande ihre staatsfeindliche Gesinnung äussern und an der Greuelhetze gegen das Reich teilnehmen wird.

Steuerrückstände sind nicht vorhanden.

Vermögenswerte konnten ermittelt werden.

Ich bitte, Kowalski wegen seines volksschädigenden und staatsfeindlichen Verhaltens zur Ausbürgerung vorzuschlagen und die Erstreckung der Ausbürgerung auf die Tochter Vera

zu beantragen. Gleichzeitig bitte ich die Beschlagnahme des Vermögens herbeizuführen.

■ 15./20. 4. 1940: RFSS/AA ~ 10./12. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99866; Hepp, Liste 188 (91; 92: T) ~ D Die Naturalobligation, Wiesbaden (1906); Lemberg, 2002, S. 48, 52 ~ B Arch, R 3001/64396 ~ HHStA, Abt. 474/6, Nrn. 1–3 (Handakte, zit. nach Meil/Zwilling, 2004, S. 693/Anm. 72) ~ Peter Gradenwitz, Max Kowalski (1882–1956). Lawyer and sensitive musician/Rechtsanwalt und feinsinniger Musiker, in: LBI-Bulletin 58, 1981, S. 41–51; BHdE II, 1, 1983, S. 654; Landau, 1993, S. 282; Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten, 2004, S. 387; AoRD, 2007, S. 311 (B. Dölemeyer); Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 166 u. 174 (F. Meyer) ~ Symposien zur Kammermusik von Jean Sibelius, zum Liederkomponisten Max Kowalski und zur Liszt-Rezeption, hg. v. Joachim Brügge (Tutzing 2014) mit Beiträgen v. Jutta Raab Hansen (NS-verfolgte Musiker in England von 1933 bis 1946. „What the politicians spoil, the artists repair!“ [S. 123–135]), Wolfgang Holzmair (Max Kowalski: Daten, Fakten, Stationen, Umfeld – ein erweiterter Lebenslauf [S. 137–154], Max Kowalski und der jüdische Kulturbund 1933 bis 1941 [S. 155–176]) u. Max Kowalski: Spurensuche in Lexika und Nachschlagewerken [S. 177–189], Michael Kowal ([Neffe], Erinnerungen an Max Kowalski [S. 191–193]), Hildemar Holl (Max Kowalski und einige seiner deutschsprachigen Dichter und Übersetzer [S. 195–203]) u. Joachim Brügge (Max Kowalski und seine Sängler [S. 205–212]).

44 Kurtz, Carl, Dr. jur. (Breslau 1920) ~ * 26. 3. 1894 Berlin – 14. 12. 1991 Slöinge/Schweden; ⚭ Eva Caro (* 1897 Budapest); S: Wolfgang (* 16. 5. 1925 Berlin; Ausbürgerung → A).

Frontkämpfer ~ 1920 zunächst kurzzeitig im Bankfach, danach im internationalen Speditionsgeschäft tätig ~ 1932 Zulassung als Rechtsanwalt mit dem weiteren Berufsziel „ueber die Fachanwaltschaft fuer Steuerfragen eine Professur zu erstreben“ ~ galt nach der NS-Rassengesetzgebung wegen der Abstammung seiner Ehefrau als jüdisch versippt ~ von der erstrebten Qualifizie-

nung ausgeschlossen ~ keine Ernennung zum Notar ~ seit „Anfang 1943 in Zusammenarbeit zwischen Anwaltskammer und Gestapo zum sogenannten Arbeitseinsatz herangezogen“ ~ Tätigkeit in einem Rollfuhrunternehmen ~ Nov. 1943 vollständige Ausbombung der Kanzlei ~ „von der Gestapo zur ‚Aktion Hase‘ angesetzt“ ~ entsprechend einer Verfügung des RMDJ „über das Ausscheiden von Mischlingen I. Grades und Jüdisch-Versippten aus der Rechtsanwaltschaft“ und einem Geheimerlass des Präsidenten der Reichs-Rechtsanwaltskammer vom 19. Mai 1944 in der entsprechenden Liste (Rubrik: „jüdische Ehefrauen“) genannt, die der Präsident der Rechtsanwaltskammer Berlin am 16. Juni 1944 dem Kammergerichtspräsidenten übersandte ~ nach der Entschädigungsakte verhalten „in dieser Lage“ Freunde C. Kurtz „und seiner Ehefrau zu einem Asyl in Schweden“ ~ in der Entschädigungsakte findet sich kein Hinweis zum Schicksal des Sohnes, dessen Entschädigungsakte noch dem Datenschutz unterliegt ~ veröff. nach 1945 u. a. „Das schwedische Enteignungsgesetz vom 12. Mai 1917 in der Fassung vom 21. Dezember 1949“ (1953).

A 13. 11. 1943: DGK Gotenburg (Below) an AA:

Der in Huskvarna, Floragatan 9, wohnhafte Wehrpflichtige Carl Wolfgang Kurtz, [...], Mischling II. Grades, hat den Einberufungsbefehl des Wehrbezirkskommandos Ausland in Berlin zum 28. September d. Js. keine Folge geleistet. Eine seitens des Generalkonsulats am 22. Oktober d. Js. an ihn gerichtete Aufforderung, die Gründe für die Nichtbefolgung des Einberufungsbefehls anzugeben, beantwortet er mit dem hier abschriftlich vorgelegten Schreiben. [o. O. u. D.: „Im Besitz Ihres Schreibens vom 22. d. M. teile ich Ihnen hiermit mit, dass ich, wie Ihnen schon bekannt sein dürfte, Mischling bin. Da mir die die Behandlung der Mischlinge in Deutschland bekannt ist, habe ich keine Lust, mich ihr zu unterwerfen.“] Ueber die

straf- und staatsrechtlichen Folgen seines Verstoßes gegen die Gestellungspflicht war er schriftlich eingehend belehrt worden.

Da somit die Voraussetzungen der Ziffer 1) des Erlasses des Auswärtigen Amts vom 1. März 1940, R 54860, gegeben sind, beantrage ich, gegen den Genannten das Ausbürgerungsverfahren einzuleiten.

Kurtz, der hier als ledig gemeldet ist, wohnte nach seiner Angabe zuletzt bis Juni 1939 in Berlin-Steglitz, Fritschweg 7, bei seinen Eltern, Rechtsanwalt Dr. Carl Johann Ferdinand Kurtz [Kanzlei 1943: Bayreuther Str. 36] und dessen Ehefrau Erna geb. Caro [Wohnung 1943: Steglitz, Fritschweg 7]. Über weitere Familienangehörige ist hier nichts bekannt.

Den Eingang in *Durchschrift nebst Anlage* übersandte das Amt (v. Thadden) am 11. 12. 1943 dem RFSSuChfEdDtPoliRMdI mit der Bitte um Kenntnisnahme und der weiteren Veranlassung.

■ Am 10. 5. 1944 stimmte das Amt (v. Thadden) – vom RMDI mit Schreiben vom 10. Apr. um Zustimmung zur *Ausbürgerung des Dienstpflichtigen* [handschr. verbessert aus *Wehrpflichtigen*] *Mischl. II. Grades* gebeten – der Ausbürgerung zu; im *Anschluß an das Schreiben vom 11. Dezember 1943* unterrichtete v. Thadden zugleich die Leitung der AO der NSDAP über *SA-Brigadeführer Frenzel* und das Wehrbezirkskommando Ausland in Berlin. ~ 5./9. 12. 1944: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99995; Hepp, Liste 354 (46; eine Ausbürgerung der Eltern ist nicht dokumentiert) ~ B EAB, 262594, 343762 u. 357666 ~ D Die Eintragung der Firma einer G.m.b.H. in das Handelsregister; 1920; https://www.digital.zlb.de/viewer/rest/image/150756216_2009_69/NF_32 (Zugriff: 9. 4. 2019).

45 Landé, Hugo, Justizrat (1917) ~ 6. 3. 1859 Ostrowo/Posen – 14. 9. 1936 Nyon-Finhaut (im Genfer See ertrunken, mutmaßlich Suizid); jüd. (Diss.); ♂ 1887 (Cousine) Thekla Landé (1864–1932; 1919–1932 Stadtverordnete in Elberfeld bzw. Wuppertal, 1920 Mitglied des Rheinischen Provinziallandtages; SPD);

K: Alfred (1888–1976; Physiker), Charlotte (1890–1977; Kinderärztin), Franz (* 10. 4. 1893 Elberfeld; Jurastudium, Referendarexamen 1914; Kriegsdienst als Militärmusiker; 1918 Engagement als Kapellmeister in Stettin und Königsberg; 1924 ohne abgeschlossenes Musikstudium Theorie-Lehrer am Gumpertschen Konservatorium in Düsseldorf, veröff. 1926 „Vom Volkslied bis zur Atonalmusik: Grundriss einer Theorie der lebendigen Musik“; Komponist, Arbeiterchordirigent; suchte im Mai 1933 Zuflucht bei seinem Vater in der Schweiz; seit Herbst 1933 in Paris →A), Eva (1901–1977; Reformpädagogin).

Seit 1886 Rechtsanwalt (Elberfeld) ~ seit „1890, nach dem Auslaufen des Sozialistengesetzes“ (H. Romeyk), Mitglied der Sozialdemokratie bzw. des Volksbildungsvereins ~ seit 1908 Stadtverordneter ~ 1918/19 im Auftrag des Arbeiter- und Soldatenrats Kommissar für die städtischen Angelegenheiten ~ von Unabhängigen und Spartakisten am 5. 1. 1919 durch einen Volksauflauf vor seinem Haus zum Verzicht auf seine Ämter in der Partei und im Arbeiterrat gezwungen ~ 1919 SPD-Fraktionsvorsitzender (Stadtrat Elberfeld) ~ seit 1. 10. 1919 kommissarischer Regierungspräsident von Düsseldorf ~ nach der Weigerung der belgischen Besatzungsmacht, die insbesondere in Zentrumskreisen und bei den höheren Beamten umstrittene Ernennung zu bestätigen, ersuchte Landé, der sich auch durch seine aus der Anwaltspraxis übernommene Dienstführung starker Kritik ausgesetzt sah, umgehend um seine Entlassung zum 1. 1. 1920 ~ weiterhin als Rechtsanwalt zugelassen ~ 5. 3. 1933 Flucht aus Elberfeld, Emigration (Schweiz).

A 19. 6. 1939: Gestapo Düsseldorf (Dr. Hoffmann) an Gestapa:

Ich bitte dem Juden und deutschen Staatsangehörigen Franz Landé [W.-Elberfeld, Luisenstr.; jetziger Aufenthalt: Paris] die deutsche Staatsangehörigkeit abzuerkennen [unter

Erstreckung der Ausbürgerung auf die Ehefrau Hanna Landé, geborene Riehm, geb. am 15. 11. 1899 in Neustadt a. d. Weinstr.].

L. ist der Sohn des verstorbenen Rechtsanwalts Hugo Landé, der in Wuppertal als rühriges Mitglied der SPD tätig gewesen ist. So ist früher Landé in Wuppertal als Redner und Agitator für die SPD, aufgetreten. Bei Anbruch der Revolution im Jahre 1918 war er Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates. Zu dieser Zeit wurde er von der SPD, als Kommissar bei der Stadtverwaltung in Wuppertal und bald darauf beim Landgericht dortselbst zur Ausübung von Kontrollfunktionen eingesetzt. Er und seine verstorbene Ehefrau waren gleichzeitig sozialdemokratische Stadtverordnete in Wuppertal.

Franz Landé hat sich vor seiner Auswanderung als Kommunist betätigt. Seine Zugehörigkeit zur KPD, oder deren Unterorganisationen konnte jedoch nicht festgestellt werden. Er hat das Reichsgebiet mit seiner Ehefrau im Jahre 1933 verlassen. L. ist Musiker und hat in Paris versucht, aus den Kreisen der musikliebenden Emigranten eine „Philharmonische Gesellschaft“ zu gründen. Mit Rücksicht auf die marxistische Betätigung seiner Eltern ist ohne weiteres anzunehmen, dass L. im marxistischen Sinne erzogen ist. Seine deutschfeindliche Einstellung wird zudem durch die Tatsache erhartet, dass er sich im kommunistischen Sinne betätigt hat und im Ausland mit Emigrantenkreisen Umgang pflegt. Vorstrafen sind über ihn nicht verzeichnet.

Die Ehefrau [...], mit der L. in zweiter Ehe verheiratet ist, ist deutschblütig und in politischer und krimineller Hinsicht nicht hervorgetreten.

Steuerrückstände oder Rückstände an öffentlichen Abgaben haben die Eheleute Landé nicht hinterlassen. Vermögenswerte sind von ihnen im Inlande nicht mehr vorhanden. Kinder sind aus der jetzigen Ehe des Landé nicht hervorgegangen.

L. war in erster Ehe mit der deutschblütigen Hedwig Charlotte Landé, geb. Goetting, geb. am 4. 4. 1894 in Leipzig-Reudnitz, verheiratet. Die Ehe wurde am 3. 3. 1923 geschieden.

Aus dieser Ehe ist ein Sohn, Heinz Landé, geb. am 21. 3. 1920 in München, hervorgegangen, welcher am 17. 10. 1937 nach Rom ausgewandert ist. Soweit hier bekannt, steht der Sohn mit seinem Vater nicht mehr in Verbindung.

Im Hinblick auf den vorstehenden Sachverhalt dürften die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit gemäss Erlass [...] vom 30. 3. 37 [...] erfüllt sein.

■ 26. 8./4. 9. 1939: RFSS/AA ~ 15./

17. 11. 1939: RMDI/DRA ~ Als „feindlicher Ausländer“ wurde Franz Landé 1939 in Paris interniert; als Prestataire geriet er später in deutsche Kriegsgefangenschaft und Haft, aus der er nach Paris entlassen wurde. Die Ehefrau befand sich wie ihre Schwägerin Eva Landé in Gurs in der unbesetzten Zone. Einen Antrag auf Entlassung aus dem Lager lehnte die DB Paris ab, *da Ihre Entlassung [...] nur dazu dienen soll, die eheliche Gemeinschaft mit Ihrem nichtarischen Ehemann wiederherzustellen. Weitere Gesuche sind zwecklos* (Mitteilung des DRK-Feldführers Lutz). Dass F. Landé mit seinem Sohn, der die Deutsche Schule in Rom besuchte, 1938/39 in brieflichem Kontakt stand, war der Gestapo nicht bekannt geworden. 1942 wurde der staatenlose jüdische Flüchtling von Drancy nach Auschwitz deportiert. Seine Ehefrau, sein Sohn und seine Geschwister überlebten; eine Ausbürgerung ist weiter nur für seinen seit 1931 in USA lebenden Bruder Alfred dokumentiert. Als Schüler von Arnold Sommerfeld 1914 in München mit der im gleichen Jahr in Göttingen veröffentlichten Arbeit „Die Methode der Eigenschwingung in der Quantentheorie“ promoviert, erkannte ihm die Universität 1940 daraufhin den Doktorgrad ab.

Q PA/AA, R 99824; Hepp, Liste 146 (54 u. 55: E) ~ PA/AA, R 99830; Hepp, Liste 152 (27./29. 12. 1939, 75 u. 76 f.: A. Landé, *Ehefrau* u. S; von der Erstreckung der Ausbürgerung nicht betroffen: Arnold L., * 1931 Columbus/Ohio); Harrecker, 2010, S. 313 f. ~ B Horst Romeyk, Düsseldorf Regierungspräsidenten 1918 bis 1945, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 44 (1980), S. 237–299, 243–250; Reiner Rhefus,

Der Sozialdemokrat Hugo Landé (1859–1936). Stationen aus seinem politischen Leben zwischen „Sozialistengesetz“ und Nationalsozialismus, in: Geschichte im Wuppertal 12 (2003), S. 67–93; Elke Brychta [u. a.] (Hg.), Mutig, streitbar, reformerisch. Die Landés. Sechs Biografien, Essen 2004: S. 15–47 (H. Landé: R. Rhefus), S. 87–92 (A. Landé: Carl H. Landé, Übersetzung E. Brychta), S. 129–160 (F. Landé: Klaus Mävers; S. 157 f. auszugsweise Wiedergabe des Ausbürgerungsantrags anhand der Gestapoakte, LAV NRW; ergänzend Franke, 2000, S. 198, 358), S. 161–164 (H. Landé, geb. Riehm: K. Mävers), S. 181 u. 184: Heinz/Henry Landé: Bettina Lande Tergeist, Nachwort, „So holt mich die Familiengeschichte ein – oder ich sie.“; Thomas Lennert, Lotte Landé [1890–1977], in: Beddies, 2014, S. 218–225; Hirschfelds Exil-Gästebuch [S. 74], 2019, S. 216: F. u. H. Landé.

46 Landsberg, Otto ~ 4. 12. 1869 Rybnik, O/S – 9. 12. 1957 Baarn b. Utrecht (Niederlande); ♂ 1924 Ilse Christiansen (* 1895 Berlin-Schöneberg).

1895–1919 Rechtsanwalt (Magdeburg) ~ M.d.R. 1912–1918, 1919–1920 u. 1924–7. 7. 1933, SPD ~ 1918/19 einer der drei mehrheitssozialdemokratischen Mitglieder der Regierung der Volksbeauftragten ~ 13. 2.–20. 6. 1919 Reichsminister der Justiz ~ 20. 1. 1920–11. 1. 1923 deutscher Gesandter in Brüssel, 25. 3. 1924 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand ~ seit 1924 Rechtsanwalt und später auch Notar (Berlin) ~ 1924/25 im Magdeburger Prozess neben Wolfgang Heine Verteidiger des Reichspräsidenten Friedrich Ebert, dem das Gericht in seinem skandalösen Urteil attestierte, wegen seiner Beteiligung am Streik der Munitionsarbeiter im Januar 1918 im juristischen Sinne Landesverrat begangen zu haben ~ 1933 Berufsverbot und Einstellung des Ruhegehalts ~ Flucht in die Schweiz ~ der Versuch, sich dort als Anwalt eine neue Existenz aufzubauen, scheiterte im Sommer 1933 am Widerstand des Vereins Zürcher Rechtsanwälte, der unter dem Einfluss von Rechtsanwalt Dr. jur. Martin Bloch (1874–1964) – selbst

„Sohn jüdischer deutscher Emigranten“ – auf eine auch Dr. Philipp → Loewenfeld betreffende Anfrage des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements gegen eine Zulassung der beiden „Spezialanwälte für Steuerfragen im Kanton Zürich“ votierte ~ Weiterwanderung nach Holland (Amsterdam) ~ Plünderung der Wohnung durch SA-Leute ~ Vermögensbeschlagnahme ~ auch nach deren Aufhebung lehnte das Finanzamt die Freigabe des zur Sicherung von Steuerschulden – L. hatte Reichsfluchtsteuer in Höhe von 26.275,- RM und einen Einkommensteuerrest von 5.610,- RM bis auf ca. 4.000,- RM entrichtet – beschlagnahmten Hausrats ab ~ Dez. 1933 Einziehung einer Darlehens-Hypothek (18.000,- RM) durch das Bayer. Staatsministerium ~ 1934 Überführung des in Preußen freigegebenen Vermögens (Möbel) nach Holland ~ Eingaben an den Reichspräsidenten, den Vizekanzler, die Reichsminister des Auswärtigen, der Finanzen, der Justiz und der Wirtschaft, den Preußischen Finanzminister, den Präsidenten der Reichsbank und den Vizepräsidenten des Reichstags, u. a. am 15. 6. 1937 an Reichsminister der Justiz Dr. Gürtner, ihm zu seinem „Recht“ zu verhelfen:

„[...] Diese meine Darstellung zeigt Ihnen, wie ich behandelt worden bin. Ich richte an Sie die Bitte, sich dafür einzusetzen, dass mir der Betrag der mir entzogenen Hypothek, soweit er nicht zur Begleichung der Restes der Reichsfluchtsteuer verwendet wird, zurückerstattet wird. [...]

Weiter begreife ich nicht, wie man mein Vermögen auf Grund einer Gesetzesbestimmung beschlagnahmen kann, die Vermögen einzuziehen gestattet, wenn es zur Foerderung marxistischer oder anderer volks- und staatsfeindlicher Bestrebungen gebraucht wird oder bestimmt ist. Ich befinde mich in bedraengter Lage, und wenn ich die mir entzogene Summe zurueckerhalte, werde ich sie fuer den Unterhalt meiner Familie und der Mutter meiner Frau verwenden. Falls es eines

Beweises dafuer bedarf, dass der Betrag der Hypothek nicht subversiven Zwecken zu dienen bestimmt war, so kann er in dem oben erwahntem Angebot der Hypothek als Sicherheit fuer die Erfuellung meiner Steuerverbindlichkeit erblickt werden.

Die Hauptfrage indessen ist: Mit welchem Recht stempelt man mich, noch dazu ohne Angabe eines Grundes, zum Volks- und Staatsfeind? Im Jahre 1919 oder 1920 teilte mir der damalige Reichsjustizminister Schiffer mit, dass die Herren meines Ministeriums ihn gebeten hätten, mich fuer die Verleihung des Eisernen Kreuzes am weissen Bande vorzuschlagen. [...] Ihre Absicht mir dafür [wegen der ‚Verdienste um Staat und Volk‘ im Krieg ‚und der Zeit nachher‘] eine Auszeichnung zu verschaffen, scheiterte ausschliesslich an meiner Abneigung gegen Orden und Ehrenzeichen.“

1937 im *Verzeichnis jüdischer Verfasser juristischer Schriften* erfasst ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ 1938/39 Bemühungen Landsbergs, seine Bibliothek zu veräussern; deren Überführung „nach Palästina“ dürfte durch den Kriegsausbruch verhindert worden sein ~ „aus dem kulturbewußten, emanzipierten jüdischen Bürgertum preußisch-deutscher Prägung“ (Erich Matthias) stammend – der Vater war Geh. Medizinalrat –, selbst getauft, später aber „religionslos“, überlebte Landsberg die Zeit der deutschen Besetzung dank der Hilfe von Freunden zuletzt in der Illegalität ~ sein Nachlass wurde nach seinem Tod von der Familie verbrannt.

A 28. 3. 1938: RFSSuChdDtPoliRMdI (Dr. Best) an RuPrMdl:

Der jüdische Rechtsanwalt Otto Landsberg [Berlin-Wilmersdorf, Schaperstr. 21] ist am 22. 7. 1933 mit seiner Familie nach Holland ausgewandert.

Er war Mitglied und Spitzenfunktionär der SPD und bekleidete folgende öffentliche Ämter: Er war von 1903 bis 1909 SPD-Stadtverordneter in Magdeburg, von 1912–

18 Mitglied des Reichstages, im November 1918 Volksbeauftragter, von Februar bis Juni 1919 preussischer [sic] Justizminister, 1920 Mitglied der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, 1920 bis 24 [sic] Gesandter in Brüssel und von 1924–5. 3. 1933 [sic] Reichstagsabgeordneter der SPD.

Die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit sind gegeben. Landsberg war einer der Hauptschuldigen an dem Zusammenbruch Deutschlands im Jahre 1918. Der frühere politische Polizeikommandeur Bayerns hat unter dem 3. 4. 34 festgestellt, dass sein gesamtes Vermögen aus Bezügen der SPD stammt und dass Landsberg sich in Holland mit Verbreitung entstellter Berichte über Deutschland befasst hat.

Ich bitte daher, das Weitere bezüglich der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit und der Beschlagnahme und Verfallerklärung des Vermögens zu veranlassen.

Weiterhin bitte ich die Ausbürgerung auf die eingangs genannten Familienangehörigen zu erstrecken.

Der Antrag des Landsberg um Freigabe eines Teils der im Dezember 1933 von dem Bayerischen Ministerium eingezogenen und der damaligen Bayerischen Politischen Polizei beschlagnahmten Hypothek über 18.000 RM dürfte mit der Veröffentlichung der mit Beschlagnahme und Verfallerklärung des Vermögens verbundenen Aberkennung der Staatsangehörigkeit seine Erledigung finden.

Dem Auswärtigen Amt und der Deutschen Gesandtschaft in Den Haag habe ich je eine Durchschrift des Ausbürgerungsantrages übersandt.

Von dem Abschluss des Ausbürgerungsverfahrens bitte ich mich zu unterrichten.

In Erwartung des Berichts der DG Den Haag verfügte Hinrichs (AA) am 5. Apr., den Antrag dem Büro des Herrn Reichsministers (1.), dem Herrn Staatssekretär (2.), dem H. Chef A. O. (3a.), dem Herrn Ges. v. Bülow-Schwante (3b.) sowie den Abteilungen Pol. II Niederlande (4.), Pers. H (5.) und Recht (6.) zur Kenntnis vorzulegen.

11. 4. 1938: RuPrMdi an AA: *Nach den Ausführungen des nebenbezeichneten Schreibens [des RFSS v. 28. 3.] halte ich die Ausbürgerung des Juden Otto Landsberg unter Beschlagnahme seines Vermögens für angezeigt. Die Ausbürgerung soll auf die Ehefrau und den Sohn erstreckt werden.*

Ich beabsichtige, Landsberg in die nächste Ausbürgerungsliste aufzunehmen und bitte um Ihre Zustimmung. Durch die beabsichtigte Ausbürgerung und Vermögensbeschlagnahme ist der Antrag Landsbergs auf Freigabe seines Vermögens [...] hinfällig geworden.

■ 28. 3./20. 5. 1938: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag am 8. April keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 21./

22. 6. 1938: RMdI/DRA ~ 2. 9. 1938: RMfWEuV an den Rektor der Universität Breslau: *Ersuchen, wegen Entziehung des Doktorgrades das Weitere zu veranlassen; danach hatte L. am 8. Oktober 1889 in der Philosophischen Fakultät der Universität Breslau zum Dr. promoviert; tatsächlich hat Landsberg weder in Breslau studiert noch wurde er dort promoviert; er wurde mit dem gleichnamigen Statistiker und Kommunalpolitiker verwechselt, dem die Universität Breslau nach dessen Ausbürgerung die Doktorwürde entzog; Die Gestrichenen, 2015, S. 34–36 (Anne Mareike Lisker) ~ Nach eigenen Angaben in einem „Lebenslauf“ (Baarn, Utrecht, 15. 10. 1951) hatte O. Landsberg von 1887 bis 1890 „an der Universität Berlin die Rechte“ studiert. Er führte weder als Parlamentarier noch als Rechtsanwalt oder im Exil einen Dokortitel, der aber in der Titelei der 1931 im Verlag J. H. W. Dietz erschienenen Veröffentlichung „Die politische Krise der Gegenwart. Von Dr. Otto Landsberg, M.d.R.“ genannt wird; in der „Reichsausbürgerungskartei“ heißt es ebenfalls: *Preuß. Justizminister a. D. und Gesandter, Dr.*; die entsprechende Zuschreibung in der Literatur – vom BHdE bis zu M. Bloch („promovierter Jurist“) – dürfte nicht zutreffend sein.*

Q PA/AA, R 99702; Hepp, Liste 52 (9); 38 f.: *Ehefrau* u. S) ~ D Kranich, 2012, S. 170: Dr.

phil. [sic] ~ BArch, Restnachlass; R 3001/65650 ~ EAB, 60678 ~ Max Bloch, Im Schatten des Orkans. Otto Landsbergs Briefe aus dem niederländischen Exil an Rosemarie Bloch 1937/39 und 1952/53, in: Exil. Forschung, Erkenntnis, Ergebnisse 35 (2016), 1, S. 4–21; Enrico Seewald, Otto Landsberg und der Auswärtige Dienst, ebd., S. 22–29 ~ EAB, 60678 ~ Hamburger, 1968, S. 509–515; Hans-Ludwig Abmeier, Otto Landsberg. Gedenkblatt anlässlich seines 100. Geburtstages, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, Bd. XIV (1969), S. 330–355; Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, eingeleitet v. E. Matthias, bearb. v. Susanne Miller unter Mitwirkung v. Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1969, Bd. I, S. XXXVf.; BHdE I, 1980, 415; NDB 13 (1982), S. 514 f. (H.-L. Abmeier); Göppinger, ²1990, S. 297; M.d.R., ³1994, S. 276/Nr. 877; Wichers, 1994, S. 220f.; Schröder, 1995, 120040; MBL, 2002, S. 403 („Dr. jur. Dr. phil.“); AoRB, ²2007, S. 204; BHdAD III, 2008, S. 9f.; Hendrik Wassermann, Otto Landsberg (1869–1957) – Sozialdemokrat, erster Reichsjustizminister, Strafverteidiger, Emigrant, in: RuP 47 (2011), 3, S. 182; Keller, 2015, S. 143 f. ~ Zu Prof. Dr. O. Landsberg (1865–1942 Leicester): MBL, 2002, S. 402 f. (Manfred Wille; jedoch ohne Erwähnung der Ausbürgerung und Depromotion).

47 Laserstein, Botho, Dr. jur. (Halle 1925; *Entziehung*) ~ 31. 7. 1901 Chemnitz – 9. 3. 1955 Düsseldorf (Suizid); Deportation der Eltern (Hugo [* 1868] u. Frida [* 1879] L.) am 13. 1. 1942 nach Riga und seines Bruders Heinz (* 1904) am 6. 3. 1943 nach Auschwitz; Ⓜ Ilse Chodziesner (* 1907 Berlin, V: Justizrat Max Chodziesner, 1869–1950 Montevideo; im Nov. 1943 verhaftet und am 7. 12. 1943 mit T: Inge-Lore, * 1929, von Drancy nach Auschwitz deportiert).

Publizist ~ veröff. u. a. 1926 „Pazifismus aus Vaterlandsgefühl und Christengeist“ in der von ihm hg. Reihe „Dokumente der Friedensbewegung“ (Berlin) ~ seit 1926 Richter in Berlin ~ seit 30. 6. 1928 Rechtsanwalt und Notarstellvertreter (Berlin) ~ veröff. weiter u. a. „Ludwig Börne, oder: Die Überwindung des Judentums“ (Wien:

Lányi, 1931: „Meinem Freund Peter Lorre, dem großem Menschen und Künstler, das Buch vom Doktor Börne, der ‚gegen‘ die Komödianten schrieb.“)

31. 3. 1933: *Haussuchung*, Bericht v. 1. 4. 1933: [Werner] von Bülow, Polizeihauptmann u. Revier-Vorsteher, i7i. Pol.-Revier, Bln.-Schöneberg, an Abteilung I (Kursivierung in der Vorlage rot unterstrichen): „gegen 20,30 Uhr wurde bei dem Rechtsanwalt Botho Laserstein, Innsbruckerstr.24, eine Durchsuchung nach Zersetzungs-material vorgenommen. Gefunden wurden eine Mitgl.-Karte ‚Gruppe revolutionärer Pazifisten Nr. i40 für 1932‘, ein Mitgl.-Buch der ‚roten Hilfe Deutschlands Nr. ii43‘ [Gerichtsassessor, 6. 4. 1928], ausserdem hunderte von Exemplaren über Judentum u. Pazifismus pp alter Art. *Material aus neuerer Zeit* war in der Wohnung *nicht* vorhanden.

Laserstein, der sich seit Anfang März in seinem Heim nicht mehr aufgehalten hat, ist ein ausgesprochener *Kommunist* u. hat belastendes Material durch seine Schwiegermutter ‚Chodziesner‘, die Rosenheimerstr. 24 ihre Wohnung hat, aber fast täglich hier ein- u. ausgegangen ist, bestimmt entfernen lassen. Laserstein selbst soll sich [,] nach Angaben des in der Wohnung verbliebenen Dienstmädchens Frieda Gedert, mit *Frau u. Kind* in *Karlsbad* aufhalten. Auffallend war, dass während der Durchsuchung zweimal aus Marburg nach Laserstein telef. angefragt wurde.

Mit dem 1. 4. 33 verlässt das Dienstmädchen die Stellung und verzieht nach Linden-Allee Nr:28 zu Dr. Josef [It. Adressbuch mutmaßlich „Joseph, A., Fabrikdirekt.“].

Die Durchsuchung erfolgte auf Anregung des 27i. Pol.-Rev., weil Laserstein seine Praxis in der Landsberger-AlleeNr:ii6 hat, und er dort als *berüchtigter Kommunist* bekannt ist.

Als Anlage werden dem Bericht das Mitgliedsbuch (*Rote Hilfe*), eine Mitgl.-Karte u. ein Lichtbild beigelegt.

Laserstein ist im Besitze eines Familienpases (Passi7i/750/32 v. 30. 6. 32).“ ~

10. 6. 1933 Berufsverbot ~ Emigration (Frankreich) ~ *Listen des schädlichen und unerwünschten Schrifttums*: „Die Vollendung des künstlichen Juden durch Zwangsbeschneidung von Erich Ludendorff“ und „Justizmord an [sic] Catilina (Paris)“ (*Liste I, Okt. 1935*) u. „Sämtliche Schriften“ (*Nachtrag II, 30. 4. 1936*) ~ 1936 *Ausbürgerung* ~ 1936–1940 Tätigkeit als Übersetzer ~ 1939 zum Katholizismus konvertiert ~ 1940–1951 Gymnasiallehrer (Englisch u. Deutsch), zuletzt in Dijon (Veröff.: Botho Paul-Gabriel L., *English in a nutshell: l'anglais éclair, aide-mémoire d'anglais*, 1948) ~ nach Rückkehr seit 1951 bis zu seiner Entlassung 1955 im Justizdienst des Landes NRW (Staatsanwalt; 1953 Amtsrichter).

A 10. 12. 1934: Preuß. Gestapo (Patschowsky) an RuPrMdI:

Der am 31. 7. 1901 in Chemnitz geb. Reichsangehörige und frühere jüdische Rechtsanwalt und Notar Dr. Botho Laserstein, zuletzt in Berlin, Landsberger Allee 115 wohnhaft, jetzt in Paris aufhältig, war radikaler Kommunist. Als solcher war er enger Mitarbeiter von Willi Müzenberg und arbeitet auch heute noch mit ihm zusammen. Er ist Verfasser vieler Bücher mit eindeutig kommunistischer Tendenz und hat sich auch rednerisch in diesem Sinne betätigt, wo immer er Gelegenheit dazu fand. Nach der nationalsozialistischen Erhebung emigrierte er am 30. 3. 33 zunächst nach der Tschechoslowakei. Von dort reiste er nach Amerika. Er kehrte jedoch zurück und hält sich zur Zeit in Frankreich auf, wo er sehr rührig für die KPD tätig ist. Als Kommunist ist ihm nichts heilig; er mußte sich sogar von seinen eigenen Judengenossen in der Emigration die Zurechtweisung gefallen lassen, weil er in unüberbietbarer Weise jede Religion angriff.

Laserstein ist auch juristischer Bearbeiter des Braumbuches; er arbeitet in der „secours Rouge“ (Rote Hilfe) in der KPD: Anti-Spitzel Zentrale. Eine Zeit lang hatte er auch die „Roten Steckbriefe“ redigiert.

In allerletzter Zeit hat Laserstein von Müzenberg den Auftrag bekommen, eine Broschüre über Emigrantenrechte zu schreiben. Ferner hat Laserstein von der russischen Regierung 25.000 Frs. für seine Schrift „Anklage gegen die Ankläger“ erhalten. Bei dieser Schrift handelt es sich um „Widerlegung der geheimen Anklageschrift des Reichstagsbrandprozesses“. Der Text dieser Broschüre wurde seinerzeit von Paris nach Moskau telegraphiert und dort in der „Prawda“ veröffentlicht.

Im Juni 1934 ließ er in dem Pariser Verlag „Nouvelles Editions Latines“ ein Buch, „Justizmord an [sic] Catilina“ (Vorbilder für Hitlers Sturz), erscheinen, in dem er unter sehr geschickter Verdrehungen der klassischen Ueberlieferung die staatsrechtlichen Verhältnisse der römischen Antike zu den heutigen Verhältnissen in Parallele stellt und entgegen den Lehren der Geschichtswissenschaft Catilina als einen edlen Menschenfreund kommunistischer Prägung darstellt, dessen Handlungen einzig von seinem sozialen Gewissen inspiriert waren. Als Gegenspieler des Catilina tritt gemäß dem geschichtlichen Vorbilde Cicero auf, den Laserstein durch die kommunistische Brille als den Vertreter der Kapitalisten und im übrigen als jämmerlichen Feigling sieht und darstellt. Das Buch ist so raffiniert geschrieben, daß selbst der mit der klassischen Geschichte nicht [sic] Vertraute den Eindruck gewinnen muß, Catilina sei der Vertreter der zu Unrecht verfolgten Kommunisten, dem nur das Volkswohl am Herzen lag, während Cicero die Verkörperung des Nationalsozialismus in Gestalt des Führers und Reichskanzlers ist, der unter Einsatz aller Machtmittel und unter Anwendung von Meuchelmorden sich im Interesse des internationalen Kapitalismus an der Macht erhält bzw. gehalten wird. Selbstverständlich finden auch die Mitglieder der Reichsregierung ihre Parallelen in diesem Sudelwerk. Erwähnt sei hier nur, daß der Herr Preußische Ministerpräsident in Analogie mit dem Rom in Brand setzenden Nero auftaucht, eine Anspielung auf die Reichstagsbrandstiftung. Außerdem wird in diesem Buche die gesamte deutsche Justiz als williges Instrument geistig nicht ganz

in Ordnung befindlicher Demagogen dargestellt und in den Schmutz gezogen. Daß das Buch weiterhin die gehässigsten und gemeinsamen Angriffe gegen Führer und Reichsregierung enthält, bedarf im Hinblick auf seinen Verfasser keiner weiteren Erwähnung. Die blutrünstigsten Greuelmärchen werden u. a. erneut aufgetischt. Am Schlusse seines Machwerks kündigt Laserstein die grosse Abrechnung durch den Kommunismus an und bezeichnet die Zeit bis zum Umsturz des Regimes durch den Kommunismus als „Atempause auf dem Wege zum Galgen für Hitler und Genossen“.

Mit der Veröffentlichung dieser von Lügen, Greuelmärchen und Zynismen strotzenden Schrift stellt sich Laserstein außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft; er hat die Strafe der Ausbürgerung verwirkt.

Ich beantrage daher, ihm die deutsche Staatsangehörigkeit gem. § 2 des Reichsges. v. 14. 7. 1933 abzuerkennen. Eine Abschrift dieses Schreibens ist dem Auswärtigen Amt übersandt worden.

Am 7. 1. 1935 stellte das RuPrMdI dem AA ergebnislos anheim, eine Äusserung der zuständigen deutschen Auslandsvertretung zu dem Ausbürgerungsvorschlag herbeizuführen, verbunden mit der Bitte, mir Ihre Stellungnahme hierzu mitzuteilen. Am 14. Jan. teilte die Gestapo dem RuPrMdI – und in Abschrift dem AA – ergänzend („Geheim“) zu ihrem Schreiben vom 7. d. Mts. mit: Der emigrierte Rechtsanwalt Dr. Botho Laserstein beabsichtigt, in Kürze den in Abschrift beigefügten Artikel in der Emigrantenpresse zu veröffentlichen. Der Artikel wird zuerst voraussichtlich im „Gegenangriff“ unter dem Pseudonym Georg Libann erscheinen. Das Originalmanuskript hat hier zur Einsichtnahme vorgelegen.

Von einer Verwertung über den dort. unmittelbaren Gebrauch hinaus bitte ich Abstand zu nehmen, da sonst die Nachrichtenübermittlung gefährdet würde. Die Abschrift bitte ich nach Einsichtnahme baldigst zurückzusenden.

Der Bitte entspricht das Amt am 8. Febr. und schaltete die DG Prag zur Klärung des Pseudonyms ein. Zum Fall Laserstein

bereits am 15. Jan. um Auskunft gebeten, teilte die DB Paris (Kühn) am 8. 2. 1935 der Zentrale mit: Nach Ansicht der Botschaft ist das bisher gegen Dr. Botho Laserstein vorliegende Material ausreichend, um die Aberkennung der Staatsangehörigkeit zu begründen.

Im Oktober 1934 hat der Verlag „Nouvelles Editions Latines“, 7, rue Servandoni, Paris 6e, das baldige Erscheinen eines Emigrationsromans von Dr. Botho Laserstein mit folgender Notiz angekündigt:

„Der erste Emigrationsroman Dr. Botho Laserstein's, dessen Catilina-Buch jüngst beträchtliches Aufsehen erregt hat (Vorbilder für Hitler's Sturz'), Nouvelles Editions Latines, Paris VI), arbeitet jetzt an einem grossen dokumentarischen Zeitroman ‚Emigranten‘. Er wird in diesem Buch zum ersten Mal die Typen der deutschen Emigration zeichnen, die Geheimnisse des Nazi-Spionagedienstes enthüllen – und neben ihrer kämpferischen Bedeutung – auch die Schwächen und Bedenklichkeiten dieser Emigration schonungslos darstellen. Da Laserstein ein genauer Kenner des ober- und unterirdischen Kampfes von 1934 ist, dürfte sein Werk, das in Kürze vollendet sein wird, erheblichen Einfluss auf die weitere Entwicklung der Hitler-Emigration gewinnen.“

Der Roman soll inzwischen erschienen sein, er ist jedoch in der Buchhandlung der Editions Nouvelles Latines nicht zu haben. Falls er anderweitig zu beschaffen ist, wird ihn die Botschaft nachreichen.

Die DG Prag vermochte die Identität des Autors nicht festzustellen. Am 26. März teilte sie dem Amt jedoch mit, dass der Name in den letzten Tagen in den Meldungen der hiesigen Presse über den Fall [Berthold] Jacob mehrfach erwähnt worden sei. Aus Moskau hatte am 11. Febr. Botschafter Schulenburg nach Berlin gemeldet, dass bei der Botschaft nichts bekannt geworden sei und der Name in der sowjetischen Presse nicht genannt werde.

Im Hinblick auf die erbetene Stellungnahme zur Ausbürgerung Lasersteins ersuchte das Amt am 27. März das Innenministerium um Übersendung des Cati-

lina-Buches und bat gleichzeitig um Mitteilung, ob einwandfrei festgestellt ist, dass der Verfasser des anbei zurückgesandten Artikels aus der Nr. 2 der Zeitung „Der Gegenangriff“ vom 9. Januar 1935 angegebene „Georg Lisan“ mit Laserstein personengleich ist. Am 4. Apr. teilte v. Campe (DB Paris, Konsulatsabt.) im Anschluss an den Bericht vom 8. Februar [...] mit: Der durch seine deutschfeindliche Einstellung bekannte ehemalige Rechtsanwalt Dr. Botho Laserstein bat hier für seine am 30. März 1929 zu Berlin Charlottenburg geborene Tochter Inge-Lore die Ausstellung eines Kinderausweises beantragt. Das Kind soll aus Gesundheitsrücksichten nach Deutschland gebracht werden, und zwar zu den Grosseltern Justizrat und Notar Max Chodziesner und dessen Ehefrau Margarete geb. Landsberg, wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf, Berlinerstrasse 159.

Die Reise soll in Begleitung der Grossmutter voraussichtlich über Basel erfolgen.

Der Antrag Lasersteins wurde durch die Generalsekretärin der hiesigen Gesellschaft der Freunde (Quäker) befürwortet, da die Gesundheit des Kindes durch den Aufenthalt in Frankreich ernstlich gefährdet sei.

Falls ich bis zum 18. ds. Mts. keine gegenteilige Weisung erhalte, nehme ich an, dass der Ausstellung des beantragten Kinderausweises zugestimmt wird.

Am 23. Apr. übersandte das Amt eine Durchschrift der Mitteilung an den RuPrMdI: Die Botschaft hat keine Weisung erhalten, womit der Ausstellung eines Kinderausweises zuzustimmen ist.

Mit Schreiben vom 17. Juli an den RuPrMdI, Durchschrift an AA, bekräftigte die Gestapo ihre Angaben zum Fall Laserstein: Die Feststellung, dass als Verfasser des unter Pseudonym „Georg Lisau“ im „Gegenangriff“ erschienenen Artikels „Laßt Zahlen sprechen“ Dr. Botho Laserstein in Frage kommt, ist durch einen V.-Mann erfolgt, der als zuverlässig gilt und dessen Namen ich im Interesse der Geheimhaltung des Nachrichtendienstes nicht anzugeben vermag. An der Wahrheit der Angaben dürfte umso weniger zu zweifeln sein, als der V.-Mann bereits im

Dezember 1934 ein Manuscript, das inhaltlich dem in Frage stehenden Artikel genau entspricht, einsandte und darauf hinwies, dass Laserstein es wahrscheinlich in nächster Zeit im „Gegenangriff“ unter dem Pseudonym „Georg Lisan“ veröffentlichen werde. Ich hatte die Abschrift dieses Manuscriptes bereits mit Schreiben vom 14. 1. 1935 überreicht. Tatsächlich erschien der Artikel dann in Nr. 2 des „Gegenangriff“ vom 9. 1. 1935, allerdings nicht unter „Georg Lisan“ sondern unter „Lisau“.

Das Buch „Justizmord an [sic] Catilina“ füge ich mit der Bitte um Rückgabe bei.

■ 22. 8./28. 9. 1935: RuPrMdI/AA (nachdem die DG Prag keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 29. 2. 1936: RuPrMdI (Niederschrift zur fünften Ausbürgerungsliste):

► Dr. Botho Laserstein, früher Rechtsanwalt und Notar in Berlin, Jude, radikaler Kommunist, der sich vor allem durch seine maßlosen Angriffe gegen jedes religiöse Bekenntnis auszeichnete. Nach seiner Abwanderung ins Ausland trat er mit den führenden jüdisch-kommunistischen Kreisen in Paris in Verbindung. In zahlreichen Veröffentlichungen in der Emigrantenpresse zieht er die Verhältnisse in Deutschland in den Schmutz und verbreitet durch geschickte Verwendung von statistischem Material entstellende Darstellungen der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Sein Buch „Justizmord an Katilina [sic]“ enthält eine zersetzende Geschichtsbetrachtung, die mit den gemeinsten Angriffen gegen die Reichsregierung verbunden ist. ~ 29. 2./3. 3. 1936: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99646, Hepp, Liste, 5 (15) u. Liste 12 v. 15./16. 4. 1937 (21 f.: Ehefrau u. T) ~ D Die Wirkung rechtskräftiger Zivilurteile auf den Strafprozess, 1925 ~ E Justizmord am [!] Catilina. Vorbilder für Hitlers Sturz, Paris: Nouvelles Éditions Latines 1934 ~ F Stadtbibliothek Nürnberg, IKG 23_18 ~ B DNB, Teilnachlass (EB 89/138) ~ EAB, 16049 ~ Herbert Hoven, Der unaufhaltsame Selbstmord des Botho Laserstein. Ein deutscher Lebenslauf, Frankfurt a. M. 1990 (unter Benutzung der Personalakte, LAV NRW); Göppinger, ¹1990, S. 345 f.; Nitsche/Bondy, 2002, S. 230; Zwischen Recht und Unrecht, 2004, S. 90–92 (Ingo Müller); AoRB, ²2007, S. 205; AJB 15, 2007, S. 174–179; Berge-

mann, 2012, S. 200; Hirschfelds Exil-Gästebuch [S. 77], 2019, S. 216; Raimund Wolfert, Botho Laserstein. Anwalt und Publizist für ein neues Sexualstrafrecht, Berlin 2020.

48 Levy, Gustav, Justizrat (1956) ~ 7. 10. 1886 Saarbrücken – 24. 3. 1966 Saarbrücken; ☉ Helene Fleischhacker (* 1886 Düsseldorf).

Seit 1914 Rechtsanwalt (bis 1922 Saarlouis, danach in Saarbrücken) ~ Sozietät mit Justizrat Albert August (1871–1958 Corbarieu; Vorstand der Anwaltskammer des Saargebietes, nach Aufgabe der Zulassung 1935 nach Frankreich emigriert) und Justizrat Eugen August (1876–1951 Montauban; nach Löschung aus der Anwaltsliste 1935 ebenfalls nach Frankreich emigriert) ~ Febr. 1936 auf eigenen Antrag aus der Anwaltsliste gelöscht ~ Emigration (Frankreich) ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ 1939/40 zeitweise interniert (Catus; Bassans/Bordeaux) ~ 1942–1944 untergetaucht (Südfrankreich) ~ seit Nov. 1944 in Paris ~ Okt. 1945 Rückkehr nach Saarbrücken ~ seit Dez. 1945 wieder als Anwalt zugelassen, später mit Dr. Eduard Heinau assoziiert ~ 1947–1952 M.d.L. (Saarland), DPS (1950 Austritt), seit 1952 fraktionslos ~ Vorsitzender der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft im Saarland.

A 27. 5. 1938: Gestapo Saarbrücken an Gestapa:

Die Vorgenannten gehören dem Judentum an und besitzen die deutsche Reichsangehörigkeit. Am 28. 2. 36 wanderten die Eheleute Levy mit ihrem Sohn Kurt nach Frankreich aus [jetziger Aufenthalt: Neuilly, 18, rue Ernest Deloison]. Der Sohn Carl Otto Levy ist geisteskrank und war vom 10. 6. 29 bis 23. 3. 34 in einem Sanatorium in Hofheim – Thüringen untergebracht. Nach Mitteilung der Staatspolizeistelle Frankfurt a/M. ist er anschliessend zu seinen Eltern nach Saarbrücken, Uhlandstr. 2 [letzter inländischer Wohnsitz] verzogen. Über seinen jetzigen Aufenthalt lässt sich hier nichts feststellen. Er ist polizeilich hier nicht

gemeldet gewesen. Es wird angenommen, dass er mit seinen Eltern abgewandert ist und sich jetzt in einem ausländischen Sanatorium befindet. Der Rechtsanwalt Gustav Levy war früher Mitglied und Vorsitzender des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Er gehörte auch der Unterkommision an, die der bekannte Matz Braun [→ Heinz Braun] bei der Beschwerdestelle der marxistischen „Einheitsfront“ in Saarbrücken gebildet hatte. Während des Saarabstimmungskampfes trat Levy wiederholt als Redner in marxistischen Versammlungen auf. Er war ferner Mitglied der Loge „Bne Briss“ (Gruppe Saar-Loge L VI/542). Über eine politische Betätigung der Ehefrau konnte nichts festgestellt werden.

Die Familie Levy genießt den Schutz des Saar-Garantieabkommens. Vermögenswerte konnten nicht festgestellt werden. Der Rechtsanwalt Gustav Levy führt nicht den Dokortitel.

Über eine staatsfeindliche Betätigung nach der Saarabstimmung konnte bisher nichts festgestellt werden. Die frühere politische Betätigung und die Zugehörigkeit zur Loge „Bne Briss“ lassen jedoch darauf schliessen, dass Levy auch heute sein deutschfeindliches Treiben fortsetzt. Ich bitte daher, ein Verfahren zur Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit einzuleiten.

■ 31. 8./17. 11. 1938: RFSS/AA (nachdem die Konsulatsabt. der DB Paris keine Bedenken geltend gemacht hatte; Zustimmung des AA mit der Maßgabe, daß mit Rücksicht auf die von der deutschen Regierung in den Römischen Protokollen vom 2. Juni 1934 (Reichsgesetzblatt 1934, Teil II, S. 737) unter I b und vom 3. Dezember 1934 (R.G.Bl. 1935, Teil II, S. 123) unter I übernommenen Verpflichtungen die Ausbürgerung nicht darauf gestützt wird, daß Gustav Levy der von Matz Braun bei der Beschwerdestelle der marxistischen Einheitsfront in Saarbrücken gebildeten Unterkommision angehört hat und während des Saarabstimmungskampfes wiederholt als Redner in pazifistischen Versammlungen aufgetreten ist, als vielmehr darum, daß Gustav Levy der

staatsfeindlichen Loge Bne Briss (Gruppe Saar-Loge L. VI./542) als Mitglied angehört hat.) ~ 3./6. 12. 1938: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99745; Hepp, Liste 83 (29; 93–95: Ehefrau u. K) ~ **B** BHdE I, 1980, S. 438; Rechtsanwälte an der Saar, 2004, S. 515; Gergen (Saarlouis); www.saarland-biografien.de (Zugriff: 6. 6. 2019)

49 Lewinski, Erich, Dr. jur. et rer. pol. (Königsberg 1921; Entziehung 1941) ~ 1. 1. 1899 Goldap (Ostpreußen) – 16. 3. 1956 Kassel; ☉ Hertha Voremborg (* 1897 Grebenstein/Krs. Hofgeismar).

Rechtsanwalt (Kassel) ~ 1933 Emigration (Frankreich, USA) ~ Berufsverbot ~ 1941 Ausbürgerung ~ 1947 Landgerichtsdirektor, seit 1. 9. 1949 Präsident (LG Kassel).

A 23. 2. 1941: RSHA (Engelmann) an RMDI:

Der Jude Dr. Erich Israel Lewinski [Kassel, Kaiserstr. 148, letzter bekannter Auslandsaufenthalt: Paris] besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Er emigrierte am 24. 3. 1933 mit seinen eingangs genannten Familienangehörigen über Zürich nach Paris. Lewinski war Vorstandsmitglied des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) und hat sich darüber hinaus noch für die Rote Hilfe betätigt. Als Rechtsanwalt vertrat er in besonders eifriger Weise die Interessen der ehemaligen KPD. und ihrer Nebenorganisationen. Am 27. 12. 1936 beantragte Lewinski in Paris bei den französischen Behörden einen Flüchtlingspass. In seinem Antrag gab er als Referenzen die führenden Emigranten Albert Grzesinski und Dr. Wilhelm Abegg an. Während seines Aufenthaltes in Frankreich hat sich Lewinski weiterhin als Spitzenfunktionär des ISK. betätigt. Ihm gelang es, vor der Besetzung von Paris durch die deutschen Truppen zu entkommen. Sein jetziger Aufenthalt ist nicht bekannt.

Die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit sind im vorliegenden Falle gegeben. Ich bitte, das Weitere zu veranlassen und die Ausbürgerung auf

die eingangs genannten Familienangehörigen zu erstrecken.

Mangels vorhandener inländischer Vermögenswerte erübrigen sich eine Vermögensbeschlagnahme und Verfallerklärung. Wegen der Entziehung des Dr. Titels habe ich mich mit dem Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unmittelbar in Verbindung gesetzt.

Dem Auswärtigen Amt sind zwei Durchschriften dieses Schreibens übersandt worden.

Von dem Abschluss des Verfahrens bitte ich mich zu unterrichten.

■ 23. 2./5. 3. 1941: RFSS/AA ~ 27. 3./1. 4. 1941: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99904; Hepp, Liste 225 (54; 55–56: Ehefrau u. K) ~ **D** Beiträge zum Recht der Hypothekenübertragung, 1921 ~ **B** BHdE I, 1980, S. 441; Göppinger, ¹1990, S. 348; Nickel [u. a.], 1990, S. 460 f.; Antje Dertinger, Die drei Exile des Erich Lewinski, Gerlingen ¹1995; Demokratische Wege, 1997, S. 385 f. (A. Dertinger); Ohne zu zögern, ²2008, S. 436 (Christiane Fischer-Defoy).

50 Lichtenstein, Erwin, Dr. jur. (1922 Königsberg; Entziehung 1941) ~ 16. 2. 1901 Königsberg i. Pr. – 22. 3. 1993 Tel Aviv, Israel; V: Justizrat Dr. Max Lichtenstein (1860–1942 Theresienstadt; Rechtsanwalt in Königsberg/Pr., 1912/13 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, Fortschrittliche Volkspartei, Präsident der Deutschen Kant-Gesellschaft; Schwager des 1919 an den Folgen eines Attentats verstorbenen Reichstagsabgeordneten Hugo Haase, SPD/USPD); ☉ Lotte Hirschberg (* 1902 Danzig).

Rechtsanwalt (Königsberg), seit 1930 Soz. seines Vaters ~ Syndikus des CV-Landesverbandes Ostpreußen ~ Leiter des Jüdischen Kulturbundes in Danzig ~ Aug. 1939 Emigration mit A I-Zertifikat (Palästina) ~ 1940 Ausbürgerung ~ 1940–1952 Buchhändler, Leihbibliothek (Tel Aviv) ~ Syndikus der „Foreign Book Read Association“ ~ seit 1953 Rechtsanwalt (Tel Aviv), zunächst als Soz. von Dr. Georg Sandler,

der vor 1933 als Rechtsanwalt ebenfalls in Königsberg praktiziert hatte.

A 31. 1. 1940: Gestapo Königsberg an RSHA:

Der Rechtsanwalt Dr. Erwin Israel Lichtenstein [Königsberg (Pr.), Stägemannstrasse 5] ist Jude und besitzt die deutsche Reichsangehörigkeit. Seine Eltern [M. Lichtenstein und Thea geb. Haase] und Grosseltern gehörten nachweislich der mosaischen Religionsgemeinschaft an.

Nach Abschluss der Reifepfprüfung studierte Lichtenstein Rechts- und Staatswissenschaft und promovierte [...]. Nach einer praktischen Ausbildung beim Amtsgericht Königsberg (Pr.) trat er in die Rechtsanwaltspraxis seines Vaters in Königsberg als Teilhaber ein. Am 9. 5. 1933 ist er nach Danzig verzogen und von hier am 24. 8. 1939 nach Palästina [Tel Aviv] ausgewandert.

Lichtenstein hat sich politisch äusserst rege betätigt. Er gehörte folgenden Organisationen an:

1. Mitglied des Reichsbanners seit 12. 8. 1931 (Mitgliedsnummer: 711734),
2. Mitglied des Republikanischen Klubs vom 9. 7. 1930 bis 24. 3. 1933,
3. Mitglied der Liga für Arbeitsgemeinschaft der deutschen Liga für Menschenrechte.

Vorbestraft ist er nicht. Jedoch schuldet er der Stadt Danzig noch 931,55 Gulden. Diese Schuld kann nicht gedeckt werden, weil Lichtenstein im Inlande kein Vermögen mehr hat.

Die Ehefrau Lotte [...] ist mit sämtlichen Kindern ebenfalls ausgewandert. Sie ist gleichfalls Jüdin.

Wegen seiner regen staatsfeindlichen Betätigung halte ich Lichtenstein des Schutzes des deutschen Reiches für unwürdig. Ich bitte, ihn dem Herrn Reichs- und Preussischen Minister des Innern zur Ausbürgerung vorzuschlagen und diesen Vorschlag auf die Frau und Kinder zu erstrecken, weil sie seine staatsfeindliche Einstellung teilen.

- 11./30. 4. 1940: RFSS/AA ~ 12./
- 19. 7. 1940: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99868; Hepp, Liste 190 (52; 53–56: Ehefrau u. K) ~ **D** Die Konferenz von Barcelona (10. 3. – 20. 4. 1921), 1922 ~ **B** BArch, R 3001/66503 ~ LBI, AR 7193: Papers of Erwin Lichtenstein ~ Die Juden der Freien Stadt Danzig unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, Tübingen 1973; Bericht, 1985 ~ BHdE I, 1980, S. 442 f.; Jacoby, 1983, S. 88 f., 135, 147; Henry M. Broder, Junge Leute im fortgeschrittenen Alter, in: Eike Geisel u. H. M. Broder, Premiere und Pogrom. Der jüdische Kulturbund 1933–1941, Texte u. Bilder, Berlin 1992, S. 36–48, 41: danach übergab L. „seine Materialien der Jerusalemer Universität“; Lang, 2014, S. 794/Anm. 1238 ~ zu M. Lichtenstein, „linker Flügelmann des Liberalismus in Ostpreußen“ (E. Hamburger, 1968, S. 376 f.): BArch, R 3001/66508; M.d.L., 1995, S. 96/Nr. 761 u. Abb. 16 („Vita“); Schüler-Springorum, 1996, passim ~ Aufbau v. 8. 3. 1946, S. 30 (Todesanzeige): „Nach einem langen, reichen und tätigen Leben, gewidmet dem Wohle derer, die er liebte, und hingeebenen Idealen, denen er unerschütterlich die Treue hielt, starb er in der Einsamkeit und dem Elend der Deportation. Sein Bild – ein guter Jude, ein guter Europäer, ein schlichter, gütiger Mensch – wird leben und fortwirken in allen, die ihm nahe waren.“ Von seinen beiden Töchtern konnte nur eine in die USA emigrieren; Käthe (* 1890) wurde 1942 deportiert und wie ihr Vater ein Opfer der Judenverfolgung. ~ Ludger Heid, „... daß ich mit vielen Banden an Königsberg fest und gern hänge“. Hugo Haase – eine Skizze, in: Zur Geschichte und Kultur der Juden in Ost- und Westpreußen, hg. v. Michael Brocke [u. a.], Hildesheim [u. a.] 2000, S. 485–509.

51 Lichtenstein, Max ~ * 3. 1. 1880
Zabrze, O/S oder Breslau; jüd.

Seit 1907 Rechtsanwalt und später auch Notar (Zabrze/Hindenburg, O/S) ~ seit 1908 Mitglied der SPD (seit 1917 USPD, seit 1922 erneut SPD ~ 1918/19 als Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats für den Kreis Hindenburg Delegierter zu beiden Rätekongressen in Berlin ~ 1919–1922 MdL (Preußen), USPD ~ 1933 Emigration ~ 1938 aufgrund eines Ersuchens der Gestapo Oppeln im „Verzeichnis flüchtiger Kommunisten und Marxisten“ (Gestapa, Nr. 4/38) zur Festnahme ausgeschrieben.

A Mit Schreiben vom 20. 11. 1933 an den PrMdl nahm der Reg.-Präs. Oppeln zu einer (nicht überlieferten) *Beschwerde des Lichtenstein* Stellung:

Nach den angestellten Ermittlungen trifft es nicht zu, dass Lichtenstein sich aus Gesundheitsrücksichten nach dem Ausland begeben hat. Nach dem Ausbruch der nationalsozialistischen Revolution hat L. unter Zurücklassung aller Sachen das Inland verlassen und bisher seinen Aufenthalt nicht angegeben.

Er versuchte wiederholt, durch verschiedene Mittelspersonen in den Besitz der Unbedenklichkeitsbescheinigung zu gelangen, was ihm aber angesichts der Bestimmungen des § 11 der Passbekanntmachung vom 7. Juni 1932 vom Polizeiamt Hindenburg versagt werden musste. Lichtenstein war derjenige, welcher am 9. November 1918 im Anschluss an eine öffentliche Versammlung in Hindenburg O/S. die Revolution verkündete und die Republik ausrief. Er war die Seele des Arbeiter- und Soldatenrats. Er gehörte anfangs der unabhängigen SPD. an, dann als diese sich auflöste, trat er nach aussen der SPD. bei, im Innern entwickelte er sich immer mehr als Kommunist und diente dieser Partei, wo und wie er nur konnte. Ein Pass in seinen oder in seiner Frau Händen würde ohne jeden Zweifel die äussere Sicherheit oder sonstige wesentliche Belange des Reichs gefährden. Überdies entzieht sich Lichtenstein auch seinen steuerlichen Verpflichtungen.

Eine Berufung auf Abs. 2 Ziff. 4 der erwähnten Passbekanntmachung kommt bei Lichtenstein und seiner Frau nicht in Frage. Seine Behauptungen über die Verletzungen des Genfer Abkommens treffen in keiner Weise zu, da die Versagungsgründe der Passbekanntmachung mit dem Genfer Abkommen über Oberschlesien nichts zu tun haben. Es konnte ihm ferner ein schriftlicher Bescheid nicht zuteil werden, da Lichtenstein seinen tatsächlichen Aufenthalt geheim hält.

Ich bitte, die Beschwerde des Lichtenstein zurückweisen zu wollen. Die Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit wäre im vorliegenden Falle angebracht.

Am 2. 12. 1933 unterrichtete der PrMdl (Dr. Loehrs) das AA über den Vorgang; bezüglich einer Prüfung der *Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit* wurde im Amt vermerkt: *vom Amt ist in dieser Hinsicht nichts veranlaßt worden.*

Das DK Brünn, vom Amt am 11. 1. 1934 gebeten, *Lichtenstein in geeignet erscheinender Weise über die Passversagung mit Bescheid zu versehen*, teilte daraufhin am 21. Febr. mit, dass nach Auskunft der Polizeidirektion in Mähr-Ostrau *Lichtenstein dort nicht gemeldet sei, und dass er sich nach den angestellten Ermittlungen nach Palästina begeben habe.*

Seit dem Sommer 1934 lag der Fall Lichtenstein beim Gestapa, das im *Nachgang* zu einem (nicht überlieferten) Schreiben vom 16. 8. 1934 dem RuPrMdl am 2. 2. 1935 mitteilte: *Nach den nunmehr vorliegenden Ergebnissen wandte sich Lichtenstein nach seiner Flucht aus Deutschland zunächst nach Freiwalde/Tschechoslowakei, wo er versuchte, sich als Schriftsteller zu betätigen. Er konnte sich jedoch dort nicht halten und ist dann nach Palästina gezogen. Seitens der „SOPADE“ sollen ihm 9.000 RM zur Verfügung gestellt worden sein. Während seines Aufenthalts in der Tschechoslowakei war Lichtenstein Mitarbeiter der Emigrantenzzeitung „Grüner Tisch“.*

Weitere Tatsachen, insbesondere positive Anhaltspunkte für eine deutschfeindliche Tätigkeit im Auslande konnten nicht in Erfahrung gebracht werden.

Nach Mitteilung des RuPrMdl vom 19. 6. 1935, das das *bisherige Ermittlungsergebnis zur Ausbürgerung des Lichtenstein* gemäss Runderlass vom 27. 4. 1934 für *unzureichend* hielt, wurde im Amt die Akte Lichtenstein am 24. 6. 1935 geschlossen: *es ist nichts zu veranlassen. Eine spätere individuelle Ausbürgerung ist nicht dokumentiert.*

Q PA/AA, R 99999 ~ B BArch, R 58/2303 ~ Schröder, 1995, S. 587/120470; Biographisches Handbuch der Reichsrätekonferenzen 1918/19, bearb. v. Sabine Roß, Düsseldorf 2000, S. 174/1815; Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 196

(Mitglied der KPD); BHAPrL II, 2017, S. 1429 f. (mit folgenden Nachweisen: Foto im Gidal-Archiv, Salomon-Ludwig-Steinheim-Institut; lt. Mitteilung des ISD Arolsen Eintragungen der Gestapo Neustadt: „29.9.37; Sachverhalt: war Verteidiger der Roten Hilfe Deutschlands. Ist Mitarbeiter von Emigrantenzeiten. Flüchtling. s. Akt KPD-Funktionäre Bl. 52 und 490. 3. 5. 38: Festnehmen s. Akt KPD-Funkt. Nr. 1084 Bl. 669. 18. 8. 39: s. Sachakte 45 05/2 bei II A Lichtbild Nr. 853“).

52 Liebknecht, Theodor ~ 19. 4. 1870 Leipzig – 6. 1. 1948 Brome-Altendorf b. Brome, Krs. Gifhorn; V: Wilhelm Liebknecht (1826–1900; M.d.R., SPD); ⚭ 1904 Amalie Margarete Lucie Bouwelle (1876–1943 Basel).

Seit 1899 Rechtsanwalt (Berlin) ~ Sozietät mit seinem Bruder Dr. Karl Liebknecht (* 1871; 1912–22. 2. 1917 M.d.R., SPD, b.k. F.; 1916 aus der Anwaltschaft ausgeschlossenen [DJZ 1916, Sp. 211]; 1919 ermordet) und seit 1902 auch mit seinem zweitjüngsten Bruder Wilhelm (1877–1972) ~ 1921–1924 M.d.L. (Preußen; USPD) ~ seit 1931 SAP ~ April 1933 Emigration (Prag, Basel) ~ *Listen des schädlichen und unerwünschten Schrifttums: Sämtliche Schriften von und über [V:] Liebknecht* (Liste 1, Okt. 1935) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ sein Bruder Wilhelm wurde als Notar entlassen, war aber weiterhin als Anwalt in Berlin zugelassen ~ die wertvolle Bibliothek sowie Materialien von Karl und Theodor Liebknecht wurden im Krieg bei der vollständigen Zerstörung der Kanzlei in der Chausseestr. 121 vernichtet ~ 1. 4. 1945–31. 12. 1947 laufend unterstützt durch das International Rescue Committee (New York/Genf) ~ 10. 10. 1945 Ausstellung eines Ersatzpasses durch die Deutsche Interessenvertretung in der Schweiz ~ 1947/48 Besuche in Deutschland zur Prüfung einer Rückwanderung und Wiederaufnahme der Anwaltstätigkeit ~ am 1. 12. 1947 dankte Dr. Kurt Wergin, Präsident der RAK Berlin, seinem sehr verehrten, lieben Herrn Kollegen herzlich für seinen Besuch in Berlin:

„Wir werden uns freuen, wenn Sie uns Ihren endgültigen Entschluss zur Rückkehr mitteilen werden.“

A 2. 5. 1939 Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa:

Ich beantrage die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Rechtsanwalts Liebknecht, [...], deutschblütig, letzter inl. Wohnsitz: Berlin, Thomasiusstr. 18, letzter bek. Aufenthalt: Basel; Zeit der Abwanderung: Im Dezember 1933 (Die polizeiliche Abmeldung erfolgte am 1. 10. 1934).

► *Ein Bruder des Begründers der KPD. Liebknecht, war unter anderem Landtagsabgeordneter der USPD. Für marxistische Belange hat er sich sowohl in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt, als auch in Wort und Schrift eingesetzt. So hat L. die Verteidigung im Freybergprozeß¹ geführt. Ferner war er für die Rote Hilfe tätig. Entsprechend seiner politischen Ausrichtung hat L. im Februar 1933 am antifaschistischen Kongreß in Amsterdam teilgenommen² und somit gezeigt, daß er sich mit Deutschland nicht mehr verbunden fühlt.*

Nach der Vermögenserklärung vom 1. Januar 1925 hat L. ein Vermögen von RM 3.550,-. Welche Vermögenswerte im Inlande noch vorhanden sind, bedarf noch besonderer Feststellungen.

Der Genannte ist verheiratet mit [...], Abstammung: ev. Religion, Rassezugehörigkeit ist nicht festgestellt worden. Am

¹ Gemeint ist der Prozeß gegen den kommunistischen Funktionär Otto Braun, der wegen eines 1920 verübten Aktenraubs bei dem in Berlin lebenden Weißgardisten Oberst Freyberg 1922 zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt wurde, sich der Haft aber entziehen konnte; 1926 erneut verhaftet und im April 1928 durch einen Handstreich Bewaffneter aus dem Gefängnis befreit, floh Braun nach Moskau; Weber/Herbst, ¹2004, S. 122 f.

² Antifaschistische Weltkongresse fanden 1929 in Berlin, 1932 in Amsterdam und 1933 in Paris statt; die Einladung zu diesem Kongress datiert vom 26. 2. 1933, an dem Th. Liebknecht jedoch nicht teilgenommen haben dürfte; mutmaßlich verwechselt mit seinem Neffen Robert Liebknecht. Ursula Langkau-Alex, *Deutsche Volksfront 1932–1939*, Bd. 1, Berlin 2004.

30. 10. 1908 aus der ev. Kirche ausgetreten;
Eheschließung: 22. 11. 1908;

Tag der Scheidung: –

Politischer und krimineller Leumund:
Nichts Nachteiliges.

Aus der Ehe sind vier Kinder hervorgegangen, die das Reichsgebiet nicht verlassen haben.

Die Erstreckung der Aberkennung auf die Ehefrau wird beantragt, da diese das Reichsgebiet ebenfalls verlassen hat.

■ 15. 6./31. 7. 1939: RFSS/AA (nachdem das DK Basel mit der Mitteilung der Wohnadresse – Basel, Kanoniergasse 2 – keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 28./30. 9. 1939: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99814; Hepp, Liste 136 (119; 120: Ehefrau) ~ Die drei Kinder aus der 1. Ehe seines Bruders Karl wurden ebenfalls ausgebürgert: Bereits 1937 war der 1933 nach Paris emigrierte *Kunstmaler Robert Liebknecht* [1903–1994 Paris], *der jüngste Sohn des berühmten Kommunistenführers Karl Liebknecht als Jude* auf Antrag des Gestapa (Müller) wegen seiner *Mitwirkung an der im Sommer 1936 in Amsterdam von Emigranten veranstalteten Ausstellung „Olympische Spiele unter dem Wahrzeichen einer Diktatur, Ausstellung von Dokumenten aus Kunst, Wissenschaft und Sport“* zusammen mit seiner Ehefrau, *der Jüdin Herta, geborene Goldstein* (* 1904), ausgebürgert worden (PA/AA, R 99664; Hepp, Liste 15; 25 u. 74); sein älterer Bruder Wilhelm (1901–1975), der seit 1928 in der Sowjetunion lebte, wurde 1940 ausgebürgert (PA/AA, R 99878; Hepp, Liste 199; 67), zuvor „posthum“ auch die bereits 1934 verstorbene Schwester Vera (* 1904; PA/AA, R 99874; Hepp, Liste 196; 62), beide auf Antrag der Gestapo Berlin (Dr. Zwade) ~ B SwissA, 1 Dossier (1936) ~ Nachl. IISG Amsterdam ~ EAB, 361094 ~ BHdE I, 1980, S. 204; NDB 14 (1985), S. 504 (Ilse Fischer); M.d.L., 1995, S. 96/Nr. 763; Annelies Laschitza, Theodor Liebknecht, in: *Soziale Demokratie und sozialistische Theorie. Festschrift für Hans-Josef Steinberg zum 60. Geburtstag*, hg. v. Inge Marßolek, Bremen 1995, S. 318–336; Schröder, 1995, S. 588/120500, S. 587f./120490 (K. Liebknecht) u. S. 588f./120510 (Wilhelm Liebknecht); Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 196f.; Deutsche Kommunisten, 2008, S. 550–552 (K. Liebknecht); Matthias John, *Die Anwälte Karl und Theodor Liebknecht mit einer*

vollständigen Dokumentation ihrer Prozesse von 1900–1916

, Berlin 2014; BHAPrL, Teil 2 (2017), S. 1431 f.; Annelies Laschitza, Karl Liebknecht. Advokat und Parlamentarier mit Charisma, Leipzig 2018 ~ Marcus Mollnau, Ein Anwalt von Rang: Dr. Kurt Wergin, in: *Berliner AnwBl* 11 u. 12 (2009), S. 418 f., 461 f. u. 1/2 (2010), S. 23 f.

53 Litten, Hans Joachim ~ * 19. 6. 1903 Giebichenstein – 4. 2. 1938 Dachau; V: Dr. jur. (Halle 1895; Entziehung 1941) Fritz Litten (1873–1940 Belfast), seit 1908 Prof. für Zivilrecht u. Röm. Recht in Königsberg, lt. Tilitzki nach Eröffnung eines Verfahrens wegen Steuerhinterziehung 1932 „demissioniert“; M: Irmgard Wüst (1879 Halle/Saale – 1953 Berlin/Ost).

Seit 1928 Rechtsanwalt beim Kammergericht (Berlin) ~ Bürogemeinschaft mit Dr. Ludwig Barbasch (1892–1962) ~ Wahrnehmung von Mandaten der Roten Hilfe ~ 1931 Zeugenvernehmung Adolf Hitlers im Eden-Palast-Prozess ~ 27./28. 2. 1933 nach dem Reichstagsbrand verhaftet und zur Herausgabe seiner Handakten „veranlasst“ ~ 6. 5. 1933 Vertretungsverbot (Berufsverbot) ~ in verschiedenen Lagern inhaftiert und misshandelt ~ 1937 zusammen mit seinem Vater im *Verzeichnis jüdischer Verfasser juristischer Schriften* erfasst ~ seine Mutter kämpfte auch mit internationaler Unterstützung vergeblich für die Haftentlassung ihres Sohnes ~ nach dessen Tod emigrierten die Eltern nach England ~ dort veröffentlichte Irmgard Litten ungeachtet persönlicher Bedrohung „Die Hölle sieht Dich an: Der Fall Litten“ (mit einer Umschlagzeichnung von Walter Trier, Paris: Éditions Nouvelles Internationales; im gleichen Jahr noch bei Allen and Unwin in engl. Übersetzung „A mother fights Hitler“ und 1941 in Mexiko in span. Übersetzung „Una madre contra Hitler“ sowie 1940 in New York unter dem Titel „Beyond tears“ erschienen) ~ das Buch – 1947 unter dem Titel „Eine Mutter kämpft“ im Greifenverlag in Rudolstadt (Thüringen) erstmals in Deutschland verlegt – wurde 1985 unter

dem Titel „Eine Mutter kämpft gegen Hitler“ erneut veröffentlicht (später auch vom Deutschen Anwaltverein; vollständige Neuausgabe: Cadolzburg 2017) ~ 8. 10. 2016 Deutschland-Premiere des Schauspiels „Der Prozess des Hans Litten“ („Taken at Night“, Premiere 2014) von Mark Hayhurst am Staatstheater Nürnberg (Regie: Jean-Claude Berutti); das Theaterstück beginnt mit der Verhaftung Littens; Hayhurst, auch Autor des Fernseh- und Dokumentarfilms „The Man who crossed Hitler“, entwickelt den Fall aus Sicht der verzweifelt um das Leben ihres Sohnes kämpfenden Mutter, in Nürnberg gespielt von Patricia Litten, einer Nichte von Hans Litten.

A 9. 6. 1941: Gestapo Berlin an RSHA, Antrag zur Ausbürgerung von Fritz Litten (V), seiner *Ehefrau* [*deutschblütig*] und der *Kinder*.

► *Über den Juden Litten [letzter inländischer Wohnsitz: Berlin-Schöneberg, Heylestr. (sic) 5] ist vom Finanzamt Königsberg durch Unterwerfungsverhandlung wegen Einkommen- und Vermögenssteuerhinterziehung eine Geldstrafe von RM 9.000,- verhängt worden.*

Die Ehefrau des Juden Litten, die Mutter des verstorbenen kommunistischen Rechtsanwaltes und Mischlings I. Grades Hans Litten, hat im Jahre 1940 über den Tod ihres Sohnes ein Buch unter dem Titel „Die Hölle sieht Dich an“ mit einem Vorwort des berühmtesten Emigranten Rudolf Olden herausgegeben. In diesem Buch bezichtigt sie den Führer und die Sicherheitspolizei des Mordes an ihrem Sohne. Ferner hat sie in den deutschen Sendungen des englischen Rundfunksenders Daventry [BBC] am 7. 7. 1940, 1. 10. 1940, 13. 11. 1940 und 26. 11. 1940 in gebässiger Weise gegen den Führer und das Deutsche Reich getetzt.

Inländische Vermögenswerte: RM 15.000,- und einen 1/2-Anteil an einem unbebauten Grundstück mit einem Wert von etwa RM 15.000,- sind sichergestellt worden.

■ 26./27. 8. 1941: RFSS (Franken: *In Ergänzung der Ausführungen der Geheimen Staatspolizei bemerke ich, dass die Ehefrau des Juden Litten immer noch ihre häufigen Hetzvorträge in den deutschen Sendungen des englischen Rundfunksenders „Daventry“ hält.*)/AA ~ 8./11. 11. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99928; Hepp, Liste 261 (8–11: V, M u. S: Heinrich Wolfgang [1905–1955, seit 1938 in England] u. Karl Reinhard [1909–1972, am 24. 6. 1936 nach Bern emigriert], dessen Aufenthaltsort der Gestapo aber nicht bekannt geworden war) ~ B AArch, R 3001/66804 (Stempel auf Umschlagkarton: „Geschichtlich wertvoll!“) ~ Nachlass: SAPMO/BArch Berlin, NY 4011 ~ SwissA: Dossiers zu „Die Hölle sieht Dich an“, „A mother fights Hitler“ sowie zu Reinhard Litten ~ Das Gewissen entscheidet. Berichte des deutschen Widerstandes von 1933–1945 in Lebensbildern, hg. v. Annedore Leber in Zusammenarbeit mit Willy Brandt u. Karl Dietrich Bracher, Berlin – Frankfurt/Main 1957 (Kapitel IV „Ethos und Radikalismus“), S. 114–117; Jacoby, 1983, S. 89 f.; AnwBl. 38 (1988), 4, S. 213–216 (Gerhard Jungfer); DuR 16 (1988), 1, S. 70–78 (Norman Paech); Kritische Justiz, 1988, S. 193–203 (Heinz Düx); Justiz und Nationalsozialismus, 1989, S. 133 f.; Göppinger, ²1990, S. 234 f.; Landau, 1993, S. 193; Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 197–202; Zwischen Recht und Unrecht, 2004, S. 37–40 (Gerhard Fieberg); AoRB, ²2007, S. 213 f. (irrtümlich „Dr.“, Geburtsort: Halle a. d. S.); Knut Bergbauer [u. a.], Denkmalsfigur. Biographische Annäherung an Hans Litten 1903–1938, Göttingen 2008; Kämpfen um jeden Preis für den Rechtsstaat? Engagement und Schicksal des Rechtsanwalts Hans Litten als Mahnung für Juristinnen und Juristen von heute. Mit Texten von Rechtsanwältin Christine Martin [u. a.], in: AnwBl 66 (2016), 12, S. 904–909 ~ Marian Malet, Beyond Dachau: Irmgard Litten in England, in: Charmian Brinson [u. a.] (Hg.), Keine Klage über England? Deutsche und österreichische Exilerfahrungen in Großbritannien 1933–1945, München 1998, S. 124–136 (Wiederabdruck in: Political Exile and Exile Politics, ed. by Anthony Grenville a. Andrea Reiter, Amsterdam/New York, NY 2011, S. 105–120) ~ zu Fritz Litten: Tilitzki, 2013, S. 577 (weder Ausbürgerung noch Depromotion erwähnt).

54 Loewenfeld, Philipp, Dr. jur. et rer. pol. (Würzburg 1911; *Entziehung* 1938) ~ 23. 9. 1887 München – 3. 11. 1963 New York; V: Theodor (1848–1919, Rechtsanwalt, Professor); ♂ Charlotte Winkler (* 1887 Gotha).

Bereits vor 1914 Mitglied der bayerischen SPD ~ dekoriertes *Frontkämpfer* (Vizeleutnant) ~ seit 1918 Rechtsanwalt (München) ~ Sozietät „Dr. Max Hirschberg, Dr. Philipp Loewenfeld, Dr. Ludwig Regensteiner, Rechtsanwälte/Dr. Elisabeth Kohn, Rechtsanwältin“ (Foto: Türschild im nationalsozialistischen „Illustrierten Beobachter“ Nr. 36 v. 3. 9. 1932, S. 844: *Zum Kapitel: Verjudung des Anwaltsstandes*) ~ zahlreiche Veröffentlichungen, 1933 „Das Strafrecht als politische Waffe“ (Berlin: J. H. W. Dietz) ~ März 1933 Berufsverbot ~ Flucht in die Schweiz ~ nach den Erinnerungen von Wilhelm Hoegner „in Zürich mit Erlaubnis der Schweizer Behörden als Anwalt für internationales Recht tätig“ ~ tatsächlich wurde sein Antrag, in Zürich als Anwalt praktizieren zu dürfen, abgelehnt (Otto → Landsberg) ~ jeweils auf sechs Monate befristete Aufenthaltsbewilligung ~ Veröffentlichungen unter dem Pseudonym Hans Kilian („Der politische Mord [Zu seiner Soziologie], Zürich: Europa-Verl. 1936“: verboten mit *Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums* v. 31. 12. 1938, ohne Entschlüsselung des Pseudonyms) ~ Rechtsberater von Thomas Mann ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ nach dem „Anschluss“ Österreichs Entschluss zur Weiterwanderung in die USA ~ kehrte ungeachtet der Bitte von Wilhelm Hoegner (SPD) nicht nach München zurück.

A 29. 3. 1938: Gestapo München (Beutel) an Gestapa:

Der verh. Rechtsanwalt Dr. Löwenfeld ist deutscher Reichsangehöriger und gleich seinen Eltern und Grosseltern Rasse- und Bekenntnisjude. [...]

Löwenfeld bekannte sich im Frühjahr 1919 anlässlich eines Kongresses der Arbeiter-, Bau-

ern- und Soldatenräte als Anhänger der damaligen sozialistischen Mehrheitspartei, deren Mitglied er bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1933 war. Ausserdem war er Mitglied des Reichsbanners – Kameradschaft München-Nord, des Republikanischen Klubs München und des Republikanischen Reichsbundes Bayern. Im Jahre 1921 hielt er einen Vortrag über Arbeits- und Betriebsratsrecht; ferner referierte er in öffentlichen Versammlungen [...]. Ein im Jahre 1933 gegen ihn anhängig gewesenes Strafverfahren wegen Beleidigung wurde [...] durch Verfügung der Staatsanwaltschaft München I am 17. 8. 34 eingestellt. [...] Alle diese Tatsachen ergeben, dass Löwenfeld ein eingefleischter Marxist ist, der bestimmt seine Einstellung gegen das deutsche Reich seit seiner Flucht ins Ausland nicht geändert hat.

Sogleich bei Beginn des Umbruchs flüchtete Löwenfeld nach Zürich [derzeitiger Aufenthalt: Hettingerstr. (sic) 35], während seine Familie, bestehend aus seiner Frau und seinen zwei Töchtern, am 17. 7. 34 dorthin nachkam. Da die Voraussetzungen für die Ausbürgerung gegeben sind, wird gebeten, beim Reichs- und Preussischen Minister des Innern die Aberkennung der Reichsangehörigkeit der Familie Löwenfeld zu beantragen.

■ 5. 7./23. 9. 1938: RFSS (mit *Erstreckung auf die deutschblütige Ehefrau und die Kinder*; kein Inlandsvermögen)/AA (nachdem das DGK Zürich am 8. Sept. *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 13./17. 10. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99728; Hepp, Liste 73 (25; 74–76: *Ehefrau u. K*) ~ D Pensionskassen und Arbeitsvertrag (1. Teil), München u. Berlin 1911; Rupp, 2011, S. 181 ~ B Recht und Politik in Bayern zwischen Prinzregentenzeit und Nationalsozialismus. Die Erinnerungen von Philipp Loewenfeld, hg. v. Peter Landau u. Rolf Rieß, Ebelsbach 2004 (S. 688: „Ausbürgerung Loewenfelds“) ~ BArch, R 3005/1960 ~ SwissA, 2 Dossiers (1933–1938, darin auch der Reisepass von Löwenfeld) ~ LBI, AR 789, Philipp Loewenfeld Collection, u. a. Memoiren (Kopie in der BSB München) ~ W. → Hoegner, Außenseiter, 1959, S. 148; Göppinger, ²1990, S. 299; Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 116; Rechtsanwälte der RHD,

2002, S. 203 f.; Weber, 2006, S. 243 f.; Keller, 2015, S. 140 ff. ~ Th. Loewenfeld: Heinrich, 1979, S. 255 f.; NDB 15, 1987, S. 91 f. (Joachim Rückert); BBB, 1988, S. 111 ([Kurt] Ma[llisch]).

55 Löwenthal, Friedrich (Fritz), Dr. oec. publ. (München 1914; *Entziehung* 1940) ~ 15. 9. 1888 München – 28. 8. 1956 Valdorf/Herford; ♂ (1937 gesch.) Anna Johanna Buchner (* 1901 Nürnberg).

Seit 1918 Rechtsanwalt (Nürnberg, seit 1927 in Berlin) ~ Notar ~ veröff. zusammen mit Hans → Krailsheimer „Die Verordnung über das Reichswirtschaftsgericht vom 21. Mai 1920“ (1920) ~ Sozietät (1933) mit Dr. Eduard Alexander (1881–1. 3. 1945 auf dem Transport von Sachsenhausen nach Bergen-Belsen), Dr. Ernst Bönheim und dem „arischen“ Rechtsanwalt Volkmar Borbein (dessen Zulassung im Juni 1934 zurückgenommen wurde; 1954 Oberstaatsanwalt, Kassel) ~ 1930–1932 M.d.R. (KPD) ~ Schriftleiter der „Revue der Internationalen Juristischen Vereinigung“ ~ nach dem Reichstagsbrand untergetaucht, seit dem 4. 3. 1933 in Frankreich ~ Berufsverbot ~ nach Aufenthalt in Holland 1935 Emigration (Moskau) ~ 1939 Ausbürgerung ~ 1941 *Sonderfahndungsliste UdSSR (RSHA IVA 1: weniger gefährlich[e Person], ihre Festnahme erscheint jedoch geboten)* ~ seit Ende Oktober 1941 Zwangsaufenthalt in verschiedenen Provinzorten ~ 28. 12. 1946 Rückkehr nach Berlin (Ost) ~ u. a. Leiter der Abteilung „Justizaufsicht“ der Zentralen Justizverwaltung der SBZ und Präsident des OLG Brandenburg ~ 25. 5. 1947 Flucht in einem englischen Militärzug nach Hannover ~ 1948/49 MdPR (SPD), nach Ausschluss aus der SPD-Fraktion seit 4. 5. 1949 fraktionslos ~ Chefredakteur der im Auftrag des amerikanischen Hochkommissariats in Nauheim erscheinenden Wochenschrift „Ost-Probleme“.

A 3. 3. 1939: RFSSuChdDtPoliRMdI (Dr. Zimmermann) an RMdI:

Betrifft: Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Juden [letzter inländischer Wohnsitz: Berlin, Lützow Ufer 24, jetziger Aufenthalt: Frankreich, und Erstreckung der Ausbürgerung auf die Ehefrau [...] (deutschblütig) und das Kind [...]; Vorgang: Ohne.

Der jüdische ehemalige Rechtsanwalt Dr. Friedrich Löwenthal besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit.

Er war Mitglied und Reichstagsabgeordneter der ehemaligen KPD. In kommunistischen Versammlungen ist er als Redner aufgetreten. Ausserdem ist er als Verteidiger in kommunistischen Prozessen wiederholt in Erscheinung getreten. Auf dem 3. Reichskongress der Roten Hilfe wurde er in den Zentralvorstand gewählt. Weiterhin gehörte er dem 1932 gebildeten Ausschuss zur Untersuchung der SA.-Überfälle an. Wie nachträglich festgestellt worden ist, hat Löwenthal unter Missbrauch seines Amtes als Rechtsanwalt und Notar über den Haftprüfungstermin in einer Strafsache gegen Kommunisten dem Abwehrapparat der ehemaligen KPD Mitteilung gemacht.

Wegen seines Auslandsaufenthaltes konnte er strafrechtlich nicht mehr belangt werden.

Löwenthal besitzt noch Vermögenswerte im Inlande.

Die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit, die Erstreckung der Ausbürgerung auf die Familienangehörigen sowie die Vermögensbeschlagnahme und Verfallerklärung sind gegeben.

Ich bitte, das Weitere zu veranlassen.

[...]

Dem Auswärtigen Amt und der Deutschen Botschaft in Paris habe ich je eine Durchschrift dieses Schreibens übersandt.

Von dem Abschluss des Verfahrens bitte ich mich zu unterrichten.

■ 3. 3./20. 6. 1939: RFSS/AA ~ 14./24. 7. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99803; Hepp, Liste 126 (115; 116 f.: *Ehefrau* u. S) ~ D Der preußische Verfassungskonflikt 1862–1866, (Altenburg, S.-A.) 1914 (auch bei Duncker & Humblot 1914; Nachdruck 2013); Harrecker, 2007, S 322 ~ B EAB, 13622 ~ BHdE I, 1980, S. 457 f.; SBZ-Handbuch, 1993,

S. 969; M.d.R., ³1994; S. 295/941; M.d.B., ¹2000, S. 251/3517; Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 204 f.; Weber/Herbst, ¹2004, S. 462 f.; AoRB, ²2007, S. 216 f.; Bergemann, 2012, S. 207; Der Parlamentarische Rat 1948/49.

56 Mainzer, Friedrich (Fritz) Moritz, Dr. jur. (Heidelberg; *Entziehung* 1941) ~ 17. 3. 1875 Darmstadt – 15. 8. 1955 London; Ⓞ Barbara Elfrida Adler (* 1880 Ludwigs-hafen).

Rechtsanwalt (Darmstadt, Bismarckstr, 48 [1937]) in Sozietät mit Dr. Hermann Wolf (1880–1951 New York) und Ebo Rothschild (1902–1977 Rechovot, Israel) ~ 9./10. 11. 1938 Verwüstung der Anwaltskanzlei ~ *Schutzhaft* (Buchenwald) ~ Berufsverbot ~ Frühjahr 1939 Emigration mit Ziel Argentinien, nach Kriegsausbruch in Großbritannien gestrandet ~ seit Mai 1940 „lawyer on continental law“ (London) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 1. 8. 1940: Gestapo Darmstadt (Fentz) an RSHA:

Mainzer wohnte seit Geburt in Darmstadt [Osannstr. 11]. Er ist seiner Abstammung nach Volljude und besitzt die Deutsche Staatsangehörigkeit. Die Personalien seiner Eltern lauten:

Dr. Baruch Mainzer, Justizrat, geb. 18. 12. 1845 zu Pfungstadt/Krs. Darmstadt, und

Mathilde Mainzer geb. Simon, geb. 21. 1. 1855 zu Mainz.

Mainzer hat am 18. 5. 1903 in Mannheim die Ehe mit der Jüdin [...] geschlossen. Aus der Ehe sind keine Kinder hervorgegangen. Die Eheleute führten in Darmstadt einen gemeinsamen Haushalt und wanderten am 16. 7. 1939 nach London aus. Sie traten am 31. 5. bzw. am 29. 6. 1932 aus der jüd. Rel. Gemeinschaft aus und bezeichneten sich als „gottgläubig“.

Mainzer [...] war in Darmstadt als Rechtsanwalt tätig. Auf Grund der 5. VO zum Reichsbürgergesetz v. 27. 9. 1938 erlosch mit dem 30. 11. 1938 die Tätigkeit als Rechtsanwalt. Gegen seine daraufhin beantragte

Zulassung als jüdischer Konsulent habe ich am 13. 12. 1938 beim Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten in Darmstadt aus sicherheitspolizeilichen Gründen Bedenken erhoben, da Mainzer als einer der einflussreichsten Juden in Darmstadt durch seine Beziehungen zum Ausland in politischer Hinsicht verdächtig erschien.

Nach einer dem Herrn Polizeipräsidenten in Darmstadt zur Frage der Passerteilung an Mainzer abgegebenen Stellungnahme der Kreisleitung der NSDAP vom 11. 11. 1938 war Mainzer Mitglied der dem Unabhängigen Orden „Bne Briss“ angeschlossenen „Starkenburger-Loge“ in Darmstadt. Unterlagen hierüber liegen hier allerdings nicht vor. In den vorhandenen Mitgliederverzeichnissen der „Starkenburger-Loge“ ist Mainzer nicht aufgeführt. Die Kreisleitung Darmstadt bezeichnet ihn als typisch-raffinierten Juden und Feind jeglichen nationalen Gedankens. Als Beispiel wird angeführt, dass er im August 1937 anlässlich einer Fahrt in die Schweiz seinem Kraftfahrer das Tragen des Bandes einer Kriegsauszeichnung verboten hat.

Bezeichnend für die Einstellung und das Verhalten des Mainzer ist ein in der „Hessischen Landeszeitung“, gauamtliche Tageszeitung des Gaues Hessen-Nassau der NSDAP, erschiener Artikel, dessen Wortlaut ich abschriftlich in der Anlage vorlege.

Anlässlich der Judenaktion wurde Mainzer am 10. 11. 1938 in Schutzhaft genommen und dem Konzentrationslager Buchenwald zugeführt. Seine Entlassung aus der Schutzhaft erfolgte am 28. 11. 1938 wegen dringend notwendiger Anwesenheit bei Arisierungs- und Kaufabschlussverhandlungen für die Firmen A.E.G. und IG.Farbenindustrie A.G. Die als Hauptausbürgerungsgrund anzusehende deutschfeindliche Einstellung und Betätigung des Mainzer im Auslande ergibt sich aus einem in der Anlage abschriftlich beigefügten Brief deutschfeindlichen Inhalts vom 3. 9. 1939 an eine in Frankfurt wohnhaft gewesene, jetzt in Rio de Janeiro wohnende Verwandte.

Mainzer gilt nach dem Strafregisterauszug der Staatsanwaltschaft Darmstadt vom 20. 10. 1939 als unbestraft.

Er besass früher ein beträchtliches Vermögen. Nach der am 28. 6. 1939 dem Finanzamt Darmstadt-Stadt abgegebenen Vermögenssteuererklärung besaßen die Eheleute Mainzer am 1. 1. 1939 folgende Vermögenswerte [Grundvermögen, Betriebsvermögen, sonstiges Vermögen] zusammen RM 537.011,69, abzügl. Schulden: RM 121.425,- verbleiben: RM 415.586,69.

Die beiden obengenannten Grundstücke [Mietwohngrundstück und Einfamilienhaus] hat Dr. Mainzer vor seiner Auswanderung verkauft und zwar:

das Mietwohngrundstück Bismarckstr. 48 an Karl Bauer [...] zum Preis von RM 35.300,-

das Einfamilienhaus, Darmstadt, Osannstr. 67, an das Deutsche Reich – Reichsfiskus Heer – zum Preise von RM 70.000,-

Der Verbleib der Vermögenswerte ist dem Finanzamt Darmstadt-Stadt nicht bekannt. Für eine Sicherstellung durch diese Dienststelle bestand im Zeitpunkt der Auswanderung keine Veranlassung, da die Steuerpflichtigen keine Steuerrückstände mehr hatten.

Mainzer hat am 10. 7. 1939 dem Herrn Oberfinanzpräsidenten Hessen (Devisenstelle) Darmstadt folgende Schlußvermögensaufstellung abgeben:

„Mein Vermögen besteht aus folgendem:

- | | |
|--|---------------|
| 1) Bankguthaben bei der Deutschen Bank [...] | RM 97.823,47 |
| 2) Bankguthaben bei der Frankfurter Bank [...] | RM 2.715,92 |
| | RM 100.539,39 |

3) Effekten laut beiliegendem Verzeichnis vom 26. 6. 1939; die in dem Verzeichnis mit einem roten M bezeichneten, sind mit Genehmigung der Devisenstelle an meine Mutter überwiesen worden. Die übrigen Wertpapiere sind sämtlich bei der Deutschen Bank Darmstadt bzw. bei der Deutschen Bank Frankfurt a. M. deponiert.

4) einen Barbestand von ungefähr RM 7.800,-

Davon gehen Steuerverbindlichkeiten ab im Gesamtbetrag von RM 137.264,- mit deren Abdeckung die Deutsche Bank Darmstadt beauftragt ist;

ferner mutmasslich eine Schiffskarte nach Argentinien, sobald das erforderliche Einreisevisum des argentinischen Konsulats vorliegt.

Als Reserve zur Abdeckung möglicherweise noch entstehender Verbindlichkeiten wird ein Betrag von

RM 8.856,-

zurückgehalten; darüber ist Antrag von mir am 3. 7. 39 an die Devisenstelle Darmstadt gestellt worden.

(gez.) Dr. Friedrich Israel Mainzer

Nachschrift:

Ausser den in dem vorstehenden Verzeichnis aufgeführten Vermögen besitze ich die Anteile an den ausländischen Schatzrechten, die durch Einzelerlasse des Reichswirtschaftsministeriums vom 7. 6. 1939 genehmigt worden sind und hinsichtlich deren Befreiung von den Bestimmungen der §§ 55, 56 Dev.Ges. gewährt worden ist.

Dieser Beteiligung steht eine Schuld bei der Firma Idlig'sche Papierfabrik – Vertriebs G.m.b.H. in Eberstadt gegenüber. Die Deutsche Bank, Filiale Darmstadt, ist angewiesen, aus dem Effektenvermögen entsprechend der von der Devisenstelle Frankfurt a. M. erteilten Genehmigung diese Schuld zu tilgen; ich nehme an, dass dies zwischenzeitlich geschehen ist.“

Auch der Herr Oberfinanzpräsident Hessen (Devisenstelle) Darmstadt konnte über den Verbleib des Vermögens keine Angaben machen. Die Ermittlungen über die inländischen Vermögenswerte ergaben folgendes:

Von dem von der Deutschen Bank Filiale Darmstadt verwalteten Vermögen des Mainzer wurden nach Bezahlung von Steuern und sonstigen Abgaben insgesamt RM 201.997,16 in Wertpapieren und

RM 10.000,- in bar durch die Zentrale der Deutschen Bank Berlin transferiert. Diese Transferierung erfolgte auf Grund des Genehmigungsbescheides des Herrn Oberfinanzpräsidenten in Kassel (Devisenstelle) Frankfurt a. Main vom 15. 7. 1939 Sachgebiet Va Nr. 10054 in Verbindung mit der Genehmigung des Herrn Oberfinanzpräsidenten Hessen (Devisenstelle) Darmstadt zu B 10399/39/Fd./Le. vom 22. 7. 1939. Auf entsprechende Anfrage erhielt ich von der Devisenstelle Frankfurt a. Main das in der Anlage abschriftlich beigefügte Schreiben.

Bei der Deutschen Bank, Filiale Darmstadt bestanden am 1. 10. 1939 folgende Konten [...]

Am 3. 1. 1940 wurden bei der Deutschen Bank, Filiale Darmstadt noch folgende Guthaben sichergestellt [RM 2.621,90].

Von den sichergestellten Guthaben wurden inzwischen folgende Beträge freigegeben: [zusammen RM 538,20 Umsatzsteuer und Finanzgerichtskosten].

Ausserdem wurde bei der Deutschen Bank Filiale Darmstadt eine verschlossene Holzkiste des Mainzer [...] aufbewahrt, die von der Devisenstelle Darmstadt sichergestellt war. [...] Die Kiste enthielt vermutlich Schmuckgegenstände sowie Gold- und Silberwaren.

Wie bereits am 24. 11. 1939 berichtet, wurde noch Umzugsgut des Mainzer sichergestellt, das durch die Fa. G. L. Mayer, Spedition, Mainz [...] versandt werden sollte und bei der Firma Emil Ipsen, Spedition, Bremen lagert.

Mainzer ist nach Mitteilung des Finanzamtes Darmstadt-Stadt noch mit der 5. Judenvermögensabgabe in Höhe von RM 20.571,- rückständig. Auf Ersuchen dieser Stelle habe ich am 27. 1. 1940 das sichergestellte Umzugsgut, dessen Wert mir nicht bekannt ist, zur Pfändung und Verwertung für die rückständige Steuerschuld freigegeben mit der Massgabe, dass ein verbleibender Überschuss aus dem Veräusserungserlös sichergestellt bleibt. Die Bevollmächtigte des Mainzer, Frau Gertrude Sara Gutenstein geb. Rubensohn [* 1894; 25. 3. 1942 ab Mainz-Darmstadt nach Piaski/Ghetto deportiert],

Darmstadt, bemühte sich erfolglos, die Zusage zu erhalten, das nach Barablösung der rückständigen Vermögensabgabe die Freigabe des sichergestellten Umzugsgutes erfolge. *Ma i n z e r* hatte durch seinen Mittelsmann, den jüdischen Notar Müller in Amsterdam, dem Finanzamt Darmstadt-Stadt Vorschläge einreichen lassen, die jedoch Klauseln enthielten, auf die das Finanzamt Darmstadt-Stadt nicht eingegangen ist, da es sich hierzu nicht in der Lage sah. Das Finanzamt Darmstadt-Mitte wurde daher mit der Pfändung und Versteigerung des Umzugsgutes beauftragt.

Geburtsurkunden der Eheleute *Ma i n z e r* sowie je 2 der vorgeschriebenen Emigrantenkarteikarten sind beigefügt.

Ich beantrage gegen *Ma i n z e r* die Einleitung eines Verfahrens auf Aberkennung der Deutschen Staatsangehörigkeit gemäss § 2 des Gesetzes vom 14. 7. 1933 [...] und Erstreckung der Ausbürgerung auf die Ehefrau [...].

■ 30. 9./8. 10. 1940: RFSS/AA ~ 2./

5. 12. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/A, R 99891, Hepp, Liste 212 (87; 88: Ehefrau) ~ D Nicht ermittelt; Entziehung (Moritz, 2001) nicht dokumentiert ~ B LBI, Siegfried Guggenheim Collection, Korr. 1952/53 ~ Bergemann, Darmstadt, 2012.

57 Marx, Robert, Dr. jur. (Berlin 1908), Geheimer Justizrat ~ 8. 4. 1883 Berlin – 12. 12. 1955 Paris; M: Dora Marx geb. Edinger (1859 Worms – 29. 8. 1942 Berlin, Suizid vor der Deportation nach Theresienstadt); Ⓞ Gertrud Auerbach (* 1895 Frankfurt a. M.).

1. 4. 1913 Landrichter (Essen) ~ 1914–1918 Kriegsteilnehmer (*Frontkämpfer*; E.K.I.) ~ Landgerichtsrat (Berlin) ~ Sept. 1921 durch Erlasse der RMdJ und des Auswärtigen zum deutschen Staatsvertreter bei dem deutsch-französischen Gemischten Schiedsgerichtshof (Paris) ernannt ~ 1. 10. 1921 nach Paris versetzt, seitdem dort Wohnsitz ~ während der Ruhrbesetzung 1923 „Unterbrechung der Tätigkeit als Staatsvertreter“ in Paris, um „als Verteidiger vor den französischen Kriegsgerichten

zunächst in Recklinghausen und dann in Düsseldorf tätig“ werden zu können ~ „der einzige (das Gegenteil ist später fälschlich behauptet worden) Verteidiger von Leo Schlageter“ ~ 1925 Ernennung zum Oberlandesgerichtsrat in Düsseldorf „unter Verbleib“ in Paris ~ neben der „amtlichen Stellung“ dort „Vizepräsident des Deutschen Hilfsvereins, Rechtsberater der Deutschen Botschaft und anderer deutscher Stellen, insbesondere der deutschen evangelisch-lutherischen Kirche, deutscher Vertreter und Vizepräsident des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer“ ~ „1934 Bearbeitung mit den Rechtsanwälten [Rolf] Rienhardt, [Marcel] Ribardière und Maillard des Prozesses des Eher-Verlages wegen der unerlaubten Übersetzung von ‚Mein Kampf‘ [„Mon Combat“ in dem von Fernand Sorlot 1928 gegründeten Verlag „Nouvelles Éditions Latines“], der mit dem für die deutsche Partei siegreichen Urteil des französischen Gerichts vom Juni 1934 endete“ ~ „11./18. Dezember [1935], auf Grund § 3 des Reichsbürgergesetzes in Verbindung mit § 4 der [Ersten] Verordnung [z. RBür.G.] vom 14. November 1935, als Oberlandesgerichtsrat in den Ruhestand versetzt und meiner Stellung als deutscher Staatsvertreter bei den Gemischten Schiedsgerichtshöfen in Paris enthoben“ ~ drei Monate lang Zahlung der Pension nach Paris, danach – steuerlich verkürzt – auf ein Konto der Deutschen Bank in Berlin ~ weiterhin „Rechtsberater der Deutschen Botschaft und freier deutscher Rechtsanwalt [sic] in deutsch-französischen Rechtsangelegenheiten“ (F. Grimm) ~ „im Juni 1941 wurde ich mit meiner Frau und meinen beiden Söhnen ausgebürgert“ ~ Beschlagnahme des Kontos durch die Gestapo ~ zur Sicherung des Lebensunterhalts Notverkäufe u. a. von wertvollen Bildern aus dem großväterlichen Erbe der Ehefrau („einen [Jean-Baptiste Camille] Corot, einen [Gustave] Courbet, einen [Jules] Dupré und einen [John] Constable“, Robert u. Gertrude Marx geb. Auerbach, 11. 5. 1955) ~ „auf den Rat und mit Hilfe von Mitglie-

dern der Deutschen Botschaft [habe ich] mich in das unbesetzte Gebiet, zuletzt nach Monaco begeben und bin nach Kriegsende nach Paris zurückgekehrt“ ~ „rechtsberatende Tätigkeit in internationalen Rechtsfragen und schiedsgerichtliche Beschäftigung vor allem in Verbindung mit meiner wieder aufgenommenen Beziehung zur Internationalen Handelskammer als Rechtsberater von deren Schiedsgerichtshof“ ~ seit Anfang 1950 Wiederzubilligung – rückwirkend ab 1. 6. 1945 – und Überweisung der Pension ~ „Wiedereinbürgerung Anfang 1951“ ~ 1952 Wiedergutmachungsbescheid, berechtigt, die Dienstbezeichnung Senatspräsident a. D. zu führen ~ im gleichen Jahr Verleihung des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

A Am 24. 1. 1941 übersandte die DB Paris dem Amt ein in der Akte nicht überliefertes *Gesuch des Oberlandesgerichtsrats i. R. Dr. Robert Israel Marx in Paris* [vom 17. 12. 1940 an den OFP-Präsidenten in Berlin] *um Überweisung seiner Versorgungsbezüge* sowie in Abschrift ein Schreiben des früheren Essener und nunmehrigen Berliner Anwalts und Notars Professor Dr. Friedrich Grimm vom 2. 12. 1940 an Botschaftsrat Ernst Achenbach, Deutsche Botschaft, Paris:

Mir ist Herr Geheimrat Robert Marx [...] schon seit etwa 20 Jahren bekannt. Er war zunächst Landrichter bei der Beschwerdekammer in Essen und dann Oberlandesgerichtsrat in Köln und kam zur Staatsvertretung bei den Gemischten Schiedsgerichtshöfen. [...] Ich habe dann jahrelang zusammen mit ihm vor dem deutsch-französischen Gemischten Schiedsgerichtshof plädiert ebenso vor dem deutsch-rumänischen Gemischten Schiedsgerichtshof. Er vertritt die Interessen des Reiches, während ich in den gleichen Prozessen die Interessen deutscher Privatparteien vertritt.

Während des Ruhrkampfes 1923 war er genauso wie seine Kollegen von der Staatsvertretung Paris als Amtsverteidiger vor den französischen Kriegengerichten im Rheinland

tätig und zwar war Marx an dem wichtigen Platz Düsseldorf stationiert. Er war deshalb auch der Amtsvertreter von Schlageter.

Marx hat immer loyal und mit viel Geschick die deutschen Interessen vertreten und sich damit zweifellos grosse Verdienste erworben. Als die Tätigkeit der Gemischten Schiedsgerichtshöfe zuende ging, also etwa 1933, blieb er in Paris, um da als Rechtsberater der Deutschen Botschaft und freier deutscher Rechtsanwalt in deutsch-französischen Rechtsangelegenheiten tätig zu sein.

Er hat auch noch während des jetzigen Krieges, wie mir Herr Grabowsky [Hilfsarbeiter und Dolmetscher beim Bevollmächtigten des AA beim Militärbefehlshaber in Frankreich] gesagt hat, Herrn Grabowsky loyal unterstützt.

Als deutscher Oberlandesgerichtsrat hatte er Anspruch auf eine Pension und wegen der Devisengesetzgebung konnten ihm seine Bezüge zum grössten Teil nicht überweisen werden, ebenso nicht sein erhebliches Privatvermögen, sodass er hier [sic] in Schwierigkeiten geriet.

Robert Marx ist ebenso wie seine Frau Volljude.

Mit vorzüglicher Hochachtung und Heil Hitler!

Grimm, von 1940 bis 1944 Mitarbeiter des Bevollmächtigten des AA beim Militärbefehlshaber in Frankreich bzw. der DB Paris, bediente sich für das nicht handschriftlich unterzeichnete Schreiben des Briefbogens seiner Berlin Kanzlei. Die Botschaft teilte die Einschätzung Grimms: *Wie sich aus dem Schreiben [...] ergibt und wie im Auswärtigen Amt bekannt sein dürfte, hat Dr. Marx sich während seiner früheren amtlichen Tätigkeit stets in positiver Weise für die deutschen Interessen eingesetzt. Die Botschaft bittet deshalb, das Gesuch befürwortend weiterzuleiten.*

Entsprechend dieser Bitte übersandte das Amt (Rademacher) am 31. 1. 1941 das Gesuch an das RMd] mit der Bitte um *Kenntnisnahme und Weiterleitung [...] an den Oberfinanzpräsidenten Berlin.* Ungeach-

tet des Gesuchs und der Bitte der Botschaft wurden die Versorgungsbezüge nicht überwiesen.

Am 16. 7. 1941 wurde Grimm noch einmal tätig. Er berichtete Dr. Hans Schwarzmann, im Büro Ribbentrop zuständig für die Verbindung zum Deutschen Botschafter in Paris, über den Auswanderungswunsch von R. Marx, für den sich die DB Paris aufgrund seiner Verdienste wiederholt eingesetzt habe. Weiterhin erwähnte Grimm *eine Anwartschaft von Marx auf ein Nacherbe und auf ein Grundstück, nach dem Tod der noch in Berlin lebenden Mutter:*

Mit Rücksicht hierauf ist bei der Geheimen Staatspolizeileitstelle Berlin C 2, Polizeipräsidium, Alexanderplatz – Stapo A 4 b – M 1198.41 – ein Verfahren zur Ausbürgerung im Gange und Marx befürchtet, dass wenn er inzwischen ausgebürgert wird, ihm seine Ausreise nach Südamerika erschwert werden würde. An der Anwartschaft auf das Grundstück hat er nicht das geringste Interesse. Er ist bereit, darauf zu verzichten.

Marx ist nicht Auswanderer im technischen Sinne, sondern durch Erlass des Herrn Reichsministers der Justiz vom 18. April 1936 [...] hat er die Genehmigung erhalten, nach seiner Versetzung in den Ruhestand mit seiner Familie seinen Wohnsitz in Paris beizubehalten.

Eine Uebersicht über die amtliche Tätigkeit des Herrn Marx füge ich in der Anlage bei.

Soweit ich unterrichtet bin, hat in dem jetzt bei der Gestapo anhängigen Verfahren die letzte Entscheidung der Reichsminister des Innern nach Anhörung des Auswärtigen Amtes. Es wäre wünschenswert, wenn die Ausbürgerung nicht ausgesprochen würde, damit die Auswanderung von Marx nach Südamerika nicht gefährdet wird.

Das Schreiben übersandte LS Dr. Schwarzmann, Büro RAM, am 18. Juli an Pg. LR Picot: *Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dem Herrn Professor Dr. Grimm mitteilen könnten, ob in der Angelegenheit etwas unternommen werden konnte.* Diese Aufgabe übernahm Rademacher, der Grimm am 30. Juli schrieb, *daß der am 3. April 1883 in*

Berlin geborene Robert Israel Marx bereits in der 222. Ausbürgerungsliste des Reichsministeriums des Innern vom 9. Juni 1941 unter der Nr. 243 als ausgebürgert verzeichnet ist.

Wie in allen anderen Fällen der Liste, der Hepp-Liste 236, ist der amtliche Vorlauf der Ausbürgerung in der Akte nicht überliefert.

■ 22./30. 4. 1941: RFSS/AA (Todenhöfer) ~ 9./13. 6. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99913; Hepp, Liste 236 (243; 244–246: Ehefrau u. K) ~ D Die Wirkungen des Erbverzichts auf deutschrechtlicher Grundlage, im gemeinen Recht und Bürgerlichen Gesetzbuch, Berlin (1908); *Entziehung* nicht dokumentiert ~ B BArch, R 3001/67685 ~ EAB, 68999 (Soweit nicht nachgewiesen, stammen alle Zitate in der Kurzbiographie aus einem Lebenslauf vom 29. 7. 1953; in der Akte weiterhin Nachweis der Berliner Wiedergutmachungsakten 5 WGA 3210/50 u. 3213/50 sowie der Personal- und Versorgungsakten des OLG Düsseldorf I M 209 bzw. 212 E 1165) ~ BHdE I, 1980, S. 480; Bergemann/Ladwig-Winters, 2004, S. 256 f. (mit Nachweis weiterer Quellen) ~ Zu F. Grimm (1888–1959, M.d.R. Nov. 1933–1945; NSDAP; 1945–Dez. 1948 mit Unterbrechungen in franz. Haft), selbst Strafverteidiger in Prozessen vor franz. Kriegsgerichten, Vertreter deutscher Interessen vor den Gemischten Schiedsgerichtshöfen und seit 1939 Mitarbeiter der DB Paris für juristische, propagandistische und politische Aufgaben: Nachl.: BArch; Mit offenem Visier. Aus den Lebenserinnerungen eines deutschen Rechtsanwalts. Als Biographie bearb. v. Hermann, Schild, Leoni am Starnberger See: Druffel-Verlag 1961, S. 64–66; Krach, 1991, passim, u. Forum Anwaltsgeschichte, Kriminalmagazin: www.anwaltsgeschichte.de (24. 1. 2020); Lilla, 2004, S. 189/Nr. 329; BHdAD II, 2005, S. 98–100; Handbuch des Antisemitismus, VIII (2015), S. 63–65 (Bjoern Weigel).

58 Mayer, Franz Jakob ~ * 17. 3. 1885 Mainz a. Rh.; ♂ Marie Sofie Margarethe Fuld, gesch. Wolff (* 1897 Mosbach b. Mainz).

Rechtsanwalt (Mainz) ~ Emigration ~ 1941 Ausbürgerung.

A 9. 12. 1940: RSHA (Engelmann) an RMdI:

Der Jude Franz Jakob [im Betreff: Israel] Mayer und seine Ehefrau [...] besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie unterhielten mit den [im Betreff] vorbezeichneten Kindern in Mainz, Walpodenstrasse 7, einen gemeinsamen Haushalt. Während die Ehefrau mit den Kindern bereits am 31. 10. 1934 nach Spanien auswanderte, folgte der Ehemann erst am 23. 5. 1935 nach. Sämtliche Familienmitglieder wohnen wieder in einem gemeinsamen Haushalt in Barcelona.

Der Ehemann war bis November 1933 als Rechtsanwalt in Mainz tätig. Er vertrat mit Vorliebe marxistische und staatsfeindliche Elemente vor Gericht. Insbesondere hat er sich 1924/25 in echt jüdischer Weise gegen jedes nationale Volksempfinden für den separatistischen Mörder Kiefer aus Mainz eingesetzt, sodass dieser seiner Zeit nur wegen Totschlags verhältnismäßig gering betrafft wurde.

Am 4. 11. 1933 wurde Mayer wegen Unterschlagung, Untreue, Betruges und Vergehens gegen § 176 Abs. 1 RStr.GB. in Untersuchungshaft genommen. Im letzteren Falle hatte er an einer deutschblütigen weiblichen Angestellten unzüchtige Handlungen mit Gewalt vorgenommen. Er wurde jedoch in dieser Sache freigesprochen, da das Gericht das Vorliegen einer tätlichen Beleidigung annahm, für die ein Strafverfahren nicht vorlag. Ausserdem war bereits Verjährung eingetreten. In den weiterhin genannten Fällen wurde er jedoch am 28. 5. 1934 durch die Strafkammer Mainz gemäss §§ 246, 266, 263 RStGB. zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis bestraft.

Mayer und seine Familienangehörigen haben nach Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges Spanien nicht verlassen, obwohl allen deutschen Staatsangehörigen seiner Zeit Gelegenheit hierzu gegeben wurde, sondern haben es vorgezogen, im rotspanischen Gebiet zu verbleiben. Sie haben hierdurch eindeutig unter Beweis gestellt, dass sie mit den rotspanischen Machthabern sympathisieren und ihre kommunistischen Umsturzpläne billigen. Die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit der Eheleute Mayer sind daher gegeben.

Ich bitte das Weitere zu veranlassen und die Ausbürgerung auf die eingangs genannten Kinder zu erstrecken.

Mangels vorhandener Vermögenswerte erübrigen sich eine Vermögensbeschlagnahme und Verfallerklärung.

Dem Auswärtigen Amt sind zwei Durchschriften dieses Schreibens übersandt worden.

Von dem Abschluss des Verfahrens bitte ich mich zu unterrichten.

■ 9. 12. 1940/6. 1. 1941: RFSS/AA ~ 18./18. 3. 1941: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99902; Hepp, Liste 223 (75; 76–78: *Ehefrau* u. *StiefK*). ~ **B** Als Anwalt im Verzeichnis der Rechtsanwälte (1932) als Nicht-Mitglied des DAV genannt, nicht aber als Anwalt *jüdischer Herkunft* (Krach, 2007).

59 Merzbacher, Hermann, Dr. jur. (Heidelberg 1918; *Entziehung* 1940) ~ 16. 5. 1892 Öhringen – 16. 5. 1957; ☉ Margarete Rosenstock (* 1905 Stuttgart).

Seit 1924 Rechtsanwalt (Heilbronn, seit Mai 1927 in Stuttgart) ~ in Sozietät mit seinem Bruder → Siegfried ~ 1936 Emigration (Brasilien) ~ Sept. 1938 Zulassung zurückgenommen ~ Tätigkeit als Makler ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A Vermutlich nach Ablehnung seines Antrages auf Passverlängerung widersprach Dr. Hermann Merzbacher am 1. 8. 1938 der „Anordnung“ der Passabteilung des DGK São Paulo:

„Durch Mitteilung des zuständigen Referenten wurde mir heute eröffnet, dass mir der Schutz des Deutschen Reiches entzogen sei mit der Begründung, dass ich der Stuttgart-Loge in Stuttgart innerhalb des unabhängigen Ordens B-nei-Brith angehoert habe. Gegen diese Anordnung erhebe ich hiermit

WIDERSPRUCH

mit dem Antrag, diese Anordnung aufzuheben. Zur Begründung trage ich vor:

1) Es ist richtig, dass ich vor meiner Auswanderung aus Deutschland obiger Loge angehoert habe.

2) Diese Loge hat zur Zeit meiner Auswanderung noch bestanden u. war in diesem Zeitpunkt noch behördlich genehmigt u. unter behördlicher Kontrolle.

3) Ich bin vor meiner Auswanderung, die am 29. 12. 1936 erfolgte, im Herbst dieses Jahres ausgetreten, ohne in der Folge irgendwelche Fuehlung mehr mit dem Orden zu haben.

4.) Meine Auswanderung erfolgte legal, ebenso wie meine Einwanderung in dieses Land.

5.) In dem Zeitpunkt der Dauer meiner Mitgliedschaft kann von einer staatsfeindlichen Betaetigung wohl kaum gesprochen worden sein, denn die Loge war genehmigt u. die Satzung geprueft, die Sitzungen waren unter Kontrolle.

6.) Jedenfalls wurde mir von einer staatsfeindlichen Betaetigung oder Gesinnung nichts bekannt. Ich habe nie einer polit. Partei angehoert.

7.) Ich selbst verwahre mich dagegen, dass ich nun aus der Mitgliedschaft zu dieser Loge heraus oder sonstwie mich staatsfeindlich betaetigt oder irgendwie gesinnungsmaessig staatsfeindlich eingestellt gewesen waere. Ich nehme fuer meine Person nicht nur staatstreue, sondern nationale Gesinnung in Anspruch u. berufe mich insoweit auf das Zeugnis folgender Personen, die mich kennen:

Oberlandesgerichtspraesident Kuestner in Stuttgart, den Fuehrer der Stuttg. Juristen RA Dr. Glueck, Ministerialdirektor Dill u. Truckenmueller sowie Minister Schmidt [Dr. Jonathan Schmid] dortselbst. Eine beliebige Anzahl irgend welcher dortiger Juristen.

8) Ich habe bis zum Zeitpunkt meiner Auswanderung in Stuttgart die Rechtsanwaltspraxis ausgeuebt.

9.) Ich war Frontkaempfer u. bin im Besitz des Ehrenkreuzes fuer Frontkaempfer N. 19 077/35, ausgestellt vom Herrn Polizeipraesidenten in Stuttgart unter dem 23. 4. 1935.

Auf Grund dieser Tatsachen erbitte ich die Zuruecknahme der ausgesprochenen

Massnahmen. Da mir die zustaendige Stelle nicht bekannt ist, wird dieser Antrag in 3 facher Fertigung dem deutschen Generalokonsulat in São Paulo vorgelegt mit der Bitte, diesen der zustaendigen Stelle unter Versehung mit dem Aktenzeichen weiterzuleiten. Ich bitte darum, mir s.Zt. unter der oben angegebenen Adresse wieder Nachricht zukommen zu lassen.“

Ausgebürgert wurde Merzbacher auf Vorschlag der Gestapo Stuttgart (Schröder) vom 12. 9. 1938 an das Gestapa:

Der jüdische Emigrant [...], verh. Rechtsanwalt [...], Stuttgart, Hölderlinstr. 55, jetzt in Sao Paulo/Brasilien, besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt. Er hat sich am 18. August 1927 mit der Jüdin [...] verheiratet. Aus der Ehe ist der Sohn Günther Siegfried [...] hervorgegangen.

[...]

Ob er Kriegsteilnehmer war, konnte hier nicht festgestellt werden. Er unterhielt in Stuttgart bis zu seiner Auswanderung am 20. Dez. 1936 ein Rechtsanwaltsbüro. Merzbacher war Mitglied der „Stuttgart.-Loge“ (Tochterloge des Unabhängigen Ordens Bnei Briss – U.O.B.B. –). Er war ausserdem Ausschussmitglied des Vereins für jüdische Gemeindeangelegenheiten in Stuttgart und trat als Redner bei der Gründungsversammlung des Vereins „Freunde der jüd. Schule“ in Stuttgart hervor. Ferner war er Ausschussmitglied des Israelitischen Wählervereins für Krankenpflege und Leichenbestattung e. V. Stuttgart. Über die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei konnte hier nichts in Erfahrung gebracht werden.

Am 30. 7. 1934 wurde Merzbacher vom Finanzamt Stuttgart-Süd wegen Umsatzsteuergefährdung zu 20,- RM und wegen Einkommensteuergefährdung zu 15,- RM Geldstrafe verurteilt. Diese Strafe wurde jedoch auf Grund der Amnestie vom 7. 8. 1934 erlassen.

Merzbacher besitzt noch grösseres Inlandsvermögen. Vermögensbevollmächtigter ist J. Rosenstock, Stuttgart, Berlinstr. 6. Erneute Steuerverfehlungen, Devisenvergehen usw. sind hier nicht bekannt geworden. Rückstände

an Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben liegen nicht vor. Die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Merzbacher sind jedoch nach dem Erlass des Reichsführers-SS [...] vom 30. 3. 1937 [...] erfüllt.

Ich bitte daher, Merzbacher zur Ausbürgerung vorzuschlagen, und gleichzeitig die Beschlagnahme und Verfallerklärung seines Inlandsvermögens zugunsten des Reiches zu beantragen. Die Ausbürgerung soll sich auch auf die Ehefrau [...] und den Sohn [...] erstrecken.

Am 9. 2. 1939 machte die DB Rio de Janeiro keine Bedenken gegen die Ausbürgerung geltend und übersandte zugleich die Eingabe Merzbachers an das Amt, das diese am 24. 2. 1939 an das RMDI weiterleitete.

■ 20. 3./12. 4. 1939: RFSS (Jagusch an AA: [...] keine Veranlassung, von einer Ausbürgerung des Juden Merzbacher auf Grund seiner Eingabe vom 1. 8. 1938 an das Deutsche Generalkonsulat in Sao Paulo abzusehen. Ich bitte, dem Ausbürgerungsvorgang Fortgang zu geben.)/AA (nachdem die DB Rio de Janeiro am 9. Febr. keine Bedenken geltend gemacht hatte; das Amt beabsichtigte, wie Hinrichs zu den Akten schrieb, die Auslandsvertretungen durch Runderlaß allgemein anzuweisen, Personen gegen die ein Ausbürgerungsverfahren schwebt, von diesem Verfahren unter Angabe der Gründe der Ausbürgerung keine Mitteilung zu machen und auch nicht den bereits ausgebürgerten Personen von den Gründen ihrer Ausbürgerung Kenntnis zu geben.) ~ 5./8. 5. 1939: RMDI/DRA ~ Per „Einschreiben“ – und „vorsorglich fuer den Fall des Bedarfs in doppelter Ausfuehrung“ – erhoben Hermann u. Margarete Merzbacher, zugleich im Namen ihres Kindes, am 14. 7. 1939 „gegen die im Reichssteuerblatt v. 13. 5. 1939 veröffentlichte ‚Ausbürgerung‘ Widerspruch“ und stellten „den Antrag, diese Massnahme rueckgaengig zu machen, ebenso die vermögensrechtlichen daraus resultierenden Massnahmen der Beschlagnahme“. Merzbacher adressierte seinen „Wi-

derspruch“ an den RMdI und „gleichzeitig an den Reichsminister des Auswaertigen, mit dessen Einverstaendnis die getroffenen Massnahmen erfolgt sind“. Das DGK São Paulo übersandte die Eingabe am 21. Juli an das Amt, das den „Widerspruch“ am 12. Aug. zur Kenntnis und mit dem Anbeimstellen weiterer Verfügung (Schumburg) an den RMdI weiterleitete.

(Antrags-), „Begründung.

Da wir den Grund fuer die getroffenen Massnahmen nicht kennen, muessen wir allgemein Stellung nehmen. Soweit dies nicht genuegen sollte, bitten wir um Mitteilung der Gruende, um im Einzelnen dazu Stellung nehmen zu koennen.

1) Wir sind gemeinschaftlich nach Erfuellung aller gesetzlichen Vorschriften legal ausgewandert.

2) Da das vorhandene Vermoegen allein zu Gunsten des Hermann Merzbacher bestand, sind von diesem allein alle steuerlichen Verpflichtungen erfuehrt worden. Die Ehefrau Merzbacher hatte keinerlei Vermoegen. [...]

3) Auch in der Folge sind saemtliche steuerlichen Verpflichtungen erfuehrt worden, insbesondere wurde die Judenvermoegensabgabe ordnungsgemaess u. rechtzeitig bezahlt. [...]

4) Unsere Gesinnung war nie eine staatsfeindliche, wir haben uns niemals in unserem Leben staatsfeindlich betaeigt.

5) Wir haben niemals einer einer [sic] politischen Partei angehoert u. uns niemals, weder in Deutschland noch hier, irgendwie politisch betaeigt. Wir haben fuer uns in Deutschland nationale Gesinnung in Anspruch genommen u. ich berufe mich fuer meinen Leumund auf eine Aeusserung der Polizei in Stuttgart unter Bezugnahme auf das anlaesslich der Auswanderung ausgestellte Fuehrungszeugnis, weiterhin fuer meine Einstellung u. meinen Leumund auf eine Aeusserung der Anwaltskammer, des Herrn Oberlandgerichtspraesidenten Kuestner, des Herrn Senatspraesidenten [Hermann] Cuhorst, des Herrn Juristenfuehrers Dr. Glueck, des

Herrn Ministers Dr. Schmidt [Schmid] u. der Herren Ministerialdirektoren Dill u. Truckenmueller u. des Herrn Polizeipraesidenten [Rudolf] Klaiber, saemtliche in Stuttgart.

6) Bis zum Zeitpunkt meiner Auswanderung habe ich in Stuttgart die Rechtsanwaltspraxis ausgeuebt u. war dort am Land- u. Oberlandesgericht zugelassen.

7) Ich war Frontkämpfer, wurde vor Ypern verwundet u. bin im Besitz des Ehrenkreuzes [...].

8) Da unser Kind minderjaehrig ist [...], wird dieser Antrag gleichzeitig auf Grund gesetzlicher Vertretung gestellt.

Auf Grund dieser Tatsachen bitte ich darum, die angeordnete Massnahme rueckgaengig machen zu wollen u. die in Frage kommenden Amtsstellen fuer die staats- und vermögensrechtliche Seite zu benachrichtigen u. die resultierenden Anweisungen geben zu wollen. Gleichzeitig bitte ich darum, mir an meine Adresse caixa 3352 Nachricht zukommen zu lassen.“

Dr. Hermann Merzbacher erhielt keine Nachricht.

Q PA/AA, R 99784; Hepp, Liste 109 (73; 74 f.: *Ehefrau* u. S) ~ D Die Bedeutung des rechtswidrigen Befehls für den Beamten und für den Soldaten in strafrechtlicher Beziehung, Heidelberg 1918; Moritz, 2001, S. 559 ~ B BArch, R 3001/68197 ~ Marx, 1965, S. 208.

60 Neumann, Franz Leopold, Dr. jur. (Frankfurt/Main 1923), Ph.D (London), Dr. h. c. (FU Berlin 1953) ~ 23. 5. 1900 Kattowitz, O/S – 2. 9. 1954 Visp, Schweiz (Autounfall).

1924–1927 Hilfsarbeiter in der Kanzlei Hugo Sinzheimer (Frankfurt/M.) ~ seit Dez. 1927 Rechtsanwalt (Berlin) in Sozietät mit Ernst Fraenkel ~ bis 1933 Syndikus des Deutschen Baugewerksbundes ~ 1928–1933 Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik als Nachfolger von Prof. Dr. Walter Kaskel ~ 1932/33 Syndikus des SPD-Parteivorstandes ~ 1932/33 als Syn-

dikus der Konzentration A.G. und der SPD-Holdinggesellschaft für Zeitungen Führung zahlreicher Presseprozesse ~ Dez. 1932 Auslieferungsbeginn des im Verlag Carl Heymann (Berlin) erschienenen Buches „Koalitionsfreiheit und Reichsverfassung. Die Stellung der Gewerkschaften im Verfassungssystem“ ~ 1. 4. 1933 in Rostock verhaftet ~ „auf Intervention des stellvertretenden Chefs der Staatspolizei, des Staatsanwaltschaftsrats Dr. Mittelbach“ freigelassen, der den „Rat“ erteilte, „Deutschland sofort, spätestens am 9. Mai 1933 zu verlassen. Er warnte durch mich auch den Parteivorstand der SPD. Ich bin diesem Rat gefolgt.“ ~ Mai 1933 Kanzlei von SA gestürmt und verwüstet ~ Berufsverbot ~ Flucht nach London ~ Beschlagnahme der Restauslieferung von „Koalitionsfreiheit und Reichsverfassung“ sowie von „Das gesamte Pressenotrecht vom 4. Februar 1933. Systematischer Kommentar“ (Verlag Dietz, Berlin) ~ 1936 Promotion an der London School of Economics and Political Science ~ Apr. 1936 Einwanderung in die USA ~ wiss. Mitarbeiter am International Institute of Social Research (New York) ~ 1936 Ausbürgerung ~ The Black Book (S. 143: 20; 1940): Mitarbeiter i. d. Labour Party, London W. C. 1, 52 Dorthy Street, Telefon: Holborn 0747, RSHA A 1 – IVA 5 ~ 1942–1945 Mitarbeiter des Office of Strategic Services (OSS) ~ seit 1950 Full Professor of Public Law and Government an der Columbia University ~ „nahm erheblichen Einfluß auf die Etablierung der politischen Wissenschaft an der 1948 begründeten Freien Universität Berlin“ (Göppinger).

A 6. 12. 1934: Preuß. Gestapo (Patschowsky) an RuPrMdI:

Der [...] Reichsangehörige und frühere jüdische Rechtsanwalt Dr. Franz Neumann, zuletzt in Berlin-Charlottenburg, Dernburgstr. 32, jetzt in London, Essex House, Essex Street wohnhaft gehörte seit langem der früheren SPD an und war Vorsitzender der „Vereinigung sozialistischer Juristen“ in

Berlin. Neumann ist bekannt geworden, daß er die meisten politischen Prozesse für die SPD führte, und als Rechtsberater für diese fungierte. Nach der nationalsozialistischen Revolution emigrierte er nach England und nahm in London Wohnung, wo er sich intensiv für die Weiterführung der landesverräterischen Bestrebungen der SPD einsetzte. Heute spielt er in London bei der Labour Party eine große Rolle als der offizielle Vertreter des Parteivorstandes in Prag und ist bemüht, den deutschen Interessen nach Möglichkeit Abbruch zu tun. In dieser Eigenschaft arbeitet er eng mit dem früheren Führer des Reichsbanners [Karl] Höltermann zusammen. Ferner betätigt er sich als Londoner Korrespondent des hinreichend bekannten Hetzblattes „Neuer Vorwärts“ und ist Geschäftsführer der SPD-Hetzzentrale „Graphia Verlagsbaus“ in Karlsbad. Außerdem leitet er den Kurierdienst zwischen der Prager und der Londoner Organisation der SPD und ist Verbindungsmann zwischen der 2. Internationale und den englischen Gewerkschaften. Hinzu kommt noch, daß er die Londoner Ortsgruppe der SPD leitet und außerdem die finanzielle Unterstützung der deutschen Emigranten durch den Matteotti-Fond regelt. Schließlich bekleidet er noch den Posten eines Lektors an der Londoner „School of economics“.

Hieraus geht hervor, daß Neumann seine Lebensaufgabe noch immer in der Bekämpfung alles Deutschen durch die SPD als Partei des organisierten Landesverrats sieht und deren Bestrebungen mit allen Kräften fördert. Er stellt sich bewußt dem aussenpolitischen Aufbauwillen des dritten Reiches entgegen und versteht es, durch seine im Rahmen der SPD einflußreiche Stellung die deutschen Interessen in jeder denkbaren Weise zu schädigen. Er stellt sich damit bewußt außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft und hat so die schwerste Strafe, auf die das Reich erkennen kann, die der Ausbürgerung, verwirkt.

Ich beantrage daher, ihm die deutsche Reichsangehörigkeit gem. § 2 des Reichsges. v. 14. Juli 1933 abzuerkennen.

Das Auswärtige Amt hat eine Abschrift dieses Schreibens erhalten.

Das Innenministerium betrachtete die Voraussetzungen für die Ausbürgerung als gegeben und bat am 2. 4. 1935 das AA um Zustimmung. Bereits am 2. März hatte die DG Karlsbad, der selbst keine staatsfeindliche Betätigung Neumanns bekannte geworden war, die Zweigstelle Eger beauftragt, Nachforschungen vorzunehmen. Am 10. April teilte die DB London (Bismarck) der Zentrale mit: *Trotz eingehender Bemühungen hat sich wesentlich Neues über die hiesige Betätigung des Franz Neumann nicht feststellen lassen. Es trifft zwar zu, dass er der volkswirtschaftlichen Abteilung der Londoner Universität, der bekannten „London School of Economics“ angehört, aber nach den getroffenen Feststellungen nicht in der Rolle eines Lektors, sonder nur in der eines „research student“, d. h. eines wissenschaftlichen Assistenten ohne Lehrauftrag. Ausserdem scheint er auch in dieser Eigenschaft nur ganz selten auf der London School of Economics tätig zu sein.*

Nach aussen hin ist Dr. Franz Neumann kaum jemals in Erscheinung getreten. Der einzige hier bekannt gewordene Fall einer öffentlichen Äusserung Neumanns ist der im Ausschnitt beiliegende Aufsatz über die deutsche Arbeitsgesetzgebung. Der Aufsatz, der ein völlig entstelltes Bild der Verhältnisse auf diesem Gebiet gibt, ist in der Nummer vom Januar d. J. der Zeitschrift „The Highway“ der „Workers' Educational Association“ gleichzeitig mit einer Anzahl weiterer dem neuen Deutschland gewidmeten Aufsätzen, von denen die Mehrzahl wirklich einwandfrei und verständnisvoll gehalten war, erschienen.

Von Seiten der Botschaft bestehen gegen die Ausbürgerung des Neumann keine Bedenken, falls sie dort für notwendig gehalten wird.

Obwohl die Gestapo die Voraussetzungen zu einer Ausbürgerung des Dr. Franz Neumann in vollem Umfange [für] gegeben hielt – Die Meldungen über das staatsfeindliche Treiben des Neumann beruhen auf Mitteilungen von V.-Leuten, an deren Glaubwürdigkeit bisher in keinem Falle zu zweifeln war und deren Angaben sich auch immer als richtig erwiesen haben –, leitete sie erneut Ermittlungen über Neumann in die Wege. Ein ent-

sprechendes Schreiben vom 20. 6. 1935 an den RuPrMdi leitete dieser am 13. Juli abschriftlich dem Amt *mit der Bitte um Kenntnissnahme* weiter. Die Ausbürgerung des Franz Neumann gemäß erweiterter Anwendung des Gesetzes erfolgte auf Antrag des RuPrMdi: Unter Bezugnahme auf sein Schreiben vom 17. Februar und mit dem Vermerk „Eilt!“ bat der zuständige Ministerialbeamte Hering am 2. 4. 1936 das Amt *um Ihre Zustimmung zu der Ausbürgerung*, da er die Voraussetzungen zur Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit [...] für gegeben erachte: *Von einer Vermögensbeschlagnahme soll abgesehen werden. Nach Lage des Falles dürfte es nicht erforderlich sein, das Ergebnis der von der Preußischen Geheimen Staatspolizei weiter angestellten Erörterungen abzuwarten, zumal auch die Deutsche Botschaft in London in ihrem mir seinerzeit abschriftlich mitgeteilten Bericht gegen die Ausbürgerung [...] keine Bedenken [...] erhoben hat.* Die in Aussicht gestellte abschließende Stellungnahme der Gestapo ist nicht überliefert.

■ 2. 4. 1936/17. 4. 1936: RuPrMdi/AA (v. Bülow-Schwante) ~ 22./25. 7. 1936: RuPrMdi/DRA.

Q PA/AA, R 99649; Hepp, Liste 6 (22) ~ D Rechtsphilosophische Einleitung zu einer Abhandlung über das Verhältnis von Staat und Strafe, 1924; *Entziehung* nicht dokumentiert ~ E u. a. Behemoth: the structure and practice of national socialism 1933–1941, London 1942 (dt.: 1977; neu hg. v. Alfons Söllner u. Michael Wildt, Hamburg 2018) ~ Franz Neumann/Herbert Marcuse/Otto Kirchheimer, Im Kampf gegen Nazi-Deutschland. Die Berichte der Frankfurter Schule für den amerikanischen Geheimdienst 1943–1949. Hg. v. Raffaele Laudani, Frankfurt/M. 2016 ~ B EAB, 272365 ~ Alfons Söllner, Franz L. Neumann – Skizzen zu einer intellektuellen und politischen Biographie, in: Franz L. Neumann, Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930–1954, Frankfurt a. M. 1978, S. 7–56, 460–467 (Bibliographie) ~ BHdE II, 2, 1983, S. 856; Raul Hilberg/Alfons Söllner, Das Schweigen zum Sprechen bringen, in: Dan Diner (Hg.), Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt a. M. 1988, S. 175–200; Kritische Justiz, 1988, S. 390–400 (Ul-

rich K. Preuß); Rasehorn, 1988, S. 18; John H. Herz, Otto Kirchheimer, Leben und Werk, in: Wolfgang Luthardt/A. Söllner (Hg.), Verfassungsstaat, Souveränität, Pluralismus. Otto Kirchheimer zum Gedächtnis, Opladen 1989, S. 11–23; Göppinger, ¹1990, S. 353 f.; Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 107–109, 157; Joachim Rückert, Franz Leopold Neumann (1900–1954) – ein Jurist mit Prinzipien, in: Lutter/Stiefel/Hoeflich, 1993, S. 437–474; „Meinetwegen ist die Welt erschaffen“, 1997, S. 486–491 (Andreas Fisahn); NDB 19 (1999), S. 145–147 (Joachim Rückert); AoRB, ²2007, S. 231 f.; Krehan, 2007, S. 293–308; Bergemann, 2012, S. 224, EdRW I, 2012, S. 488 u. 490; Frank Schale (Franz L. Neumann zwischen Rechtspositivismus, Rechtssoziologie und Wertphilosophie) und Jens Leubner (Franz L. Neumann und das Recht der Wissensgesellschaft), in: Frank Schale [u. a.], Intellektuelle Emigration. Zur Aktualität eines historischen Phänomens. Festgabe für Alfons Söllner, Wiesbaden 2012, S. 59–87 u. 203–222.

61 Olden, Rudolf ~ * 14. 1. 1885 Stettin – 17. 9. 1940 bei der Überfahrt von England nach USA auf dem Atlantik (Torpedierung der City of Benares durch das U-Boot U 48), ev.; ♂ I. 1920 Marie-Christine Fournier gesch. Furtwängler; II. Isolde Baguth (* 1904 Hohenstadt); III. 1933 Ika Halpern.

Als Freiwilliger bei dem Dragonerregiment Nr. 24 in Darmstadt stellte Olden nach dem Referendariat am 4. 8. 1914 beim Präsidenten der Justizprüfungskommission in Frankfurt a. M. den Antrag, zum Notexamen zugelassen zu werden ~ nach dem Krieg zunächst Journalist („Berliner Tageblatt“) und Publizist ~ seit 30. 12. 1929 Rechtsanwalt beim Kammergericht Berlin ~ Verteidiger u. a. von Carl von Ossietzky ~ 1933 zunächst Vertretungsverbot ~ 1. 6. 1933 gab der Präsident des Kammergerichts Olden mit Wochenfrist *Gelegenheit*, sich zu Beschuldigungen kommunistischer Betätigung *im Sinn* von § 3 des Anwaltsgesetzes zu äußern und entlastende Beweise beizubringen: *und zwar sollen Sie a) Gotteslästerer und Landesverräter verurteilt, b) für die „Rote Hilfe“ gespendet haben* ~ ein Gesuch Oldens an den Kammergerichtspräsidenten vom 3. 6. 1933 fehlt in

der Personalakte ~ 26. 6. 1933 Zulassung aufgrund § 3 des Anwaltsgesetzes zurückgenommen ~ 1. 8. 1933 in der Rechtsanwaltsliste gelöscht (Berufsverbot) ~ Flucht in die Tschechoslowakei ~ seit 1934 in Paris ~ Mitgründer und Sekretär des deutschen P.E.N.-Clubs im Exil ~ Übersiedlung nach London ~ *Schriftenverbot* (Liste 1, Okt. 1935): „Tatsachenbericht über die deutsche Emigration“ (Halpern, Ika u. R. Olden) und „Sämtliche Schriften ~ 1936 *Ausbürgerung* ~ Juni 1939 Geheime SD-Liste *Erfassung führender Männer der Systemzeit (Schriftsteller und Journalisten): Emigrant – Vor 1933: Pazifistischer Schriftsteller. Nach 1933: Mitarbeiter der ‚Pariser Tageszeitung‘. Hat 1935 im Querido-Verlag, Amsterdam das Hetzbuch ‚Hitler‘ herausgegeben. Lebt heute in Paris. Wurde 2. 12. 36 ausgebürgert.* ~ The Black Book (S. 151: 13–15; 1940): *Rechtsanwalt, Schriftsteller, Cambridge oder Oxford, Yatscombe Cottage Boars Hill, RSHA IVA 1; IVA 1b, IVA 5, II B 5 (13); Sekretär d. „Intern. PEN-Association“; Berichterst. d. „Pariser Tageszeitung“* ~ 1940 als feindlicher Ausländer auf der Isle of Man interniert ~ Ruf an die New School of Social Research in New York ~ aus der Internierung unter der Auflage entlassen, die Ausreise so schnell wie möglich zu betreiben.

A Rudolf Olden wurde vom Gestapa mit der 3. Liste (Nr. 26) zur Ausbürgerung vorgeschlagen. Auf einen entsprechenden Erlass des AA vom 30. 8. 1934 teilte die Konsulatsabt. der DB Paris am 28. Sept. der Zentrale mit:

Gegen die vorgenannten Personen [Dr. Siegfried Marck, Rudolf Olden, Adolf Philippsborn, Maria Reese] besteht auch hier begründeter Verdacht, dass sie sich in deutschfeindlichem Sinne betätigen. Das gegen sie hier vorliegende Material gibt zwar wertvolle Anhaltspunkte für ihre deutschfeindliche Einstellung, reicht aber für eine abschliessende Beurteilung noch nicht aus.

Zu den Verfahren beehre ich mich im einzelnen folgendes zu berichten: [...]

Das Material gegen Rudolf OLDEN kann von hier aus ergänzt werden. – Von Interesse dürfte sein, dass Olden am 31. August 1933 in der Konsulatsabteilung vorsprach und eine eidesstattliche Erklärung zur Legalisierung vorlegte, in der er versicherte, dass er niemals kommunistisch oder marxistisch tätig gewesen sei und sich seit Verlassen des deutschen Reichsgebiets politisch nicht betätigt habe. Er gab an, dass er die eidesstattliche Erklärung für die Durchführung eines Zivilprozesses in Deutschland benötige. Der Rechtsanwalt, an den er wegen der Wahrnehmung des Mandats herangetreten sei, habe die Übernahme des Mandats von der Vorlage dieser eidesstattlichen Versicherung abhängig gemacht. Dem Antrag auf Legalisierung der Urkunde wurde stattgegeben.

Mit der 3. Liste vom 1. 11. 1934 wurde jedoch nicht Rudolf Olden, sondern dessen Bruder, der Schriftsteller Balder Olden, ausgebürgert. Im Hinblick auf eine Entscheidung u. a. im Fall Rudolf Olden bat das RuPrMdI (Dr. Hoche) am 8. 12. 1934 das AA um Stellungnahme. Aufgrund der Auskunft der Konsulatsabt. der DB Paris vom 11. 1. 1935, dass *in der Zwischenzeit Weiteres nicht in Erfahrung gebracht werden konnte*, teilte das AA am 30. 1. 1935 dem RuPrMdI mit, dass eine Ausbürgerung *nicht in Betracht gezogen werden könne*.

Im Fall Rudolf Olden, der anhand der Ausbürgerungsakten nicht näher dokumentiert werden kann, wurde die Gestapo im Sommer 1935 erneut tätig, wie das in Abschrift dem AA übersandte Schreiben der Preuß. Geheime Staatspolizei (Dr. Best) vom 6. 8. 1935 an den RuPrMdI belegt:

Betr.: Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit des Schriftstellers Rudolf Olden; dortiges Aktenzeichen: IA 2059/5013 c.

Im Nachgange zu meinem Schreiben vom 30. Juli d. J. [...] teile ich noch folgendes mit:

Aus der Hetzbroschüre „Stabschef Röbms Memoiren“ von Karl Gröhl, gegen den dort [...] ebenfalls ein Verfahren auf Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit schwebt, ist ersichtlich [...], daß Rudolf Olden und nicht sein Bruder Balder der Verfasser der

Schrift „Hitler, der Eroberer“ ist. Da in der amtlichen Begründung zur Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit des Balder Olden [mit Liste 3 (14) v. 1./3. 11. 1934] dieser als Verfasser der Schrift bezeichnet worden ist, dürfte es nicht zweckmässig sein, in der Begründung der Ausbürgerung des Rudolf Olden nunmehr diesen als Verfasser zu bezeichnen.

Es ist weiterhin hier bekannt geworden, dass Rudolf Olden in der Zeitschrift „Die Sammlung“ Nr. 11 im Juli d. J. einen Artikel „Die neue Verfassung in Deutschland“ geschrieben hat. [...] Nach weiterer vertraulicher Mitteilung ist Rudolf Olden zusammen mit einem Schriftsteller Weiskopf [Franz Carl Weiskopf], dessen Personalien z. Zt. noch nicht feststehen und über den ich nach Abschluß der Ermittlungen eingehend berichten werde, der Autor des Buches „Schutzhäftling Nr. 880“. Das Buch [tatsächlich verfasst von Paul Massing unter dem Pseudonym Karl Billinger] ist in deutscher Sprache im Verlag Editions du Carrefour in Paris erschienen und enthält Greuelberichte aus der Schutzhaftzeit des Verfassers [im Columbiahaus und im KZ Oranienburg 1933]; es ist bereits beschlagnahmt und eingezogen worden. Antrag auf förmliches Verbot ist dort gestellt. [Verbot: Liste vom 31. 12. 1938]

► *Rudolf Olden, früherer Rechtsanwalt und Redakteur am „Berliner Tageblatt“. Dort arbeitete er in vorderster Linie an der jüdisch-marxistischen Durchsetzung des deutschen Volkes. Nach seiner Flucht aus Deutschland führt er unter Benutzung der Emigrantendrucke seinen gehässigen Kampf gegen alles Deutsche fort. (Liste 7, Niederschrift zu der Bekanntmachung über die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit)*

■ 2./3. 12. 1936: RuPrMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99650, R 99651, R 99999; Köln. Ztg., Nr. 617 (Morgenblatt) v. 4. 12. 1936; Hepp, Liste 7 (26); zu der mit der gleichen Liste ausgebürgerten (2.) Ehefrau teilte das AA am 17. 5. 1937 den diplomatischen und konsularischen Vertretungen des Reichs mit: „ist auf Seite 4 [der Liste] zu streichen“; PA/AA, R 99651 ~ E u. a. Hitler, der Eroberer. Die Entlarvung einer

Legende von einem deutschen Politiker, Berlin (Prag) 1933; Hitler, Amsterdam 1933; Hindenburg oder der Geist der preuß. Armee, Paris 1935; Is Germany a hopeless case? Transl. by Edwyn Bevan. Introduction by Gilbert Murray, London 1940; Vorwort zu I. Litten, Die Hölle sieht dich an, 1940 [Hans → Litten] ~ **B** BArch, R 3001/70017 ~ DNB/DEA, Teilnachlass ~ Rudolf Olden Papers, University College London ~ EAB (DS 2028) ~ Peter Olden, Briefe aus den Jahren 1935–1936, hg. v. Charmian Brinson, Berlin 1987; Rettet Ossietzky! Dokumente aus dem Nachlass v. R. Olden, hg. v. Ch. Brinson, Oldenburg 1990; Rudolf u. Ika Olden, „In tiefem Dunkel liegt Deutschland“, Vorwort v. Lion Feuchtwanger, hg. u. eingel. v. Ch. Brinson u. Marian Malet, Berlin 1994 ~ BHdE I, 1980, S. 539; Kritische Justiz, 1988, S. 180–192 (Ingo Müller); Göppinger, ²1990, S. 306 f.; Krach, 1991, S. 435; NDB 19, 1999, S. 505 f. (Ingo Müller); Zühlsdorff, 1999, S. 105–119, 241; AoRB, ²2007, S. 233 f.; Sebastian Schäfer, Rudolf Olden – Journalist und Pazifist, in: Republikanischer Alltag. Die Weimarer Republik und die Suche nach Normalität. Hg. v. Andreas Braune u. Michael Dreyer, Stuttgart (2017), S. 135–149; ders., Rudolf Olden – Journalist und Pazifist. Vom Unpolitischen zum Pan-Europäer. Moralische Erneuerung im Zeichen moderner Kulturkritik, Stuttgart 2019 ~ Der deutsche PEN-Club im Exil 1933–1948. Eine Ausstellung der Deutschen Bibliothek, Frankfurt a. M. Katalog: Werner Berthold u. Brita Eckert, Frankfurt a. M. 1980; So viele Bücher, so viele Verbote. Ausstellung „Der deutschen PEN-Club im Exil 1933–1948“, Frankfurt am Main 1981; Sylvia Asmus, Rudolf Olden: Journalist gegen Hitler, Anwalt der Republik; eine Ausstellung des Deutschen Exilarchivs 1933–1945 der Deutschen Nationalbibliothek Frankfurt am Main, 26. März – 28. Juli 2010, Leipzig [u. a.] 2010.

62 Panholzer, Josef, Dr. jur. (München 1926; *Entziehung* 1941) ~ 21. 3. 1895 Weilheim – 29. 3. 1973 München; kath.

Nach dem Ersten Weltkrieg Mitglied des Friedensbundes deutscher Katholiken ~ Rechtsanwalt (München) ~ 1931 Generalbevollmächtigter der Benediktinerabtei Ettal (Obb.) ~ Mitglied der BVP ~ 1937 Berufsverbot und 3 Monate *Schutzhaft* (Dachau) ~ 1939 Emigration (Schweiz, weiter nach Frankreich) ~ in Paris an den

Plänen zur Gründung eines „Bureau de études et de documentation sur le fédéralisme allemand“ unter Leitung des bereits im August 1941 ausgebürgerten Karl Oskar Freiherr von Soden beteiligt ~ im Krieg Flucht in den unbesetzten Teil Frankreichs ~ Verbindung zur Résistance ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ nach Kriegsende „in französischer Uniform“ (Kock) Rückkehr nach München ~ seit 1946 wieder als Rechtsanwalt (München) zugelassen ~ 1954–1957 Staatssekretär im Finanzministerium des Freistaates Bayern ~ bei der Aushandlung der Vereinbarung zwischen dem Comité International de Dachau und dem Freistaat Bayern über die Gedenkstätten-gründung agierte der Vertreter des CID in Bayern, Otto Kohlhofer, „in Abstimmung mit dem früheren Staatssekretär“ ~ 1958–1966 M.d.L. (Bayern), 1959–1963 Vorsitzender der Bayernpartei, seit 1963 deren Fraktionsvorsitzender im Landtag ~ 1967 Übertritt zur Bayerischen Staatspartei ~ Präsidiumsmitglied des Internationalen Dachau-Komitees, München.

A 1. 3. 1940: Gestapo München (Dr. Isselhorst) an RSHA:

Der ledige Rechtsanwalt Josef Panholzer [München, Bavariaring 24/I; jetziger Aufenthalt: vermutlich Paris] ist deutscher Reichsangehöriger und gleich seinen Eltern und Großeltern deutschblütiger Abstammung. Er besuchte in Walchensee 4 Klassen Volksschule und vom Jahre 1905 bis 1914 das Gymnasium in Kloster Ettal. Anschließend studierte er an der Universität München Philosophie und Rechtswissenschaft. Während des Weltkrieges und zwar in den Jahren 1915/16 stand er an der Front, musste aber dann infolge Erkrankung zu einem Ersatztruppenteil in die Heimat entlassen werden. Nach dem Kriege vollendete er an der Universität München sein Studium [...]. Nach Beendigung seiner Studien ließ er sich in München als Rechtsanwalt nieder, wobei er sich hauptsächlich auch mit der Regelung der Rechtsangelegenheiten des Klosters Ettal befasste. Ende Juli 1939 ist er

nach der Schweiz geflüchtet und soll sich nunmehr in Paris aufhalten.

Panholzer war Mitglied der BVP, Vorsitzender des Friedensbundes deutscher Katholiken (pazifistische Organisation), Ortsgruppe München, Obmann der Marianischen Männerkongregation St. Paul in München und führendes Mitglied des aufgelösten und verbotenen Deutschen Marienritter-Ordens. Ausserdem spielte er beim Katholischen Gesellenverein eine führende Rolle.

Gelegentlich eines Besuches des Grafen Kinsky im Jahre 1937 auf Schloß Bürgstein bei Haida/Tschechoslowakei, dessen Besitzer der im Jahre 1933 emigrierte Graf Kaspar Preysing ist, hat sich Panholzer in das dort aufliegende Gästebuch wie folgt eingetragen: „Ich danke für mein Asyl, es war eine kurze Strafunterbrechung aus dem Kerker des Dritten Reiches“. Bei seiner am 24. 5. 1937 erfolgten Festnahme erklärte Panholzer, daß er wohl einen Eintrag in das Gästebuch des Grafen Preysing gemacht hat, wollte sich aber an den Text des Eintrages nicht erinnern. Schliesslich gab er jedoch die Möglichkeit zu, den Eintrag im geschilderten Sinne gemacht zu haben, entschuldigte sich aber gleichzeitig damit, daß dies durchaus nur scherzhaft gemeint gewesen sei. In den diesbezüglich eingeleiteten Ehrengerichtsverfahren der Rechtsanwaltskammer in München, das mit dem Ausschluss des Panholzer aus der Anwaltschaft endete, bestritt er allerdings, einen derartigen Eintrag gemacht zu haben. Die an den Ehrengerichtshof der Reichsanwaltskammer in Berlin gegen den Beschluß der Rechtsanwaltskammer in München eingelegte Berufung wurde am 20. 6. 38 verworfen.

Panholzer wurde wegen seines staatsfeindlichen Verhaltens im Ausland am 31. 8. 1937 in Schutzhaft genommen und für die Dauer von 3 Monaten im Kl. Dachau untergebracht.

Erwähnenswert zu dieser Angelegenheit ist noch, daß bei dem Grafen Preysing, der als ausgesprochener Gegner des neuen Deutschland bezeichnet wurde, der Emigrant Otto Strasser sehr oft zu Gast gewesen sei. Otto Strasser soll dort Sitzungen, bei denen auch militärische Belange besprochen worden seien,

abgehalten haben. Es ist daher nicht von der Hand zu weisen, daß auch Panholzer an derartigen Sitzungen bzw. Besprechungen teilgenommen hat.

Bezeichnend für die politische Einstellung des Panholzer ist auch ein Vorfall, der sich am 8. 12. 1930 im Zuge von Garmisch-Partenkirchen nach München abgespielt hat. Panholzer hat öffentlich gegen Deutschland und für Polen agitiert und ist für die Abtretung Danzigs und Ostpreussens an Polen eingetreten. Dabei bezeichnete er die Polen als ein[e] hochkultivierte wertvolle Nation, die von Deutschland andauernd in der unglaublichsten Weise bedroht werde.

Panholzer, ein fanatischer Anhänger der katholischen Kirche und ausgesprochener Gegner der NSDAP ist Ende Juli 1939 nach der Schweiz geflüchtet und soll sich angeblich in Paris aufhalten. Im Zuge der Auflösung der monarchistischen Organisation in Bayern wurde festgestellt, daß er mit dem früheren österreichischen Staatsangehörigen und jüdischen Schriftsteller Arthur Ernst Rutra, geb. 18. 9. 1892 in Lemberg, der in der vaterländischen Front und im Österreichischen Heimatdienst eine führende Rolle gespielt hat und der sich zur Zeit beim Reichssicherheitshauptamt in Berlin wegen Landesverrat in Schutzhaft befindet, in Verbindung stand. Er hat Rutra auch die Adresse des hier als ausgesprochenen Gegner der NSDAP bekannten Expositus Karl Frhr. v. Soden, geb. 6. 6. 1898 in München, der anfangs Juli 1939 ebenfalls nach der Schweiz geflüchtet ist, vermittelt. Bemerkenswert ist noch die Tatsache, daß Rutra [sic] mit einem führenden Mitglied der monarchistischen Organisation in Bayern in Verbindung gestanden ist.

Wenn auch bisher keine Tatsachen bekannt geworden sind, daß sich Panholzer im Ausland zum Nachteil des Deutschen Reiches betätigt, so ist im Hinblick auf seine politische Einstellung nicht von der Hand zu weisen, daß er sich im Ausland mit Gleichgesinnten zusammengeschlossen hat, um sich staatsfeindlich gegen das Dritte Reich zu betätigen, oder daß er sich in den Dienst der Behörden des feindlichen Auslandes gestellt hat.

Panholzer besitzt folgendes Inlandsvermögen:

1. Anwesen in Kochel-Walchensee Einheitswert RM 8.500,-

2. Depot bei der Bayer. Vereinsbank in München, von unbekannter Höhe.

3. Eine Wohnungseinrichtung, die bereits am 8. 11. 1939 von der Staatspolizeileitstelle München sichergestellt wurde.

Nach Sachlage dürften die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit gegeben sein. Es wird daher gebeten, [...] die Ausbürgerung des Panholzer zu beantragen.

■ 29.8./9.9.1941: RFSS (Engelmann: *Panholzer war Leiter einer illegalen Emigrantenorganisation in Paris, die sich aus Kommunisten, Anhängern von Trotzki, den Königstreuen, Christlich-Sozialen, Sozialdemokraten, Radikalsozialisten und Bayer. Wacht zusammensetzte. Nach den angestellten Ermittlungen hält sich P. jetzt nicht mehr in Paris auf, sein jetziger Aufenthalt ist unbekannt. Eine Rücküberführung nach Deutschland kommt nicht in Betracht.*)/AA ~ 8./11. 11. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99928; Hepp, Liste 261 (13); zu Soden: PA/AA, R 99918; Hepp, Liste 247 (158) ~ D Die schuldhafte Herbeiführung des Versicherungsfalles nach dem Rechte der Schadensversicherung, München 1926; Harrecker, 2007, S. 335 f. ~ B BayHStA; Nachl. ~ Heinrich, 1979, S. 146 f.; Peter J[akob] Kock, München – Paris – München. Eine bayerische Exilantenmission, in: Maximilaneum 7 (1995) 19; M.d.B, 2000, S. 307/4245; NDB 20, 2001, S. 30 (P. J. Kock); Gabriele Hammermann, „Dachau muß in Zukunft das Mahnmal des deutschen Gewissens werden“. Zum Umgang mit der Geschichte der frühen politischen Häftlinge, in: Die Linke im Visier, 2014, S. 229–258, 246; www.bayern.landtag.de/abgeordnete/abgeordnete-von-a-z/profil ~ Der österreichische Publizist A. E. Rutra – nach dem „Anschluss“ Österreichs 1938 im KZ Dachau und 1941 vom VGH zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt – wurde ab Wien am 5. 10. 1942 in die Tötungsstätte Maly Trostinez bei Minsk deportiert; ÖBL, 9, 1988, S. 339 (I. Egger): www.biografien.ac.at/oebl_9/339.pdf (10. 6. 2019); Gedenkbuch Judenverfolgung.

63 Pardo, Herbert, Dr. jur. (Rostock 1909) ~ 20. 8. 1887 Hamburg – 8. 2. 1974 Haifa; ♂ 1912 Ruth Boulaender (* 1893 Beuthen, O/S).

Seit 1912 Rechtsanwalt (Hamburg) in Sozietät mit Dr. Manfred Heckscher (* 1886 Hamburg, von 1911 bis zum Berufsverbot 1938 als Anwalt tätig; am 1. 12. 1938 wegen *Rassenschande* zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt und am 10. 12. 1942 aus der Haft nach Auschwitz deportiert; die bei der Eheschließung zum Judentum konvertierte Ehefrau nahm sich am 4. 6. 1943 das Leben) ~ 1918/19 Arbeiter- und Soldatenrat, 1921 bis 1931 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD) ~ Zionist ~ 1933 Emigration (Haifa/Palästina) ~ 1934 Zulassung entzogen ~ Einbuße des ausgeführten Vermögens durch Beteiligung an der Gründung einer nicht erfolgreichen Stahlmöbelfabrik und Verchromungsanstalt in Haifa ~ bis 1944 Geschäftsführer der Jewish Industrial Association (Haifa) ~ 27. 1. 1939 Antrag „auf Erteilung eines einmonatigen Einreisesichtvermerks zu Geschäftszwecken“ ~ Sept. 1947 Rückkehr nach Hamburg ~ Wiedenzulassung als Rechtsanwalt ~ Vorstandsmitglied und Justitiar der Jüdischen Gemeinde Hamburg ~ veröffentlichte zusammen mit Siegfried Schiffner „Der Prozess Petersen vor dem Schwurgericht in Hamburg. Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ (1948) und „Jud Süß. Historisches und juristisches Material zum Fall Veit Harlan“ (1949) ~ 1971 Zulassung aufgegeben.

A 9. 1. 1939: Gestapo Hamburg (Eichmann) an Gestapa:

Der jüdische Rechtsanwalt Dr. Pardo [Hamburg, Rothenbaumchaussee 26 IV, jetziger Aufenthalt: Palästina, Haifa] ist der Sohn des Fabrikanten Isaac Pardo [...] und seiner Ehefrau Sophie geb. Fränckel [...]. Der Vater ist im Jahre 1938, die Mutter 1931 in Hamburg verstorben. Beide Elternteile waren deutsche Staatsangehörige und Juden.

Dr. Pardo ist deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung. Er ist Jude und gehört der mosaischen Religionsgemeinschaft an. Im Jahre 1912 heiratete er in Hamburg Ruth geb. Boulaender [...]. Aus dieser Ehe sind 3 Kinder hervorgegangen. [...]

Dr. Pardo war bis zur Machtübernahme in Hamburg als Rechtsanwalt tätig und vorwiegend von Ostjuden als Vertreter beehrt. Ausserdem war er Rechtsanwalt für den Landesverband der Polizeibeamten für Groß-Hamburg e. V.

In krimineller Hinsicht ist er weder vor noch nach der nationalsozialistischen Erhebung in Erscheinung getreten. In politischer Hinsicht sind hier folgende Vorgänge erwachsen:

1.) 4506/26/E – Angriffe Dr. Pardos während der Bürgerschaftssitzung auf die Polizei. Vorgang ist nicht auffindbar.

2.) II A 2 – 2204/37 – Dr. Pardo war im Gauvorstand des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“, Gau Hamburg – Bremen – Nordhannover, Kreis Hamburg.

Außerdem war er bis zur Machtübernahme Fraktionsmitglied der SPD in der Hamburger Bürgerschaft.

Verurteilungen sind gegen Pardo nicht ausgesprochen, Strafverfahren nicht anhängig. Suchvermerke bestehen nicht. Schulden hat er hier nicht hinterlassen. Nach den getroffenen Feststellungen besitzt Dr. Pardo lt. Vermögenserklärung vom 1. 1. 35 in Deutschland 3 Grundstücksanteile und ca. RM 16.000,- Hypothekenforderungen.

Die Ehefrau [...] ist deutsche Staatsangehörige und gehört der mosaischen Religionsgemeinschaft an. In krimineller und politischer Hinsicht ist sie weder vor noch nach der nationalsozialistischen Erhebung in Erscheinung getreten. Verurteilungen sind gegen sie nicht ausgesprochen. Strafverfahren gegen sie sind hier nicht anhängig. Suchvermerke bestehen nicht. Schulden hat sie nicht hinterlassen. Daß sie Vermögen im Inlande hat, ist nach Mitteilung des Oberfinanzpräsidenten in Hamburg nicht anzunehmen.

Die beiden Kinder [...] sind hier weder in krimineller noch in staatspolizeilicher Hinsicht in Erscheinung getreten. Bestrafungen sind

nicht ausgesprochen und Verfahren nicht anhängig, Schulden und Vermögen nicht festgestellt.

Die Ehefrau und die beiden Kinder lebten bis zur Ausreise am 31. 8. 33 in häuslicher Gemeinschaft mit Dr. Pardo. Wenn ihnen auch eine parteipolitische Betätigung oder eine finanzielle Unterstützung der SPD nicht nachgewiesen werden kann, so waren sie doch durch das Zusammenwohnen mit der parteipolitischen Betätigung des Pardo einverstanden.

Der älteste Sohn des Pardo, der kfm. Angestellte Ernst Benjamin Pardo, geb. 9. 8. 14 in Hamburg, wohnte bis zum 26. 1. 36 in Hamburg und gelangte nach Berlin [...] zur Abmeldung. Von Berlin aus ist er am 1. 9. 36 nach Palästina ausgewandert, es ist anzunehmen, daß er sich dort seiner Familie angeschlossen hat. In krimineller und politischer Hinsicht ist er weder vor noch nach der Machtergreifung in Erscheinung getreten.

Es wird gebeten, Pardo auf Grund § 2 des Gesetzes [...] vom 14. 7. 1933 [...] zur Ausbürgerung vorzuschlagen und die Ausbürgerung auch auf die Ehefrau und die Kinder erstrecken zu lassen.

Das Ausbürgerungsverfahren wurde eingestellt, nachdem das DK Haifa am 7. 3. 1939 mitgeteilt hatte, dass Pardo mit seiner Ehefrau und seiner Tochter bereits am 28. 10. 1938 die palästinische Staatsbürgerschaft erworben habe; gegen eine selbständige Ausbürgerung der [volljährigen] Söhne erhob das Konsulat keine Bedenken; sie liess sich nach einer Mitteilung des RFSS v. 3. 5. 1939 aber nicht durchführen, da Nachteiliges über sie nicht bekannt ist; bekannt war aber auch, dass sie kein inländisches Vermögen besaßen.

Q PA/AA, R 100016 ~ B BHdE I, S. 549 f.; Morisse, ²2013, S. 161 f. u. S. 143 (M. Heckscher).

64 Pfeiffenberger, Ernst Otto, Dr. jur. (Heidelberg 1918; Entziehung 1942) ~ 3. 7. 1878 Mannheim – April 1950 New York, USA ; ♂ Anna Lydia Adler (* 1879 Ludwigshafen).

Rechtsanwalt (Mannheim) ~ veröff. zus. mit Anton Erdel „Das Bürgerliche Recht“ (1928) ~ nach 1933 Emigration (USA) ~ *Ausbürgerung* 1942 ~ Professor der Rechte an der Columbia University, New York.

A 7. 11. 1941: Gestapo Karlsruhe (Dr. Faber) an RSHA:

► [Rechtsanwalt] Pfeiffenberger [Mannheim, Am oberen Luisenpark 21; Abwanderung: November 1938; jetziger Aufenthalt: New York (USA); Rassezugehörigkeit: Deutschblütig] gehörte der SPD an und war Vorstandsmitglied des sozialdemokratischen Intellektuellenbundes. Im Jahre 1918 betätigte er sich im Arbeiter- und Soldatenrat. Ausserdem war er Bezieher der sozialdemokratischen Monatschrift „Die Gesellschaft“, Internationale Revue für Sozialismus und Politik, die vom Parteivorstand der SPD (Organisationsbüro) herausgegeben worden war. Die Eheleute Pfeiffenberger haben die Antifa und das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ weitgehend finanziell unterstützt. Die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit sind damit gegeben. Vorstrafen: Keine.

Inländische Vermögenswerte: Bei der Badischen Bank in Mannheim ein Guthaben in Höhe von 1.931,- RM, bei der Deutschen Bank – Filiale Mannheim – ein Guthaben v. insgesamt 4.138,62 RM und ein Wertpapierdepot mit etwa 58.000,- RM.

Ausserdem lagern mit Genehmigung der Zollfahndungstelle in einer Garage in Weinheim a. d. B. 2 Lifts Umzugsgut – Gesamtgewicht und Wert unbekannt.

Sicherstellungen sind erfolgt. Weiterhin verfügte die Ehefrau über eine Immobilie in Mannheim und weitere Guthaben: Sicherstellungen sind erfolgt.

■ 9. 12. 1941: RFSS (Engelmann) an AA: Anbei übersende ich zwei Durchschriften eines Ausbürgerungsantrages, der heute der Abteilung I des Reichsministerium des Innern zugeleitet worden ist.

Eine Erstreckung der Ausbürgerung auf die Ehefrau des Pfeiffenberger, die Jüdin [...],

erübrigt sich im Hinblick auf die bereits erfolgte gesetzliche Neuregelung (11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz), nach der alle im Ausland lebenden Juden deutscher Staatsangehörigkeit diese verloren haben. Am

21. Dez. übersandte das AA (Dr. Herbert Müller) eine Durchschrift mit dem Zustimmungsvermerk an das RMdI mit dem Hinweis, dass die A.O. der NSDAP ein Doppel erhalten habe. ~ 20./24. 3. 1942: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99931; Hepp, Liste 267 (6; 7; K: Wolfgang Pfeiffenberger [* 1912 Mannheim, am 23. 1. 1936 nach USA ausgewandert und als Mischling I. Grades mit ausgebürgert – Beruf: unbekannt] war 1935 noch in Heidelberg zum Dr. jur. promoviert worden) ~ D O. Pfeiffenberger: nicht ermittelt; W. Pfeiffenberger, Abstimmungsvereinbarung im Aktienrecht, Bruchsal i. Baden 1934; Moritz, 2001, S. 559 (nur E. O. Pfeiffenberger) ~ B Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 233; Borgstedt, 2012, S. 312/Anm. 570.

65 Prager, Julius, Dr. jur. (Erlangen), Justizrat (1921) ~ 29. 4. 1872 Fürth – 18. 12. 1935 Prag; ⚭ Jeannette Berlin (* 1877 Fürth); S: → Konrad Wilhelm.

Seit 1899 Rechtsanwalt (Fürth) ~ 1920–1933 Vorstandsmitglied der RAK Nürnberg und des DAV, 1. Vorsitzender des Nürnberger Anwaltvereins ~ 1933 vergebliche Bemühungen, durch eigenen Zulasungsverzicht das Berufsverbot des Sohnes rückgängig zu machen ~ eines Devisenvergehens verdächtigt ~ daraufhin mit der Familie „unter Preisgabe der Wohnung“ (Polizeiamt Fürth) Flucht in die Tschechoslowakei ~ 1939 *Ausbürgerung* der Ehefrau.

A 29. 4. 1939: Staatspolizeistelle Nürnberg (Dr. Martin) an Gestapo:

Betrifft: Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit der Jüdin Jeannette Prager, geb. Berlin. [...], Fürth i. B., Adolf-Hitlerstrasse 54, jetziger Aufenthalt: Haarden (Holland), Beethovenlaan 7; Vorgang: Erlass [...] vom 30. 3. 1937 [...].

Ich schlage vor, die Jüdin [...] gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. 7. 1933 [...] der deutschen Reichsangehörigkeit für verlustig zu erklären.

Jeannette Prager ist die Tochter der jüdischen Eheleute Louis und Emilie Berlin, letztere geb. Maas. Sie ist Rassejüdin. Bis 3. 4. 33 gehörte sie der israelitischen Religion an, und trat dann zur evangelischen Religionsgemeinschaft über.

Jeannette Prager war mit dem Justizrat Dr. Julius Prager [...] verheiratet. Julius Prager hat am 18. 12. 35 Selbstmord verübt. Aus der Ehe sind 3 Kinder hervorgegangen, die jedoch bereits volljährig und verheiratet sind. Die Familie Prager war seit Jahren in Fürth wohnhaft. Julius Prager hatte sich eines Devisenvergehens schuldig gemacht. Aus Furcht vor Strafe flüchtete er am 1. 11. 35 mit seiner Ehefrau, der Tochter und einem Sohn, aus Fürth. Die Genannten überschritten dann am 3. 11. 35 ohne Pässe die frühere deutsch-tschechoslowakische Grenze. Es muss mit Bestimmtheit angenommen werden, dass die Ehefrau Jeannette Prager von den Machenschaften ihres Mannes wusste, und sie billigte. Am 18. 12. 35 richtete sich Julius Prager selbst; er entlebte sich, um andere nicht in eine unangenehme Lage zu bringen. Julius Prager war auch seit 1907 Mitglied der Johannisloge „Zur Wahrheit und Freundschaft“ in Fürth im Meistergrad.

Jeannette Prager wurde am 16. 1. 1936 durch das Amtsgericht Fürth wegen Vergehens gegen die Passvorschriften zu 1000,- RM oder 20 Tg. Gefgs., [Gefängnis] verurteilt.

Die Jüdin Jeannette Prager zeigte ein typisch jüdisches Verhalten. Sie achtete nicht die deutschen Gesetze und hat der deutschen Volkswirtschaft Schaden zugefügt.

Aus diesem Grunde erscheint die Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit geboten und gerechtfertigt.

Nach Mitteilung der Devisenstelle Nürnberg besteht für Jeannette Prager bei der Bayerischen Staatsbank Fürth ein Auswanderer-Sperrguthaben in Höhe von 278,75 RM.

■ 20. 6./11. 7. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag am 29 Juni aus außenpolitischen Gründen keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 31. 7./3. 8. 1939: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99805; Hepp, Liste 128 (93) ~ B Weber, 2006, S. 289 ~ Peter Frank, Ausgrenzung, Entrechtung und Verfolgung der jüdischen Fürther Bürger in der Zeit des Nationalsozialismus ab 1933: Fürther Geschichtsblätter 3/2012, S. 79–92, 83: ohne Nachweis der Ausbürgerung (www.geschichtsverein-fuerth.de) und www.rijo.homepage.de.

66 Rheinstrom, Heinrich (Henry), Dr. jur. et rer. pol. (Würzburg 1906; Entziehung 1937) ~ * 15. 4. 1884 Kaiserslautern – 30. 12. 1960 New York; ∞ Klara Niedermeier (* 1891 München).

Seit 1910 Rechtsanwalt (München) ~ 1920–1933 Honorarprofessor an der TH München ~ Mitglied der Soncino-Gesellschaft ~ kehrte nach Plünderung seines Hauses durch SA im März 1933 von einer Auslandsreise nicht nach München zurück ~ Emigration (Paris, London) ~ wegen Begünstigung Ausschreibung im Deutschen Steckbriefregister (Nr. 257 v. 1. 8. 1933, S. 116) ~ 5. 12. 1933 Berufsverbot („Verzicht“) ~ Mitglied der Union Franco-Allemand ~ 1937 Ausbürgerung ~ vor Kriegsausbruch 1939 Weiterwanderung in die USA.

A Am 2. 8. 1934 übersandte der Reichsgeschäftsführer des BNSDJ (Berlin) dem AA ein Rundschreiben der Rechtsanwälte Dr. H. Rheinstrom, Dr. Alfred Werner, Dr. Alexander Mann, worin diese anzeigen, dass sie sich als deutsche Anwälte in London/Paris niedergelassen haben.

Es wird bei uns Klage darüber geführt, dass es sich bei diesen Anwälten, insbesondere bei Dr. Alfred → Werner, um jüdische Emigranten handelt.

Sie wollen bitte feststellen, ob diese Angabe zutreffend ist und gegebenenfalls, falls es zweckmässig und möglich erscheint, gegen die Anwälte vorgehen.

Bereits am 13. März hatte die Bayerische Politische Polizei, die einen Agenten zu Nachforschungen nach Paris entsandt hatte, die DB Paris um Auskunft über Rheinstrom und Werner ersucht; in seiner Antwort vom 7. April teilte Carl von Campe, Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der Botschaft, mit, dass sich *keine Anhaltspunkte für eine dem deutschen Interesse abträgliche politische Betätigung der Genannten* habe feststellen lassen. *Beide Herren – v. Campe gelegentlich konsularischer Amtshandlungen bekannt – hatten bei dieser Gelegenheit einen sachlichen und ruhigen Eindruck gemacht.* Am 17. Aug. informierte Campe das Amt dahingehend, dass *auch in der Zwischenzeit [...] sich hier keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben haben, dass einer der Genannten einer den deutschen Interessen abträglichen politischen Betätigung in Paris obgelegen hätte*; weiterhin könne nicht bestätigt werden, dass es sich bei den Genannten um jüdische Emigranten handelt [...], weil die Botschaft mit keinem der Genannten in irgendwelchen Beziehungen steht. [...] Lediglich durch ein in Abschrift hierher übersandtes Schreiben der Deutschen Botschaft in London vom 27. März ist bekannt geworden, dass Professor Rheinstrom auf der Botschaft in London die Versicherung abgegeben hat, dass sein Entschluss, im Ausland tätig zu sein, ihm im Laufe der Dinge in Deutschland aufgezwungen worden sei, um ihm eine Betätigungsmöglichkeit zu geben; in diesem Sinne unterrichtete das Amt am 28. Aug. den BNSDJ. Wie aus einer erneuten Anfrage der Bayerischen Politischen Polizei über das Auswärtige Amt an die Deutsche Botschaft in Paris [und London] vom 14. Sept. ersichtlich, wurde von dort die Ausbürgerung Rheinstroms betrieben und am 22. 7. 1935 vom Bayerischen Staatsministerium des Innern beantragt; aber erst ein Jahr später trat das Gestapa (Müller) dem Vorschlag bei und beantragte am 17. 8. 1936 förmlich die Ausbürgerung des Emigranten:

Die hiesigen Ermittlungen haben ergeben, daß Rheinstrom sich als Lektor an der „Freien

Deutschen Hochschule in Paris“ betätigt, die als Emigrantengründung ausgesprochen deutschfeindliche Tendenzen vertritt. Die Veranstaltungen der „Freien Deutschen Hochschule“ werden von Fall zu Fall im „Pariser Tageblatt“ angekündigt. Danach hat Rheinstrom über die Grundzüge des französischen Steuerrechts und Gegenwartsfragen des französischen Gesellschaftsrechts referiert.

In der Anlage füge ich Fotokopie einer solchen Ankündigung im „Pariser Tageblatt“ bei.

Dem Vorschlag des Bayerischen Staatsministeriums, Professor Rheinstrom der deutschen Reichsangehörigkeit verlustig zu erklären, trete ich bei, da Rheinstrom allein schon durch seine Tätigkeit an der „Freien Deutschen Hochschule“ gegen seine Treuepflicht gegenüber Volk und Staat verstossen hat.

Bezüglich der Angehörigen des Rheinstrom teile ich mit, daß die Ehefrau [...], jüdischer Rasse, und die Tochter [...] den Aufenthalt Rheinstroms in Paris teilen. Es ist deshalb anzunehmen, daß sie sein deutschfeindliches Verhalten billigen.

Ich schlage vor, das gegen Rheinstrom schwebende Ausbürgerungsverfahren auch auf die Ehefrau und die aus der Ehe hervorgegangene Tochter Ruth Lola auszudehnen.

■ 14. 9./7. 11. 1936: RuPrMdi/AA (nachdem die Konsulatsabt. der DB Paris, Bräutigam, am 9. Okt. berichtet hatte: Professor Heinrich Rheinstrom hat seit kurzem die Zurückhaltung, die er sich bisher auferlegt hatte, aufgegeben und ist verschiedentlich in Organisationen der hiesigen deutschen Emigration hervorgetreten. Er gehört unter anderem zu dem Lehrkörper der hiesigen „Freien Deutschen Hochschule“.

Gegen seine Ausbürgerung bestehen seitens der Botschaft keine Bedenken [...]

Das Aktenheft des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern habe ich weisungsgemäß der Deutschen Botschaft in London übermittelt; am 17. Okt. hatte auch die DB London keine Bedenken geltend gemacht.) ~ 12./14. 4. 1937: RuPrMdi/DRA.

Q PA/AA, R 100020 (Union Franco-Allemand) u. R 99658; Hepp, Liste 11 (24; 67 f.: Ehefrau

u. T) ~ D Die Kanäle von Suez und Panama. Eine völkerrechtliche Studie, Borna-Leipzig 1906; Rupp, 2011, S. 199 f. ~ E Die 1943 (BHdE: irrüml. 1939) in Montreal veröffentlichte Arbeit „L'influence du régime national-socialiste sur le droit privé allemand“ hat Jan Gehlsen ins Deutsche übersetzt (Berlin 2015); die Anregung verdankte R. angeblich seinem „verehrten Anwaltskollegen Maître Pierre Masse, Senator von Frankreich, der von den Nazis 1942 ermordet wurde“; die Autorschaft an der P. Masse gewidmeten Studie hat Konrad Martin Wolff (1907–1989; BHdE II, 2, 1983, S. 1261), Sohn des bekannten Rechtslehrers Martin Wolff in Berlin, später für sich beansprucht; einer Notiz aus dem Jahre 1983 zufolge hatte er den Text im Auftrag von P. Masse erarbeitet, „ungefähr 1938“ fertiggestellt und unter Zurückhaltung einer Kopie des Manuskripts abgeliefert; in einer in New York verfassten Notiz v. 7. 5. 1983 schreibt K. Wolff: „[...] obwohl ich immer Musiker war und werden wollte, studierte ich Jura, sodass ich den Assessor und juristischen Doktor hinter mich brachte, bevor ich 1933 als 25-jähriger nach Paris auswanderte. Dort studierte ich Musik, arbeitete privat aber als Jurist fuer wissenschaftliche Zwecke, Uebersetzungen usw. [...] Ich nahm es [das Manuskript] nach New York [mit] und zeigte es meinem vaeterlichen Freunde Professor Rheinstrom (seinerzeit der bekannteste Anwalt in Muenchen). Er hatte berufliche Beziehungen in Montreal und wollte sich dort einen Namen machen, hatte aber keine Zeit, selbst etwas fuer Veroeffentlichung zu schreiben. So schlug ich ihm vor[,] mein Manuskript dazu zu benutzen. Inzwischen war Amerika in den Krieg getreten. Also bestand ein Interesse selbst hier. Andererseits war ich jetzt ganz Musiker und hatte kein Interesse mehr daran, meinen Namen mit dem Werk zu verbinden. Netterweise widmete Rheinstrom (der Masse wohl auch gekannt haben mag) seine Ausgabe des Buches dem Andenken von Pierre Masse. Ich habe das Buch weder damals noch seitdem gelesen. [...]“ (Faksimilie der Notiz: Rheinstrom, 2015, S. VII). Ein Exemplar des Buches mit einer Widmung Rheinstroms in der Bibliothek Martin Wolff, heute in der Universitätsbibliothek Saarbrücken, trägt zur Klärung der „komplizierten Entstehungsgeschichte“ (K. Wolff) offenbar nicht bei (mündliche Auskunft v. J. Gehlsen, 21. 1. 2015); Stolleis, Juristen, 1995, S. 658 (U[rich] Falk); EdRW I, 2012, S. 550–574 (M. Wolff) ~ B BHdE I, 1980, S. 601; Göppinger, ²1990, S. 311; Stiefel/Mecklenburg,

1991, S. 116 f.; Weber, 2006, S. 253; Schumacher, 2012, Abb. 7 (Exlibris).

67 Roetter (Roedelheimer, Namensänderung 1920), Friedrich, Dr. jur. (Jena 1912) ~ * 21. 3. 1888 Berlin – 24. 10. 1953 East Orange/New York; Ⓜ 1914 Adele (Amanda) Zimmer (* 1889 Oberglogau/Krs. Neustadt, Tochter des 1933 gest. Justizrats Karl Zimmer).

Seit 1921 Rechtsanwalt und seit 1926 Notar (Berlin) ~ gemeinsames Büro mit den Rechtsanwälten Dr. Kurt von Wülfing und Hammer ~ 1933 neben dem Wahlverteidiger Dr. Kurt Rosenfeld Officialverteidiger Ernst Thälmanns vor dem 2. Strafsenat des Volksgerichtshofes ~ wegen des Verdachts, von der Anklageschrift eine Abschrift an sich genommen zu haben, vom 29. März bis Juni 1935 in Gestapo-Haft ~ Juni 1935 in Schweden (Vorträge) ~ nach Ehrengerichtsverfahren der Rechtsanwaltskammer zu Berlin am 29. 10. 1935 Zulassung auf Antrag gelöscht ~ 9. 11. 1935 Dienststrafverfahren eingestellt „infolge Löschung auf Kosten der Reichskasse“ ~ Ende 1935 Emigration (Frankreich) ~ politisch-publizistische Aktivitäten, u. a. 30. 11./ 1. 12. 1935 Teilnahme an der Internationalen Juristenkonferenz für das nationalsozialistische Recht in Paris ~ Deutsches Kriminalpolizeiblatt (Nr. 2404 v. 10. 3. 1936): *Steuersteckbrief* (wegen Reichsfluchtsteuerschuld in Höhe von 17.500,- RM) ~ 1937 *Ausbürgerung* – zusammen mit u. a. den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Arthur Crispin, Hugo Gräf, Hugo → Sinzheimer und Walter Ulbricht, dem früheren preußischen Landtagsabgeordneten Gustav Sobotka, dem letzten preußischen Finanzminister der Regierung Otto Braun, Otto → Klepper, sowie H. → Rheinstrom ~ seit 1939 in USA (New York) ~ veröff. „Might is Right“, darin u. a. „The Thaelmann Case“ ~ nach Bekanntwerden des Buches im März 1940 *Verbot der Verbreitung sämtlicher Schriften von Friedrich Roetter* durch den RFSS ~ 1940 verzichtete

der Exil-Verlag Bermann Fischer (Stockholm) auf eine Herausgabe des Buches und sandte das Manuskript „Friedrich Roetter, Der Konservative Verteidiger“ als „Geschäftspapiere“ zurück an das „Literarische Korrespondenzbureau“ des früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Heinrich Ritzel (Basel) ~ 1940–1942 Radiokommentator ~ 1942–1945 Mitarbeiter des Office for Strategic Services ~ seit 1947 Dozent an einem College.

A Nach Berichten der deutschen Auslandsvertretungen hatte Roetter vor dem schweizerischen Flüchtlingskomitee in unqualifizierbarer Form gegen das neue Deutschland gehetzt (DG Bern, 7. 5. 1936), in England zum Wiederaufleben der Thälmann-Propaganda beigetragen und geäußert, dass es seiner Überzeugung nach nie zu einer Verhandlung gegen Thälmann kommen könne, denn „die würde die fürchterlichen Zustände der Nazi-Rechtspflege enthüllen“ (DB London, 31. 3. 1936). Am 19. 6. 1936 berichtete die DB Paris über die politische Betätigung Roetters, der sich in Prag auf einer Veranstaltung der Union für Recht und Freiheit für die Freilassung des später hingerichteten, früheren KPD-Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft Etkar André ausgesprochen habe; er habe sich auch grundsätzlich bereit erklärt, in einem Wirtschaftsverfahren als Zeuge in der Botschaft zu erscheinen: Am 30. November und 1. Dezember 1935 hat er an der Internationalen Juristenkonferenz für das nationalsozialistische Recht in Paris teilgenommen und über den Thälmann-Prozess gesprochen [...]. Die deutsche Emigrantenzeitung „Pariser Tageblatt“ vom 3. Dezember 1935 veröffentlichte ein Interview der Agentur Inpress „Mit dem Thälmann-Verteidiger“ [...]. Roetter erklärte in dem Interview, er sei am 28. März 1935 durch Beamte der Gestapo verhaftet und in das Geheime Staatspolizeiamt Prinz Albrechtstrasse überführt worden. Er gibt zu, dass er nicht misshandelt worden ist. Ende Juni sei er entlassen worden, habe aber nicht mehr vor Gericht auftreten dürfen.

Er sei überwacht worden; seine Telefongespräche seien abgehört worden.“ Weiter berichtete die Botschaft anhand des „Pariser Tageblatts“ über einen Auftritt Roetters bei einem „Massenprotestmeeting“ in der Salle Wagram gegen die Verfolgung der Christen und Juden in Deutschland und eine Kundgebung Roetters zum 50. Geburtstag von Ernst Thälmann.

Die Ausbürgerung beantragte das Gestapa (Müller) am 9. 11. 1936 beim RuPrMdl:

Der frühere Rechtsanwalt und Notar [...] ist durch die Übernahme der Verteidigung Thälmanns bekannt geworden. Roetter ist evangelisch, soll jedoch nach vertraulichen Mitteilungen jüdischer Abstammung sein. Eine einwandfreie Klärung seiner Abstammung war jedoch nicht möglich.

Roetter besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Sein letzter deutscher Wohnsitz war Berlin. Von hier hat er gegen Ende des Jahres 1935 mit seiner Familie das Reichsgebiet verlassen und hält sich z. Zt. in Paris, Hotel Madiso[n], Boulevard, St. Germain 143, auf.

Im Herbst 1934 wurde Roetter durch Thälmann zum Verteidiger bestellt. Da er mit dem in Paris bestehenden Thälmann-Komitee in Verbindung trat, wurde er am 29. März 1935 für kurze Zeit in Haft genommen.

Am 26. 4. 1935 wurde er durch den Spruch des Ehrengerichts der Anwaltskammer Berlin aus der Anwaltschaft ausgeschlossen.

Im September 1935 nahm Roetter in Paris an einer internationalen Konferenz über nationalsozialistisches Recht teil, die von der Liga für Menschenrecht [sic] veranstaltet wurde. Roetter war laut „Vorwärts“ – Zentralorgan der KP. in der Schweiz – Hauptredner der im Dezember 1935 in Marseille stattgefundenen Kundgebung für die Befreiung Ernst Thälmanns. Auf einer am 10. 1. 1936 in Antwerpen stattgefundenen Protestkundgebung der IAH. sprach er gegen die Verfolgung der Juden und Marxisten in Deutschland. Roetter ist ferner Mitarbeiter der im Januar 1936 vom Verlag „Editions Universelles 55, Rue de Rivoli, Paris“ herausgegebenen marxistischen deutschfeindlichen Zeitschrift

„Einheit für Hilfe und Verteidigung“. In dieser Zeitschrift ist von Dr. Roetter ein Artikel erschienen, betitelt „Als Verteidiger Thälmanns“.

Durch sein im Vorstehenden und in den beigefügten Anlagen näher gekennzeichnetes Verhalten gegenüber dem neuen Deutschland hat Roetter zur Genüge bewiesen, dass er nicht würdig ist, weiterhin deutscher Reichsangehöriger zu sein. Dr. Roetter ist als gefährlicher Gegner des nationalsozialistischen Deutschland anzusehen.

Ich bitte deshalb, ihm die Reichsangehörigkeit gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 abzuerkennen und gleichzeitig die Vermögens-einziehung auszusprechen.

Roetter ist verheiratet mit Amanda Grimmer [sic], geboren am 25. 3. 1889 in Oberglogau. Aus der Ehe sind drei minderjährige Kinder [...], sämtlich evangelischer Religion, hervorgegangen. Die Ehefrau und die Kinder haben gemeinsam mit Roetter das Reichsgebiet verlassen. Ihr jetziger Aufenthalt konnte nicht ermittelt werden. Es ist jedoch anzunehmen, dass sie den Wohnsitz des Roetter teilen, sodass die Annahme begründet ist, dass die Ehefrau Roetter das deutschfeindliche Verhalten ihres Ehemannes kennt und billigt.

Ich bitte daher, die Ausbürgerung auch auf die Familienangehörigen des Roetter zu erstrecken.

2. 12. 1936: RMdJ (Dr. Nadler) an RuPrMdI, abschriftlich an AA: Der frühere Rechtsanwalt und Notar Dr. Friedrich Roetter wurde am 21. März 1888 im Bezirk des Standesamtes II zu Berlin als Sohn des Kaufmanns und Inhabers einer Rosshaar-Spinnerei Roedelheimer geboren; er gehörte bis zum 10. August 1919 dem jüdischen Glauben an. Seine Ehefrau ist eine geborene Zimmer (nicht Grimmer); die Eheschließung hat am 18. August 1914 stattgefunden. Durch Erlaß des Preussischen Justizministers vom 17. Mai 1920 – III 1269 – wurde der damalige Referendar Dr. Roedelheimer ermächtigt, künftig den Familiennamen Roetter zu führen. Diese Änderung erstreckte sich auf seine Ehefrau und

seine Abkömmlinge, die seinen bisherigen Namen trugen.

In Nr. 6 des Reichsbesoldungsblattes 1936 ist auf Seite 24 bekanntgemacht, daß gegen Roetter und seine Ehefrau ein Steuersteckbrief erlassen ist.

Nach einem dem Auswärtigen Amt am 19. 6. 1936 erstatteten Bericht der Deutschen Botschaft Paris – A 2422 – wohnte auch die Ehefrau Roetter bis in die letzte Zeit in Paris [...].

Nach einem in der Ausbürgerungsakte Max Braun überlieferten Bericht der DB Paris, gez. Kühn, vom 25. 11. 1936 hatten die Kundgebungen zu der Hinrichtung von Edgar [sic] André [...] inzwischen stark nachgelassen. Erwähnt wird neben einer Versammlung im Vélodrome d'Hiver, auf der die Witwe André's [Martha Berg-André], der sozial-radikale Abgeordnete [und Advokat Henri] Torrès, die Kommunisten [Benoit] Frachon und [Marcel] Cachin und einige andere Redner sprachen, weiterhin nur noch eine Veranstaltung der „Freien Deutschen Jugend“, bei der u. a. Max Braun und der frühere Rechtsanwalt Roetter sich als Redner hervortaten.

■ 29. 11./18. 12. 1936: RuPrMdI/AA (nachdem die DB Paris am 30. Nov. keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 12./14. 4. 1937: RuPrMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99658; Hepp, Liste 11 (25 [„Roetter (Roedelheimer)“]; 69–72: Ehefrau u. K) ~ D F. Rödelheimer, Zahlungen an den unvollmächtigten Vertreter nach römischem, gemeinem und heutigem bürgerlichen Rechte, Berlin 1912; Entziehung nicht dokumentiert ~ E Might is right, London 1939; The Impact of Nazi Law, in: Wisconsin Law Review 16 (1944/45), S. 516–562 ~ AdsD, NL Heinrich Ritzel, 1524–1527: „Friedrich Roetter, „Macht ist Recht. Erfahrungen eines Rechtsanwalts“, Manuskript ~ B BArch, R 3001/72529 ~ BHdE I, 1980, S. 609; Göppinger, ¹1990, S. 311; Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 81 f., 157, 209 („auch im Sinne der Nürnberger Gesetze“ nicht jüdisch); M.d.R., ¹1994 (E. Thälmann); AoRB, ²2007, S. 246.

68 Rosenbaum, Walter, Dr. jur. (Greifswald 1919; Entziehung) ~ * 10. 6. 1892 Stettin; ∞ 1926 (1939 gesch.) Margot Spier (* 1906 Barmen).

Rechtsanwalt und Notar (1937 Stettin, Splittstr. 2) ~ Emigration ~ 1940 Ausbürgerung.

A 23. 9. 1939: Gestapo Stettin (Seetzen) an Gestapa:

Aufgrund der vorbezeichneten Erlasse beantrage ich gegen den jüdischen Rechtsanwalt [...] die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit, Aberkennung seines akademischen Titels sowie Beschlagnahme seines im Inlande befindlichen Vermögens. Gleichzeitig beantrage ich die Erstreckung der Ausbürgerung auf seines Kinder [...].

Rosenbaum und seines Kinder besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit und gehören der jüdischen Religionsgemeinschaft sowie der jüdischen Rasse an. [...].

[Rosenbaum] wurde im November 1921 als Rechtsanwalt beim Amts- und Landgericht Stettin zugelassen und im Oktober 1929 zum Notar ernannt. Rosenbaum stand in dem Ruf, durch seine Beziehungen jeden Prozess, besonders aber sogenannte dunkle Angelegenheiten, bei den hiesigen Gerichten durchzubringen. Seine Klienten waren daher in der Hauptsache jüdische und arische Kaufleute, die durch dunkle Geschäfte (Schiebergeschäfte) bekannt waren. Fernerhin liessen sich auch mit Vorliebe kriminelle Elemente von diesem Juden vertreten. Rücksichtslos hat er sich dann für diese eingesetzt und durch sein skrupelloses Vorgehen verschiedene Kaufleute um ihr Vermögen gebracht.

Rosenbaum war im jüdischen Vereinsleben sehr rege. Er war Mitglied der jüdische[n] Bne Briss Loge „Allemania Nr. 348“, Stettin (U.O.B.B.). Als am 28. 3. 34 diese Loge laut Mitgliederbeschluss in eine „Vereinigung Bne Briss“ umgeändert wurde, blieb Rosenbaum bis zur Auflösung Mitglied dieser Organisation.

Ausserdem, gehörte er noch folgenden jüdischen Vereinigungen an:

1. Israelitischer Tennisklub e. V., Stettin. Hier bekleidete er das Amt des Vorsitzenden.

2. Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Ortsverband Stettin.

3. Jüdischer Kulturbund, Stettin.

4. Hilfsverein der Juden in Deutschland, Ortsverband Stettin.

6. Jüdischer Ruderklub „Viadrina“ e. V., Stettin.

7. Or t h -Verband.

Politisch gehörte Rosenbaum nach seinen eigenen Angaben der Demokratischen Partei an.

[...]

Nach Angaben der Mutter und der Schwester des Rosenbaum sind die Kinder dem Vater zugesprochen. Dieser ist auch für die Unterhaltung der Kinder verantwortlich. Die Ausbürgerung ist daher auf sie zu erstrecken. Der Sohn [...] ist am 15. 3. 39 nach England ausgewandert.

Soweit ermittelt werden konnte, ist die Tochter [...] mit der Mutter zusammen am 24. 7. 39 von Wuppertal nach Belgien ausgewandert.

Dr. Walter Rosenbaum hat Deutschland am 27. 8. 1939 verlassen, um nach Chile auszuwandern.

An inländischen Vermögenswerten besitzt Rosenbaum 92.185,- RM. Seine Mutter, welche noch hier in Stettin wohnt, besitzt ein Vermögen von 269.000,- RM. Hiervon hat Rosenbaum voraussichtlich einen grossen Teil im Erbgang zu erwarten. Die Sicherstellung des Vermögens wird von hier aus veranlasst.

■ 6./10. 11. 1939: RFSS/AA ~ 31. 1./ 2. 2. 1940: RMdI/DRA ~ Am 1. 3. 1940 übersandte der RMdI dem AA – unter Rückerbittung – eine Eingabe des mit Vermögensbeschlagnahme ausgebürgerten Juden Walter Rosenbaum in Santiago (Chile) vom 28. Januar 1940 mit der Bitte um Kenntnisnahme; weiter teilte Hering mit: *Ich beabsichtige nicht, etwas auf die Eingabe zu veranlassen und stelle ergebnis anheim, die zuständige Auslandsvertretung entsprechend zu verständigen. Die Ausbürgerung des Rosenbaum ist wegen seiner Zugehörigkeit zur jüdischen Bne Briss*

Loge „Allemania Nr. 348“ in Stettin (UOBB) und seiner sonstigen zahlreichen Mitgliedschaften in jüdischen Verbänden verfügt worden. Entsprechend unterrichtete das Amt die DB in Santiago de Chile; gleichzeitig sandte Schumburg die Eingabe an das RMdI mit der Bemerkung zurück: *In dieser Eingabe vom 28. 1. 40 schreibt Rosenbaum: „Mit einem Schreiben ohne Datum, bei mir eingegangen am 12. 12. 39, teilt mir mein Bevollmächtigter Devisenberater Max Busch in Stettin, Falkenwalderstr., mit, daß gegen mich ein Verfahren auf Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit eingeleitet sei.“ Ich darf anheimstellen, festzustellen, wie ein noch schwebendes Verfahren dem Juden Rosenbaum lange vor Bekanntmachung der Ausbürgerung bekannt gegeben werden konnte.*

Q PA/AA, R 99833; Hepp, Liste 155 (119; 120f.: K) ~ D Zeitpunkt der Schadensberechnung bei Forderungsverletzungen, Greifswald 1919 ~ B BArch, R 3001/72748.

69 Rosenberg, Nathan, Dr. jur. (Leipzig 1893; *Entziehung* 1940) ~ 9. 1. 1869 Essen – 20. 5. 1955 Essen; ⚭ Anna Langstadt (* 1881 Menden).

Seit 1897 Rechtsanwalt und später auch Notar (Essen) ~ 1933 als Notar entlassen ~ 1938 Berufsverbot ~ Emigration (Montevideo/Uruguay) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1954 Rückkehr und wieder als Anwalt zugelassen ~ Stolpersteine (Essen-Ruttsccheid, Moorenstr. 35; 2016; Angaben unvollständig und teils irreführend).

A 28. 2. 1940: Gestapo Düsseldorf (Dr. Finnberg) an RSHA:

Ich bitte, gegen den Juden und deutschen Staatsangehörigen [...], der [...] am 2. 12. 1936 mit seinen Familienangehörigen nach Uruguay ausgewandert ist, ein Verfahren gemäss § 2 des Gesetzes vom 14. 7. 1933 [...] einzuleiten.

Rosenberg [Essen, Moorenstr. 35] hat der „Glückauf-Loge“ in Essen, die als Tochterorganisation des „Unabhängigen Ordens Bne Brith“ durch Erlass [...] vom 10. 4. 1937 [...]

aufgelöst wurde, angehört. Ferner waren er sowie sein Sohn [...] Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft in Essen. Werner Israel Rosenberg soll ausserdem Bezieher der kommunistischen Funkschrift „Arbeitersender“ gewesen sein. Strafrechtlich sind sämtliche Familienangehörige nicht hervorgetreten. Über die Ehefrau und die Tochter [...] ist hier in politischer Hinsicht nichts bekannt. Steuerrückstände oder sonstige Schulden hat die Familie R. nicht hinterlassen. Vermögenswerte sind von ihr im Inlande nicht vorhanden.

Im Hinblick auf die frühere Zugehörigkeit des Juden Rosenberg zu der aufgelösten „Glückauf-Loge“ dürften die Voraussetzungen zur Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit gemäss Erlass [...] vom 30. 3. 1937 [...] erfüllt sein.

■ 18./31. 5. 1940: RFSS/AA ~ 22./26. 7. 1940: RMdI/DRA

Am 12. 12. 1940 legte Rosenberg (Montevideo) beim RMdI *Beschwerde* gegen die *Ausbürgerung* ein:

„Betrifft: Ausbuergerung des Justizrats Dr. Nathan Rosenberg frueher Essen a. d. Ruhr.

Von privater Seite erfahre ich, dass ich ausgebuegert bin. Die Bekanntmachung soll sich im Reichssteuerblatt Nr. 64/1940/S. 703 befinden. Aus der gleichen privaten Mitteilung muss ich entnehmen, dass mein Vermoegen beschlagnahmt ist. Ich erhebe nun hiermit gegen meine Ausbuergerung und die Beschlagnahme

B e s c h w e r d e

und bitte um Aufhebung des Beschlusses oder der Beschlusse,

Es liegt kein rechtlicher Grund fuer die Ausbuergerung und die Beschlagnahme vor. Ich bin legal ausgewandert und habe gegen keinerlei Bestimmungen verstossen. Eine Aufforderung, nach Deutschland zurueck-zukehren, habe ich nicht erhalten.

Ich behalte mir alle Rechte vor.

Sollte die angegangene Stelle fuer die Beschwerde nicht zustaendig sein, so bitte ich, letztere an die kompetente Stelle weiter zu leiten.“

Die Eingabe des früheren Justizrats Nathan Israel Rosenberg in Montevideo über- sandte das RMDI (Hering) am 8. 3. 1941 unter Rückerbittung an das AA zur gefälligen Kenntnisnahme und mit dem Bemerkten, daß ich nicht beabsichtige, etwas auf die Eingabe zu veranlassen. Rosenberg ist mit Bekanntmachung vom 22. 7. 1940 (Reichsanzeiger Nr. 173 vom 26. 7. 1940) unter Beschlagnahme des Vermögens aus- gebürgert worden. Das beschlagnahmte Ver- mögen der Eheleute Rosenberg ist mit Bekanntmachung vom 14. 10. 1940 (Reichs- anzeiger Nr. 245 vom 18. 10. 1940) als dem Reiche verfallen erklärt worden.

Ich stelle ergebenst anheim, die deutsche Auslandsvertretung entsprechend zu verständigen. Wie der abschließende Aktenver- merk zeigt, handelte das Amt entsprechend: 1.) In Abschrift nebst 1 Anlage der Deutschen Gesandtschaft – via Japan! – in Montevideo mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt. (Beifügen eine Abschrift des Eingangs und eine Fotokopie der Anlage des Eingangs). 2.) an RMDI (Auf das Schreiben vom 8. März 1941 – I Sta (Ausb.) ROSENBERG, Nathan –): In der Anlage wird die Eingabe des Juden Nathan Israel Rosenberg [...] nach Einsicht- nahme zurückgesandt. Die Deutsche Gesandtschaft in Montevideo ist entsprechend verständigt worden. 3.) Von der Anlage des Eingangs ist eine weitere Fotokopie für die Akten zu fertigen. 4.) Z. d. A. (Todenhöfer, 18. 3. 1941).

Q PA/AA, R 99872; Hepp, Li ste 194 (155; 156–158: Ehefrau u. K) ~ D Haftung des Schuldners für seine Gehilfen, 1893; Henne, 2007, S. 115 ~ B Schröter, 1980, S. 697; Schmalhausen, 2006, S. 92.

70 Rosenfeld, Kurt, Dr. jur. (Rostock 1900; Entziehung 1939) ~ * 1. 2. 1877 Marienwerder – 25. 9. 1943 New York; ♂ 1902 Alice Kristeller (1878–1948); B: Dr. jur. (Rostock 1899) Siegfried R. (1874–1947 London; 1904–1923 Rechtsanwalt in Berlin, 1932 als Ministerialdirigent im Preuß, Justizministerium in den einstweiligen Ruhestand versetzt, 1933 entlassen; auf

Antrag am 16. März wieder zur Anwalt- schaft zugelassen, im April 1933 gelöscht; 1919–1933 M.d.L./Preußen, SPD; 1938 emigriert, Verlust der deutschen Staats- angehörigkeit aufgrund der 11. VO z RBürgG v. 25. 11. 1941); T: Hilde → Kirchheimer.

Seit 1905 Rechtsanwalt (Berlin) ~ 1910–1920 Stadtverordneter, 1919/20 Md.L (Preußen), 1920–1933 M.d.R. (SPD) ~ 1917 Mitgründer der USPD ~ Nov. 1918–Jan. 1919 preuß. Justizminister ~ April 1933 Flucht aus Berlin nach Prag ~ Berufs- verbot ~ 1934 Steuersteckbrief und Ausbür- gerung, Beschlagnahme und Verwertung des eingelagerten Mobiliars ~ weitere Emigration (Frankreich, England, seit 1934 USA) ~ 31. 12. 1938 Verbot sämtlicher Schriften ~ Juni 1939 verzeichnet in der SD-Erfassung führender Männer der System- zeit (Marxisten – Komunisten) ~ 1939 ame- rikanischer Staatsbürger.

A Undatierte biographische Notiz; die Spationierung der Namen der früheren Reichstagsabgeordneten Rosenfeld und Max Seydewitz (SPD/SAP) deutet dar- auf hin, dass es sich bei dem nicht ge- zeichneten Text um eine Vorlage zur Be- ratung der 2. Ausbürgerungsliste handeln dürfte, mit der noch drei weiteren Reichs- tagsabgeordneten (Siegfried Aufhäuser, Toni Sender und Johann Vogel; alle SPD) die deutsche Staatsangehörigkeit ab- erkannt wurde:

Dr. Kurt Rosenfeld, geb. 1. 2. 77 Marien- werder, mosaisch, früher wohnhaft Berlin- Charlottenburg, Joachimsthalerstr. 41 [„Reichsausbürgerungskartei“: Rechts- anwalt und Notar, Dr.; Berlin-Grunewald, Lärchenweg 28], jetzt Paris.

Rosenfeld gehörte seit seinen Studienjahren in der sozialistischen Bewegung dem radikalen Flügel der SPD an. Während der November- revolution war er Vorstandsmitglied der USPD und Reichstagsabgeordneter und gründete mit Seydewitz die Sozialistische Arbeiterpartei.

Er gilt als Verbindungsmann der SPD zum internationalen Pazifismus und hatte besonders Beziehungen zu den außerdeutschen kommunistischen Organisationen. In fast allen großen politischen Prozessen gegen marxistische und kommunistische Angeklagte übernahm er die Verteidigung, so z. B. für [Rosa] Luxemburg, [Kurt] Eisner, [Georg] Ledebour und im Spartakusprozeß für [Carl von] Ossietzki [sic] und [Walter] Kreiser.

Als Preußischer Justizminister trat er für Milderung des Strafvollzugs ein und erleichterte den Kirchnaustritt. Seine Auffassung zur Rechtsprechung stand in krassem Gegensatz zur Ehre des Anwalt- und Richterstandes; er wurde deshalb aus der Liste der Rechtsanwälte gestrichen.

Seine schriftstellerische Tätigkeit auf politischem Gebiet war Landesverrat, genannt seien nur die Schriften „Sozialdemokratie und Wehrproblem“ und „Der Klassenkampf“. Seit seiner Flucht ins Ausland ist er Herausgeber der Zeitungskorrespondenz „INPRESS“ [Paris], die in schärfster Form gegen Deutschland und die nationalsozialistische Regierung Stellung nimmt. Eine besondere Gefährlichkeit der „Inpress“ und damit Rosenfelds liegt darin, daß, abgesehen von der Verwertung in der deutschfeindlichen Emigrantenpresse, seine unkontrollierbaren Nachrichten häufig und fast kritiklos von der bürgerlichen und einheimischen Provinzpresse Frankreichs, Englands, Hollands und Belgiens aufgenommen und zumeist ohne Kommentar als Tatsache wiedergegeben werden.

24.2.1934: AA (v. Bülow-Schwante), verschlüsseltes Telegramm an DB Paris mit der Mitteilung unmittelbar bevorstehender Ausbürgerungen, u. a. von K. Rosenfeld: *Drahtet ob Bedenken.*

■ 24./29.3.1934: RMdI/DRA ~ *Ehefrau*: 15./16.4.1937: RuPrMdi/DRA.

Q PA/AA, R 99639 u. R 99640 (1935–1941: *Deutschfeindliche Propaganda*); Hepp, Liste 2 (27) u. 12 (28: *Ehefrau*) ~ **D** Die Schlüsselgewalt der Ehefrau nach dem bisherigen deutschen Recht und B.G.B., Berlin 1900 ~ **B** BArch, R 3001/23397 ~ OFP-Akte 05210–27/34 (Nachweis: EAB, 262.502: O. → Kirchheimer) ~ BHdE I,

1980, S. 614; Die Friedensbewegung, 1983, S. 329 f. (Ingo Müller); Göppinger, ²1990, S. 311; Krach, 1991, S. 436; Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 123 f.; M.d.R., ³1994, S. 403 f./Nr. 1267; Schröder, 1995, S. 684/180960 u. 180970 (S. Rosenfeld); Demokratische Wege, 1997, S. 529 f. (Dieter Fricke); Vor die Tür gesetzt, 2006, S. 326 f.; AoRB, ²2007, S. 247 f.; BHAPrL, Teil 3, 2017, S. 1960–1964; Mario Keßler, Westemigranten. Deutsche Kommunisten zwischen USA-Exil und DDR, Wien [u. a.] 2018, S. 511 f. (A. Kristeller) ~ Zu S. Rosenfeld: BArch, R 3001/72787–72789; SwissA, Dossier (E) Elisabeth Rosenfeld-Behrend (1944–1946); Md.L., 1995, S. 131/1038; AoRB, ²2007, S. 248; BHAPrL, Teil 3, 2017, S. 1965 f.; Else Behrend-Rosenfeld u. S. Rosenfeld, Leben in zwei Welten. Tagebücher eines jüdischen Paares in Deutschland und im Exil, hg. v. Erich Kasberger u. Marita Krauss, München 2011.

71 Rosenfelder, Albert, Dr. jur. (Erlangen 1913) ~ * 19. 1. 1892 Fürth – 18. 10. 1933 KZ Dachau.

Seit 1917 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ assoziiert mit dem langjährigen SPD-Landtagsabgeordneten Justizrat Dr. Max Süßheim (1876–1933) ~ „an mehreren Verfahren gegen Julius Streicher beteiligt“ (Göppinger) ~ „bekannter Strafverteidiger, SPD-Anhänger und Nazigegner“ (Weber) ~ nach der Erinnerung der Schwester am 17.3.1933 von SA in der Kanzlei „abgeholt“ ~ *Schutzhaft* ~ 13.4.1933 Überstellung in das KZ Dachau ~ 19.5.1933 Krankenabteilung Stadelheim ~ Juni 1933 Zulassungsverzicht ~ Aug. 1933 Überstellung in das Außenlager Dachau, Straßenbaukommando ~ „verschwand spurlos aus dem ‚Bunker‘“ (Zámečnik) ~ am 18.10.1933 in Dachau „ermordet, weil er versucht hatte, Nachrichten aus dem KZ zu schmuggeln“ (Weber) ~ Die genannten Haftdaten zu Dachau und das Todesdatum entsprechen den Angaben des Gedenkbuchs des Bundesarchivs und der Dokumentation von R. Weber. Eine Suchanfrage zu „Rosenfelder, Albert“ in den Beständen des Internationalen Suchdienstes (<https://digitalcollections.its-arolsen.org>) lieferte keine

Treffer (16. 3. 2020). Die Angaben in der Zentralen Datenbank der Namen der Holocaustopfer (<https://yvng.yadvashenn.org/index>) basieren auf den Angaben des Gedenkbuchs des Bundesarchivs in der Shoah „ermordet“ (16. 3. 2020).

Im folgenden werden Literatur- und Quellenfunde zum Schicksal des *jüdischen Rechtsanwalts* dokumentiert, der 1933 in die Fänge der Gestapo geriet und in Dachau ermordet wurde – oder nach der Entlassung aus der Schutzhaft „flüchtig“ ging und spurlos verschwand, wenn man der Meldekarte vertrauen möchte: „Lt. pol. Erl[ass]. v. 20. 9. 1934“, so der maschinenschriftliche Eintrag, war danach Rosenfelder „seit 1932 (Tag nicht feststellbar) von obiger Wohnung [Jakobsplatz 14/II] verzo-gen u. seit der Entl[assung]. v. Dachau am 27. 3. 34 in das Ausland“. Ein weiterer Eintrag vom 22. 9. 1934 lautet: „nachtr[äg-lich] abgemeldet in das Ausland, verm[ut-lich]. Schweiz“. Der Beamte verständigte über den „Wegzug“ das Passamt. Eine wei-terer handschriftlicher Eintrag „Bei An-Meldung sofort Mitt[eilun]g. an Abt[eilun]g. II./B“ datiert vom 18. 3. 1938; die letzte Ziffer des Tagesstempels ist jedoch nicht zweifelsfrei lesbar.

Julius Zerfaß (1886–1956) war der erste, der im Exil an Alfred Rosenfelder erinnerte. Selbst zeitweise in Dachau in Haft, veröffentlichte er 1936 unter dem Pseudonym Walter Hornung im Europa-Verlag Zürich die im gleichen Jahr in den Niederlanden („De hel van Dachau“) und 1938 auch in Leningrad erschienene Chronik „Dachau“. Darin erwähnt Zerfaß – von 1919 bis 1933 Feuilleton-Redakteur der sozialdemokratischen „Münchner Post“ – ein Gespräch mit einem ebenfalls entlassenen Mithäftling im Frühling 1934 in München. Auf die Frage „Weißt du, was aus Rosenfelder geworden ist?“ antwortete danach Hans Firner (alias W. Hornung/J. Zerfaß): „Du scheinst den neuesten Tarnungstrick der Landsknechte, im Bunker erledigte Gefangene legal verschwinden zulassen, noch nicht zu ken-

nen!“ Tatsächlich wurde Rosenfelder – wie auch Firner erwähnt – am 12. 4. 1934 im „Deutschen Kriminalpolizei-Blatt“ zur Festnahme ausgeschrieben, auf Veranlas-sung der Politischen Polizei München vom 11. April:

Der jüdische Rechtsanwalt Dr. Albert Rosenfelder, 19. 1. 92 Fürth, wurde am 27. 3. 34 aus Schutzhaft entlassen und ist seither flüchtig. Die auferlegten Verpflichtungen hat er nicht erfüllt. Er war Mitglied der Roten Hilfe und Kurslehrer der „Marxistischen Arbeiterschule“ in Nürnberg. Es besteht der dringende Verdacht, daß er ins Ausland flüchtet, um dort Greuelnachrichten zu ver-breiten.

War diese Ausschreibung nur ein „Tar-nungstrick“, wie Hans Firner (J. Zerfaß) als „sicher“ annimmt? Im Licht der (trüben) Quellen bleibt das Schicksal Rosenfelders im Ungewissen. Wurde er wie „die vielen anderen“ in Dachau ermordet oder gelang es ihm doch, „ins Ausland“ zu flüchten? In den Opferverzeichnissen der Roten Hilfe Deutschlands („Ihr seid nicht vergessen. Gedenk- und Erinnerungstage, Paris 1937; BArch, NY 4091), in den ersten hand-schriftlichen Kalendarien der „Opfer des Faschismus von A – Z“ der Exil-KPD und auch den späteren Listen der „Agit.-Prop.“ der SED wird Rosenfelder der SPD zuge-rechnet. Er galt zunächst als „vermißt“ (BArch, RY/1/354). Schließlich wird durchgängig der 29. Juni 1933 als Datum der Ermordung in Dachau genannt, auch in den Listen der Opfer des KZ Dachau (BArch, DY 55/240 DY/55/3548, NY 4091, RY/1/451 u. 472). In all diesen Ver-zeichnissen fehlt jedoch ein schlüssiger Quellennachweis. Diese Angaben stimmen nicht mit den „amtlichen“ Daten überein, deren Validität allerdings fraglich ist. Auf-fällig bleibt jedoch, dass nach Rosenfelder nicht nur 1934 gefahndet wurde. Im Zuge ihrer „Ermittlungen über Tätigkeit von Juden in der KPD u. SPD“ übersandte die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth (Dr. Mar-tin) am 20. 2. 1935 SS-Obersturmführer Müller (Gestapa) eine *Zusammenstellung*,

die ein Bild gebe, in welchem Umfang der Jude, ohne persönlich in den Vordergrund zu treten, als übelster Drahtzieher der kommunistischen Bewegung tätig war. Außer A. Rosenfelder werden noch weitere Rechtsanwälte aus Franken genannt, unter ihnen Hans → Krailsheimer. Der Eintrag *Dr. Rosenfelder Albert, led., Rechtsanwalt, geb. 19. 1. 92 zu Fürth/Bay., zuletzt wohnhaft Nürnberg, Jakobsplatz 14/II, deutscher Reichsangehöriger, Jude* vom 2. 2. 1935 lautet:

Rosenfelder war Mitglied der Roten Hilfe und Kurslehrer der von der KPD-Nordbayern errichteten ‚Marxistischen Arbeiterschule‘ in Nürnberg. Ferner war er Mitglied der kommunistisch orientierten Organisation ‚Deutsche Liga für Menschenrechte‘, die mit Nachdruck die kommunistischen Bestrebungen förderte. Er war in zahlreichen Marxistenprozessen als Verteidiger tätig und hat hiebei regelmässig die als Zeugen auftretenden Polizeibeamten in übelster Weise provoziert und beleidigt. Vom 13. April 1933 bis 27. März 1934 befand er sich im Konzentrationslager Dachau in Schutzhaft. Nach Entlassung aus der Schutzhaft ging er, ohne die ihm auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen, flüchtig. Sein Aufenthaltsort ist nicht bekannt. (BArch, R 58/2313)

Aufgrund dieser Ausschreibung wurde mit dem Gestapa-„Verzeichnis der flüchtig gegangenen Kommunisten“ (Stand vom 31. Mai 1935; BArch, R 58/2294; D 01/Dok. K, Bd. 1) auch nach A. Rosenfelder gefahndet, offenbar ohne Erfolg. Im „Verzeichnis flüchtiger Kommunisten und Marxisten“ des Gestapa vom 24. 3. 1938 (Nr. 4/38) wird *1410 Rosenfelder, Albert: Festnahme. Stapo Nürnberg-Fürth Nr. 1237/II/3* ebenfalls noch genannt. (BArch, R 58/2303). Der letzte (durch eine Abfrage des Bundesarchivs) ermittelte Eintrag datiert vom 1. 7. 1938. Dabei handelt es sich um die orangefarbene Personen-Karteikarte (Gestapa/RSHA): A[ufenthalt]. *unbekannt, Ausschreibung wegen: Festnahme – Vorb[e- reitung] zum Hochverrat. Danach folgt im gleichen Karteikasten eine Dr. Rosenfelder*

21, rue Miromesnil in Paris (Personalakte: ja) betreffende grüne Karteikarte mit lediglich einem Eintrag vom 9. 3. 1939: *R. ist Abonnent der von M. Braun [Heinrich → Braun] in Paris herausgegebenen Zeitung ‚Deutsche Freiheit‘.* (BArch, R 58/9682). Ob die beiden Karteikarten die gleiche Person „erfassen“, ist fraglich. Mutmaßlich dürfte die grüne Karte Dr. Fritz → Rosenfelder betreffen. Als Autor von *Greuelmärchen* scheint aber weder der eine noch der andere „Rosenfelder“ hervorgetreten zu sein.

Am 18. 3. 1938 ersuchte der RFSSuChdDtPoliRMdI (gez. Müller) – wie nach den amtlichen Bekanntmachungen der Ausbürgerungslisten aufgrund des Gesetzes vom 14. Juli 1933 üblich – alle Staatspolizeileit- und Staatspolizeistellen im Reich, *den nachgeordneten Ortspolizeibehörden die Namen und Personalien zum Zwecke der Berichtigung der amtlichen Melderegister bekanntzugeben und die Grenzdienststellen, soweit solche im dortigen Bezirk vorkommen, anzuweisen, diese Personen bei Überschreiten der Grenze sofort festzunehmen.* (BArch, R 58/3565). Festgenommen wurde A. Rosenfelder nachweislich nicht; am 19. Aug. wurde das Melderegister *berichtigt*. Und der Vorgang auch in der *Reichsausbürgerungskartei* dokumentiert.

Merkwürdigerweise wurde Rosenfelder nach der Ausbürgerung jedoch nicht depromoviert. Ob die Gestapo Nürnberg den Hochschulort *nachträglich* ermittelt und und das Gestapa unterrichtet hat, geht aus der Ausbürgerungsakte nicht hervor. Die in Erlangen „unterbliebene“ Depromotion könnte „bürokratisch“ dadurch entstanden sein, dass in der Informationskette ein Glied gefehlt hat.

Erst nach 1938 entschlüsselte die Gestapo das Pseudonym Walter Hornung. Daraufhin wurde 1940 auch gegen Julius Zerfaß, den Autor der *Hetzschrift „Dachau eine Chronik“*, ein Ausbürgerungsverfahren eingeleitet. Nach einer undatierten Gestapo-Zusammenstellung „KPD, Dichter und Redakteure“ enthielt das Buch *eine Aufzählung gemeinster Greuelmärchen über die*

Zustände in Dachau. Zu Rosenfelder merkt der Bericht an:

Auf Seite 111 erwähnt Zerfass den jüdischen Rechtsanwalt Albert Rosenfelder aus Nürnberg. Zerfass schildert wie Rosenfelder bei der Einweihung des Schlageter-Gedenksteins angeblich gezwungen worden ist, eine Rede zu halten. Diese Darstellung ist ganz offenbar frei erfunden, sodass es sich erübrigt zur Widerlegung Näheres auszuführen.

Ohne auf den von J. Zerfaß angedeuteten „Tarnungstrick“ einzugehen, heißt es dann weiter: *R. ist am 27. 3. 1934 aus der Schutzhaft entlassen worden. Er war Mitglied der Roten Hilfe und Kurslehrer der marxistischen Arbeiterschule. Nach seiner Entlassung ist Rosenfelder ins Ausland geflüchtet und steht in dringendem Verdacht Greuelpropaganda zu treiben.* (BArch, R 58/3254).

Amtlich wurden A. Rosenfelder und sein mit Liste 62 (44; 30./31. 8. 1938) ebenfalls ausgebürgerter Bruder Gustav (* 1901) durch Beschluss des Amtsgerichts Nürnberg vom 10. 1. 1963 zum 31. 12. 1945 „für tot erklärt“. Dieser Beschluss wurde 1966 für Gustav Rosenfelder, der sich zwischenzeitlich aus Atlanta (USA) gemeldet hatte, wieder aufgehoben.

Wurde der *jüdische Rechtsanwalt* Dr. Albert Rosenfelder 1933 im Bunker in Dachau ermordet und danach „legal“ zum Verschwinden gebracht? In der Literatur ist die Antwort einhellig. Aber die Fahndungsersuchen der Politischen Polizei München und Nürnberg sowie die spätere *Ausbürgerung* lassen auch die „Vermutung“ als nicht ganz unbegründet erscheinen, dass A. Rosenfelder die Tortur der *Schutzhaft* in Dachau in irgendeiner Weise doch „überlebt“ haben und zumindest bis 1938 seinen Häschern entkommen sein könnte. Dass er ein Opfer der Judenverfolgung wurde – wie sein Bruder Fritz (* 1894), der am 10. Sept. 1942 von Nürnberg nach Theresienstadt und später nach Auschwitz deportiert wurde – steht außer Frage. Und auch seine Mutter Elise Rosenfelder (* 1871) wurde ein Opfer der Shoah: sie starb fünf Tage vor der Deportation ihres

Sohnes, wird im Gedenkbuch des Bundesarchivs aber nicht genannt; zwei Geschwister von A. Rosenfelder überlebten im Exil.

A 21. 1. 1938: Gestapo Nürnberg (Dr. Kießel) an Gestapa:

Betreff: Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Juden Dr. Rosenfelder Albert, Rechtsanwalt, geb. am 19. 1. 1892 in Fürth, letzter inländischer Wohnsitz: Nürnberg, Jakobsplatz 14/II, jetziger Aufenthalt: unbekannt. Bezug: Runderlaß des RFSSuChdDtPol.i.RMdI. v. 30. 3. 1937 (S-PP II B 2986/37). Anlagen: 4 beglaubigte Abschriften; handschriftliche Unter- oder Anstreichungen der aus Sicht des Amtes die Ausbürgerung begründenden Tatsachen, im Folgenden unterstrichen:

Ich schlage vor, den Juden Dr. Albert Rosenfelder gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. 7. 1933 [...] der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig zu erklären.

Rosenfelder ist der Sohn der jüdischen Kaufmannsbelehute Hermann Rosenfelder [1864–1926] und Elise, geb. Feldmann. Er ist Rasse- und Bekenntnisjude und besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Im Jahre 1917 zog er nach Nürnberg und gründete hier Jakobsplatz 14/II eine Rechtsanwaltspraxis, die er bis zu seiner Einlieferung ins Konzentrationslager Dachau im Jahre 1933 ausübte. Wann und wo er zum Dr. jur. promovierte, wird nachträglich berichtet.

Rosenfelder war Mitglied der Roten Hilfe und der Arbeitsgemeinschaft Nürnberg der „Deutschen Liga für Menschenrechte“, welche mit besonderem Nachdruck die kommunistischen Bestrebungen förderte. Vom Mai bis Oktober 1931 war er als Kurslehrer an der von der KPD, Nordbayern errichteten marxistischen Arbeiterschule in Nürnberg tätig.

In den Versammlungen der deutschen Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Nürnberg, beim Republikanischen Schutzbund, beim Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Fürth und bei der Deutschdemokratischen Partei in Fürth trat er wiederholt als Diskussionsredner auf.

Von der „Roten Hilfe“ wurde Rosenfelder als Verteidiger aufgestellt und war auch in zahlreichen Prozessen gegen Marxisten als Verteidiger tätig. Während Rosenfelder als Diskussionsredner gegen die Polizei im allgemeinen eine drohende Haltung einnahm, hat er als Verteidiger regelmäßig vor Gericht die als Zeugen aufgetretenen Polizeibeamten in der Übelsten Weise herausgefordert und beleidigt. 1925 hat er in einer Gerichtsverhandlung u. a. die schwarz-weiß-rote Flagge als „Rebellenfahne“ bezeichnet.

Vom 13. 4. 1933 bis 27. 3. 1934 befand er sich im Konzentrationslager Dachau in Schutzhaft. Nach seiner Entlassung wurde er, ohne die ihm auferlegte Meldepflicht zu erfüllen, flüchtig. Über seinen Aufenthalt ist bisher nichts bekannt geworden.

Im Verzeichnis der flüchtig gegangenen kommunistischen Parteiarbeiter ist Rosenfelder bereits aufgenommen.

Im Hinblick auf das politische Vorleben des Genannten und seine bereits 1934 erfolgte Flucht, mit der er sich den ihm auferlegten Verpflichtungen entzog, ist anzunehmen, daß er emigriert ist, da sein Aufenthalt im Reichsgebiet bisher nicht festgestellt werden konnte. Bei Rosenfelder, der als Jude aus politischen Beweggründen geflüchtet ist, muß mit Bestimmtheit damit gerechnet werden, daß sein Auslandsaufenthalt einer den deutschen Belangen im Auslande zuwiderlaufenden Betätigung dient.

Rosenfelder wurde wegen Beleidigung von Polizeibeamten wiederholt zur Anzeige gebracht und nach den hiesigen Vorgängen mit Urteil des Amtsgerichts Nürnberg vom 11. 6. 1931 zu einer Geldstrafe von 400 RM evtl. 10 Tg. Gefängnis verurteilt. Ein Verfahren wegen Betrugs – XXII 1135/32 – mußte wegen Abwesenheit des Beschuldigten vorläufig eingestellt werden. In diesem Falle ließ sich Rosenfelder von einem Klienten 120,- RM zur Hinterlegung von Zeugengebühren geben, die er ihm nicht wieder zurückerstattete. Später stellte sich heraus, dass die Zeugengebühr nicht zu hinterlegen war.

Rosenfelder besitzt im Inlande kein Vermögen. Seine Ausbürgerung ist aus den oben

dargelegten Gründen gerechtfertigt und geboten.

Personalien: Dr. jur. Albert Rosenfelder, geb. am 19. 1. 1892 in Fürth, Rasse- und Bekenntnisjude, deutscher St[aa]ts[A]ngehöriger], Eltern: [...], jetziger Aufenthalt; unbekannt.

27. 4. 1938: Gestapa (Roth) an RFSSuChdDtPoliRMdI: B.-Nr. – II B 3 – R. 2941 – Bettriffi: Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Juden Dr. Albert Rosenfelder, [...], jetziger Aufenthalt: unbekannt. Bezug: Ohne, Anlagen: 4:

Anliegenden Ausbürgerungsvorschlag übersende ich mit dem Antrage, dem Juden Dr. Albert Rosenfelder die deutsche Staatsangehörigkeit abzuerkennen.

Eine Vermögensbeschlagnahme und Verfallerklärung erübrigen sich, da Vermögenswerte im Inlande nicht vorhanden sind.

Eine Erstreckung auf Familienangehörige kommt nicht in Betracht, da Rosenfelder zur Zeit seiner Abwanderung ledig war. Über eine Eheschließung im Auslande ist nichts bekannt geworden.

■ 13. 6. 1938: RFSSuChdDtPoliRMdI (Lischka) an AA [Bettriffi: Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Juden (im Amt handschriftlich unterstrichen) Dr. Albert Rosenfelder, geboren am 19. 1. 1892 in Fürth. Vorgang: Ohne. Anlagen 1]:

In der Anlage übersende ich Durchschrift eines Ausbürgerungsantrages des Geheimen Staatspolizeiamtes, den ich heute der Abteilung I des Reichsministeriums des Innern zugeleitet habe.

Die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit sind gegeben.

Eine Benachrichtigung der zuständigen deutschen Vertretung konnte nicht erfolgen, da der Aufenthalt des Juden Rosenfelder nicht bekannt [im Amt handschriftlich unterstrichen] ist. Nach dem Fahndungsergebnis steht jedoch fest, dass er sich im Ausland aufhält.

Am 24. Juni stimmte daraufhin das Amt (Hinrichs) der Ausbürgerung des Juden mit der Begründung zu: Der Auslandswohnsitz

des Rosenfelder ist unbekannt. Da es sich aber um einen Juden handelt, der im Ausland weder politisch noch wirtschaftlich eine Rolle spielt, kann auch ohne Anhörung ei[ner]. Auslandsvertretung zugestimmt werden. ~ 11./12. 8. 1938: RMdI/DRA.

Q DKPolBl. Nr. 1825 v. 12. 4. 1934, S. 421 ~ PA/AA, R 99710; Hepp, Liste 58 (27) ~ Auf Vorschlag der Gestapo Nürnberg (Kießel) vom 24. 1. 1938 wurde auch der 1901 geborene Bruder Gustav Rosenfelder ausgebürgert: PA/AA, R 99710; Hepp, Liste 62 (44) ~ **D** Die materiellen Einwendungen gegen das ausländische Urteil, Nürnberg 1913; keine *Entziehung* des Doktorgrads nachweisbar; die Promotionsakte (UAE C2/3 Nr. 3725) enthält „keine Anhaltspunkte über das weitere Schicksal Rosenfelders nach seiner Promotion“; Dr. Clemens Wächter (Archiv der FAU Erlangen-Nürnberg), E-Mail v. 10. 12. 2019 ~ **B** BAArch, R 3005/1459 u. 2311 (Ehrengerichtshof, Prozessakten 1920 u. 1931/32) ~ Walter Hornung (Pseud. v. Julius Zerfaß), Dachau. Eine Chronik, Zürich 1936, S. 213; Göppinger, ²1990, S. 63; Stanislav Zámečník [ehemaliger Häftling in Dachau], Das frühe Konzentrationslager Dachau, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), Terror ohne System. Die ersten Konzentrationlager im Nationalsozialismus 1933–1935. Redaktion: Angelika Königseder, Berlin 2001, S. 13–39, 24; Weber, 2006, S. 54/56 u. 290f.; Barbara Distel (Staatlicher Terror und Zivilcourage. Die ersten Morde im Konzentrationslager Dachau, in: Die Linke im Visier, 2014, S. 104–116, 110f.) und Kim Wünschmann (Jüdische politische Häftlinge im frühen KZ Dachau. Widerstand, Verfolgung und antisemitisches Feindbild, in: ebd., S. 141–167, 152, 157f.) stimmen darin überein, dass der „spurlos“ verschwundene Rosenfelder wie andere „Juden und Linke dem ideologisch überformten Terror des frühen KZ Dachau zum Opfer gefallen“ (S. 158) ist, ohne für die Ermordung im Lager einen zweifelsfreien Beleg anzuführen. Für eine persönliche Feindschaft des fränkischen NSDAP-Gauleiters Julius Streicher verweist K. Wünschmann (S. 152 u. 165/Anm. 46) auf die Zeugenaussage eines Cousins von A. Rosenfelder in einem Nachkriegsverfahren (StA München, Staatsanwaltschaften 34462/9, Bl. 42) ~ André Scharf (KZ-Gedenkstätte Dachau), E-Mail v. 2. 8. 2019: Überlassung einer Übersicht „aller uns zur Verfügung stehenden Quellen“. Das für Rosenfelder in der Gedenkstätte verzeichnete „Todesdatum lt. ZPA-Liste:

29. 6. 1933“ dürfte danach unzutreffend sein; man gehe inzwischen wie R. Weber „vom 18. 10. 1933 als Todesdatum von Albert Rosenfelder aus“; Dr. Walter Bauernfeind (Stadtarchiv Nürnberg), E-Mail v. 14. 6. 2019: Mitteilung und Kopie der Meldekarte; Gert-Ronald Langer (Stadtarchiv Fürth), E-Mail v. 13. 8. 2019: Mitteilung zum Geburtsbuch der Stadt, das 1933 keinen Sterbeeintrag, wohl aber eine Randbemerkung zur Todeserklärung v. 26. 3. 1963 enthält; Sebastian Schlabit (Bundesarchiv, Referat BE 2), E-Mail v. 4. 12. 2019: Mitteilung der Belegstellen für die im *Gedenkbuch* (<http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/intro.html.de>) hinterlegten Angaben des Eintrags A. Rosenfelder; ein Dossier zu A. Rosenfelder ist im Schweizerischen Bundesarchiv (www.recherche.bar.admin.ch) nicht nachweisbar; www.fuerthwiki.de/wiki/index.php/Albert_Rosenfelder (mit weiteren Angaben zur Biographie, aber ohne Erwähnung der Ausbürgerung; nach der Entschädigungsakte BEG 606014 im BayHStA wird ein undatierter Bericht der Schwester Aмалиe Spiegel an das deutsche Konsulat in Atlanta/USA zitiert: „Mein Bruder Dr. Albert Rosenfelder, geb. am 18. [sic] 1. 1892 ist am 17. 3. 1933 von der SA aus seiner Rechtsanwaltskanzlei abgeholt worden, war einige Wochen im Nürnberger Gefängnis und ist anschließend in das Konzentrationslager Dachau verbracht worden. Seit dem Jahre 1934 [sic] habe ich nie wieder was von meinem Bruder gehört.“ (letzter Zugriff: 6. 12. 2019); www.alemannia-judaica.de/fuerth_friedhof.htm: Abb. des Grabsteins (mit Levitenkappe und der Inschrift in Hebräisch „Seine Seele möge am ewigen Leben teilhaben“) für Hermann und Elise Rosenfelder; E. Rosenfelder starb wenige Tage vor der Deportation von „176 vor allem alten Menschen“ aus Fürth nach Theresienstadt; die Betroffenen hatten bereits am 31. Aug. ihre Wohnungen räumen und sich im Altersheim Julienstraße einfinden müssen; von dort wurden sie am 10. Sept. zunächst nach Nürnberg verbracht. www.wikipedia.org: Flucht und Deportation von Juden aus Fürth ~ M. Süßheim: M.d.L., 1995, S. 160/1292; Der Bayerische Landtag 1918/19 bis 1933. Wahlvorschläge – Zusammensetzung – Biographien. Bearb. v. Joachim Lilla, München 2008, S. 528/580; Die Süßheims, Unternehmer, Politiker, Wissenschaftler, Sammler. Hg. v. Michael Diefenbacher, Nürnberg 2018 ~ J. Zerfass – vom 30. Juni bis zum 6. Dez. 1933 in Dachau inhaftiert – wurde im Januar 1941 auf Vorschlag der Gestapo München ausgebürgert; er war *deutschblütiger*

Abstammung und galt als einer der grössten Hetzer gegen die NSDAP; nach Entlassung aus der Schutzhaft freier Mitarbeiter der Zeitschrift „Simplizissimus“; danach im Frühjahr 1935 mit der Familie nach Zürich geflüchtet. Dort verfasste er unter dem Pseudonym „Walter Hornung“ das gegen Deutschland gerichtete Buch „Dachau[,] eine Chronik“. Das Amt (Rademacher) stimmte am 10. 10. 1940 der Ausbürgerung zu und verständigte das Promi [Propagandaministerium], Abt. „Deutsche Presse“ durch Übersendung einer Durchschrift mit 2 Anlagen. PA/AA, R 99896; Hepp, Liste 217, 148–150, mit Ehefrau u. K): BHdE II, 2 (1983), S. 1277 f.; die Chronik „Dachau“ wurde unter „Hornung, Walter“ 1938 in der „Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ verzeichnet und durch den RFSS verboten; erst in der Jahresliste 1940 wurde das Pseudonym „Zerfass, Julius“ zugeordnet, dessen Buch „Die Reise mit dem Lumpensack“ (1925) bereits 1937 indiziert worden war.

72 Rubensohn, Friedrich, Dr. jur. (Rostock 1921) ~ * 13. 5. 1894 – 1978 Pardess/Israel; ∞ Alice Guggenheim (aus der Schweiz stammend; Malerin und Förderer des Rostocker Malers Rudolf Bartels).

Seit 1920 Rechtsanwalt (Rostock) ~ assoziiert mit Dr. Gustav Goldstaub (1870–1973 London) ~ Mitglied der SPD und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ~ März 1933 nach Warnung flucht zu seinem Schwager in Basel, wohin auch die Ehefrau mit dem behinderten Sohn übersiedelte ~ 1933 *Steuersteckbrief* und Vermögensbeschlagnahme ~ spätestens seit 1935 in Palästina ~ Landwirt und Bürgermeister von Pardess Chanah.

A 20. 8. 1934: Mecklenburgisches Ministerium des Innern an RMdI:

Hierneben übersendet das unterzeichnete Ministerium die den früheren Rechtsanwalt Dr. Rubensohn aus Rostock betreffenden hiesigen Aktenvorgänge nebst den etwa erforderlichen Anschlussakten.

Da der Genannte, der sich jetzt im Auslande in Sicherheit gebracht hat, nicht zu den kleinen Missetätern zu zählen ist, sondern besonders während des Umsturzes 1918 in

führende Stellung weiten Kreisen der Bevölkerung bekannt geworden ist, wird vorgeschlagen, ihn der Reichsangehörigkeit für verlustig zu erklären. Zur weiteren Begründung verweist das unterzeichnete Ministerium auf den Inhalt der anliegenden Akten, deren demnächstige Rückgabe erbeten wird.

Mit Übersendung einer Abschrift nebst Anlagen – diese unter Rückerbittung – bat der RMdI am 7. 9. 1934 den RMdA um gefällige Mitteilung Ihrer Stellungnahme zu dem Antrag der Ausbürgerung des Dr. Friedrich Rubensohn aus Rostock, der sich jetzt in Palästina aufhalten soll.

Meines Erachtens ist die Ausbürgerung des Rubensohn im Hinblick auf die besondere Verwerflichkeit und Schädlichkeit seines früheren Verhaltens angebracht, auch wenn eine deutschfeindliche Betätigung aus der Zeit nach der nationalsozialistischen Erhebung nicht nachzuweisen ist. Als Referendar und Gefreiter hatte der Frontkämpfer Rubensohn danach im November 1918 dem Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat für Mecklenburg angehört. Eine Untersuchung wegen Aufreizung zur militärischen Aufruhr war am 31. 5. 1920 durch Verfügung des Reichspräsidenten gnadenfrei niedergeschlagen worden. Weiterhin wurde Rubensohn zur Last gelegt, Mandate der Roten Hilfe wahrgenommen zu haben. Nachdem das DGK in Jerusalem mehrfach mitgeteilt hatte, dass insbesondere keine Tatsachen bekannt geworden sind, die seine Ausbürgerung erforderlich erscheinen lassen, teilte v. Bülow-Schwante, Leiter des Sonderreferates Deutschland, am 24. 11. 1935 dem RMdI mit, dass er sich dem dortigen Standpunkt nicht anschließen könne: Die kommunistische Betätigung Rubensohn's im Schweriner Arbeiter- und Soldatenrat im November 1918 ist eine schwere Verfehlung; doch liegt sie zeitlich zu weit zurück, als daß diese Tätigkeit allein die Ausbürgerung Rubensohn's rechtfertigen könnte. Nach den Unterlagen hat sich Rubensohn jedoch keine weitere aktive kommunistische Tätigkeit zu Schulden kommen lassen, namentlich nicht in den Jahren 1930 bis 1933, sowie nach der Machtübernahme durch die

nationalsozialistische Regierung. Bei dieser Sachlage würde m. E. die Aberkennung der Reichsangehörigkeit des Dr. Rubensohn mit der grundsätzlichen Bedeutung dieser Maßnahme nicht in Einklang stehen. Daraufhin teilte der RMDI am 24. 12. 1935 dem Mecklenburgischen Staatsministerium mit, dass das Verfahren *vorläufig eingestellt* worden sei; eine spätere Ausbürgerung ist nicht dokumentiert und dürfte sich durch die Annahme der palästinensischen Staatsangehörigkeit vermutlich erübrigt haben.

Q PA/AA, R 100000 ~ D Die Aufrechnung mit einer Forderung, für deren klageweise Geltendmachung Schiedsgericht vereinbart ist, 1921 ~ B Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 255 f.; 100 jüdische Persönlichkeiten aus Mecklenburg Vorpommern (2003), S. 138, 67: G. Goldstaub.

73 Rukser, Udo, Dr. jur. (Breslau 1913) ~ 19. 8. 1892 Posen – 6. 6. 1971 Valparaiso; V: Paul Friedrich R. (1850–1925, Erster Staatsanwalt); ♂ I. (1920) Lotte Emilie Blumenthal (1899–1921); II. (1922) Dorothea Gabriele Richter (1889–1972).

Seit Ende 1919 Rechtsanwalt und seit 1929 Notar (Berlin) ~ Sozietät mit seinem Schwager Dr. Otto Blumenthal (1897–1988) und Ernst Dannenberg (1892–1951) ~ 1925–1934 Mitbegründer und Mitherausgeber der Zeitschrift „Ostrecht“ bzw. „Zeitschrift für Ostrecht“ ~ befreundet mit Paul Hindemith ~ 1934 Aufgabe der Anwaltszulassung und Kauf des Oberbühlhofs in Wangen am Bodensee ~ Aufbau einer Edelobstplantage mit moderner Süßmosterei ~ 1939 Emigration (Chile) ~ Aufbau einer Obstplantage ~ Mitgründer und 1943–1946 Mitherausgeber der „Deutschen Blätter“ (Santiago de Chile) ~ 1944 Ausbürgerung ~ seit 1949 chilenischer Staatsbürger ~ 1970 auf Antrag Wiedereinbürgerung.

A 21. 7. 1943: Gestapo Karlsruhe (Dr. Faber) an RSHA:

► Dr. Eduard Udo Gustav Ruckser [sic; Rechtsanwalt; am 14. 10. 1913 an der Uni-

versität Breslau zum Dr. jur. promoviert] ist deutschblütig und evangelischer Religion. In bisher kinderloser Ehe ist er mit der Jüdin Dorothea Gabriele Sara Ruckser geb. Richter, geb. am 16. 5. 1889 in Berlin, verheiratet. Am 31. 3. 1939 wanderte er nach Osorno/Chile aus. Die Jüdin Ruckser (Ehefrau) hat sich im September 1938 nach der Schweiz begeben. Von dort aus ist sie gemeinsam mit ihrem Ehemann zu obigem Zeitpunkt nach Osorno/Chile weitergereist. Zuletzt waren beide in Oberbühlhof, Post Wangen über Radolfzell/Bd., wohnhaft.

Durch seine jüdische Bindung und die gemeinsame Emigration hat Dr. Ruckser seine deutschfeindliche Einstellung hinreichend zum Ausdruck gebracht. Es ist nicht anzunehmen, dass er sich mit der Absicht trägt, sich von seiner jüdischen Ehefrau zu trennen. Seine Rückschaffung kommt ebenfalls nicht in Frage. Tatsachen, wonach er sich nach seiner Auswanderung erkennbar für die Interessen des Deutschen Reichs eingesetzt hat, sind nicht bekannt geworden. Ausnahmegründe, die seine Ausbürgerung ungerechtfertigt erscheinen lassen, liegen nicht vor. Die Voraussetzungen zur Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit sind damit gegeben.

Vorstrafen: keine.

Inländische Vermögenswerte: Beim Bankhaus Hardy & Co. in Berlin W 8, Markgrafenstrasse Nr. 36. ein Auswanderer Guthaben i. H. v. 5.003,10 RM und ein Sonderkonto III 3 Nr. 12 mit 1.075,- RM (beide per 31. 5. 1943), Sicherstellung ist erfolgt.

Renten: keine.

Nichtjüdische Familienangehörige sind nicht vorhanden, so daß eine Erstreckung der Ausbürgerung nicht in Betracht kommt. Die oben näher bezeichnete jüd. Ehefrau Ruckser fällt unter die Bestimmung d. 11. VO z. Reichsbürgergesetz vom 25. 11. 1941. Inländische Vermögenswerte sind nicht bekannt geworden.

20. 10. 1943: AA (v. Thadden, Inland II A) unter Rückerbittung dem Referat Recht XII (Kult. E/Nf) mit der Bitte um Mitteilung vorgelegt, ob eine Meldung über Internierung des deutschblütigen Eduard Udo Gustav Ruckser vorliegt. ~

25. 10. 1943: Kartei R-E/Nf. (Zv): *Verhafteten- oder Interniertenmeldung liegt nicht vor.*

■ 11. 10./4. 11. 1943: RFSS/AA (Thadden, über Herrn Gesandten Ettel Berlin-Wilmersdorf der Leitung der A.O. der NSDAP mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt) ~ 11./21. 3. 1944: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99971; Hepp, Liste 324 (15: „Ruckser“) ~ D Der Diebstahl nach der lex Ribuaria, Weimar 1913; *Entziehung* nicht dokumentiert ~ E Deutsche Blätter (Santiago de Chile) 1943–1946 ~ B BArch, R 3001/73204 ~ BHdE I, 1980, S. 626f.; Göppinger, ²1990, S. 313; AoRB, ²2007, S. 127 (O. Blumenthal) u. 140f. (E. Dannenberg); Lieselotte Maas, *Deutsche Exilpresse in Lateinamerika*, Frankfurt am Main 1978, S. 55–59; Hans-Albert Walter, *Deutsche Exilliteratur 1933–1950*, Bd. 4: *Deutsche Exilpresse*, Stuttgart 1978, S. 306–373; Martin Schumacher, „Wir wollten als Deutsche nicht abseits stehen“ – Die Herausgeber der „Deutschen Blätter“ in Santiago de Chile Udo Rukser (1892–1971) und Albert Theile (1892–1962), in: *Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte*. Hg. v. Bastian Hein [u. a.], München 2012, S. 89–107.

74 Scheyer, Ernst, Dr. jur. (Breslau 1916; *Entziehung* 1940) ~ * 23. 11. 1890 Oppeln; ♂ Maria Eppstein (* 10. 10. 1895 Breslau).

Rechtsanwalt und Notar (Liegnitz, Goldberger Str, 18 II [1937]) ~ Emigration ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 7. 3. 1939: Gestapo Liegnitz (Dr. Canaris) an Gestapa:

Unter Bezugnahme auf den Erlass [...] v. 30. 3. 1937 [...] wird ein Ausbürgerungsvorschlag in sechsfacher Ausfertigung überreicht, da die Voraussetzungen für die Aberkennung der Staatsangehörigkeit des Ernst Scheyer erfüllt scheinen.

Der Rechtsanwalt und Notar Dr. jur. Ernst Scheyer, mosaisch, verheiratet, besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Seine Eltern sind bzw. waren Juden und deutsche Staatsangehörige.

Ernst Scheyer besuchte das Gymnasium in Oppeln und trat als Freiwilliger am 2. 3. 1915 dem Res.-Feldartillerie-Reg. Nr. 11

bei. Als Frontkämpfer wurde er verwundet und am 17. 11. 1918 als Unteroffizier entlassen.

Scheyer [seit dem 12. 1. 1939 in Dublin/Irland] war Mitglied des Jüdischen Zentralvereins, der Silesia-Loge (UOBB) und des Religiösliberalen-Vereins in Liegnitz. Seit 1931 war er er erster Vorsitzender der Synagogengemeinde in Liegnitz. Seine Ehefrau gehörte dem Jüdischen Frauenverein und dem Religiösliberalen-Verein in Liegnitz an.

In den Straflisten der Ortschaftsbehörde ist Scheyer als vorbestraft nicht verzeichnet. [...].

Nach den angestellten Ermittlungen besitzen die Eheleute Scheyer folgende Vermögenswerte:

1.) *Ein Auswanderer-Sperrkonto in Höhe von 160,- RM, deponiert bei der Deutschen Bank, Filiale in Liegnitz.*

2.) *Ein Auswanderer-Sperrkonto in Höhe von 2.367,20 RM, deponiert bei der Dresdner Bank, Filiale in Liegnitz.*

3.) *Ein Sperr-Depot bei der Deutschen Bank, Filiale Liegnitz für 1.000,- RM Thüringer Elektro-Werke.*

4. *Eine Briefmarkensammlung, die laut Verfügung] der Devisenstelle verkauft werden wird. Erlös wahrscheinlich unter 100,- RM.*

5.) *Erlös aus dem Grundstücksverkauf Liegnitz, Holteistr. 12 in Höhe von 24.000,- RM, deponiert bei der Dresdner Bank, Filiale in Liegnitz.*

An Schulden hat Scheyer noch 2.200,- RM zu zahlen, Steuerrückstände oder andere noch zu zahlende öffentliche Abgaben sind für Sch. nicht verzeichnet.

Da Ernst Scheyer Mitglied der Silesia-Loge (UOBB) in Liegnitz war, bitte ich, ihm die deutsche Staatsangehörigkeit abzuerkennen. Da seine Ehefrau Maria und seine Kinder [...] ihm in die Emigration folgten, bitte ich die Aberkennung auch auf diese zu erstrecken.

Am 11. 4. 1939 teilte die DG Dublin (Hempel) dem Amt mit, dass der Sohn (1919) sich bereits seit September 1937 in Dublin aufhielt und am hiesigen Trinity Col-*

lege studierte; dem Bericht zufolge war Scheyer – zusammen mit seiner Ehefrau und Tochter – Ende Januar 1939 in Dublin eingetroffen: *Die Familie hat sich ordnungsgemäß bei der Gesandtschaft angemeldet und auch die zusätzlichen Vornamen Israel bzw. Sara angenommen. Die Eheleute Scheyer und ihre Tochter sind während ihres bisherigen kurzen Aufenthaltes in Dublin, soweit hier bekannt ist, in keiner Weise hervorgetreten. Sie wohnen bei einem irischen jüdischen Augenarzt. Der Vertrauensarzt der Gesandtschaft und stellvertretende Ortsgruppenleiter der NSDAP, Dr. Stumpf, der den letztgenannten Augenarzt kennt, hat über die Eheleute Scheyer ebenfalls bisher nichts Nachteiliges in Erfahrung bringen können. Der Sohn Heinz Israel Scheyer hat sich während seiner 1 ½-jährigen Studienzeit am Trinity College dem Deutschtum gegenüber, wie mir die deutschen Austauschstudenten und der Leiter des deutsch-akademischen Austauschdienstes in Dublin berichten, bisher loyal verhalten. Er soll keine Deutschfeindlichkeit zu erkennen gegeben haben.*

Im allgemeinen [im Amt unterstrichen] muss ich darauf aufmerksam machen, dass die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit gegenüber deutschen Juden, die Deutschland verlassen haben und nach Irland gekommen sind, da dieser Akt eine Abschiebung solcher Juden nach den hiesigen Gepflogenheiten mehr oder weniger unmöglich macht, bei den hiesigen zuständigen Behörden ausgesprochen ungern gesehen wird. Unter der Hand habe ich gelegentlich gehört, dass man erwogen habe, in solchen Fällen dafür gegenüber Deutschen, die hier Aufenthaltsgenehmigung haben, deren Fortsetzung zu verweigern. Es ist mir aber bisher kein Fall bekannt geworden, in dem derartige Erwägungen praktische Form angenommen haben.

Der RMdI, dem das Amt die Ausführungen am 21. Apr. zur Kenntnis übersandt hatte, sah jedoch keinen hinreichenden Anlass, wie der Sachbearbeiter Duckart dem Amt am 6. Mai mitteilte, von den üblichen Grundsätzen der Ausbürgerung jüdischer Emigranten abzusehen. Die Zugehörigkeit zu

einer für staatsfeindlich erklärten Loge des UOBB rechtfertigt die Ausbürgerung des Scheyer trotz seiner Verwundung im Weltkriege. [...]

Ich bitte um Zustimmung zur Ausbürgerung des Scheyer.

■ 17.3./24.5.1939: RFSS/AA ~ 21./24.6.1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99797; Hepp, Liste 121 (124; 125–127: Ehefrau u. K) ~ D Sühneleistungen Dritter an Dritte bei Vergleichen über Beleidigungen, Breslau 1916; Kranich, 2012, S. 174~ B BArch, R 3001/73986.

75 Schweitzer, Ernst Emil, Dr. jur. (Breslau 1913; Entziehung 1939) ~ *11.5.1891 Breslau; ♂ Charlotte Elfriede Steinitz (*1891 Breslau; 24./26.6.1942 ab Königsberg-Berlin nach Minsk/Maly Trostinec deportiert).

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ Mitglied der Liga für Menschenrechte ~ 1925 Verteidiger Walter Bullerjahns im Prozess vor dem Reichsgericht ~ Frühjahr 1933 Berufsverbot ~ Flucht nach Danzig ~ 1939 Ausbürgerung ~ seit 1939 in Frankreich.

A 31.8.1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa:

Der Obengenannte [Berlin-Schöneberg, Neue Winterfeldstr. 20] besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit.

Nach den von hier getroffenen Ermittlungen gehört er der jüdischen Rasse an.

Er [...] hat das Reichsgebiet laut polizeilicher Abmeldung am 5.10.1933 unter Hinterlassung von 30,- RM Bürgersteuerschulden an die Stadtsteuerkasse II C in Bln.-Schöneberg verlassen.

Er hält sich jetzt in Danzig auf.

Über ihn ist in politischer Hinsicht folgendes ermittelt worden:

Schweitzer war Mitglied der ehemaligen „Deutschen Friedensgesellschaft“. Die „Deutsche Friedensgesellschaft“ war eine pazifistische Organisation mit stark kommunistischem Einschlag. Ihre Tätigkeit war während des Kriegs insbesondere auf die Brechung des

deutschen Wehrwillens und nach Beendigung auf die Zersetzung der Bestrebungen des deutschen Volkes um die Wiederherstellung der Wehrhoheit gerichtet.

Ihrer staatsgefährdenden Bestrebungen wegen ist die „Deutsche Friedensgesellschaft“ am 31. 1. 1934 auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 aufgelöst worden.

Vorstrafen politischer und krimineller Art sind über ihn nicht verzeichnet.

Insbesondere hat ein Verfahren wegen Hoch- oder Landesverrats gegen ihn nicht geschwebt.

[...]

Schweitzer ist Miterbe des von seinen Eltern hinterlassenen Vermögens. Die erforderlich werdenden Maßnahmen zur Sicherstellung des Vermögens sind eingeleitet.

Schweitzer hat am 6. 9. 1921 mit der Jüdin [...] die Ehe geschlossen.

Über die Ehefrau ist Nachteiliges in politischer und krimineller Hinsicht nicht zu ermitteln gewesen. Sie ist seit 11. 4. 1933 in Bln.-Schöneberg, Kufsteiner Str. 10 wohnhaft und polizeilich gemeldet. Aus der Ehe sind keine Kinder hervorgegangen.

Da der Jude durch sein Verhalten seine Pflicht als deutscher Staatsbürger gröblich verletzt hat, halte ich die Aberkennung seiner deutschen Staatsangehörigkeit für erforderlich.

■ 13. 10./20. 12. 1938: RFSS/AA (Zum Ausbürgerungsvorschlag hatte das RMdI (Hering) dem AA am 12. Dez. mitgeteilt: *Beiliegend übersende ich unter Bezugnahme auf den Ausbürgerungsvorschlag [...] die fernmündlich erbetenen Ausführungen [des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei (Dr. Zimmermann) v. 20. Nov.] über die staatsfeindliche Tätigkeit der Deutschen Friedensgesellschaft mit der Bitte um gefällige Zustimmung zur Ausbürgerung des Juden Dr. jur. Ernst Emil Schweitzer unter Beschlagnahme seines Vermögens. Die Erstreckung der Ausbürgerung auf die jüdische Ehefrau kommt vorerst nicht in Betracht. Mit der Zustimmung dankte Hinrichs für die Übersendung der Ausführungen des Reichsführers SS pp über die*

staatsfeindlichen Tätigkeit der ehemaligen „Deutschen Friedensgesellschaft.“) ~ 16./18. 1. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99751; Hepp, Liste 87 (70) ~ **D** Die Rechtsbeugung durch Strafverfolgungsbehörden. Unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses des § 346 RStGB. zu §§ 257, 331 ff. StGB. und zum Legalitätsprinzip des § 152 StPO, Berlin 1913; Kranich, 2012, S. 175 ~ **B** BAArch, R 3001/76029 ~ Krach, 1991, S. 436; Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 265; AoRB, 2007, S. 263.

76 Silberschmidt, Ludwig, Dr. jur. (Rostock 1909) ~ 8. 12. 1883 Bocholt – 4. 6. 1948 Brüssel; ⚭ Margarete Wendt (* 1907 Berlin).

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ 1931 Notariat auf eigenen Wunsch niedergelegt ~ Okt. 1933 Berufsverbot ~ Emigration (Paris) ~ 1940 Ausbürgerung ~ „auf einer Besuchsreise in Bruxelles“ verstorben („Aufbau“, Todesanzeige).

A Am 10. 7. 1939 teilte die Konsulatsabt. der DB Paris (Werkmeister) dem Amt mit, dass *die deutschblütige Margarethe Silberschmidt, geb. Wendt [...] die Erneuerung ihres am 22. Juni 1934 für die Dauer von fünf Jahren von der hiesigen Passstelle ausgestellten deutschen Passes beantragt hatte: Bei Prüfung des Passantrags hat sich ergeben, dass die Genannte am 7. Juni 1938 in Paris den Juden Dr. Ludwig Silberschmidt, Rechtsanwalt, [...] geheiratet hat. Frau Silberschmidt ist am 7. August 1935 von Berlin, Bundesrat-Ufer 12 nach Paris verzogen. Der Ehemann ist angeblich seit 1923 [sic] in Frankreich ansässig. Frau Silberschmidt ist darauf aufmerksam gemacht worden, dass ihr Ehemann seinen von der hiesigen Passstelle am 28. März 1936 für die Dauer von fünf Jahren erstellten Pass zwecks Eintragung des Judenstempels sowie des zusätzlichen jüdischen Vornamens noch nicht vorgelegt hat, worauf sie erwiderte, dass ihr Ehemann dies nie tun werde. Die vorstehenden Angaben dürften genügen, um die Ausbürgerung der Eheleute Silberschmidt zu rechtfertigen.* Am 18. Juli übersandte das

Amt (Schumburg) eine Abschrift an das Gestapa zur Kenntnis und mit der Bitte um weitere Veranlassung.

Der Bitte kam das RSHA (Ehlers) am 20. 3. 1940 nach und beantragte beim RMdI die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit a) des Juden [...], b) seiner Ehefrau, der deutschblütigen Margarete Silberschmidt [...], jetziger Aufenthalt: Paris.

Die Vorgenannten besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit und haben nach der Machtergreifung das Reichsgebiet verlassen. Am 7. 6. 1938, also nach Erlass des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. 9. 1935, haben sie in Paris die Ehe geschlossen. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, dass sie bis zu ihrer Eheschliessung rassenschänderische Beziehungen unterhalten haben.

Anlässlich der Erneuerung des deutschen Reisepasses wurde die Ehefrau Silberschmidt von der Konsulatsabteilung der Deutschen Botschaft in Paris darauf hingewiesen, dass ihr Ehemann seinen Pass zwecks Eintragung des Kennzeichens „J“, sowie des zusätzlichen jüdischen Vornamens noch nicht vorgelegt habe. Die Ehefrau entgegnete dem zuständigen Beamten, dass ihr Ehemann dies nie tun werde.

Die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit der Vorgenannten sind daher gegeben. Ich bitte um weitere Veranlassung.

Wegen der Entziehung des Dr.-Titels habe ich mich mit dem Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unmittelbar in Verbindung gesetzt.

Kinder sind aus der Ehe nicht hervorgegangen. Ebenfalls haben die Eheleute Silberschmidt im Inlande keine Vermögenswerte hinterlassen.

Das Auswärtige Amt hat zwei Durchschriften dieses Schreibens erhalten.

Von dem Abschluss des Verfahrens bitte ich mich zu unterrichten.

■ 20. 3./1. 4. 1940: RFSS/AA ~
24./25. 9. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99880 u. R 100018; Hepp, Liste 201 (107; 24. 9. 1940; 108: Ehefrau) ~ D Der Gerichtsstand des Erfüllungsorts (§ 29 Z.P.O.) bei der Wandelungsklage, Rostock 1909; Hartwig, 2010, S. 330 („kein Aberkennungsbeschluss der Fakultät in der Akte“) ~ B BArch, R 3001/76525 ~ AoRB, 2007, S. 266 ~ www.freepages.genealogy.rootsweb.ancestry.com/-alcalz/aufbau/1948/1948pdfj14a25s08170045 (Todesanzeige).

77 Sinzheimer, Hugo, Prof. Dr. jur. (Heidelberg 1898; Entziehung 1937) ~ 12. 4. 1875 Worms – 16. 9. 1945 Bloemendaal-Overveen/NL.; ⚭ Paula Johanna Selig (1890–1960; deren Schwester Else, verheiratet mit dem 1933 verstorbenen Nürnberger Anwalt Ludwig Ehrenbacher wurde 1943 aus Würzburg nach Auschwitz deportiert; von ihren 3 Kindern entkam nur die älteste Tochter durch Emigration der Deportation); SchwS: Rechtsanwalt Dr. Richard Mainzer (1907–1966).

Seit 1903 Rechtsanwalt und seit 1922 Notar (Frankfurt a. M.) ~ 1914 Mitglied der SPD ~ 1919–1920 Mitglied der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung (SPD) ~ seit 1920 Honorarprofessor für Arbeitsrecht und Rechtssoziologie und Mitbegründer der Akademie für Arbeit (Frankfurt a. M.) ~ Mitherausgeber der Zeitschrift „Die Justiz. Monatsschrift für Erneuerung des deutschen Rechtswesens, zugleich Organ des Republikanischen Richterbundes“ (1925–1933) ~ 1933 nach Schutzhaft Flucht in das Saargebiet und weiter nach Holland ~ 11. 9. 1933 Entzug der Lehrbefugnis ~ Berufsverbot ~ Professur in Amsterdam und Leiden ~ 1935 Schriftenverbot (Liste 1 „Völkerrechtsgeist“ [Rede zur Einführung in das Programm der Zentralstelle „Völkerrecht“, gehalten auf der Gründungsversammlung am 3. Dezember 1916, Leipzig 1917]) ~ 1937 Ausbürgerung ~ im Verzeichnis jüdischer Verfasser juristischer Schriften (1937) erfasst ~ 1938 „Jüdische Klassiker“, verboten Dez. 1938 ~ Juni 1939 Geheime SD-Liste Erfassung führender Männer der

Systemzeit („Wissenschaftler“: *Emigrant, Jude*) – *Nach 1933: Seit 1934 als Professor an der Universität Leyden und Amsterdam. Wurde am 12. 4. 1937 ausgebürgert.* ~ Mai 1940 gescheiterter Fluchtversuch nach England ~ Rückkehr nach Amsterdam und zusammen mit seinem Schwiegersohn „von den Nazis verhaftet“ ~ Überführung in ein Gefängnis in Celle oder Hamburg ~ während sein Schwiegersohn „ein paar Monate länger“ in Haft blieb „und dann mit einem Transport nach Kuba geschickt wurde“, kam Sinzheimer dank der Bemühungen seiner Ehefrau nach zwei Monaten zurück nach Amsterdam ~ 21. 2. 1941 als Hochschul-lehrer (Leiden) entlassen ~ nach kurz-zeitiger Haft Anfang Aug. 1942 mit seiner Ehefrau von holländischen Freunden versteckt, „erst in Amsterdam, dann in Haarlem und zuletzt in Bloemendaal“ (U. Poostma-Sinzheimer).

A 13. 11. 1936: Gestapo [Frankfurt], mutmaßlich an Gestapa:

In seiner politischen Gesinnung ist Sinzheimer Marxist, „sei SPD-Mitglied gewesen, habe am Institut für Sozialforschung in Frankfurt gelehrt usw.“ (Mussgnug). Am 17. Dez. übersandte der RuPrMdI (Hering) dem AA im Anschluss an ein vertrauliches Schreiben v. 20. Nov. ebenfalls vertraulich ein Schreiben des RuPrMfWEuV (Busse) vom 30. Nov. an den Bad. Minister des Kultus und Unterrichts, der danach veranlaßt wurde, daß dem Dr. Hugo Sinzheimer die ihm am 21. Mai 1898 von der Universität Heidelberg verliehene Doktorwürde wieder entzogen wird. Die Juristische Fakultät der Universität Heidelberg beschloss am 18. Dez. aber zunächst, eine Entscheidung bis zum Abschluss des Ausbürgerungsverfahrens zurückzustellen. Nach der Ausbürgerung wurde Sinzheimer die Doktorwürde noch „im selben Jahr“ entzogen.

■ 20. 11. 1936/21. 1. 1937: RuPrMdI (Hering)/AA (nachdem die DG Den Haag am 7. Jan. das Ergebnis der *eingezogenen Erkundigungen* mitgeteilt hatte. Danach war Sinz-

heimer im September 1935 zum *außerordentlichen Professor an der Universität Leiden* ernannt worden, und zwar auf Vorschlag des Kuratoriums der „*Stiftung zur Beförderung des Studiums der Arbeitsrechte und der Rechtssoziologie in den Niederlanden*“, dem die *Universitätsprofessoren [Paul] Scholten und [David] van Embden sowie Dr. G[eorge]. van den Berg* angehören.

Da der Leidener Universität für die Vorlesungen über Arbeitsrecht und Soziologie bereits zwei Dozenten zur Verfügung stehen, war praktisch kein Bedürfnis für die Errichtung eines neuen Lehrstuhls vorhanden.

Die Vorlesungen Sinzheimers sollen im übrigen wenig Interesse finden und nur von einigen linksgerichteten Studenten besucht sein. In den Kreisen der Leidener Professoren soll Sinzheimer sich keiner Wertschätzung erfreuen. Über seine politische Betätigung in Holland ist der Gesandtschaft nur bekannt geworden, daß er im April vorigen Jahres auf einer Tagung sozialdemokratischer Studenten als Redner auftrat. Gegen die Ausbürgerung bestehen hier keine Bedenken.) ~ 12./14. 4. 1937: RuPrMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99659; Hepp, Liste 11 (31; 80–84: *Ehefrau u. K*) ~ D Lohn und Aufrechnung. Ein Beitrag zur Lehre vom gewerblichen Arbeitsvertrag auf reichsrechtlicher Grundlage, Berlin 1902; DRA vom 1. 6. 1937; Moritz, 2001, S. 560 ~ E Das Problem des Menschen im Recht. Rede, gehalten bei dem Amtsantritt als besonderer Professor für Rechtssoziologie an der Universität von Amsterdam am 6. November 1933, Groningen, 1933; Jüdische Klassiker der deutschen Rechtswissenschaft, Amsterdam 1938 („als Antwort auf die Tagung ‚Das Judentum in der Rechtswissenschaft‘, die im Oktober 1936 stattgefunden hatte“ [Mussgnug]; verboten durch den RFSSuChdDtPoliRMdI) ~ B Ernst → Fraenkel (1958), in: *Gesammelte Schriften*, Bd. 1, 1999, S. 620–631; BHdE I, 1980, S. 705; *Juristen an der Universität Frankfurt am Main*, 1989, S. 67–83, 80 (Hans-Peter Benöhr); *Kritische Justiz*, 1988, S. 282–294 (Rainer Erd); Rasehorn, 1988, S. 60–66 (Franz Mestitz: *Einige Erinnerungen an Hugo Sinzheimer*), 67–69; Diestelkamp/Stolleis, *Juristen*, 1989, S. 67–83 (Benöhr); Göppinger, ²1990, S. 318; M.d.R., ³1991, S. 475–477/Nr. 1498; Susanne Knorre,

Soziale Selbstbestimmung und individuelle Verantwortung. Hugo Sinzheimer (1875–1945), Frankfurt a. M. 1991, S. 21 (irrtüml. „1933“ ausgebürgert); Deutsche Juristen jüdischer Herkunft, 1993, S. 615–630 (Benöhr); Stolleis, Juristen, 1995, S. 568 f. (R[oland] Schimmel); Heuer/Wolf, 1997, S. 353–357; „Meinetwegen ist die Welt erschaffen“, 1997, S. 324–332 (Benöhr); Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 190 f. (Entschädigungsakte: HHSTA Wiesbaden, 518/20479); Mussgnug, 2006, S. 299; EdRW I, 2012, S. 482–504; Frank Decker, Hugo Sinzheimer – der Schöpfer des deutschen Arbeitsrechts, in: Christian Krelle (Hg.), Vordenkerinnen und Vordenker der Sozialen Demokratie: 49 Porträts, Bonn 2015, S. 324–329; Christoph Müller, Hugo Sinzheimer (1875–1945). Selbstorganisation und Selbstverwaltung im Arbeitsrecht, in: Detlef Lehnert (Hg.), Vom Linksliberalismus zur Sozialdemokratie. Politische Lebenswege in historischen Richtungskonflikten 1890–1945, Köln [u. a.] 2015, S. 145–174 ~ Else Ehrenbacher geb. Selig; Strauss, 1997, S. 79 f.; Weber, 2006, S. 273; JUF-Datenbank – Historisches Unterfranken (s. u. Ehrenbacher u. Reis, Anne J. geb. Ehrenbacher) ~ R. Mainzer, Assistent Sinzheimers und Anwalt in dessen Kanzlei, war 1933 mit nach Holland emigriert. Er heiratete 1935 Gertrud Sinzheimer, die 1937 unter ihrem Mädchennamen mit ausgebürgert wurde. R. Mainzer – auch später nicht ausgebürgert – schlug sich „unter anderem als Nachtportier“ durch; über Kuba emigrierte er nach New York, wo er später als Anwalt tätig war. Seine in Holland untergetaucht lebende und von ihren Kindern getrennte Ehefrau gelangte „illegal“ in das Lager Westerbork, um ihre in einem Kinderheim verratenen und nach dort verschleppten Kinder zu retten: „Und das hat sie auch getan.“ Mit ihren Kindern überlebte sie Bergen-Belsen und wurde in einem Lager bei Biberach befreit; später Richterin in New York; Ursula P[ostma-Sinzheimer], In Memoriam Hugo Sinzheimer, in: Jakob/van der Voort, 1988, S. 210–220 ~ Göppinger, ²1990, S. 300; Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 171; EdRW I, 2012, S. 488 f., 499.

78 Steinschneider, Adolf Moritz ~ 20. 6. 1894 Döberitz b. Berlin – 11. 6. 1944 Frankreich; Ⓜ I. Frieda Kätzler (* 1898 Schöneberg); II. Eva Reichwein geb. Hillmann (1899–1968; verh. in 1. Ehe mit dem Reformpädagogen und 1944 hingerichteten Widerstandskämpfer Adolf Reich-

wein); *GroßV*: Moritz St. (1816–1907; Judaist, Begründer der hebräischen Bibliographie), *V*: Justizrat Max St. (1853–1915).

1917 Kriegsdienst ~ 1918 im Auswärtigen Amt (Pressearchiv) ~ nach Teilnahme am Spartakusaufstand 1919/20 in Haft ~ danach Fortsetzung der juristischen Ausbildung ~ seit Okt. 1925 Rechtsanwalt (Berlin), im Adressbuch aber nur als Referendar (1925) bzw. 1926 (Assessor) unter der Adresse seiner verwitweten Mutter nachweisbar ~ 1926 kurzzeitig Rechtsanwalt in Celle, danach in Frankfurt a. M. ~ Rechtsberater der Deutschen Friedensgesellschaft und Engagement für die Deutsche Liga für Menschenrechte ~ Wahrnehmung von Mandaten der Roten Hilfe ~ 28. 2. 1933 Flucht in die Schweiz ~ Verwüstung der Wohnung und des Büros durch SA ~ Berufsverbot ~ in der Schweiz als politischer Flüchtling anerkannt ~ nach einer Reise nach Frankreich Entziehung des Asylstatus in der Schweiz ~ in Frankreich auf Unterstützung durch die beiden nach Palästina ausgewanderten Brüder angewiesen ~ zusammen mit Alfred Apfel und Anselm Rüest Gründung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und Kunst im Ausland ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ während des Krieges zeitweise interniert bzw. Prestataire ~ auf der Flucht am 11. 6. 1944 in Bellac verschollen, mutmaßlich ermordet.

A 27. 1. 1939: Gestapo Frankfurt a. M. (Weiss-Bollandt) an Gestapa:

Der Jude Steinschneider [Frankfurt/M., Mainkai Nr. 26] besitzt die deutsche Reichsangehörigkeit. Er war [...] verheiratet. Die Ehe wurde [...] geschieden. Aus der Ehe sind keine Kinder hervorgegangen. Steinschneider ist Anfang 1933 ins Ausland geflüchtet [jetziger Aufenthalt: Schweiz], da er vermutete, wegen politischer Umtriebe in Schutzhaft genommen zu werden.

Wann, wo und in welchem Lehrfach Steinschneider seinen Dokortitel erworben hat, konnte weder bei der Stadtbibliothek in Frankfurt a. M. noch bei der Deutschen

Bücherei in Leipzig ermittelt werden. Entweder hat er den Titel im Ausland erworben, oder aber sich unrechtmässigerweise zugelegt.

Steinschneider, von Beruf Rechtsanwalt, ist am 18. 3. 1926 von Berlin kommend hier zugezogen und vertrat als Nachfolger des 1925 verstorbenen kommunistischen Rechtsanwalts Hugo Seckel die Interessen der Mitglieder der kommunistischen Partei und deren Organisationen vor Gericht. Er war Mitglied der KPD, bzw. der Opposition dieser Partei und hielt in Versammlungen der Unterorganisationen der KPD, wie Rote Hilfe, RGO und auch in Funktionärssitzungen der Antifa Vorträge über das Verhalten der Angeklagten vor Gericht und bei der Polizei. Seit Jahren war Steinschneider als Kommunist bekannt, so wurde auch bei ihm am 16. 9. 19 das Sekretariat der Reichszentrale der KPD ausgehoben. Wegen Teilnahme an der Besetzung des Berliner Mosse-Hauses wurde er durch Urteil des Landgerichts I in Berlin wegen Aufruhrs zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt (Aktenzeichen 67 J 111/19). Im April 1930 leitete die Oberstaatsanwaltschaft ein Official-Strafverfahren gegen Steinschneider ein, da Steinschneider verschiedenen Polizeibeamten aus Worms wiederholt offiziell den Vorwurf des Meineides gemacht hat. Das Verfahren wurde jedoch aufgrund der Amnestie des Reichspräsidenten eingestellt. Steinschneider wird als gefährlicher Kommunist geschildert, der bei allen Umzügen und Versammlungen der KPD anzutreffen war.

Aus den Akten 8 J 130/38 des Oberreichsanwalts in Berlin geht hervor, dass er auch in der Schweiz in der trotzkistischen Bewegung gearbeitet hat, und zwar zusammen mit der Maria Sevensch, die im Sommer 1935 als Hauptleiterin des Kreises Basel die Arbeit des Trotzkistenkreises in das Reich finanziert haben soll.

Vermögenswerte sind nicht vorhanden. Eine Steuerschuld beim Finanzamt Ost in Frankfurt a. M. aus den Jahren 1929 bis 1932 im Betrage von 3.015,85 wurde niedergeschlagen, da die Beitreibung erfolglos war. Ein Hypothekenbrief über RM 10.000,-, aufgewertet RM 2.500,-, ist bei der Finanzkasse Ost hin-

terlegt und soll für die niedergeschlagenen Steuern Verwendung finden.

Ich bitte, Steinschneider wegen seines staatsfeindlichen und volksschädigenden Verhaltens zur Ausbürgerung vorzuschlagen.

■ 17. 2./9. 6. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Bern am 26. Mai keine Bedenken geltend gemacht und ergänzend mitgeteilt hatte: Der Jude Steinschneider soll angeblich seinen jetzigen Aufenthalt in der Schweiz haben. Die Feststellungen der deutschen Konsularbehörden in der Schweiz haben ergeben, dass über den Aufenthalt in der Schweiz nichts bekannt ist.) ~ 22./24. 6. 1939: RMDI/DRA.

Aufgrund einer Mitteilung der Landesgruppe Frankreich beantragte die Leitung der AO der NSDAP (Rechtsamt, Haesler) mit Schreiben v. 15. 7. 1941 an das AA die Ausbürgerung der Eva Reichwein nebst Tochter. Das Amt (Rademacher) übersandte am 6. Aug. dem Reichsführer SS pp eine Abschrift des Schreibens zur Kenntnis und mit dem Anheimstellen [...], das Weitere zu veranlassen und unterrichtete darüber die Leitung A.O. der N.S.D.A.P. Das weitere Verfahren ist nicht ersichtlich; Eva Reichmann wird aber noch in einer 18 Ausbürgerungsvorschläge umfassenden Liste der Konsulatsabt. der DB Paris v. 5. 11. 1941 genannt; die Ausbürgerung der vorgenannten Personen hat der Hobeitsträger Frankreich bereits seinerseits bei der Leitung der Auslands-Organisation der NSDAP, Rechtsamt, in Vorschlag gebracht. Die genannten Gründe entsprechen weitgehend dem Antrag der A.O. der NSDAP v. 15. Juli:

► Reichwein [Stenotypistin, geb. 11. 8. 1899 Hamburg, gegenwärtiger Aufenthalt: Bellac (Haute Vienne), letzter inländischer Wohnort: Frankfurt/M.-Eschersheim, Altheimstraße 10 (1938),

Eltern: Studienrat i. R. Johannes Hillmann und Luise geb. Hennicke in Frankfurt a. M., Kind: Marie-Luise, geb. 7. 6. 1927 in Frankfurt a. M. (Mischling 1. Grades)] ist geschieden. Sie hat bereits vor dem Kriege in Paris mit dem Juden Adolf Steinschneider gelebt und mit ihm das vorgenannte Kind. Steinschneider

ist z. Zt. im Prestatairelager St. Saver/Bellac (Haute Vienne). In Bellac hält sich z. Zt. auch Reichwein auf.

Reichwein ist im Jahre 1928 der SPD. beigetreten und 1933/34 wegen Beihilfe zum Hochverrat mit 5 Monaten Gefängnis bestraft worden.

Der Hoheitsträger Frankreich hat aus diesen vorangeführten Gründen einem Rückführungsantrag der Reichwein nicht stattgegeben.

Eine Ausbürgerung von Eva Reichwein und ihrer Tochter ist nicht dokumentiert.

Q PA/AA, R 99798, R 100029; Hepp, Liste 120 (138); PA/AA, R 100037 u. 100045 (E. Reichmann) ~ B BArch, R 3001/77362 ~ Im Strom der freien Konkurrenz Teil III: www.steinschneider.com ~ Adolf Moritz Steinschneider Archiv e. V.: www.steinschneider.net ~ Nachlass: DEA Frankfurt/M. ~ Eckhart Grünewaldt, Auswertung eines einzigartigen Briefnachlasses – Adolf Moritz Steinschneider. Hg. v. Editha Loch, Frankfurt/M. 1988; Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 278–281; Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 192 f.; Christa Schell, „Das Leben war immer eine Versuchswerkstatt“ – Der Utopist und Weltbürger Adolf Moritz Steinschneider, Feature hr 2, 20. 6. 2006: http://mp3.bildung.hessen.de/hr2/2006/0006db90_06_081.mp3; AoRD, 2007, S. 323 f.; Annette Vogt, Von der Ausgrenzung zur Akzeptanz, von der Akzeptanz zur Ausschließung, in: Jüdische Mathematiker in der deutschsprachigen akademischen Kultur, hg. v. Birgit Bergmann u. Moritz Epple, Berlin-Heidelberg 2009, S. 12–33, 26 ~ A. Reichwein (1898–1944): NDB 21 (2003), S. 322–324 (Ullrich Amlung).

79 Stern, Erich Harry, Dr. jur. (Halle 1923; Entziehung) ~ 28. 5. 1896 Berlin – Auschwitz.

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ 1935 als Notar entlassen ~ 1938 Berufsverbot ~ Emigration (Niederlande) ~ 1939 Ausbürgerung ~ 21. 4. 1943 ab Amsterdam nach Theresienstadt und von dort am 29. 9. 1944 nach Auschwitz deportiert.

A 14. 3. 1939: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa:

Ich beantrage die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Dr. jur. [...] Stern [...].

► Der Jude St. [Berlin, Motzstr. 90; jetziger Aufenthalt: Amsterdam; Abwanderung: 20. 3. 1936] war Abonnent der republikanischen Wochenschrift „Deutsche Republik“ und hat das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ finanziell unterstützt.

Inländische Vermögenswerte sind nicht bekannt.

Stern war hier ledig.

■ 29. 4./22. 5. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag am 11. Mai keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 14./16. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99795–15; Hepp, Liste 118 (132) ~ D Das Verfahren bei der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen, 1923 ~ B BArch, R 3001/77419 ~ AoRB, ²2007, S. 272 (u. lt. Gedenkbuch des Bundesarchivs: Stern, Erich Heinrich).

80 Strauss (Strauß), Ernst, Dr. jur. (Frankfurt 1932; Entziehung 1940) ~ * 15. 3. 1907 Frankfurt a. M.

März – Juni 1933 Rechtsanwalt (Frankfurt a. M.) ~ Flucht in die Schweiz ~ Berufsverbot ~ Deutsches Steckbriefregister (Nr. 253 v. 1. 7. 1933): B[egünstigung] URL III Frankfurt a. M. 6 d J 146/33 UR III 20/33 ~ 1939 Ausbürgerung.

A 6. 5. 1939: Gestapo Frankfurt/M. (Weiss-Bollandt) an Gestapa:

Der Jude Ernst Strauss besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Im hiesigen Melderegister war er als ledig verzeichnet. Er war bis zum 16. 11. 1933 zusammen mit seiner Mutter, der Witwe Jettchen Strauss, geb. Strauss, geb. am 15. 1. 84 in Gross-Karben, in der Elkenbachstrasse Nr. 10 polizeilich gemeldet. Im Herbst 1933 flüchtete er nach Paris, wo er sich heute noch befindet. [...]

Strauss war Leiter des sozialistischen Rechtsschutzverbandes in Frankfurt a. Main. In dieser Eigenschaft hat er dem Schreiner Heinrich Ockert, geb. am 28. 5. 1912 in Celle,

der in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 den SS-Mann Josef Bleser im Stadtteil Ffm.-Höchst erschossen hat, zur Flucht ins Ausland verholpen, indem er den Kraftwagen und dessen Führer herbeischaffte. Er gehörte dem sozialistischen Studentenbund an und war Funktionär der SPD. Ferner wurde bekannt, dass der antideutsche Verlag Oprecht in Zürich, als Leiter seiner Vertriebsstelle in Paris, Dr. Ernest Strauss, Paris IVem 2 Square Léon Guillot, angibt. Die von der deutschen Botschaft in Paris angestellten Ermittlungen haben ergeben, dass Strauss unter vorstehender Adresse wohnt. Ende 1934 wurde durch die hiesige Zollfahndungsstelle ein Brief mit Greuelmeldungen an die Deckadresse des Strauss in Paris angehalten. Es handelte sich um angebliche Übergriffe der SA und SS anlässlich des Judenboykotts vor dem Weihnachtsfest 1934. Der Absender konnte nicht ermittelt werden. Die staatsfeindliche Betätigung des Strauss im Ausland ist somit hinreichend bewiesen.

Steuerrückstände sind nicht vorhanden. Irgendwelche Vermögenswerte konnten nicht ermittelt werden.

Ich bitte, Strauss wegen seines staatsfeindlichen Verhaltens zur Ausbürgerung vorzuschlagen.

■ 15. 6./8. 8. 1939: RFSS/AA (nachdem die Konsulatsabt. der DB Paris am 31. Juli keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 22./23. 8. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99809; Hepp, Liste 132 (133) ~ **D** Staatsverwaltung und Selbstverwaltung im dezentralisierten Einheitsstaat. Ein Vorschlag zur Reichs- und Verwaltungsreform, Bochum-Langendreer 1933; Becker, [1994], S. 73 ~ **B** BArch, R 3001/77709 ~ Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 195 ~ Ockert – Mitglied der SPD und Sturmtruppführer des Reichsbanners – wurde aufgrund eines Haftbefehls am 29. 3. 1933 in Zürich verhaftet. Seiner Auslieferung – vom preuss. Justizminister am 13. 4. 1933 verlangt – entging er durch Anrufung des Bundesgerichts, das seine „Einsprache“ am 20. 10. 1933 guthieß und befand, dass die Auslieferung „demnach nicht stattzufinden“ habe; www.senat.unibe.ch/ddfr/pdf/c1059136.pdf (21. 2. 2018); SwissA, mehrere Dossiers (1933–1937).

81 **Strauß**, Richard ~ 29. 9. 1872 Alzey – 11. 2. 1944 Auschwitz; ∞ 1905 Helene Kann (1885–1944 Auschwitz).

Rechtsanwalt (Bingen) ~ assoziiert mit Robert → Stern ~ Frühjahr 1933 zusammen mit der Ehefrau und den vier jüngsten Töchtern Emigration (Driebergen-Rijsenburg, Holland) ~ 30. 7. 1933 bittet St. den Landgerichtspräsidenten um Löschung der Anwaltszulassung ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ 1944 zusammen mit seiner Ehefrau und den Töchtern Elise (* 1909) und Lea (* 1921) in Westerbork interniert und von dort nach Auschwitz deportiert ~ Stolpersteine (2013): Bingen, Kurfürstenstr. 3.

A Nach einer Mitteilung der DG Den Haag an das Hessische Landgericht vom 14. 11. 1934 schwebte gegen R. Strauß ein Verfahren zur Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit. Merkwürdigerweise beantragte die Gestapo Darmstadt ([Willy] Müller) aber erst am 4. 10. 1937 beim Gestapa die Eröffnung des Verfahrens:

Der Volljude Richard Strauß [Bingen, Kurfürstenstraße 1, wohnhaft], Rechtsanwalt, [...] ist mit der Volljüdin [...] verheiratet. Aus der Ehe sind fünf Kinder hervorgegangen: [...].

Er war seit dem 10. Januar 1898 in Bingen wohnhaft gewesen und unterhielt gemeinsam mit dem jüdischen Rechtsanwalt Robert Stern in Bingen eine Rechtsanwaltspraxis. Das persönliche wie auch das berufliche Verhalten des Strauß gaben seit vielen Jahren zu ständigen Klagen Anlaß. Er ist mehrmals wegen Beleidigung bestraft worden. Auch die Anwaltskammer soll verschiedentlich gegen ihn wegen Verletzung seiner Berufspflichten eingeschritten sein. Er ist wie folgt vorbestraft: [wegen Beleidigung in 3 Fällen 1912, 1917 und 1932 sowie 1913 wegen eines Vergehens gegen die Gewerbeordnung].

Wegen krimineller Vergehen schweben keine Strafverfahren gegen Strauß. Er gehörte der Deutschen Demokratischen Partei an und war in der Nachkriegszeit ein Jahr Mitglied des Binger Stadtverordnetenkollegiums. Im Jahre

1923 schloß er sich der separatistischen Bewegung an. Bereits im September 1923 schrieb er an den bekannten und berüchtigten Amtsgerichtsrat Dr. Liebing in Mainz-Weisenau einen Brief unter dem Motto „Brutus, mein Sohn, warum schläfst Du?“ und forderte Liebing zum aktiven Handeln im Sinne eines Separatistenputsches auf. Bei der Besetzung Bingens durch die Separatisten unterschrieb Strauß mit anderen Binger Bürgern die Vollmachten des sogen. Exekutivkommités. Später trat er jedoch aktiv nicht mehr in Erscheinung.

In den folgenden Jahren war Strauß Mitglied der Friedensgesellschaft und betätigte sich in deren Versammlungen sehr oft als Diskussionsredner. Zeitweise war er auch Mitglied des Vorstandes dieser Gesellschaft.

Nach der nationalen Erhebung ist Strauß in politischer Beziehung nicht mehr in Erscheinung getreten. Die Bevölkerung hatte jedoch sein vaterlandsverräterisches Verhalten während der Separatistenzeit nicht vergessen und versuchte mit ihm abzurechnen. Am 31. März 1933 ist Strauß heimlich von Bingen abgereist und hat sich nach Holland gewandt, wo er sich jetzt als „Deutscher Rechtsanwalt“ in Den Haag, Zeestraat Nr. 75, niedergelassen hat. Kurze Zeit später folgten ihm seine Ehefrau und seine jüngste Tochter Lea. Die Familie Strauß wohnt jetzt in Den Haag, Willemstraat 85. [...]

Über die Vermögensverhältnisse des Strauß hat das Finanzamt Bingen folgende Auskunft erteilt: „[...] Rückstände konnten nur im Wege der Beitreibung durch Nach- und Forderungspfändungen und Eintragung von Sicherungshypotheken eingezogen werden. [...] Rückstände an Reichs- und Landessteuern sind seit 17. September 1936 bis heute nicht mehr in Erscheinung getreten.

Strauß ist als böswilliger Steuerzahler anzusehen, da die Nichtzahlung der Steuern auf keinem Unvermögen beruht.“

Die Ehefrau Strauß und die Kinder sind in politischer und krimineller Hinsicht nicht in Erscheinung getreten.

Im Hinblick auf das vaterlandsverräterische Verhalten und die wirtschaftsschädigende

Einstellung des Juden Richard Strauß halte ich die Einleitung eines Ausbürgerungsverfahrens für angebracht. Ich bitte daher, gegen Strauß ein Verfahren [...] einzuleiten und es aus Zweckmäßigkeitsgründen auf die in Gemeinschaft mit Strauß lebende Ehefrau Helene geb. Kann und die Tochter Lea Strauß auszudehnen.

11. 6. 1938: Gestapa (Keller) an RFSSuChdDtPoliRMdI, Ausbürgerungsvorschlag – mit Vermögensbeschlagnahme und Verfallerklärung sowie Erstreckung auf die Ehefrau und drei Töchter: Die Erstreckung der Ausbürgerung auf Miriam Strauss kommt nicht in Betracht, da sie mit dem Juden Ernst Feist verheiratet ist und im Lande wohnt. Auch die Erstreckung auf Ruth Strauß kommt nicht in Betracht, da diese mit dem Juden Paul Schmalz [Schwager von Robert → Stern] verheiratet ist, gegen den nichts vorliegt.

■ 24. 6./13. 7. 1938: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag am 30. Juni aus außenpolitischen Gründen keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 11./13. 8. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99711; Hepp, Liste 59 (30; 69–72: Ehefrau u. 3 T) ~ B www.juedisches-bingen.de/241.0.html (Beate Goetz; dort Hinweis auf das Schreiben der DG Den Haag; das von R. Strauß 1914 erworbene Haus in der Mainzer Straße und ein weiteres Haus in der Schmittstraße 4 gelangten durch den mit der Ausbürgerung verfügten Vermögensverfall in Reichsbesitz; letzter Zugriff: 15. 6. 2019; Krach, 2007, S. 18.

82 Tänzer, Paul, Dr. jur. (Tübingen 1921; Entziehung 1939) ~ 9. 6. 1897 Hohenems, Amt Feldkirch – 12. 7. 1945 Tel Aviv; ⚭ Irma Marx (* 1902 Ludwigsburg, Württ.).

Seit 1925 Rechtsanwalt (Stuttgart, Wilhelmstr. 14 [1937]) ~ 1938 Berufsverbot ~ Emigration (Palästina) ~ 1939 Ausbürgerung ~ nach erneutem Studium seit 1943 Anwalt (Tel Aviv).

A 24. 11. 1938: Gestapo Stuttgart (Schröder) an Gestapa:

Der jüdische Emigrant Dr. jur. Paul Tänzer, Rechtsanwalt, [...] Stuttgart, Relenbergstr. 60, jetzt vermutl. in Palästina, besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Er ist nach standesamtlichem Eintrag in Stuttgart Württembergischer Bürger in Göppingen lt. Urkunde vom 11. 2. 1921.

Er hat sich am 14. März 1924 in Stuttgart mit der Jüdin [...] verheiratet. Aus der Ehe sind keine Kinder hervorgegangen.

Über den Lebenslauf des Tänzer ist hier nichts Näheres bekannt geworden. Er hat nach seinem Studium in Tübingen [...] zum Dr. jur. promoviert.

Nachdem er bei verschiedenen Firmen als Syndikus tätig war, hat er sich selbständig gemacht und sich als Rechtsanwalt in Stuttgart, Königstrasse 46 (Mittnachtsbau) niedergelassen.

Mit politischer Betätigung vor und nach der Machtübernahme ist er nach aussenhin nicht in Erscheinung getreten. Als Jude kämpfte er für deren Ziele und wurde in seinen Kreisen deshalb sehr bekannt. Er war Leiter der zionistischen Ortsgruppe und hat sich in dieser Funktion aktiv als Redner und Gründer von weiteren Ortsgruppen eingesetzt. Als Redner hatte er durchweg das Ziel „Die Errichtung des Judenstaats in Palästina“ im Auge. So sprach er auch einmal in einer Vortragsreihe über „Zionistische Führerpersönlichkeiten, ihr Leben und Werk“. Tänzer hat an dem XIX. Zionistischen Konress 1932 [1935] in Luzern teilgenommen und dort einen Vortrag über die Themen „Deutschland in der Keren-Hayesot-Konferenz“ und „Ungenügender Einfluss im jüdischen Volk“ gesprochen.

Er war Angehöriger der Stuttgart-Loge (Tochterloge des Unabhängigen Ordens Bnei Briss – U.O.B.B. -) vom 16. 2. 1925 bis zu ihrer Auflösung. In Stuttgart versah er das Amt eines Bezirksrabiners. 1934 ist er aus dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten ausgetreten. Als Ausschussmitglied des „Berthold-Auerbach-Vereins“ war er verschiedene Jahr tätig.

In der Gemeindezeitung „Die Israelitische Gemeinde“ hat er verschiedentlich Artikel geschrieben, u. a. „Warum Zionismus“.

Am 5. 1. 1923 wurde Tänzer der Staatsanwaltschaft Stuttgart wegen Verdachts der Urkunden-Fälschung und Amtsanmassung zur Anzeige gebracht. Er hat seinerzeit seiner Zimmervermieterin Emilie Janzer, Stuttgart, Neue Weinsteier 3, eine Vorladung vor das ehemalige Wohnungsamt zugeschickt, die er mit dem Namen „Obersekretär Neumann“ unterschrieben hatte. Das Verfahren wurde durch Beschluss vom 29. 3. 1923 Aktenz. AB 4 Nr. 2679 II Nr. 11069 eingestellt.

Vom Finanzamt Stuttgart-Nord Aktenz. Strafliste 1936 Nr. 16 wurde er am 26. 2. 1937 wegen Einkommensteuer-Gefährdung auf Grund des § 402 der A.O. zu 1.200,- RM Geldstrafe verurteilt.

Tänzer sowie seine Ehefrau haben noch bedeutende Inlandsvermögen, bestehend aus Bargeld, Forderungen, Lebensversicherung usw. bei verschiedenen Banken in Stuttgart niedergelegt. Steuerverfehlungen, mit Ausnahme der bereits obengenannten, bezw. Devisenvergehen sind nicht bekannt geworden.

Die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit sind nach dem Erlass [...] vom 30. 3. 1937 [...] erfüllt.

Ich bitte daher, Tänzer und seine Ehefrau [...] zur Ausbürgerung vorzuschlagen und gleichzeitig die Beschlagnahme bezw. Verfallenerklärung der inländischen Vermögenswerte zu Gunsten des Reichs zu beantragen.

■ 7. 11./30. 12. 1938: RFSS/AA (nachdem das DGK Jerusalem am 7. Dez. keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 16/18. 1. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99751; Hepp, Liste 87 (85; 86: Ehefrau) ~ D Die Rechtsgeschichte der Juden in Württemberg 1806–1828, Berlin [u. a.] 1922 ~ B BAArch, R 3001/78011 ~ Marx, 1965, S. 210; Göppinger, 1990, S. 321.

83 Thalmann, Emil, Dr. jur. (Erlangen 1920; Entziehung 1940) ~ 29. 3. 1892 Ichenhausen – 30. 10. 1944 Auschwitz; ♂ Martha Sophie Wolfsheimer (* 1896–1944 Auschwitz).

Dekorierter Frontkämpfer (Offizier; verwundet) ~ seit 1921 Rechtsanwalt (Nürn-

berg) ~ in der *Kristallnacht* 1938 Zerstörung der Wohnung ~ 1939 Emigration (Holland) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1943 nach Theresienstadt und von dort zusammen mit seiner Ehefrau in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert.

A 11. 5. 1940: Gestapo Nürnberg (Dr. Kießel) an RSHA:

Ich schlage vor, den fr. Rechtsanwalt Dr. Emil Israel Thalmann [...] gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. 7. 1933 [...] der deutschen Reichsangehörigkeit für verlustig zu erklären und die Ausbürgerung auf die Ehefrau [...] zu erstrecken.

Thalmann [Nürnberg, Heideloffplatz 5/II, jetziger Aufenthalt: vermutlich: London] ist der Sohn der jüdischen Eheleute Julius Thalmann und Mathilde, geb. Viktor, ist Rasse- und Bekenntnisjude und besitzt die deutsche Reichsangehörigkeit. Seine Ehefrau [...] ist ebenfalls Rasse- und Bekenntnisjüdin. Aus dieser Ehe sind Kinder nicht hervorgegangen. Am 16. 2. 1919 ist Thalmann, vom Militär kommend, in Nürnberg zur polizeilichen Anmeldung gelangt; die polizeiliche Abmeldung mit seiner Ehefrau nach England erfolgte am 17. 7. 1939.

In krimineller Hinsicht liegt gegen Thalmann nachteiliges hier nicht vor. Vorstrafen und schwebende Strafverfahren, – insbesondere wegen Hochverrats, sind nicht anhängig.

An inländischen Vermögenswerten besitzt Thalmann nach Mitteilung des Oberfinanzpräsidenten – Devisenstelle – Nürnberg vom 23. 9. 1939 nur noch Außenstände aus seiner Rechtsanwaltspraxis in Höhe von 541,40 RM, mit deren Einziehung der Konsulent Dr. Max Israel Stern in Fürth beauftragt ist. Dieser ist angewiesen, die eingehenden Beträge nach Abzug der Kosten dem Auswanderersperkonto des Dr. Thalmann bei der Bayer Staatsbank in Nürnberg zu überweisen.

Rückstände an Steuern oder sonstigen öffentlichen Abgaben haben die Genannten nicht hinterlassen.

Wenn auch über eine politische Betätigung des Thalmann in der Öffentlichkeit Nachtei-

liges nicht bekannt geworden ist, so ist doch festgestellt, dass er Mitglied der „Jakob Herz-Loge L XXXIX, 913 Nürnberg 1929“, war.

Durch die Zugehörigkeit zu einer Organisation, die mit allen Mitteln die Niederhaltung, ja sogar Vernichtung des Nationalsozialismus anstrebte, hat Thalmann gezeigt, dass er ein Feind des deutschen Volkes ist.

Aus diesem Grunde erscheint die Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit geboten und gerechtfertigt. Die Erstreckung der Ausbürgerung auf die Ehefrau, die bis zur Auswanderung den gemeinsamen Haushalt führte und diesen auch im Ausland wieder versehen wird, erscheint im Hinblick auf das bestehende Familienband veranlasst.

■ 26. 6./4. 7. 1940: RFSS/AA ~ 22./26. 7. 1940: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99872; Hepp, Liste 194 (169; 170: Ehefrau) ~ **D** Die Klausel freibleibend in Verträgen des bürgerlichen und des Handelsrechtes, 1920; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 95 ~ **B** BAArch, R 3001/78119 ~ Weber, 2006, S. 294 f.; zu Max Lambert Stern (1885–1964) ebd., 293 f. (ohne Nachweis einer Promotion).

84 Theilhaber, Robert, Dr. jur. et rer. pol. (Würzburg 1908; Entziehung 1940) ~ 14. 10. 1881 Bamberg – 1942 Auschwitz; ♂ Wilhelmina Kreipl (* 1892 München).

Seit 1909 Rechtsanwalt (München) ~ *Frontkämpfer* ~ „liberaler Demokrat; mit Theodor Heuss befreundet; Mieteranwalt; Ehefrau SPD-Anhängerin; seit 1933 unter Beobachtung“ (Weber) ~ 10. 11.– 22. 12. 1938 *Schutzhaft* (Dachau) ~ Berufsverbot ~ 1939 Emigration (via Belgien nach Frankreich) ~ nach Kriegsausbruch interniert ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ Aug. 1942 in einem Lager in Südwestfrankreich verhaftet und nach Auschwitz deportiert ~ Ehefrau und Töchter überlebten (Australien).

A 26. 3. 1940: Gestapo München (Schimmel) an RSHA:

Der verh. Rechtsanwalt [...] ist deutscher Reichsangehöriger [München, Rückertstr. 4/II, jetziger Aufenthalt: Paris] und gleich seinen

Eltern und Grosseltern Rassejude. Am 1. 12. 1915 hat er seinen Austritt aus der israelitischen Religionsgemeinschaft erklärt und ist zur altkatholischen Religionsgemeinschaft übergetreten. [...]. Nach Beendigung seines Studiums ließ er sich in München als Rechtsanwalt nieder. Am 2. 8. 1939 ist er nach Paris ausgewandert.

Theilhaber war früher Mitglied der demokratischen Partei. Im Jahre 1920 ist er in einer Versammlung der USP als Redner aufgetreten. Er sprach dabei über die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Im Jahre 1925 sprach er in einer Versammlung des freigeistigen Cartells München und der Freireligiösen Jugend. Er ist auch als Verteidiger für die Rote Hilfe und die KPD. tätig gewesen. Im Jahre 1931 hat er einen Aufruf der Roten Hilfe unterzeichnet, welcher die Vollamnestie der proletarisch politischen Gefangenen forderte. Vom Jahre 1921 bis zur Auflösung im Jahre 1933 war er 1. Vorsitzender des deutschen Monistenbundes, Ortsgruppe München. Ausserdem soll er im Jahre 1920 bolschewistische Propaganda betrieben haben.

In strafrechtlicher Hinsicht war gegen Theilhaber im Jahre 1929 ein Verfahren wegen zweier Vergehen des Betrugs anhängig; er wurde aber mangels Vorliegen einer strafbaren Handlung freigesprochen.

Theilhaber ist mit der deutschblütigen Wilhelmine Theilhaber, geb. Kreipl [...] verheiratet. Beide führten bis zur Auswanderung des Theilhaber gemeinsamen Haushalt. In politischer, strafrechtlicher und sonstiger Hinsicht ist Frau Theilhaber nicht in Erscheinung getreten. Frau Theilhaber wurde am 20. 8. 1939 mit ihren beiden Töchtern nach Köln abgemeldet. Sie gelangten jedoch dort nicht zur Anmeldung. Da ihr Aufenthalt auch im übrigen Reichsgebiet nicht ermittelt werden konnte, muss angenommen werden, dass sie ebenfalls ausgewandert sind.

Aus der Ehe der Eheleute Theilhaber sind zwei Töchter hervorgegangen [...]. Nachteiliges ist über sie hier nicht bekannt.

An inländischen Vermögenswerten besitzt die Familie Theilhaber ein Effektdenpot beim

Bankhaus Seiler u. Co. in München im Werte von RM 4.185,-. Weitere inländische Vermögenswerte konnten nicht festgestellt werden. Tatsachen, dass sich Theilhaber nach seiner Auswanderung staatsfeindlich gegen das Dritte Reich betätigt hätte, sind zwar bisher nicht bekannt geworden, doch ist im Hinblick auf seine frühere politische Einstellung und seine Rassezugehörigkeit anzunehmen, dass er sich bei jeder sich bietenden Gelegenheit an der Hetze gegen Deutschland beteiligen wird, zumal er sich im feindlichen Ausland befindet.

Nach Sachlage sind die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit gegeben. Es wird daher gebeten, [...] die Ausbürgerung der Familie Theilhaber zu beantragen.

■ 4./18. 5. 1940: RFSS/AA ~ 20./24. 6. 1940: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99862; Hepp, Liste 184 (122; 123–125: Ehefrau u. T) ~ D Hundert Jahre bayerischer Wahlrechtsentwicklung. Ein Beitrag zur wissenschaftlichen Politik, München 1908; Rupp, 2011, S. 219 ~ B Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 287 f.; Weber, 2006, S. 263 (StA München, PolDir 15186: Ehefrau).

85 Timpe, Karl Ferdinand ~ * 22. 12. 1885 Hamburg; ♂ Ida Graetz (* 1898; nach kurzer Internierung in Drancy am 31. 8. 1942 nach Auschwitz deportiert).

Schriftsteller ~ Leiter der Rechtsabteilung der RHD ~ seit 1930 Vorstandsmitglied der deutschen Landesgruppe der Internationalen Juristischen Vereinigung (IJV) ~ Autor (?) des Kriminalromans „In Sachen Brettschneider kontra Brettschneider“ (Berlin 1933) ~ 1933 Emigration in die Schweiz, dort Tätigkeit für einen Verlag ~ später in Paris ~ 1938 wurde Timpe im „Verzeichnis flüchtiger Kommunisten und Marxisten“ (Gestapa, Nr. 4/38) zur Festnahme ausgeschrieben ~ 1939 Ausbürgerung ~ am 25. 8. 1942 zusammen mit seiner jüdischen Ehefrau in der Nähe von Limoges verhaftet, aber am folgenden Tag als Nicht-Jude („evangelischer Konfession“)

wieder entlassen ~ am 14.2.1943 erneut verhaftet und seitdem verschollen.

A 8.3.1939: RFSSuChdDtPoliRMdI (Neifeind) an RMdI, Abt. I:

Der deutschblütige T i m p e [Berlin-Wilmersdorf, Konstanzer Strasse 4] besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit.

Seine Ehefrau [...] ist Jüdin.

Timpe war seit 1927 Leiter der Juristischen Beratungsstelle der preussischen Landtagsfraktion der KPD. Ferner war er Mitglied des Zentral-Vorstandes der Roten Hilfe Deutschlands und Leiter der Juristischen Abteilung des Zentral-Komitees der Roten Hilfe in Berlin. Im Juli 1936 flüchtete er ins Ausland. Er hielt sich zunächst in der Schweiz auf, von wo er dann nach Paris weiterreiste. Dort bestätigte er sich eifrig für die berüchtigte Emigrantenzeitung „Pariser Tageszeitung“, die wiederholt Artikel aus seiner Feder veröffentlichte. Ausserdem zeichnete er für die autorisierte deutsche Übersetzung des in der „Pariser Tageszeitung“ Nr. 635 am 16. 3. 1938 erschienenen neuen Romans von Tristan Bernard „Geheimnisvolles Paris“ verantwortlich. T. hat dadurch seine staatsfeindliche Einstellung zur Genüge dargetan.

[...] Die Ausbürgerung bitte ich auf die Ehefrau zu erstrecken.

Eine Vermögensbeschlagnahme und Verfallerklärung erübrigen sich mangels vorhandener Vermögenswerte.

Das Auswärtige Amt und die Deutsche Botschaft in Paris sind von hier aus über den Sachverhalt in Kenntnis gesetzt worden.

Über den Ausgang des Verfahrens bitte ich mich zu unterrichten.

■ 8.3./23.6.1939: RFSS/AA (nachdem die Konsulatsabteilung der DB Paris am 9. Jun. keine Bedenken geltend gemacht und hinzugefügt hatte: *Der Landsgruppenleiter ist beteiligt.*) ~ 12./19.7.1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99801; Hepp, Liste124 (149; 150: Ehefrau) ~ **B** BArch, R 58/2303 u. N 2309 (Nachlass, 1920–1939) ~ EAB, 24035 (I. Timpe).

86 Urias, Siegfried, Dr. jur. (Rostock 1919; *Entziehung* 1940) ~ 2.9.1895 Hamburg – 22.2.1953 Santiago de Chile; ♂ 1932 *Maria* Ilse Pollack, gesch. Alexander (1894–1964; Sängerin).

Frontkämpfer (schwerst kriegsbeschädigt) ~ seit 1922 Rechtsanwalt (Hamburg) ~ in Sozietät mit Dr. Edgar Fels (* 1885, nach dem Berufsverbot 1938 *Konsulent* bis zur Deportation Okt. 1941 nach Lodz) und Curt Pottlitzer (später: Haag; * 1902, 1933 emigriert, 1976 in der Schweiz gestorben) ~ Vorsitzender des Vaterländischen Bundes jüdischer Frontsoldaten ~ in einer statistischen Abhandlung „Die Hamburger Juden im Kriege 1914–1918“ wies Urias nach, „daß die Hamburger Juden nicht nur fast völlig in gleicher Weise an dem Kriege teilgenommen haben, sondern darüber hinaus, daß ihr Anteil an den Blutopfern eher nicht unerheblich den Durchschnittssatz des für die Allgemeinheit festgestellten Anteils der Gefallenen an der Kriegsteilnehmerzahl übertrifft, und zwar für das Reich mit 13,49% um 2,4% [und] für Hamburg mit 13,9% um zirka 2,0%“ ~ der Bund wollte mit der Festschrift, die – un- ausgesprochen – zur Widerlegung gegenteiliger antisemitischer Behauptungen gedacht war, „Mit- und Nachwelt“ an „die gefallenen Kameraden“ erinnern, deren Namen („Unsere Toten“) im Anhang genannt wurden ~ 9./10.11.1938 in *Schutzhaft* (KZ Fuhlsbüttel) ~ Berufsverbot ~ als *Konsulent* zugelassen ~ 28.4.1939 zusammen mit seiner Ehefrau und deren Tochter aus 1. Ehe Emigration (Chile) ~ seit 1940 Mitinhaber einer Im- und Exportfirma in Santiago de Chile ~ Okt. 1940 *Ausbürgerung*.

A 25.7.1939: DB Santiago de Chile (von Pochhammer) an AA:

Unter den vielen Hunderten von jüdischen Emigranten, die in den letzten Wochen Zuflucht in Chile gesucht haben und ihr Geistesgut in den Gassen Santiagos propagieren, befindet sich auch Professor Dr. jur. Emil Edler

von Hofmannsthal, ehemaliger Präsident der Wiener akademischen Anti-Duell-Liga und gelegentlicher Mitarbeiter der Wiener „Neuen Freien Presse“, „Zeit“, des „Prager Tageblattes“, u. a.

Er ist am 22. ds. Mts. mit dem in der Anlage beigefügten Artikel im „Mercurio“ an die Öffentlichkeit getreten, in dem er Fragen des Staatsangehörigkeitswechsel behandelt und u. a. die These aufstellt, daß solche tschechoslowakischen Staatsangehörigen, die im Augenblicke der Besetzung des Landes sich im Auslande aufgehalten hätten, heute slowakische Staatsangehörige seien, da die Slowakei der letzte unabhängige Rest und damit Rechtsnachfolger der ehemaligen Tschecho-Slowakei ist. ~ Der Wiener Rechtsanwalt Dr. Ignatz Emil von (Emilio de) Hofmannsthal (1884–1971) – 1938 zunächst nach London emigriert, auf Vorschlag der Gestapo Wien vom 22. 7. 1940 mit Liste 207 (49; 5. 11. 1940) ausgebürgert und 1941 deprovmoviert – veröffentlichte zahlreiche juristische Fachwerke, zusammen mit Richard August Berger 1940 in Buenos Aires „The juridical position of citizens of occupied countries“ ~ Am 29. 7. 1939 berichtete v. Pochhammer ergänzend nach Berlin: Die Botschaft hat inzwischen in Erfahrung bringen können, daß Dr. von Hofmannsthal nach seinen eigenen Angaben sich in Chile nur vorübergehend aufzuhalten gedenkt, und zwar wegen eventueller Herausgabe seiner Schriften über Völkerrecht und internationales Privatrecht. Er will angeblich in Kürze nach London zurückkehren, wo er ein eigenes Anwaltsbüro für internationales Privatrecht unterhalten soll. ~ Am 12. 7. 1940 kam v. Pochhammer wieder auf die Angelegenheit zurück: Im Mai ds. Js. ist nunmehr auch in Chile eine Zweigniederlassung des in London von Dr. Emilio Edler von Hofmannsthal geleiteten Bueros „Central European Law Office“ (CELO) eröffnet worden. Die Leitung des Zweiginstitutes in Chile hat ein gewisser Dr. jur. Urias, fruereherer Rechtsanwalt in Hamburg, uebernommen, der sich ungefaehr seit einem Jahr in Chile aufhalten soll.

Abschrift des zum Versand kommenden Werbe-Schreibens [vom 10. 5. 1940] ueber die Organisation und das Arbeitsgebiet des Institutes wird beigefuegt. Handschriftlich dazu im AA u. a. vermerkt: Es handelt sich um die Tätigkeit eines jüdischen Emigranten und Vorgänge anfordern, D II beteiligen und Doppel an RSHA; am 23. 8. 1939 zur Kenntnis übersandt (Rademacher).

Das Ausbürgerungsverfahren gegen Urias war zu diesem Zeitpunkt von der Gestapo Hamburg (Kuhl) bereits eingeleitet worden, 19. 8. 1940 an RSHA:

► Urias [Hamburg, Gryphiusstr. 3; Abwanderung: 28. 5. 1939 Santiago de Chile, Casilla 4200; Jude; Rechtsanwalt; Dr. jur.] gehörte der verbotenen und aufgelösten Nehemia Nobel Loge als Mitglied an und war im Ausschuß für geistige Interessen tätig. Die Nehemia Nobel Loge ist eine Tochter-Loge des U.O.B.B., der als volks- und staatsfeindlich festgestellt worden ist.

Auf einer am 13. 5. 1934 stattgefundenen Versammlung jüdischer Frontkämpfer hat Urias als Vorsitzender des Bundes jüdischer Frontsoldaten sich geäußert, daß die Juden im Weltkriege schon ihr Vaterland verteidigt hätten, als noch viele der heutigen Herren zu Hause geblieben seien, nicht weil sie kein Gewehr tragen konnten, sondern, weil sie von Gott mit einem Pferdefuß gekennzeichnete Menschen wären. Diese Äußerung war ohne Zweifel dem Reichsminister Dr. Göbbels [sic] zgedacht. In dem daraufhin eingeleiteten Strafverfahren weg. Beleidigung des Reichsministers Dr. Göbbels ist das Verfahren mangels Beweises von der hiesigen Staatsanwaltschaft eingestellt worden.

Vorstrafen und schwebende Verfahren wegen politischer Straftaten: Urias ist wegen politischer Straftaten nicht vorbestraft. Schwebende Verfahren sind gegen ihn nicht anhängig. Vorstrafen und schwebende Verfahren wegen krimineller Straftaten: Keine Vorstrafen, kriminell nicht bekannt geworden.

Inländische Vermögenswerte sind nicht vorhanden.

Urias ist Kriegsbeschädigter. Er bezieht vom Versorgungsamt IV Berlin-Schöneberg [...]

eine monatliche Rente in Höhe von RM 97,85, die aber seit 1. 8. 39 nicht mehr gezahlt wird, weil sie vorläufig auf Beschluß des Amtsgerichts Hamburg für das Landesjugendamt zugunsten des unehelichen Kindes [...] in Hamburg gepfändet worden ist.

Ein endgültiger Beschluß hierüber steht noch aus.

Inländische Vermögenswerte der Ehefrau (Jüdin; Lebensversicherung [...]: Rückverkaufswert: etwa 2.500,- RM) und der Stieftochter (Jüdin; Verwalter des Vermögens [11.400,- RM]: Dr. Rudolphi, Hamburg): Sicherstellung ist noch nicht erfolgt.

■ 23./27.9. 1940: RFSS/AA (Reinschrift der DB Santiago de Chile mit Kurier über Tokio zur Kenntnis übersandt) ~ 28./31. 10. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99885; Hepp, Liste 206 (126; 127 f.: *Ehefrau u. Stief-T*) ~ D Die Stellung der Gesellschafter nach der Auflösung der Gesellschaft [nach bürgerl. Recht], 1919; Hartwig, 2010, S. 330 ~ B BAArch, R 3001/78850 ~ StA Hamburg, 621-1/86 ~ Morisse, 2013, S. 175 f., 137 (E. Fels), 163 (C. Pottlitzer) ~ www.lexm.uni-hamburg.de/object/lexm_lexmperson_00002751 (Bettina Frankenbach, 2007, aktualisiert am 27.5. 2010); Hamburger Juden, Bd. III, 2016, S. 211 f./Anm. 20 ~ zu E. v. Hofmannsthal: PA/AA, R 99885; Advokaten 1938 (2010), S. 183; Posch, 2005, S. 86 f.

87 Vollmar, Matthias Rudolf, Dr. jur. et rer. pol. (Würzburg 1920; *Entziehung* 1940) ~ 10. 1. 1893 Bonn – 17. 1. 1969 Köln.

1926–1931 Beigeordneter der Stadt Solingen ~ seit 1932 Rechtsanwalt (Bonn) ~ seit April 1933 wegen angeblicher Bestechlichkeit im Amt sieben Monate in *Schutzhaft* bzw. Untersuchungshaft ~ nach der Weigerung, „sich als Anwalt löschen zu lassen oder einen Vertreter zu bestellen“, veröffentlichte der Vorstand des Bonner Anwaltvereins im September 1933 im „Westdeutschen Bobachter“ einen Aufruf, der eine anwaltliche Tätigkeit für den Kollegen „als standeswidrig“ bezeichnete ~ im November 1933 – die Vertretung Vollmars hatte Kurt Bartels (Wuppertal) übernom-

men – mit einem bis März 1934 geltenden Aufenthaltsverbot für Bonn aus der Haft entlassen und im Juli 1935 „wegen erwiesener Unschuld freigesprochen“, kehrte Vollmar nach einem Aufenthalt im Juni 1936 in Engelberg (Schweiz) u. a. aus Furcht vor einem auf vorsätzlichen Falschaussagen beruhenden, aber erst 1939 eingestellten Ermittlungsverfahren wegen homosexueller Verfehlungen nicht nach Deutschland zurück ~ Berufsverbot ~ 1941 *Ausbürgerung* und Vermögenseinziehung ~ Ende 1948 Wiederzulassung, gegen die „Bonner Juristen“ und die Kölner Anwaltskammer protestiert hatten, „wobei vor allem die falschen Vorwürfe der Homosexualität aus den dreißiger Jahren instrumentalisiert wurden“ (M. Löffelsender) ~ 1952 nach Vorwürfen wegen des Verstoßes gegen die Residenzpflicht Aufgabe der Zulassung in Bonn.

A Am 11.9. 1939 bat Vollmar (Engelberg), der am 8. Sept. eine „Beschwerde gegen die ungesetzliche Inschutzhaftnahme des Frl. Paula Vollmar in Bonn und die ungesetzliche Beschlagnahme fremden Eigentums durch die Staatspolizei in Bonn“ an die Gestapo Bonn gerichtet und diese am 11. Sept. um Freilassung seiner „unschuldig in Schutzhaft genommenen Schwester“ ersucht hatte, Staatssekretär v. Weizäcker [sic] „unter Bezugnahme auf die Ihnen in den letzten Tagen Ihres Schweizer Aufenthaltes zugegangene Empfehlung Ihres Freundes Alexander Grunelius“ um „Schutz gegen die Übergriffe der Gestapo in Bonn [...]“.

Ich brauche wohl nicht daraufhin zu weisen, dass ich aus einer alten kath. Familie stamme, Inlandsdeutscher bin und mich mit Zustimmung der massgebenden deutschen Stellen aus gesundheitlichen Gründen hier aufhalten muss.“ Grunelius unterstützte am gleichen Tag durch ein Telegramm an den Staatssekretär des AA die Bitte seines Freundes.

Der StS – so Kessel am 14. Sept. in einem handschr. Aktenvermerk – bat daraufhin

LR Schumburg, *der Angelegenheit nachzugehen u. ihm [Weizsäcker] einen Antwortentwurf vorzulegen. Er kennt Antragsteller nicht.* Das Amt beließ es nicht bei einer internen Prüfung: *In der Angelegenheit d. Frl. Vollmar wurde mit dem Gestapa (Reg. Rat Wolter, Wilb. Str. 98, Z. 203) Rücksprache gehalten. Der Fall ist dort bereits bekannt. – Das Gestapa wird den Bericht der Stapo Köln über Frl. Paula Vollmar u. deren Bruder Dr. Matthias Rudolf Vollmar, gegen welchen ebenfalls schon Maßnahmen (Ausbürgerung) eingeleitet wurden, dem Ref[erat]. D[Deutschland] übersenden. – Laut fernmdl. Mitteilung von Herrn Reg. Rat Wolter wird der Bericht in obiger Angelegenheit morgen vom Gestapa an AA. übersandt, so Attaché Neuwirth (handschr. Vermerke v. 15./25. Sept.).*

Am 25. 9. 1939 wandte sich Vollmar erneut an Weizsäcker und wiederholte „unter Verweisung“ auf sein früheres Schreiben und das Telegramm „nochmals dringend die Bitte um Hilfe für meine arme Schwester“ ~ Schumburg unterrichtete am 27. Sept. den Staatssekretär über die Angelegenheit, in der nach den Äußerungen Wolters *das Vorgehen der Stapo gegen Frl. Vollmar berechtigt schein*e und daß *darüber hinaus auch gegen den in Engelberg befindlichen Bruder Dr. Math. Rud. Vollmar wegen dessen Verhalten Maßnahmen erwogen würden, sodaß diesem gegenüber von Seiten des AA. Zurückhaltung geboten erscheinen dürfte.* Wolter hatte in seinem Schreiben zur Festnahme der Geschäftsinhaberin Paula Vollmar in Bonn wegen Hamsters (an Schumburg, 26. Sept.) den Bruder namentlich jedoch nicht erwähnt, sondern lediglich darauf hingewiesen, *dass deren Brüder Ordensangehörige sind und dass ihre Familie führend in der katholischen Aktion tätig war.* Am 30. Sept. legte Schumburg dem Staatssekretär einen Brief-Entwurf vor, in dem er A. v. Grunelius in Beantwortung ihres an Herrn Staatssekretär von Weizsäcker gerichteten Telegramms mitteilte, *daß nach Lage der Dinge eine Einflußnahme des Auwärtigen Amts auf die von den zuständigen Polizeibehörden gegen Fräulein Vollmar*

ergriffenen Maßnahmen leider nicht möglich ist. Ich wäre dankbar, wenn Sie so freundlich sein wollten, auch den zurzeit in Engelberg wohnhaften Bruder [...]. der sich unter Bezugnahme auf Ihr Telegramm brieflich an Herrn Staatssekretär von Weizsäcker gewandt hatte, über diese Sachlage unterrichteten wollten.

Am 23. 1. 1940 bat das RMdI (Dr. Stuckart) das AA, *Vollmar durch Vermittlung der zuständigen deutschen Auslandsvertretung die Rückkehraufforderung zustellen zu lassen, und übersandte eine Abschrift der vom RSHA (Dr. Jagusch) am 23. Jan. beantragten Aufforderung:*

*Am 4. 9. 1939 wurde die in Bonn wohnhafte Geschäftsinhaberin Paula Vollmar [...] festgenommen. [...] Ihr Bruder, der Rechtsanwalt Matthias Vollmar, der sich seit einigen Jahren zum Kuraufenthalt in Engelberg in der Schweiz aufhält, hat, als ihm die Festnahme seiner Schwester bekannt wurde, die Geheime Staatspolizei in mehreren unsachlich gehaltenen Eingaben in der unverschämtesten Weise angegriffen und ihre Maßnahmen als ungesetzlich und als Terror bezeichnet. Matthias Vollmar, der im Jahre 1933 vorübergehend in Schutzhaft genommen wurde, weil er in dem begründeten Verdacht stand, in den Korruptionsprozeß „Generaldirektor Lenz“ in Bonn verwickelt zu sein, war früher Mitglied der Zentrumspar*tei und betätigt sich anscheinend noch jetzt für die Ziele der katholischen Aktion. *Da der französische Rundfunk kurze Zeit nach der Festnahme der Paula Vollmar Meldungen über neue Christenverfolgungen im Reich verbreitete, die angeblich von Reisenden stammen, die von Deutschland in die Schweiz kamen, wird angenommen, daß die Meldung des französischen Rundfunks aus den Kreisen um Vollmar herrührt. Vollmar und seine Familie sind fanatische Katholiken. Zwei Brüder von ihm sind Benediktinerpatres.*

Obwohl das vorliegende Material die Einleitung eines Verfahrens zur Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit bereits rechtfertigen würde, bitte ich jedoch, aus besonderen Gründen Rechtsanwalt Vollmar zunächst [...] eine Aufforderung zur Rückkehr in das

Reichsgebiet zustellen zu lassen. Sollte er dieser Aufforderung nicht nachkommen, werde ich ihn zur Ausbürgerung vorschlagen. [...].

Unter Beibringung ärztlicher Atteste über seinen Gesundheitszustand kam Vollmar, der angeblich Beziehungen zu Prälat Kaas, dem emigrierten früheren Zentrumsführer, unterhielt, der Rückkehraufforderung nicht nach. Am 6. Aug. 1940 beantragte daraufhin das RMDI (Stuckart) aufgrund des neuen Materials die Ausbürgerung Vollmars. Das Amt (Rademacher) stimmte am 18. Okt. der Ausbürgerung zu. Vollzogen wurde die Ausbürgerung aber zunächst nicht. Mit Schnellbrief vom 5. 2. 1941 bat der RFSSuChdDtPoliRMdI (Dr. Bilfinger) das Amt, *das deutsche Generalkonsulat in Zürich zu veranlassen, mir den Inhalt seiner Akten, nach denen obnehin die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Vollmar gegeben sind, mitzuteilen.* Am 4. März übersandte das DGK Zürich die entsprechenden Akten, die – auf welchem Wege auch immer beschaffte – Kopien von an Vollmar gerichtete Postkarten seines Bruders Johannes (Maria Laach) und Korrespondenz des für Vollmar tätigen Kölner Rechtsanwalts und NSDAP-Reichstagsabgeordneten Dr. Josef Krämer enthielten, mit der Bitte um Weiterleitung und spätere Rücksendung. Nach Einschätzung des RFSSuChdDtPoliRMdI (Schnellbrief vom 21. Mai; Engelmann) war Vollmar, der vergeblich auch den Gehilfen des Militärattachés der DG Bern, Rittmeister d. R. von Ostwald, um eine Intervention gebeten hatte, *nicht so bedenklich erkrankt, wie er selbst, sein Rechtsbeistand und die Schweizer Ärzte es dauernd darstellen, um nicht sofort nach Deutschland zurückkehren zu können.* Zugleich bat Engelmann, den Antrag [Vollmars] auf Erteilung eines Sichtvermerks für die Einreise nach Deutschland im Monat Juli 1941 als Verschleppungsversuch [...] abzulehnen. Dieser Stellungnahme stimmte das RMDI (Hering) am 31. Mai zu. In der Frage der Ausbürgerung verwies Hering auf noch nicht abgeschlossene Erörterungen durch das Reichssicher-

heitshauptamt. Am 21. Juli nahm das RSHA (Dr. Bilfinger) in einem 47 Seiten umfassenden Schreiben an die Abt. I des RMDI zu den von Ihnen aufgeworfenen Fragen Stellung, gegliedert nach: 1. Politisches Verhalten: a) Beziehungen zu dem Prälaten Kaas; b) Pater Johannes [Vollmar]; c) Pater Gabriel [Vollmar], d) Politische Gesamteinstellung der Familie Vollmar. – 2. Verwendung der Devisenbeträge: a) Devisenzuteilung an Vollmar, b) Prüfung der Verwendung der Devisen, c) Paketsendungen an die Schwestern Vollmar. – 3. Angriff gegen die Staatspolizeistelle Köln: a) Entschuldigungsschreiben des Vollmar, b) Hamstern von Lebensmitteln durch Paula Vollmar. – 4. Verfahren gegen [sic] § 175 StGB: a) Strafverfahren gegen Vollmar, b) Anzeige gegen Eugen Müller. – 5. Reisespesen als Beigeordneter der Stadt Solingen: a) Reise- und Fahrkosten, b) Bestechungen im Amte. – 7. Schreiben der Rechtsanwälte Krämer und [Dr. Curt] Bergdolt [Köln] vom 23. 10. 1940. – 8. Schutz bei führenden Männern der NSDAP oder ihrer Gliederungen – 6. [in dieser Abfolge] Besprechung mit Rechtsanwalt Dr. Krämer [Die gegen Vollmar erhobenen Vorwürfe sind von der Staatspolizeistelle Köln dem Rechtsanwalt Dr. Krämer in seiner Eigenschaft als Kreisleiter der NSDAP. und alter Pg. mitgeteilt worden, um zu erwägen, ob bei dem unwürdigen Verhalten und der staatsfeindlichen Einstellung des Vollmar dessen Eintreten für ihn noch weiter angebracht sei. Dr. Krämer hat entgegen dem beabsichtigten Sinn der Aussprache die ihm gemachten Angaben als Rechtsbeistand des Vollmar verwertet.] – 9. Schlußurteil:

Wie ich bereits mit meinem früheren Schreiben [vom 21. Mai] zum Ausdruck brachte, ist Vollmar nicht so bedenklich erkrankt, [...], um nicht sofort nach Deutschland zurückkehren zu können.

Die von Vollmar abgegebene Erklärung vom 2. April 1941 ist ein erneuter Beweis dafür, daß er sich nicht wegen Krankheit, sondern aus anderen Gründen in der Schweiz aufhält und nicht gewillt ist, selbst in dieser für das deutsche Volk so schicksalhaften Zeit nach Deutschland zurückzukehren.

Der jetzt von Vollmar gestellte Antrag auf Erteilung eines Sichtvermerks für die Rückreise nach Deutschland im Monat Juli stellt nach meiner Ansicht nur einen weiteren Versuch dar, das gegen ihn schwebende Ausbürgerungsverfahren hinauszuziehen.

Es bestehen für mich keine Zweifel, daß die Verfehlungen, die sich Vollmar zuschulden kommen ließ, einmal ihre Ursache in dem Fehlen von Hemmungen in moralischer Hinsicht und zum anderen in dem bei ihm anscheinend sehr stark ausgeprägten Erwerbsinn haben. Skrupellos setzte er sich über alles hinweg, wenn sich für ihn Gelegenheit zum Geldverdienen bot. Diese Einstellung zeigte er nicht nur während seiner kurzen Beamtenlaufbahn, sondern auch während seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt.

Auch ist Vollmar ein ausgesprochener Volksschädling, da er unberührt von dem von dem deutschen Volk durchzuführenden gigantischen Kampf sich im Ausland aufhält und von dort aus die Arbeit der deutschen Behörden zur Erreichung von kleinlichen, eigennützigen Vorteilen zu stören versucht.

Weiter steht für mich eindeutig fest, daß Vollmar bei seiner staatsabwegigen Einstellung sich in der Beurteilung des nationalsozialistischen Staates keine Beschränkung auferlegt und hierbei das Ansehen des Reiches schädigt.

Vollmar bildet als deutscher Staatsangehöriger besonders in der gegenwärtigen Zeit durch seinen Aufenthalt im Auslande eine Gefahr für das Deutsche Reich.

Ich halte seine Ausbürgerung für unbedingt erforderlich. Vollmar ist nach seinem Gesamtverhalten nicht würdig, weiter der deutschen Volksgemeinschaft anzugehören und muß daher aus dieser ausgeschlossen werden.

Das Auswärtige Amt hat Durchschrift dieses Schreibens erhalten.

In Unkenntnis der erneuten Zustimmung des Amtes (Rademacher) vom 14. Aug. teilte der RMdI (In Vertretung gez. Pfundtner) dem Auswärtigen Amt am 23. 8. 1941 mit: *Aufgrund der abschliessenden Stellungnahme des Reichssicherheitshauptamtes vom 21. 7. 1941 [...], die auch Ihnen*

zugeleitet worden ist, werde ich nunmehr das Ausbürgerungsverfahren gegen Vollmar beschleunigt zum Abschluss bringen. Der Ausbürgerung ist von Ihnen bereits mit Schreiben vom 18. 10. 1940 – D III 4219 – zugestimmt worden.

■ 21. 7./14. 8. 1941: RSHA/AA ~ 6./
7. 10. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99.925; Hepp, Liste 257 (133) ~
D Begriff und Fälle der Unwirksamkeit des Rechtsgeschäfts zur Nichtigkeit im B.-G.-B. Bonn 1920; Rupp, 2011, S. 220 f. (Entziehung danach bereits am 15. 10. 1940 beschlossen) ~
B SwissA, mehrere Dossiers (1939–1957) ~
Löffelsender, 2015, S. 124–127 (Gestapoakte: LA NRW, Abt. R, BR-Pe, Nr. 19561); zum „Fall Bartels“ ebd., S. 128–131, zu J. Krämer: ebd., 2015, S. 82–96.

88 Wachtel, Alex Siegfried, Dr. jur. (Jena 1903; Entziehung) ~ 25. 1. 1881 Gotha – 1944 Auschwitz; ♂ I. (gesch.); II. 1920 (gest. 1935).

Rechtsanwalt (Gotha) ~ 1923–1933 Landgerichtsdirektor (Gotha) ~ Leiter des am 1. 2. 1936 eingerichteten Leipziger Auswandererbüros des Hilfsvereins der Juden in Deutschland ~ Nov. – 2. 12. 1938 Schutzhaft (Sachsenhausen) ~ Febr. 1939 Emigration (Holland) ~ 1940 Ausbürgerung ~ Jan. 1944 von Westerbork nach Theresienstadt und von dort im Okt. 1944 nach Auschwitz deportiert.

A 16. 4. 1940: Gestapo Weimar (vom Felde) an RSHA:

Wachtel [Gotha, Fritz-Sauckel-Str. 15, jetziger Aufenthalt: Holland (Amsterdam)] ist Jude und besitzt die deutsche Reichsangehörigkeit. W. [...] war dann in Gotha als Rechtsanwalt tätig. Am Weltkriege nahm er als Reserveoffizier teil.

Nach dem Kriege sympathisierte W. mit der SPD und der KPD. Er war Mitglied des Republikanischen Richterbundes, der deutschen Friedensgesellschaft, der deutsch-demokratischen Partei und der Loge „Zur Bruderkette von Thüringen“ in der Großloge des Freimaurerbundes „Zur aufgehenden Sonne“.

Er besuchte sehr oft die Veranstaltungen marxistischer Organisationen. 1927 hielt er die Verfassungsrede beim Reichsbanner.

Im Jahre 1923 wurde Wachtel von der damaligen thüringischen Regierung in Gotha als Landgerichtsdirektor angestellt. In dieser Eigenschaft sprach er auffällig viel Kommunisten in der 2. Instanz frei, setzte Kommunistenprozesse nicht an oder verzögerte sie.

Am 1. 7. 33 wurde W. auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums aus dem Beamtenverhältnis entlassen. Zunächst wurde ihm kein Ruhegehalt zugebilligt. Seit 1935 wird ihm dieses jedoch vom Kammergerichtspräsidenten in Berlin (Aktenzeichen: W 65 B 1) gezahlt.

Zu Beginn der Judenaktion im Jahre 1938 wurde Wachtel festgenommen und dem Konzentrationslager Sachsenhausen zugeführt. Etwa Mitte Dezember 1938 wurde er dort wieder entlassen.

Am 18. 2. 39 verließ W. Deutschland, um sich über Holland nach Palästina zu begeben. Z. Zt. hält er sich noch in Holland/Amsterdam auf.

Strafen sind über Wachtel nicht verzeichnet.

Nach Auskunft des Finanzamtes Gotha besitzt W. ein Vermögen von etwa 20.000 RM.

Wachtel war in erster Ehe mit Karla geb. Marcus, geb. am 21. 1. 87 in Hannover, mos., verheiratet. Die Ehe wurde geschieden. Kinder sind daraus nicht hervorgegangen. Am 2. 8. 20 verheiratete sich W. mit Käthe geb. Heilbron, geb. am 30. 5. 95 in Finsterwalde. Diese verstarb am 24. 5. 1935. Aus dieser Ehe sind zwei Kinder hervorgegangen.

[...]

Beide Söhne wohnten bei ihrem Vater in Gotha und verzogen am 15. 10. 35 nach Berlin. Peter W. kam von dort am 12. 3. 36 nach Palästina/Haifa zur Abmeldung und Hans W. meldete sich am 1. 4. 36 auf Reisen ab. Ob Hans sich noch im Reichsgebiet aufhält, ist hier nicht bekannt.

Alex Siegfried Israel W. und seine zweite Ehefrau gehörten der mosaischen Religionsgemeinschaft an. Ob die beiden Söhne der

gleichen Religionsgemeinschaft angehörten, konnte hier nicht festgestellt werden.

Die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit dürften im vorliegenden Falle gegeben sein. Ich bitte, das Weitere zu veranlassen.

Die Ausbürgerung bitte ich auf die beiden Söhne des Wachtel zu erstrecken.

■ 15./22. 8. 1940/8. 4. 1940: RFSS/AA ~ 5./8. 11. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99.886; Hepp, Liste 207 (139; 140 f.: K) ~ D Das Wesen der Aktienzeichnung, Rechte und Pflichten aus der Zeichnung, Coburg 1903 ~ B Wolf, Bd. 2 (2002); VEJ 1, 2008, S. 567 f.

89 Wagner, Friedrich Wilhelm, Justizrat ~ 28. 2. 1894 Ludwigshafen – 17. 3. 1971 Ludwigshafen; ☉ Katharina Sterzel (* 1886 Ludwigshafen/Rh.).

Seit 1922 Rechtsanwalt (Ludwigshafen) ~ 1930–1933 M.d.R. (SPD) ~ bis 1933 Vorsitzender des Reichsbanners (Pfalz und Saargebiet) ~ 1933 im Gerichtssaal verhaftet (Schutzhaft) ~ Emigration (Frankreich) ~ Eintrag im Gästebuch von Magnus Hirschfeld: „Dem Verfolgten in tiefer / Verehrung. Im Exil Juli 1934 F. W. Wagner / Ludwigshafen a. Rh. / z. Zt. Strasbourg-Robertsau / 16 rue Kempf“ ~ 1936 Mitunterzeichner des Aufrufs zur Schaffung der deutschen Volksfront „Eine Erklärung der deutschen Opposition. Zur Rheinlandbesetzung und zu Hitlers Kriegspolitik“ (veröffentlicht u. a. in: Die Rote Fahne, Nr. 4, S. 1: „Seid einig! Einig gegen Hitler!“) ~ 1937 Ausbürgerung ~ 1940 im (un-dat.) Verzeichnis der in Frankreich lebenden Personen, die gegen Deutschland tätig sind, genannt (180) sowie in das Fahndungsbuch aufgenommen ~ 1941–1946 in USA ~ nach Rückkehr Wiederzulassung als Rechtsanwalt ~ 1947–1949 M.d.L (Rheinland-Pfalz), 1948/49 M.d.P.R. und 1949–1961 M.d.B. (SPD) ~ 15. 12. 1961 – 31. 8. 1967 Richter des Bundesverfassungsgerichts (Präsident des Zweiten Senats) ~ 1964

GBVK m. Stern u. Schulterband; Ehrenbürger der Stadt Ludwigshafen.

A Seit Januar 1935 bemühte sich der Ludwigshafener NS-Oberbürgermeister Fritz Ecarius, ein Verfahren zur Ausbürgerung Wagners, der *in politischer Hinsicht als Schädling hervorgetreten* sei, in Gang zu setzen; *das gegen Wagner vorliegende Material* wurde von der Regierung der Pfalz aber zunächst als *nicht ausreichend* eingeschätzt. Die Gestapo Karlsruhe, seit dem Frühjahr 1936 mit dem Fall Wagner befasst, lieferte schließlich das belastende *Material*, das über München nach Berlin übermittelt wurde. Diese Vorgeschichte, die A. Marquet (2015, S. 210 f.) im einzelnen referiert, scheint in der Ausbürgerungsakte nicht auf. Am 2. 11. 1937 informierte die Staatspolizeistelle Neustadt a. d. Weinstraße Ecarius über die Ausbürgerung des daraufhin in der NS-Presse als *Vaterlandsverräter* gebrandmarkten und als *Seidenwilly* verunglimpften Emigranten. Mit F. W. Wagner wurden seine Familienangehörigen – soweit sie noch die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen – ausgebürgert: die *Ehefrau*, eine *Stieftochter* und eine *Tochter*. Anhand der von Marquet nicht herangezogenen Ausbürgerungsakte wird im Folgenden der bürokratische Vorgang dokumentiert.

1. 2. 1937: Bayer. Staatsministerium des Innern (München) an RuPrMDI:

Der frühere Rechtsanwalt Friedrich Wilhelm Wagner [...] war bis zur nationalsozialistischen Erhebung in Ludwigshafen Führer der pfälzischen Sozialdemokraten und Führer des pfälzischen Reichsbanners. Desgleichen war er Reichstagsabgeordneter der SPD. und führte seinerzeit die Geschäfte der republikanischen Beschwerdestelle für die Pfalz. Wagner, der bis zum nationalen Umbruch eine Rechtsanwaltskanzlei in Ludwigshafen besaß, war einer der schärfsten Gegner der NSDAP, dem jedes Mittel zur Erreichung seiner Ziele recht war. In zügelloser Weise hetzte er gegen die NSDAP. Kurz nach dem Umbruch

zog er es vor, sich in das Saarland [sic] in Sicherheit zu bringen.

Während seines dortigen Aufenthaltes verkehrte er in der Hauptsache mit Juden und Status-quo-Anhängern, war polizeilich nie gemeldet und wohnte in verschiedenen Hotels unter falschem Namen. In dieser Zeit wurde er häufig in Begleitung des italienischen politischen Flüchtlings Glauco Stolfa aus Triest auf Fahrten durch das Saarland in einem französischen Kraftwagen gesehen. Des öfteren ging er mit dem Redakteur der staatsfeindlichen Zeitungen „Saarlouiser Journal“ und „Saarspiegel“, dem Emigranten Dr. Feien, in der Redaktion dieser Blätter in Saarlautern, hauptsächlich zur Nachtzeit, ein und aus. Diese Tatsache hat die Wahrscheinlichkeit für sich, daß er für diese beiden Zeitungen in deutschfeindlicher Weise gearbeitet hat.

Nach der Saaraabstimmung emigrierte Wagner nach Straßburg. Dort hat er heute ein internationales Rechtsbüro [und] ist Berater der in Straßburg lebenden Emigranten. Er betätigt sich heute noch für die „Freie Presse“, in der er fortlaufend hasserfüllte Hetzartikel gegen das neue Deutschland verfasst.

Durch sein der Treupflicht gegen Reich und Volk widersprechendes Verhalten, insbesondere durch die Tatsache, daß er heute noch der feindseligen Propaganda gegen Deutschland Vorschub leistet, ist er nicht mehr länger würdig, vor der Öffentlichkeit als deutscher Volksgenosse zu gelten.

Es wird gebeten, dem Wagner gemäß § 2 Abs. I des Gesetzes [...] vom 14. Juli 1933 die Reichsangehörigkeit abzuerkennen.

Da seine Frau [...] und seine Töchter Marta Maria [...] (aus erster Ehe der Frau) und Liselotte [...] den ausländischen Wohnsitz teilen, ist deren Einverständnis mit dem Verhalten des Mannes bezw. Vaters bewiesen, sodaß angeregt wird, die Aberkennung auch auf diese Familienangehörigen auszudehnen. Eine weitere Tochter aus erster Ehe der Frau [...] ist durch ihre Eheschließung mit dem französischen Fliegeroffizier Sand bereits französische Staatsangehörige geworden.

Am 30. Apr. übersandte das Bayer. Staatsministerium des Innern die Vorver-

handlungen zur Ausbürgerung des Wagner mit der Bitte um Kenntnisnahme an das RuPrMdI: *Die Geheime Staatspolizei – Staatspolizeistelle – Karlsruhe hat unterm 8. 4. 1937 eine diesbezügliche Anfrage wie folgt beantwortet:*

„Nach Mitteilung der Außendienststelle Kehl vom 5. April 1937 wurden die V-Personen der Außendienststelle Kehl beauftragt, im Verlag der ‚Freie‘ Presse in Straßburg die im Januar 1936 erschienenen Hetzartikel des Rechtsanwalts Wagner zu beschaffen. Dies ist jedoch trotz größerer Bemühungen nicht möglich gewesen, da der Verlag die einzelnen Nummern nicht registriert hat, wie dies bei den deutschen Zeitungen üblich ist. Soweit die einzelnen Nummern ab Oktober 1936 noch nachgesehen werden konnten, waren Hetzartikel von Wagner nicht festzustellen. Artikel früheren Datums sind weder hier noch bei der Außendienststelle Kehl vorhanden. Aus Leserkreisen wurde damals bekannt, daß Wagner in der ‚Freie Presse‘ in Straßburg hauptsächlich im Januar 1934 und 1935 öfters Hetzartikel über Deutschland veröffentlicht hat.“

Weitere Anhaltspunkte über eine Hetztätigkeit des Wagner konnten nicht ermittelt werden.

Am 26. 6. 1937 beantragte das Gestapa (Müller) ohne Bezug beim RuPrMdI die Ausbürgerung:

An weiterem Material, das für das Ausbürgerungsverfahren gegen Wagner von Bedeutung ist, liegt hier ein von Wagner mitunterzeichneter Aufruf vor, der in Nr. 4 der „Roten Fahne“, Jahrgang 1936, erschienen ist. Dieser Aufruf trägt die Überschrift „Seid einig! Einig gegen Hitler! Für die Volksfront zur Rettung Deutschlands vor der Katastrophe des Krieges“.

Weitere Unterlagen über die Hetztätigkeit des Wagner, insbesondere als Mitarbeiter der „Freien Presse“ konnten nicht beschafft werden. Es konnten hier lediglich die Ausgaben der „Freien Presse“ aus dem Monat April 1937 beschafft werden. Diese enthalten jedoch keine von Wagner verfassten Artikel.

Im Hinblick auf den politischen Werdegang des Wagner und seine frühere Tätigkeit als

Reichstagsabgeordneter und Spitzenfunktionär der SPD muss jedoch mit Sicherheit angenommen werden, dass er auch im Auslande seinen Kampf gegen den Nationalsozialismus fortsetzt und aktiv gegen das Deutsche Reich tätig ist. Insbesondere durch die Unterzeichnung des mit dortigem Schreiben vom 24. 6. 1936 – Nr. I A 9076/5013 c – übersandten „Aufrufs zur Rheinlandbesetzung und zu Hitlers Kriegspolitik“ und des obengenannten Aufrufs in der „Roten Fahne“ hat Wagner seine Treupflicht gegenüber Volk und Staat gröblich verletzt. Ich bitte daher, ihm gemäss § 2 des Gesetzes vom 14. 7. 1933 unter Einziehung seines Vermögens die Reichsangehörigkeit abzuerkennen.

Wagner ist verheiratet mit Katharina geb. Sterzel, verwitwete Wagner [...]. Da sie den jetzigen Wohnort ihres Ehemannes, Strassburg, teilt, ist anzunehmen, dass sie die politische Einstellung und Tätigkeit ihres Ehemannes billigt. Vor der Eheschließung mit Friedrich Wilhelm Wagner war sie mit Karl Rudolf Wagner verheiratet, der am 25. 3. 1913 verstorben ist. Aus dieser ersten Ehe sind die beiden Töchter *M a r t a* Maria [...] und Katharina Wagner, jetzt verheiratete Sand, geboren am 23. 5. 1913 in Ludwigs-hafen, hervorgegangen. Katharina Wagner hat durch Eheschliessung mit dem französischen Fliegeroffizier Sand die französische Staatsangehörigkeit erworben und die deutsche Staatsangehörigkeit verloren. *M a r t a* Maria Wagner hält sich im Haushalt der Eltern in Strassburg auf und ist ledig. Da sie nicht im Wege der Erstreckung der Ausbürgerung ihres Stiefvaters der deutschen Reichsangehörigkeit für verlustig erklärt werden kann, es jedoch unerwünscht ist, dass sie die deutsche Reichsangehörigkeit als einziges Familienmitglied behält, bitte ich der Ehefrau Wagner unmittelbar die Reichsangehörigkeit abzuerkennen und ihre Ausbürgerung auf die Tochter *M a r t a* Maria zu erstrecken.

Aus der Ehe des Friedrich Wilhelm Wagner mit seiner vorgenannten Ehefrau ist die Tochter Liselotte [...] hervorgegangen. Auch sie hält sich im elterlichen Haushalt auf. Ich bitte,

die Ausbürgerung ihres Vaters auf sie zu erstrecken.

Abschriften dieses Schreibens habe ich [heute] dem Auswärtigen Amt zugeleitet.

■ 13. 7. 1937: RuPRMdi (Hering) an AA: *Ich beabsichtige, Friedrich Wilhelm Wagner und die Ehefrau Katharina Wagner – beide selbständig – in die nächste Ausbürgerungsliste aufzunehmen und bitte um Ihre Zustimmung. Durchschlag ist beigelegt.* Nachdem die Konsulatsabt. der DB Paris am 4. Aug. keine Bedenken gegen die Ausbürgerungen geltend gemacht hatte, stimmte das Amt der Ausbürgerung am 6. Aug. zu, weiterhin – nach Feststellung eines Kontos der Tochter Marta Wagner in Höhe von 381,72 RM durch den OFP München – am 27. 10. 1938 der nachträglichen *Verfallerkklärung des Vermögens der Tochter* ~ 26./27. 10. 1937: RuPrMdi/DRA.

Q PA/AA, R 99671; Hepp, Liste 20 (63; 64: *Ehefrau*; 126f.: K) ~ B Nachlass: StadtA Ludwigshafen ~ BArch, R 58/2344 ~ Bundesverfassungsgericht, 1971, S. 247; M.d.R., ³1994, S. 546f./Nr. 1674; BHdMdDB 2, 2002, S. 913; Weber, 2006, S. 45; Andreas Marquet, Friedrich Wilhelm Wagner – biographische Annäherung an einen politischen Emigranten, in: Julia Maria Mönig, Anna Orlikowski (Hg.), *Exil interdisziplinär. Exilformen, Beweggründe und politisch-kulturelle Aspekte von Verbannung und Auswanderung*, Würzburg 2015, S. 19–26; ders., Friedrich Wilhelm Wagner 1884–1971. Eine politische Biografie, Bonn 2015; Hirschfelds *Exil-Gästebuch* [S. 42], 2019, S. 225 f; Der Parlamentarische Rat 1948/49.

90 Wassermann, Gustav, Dr. jur. (Leipzig 1910; *Entziehung* 1940) ~ * 31. 3. 1885 Bautzen; ⚭ 1920 Marie Augsburgsberger (* 1895 Rottweil a. Neckar).

Rechtsanwalt (Chemnitz, Weststr. 17 [1937]) und Notar ~ *Frontkämpfer* ~ 1935 als Notar entlassen ~ 1938 Berufsverbot ~ 1939 Emigration (Uruguay) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 30. 1. 1940: Gestapo Chemnitz (Dr. Mildner) an RSHA:

Wassermann ist nach meldeamtlichen Unterlagen Jude, mosaischen Glaubens und deutscher Reichsangehöriger. Seine Eltern und Großeltern waren ebenfalls Juden und besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit.

W. besuchte in Bautzen das Gymnasium und hat anschließend studiert. [...]

W. ist seit Geburt in Deutschland aufbältlich. [...]. Am 1. 3. 1910 ist er von Zittau kommend in Chemnitz zugezogen und hat ohne wesentliche Unterbrechungen immer hier gewohnt. Er eröffnete hier eine Rechtsanwaltspraxis und wurde später auch als Notar zugelassen. Bis 1938 behielt er seine Praxis bei.

Am 25. 7. 1920 verheiratete sich W. in Rottweil/Neck. mit der Jüdin Marie geb. Augsburgsberger. Aus der Ehe sind 2 Kinder hervorgegangen, die mosaisch getauft und im gleichen Geiste erzogen worden sind. Die Judenfamilie lebte in Chemnitz [Weststr. 17] in häuslicher Gemeinschaft.

W. war in Chemnitz Mitglied der Saxonia-Loge und gehörte dieser bis zur Auflösung an. Die Saxonia-Loge war dem Unabhängigen Orden Bnai Brith angegliedert, dessen Tochter- und Nebenorganisationen wegen volks- und staatsfeindlicher Bestrebungen aufgelöst wurden. Außerdem war W. noch Mitglied verschiedener jüd. Vereine und Organisationen. Eine Funktion bekleidete er nicht. Am 10. 6. 39 kam W. wegen Verdachts der Devianschiebung in Haft. Er wurde jedoch am 15. 6. 39 wieder entlassen, da sich eine Bestätigung des Verdachtes nicht ergab. Im übrigen ist W. in staatspolitischer und krimineller Hinsicht nicht bekannt geworden. Am 17. 6. 39 hat er sich nach Uruguay abgemeldet und ist am 27. 6. 39 ordnungsgemäß ausgewandert.

Die Ehefrau des W. ist Jüdin mosaischen Glaubens. Ihre Eltern und Großeltern waren ebenfalls Juden und besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit. Am 19. 8. 1920 ist sie von Rottweil/Neckar kommend in Chemnitz zugezogen. Sie hat ohne Unterbrechungen immer hier gewohnt. In ihrer Geburtsstadt Rottweil hat sie bis zum Jahre 1920 der deutsch-demokr. Partei angehört. In Chemnitz war sie Mitglied der Schwesternvereinigung der Judenloge „Saxonia“. Sie gehörte dieser bis

zur Auflösung an. Die Schwesternvereinigung war ebenfalls eine Nebenorganisation des Unabhängigen Ordens Bnai Brith. In krimineller Hinsicht ist die W. nicht in Erscheinung getreten. Am 17. 6. 39 hat sie sich nach Uruguay abgemeldet und ist mit ihrem Ehemann ausgewandert.

Die Kinder [...] sind ohne staatspolizeiliche und kriminelle Vergangenheit.

Der Jude Wolfgang W. hat sich in der Zeit vom 24. 9. 35 – 21. 8. 36 in England und in der Schweiz aufgehalten. Nach der Rückkehr ist er wieder zu seinen Eltern gezogen.

Am 28. 12. 1938 wanderte er ordnungsgemäß nach England aus.

Sein in Chemnitz lebender Onkel teilte mit, daß Wolfgang W. im Oktober 1939 von England aus seinen Eltern nach Uruguay gefolgt sei.

Die Jüdin Lore W. hat sich immer in Chemnitz aufgehalten. Am 28. 12. 1938 erfolgte ihre Abmeldung und ordnungsgemäße Auswanderung nach England. Bei der Auswanderung ihrer Eltern hat sie mit diesen die Überfahrt nach Uruguay angetreten.

Nach Auskunft des zuständigen Finanzamtes hat W. keine Steuerschulden hinterlassen. Auch die letzte Rate der Judenvermögensabgabe ist bezahlt. Vermögen besitzt W. im Inlande ebenfalls nicht mehr. Er verfügte vor seiner Auswanderung über 297.000,- RM in Wertpapieren und rund 10.000,- RM in bar. Diese Beträge hat er mit Genehmigung des Finanzamtes Chemnitz-West und der Devisenstelle Chemnitz transferieren lassen.

Auf Grund der Tatsache, daß die Eheleute W. der Judenloge „Saxonia“ bzw. der Schwesternvereinigung der Saxonia-Loge angehört haben, und die Ehefrau außerdem noch Mitglied einer marxistischen Partei war, beantrage ich, dem Juden Wassermann, seiner Ehefrau und seinen Kindern die deutsche Staatsangehörigkeit abzuerkennen.

■ 1./12. 4. 1940: RFSS/AA ~ 11./

15. 6. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99.861; Hepp, Liste 183 (153; 154–156: Ehefrau u. K) ~ D Das Vorbehaltsgut der Ehefrau beim Güterstande der Verwaltung und

Nutznießung des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Borna-Leipzig 1910; Henne, 2007, S. 116 ~ B BArch, R 3001/79533 ~ Held, 2002, S. 100; Lang, 2014, S. 870/Anm. 2068.

91 Weber, Franz, Dr. jur. (Erlangen 1925; Entziehung 1939) ~ 20. 4. 1901 Neustadt a. d. Weinstraße; ☉ (1936 gesch.).

Seit 1930 Rechtsanwalt (München) ~ nach dem Reichstagsbrand Flucht nach Paris ~ Berufsverbot ~ 1938 Ausbürgerung.

A 4. 6. 1938: Gestapo München (Beutel) an Gestapa:

Der gesch. Rechtsanwalt Dr. jur. Franz Weber ist deutscher Reichsangehöriger und arischer Abstammung. [...] Weber führte bereits während seiner Studienzeit einen liederlichen Lebenswandel. Dies dürfte wahrscheinlich auch der Grund gewesen sein, dass er aus dem Elternhaus verwiesen wurde. Seit dem Jahre 1930 unterhielt er in München eine Rechtsanwaltskanzlei und war beim Oberlandesgericht in München als Rechtsanwalt zugelassen. Einen richtigen Kanzleibetrieb hat er jedoch nie geführt.

Weber war Mitglied der Roten Hilfe und betreute in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt die hiesigen Mitglieder der KPD. Verschiedentlich trat er auch als Verteidiger für die Mitglieder der Roten Hilfe und der KPD. auf. Ob er selbst Mitglied der KPD. war, konnte nicht festgestellt werden. In seiner Wohnung, die sich in einem staatseigenen Gebäude befand, unterhielt er einen sehr regen Verkehr mit Mitgliedern der KPD. Im Jahre 1932 verlegte er seine Kanzlei in eine Pension und gewann als Mitarbeiter den bekannten Hochstapler Freiherrn Hubert von Leoprechting [1897–1940 KZ Mauthausen]. Die Zusammenarbeit der Beiden geschah jedoch in der Weise, dass einer den anderen betrog.

Kurz nach der nationalen Erhebung gelang es Weber in das Ausland zu flüchten. Seit dieser Zeit hält er sich in Paris auf. Nach Angaben seiner geschiedenen Ehefrau, die sich ebenfalls in Frankreich aufhält und die im März 1937 bei der Deutschen Botschaft in Paris um

die Erlaubnis zur Rückkehr nach Deutschland nachsuchte, betätigt sich Weber auch heute noch gegen Deutschland. Er soll hauptsächlich in der kommunistischen Frauenhilfe tätig sein. Wie aus zuverlässiger Quelle in Erfahrung gebracht wurde, ist Weber schriftstellerisch für die in Paris erscheinende Emigrantenzeitung „Pariser Tageblatt“ tätig. In Paris verkehrt er auch häufig im Ministerium des Innern und steht in engen Beziehungen zu Leon Blum. Soviel hier bekannt, beabsichtigt Weber in nächster Zeit ein Buch über Emigration herauszugeben. Aus Sicherheitsgründen soll er bei einem Bürgermeister eines Pariser Vorortes wohnen. Weber ist im Verzeichnis der flüchtigen Kommunisten vom 11. 11. 1937 unter Nr. 4129 ausgeschrieben.

In krimineller Hinsicht ist gegen Weber bei der Staatsanwaltschaft für den Landgerichtsbezirk München I noch ein Verfahren wegen Beihilfe zur Erpressung anhängig. Weber ist deshalb im Bayer. Polizeiblatt Jahrgang 37 Nr. 105 Ziff. 6 zur Festnahme ausgeschrieben. Ausserdem war gegen ihn ein Verfahren wegen angeblicher Verleitung zum Meineid anhängig. [...] Das Verfahren wurde am 6. 3. 1932 eingestellt, da die Erhebungen ergaben, dass eine Meineidsverleitung nicht vorlag.

Weber hat am 22. 3. 1930 mit der verw. Barbara Sedlmaier, geb. Hornof, geb. 6. 6. 1899 in München, die Ehe geschlossen. Frau Weber ist deutschblütig. Kinder sind aus der Ehe nicht hervorgegangen. Dagegen hat Frau Weber aus erster Ehe zwei Töchter im Alter von 15 und 16 Jahren mit in die Ehe gebracht. In politischer Hinsicht ist Frau Weber nicht hervorgetreten. Gegen sie war ebenfalls ein Verfahren wegen angeblicher Meineidsverleitung anhängig, worüber bereits im vorigen Absatz berichtet wurde. Ausserdem wurde sie am 2. 11. 1927 vom Amtsgericht München wegen eines Vergehens gegen die RGO. zu 8 RM Geldstrafe verurteilt.

Nach der Flucht ihres Ehemannes musste sie vom hiesigen Wohlfahrtsamt unterstützt werden. Im Juni 1933 folgte sie mit ihren Kindern ihrem Ehemann freiwillig in die Emigration. In Paris will sie nur ganz kurze Zeit mit ihrem Ehemann in Verbindung gestanden sein.

Zunächst wurde sie nach ihren eigenen Angaben bei der Deutschen Botschaft in Paris im März 1937 vom Comité National für deutsche Flüchtlinge unterstützt. Später war sie dann im Santorium in Magna[n]ville als Plättnerin tätig, während ihre beiden Töchter im kath. Odilienstift in Paris untergebracht waren. Die Ehe der Eheleute Weber wurde am 21. I. 1936 durch Urteil des Landgerichts München geschieden.

Im Hinblick darauf, dass sich Frau Weber politisch nicht betätigt hat und die Ehe in der Zwischenzeit geschieden wurde, wird von einer Antragstellung auf Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit Abstand genommen. Ausserdem scheint Frau Weber geistig nicht ganz normal zu sein.

Vermögenswerte von Franz Weber konnten im Inland nicht festgestellt werden.

Da die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit für Dr. Weber gegeben sind, wird gebeten, [...] die Ausbürgerung des Obengenannten zu beantragen.

■ 16. 9./31. 10. 1938: RFSS/AA (nachdem die Konsulatsabt. der DB Paris am 18. Okt. keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 2./5. 12. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99743; Hepp, Liste 82 (56) ~ D Die rechtliche Bedeutung der Devisenordnung, 1925; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 97 ~ B BArch, R 3001/79560-562 ~ Heinrich, 1979, S. 147; Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 294 f.

92 **Weiner**, Arthur, Dr. jur. (Leipzig 1904) ~ 23. 7. 1877 Chemnitz – 11. 4. 1933 Chemnitz (ermordet); *Schw*: Friederike (* 1874, ♂ 1897 Dr. jur. Ludwig Stadler, * 7. 1. 1870, Advokat in Prag, später in Wien, vermutlich 1938/39 nach Neuseeland emigriert); ♂ 1909 Hildegard Bernstein (* 22. 6. 1888 Chemnitz – 1983 London; Sept. 1938 Vermögenssperre, Emigration mit 10 Mark zu ihrer Tochter nach London, 1939 Ausbürgerung→A, erst nach Erhalt einer Entschädigung in den 1960er Jahren Umzug in eine eigene Wohnung; die Villa in Chemnitz hatte 1939 ein Chemnitzer Rechts-

anwalt erworben), K: Anni (*Ausbürgerung* → Fleiß, Alfred) u. Irene (* 1914, † 1936 Fritz Löwy, Wien; Emigration in die USA).

Seit 1906 Rechtsanwalt und seit 1923 auch Notar ~ Sozietät mit Dr. Willy Schumann unter Mitarbeit von Rechtsanwalt Hans Wieders ~ 1916 Erwerb und Umbau der 1884 erbauten Villa an der Stollbergerstraße 41 durch das Chemnitzer Architekturbüro Zapp & Basarke ~ 1916–1918 *Frontkämpfer* (Leutnant d. R., EK) ~ seit 1921 stv. Aufsichtsratsvorsitzender der von seinem Schwiegervater Markus Issac Bernstein (1856–1910) gegründeten Trikotagenfabrik Aug. Marschel & Co. KG, an der die Ehefrau nach dem Tod ihres Vaters bis zum Frühjahr 1919 als Kommanditistin beteiligt gewesen war ~ „zu den Klienten der Kanzlei zählte auch der größte Teil der Chemnitzer jüdischen Fabrikanten“ (Nitsche/Bondy) ~ Vorstandsmitglied der CV-Ortsgruppe ~ seit 1911 Mitglied der Repräsentanz der Jüdischen Gemeinde, zuletzt 2. Vorstandsvorsitzender ~ Mitglied und 1912–1921 Marschall der Saxonia-Loge ~ Mitglied im RjF ~ passives Mitglied der expressionistischen Künstlergruppe „Brücke“, Mitglied der Chemnitzer „Kunsthütte“; Kunstsammler: Porzellan, Chemnitziensien.

„Seine fundierten juristischen Kenntnisse waren der Gemeinde in den ersten Wochen nach der Machtergreifung der NSDAP am 30. Januar 1933 von großem Nutzen und seinen politischen Gegnern zunehmend ein Dorn im Auge“ (Nitsche/Bondy) ~ am späten Abend des 10. 4. 1933 von drei jungen Männern in SA-Uniform, die sich „unter Vorlage eines amtlichen Dokuments Zugang in die Wohnung des bekannten Anwalts verschafften und ihn für verhaftet erklärten“ (Held), entführt, misshandelt und erschossen ~ Fundort der Leiche: an der Böschung einer Sandgrube bei Wiederau ~ nach einem zeitgenössischen Polizeibericht hatte der Nationalsozialist und Chemnitzer Anwalt Dr. Franz Herberg,

„ein Mann ohne Hemmungen“, die Täter – unter ihnen der Sohn des Chemnitzer SA-Oberführers Kurt Lasch – aus einem persönlichen Rachemotiv zu diesem auch international Aufsehen erregenden Verbrechen angestiftet ~ „ein weiteres Tatmotiv könnte aus der Bekanntheit Arthur Weiners als Geschäftsanwalt resultieren und aus seinem Einfluß auf Chemnitzer Unternehmen, insbesondere auf die Trikotagenfabrik Marschel Frank Sachs AG, gegen die nicht wenige Nationalsozialisten einen gesteigerten Haß empfanden. Hier findet sich auch eine Verbindung zum Todesfall des Mitinhabers dieses Unternehmens, Hans Sachs“ (Held), der bei seiner Verhaftung am 31. 3. 1933 zu Tode gekommen war ~ zahlreiche Nachrufe, aber nur Dr. Kurt Cohn, Vorsitzender der CV-Ortsgruppe, deutete am 13. Apr. in der CV-Zeitung mit dem Hinweis, dass Arthur Weiner – „ein aufrechter Deutscher und Jude“ – „uns jäh entrissen“ wurde, den heimtückischen Mord vage an ~ eine Aufklärung der Tat – nach den amtlichen Verlautbarungen „offensichtlich von [in SA-Uniform verkleideten] Feinden der nationalen Erhebung verübt“ („Leipziger Neueste Nachrichten“) – wurde angeblich durch den sächsischen NSDAP-Gauleiter Martin Mutschmann verhindert ~ in einem 1945 auf Anzeige des früheren Soziums W. Schumann eröffneten Verfahren, dem sich die Witwe im Apr. 1947 als Nebenklägerin angeschlossen hatte, stellte die Staatsanwaltschaft Karl-Marx-Stadt 1960 die Untersuchungen ergebnislos ein.

A 19. 8. 1939: Gestapo Chemnitz (Knapp) an Gestapa:

Die Weiner ist laut meldeamtlichen Unterlagen Jüdin und [...] seit dem Jahre 1916 ununterbrochen hier wohnhaft gewesen. Am 16. 11. 1938 wanderte sie ordnungsgemäß nach England aus.

Die Weiner war verheiratet mit dem Volljuden und Rechtsanwalt Weiner [...]. Dieser ist am 11. 4. 1933 von unbekanntem Tätern erschossen worden.

Aus der Ehe sind 2 Töchter [...] hervorgegangen. Die Tochter Anni ist am 1. 3. 1936 nach London ausgewandert und dort mit dem Juden Dr. Alfred Fleiß verheiratet. Beiden ist bereits [...] die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden. [...]

Vermögenswerte habe ich vorläufig sicher gestellt. Steuerschulden hat die W. nicht hinterlassen.

Die Weiner hat sich während ihres hiesigen Aufenthaltes nicht politisch betätigt und auch keiner marxistischen Partei angehört. Sie war aber bis zur Auflösung im März 1937 Mitglied der Schwestern-Vereinigung der Judenloge „Saxonia“. Diese war dem „Unabhängigen Orden Bnai Brith“ angegliedert, dessen Bestrebungen volks- und staatsfeindlich waren und dessen Tochter- und Nebenorganisationen deshalb aufgelöst worden sind.

Kriminell ist die Weiner nicht vorbestraft. Wegen Kraftfahrzeugübertretungen ist sie in den Jahren 1932 und 1933 mit geringen Geldstrafen belegt worden.

Auf Grund der Tatsache, daß die Weiner der Schwestern-Vereinigung der Juden-Loge Saxonia als Mitglied angehörte, wird beantragt, ihr die deutsche Staatsangehörigkeit abzuerkennen.

■ 28. 9./13. 10. 1939: RFSS/AA ~ 27./
29. 12. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99830; Hepp, Liste 152 (159) ~
D Der Erbschein nach dem Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch, Borna-Leipzig 1904 ~
B Maecenas, 1930; Horst Jähner, Künstlergruppe Brücke. Geschichte einer Gemeinschaft und das Lebenswerk ihrer Repräsentanten, Berlin 1984 (1986), S. 53; Gabriele Juppe, Jüdische Kunstsammler und Mäzene, in: Juden in Chemnitz, 2002, S. 117–124, 122 ~ Frank, 1996, S. 20 f.; Jürgen Nitsche, Dr. jur. Arthur Weiner, in: Von Alberti bis Zöphel. 125 Biographien zur Chemnitzer Geschichte, Radebeul 2000, S. 117; Held, 2002, S. 98–100; Nitsche/Bondy, 2002, S. 430–432 mit Abb. der Erbgrabstätte Weiner vor und nach der „Entschrottung“ jüdischer Friedhöfe im Zuge der „Reichsmetallspende“ nach Kriegsbeginn 1939 (S. 176 u. 430); Lang, 2014, S. 873/Anm. 2093; Lang, Chemnitz, 2018.

93 **Weiner, Siegfried** ~ 9. 5. 1886 Stadt-amhof/Regensburg – 14. 6. 1963 New Rochelle (USA); V: Rechtsanwalt; ♂ Dr. oec. publ. (München 1914; Entziehung 1940) Pauline Odenheimer (1889–1960).

Frontkämpfer ~ seit 1913 Rechtsanwalt (Regensburg) ~ Zionist ~ SPD-Anhänger ~ befreundet mit dem Volksschullehrer, Dichter und Maler Willy Reindl (1889–1943) ~ 1. 4. 1933 (*Boykotttag*) Zerstörung des Schildes der Anwaltskanzlei durch SA ~ im April Ablehnung eines Kaufangebots der Praxis, für die W. bei der Auswanderung „gar nichts“ mehr bekam ~ zunehmende Drangsalierung (kurzfristige Kündigung der Wohnung durch die Wohnungsgesellschaft; Haussuchung; Androhung der *Schutzhaft*; Erpressung durch einen früheren Mandanten) ~ Okt. 1933 nach Verkauf der Möbel „an Freunde“ Emigration (Palästina) ~ ohne Sprachkenntnisse, „ohne Beruf“, „gedemütigt und bedrückt“ und „mit sehr wenig Geld“, das noch durch Beteiligung an einem kaufmännischen Unternehmen verloren ging ~ schließlich Telefonist ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1950 Rückkehr nach Deutschland als juristischer Mitarbeiter der J.R.S.O. (Frankfurt/Main) ~ seit 1953 wieder als Rechtsanwalt in Regensburg zugelassen ~ 1958 Übersiedlung in die USA (New Rochelle, N.Y.) ~ seinem Wunsch entsprechend wurde seine Asche im Grab seiner während eines Deutschlandbesuches verstorbenen Ehefrau auf dem Jüdischen Friedhof in Regensburg beigesetzt ~ bei der Trauerfeier sprach ein Vertreter der Anwaltskammer: „Er kam zurück, er hat uns vergeben, er hat uns alle beschämt: Hat er? Ich weiß es nicht. Er hat geliebt, das wußte ich.“ (Lore Jonas).

A 8. 1. 1940: Gestapo Regensburg (Popp) an RSHA:

Die Vorgenannten [Regensburg, Wittelsbacherstr. 7 a/II] sind Juden und besitzen die deutsche Reichsangehörigkeit. Sie sind gemeinsam am 26. 9. 33 nach Palästina ausgewan-

dert und befinden sich nunmehr in Tel-Aviv, Allenby 56 c/V „Haavara“ Ltd.

Siegfried Weiner war Rechtsanwalt und übte in Regensburg bis zu seiner Abwanderung seine Praxis aus. Er war von 1919 bis 1930 Mitglied der SPD. und der Freimaurerloge „Walhalla zum aufgehenden Licht“. Auf Grund seiner Einstellung hat er sich schon im Jahre 1923 abfällig über die NSDAP geäußert.

Weiner führte mit seiner Ehefrau bis zu seiner Abwanderung am 25. 9. 33 in Regensburg gemeinsamen Haushalt und hatte auch den Sohn in seiner Familiengemeinschaft.

Die Ehefrau des Weiner hat im Jahre 1917 [sic] an der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität München zum Dr. promoviert.

Julius, Franz, Josef Weiner wurde am 15. 7. 33 nach München abgemeldet und ist am 26. 9. 33 mit seinen Eltern nach Palästina abgewandert.

In strafrechtlicher Hinsicht sind S. Weiner, seine Ehefrau und sein Sohn nicht in Erscheinung getreten, insbesondere war gegen sie ein Strafverfahren wegen Hoch- oder Landesverrats nicht anhängig.

Vermögen oder Vermögenswerte konnten nicht festgestellt werden.

Aus den vorgenannten Gründen halte ich Weiner nicht für würdig, weiterhin die deutsche Reichsangehörigkeit zu besitzen und erachte deshalb die Aberkennung für erforderlich.

Die Aberkennung bitte ich auch auf die Ehefrau und den Sohn zu erstrecken, da sie sich weiterhin in der Familiengemeinschaft des Weiner befinden und somit dessen Einstellung teilen.

■ 6./16. 3. 1940: RFSS/AA ~ 8./10. 5. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99851; Hepp, Liste 173 (145; 146 f.: *Ehefrau* u. S: * 1921, im Juni 1948 gefallen bei Jenin „im Kampf für das Jüdische Volk“) ~ Eine Ausbürgerung der Tochter Eleonore (1915–2012) ist nicht dokumentiert. Bei ihrer Einwanderung mit den Eltern war „etwas schiefgegangen“, so dass sie zur Legalisierung ihrer Immigration eine „Zertifikatsehe“ hatte schließen

müssen; nach der Scheidung war sie seit 1943 mit dem Philosophen Hans Jonas (1903–1993) verheiratet; H. Jonas, *Erinnerungen*. Nach Gesprächen mit Rachel Salamander, Vorwort v. R. Salamander, Geleitwort v. L. Jonas, hg. u. mit einem Nachwort versehen v. Christian Wiese, Frankfurt/M. u. Leipzig 2003, S. 174 ~ LBI, AR 25645: Papers of Hans and Eleonore Jonas (1916–2016) ~ **D** Paula Weiner-Odenheimer wurde 1914 in München mit der von Georg von Mayr betreuten Dissertation „Die Berufe der Juden in Bayern“ promoviert. Die Arbeit erschien als Buch 1917 im Verlag Stieff in Karlsruhe und ein Jahr später – herausgegeben vom Verein für die Statistik der Juden in München – als Heft 10 der „Veröffentlichungen des Büros für die Statistik der Juden in München“ (Berlin: Max Schildberger) mit der Widmung „Meinen Eltern und meinem Manne Siegfried Weiner zugeeignet“. Ein Exemplar dieser Veröffentlichung schenkte P. Weiner-Odenheimer 1959 dem Leo Baeck Institute in New York; digital abrufbar: www.sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/freimann (16. 6. 2019); von der „Titelentziehung“ hatte P. Weiner-Odenheimer „augenscheinlich“ keine Kenntnis; in Verbindung mit der Beantragung neuer „Ausweispapiere“ bat sie am 26. 6. 1950 die Universität um „Bestätigung der Promotion“. Daraufhin informierte sie der Rektor am 11. Juli „davon, dass ‚die seinerzeitige Aberkennung des Dokortitels durch eine politische Kommission [...] für ungültig zu erklären sei“ und dass sie „daher ‚nach wie vor berechtigt [sei,] den akademischen Titel Doktor oec. publ. zu führen“; Harrecker, 2007, S. 186 f. u. 381 f. ~ **B** Lore Jonas, *Mein Vater Siegfried Weiner (1886–1963)*, in: *Regensburger Almanach für 1989, Regensburg 1988*, S. 42–52 ~ Göppinger, ²1990, S. 366; Weber, 2006, S. 296; Grabstein: www.alemania-judaica.de/regensburg_friedhof.htm (16. 6. 2019).

94 **Werner, Alfred** Moritz, Dr. jur. (München 1915) ~ 27. 3. 1891 Bamberg – 1965 Düsseldorf; V: Rechtsanwalt u. Geh. Justizrat Dr. Josef Werner (1858–1950; 1933 nicht mehr praktizierend; 1936 *Steuersteckbrief* [„zur Zeit in Jerusalem“]; DDP); ♂ Anna Julie Guttmann (* 1899).

Dekorierter *Frontkämpfer* (Offizier) ~ seit 1919 Rechtsanwalt (München) ~ Vorsitzender des RjF (Landesverband Bayern) ~ bekannter juristischer Fachkommentator:

„Staudinger“ (Allgem. Schuldrecht, 9. Aufl. 1930 u. 11. Aufl. 1967) und „Düringer-Hachenburg“ (Kommentar: Handelsgesetzbuch 1932, Bd. 4) ~ Mitglied der Soncino-Gesellschaft ~ nach Haussuchung und Plünderung der Kanzlei (Mai 1933) Flucht aus Furcht vor weiteren Übergriffen nach Frankreich ~ bei der Vorbereitung der 10. Aufl. des „Staudinger“ traf der J. Schweitzer Verlag mit dem bereits emigrierten Autor „eine (sehr faire) Vereinbarung“ für die Neuauflage; danach sollte der Kommentar „von einem im Einvernehmen mit ihm [Werner] zu bestimmenden Nachfolger auf den neuesten Stand gebracht werden, Werner das halbe Honorar erhalten und sein Name in der 10. Aufl. noch aufgeführt werden“. Gegen die Nennung Werners als Autor – in den ersten Lieferungen noch genannt – protestierte nach einer persönlichen Mitteilung Werners an H. Göppinger Staatssekretär Franz Schlegelberger, der mit einem Ankaufsverbot alle öffentlichen Bibliotheken gedroht habe, „wenn der Name Werner nicht ‚aus dem Staudinger verschwinde“ ~ gemeinsam mit Heinrich Rheinstrom und Fritz Alexander Mann Gründung einer Kanzlei in Paris und London ~ 1935 via London nach Palästina ~ 26. 6. 1938 Annahme der palästinensischen Staatsangehörigkeit ~ nach erneutem Jurastudium Advokat und Notar in Haifa ~ 1953 Rückkehr nach Deutschland ~ Wiedenzulassung als Rechtsanwalt (Düsseldorf).

A 25. 8. 1938: Gestapo München (Beutel) an Gestapa:

Der verh. Rechtsanwalt Dr. Alfred Werner [jetziger Aufenthalt: Palästina] ist deutscher Reichsangehöriger und gleich seinen Eltern und Großeltern Rasse- und Bekenntnisjude. [...] Vom Jahre 1921 bis zu seiner am 14. 6. 1933 erfolgten Auswanderung nach Paris übte er in München die Rechtsanwaltspraxis aus und war Kompagnon des bekannten im März 1933 nach England geflüchteten Professors Dr. → Rheinstrom. [handschr.: X. Liste]

In politischer Hinsicht ist über Werner bekannt geworden, daß er Bezieher des sozialdemokratischen Parteiorgans „Münchner Post“ war. Daraus geht hervor, daß er bewußt diese ausgesprochen marxistische Presse finanziell unterstützt und die Ziele und Bestrebungen der SPD. gefördert hat. Im übrigen haben die darauf angestellten Ermittlungen in politischer Hinsicht Nachteiliges nicht ergeben. Er muß jedoch wie alle seine Rassegenossen als Gegner des Dritten Reichs angesehen werden. Tatsachen, daß sich Werner seit seiner Auswanderung staatsfeindlich gegen das Dritte Reich betätigt hätte, sind bisher nicht bekannt geworden, doch ist im Hinblick auf seine Rassezugehörigkeit und der Einstellung des Gesamtjudentums zum Dritten Reich anzunehmen, daß er bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen Deutschland hetzt.

In krimineller Hinsicht ist Werner nicht hervorgetreten. Werner ist mit der Jüdin [...] verheiratet. Beide führten bis zur Auswanderung gemeinsamen Haushalt. Tatsachen, daß die Ehe in der Zwischenzeit geschieden sein könnte, sind hier nicht bekannt. In politischer, krimineller und sonstiger Hinsicht ist Frau Werner nicht hervorgetreten. Da sie jedoch ihrem Ehemann freiwillig in die Emigration folgte, ist anzunehmen, daß sie mit den Zielen und Bestrebungen ihres Mannes nicht nur einverstanden ist, sondern diese auch fördert.

Aus der Ehe der Eheleute sind 3 Kinder hervorgegangen [...].

Die Familie Werner besitzt noch folgendes Inlandsvermögen:

- 1.) Auswanderersperrkonto beim Bankhaus Merk, Fink u. Co. München in Höhe von RM 221,-
- 2.) Wertpapiere beim Bankhaus Merk, Fink u. Co in München im Werte von RM 66,50

Weitere Vermögenswerte der Familie Werner konnten im Inland nicht festgestellt werden.

Da die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit gegeben sind, wird gebeten, [...] die Ausbürgerung der Familie Werner zu beantragen.

■ *Unter Bezugnahme* auf den Ausbürgerungsantrag des RFSS vom 31. 10. 1938 beehrte sich das DGK Jerusalem am 17. Nov. dem Amt mitzuteilen, daß die Genannten am 26. Juni 1938 die palästinische Staatsangehörigkeit erworben und damit die deutsche Reichsangehörigkeit verloren haben; das RMdI, über den Sachverhalt unterrichtet, teilte daraufhin am 20. Dez. dem AA mit: *Das Ausbürgerungsverfahren ist eingestellt worden.*

Q PA/AA, R 100013 ~ B Göppinger, 21990, S. 175, 367; Weber, 2006, S. 16 (J. Werner), 267; Lang, 2014, S. 874/Anm. 2108.

95 Werthauer, Johannes, Dr. jur., Justizrat (1918) ~ 20. 1. 1866 Kassel (Kurahessen) – 28. 1. 1938 Paris; V: Sandel Joseph Werthauer (1828–1909, Bankier); ∞ I. Elise Flüge, II. Betty Darmand (Theater- und Filmschauspielerin), III. Stephanie Lindheimer (1884–1939 Paris); S: → Heinrich Werthauer.

Seit 15. 8. 1893 Rechtsanwalt und seit 1920 Notar (Berlin) ~ in Sozietät mit Rudolf Pröll (bis 1928), Dr. jur. Sally Fritz Engelbert (seit 1919) und (seit 1928) Heinrich W., seinem Sohn aus 1. Ehe ~ bedeutender Strafverteidiger und Strafrechtskritiker, zahlreiche Veröffentlichungen ~ 1930 Leiter der Kommission „Schutz der Meinungsfreiheit“ der deutschen Landesgruppe der „Internationalen Juristischen Vereinigung“ ~ im Preußischen Landtag am 22. 6. 1932 durch den nationalsozialistischen Abgeordneten Kube persönlich angegriffen (*die Partei Werthauer-Sklarek*) ~ „verließ fluchtartig unter Hinterlassung aller Habe im Februar [28. 2. 1933] mit einem Handkoffer Deutschland“ (H. Werthauer, 8. 11. 1966) ~ im Stich lassen der Praxis und der 10-Zimmer-Wohnung „mit wertvollen Antiquitäten, die Bargelder und Guthaben sind verschwunden ohne dass ich je eine Spur davon ermitteln konnte“ (H. Werthauer, 12. 3. 1952) ~ zunächst in der Schweiz ~ lebte danach mit seiner Ehefrau und der 1924 geborenen Tochter Hélène Inge, später verh. Parish, in Paris ~

1933 *Ausbürgerung* ~ Entziehung des Notariats ~ Oktober 1933 in der Anwaltsliste gelöscht ~ 16. 1. 1934 Mitteilung des Landgerichtspräsidenten über die erfolgte Löschung ~ 1934 *Steuersteckbrief* wegen geschuldeter Reichsfluchtsteuer in Höhe von 43.214 RM ~ Professur an der Sorbonne ~ verzeichnet in den *Listen des schädlichen und unerwünschten Schriftums* (Liste 1, Okt. 1935: „Das Blausäure-Attentat auf Scheidemann und sämtliche anderen Schriften“; Liste, 31. 12. 1938: „Sämtliche Schriften“) ~ 1936 wegen Steuerflucht in Abwesenheit zu 1 Jahr Gefängnis und einer hohen Geldstrafe verurteilt ~ Mitglied des jüdischen Ehrengerichts zur Klärung der gegen Wladimir Poliakoff 1936 erhobenen Anschuldigungen im Streit um das „Pariser Tageblatt“ ~ 8. 7. 1938 bestätigt die Schweizerische Kreditanstalt (Zürich) in einem Schreiben an H. Werthauer erneut, „dass wir nicht finden können, ein Konto, ein Depot oder sonstigen [sic] Aktiven auf seinen Namen besessen zu haben. An Hand Ihrer Angaben können wir jedoch feststellen, dass er für die N.V. Amsterdam U.S.A. Commerce Compagnie, Amsterdam, zeichnungsberechtigt war.“

A 16. 8. 1933: *Ausbürgerung* (B. → Weiß) als *besonders dringlich* vom Preußischen Minister des Innern beantragt: *Justizrat Dr. Johannes Werthauer* [Kurzer Lebenslauf und – nach Presseberichten – Zusammenstellung zu einzelnen Prozessen seit 1912, abschließend nach Fridericus Nr. 45 v. Nov. 1928 der in der Zusammenfassung die „fremdartige Atmosphäre“ betonende Bericht Charly Chaplins (Hallo Europa, hg., übers. u. bearb. v. Charlotte u. Heinz Pol, Leipzig 1928, S. 194–198) über ein Dinner bei Werthauer, „einem der bekanntesten Anwälte Europas“ – anlässlich dessen „dritter Verlobung“: „Ein wunderbares Haus in der feinsten Gegend von Berlin“ (S. 194 f.).]

► Begründung, Kurzfassung, o. D. (Abschrift): *Kulturbolschewist und Saboteur der Rechtspflege, völlig korrupte Erscheinung, die*

in enger Verbundenheit mit den vergangenen Systemgrößen gelebt und gewirkt hat und ihnen sowie den kommunistischen Verbrechern in ordentlichen Verfahren auf jede unlautere Art und Weise zu helfen und sie vor gerechter Strafe zu schützen wusste.

Werthauer ist bekannt geworden durch die im Auftrage der ‚Roten Hilfe‘ geführten Prozesse gegen kommunistische Verbrecher. Er hat es dabei immer verstanden, die rechtlichen Tatsachen umzudrehen und die überfallenen Angehörigen nationaler Verbände als Angreifer hinzustellen und sich nicht gescheut, bezahlte Zeugen aufzustellen, die nach seinen Weisungen bewusst Meineid geleistet haben. Durch sein Auftreten hat er zu wiederholten Malen das Ansehen der deutschen Rechtspflege im Auslande geschädigt. Werthauer war Mitglied des Initiativkomitees „Das Freie Wort“, gegründet von Einstein, → Olden und Heinrich Mann.

■ 23./25. 8. 1933: RMdI/DRA ~ Angehörige der mit der 1. Liste ausgebürgerten drei Berliner Rechtsanwälte A. → Apfel, B. → Weiß und J. Werthauer standen auf der vom RuPrMdl vorbereiteten 9. Ausbürgerungsliste, die dann in mehreren Tranchen im DRA veröffentlicht wurde. Die bürokratischen Vorgänge seit Anfang 1937 werfen erneut ein Schlaglicht auf den prominenten Emigranten. Das RuPrMdl initiierte die Ausbürgerung der Angehörigen; am 26. 1. 1937 schrieb Hering (RMdI) an das AA (Streng vertraulich):

Johannes Werthauer [...] ist durch die 1. Ausbürgerungsliste [...] ausgebürgert worden.

Die Ausbürgerung ist vom damaligen Preussischen Minister des Innern im Einverständnis mit dem Herrn Preussischen Ministerpräsidenten [...] besonders dringlich beantragt worden.

Die Erstreckung der Ausbürgerung auf seine Ehefrau (3. Ehe), einen Sohn aus 1. Ehe und eine Tochter aus 3. Ehe soll durch die dort vorliegende (9.) Ausbürgerungsliste bewirkt werden.

Da beabsichtigt ist, von dort aus die Deutsche Botschaft in Paris über die jetzige Betätigung Werthauers zu befragen, habe ich davon Abstand genommen, die Geheime Staatspolizei mit Ermittlungen zu beauftragen.

Das Amt war am 5. 1. 1937 durch das DK Rotterdam über diesem zugetragene Informationen unterrichtet worden, dass ein früherer deutscher Rechtsanwalt, Dr. Johannes Werthauer aus Berlin, etwa 70 Jahre alt, und jetzt in Paris [...] ansässig, in einem Gespräch im Carlton-Hotel in Amsterdam die Frage gestellt habe, ob deutsche Auftraggeber sich mit je 10.000 Gulden in Holland niederlassen könnten. Im weiteren Verlauf des Gesprächs sei deutlich geworden, dass Werthauer beabsichtige, in Holland eine Anzahl kleiner Holdinggesellschaften zum Erwerb von Textilunternehmensanteilen zu gründen. Der Informant, ein hiesiger holländischer Jurist, der sich zur N.S.B. bekennt, habe die ihm zuge dachte berufliche Mitwirkung bei der Gründung dieser Gesellschaften aus bestimmten Gründen nicht ablehnen können, jedoch versprochen, das Konsulat auf dem Laufenden zu halten und Mitteilung zu machen, ob durch Werthauer wesentliches deutsches Emigrantenkapital verschoben worden ist, was er damit zu tun beabsichtigt und ob er hier gegen deutsche Wirtschaftsinteressen vorgehen will. In der Annahme, dass Werthauer mit dem in früheren Zeiten in Deutschland oft genannten Strafverteidiger identisch ist, bat der Konsul, der auch die DG Den Haag und das DGK Amsterdam unterrichtete, um Auskunft zu Werthauer und gefällige Weisung. Die DB Paris teilte dem Amt am 25. Febr. lediglich mit, dass Werthauer in Paris 16e, 3 bis Avenue Théodor[e] Rousseau ein Wohnung hatte. Jedoch sei er in den letzten Monaten in der Öffentlichkeit nicht mehr in Erscheinung getreten. Über seine jetzige Betätigung habe bisher nichts in Erfahrung gebracht werden können.

Wie das DK Rotterdam dem Amt dann am 17. April berichtete, hatte der Informant – der holländische Rechtsanwalt Wielenga – nach einem neuen Treffen mit Werthauer in Rotterdam im Konsulat vor-

gesprochen und *streng vertraulich* – unter Verletzung des Berufsgeheimnisses – Pläne des Emigranten offenbart, mittels Strohmännern in Holland Firmen zu gründen und auch selbst nach den Haag überzusiedeln. In dieser *Mitteilung* – veranlasst durch *politische Gründe und seine „Liebe“ für Juden* – erkannte das Konsulat jedoch *keine neuen Tatsachen*. Zweifelsfrei handle es sich aber bei dem Kunden Wielengas um den *bekanntesten Berliner Verteidiger Justizrat Werthauer*, der – wie später auch von der Schweizerischen Kreditanstalt bestätigt – *hier eine ganze Reihe von Aktiengesellschaften gegründet hat* [...]. Bei der von Wielenga vorbereiteten Gesellschaft handelt es sich um *eine kleines Unternehmen mit fl. 8.000,- Aktienkapital, das voll eingezahlt worden ist*. Die Gesellschaft soll in der *Textilbranche* arbeiten. Wielenga nimmt aber an, daß sie *nicht selbst Handel mit Textilwaren treibt, sondern daß es sich um ein Holding-Unternehmen handelt*. Welchen Zwecken die anderen von Werthauer in Holland gegründeten Gesellschaften dienen, war Wielenga nicht bekannt. Werthauer hat *zahlreiche Verbindungen nach Südamerika und China und erhält, wie Wielenga annimmt, auch von dort Gelder*. Werthauer dürfte aber auch noch mit *Rassegossen in Deutschland in Verbindung stehen, doch glaubt Wielenga nicht, daß Werthauer darauf ausgeht, Gelder aus Deutschland ins Ausland zu bringen*. Andererseits dürften Werthauer aber *Mittel und Wege bekannt sein, wie dies zu bewerkstelligen sei*. Er schließt dies aus einer Frage und einer Bemerkung Werth., die er bei dem ersten Zusammentreffen gestellt hat. Damals fragte Werth. Wiel., *wieviel Geld eine in Deutschland lebende Dame nach Holland einführen müsste, um mit der Genehmigung der Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung in Holland rechnen zu können*. Als Wielenga ihm die *Mindestsumme von fl. 10.000,- nannte*, meinte Werthauer, dass sich die *Übersiedlung der Dame unter diesen Umständen ermöglichen lasse*. Bei der gleichen Gelegenheit hat Werthauer auch die Frage gestellt, ob es in Holland möglich sei, *Aktiengesellschaften mit*

Hilfe von Strohmännern zu gründen. An der von Wielenga für Werthauer vorbereiteten Unternehmensgründung war danach *noch ein Herr Ury* beteiligt, der angeblich in *St. Cloud bei Paris* wohnte. Die Gründung sei durch *das Ministerium im Haag* bisher wohl auch deshalb nicht genehmigt worden, weil ein Brief an Ury als unzustellbar zurückgekommen sei. Die wirtschaftlichen Interessen Werthauers waren dem Bericht zufolge jedoch nicht auf Holland beschränkt: *Soweit Wielenga bekannt ist, hat Werthauer auch in der Schweiz Aktiengesellschaften gegründet*.

Werthauer ist Dozent an der Universität Paris für internationales Privatrecht. Er verfügt über *größere Geldsummen*. Welche Art von Paß Werthauer jetzt führt, war Wielenga unbekannt. Er vermutet, dass er einen *französischen Fremdenpass* hat.

Werthauer wird vermutlich Ende d. Ms. wieder nach Holland kommen.

Den vom DK als „Geheim!“ klassifizierten Bericht leitete das Amt, das am 16. 3. 1937 der Ausbürgerung der Angehörigen Werthauers zugestimmt hatte, an das RuPrMdI und das Gestapa weiter. Damit endet die Spur des Emigranten Johannes Werthauer in der Ausbürgerungsakte des AA; die Bekanntmachung der Ausbürgerung seiner Angehörigen war mit der 12. Liste am Tag zuvor im Reichsanzeiger erschienen. Für die Erstreckung der Ausbürgerung hatte es nicht der Einschaltung der Geheimen Staatspolizei bedurft.

Q PA/AA, R 99638; Hepp, Liste 1 (33) u. Liste 12 (36; 15./16. 4. 1937: *Ehefrau*; 37: → Heinrich W., 38: T) ~ D Diss. nicht ermittelt: Werthauer wird in dem Rundschreiben des Reichserziehungsministers an die deutschen Hochschulen vom 11. 2. 1938 betreffend „Entziehung der Doktorwürde von Ausgebürgerten“ genannt, war zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits verstorben, so dass eine Depromotion auch aus diesem Grund unterblieben sein könnte; Szöllösi-Janze/Freitäger, 2005, S. 31 ~ B EAB, 76718 ~ Zu den „antisemitischen Ausfällen gegen meine jüdischen Kollegen“ vgl. den Offenen Brief des Präsidenten des Deutschen Anwaltvereins, Rudolf Dix, an Kube, die Erklärung der Vor-

stände der deutschen Anwaltskammern v. 5. 7. 1932 und das Schreiben von Dr. Roland Freisler, M.d.L., Rechtsanwalt Kassel, in: Anwaltsblatt 19, 1932, 7, S. 225–227 ~ Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft 2, 1931, S. 2019 ~ Göppinger, ²1990, S. 371; Krach, 1991, S. 133–135, 437, danach – unter Berufung auf eine Mitteilung der Tochter eines früheren Sozius von W. – 1933 nicht von einer Auslandsreise zurückgekehrt; Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 299; AoRB, ²2007, S. 281 (gest. 31. 1. 1938); Personenlexikon der Sexualforschung, 2009, S. 749–755 (Richard Kühl; danach gest. 29. 1. 38).

96 Wertheim, Willi/Willy ~ * 28. 1. 1892 Hatzbach, Kirchhain/Hessen-Nassau – 1943 (Deportation); ∞ Tilly Plaethe (* 1894 Glogau).

Seit 1921 Rechtsanwalt und seit 1930 Notar (Marburg) ~ seit 1925 in Sozietät mit Dr. Hermann Reis (1896–25. 11. 1941 Kowno/Kauen, Fort IX) ~ SPD-Mitglied ~ 1933 Berufsverbot und Emigration (Monaco) ~ später Buchhändler in Paris ~ 1937 Ausbürgerung ~ 21. 2. 1943 verhaftet ~ 4. 3. 1943 Deportation ab Drancy nach Lublin/Majdanek ~ Stolperstein: Marburg, Biegenstr. 44 (2006).

A Am 8. 2. 1937 ersuchte das Gestapa das Amt um *Nachforschungen*: *Nach Mitteilung einer aus Frankreich zurückgekehrten Emigrantin soll der Jude Willy Wertheim mit dem Emigranten und Juden Tausk, wohnhaft in Frankreich, Le Vesinet, 34 Boulevard d'Angleterre, in enger Verbindung stehen und ihn häufig besuchen. Wertheim hat sich vor seiner Flucht besonders für die ehemalige SPD betätigt, auch die frühere KPD finanziell unterstützt und als ehemaliger Rechtsanwalt Mitglieder der KPD vor Gericht verteidigt, wobei er in überaus gehässiger Art Angehörige der NSDAP angriff. Ferner soll Wertheim verschiedentlich über den Strassburger Sender gesprochen und in gemeiner Weise gegen Deutschland gehetzt haben. Zur Zeit soll er in Paris einen Buchhandel betreiben.*

Ich bitte, wenn möglich und angängig, durch die Deutsche Botschaft in Paris Ermittlungen über Wertheimer [sic] anzustellen las-

sen und mich von dem Ergebnis der Nachforschungen in Kenntnis zu setzen.

Auf einen entsprechenden Erlass teilte die DB Paris (Bräutigam; Konsulatsabt.) am 11. 3. 1937 der Zentrale mit: *Willy Wertheim hat am 27. Oktober 1936 bei der Botschaft eine Unterschrift beglaubigen lassen.*

Als damalige Adresse gab er Neuilly – s. SEINE, 9, rue Casimir-Pinel, an.

Wertheim ist sonst bei der Botschaft nicht in Erscheinung getreten.

In Anbetracht des beim Geheimen Staatspolizeiamt vorliegenden Materials bestehen gegen seine Ausbürgerung keine Bedenken.

Das Gestapa (Müller), am 17. März über das Ergebnis der Ermittlungen unterrichtet, bat in der Folge das Amt, die Personengleichheit mit einem gleichnamigen Emigranten zu prüfen und die *im Schreiben vom 8. 2. 1937 angeregten Feststellungen auch auf die Familienangehörigen des Wertheim [zu erstrecken], die sich ebenfalls in Paris aufhalten sollen.* Die weiteren Nachforschungen der DB Paris ergaben, *dass Wertheim hier einen Briefmarkenhandel betreibt.* Über die Ehefrau Cäcilie geb. Plachte [sic] und die Kinder konnte dagegen *nichts in Erfahrung gebracht werden.*

26. 6. 1937: Ausbürgerungsvorschlag der Gestapo Kassel, an Gestapa:

Wertheim [...] ist auf Grund seiner Abstammung Jude. [...] Nach Beendigung seiner Studien liess er sich später als Rechtsanwalt und Notar in Marburg nieder. Wertheim gehörte bis zur Machtübernahme der SPD an, für die er sich stets betätigte. Er setzte sich aber auch für die Ziele der KPD ein, indem er sie laufend mit Geldmitteln unterstützte. In seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt verteidigte er meistens in Kommunisten-Prozessen die Mitglieder der KPD. Dabei griff er in sehr gehässiger Art Mitglieder der NSDAP und der SA an.

Nach der Machtübernahme flüchtete er im März 1933 nach Paris. Gemäss Nachrichten des Landtrats und der Ortspolizeibehörde in Marburg/L. soll Wertheim wiederholt im Strassburger Sender gesprochen und dabei in

gemeinster Weise gegen das Deutsche Reich und seine Einrichtungen gehetzt haben.

Wertheim flüchtete aus politischen Gründen nach Frankreich. In krimineller Hinsicht ist über ihn nichts zu ermitteln. Vermögen war im Inland nicht festzustellen. Steuerrückstände und sonstige Schulden sind nicht vorhanden.

Der Jude ist verheiratet mit Tilly Wertheim geb. Plaethe [...].

Die Ehefrau und die Kinder sind rein jüdischer Abstammung und Konfession. Politisch haben sie sich nicht betätigt.

Bis zu seiner Flucht hat Wertheim mit seiner Familie einen gemeinsamen Hausstand geführt. Im Dezember 1933 ist die Ehefrau mit den Kindern aus Marburg heimlich verschwunden., ohne sich polizeilich abzumelden. Angeblich führt seine Familie jetzt wieder einen gemeinsamen Haushalt in Paris, wo der Jude Wertheim einen Buchhandel betreiben soll.

*Wenn auch dem Juden von hier aus eine aktive deutsch-feindliche Betätigung im Ausland nicht mit Bestimmtheit nachzuweisen ist, so hat er doch durch sein Verhalten im Inlande seine staatsfeindliche Einstellung unter Beweis gestellt. Es wird deshalb gebeten, ihn sowie seine Familienangehörigen [...] zur Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit [...] vorzuschlagen. ~ Mit Übersendung des Ausbürgerungsvorschlags an den RFSS beantragte das Gestapa (Lischka) am 31. 7. 1937 gemäß Erlass vom 30. 3. 1937 Ausbürgerung und Vermögensverfall zugunsten des Reichs: *Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass sich Wertheim entsprechend seiner kommunistischen Einstellung auch weiterhin im Auslande deutschfeindlich betätigt.**

■ 20. 8. 1937: RFSS/AA (Zustimmung am 26. Aug. in Aussicht gestellt, sofern die DB Paris keine Bedenken geltend machen werde) ~ 10./11./11. 1937: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99672; Hepp, Liste 21 (48; 99–101: Ehefrau u. K, im Gedenkbuch des Bundesarchivs nicht verzeichnet) ~ D „Promovierte“ (www.geschichtswerkstatt-marburg.de/projekte/werth.phb (17. 6. 2019); „Dr. Willi Wertheim“: Briefumschlag (1923), Abb.: www.alemannia-judaica.de/marburg_texte.htm: Die Synagoge in Mom-

berg (17. 6. 2019); Dissertation/Promotion, in der Ausbürgerungsakte nicht erwähnt, und Entziehung nicht ermittelt ~ B BArch, R 3001/80194 ~ Meinel/Zwilling, 2004, S. 89; Teppe-Schröder, 2006, S. 95 f. ~ H. Reis: John K. Dickinson, German & Jew. The Life and Death of Sigmund Stein (1967), 2001 mit einer Einführung von Raul Hilberg von Ivan R. Dee in Zusammenarbeit mit dem USHMM (entschlüsselt) neu herausgegeben. www.e-archiv.li/print/29427pdf: „Tausk, Siegbert, Dr., Briefmarkenhändler, jüd. Emigrant“.

97 Wertheimer, Robert ~ * 16. 9. 1883 Altdorf i. Baden ; ⚭ Selma Kahn (* 1895 Straßburg/Elsaß).

Seit 1913 Rechtsanwalt (Emmendingen, Moltkestr. 1 [1933 u. 1937]) ~ Nov./Dez. 1938 Schutzhaft (Dachau) ~ Berufsverbot ~ als *Konsulent* zugelassen ~ nach Ablehnung eines ersten Einreisegesuchs durch die Eidgenössische Fremdenpolizei in Bern vom 2. 12. 1938 („Die Rückreise des Gesuchstellers nach Deutschland scheint nicht gesichert.“) stimmten die Berner Behörden 1939 der Einreise „zur Vorbereitung der Ausreise“ zu ~ 25. 8. 1939 Einreiserlaubnis des Schweizer Konsulats in Mannheim ~ 26. 8. 1939 Abmeldung der Eheleute nach London, England; die beiden Kinder waren lt. Meldekartei der Stadt Emmendingen zwei Tage zuvor ebenfalls nach London, England abgemeldet worden ~ mit einem Visum für Großbritannien legal in die Schweiz eingereist ~ wohnhaft in Basel (Privatpension Heinzelmann, Lohweg 6) ~ Weiterreise durch Kriegsausbruch verhindert ~ „Rechtskonsulent und Emigrant“ in Basel ~ die Ehefrau, aufgrund ihres Geburtsortes auf die französische Einreisquote gesetzt, konnte am 4. 12. 1939 in die USA (New York) ausreisen ~ Robert Wertheimer verließ die Schweiz am 2. 4. 1940 ebenfalls mit Ziel New York ~ Interview mit dem Sohn Walter Wertheimer während eines Besuchs in Emmendingen über Kindheit und Jugend „in unserer kleinen Stadt“ („Badische Zeitung“, 16./17. 11. 1985).

A 7.2. 1940: R. Wertheimer (Basel, Lohweg 6) an RMdI, Durchschrift an das Auswärtige Amt: „Vermögensbeschlagnahme ev[entuell]. Ausbürgerung Robert Wertheimer betreffend.

Durch ein Schreiben der Deutschen Bank Filiale Freiburg vom 5. Januar 1940 wurde ich davon in Kenntnis gesetzt, dass mein Konto und Dépôt von einer deutschen Stelle beschlagnahmt worden seien. Durch meinen Zustellungsbevollmächtigten, Herrn Karl Kling [1890–1971], Rechtsbeistand in Emmendingen erfuhr ich dann anschliessend auf Anfrage, dass die einstweilige Sicherstellung meines Vermögens durch die Geheime Staatspolizei erfolgt sei.

Irgendwelche Gründe, die eine derartige Massnahme rechtfertigen sollen, sind mir bis jetzt nicht mitgeteilt worden, auch nicht bekannt.

Irgend eine Voraussetzung, die eine Vermögensbeschlagnahme oder eine Ausbürgerung mit der Folge der Vermögensbeschlagnahme rechtfertigen könnte, ist nicht gegeben.

Ich gestatte mir in alle Kürze folgendes vorzutragen:

Ich bin, nachdem ich bis zum 30. November 1938 als Rechtsanwalt beim Landgericht Freiburg i. B. mit dem Wohnsitz in Emmendingen zugelassen war, nach meiner am 23. Dezember 1938 erfolgten Entlassung aus dem Konzentrationslager in Dachau (Verhaftung der Juden am 9/10. XI. 38) für mehrere badische Landgerichte als Konsulent zugelassen worden. Ende August 1938 [sic] habe ich nach vorheriger Zahlung der Reichsfluchtsteuer und aller übrigen Steuern und Abgaben einschliesslich Golddiskontabgabe für die Genehmigung der Mitnahme meiner Wohnungseinrichtung im Besitze gültiger Reisepässe mit meiner Familie den Wohnsitz in Emmendingen aufgegeben, um nach einem Zwischenaufenthalt in England nach U.S.A. auszuwandern. Durch den Krieg überrascht, muss ich hier meine Weiterwanderung abwarten, während meine Frau

und zwei Kinder bereits in U.S.A. sind. Mit Einschluss der bezahlten fünften Rate habe ich rund 29.000 RM Judenvermögensabgabe rechtzeitig bezahlt.

Lange vor meiner Abwanderung habe ich beim Bezirksamt Emmendingen meinen der Geheimen Staatspolizei Abtlg. Freiburg zugänglich gewesenen Lebenslauf eingereicht. Ich habe keinerlei Geld verschoben, besitze im Ausland keinen roten Heller und werde seit meiner Auswanderung von meinen Verwandten unterstützt.

Ich bin also streng legal ausgewandert. Im Weltkrieg 1914–1918 war ich Kriegsfreiwilliger, Offiziersaspirant, besitze E.K. II Klasse, Badische silberne Verdienstmedaille, Ehrenkreuz für Frontkämpfer. Ich war dauernd Frontsoldat. Ich bin nicht vorbestraft und hatte keinerlei Dienststrafen. Ich war nie kommunistisch, marxistisch, separatistisch oder freimaurerisch tätig. Ich habe nie irgend einer Loge angehört. Vor dem Umbruch 1939 [sic] gehörte ich der Deutschen Staatspartei an. Auch nach meiner Auswanderung bis auf den heutigen Tag habe ich mich in keiner Weise irgendwie politisch betätigt oder staatsfeindlich geäussert.

Bei der Ausübung meiner Praxis, in der ich in den letzten Jahren beinahe ausschliesslich Auswanderer oder Ausgewanderte vertreten habe, war ich strengstens bemüht, darauf zu achten, dass alles glatt und streng legal abgewickelt wurde. Erforderlichenfalls bitte ich hierwegen Erkundigungen einzuziehen bei

1. Finanzamt Emmendingen
2. Finanzamt Freiburg
3. Zollfahndungsstelle Freiburg
4. Devisenstelle Karlsruhe.

Ich habe in meinem 56[.] Lebensjahr meine Heimat verlassen müssen; ich möchte nicht mein Bürgerrecht verlieren, ohne mich gegen irgend eine Anschuldigung vorher verteidigen zu können.

Aus diesen Erwägungen heraus bitte ich um Bekanntgabe der gegen mich erhobenen Anschuldigungen. Ganz dringend

bitte ich darum, dass irgend eine Entscheidung nicht getroffen werde, bis ich schriftlich zu den etwa gegen mich erhobenen Anschuldigungen Stellung genommen habe.

Abschrift dieses Schreibens sende ich an
a. an die Geheime Staatspolizei in Karlsruhe

b. an den Herrn Minister des Aeussern in Berlin.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Robert Wertheimer [Unterschrift]“

Unterstreichungen mit rotem Farbstift und zwei Randnotizen lassen die Haltung des Amts zum Fall Wertheimer erkennen. Zu „freimaurisch“ heißt es: *war Mitglied der Breisgau-Loge lt. Mitgl. d. Gestapo Karlsruhe 83–76 10/2; unter der Adresse des Schreibens vermerkte Amtsrat Heinrich (?): Über eine Ausbürgerung des Einsenders ist hier nichts bekannt. Da das das Original des Eingangs an das R.M.d.I. gerichtet ist, ist abzuwarten, was dieses veranlaßt. Z.d.A. Berlin, den 12. 2. 40.*

Die Gestapo Karlsruhe (Denecke) war bereits am 18. 12. 1939 *tätig* geworden und hatte die Ausbürgerung des Juden *Robert Wertheimer, geb. am 1. 7. 84 [sic] in Altdorf i. Baden* beim RSHA, Amt IV – II B 3, beantragt – unter *Erstreckung auf die Ehefrau [...] und die [beiden] Kinder:*

Wertheimer [jetziger Aufenthalt: London; handschriftl durch Bearbeiter im Amt: nein Basel] besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit und ist Jude. Er studierte Rechtswissenschaft und hat sich später in Emmendingen als Rechtsanwalt niedergelassen. Am 26. 8. 1939 ist er mit seiner Familie nach England ausgewandert.

Während seines Aufenthaltes in Emmendingen hat Wertheimer der „Breisgauloge“ (UOBB) als Mitglied angehört. Seine staatsfeindliche Betätigung ist damit erwiesen. Die Voraussetzungen für seine Ausbürgerung sind gegeben. Ich bitte, das Weitere zu veranlassen. [...]

Vermögenswerte der Familie sind im Inlande noch vorhanden [handschriftl. vom

Bearbeiter im Amt ergänzt: *bereits beschlagnahmt*].

Von dem Abschluss des Verfahrens bitte ich mich zu unterrichten.

■ 10./20. 2. 1940: RFSS/AA ~ Die *Ausbürgerung* – bei Hepp nicht dokumentiert – könnte aufgrund des im Ausbürgerungsantrag genannten, Geburtsdatums und einer dadurch bedingten Verwechslung mit dem im November 1938 ebenfalls nach Dachau verschleppten Handelsmann Robert Wertheimer, dem Vorsteher der Jüdischen Gemeinde Altdorf, unterblieben sein, der mutmaßlich an den Folgen der Haft am 12. 11. 1939 im Bezirkskrankenhaus Lahr verstorbenen war. Eine Ausbürgerung ist auch für die Ehefrau und die Kinder nicht nachweisbar.

Q PA/AA, R 100021 ~ B StadtA Emmendingen, Melderegister: Eintragung mit dem seit dem 1. 1. 1939 zwingend vorgegebenen und nach 1945 wieder gestrichenen zusätzlichen *jüdischen* Vornamen *Israel* und der irrümlichen Eintragung „Dr.“ (Juliane Geike, E-Mails v. 19. u. 21. 6. 2019); StaatsA Basel, PD-REG 14a 9–7 31387 (Daniel Kress, lic. phil., E-Mail v. 20. 6. 2019), u. PD-REG 3a 31387 (Dr. Hermann Wichers, E-Mail v. 13. 8. 2019); www.ancestry.com/1940-census/usa/New-York/Walter-Wertheimer (21. 6. 2019) ~ StadtA Lahr, R. Wertheimer, Sterberegistereintrag (Thorsten Mietzner, E-Mail v. 18. 6. 2019) ~ Gerhard A. Auer, „In unserer kleinen Stadt“. Emmendingen zwischen 1910 und 1945, in: Geschichte der Stadt Emmendingen, Bd. 2: Vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1945. Hg. im Auftr. d. Stadt Emmendingen von Hans-Jörg Jennen u. Gerhard A. Auer, Emmendingen 2011, S. 189–588; Karl Günther, Die jüdische Gemeinde, ebd., S. 589–718 ~ Zur „Judengemeinde von Altdorf“ mit biographischen Angaben zu den offenbar nicht näher verwandten Namensträgern der Altdorfer Wertheimer vgl. Albert Köbele u. Hans Scheer, Ortssippenbuch Altdorf. Stadt Ettenheim, Ortenaukreis in Baden, Grafenhausen bei Lahr/Baden 1976, S. 607–641, 639 f.; ergänzend Martin Ruch, 700 Jahre Geschichte der Juden in Gengenbach 1308–2008, Willstätt 2008, S. 89 f., 169 f./Anm. 112 ~ M. Kißener (2003, S. 39) erwähnt „den jüdischen Rechtsanwalt Wertheimer“, den 1913 ein Gerichts-assessor „öffentlich als ‚geduldeten Juden‘ belei-

digt hatte“; bei dem nicht näher bezeichneten Anwalt dürfte es sich um Robert Wertheimer gehandelt haben.

98 Wolff, Arthur, Dr. jur. (Breslau 1913; Strasbourg 1936) ~ 29. 4. 1888 Köln – 8. 4. 1962 Düsseldorf; ♂ I. 1912 Katharina Adele Büren verw. Nourney (1879–1938; ev.; 1931 Trennung), II. 1939 Gertrud Bertzky (1888–1969); *Schwager*: Dr. Karl Waldi, seit 1907 Rechtsanwalt in Schopfheim.

Frontkämpfer ~ seit 1919 Rechtsanwalt (Düsseldorf) ~ 1920–1925 wechselnde Sozietäten, u. a. mit Paul Wenzel (1920–1925), Richard Levy und Karl Siemen (1932/33) ~ Mitglied der KPD, später der SPD bzw. der SAP ~ Anwalt der Roten Hilfe und 1930 Mitbegründer der Juristischen Zentralstelle der RHD ~ „noch in der Nacht des Reichstagsbrandes am 27./28. Februar 1933“ – „von Freunden im Düsseldorfer Polizeipräsidium gewarnt“ – Flucht unter Zurücklassung seiner Sammlung moderner französischer Malerei und der Bibliothek via Schopfheim in die Schweiz ~ Beschlagnahme seiner Akten durch die Gestapo ~ Berufsverbot ~ Gertrud Bertzky, seine frühere Sekretärin und spätere 2. Ehefrau, folgte ihm in die Emigration ~ Mai – Nov. 1933 in Strasbourg ~ Mitglied der Ortsgruppe der Deutschen Liga für Menschenrechte ~ danach Übersiedlung nach Paris (Neuilly-sur-Seine) ~ Mitarbeit im Schutzverband deutscher Schriftsteller ~ 1935 *Ausbürgerung* ~ Juni 1940 Flucht mit seiner Ehefrau und seiner 84-jährigen Mutter Clara Wolff geb. Elkan nach Südfrankreich ~ bis 13. 9. 1940 „verborgen in Sausset-le-Pins“ (Département Bouches-du-Rhône) ~ Zwangsaufenthalt in Arles (dort u. a. zusammen mit Rudolf Hilferding und Rudolf Breitscheid) ~ mit Hilfe französischer Anwälte und von Varian Fry vom „Emergency Rescue Committee“ untergetaucht ~ nach mehreren gescheiterten Fluchtversuchen – Wolff konnte aufgrund seiner Kriegsbehinderung nicht

zu Fuß die Pyrenäen überqueren – Kauf dänischer Pässe und kubanischer Einwanderungsvisa durch Vermittlung von Abbé Glasberg, dem Sekretär von Kardinal Pierre-Marie Gerlier (Lyon) ~ 12. 9. 1941 mit seiner Ehefrau Ausreise via Cadix nach Kuba ~ unter dem Decknamen Hjalmar und Greta Sanders bis 19. 4. 1947 in Havanna ~ nach Offenbarung ihrer Identität angeklagt, aber 1946 freigesprochen ~ bis 1. 4. 1950 in Miami (USA) ~ vergebliche Bemühungen, in den Justizdienst des Landes NRW übernommen zu werden ~ nach Rückkehr 1950–1961 wieder als Rechtsanwalt (Düsseldorf) zugelassen ~ zuletzt in Sozietät mit Dr. Karl Schultes.

A 14. 12. 1934: Preuß. Gestapo, Berlin (Patschowsky) an RuPrMdl:

Der [...] Rechtsanwalt Dr. Arthur Wolff war langjähriges Mitglied der KPD. Wolff, der Reichsangehöriger ist, früher mosaischer Konfession war und zuletzt zur evangelischen Kirche übertrat, hatte in Deutschland seinen letzten Wohnsitz in Düsseldorf, Brand'amourstr. 51.

Wolff betätigte sich in der Hauptsache als kommunistischer Strafverteidiger und ist besonders durch sein Auftreten im Leipziger Tschekaprozess [Victor → Fraenkl] bekannt geworden. Die KPD. entzog ihm später wegen finanzieller Differenzen die politischen Strafverteidigungen. Dies hinderte Wolf [sic] jedoch nicht, sich weiterhin bei jeder sich bietenden Gelegenheit für die Ziele der KPD. einzusetzen. In seiner Düsseldorfer Wohnung erhielt er sehr oft den Besuch russischer Kommunisten. Auf Grund dieser Tatsache hielt Wolff es für angebracht, einige Tage nach der Reichstagswahl vom 5. 3. 1933 zunächst nach der Schweiz zu emigrieren, wo er sich in Zürich sehr bald durch Verächtlichmachung der Reichsregierung Schweizer Staatsangehörigen gegenüber unliebsam bemerkbar machte. Bereits während seines Aufenthaltes in der Schweiz trat er mit der Redaktion der in Saarbrücken erscheinenden Hetzzeitung „Deutsche Freiheit“ in Verbindung und betätigte sich in der Folgezeit als Korrespon-

dent dieses zur Genüge bekannten Blattes. Ende 1933 siedelte er nach Paris über. Hier trat er gelegentlich einer „Anklagerede“ des berühmtesten französischen Rechtsanwalts [Vincent de] Moro-Giafferi gegen die Handhabung des Reichstagsbrandprozesse zum ersten Mal öffentlich in Erscheinung. Er erteilte in dieser Versammlung das Wort mit der Bemerkung: „Sie hören vor allem den Menschen Moro-Giafferi. Seien Sie stolz, daß ein solcher Meister des Rechts sich für eine solche Sache der Menschheit einsetzt – mit jener Humanität, die der echte Franzose seit 1789 dem Unrecht auf der Welt entgegensetzt.“ Dies war Wolffs Einleitung zu der Brandrede Moro-Giafferi's, in der dieser sich über die üblichen Reichstagsbrandmärchen erneut verbreitet und die ihren Höhepunkt in der Drohung „Göring, dann wehe Dir“ fand.

Am 28. 6. 34 hielt Wolff im Pariser „Club du Faubourg“ einen Vortrag, in dem er einleitend für die verantwortungslosen Unterzeichner des Versailler Diktates Partei ergriff, die Vorkriegspolitik Deutschlands einer Kritik unterzog, um daran anschließend die Regierung des neuen Deutschland maßlos anzugreifen und ihr kriegerische Absichten unterzuschieben. Er sagte hierbei etwa folgendes: [„]Vor allem ist zu beachten, daß es nicht nur Hitler ist, der den Krieg will, sondern das ganze Volk vom kriegerischen Geist erfüllt ist ...“ Mit Bezug auf Deutschlands „Kriegslüste“ wärmte er die alten Lügen über die Urheberschaft Deutschlands an den österreichischen Unruhen auf. Er redete unentwegt über deutsche Kriegsvorbereitungen, bezichtigte den Führer und Reichskanzler des mehrfachen Wortbruches und schloß seine Vorträge mit den Worten: „Diese Tatsachen sind die Antworten auf die Frage: ‚Will Hitler den Frieden?‘“ Seine Ausführungen waren geeignet, böswilligen Elementen neues Material gegen die friedfertigen Bestrebungen Deutschlands in die Hände zu spielen und den immer wieder vom Führer und seinem Stellvertreter zum Ausdruck gebrachten Friedenswillen des deutschen Volkes unaufrichtig erscheinen zu lassen. Bei der Vergangenheit des Wolff als Rechtsanwalt muß ohne weiteres vorausgesetzt

werden, daß er die nötige Einsicht besitzt, um beurteilen zu können, welchen Schaden er mit seiner Tätigkeit dem Ansehen Deutschlands im Auslande zufügt. Da er aber trotzdem seine Tätigkeit weiter fortsetzt und sie noch zu steigern versucht, beweist er damit, daß er nicht würdig ist, weiterhin die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen zu dürfen.

Ich beantrage daher, ihm die deutsche Reichsangehörigkeit gem. § 2 des Reichsges. v. 14. Juli 1933 abzuerkennen.

Das Auswärtige Amt hat eine Abschrift dieses Schreibens erhalten.

■ Den Ausbürgerungsvorschlag übermittelte das Gestapa am 17. 12. 1934 an den RuPrMdI, der seinerseits am 2. 1. 1935 den Minister des Auswärtigen um baldgefällige Mitteilung Ihrer Stellungnahme zu dem Ausbürgerungsvorschlag bat. ~ Nachdem das DGK Zürich am 14. Jan. die Zentrale über eine Meldung vom Okt. 1933 informiert hatte, wonach Wolff die deutsche Reichsregierung in Gesprächen mit Schweizern verächtlich mache und sich antideutsch betätige, zugleich aber auch mitgeteilt hatte, dass seither [...] hier über Wolff nichts mehr bekannt geworden sei, ersuchte das Amt die DB Paris um Bericht. Die Konsulatsabteilung betätigte am 21. Febr. zunächst, dass Dr. Wolff, der in Paris, 116 bis Avenue de Champs-Élysées, ein Rechtsberatungsbüro eröffnet hat, mit dem Dr. Wolff, gegen den das Staatsangehörigkeitsaberkennungsverfahren schwebt, personengleich ist. Nach Abschluss der Ermittlungen signalisierte die DB am 8. Mai, dass angesichts des von der Gestapo vorgebrachten Materials diesseits keine Bedenken erhoben werden. Daraufhin stimmte das AA – nach wiederholter Erinnerung des RuPrMdI – am 20. 5. 1935 der Ausbürgerung zu. ~ Mit Schnellbrief v. 28. Mai bestätigte das RuPrMdI (Hering) den Eingang und teilte mit, dass beabsichtigt sei, Arthur Wolff und [den sozialdemokratischen Breslauer Ordinarius] Siegfried Marck [...] in die vierte Ausbürgerungsliste aufzunehmen; jedoch nur unter der Voraussetzung, daß dadurch keine Verzögerung in der Mitteilung Ihres Einverständnisses zur Veröffentlichung der

vierten Ausbürgerungsliste entsteht. Die tunlichst baldige Veröffentlichung ist dringend geboten. Weiterhin teilte Hering unter Bezugnahme auf ein Schreiben des Amts ergebenst mit, daß die Personalien des Wolff inzwischen vom Geheimen Staatspolizeiamt auf Grund standesamtlicher Eintragungen einwandfrei festgestellt worden sind. Der Name lautet richtig: Arthur Wolff [...]: Nr. 31. Dr. Arthur Wolff, jüdischer Rechtsanwalt, der sich früher in der Hauptsache als Verteidiger kommunistischer Verbrecher betätigte. Jetzt tritt er im Ausland als Hetzredner und Verfasser deutschfeindlicher Zeitungsartikel hervor. Er versucht, das Ausland gegen uns einzunehmen, indem er das deutsche Volk der Kriegslüsterheit bezichtigt. Am 31. Mai erklärte das Amt (Röhrecke) sein Einverständnis zur Veröffentlichung. ~ 8./11. 6. 1935: RMdI/DRA ~ Die amtlichen Begründungen zur 4. Ausbürgerungsliste wurden vom Deutschen Nachrichtenbüro, Berlin, am 12. 6. 1935 und am Tag danach in der Presse veröffentlicht. ~ Am 12. Juni brachte das AA (v. Bülow-Schwante) die Ausbürgerungsliste in Abschrift den deutschen diplomatischen und beaufkonsularischen Vertretungen im Anschluß an den Erlaß vom 5. November 1934 – Nr. 83–76 5/11 – zur Kenntnis.

Bei sich bietender Gelegenheit sind den Betroffenen die in ihren Händen befindlichen deutschen Pässe abzunehmen. Die Gewährung deutschen Schutzes kommt selbstverständlich nicht mehr in Frage.

Q PA/AA, R 99643, R 99645; Hepp, Liste 4 (34); Köln. Ztg. Nr. 294 v. 13. 6. 1935, Morgenblatt; Liesner/Geißler/Steinebach, 1984, S. 115–121: Faksimile ~ D Die Einwirkung des Streikes auf das Vertragsverhältnis des Unternehmers zum Dritten, Bonn 1913; Entziehung nicht dokumentiert ~ B Varian Fry, Auslieferung auf Verlangen. Die Rettung deutscher Emigranten in Marseille 1940/41, München [u. a.] 1986, S. 226; Mauss, 2013, S. 528–536 (Gestapoakte: LAV NRW R, RW 58 Nr. 34363) ~ Die jüngere Schwester Katharina (* 1890), verheiratet mit Dr. Karl Waldi (1879–1965), kam ihrer Deportation „als letzte jüdische Einwohnerin“ Schopfheims 1944 „durch die Einnahme eines starken Schlafmittels zuvor“; Franziska Hirschner, Gisela

Kreuder-Waldi: Erinnerungen an die Schopfheimer Zeit, in: Jahrbuch der Stadt Schopfheim, 11 (2016), S. 118–127; nach Mauss sind außer der Schwester noch 30 Verwandte der Judenverfolgung zum Opfer gefallen ~ Zu S. Marck, dessen Familie 1937 ausgebürgert wurde, vgl. PA/AA, R 99645 u. 99656; Hepp, Liste 4 (23) u. Liste 13 (23–25); NDB 16 (1990), S. 120–122 (Hans-Holger Paul).

99 Wronker-Flatow, Manfred ~

* 11. 6. 1886 Dewsbury, England – 1972 USA; ev.; ♂ Alexandra Martha Leonore Manzel gesch. Lünstroth (* 1896 Berlin-Charlottenburg).

Seit 1920 Rechtsanwalt (Berlin, seit 8. 4. 1931 in Wiesbaden zugelassen, aber nicht als Anwalt tätig) ~ 1930 in den Vorstand der Adam Opel AG berufen ~ 1933 als Rechtsanwalt gelöscht ~ Auseinandersetzungen mit NSDAP-Gauleiter Jakob Sprenger über die industrielle Ausrichtung des Unternehmens und aufgrund seiner jüdischen Herkunft ~ in die GM-Zentrale in New York versetzt ~ 1940 Ausbürgerung.

A 16. 11. 1939: RFSS (Jagusch) an RMdI:

Wronker-Flatow, der in England geboren ist, und Mischling I. Grades ist, besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Vom 1. 9. 1930 bis 31. 10. 1933 war er Vorstandsmitglied der Firma Adam Opel AG. in Rüsselsheim [letzter inländischer Wohnsitz]. Er wanderte im November 1933 mit seiner Familie nach Genf aus und verlegte später seinen Wohnsitz nach England, wo er sich jetzt mit seiner Familie aufhält.

Wronker-Flatow hat der Deutschen Volkspartei angehört und soll ein persönlicher Freund des verstorbenen ehemaligen Ministers Dr. Stresemann gewesen sein.

Er schuldet dem Reich aus dem Jahre 1930 an Einkommensteuer noch einen Betrag von 31.810,44 RM, der vom Finanzamt Mainzer Land niedergeschlagen wurde, weil er unter den vorliegenden Umständen nicht mehr beizutreiben war. Weitere Zahlungsverpflichtungen bestehen gegenüber der Gemeinde Rüsselsheim, der er noch RM 600,- für Bürgersteuer

und RM 91,60 für Gas- und Wasserbenutzung schuldet. Ferner hat Wronker-Flatow insbesondere dadurch seine staats- und volksfeindliche Einstellung unter Bewies [sic] gestellt, dass er vor und nach der Machtübernahme bei jeder Gelegenheit gegen den Nationalsozialismus in der schamlosesten Weise gebetzt hat. Die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit sind daher im vorliegenden Falle gegeben.

Ich bitte das Weitere zu veranlassen.

Eine Vermögensbeschlagnahme und Verfallerklärung erübrigen sich, da keine Vermögenswerte im Inlande vorhanden sind.

Die Ausbürgerung bitte ich auf die eingangs [im Betreff] genannten Familienangehörigen zu erstrecken, die das Reichsgebiet gleichfalls verlassen haben.

Das Auswärtige Amt hat 2 Durchschriften dieses Schreibens erhalten.

Von dem Abschluss des Verfahrens bitte ich mich zu unterrichten.

■ 16./22. 11. 1939: RFSS/AA ~ 27. 2./ 1. 3. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99838; Hepp, Liste 160 (150; 151 f.: Ehefrau u. K) ~ B BArch, R 3001/81030 ~ Faber/Rönsch, 2011, S. 200–202 (Rolf Faber).

100 Zweig, Walther, Dr. jur. (Breslau 1928; Entziehung 1940) ~ * 5. 9. 1904 Schran, Krs. Rybnik, O/S – 1959; ∞ Lotte Perls (* 1908 Breslau); T: Stefanie (1932–2014, Schriftstellerin).

1932 Rechtsanwalt (Leobschütz, Klosterstr. 31 [1937]) ~ Emigration ~ 1939 Ausbürgerung ~ 1947 Rückkehr ~ zunächst Richter, dann Rechtsanwalt (Frankfurt/Main).

A 24. 1. 1939: Gestapo Breslau an Gestapa: *Walter Zweig [Breslau, Körnerstr.5/7] ist Reichsdeutscher, von Beruf Rechtsanwalt und Notar, und Jude.*

Er gelangte am 8. 1. 37 nach Nairobi (Brit. Ostafrika) zur Abmeldung. Seine Ehefrau und seine Tochter Stefanie folgten am 26. 4. 38 nach.

Nach Mitteilung des Finanzamts Breslau-Süd vom 11. 10. 38 wurde ihm und seiner

Ehefrau sowie seiner Tochter Stefanie eine Unbedenklichkeitsbescheinigung zum Zwecke der Auswanderung erteilt. Reichsfluchtsteuer war nicht zu erheben. Nach einer mit R.A. Zweig durch das Finanzamt Leobschütz am 28. 6. 37 aufgenommenen Verhandlung bestand das Vermögen aus Wertpapieren und Bargeld im Werte von etwa 6.000,- RM, die auf den Namen der Ehefrau bei der Zweigestelle der Deutschen Bank in Leobschütz angelegt sind. Über den Verbleib des Geldes ist hier nichts bekannt. Steuerrückstände bestehen nicht.

Zweig war einer der stärksten Gegner des NS.-Staates. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit wandte er sich beschwerdeführend an die Gemischte Kommission in Genf. Als ihm auf unerklärliche Weise ein Brief in die Hände geriet, in welchem die NSDAP Oberschlesien zum verschärften Kampfe gegen die Juden aufforderte und jedem Pg. verbot, mit Juden in Geschäftsverbindung zu treten, hat er auch dieses Schreiben zum Gegenstand einer Beschwerde an den Vorsitzenden der Gemischten Kommission [Felix] Callonder [Calonder] benutzt.

Auf Grund dieser Feststellungen und der durch die Rassezugehörigkeit des Genannten bedingten Gegnerschaft zum Nationalsozialismus ist ohne weiteres anzunehmen, dass dieser im Ausland jede sich bietende Gelegenheit benutzen dürfte, um zum Schaden des Deutschen Reiches tätig zu werden.

Ich bitte daher, Zweig [...] zur Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit in Vorschlag zu bringen.

■ 31. 8./6. 9. 1939: RFSS/AA ~ 31. 10./ 4. 11. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99820; Hepp, Liste 142 (165; 166 f.: Ehefrau u. K) ~ D Die Haftung für Verschulden bei Vertragsabschluß, Ratibor [1928]; Kranich, 2012, S. 177 ~ B DNB/EB, 2016/004: Splitternachl. Stefanie Zweig ~ St. Zweig, Nirgendwo in Afrika. Autobiographischer Roman, München 1995; dies., Nirgendwo war Heimat. Mein Leben auf zwei Kontinenten, München 2012.

II. Biographischer Index

1. Untersuchungs- und Strafsachen.

[28416] Bekanntmachung.

Franz Israel Centawer, geb. am 12. Mai 1899, ist auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1933 der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt. Dem Genannten ist daher der ihm von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt a. M. verliehene Doktorgrad durch Beschluß vom 3. August 1940 entzogen worden. Ein Rechtsmittel ist nicht zugelassen.

Frankfurt a. M., 18. Sept. 1940.

Der Rektor: Plaghoff.

[28417] Bekanntmachung.

Hans Israel Teutsch, geb. am 11. Dezember 1897 in Nürnberg, ist auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1933 der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt. Dem Genannten ist daher der ihm von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt a. M. verliehene Doktorgrad durch Beschluß vom 3. August 1940 entzogen worden. Ein Rechtsmittel ist nicht zugelassen.

Frankfurt a. M., 18. Sept. 1940.

Der Rektor: Plaghoff.

[28418] Bekanntmachung.

Fritz Israel Lebn, geb. am 25. Oktober 1897 in Hannover, ist auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1933 der deutschen Staatsangehörigkeit für ver-

lustig erklärt. Dem Genannten ist daher der ihm am 27. Juni 1924 von der Medizinischen Fakultät der Universität Frankfurt a. M. verliehene Doktorgrad durch Beschluß vom 26. Juli 1940 entzogen worden. Ein Rechtsmittel ist nicht zugelassen.

Frankfurt a. M., 18. Sept. 1940.

Der Rektor: Plaghoff.

[28419] Bekanntmachung.

Ernst Israel Fraentel, geb. am 26. Dezember 1898 in Köln, ist auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1933 der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt worden. Dem Genannten ist daher der ihm am 3. Januar 1924 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt a. M. verliehene Doktorgrad durch Beschluß vom 28. Juni 1940 entzogen worden. Ein Rechtsmittel ist nicht zugelassen.

Frankfurt a. M., 18. Sept. 1940.

Der Rektor: Plaghoff.

[28420] Bekanntmachung.

Elise Sara Salin, geb. am 10. Februar 1899 in Frankfurt a. M., ist auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1933 der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt. Der Genannten ist daher der ihr von der Medizinischen Fakultät der Universität Frankfurt a. M. verliehene Doktorgrad durch Beschluß vom 10. September 1940 entzogen worden. Ein Rechtsmittel ist nicht zugelassen.

Frankfurt a. M., 18. Sept. 1940.

Der Rektor: Plaghoff.

Abb. 12: Bekanntmachung der Entziehung des Doktorgrads u.a. für Hans Teutsch und Ernst Fraenkel. Der zusätzliche Vorname *Israel* kennzeichnete die ausgebürgerten Emigranten Teutsch und Fraenkel als *Juden*. Gemäß der 2. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 17. August 1938 (RGBl. I, 1938, S. 1044) mussten „Juden“ seit dem 1. Januar 1939 „einen weiteren Vornamen annehmen, und zwar männliche Personen den Vornamen Israel, weibliche Personen den Vornamen Sara“. Sie hatten innerhalb eines Monats der zuständigen Ortspolizeibehörde, bei Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland dem zuständigen deutschen Konsul Anzeige zu erstatten; Unterlassung der Anzeige wurde bestraft.

A

101 Aaron, Albert → I. 1

102 Aaron, Siegfried, Dr. jur. (Heidelberg 1913; *Entziehung* 1940) ~ 11. 1. 1887 Velbert – 18. 4. 1945 Schipkau b. Tröbitz (auf dem Transport von Bergen-Belsen nach Theresienstadt mit dem „Verlorenen Zug“ umgekommen); ⚭ Ida Weyl (1892–1945 Bergen-Belsen).

Rechtsanwalt (Elberfeld) ~ 1937 Emigration (Niederlande) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 12. 11. 1942 verhaftet, seitdem im Durchgangslager Westerbork ~ 1. 2. 1944 nach Bergen-Belsen deportiert ~ von den drei Kindern wurde Richard Otto (* 1924) nach Auschwitz deportiert; die Tochter Lotte (* 1921, mit ihrem Ehemann Ludwig Heymann [1902–1945 Bergen-Belsen] 1944 ebenfalls nach Bergen-Belsen deportiert) und ihr jüngerer Bruder Ludwig (* 1928) überlebten und kehrten nach Amsterdam zurück.

A 7. 7. 1939: Gestapo Düsseldorf (Dr. Hoffmann) an Gestapa.

■ 26. 7./22. 8. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag *aus außenpolitischen Gründen keine Bedenken* geltend gemacht und am 10. Aug. das Einverständnis des Landesgruppenleiters der NSDAP mitgeteilt hatte) ~ 3./6. 10. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99815; Hepp, Liste 137 (1; 2–5: *Ehefrau* u. K) ~ D Die Benutzungsgebühren der Gemeinden (§ 4 d. preuß. Kommunalabgabengesetzes), Elberfeld 1913; Moritz, 2001, S. 553 ~ B BArch, R 3001/50002 ~ Maecenas, ²1930; Mauss, 2013, S. 52–55; Ludwig Heymann – lt. Mauss und www.gedenkbuch-wuppertal.de seit 1928 bis zum Berufsverbot 1933 Anwalt in Essen, aber weder von Schröter noch von Schmalhausen (1994) genannt, und 1933 nach Holland emigriert – war lt. www.joodsmonument.nl als „coach for undergraduate examination in law“ tätig; eine *Ausbürgerung* Heymanns, der im Gedenkbuch Judenverfolgung nicht genannt wird, ist nicht dokumentiert.

103 Abel, Max ~ 14. 5. 1872 Lippstadt – 2. 10. 1954 Verviers; ⚭ Irma Landauer (1880–1954).

Rechtsanwalt (Essen) ~ assoziiert mit *Ernst Salomon* → Herzfeld und Dr. David Krombach (1884–1942 Theresienstadt) ~ 10.–19. 11. 1938 *Schutzhaft* ~ Berufsverbot ~ Dez. 1938 Emigration (Belgien) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ überlebte mit seiner Ehefrau und seinem Sohn, der zur Fortsetzung seines in Berlin abgebrochenen Jura-Studiums 1933 zunächst nach Paris emigriert war, in der Illegalität.

A 28. 2. 1940: Gestapo Düsseldorf (Dr. Haselbacher) an RSHA.

■ 18./28. 5. 1940: RFSS/AA ~ 9./13. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99867; Hepp, Liste 189 (1; 2–3 *Ehefrau* u. 1 S) ~ B Maecenas, 1927 u. ²1930; Schröter, 1980, S. 461 u. 623 (D. Krombach); Schmalhausen, 1994, S. 48; Lang, 2014, S. 679; Georg Prick, Max Alsberg (1877–1933) – und kein Ende. Leben und Werk eines äußerst erfolgreichen Ausnahmeanwalts, in: *AnwBl* 12/2016, S. 878–883, 883.

104 Adler, Alexander, Dr. jur. (Breslau 1927; *Entziehung* 1938) ~ * 2. 8. 1904 Neiße.

Seit 1930 Rechtsanwalt (Neiße, O/S) ~ 1933 Berufsverbot ~ Febr. 1937 Emigration (Le Havre/Nordamerika) ~ 1938 *Ausbürgerung*.

A 25. 8. 1937: Gestapo Oppeln an Gestapa.

■ 13. 6./30. 7. 1938: RFSS/AA (nachdem die DB Washington *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 1./3. 9. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99717; Hepp, Liste 64 (2) ~ D Die Schulden der Frau im gesetzlichen Güterrecht und ihre Beitreibung im Wege der Zwangsvollstreckung, Neisse 1927; Kranich 2012, S. 164 ~ B BArch, R 3001/50075 ~ Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 72 (irrtümlich: * 1908).

105 Adler, Siegfried, Dr. jur. et rer. pol. (Würzburg 1920; *Entziehung* 1940) ~ 31. 1. 1897 Haßfurt – 19. 12. 1956 San Francisco, USA; ⚭ Margarete Binswanger, gesch. Raff (* 1902).

Dekorierter *Frontkämpfer* ~ seit 1913 Rechtsanwalt (Augsburg) ~ 1936 Emigration (San Francisco/Kalifornien) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 15. 4. 1940: Gestapo Augsburg (Gold) an RSHA.

■ 18./27. 5. 1940: RFSS/AA ~ 15./20. 7. 1940: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99869; Hepp, Liste 191 (6; 7: *Ehefrau*) ~ **D** Die natürliche Verbindlichkeit, 1920; Rupp, 2011, S. 138 ~ **B** BAArch, R 3001/50086 ~ Weber, 2006, S. 220.

106 Alexander, Kurt, Dr. jur. (Heidelberg 1914; *Entziehung* 1941) ~ 13. 8. 1892 Krefeld – 18. 2. 1962 New York; ⚭ I. Ilse Spanier (1894–1938), II. Agatha Hirschlaff (1904–1970).

Frontkämpfer (Ehrenkreuz) ~ seit 1922 Rechtsanwalt (Krefeld) ~ Sozietät mit Gustav → Simon ~ Nov. 1938 *Schutzhaft* (Dachau) ~ Berufsverbot ~ Zulassung als *Konsulent* ~ 1939 Emigration (England) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ 1943 Mitbegründer und bis 1949 Geschäftsführer der Association of Jewish Refugees (AJR) ~ Direktor der United Restitution Organization (URO) in New York.

A 12. 8. 1940: Gestapo Düsseldorf (Dr. Venter) an RSHA.

■ 31. 1./5. 2. 1941: RFSS/AA ~ 4./7. 3. 1941: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99900; Hepp, Liste 221 (1; 2: *Ehefrau*) ~ **D** Die Auslegung der formbedürftigen Rechtsgeschäfte, Krefeld 1914; *Entziehung* (Moritz) nicht dokumentiert ~ **B** BAArch, R 3001/50185 ~ Zum Gedenken an Kurt Alexander, hg. v. Agathe Alexander, New York: Wallenberg & Wallenberg 1967; BHdE I, 1980, S. 10; Göppinger, 21990, S. 106 f., 266; Joachim Lilla, Die Stadtverordneten/Ratsherren in Krefeld/

Uerdingen 1918 bis 1945, 1. Teil, in: Die Heimat. Krefelder Jahrbuch 66 (1995), S. 153–166, 158; Mauss, 2013, S. 57–62.

107 Alexander, Ludwig, Dr. jur. ~ * 10. 9. 1894 Köln – Sobibor; ⚭ (gesch.) Rosa Helene Kronenberger (* 1899 Mainz).

Frontkämpfer ~ seit 1921 Rechtsanwalt (Köln) ~ 1933 Berufsverbot ~ Emigration (Amsterdam) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 9./10.–13. 4. 1943 im Durchgangslager Westerbork ~ von dort in das Vernichtungslager Sobibor deportiert.

A 9. 3. 1939: Gestapo Köln (Wolter) an Gestapa.

■ 17./30. 4. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 2./7. 6. 1939: RMDI/DRA ~ Nach Veröffentlichung der *Ausbürgerung* wurde bekannt, dass *die Ehe der Eheleute Alexander bereits am 20. 3. 1930 durch rechtskräftiges Urteil des Landgerichts Köln geschieden worden* [war]. *Die Erstreckung der Ausbürgerung des Juden Alexander auf seine Ehefrau ist daher rechtsunwirksam*, wie das RSHA (Ehlers) am 26. 3. 1940 dem RMDI mitteilte: *Die Ehefrau* [Tochter des Mainzer Privatbankiers Ludwig Kronenberger (1863–1931)], *deren Vornamen richtig Rosa Helene lauten, hat am 26. 5. 1939 den früheren Rechtsanwalt Dr. Salomon Siegfried Drucker geheiratet, der auf die zu Unrecht erfolgte Ausbürgerung seiner Ehefrau hinwies. Über die Eheleute Drucker ist Nachteiliges nicht bekannt geworden.*

Ich bitte, das Weitere zu veranlassen und mir von dem Veranlassten Kenntnis zu geben.

Das AA, vom Sachverhalt unterrichtet, übersandte eine Abschrift des in der *Ausbürgerungsakte* nicht überlieferten Schreibens des Anwalts *mit Depeschenbeutel mittels ital. Schiffes* an die DG Havanna. Bei Drucker dürfte es sich um den Mainzer Justizrat Dr. Siegfried Drucker (1887–1956 New York) handeln, der im März 1939 mutmaßlich über Kuba in die USA emigrierte;

eine spätere *Ausbürgerung* Druckers ist nicht dokumentiert.

Q PA/AA, R 99792; Hepp, Liste 116 (14; 15: *Ehefrau: Toni Kronenberger*) ~ **D** Lt. Luig (2004) legte A. am 31. 7. 1920 „in Heidelberg das Doktorexamen ab“; diese Angabe dürfte auf einer Verwechslung beruhen. Der an diesem Tag in Heidelberg promovierte – mit der im gleichen Jahr veröffentlichten Arbeit „Komplot und Bande“ – L. Alexander stammte aus Liegnitz (* 1. 9. 1895). Die Digikat-Karte der UB Heidelberg zu einer weiteren unter „Alexander, Ludwig“ nachgewiesenen Diss. („Der ersatzfähige Nichtvermögensschaden mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung“, 1923) enthält keine biographischen Angaben; *Entziehung* nicht dokumentiert ~ **B** BArch, R 3001/50186 ~ Luig, 2004, S. 103 f.; Krach 2007, S. 37 f. (S. Drucker); Annelen Ottermann, *Woher unsere Bücher kommen. Provenienzen der Mainzer Stadtbibliothek im Spiegel von Exlibris*, Mainz 2011, S. 159–1961 (L. Kronenberger).

108 Altenberg, Bruno → I. 2

109 Altgenug, Erich, Dr. jur. (Frankfurt 1920; *Entziehung* 1940) ~ 24. 4. 1894 Essen – 30. 4. 1969 Basel; ♂ 1924 Anneliese Odenheimer (1897–1983).

Frontkämpfer ~ seit 1922 Rechtsanwalt (Barmen) ~ die Sozietät mit Dr. Krefft (nicht jüdisch) musste 1933 aufgelöst werden ~ Okt. 1938 Emigration (São Paulo) ~ Nov. 1938 in der Anwaltsliste gelöscht ~ Scherenfabrikant in São Paulo ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ verlegte nach Aufgabe des seit den frühen 1950er Jahren unrentablen Unternehmens seinen Wohnsitz in den 1960er Jahren in die Schweiz.

A 28. 4. 1939: Gestapo Düsseldorf (Krack) an Gestapa.

■ 25. 5./29. 8. 1939: RFSS/AA (nach Mitteilung der DB Rio de Janeiro, I. A. Prz. z. Schaumburg-Lippe, vom 1. Aug.: *Gegen die Ausbürgerung des oben genannten Juden bestehen seitens der Botschaft keine aussenpolitische Bedenken.*) ~ 14./17. 10. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99817; LAV NRW R, RW 58 Nr. 61.927 (Gestapoakte, zitiert nach Mauss); Hepp, Liste 139 (10; 11 f.: *Ehefrau u. K*) ~ **D** Haben staatsrechtliche Schranken der Vertretungsbefugnis des Staatshauptes völkerrechtliche Wirkung?, 1920; Becker, [1994], S. 62 ~ **B** BArch, R 3001/50225 (* 24. 8. 1894) ~ www.anwalt-ohne-recht.de/Duesseldorf_zusatzPanels_2011.pdf ~ Mauss, 2013, S. 62–64.

110 Apfel, Alfred, Dr. jur. (Rostock 1906; *Entziehung*) ~ 12. 3. 1882 Düren/Rheinprovinz – 14. 2. 1941 Marseille; ♂ I. 1906 (gesch. 1924) Dora Schoenewald (1881–1962), II. 1927 (gesch. 1934) Alice Schachmann (1905–1957), III. 1935/36 Hedwig Augusta Scheer (* 1901).

Kriegsfreiwilliger, 1916 wegen Krankheit entlassen, Tätigkeit in der Kriegswirtschaft ~ seit 1918 Rechtsanwalt (Berlin) ~ Verteidiger von Max Hoelz und Carl von Ossietzky ~ Hausanwalt der „Weltbühne“ ~ nach dem Reichstagsbrand kurzzeitig in *Schutzhaft* ~ nach dem *Judenboykott* am 1. 4. 1933 Flucht nach Frankreich (Paris) ~ 1933 *Ausbürgerung* ~ Okt. 1935 „Kalendarium in Sachen Max Hölz und sämtliche andere Schriften“ indiziert, 1938 Verbot sämtlicher Schriften ~ 1940 in Bassens bei Bordeaux interniert ~ von dort Flucht nach Marseille.

A 16. 8. 1933: B. → Weiß; im Aktenband findet sich nur das Deckblatt mit dem Namen Alfred Apfel; auch im ergänzenden Begleitband und in der Materialsammlung (R 98458 f.) wird A. Apfel nicht erwähnt, wohl aber in dem Aktenband „Lügemeldungen über Misshandlungen. Inhaftierungen usw.; Protesteingaben politischer Gesinnungsgenossen“ (Bd. 1: R 98440); für die Aktenprüfung danke ich Dr. Gerhard Keiper.

■ 23./25. 8. 1933: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99638 f., 98440, 98458 f.; Hepp, Liste 1 (1); PA/AA, R 99656; Hepp, Liste 10 (1; 5./3. 4. 1937): Alice Apfel geb. Schachmann, seit 1934 mit dem Komponisten Franz Waxmann/Waxman verheiratet. Eine *Ausbürgerung*

der ebenfalls emigrierten 1. Ehefrau und der Tochter Hanna (1907–1995, mit Raffaello Busoni verheiratet), sowie der 3. Ehefrau, 1941 nach USA entkommen, ist nicht dokumentiert ~ D Die Grenzscheidungsklage des Bürgerlichen Gesetzbuches unter Berücksichtigung des römisch-gemeinen, preußischen, sächsischen und französischen Rechtes, Borna-Leipzig 1906; Harrecker, 2007, S. 206; Hartwig, 2010, S. 329 ~ E Les dessous de la justice allemande (1934, engl. 1935; rückübertragen ins Deutsche v. Jan u. Ursula Gehlsen, Berlin 2013 ~ B LBI New York, Papers of Hannah Busoni ~ Heinrich Schwing (Bearb. u. Hg.), Alfred Apfel: „Mein liebes Tierchen ... in inniger Liebe Dein Alfred“, Briefe & Karten an seine Tochter Hanna Busoni, Berlin ²2014 (Singen-Bohlingen ¹2014); ders., Sein Schriftwerk – Alfred Apfel: Autobiografien, Berlin 2014 ~ Die Friedensbewegung, 1983, S. 29 f. (Ingo Müller); Göppinger, ²1990, S. 266; Ohne zu zögern, ²2008, S. 402 (Stefanie Hartmann); Kritische Justiz II, 2016, S. 29–50 (J. Gehlsen); ders., Alfred Apfel – Verteidiger im Gerichtssaal und in der „Weltbühne“. Der Kampf eines Rechtsanwalts für die erste deutsche Republik, in: AnwBl 66 (2016), 12, S. 884–889.

111 Apt, Franz, Dr. jur. (Breslau 1916; *Entziehung* 1940) ~ * 6. 11. 1891 Breslau; Ⓞ Charlotte Peiser (* 1902).

1914–1918 Heeresdienst ~ seit 1921 Rechtsanwalt (1937: Breslau, Junkernstr. 16) und seit 1927 Notar ~ 1935 als Notar entlassen ~ 1938 Berufsverbot ~ 1939 Emigration (USA) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 2. 12. 1939: Gestapo Breslau (Dr. Knab) an RSHA.

■ 11./16. 4. 1940: RFSS/AA ~ 10./12. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99866; Hepp, Liste 188 (2; 3–5: *Ehefrau* u. K) ~ **D** Das fortgesetzte Verbrechen. Ein Beitrag zur Lehre von der „einheitlichen Handlung“, Breslau 1916; Kranich, 2012, S. 164 ~ **B** Arch, R 3001/50352.

112 Arendt (später: Arnet), *Edgar* Ludwig Adolf, Dr. jur. (Hamburg 1929; *Entziehung* 1940) ~ 23. 11. 1902 Hamburg – Januar 1984 Phoenix, Arizona, USA.

Seit 1930 Rechtsanwalt (Hamburg) ~ Sozietät mit Dres. Werner und Walter Voigt ~ 1933 Berufsverbot ~ 1933 Emigration (Frankreich) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ seit Mai 1940 interniert (Okt. 1941 bis Sept. 1942 in Gurs) ~ Dez. 1942 Flucht nach Spanien (Haft, interniert), Frühjahr 1943 via Lissabon in die USA.

A 11. 5. 1939: RSHA (Jagusch) an RMdI.

■ 11. 5./13. 6. 1939: RFSS/AA (nachdem die Konsularabt. der DB Paris, Werkmeister, am 1. 6. 1939 *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 4./11. 7. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99800; Hepp, Liste 123 (1) ~ **D** Der Beginn der Zwangsvollstreckung, Hamburg 1929; Hering, 1991, S. 1504 („Arndt“) ~ **B** AoRD, 2007, S. 202; Morisse, ²2013, S. 124.

113 Arndt, *Wilhelm* Henry, Dr. jur. (Breslau 1933; *Entziehung* 1943) ~ 11. 7. 1909 Kattowitz; Ⓞ Eva Brauer (* 1916 Oppeln), V: Dr. jur. (Breslau 1909) Adolf Brauer, * 1. 8. 1885 Carlsruhe, O/S; Ⓞ Erna Eisner (* 1894 Ratibor); seit 1913 Rechtsanwalt und 1919–31. 8. 1937 Notar; seit 1922 DDP, später Mitglied der Staatspartei, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und bis 1933 der Freiheitsloge Oppeln; nach Aufgabe der Zulassung – mutmaßlich in Verbindung mit der Emigration – am 12./14. 10. 1938 als Rechtsanwalt (1937: Oppeln, Helmut-Brückner-Str. 38) gelöscht.

W. Arndt – lt. Personalakte *deutschblütiger Abstammung* und evangelisch – war seit dem 16. 5. 1934 Mitglied des NSRB; nach dem II. Staatsexamen wurde seinem Antrag auf Übernahme in den anwaltlichen Probedienst Ende 1936 entsprochen; zu diesem Zeitpunkt hielt sich Arndt „zu einem Studienaufenthalt in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Süd-West-Afrika“ auf; seinem Antrag auf Beurlaubung wurde 1937 und 1939 entsprochen. Nachdem er sich nach Ablauf der Beurlaubung zum 31. 1. 1941 nicht *zum Dienstantritt gemeldet* hatte, nahm der OLG-Präsident noch an, *dass die durch den Krieg entstandenen Ver-*

hältnisse der Grund dafür sind; er beabsichtige daher, wie er dem RMdJ am 17. 2. 1941 mitteilte, dem Assessor bis auf Weiteres Urlaub zu erteilen. Ein Jahr später – am 13. 1. 1942 – berichtete der OLG-Präsident erneut dem Minister: Nunmehr ist mir das anliegende rechtskräftige Urteil des Landgerichts in Oppeln vom 23. September 1940 [...] vorgelegt worden, wonach die am 18. Dezember 1937 zu Swakupmund [sic] geschlossene Ehe des Assessors Dr. Arndt mit seiner jüdischen Ehefrau für ungültig erklärt wird. Ich halte es daher für erforderlich, daß die Justizverwaltung sich nunmehr sofort von dem Assessor Dr. Arndt trennt und lege daher die Angelegenheit zur geneigten Entscheidung vor. Am 27. 1. 1942 widerrief daraufhin der RMdJ die Übernahme in den anwaltlichen Ausbildungsdienst; die öffentliche Zustellung der an Herrn Assessor Dr. Wilhelm Arndt in Windbuk (Südwestafrika) adressierten Verfügung wurde durch Aushang an den Gerichtstafeln des Oberlandesgerichts und des Amtsgerichts in Oppeln erbeten; weiterhin wurde dem OLG-Präsidenten anheim gegeben, Abschrift der Urkunde dem Vater oder Bruder des Assessors zur Kenntnis übersenden zu lassen und den Herrn Oberfinanzpräsidenten zu unterrichten. Die Ausbürgerung ist in der Personalakte nicht mehr vermerkt.

A 3. 11. 1939: Gestapo Oppeln (Dr. Riedel) an Gestapa.

■ 25. 1./7. 2. 1940: RFSS/AA ~ 26. 2./2. 3. 1942: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99930; Hepp, Liste 264 (2; die Ausbürgerung der jüdischen Ehefrau – am 26. 7. 1937 nach London/England ausgewandert – wie ihrer mutmaßlich ebenfalls emigrierten Eltern hatte sich nach Erlass der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941 erübrigt) ~ **D** Die Bedeutung des Betriebsbegriffes für die Systematik des Arbeitsrechts (gezeigt an der Frage des Betriebsrisikos), Ohlau i. Schl. 1933; Kranich, 2012, S. 164 ~ **B** Arch, R 3001/ 50390 (W. Arndt) u. 52571 (A. Brauer) ~ Adressbuch der Stadt Oppeln, Ausgabe 1937: www.obc.opole.pl/dlibra/publication/1554/edition (19. 2. 2020).

114 Aron, Ludwig ~ * 13. 7. 1894 Berlin; ⚭ 1929 Margot Elisabeth Oppenheimer (* 1902).

Seit 1926 Rechtsanwalt (Berlin) ~ in Sozietät mit Georg Gerson (1887–1975), bis zu dessen Flucht und Auswanderung im März 1933 ~ Apr. 1930 – Herbst 1932 zugleich Direktor bei der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse in Berlin ~ 1933 Berufsverbot ~ Emigration (Paris) ~ 1940 Ausbürgerung ~ bei der weiteren Flucht 1940 Zurücklassen der wertvollen, später beschlagnahmten belletristischen und wissenschaftlichen Bibliothek in Neuilly sur Seine ~ seit 1941 in New York (USA) ~ seit 1951 amerikanischer Staatsbürger.

A 3. 12. 1939: RSHA (Jagusch) an RMdI.

■ 3./20. 12. 1939: RFSS/AA ~ 30. 3./6. 4. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99843; Hepp, Liste 165 (7; 8 f.: Ehefrau u. S) ~ **B** Arch, R 3001/50494 ~ EAB, 58211 ~ AoRB, ²2007, S. 110 (irrtümlich „Dr.“), 159 f. (G. Gerson).

115 Arons, Albert Ruben Walter, Dr. jur. (Breslau 1924; Entziehung 1941) ~ 12. 8. 1898 Berlin – 19. 7. 1948 Grenoble; **B**: Georg Arons (alleiniger Inhaber des Bankhauses Gebrüder Arons in Berlin, Emigration in die USA); ⚭ Otilie Charlotte Sluzewsi (* 1902; 1933 „aus nationalsozialistischen Verfolgungsgründen“ geschieden, seit 1935 wieder verheiratet).

Kriegsfreiwilliger (schwerverwundet, dekoriert mit dem EK) ~ Rechtsanwalt (Berlin) ~ Dez. 1935 mit der Familie Urlaub in der Schweiz ~ kein Rückkehr nach Berlin ~ seit 1936 in Oeiras (Portugal) ~ 1940 Ausbürgerung.

A 14. 6. 1940: Gestapo Berlin (Rothmann) an Gestapa.

■ 24./30. 9. 1940: RFSS/AA ~ 7./9. 11. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99887; Hepp, Liste 208 (5; 6–8: Ehefrau u. K) ~ **D** Die Rechtslage zwischen Auf-

lassung und Eintragung, Berlin 1924; Kranich, 2012, S. 194 ~ B BArch, R 3001/50442 ~ EAB, 338579 ~ AoRB, 2007, S. 110f.

116 Aschenberg, Hugo, Dr. jur. (Heidelberg 1920; *Entziehung* 1941) ~ 15. 9. 1894 Göttingen – 13. 12. 1968 New York; ♂ Gertrud Minna Gottgetreu (* 1896).

Seit 1925 Rechtsanwalt (Harburg und seit 1928 in Stade, seit 1. 4. 1937 in Hamburg) und seit 1932 Notar ~ 1933 als Notar entlassen ~ seit 1. 10. 1938 im Auftrag der Devisenstelle Hamburg in USA ~ 9. 11. 1938 Verwüstung der Kanzlei ~ Berufsverbot ~ keine Rückkehr nach Hamburg ~ 1939 Emigration der Kinder (Kindertransport) und der Ehefrau nach Großbritannien ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ seit 1946 in USA ~ 1957 unter Befreiung von der Residenzpflicht wieder als Rechtsanwalt in Hamburg zugelassen.

A 3. 12. 1939: Gestapo Hamburg (G. Kuhl) an RSHA.

■ 25. 4./4. 5. 1940: RFSS/AA ~ 10./12. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99866; Hepp, Liste 188 (6; 7–9: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Volksentscheid und Volksbegehren, 1920; *Entziehung* (Moritz, 2001) nicht dokumentiert ~ **B** BArch, R 3001/50453 ~ AoRD, 2007, S. 202; Morisse, 2013, S. 125.

117 Auerbach, Ella Georgine, geb. Levi ~ 15. 1. 1900 Frankfurt/M. – 20. 4. 1999 New York; ♂ 1925 → Richard Auerbach.

1928 (erste) Anwältin beim Kammergericht (Berlin) ~ 1933 Berufsverbot ~ danach Bürogehilfin in der Sozietät ~ 1939 Emigration der Familie zunächst nach Großbritannien ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A Dr. → Richard Auerbach.

Q BArch, R 3001/50491 ~ EAB, 56960 ~ **B** Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 74, 76; Röwekamp, 2005, S. 17–19; AoRB, 2007, S. 112; Ladwig-Winters, 2016, S. 119f.

118 Auerbach, Herbert Manfred, Dr. jur. (Breslau 1913) ~ * 27. 7. 1890 Krotoschin; ♂ 1923 Irmgard Kühnau (→ Auerbach, Irmgard).

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ Emigration (London) ~ 1937 *Steuersteckbrief* ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 23. 11. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 15. 12. 1938/10. 2. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB London *Bedenken nicht geltend gemacht* hatte) ~ 23./25. 2. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99760; Hepp, Liste 95 (4; 5–7: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Der Einfluß des Verschuldens des Beschädigten im Falle des Schadens durch Tiere und Gehilfen, Breslau 1913; *Entziehung* nicht dokumentiert ~ **B** AoRB, 2007, S. 113.

119 Auerbach, Irmgard geb. Kühnau ~ * 19. 12. 1891 Patschkau, Krs. Neisse; kath.; *V*: Richard Kühnau (1868–1930); ♂ 1923 → *Herbert* Manfred Auerbach.

Seit Juni 1928 Rechtsanwältin (Berlin; Kanzlei 1934–1936: Potsdamer Str. 138a) ~ 10. 4. 1933 Antrag „der christlichen Rechtsanwältin“ auf „weitere Zulassung“ ~ 9. 5. 1933 Gesuch an das Preuß. Justizministerium, z. Hd. Ministerialdirektor Dr. Freisler: „Nach meinem Dafürhalten kann nach dem Gesetz über die Zulassung der Rechtsanwälte das ausgesprochene Vertretungsverbot auf mich keine Anwendung finden. Wie die Anwaltskammer bereits festgestellt hat, bestehen wegen meiner arischen Abstammung keinerlei Bedenken. Ich habe seit dem 10. April 1933 von Woche zu Woche einen vorläufigen Ausweis der Anwaltskammer zwecks Terminwahrnehmung erhalten. Zum Beweis lege ich den Ausweis der vergangenen Woche bei. Meine Heirat mit dem jüdischen Rechtsanwalt Dr. Herbert A u e r b a c h beeinträchtigt nicht meine arische Abstammung. Ich bitte daher dringend, das Vertretungsverbot vom 5. Mai aus den oben genannten Gründen rückgängig zu machen.“ ~

10. Mai Aufhebung des Vertretungsverbots ~ 7. März 1935 Urteil im „Ehrengerichtlichen Verfahren gegen Rechtsanwältin Frau Dr. [sic] Irmgard Auerbach-Kühnau in Berlin, W 62., Lutherstrasse 9“: *Die Angeklagte ist der Verletzung der ihr als Rechtsanwältin obliegenden Pflichten schuldig und wird mit einer Warnung bestraft*, weil sie lt. Anklage *in den Jahren 1933 und 1934 ihren als nichtarischen Anwalt gelöschten Ehemann weiterhin in ihrer Praxis beschäftigt und ihm dadurch die Umgehung der gegen ihn getroffenen Massnahmen ermöglicht hat* ~ das Ehrengericht unter Vorsitz von Justizrat Dr. Willy Hahn begründete die milde Strafe auch mit dem Konflikt, in dem sich die Angeklagte *insofern befunden hat, als sie einerseits als Mutter und Ehefrau an die Zukunft ihrer Familie dachte, während sie andererseits als arische Rechtsanwältin die Reichsregierung bei ihren Massnahmen in Bezug auf die deutsche Rechtspflege zu unterstützen hatte* ~ 14. 9. 1936 auf eigenen Antrag in der Rechtsanwaltsliste des Landgerichts Berlin gelöscht ~ Emigration ~ 1937 *Steuersteckbrief* ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A → Herbert Auerbach; Gestapo Berlin ([Herbert] Müller):

► *Über die Ehefrau ist Nachteiliges in politischer Hinsicht nicht bekannt geworden. Sie wurde am 24. 5. 1937 [...] wegen Steuerflucht zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Ehefrau hat mit ihrem Ehemann einen gemeinsamen Hausstand geführt und ist mit ihm ausgeweist. Wann und an welcher Universität die Ehefrau den Dokortitel erworben hat, ließ sich nicht feststellen. Die Ermittlungen werden fortgesetzt.* ~ Die Rechtsanwältin führte lt. Adressbuch weder den auch im *Steuersteckbrief* genannten Dokortitel noch einen Doppelnamen.

Q BAArch, R 3001/50499 ~ https://de.wikipedia.org/wiki/Diskussion:Richard_Kühnau (14. 3. 2020).

120 Auerbach, Richard, Dr. jur. (Breslau 1919; *Entziehung* 1940) ~ 6. 2. 1892 Posen – 31. 8. 1980 New York; ∞ 1925 → Ella Auerbach.

Kriegsfreiwilliger (Leutnant d. R.) ~ seit 1922 Rechtsanwalt und seit 1928 Notar (Berlin) ~ assoziiert mit Dr. Max Raphael (* 1899, 1933 Berufsverbot, 1939 Emigration nach Bolivien) ~ 1928 Eintritt der Ehefrau → Ella Auerbach in die Sozietät ~ seit 1934 assoziiert mit Wilhelm → Goldberg ~ 1935 als Notar entlassen ~ November 1938 untergetaucht ~ Berufsverbot ~ *Konsulent* ~ 1939 Emigration (England) ~ 1939/40 Abwicklung der Praxis und Organisation des Umzugs nach London und New York durch den Bürovorsteher Alexander Wardacki ~ Verschleuderung der nach Entwurf des Architekten Harry Rosenthal maßgefertigten Möbel und eines Großteils der juristischen Bibliothek sowie eines Wandgemäldes von Bruno Krauskopf ~ Nachsendung des Reichsgesetzblatts 1939/40 ~ 1940 vier Monate interniert (Isle of Man) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ Sept. 1940 Ausreise der Familie in die USA ~ Dez. 1960 unter Befreiung von der Residenzpflicht wieder als Rechtsanwalt zugelassen (Berlin).

A 22. 5. 1940: RSHA (Ehlers) an RMdI.

■ 22. 5./3. 6. 1940: RFSS/AA ~ 15./20. 7. 1940 RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99869; Hepp, Liste 191 (12; 13–15: *Ehefrau* [→ Ella A.] u. K) ~ **D** Die Pflichten der Sammler eines Sammelvermögens, Breslau 1919; Kranich, 2012, S. 164 (irrtüml.: Robert) ~ **B** BAArch, 50505 ~ EAB, 56961 ~ BHdE I, 1980, S. 24; Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 9; AoRB, 2007, S. 113 f., 243 (M. Raphael); Bergemann, 2012, S. 101.

121 Auerbach, Siegbert Nathan, Dr. jur. (Leipzig 1902) ~ * 6. 7. 1880 Bromberg; ∞ Hertha Arens (* 1889).

Rechtsanwalt (1937: Stettin, Lindenstr. 30) ~ 11. 11.–12. 12. 1938 *Schutzhaft* (Sachsenhausen) ~ 1939 Emigration (Shanghai) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 29. 11. 1940: Gestapo Stettin an RSHA.

■ 24. 2./5. 3. 1941: RFSS/AA ~
2./4. 4. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99905; Hepp, Liste 226 (3; 4; *Ehefrau*) ~ D Gestapo Stettin: *Nach Mitteilung der Deutschen Bücherei und Universitätsbibliothek in Leipzig vom 9. 11. 40 wurde auf Grund der vorbandenen Nachschlagemittel festgestellt, dass Auer-*

bach weder an einer deutschen noch an einer schweizer Universität zum Dr. promoviert hat.

Tatsächlich dürfte A. „als Referendar aus Bromberg“ 1902 in Leipzig mit der Arbeit „Der Mäklervertrag nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch“ (Bromberg 1902) promoviert worden sein; Lang (2014: Promotion) bzw. Henne (2007: Depromotion): nicht nachgewiesen.

B

122 Bacharach, Alfred, Dr. jur. et rer. pol. (Würzburg 1911; *Entziehung* 1940) ~ 7. 2. 1887 Würzburg – 21. 2. 1961 New York; ☉ Ruth Reinach (* 1903 Kassel).

Seit 1913 Rechtsanwalt (München) ~ Nov./Dez. 1938 *Schutzhaft* (Dachau) ~ Beschlagnahme von Kunstobjekten im Zuge der „Judenaktion“ in München ~ Berufsverbot ~ 1939 Emigration (England, USA) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 1. 3. 1940: Gestapo München (Weintz) an RSHA.

■ 3./12. 4. 1940: RFSS/AA ~
10./12. 6. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99859; Hepp, Liste 181 (4; 5 f.: *Ehefrau* u. S) ~ D Der Begriff der Kuppellei, Breslau 1911 (Strafrechtliche Abhandlungen, 127: Reprint: Frankfurt/M. 1977); Rupp, 2011, S. 140 ~ B BArch, R 3001/50581 ~ Weber, 2006, S. 221 ~ Protokoll der Beschlagnahme der Kunstobjekte, bei Übernahme der Sammlung vom Direktor des Bayerischen Nationalmuseums gegengezeichnet, Abschrift: BNM, Dokumentation, Schachtel 37, Dok, 119; nach Hopp, 2012, S. 131.

123 Baer, Martin, Dr. jur. (Jena 1907; *Entziehung* 1941) ~ 2. 9. 1885 Coburg – 29. 11. 1943 New York; B: → Moritz B.; ☉ Alice Fleischer (* 1898 Bayreuth/Ofr.).

Seit 1913 Rechtsanwalt u. seit 1919 Notar (Coburg) ~dekoriertes *Frontkämpfer* (Offizier; kriegsversehrt) ~ DDP (Ortsvorsitzender) ~ 1933 als Notar entlassen ~ 1933 und 1938 misshandelt ~ 1938 Berufsverbot

~ Aug. 1939 Emigration (England; Aug. 1940 USA) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 15. 10. 1940: Gestapo Nürnberg-Fürth (Dr. Martin) an RSHA.

■ 16./19. 12. 1940: RFSS/AA ~
11./15. 1. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99895; Hepp, Liste 216 (1: * 20. 9. 1885; 2 f.: *Ehefrau* u. S) ~ D Erläuterung des § 1362 B.G.Bs., Coburg 1907 ~ B BArch, R 3001/50660 ~ Weber, 2006, S. 211.

124 Baer, Moritz, Dr. jur. (Jena 1899; *Entziehung* 1941) ~ 6. 7. 1877 Coburg – 21. 12. 1952 Buenos Aires; B: → Martin B.; ☉ Kaethe Sachs (* 1892 Coburg).

Seit 1903 Rechtsanwalt und seit 1921 Notar (Coburg) ~ dekoriertes *Frontkämpfer* (Unteroffizier) ~ DDP ~ 1933 *Schutzhaft* ~ als Notar entlassen ~ Nov. 1938 Emigration (Argentinien) ~ Berufsverbot ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 12. 7. 1941: Gestapo Nürnberg-Fürth (Dr. Grafenberger) an RSHA.

■ 9./15. 8. 1941: RFSS/AA ~
24./26. 9. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99924; Hepp, Liste 256 (1; 2–4: *Ehefrau* u. K) ~ D KvK:- ~ B Weber, 2006, S. 211.

125 Baer, Werner, Dr. jur. (Frankfurt/M. 1933; *Entziehung* 1938) ~ 12. 7. 1907 Straßburg i. E. – 7. 4. 1957 New York.

1932/33 Rechtsanwalt (Frankfurt/M.) ~ Berufsverbot ~ 1936 Emigration (USA) ~ 1938 *Ausbürgerung*.

A 11. 3. 1938: Gestapo Frankfurt/M. (Ringshausen) an Gestapa ~ Am 30. 3. 1938 übersandte das Gestapa (Dr. Lange) den *Ausbürgerungsvorschlag* an den RFSSuChdDtPoliRMdI – Referat S-PP (II B) – mit dem *Antrage, dem Juden Baer die deutsche Staatsangehörigkeit abzuerkennen und die Aberkennung der Doktorwürde zu veranlassen*.

■ 7.4./20. 6. 1938: RFSS/AA (nachdem die DB Washington, Dieckhoff, am 23. Mai gegen die *Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Juden Werner Baer [...] keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 8./14. 7. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99708; Hepp, Liste, 57 (3) ~ **D** Zur Frage der rechtlichen Selbständigkeit der Zweigniederlassung, Frankfurt/M. 1933; Becker, [1994], S. 62 ~ **B** BArch, R 3001/50662 ~ Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 138.

126 Baerensprung, Horst W. → I. 3

127 Baerwald, Max, Dr. jur. (Breslau 1906; *Entziehung* 1942) ~ * 25. 7. 1881 Nakenel/Netze, Prov. Posen; ♂ Dora Samuel (* 1895 Köln, Rhld.).

Frontkämpfer (kriegsbeschädigt) ~ Rechtsanwalt (1937: Markgrafenstr. 2) ~ 1939 Emigration (England; Philippinen; nach 1945 in USA) ~ *Ausbürgerung* aufgrund der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11.

A 10. 6. 1941: RFSSuChdDtPoliRMdI an RMdI.

■ Kein Abschluss des Ausbürgerungsverfahrens.

Q PA/AA, R 100029 ~ **D** Wiederverheiratung eines im Auslande geschiedenen Deutschen im Auslande, Borna-Leipzig 1906; Kranich, 2012, S. 194 ~ **B** EAB, 58270 (Restakte, Entschädigung durch das Land Niedersachsen).

128 Bandmann, Eugen ~ 7. 5. 1874 Breslau – 20. 10. 1948 New York; ♂ II. Lina Perls verw. Hirschstein (1881–1947); *Schwiegersohn*: Walter → Grünpeter.

Seit 1900 Rechtsanwalt, später auch Notar (Breslau) ~ 1929 bis 1. 4. 1933 Stadtverordneter (SPD) u. Mitglied des Provinzialrats ~ März 1933 Flucht in die Schweiz, weiter nach Prag ~ 1933 *Steuersteckbrief* und Vermögensbeschlagnahme ~ 1935 Aufhebung des *Steuersteckbriefs* ~ 1937 *Ausbürgerung* ~ seit 1938 in New York ~ Mitarbeiter der Exil-Zeitschrift „Aufbau“.

A 16. 5. 1936: Gestapa (Müller) an RuPrMdi:

■ 11. 6./25. 9. 1936: RuPrMdi (Hering)/AA (nachdem die Konsularabteilung der DG Prag, Halem, am 15. Sept. *seitens der Gesandtschaft keine Bedenken* geltend gemacht hatte); am 28. 12. 1938 stimmte das Amt auch der Verfallerkklärung des nachträglich festgestellten Vermögens zu.

Q PA/AA, 99653; Hepp, Liste 8 (1; 52: *Ehefrau*; die 1. Ehefrau Betty geb. Joachimsohn, * 1876, wurde 1941 von Hamburg nach Riga deportiert; eine Ausbürgerung der überlebenden Kinder aus 1. Ehe ist nicht nachweisbar) ~ **D** „Dr. jur.“ (BHdE); Dissertation (KVK) und Depromotion (→ Breslau) nicht nachweisbar ~ **B** Maecenas, 1927 u. ²1930 ~ BHdE I, 1980, S. 34 (bei der dort als *Kind* genannten Dora Münzer dürfte es sich tatsächlich um eine ältere Schwester handeln: 1869–1942 Treblinka); DBE I, 2005, S. 360; Korfmacher, 2012, S. 5 ~ Foto: LBI New York.

129 Baruch, Sigmund ~ 20. 10. 1872 Worms – 15. 5. 1949 Porto-Fez, Portugal; ♂ 1900 Stephanie Daub (1880 – um 1960).

Rechtsanwalt (Worms) ~ Mitglied des am 11. 4. 1933 aufgelösten Vorstands der Hessischen Anwaltskammer ~ mutmaßlich bereits seit 1934 in Oporto (Portugal), aber weiterhin in Worms gemeldet ~ 10. 11. 1938 Verwüstung der Wohnung, vorübergehende Inhaftierung der sich in

Worms aufhaltenden Ehefrau ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 26. 2. 1941: Gestapo Darmstadt (Fentz) an RSHA.

■ 24./26. 3. 1941: RFSS/AA ~

10./16. 4. 1941: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99.906; Hepp, Liste 227 (8; 9f.: *Ehefrau* u. S) ~ **B** www.wormserjuden.de/Biographien/Baruch-IV.html; Krach,: www.mainz1933-1945.de ~ Die *T* Elisabeth (1908–2002 Porto, 1933 als Referendarin entlassen) war seit 1932 mit dem Anwalt Dr. Alfred Kiefe III (1907–1951 Portugal [Suizid; Juniorpartner in der Sozietät Dr. Schweizer, Dr. Adolf Kiefe II (1876–1940 Porto) und Soening] verheiratet; eine Ausbürgerung ist weder für Kiefe II u. III (Vater u. Sohn) noch für E. Kiefe geb. Baruch nachweisbar; Marx, 1965, S. 206 (A. Kiefe II u III) u. 246 (E. Simon geb. Baruch, verw. Kiefe); AoRD, 2007, S. 137; Ladwig-Winters, 2016, S. 201.

130 Bauer-Mengelberg, Rudolf → I. 4

131 Baum, Alfred, Dr. jur. (Breslau) ~ 9. 11. 1883 Tarnowitz, O/S – 15. 6. 1967; ☉ Anneliese B. (gest. 1989).

1912–1919 Rechtsanwalt (Gleiwitz) ~ nach Übersiedlung 1918 nach Berlin seit 1921 Rechtsanwalt in Berlin und bis 1927 Syndikus (Schallplattenindustrie) ~ seit 11. 10. 1928 Rechtsanwalt beim Kammergericht ~ Vertreter der Schallplattenindustrie bei der Konferenz zur Revision der Berner Übereinkunft 1928 in Rom ~ Veröffentlichungen in den „Blättern für Funkrecht“ und in der „Zeitschrift für Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht“ (GRUR) ~ 8. 4. 1933 Antrag an den Kammergerichtspräsidenten auf Aufhebung des Vertretungsverbots („Meine politische Denkweise entspricht schon seit langem der Auffassung der jetzigen Regierung. Nur infolge meiner Religion war ich verhindert, mich in der nationalen Bewegung zu betätigen [...] Ich habe auch in meinen wissenschaftlichen Aufsätzen aus meiner nationalen Einstellung niemals ein Hehl

gemacht.“) bzw. v. 3. 5. 1933 mit der Bitte, „von der Rücknahme meiner Zulassung bei dem Kammergericht gemäss § 1, Abs. 2 des Gesetzes vom 7. April 1933 abzusehen“ ~ 4. 5. 1933 Übersendung von Abschriften der Anträge an das preuß. Justizministerium ~ wegen der unterbrochenen Zulassung galt der Status Altanwalt als *zweifelhaft*. *Kein Kriegsteilnehmer o. Frontkämpfer* ~ ungeachtet des Ersuchens des Justizministers vom 1. 8. 1933, *das Weitere zu veranlassen*, wandte sich der Kammergerichtspräsident *mit Rücksicht darauf, daß die Zurücknahme der Zulassung in diesem Sonderfall wegen der langen Zugehörigkeit des Rechtsanwalts Dr. Baum zur Rechtsanwaltschaft eine Härte darstellen würde und angesichts der befürwortenden Eingabe des inzwischen verstorbenen Professors Dr. Max von Schillings vom 10. April* am 8. 8. 1933 auch selbst an den Justizminister (*glaube ich, die Entscheidung anheimstellen zu sollen*) ~ die Entscheidung wurde jedoch nicht revidiert und die Löschung in der Anwaltsliste am 1. 9. 1933 vollzogen ~ 1935 in der Presse als jetzt in der *Schweiz* lebender *Jude* diffamiert, der „den Schallplattenkrieg in der ganzen Welt angezettelt“ habe ~ tatsächlich bis Febr. 1936 in Berlin zumindest gemeldet, dann „nach der Schweiz ausgewandert“ ~ Aufenthaltsbewilligung „erst nach grossen Schwierigkeiten“ und mit der Einschränkung erhalten, ausschließlich als Berater „für die inzwischen gegründete internationale Schallplattenindustrie tätig zu sein“ ~ Veröffentlichungen u. a. in der Zeitschrift „Geistiges Eigentum“ ~ 1950 noch als *Staatenloser* vom Bundesjustizministerium in die Sachverständigenkommission für Urheberrecht berufen ~ Syndikus bzw. Berater der International Federation of the Phonographic Industry ~ BVK (Göppinger).

A Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941 – mit der Folge des Verlusts der „Arbeitsbewilligung“ in der Schweiz; Baum – vor 1933 Mitglied der Jüdischen Ge-

meinde zu Berlin – hat die deutsche Staatsangehörigkeit nach eigenen Angaben im Entschädigungsverfahren „erst 1952 wieder erworben“.

Q Kein Ausbürgerungsverfahren nachweisbar ~ **D** Die Vertragsnatur der Einigung beim Sachenrechtserwerb, Breslau 1910 ~ **B** BAArch, R 3001/50962 ~ SwissA, Dossier (1945–1957) ~ EAB, 257420 ~ A. Baum, Völkerrecht, Berner Konvention und Urheberrecht, in: Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (GRUR) 52 (1950), S. 437–480 ~ Göppinger, ²1990, S. 268; in der Dokumentation AoRB (²2007) wird Baum nicht genannt ebenso wenig als *Anwalt* 1933 im Berliner Adressbuch (Schmargendorf, Karlsbader Str. 16).

132 Baumgart, Max, Dr. jur. (Gießen 1924; *Entziehung* 1941) ~ * 7. 12. 1887 Völkershäuser/Rhön – Aug. 1973 New York; Ⓞ Margot Lamm (1902 Erfurt – 1957 New York).

Staatsanwaltschaftsrat (Gotha) ~ seit 1926 Rechtsanwalt und Notar (Gera) ~ Sozietät mit Dr. Hans Weinland (nichtjüdisch) ~ 1933 Berufsverbot ~ 10.–18. 11. 1938 *Schutzhaft* (Buchenwald) ~ Ende Dez. 1938 Emigration (New York, USA) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ Stolperstein: Gera, vor der ehemaligen Kanzlei (2016).

A 28. 3. 1941: Gestapo Erfurt (vom Felde) an RSHA.

■ 12./16. 5. 1941: RFSS/AA ~ 9./12. 7. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99916; Hepp, Liste 242 (4; 5: *Ehefrau*) ~ **D** Die Steuer im Konkurs, 1924; Chroust, 2006, S. 52 f. ~ **B** Wolf, Bd. 1 (³2000), S. 28; Dewaldt/Ziemer, 2014, S. 52; Novemberpogrom 1938 in Erfurt, 2014, S. 60 f. ~ www.stolpersteine-gera.de (Zugriff: 29. 5. 2017).

133 Becher, Richard ~ 2. 9. 1875 Schrimm (Prov. Posen) – 7. 5. 1956 Basel; Ⓞ 1909 Elisa Ulrich (* 1881; nicht jüdisch; Pianistin); S: Ulrich (1910–1990, Schriftsteller) u. Dr. Rolf Becher (* 1916; Chemiker, Basel).

Seit 1902 Rechtsanwalt und seit 1920 Notar (Berlin) ~ als Juniorpartner bis 1924 Sozietät mit Justizrat Carl Engel (1870–1943 Theresienstadt) und Dr. Hans Schlesinger (1888–1945 Auschwitz) ~ zusammen mit Dr. Curt → Liebes Verfasser eines Kommentars zum Reichsnotopfergesetz vom 31. 12. 1919 (1921) ~ Mitbegründer und Mitherausgeber der „Neuen Steuer-Rundschau“ (1919–1925) ~ 1933 als Notar entlassen ~ als Anwalt zuletzt assoziiert mit Dr. Paul Schidwigowski (1895–1943 Auschwitz) ~ Transfer eines Großteils seines Vermögens in die Schweiz und in die USA ~ 1937 *Steuersteckbrief* gegen die aus Steinau in der Schweiz stammende Ehefrau, „zur Zeit in Goldau (Schweiz)“ ~ Aug. 1937 Emigration (Zürich) ~ durch Beschlagnahme des Büros (Fasanenstr. 73) und des in der Wohnung verbliebenen Mobiliars u. a. Verlust der großen, vor allem juristischen Bibliothek und eines Gemäldes (Seelandschaft von Otto Lämmerhirt) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ Einstellung des Strafverfahrens wegen Steuerflucht ~ 1941 dank tschechischer Pässe zusammen mit seiner Ehefrau, dem Sohn Ulrich und der Schwiegertochter Dana Roda-Roda „aufgrund einer eigenen Vereinbarung und ohne Arbeitsverpflichtung“ mit der Gruppe Görgen via Portugal nach Brasilien (Rio de Janeiro) ausgewandert ~ seit Nov. 1945 in New York ~ lebte zuletzt in Basel.

A 11. 7. 1940: Gestapo Berlin (Rothmann) an RSHA.

■ 15./22. 8. 1940: RFSS/AA ~ 14./17. 10. 1940: RMdI/DRA ~ Das *sicher-gestellte* Hausgrundstück Französische Str. 59 wurde zu Gunsten des Reichs eingezogen.

Q PA/AA, R 99883; Hepp, Liste 204 (10; nach der mutmaßlich pro Forma vollzogenen und später wieder rückgängig gemachten Trennung – *die eheliche Gemeinschaft ist durch das am 20. 6. 34 rechtskräftig gewordene Urteil des Landgerichts in Berlin aufgehoben worden* – kam lt. Antrag v. 11. 7. 1940 *eine Erstreckung der Ausbürgerung auf Familienangehörige nicht in Betracht: Familienangehörige sind nicht vorhanden* [sic].) ~

B SwissA, Dossier: Becher-Ulrich, Richard (1952–1956) ~ WGA Datenbank: Möbel ~ EAB, 50683 ~ Ulrich Becher, „Ich lebe in der Apokalypse“. Briefe an die Eltern 1917–1945. Vorwort v. Martin Roda Becher, hg. v. M. Roda Becher [u. a.], Wien 2012 ~ AoRB, 2007, S. 117, 146 (C. Engel), 257 (P. Schidwigowski) u. 258 (H. Schlesinger) ~ Hermann Mathias Görgen (1908–1994), 1942 *ausgebürgert* (PA/AA, R 99930; Hepp, Liste 266), 1957–1961 MdB (CSU Saar) veröff.: Ein Leben gegen Hitler. Geschichte und Rettung der Gruppe Görgen. Autobiographische Skizzen, Münster 1997.

134 Beck (II, seit 1932 Beck-Wardau), Kurt, Dr. ~ * 15. 1. 1892 Berlin – 30. 12. 1968; ♂ 1919 *Margareta* Mathilde Frommknecht (* 1895 Schwanebeck, Krs. Oschersleben, V: Patentanwalt Karl Frommknecht, Burg b. Magdeburg).

Kriegsteilnehmer ~ Rechtsanwalt (Berlin) ~ Sozietät mit Dr. Werner Salinger ~ nach *Schutzhaft* auf Anraten „von offizieller Seite“ im Frühjahr 1933 Flucht in die Türkei ~ Löschung der Zulassung ~ die *deutschblütige* Ehefrau, von 1923 bis 1933 Bürovorsteherin des Anwaltsbüros, fand aufgrund ihrer „Ehe mit einem jüdischen Anwalt“ keine neue Anstellung und emigrierte nach Verschleuderung der Wohnungs- und Büroeinrichtung – u. a. der juristischen Bibliothek – im Spätsommer 1933 mit ihrem Kind ebenfalls in die Türkei ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ als Staatenlose zum Verlassen der Türkei gezwungen ~ mit einem drei Monate gültigen Interimspass Ausreise nach England (Sevenoaks, Kent).

A 13. 3. 1939: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 3. 4./9. 5. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB London am 5. Mai *Bedenken nicht geltend* gemacht hatte) ~ 2./7. 6. 1939: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99792; Hepp, Liste 116 (19; 20–21: *Ehefrau* u. S) ~ **D** KvK nicht ermittelt ~ **B** BArch, R 3001/51066 ~ EAB, 50678, 52336 (Ehefrau) ~ Aktives Museum Berlin, Bestand: Exil ~ AoRB, 2007, S. 117 (irrtüml. Beck-Wardau), 253 (W. Salinger; ergänzend Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 257 f.).

135 Becker, Curt W. ~ * 30. 3. 1902 Stolp – 6. 10. 1980 Wiesbaden; ev; ♂ 1943 (Tokyo) Irma Emilia Margot Lafrenz (* 1906 Hamburg).

Rechtsanwalt (Berlin, 1933: Uhlandstr. 28; 1937; Kurfürstendamm 211; 1938 bis 1943 als Rechtsanwalt nur mit Wohnadresse, Luitpoldstr. 26, im Berliner Adressbuch verzeichnet) ~ „sympathisiert“ als Verteidiger von vier angeklagten SA-Männern im Edenpalast-Prozeß 1931 „mit der revolutionären Gruppe der Hitler-Partei, er ist ein Gegner Hitlers und versucht deshalb“ – wie auch Hans → Litten als Anwalt der Nebenkläger – „diesen [Hitler] vor dem Auditorium bloßzustellen. Im Auditorium sitzen nämlich fast nur junge Nationalsozialisten.“ („Hitler in Moabit. Als Zeuge für die nationalsozialistische ‚Legalität‘“, „Vossische Zeitung“ v. 8. 5. 1931, Abend-Ausgabe; „Im Kreuzfeuer der Fragen, ebd.: „Rechtsanwalt Dr. Becker: ‚Es ist behauptet worden, daß die von Herrn Hitler beschworene Legalität nur eine getarnte Legalität ist, unter deren Deckmantel Illegalitäten begangen werden. Das muß hier bis zum Letzten widerlegt werden. – Hitler: Was im Vermögen eines Parteiführers liegt, habe ich getan. Die gesamte Partei kann heute keinen anderen Weg gehen als den der Legalität, und das ergibt sich aus der Organisation der Partei selbst. [...]“ www.zefys.staatsbibliothek-berlin.de; 11. 3. 2020) ~ in Verbindung mit einem Strafverfahren gegen Ernst Röhm wegen homosexueller Betätigung vor dem Landgericht I in München wurde dessen Korrespondenz mit einem früheren Klienten Beckers bei einer Durchsuchung der Kanzlei am 13. 7. 1931 beschlagnahmt (veröffentlicht in: „Der Fall Röhm. Im Selbstverlag des Herausgebers: Dr. Helmut Klotz [1894–1943 Plötzensee, hingerichtet], Berlin-Tempelhof“: www.library.fes.de/pdf-files/bibliothek/bestand/a83-00919.pdf (23. 3. 2020) ~ 1933 fünf Monat wegen Hochverrats in Haft, danach weiter als Anwalt zugelassen ~ 1936 wegen Homosexualität kurzzeitig

in *Schutzhaft* (KZ) ~ 1937 Flucht via ČSR nach Shanghai und von dort nach Tokyo ~ Buchhalter der Fa. Krawyer & Co, der Vertretung der Metallurgischen Gesellschaft (Lurgi), Frankfurt/M. ~ später Counsellor at Law ~ Rückkehr nach Deutschland ~ seit Juni 1971 in Wiesbaden wohnhaft.

A Am 4. 10. 1941 teilte der RFSSuChdDt-PoliRMdI (Engelmann) dem Amt unter Bezugnahme u. a. auf ein früheres Schreiben des Amts vom 21. 8. 1941 mit, dass in der *Angelegenheit der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit a) des Dipl.Ing. Heinz Eberhard Müller, geb. am 7.9. 1903 in Halle, wohnhaft in Yokohama/Japan, b) des Dr. Curt Wilhelm Franz Hugo René Becker [...]* wohnhaft in Tokio/Japan [...] noch Ermittlungen eingeleitet [wurden], nach deren Abschluß ich weitere Mitteilung geben werde. Müller, für ein Tochterunternehmen der Fa. Lurgi (Frankfurt/Main) seit 1939 in Yokohama tätig, war lt. Ausbürgerungsantrag der Gestapo Frankfurt/M. (Dr. Höner) vom 23. 3. 1942 *wegen seiner staatsfeindlichen Einstellung und wegen Verdachts der Industrierverschleppung entlassen* worden. Die Begründung der Ausbürgerung entsprach der Einschätzung der DB Tokyo, die am 29. 7. 1941 telegraphiert hatte: *Die [...] Versuche eines friedlichen Ausgleichs der Entlassungsgründe sind bei Müller gescheitert. Ebenso lehnt Müller, offensichtlich aus politischen Gründen Rückkehr nach Deutschland ab. Weitere Beschäftigung Müller's bei japanischer Firma damit Gefahr Industrierverschleppung wahrscheinlich. Enger persönlicher Verkehr mit Landesverräter Dr. Becker, vergl. hiesiges letztes Schreiben vom 18. März Tagebuch Nr. 72/2141 besteht ungehindert fort. Meisinger*

10. 3. 1942: Gestapo Berlin an RSHA: Becker [*Kurt; ledig; Berlin-Schöneberg, Luitpoldstr. 26; Abwanderung: im Juli 1937; Tokio; deutschblütig; Rechtsanwalt; Akademische Grade: keine*] war danach am 2. 2. 1937 durch St.A. beim Landgericht Berlin [...] wegen [...] § 175 StGB. zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt [worden]. *Verbüßt*

am 13. 3. 1937: weiterhin erscheint der Verdacht durchaus begründet, daß er für den britischen Secret Service tätig ist.

■ 24. 3./15. 4. 1942: RFSS/AA ~ 15./21. 5. 1942: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99932; Hepp, Liste 269 (4) ~ H. Müller: PA/AA, R 99935; Hepp, Liste 271 (5) ~ **D** Becker war mutmaßlich nicht promoviert und führte lt. Adressbuch keinen „Dokortitel“; er dürfte mit Rechtsanwalt Dr. Curt Becker (Wilmersdorf, Brandenburgische Str. 64) verwechselt worden sein, der ebenfalls bis 1943 im Adressbuch genannt wird ~ **B** EAB, 800458; StadtA Wiesbaden (Gerhard Klaißer), E-Mail v. 13.5.2020 ~ BLHA, Rep. 4A KG Pers. 7118, zit. nach Wikipedia, mit weiteren Nachweisen (11. 3. 2020).

136 Becker, Hugo, Dr. jur. (Erlangen 1911; *Entziehung* 1940) ~ * 17. 10. 1882 Beuthen, O/S; ♂ Johanna Zerkowski (* 1895 Breslau).

Rechtsanwalt und Notar (Beuthen) ~ 1939 Emigration (Neuseeland) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 8. 2. 1940: Gestapo Kattowitz, Außenstelle Beuthen, O/S (Weisgerber) [kein Adressat erkennbar].

■ 24. 4./4. 5. 1940: RFSS/AA (Zustimmung ungeachtet eines internen Vermerks vom 4. Mai: *es kann abgewartet werden, ob R. Min. des Innern ausbürgern will; schwere Verfehlungen liegen nicht vor*) ~ 10./12. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99866; Hepp, Liste 188 (10; 11–13: *Ehefrau u. K*) ~ **D** Die Haftung für unrichtige Zustellung durch den Postboten, Borna-Leipzig 1911; Mertens/Feketicsch-Weber, 2010, S. 64.

137 Beer, Georg, Dr. jur. (Greifswald 1915; *Entziehung* 1940) ~ * 16. 11. 1892 Gollnow (Pommern) – 24. 6. 1976 (Berlin); ♂ II. Gertrud Masur verw. Waldbaum (* 1899 Saarlouis).

Frontkämpfer ~ seit 1922 Rechtsanwalt und seit 1932 Notar (Stettin) ~ Vorsitzender des Jüdischen Sportbundes „Kameraden“ ~ 1933 als Notar entlassen ~ 1936 Übersied-

lung nach Berlin ~ 1937 Zulassungsverzicht ~ März 1938 nach Aufforderung zur Abgabe des Reisepasses Flucht (Holland) ~ Emigration (Haifa, Palästina) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1956 Rückkehr nach Berlin und seit Jan. 1957 wieder als Rechtsanwalt zugelassen.

A 8. 2. 1940: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an RSHA.

■ 2./7. 4. 1940: RFSS/AA ~ 9./13. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99932; Hepp, Liste 189 (12; 13 f.: *Ebefrau* u. *K* aus 1. Ehe) ~ **D** Das antizipierte Besitzkonstitut, Greifswald 1915 ~ **B** BArch, R 3001/51167 ~ WGA-Datenbank (u. a. Anwaltsbibliothek) ~ Erwin → Lichtenstein, 1985, S. 30, 220; Bergemann, 2012, S. 105 f.

138 Bender, Hugo, Dr. jur. (Heidelberg 1884; *Entziehung* 1941), Justizrat (1909) ~ 5. 1. 1863 Blieskastel/Saar – 18. 5. 1941 Hampstead (London); ⚭ Alice Blum (1870–1923).

Seit 1888 Rechtsanwalt (Darmstadt) ~ 1925–1933 Vorsitzender der Hessischen Anwaltskammer ~ 1908–1933 Stadtverordneter (DVP) ~ 1936 Anwaltszulassung auf eigenen Antrag gelöscht ~ Mai 1939 Emigration (London), seiner im Jahr zuvor emigrierten, verwitweten Tochter Nelly Marie Trier geb. Bender (1895–18. 5. 1941 London; posthum am 24. 9. 1941 mit ihren beiden Kindern *ausgebürgert*) folgend ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ „Er gab mir [Siegfried → Guggenheim, 2. 3. 1946 (Karl Wolfskehls Briefwechsel, I, S. 614)] zuletzt von London keine Antwort mehr, auch als er noch nicht gestorben war, denn er war sehr verbittert und konnte es nicht erwinden, daß seine Verdienste nicht von den Nazis gewürdigt wurden.“

A 19. 2. 1940: Gestapo Darmstadt (Dr. Pifradner) an RSHA.

■ 19./27. 4. 1940: RFSS/AA ~ 10./12. 6. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99859; Hepp, Liste 181 (19) u. 255 (135–137: *Tu. K*) ~ **D** KvK nicht ermittelt; Entziehung (Moritz) nicht dokumentiert ~ **B** Maecenas, ²1930 ~ BHdE I, 1980, S. 50; Eckhardt G. Franz, Juden als Darmstädter Bürger, Darmstadt 1984, S. 282–286 (Ernst Trier, Möbelfabrikant zwischen Jugendstil-Konjunktur und Depression, 1886–1938; E. G. Franz) u. S. 372 (Stammtafel Trier); www.dfg-vk-darmstadt.de (H. Bergemann).

139 Bendix, Ludwig, Dr. jur. (Göttingen 1902; *Entziehung* 1938) ~ 28. 6. 1877 Dorstfeld/Westfalen – 3. 1. 1954 Oakland/Cal. (USA); ⚭ Else Hentschel (* 1883 Hamburg).

Seit 1907 Rechtsanwalt und später auch Notar (Berlin) ~ 1933 Berufsverbot ~ *Schutzhaft*: Juni – September 1933 zunächst im Polizeigefängnis Spandau, seit Mitte August im KZ Brandenburg a. d. Havel (Sachsenhausen); Juli 1935 KZ Lichtenburg; Febr. – Mai 1937 KZ Dachau ~ 1937 Emigration (Palästina) ~ Wohnungsauflösung und Verschleuderung der etwa 6.000 Bände umfassenden juristischen Bibliothek ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ Teilnahme am Preisausschreiben der Harvard-Universität ~ 1947 Übersiedlung zu seinem Sohn Reinhard (USA) ~ 1952 amerikanischer Staatsbürger.

A 22. 7. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 17. 8./29. 9. 1938: RFSS/AA ~ 22./26. 10. 1938: RMdI/DRA ~ Die beiden Kinder, ebenfalls emigriert, verloren die deutsche Staatsangehörigkeit aufgrund der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941.

Q PA/AA, R 99732; Hepp, Liste 76 (2; 64: *Ebefrau*) ~ **D** Die rechtliche Natur der sogenannten Oberhoheit in den deutschen Schutzgebieten, Roitzsch 1902; Thieler, ²2006, S. 70–74 ~ **B** Haʿjiti be-Dachau [Ich war in Dachau], Tel Aviv (nach 1945; Rimón-Bücherei, 29) ~ Nachlass: BArch Berlin ~ EAB, 50897 ~ Reinhard Bendix [gest. 1991], Ludwig Bendix – Ein geistiges Portrait, in: Ludwig Bendix, Zur Psychologie der Urteilsfähigkeit des Berufsrichters und andere Schriften, hg. v. Manfred Weiss, Neu-

wied u. Berlin, 1968, S. 17–66; BHdE II, 1, 1983, S. 77 u. 77 f. (R. Bendix); R. Bendix, Von Berlin nach Berkeley. Deutsch-jüdische Identitäten, Frankfurt/M ¹1990 (¹1985); Rasehorn, 1988, S. 14; DuR 17 (1989), 3, S. 323–331 (Theo Rasehorn); Göppinger, ²1990, S. 268; Krach, 1991, S. 430; AoRB, ²2007, S. 118; Schumacher, 2012, S. 42–44; Bergemann, 2012, S. 285 f.

140 Benjamin, Max Louis, Dr. jur. (Erlangen 1907; *Entziehung* 1941) ~ * 11. 5. 1885 Berlin; ♂ Marie Appel (* 1886 Posen).

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ 1935 als Notar entlassen ~ 1937 Emigration (USA) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 13. 3. 1941: Gestapo Berlin an RSHA.

■ 6./13. 5. 1941: RFSS/AA ~ 10./18. 6. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99914; Hepp, Liste 239 (9; 10–12: *Ehefrau u. K*) ~ **D** Die Nichtigkeitserklärung einer Aktiengesellschaft nach geltendem Recht. Ein Beitrag zur Lehre von den Rechtsgestaltungsklagen, Rostock 1907; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 64 ~ **B** BArch, R 3001/51333 ~ AoRB, ²2007, S. 119.

141 Benjamin, Rudolf, Dr. jur. (Erlangen 1913; *Entziehung* 1939) ~ * 5. 9. 1887 Hohenlimburg, Krs. Iserlohn; ♂ Else Breuer (* 1901 Bottrop).

Rechtsanwalt und Fabrikant (Iserlohn) ~ Aug. 1936 Emigration ~ 1938 Erlass und Aufhebung eines *Steuersteckbriefs* („zur Zeit in Brüssel“) ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ 1940 Vermögensverfall.

A 27. 5. 1938: Gestapo Dortmund (Bluhm) an Gestapa.

■ 9. 9./29. 10. 1938: RFSS (Lischka)/AA (nachdem von Bülow-Schwante, Brüssel, am 18. Okt. mitgeteilt hatte: *Gegen die Ausbürgerung des Dr. Rudolf Benjamin [...] und seiner Familienangehörigen bestehen hier keine Bedenken*) ~ 3./6. 12. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99914; Hepp, Liste 83 (2; 65–67: *Ehefrau u. K*); DRA 218 v. 179. 1940, S. 1 ~

D Der Mundraub nach der Novelle vom 19. Juni 1912 unter vergleichender Berücksichtigung der beiden Entwürfe, Borna-Leipzig 1913; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 64 f. ~ **B** BArch, R 3001/51334.

142 Berg, Eduard, Dr. jur. (Heidelberg 1901; *Entziehung* 1939) ~ 20. 1. 1877 Warburg – 19. 11. 1951 New York, USA; ♂ I. 1911 Marta Salomin (gest. 1918), II. 1923 Erna Koopmann (* 1892 Berne/Oldenburg).

Seit 1905 Rechtsanwalt (Hildesheim, Adoldf-Hitler-Str.1 [1937]) und seit 1919 Notar ~ dekoriertes *Frontkämpfer* (Vizefeldwebel) ~ 1922–1938 Mitvorsteher der Jüdischen Gemeinde ~ 1924–1928 Mitglied des Stadtrats (Haus- und Grundbesitzerverein) ~ 1. 4. 1933 von SA bedroht, an der Kanzlei plakatiert: *Jüdischer Rechtsverdreher* ~ 1935 als Notar entlassen ~ 21. 5. 1938 vor drohender Verhaftung Flucht nach Amsterdam ~ Emigration der Familie (Amsterdam) ~ 1938 wegen Steuerflucht Verurteilung der Eheleute Berg durch das Landgericht Hildesheim zu je 3 Monaten Gefängnis und je 5.000 RM Geldstrafe ~ 1938 *Steuersteckbrief* und *Ausbürgerung* ~ 1942 Verbüßung der Haft (Kleve) ~ Rückkehr nach Amsterdam ~ Überleben im Untergrund ~ seit 1945 in USA.

A 15. 8. 1938: Gestapo Hildesheim (Leitsmann) an Gestapa.

■ 24. 9./8. 10. 1938: RFSS (Lischka)/AA (nachdem die DG Den Haag *aus außenpolitischen Gründen keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 19./22. 12. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99748; Hepp, Liste 85 (1: geb. in Marburg), 40–42: *Ehefrau u. K* aus 1. u. 2. Ehe) ~ **D** KvK nicht ermittelt; Moritz, 2001, S. 554 ~ **B** v. Jan, 1988, S. 98; Hartmut Jäger, Eduard Berg. Vereidigt auf König, Republik und Führer, in: Hildesheimer Allgemeine Zeitung v. 8. 4. 2017, S. 23 ([https://www.hi-senior.de/assets/files/in-der-haz-gelsen/2017/2017-04-08rab-\(19.1.2017\).](https://www.hi-senior.de/assets/files/in-der-haz-gelsen/2017/2017-04-08rab-(19.1.2017).))

143 **Berg**, Ernst, Dr. jur. et rer. pol. (Würzburg 1910; *Entziehung* 1940) ~ 14. 5. 1886 Obrigheim/Pfalz – 15. 2. 1952 Los Angeles; ☉ Aloisia Träger (* 1885 München).

Seit 1912 Rechtsanwalt (München) ~ dekoriertes *Frontkämpfer* (Offizier) ~ Apr. 1936 Emigration (USA) ~ 1. 11. 1936 „Verzicht“ auf die Anwaltszulassung ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 22. 6. 1938: Gestapo München (Brunner) an Gestapa.

■ 30. 11. 1938/11. 2. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB Washington am 7. Jan. keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 24./28. 8. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99810; Hepp, Liste 133 (10; 11: *Ehefrau*) ~ **D** Die Seeminen im Krieg, nach den Verhandlungen und Beschlüssen der zweiten Haager Friedenskonferenz, Frankenthal 1910; Rupp, 2011, S. 142 ~ **B** BAArch, R 3001/51383 ~ Weber, 2006, S. 222 f.

144 **Bergmann**, Arthur → I. 5

145 **Berlet**, Hartmut Bruno Erich, Dr. jur. (Leipzig 1924; *Entziehung* 1938) ~ 5. 5. 1899 Oschatz – 24. 12. 1969 Wiesbaden.

Rechtsanwalt (Chemnitz) ~ Frühjahr 1933 *einige Tage* in der ČSR *verschwunden* ~ seit 7. 10. 1933 ganz *flüchtig* (Ausland) ~ in *Rotspanien*; Deckname: *Dr. Frank* ~ 1938 *Ausbürgerung* (*deutschblütig*) ~ nach Rückkehr aus USA (1948) seit 1953 Rechtsanwalt (Wiesbaden).

A 29. 12. 1937: Gestapo Chemnitz (Dr. Tröger) an Gestapa.

■ 23. 2./10. 8. 1938: RFSS/AA (nachdem die DB in San Sebastian am 25. Juli *keine Bedenken* geltend gemacht hatte; die Anfrage war dort durch ein Versehen der Konsulatsabt. *gleich zur Sammlung genommen* worden) ~ 30. 8./2. 9. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99714; Hepp, Liste 63 (4) ~ **D** Der strafrechtliche Schutz gegen den sexuellen Missbrauch von Abhängigkeitsverhältnissen, 1924; Blecher, 2006, S. 423; Henne, 2007, S. 112 ~ **B** Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 88–90; Henne, 2007, S. 85–87 (Ralf Oberndörfer); Johan Zonneveld, Neues von Kästner – Ein Nachlass mit Überraschungen, in: Sebastian Schmidler (Hg.), Erich Kästner – so noch nicht gesehen. Impulse und Perspektiven, Marburg 2012, S. 259 ff., 263 f.

146 **Berlin**, Otto Joseph, Justizrat (1928) ~ 26. 9. 1879 Fürth – 9. 11. 1962 München; ☉ Walburga Gmeiner, gesch. Hager (* 1900 Velden a. d. Vils; *deutschblütig*).

Seit 1907 Rechtsanwalt (Fürth) ~ *Frontkämpfer* ~ DDP-Mitglied ~ 1938 Berufsverbot ~ 1939 Emigration (via Holland nach Mexiko) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1959 Rückkehr nach München.

A 8. 1. 1940: Gestapo München (Weintz) an RSHA.

■ 2./12. 4. 1940: RFSS/AA ~ 31. 5./6. 6. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99857; Hepp, Liste 179 (18; 19: *Ehefrau*) ~ **B** Weber, 2006, S. 270.

147 **Berlin**, Walter, Dr. jur. (Erlangen 1913; *Entziehung* 1940) ~ 11. 3. 1887 Nürnberg – 21. 8. 1963 London; ☉ Rosa Windenheim (* 1899 Erfurt).

Seit 1913 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ *Frontkämpfer* (Oberleutnant; EK I und II, Verwundetenabzeichen) ~ assoziiert mit seinem Verwandten Fritz Josephthal (1890–1954 New York) ~ Vorsitzender des CV-Ortsvereins Nürnberg (1932) ~ Nov. 1938 dauernder Verlust eines Auges nach SA-Überfall in der *Kristallnacht* ~ Berufsverbot ~ 1939 Emigration (England) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ „Schriften zu den Themen Antisemitismus und Abwehr des Antisemitismus“ aus dem Besitz von W. Berlin gelangten in die „Stürmer-Bibliothek“.

A 11. 12. 1939: RSHA (Jagusch) an RMdI.

■ 11./20. 12. 1939: RFSS/AA ~ 15./21. 5. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99854; Hepp, Liste 176 (9; 10–12: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Die Einwirkung der Causa-Mängel auf das Erfüllungsgeschäft in der Praxis der Gerichte, Würzburg 1913; Mertens/Fekeitsch-Weber, 2010, S. 65 ~ **B** BArch, R 3001/51474 ~ Göppinger, ²1990, S. 269; Walter, 1999, S. 190; Weber, 2006, S. 270f. u. 280 (J. Josephthal); Schumacher, 2012, S. 54.

148 Bernstein, Martin Michael, Dr. jur. (Breslau 1911; *Entziehung* 1942) ~ * 6. 5. 1890 Breslau; ♂ Erna Bräude verw. Serog (* 1897 Tilsit).

Rechtsanwalt (1937: Breslau, Gartenstr. 26) ~ Apr. 1941 Emigration (Shanghai) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 31. 5. 1941: Gestapo Breslau (Brünner) an RSHA.

■ 7./10. 7. 1941: RFSS/AA ~ 22./30. 8. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99921; Hepp, Liste 251 (14; 15–17: *Ehefrau* u. *StiefK* [1939 nach England emigriert]) ~ **D** Die Unzulässigkeit der Minderung bei Tausch, Breslau 1911; Kranich, 2012, S. 165 ~ **B** BArch, R 3001/51532.

149 Bial, Ludwig (Louis), Dr. jur. (Frankfurt 1923; *Entziehung* 1941) ~ * 21. 1. 1900 Offenbach a. M.; ♂ Margarete Jacobi (* 27. 1. 1906 Berlin).

Seit 1925 Rechtsanwalt (Frankfurt/M.) ~ 1933 Berufsverbot ~ 1936 Emigration ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ 1952 in New York als Rechtsanwalt zugelassen (Law Offices Delson, Levin & Gordon).

A 25. 11. 1940: Gestapo Darmstadt (Fentz) an RSHA.

■ 21. 12. 1940/20. 1. 1941: RFSS/AA ~ 13./14. 2. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99898; Hepp, Liste 219 (13; 14: *Ehefrau*) ~ **D** Die Grenzen der normativen Wirkung der Tarifverträge, 1923; Becker, [1994], S. 62 ~ **B** BArch, R 3001/51688 ~ Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 139.

150 Bickhardt, Paul ~ * 19. 1. 1907 Frankfurt/M.

Seit 18./24. 3. 1933 Rechtsanwalt (Frankfurt/M.) ~ Mai 1933 Berufsverbot ~ Aug. 1933 Emigration (Paris) ~ 1938 *Ausbürgerung*.

A 3. 11. 1937: Gestapo Frankfurt/M. (Ringshausen) an Gestapa.

■ 20. 5. 1938: RFSS/Die Konsulatsabteilung der DB Paris (Bräutigam) teilte der Zentrale am 13. Juni mit, dass Bickhardt *seinerzeit [1937] ein Pass mit 6 monatiger Gültigkeit ausgehändigt worden sei: Da Bickhardt auch in der Folgezeit politisch hier nicht in Erscheinung getreten ist, darf dringlich gebeten werden, seine Ausbürgerung vorläufig zurückzustellen.* Es ist nicht erkennbar, dass das Amt sich die Bitte zu eigen gemacht hätte. ~ 11./12. 8. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99711; Hepp, Liste 58 (4) ~ **B** BArch, R 3001/51702 ~ Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 139.

151 Bielschowsky, Georg, Justizrat ~ * 19. 1. 1859 Groß-Wartenberg; ♂ Helene Mamroth (* 1861 Breslau).

Rechtsanwalt (1934: Breslau, Kaiser-Wilhelm-Str. 131) und Notar ~ 1936 Emigration (New York) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 21. 4. 1941: Gestapo Breslau (Dr. Gerke) an RSHA.

■ 26./31. 5. 1941: RFSS/AA ~ 14./18. 7. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99917; Hepp, Liste 245 (14; 15: *Ehefrau*).

152 Biema, Hans-Hermann van, Dr. jur. (Göttingen 1924; *Entziehung* 1939) ~ 26. 4. 1903 Hannover – August 1982 New York.

Rechtsanwalt (Hannover) ~ Emigration (Paris) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 30. 6. 1938: Gestapo Hannover (Schmidt) an Gestapa.

■ 2. 9. 1938/11. 3. 1939: RFSS/AA (Ein Fragezeichen am Rande des Ausbürgerungsvorschlags der Gestapo Hannover könnte darauf hindeuten, dass im Amt die *Begründung* – unter Bezugnahme auf den Erlass v. 30. 3. 37 – für nicht ausreichend erachtet worden sein könnte; dem Antrag stimmte das Amt zudem erst nach wiederholter Mahnung des RMdI zu, obwohl die Konsulatsabt. der DB Paris bereits am 6. 10. 1938 gegen die Ausbürgerung *des Juden* [...] *diesseits keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 29. 3./3. 4. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99768; Hepp, Liste 102 (12) ~ D Die rechtliche Natur der Vertragsvorstufen. Ein Beitrag zur Lehre der culpa in contrahendo, 1924 ~ B BArch, R 3001/51727 ~ AoRD, 2007, S. 124.

153 Biema, Hermann van, Dr. jur. (Göttingen 1904; *Entziehung*) ~ 15. 7. 1876 Leer i. Ostfr. – 7. 12. 1966 New York; Ⓞ Erna Jarislowsky (* 1892 Aachen).

Rechtsanwalt (Hannover) ~ 1939 Emigration (USA) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 20. 6. 1940: Gestapo Hannover (Batz) an RSHA.

■ 18./26. 7. 1940: RFSS/AA ~ 27./29. 8. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99878; Hepp, Liste 199 (12; 13 f.: *Ehefrau* u. K) ~ D Das Anwartschaftsrecht unter Mitvermächtnisnehmern, Hannover 1904 ~ B AoRD, 2007, S. 21.

154 Bing, Moritz, Dr. jur. (Erlangen 1897; *Entziehung* 1941) ~ 23. 3. 1875 Köln – 13. 11. 1947 Bern.

Seit 1902 Rechtsanwalt (Köln) ~ bis 29. 9. 1933 assoziiert mit den (*arischen*) Rechtsanwälten Dr. Carl Sauer und Braun, danach mit Justizrat Albert Cahen II (1871–1943 Sobibor) ~ 1938 Berufsverbot ~ Ende Dez. 1938 mit den beiden ledigen Töchtern emigriert (Genf; Schweiz) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 9. 1. 1941: Gestapo Köln (Wolff) an RSHA.

■ 10./19. 2. 1941: RFSS/AA ~ 7./11. 3. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99901; Hepp, Liste 222 (24; 25 f.: T: Susanne B., * 1905, lt. Ausbürgerungsantrag am 22. 2. 1935 an der Philosophischen Fakultät der Universität Köln promoviert; Depromotion nicht dokumentiert) ~ D Das Verhältnis des Auftrages zur Vollmacht vom Standpunkte des modernen wie des Römischen Rechts, unter Beurteilung der Laband'schen Theorie, Köln 1897; Mertens/Feketicsch-Weber, 2010, S. 66 ~ B SwissA, 1 Dossier (1940/41) ~ Maecenas, 1927 u. 21930 ~ Luig, 2004, S. 113–115.

155 Bing, Rudolf, Justizrat (1925) ~ 8. 2. 1876 Nürnberg – 1. 9. 1963 Tel Haschomer (Israel); 1918 Ⓞ Gertrud Tuchmann (* 1885 Nürnberg).

Seit 1903 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ dekoriertes *Frontkämpfer* (Offizier) ~ Mitglied der DDP und der Loge B'nei B'rith, deren Präsident in Nürnberg und Mitglied des Generalkomitees für Deutschland ~ 1926–1933 Vorstandsmitglied der RAK Nürnberg ~ wiederholte Besuche der 1933/34 als Mitglieder der zionistischen Jugendbewegung nach Palästina ausgewanderten Töchter ~ 1937 bei Hausdurchsuchung „Reinigung“ der Bibliothek durch die Gestapo ~ 9. 11. 1938 Verwüstung von Wohnung und Praxis ~ durch vorübergehende Flucht nach Baden-Baden der Verhaftung entgangen ~ Berufsverbot ~ 1939 Emigration (Kfar Schmarjahu, Palästina) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 30. 8. 1940: Gestapo Nürnberg (Dr. Martin) an RSHA.

■ 26. 9./2. 10. 1940: RFSS/AA ~ 7./9. 11. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99887; Hepp, Liste 208 (20; 21–23: *Ehefrau* u. K) ~ B Mein Leben in Deutschland nach dem 30. Januar 1933, in: Mitteilungen des Vereins zur Geschichte der Stadt Nürnberg 75, 1988, S. 189–210; Jüdische Kindheit, 2000,

S. 100–107, 268 ~ Göppinger, ²1990, S. 270; Weber, 2006, S. 271.

156 Bloch, Fritz (Frederick) D., Dr. jur. ~ 1879–1966; S: Konrad Emil Bloch (1912–2000; →A).

Rechtsanwalt (Neisse) ~ 1942 mit seiner Ehefrau in die USA emigriert.

A 15. 12. 1937: Gestapo Frankfurt/M. (Dr. Rasch) an Gestapa: Antrag auf Ausbürgerung des Sohnes, der bis zu seiner Emigration in die USA als Student in Frankfurt/M., Vogelweidstr. 14, gewohnt hatte: *Er ist der Sohn des Rechtsanwalts Fritz Bloch und dessen Ehefrau Hedwig geb. Striemer. Beide Eltern sind israelitischer Konfession. Bloch ist unverheiratet.*

■ 26. 1./29. 4. 1938: RFSS (Dr. Best)/AA ~ 25./28. 5. 1938: RMdI/DRA ~ Die Eltern des späteren Nobelpreisträgers der Chemie verloren aufgrund der 11. VO zum RBürgG v. 25. 11. 1941 die deutsche Staatsangehörigkeit.

Q PA/AA, R 99697; Hepp, Liste 47 (3) ~ **B** Maecenas, ²1930 ~ BHdE II, 1, 1983, S. 120: K. E. Bloch.

157 Bloch, Reinhard, Dr. jur. (Köln 1924; *Entziehung* 1941) ~ * 9. 1. 1900 Köln; ☉ Hedwig Kaufmann (* 1911 Lichtenau).

Seit 1926 Mitarbeiter der Kölnischen Rückversicherungsgesellschaft ~ 1930 erst nach einer Entscheidung des Ehrengerichtshofs in Leipzig als Rechtsanwalt (Köln) zugelassen ~ 1933 Berufsverbot ~ Emigration (Paris) ~ Handelsvertreter ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ französische Staatsangehörigkeit.

A 22. 4. 1941: RSHA an RMdI: *Ausbürgerung von Juden im besetzten Gebiet Frankreichs.*

■ 22./30. 4. 1941: RFSS/AA (Todenhöfer) ~ 7./10. 6. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99633a u. 99913; Hepp, Liste 235 (114; 115: *Ehefrau*) ~ **D** Die Fusion von Versiche-

rungs-Aktiengesellschaften, 1924; Szöllösi-Janze/Freitäger, 2005; S. 8 u. S. 73–75 (K. Luig), S. 74 Abb.: Depromotionsstempel des Studentensekretariats: „Promotion Dr. jur. am 27. 10. 1924 Universität Köln zum Dr. Dr. = Grad entzogen auf Grund Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit (Mitt. vom 18. 8. 41) Akten 7/41 [Stempel] 26. Aug. 1941“; 28. 7. 1967 „auf seine Initiative hin“ wieder verliehen und „erneuerte Urkunde ausgehändigt“ (Luig, S. 116) ~ **B** BArch, R 3001/51921 ~ Luig, 2004, S. 115–117.

158 Block, Eleonore (Nora) → I. 6

159 Blüth, Julius, Dr. jur. (Heidelberg 1904; *Entziehung* 1941) ~ * 15. 9. 1879 Wausungen/Werra – 1959 Santiago de Chile; ☉ Anna Kaufmann (* 1888 Magdeburg).

Seit 1908 Rechtsanwalt (1937: Eisenach, Löberstr. 2) und Notar ~ Mitglied des Stadtrates (Linksliberal) ~ Philatelist (Bund Deutscher Philatelisten) ~ veröffentlichte „Fricks Glück und Ende“ in der Jüdischen Wochenschrift „Die Wahrheit“ (Nr. 16 vom 17. 4. 1931) ~ 1933 als Notar entlassen ~ 9. 11. bis Anfang Dez. 1938 *Schutzhaft* (Buchenwald) ~ 1939 Emigration (Italien; Chile) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 23. 10. 1940: Gestapo Weimar (vom Felde) an RSHA.

■ 20./25. 11. 1940: RFSS/AA ~ 11./13. 12. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99.893; Hepp, Liste 214 (26; 27: *Ehefrau*) ~ **D** KVK: nicht ermittelt; *Entziehung* nicht dokumentiert) ~ **B** BArch, R 3001/51947 ~ Wolf, Bd. 1 (²2000), S. 52; Dewaldt/Ziemer, 2014, S. 48 f., im Anhang Nachdruck des Artikels „Fricks Glück und Ende“; Lang, 2014, S. 695/Anm. 183; Marie Begas, Tagebücher zum Kirchenkampf 1933–1938. Hg. v. Heinz-Werner Koch [u. a.], Köln [u. a.] 2016, S. 948.

160 Bluhm, Arno, Dr. jur. (Breslau 1908; *Entziehung* 1941) ~ * 1. 6. 1887 Greiz; ☉ Rosa Guttmann (* 1891 Breslau).

Rechtsanwalt (1937: Breslau, Albrechtstr. 53) ~ März 1939 Emigration (England) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 10. 2. 1941: Gestapo Breslau (Dr. Gerke) an RSHA.

■ 28. 2./6. 3. 1941: RFSS/AA ~ 2./4. 4. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, 99905; Hepp, Liste 226 (8; 9f.: *Ebefrau* u. S) ~ **D** Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches über den Strafantrag im Verhältnis zu § 380 StPO, Borna-Leipzig 1908; Kranich, 2014, S. 163 ~ **B** BArch, R 3001/51951.

161 Blum, Fritz (Fred) Jakob, Dr. jur. (Erlangen 1912; *Entziehung* 1941) ~ 9. 2. 1889 Frankenthal – 1. 11. 1968 Rochester/NewYork; ⚭ Elisabeth Teutsch (* 1891 Nürnberg).

Frontkämpfer ~ seit 1919 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ 1933 mehrfach verhaftet ~ 1938 Berufsverbot ~ Dez. 1938 Emigration (via Palästina in die USA) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ 1954–1961 unter Befreiung von der Residenzpflicht wieder als Anwalt in Nürnberg zugelassen.

A 17. 11. 1940: Gestapo Nürnberg (Dr. Kießel) an RSHA.

■ 17./19. 3. 1941: RFSS/AA ~ 10./16. 4. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99906; Hepp, Liste 227 (11; 12–15: *Ebefrau* [irrtüml. „Bluhm“] u. K) ~ **D** Darlehen und Darlehensvertrag, Frankenthal 1912; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 66f. ~ **B** BArch, R 3001/51959 ~ Weber, 2006, S. 272.

162 Blumberg, Walter, Dr. jur. (Königsberg 1921) ~ * 10. 12. 1899 Lyck/Ostprenßen; ⚭ Monika Dorothea Agnes Beßling (* 1910 Königsberg/Pr.).

Rechtsanwalt (Lyck) ~ 1933 Berufsverbot ~ Nov. 1933 Emigration (Italien, Palästina) ~ 1934 *Steuersteckbrief* ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ 1948 Antrag auf Zulassung als Rechtsanwalt in Berlin (ohne abschließenden

Bescheid) ~ später mutmaßlich Leiter des Büros der URO in Hannover.

A 4. 2. 1938: Gestapo Allenstein (Richter) an Gestapa.

■ 31. 3./17. 5. 1938: RFSS/AA (nachdem das DK Haifa am 29. April *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 4./7. 6. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99700; Hepp, Liste 49 (5; 33: *Ebefrau*; 4: V: Albert Blumberg, * 1867 Insterburg, verw., Rentier, ebenfalls nach Haifa ausgewandert) ~ **D** Die Reform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter besonderer Berücksichtigung des österreichischen Gesetzes vom 6. März 1906, 1921 ~ **B** Bergemann, 2012, S. 286.

163 Blumenstein, Karl, Dr. jur. (Erlangen 1897; *Entziehung* 1940), Justizrat (1921) ~ 29. 11. 1869 Gunzenhausen – 4. 1. 1943 Caterham, GB; ⚭ Ida Kohnstamm (* 1881 München, übersiedelte als Witwe zu ihrem Sohn nach Israel).

Seit 1897 Rechtsanwalt (München) ~ 11. 11.–27. 11. 1938 *Schutzhaft* (Dachau) ~ Berufsverbot ~ 1939 Emigration (England) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 14. 3. 1940: Gestapo München (Dr. Isselhorst) an RSHA.

■ 26. 6./2. 7. 1940: RFSS/AA ~ 8./13. 8. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99875; Hepp, Liste 197 (6; 7–9: *Ebefrau* u. K) ~ **D** Der Erbschaftsanspruch nach dem bürgerlichen Gesetzbuche, München 1897; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 66f. ~ **B** Weber, 2006, S. 225.

164 Böhm, Kurt, Dr. jur. (Breslau 1911; *Entziehung* 1940) ~ * 22. 1. 1888 Beuthen, O/S; ⚭ Marta Caspary (* 1903 Tarnowitz, O/S).

Rechtsanwalt (1937: Hindenburg, O/S, Kronprinzenstr. 263) ~ Mai 1939 Emigration (La Paz, Bolivien) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 6.2.1940: Gestapo Hindenburg, O/S (Wyrwich) an Gestapo Kattowitz.

■ 1./8.4.1940: RFSS/AA ~ 31.5./

6.6.1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99857; Hepp, Liste 179 (34; 35f.: *Ehefrau u. K*) ~ **D** Der Grund der Straflosigkeit bei Notstandshandlung, Breslau 1911; Kranich, 2012, S. 165 ~ **B** BArch, R 3001/52118.

165 Boenheim, Kurt, Dr. jur. (Jena 1912) ~ *26.10.1886 Marggrabowa/Krs. Oletzko (Reg.-Bez. Gumbinnen) – 24.5.1971 (New York); Ⓞ 1913 (Dr. med.; Königsberg 1917) Flora Boenheim geb. Karpen (*1883 Gnesen).

Seit 1915 Kriegsdienst, zuletzt in der Militärverwaltung (Litauen) ~ seit 1919 Rechtsanwalt und später auch Notar (Berlin) ~ Bürogemeinschaft mit Ludwig → Hayn ~ veröff. mit dem SPD-Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Hertz den Kommentar „Das Reichsmietengesetz“ (1922) ~ 1926 Austritt aus der Jüdischen Gemeinde ~ 1933 Berufsverbot ~ 16.8.1933 Wiedereintritt in die Jüdische Gemeinde ~ Herbst 1933 Emigration ~ nach schwerem Unfall einer Tochter in Paris unterblieb die Weiterreise nach Palästina ~ Sept. – Ende Nov. 1939 interniert ~ Mai bis Anfang Nov. 1940 erneut interniert, zuletzt in Gurs ~ danach als Prestataire in Montauban ~ Dez. 1940 mit der Familie in die USA emigriert ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 22.4.1941: RSHA an RMdI: *Ausbürgerung von Juden im besetzten Gebiet Frankreichs*.

In der Ausbürgerungsakte ist – wie in allen anderen Fällen der Liste 235 – ein entsprechender Vorgang nicht überliefert; eine Ausbürgerung der Ehefrau und der beiden Töchter ist nicht dokumentiert; bei der von Hepp nachgewiesenen Ausbürgerung stimmt das Geburtsjahr nicht mit dem von Boenheim im Entschädigungsverfahren angegebenen Geburtsjahr überein; an der Personenidentität dürfte jedoch kein Zwei-

fel bestehen; bei der ebenfalls ausgebürgerten Jette Boenheim geb. Haase könnte es sich um die Mutter K. Boenheims handeln.

■ 22./30.4.1941: RFSS/AA (Todenhöfer) ~ 7./10.6.1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, 99913; Hepp, Liste 235 (137: *1887; 136: Jette Bönheim geb. Haase, *14.2.1864 Wormditt/Ostpr.) ~ **D** Die Sicherungsübergabe eines Warenlagers mit wechselndem Bestand, Berlin 1911; Depromotion (Jena) nicht dokumentiert ~ **B** BArch, R 3001/52173 ~ WGA Datenbank: Dr. Flora u. Kurt Boenheim, New York: Reichsfluchtsteuer ~ EAB, 52655 ~ AoRB, ²2007, S. 128.

166 Bongartz, Walter ~ 24.11.1901 Wesel – Auschwitz; **B**: Erich (1904–17.9.1940 Dachau); Ⓞ 1930 Bernhardine Latour gesch. Wegener (*1898 Amsterdam; kath.).

1919 Freikorpskämpfer ~ seit Juni 1928 Rechtsanwalt und seit 1929 auch Notar (Wesel) ~ 6.3.–7.5.1933 *Schutzhaft* ~ Vertretungsverbot ~ danach Flucht nach Holland, zunächst in Amsterdam, später in Dinxperlo an der deutschen Grenze wohnhaft ~ 31.7.1933 Berufsverbot ~ 1936 Beschlagnahme seines Guthabens bei der Niederrheinischen Bank in Wesel in Höhe von 12.352,88 RM ~ schwebendes Devisenstrafverfahren bei der Staatsanwaltschaft Duisburg (Az. 6 a I 1493/32) ~ lt. Presseberichten (1934) und Ausbürgerungsantrag an der Verschiebung von *größeren Geldbeträgen aus Deutschland nach Holland* beteiligt ~ mit seiner Lebensgefährtin und späteren Ehefrau, der *deutschblütigen* Emigrantin Elisabeth (Lieselotte) Krekeler geb. Leßmann (*1910), zog Bongartz nach Belgien ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ nach Beginn der deutschen Westoffensive am 12.5.1940 in Antwerpen verhaftet und mutmaßlich nach Frankreich abgeschoben ~ dort später erneut verhaftet und am 4.9.1942 von Drancy (Frankreich) nach Auschwitz-Birkenau deportiert ~ das Schicksal der ausgebürgerten 1. Ehefrau und ihres 1921 in Den Haag geborenen

Kindes ist unbekannt; L. Krekeler, mit ihrer Tochter 1942 ebenfalls *ausgebürgert*, überlebte und kehrte 1947 nach Dortmund zurück.

A 22. 7. 1937: Gestapo Düsseldorf (Friedrich) an Gestapa.

■ 4./27. 12. 1937: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag am 14. Dez. *aus außenpolitischen Gründen keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 19./23. 2. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99681; Hepp, Liste 31 (6; 7 u. 36: *Ehefrau* u. *K*) ~ L. Krekeler: PA/AA, R 99929; Hepp, Liste 263 (28./31. 1. 1942), 36 u. 37: *K*) ~ **B** BArch, R 3001/52329 ~ Mauss, 2013, S. 76–78 (mit Nachweis der Gestapoakte: LAV NRW R, RW 58 Nr. 40581; danach lebte L. Kreheler [sic] in Arnheim mit W. Bongartz 1938 *in wilder Ehe*; aufgrund einer Denunziation ersuchte „die Gestapo Berlin“ am 7. 8. 1939 die Gestapo Duisburg um nähere *Feststellung und Bericht*); lt. Gedenkbuch des Bundesarchivs befand sich Erich Bongartz vom 17. Jan. bis zum 2. Sept. 1940 im KZ Sachsenhausen, danach in Dachau; Mauss nennt als Todesort Buchenwald ~ Stolpersteine: <https://de.wikipedia.org>.

167 Bonwit, Hugo ~ 28. 8. 1873 Essen – 23. 12. 1960 San Francisco; ⚭ Anna Goldbaum (1889–1975); T: Marianne (1913–1982, Associate Professor, Berkeley 1956–1981).

Seit 1908 Rechtsanwalt und später auch Notar (Duisburg) ~ assoziiert mit seinem Schwager Dr. Richard Goldbaum (1887–1935) ~ kurzzeitig Stadtverordneter (DDP) ~ 26. 6. 1933 als Notar entlassen ~ Ende 1933 Emigration (Holland) ~ 11. 5. 1935 auf eigenen Antrag in der Anwaltsliste gelöscht ~ 1935 *Steuersteckbrief* ~ 1937 Steuerungsverfahren wegen „Mitnahme des größten Teils seines Vermögens“ (Duisburger General-Anzeiger v. 4. 9. 1937) ~ zur Sicherung des Lebensunterhalts Verschleuderung u. a. von wertvollen Gemälden ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ seit 1939 in USA.

A 1. 10. 1937: Gestapo Düsseldorf (Friedrich) an Gestapa.

■ 10. 1. 1938: RFSS; am 27. Jan. machte die DG Den Haag *keine Bedenken* geltend; daraufhin dürfte das Amt der Ausbürgerung zugestimmt haben ~ 25./27. 4. 1938: RMdI/DRA ~ Am 30. 4. 1938 verfügte das Amt (wie üblich), bei sich bietender Gelegenheit den Pass des Ausgebürgerten einzuziehen und ihm keinen Schutz zu gewähren.

Q PA/AA, R 99689; Hepp, Liste 27 (3; 31–32: *Ehefrau* u. *T*) ~ **B** von Roden, 2 (1986), S. 936 f. (Rita Vogedes); Mauss, 2013, S. 79–84 (Gestapoakte: LAV NRW R, RW 58–59564), 177 f. (Gestapoakte: ebd., R, RW 58–58652): R. Goldbaum ~ BHdE II, 1, 1983, S. 132 f. (M. Bonwit); „Marianne Bonwit, German: Berkeley“, Nachruf v. Andrew O. Jaszi [u. a.]: California Digital Library.

168 Brach, Max, Dr. jur. (Heidelberg 1910; *Entziehung* 1940) ~ 26. 11. 1887 Berlin – 2. 9. 1960 St. Moritz/Schweiz; ⚭ 1920 Grete Rosa Guttmann (1900–1978).

Frontkämpfer (1934 Ehrenkreuz) ~ seit 1920 Rechtsanwalt und seit 1930 Notar (Berlin) ~ Frühjahr 1933 als Notar entlassen ~ 1935 Zulassungsverzicht/Berufsverbot ~ 1937 Emigration (ČSR; Brüssel) ~ aus Belgien ausgewiesen, danach in Amsterdam ~ 1938 Emigration in die USA ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 25. 9. 1939: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 25. 9./4. 10. 1939: RFSS/AA ~ 15./20. 11. 1939: RMdI/DRA ~ Am 10. 4. 1940 stimmte das Amt auch der vom Finanzamt Moabit-Ost beim Oberfinanzpräsidenten Berlin am 7. 3. 1940 beantragten *Verfall-erklärung* nachträglich festgestellter Vermögenswerte zu.

Q PA/AA 99825; Hepp, 147 (40; 41: *Ehefrau*) ~ **D** Die Anfechtung der Ehe wegen Irrtums und arglistiger Täuschung (BGB § 1332 bis 1334), Borna-Leipzig 1910; Moritz, 2001, S. 554 ~ **B** BArch, R 3001/52466 ~ EAB, 259034 ~ AoRB, 2007, S. 128.

Brauer, Adolf → Arndt, Wilhelm

169 Braun, Heinrich (Heinz) → I. 7

170 Breit-Fronzig, Gerhard, Dr. jur. (Greifswald 1913) ~ 22. 2. 1886 Tarnowitz, O/S – 19. 7. 1937 Liegnitz; ∞ 1924 Dr. med. (Breslau 1920; *Entziehung* 1940) Margarete Fronzig (* 5. 1. 1894 Liegnitz; Kinderärztin, Wohnung und Praxis: Liegnitz, Dovestr. 27).

Rechtsanwalt (1934: Liegnitz, Goldberger Str. 2).

A Am 14. 8. 1940 beantragte die Gestapo Liegnitz (Kirste) beim RSHA die *Ausbürgerung* der am 1. 4. 1938 mit den beiden Kindern nach *Santiago de Chile* emigrierten Witwe (*Jüdin*).

■ 6./15. 9. 1940: RFSS/AA ~ 28./

31. 10. 1940: RMdI/DRA ~ Am 24. 6. 1941 schrieb Dr. Margaret Sara Breit-Fronzig (Santiago de Chile) an das Reichsministerium des Innen in Berlin:

„Durch die Deutsche Überseeische Bank erfahre ich, dass mein Vermoegen in Deutschland beschlagnahmt worden ist. Der Grund fuer diese Massnahme ist mir nicht mitgeteilt worden. Fuer den Fall, dass die Beschlagnahme die Folge einer Ausbuergerung sein sollte, gestatte ich mir, zwecks Aufhebung dieser Massnahme folgendes vorzutragen:

Soweit mir bekannt ist, ist die Voraussetzung fuer eine Ausbuergerung, dass der davon Betroffene irgendwelche das Deutsche Reich schaedigende Handlungen vorgenommen hat. Diese Voraussetzung ist in meinem Falle keineswegs gegeben. Sollten irgendwelche Vorwurfe nach dieser Richtung gegen mich erhoben werden, so bitte ich, sie mir mitzuteilen. Es wird mir ein Leichtes sein, den Nachweis zu erbringen, dass ich niemals irgendwelche gegen das Deutsche Reich gerichtete Handlungen vorgenommen habe, sondern stets alle mir gegenueber dem Deutschen Reich obliegenden Pflichten gewissenhaft erfuellt habe.“

Die *Eingabe der Jüdin* übersandte das RMdI (Duckart) am 10. 7. 1941 *mit der Bitte um Kenntnisnahme* an das Auswärtige Amt: *Ich beabsichtige nicht auf die Eingabe etwas zu veranlassen.*

Die inzwischen von dem Reichsminister der Finanzen beantragte Verfallerklärung des beschlagnahmten Vermögens der Gesuchstellerin wird in Kürze im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger veröffentlicht werden.

Am 14. Juli veranlasste Rademacher daraufhin die Rücksendung der Eingabe – *nach Fertigung einer Abschrift oder einer Fotokopie für die Akten*; aufgrund dieser Weisung ist die Eingabe in der Ausbürgerungsakte erhalten geblieben.

Q PA/AA, R 99885; Hepp, Liste 206 (19–21: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** G. Breit, Die rechtliche Natur des Vinkulationsgeschäftes, Greifswald 1913 ~ M. Fronzig, Ueber genuine Pulmonalsklerose, 1920; Kranich, 2012, S. 165 ~ **B** BAArch, R 3001/52663 ~ www.findagrave.com (irrtümlich: Dr. med. Gerhard Breit) ~ Seidler, 2000, S. 281 (M. Breit-Fronzig: „Weiteres Schicksal unbekannt“.

171 Brieger, Leopold, Justizrat ~ * 2. 9. 1870 Gleiwitz, O/S; ∞ Martha Fränkel (* 1877 Berlin).

Rechtsanwalt (1937: Gleiwitz, Wilhelmstr. 11) ~ Emigration (Kapstadt/Südafrika) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 12. 10. 1939: Gestapo Gleiwitz (Maurer) an Gestapo Oppeln.

■ 17./25. 5. 1940: RFSS/AA ~ 15./20. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99869; Hepp, Liste 191 (43; 44: *Ehefrau*).

172 Broh, James → I. 8

173 Brumm, Fritz, Dr. jur. (Breslau 1921; *Entziehung* 1940) ~ * 6. 2. 1885 Neustadt a. d. Warthe.

Seit 1921 Rechtsanwalt (Ziegenhals/Reg.-Bez. Oppeln; später in Berlin) ~ 1937 Zu-

lassung gelöscht ~ Emigration (Australien) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 14. 5. 1940: RSHA (Engelmann) an RMDI.

■ 14./22. 5. 1940: RFSS/AA ~ 12./19. 7. 1940: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99868; Hepp, Liste 190 (15) ~ **D** Verhältnis der Unterhaltspflicht des uneheleichen Vaters zur Unterhaltspflicht des Abnehmenden, 1921; Kranich, 2014, S. 165 (* 1882) ~ **B** BArch, R 3001/52905 ~ EAB, 343216 (DS bis 2028) ~ AoRB, 2007, S. 131: „laut B[erliner] G[edenkbuch] zum 31. 12. 1944 für tot erklärt“; mutmaßlich irrtümlich, im Gedenkbuch des Bundesarchivs nicht genannt.

174 Bud (früher Isaacsohn), Franz (später Frank H.), Dr. rer. pol. (Breslau 1924; *Entziehung* 1940) ~ * 31. 1. 1900 Berlin – 16. 7. 1992; **V**: Abraham Isaacsohn, Rechtsanwalt und Notar, Justizrat (1866 – 25. 9. 1942 Theresienstadt; ⚭ Anna Ranschhoff, * 1875, ebenfalls nach Theresienstadt deportiert und dort am 6. 11. 1942 umgekommen); ⚭ 1933 Ruth Wolfsohn (* 1904 Landeshut, Reg.-Bez. Liegnitz; mos.; nach dem Assessorexamen seit 8. 6. 1932 beamtete Hilfsarbeiterin des Justizdienstes beim Amtsgericht Neukölln; 20. 7. 1933 Berufsverbot).

Seit 2. 7. 1931 Rechtsanwalt beim Kammergericht Berlin ~ assoziiert mit Dr. Siegfried Fraenkel II (1888–1975 New York) ~ 5. 5. 1933 Vertretungsverbot, wenig später Berufsverbot ~ Juli 1933 Emigration (Frankreich) ~ François Bud, Manufacture de Cravates, Paris ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ seit 6. 9. 1939 interniert bzw. Zwangsaufenthalt und Zwangsarbeit ~ seit Sommer 1942 untergetaucht ~ Nov. 1942 unter Falschnamen zusammen mit seiner Frau – zeitweise in Gurs interniert – Flucht nach Spanien ~ bis 6. 3. 1943 im KZ Miranda de

Ebro interniert ~ 1939–1943 insgesamt 1277 Tage „Haft- und Illegalitätszeiten“ ~ seit April 1943 in USA ~ Bud Optical Company (Distribution of Optical Goods, New York) ~ 1948 US-Staatsbürgerschaft.

A 24. 10. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapo.

■ 30. 5./30. 6. 1939: RFSS/AA (nachdem die Konsulatsabt der DB Paris *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 25./31. 7. 1939: RMDI/DRA ~ Am 16. 9. 1939 stimmte das Amt auch der vom RMDI am 2. Sept. beantragten Verfallerklärung eines vom Finanzamt Moabit-West nachträglich festgestellten Guthabens in Höhe von 239,97 RM zu.

Q PA/AA, R 99804; Hepp, Liste 127 (12: Isaacsohn [sic]; 13: *Ebefrau*) ~ **D** F. Isaacsohn, Die Wirkungen der Stabilisierung auf den Aktienmarkt in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung, 1924; Kranich, 2012, S. 166 ~ **B** BArch, R 3001/53022 u. 80946 (R. Wolfsohn) ~ EAB, 51574 u. 51456 (E.-R. Bud geb. Wolfsohn) ~ AoRB, 2007, S. 132, 153 (S. Fränkel) u. 181 (A. Isaacsohn) ~ Ladwig-Winters, 2016, S. 128 f.

175 Budwig, Alfons, Dr. jur. (Breslau 1922; *Entziehung* 1941) ~ * 9. 5. 1889 Breslau; ⚭ Käthe Cohn (* 1906 Posen).

Rechtsanwalt (1937: Breslau, Tauentzienplatz 6) ~ Juni 1939 Emigration (Chile) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 31. 10. 1940: Gestapo Breslau (Braschwitz) an RSHA.

■ 23. 6./1. 7. 1941: RFSS/AA ~ 4./6. 8. 1941: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99919; Hepp, Liste 248 (33; 34: *Ebefrau*) ~ **D** Der Anspruch des Besitzers wegen Verwendung, Breslau 1922; Kranich, 2012, S. 166 ~ **B** BArch, R 3001/52029.

C

176 Cahn, Felix, Dr. jur. (Gießen 1920; *Entziehung* 1940) ~ * 17. 12. 1894 Bonn; ☉ Lucie Schwarz (* 1892 Sulmierschütz/Possen).

1914–1918 Kriegsdienst (Freiwilliger) ~ seit 1923 Rechtsanwalt (Köln) ~ 29. 3. 1933 Niederlegung des Amtes als geschäftsführendes Ausschussmitglied des Anwaltvereins ~ 1933 Emigration (Niederlande) ~ Juli 1935 Antwort auf eine Anfrage des Landgerichtspräsidenten: „Nachdem für mich als Juden durch die bestehenden Verhältnisse die Ausübung der Anwaltspraxis zwecklos geworden ist, habe ich meinen Wohnsitz von Köln wegverlegt und gebe anheim, mich aus der Anwaltsliste zu streichen. Für den Fall einer Änderung der Einstellung in der Judenfrage behalte ich mir den Antrag auf Wiederezulassung vor“ ~ 1939 Flucht in die USA ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1941 vom OLG-Präsidenten und vom Reichsjustizminister abschlägig beschiedenes Gesuch um Übersendung der Studiennachweise für ein Rechtsstudium in den USA.

A 27. 10. 1939: Gestapo Köln (Dr. Isselhorst) an das RSHA.

■ 27./30. 11. 1939: RFSS/AA ~ 14./17. 5. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99852; Hepp, Liste 174 (25; 26: *Ebefrau*) ~ **D** Die Berücksichtigung der Reststimmen bei der Verhältniswahl, 1920; Chroust, 2006, S. 55; irrtümlich auch für Freiburg (Speck, 2014) genannt, aber ohne nähere Angaben ~ **B** BArch, R 3001/53384 ~ Luig, 2004, S. 134 f.

177 Callmann, Rudolf, Dr. jur. (Freiburg 1919) ~ 29. 9. 1892 Köln – 12. 3. 1976 New York; *V*: Dr. jur. Maximilian C. (1858–1929; Rechtsanwalt, Justizrat, Stadtverordneter, liberal); *B*: Dr. jur. Hans C. (* 1897; seit 1924 Rechtsanwalt; 1938 in die USA emigriert); ☉ 1920 Maria Hess/Hehs (* 1893 Köln).

1924 Rechtsanwalt (Köln) ~ seit 1926 in Sozietät mit seinem Vater und seinem Bruder ~ Stadtverordneter ~ 1932 „Zur Boykottfrage. Ein Gutachten“ (Berlin: Philo Verlag) ~ 1936 Forschungsstipendium der Harvard University (USA) ~ 1937 im *Verzeichnis jüdischer Verfasser juristischer Schriften* genannt ~ 1938 Emigration (Cambridge/USA) ~ beantragte im Aug. 1938 zusammen mit seinem Bruder die Löschung der Anwaltszulassung ~ 1939 Bachelor of Law (LL.B; Harvard, Law School) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1941 Mitgründer der „American Federation of Jews from Central Europe“, bis 1947 deren Präsident und Vorstandsmitglied ~ 1943 amerikanischer Staatsbürger ~ danach bis 1972 Rechtsanwalt (New York) ~ „eine große Rolle spielte er in den Vorbereitungsgesprächen für eine Wiedergutmachung“ (K. Luig) ~ 1959 Honorarprofessor (Juristische Fakultät der Universität zu Köln).

A 22. 8. 1940: Gestapo Köln (Pitz) an RSHA.

■ 24. 9./2. 10. 1940: RFSS/AA ~ 5./8. 11. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99886; Liste 207 (15; 16 u. 17: *Ebefrau* u. *T*: Ellen Gisela C., * 1926 Köln; Kunsthistorikerin) ~ **D** Der Kauf von Markenwaren, Freiburg, 1919; Entziehung (Speck, 2014) nicht dokumentiert ~ **V** Der unlautere Wettbewerb. Kommentar zum Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und zu den materiellrechtlichen Vorschriften des Gesetzes zum Schutz der Warenbezeichnung, 1929, ²1932 [mit Notverordnung v. 9. 3. 1932; 1945 erste amerikanische Ausgabe in drei Bänden, 3. Aufl. in fünf Bänden ab 1967, posthum abgeschlossen]; Das deutsche Kartellrecht, Berlin: Philo Verlag 1934; Gedanken zur Kartellpolitik (1934), in: Kartelle in Wirklichkeit. Festschrift für Max Metzner zu seinem m 75. Geburtstag, hg. v. Ludwig Kastl, Köln [u. a.] 1963, S. 23–34 ~ **B** BArch, R 3001/53392 ~ BHdE I, 1980, S. 107; Göppinger, ²1990, S. 272; Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 46, 113, 126 f., 210; Theodor Baums, Rechtsnorm und richterliche Entscheidung im Wettbewerbs-

recht. Der Beitrag Rudolf Callmanns zur deutschen und amerikanischen Rechtsentwicklung, in: Lutter/Stiefel/Hoeflich, 1993, S. 63–84; Luig, 2004, S. 146 f., 145 (H. Callmann); Christopher Wadlow, Rudolf Callmann and the misappropriation doctrine in the common law of unfair competition, in: Intellectual Property Quarterly, 2011, 2, S. 111–154.

178 Cantor, Alfred, Dr. jur. (Kiel 1925; *Entziehung* 1941) ~ 4. 2. 1899 Lübeck – 30. 9. 1968 Beer Tuvia, Israel; ⚭ Elisabeth Elsa Thusnelda Vogeler (* 1903 Düsseldorf).

Im Nov. 1918 mit dem Hanseaten Kreuz dekoriertes *Frontkämpfer* ~ seit 1926 Rechtsanwalt und seit 1927 Notar (Lübeck) ~ Sozietät mit Hermann Brehmer (Mitglied der Lübecker Bürgerschaft) ~ seit 1919 DDP (erfolgreiche Kandidaturen zur Bürgerschaft), seit 1929 SPD ~ seit 1924 Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und der Eisernen Front ~ Sept. 1933 als Notar entlassen ~ 1934 Emigration (Palästina) ~ Siedler zunächst im Moschaw Nahalal, dann in Beer Tuvia ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 27. 5. 1941: Gestapo Kiel (Möller) an RSHA.

■ 3./8. 7. 1941: RFSS/AA ~ 11./14. 8. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99921; Hepp, Liste 250 (39; 40 f.: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Wann sind allgemeine Geschäftsbedingungen für die sie nicht kennende Vertragspartei verbindlich?, 1925 ~ **B** Elsa Cantor, Aus Lübeck vertrieben. Vom Schicksal eines Mitbürgers, in: Lübeckische Blätter 135 (1975), S. 186 f., 197 f., 210–212, 234, 263, u. 136 (1976), S. 5, 17, 44 f. (zit. nach Goldberg, 1998, S. 896, Anm. 24) ~ Goldberg, 1998, S. 629 f.; AoRSH, 2014, S. 29–31 (Peter Guttkuhn).

179 Cappel, Paul Hermann, Dr. jur. (Leipzig 1908; *Entziehung* 1941) ~ * 20. 8. 1884 Siegburg; ⚭ 1915 Meta Braunschweig (* 1889 Bocholt/Westf.).

Seit 1912 Rechtsanwalt (Köln) ~ 1916–1918 Kriegsdienst (Vizefeldwebel; EK II) ~

Mitglied des Aufsichtsrats der Rudolf Karstadt AG ~ 1. 4. 1933 (*Boykotttag*) mißhandelt ~ 9. 11. 1938 verhaftet und anschließend mehrere Wochen in *Schutzhaft* (Dachau) ~ Berufsverbot ~ als *Konsulent* zugelassen ~ 1939 Emigration (London) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ weiter in die USA emigriert, seit 1946 amerikanischer Staatsbürger (San Francisco).

A 3. 2. 1941: Gestapo Köln (Dr. Schaefer) an RSHA.

■ 28. 2./6. 3. 1941: RFSS/AA ~ 2./4. 4. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99905; Hepp, Liste 226 (12; 13–15: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Das Verfügungsrecht des Vorerben nach dem BGB für das Deutsche Reich, Borna-Leipzig 1908; Blecher, 2006, S. 424; Henne, 2007, S. 112 ~ **B** BArch, R 3001/53413 ~ Luig, 2004, S. 148 f.

180 Castro, Franz Curt de → I. 9

181 Cohen, Sally, Dr. jur. (Leipzig 1904; *Entziehung* 1938) ~ 10. 8. 1879 Dortmund – 18. 6. 1940 Buchenwald; ⚭ 1911 (gesch. 1929) *Ilse* Lucie Bendix (1891–1988; Hausverwalterin, Musik- und Sprachlehrerin, emigrierte nach Amsterdam, *Sternträgerin*; flüchtete im Sommer 1943 über Breslau nach Posen, wo sie in der Illegalität überlebte und erst 1955 nach Amsterdam zurückkehrte).

Rechtsanwalt und Notar (Dortmund) ~ seit 1926 in Berlin ~ Kaufmann (Wirtschaftsjurist) ~ 1936/37 in Haft ~ Juni 1937 Emigration ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ letzte Adresse: Prag, Hotel Chapeau Rouge ~ seit dem 20. 4. 1939 in *Schutzhaft*, angeordnet durch die Gestapo Prag. *Grund: Beihilfe zum unerlaubten Grenzübertritt; Vorstrafen: 1 Jahr Heimtücke 1 Jahr Gef.* ~ Überstellung in das KZ Buchenwald ~ angeblich bei einem Fluchtversuch erschossen ~ lt. Gedenkbuch des Bundesarchivs vor der Verbringung nach Buchenwald in Marburg a. d. Lahn wohnhaft.

A 14. 12. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 9./21. 2. 1939: RFSS/AA
~ 13./16. 3. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99763; Hepp, Liste 98 (16) ~
D Das Recht der Handelsmäkler: nach heutigem Recht, Dortmund 1904; Henne, 2007, S. 112: Aberkennung am 30. 11. 1938 nach der Verurteilung durch Sondergericht ~ **B** LA NRW, Abt. Westf., QN 112 (Notariat Dortmund); im Gedenkbuch zum Schicksal der jüdischen Rechtsanwälte (Himmelmann [u. a.], [1994], S. 44) wird C. nur für 1921 mit Kanzleisitz Kaiserstr. 13 erwähnt ~ EAB, 152748 (L. Liebmann) u. 405038.

182 Cohn, Alfred, Dr. jur. (Göttingen 1922; *Entziehung* 1939) ~ 15. 2. 1899 Merzig a. d. Saar – 29. 9. 1971 Albuquerque, New Mexico, USA; ⚭ Ilse Hirschberg (* 1907 Bochum).

Seit 1925 Rechtsanwalt (Bochum) ~ Bürogemeinschaft/Sozietät mit Dr. jur. Josef Meyersberg (1890–1942 Izbica) ~ Vorsitzender der C.V.-Ortsgruppe ~ 1933 Berufsverbot ~ danach bis zum Verbot Bürovorsteher bei Max → Ferse ~ 1936 Emigration (USA) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 22. 8. 1938: Gestapo Dortmund (Illmer) an Gestapa.

■ 30. 11./2. 12. 1938: RFSS/AA (nachdem die DB Washington mitgeteilt hatte, dass gegen die Ausbürgerung *des Juden Dr. Alfred Cohn [...]* und seiner Familienangehörigen *hier keine Bedenken bestehen*) ~ 13./16. 3. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99763; Hepp, Liste 98 (17; 18 f.: *Ehefrau u. K*) ~ **D** [Die] zivilrechtliche Haftung des Arztes für fehlerhafte Operationen, wenn ein auf Vornahme der Operation gerichteter Vertrag zugrunde liegt, 1922 ~ **B** BArch, R 3001/53593 ~ *Zeit ohne Recht*, 2002, S. 24 f. (H. Schneider), 117 f. u. 156–158 (A. Löw/H. Schneider); J. Meyersberg: ebd., S. 156–158 (A. Löw/H. Schneider); Mauss, 2013, S. 376–380.

183 Cohn, Arthur Isidor ~ 7. 12. 1881 Berlin – 2. 3. 1957 Lausanne, ⚭ I. Nanny-Gertrud Stiasny (T: *Marianne* Edith, * 1918, seit 1933 in der Schweiz, ⚭ 1937 Jean-Pierre Pradervand, stellv. Direktor der Höheren Handelsschule Lausanne), II. (1925) Trude (Gertrud) Fuchs verw. Borinski (* 1875 Fraustadt).

Seit 1909 Rechtsanwalt beim Kammergericht (bis Ende 1935 in Sozietät mit Dr. Julius Fließ) und seit 1925 Notar (Berlin) ~ 1935 als Notar entlassen ~ Aug. 1938 Emigration (Lausanne) ~ Lebensunterhalt aus den in der Schweiz „liegenden Ersparnissen“ ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ danach Verlust der bei der Fa. A. Schäfer (Berlin-Wilmersdorf) zum Transport lagernden Wohnungseinrichtung (u. a. Rembrandtkopie „Die Vision des Daniel“ in goldenem Barockrahmen) durch Beschlagnahme und Versteigerung.

A 18. 5. 1940: Gestapo Berlin (Rothmann) an Gestapa.

■ 18./22. 11. 1940: RFSS/AA ~
2./5. 12. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99891; Hepp, Liste 212 (16; 17 f.: *Ehefrau u. T*) ~ **B** SwissA, 1 Dossier (1954–1955) ~ WGA Datenbank ~ EAB, 51253 (darin: Auszug aus der OFP-Akte) ~ AoRB, 2007, S. 135.

184 Cohn, Bernhard ~ * 29. 6. 1875 Rati-bor; ⚭ Luzie Fuchs (* 1893 Berlin).

Rechtsanwalt (1937: Gleiwitz, Wilhelmstr. 2a) ~ 1939 Emigration (Shanghai) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 23. 8. 1939: Gestapo Gleiwitz, O/S (Noack) an Gestapo Oppeln.

■ 6./11. 11. 1939: RFSS/AA ~ 3. 2./
6. 2. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99834; Hepp, Liste 156 (27; 28 f.: *Ehefrau u. K*).

185 Cohn, Edgar, Dr. jur. (Rostock 1921, *Entziehung* 1940) ~ 7.9.1892 Hamburg – 19.12.1985 Ahrensburg; ♂ 1937 Olga Jürgs (* 1897 Hamburg).

Rechtsanwalt (Hamburg) ~ Dez. 1936 Emigration (Caracas, Venezuela) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1958 Rückkehr nach Hamburg.

A 15.6.1940: Gestapo Hamburg (Seetzen) an RSHA.

■ 13./19.8.1940: RFSS/AA ~ 24./25.9.1940: RMdI/DRA. ~ Am 26.8.1941 stimmte das Amt auch der Verfallerkklärung eines beim Bankhaus Warburg & Co Hamburg nachträglich festgestellten Guthabens in Höhe von 346,- RM zu.

Q PA/AA, R 99880; Hepp, Liste 201 (8; 9: *Ehefrau*) ~ D Die Schwangere als Täterin, Mittäterin und Gehilfin bei dem Delikt der Abtreibung, 1921 [1922]; Hartwig, 2010, S. 329 ~ B BArch, R 3001/53602 ~ Morisse, 2013, S. 130 f.

186 Cohn, Edgar Moritz → I. 10

187 Cohn, Ernst, Dr. jur. (Münster 1925; *Entziehung* 1937) ~ 1.8.1902 Münster – 1979 USA; V: → Julius Cohn.

Rechtsanwalt (Münster) ~ 1933 Emigration (Paris) ~ zusammen mit seinem V → Julius Cohn wg. *Devisenvergehen* (StA Münster 4 J 490/34) im *Deutsche Steckbriefregister* zur Festnahme ausgeschrieben ~ in Paris Mitarbeiter seines Onkels, des 1933 gleichfalls nach Paris emigrierten und 1936 mit *Steuersteckbrief* gesuchten Berliner Rechtsanwalts Dr. Karl Hirschland ~ weitere Emigration in die USA ~ *Ausbürgerung* aufgrund der 11. VO z. RBürgG vom 25.11.1941.

A → Julius Cohn

D Die Einwilligung des Verletzten bei Sittlichkeits-Verbrechen, Münster 1925; Happ, 2012, S. 144 f.: „Trotz der Auswanderung wurde der Titel nicht wegen § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 aberkannt, sondern wegen eines durch die Strafkammer Hamm festgestellten Vergehens, so

dass der Ausschuss [der Universität Münster] sich bemüht sah, seinen Entziehungsbeschluss ausführlicher zu begründen [UAMs, Bestand 4, Nr. 1090]. Wäre die Aberkennung nicht wegen des anhängigen Strafverfahrens erfolgt, wäre sicherlich der Verlust der Staatsangehörigkeit als Begründung herangezogen worden.“ Eine Ausbürgerung E. Cohns aufgrund des Gesetzes vom 14. Juli 1933 ist jedoch nicht dokumentiert ~ B BArch, R 3001/53606 ~ Jüdische Familien in Münster, 1995, S. 77; AoRB, 2007, S. 177 (K. Hirschland, 1881–1946 USA).

188 Cohn, Fritz ~ * 7.12.1881 Breslau; ♂ Wally Hartmann (* 1885 Breslau).

Rechtsanwalt (1937 Breslau, Tauentzienstr. 3) ~ 1938 Emigration (Australien) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 9.5.1939: Gestapo Breslau (Scharpwinkel) an Gestapa.

■ 12.6.1939/10.5.1940: RFSS/AA (Heinrich – nach einer Erinnerung des RMdI, Duckart, vom 29.4.1940 – ohne den angeforderten Bericht der DG Sydney abzuwarten) ~ 31.5./6.6.1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99857; Hepp, Liste 179 (45; 46–48: *Ehefrau* u. K) ~ B BArch, R 3001: Akte mutmaßlich in Verlust geraten.

189 Cohn, Georg (später George) ~ * 4.1.1893 Rostock – 15.9.1965; ♂ 1930 Berta Stoppelmann (* 1908 Cottbus).

Seit 1924 Rechtsanwalt beim Kammergericht (Berlin) und seit 1930 Notar ~ Sozietät oder Bürogemeinschaft mit Dr. Richard Marcuse (1893–1944 Theresienstadt) ~ Apr. bis Mitte Dez. 1933 *Schutzhaft* ~ 1934 Liquidierung der Praxis, aber offenbar bis 1935 weiterhin Notar und bis zum allgemeinen Berufsverbot 1938 noch als Rechtsanwalt zugelassen ~ 10.11.–14.12.1938 *Schutzhaft* (Sachsenhausen) ~ 1939 Emigration (England) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ Vermögensbeschlagnahme und Versteigerung des in Rotterdam beschlagnahmten Umzugsguts ~ Consultant on International Law.

A 31. 5. 1940: Gestapo Berlin (Rothmann) an RSHA.

■ 5./9. 7. 1940: RFSS/AA ~ 8./13. 8. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99875; Hepp, Liste 197 (11; 12 f.: *Ehefrau u. T*) ~ B BArch, R 3001/53614 ~ EAB, 150423 (mit Auszug aus OFP-Akte) ~ AoRB, 2007, S. 136, 221 (R. Marcuse).

190 Cohn, Heinz ~ * 23. 12. 1903 Dessau – 1. 3. 1994 Muralto (Schweiz); ⚭ 1930 Lore Marcus (1904–1974 Lausanne, Tochter des Justizrats Dr. Fedor Marcus, Dessau).

Seit 1929 oder 1930 Rechtsanwalt (Dessau) ~ 1933 Berufsverbot ~ Juli 1933 Emigration via Schweiz nach Paris ~ mit seiner Ehefrau Mitarbeiter von Magnus Hirschfeld ~ 1937 Übersiedlung nach Nizza bzw. Gagnes ~ Sept. 1939 – Herbst 1940 interniert ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1942 vor drohender Deportation mit seiner zeitweise in Gurs internierten Ehefrau Flucht in die Schweiz ~ dort bis 1944 interniert ~ danach mit der zeitweise ebenfalls internierten Ehefrau in der Flüchtlingshilfe tätig ~ Wohnort seit 1980 Locarno.

A Am 30. 10. 1933 beantragte das Anhaltische Staatsministerium erstmals die *Ausbürgerung*; am 8. 10. 1934 bat das Ministerium das RMdI um *nochmalige* Prüfung u. a. der *Ausbürgerung* Cohns, der *hier als Gründer und Vorsitzender der S.A.P. – Sozialistischen Arbeiter-Partei – bekannt war. Als Rechtsanwalt hatte er vorwiegend Kommunisten in politischen Strafprozessen vertreten.* Der Einschätzung des RMdI, das *die Voraussetzungen zur Ausbürgerung [...] nach wie vor nicht für hinreichend gegeben* erachtete – *Tatsachen über eine deutschfeindliche Betätigung im Auslande nach dem 30. Januar 1933 sind nicht festgestellt worden* –, schloss sich v. Bülow-Schwante (AA) am 15. Nov. an, mit der Einschränkung: *z. Zt. nicht gegeben*; *Ausbürgerungsantrag (der jüdische Rechtsanwalt)*: 6. 9. 1938: Gestapo Dessau (Sens) an Gestapa.

■ 15. 7. 1939/11. 5. 1940: RFSS/AA ~ 2./4. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99864, 99999; Hepp, Liste 186 (23; 24: *Ehefrau*) ~ B Ulbrich, 2009, S. 14; Prick, 2010, S. 42; Hirschfelds Exil-Gästebuch [S. 15 u. 17], 2019, S. 209, unter Benützung der Entschädigungsakten im Niedersächs. LA Hannover, 110 W Acc. 31/99 Nr. 232656 f.

191 Cohn, Julius, Dr. jur. (Berlin 1890), Justizrat (1911) ~ 5. 5. 1866 Attendorn – 5. 6. 1949 USA; ⚭ Bertha Hirschland; S: → Ernst Cohn u. T: Dr. jur. (Köln) Anneliese Cohn (1905–1999).

Seit 1894 Rechtsanwalt, später auch Notar (Münster) ~ 1933 Berufsverbot ~ 22. 7. 1933 Flucht mit der Familie unter Zurücklassung der Habe ~ Emigration über Belgien und Paris in die USA ~ *Deutsches Steckbriefregister*: Fahndung wg. *Devisenvergehen* ~ Vermögensbeschlagnahme und Versteigerung des Hausrats ~ Wohnhaus von der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Münster übernommen ~ 1935 *Steuersteckbrief* („zur Zeit in Paris“) ~ 1936 von der Strafkammer Hamm in Abwesenheit zu einer Gefängnis- und Geldstrafe verurteilt (*Devisenvergehen*) ~ *Ausbürgerung* aufgrund der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941 ~ 1942 amerikanischer Staatsbürger.

D Der Trödelvertrag nach gemeinem Recht, Stettin 1890 ~ B Klaus Gimpel, Die Juristenfamilie Cohn aus Münster, in: Westfälische Nachrichten v. 16./18. 4. 1992; Jüdische Familien in Münster, 1995, S. 92–95; Lothar Geisel, Notariat in Münster, in: Anwaltschaft und Notariat in Münster, 1993, S. 87–136, 121; Lang, 2014, S. 706/Anm. 307 ~ A. Cohn (später: Hill, Ann Elizabeth): Ladwig-Winters, 2016, S. 146 f.

192 Cohn, Julius Naphtali, Dr. jur. (Jena 1892; *Entziehung*), Justizrat a. D. ~ * 27. 8. 1869 Tarnowitz, O/S.

Rechtsanwalt (Breslau) ~ Jan. 1939 Emigration (Brüssel) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 5. 10. 1939: Gestapo Breslau (Kunz [?]) an Gestapa.

■ 30.10./9.11.1939: RFSS/AA ~ 25./30.1.1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99832; Liste 154 (119; 25.1.1940) ~ D Nicht ermittelt.

193 Cohn-Bendit, Erich ~ 26.11.1902 Berlin – 13. oder 14.8.1959; S: Dany Cohn-Bendit (* 1945; MdEP 1994–2014, Die Grünen).

Rechtsanwalt (Berlin) ~ nach der Verhaftung seines Mandanten Hans → Litten gewarnt („Sie stehen auf der Liste!“), 1.4.1933 Abmeldung nach Paris, wohin ihm Herta David (* 1907 Posen, Jura-Studentin und spätere Ehefrau) nachfolgte ~ Berufsverbot ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 1939/40 als feindlicher Ausländer interniert (Orleans) ~ Flucht in die unbesetzte Zone nach Montauban ~ dort nach der Besetzung Südfrankreichs zusammen mit der Familie untergetaucht ~ nach der Befreiung Frankreichs leitete das Ehepaar C.-B. bis 1948 ein Waisenheim für jüdische Kinder in Cailly-sur-Eure (Normandie) ~ 1952 Rückkehr und wieder als Anwalt zugelassen (Frankfurt/Main).

A 17.8.1938: Gestapo Berlin an Gestapa.

■ 5.12.1938/25.1.1939: RFSS/AA (nachdem die Konsulatsabt. der DB Paris *keine Bedenken geltend gemacht* und weiter mitgeteilt hatte: *Der Landesgruppenleiter ist beteiligt.*) ~ 14./17.2.1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99757; Hepp, Liste 92 (17) ~ B EAB, 3197 (DS bis 2045) ~ Sabine Stamer, Cohn-Bendit, Die Biographie, Hamburg/Wien 2001, S. 28–48; Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 104 f.; AoRB, 2007, S. 138; Bergemann, 2012, S. 123 f.

194 Cohn-Renner, Alfred Walter, Dr. jur. (Hamburg 1933) ~ 26.6.1907 Hamburg – 30.8.1957 London.

Seit 17.1.1933 Rechtsanwalt (Hamburg) ~ in Sozietät mit Dr. P. Rauert, Dr. Richard Robinow, Dr. W. Butenschön und Dr. Johannes Robinow ~ 1933 Berufsverbot ~

Kaufmann, seit 1935 persönlich haftender Mitgesellschafter der väterlichen Handelsgesellschaft ~ 1936 Emigration (Großbritannien) ~ übernahm zusammen mit seinem Bruder eine Firma, die aber nicht reüssierte ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 4.11.1940: Gestapo Hamburg (Seetzen) an RSHA (Antrag betr. M: Julia Cohn geb. Aron (* 1878 Stettin; Sept. 1939 nach London emigriert).

■ 19./23.12.1940: RFSS/AA ~ 25./30.1.1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99897; Hepp, Liste 218 (14; 13: M) ~ D Rückwirkung von Gesamtvereinbarungen, 1933; Depromotion nicht dokumentiert ~ B Morisse, 2013, S. 131.

195 Cohn-Vossen, Walter Heinrich *Gerhard* → I. 11

196 Cromwell, Philipp ~ 21.1.1894 Nürnberg – 16.7.1978 London; Ⓞ 1920 *Lotte* Liesbeth Emma Rasch (* 1895 Hamburg, Dr. phil., München 1920; *Entziehung* 1943).

Frontkämpfer ~ seit 1924 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ 1934 „Verzicht“ auf die Zulassung und Emigration (England) ~ nach erneutem Jurastudium seit 1937 Anwaltszulassung ~ 1937 britische Staatsangehörigkeit ~ 1943 *Ausbürgerung* der (*deutschblütigen*) *Ehefrau* ~ 1949 wieder als Rechtsanwalt (Nürnberg) zugelassen.

A 5.11.1942: Gestapo Nürnberg (Dr. Grafenberger) an RSHA.

■ 27.11./22.12.1942: RFSS/AA ~ 4./6.2.1943: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99947 (*Ehefrau*); Hepp, Liste 291 (2: *Ehefrau*; 3–5: K) ~ D L. Cromwell, Beziehungen zwischen Mystik und Frühhumanismus beim Abt Johannes Trithemius, 1920; Harrecker, 2007, S. 268 ~ B Weber, 2006, S. 272 f.

197 Czapski, Georg, Dr. jur. (Halle 1922; *Entziehung* 1940) ~ 1. 6. 1895 Berlin – 29. 11. 1980; ∞ 1938 (London) *Martha* Minna Luise Boße (1905–1954).

Dekorierter *Frontkämpfer* ~ seit 1924 Rechtsanwalt und seit 1929 Notar (Berlin) ~ 1935 als Notar entlassen ~ 1937 Emigration (England, Schweden, seit Juni 1939 in den Niederlanden) ~ 1938 Berufsverbot ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ in das Bevölkerungsregister der Gemeinde s'Gravenhage bzw. Lienden aufgenommen ~ nach der Befreiung kehrte Czapski, der sein Überleben der Unterstützung durch die Widerstandsbewegung verdankte, nicht nach Berlin zurück, wurde dort aber im Juli 1954 unter Befreiung von der Residenzpflicht wieder als Anwalt zugelassen.

A 28. 11. 1939: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an RSHA.

■ 4./22. 1. 1940: RFSS/AA ~ 21./
25. 5. 1940: RMdI/DRA ~ Das Amt stimmte auch der Erstreckung der *Ausbürgerung* auf die (*deutschblütige*) Ehefrau und der *Verfall-erklärung* der nachträglich im Inland festgestellten *erheblichen Vermögenswerte* Czapskis zu.

Q PA/AA, R 99856 u. 99913 (*Ehefrau*); Hepp, Liste 177 (32) u. 238 (3: *Ehefrau*) ~ D Die rechtliche Stellung des ausgeschiedenen Gesellschafters einer offenen Handelsgesellschaft, 1922 ~ B BArch, R 30012/53792 ~ WGA Datenbank ~ EAB, 51744 (darin: Auszug aus der OFP-Akte) ~ AoRB, 2007, S. 139f.; Bergemann, 2012, S. 126f.

D

198 Dalberg, Julius ~ 21. 5. 1882 Essentho bei Marsberg/Westf. – (23. 7.) 1943 Sobibor; ∞ Bella Nußbaum (1883 Hersfeld/Reg.-Bez. Kassel – Sobibor).

Seit 1908 Rechtsanwalt und seit 1924 Notar (Kassel) ~ Gemeindeältester und Redakteur der „Jüdischen Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck“ ~ bereits als Gymnasiast Sammler sakraler Gegenstände (Judaica) ~ Mitbegründer der jüdischen Abteilung des Hessischen Landesmuseums Kassel (1927), der er einen Teil seiner Sammlung als „Grundstock“ (E. Schmidberger) überließ ~ bis 1933 1. Schriftführer des 1928 gegründeten „Vereins Jüdisches Museum“ ~ nicht näher dokumentierte berufliche Auseinandersetzung mit Rechtsanwalt Roland Freisler (NSDAP) ~ 24. 3. 1933 im SA-Lokal „Bürgersäle“ schwer misshandelt und durch Abschneiden des langen Vollbarts verhöhnt ~ Berufsverbot ~ nach Verhaftung in Kleva 11. 8.–16. 9. 1933 *Schutzhaft* (Konzentrationslager im ehemaligen Kloster Breitenau) ~ Nov. 1933 zusammen mit seiner Ehefrau und deren Schwester Hulda

(* 1891) Emigration (Amsterdam) ~ Gründung des jüdisch-wissenschaftlichen Antiquariats „De Pampiere Wereld“ ~ Namensgebung in Anlehnung an den Titel einer 1644 erstmals veröffentlichten Gedichtsammlung von Jan Hermansz Krul ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ nach der Besetzung der Niederlande 1940 Schließung des Antiquariats, dessen Gründung darauf hindeuten könnte, dass Dalberg bei der Auflösung des „Jüdischen Museums“ im Landesmuseum Teile seiner als Schenkung überlassenen Judaica-Sammlung zurück erhalten hat, möglicherweise durch Vermittlung seines die Rückgabe mit organisierenden Schwagers Seligmann Nußbaum, und diese wenig später zusammen mit seiner privaten Sammlung in die Niederlande verbringen konnte ~ 1. 6. 1943 zusammen mit seiner Ehefrau verhaftet ~ bis 20. 7. 1943 im Durchgangslager Westerbork ~ Deportation in das Vernichtungslager Sobibor, wo auch die Ehefrau und die Schwägerin ermordet wurden ~ Stolpersteine: Friedrich-Ebert-Straße 5 (vorm. Hohenzollernstraße 5)

A 22. 4. 1939: Gestapo Kassel (Augustin) an Gestapa.

■ 16./31. 5. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag am 24. Mai *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 15./19. 6. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99796; Hepp, Liste 119 (27; 28: *Ehefrau*) ~ **V** Julius Dalberg, Volkskunde der Hessen-Kasseler Juden, in: Israelitische Kultusgemeinde Kassel (Hg.), *Geschichte der Jüdischen Gemeinde Kassel unter Berücksichtigung der Hessen-Kasseler Gesamtjudentum*, Bd. I, Kassel 1931, S. 109–168 ~ **B** [Ludwig] Horwitz, zum 50. Geburtstag des Rechtsanwalts J. Dalberg, in: *Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck* Nr. 20 v. 27. 5. 1932, S. 5 f. ~ Ekkehard Schmidberger, Rudolf Hallo und das Jüdische Museum in Kassel, in: *Juden in Kassel 1808–1933. Eine Dokumentation* anlässlich des 100. Geburtstages von Franz Rosenzweig. Ausstellung des Kulturamts der Stadt Kassel (23. 11. 1986–31. 1. 1987), Kassel (1986), S. 59–68, bes. S. 65 u. 67 m. Anm. 58 ~ Hoppe, 2002 ~ *Namen und Schicksale der Juden Kassels*, 1986, S. 93 f. (Foto) u. 140; Nickel [u. a.], 1990, S. 392 f.; Schröder-Teppe, 2006, S. 48 f. ~ Salomon S. Meyer: www.jodeninnederland.nl/id/P-2366 ~ www.hassia-judaica.de/Orte/Hersfeld/Ehem_Schueler_der_Alten_Klosterschule/Holocaustopfer (Foto u. Kurzbiographie: „Letztes Lebenszeichen: Vernichtungslager Sobibor 23. 7. 1943“; www.kassel-stolper.com/biografien/julius-und-bella-dalberg).

199 **Danziger**, Bruno, Dr. jur. (Breslau 1910; *Entziehung* 1940) ~ * 13. 7. 1886 Breslau; ♂ Margarete Schäfer (* 1894 Loslau, Krs. Rybnik).

Rechtsanwalt (Breslau) ~ 1939 Emigration (Chile) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 10. 5. 1940: Gestapo Breslau (Schmidt) an RSHA.

■ 27. 6./2. 7. 1940: RFSS/AA ~ 8./13. 8. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99875; Hepp, Liste 197 (21; 22–24: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Die völkerrechtliche Garantie, Breslau 1910; Kranich, 2012, S. 166 ~ **B** BArch, R 3001/53911.

200 **Danziger**, Gerhard, Dr. jur. (Leipzig 1908; *Entziehung* 1941) ~ * 19. 7. 1884 Halberstadt; ♂ Ruth Charlotte Kirchheim (* 1899 Charlottenburg).

Landgerichtsdirektor a. D., Rechtsanwalt beim Kammergericht (Berlin) ~ Okt. 1938 Emigration (Großbritannien) ~ 1940 interniert (Isle of Man) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 20. 11. 1940: Gestapo Berlin (Rothmann) an RSHA.

■ 10./18. 12. 1940: RFSS/AA ~ 22./26. 5. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99912; Hepp, Liste 233 (26; 28 f.: *Ehefrau* u. *T*) ~ **D** Verträge zwischen Eltern über die Sorge für die Person ihrer Kinder nach dem Recht des bürgerlichen Gesetzbuchs, Borna-Leipzig 1908; Blecher, 2006, S. 424; Henne, 2007, S. 112 ~ **B** BArch, R 3001/53914 ~ EAB: kVr ~ AoRB, ²2007, S. 141; Lang, 2014, S. 662/Anm. 197.

201 **David**, Ferdinand, Dr. jur. (Erlangen 1910; *Entziehung* 1940) ~ 8. 4. 1885 Hagen – 24. 7. 1950 Cincinnati (USA); ♂ 1921 Ilse Gerson (* 1897 Schönebeck/Elbe).

Seit 1912 Rechtsanwalt und seit 1921 Notar (Hagen i. W.) ~ *Frontkämpfer* ~ 1929–1933 Stadtverordneter (SPD) ~ Mitglied der Soncino-Gesellschaft ~ 1933 Berufsverbot ~ 9. 11. 1938 bei Verwüstung der Wohnung aus dem Fenster gestürzt ~ mit starken Verletzung zwei Monate zur Behandlung im Krankenhaus ~ 1939 Emigration (England; später USA) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ seit 1942 zusammen mit seiner Frau Leitung eines Altersheims in Cincinnati (Ohio) ~ 1946 amerikanischer Staatsbürger.

A 12. 1. 1940: Gestapo Dortmund (Krack) an RSHA.

■ 20./28. 3. 1940: RFSS/AA ~ 29. 4./4. 5. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99850; Hepp, Liste 172 (17; 18 f.; *Ehefrau* u. *S*: Heinz, 1923–2009; Henry P. David, 1975 Gründer und Leiter des Transnational Family Research Institute in Bethesda,

Maryland; veröff. Reflections of an Internationalist, in: Peter Suedfeld, Hg., Light from the ashes. Social science careers of young Holocaust refugees and survivors, Ann Arbor 2001, S. 172–196; www.apa.org/international/pi/2010/tribute-david.aspx ~ **D** Gutgläubigkeit und Bösgläubigkeit bei Empfang einer ungerechtfertigten Bereicherung, Borna-Leipzig 1910; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 68 f. ~ **B** BArch, R 3001/53944 ~ LAV NRW, Abt. Westf., QN 253 ~ Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 110; Schumacher, 2012, S. 188; Kißener/Roth, 2017, S. 111.

202 Davids, Wilhelm ~ 31. 12. 1903 Essen-Steele – 26. 4. 1961; ∞ Germaine Chantraine (* 1909).

Seit 1929 Rechtsanwalt (Essen) ~ 1933 Berufsverbot ~ 1936 Emigration (Belgien) ~ Großhandel in Herrenstoffen ~ 1937 *Ausbürgerung* ~ Nov. 1938 (*Kristallnacht*) Zerstörung der offenbar zurückgelassenen kleinen Gemäldesammlung ~ überlebte die Zeit der deutschen Besetzung Belgiens ~ seit 1942 in der Illegalität ~ nach Rückkehr 1951–1954 wieder als Anwalt zugelassen, danach Handelsvertreter.

A 26. 5. 1937: Gestapa (Dr. Best) an RuPrMdl.

■ 7./21. 6. 1937: RuPrMdl (Hering: *Nach den Ausführungen des Berichts des Geheimen Staatspolizeiamts halte ich in erweiterter Anwendung des § 2 des Gesetzes vom 14. 7. 1933 [...] die Ausbürgerung des jüdischen Rechtsanwalts Wilhelm Davids und die vorsorgliche Beschlagnahme seines Vermögens für geboten. Eine Erstreckung der Ausbürgerung kommt z. Zt. nicht in Betracht.*)/AA (nachdem die DG Den Haag am 11. Juni keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 26./27. 10. 1937: RMdl/DRA.

Unter Rückerbittung übersandte das RMdl (Hering) am 10. 2. 1939 2 *Eingaben des [...] unter Beschlagnahme seines Vermögens ausgebürgerten früheren Rechtsanwalts* an das AA mit der Anheimstellung, *die zuständige deutsche Auslandsvertretung zu unterrichten, die Eingabe selbst aber nicht zu beantwor-*

ten: Mit Rücksicht auf die Feststellungen [...] des Geheimen Staatspolizeiamts vom 26. Mai 1937 [...] kommt eine Beantwortung der Eingaben nicht in Frage. Mit Kurier sandte das Amt (Hinrichs) daraufhin am 22. Febr. die Eingaben an die DB Brüssel: Zur vertraulichen Information wird bemerkt, daß Davids überführt ist, vor und nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. 9. 1935 Rasenshande getrieben zu haben. Wegen dieses Verbrechens wird er von der Staatsanwaltschaft in Essen steckbrieflich gesucht.

Q PA/AA, R 99669; Hepp, Liste 20 (18) ~ **B** BArch, R 3001/53949 ~ Schröter, 1980, S. 513; Schmalhausen, 2006, S. 54.

203 Derenberg, Walter Julius, Dr. jur. (Hamburg 1926; *Entziehung* 1941) ~ 8. 12. 1903 Hamburg – 9. 9. 1975 New York.

Veröff. 1931 „Warenzeichen und Wettbewerb in den Vereinigten Staaten von Amerika“ ~ seit 18. 3. 1933 Rechtsanwalt (Hamburg) ~ 25. 4. 1933 Berufsverbot ~ November 1934 Emigration (USA) ~ 1938 Abschluss eines erneuten Jura-Studiums (New York University, seit September 1935 Lehrtätigkeit, seit 1954 ord. Professor) ~ seit 1940 zur Anwaltschaft (New York) zugelassen ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ 1945/46 während des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher Special Assistant von Robert H. Jackson ~ Rückkehr in die USA ~ „einer der Väter des amerikanischen Warenzeichenrechts“ (Morisse).

A 7. 7. 1941: RSHA (Waßenberg) an RMdl.

■ 7./12. 7. 1941: RFSS/AA ~ 4./6. 8. 1941: RMdl/DRA.

Q PA/AA, R 99919; R 99810 (M); Hepp, Liste 248 (44) u. 133 (20: M) ~ **D** Der Trödelvertrag, Hamburg 1926 ~ **B** BHdE II, 1, 1983, S. 210; Göppinger, ¹1990, S. 275; Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 46; René Runte, Walter Julius Derenberg. Leben und Werk, Frankfurt/M. [u. a.] 2004; Morisse, ²2013, S. 133.

204 Doctor, Georg Gottlieb ~
* 29. 5. 1884 Liegnitz; ⚭ Margot Rosalie
Charlotte Aufrichtig (* 1902 Breslau).

Angeblich Rechtsanwalt (Hamburg) ~ lt.
Ausbürgerungsakte *Kaufmann* zuletzt in
Berlin-Charlottenburg wohnhaft und am
15. 10. 1939 nach Chile emigriert.

A 9. 10. 1940: Gestapo Berlin (Rothmann)
an RSHA.

■ 31. 10./6. 11. 1940: RFSS/AAA
~ 2./5. 12. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99891; Hepp, Liste 212 (19; 20:
Ehefrau) ~ **B** EAB: Entschädigungsakte nach
Georg Doctor (* 29. 5. 1884, Vertreter der Knopf-
fabrik Grünhut in Cham/Bayern) ~ Lt. Rechts-
anwälte der RHD (2002, S. 112 f.) war G. G.
Doctor „Rechtsanwalt in Hamburg“ und „stellte
der Roten Hilfe 1931 748,82 RM in Rechnung.
Die Rote Hilfe zahlte ihm 180 RM.“ Morisse
(²2013, S. 133) verzeichnet nur den namensähn-
lichen, 1938 emigrierten, aber nicht ausgebür-
gerten Rechtsanwalt Alfred Joseph Docter
(1899–1962), dessen Sohn Charles Alfred
(* 1931; BHdE I, 1980, S. 133 f.) in USA als
Rechtsanwalt und Politiker Karriere machte.

205 Donig, Arthur (Arturo), Dr. jur.
(Rostock 1905; *Entziehung*) ~ 13. 11. 1881
Frankfurt/M. – 26. 7. 1958 Buenos Aires;
⚭ Regina Kopinski (* 1886 Frankfurt/M.).

Seit 1908 Rechtsanwalt beim Kammerge-
richt und seit 1919 Notar (Berlin) ~ *Front-
kämpfer* (Offizier, schwer kriegsbeschädigt)
~ Mandanten u. a. der Deutsche Kaiser, der
Erzbischöfliche Stuhl in Gnesen, Berliner
Groß-Banken, Verlage, Gelehrte und
Künstler (u. a. Max Liebermann, Gerhart
Hauptmann), juristischer Mitarbeiter u. a.
des „Berliner Tageblatts“ und der „Vossi-
schen Zeitung“, Autor u. a. des Kommen-
tars „Unlauterer Wettbewerb“ (1933) ~
1935 als Notar entlassen ~ 1937 Versteige-
rung des Mobliars seiner Stadtwohnung
(Schöneberg, Am Park 15) durch das Auk-
tionshaus Dr. Walther Achenbach (160
Partien, u. a. ein echter Tintoretto, mut-
maßlich aus der Sammlung des Schwieger-
vaters) ~ 1938 Berufsverbot ~ 10. 1. 1939

Sicherungsanordnung der Zollfahndung ~
Juli 1939 Emigration via Italien nach Ar-
gentinien ~ Mobliar seiner Wannsee-Villa
teils verschenkt, teils in Lifts zum Versand
nach Argentinien „gepfropft“ ~ 1941 *Aus-
bürgerung* ~ danach Versteigerung des in
Hamburg beschlagnahmten Umzugsguts ~
in Buenos Aires als Auktionator tätig.

A 31. 12. 1940: Gestapo Berlin (Roth-
mann) an RSHA.

■ 7./14. 2. 1941: RFSS/AA ~ 2./4. 4. 1941:
RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99905; Hepp, Liste 226 (16; 17 f.:
Ehefrau u. S, der bereits 1936 nach Buenos Aires
ausgewandert war) ~ **D** Begriff, Voraussetzung
und Wirkung des Verlöbnisses nach dem B.G.B.,
Berlin 1905; Hartwig, 2010, S. 329 ~ **B** BArch,
R 3001/54447 ~ Maecenas, ²1930 (Alt-Holland,
Alt-Italien) ~ WGA Datenbank ~ EAB, 50823
(darin: Auszug aus der OFP-Akte) ~ AoRB,
²2007, S. 142.

206 Dreifuß, Julius Helmuth, Dr. jur.
(Freiburg/Br. 1922; *Entziehung* 1940) ~
* 2. 9. 1895 Karlsruhe; ⚭ Lina Scheuffele
(* 1904 Karlsruhe).

Rechtsanwalt (Karlsruhe) ~ 1933 Emigrati-
on (Frankreich) ~ Fahndung wg. *Untreue*
(Deutsches Steckbriefregister) ~ genannt
im (undat.) *Verzeichnis der in Frankreich le-
benden Personen, die gegen Deutschland tätig
sind: 30. Julius Dreyfus, Rechtsanwalt Paris
wohnh., ehem. Vorsitzender der SPD in
Karlsruhe* ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 22. 6. 1939: Gestapo Karlsruhe (Elch-
lepp) an Gestapa.

■ 24. 7. 1939/31. 5. 1940: RFSS/AA ~
20./25. 6. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99863; Hepp, Liste 185 (33; 34 f.:
Ehefrau u. K) ~ **D** Hellmuth Dreifuss, Das
Wesen des Parteieides im geltenden deutschen
Zivilprozeß, 1922; Speck, 2014 ~ **B** BArch, R 58/
2344.

207 Dressler (Dreßler), Leon (Leo), Dr. jur. (Leipzig 1921; *Entziehung* 1941) ~ * 29. 9. 1895 Tarnopol/Galizien (Österreich-Ungarn).

Kriegsfreiwilliger (Leutnant d. R.) ~ seit 1924 Rechtsanwalt (Leipzig) ~ 1938 Berufsverbot ~ 10. 11. 1938 Wohnungsdurchsuchung, anschließend *Schutzhaft* (Buchenswald) ~ 25. 11. 1938 Sicherungsanordnung der Devisenstelle Leipzig ~ Dez. 1938 Flucht via Frankreich in die Schweiz (It. Gestapo *Abwanderung*: 1. 7. 1939) ~ Tätigkeit in der Uhrenbranche ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ im gleichen Jahre Emigration nach Kuba ~ 1946 kubanische Staatsangehörigkeit ~ seit 1947 in New York (Vertreter für Uhren) ~ Ende 1956 Rückkehr in die Schweiz.

A 3. 5. 1941: Gestapo Leipzig (Dr. Kaufmann) an RSHA.

■ 12./18. 6. 1941: RFSS/AA ~ 21./23. 7. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99918; Hepp, Liste 246 (22) ~ D Die Kündigung in den Demobilmachungsverträgen und im Betriebsrätegesetz, 1921; Blecher, 2006, S. 424; Henne, 2007, S. 112 ~ B BArch, R 3001/54561 ~ Lang, 2014, S. 306f.

208 Drucker, Erich (Eric), Dr. jur. (Breslau 1927; *Entziehung* 1939) ~ 2. 9. 1902 Bartin, Kreis Rummelsburg/Pommern – 23. 4. 1999; ☉ (in USA) Lilian Freund (* 1910, Dolmetscherin).

209 Ebstein, Ellen Marie ~ 5. 3. 1905 Breslau – 28. 3. 2006 Flushing, Queens, New York; B: → Paul Ebstein.

Rechtsanwältin (Dresden) ~ 1933 Berufsverbot ~ Emigration ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ führte nach der Eheschließung 1942 den Namen Garden.

A 6. 9. 1939: RFSS (Jagusch; Antrag auf *Aberkennung der deutschen Staatsangehörig-*

März – Mitte Juli 1930 Vertreter des Rechtsanwalts Dr. Fritz Müllerheim in Stolp ~ 1. 8. 1930 Übernahme der Praxis des verstorbenen Rechtsanwalts Dr. Georg Rosenthal in Berlin-Weißensee ~ 1933 Berufsverbot ~ Notverkauf der Praxis an Dr. H. W. Henckel ~ Juli 1933 Emigration (Paris) ~ bis 1936 arbeitslos ~ Mitglied der Association Française pour la Défense des Droits Privés ~ 1937 bis Juni 1939 „Eisenbahnarbeiter zwecks Umschulung“ ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ Ende Juli 1939 in die USA emigriert ~ um 1960 unter Befreiung von der Residenzpflicht wieder als Rechtsanwalt in Berlin zugelassen.

A 26. 9. 1938: RFSS (Lischka) an RMdI.

■ 26. 9./31. 10. 1938: RFSS/AA (nachdem die Konsulatsabt. der DB Paris *Bedenken nicht geltend gemacht* hatte) ~ 2./5. 12. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99742; Hepp, Liste 82 (11) ~ D Die Gastwirtschaftung in Verbindung mit dem Problem der Schadensliquidation aus fremdem Interesse. Ein Beweis dafür, daß das Problem auch bei einem gesetzlichen Schuldverhältnis auftreten kann, Köslin 1927; Kranich, 2012, S. 166 ~ B BArch, R 3001/54609 ~ EAB, 58920 ~ AoRB, 2007, S. 142; Bergemann, 2012, S. 129.

E

keit des Juden Otto Conrad Ebstein [V]) an RMdI.

■ 6. 9. 1939: RFSS/AA (nicht ermittelt) ~ 18./21. 12. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99829; Hepp, Liste 151 (21; 19–20: *Eltern*; 22 f.: → Paul u. Vera Ebstein ~ B HStA Hannover, Nds. 110W Acc. 31/99 Nr. 215.887 (Entschädigungsakte, zit. v. Ladwig-Winters) ~ Held, 2000, S. 185; Lang, 2014, S. 713; Ladwig-Winters, 2016, S. 141.

210 **Ebstein, Paul** ~ * 6. 1. 1907 Breslau.

Bis 1933 Rechtsanwalt (Dresden) ~ Emigration ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A Ellen → Ebstein

B Lang, 2014, S. 714.

211 **Ehrlich, Georg** Joseph, Dr. jur. (Breslau 1912; *Entziehung* 1941) ~ 22. 2. 1890 Zabrze, O/S – April 1957; ∞ Margot Langer (* 1900 Königshütte, O/S).

Seit 1919 Rechtsanwalt (Beuthen, O/S.) ~ 1939 Emigration (Palästina) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ Rechtsanwalt, später Abteilungsleiter im Ministerium für Erziehung und Kultur (Israel).

A 14. 9. 1940: Gestapo Kattowitz (Thomson) an RSHA.

■ 7./11. 11. 1940: RFSS/AA ~ 5./9. 12. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99892; Hepp, Liste 213 (18; 19f.: *Ehefrau* u. S) ~ **D** Die Abtretbarkeit und Pfändbarkeit des Berichtigungsanspruchs aus § 894 BGB, Borna-Leipzig 1912; Kranich, 2012, S. 166 ~ **B** BArch, R 3001/54969 ~ BHdE I, 1980, S. 147.

212 **Ehrlich, Kurt** ~ 16. 2. 1886 Magdeburg – 13. 2. 1977; ∞ 1. Anna Clara Liebert (1886 Marienwerder – 1941 Paris).

Seit 1913 Rechtsanwalt und seit 1927 Notar (Berlin) ~ dekoriertes *Frontkämpfer* ~ Sammler von „Erstausgaben, ill. (Gastronomie), Bücher (19. Jahrhundert)“ ~ Sammlung von Gemälden von Wilhelm Wagner, Hermine David, Wilhelm Doms, Per Krohg, Arpad Schmitthammer u. Lesser Ury sowie von Originalzeichnungen niederländischer u. ital. Meister des 17. u. 18. Jahrhunderts ~ 1935 als Notar entlassen ~ Nov. 1938 bei Freunden 10 Tage untergetaucht ~ Berufsverbot ~ Febr. 1939 Emigration (Paris) ~ Mai 1939 Erhalt von „8 Kisten mit Büchern, graphischen Mappen, Zeitschriften usw.“, insgesamt ca. 1400 Bücher, die später durch Diebstahl oder

Verschleuderung abhanden kamen ~ 27. 11. 1939 bis 21. 1. 1944 in der Familienpension von François Salvarelli (Paris) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ 25. 6. 1941 Versteigerung des seit Febr. 1939 in Berlin für den Versand nach Kuba lagernden Umzugsguts ~ 31. 8. 1943 gefälschte Carte d'identité auf den Namen Pierre Emonet, geb. 1882 in Mulhouse: „Artiste, Peintre“, Lyon (Rhône) ~ Scheitern der Emigration nach Kuba ~ 21. 1. 1944 in Paris vor der bevorstehenden Deportation durch F. Savarelli gewarnt ~ bis zur Befreiung von Paris untergetaucht ~ nach 1945 in Südfrankreich ~ heiratete 1956 in 2. Ehe Emilie Ginsberg (* 1895 Berlin), mit der er seit 1941 bekannt war und die durch ihre Verbindungen zur Résistance die gefälschte Identitätskarte verschafft hatte ~ 1974 (Aix-en-Provence) testamentarische Verfügung – „comme ma dernière contribution pour Israel“, die farbige Lithographie „Le chapeau épinglé“ von Pierre-Auguste Renoir dem Appell Unifié Juif de France (Marseille) zu übereignen.

A 22. 4. 1941: RSHA an RMdI: *Ausbürgerung von Juden im besetzten Gebiet Frankreichs*.

■ 22./30. 4. 1941: RFSS/AA (Todenhöfer) ~ 7./10. 6. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99913; Hepp, Liste 235 (214; 215: *Ehefrau*) ~ **B** BArch, R 3001/54970 ~ EAB, 52938 ~ Maecenas, 1927 u. ²1930 ~ AoRB, ²2007. S. 144.

213 **Einstein, Walter**, Dr. jur. (Tübingen 1925) ~ * 16. 2. 1902 Buchau am Federsee.

„Von 1927 bis 1929 war ich Hilfsrichter im Württ. Staatsdienst und von 1929 bis 1933 [Berufsverbot] Rechtsanwalt in Stuttgart mit eigener Praxis, zusammen mit Dr. → Tänzer. Von 1933 bis 31. 7. 1935 war ich noch Hilfsarbeiter bei Rechtsanwalt Dr. Tänzer. Seit 1. 8. 1935 bin ich Prokurist bei meinem Vater Louis Einstein [1871–1944 Theresienstadt; nach Marx „am 28. Mai 1944 in Frankreich als Geisel erschossen“], der Inhaber einer Textilgroßhandlung ist.“

(5. 2. 1936) ~ 1936 Emigration (Paris) ~ 1937 *Ausbürgerung* ~ bis zur Internierung 1940 Tätigkeit in der Textilbranche ~ 26. 8. 1942 durch Flucht und Untertauchen der Deportation entgangen ~ Rückkehr nach Paris ~ „neuerdings“ (Marx) unter Befreiung von der Residenzpflicht wieder als Anwalt in Stuttgart zugelassenen.

A 30. 6. 1937: Gestapo Stuttgart (Dr. Harsster: *Die Universität, an der Einstein zum Dr. jur. promoviert, wird noch mitgeteilt werden.*) an Gestapa.

■ 16./26. 8. 1937: RFSS (Müller)/AA (Schumburg: *zu gegebener Zeit* – nach Zustimmung der DB Paris) ~ 10./11. 11. 1937: RuPrMdi/DRA.

Q PA/AA, R 99672; Hepp, Liste 21 (7) ~ **D** Die richterliche Nachprüfung des Schiedsspruchs und Schuldvergleichs nach dem bisherigen und jetzigen Recht, Tübingen, 1925; Entziehung nicht dokumentiert ~ **B** Zelzer, 1964, S. 463; Marx, 1965, S. 204; Göppinger, ²1990, S. 277.

214 Elias, Karl [Meshullam], Dr. jur. ~ * 22. 3. 1881 Kassel – 24. 12. 1941 Tel Aviv; Ⓞ Franziska Birnbaum (* 1887 Frankfurt/Main).

Rechtsanwalt (1934: Kassel, Untere Königstr. 71) und bis 24. 6. 1933 Notar (Entlassung) ~ Mitbegründer der zionistischen Ortsgruppe Kassel ~ 2. 10. 1935 in der Anwaltsliste gelöscht ~ Emigration (Palästina) ~ 1935 *Steuersteckbrief*.

A 12. 8. 1937: Gestapo Kassel (Herrmann) an Gestapa.

■ Am 20. 10. 1937 übersandte der RFSS (Best) dem Amt zwei Durchschriften des der Abt. I des RuPrMdi zugeleiteten Ausbürgerungsantrags. Mit Übersendung eines Doppelparteilten Hinrichs daraufhin am 26. Okt. dem DGK Jerusalem mit, der *Ausbürgerung zu gegebener Zeit zustimmen zu wollen: Einen Bericht erwarte ich nur für den Fall, daß dort Bedenken gegen die Ausbürgerung geltend zu machen sind.* Nachdem K. Elias am 23. 5. 1937 die palästinensische Staatsangehö-

rigkeit durch Einbürgerung erworben hatte – und sich die Einbürgerung, wie das DGK am 31. 8. 1937 dem Amt mitteilte, auch auf die Ehefrau erstreckte –, kam eine *Ausbürgerung* des Emigranten *nicht mehr in Betracht*; Aktennotiz Hinrichs vom 20. 4. 1938, unter Hinweis auf ein Schreiben des RuPrMdi vom 8. 4. 1938.

Q PA/AA, R 100007 ~ **D** Nicht ermittelt ~ **B** Walk, 1988, S. 78; Schröder-Teppe, 2006, S. 56 (irrtüml.: *ausgebürgert*).

215 Engel, Franz, Dr. jur. (Breslau 1910; *Entziehung* 1940) ~ * 24. 7. 1887 Breslau.

Rechtsanwalt (1937: Breslau, Ring 52) ~ Emigration (London) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 3. 10. 1939: Gestapo Breslau (Kunz [?]) an Gestapa.

■ 6./9. 11. 1939: RFSS/AA ~ 27. 2./ 1. 3. 1940: RMdi/DRA.

Q PA/AA, R 99838; Hepp, Liste 160 (26: Engel, Franz Wilhelm Josef, * 21. 7. 1887) ~ **D** Die Bedeutung des in Art. 2 der Reichsverfassung ausgeprochenen Grundsatzes, dass die Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen, Breslau 1910; Kranich, 2012, S. 164.

216 Epstein, Berthold, Dr. jur. (Breslau 1910) ~ * 21. 7. 1887 Breslau.

Rechtsanwalt (1937: Breslau, Telegrafenstr. 8) ~ Juni 1938 Emigration (Prag) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 17. 5. 1939: Gestapo Breslau (Scharpwinkel) an Gestapa:

■ 12./16. 1. 1940: RFSS/AA ~ 15./ 18. 5. 1940: RMdi/DRA.

Q PA/AA, R 99853; Hepp, Liste 175 (23) ~ **D** Der Gläubigerverzug bei unmöglichen Leistungen, Borna-Leipzig 1910; *Entziehung* nicht dokumentiert, mutmaßlich aufgrund der im Ausbürgerungsantrag nicht genannten akademischen Graduierung unterblieben.

217 Erlanger, Fritz, Dr. jur. (Tübingen 1927) ~ 20. 3. 1904 Stuttgart – Auschwitz; V: Dr. → Hugo Erlanger.

Seit 1931 Rechtsanwalt (Stuttgart) ~ in Sozietät mit seinem Vater ~ 1933 Berufsverbot und Emigration (Paris) ~ nach Studium als Licencié en Droits ausschließlich Zulassung als Rechtsberater für Flüchtlinge ~ 1940 interniert (Gurs) ~ zuckerkrank entlassen (Krankenhaus Perpignan) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ am 7. 12. 1943 nach Drancy überführt und von dort am 7. 12. 1943 deportiert ~ Stolpersteine: Dr. → Hugo Erlanger.

A → Hugo Erlanger

D Miturheberrecht aus Schrift, Ton- und Bildwerken, Tübingen 1927; *Entziehung* nicht dokumentiert ~ B LABW, Abt. HStA Stuttgart, EA 4/150 Bü 329 (Personalakte) ~ Marx, 1965, S. 204; Göppinger, 1990, S. 242; AoRD, S. 134.

218 Erlanger, Hugo, Dr. jur. (Tübingen 1892) ~ 4. 11. 1868 Stuttgart – 18. 4. 1941 Frankreich; ☉ Frida Prager (* 1875 Fürth/Bayern – Sobibor); S: Dr. → Fritz Erlanger.

Seit 1893 Rechtsanwalt und später auch Notar (Stuttgart) ~ 1931–1933 in Sozietät mit seinem Sohn ~ Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei ~ 1900 bis 1913 Mitglied, seit 1906 Obmann des Bürgerausschusses der Stadt Stuttgart ~ für sein bürgerschaftliches Engagement 1912 mit dem Ritterkreuz I. Klasse des Friedrichsordens ausgezeichnet ~ 1895–1933 Mitglied der DAV-Sektion Schwaben (Austritt oder Ausschluss spätestens nach Änderung der Sektionssatzung (*Arierer-Paragraph*) ~ 1938 Berufsverbot ~ Herbst 1939 Flucht der Eheleute mit einem „Handkoffer“ nach Paris (→ Fritz Erlanger) ~ die zurückgelassene Wohnungseinrichtung wurde mutmaßlich im Krieg beschlagnahmt und versteigert ~ 1941 vor der *Ausbürgerung* verstorben ~ 25. 3. 1943 Deportation der im Febr. aus der Wohnung ausgewiesenen Ehefrau ~ Stolpersteine: Frida und Dr.

→ Fritz Erlanger: Stuttgart, Alexanderstr. 153.

A 22. 4. 1941: RSHA an RMdI: *Ausbürgerung von Juden im besetzten Gebiet Frankreichs*.

■ 22./30. 4. 1941: RFSS/AA (Todenhöfer) ~ 7./10. 6. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99913; Hepp, Liste 235 (225; 226–228: *Ehefrau u. K.*: → Fritz u. Ruth, * 1908, 1935 emigriert nach Palästina, ☉ Herbert Nussbaum, Kfar Jedidja) ~ D Ueber Ursprung und Wesen der Firma, Eßlingen 1892; *Entziehung* nicht dokumentiert ~ B Marx, 1965, S. 204; AoRD, S. 135; www.alemania-judaica.de; www.stolpersteine-stuttgart.de (Irma Glaub, Frida Erlanger und ihr Sohn Dr. Fritz Erlanger, 2008).

219 Erlanger, Theodor David, Dr. jur. (Erlangen 1904; *Entziehung* 1943) ~ 1. 8. 1880 Neustadt a. d. Aisch – 7. 10. 1956 London; ☉ Ida Kohn (* 1890 Nürnberg).

Seit 1907 Rechtsanwalt (München) ~ veröff. zusammen mit Fritz → Löwenthal u. Rudolf Wassermann „Verordnung über die Erhebung einer zuzufolge der Aufhebung der Höchstpreise für Häute, Felle und Leder zu leistenden Abgabe“ (Die Konjunkturabgabe in der Häute- und Lederwirtschaft v. 26. 2. 1920, 1920) und mit Ludwig → Feuchtwanger „Kapitalflucht. Gesetze und Verordnungen gegen die Kapitalwanderung in das Ausland“ (1920) ~ 10. 11.–26. 11. 1938 *Schutzhaft* (Dachau) ~ Berufsverbot ~ Febr. 1939 Emigration (England) ~ nach Internierung 1940 Weiterwanderung in die USA (New York) ~ *Ausbürgerung* aufgrund der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941 ~ 1951 unter Befreiung von der Residenzpflicht Wiederzulassung als Rechtsanwalt (München).

A 21. 6. 1941: Gestapo München (Schimmel) an RSHA.

■ Das Verfahren zu der am 9. 9. 1941 vom RFSSuChdDtPoliRMdI beantragten *Ausbürgerung* wurde nach Erlass der 11. VO z. RBürg G v. 25. 11. 1941 nicht weiter betrie-

ben; die 1915 geb. Tochter Lieselotte (Studentin) war bereits am 6. 6. 1936 nach London emigriert.

Q PA/AA, R 100031 ~ **D** Der Gesetzeswiderspruch der §§ 134, 138 B.G.B. mit § 817 B.G.B. Ein Beitrag zur Lehre vom abstrakten Schuldverträge des Bürgerlichen Gesetzbuches, Neustadt a. d. A. 1904; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 70: „Verlust des Doktorgrads 1943 in analoger Anwendung der 2. Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Führung akademischer Grade vom 29. März 1943“ ~ **B** Weber, 2006, S. 227.

220 Esslinger (Eßlinger), Wilhelm, Dr. jur. (Würzburg 1902; *Entziehung* 1940), Justizrat (1926) ~ 5. 6. 1877 Stuttgart – 4. 12. 1961 New York; **B**: Dr. jur. Carl E. (1871–1942 Theresienstadt; Rechtsanwalt in Stuttgart) u. Gustav E. (1875–1938 KZ Dachau; Rechtsanwalt in Stuttgart); Ⓞ Irma Gutmann (* 1887 Nördlingen).

Seit 1904 Rechtsanwalt (München) ~ Kriegsdienst ~ März 1937 Zulassungserzicht und Emigration (Italien, Juni 1938 Schweiz) ~ Studium und schriftstellerische Tätigkeit (Genf) ~ 1939 Vermögensbeschlagnahme ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ seit Juni 1941 in USA.

A 18. 10. 1939: Gestapo München (Beck) an Gestapa.

■ 4./8. 12. 1939: RFSS/AA ~ 1./10. 4. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99.845; Hepp, Liste 167 (21; 22–24: *Ehefrau* u. *K*); PA/AA, R 99848; Hepp, Liste 170 v. 16./20. 4. 1940, 42: **B**. Gutmann ~ **D** Der Erbschein nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche für das Deutsche Reich, München 1902; Rupp, 2011, S. 151 ~ **B** Marx, 1965, S. 180; Weber, 2006, S. 227 f.

221 Ettlinger, Friedrich Emil (Fritz), Shlomo, Dr. jur. (Marburg 1914; *Entziehung* 1940) ~ * 18. 2. 1889 Frankfurt/M. – 13. 2. 1964 Frankfurt/M.; Ⓞ Erna Wolff (* 28. 2. 1897 Frankfurt/M.).

Frontkämpfer ~ seit Ende 1919 Rechtsanwalt und seit 1924 Notar (Frankfurt/M.)

~ nach 1933 weiterhin als Rechtsanwalt zugelassen, ohne zu praktizieren ~ 1935 als Notar entlassen ~ Nov. 1937 Emigration (Palästina) ~ 11. 7. 1938 in der Anwaltsliste gelöscht ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ 1957 Rückkehr nach Frankfurt.

A 7. 9. 1938: Gestapo Frankfurt/M. (Ringshausen) an Gestapa.

■ 4. 10./15. 11. 1938: RFSS/AA (nachdem das DK Haifa am 28. Okt. *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 19./22. 12. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99748; Hepp, Liste 85 (9; 46 f.: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Die Unterlassungsklage, ihre Geschichte, ihre Begründung und wirtschaftliche Bedeutung, Borna-Leipzig 1914; Lemberg, 2002, S. 47 ~ **B** ISG Frankfurt/M., S6a/45: Aufzeichnungen und Anekdoten aus der Frankfurter Rechtsanwaltszeit (mit Widmung 1947 aus Nahariya übersandt) ~ Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 145 f.

222 Eulau, Arthur, Dr. jur. et rer. pol. (Würzburg 1905; *Entziehung* 1941) ~ 17. 3. 1878 Büdingen – 4. 1. 1954 Offenbach a. M.; Ⓞ Martha Spier (* 1889 Frankfurt/Main).

Rechtsanwalt (Offenbach am Main, Domstr. 33 [1937]) ~ 1910 Stadtverordneter (SPD) ~ 16. 9. 1938 *Schutzhaft* (Dachau) ~ 1939 Emigration (Manila/Philippinen; später USA) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 3. 4. 1941: Gestapo Darmstadt (Fentz) an Gestapa.

■ 25. 4./2. 5. 1941: RFSS/AA ~ 10./18. 6. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99914; Hepp, Liste 239 (31; 32 f.: *Ehefrau* u. *S*: Franz (später: Frank) Ludwig, 1921–2004 [www.legacy.com/obituaries/lohud/obituary.aspx?n=frank-l-eulau&bied=149357013]; eine *Ausbürgerung* des älteren Bruders Heinz [1915–2004, www.prabook.com/web/person-view.html?profiled=1696387: educator, political scientist], bereits früher ausgewandert, ist nicht dokumentiert) ~ **D** Geteilter, bedingter, unter Vorbehalt gestellter Strafantrag, Breslau 1905 (Reprint 1977); Rupp, 2011, S. 152 ~

B Heinz Eulau/Frank Eulau, *The Mishpokhe from Eulau-Jilové. Discovering a remarkably unremarkably Jewish family from Germany*, Menlo Park 2001 (zit. Im *Glauben an das Exquisite*, 2011, S. 384: S. → Guggenheim); Frank Ephraim, *Escape to Manila. From Nazi tyranny to Japanese terror*, University of Illinois 2008 (2003), S. 64; allgemein Christine Kanzler, *Exilerfahrungen deutschsprachiger Emigranten auf den Philippinen*, in: *Alltag im Exil*, 2011, S. 95–108.

223 Eyck, Hans, Dipl.-Ing. ~ 11. 12. 1877 Berlin – 29. 11. 1953 Corpus Christi/Texas (USA); **B**: Dr. phil. Erich Eyck (1878–1964, Rechtsanwalt und Notar in Berlin, 1937 nach England emigriert); Ⓞ 1909 Erna Kallmann (* 1882 Stettin; 14. 4. 1942 ab Magdeburg über Warschau/Ghetto in das Vernichtungslager Treblinka deportiert).

224 Fackenheim, Julius, Dr. jur. (Halle-Wittenberg 1910; *Entziehung*) ~ * 20. 4. 1884 Halle a. S. – 1970 Aberdeen/Schottland; Ⓞ Meta Schlesinger (* 1887 Halle a. S.).

Rechtsanwalt und Notar (Halle a. S.) ~ Sozietät mit Adolf Goldberg (1898–1942 Euthansie-Anstalt Bernburg) ~ Vorsitzender der Ortsgruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten ~ 1933 Berufsverbot ~ 1939 Emigration (England) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 16. 1. 1940: Gestapo Halle/Saale (Bovensiepen) an RSHA.

■ 11./18. 4. 1940: RFSS/AA ~ 2./5. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99865; Hepp, Liste 187 (40; 41–43: *Ebefrau* u. *K* [Emil-Ludwig, * 1916, später Professor, Rabbiner]) ~ **D** Zulässigkeit, rechtliche Natur und formale Voraussetzungen des rechtsgeschäftlichen Pfandrechts am Geschäftsanteil einer G.m.b.H., Halle a. S. 1910 (ersch. vollst. ebd. u. d. Titel: *Das rechtsgeschäftliche Pfandrecht am Geschäftsanteil einer G.m.b.H.*); Zöllner, 1995. S. 25 ~ **B** BArch, R 3001/55492 ~

Patentanwalt (Magdeburg) ~ seit dem 10. 11. 1938 zwölf Tage *Schutzhaft* (Buchwald) ~ Emigration (Shanghai/China) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ nach 1945 in USA.

A 10. 4. 1941: Gestapo Magdeburg (Dr. Leiterer) an RSHA.

■ 20./24. 5. 1941: RFSS/AA ~ 12./16. 7. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99917; Hepp, Liste 244 (23 u. 35: *S*; die in die USA emigrierte Tochter wird im Ausbürgerungsantrag nicht genannt) ~ **B** EAB, 374857 ~ Wir erinnern an Erna Eyck: www.magdeburg-tourist.de/media/custom/698_13157_1.PDF (6. 4. 2019) ~ Stolperstein: vor Studentenwohnheim Hohepfortestraße ~ Erich Eyck: BHdE I, 1980, S. 163; ABJ 6, 1998, S. 446–451; AoRB, 2007, S. 147.

F

Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 115; Prick, 2010, S. 47f., 51–53 (A. Goldberg).

225 Fath, Hans Martin → I. 12

226 Feblowitz, Samuel, Dr. jur. (Breslau 1925; *Entziehung* 1939) ~ * 14. 7. 1901 Obornik; Ⓞ 1922 Eva Swientowicz (* 1900 Zgierz/Krs. Lodz).

Seit 1927 Rechtsanwalt (Berlin) ~ 1933 Berufsverbot ~ Juli 1933 Emigration (Frankreich) ~ 1938 *Ausbürgerung*.

A 23. 5. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapo.

■ 4. 7./16. 8. 1938: RFSS/AA (nachdem die Konsulatsabt. der DB Paris *gegen die Ausbürgerung des Juden Dr. Samuel Feblowicz* [...] am 3. Aug. *Bedenken nicht geltend gemacht* hatte).

Q PA/AA, R 99730; Hepp, Liste 80 (11; 63 f.: *Ebefrau* u. *K*) ~ **D** Die Verarbeitung und die Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung, 1925; Kranich, 2010, S. 167 ~ **E** Le Statut juridique des étrangers en France. *Traité pratique*, Paris 1938; Maas II, 1978, S. 442 u. 457 ~

B BArch, R 3001/55564 ~ Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 117; AoRB, ²2007, S. 148.

227 Feder, Ernst → I. 13

228 Feibelmann (Feibelman), Salomon (Sali, Sally) → I. 14

229 Feld, Arthur, Dr. jur. (Erlangen 1909) ~ * 11. 12. 1884 Friedeberg/Neumark.

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ Juni 1933 als Notar entlassen ~ Aug. 1933 Emigration (Prag) ~ Sept. 1933 Löschung der Anwaltszulassung ~ *Ausbürgerung* nach Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren *einstweilen* zurückgestellt.

A 6. 1. 1939: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 11. 2. 1939/17. 3. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Prag am 26. Febr. keine Bedenken geltend gemacht hatte); die *Ausbürgerung* wurde jedoch nicht vollzogen, da sich Feld infolge des deutschen Einmarschs in die SR am 15. März wieder im Reichsgebiet aufhielt: Am 27. 5. 1939 teilte der RFSSuChdDtPoliRMdI dem RMdI mit Durchschrift an das AA mit: *Nach den von hier geführten Erhebungen wohnt Arthur Feld noch jetzt in Prag II, Na. Florenzi 19, Pension Czerny.*

Auf Grund dieses Sachverhalts bitte ich, das gegen Feld anhängige Ausbürgerungsverfahren einstweilen zurückzustellen. Sobald Feld das Reichsgebiet verlast, werde ich zu gegebener Zeit eine weitere Mitteilung folgen lassen. ~ Eine spätere förmliche *Ausbürgerung* – auch der 1933 geschiedenen Ehefrau Gertrud geb. Alexander gesch. Lippmann (* 1887) – ist nicht dokumentiert.

Q PA/AA, R 100017 ~ D Die Anstiftung und Beihilfe zum Selbstmord. Eine strafrechtliche Studie, Borna-Leipzig 1909; *Entziehung* in der Promotionsakte nicht vermerkt; Dr. Clemens Wachter, Archivar der FAU Erlangen-Nürnberg, E-Mail v. 15. 7. 2019 ~ B BArch, R 3001/55603 ~ AoRB, ²2007, S. 149.

230 Feldheim, Otto Samuel, Dr. jur. (Erlangen 1921; *Entziehung* 1940) ~ 3. 10. 1894 Bamberg – 21. 5. 1941 New York; ♂ Alice Rosenthal (* 1906 Barmen).

Dekorierter *Frontkämpfer* (kriegsversehrt) ~ seit 1921 Rechtsanwalt (Bamberg, seit 1925 München) ~ seit 10. 11. 1938 vier Wochen *Schutzhaft* (Dachau) ~ 1939 Emigration (via England in die USA, New York) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 3. 7. 1939: Gestapo München (Weintz) an Gestapa.

■ 14. 7./15. 12. 1939: RFSS/AA ~ 14./16. 2. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99836; Hepp, Liste 158 (45; 46 f.: *Ebefrau* u. T) ~ D Die Kontrollorgane nach französischem und deutschem Recht, 1921; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 70 ~ B Weber, 2006, S. 228.

231 Felixbrodt, Marcus, Dr. jur. (Greifswald 1918) ~ * 11. 9. 1893 Halle a. d. Saale.

Seit 16. 2. 1922 Rechtsanwalt und seit 1929 Notar (Halle) ~ 1932 in Sozietät mit Justizrat Edmund Aronsohn (1871–1939) ~ Mitglied der SPD ~ Zionist ~ Mitglied der Soncino-Gesellschaft ~ 1933 Emigration (Palästina) ~ danach in der Anwaltsliste gelöscht.

A 28. 12. 1935: RuPrMdI (Hering) an den Reg.Präs. Merseburg, der die *Ausbürgerung* vorgeschlagen hatte: Danach hatte Felixbrodt erst *durch seine* am 13. Januar 1916 *ohne Vorbehalt* erfolgte Ernennung zum *Gerichtsreferendar im Bezirk des Oberlandesgerichts Naumburg die deutsche Staatsangehörigkeit durch Anstellung gemäß § 14 des RuSts.Ges. vom 22. Juli 1913 erworben. Ein Widerruf des Erwerbs der Staatsangehörigkeit auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 kommt hiernach nicht in Frage. War bei seiner Ernennung zum Referendar seine Staatlosigkeit auch nicht bekannt, so ist doch seine spätere Ernennung zum Assessor und zum Notar in Kenntnis des Umstandes erfolgt, daß er vor der Ernennung zum Referendar*

staatlos gewesen ist. Im Einvernehmen mit dem RMdJ hielt das Ministerium es daher nicht für angezeigt, die an sich zweifelhafte Frage, unter welchen Voraussetzungen Beamtenernennungen oder der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nichtig oder anfechtbar sind, gerade im vorliegenden Falle weiter zu verfolgen. Für eine Ausbürgerung gemäß § 2 des Gesetzes hielt das RMdI im Einverständnis mit dem Auswärtigen Amt das bisher vorliegende Material im Hinblick auf den nichtveröffentlichten Runderlaß vom 27. April 1934 – V Sta. 4721Gen – vorläufig nicht für hinreichend. Falls dort Tatsachen bekannt werden sollten, die für das Ausbürgerungsverfahren gegen Felixbrodt von Bedeutung sein könnten, stelle ich erneute Berichterstattung anheim.

■ Eine spätere Ausbürgerung ist nicht dokumentiert.

Q PA/AA, R 100000 ~ **D** Das Gläubigerrecht in § 281 BGB. Eine Studie zum Recht der Schuldverhältnisse des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches, Greifswald 1918 ~ **B** BArch, R 3001/55624 ~ Prick, 2010, S. 49; Schumacher, 2012, S. 189.

232 Ferse, Max ~ 24. 12. 1886 Röhlinghausen – 16. 10. 1946 Tel Aviv, Israel; ☉ Edith Jansen (* 1900 Gelsenkirchen).

Frontkämpfer (EK I) ~ seit 1914 Rechtsanwalt und seit 1924 Notar (Bochum) ~ Zionist ~ 1933 kurzzeitig in *Schutzhaft* und als Notar entlassen ~ Okt./Nov. 1936 in Palästina ~ Febr. 1937 Emigration mit „Kapitalistenzertifikat“ ~ Landwirt in Naharija (Hühnerfarm) ~ an Malaria erkrankt, Rückkehr erwogen, aber wieder aufgegeben ~ Dez. 1937 auf Antrag in der Anwaltsliste gelöscht ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ betrieb seit 1939 ein Restaurant in Tel Aviv.

A 9. 2. 1939: Gestapo Dortmund (Illmer) an Gestapa.

■ 28. 2./13. 4. 1939: RFSS/AA (nachdem das DK Haifa am 23. März keine Bedenken gegen die Ausbürgerung *des Juden* [...], sei-

ner Ehefrau und seiner Kinder geltend gemacht hatte) ~ 5./8. 5. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99784; Hepp, Liste 109 (27; 28–30: Ehefrau u. K) ~ **B** BArch, R 3001/55673 ~ Zeit ohne Recht, 2002, S. 30f. (H. Schneider), 121–124 (A. Löw/H. Schneider).

233 Feuchtwanger, Ludwig, Dr. phil. (Berlin; *Entziehung* 1941) ~ 28. 11. 1885 München – 14. 7. 1947 Winchester; ☉ Rosina Erna Rheinstrom (* 1887 Kaiserslautern).

Seit 1915 Rechtsanwalt (*München*) ~ 1915 bis 1933 Verleger (Duncker & Humblot, München) ~ Mitglied der Soncino-Gesellschaft ~ 1933 Berufsverbot ~ seit 1936 Angestellter der Jüdischen Kultusgemeinde München (Bibliothek und Lehrhaus) ~ 1937 Mitherausgeber der „Festgabe 50 Jahre Hauptsynagoge München“ ~ *Verzeichnis jüdischer Verfasser juristischer Schriften* (1937; „Wirtschaftsrecht“) ~ 10. 11.–21. 12. 1938 *Schutzhaft* (Dachau) ~ Beschlagnahme der Bibliothek ~ 1939 Emigration (England) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 9. 12. 1940: Gestapo München (Schimmel) an RSHA.

■ 13./19. 3. 1941: RFSS/AA ~ 23./27. 5. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99912; Hepp, Liste 234 (7; 8f.: *Ehefrau* u. S) ~ **D** Geschichte der sozialen Politik und des Armenwesens im Zeitalter der Reformation in Deutschland; Teil I: Reformen und Ideen bis 1526, Leipzig 1908 ~ **V** Heinrich Graetz, Die Konstruktion der jüdischen Geschichte: eine Skizze. Mit Fußnoten u. einem Nachwort v. –, Berlin 1936 ~ Gesammelte Aufsätze zur jüdischen Geschichte, Berlin 2003; Auf der Suche nach dem Wesen des Judentums: Beiträge zur Grundlegung der jüdischen Geschichte, Berlin 2011; Der Gang der Juden durch die Weltgeschichte: Erstveröffentlichung eines Manuskripts von 1938. Hg. v. Reinhard Mehring u. Rolf Riess unter Mitw. v. E. J. Feuchtwanger, Berlin 2014 ~ **B** LBI: Ludwig Feuchtwanger Collection ~ BHdE I, 1980, S. 172; Göppinger, 21990, S. 278 f.; ABJ 7, 1999, S. 85–89; Monika Dimpfl, Nicht zu verwechseln mit Lion: Ludwig Feuchtwanger – Jurist – Verleger – Historiker,

Ms. (Bayerischer Rundfunk), München 2004; Weber, 2006, S. 228; Schumacher, 2012, S. 58 f.; zur Rolle des späteren Judaisten Kurt Schubert bei der „Rettung“ der Bücher vgl. kritisch Dirk Rupnow, *Judenforschung im Dritten Reich. Wissenschaft zwischen Politik, Propaganda und Ideologie*, Baden-Baden 2011, S. 340–356, 480 f., 485 ~ Edgar Feuchtwanger [*Sohn*, * 1924; BHdE II, 1, 1983, S. 293 f.] m. Bertil Scali, *Als Hitler unser Nachbar war. Erinnerungen an meine Kindheit im Nationalsozialismus. Aus dem Franz. [Hitler mon voisin]* von Antje Peter, München 2014.

234 Fleischer, Martin Moritz ~

* 11. 9. 1877 Konitz/Westpreußen – 13. 9. 1941 São Paulo (Brasilien); ∞ Lilly Lindemann (1890–1956 São Paulo; mutmaßlich eine ältere Schwester des am 1. Juli 1934 in Glogau von SS-Männern entführten und ermordeten Arztes Dr. Erich Lindemann (* 1894), einem bekannten Führer des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten).

1908–1920 Rechtsanwalt in Konitz, das zu dem Teil Westpreußens gehörte, der infolge des Versailler Vertrages an Polen abgetreten werden musste ~ optierte für Deutschland und übersiedelte nach Schneidemühl ~ dort Rechtsanwalt und Notar ~ SPD- und Reichsbanner-Mitglied ~ 23. 6. 1933 Aufhebung des am 22. Mai erlassenen Vertretungsverbots ~ 24. 6. 1933 „nachgesuchte Entlassung“ aus dem Amt als Notar ~ Sept. 1933 Aufgabe der Anwaltszulassung ~ seit dem 6. 10. 1933 wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf ~ seit 1934 mit 20.000 RM Teilhaber der Berliner Grundstücksvermittlungsgesellschaft Stadthagen ~ nach Erlass der *Nürnberger Gesetze* 1935 auf Veranlassung des (*arischen*) Mitinhabers aus der Gesellschaft ausgeschieden und mit einer Zahlung von 3.000 RM zwangsweise abgefunden ~ Apr. 1936 Flucht nach Italien ~ Verlust der zurückgelassenen Wohnungseinrichtung – mit „Bibliothek Bildern, Schreibtisch, vielen Büchern“ ~ nach Erhalt des Visums am 5. 7. 1936 von Marseille nach Brasilien emigriert ~ bei Ankunft am 25. 7. 1936 in São Paulo schwer erkrankt ~ im „Deutschen

Kriminalpolizeiblatt“ und im „Reichssteuerblatt“ zur Fahndung ausgeschrieben ~ am 5. 8. 1937 vom Schöffengericht Berlin – 1 St.Ms.69/37 – zusammen mit seiner Ehefrau wegen Steuerflucht verurteilt (erledigt gem. Amnestie vom 9. 9. 1939).

A 7. 4. 1939: Gestapo Berlin ([Herbert Müller] an Gestapa.

■ 13./24. 6. 1938: RFSS/AA ~ 11./12. 8. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99710; Hepp, Liste 58 (12 u. 47–49: *Ehefrau* u. *K*) ~ **B** EAB, 56495; zum Fall Erich Lindemann vgl. Gruchmann, 2001, passim.

235 Fleiß, Alfred, Dr. (Leipzig 1926; *Entziehung* 1938) ~ 25. 1. 1903 Czernowitz (Österreich-Ungarn) – 24. 10. 1984 London; ∞ 5. 3. 1936 (London) Rosa Edith *Anni* Weiner (* 1912 Chemnitz, *V*: Arthur → Weiner); *B*: Dr. jur. Heinrich (Zwi) Fleiß (1892–1954 Cholon/Israel; 1933 aus dem Vorbereitungsdienst beim Landgericht Leipzig entlassen, 1934 nach Palästina emigriert).

Rechtsanwalt (Chemnitz) ~ Zionist ~ Mitglied der Soncino-Gesellschaft ~ 1933 Berufsverbot ~ Febr. 1934 Emigration (Großbritannien) ~ 1938 *Ausbürgerung*.

A 6. 9. 1937: Gestapo Dresden (Kaußmann) an Gestapa.

■ Das Gestapa übermittelte den Vorschlag am 28. 10. 1937 an den RFSSuChdDtPol-iRMdI, der seinerseits die Voraussetzungen *für gegeben* erachtete und am 4. Nov. den Ausbürgerungsantrag stellte, dem das AA *zu gegebener Zeit* – nach Einholung einer Stellungnahme der DB London – zuzustimmen in Aussicht stellte (12. 5. 1937) ~ 26./27. 1. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99680; Hepp, Liste 30 (6; 34: *Ehefrau*) ~ **D** Das Aufsichtsrecht des Staates über den eigenen Wirkungskreis der Gemeinden im geltenden sächsischen Recht, 1926; Blecher, 2006, S. 425; Henne, 2007, S. 112 ~ **B** Held, 2002, S. 101; Lang, 2014, S. 327 (H. Fleiß), 721/

Anm. 464 (A. Fleiß; gest. 1993); Lang, Chemnitz, 2018.

236 Fließ, Hans, Dr. jur. (Greifswald 1914; *Entziehung*) ~ * 15. 12. 1890 Stargard/Pommern; ⚭ Grete Samuel (* 1908 Bremen).

Seit 1919 Rechtsanwalt (Köslin) ~ Juni 1933 Berufsverbot ~ *Schutzhaft* nach Eröffnung eines Rechtsberatungsbüros ~ erst nach Widerruf der weiteren Berufsausübung in der Presse entlassen ~ kurzzeitig in Berlin, danach Emigration (Jugoslawien) ~ 1934 *Steuersteckbrief* („zur Zeit in Zagreb“) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 7. 7. 1937: Gestapo Köslin (Herrmann) an Gestapa.

■ 28. 7. 1938/16. 3. 1939: RFSS/AA ~ 30. 3./5. 4. 1919: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99770; Hepp, Liste 104 (25; 26: *Ehefrau*) ~ **D** Das sogenannte Kontrahieren mit sich selbst, Greifswald 1914 ~ **B** BAArch, R 3001/55974.

237 Fränkel, Emil, Dr. jur. (München 1890; *Entziehung* 1940), Justizrat ~ 24. 2. 1867 München – 1942 Haifa (Palästina); ⚭ Flora Weil (* 1875 Straßburg i. Elsaß).

Seit 1893 Rechtsanwalt (München) ~ 1938 Berufsverbot ~ 1939 Emigration (London; Palästina) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 13. 2. 1940: Gestapo München (Isselhorst) an RSHA.

■ 2./8. 3. 1940: RFSS/AA ~ 7./12. 8. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99874; Hepp, Liste 196 (24; 25: *Ehefrau*) ~ Der Sohn Gottfried Samuel F, ebenfalls in München promoviert und 1931 in Frankfurt für Entomologie habilitiert, emigrierte in die USA, wurde aber – wie auch seine Schwester – nicht ausgebürgert ~ **D** Das jüdische Eherecht nach dem Reichsprivilegengesetz vom 6. Februar 1887, München 1891; Harrecker, 2007, S. 282: Fränkel (Fraenkel) ~ **B** BHdE II/1, 1983, S. 313 (G. Fränkel); Weber, 2006, S. 230.

238 Fraenkel, Ernst, Dr. jur. (Frankfurt/M. 1924; *Entziehung* 1940), Dr. h. c. (Bern 1973) ~ 26. 12. 1898 Köln – 28. 3. 1975 Berlin; ⚭ Hanna Pickel (1904–1975).

Frontkämpfer ~ seit 1927 Rechtsanwalt beim Kammergericht (Berlin) ~ in Sozietät mit Franz L. → Neumann ~ Syndikus des Deutschen Metall-Arbeiter-Verbandes ~ Erklärung vom 8. 4. 1933 zum Antrag auf Aufhebung des Vertretungsverbots: „*Ich werde, falls ich zur Anwaltschaft auch in Zukunft zugelassen werden sollte, getreu meinem Anwaltseid meine Pflichten als Rechtsanwalt nach Massgabe der jeweils gültigen Gesetze gewissenhaft erfüllen.* Eine Erklärung dahingehend, dass ich die Vereinbarungen, die meine zeitweise Behinderung als Anwalt begründen, als rechtswirksam anerkenne, lehne ich ab, da ich diese Vereinbarungen nicht anerkenne.“ (Personalakte; Kursivierung: blau unterstrichen, handschriftlich ergänzt: „unzureichende Erklärung“) ~ 11. 5. 1933 Aufhebung des Vertretungsverbots ~ 1934 Veröffentlichungen unter dem Pseudonym *Frank III* in der „Sozialistischen Warte“ (Paris) ~ *Schädliches und unerwünschtes Schrifttum*: Betriebsräte und Arbeitsgerichtsgesetz sowie Soziologie der Klassenjustiz (Listen vom Okt. 1935 [1.] u. 31. 12. 1938) ~ 1938 Transfer des Manuskripts „Der Doppelstaat“ nach London ~ Sept. 1938 Emigration (Großbritannien; USA) ~ 22. 9. 1939 Vermögensbeschlagnahme ~ Berufsverbot ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1941 Abschluss eines erneuten Jura-Studiums an der Universität Chicago (Juris doctor) ~ Anwalt, Geschäftsführer (Flüchtlingsorganisationen) ~ 1944 amerikanische Staatsbürgerschaft (beantragt 1938) ~ Forschungs- und Beratungstätigkeit ~ 1951 Rückkehr (Berlin) ~ 1953 bis 1964 o. Prof. (FU Berlin) ~ 1971 Wiederannahme der deutschen Staatsbürgerschaft und Aufgabe der doppelten Staatsbürgerschaft (1972) ~ 1973 GBVK ~ 1975 Berliner Verdienstmedaille.

A 22. 12. 1939: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) [Faksimile: Gesammelte Schriften, Bd. 2, 1999, S. 641 f.] an RSHA.

■ 11./15. 6. 1940: RFSS/AA ~ 15./
20. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99869; Hepp, Liste 191 (69; 70: *Ehefrau*) ~ D Der nichtige Arbeitsvertrag. Zugleich ein Versuch zur Systematik des Arbeitsrechts, 1924; Becker, [1994], S. 65; Monty Aviel Ott/Christian Wäldner, Ein „offensichtlich ... politische(r) Willkürakt“. Ernst Fraenkel und die Aberkennung seines Dokortitels in Frankfurt 1940, in: KJ 49 (2016), S. 352–362 ~ E The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship. Translat. from the German by E. A. Shils, in collaboration with Edith Lowenstein and Klaus Knorr, New York [u. a.] 1941 (Der Doppelstaat, 1974; 2001) ~ B BArch, R 3001/56082 ~ EAB, 3747 ~ BArch, NL 274 ~ Gesammelte Schriften, hg. v. Alexander v. Brünneck [u. a.], Baden-Baden 1999–2011, 6 Bde. ~ Faktoren der politischen Entscheidung. Festgabe für Ernst Fraenkel zum 65. Geburtstag, hg. v. Gerhard A. Ritter u. Gilbert Zieburra, Berlin 1963; BHdE, II, 1, 1983, S. 312 f.; Göppinger, 21990, S. 335 f.; Tillmann Krach, Wie Ernst Fraenkel 1934 dem Berufsverbot entging, in: RuP 27 (1991), S. 52–55; Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 88–91; Demokratische Wege, 1997, S. 178–180 (Winfried Steffani); „Meinetwegen ist die Welt erschaffen“, 1997, S. 475–485 (Gerhard Göhler); ABJ 7, 1999, S. 209–218; Hubertus Buchstein, Verfassung, Demokratie und Pluralismus in den Weimarer Schriften von Ernst Fraenkel, in: Gangl, 2003, S. 246–275; AoRB, 2007, S. 152; Krehan, 2007, S. 202–217; Simone Ladwig-Winters, Ernst Fraenkel. Ein politisches Leben, Frankfurt/M. [u. a.] 2009; Schumacher, 2012, S. 152 f.; Bergemann, 2012, S. 144; EdRW I, 2012, S. 488 f.; Markus Porsche-Ludwig, Jurist im Porträt: Ernst Fraenkel (1898–1975): Jurist und Politologe, als Begründer der Pluralismustheorie einer der Väter der Politikwissenschaft in Deutschland, in: RuP 50 (2014), 1, S. 44–48; Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung. Von Abendroth bis Zellentin, hg. v. Eckhard Jesse u. Sebastian Liebold, Baden-Baden 2014, S. 261–274 (Gerhard Göhler); Staatsrechtslehrer, 2015, S. 529–537 (Alexander v. Brünneck).

239 Fraenkel, Max Günther, Dr. jur. (Greifswald 1913; *Entziehung*) ~ 1. 10. 1887 Frankfurt/Oder – 6. 5. 1968 Nizza; *Stief V*: Hermann Bodzanowski (Seniorchef des Bankgeschäfts Fraenkel & Simon); ☉ Hertha Schulze (1894–1978).

Dekorierter Kriegsteilnehmer ~ Vorstandsmitglied der Preußischen Pfandbriefkreditbank, später Direktor der Bank Fraenkel & Simon (Berlin) und Rechtsanwalt (Berlin) ~ 1930–1933 Mitglied des Präsidiums des Centralverbandes Deutscher Banken und Bankiers ~ Mitglied der Sincino-Gesellschaft ~ Stadtwohnung (Berlin W 10, Hohenzollernstr. 2) und Landhaus in Kladow (Sakrower Kirchweg) ~ seit April 1933 im Ausland (Holland; Frankreich) ~ Berufsverbot ~ Fraenkel (Paris 16^e; 14, Rue de la Faisanderie) zählte zur Minderheit der „wirklich reichen Emigranten“, deren Reichtum in der deutschen Emigration „häufig pauschal negativ beurteilt wurde“; in dem „besonders extremen Fall des reichen Bankiers Max Fränkel“ (J. Franke) forderte ein mit „F. W.“ gezeichneter Artikel „Unerwünschte Elemente der Emigration. Ein skandalöser Fall“ in der „Pariser Tageszeitung“ (Nr. 508 v. 4. 5. 1935) sogar dessen Ausweisung ~ der Ehefrau gelang nach Passabnahme 1936 mit einem gefälschten tschechischen Pass die Flucht nach Paris ~ 1937 Erlass eines *Steuersteckbrief* gegen die Ehefrau ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ nach dem deutsch-französischen Waffenstillstand als Mitglied einer Ausländereinheit der französischen Armee demobilisiert ~ Sept. 1940 nach Zusammentreffen mit seiner Frau in Marseille dank Unterstützung seines Rechtsanwalts Augustin Féraud mit gefälschter Identitätskarte Flucht nach Korsika ~ nach Denunziation Ende März 1941 Rückkehr und in Marseille untergetaucht, seit Okt. 1942 mit seiner Ehefrau unter den Aliasnamen Charles Antoine Tattonet und Fräulein Thérèse Aguenot ~ nach 1945 wieder in Paris, seit 1961 in Nizza wohnhaft ~ eine Wiederezulassung zur Rechtsanwaltschaft

in Berlin hat Fraenkel 1954 erwogen, einen entsprechenden Antrag wegen der damit verbundenen Residenzpflicht oder zumindest einer Bürogemeinschaft mit einer Anwaltskanzlei in Westberlin aber offenbar nicht gestellt.

A 21. 1. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 24. 2. 1938: RFSS (Dr. Best); die mit Termin 27. IV. 38 zur Wiedervorlage vorgemerkte Akte wurde an diesem Tag – mit Eingang der Mitteilung der Konsulatsabt. der DB Paris v. 23. Apr., dass *keine Bedenken* bestehen – abgelegt: *Die Ausbürgerung Fränkel wird dann [durchgestrichen] ist bereits m. d. 30. Liste [nach Zählung des AA] veröffentlicht worden.* ~ 14./21. 4. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99692; Hepp, Liste 41 (8; 35: *Ehefrau*) ~ **D** Die Bedeutung der I. 18 § 2 D. de mortis causa donationibus et capionibus 39, 6 für die Lehre von den mortis causa capiones nach reinem römischem Rechte nebst einer Darstellung verwandter Rechtsverhältnisse nach dem geltenden Deutschen Zivilrechte, Greifswald 1913 ~ **B** BArch, R 3001/56092 ~ EAB, 54645; 321352 (H. Fraenkel geb. Schulze) ~ WGA Datenbank (H. Schulze) ~ Franke, 2000, S. 128; AoRB, 2007, S. 152; Schumacher, 2012, S. 190.

240 Fränkel, Siegfried → I. 15

241 Fraenkl, Victor, Justizrat ~ 18. 9. 1869 Gleiwitz – 1950 Locarno; ☉ Nina Carnegie-Mardon (* 1873 Sutton/England) – 1946 Locarno/Schweiz; Schauspielerin und Frauenrechtlerin, seit 1903 mit Wilhelm Holzamer liiert, nach dessen Tod 1907 Nachlassverwalterin und bis 1912 Herausgeberin mehrere Werke des Schriftstellers).

Rechtsanwalt (Berlin) ~ 1925 u. a. mit Arthur Brandt und Kurt → Rosenfeld Verteidiger im Tscheka-Prozess ~ 1933 „inaktiv“ (gelöscht) ~ Jan. 1935 Emigration (Schweiz) ~ unterstützte 1936 die vergeblichen Bemühungen zur Freilassung der in der Sowjetunion verhafteten Zenzl Müh-sam (1884–1962) ~ 1938 *Ausbürgerung*.

A 13. 4. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 24. 5./19. 7. 1938: RFSS/AA (gleichzeitig Mitteilung an den RMdI und den RFSSu-ChefDdtPoliRMdI, dass nach *Nachforschungen* der DG Bern *F. weder in Bern noch bei der schweizerischen Polizeidirektion in Freiburg gemeldet ist*) ~ 30. 8./2. 9. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99714; Hepp, Liste 63 (21; 66: *Ehefrau*) ~ **B** Der jetzige Stand des Rechtsfalls Ziethen. Unter Beifügung von Briefen [Albert] Ziethens. Quellenmäßig dargestellt, Wiesbaden 1902 ~ SwissA; Dossier Viktor Max Fraenkl-Nardon (sic), 1936–1950 ~ www.footlightnotes.tumblr.com/.../nina-mardon-1873–1946-english-bo... (8. 5. 2017); https://www.zb.uzh.ch/Medien/spezielsammlung/.../faashardeggermariane.pdf (8. 5. 2017); www.wilhelm-holzamer.de (Katharina Weisrock) (8. 5. 2017) ~ Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 122; Brauns, 2003, S. 174; AoRB, 2007, S. 153 ~ Dr. Arthur Brandt (1893–1989, Rechtsanwalt und Notar in Berlin; 1933 Flucht, 1934 *Steuersteckbrief* und Vermögensbeschlagnahme, später aber nicht ausgebürgert), Der Tscheka Prozess. Die Denkschrift der Verteidigung, Berlin (1925); Bergemann, 2012, S. 117 f.

242 Franck, Hugo, Dr. jur. (Göttingen 1917; *Entziehung* 1940) ~ 30. 6. 1892 Einbeck, Prov. Hannover – 9. 7. 1967 Kanada; ☉ 1928 Amalie Ilse Rosenthal (* 1909 Rixdorf [Berlin-Neukölln]).

Frontkämpfer ~ seit 1925 Rechtsanwalt (Berlin) ~ 8. 9. 1938 Aufgabe der „so gut wie ruinierte[n] Praxis“ und „Auswanderung“ (USA) ~ seit Dez. 1938 in Kanada (Vancouver) ~ mit dem *Anheimstellen der weiteren Veranlassung* übersandte das AA (Hinrichs) am 22. 3. 1939 dem Gestapa die Mitteilung Francks vom 29. 1. 1939 an das German Consulate in Vancouver, dass er „gemäß Verordnung vom 17. 8. 38 zusätzlich den weiteren Vornamen Israel angenommen habe. Das Gleiche gilt für meinen Sohn [...]. Meine Ehefrau [...] hat den weiteren Vornamen Sara angenommen. Ich bin am 30. Januar 1892 in Einbeck, Prov. Hannover, geboren.“ ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 8. 2. 1940: Gestapo Berlin (Dr. Zwade) an RSHA.

■ 12./17. 3. 1940: RFSS/AA ~ 25./27. 4. 1940: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 100014; R 99849; Hepp, Liste 171 (25; 26 f.: *Ehefrau* u. S) ~ **D** Zur Rechtsstellung in der Ehe geborener unehelicher Kinder, Göttingen 1917 ~ **B** BArch, R 3001/56102 ~ WGA Datenbank ~ EAB, 150877 ~ AoRB, ²2007, S. 153 (irrtümlich: geb. 1872).

243 Frank, Josef, Dr. jur. (Frankfurt 1922; *Entziehung* 1938) ~ * 21. 2. 1897 Frankfurt/M.; ♂ Elsa Barth (* 1902 Zürich).

Seit 1930 Rechtsanwalt und seit 1932 Notar (Frankfurt/M.) ~ 1933 Berufsverbot ~ Febr. 1933 Emigration (Jerusalem) ~ 1938 *Ausbürgerung*.

A 9. 11. 1937: Gestapo Frankfurt/M. (Ringshausen) an Gestapa.

■ 17. 1. 1938: RFSS; am 30. März bat das AA das DGK Jerusalem, das *eine weitere Durchschrift des Ausbürgerungsantrages erhalten* hatte, mit *nächster Luftpost-Sendung* um unverzüglichen Bericht, ob Bedenken gegen die Ausbürgerung bestehen ~ 25./27. 4. 1938: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99689; Hepp, Liste 43 (9; 37 f.: *Ehefrau* u. K) ~ **D** Die rechtliche Natur des Zwangsvergleiches. Zugleich ein Beitrag zur Konstruktion der Konkursrechtsverhältnisse, 1922; Becker, [1994], S. 65 ~ **B** Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 148.

244 Frank, Julius (Julio), Dr. jur. (Montevideo 1955) ~ * 13. 11. 1903 Altendorf b. Holzminden – 26. 1. 1989 Montevideo/Uruguay; ♂ 1. 8. 1933 (Berlin) Lucie Rath (1910–1993 Montevideo).

Seit Dez. 1929 Rechtsanwalt (Braunschweig) ~ SPD ~ absolvierte die Anwaltsstation während des Referendariats in der Praxis des braunschweigischen Staatsministers Dr. jur. Heinrich Jasper (1875–1945 Bergen-Belsen) ~ 11. 3. 1933 in Höxter festgenommen und bis 20. 4. 1933

Schutzhaft in Braunschweig (Gefängnis Rennelberg) ~ nach Entlassung in Berlin, Verbot der Rückkehr nach Braunschweig ~ 14. 6. 1933 Berufsverbot ~ Aug. 1933 Emigration (England, Holland, 1936 nach Montevideo/Uruguay) ~ Handelsvertreter ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ nach Erhalt entsprechender Examensbescheinigungen durch das OLG Braunschweig um die Jahreswende 1953/54 Ablegung des Anwaltsexamens und 1956–1977 als Anwalt in Montevideo tätig ~ GBVK (1975) ~ Stolperstein: Braunschweig, Borsigstr. 26; Stolpersteine für die 1942 nach Theresienstadt und von dort in das Vernichtungslager Treblinka deportierten Eltern Gustav Frank und Hedwig Frank geb. Baruch: Höxter, Marktstraße 15.

A 9. 2. 1938: Gestapo Braunschweig (Holste) an Gestapa.

■ 23. 3./14. 5. 1938: RFSS/AA (nachdem die DG Montevideo am 3. Mai keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 4./7. 6. 1938: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99700; Hepp, Liste 49 (6; auch später keine Erstreckung der Ausbürgerung auf die Ehefrau: *Frank ist, soviel hier bekannt ist, ledig*; Gestapo Braunschweig) ~ **B** Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 122–124; Schlüter/Miosge, 2006, S. 66–71; www.stolpersteine-fuer-braunschweig.de/Frank/ (Recherche: 2013 – Schülerinnen und Schüler der Realschule Maschstraße) ~ M.d.R., ³1994, Nr. 712 (H. Jasper; SPD).

245 Frank, Ludwig (Louis), Dr. jur. et rer. pol. (Freiburg 1921; *Entziehung* 1939) ~ * 17. 10. 1898 Pirmasens – Aug. 1975 New York; ♂ (gesch.) Irma Ehrlich (* 1899 Forth/Ldkrs. Erlangen; 1940 *Ausbürgerung*).

Seit 1924 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ 1933 Berufsverbot ~ Juli 1933 Emigration (Paris, Prag, Brüssel ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ seit Aug. 1939 in Frankreich (Paris) ~ 1940 interniert ~ 1941 Flucht (Spanien und Portugal) und Emigration (USA).

A 13. 12. 1937: Gestapo Nürnberg an Gestapa.

■ 18. 8. 1938: RFSS/AA (nachdem die DG Brüssel *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 25./27. 4./1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99730; Hepp, Liste 75 (14) ~ **D** Die deutsche Schuhindustrie von Ende 1918 bis Anfang 1921 unter besonderer Berücksichtigung der Pirmasenser Verhältnisse, 1923; Speck, 2014 ~ **B** Weber, 2006, S. 275 ~ PA/AA, R 99887 u. Hepp, Liste 208 (7./9. 11. 1940), 61–63; I. Ehrlich u. K) ~ Zur „Dichterschauspielerin“ Lotte Betke (gest. 2008): www.siegburg.de/stadt/newsletter/archiv-alt/ausgabe u. www.deacademic.com/dicnsf/dewiki/879125 (30. 1. 2018).

246 Frankenstein, Ernst → I. 16

247 Frankfurter, Richard, Dr. jur. (Erlangen) ~ 12. 12. 1873 Bielitz, Öster. Schlesien – 2. 2. 1953 Montevideo/Uruguay; ⚭ Bertha Schmig, adoptierte Philippson (* 1881 Berlin); S: Dr. jur. Gerhard F. (1902–1937 London; Rechtsanwalt, Juniorpartner in der Sozietät seines Vaters, 1933 Berufsverbot und Emigration nach London; vor dem Barrister-Examen verstorben).

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ Sozietät mit Justizrat Dr. Arthur Rosenberger (1872–1942 London), seinem Sohn und Dr. Friedrich Carl Sarre (1902–1968) ~ 10. Febr. – Mai 1928 MdR (DDP) ~ Justiciar der Universal Picture Corporation (London) ~ „einer der gesuchtesten Berliner Anwälte, daneben Theaterkritiker und ein berufener belletristischer Schriftsteller“ (Oskar Meyer) ~ 1933 als Notar entlassen ~ 11. 9. 1934 nach Auflösung der Sozietät und Aufgabe der Praxis Emigration (Zürich) ~ in der Anwaltsliste gelöscht ~ Reichsfluchtsteuerverfahren ~ Vermögenseinziehung ~ 1937 *Verzeichnis jüdischer Verfasser juristischer Schriften* („Journalist“) ~ seit Frühjahr 1939 in Uruguay ~ „nicht der einzige deutschsprachige *homme de lettres* in Montevideo“ (J. Hellmut

Freund) ~ zur Sicherung des Lebensunterhalts Verkauf von Bildern und Wertgegenständen, Trennung „von seinen Büchern“ (RA Dr. Walter Schwarz, 29. 11. 1952) ~ 1943 *Ausbürgerung* der Ehefrau ~ Verbleib des Nachlasses und der unvollendet gebliebenen Memoiren ungeklärt.

A 11. 11. 1942: Gestapo Berlin an RSHA.

■ 28. 11./11. 12. 1942: RFSS (Waßenberg)/AA ~ 4./6. 2. 1943: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99947; Hepp, Liste 291 (6); wie alle jüdischen Emigranten hatten R. Frankfurter und auch sein früherer Sozium A. Rosenberger durch die 11. VO. z. RBürgG v. 25. 11. 1941 die deutsche Staatsbürgerschaft verloren ~ **D** Wann ist eine Sache mittels einer strafbaren Handlung erlangt? (§ 259 R.St.G.), Dessau 1898 ~ **E** Der Eid des Hioppokrates. Roman [„der sich mit Handeln und Ergehen von Nazi-Ärztinnen beschäftigte“; J. Hellmut Freund], Buenos Aires 1949 ~ **B** EAB, 53353 ~ BArch, R 3001/56186 (G. Frankfurter) ~ BHdE I, 1980, S. 190; Göppinger, ²1990, S. 280; M.d.R., ³1994, S. 138/Nr. 400; AoRB, ²2007, S. 153 f. ~ O. Meyer, Von Bismarck zu Hitler. Erinnerungen und Betrachtungen, Offenbach a.M. ²1948 (New York ¹1944), S. 180 ~ J. Hellmut Freund, Vor dem Zitronenbaum. Autobiographische Abschweifungen eines Zurückgekehrten. Berlin – Montevideo – Frankfurt am Main. Hg. v. Vikki Schaefer und Leo Domzalski, Frankfurt/M. 2005, S. 339 f.: „Richard Otto Frankfurter und seine Ehefrau lebten in gesicherten und komfortablen Verhältnissen. Oft gingen sie in Montevideo ins Kino, Frankfurter war am Film lebhaft interessiert. Das Ehepaar hatte eine Tochter. Sie war Kommunistin, ging nach Russland, die Verbindung riss ab. Die ‚Wochenschau‘ brachte einen Bericht von den Siegesfeiern in Moskau. In einem Zug jubelnder Menschen erkannten die Frankfurters ihre Tochter. Sie bleiben im Kino bis zur nächsten Vorführung des Films, jedes Mal, wenn diese Wochenschau gezeigt wurde, warteten die Eltern auf diese kurze Bildfolge mit ihrer Tochter.“

248 Fraustaedter, Werner, Dr. rer. pol. (Frankfurt/M. 1922; *Entziehung*) ~ * 7. 6. 1894 Leipzig; ⚭ 1927 Hertha Lindenstrauß (* 1902 Berlin).

Lernte im Ersten Weltkrieg die Lage des Ostjudentums kennen ~ 1921/22 Redakteur der „Jüdischen Arbeiterstimme“ (Organ der Arbeiter-Organisation Poale Zion in Deutschland, Berlin) ~ seit 1924 Rechtsanwalt und seit 1931 Notar (Berlin) ~ juristische Beratung im Jüdischen Arbeiterfürsorgeamt Berlin ~ Syndikus der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamter ~ Veröffentlichungen u. a. zum Ausländerrecht (mit Max Kreuzberger) und zum Auslieferungsgesetz vom 23. 12. 1929 (1927 u. 1930) ~ Aug. 1933 nach Vertretungsverbot und Erhalt von Drohbriefen Emigration (Brüssel; zusammen mit dem Chemiker Dr. Fuchs Leiter des „Emigrantenclubs 1933“) ~ als Notar entlassen und Berufsverbot ~ 12. 10. 1933 in einem Verfahren wegen Beleidigung von Polizeibeamten mit Haftbefehl gesucht ~ 10. 1. 1934 Widerspruch gegen die am 5. Januar vollzogene Löschung in der Anwaltsliste ~ seit 1934 in Palästina ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ seit 1954 in Frankfurt/M. ~ 1964 Rückkehr nach Israel (Tel-Aviv).

A 14. 7. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 19. 9./31. 10. 1938: RFSS/AA (nachdem die DB Brüssel am 18. Okt. *keine Bedenken* gegen die *Ausbürgerung* geltend gemacht hatte) ~ 19./22. 12. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99746; Hepp, Liste 84 (11; 68–70: *Ebefrau* u. K) ~ **D** Die ostjüdische Einwanderung im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet, 1923; Becker, [1994], S. 65 ~ **B** BArch, R 3001/56218 ~ EAB, 52997 ~ Ladwig-Winters (AoRB, 22007) verzeichnet – ohne nähere Angaben – nur Hans Fraustaedter (* 1897 Berlin).

249 Frei, Leopold, Dr. jur. (Erlangen 1906; *Entziehung* 1940) ~ 3. 5. 1881 München – 28. 7. 1970 New York; ∞ Lina Ofner (* 1893 München).

Seit 1908 Rechtsanwalt (München) ~ 10. 11.–12. 12. 1938 *Schutzhaft* (Dachau) ~ Berufsverbot ~ April 1939 Emigration (via England in die USA) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 7. 7. 1939: Gestapo München (Weintz) an Gestapa.

■ 29. 7. 1939: RFSS an RMdI, Durchschrift an AA und DB Washington; das Amt dürfte der *Ausbürgerung* zugestimmt haben, wenn auch ein entsprechender Beleg dafür in der Akte fehlt.

Q PA/AA, R 99835; Hepp, Liste 157 (20; 21 f.: *Ebefrau* u. S) ~ **D** Zur Lehre von der gesetzlichen und gewillkürten Form der Rechtsgeschäfte, München 1906; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 71 ~ **B** Weber, 2006, S. 230.

250 Friedberg, Leopold, Dr. jur. (Heidelberg 1904) ~ * 12. 5. 1881 Karlsruhe; V: Rechtsanwalt Dr. Max Friedberg (1847–1907); ∞ Nelly Schweisheimer (* 1891 München).

Seit 1909 Rechtsanwalt (1934: Karlsruhe, Kaiserstr. 158) ~ 1934 in einem Verfahren wegen „Devisenschieberei“ von Hermann Veit anwaltlich vertreten ~ kurzzeitig in *Schutzhaft* (*ist nach Staatsrat a. D. Marum zweifellos der gefährlichste Intellektuelle Badens und kann als Organisator der bad[ischen] Old-Fellow-Logen bezeichnet werden*) ~ Verlegung des Büros in die Wohnung (Weberstr. 7) ~ nach Verhaftung am 9./10. 11. 1938 bis Anfang 1939 *Schutzhaft* (Dachau) ~ Berufsverbot ~ 1939 über Frankreich nach England und von dort nach Neuseeland emigriert ~ als Antwort auf ein Schreiben des Karlsruher Oberbürgermeisters an Überlebende und Hinterbliebene der Karlsruhe Juden schilderte L. Friedberg (Christchurch/Neuseeland) 1964 in seinem auf der Schreibmaschine getippten rd. sechsseitigen Brief das Schicksal seiner Familie, insbesondere seiner fünf Geschwister, die alle der Judenverfolgung zum Opfer gefallen waren.

A 16. 4. 1941: Gestapo Karlsruhe (Dr. Schick) an RSHA (*will im Jahre 1904 in Heidelberg zum Dr. jur. promoviert haben. Die Promotion konnte weder von der Universität in Heidelberg noch von der Deutschen Bücherei in Leipzig bestätigt werden*).

■ 15./21. 5.1941: RFSS (Waßenberg: *Von einer Benachrichtigung des Herren Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung wegen der Entziehung des Dr.-Titels habe ich im Hinblick auf die Feststellungen der Staatspolizeileitstelle Karlsruhe abgesehen.*)/AA ~ 9./12. 7. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99916; Hepp, Liste 242 (30; 31–35: *Ebefrau* u. K)~ D Nicht ermittelt ~ B LBI: Erinnerungen eines alten deutschen Juden, 1965 (Manuskript) ~ Schadt, 1976, S. 89 (Zitat) u. 96; Werner, ²1990, S. 268 f.; Christa Koch (Febr. 2006), Elisabeth Friedberg (* 1888; 1940 nach Gurs und von dort nach 1942 Auschwitz deportiert), in: Online „Gedenkbuch für die Karlsruher Juden“; Borgstedt, 2012, S. 115/Anm. 574, 134, 236 u. 244/Anm. 1179.

251 Friedlaender, Eugen, Dr. jur. (Rostock 1903; *Entziehung* 1940) ~ 15. 9. 1878 Berlin – 16. 6. 1952 New York; ♂ 1912 Hedwig Gumpel (* 1887 Lindhorst/Schaumburg-Lippe).

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ Jan. – März 1920 neben Justizrat Adolf von Gordon Vertreter des Nebenklägers Matthias Erzberger im Prozess gegen den wegen Beleidigung und übler Nachrede angeklagten und von Max Alsberg verteidigten Staatssekretär a. D. Dr. Karl Helfferich ~ nach der einem Freispruch gleichkommenden Verurteilung Helfferichs wurde auf Erzberger beim Verlassen des Gerichtsgebäudes ein Attentat verübt, das der bei den Rechtsparteien verhasste und unter dem Schutz des Prozessverfahrens von Helfferich täglich hundertfach beleidigte Reichsfinanzminister (Martin Beradt) auch dank des beherzten Versuchs Friedlaenders, dem Attentäter den Revolver zu entreißen, überlebte ~ im Frühjahr 1933 in Italien, danach nicht nach Deutschland zurückgekehrt, als *Frontkämpfer* auf seinen Antrag hin aber wieder als Anwalt zugelassen, ohne noch zu praktizieren ~ seit 1934 in der Schweiz ~ 1937 Emigration in die USA ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 28. 2. 1940: Gestapo Berlin (Dr. Zwade) an RSHA.

■ 9./17. 4. 1940: RFSS/AA ~ 14./17. 10. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99883; Hepp, Liste 204 (56; 57 f.: *Ebefrau* u. T); eine spätere Ausbürgerung des Sohnes ist nicht dokumentiert ~ D Der strafrechtliche Schutz des Geschäfts- und Betriebsgeheimnisses, Berlin 1903; Hartwig, 2010, S. 329 ~ B WGA Datenbank ~ LAB, B Rep. 025–02, Nr. 1133/35, Rep. 58, Akte 69, Bd. 1–16, Film 334–336: Helfferich ~ EAB, 50269 (DS) ~ AoRB, ²2007, S. 156; zum Helfferich-Prozess vgl. Georg Prick, in: Jürgen Taschke (Hg.), Max Alsberg, Baden-Baden ²2013, S. 667, u. Norman Domeier (Jan. 2015), in: <https://www.lexikon-der-politischen-strafrprozesse.de> (24. 4. 2020).

252 Friedländer, *Ewald* Kurt Hermann → I. 17

253 Friedlaender, *Max* Oettinger → I. 18

254 Friedlaender, *Walter* Andreas, Dr. phil. (Berlin 1919) ~ 20. 9. 1891 Berlin – 20. 12. 1984 Oakland Cal./USA; ♂ 1919 Lina Bergmann (1892–1977); Neffe von Hugo Haase (1863–1919, Rechtsanwalt in Berlin, M.d.R., USPD, starb an den Folgen eines Attentats).

1916–1918 Heeresdienst (eingezogen) ~ 1920/21 Rechtsanwalt (Berlin) ~ seit 1921 Jugendamtsleiter, später auch Leiter des Wohlfahrtsamtes im Bezirk Prenzlauer Berg (hauptamtlicher Stadtrat) ~ USPD, später SPD ~ März 1933 anlässlich einer Vorstandssitzung der Internationalen Vereinigung für Jugendhilfe in Genf ~ keine Rückkehr nach Deutschland ~ seit Sommer 1933 in Paris ~ Veröffentlichungen unter dem Pseudonym Walter Andreas Krafft ~ 1935 (und 1938) Verbot der zusammen mit Theodor → Tichauer veröffentlichten Schrift „Das Recht der Jugend“ (1930) ~ 1936 unter seinem Pseudonym Sekretär der sozialdemokratischen Arbeiterwohlfahrt Paris (Assistance Ouvrière d'Allemagne) ~ im gleichen Jahr Ein-

ladung der Universität Chicago, dort bis 1943 Dozent für Wohlfahrtspflege ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ seit Herbst 1943 Professor für Sozialwissenschaft an der Universität von Kalifornien (Berkeley) ~ Gastprofessor in Köln (1966), Berlin (1967) und Münster (1974) ~ GBVK.

A 25. 7. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 23. 8./19. 10. 1938: RFSS/AA (nachdem die Konsulatsabt. der DB Paris am 6. Okt. mitgeteilt hatte: *Gegen die Ausbürgerung des Emigranten Rechtsanwalts Walter Friedlaender werden diesseits keine Bedenken geltend gemacht*) ~ 1./3. 11. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99736; Hepp, Liste 77 (14; 68 f.: *Ehefrau u. T*) ~ **D** Wirtschaftliche und soziale Folgen der Handlungen Geisteskranker; KVK: nicht ermittelt; Entziehung nicht dokumentiert ~ **B** BArch, R. 3001/56796 ~ WGA Datenbank ~ EAB, 4155 ~ BHdE I, 1980, S. 199; E. → Lichtenstein, 1985, S. 30; Göppinger, ²1990, S. 28 („Dr. jur. et phil.“); Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 72; Krehan, 2007, S. 263–277; Martin Biebricher, Ein vergessener Pionier – Walter A. Friedländers Beiträge zur Jugendhilfereform und Professionsentwicklung Sozialer Arbeit, in: Andreas Markert [u. a.] (Hg.), *Soziale Arbeit und Sozialwirtschaft – Beiträge zu einem Feld im Umbruch*. Festschrift für Karl-Heinz Boeßenecker, Münster 2008, S. 23–42 ~ Ludger Heid, „daß ich mit vielen Banden an Königsberg fest und gern hänge“. Hugo Haase – eine Skizze, in: *Zur Geschichte und Kultur der Juden in Ost- und Westpreußen*, hg. v. Michael Brocke [u. a.], Hildesheim [u. a.] 2000, S. 485–509.

255 Friedmann, Max, Dr. jur. (Erlangen 1917; *Entziehung* 1940) ~ 13. 3. 1893 Suhl/Thüringen – 18. 8. 1979 New York; ∞ Else Bacharach (* 1898 Nürnberg).

Dekorierter *Frontkämpfer*, kriegsversehrt ~ seit 1920 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ 1938 Berufsverbot ~ Dez. 1938 Emigration (Palästina) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ seit 1948 Beamter (Israel) ~ Antrag auf Wiederzulassung (Nürnberg) abgelehnt ~ seit ca. 1957 in New York, Tätigkeit in der Kanzlei von L. → Landenberger.

A 29. 6. 1939: Gestapo Nürnberg (Dr. Grafenberger) an Gestapa.

■ 24. 7./16. 8. 1939: RFSS/DG Jerusalem (*keine Bedenken*) ~ 6./8. 11. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99822; Hepp, Liste 144 (42; 43–45: *Ehefrau u. K*) ~ **D** Die juristische Konstruktion der Postbeförderungsgeschäfte, Erlangen 1917; Mertens/Feketerich-Weber, 2010, S. 71 ~ **B** BArch, R 3001/56405 ~ BHdE II, 1, 1983, S. 340 (S); Weber, 2006, S. 276.

256 Fröhlich, Elias, Dr. jur. et rer. pol. (Würzburg 1916; *Entziehung* (1939)) ~ 11. 2. 1885 Unteraltertheim (Unterfranken) – 7. 12. 1981 New York; USA; ∞ Ella Daniel (* 1891 Andernach).

Nach Ausbildung am Israelitischen Lehrerseminar von 1904 bis 1909 Lehrer ~ seit Febr. 1921 Rechtsanwalt (Bonn, seit Mai 1921 in Koblenz) ~ seit 1925 Sozietät mit Dr. Josef Isidor Treidel (1887–1944 Auschwitz) ~ Mitglied der Soncino-Gesellschaft ~ 1933 nach Aufgabe der Zulassung wird sein Antrag auf erneute Zulassung in Düsseldorf abgelehnt ~ Syndikus der Einkaufsgenossenschaft Rheinisch-Westfälischer Haushaltsgeschäfte ~ Juli 1936 Emigration (USA, New York) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 27. 5. 1939: Gestapo Düsseldorf (Krack) an Gestapa.

■ 12. 7./21. 8. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB Washington am 28. Juli *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 3./6. 10. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99815; Hepp, Liste 137 (51; 52 f.: *Ehefrau u. S*) ~ **D** Die wirtschaftliche Bedeutung der Hypothek und ihre rechtlichen Beziehungen zu den Miet- und Pachtzinsen, Borna-Leipzig 1916; Rupp, 2011, S. 156 f. ~ **B** BArch, R 3001/56532 ~ Klinge, 1988, S. 17; Göppinger, ²1990, S. 165, 262 (I. Treidel); Schumacher, 2012, S. 190; Mauss, 2013, S. 164 ~ www.mahnmal-koblenz.de: J. Treidel, Personentafel 042 (28. 11. 2018).

257 Fröhlich, Georg, Dr. jur. (1908 Breslau; *Entziehung* 1941) ~ 20. 3. 1884 Kattowitz, O/S – 5. 7. 1971 Bühlertal/Baden; kath.; Ⓜ Bela Nissen (* 1895 Neisse, O/S).

Seit 1911 Rechtsanwalt (Breslau) ~ 1914–1918 Kriegsteilnehmer ~ 1918/19 beamtetes Mitglied der Reichsentschädigungskommission in Berlin ~ 1919–1923 Rechtsanwalt (Breslau) ~ 1924 u. a. Regierungsrat (Reichskommissar beim Reichswirtschaftsgericht) und Leiter der Beschwerdeabteilung des Reichsentschädigungsamts ~ seit 1925 Rechtsanwalt und Notar (Breslau) ~ 1933 als Notar „aus rassistischen Gründen“ entlassen ~ bis 1938 auch Wohnung in Berlin ~ Emigration (Holland) ~ nach 1940 untergetaucht, von der Widerstandsbewegung unterstützt ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ nach Rückkehr zunächst Hilfsrichter, 1946 Oberlandesgerichtsrat, 1947 Senatspräsident (OLG Hamm) ~ seit September 1948 Landgerichtspräsident (Münster) ~ 1951–1971 Richter des Bundesverfassungsgerichts.

A 31. 10. 1040: Gestapo Breslau (Braschwitz) an RSHA.

■ 10./18. 12. 1940: RFSS/AA ~ 11./15. 1. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99895; Hepp, Liste 216 (52; 53–55: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Haftung des Gläubigers bei Vollstreckung in Sachen Dritter, Borna-Leipzig 1908; Kranich, 2012; S. 167 ~ **B** WGA Datenbank ~ Das Bundesverfassungsgericht, 1971, S. 220; BHdE I, 1980, S. 202 f.; Göppinger, ²1990, S. 336 f.

258 Frost, Ismar, Dr. jur. (Breslau 1916; *Entziehung* 1940) ~ 9. 12. 1889 Oppeln, O/S – 11. 3. 1972 New York; Ⓜ Rosa Wegner (1895–1980); *Schwager*: Rechtsanwalt Max Feblowitz (1881–1935).

Seit 1920 Rechtsanwalt und seit etwa 1928 Notar (Berlin) ~ 1935 als Notar entlassen ~ 27. 4. 1937 Haussuchung (Zollfahndung) und Einziehung der Reisepässe ~ Beschlagnahme des gesamten Vermögens einschließlich der später im Auftrag der

Gestapo versteigerten Kunstsammlung, umfassend u. a. Gemälde von Otto Dix, Fritz Heckendorf, Theodor Kleevas, Herbert Kuron („Wannsee“), Louis Lejeune (Landschaften), Max Pechstein und Hermann Seeger; Zeichnungen und Skizzen u. a. von Max Liebermann, Franz Skarbina, Max Oppenheim (Mop), Emil Orlik und Lesser Ury, weiter 1 Ölbild eines bekannten japanischen Malers und 1 Handzeichnung eines Meisters aus der Zeit Albrecht Dürers, eine Sammlung von Kupferstichen und Gravüren u. a. von Jean-Baptiste Chardin, Honoré Daumier und Jean-Papiste Pigalle sowie Beschlagnahme der Bibliothek, der Briefmarken- und Münzsammlung sowie der Einrichtung der 6-Zimmer-Wohnung ~ Ende Apr. 1937 Flucht nach Prag ~ auf eigenen Antrag in der Anwaltsliste gelöscht ~ Juli 1937 *Steuersteckbrief* ~ vergebliche Versuche, in Prag ein Visum für die USA zu erhalten ~ 18. 9. 1938 mit tschechischem Reisepass Flug nach Zürich ~ Verlängerung der auch für seine Ehefrau zunächst nur auf 2 Monate befristeten Aufenthaltsbewilligung, „da wir in Zürich Grundbesitz hatten und einflussreiche Freunde“ ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ Dez. 1940 Einwanderungsvisa für die USA ~ 1941 via Barcelona, Madrid und Lissabon nach New York: „Damit war unsere Auswanderung nach den Zwischenstationen endgültig beendet.“

A 2. 3. 1940: Gestapo Berlin (Dr. Zwade) an RSHA.

■ 2./7. 4. 1940: RFSS/AA ~ 20./24. 6. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99862; Hepp, Liste 184 (22; 21: *Ehefrau*) ~ **D** Die Haftung des Staates für unerlaubte Handlungen seiner Beamten, insbesondere seiner Eisenbahnbeamten, Breslau 1916; Kranich, 2012, S. 167 ~ **B** BAArch, R 3001/56585 ~ SwissA, Dossier 1939–1940 ~ EAB, 55897 ~ WGA Datenbank ~ AoRB, ²2007, S. 157 u. 148 (M. Feblowicz).

259 Fuchs, Albrecht (später: Albert S[imon]. Foulkes), Dr. jur. (Heidelberg 1923) ~ * 7. 10. 1893 Karlsruhe – 1972 Coogee/Australien; V: Dr. jur. h. c. (Heidelberg 1929) Ernst Fuchs (1859–1929, Rechtsanwalt in Karlsruhe und Begründer der Freirechtsschule); Schw: Edith (* 1897, Pianistin, 1934 in die Niederlande emigriert, 1942 ab Westerbork nach Auschwitz deportiert); ⚭ Gertrud Boecking (1900–1980 Sidney, Australien).

Rechtsanwalt (Karlsruhe) ~ zunächst assoziiert mit seinem Vater, später mit Hermann Schweizer ~ nach dem 9. November 1938 Flucht aus Karlsruhe ~ Berufsverbot ~ versteckte sich mit zwei weiteren jüdischen Anwälten einige Zeit in einem abgelegenen „kleinen Häuschen“ im Geistal (Schwarzwald) ~ von dort weitere Flucht über Straßburg nach Paris ~ dort aufgenommen von der Familie seines bereits früher emigrierten Veters Gottfried Fuchs (1889–1972) ~ zuletzt wohnhaft in St. Cloud bei Paris ~ 1939 mit der Familie über Belgien nach Australien emigriert ~ 1941 Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund der 11. VO z. RBürgG ~ 1943 *Ausbürgerung* der Ehefrau und der Kinder.

A 8. 12. 1942: Gestapo Karlsruhe (Dr. Faber) an RSHA.

■ 14. 1./2. 2. 1943: RFSS/AA (Doppel der Zustimmung an *Leitung der A. O. der NSDAP über Herrn Gesandten Ettel, Berlin-Wilmersdorf, Westfälische Str. 1*) ~ 19./20. 3. 1943: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99950; Hepp, Liste 296 (3–7: *Ehefrau [deutschblütiger Abstammung]* u. *K [Mischlinge I. Grades]*) ~ **D** Der Rheinschiffahrtsprozess. Verfassung und Verfahren der deutschen Rheinschiffahrtsgerichte in Zivilsachen, 1923 ~ **B** BArch, R 3001/56595 ~ E. Fuchs, *Gerechtigkeitswissenschaft*. Ausgew. Schriften zur Freiheitslehre. Hg. v. Albert S. Foulkes u. Arthur Kaufmann, Karlsruhe 1965; E. Fuchs, *Gesammelte Schriften über Freirecht und Rechtsreform*. Hg. v. Albert S. Foulkes, 3 Bde., Aalen 1970–1975; Albert S. Foulkes, *On the Germann Free Law School (Freirechtsschule)*, in: *Archiv*

für Rechts- und Sozialphilosophie 55 (1969), 3, S. 377–417 ~ Ernest Foulkes [S; * 1924], *Ein Kiesel bin ich geworden, aber nicht Einstein, in: Leben danach*, [2003], S. 444–465; 673; Anita Heller [* 1926; T v. Gottfried Fuchs], *I'm only proud of something that I have accomplished*, in: ebd.; S. 327–343, 672 ~ Kronstein, 1967, S. 51 f.; Werner, ²1990, S. 268; Detlev Fischer, *Der Freirechtler Ernst Fuchs (1859–1929)*, in: RuP 40 (2004), 3, S. 179 f.; Borgstedt, 2012, passim; Heitz/Röcker, 2013, S. 75–70 (Anton Machauer) ~ E. Fuchs: *Gedenkbuch für die Karlsruher Juden* (Wolfgang Strauß, April 2008).

260 Fuchs, Martin → I. 19

261 Fürst, Bruno, Dr. jur. (Bonn 1914; *Entziehung*) ~ 13. 3. 1891 Metz – 1975 New York; ⚭ Lotte Jakoby (* 1906 Frankfurt/M.).

Seit 1919 Rechtsanwalt und seit 1930 Notar (Frankfurt/M.) ~ veröff. mit Magnus Hirschfeld, Walther Riese und Adolf Moritz → Steinschneider „Der Fall Wiechmann. Zur Psychologie und Soziologie des Familienmordes“ (1928) ~ 1933 Berufsverbot ~ Emigration (Prag) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ Veröffentlichungen zum Gedächtnistraining (B. Fürst).

A 24. 5. 1938: Gestapa (Karteikarte: *Sachverhalt*): *War Rechtsanwalt beim Landgericht in Frankfurt a. M., seit 33 oder 34 in Prag [Hotel Flora] aufhältlich, Vorlesungen an der Masarykschule gehalten, politisch unzuverlässig, seit 22. 5. 38 auf dem Wege nach USA, Frau wohnt noch in Frkft.* ~ 24. 10. 1938: Gestapo Frankfurt/M. (Weiss-Bollandt) an Gestapa.

■ 21. 11./30. 12. 1938: RFSS/AA (nachdem die DG Prag am 3. Dez. keine Bedenken gegen die Ausbürgerung *des Juden Dr. Bruno Fürst* geltend gemacht hatte) ~ 16./18. 1. 1939 bzw. 15./17. 2. 1939 (*Ehefrau*): RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99751 u. R 99756 (*Ehefrau*); Hepp, Liste 87 (10) u. Liste 93 (41: *Ehefrau*) ~ **D** Das zusammengesetzte Delikt, Idstein i. T. 1914 ~ **E** u. a. *Die Kunst der freien Rede. Ein Leitfaden*

für Anfänger, Prag: J. G. Calve 1935; Ausbildung des Gedächtnisses, Prag: J. G. Calve 1935; Der Weg zum guten Gedächtnis. Eine leichtfaßliche Methode für jedermann, v. – u. Lotte Fürst, ins Deutsche übertragen v. Georg Fischhof, Wien u. a. 1964; Maas I, 1976, S. 85 ~ B BArch, R 3001/56720 u. R 58/9680 F, Bd. 24 (RSHA, Einzelfälle von Verfolgung 1939–1945) ~ Göppinger, ²1990, S. 282; Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004; S. 148 f.

262 Fürst, Rudolf, Dr. jur. (Heidelberg; *Entziehung* 1941) ~ 1. 9. 1865 Heidelberg – 26. 3. 1943 Sobibor; V: Rechtsanwalt Alexander Fürst (1825–1904); ⚭ Hedwig Oppé (1875 Mühlhausen/Prov. Sachsen – 1943 Sobibor).

Rechtsanwalt (Heidelberg; Kanzlei 1937: Hauptstr. 92) ~ DAV-Vorstandsmitglied ~ 1938 Berufsverbot ~ Apr. 1939 Emigration (Niederlande) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 23. 2.–23. 3. 1943 im Durchgangslager Westerbork ~ von dort in das Vernichtungslager Sobibor deportiert ~ die Enkeltochter überlebte und wohnte 1963 in London.

A 6. 8. 1940: Gestapo Karlsruhe (Denecke: *Die Erstreckung auf die Tochter Friederike Fürst geb. am 23. 1. 1902 in Heidelberg* [1. 2. 1944 von Westerbork nach Bergen-Belsen deportiert, für tot erklärt erklärt] *wird nicht beantragt, da sie sich in Berlin mit dem Juden Dr. phil. Hans [Johann] Felix Robert Oppenheimer* [* 1901 in Fürth, ebenfalls am 1. 2. 1944 von Westerbork nach Bergen-Belsen deportiert, Todesdatum: 20. 3. 1945] *verheiratet hat und [1936] mit ihm nach Holland ausgewandert ist.*) an RSHA.

■ 4./15. 9. 1940: RFSS/AA ~ 12./15. 10. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99882; Hepp, Liste 203 (41; 42: *Ehefrau*) ~ **D** Nicht ermittelt; *Entziehung* (Moritz, 2001) nicht dokumentiert ~ **B** Schiller, 1997, S. 471; Giovannini/Rink/Moraw, 2011, S. 124; Lang, 2014, S. 730/Anm. 548.

263 Fürth, Hugo, Dr. jur. (Breslau 1911; *Entziehung* 1940) ~ 27. 2. 1888 Glogau, Schlesien – 18. 3. 1956 Sydney/Australien; ⚭ 1921 Elisabeth Goldstein (* 1900 Eisenleben, Mansfelder Seekreis).

1914 Rechtsanwalt (Liegnitz) ~ 1915–1918 Kriegsdienst, überwiegend als Beamter der Militärverwaltung Ober Ost ~ seit 1919 Rechtsanwalt und seit 1921 Notar (Berlin) ~ 1933 als Notar entlassen ~ Sept. 1938 Emigration (Australien) ~ 1938 Zulassung gelöscht ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ Papier- und Pappenfabrikant (Roseville, N.S.W./Australien).

A 10. 3. 1939: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapo.

■ 6. 4./7. 8. 1939: RFSS/AA (Schumburg stimmte der Ausbürgerung des Juden *Hugo Fürth zu*, nachdem das DGK Sydney zum *Ausbürgerungsvorschlag betreffend Dr. Hugo Fürth* – unter Bezug auf das Schreiben des RFSS, ohne Nennung der *Abstammung* oder *Rassezugehörigkeit* des Auszubürgernden – am 28. Juni mitgeteilt hatte, dass *der Oben genannte sich und seine Familie am 19. Juni 1939 beim hiesigen Generalkonsulat ordnungsmässig gemeldet habe: Weiteres ist über ihn hier nicht bekannt geworden.*) ~ 3./6. 10. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99.815; Hepp, Liste 137 (58; 59–61: *Ehefrau* u. K) ~ **D** Das Begebungskonsortium, Breslau 1911; Kranich, 2012, S. 167 ~ **B** BArch, R 3001/56726 ~ EAB, 53843 ~ AoRB, ²2007, S. 158.

264 Futter, Matthias (später: Matthew), Dr. jur. (Rostock 1915; *Entziehung*) ~ 20. 12. 1891 Dubraucke/Kreis Spremberg – Sept. 1977; ⚭ Alice Erna Gottschalk (* 1898 Bernburg/Anhalt).

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ 1933 Berufsverbot, danach leitender Angestellter bzw. seit 1937 Mitinhaber des 1904 gegr. und 1938 zu einem Schleuderpreis arisierten Warenhauses N. Gottschalk in Berlin ~ Kunstsammler (alte und moderne Graphik, moderne Zeichnungen, Gemälde)

~ Juni 1938 mit Aufenthaltsbewilligung auch für die Ehefrau und Kinder (Ausländerausweis A) zur Erlangung eines Einreisevisums für Argentinien bzw. für die USA in der Schweiz ~ Febr. 1939 Emigration (USA; New York) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ Versteigerung der „Wohnungseinrichtung nebst Teppichen und Bildern“ durch das Versteigerungshaus Union (Berlin) ~ seit 1945 Mitinhaber eines Unternehmens in der Holzbranche.

A 20. 5. 1941: Gestapo Berlin (Rothmann) an RSHA.

■ 8./12. 7. 1941: RFSS/AA ~ 27./

30. 8. 1941: RMdI/DRA ~ Der Antrag des Finanzamtes Moabit-West vom 17. 10. 1941 an den OFP Berlin, *dem Herrn Reichsminister des Innern vorzuschlagen, das Vermögen des*

Juden Matthias Israel Futter und seiner Ehefrau [...] als dem Reich verfallen zu erklären, wurde dem zuständigen Sachbearbeiter unschriftlich zurückgesandt: Der Antrag auf Verfallerklärung ist nach Mitteilung des Herrn Reichsministers des Innern durch das Inkrafttreten der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz gegenstandslos geworden.

Q PA/AA, R 99921; Hepp, Liste 251 (60; 61–63: *Ehefrau* u. K) ~ **D** Der Erstattungsanspruch der Armenverbände gegen den Unterstützten und seine unterhaltspflichtigen Angehörigen, Greifswald 1915; Hartwig, 2010, S. 329 ~ **B** BAArch, R 3001/56739 ~ WGA Datenbank ~ EAB, 50574 (darin: Auszug aus OFP-Akte) ~ Maecenas, ²1930 ~ AoRB, ²2007, S. 158 ~ Jewish Business in Berlin 1930–1945: www2.hu-berlin.de/djgb/www/find?sort=unternehmen (23. 10. 2019).

G

265 Gallinger, Joseph, Dr. jur. (Erlangen 1896; *Entziehung* 1942), Justizrat (1921) ~ 9. 7. 1872 Nürnberg – 16. 4. 1962 Ramat Gan/Israel; ☉ Karoline Oppenheimer.

Seit 1898 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ Vorsitzender der CV-Ortsgruppe, stellv. Vorsitzender des Landesverbands und Mitglied des CV-Hauptvorstands ~ Freimaurer ~ auf eigenen Antrag aus der Anwaltsliste gestrichen und im Aug. 1938 emigriert (Haifa, Palästina) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 23. 7. 1941: Gestapo Nürnberg (Dr. Grafenberger) an RSHA.

■ 30. 8./6. 9. 1941: RFSS/AA ~ 13./16. 10. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 100035; Hepp, Liste 258 (19; 20: T); Hanna Ellen G. (* 1907; led.), Zeichen- und Handarbeitslehrerin, war Erbin einer *Schenkung in Wertpapieren in Höhe von RM 35.000*, –, die J. Gallinger bei der *Dresdner Bank, Filiale Nürnberg* für seinen in der Heil- und Pflegeanstalt Ansbach untergebrachten und angeblich am 12. 1. 41 in der Irrenanstalt *Cholm (Generalgou-*

vernement) verstorbenen Sohn Rudolf hinterlegt hatte; tatsächlich war dieser bereits 1940 in Hartheim im Zuge der *Euthansie* ermordet worden. Am 7. 1. 1942 teilte das RMdI (Hering) dem AA und dem RSHA mit, dass H. Gallinger – 1941 *im Erstreckungswege unter Beschlagnahme des Vermögens* ausgebürgert – *bereits am 25. 2. 1938 die palästinische Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erworben* hatte; die *Ausbürgerung der Jüdin* war daraufhin als *rechtsunwirksam* aufgehoben worden (DRA Nr. 242 v. 16. 10. 1941) mit der Folge, dass das Amt seine *Statistik* der laufenden Ausbürgerungen korrigierte: 1.) *Auf der Ausbürgerungsliste Nr. 244 zwecks Notierung auf der Karteikarte notiert und Statistik berichtigt.* 2.) *Z.d.A.* ~ An der Vermögensbeschlagnahme änderte die Rechtsunwirksamkeit der Ausbürgerung nichts, zumal das Hanna Ellen Gallinger zuge dachte Erbe gemäß der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941 dem Reich verfallen war. ~ **D** Die Rechtsstellung des Konkursverwalters und der Gläubiger bei Feststellung einer Konkursforderung, Nürnberg 1896; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 72 ~ **B** Weber, 2006, S. 276 f.

Garden, Ellen Marie → Ebstein, Ellen

266 Gebhardt, Julius, Dr. jur. (Breslau 1923; *Entziehung* 1940) ~ * 7. 4. 1891 Frankfurt/Oder; Ⓜ Margarete Balkenholl (* 1893 Frankfurt/Oder).

Rechtsanwalt (1937: Frankfurt/Oder; Theaterstr. 1) ~ Aug. 1939 Emigration (Heidstone/England) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A Gestapo Frankfurt/Oder (Hoffmann) an RSHA.

■ 25./30. 10. 1940: RFSS/AA ~ 5./12. 12. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99892; Hepp, Liste 213 (34; 35–37: *Ehefrau* [*deutschblütig*] u. *K*) ~ **D** Die Gestaltung des Mietverhältnisses zwischen der preussischen Höchstmietenverordnung und dem Reichsmietengesetz und der Überleitung zwischen beiden Gesetzen, 1923; Kranich, 2012, S. 168 ~ **B** BArch, R 3001/56951.

267 Gerngroß, Friedrich Ludwig, Dr. jur. (Erlangen 1913; *Entziehung* 1941) ~ 20. 10. 1888 Nürnberg – 25. 1. 1958 Kapstadt/Südafrika; Ⓜ Regina Frank (* 1903 Kitzingen/Mainfranken).

Frontoffizier ~ seit 1919 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ Febr. 1934 Emigration (Italien, 1938/39 nach Südafrika) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 4. 12. 1940: Gestapo Nürnberg (Dr. Grafenberger) an RSHA.

■ 24. 2./5. 3. 1941: RFSS/AA ~ 2./4. 4. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R99905; Hepp, Liste 226 (40; 41: *Ehefrau*) ~ **D** Die Sterilisation als Hilfsmittel im Kampf gegen das Verbrechen, München 1913; Mertens/Feketicsch-Weber, 2010, S. 72 f. ~ **B** Weber, 2006, S. 277.

268 Gerson, Erich, Dr. jur. (Greifswald 1911; *Entziehung* 1940) ~ * 31. 12. 1888 Frankfurt/Oder; *B* (?): Dr. Georg G. (1887–1975 (Jerusalem), Rechtsanwalt und Notar in Berlin, seit 1925 Bürogemeinschaft mit A. → Apfel).

Seit 1918 Rechtsanwalt (Düsseldorf) ~ 1933 Berufsverbot ~ aus Furcht vor Verhaftung zeitweise untergetaucht ~ nach Verkauf seines Hauses an einen *arischen* Kollegen seit Okt. 1934 „auf Reisen in Palästina“ ~ 1934 *Steuersteckbrief* ~ wegen geschuldeter Reichsfluchtsteuer zur Festnahme im *Deutschen Steckbriefregister* ausgeschrieben und 1935 zu 3 Monaten Gefängnis und 8.000,- RM Geldstrafe verurteilt ~ Pässeinziehung durch das DGK Jerusalem ~ 1936 Aufhebung des *Steuersteckbriefs* ~ Kapitaltransfer aus der Auflösung seines Vermögens in Deutschland ~ weiter in die USA emigriert ~ 1937 übersandte die Universität Greifswald G. eine Zweitausfertigung des Doktordiploms nach New York, mutmaßlich für ein nicht abgeschlossenes neues Jurastudium angefordert ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 27. 8. 1943 bei Einbürgerung Änderung des Vornamens (Eric).

A 4. 4. 1939: Gestapo Düsseldorf (Friedrich) an Gestapo.

■ 26. 5./7. 8. 1939: RFSS/AA (nachdem das DK Los Angeles am 5. Juli *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 8./11. 9. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99811; Hepp, Liste 134 (19) ~ **D** Die Schadensersatzpflicht bei Elektrizitätsentziehung nach gemeinem Rechte und nach dem Rechte des Bürgerlichen Gesetzbuches, Greifswald 1910; Alvermann, 2003, S. 17 ~ **B** BArch, R 3001/57186 ~ Mauss, 2013, S. 174–177 (Gestapoakte: LAV NRW R, RW 58–62956); zu G. Gerson: BArch, R 3001/57187; EAB, 51016; AoRB, 2007, S. 159 f.; Schwing, 2014 (Alfred → Apfel), S. 39.

269 Goldberg, Bruno, Dr. jur. (Erlangen 1921; *Entziehung* 1939) ~ 8. 11. 1892 Berlin – 7. 11. 1977 New York; Ⓜ (gesch.) Marie Storchheim (* 1908 Berlin).

Frontkämpfer ~ seit 1921 Rechtsanwalt und seit 1929 Notar (Berlin) ~ Ende Juni 1934 vor drohender Verhaftung Flucht via Schweiz nach Frankreich (Paris) ~ 1934 Ausschreibung im *Deutschen Steckbriefregis-*

ter und *Steuersteckbrief* ~ 8. 12. 1934 Rücknahme der Zulassung auf Ersuchen des Preuß. Justizministers („weil er seinen Wohnsitz in Berlin aufgegeben hat“; am 3. 1. 1935 bestätigte der Landgerichtspräsident die am 21. 12. 1934 erfolgte Löschung in der Rechtsanwaltsliste des Landgerichts Berlin: „Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Bruno Goldberg z. Zt. in Paris XVII 31 rue de Chazelles ist infolge Zurücknahme der Zulassung [...] gelöscht worden.“ ~ Nov. 1935 Übersiedlung nach Palästina ~ Apr. 1936 Rückkehr nach Frankreich ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ 22. 8. 1939 in die USA emigriert ~ seit 21. 3. 1945 amerikanischer Staatsbürger ~ 1960 unter Befreiung von der Residenzpflicht wieder als Anwalt in Berlin zugelassen.

A 7. 4. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 15. 7./4. 8. 1938: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag *aus aussenpolitischen Gründen* keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 1./6. 9. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99719; Hepp, 66 (11; 49–51: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Grenzen der Vertragsfreiheit auf dem Gebiete der Eheschließung, 1921; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 73 ~ **B** BArch, R 3001/57563 ~ WGA Datenbank ~ EAB, 55054 ~ AoRB, ²2007, S. 161; Bergemann, 2012, S. 156f.

270 Goldberg, Hugo, Dr. jur. (Rostock 1904; *Entziehung* 1939) ~ * 29. 8. 1882 Hildesheim; ∞ Hedwig Jago (* 1899 Braunschweig).

Rechtsanwalt (Hildesheim) ~ assoziiert mit Julius → Loeb ~ Juli 1937 Emigration (Palästina) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ Weiterwanderung in die USA.

A 11. 5. 1938: Gestapo Hildesheim (Söchtig) an Gestapa.

■ 15. 7./31. 8. 1938: RFSS/AA (nachdem das DK Jaffa am 8. Aug. *keine Bedenken* gegen die *Ausbürgerung* des *Juden Hugo Gold-*

berg geltend gemacht hatte ~ 16./18. 1. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, 99.751; Hepp, Liste 87 (11; 12 f.: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Die vormundschaftsgerichtliche Genehmigung, Bonn a. Rh. 1904; Hartwig, 2010, S. 329 ~ **B** StA Hildesheim, Best. 699 Nr. 196 (MS Goldberg), nach v. Jan, 1988, S. 97, 99 u. 108.

271 Goldberg, Isidor, Dr. jur. (Leipzig 1907; *Entziehung* 1938) ~ 1. 8. 1881 Bromberg – Auschwitz; ∞ Dorothea Elly Cohn verw. Prim (* 1883 Chemnitz).

Rechtsanwalt und Notar (Plauen i. V.) ~ seit 1927 Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde ~ Mitglied der Stadtverordnetenversammlung (DDP) ~ führte u. a. Prozesse gegen den sächsischen NSDAP-Gauleiter Martin Mutschmann ~ am 8. 3. 1933 während einer Gerichtsverhandlung festgenommen ~ aus der *Schutzhaft* zusammen mit den ebenfalls verhafteten Anwälten Dr. Walter Simon und Max Löffler Anfang Apr. 1933 entlassen ~ danach Flucht (Berlin; Frankreich) ~ in Paris assoziiert mit einem französischen Anwalt ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ nach Kriegsausbruch interniert und in verschiedenen Lagern, zuletzt in Gurs, von dort 1943 über Drancy nach Auschwitz (lt. Gedenkbuch des Bundesarchivs 1882 geb. und 1942 von Drancy nach Majdanek) deportiert.

A 30. 6. 1938: Gestapa (Roth) an den RFSSuChdDtPoliRMdI.

■ 15. 7./24. 8. 1938: RFSS (Lischka)/AA (nachdem die Konsulatsabt. der DB Paris am 24. Aug. mitgeteilt hatte: *Der Jude Dr. jur. Isidor Goldberg ist hier bisher nicht in Erscheinung getreten. Gegen seine Ausbürgerung werden keine Bedenken geltend gemacht.*) ~ 22./23. 9. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99722; Hepp, Liste 69 (11; 66–68: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Der Nießbrauch an Forderungen nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche, Borna-Leipzig 1907; Blecher, 2006, S. 425; Henne, 2007, S. 113 (Verwechslung der biographischen Daten: Richard → Goldberg) ~ **B** Blätter der Erinnerung an die Weihe der Synagoge Plauen

i. V. [zum 6. April 1930]. Israelitische Religions-gemeinde (Die Geschichte d. Israelitischen Reli-gionsgemeinde zu Plauen: von [Isidor] Gold-berg; Der Bau: von Fritz Landauer), [Plauen 1930] ~ BHdE I, 1980, S. 229; Göppinger, ²1990, S. 244 ; Waltraud Schmidt, Isidor Gold-berg, Plauen 1994; Frank, 1996, S. 17 f., 23 f.; Lang, 2014, S. 660; Freie Presse (Plauen), 18. 4. 2018: „Besondere Würdigung für Isidor Goldberg. Anlässlich seines 75. Todestages wurde gestern mit einer Gedenkveranstaltung an den jüdischen Plauener Rechtsanwalt erinnert. Diesterweg-Gymnasiasten waren zuvor auf Spu-rensuche.“

272 Goldberg, Max, Dr. jur. (Greifswald 1910; *Entziehung* 1940) ~ 1. 4. 1881 Arns-berg – 29. 8. 1958 New York; ⚭ 1921 Hilde Koppel (* 1899 Emden).

Rechtsanwalt (Düsseldorf) ~ 9./10. – 22. 11. 1938 *Schutzhaft* (Düsseldorf) ~ bei Verwüstung der Wohnung durch SA-Leute Zerstörung von Kunstwerken ~ Verschi-ckung der Kinder nach England ~ nach Hausverkauf im Juni 1939 Emigration (Großbritannien; USA) ~ 1940 *Ausbürge-rung* ~ Beschlagnahme und Versteigerung des im Freihafen Bremen beschlagnahmten Umzugsguts.

A 16. 9. 1939: Gestapo Düsseldorf (Dr. Hoffmann) an Gestapa.

■ 6./9. 11. 1939: RFSS/AA ~ 8./12. 2. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99835; Hepp, Liste 157 (23; 24–26: *Ehefrau* u. K) ~ **D** Die Rechtsstellung des Erwerbers eines vermieteten (verpachteten) Grundstücks nach den Bestimmungen des Bür-gerlichen Gesetzbuchs (§§ 571 ff.), Greifswald 1910 ~ **B** BArch, R 3001/57568 ~ Mauss, 2013, S. 178–180.

273 Goldberg (später Gobert), *Richard* Sigismund Arthur, Dr. jur. (Leipzig 1914; *Entziehung* 1940) ~ 2. 2. 1891 Elberfeld – 20. 7. 1954 Lotenhulle (NL); ⚭ Margarethe Kaufmann (* 1898 Witten/Ruhr).

Seit 1919 Rechtsanwalt (Elberfeld) ~ Mit-glied der Gesellschaft der Bibliophilen ~

1933 Berufsverbot ~ 10.–22. 11. 1938 *Schutzhaft* ~ Okt. 1938 Emigration (Eng-land) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 20. 10. 1939: Gestapo Düsseldorf (Dr. Haselbacher) an RSHA.

■ 27. 11./1. 12. 1939: RFSS/AA ~ 1./3. 4. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99842; Hepp, Liste 164 (33; 34–37: *Ehefrau* u. K) ~ **D** Begriff und Bedeutung des Zubehörs nach deutschem bürgerlichen Recht, Borna-Leipzig 1914; Blecher, 2006, S. 425; Hen-ne, 2007, S. 113 (Verwechslung der biographi-schen Daten: Isidor → Goldberg) ~ **B** BArch, R 3001/57571 ~ Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 131; Mauss, 2013, S. 181 f.; Lang, 2014, S. 666/Anm. 239.

274 Goldberg, Wolf Wilhelm ~ 13. 8. 1875 Guben/Niederlausitz – 20. 11. 1945 London; ⚭ Karoline Rose Bar-nett verw. Türk (* 1887 New York).

Rechtsanwalt (bis 1934 Sozietät [Herbert] Bry [1887–1948 Tel Aviv], [Justizrat Sieg-fried] Katz [gest. 1934; Vater von Dr. Erich Katz (1893–1937 Berlin, Suizid; Schwager von H. Bry)]) Goldberg; danach assoziiert mit Richard → Auerbach) ~ seit 1920 No-tar (Berlin) ~ stiftete 1931 mit anderen Mitgliedern des Berliner Bibliophilen-Abends den Teilnehmern des Jahresfestes der Gesellschaft der Bibliophilen die Gabe „Manfred Berger, Das Konversations-lexikon [Erzählung], Berlin 1931“ ~ 1933 als Notar entlassen ~ Apr. 1938 Emigration (London) ~ Berufsverbot ~ 1941 *Aus-bürgerung* ~ mutmaßlich Beschlagnahme und Versteigerung der Umzugs-Lifts in Hamburg.

A 14. 12. 1940: Gestapo Berlin (Roth-mann) an RSHA.

■ 22./29. 1. 1941: RFSS/AA ~ 26./28. 2. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99899; Hepp, Liste 220 (67; 68 f.: *Ehefrau* u. S) ~ **B** EAB, 56641 ~ AoRB, ²2005, S. 161; Schumacher, 2012, S. 190.

275 **Goldberger, Jakob Hermann Alfred**, Dr. jur. (Göttingen 1922; *Entziehung* 1941) ~ 21. 5. 1899 Beverstedt/Kreis Wesermünde – 25. 5. 1992; ☉ Ilse Jacobson (* 1905 Göttingen).

Seit 1925 Rechtsanwalt (Dortmund) ~ Dez. 1938 Emigration (Holland; England; USA) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ nach 1945 unter Befreiung von der Residenzpflicht wieder als Anwalt in Dortmund zugelassen.

A 16. 2. 1941: Gestapo Dortmund (Krack; *Die Eltern sind: Vater [...] 1932 in Dortmund verstorben. Mutter Selma Sara geb. Wolff, geb. am 8. 3. 1871 in Dortmund, mosaïsch, wohnhaft in Dortmund, Museumstr. 5* [am 29. 7. 1942 nach Theresienstadt deportiert; Todesdatum: 18. 3. 1943]) an RSHA.

■ 18./21. 4. 1941: RFSS (*wie nachträglich festgestellt werden konnte, hat Goldberger Vermögenswerte im Inlande hinterlassen*)/AA ~ 22./24. 5. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99911; Hepp, Liste 232 (19; 20–22: *Ehefrau u. K*) ~ **D** Die gesetzlichen Schuldverhältnisse beim Fahrnispfandrecht und Nießbrauch des BGB, 1923 ~ **B** Himmelmann [u. a.], [1994], S. 52–54 (H.-J. Pohlmann); Lang, 2014, S. 734/Anm. 595.

276 **Goldmann, Karl** Moritz → I. 20

277 **Goldschmidt, Albert**, Justizrat (1921) ~ 31. 8. 1868 Mellrichstadt/Unterfranken – 5. 5. 1944 Bishop's Stortford/GB; ☉ Therese Meta Strauß (* 1887 München).

Seit 1898 Rechtsanwalt (München) ~ Nov. 1938 Demolierung der Bibliothek ~ selbst offenbar nicht in *Schutzhaft*, erleidet aber einen Schock, ausgelöst durch die Nachricht vom Tod seines Bruders infolge der *Schutzhaft* im KZ Dachau ~ 1939 Emigration (England) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 13. 10. 1939: Gestapo München (Beck) an RSHA.

■ 23. 5./3. 6. 1940: RFSS/AA ~ 15./20. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99869; Liste 191 (83; 84: *Ehefrau*) ~ **B** Weber, 2006, S. 232.

278 **Goldschmidt, David**, Dr. jur. (Marburg 1909, *Entziehung* 1941) ~ 8. 8. 1883 Kassel – 28. 3. 1954 Stockholm; ☉ Clara Wittgensteiner (1893–1939); **B**: → Ludwig G.

Seit 1910 Rechtsanwalt und seit 1914 Notar (Kassel) ~ Repetitor, Syndikus des Verbands der Handelsvertreter und verantwortlich für die juristische Beilage des „Kasseler Tageblatts“ ~ Mitglied der Sinai-Loge, zuletzt Vizepräsident ~ 1933 als Notar entlassen ~ 1934 Emigration der Tochter nach Stockholm ~ Nov. 1938 beim Besuch seiner schwerkranken Ehefrau im Jüdischen Krankenhaus in Frankfurt a. M. verhaftet ~ drei Wochen in *Schutzhaft* ~ Berufsverbot ~ 1939 Emigration (Schweden) ~ die Ehefrau folgte einen Monat später ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 1. 2. 1940: Gestapo Kassel (Korndörfer) an RSHA.

■ 28. 5. 1941: RFSS/AA ~ 16. 7. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99917; Hepp, Liste 244 (52; 53: *K*) ~ **D** Die Sonderstellung der Mediatisierten Preußens nach dem öffentlichen Rechte Preußens und des Deutschen Reiches, Marburg a. L. 1909; Lemberg, 2002, S. 48 u. 63 („Dr. Dr. jur.“) ~ **E** Mitherausgeber eines deutsch-schwedischen Juristenlexikons; Mitarbeiter eines schwedischen Lehrbuchs zum Bürgerlichen Recht (Schröder-Teppe) ~ **B** BAArch, R 3001/57596 ~ Nickel [u. a.], 1990, S. 418; Schröder-Teppe, 2006, S. 57 f.; www.vorderer-westen.net/587/?L=Am (Sozialer Aufstieg – Familie Goldschmidt; dort zit. Lebenserinnerungen, 1961), Zugriff: 30. 5. 2017.

279 **Goldschmidt, Ernst** ~ * 23. 1. 1907 Frankfurt/Main.

A Bei dem 1941 *ausgebürgerten* E. Goldschmidt dürfte es sich um den Frankfurter Rechtsanwalt Ernst Ludwig G. handeln,

über den – vom Geburtsdatum und Berufsverbot 1933 abgesehen – „keine weiteren Informationen“ vorliegen. Die Ausbürgerungsakte betrifft – abweichend von der namentlichen Liste – jedoch den einer Frankfurter Kaufmannsfamilie entstammenden, am 4. 12. 1911 in Lissabon geborenen *jüdische[n] Mischling I. Grades Ernst August Goldschmidt*, der 1938 bei der DG Lissabon für sich, seine Ehefrau und seinen Sohn einen Antrag auf Entlassung aus der deutschen Staatsangehörigkeit gestellt hatte. Der *Bitte* der DG (Huene), E. A. Goldschmidt wegen Verletzung der *Meldepflicht* und *weiterhin* wegen seiner *Eheschließung unter Umgehung der Nürnberger Gesetze* die deutsche Staatsangehörigkeit abzuerkennen, schloss sich das Amt unter Hinweis auf die *Rechtslage* nicht an. Die Weisung, Goldschmidt *aus der deutschen Staatsangehörigkeit seinem Antrag gemäß mit tunlichster Beschleunigung* zu entlassen, konnte die DG aber nicht umsetzen: *Beim Versuch, Goldschmidt zur Beibringung der Urkunden anzuhalten, wurde jetzt festgestellt, daß er unbekannt verzogen ist*. Erst am 18. 4. 1941 teilte das Amt (Todenhöfer) dem RMdI die von der DG Lissabon inzwischen festgestellte Adresse von E. A. Goldschmidt mit, – eine Woche vor der *Ausbürgerung* des Ernst Goldschmidt.

■ 24./29. 4. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99907; Hepp, Liste 228 (31) ~ B Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 150.

280 Goldschmidt, *Gustav* Alexander Georg → I. 21

281 Goldschmidt, *Karl* Alfred, Dr. jur. (Marburg 1915; *Entziehung* 1938) ~ 14. 8. 1890 Frankfurt a. M. – 1975 New York; Ⓞ Brendina Posen verw. Feuchtwanger (* 1902 Berlin).

Seit 1921 Rechtsanwalt und Syndikus (Berlin) ~ Mitglied der Soncino-Gesellschaft ~ 1933 Berufsverbot ~ Apr. 1933 Emigration (Niederlande) ~ 1934 *Deutsches Steckbrief-*

register (Devisenvergehen) ~ 1935 *Steuersteckbrief* ~ 15. 7. 1937 auf Anforderung Übersendung des Militärpasses (*Frontkämpfer*, EK II.) nach Den Haag ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ Weiterwanderung in die USA.

A 2. 3. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 15. 7./17. 8. 1938: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag am 3. Aug. *aus außenpolitischen Gründen keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 8. 9./9. 9. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99718; Hepp, Liste 67 (21; 74 f.: *Ehefrau* u. S) ~ D Die allgemeine Unterlassungsklage gegen unerlaubte und besonders „strafbare“ Handlungen, Frankfurt a. M. 1915; Lemberg, 2002, S. 48 ~ B BArch, R 3001/57614 ~ AoRB, ²2007, S. 163.

282 Goldschmidt, Ludwig, Dr. jur. (Marburg 1921; *Entziehung* 1940) ~ 13. 4. 1895 Hof b. Kassel – 16. 5. 1970 Kassel; Ⓞ 1928 Ilse Liselotte Stein (1906–1965).

Frontkämpfer ~ seit 1925 Rechtsanwalt und seit 1932 Notar (Kassel) ~ in Sozietät mit seinem B: → David G. ~ 1935 als Notar entlassen ~ 1938 *Schutzhaft* (Buchenwald) ~ 1939 Emigration (London) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ Apr. 1948 Rückkehr ~ bis März 1951 OLG-Rat, Apr. 1951 bis Juni 1966 Senatspräsident (OLG Frankfurt am Main), ab Febr. 1959 Mitgl. d. Hess. Staatsgerichtshofes ~ GBVK.

A 24. 4. 1940: Gestapo Kassel (Korndörfer) an RSHA.

■ 23. 5./1. 6. 1940: RFSS/AA ~ 7./9. 11. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99887; Hepp, Liste 208 (80; 81: *Ehefrau*) ~ D Die Grundsätze der neuen Reichsverfassung über das Grundeigentum und der bestehende Rechtszustand, 1921; Lemberg, 2002, S. 48 ~ B Lebenserinnerungen (undatiert; Auszug), in: Dietrich Heither [u. a.], Als jüdische Schülerin entlassen. Erinnerungen und Dokumente zur Geschichte der Heinrich-Schütz-Schule in Kassel, Kassel ²1987 (¹1984), S. 38 f., ebd. [bes. S. 131–133] Auszug aus den Erinne-

rungen der Tochter Lisel, abrufbar: <https://kobra.bibliothek.uni-kassel.de> ~ BHdE I, 1980, S. 234; Göppinger, ²1990, S. 337; Magda Thiering, Sein statt Schein. Anmerkungen zum Lebensbild eines herausragenden Menschen. Dr. Ludwig Goldschmidt (1895–1970), in: Jahrbuch des Landkreises Kassel 2004, S. 141–152 (bes. S. 149/Anm. 64 ff. unter Heranziehung der Einkommensteuerakten im HHStA Wiesbaden [Abt. 519/2, Nr. 688, Bd. 3], die die Ausplünderung der Familie belegen; ebd. [Anm. 34] Nachweis der Personalakte im HStA Wiesbaden, Abt. Landespersonalamt, Liste II, Nr. 6746); Schröder-Teppe, 2006, S. 61; www.vordererwesten.net/587/?L=Am (Sozialer Aufstieg – Familie Goldschmidt; dort zit. Lebenserinnerungen, 1961; Zugriff: 30. 5. 2017).

283 Gotthilf, Martin, Dr. jur. (Breslau 1918; *Entziehung* 1938) ~ 28. 12. 1893 Krojanke/Kreis Flatow – 12. 9. 1975 (Rio de Janeiro, Brasilien); ⚭ 1925 Alice Markus (1903–1937).

1919/20 während Unterbrechung des Referendariats stellv. Staatskommissar für Oberschlesien (Kattowitz), danach für Schlesien und Westposen ~ seit 1922 Rechtsanwalt (Breslau) ~ 1933 Berufsverbot ~ Emigration (Paris, Wien, Buenos Aires, seit 1937 in Brasilien) ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ Gründung eines Buchhaltungsbüros ~ 1952–1961 Verwaltungsdirektor der deutsch-jüdischen Gemeinde (Rio de Janeiro) ~ Aug. 1961 unter Befreiung von der Residenzpflicht wieder als Anwalt zugelassen (Berlin).

A 28. 10. 1937: Gestapo Breslau an Gestapa.

■ 30. 11. 1937/11. 1. 1938 (Konsulatsabt. der DB Paris: *keine Bedenken*) ~ 22./23. 3. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99686; Hepp, Liste 36 (7; 32: *Ehefrau* [posthum]) ~ **D** Besitz und Eigentums-erwerb an beweglichen Sachen durch einen unbeauftragten Geschäftsführer, Breslau 1918; Kranich, 2012, S. 159 ~ **B** BArch, R3001/57734 ~ Bergemann, 2012, S. 159.

284 Gottlieb, Fritz (Fred) ~ 1. 5. 1903 Breslau – 3. 4. 1968 (London); ⚭ I. 1932 Betty Prenz (gesch. 1939); II. Edith Yelverton Craig (* 1917).

Durch den Vater österreichische Staatsangehörigkeit ~ 1921 Einbürgerung (Preußen) ~ seit Febr. 1929 Rechtsanwalt (Berlin) ~ Untermieter in der Praxis Dr. Erwin Reiche ~ 1933 Berufsverbot ~ *Widerruf der Einbürgerung* ~ Verlagsangestellter ~ nach Aufenthaltsverbot für das Reichsgebiet 15. 3. 1939 Emigration (London) ~ Rechtsberater, kaufmännische Tätigkeit ~ seit 1947 britischer Staatsbürger ~ Nov. 1953 unter Befreiung von der Residenzpflicht durch den Präsidenten des Kammergerichts wieder als Anwalt zugelassen (Berlin), ungeachtet des Einspruchs der RAK Berlin.

W Eigenen Angaben zufolge wurde die Einbürgerung durch den Polizeipräsidenten von Berlin am 6. 11. 1933 widerrufen. Mit Schreiben an den Polizeipräsidenten, abschriftlich an den RMdJ, erklärte sich das RMdI (Hering) am 15. 5. 1935 *damit einverstanden, dass es bei dem Widerruf der Einbürgerung des Fritz Gottlieb verbleibt und ersuche, den Antragsteller auf seine beiliegende [nicht überlieferte] Eingabe vom 9. Februar in meinem Namen ablehnend zu bescheiden.*

Q EAB, 50372 ~ **B** BArch, R 3001/57738 ~ AoRB, ²2007, S. 164, 244 (E. Reiche); Bergemann, 2012, S. 159 f. („1. 4. 1903“; „Dr.“).

285 Gottlieb, Josef, Dr. jur. (Rostock 1931) ~ * 13. 7. 1901 Lyssier (Galizien).

Seit 1929 Rechtsanwalt in Sozietät mit Dr. Alexander Philipsborn (Berlin) ~ 10. 4. 1933 Bitte an den Kammergerichtspräsidenten um Belassung der Zulassung ~ 23. 5. 1933 Berufsverbot *wegen nichtarischer Abstammung* ~ Emigration (Palästina) ~ veröffentlichte „Juden und Araber im Mandat“ (Tel Aviv 1936).

W 1935 *Widerruf der Einbürgerung* [1925] durch den Polizeipräsidenten in Berlin im

Einverständnis mit dem RuPrMdI (19. Juni; gez. Hering) und dem RmdJ (6. Juli; gez. Nadler) ~ 18. 4. 1936 Schreiben des RuPrMdI an den Polizeipräsidenten in Berlin: *In Übereinstimmung mit dem Auswärtigen Amt und dem Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministerium ersuche ich ergebenst, den Widerruf der Einbürgerung des Josef Gottlieb ausnahmsweise zurückzunehmen. Der Rücknahme des Widerrufs stimmte der RmdJ am 14. 5. 1936 zu.*

Q BAArch, R 3001/57740 ~ **D** Der Genußschein im deutschen Recht, Berlin 1931 ~ **B** BAArch, R 300175740 ~ AoRB, ²2007, S. 164 u. 237 (A. Philipsborn, * 1882), 1964 in London gest. vgl. www.berlin.de: aktuell aus und über Berlin: „Wer hat ein Foto von Dr. Alexander Philipsborn?“ (Anzeige von Prof. Dr. Peter Reinicke, Chiffre 110324).

286 Gottschalk, Leo, Dr. jur. (Würzburg 1913; *Entziehung* 1939) ~ 21. 3. 1888 Düsseldorf – 30. 7. 1964 Amsterdam; Ⓞ Wilhelmine Binsfeld (* 1891 Barop/Dortmund).

Seit 1919 Rechtsanwalt (Düsseldorf) ~ nach Berufsverbot Juli 1933 Emigration (Amsterdam) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 3. 5. 1942–20. 10. 1943 *Sternträger*, danach mutmaßlich wegen privilegierter *Mischebe* vom Tragen des Judensterns befreit ~ nach 1945 Rechtsberater (Amsterdam).

A 27. 2. 1939: Gestapo Düsseldorf (Friedrich) an Gestapa.

■ 31. 3./18. 4. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag am 13. April *aus außenpolitischen Gründen keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 24./30. 5. 1939: RmdI/DRA.

Q PA/AA, R 99790; Hepp, Liste 114 (28; 29: *Ehefrau*) ~ **D** Die Abnahmepflicht des Käufers, Düsseldorf 1913; Rupp, 2011, S. 160f. ~ **B** BAArch, R 3001/57758 ~ Mauss, 2013, S. 187.

287 Graetzer (bis 1907: Cohn), Walter, Dr. jur. (Heidelberg 1904; *Entziehung* 1938) ~ 23. 6. 1882 Magdeburg – 5. 4. 1954 Jerusalem.

Frontkämpfer ~ seit 1915 Rechtsanwalt (bis 1919 u. 1927/28 in Breslau), 1919–1927 in Hirschberg, seit 1928 in Berlin ~ Notar (seit 1920 Hirschberg) ~ Mitglied der Gesellschaft der Bibliophilen und des Berliner Bibliophilen-Abends ~ nach dem Versuch, einer Jüdin zur Flucht in die Tschechoslowakei zu verhelfen, am 8. 11. 1937 wegen Begünstigung zu 6 Monaten Gefängnis mit Ausübungsverbot des Anwaltsberufs auf 5 Jahre verurteilt ~ Haft in Plötzensee ~ danach untergetaucht ~ Mitte Mai 1938 von der Gestapo in Berlin verhaftet ~ 15. 6. 1938–1. 2. 1939 KZ Buchenwald ~ auf eigenen Antrag vom 14. 8. 1938 in der Anwaltsliste gelöscht ~ Begutachtung der „als Umzugsgut bezeichneten Bibliotheksbestände“ durch Gustav Langenscheidt ~ Juni 1939 Emigration (Palästina) ~ später Beschlagnahme des im Hamburger Freihafen lagernden Umzugsguts.

A 23. 5. 1941: Gestapo Berlin (Rothmann) an RSHA.

■ Ausbürgerungsverfahren wegen Annahme der palästinensischen Staatsangehörigkeit oder nach Erlass der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941 offenbar nicht weiter verfolgt.

Q PA/AA, R 100031 ~ **D** Die Besonderheiten der im § 1187 B.G.B. bezeichneten Sicherungshypothek, Heidelberg 1904; Moritz, 2001, S. 553 (irrtüml.: * 18. 6. 1892); der Doktorgrad war Graetzer bereits 1938 aufgrund seiner Verurteilung aberkannt worden; in Unkenntnis des Namenswechsels bemühte sich die Gestapo 1941 vergeblich, den akademischen Grad Graetzers nachzuweisen: *bei der Preussischen Staatsbibliothek und in der Deutschen Bücherei in Leipzig bat sich eine Promotion nicht ermitteln lassen* ~ **B** BAArch, R 3001/57827 ~ LAB, A Rep. 243–02, Nr. 31 ~ EAB, 53149 ~ AoRB, ²2007, S. 165 (irrtüml.: nach Shanghai emigriert); Schumacher, 2012, S. 191 (irrtüml.: * 1884).

288 Graf, Curt, Dr. jur. (Leipzig 1914; *Entziehung* 1938) ~ 16. 9. 1888 Glogau – 17. 4. 1971 Frankfurt a. M.; *B*: Eugen Peter G. (1904–1965 Canberra; Richter, Bar- rister); Neffe des Reichskanzlers Hermann Müller-Franken; ♂ 1. Erna Lichtenstein (* 1893, mosaich, 1930 gesch.; emigrierte nach 1933 mit den beiden Kindern nach São Paulo, Brasilien), 2. 1930 Auguste Hahn gesch. Kominik (* 1900 Teplitz; 1 *T* aus 1. Ehe, 1933 nach Teplitz-Schönau/ ČSR abgemeldet).

Dekorierter *Frontkämpfer* (schwer verwundet) ~ seit 1916 Rechtsanwalt und seit 1923 Notar (Leipzig) ~ assoziiert mit Karl Unger (* 1884) und Leo Lewy (1892–1944 New York) ~ seit 1908 Mitglied der SPD ~ 1921 vom Reichstag ernanntes Mitglied des Staatsgerichtshofes des Deutschen Reiches ~ nahm zahlreiche Mandate der Roten Hilfe wahr ~ März 1933 in Verbindung mit der Beschlagnahme des Verlags der „Leipziger Volkszeitung“ zwei Tage in *Schutzhaft* ~ 1933 Entlassung als Notar ~ April 1935 Emigration (Teplitz-Schönau/ ČSR) ~ 1936 Zulassungsverzicht ~ erneutes Rechtsstudium 1938 in Prag mit der ersten Staatsprüfung abgeschlossen ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ August 1938 Flucht nach London ~ nach 1945 Übersiedlung nach São Paulo zu seinen Töchtern aus 1. Ehe ~ 1953 Wiedererlangung der deutschen Staatsbürgerschaft ~ 1957 Rückkehr nach Deutschland ~ wieder als Rechtsanwalt zugelassen und zum Notar ernannt (Frankfurt/Main).

A 4. 9. 1937: Gestapo Leipzig (Thomas) an Gestapo.

■ 21./30. 10. 1937: RFSS/AA (sofern von der DG Prag *keine Bedenken geltend gemacht werden*) ~ 14./15. 1. 1938: RMdI/DRA)

Q PA/AA, R 99678; Hepp, Liste 27 (15; 56–58: 2. *Ehefrau* u. 2 *T* aus 1. Ehe); 1953 nach Art. 116 (2) GG Wiedereinbürgerung; die Ausbürgerung soll durch die zuvor angenommene Staatsbürgerschaft der ČSR „allerdings unwirksam gewesen sein“ (Lang, 2007) ~ **D** Das Recht der

israelitischen Religionsgemeinschaft im Königreich Sachsen, Frankfurt/M. 1914; Blecher, 2006, S. 425; Henne, 2007, S. 113 ~ **B** Henne, 2007, S. 97–99 (Hubert Lang, Anwalt und Sozialdemokrat in Leipzig); Lang, 2014, S. 157 f., 348–350, 350 (E. P. Graf) u. 467 (L. Lewy).

289 Griesbach, Heinrich Otto, Dr. jur. (Jena 1908; *Entziehung* 1937) ~ 11. 6. 1886 Beverungen – 26. 12. 1976 New York, USA; ♂ Clara Windmüller (* 1895 Hamm/Westfalen).

Rechtsanwalt und Notar (Hamm/Westfalen) ~ nach dem 1. 4. 1933 einige Wochen in *Schutzhaft* (KZ Schönhausen/Bergkamen) ~ Entziehung des Notariats ~ Flucht nach Frankreich ~ 1934 *Steuersteckbrief* ~ in Abwesenheit wegen Hinterziehung der Reichsfluchtsteuer zu einer Geldstrafe und Gefängnishaft verurteilt („Obwohl mich die [mir bekannte] Verurteilung nie gestört hat, habe ich die Genugtuung gehabt, daß nach Wiederherstellung der Gerechtigkeit in Deutschland das Urteil [1953] aufgehoben worden ist“; 29. 4. 1964) ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ nach 1940 Emigration (USA).

A 5. 5. 1938: Gestapo Dortmund (Bluhm) an Gestapo.

■ 22. 7./14. 9. 38: RFSS/AA (nach Mitteilung des DK Bordeaux v. 3. Sept.: *Näheres über seine Betätigung bald nach seinem Eintreffen im Bezirk ergibt sich aus dem Bericht vom 10. April 1934 – B 220. Seitdem ist Griesbach hier nicht mehr in Erscheinung getreten.*) ~ 29. 9./1. 10. 1938: RMdI/DRA).

Q PA/AA, R 99726; Hepp, Liste 72 (19; 74–76: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Der mehrfache Verkauf derselben Sache, zugleich ein Beitrag zur Lehre von der Unmöglichkeit, Jena 1908; Entziehung aufgrund der Verurteilung wegen Steuerflucht; die zynische Begründung des Dekans der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät lautete, dass Griesbach „nicht moralisch berechtigt [sei], das Land, in dem er sein Vermögen verdient hat, durch dessen Mitnahme ins Ausland schwer zu schädigen. Er befand sich in keiner Notlage. Denn er hätte in Deutschland [...] auch ohne [Anwalts]Praxis bequem leben können“;

FSU Jena, Unrecht [2018], S. 8 (Schreiben v. 19. 8. 1937 an den Rektor der FSU, zitiert von Walter Rosenthal im Grußwort zur Gedenkveranstaltung) ~ **B** BArch, R 3001/58006 ~ LAV NRW, Abt. Westf., QN 326 ~ StadtA Hamm, B V/27, zit nach Brand, 1991, S. 105–109; Kiffener/Roth, 2017, S. 112; Finzel, 2018, S. 133 f.

290 Grünberg, Martin Raoul, Dr. jur. (Erlangen 1923; *Entziehung* 1940) ~ 8. 2. 1898 Schrimm (Reg.-Bez. Posen) – 9. 4. 1951 USA; ♂ Ilse Goldschneider (* 21. 6. 1908 Zagreb, Jugoslawien).

Kaufmännische Lehre (Genf u. Paris) ~ neben dem Dreher und Daimler-Arbeiter Eugen May und dem Philosophen Eugen Rosenstock-Huussy Autor der 1922 in den von Willy Hellpach herausgegebenen Sozialpsychologischen Forschungen unter dem Titel „Werkstattaussiedlung“ erschienenen „Untersuchungen über den Lebensraum des Industriearbeiters“ (Reprint 1997) ~ seit 1924 Rechtsanwalt (Berlin), seit 1932 in Stuttgart ~ 1938 Emigration (USA) ~ *Ausbürgerung* 1939.

A 28. 8. 1939: Gestapo Stuttgart (Dr. Lange) an Gestapa.

■ 15./21. 9. 1939: RFSS/AA ~ 31. 10./ 4. 11. 1939: RMdI/DRA.

Q Hepp, Liste 142 (50: 51: *Ehefrau*) ~ **D** Die Revision im Zivil- und Strafprozess de lege lata und de lege ferenda mit einem Exkurs über die französische Kassation, Erlangen, 1923; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 73 ~ **B** Marx, 1965, S. 205.

291 Grünpeter (bis 1940, dann Peter), Walter, Dr. jur. (Breslau 1925; *Entziehung* 1938) ~ 10. 12. 1903 Kattowitz/OS – 5. 12. 1978 New York; ♂ Charlotte Bandmann (* 1905 Breslau; *V*: Eugen → Bandmann).

Bis 1933 Rechtsanwalt (Breslau) ~ Mitglied der SPD ~ Berufsverbot ~ Okt. 1933 Emigration (Jugoslawien, Ungarn, Polen Niederlande, Schweiz, Großbritannien, USA) ~ 1937 *Ausbürgerung* ~ seit 1954 unter Be-

freiung von der Residenzpflicht wieder als Anwalt in Deutschland zugelassen.

A 21. 8. 1937: Gestapo Breslau (Otto) an Gestapa.

■ 16. 9. 1937: RFSS (Müller) an AA, Übersendung der Durchschriften des Ausbürgerungsantrags an Abt. I des RMdI: *Ich halte die Voraussetzungen für die Aberkennung der Reichsangehörigkeit unter Berücksichtigung der in meinem Erlass vom 30. 3. 1937 [...] niedergelegten Richtlinien im vorliegenden Falle ebenfalls für gegeben.* ~ Zustimmung des AA mutmaßlich nach Mitteilung der DG Belgrad, die am 13. Okt. *keine Bedenken* geltend machte und ergänzend berichtete: *Grünpeter ist auf Antrag des Herrn Polizeipräsidenten Breslau am 2. 10. 1936 ein Heimatschein nebst anderen Dokumenten ausgehändigt worden.* ~ 10./11. 11. 1937: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99672; Hepp, Liste 21 (15: 62 f.: *Ehefrau* u. *T*) ~ **D** Staatsrechtliche Gedanken in den Lehren der französischen Sozialisten von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, Breslau 1925; Kranich, 2012, S. 168: (* 1899) ~ **B** BArch, R 3001/58267 ~ BHdE I, 1980, S. 554; Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 13 f.

292 Grumach, Martin, Dr. jur. (Greifswald 1913; *Entziehung*) ~ * 2. 1. 1892 Königsberg i. Pr.; ♂ Else Jacoby (* 1893 Danzig).

Rechtsanwalt (Königsberg i. Pr.: 1934 u. 1937 Kneiphöf[ische] Langgasse 59) ~ 1932/33 Vorsitzender des Schulausschusses der jüd. Gemeindeverwaltung ~ mutmaßlich als *Frontkämpfer* erst 1938 vom Berufsverbot betroffen ~ 1939 Emigration (Brasilien) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 18. 3. 1941: Gestapo Königsberg/Pr. (Henschke) an RSHA.

■ 20./24. 5. 1941: RFSS/AA ~ 14./18. 7. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, ; Hepp, Liste 245 (90; 91–93 *Ehefrau* u. *K* – als Schüler bereits am 2. 2. 1939 nach Brasilien emigriert) ~ **D** Schadensersatz ohne Ver-

schulden, unter besonderer Berücksichtigung der Haftung aus der Gefahr, Greifswald 1913 ~ B Jacoby, 1983, S. 147; Schüler-Springorum, 1996, S. 270, 291, 352.

293 Grundmann, Otto, Dr. jur. (Leipzig 1904; *Entziehung* 1940) ~ 28. 3. 1882 Essen – 1973 Long Island/USA; ♂ Hedwig Grundmann (* 1891 Bochum/Westf.). ~ N: Paul Grundmann (* 1907 Essen; Referendar; Emigration [Holland, 1941–1943 untergetaucht, später in der Schweiz u. in Palästina], 1941 *Ausbürgerung*; nach Rückkehr seit 1947 Rechtsanwalt in Essen).

Seit 1908 Rechtsanwalt und seit 1920 Notar (Essen) ~ (bis 1933) Sozietät mit Rechtsanwalt Wenmakers ~ 1938 *Schutzhaft* (Dachau) ~ Berufsverbot ~ als *Konsulent* zugelassen ~ 1939 Emigration (Enland; USA) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 11. 11. 1939: Gestapo Düsseldorf (Dr. Hoffmann) an RSHA.

■ 12./22. 12. 1939: RFSS/AA ~ 15./21. 5. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99854; Hepp, Liste 176 (56; 57–59: *Ehefrau* u. *K*; eine Ausbürgerung der Tochter Lieselotte ist nicht dokumentiert) ~ **D** Das Pfandrecht an der eigenen Sache nach gemeinem und bürgerlichem Recht, Borna-Leipzig 1904; Henne, 2007, S. 113 ~ **B** BArch, R 3001/58239 ~ Schröter, 1980, S. 150–152, 561; Schmalhausen, 1994, S. 60; Lang, 2014, S. 657/Anm. 128 ~ P. Grundmann: PA/AA, R 99899 (*Jude, Kaufmann*; **A** 29. 11. 1941: Gestapo Düsseldorf [Dr. Venter]; 30. 1./5. 2. 1941: RFSS/AA); Hepp, Liste 220 (83; 84: *Ehefrau*: Hendrika Franziska Wilhelmina Oosterberg [* 1915 Amsterdam]); SwissA: 1 Dossier (1943–1946) u. „Flüchtlingserinnerungen: Europa Verlag AG (Dossier)“; Zentralbibliothek Zürich: Verlagsarchiv Oprecht, 12.20 (Flüchtlingserinnerungen, Aug. 1944: Schriftwechsel des Verlags mit der Zensurbehörde; das Manuskript ist „in den Archiven des Oprecht-Verlags und des Europa-Verlags“ nicht erhalten; Dorothee Ryser, Zentralbibliothek Zürich, E-Mail v. 21. 7. 2020) ~ P. Grundmann, Die Familie Grundmann, in: Schröter, 1980, S. 148–154; danach war P. Grundmann – als Referendar 1933 „aus seiner Laufbahn“ geworfen – in Holland im Holzhandel tätig; seit

1941 in der Illegalität, fand er Anschluss an „einen kleinen Kreis holländischer Widerstandskämpfer“, gelangte 1943 in die Schweiz und „1946 auf dem Umweg über Palästina“ zurück nach Essen; 1947 Assessor-Examen: „Seither ist er in Essen Rechtsanwalt, in weitem Umkreis der einzige jüdische Rechtsanwalt und einer der letzten in Essen wohnhaften, vor 1933 hier geborenen Juden.“ Nach der S. 153 abgebildeten Stammtafel war P. Grundmann verheiratet mit Irmgard Velsler (* 1926); die mitausgebürgerte Hendrika geb. Oosterberg, die durch ihre Eheschließung deutsche Staatsangehörige geworden war, wird dort nicht erwähnt; Schmalhausen, 1994, S. 122.

294 Gugenheim, Friedrich (Fritz) ~ 7. 6. 1904 Zweibrücken – 15. 8. 1963 München; ♂ Valentine Maget (* 1912 Charkow/Rußland).

Seit 1930 Rechtsanwalt (München) ~ 26. 7. 1933 Berufsverbot ~ 1933/34 Emigration (Paris) ~ 1940 interniert ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ 1942–1944 untergetaucht (*Résistance*) ~ 1945 Mitbegründer der Vereinigung Jüdischer Rechtsanwälte aus Deutschland in Paris ~ 1949 Rückkehr und wieder als Rechtsanwalt zugelassen (München) ~ litt unter schweren verfolgungsbedingten Depressionen.

A 22. 4. 1941: RSHA an RMdI: *Ausbürgerung von Juden im besetzten Gebiet Frankreichs*.

■ 22./30. 4. 1941: RFSS/AA (Todenhöfer) ~ 7./10. 6. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99913; Hepp, Liste 235 (361; 359 f.: *Eltern* [Alfred G., * 1875 Zweibrücken, u. Hedwig geb. Sommer, * 1881 Wittlich/Rheinland], 362: *Schwester*: Liselotte, * 1908, u. 363: *Ehefrau*) ~ **B** Weber, 2006, S. 233; Lang, 2014, S. 741/Anm. 676.

295 Gugenheim, Siegfried Esriel → I. 22

296 Gumbert, Arthur, Dr. jur. (Göttingen 1900; *Entziehung*) ~ 3. 3. 1877 Hannover – 6. 10. 1942 Mauthausen; ♂ Else Meier (20. 3. 1888 Hannover – 1. 11. 1944 Auschwitz).

Rechtsanwalt (Hannover) ~ *Ausbürgerung* 1938 ~ Febr. 1936 Emigration (Niederlande) ~ 2. Vorsitzender der 1937 gegr. Vereinigung von Duitse Emigranten im Zentralverein deutscher Emigranten (Albert Grzesinski) ~ 1942 aus dem Sammelager Westerbork deportiert ~ mit der Ehefrau – vom 4.–19. 5. 1944 in Westerbork interniert – wurde auch die Tochter Eva Lotte (* 1918) in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert.

A 12. 4. 1938: Gestapo Hannover (Blume) an Gestapa.

■ 4./21. 7. 1938: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag am 14. Juli *aus außenpoliti-*

*sch*en Gründen keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 11. 8./13. 8. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99711; Hepp, Liste 59 (9; 40f.: *Ehefrau* u. K) ~ D Die Erwerbsfrau nach dem Rechte des Bürgerlichen Gesetzbuches, Hannover 1900 ~ B BHdE I, 1980, S. 253 ; AoRD, 2007, S. 124; www.joodsmonumet.nl: Foto einer mutmaßlich im „Aufbau“ erschienen undatierten Todesanzeige, unterzeichnet von Henry Gumbert (Sydney): „Erst heute erreicht uns die schmerzliche Nachricht, dass unser geliebter Vater und Grossvater Dr. Arthur Gumbert (früher Hannover) im Herbst 1942 in Amsterdam sanft entschlafen ist.“

H

297 Haberer, Max, Dr. jur. (Heidelberg 1921; *Entziehung* 1939) ~ * 27. 7. 1893 Friesenheim – 12. 11. 1955 New York; ♂ 1922 Laura Wertheimer (* 1896 Altdorf b. Lahr).

Frontkämpfer ~ seit 1923 Rechtsanwalt (Offenburg, Hauptstr. 13), 1932/33 assoziiert mit Berthold Moch (1907–1994 Kapstadt, 1933 Berufsverbot, 1936 Emigration) ~ seit 1924 Schriftführer der CV-Ortsgruppe ~ Mitglied der am 6. 12. 1933 gegr. Ortsgruppe des Zionistischen Vereins für Deutschland ~ Aug. 1935 nach Warnung vor Denunziation und bevorstehender Verhaftung Flucht in die Schweiz ~ nach Verhaftung seines Bruders Leo „als Reprise“ Rückkehr ~ Verurteilung wegen versuchten Devisenvergehens zu 1 ½ Jahren Haft und einer Geldstrafe von 13.000 RM ~ bis Juni 1937 in Haft ~ Dez. 1937 Emigration (New York, USA) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 29. 12. 1938: Gestapo Karlsruhe (Hahn) an Gestapa.

■ 16. 1./28. 3. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB Washington am 3. März *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 17./19. 4. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99779; Hepp, Liste 107 (36; 37–39: *Ehefrau* u. K; der ältere Sohn Martin ist als amerikanischer Soldat 1944 gefallen) ~ D Das Verhältnis der V.O. vom 18. 1. 1917 über den Rechtsirrtum zum geltenden und zum künftigen Strafrecht, 1921; Moritz, 2001, S. 556 ~ B BArch, R 3001/58552 ~ Kähni, 1969, S. 104; Ruch, 1995, S. 236–238; ders., 2013, S. 208 ~ Gedenkbuch im Salmen (Offenburg) 2010/11: www.gededenkstaetten-suedlicher-oberrhein.de: M. Haberer (Lisa Decker, 2010/11), B. Moch (Ronja Brixel, 2011/12).

298 Hachenburg, Hans, Dr. jur. (Heidelberg) ~ 24. 12. 1897 Mannheim – 5. 2. 1975 Mannheim; V: Dr. h. c. Max H. (1860–1951 Berkeley, Cal./USA; seit 1885 Rechtsanwalt in Mannheim ~ 1907–1933 DAV-Vorstandsmitglied, seit 1930 Ehrenmitglied ~ seit 1919 Vorsitzender des Anwaltsvereins Mannheim ~ bis 1933 Mitherausgeber der „Deutschen Juristen-Zeitung“ und der „Juristischen Wochenschrift“ ~ 1934 Umzug zu seinem Sohn nach Heidelberg ~ 9./10. 11. 1938 Verwüstung der Kanzlei ~ Berufsverbot ~ Juni 1939 Emigration über die Schweiz nach England, zuletzt in Berkeley/USA ~ anlässlich seines 90. Geburtstages zum Ehrenmitglied des Deutschen Anwaltsvereins ernannt; bei-

gesetzt auf dem Jüd. Friedhof in Mannheim); ♂ 1924 Dr. phil. (Heidelberg 1922) *Hildegard Marie Luise Thomas* (1899–1975, *AdoptivS*: Ulrich, * 1926, 1944 Namensänderung: Roger William Harrison), 1944 *Ausbürgerung* →A .

Dekorierter *Frontkämpfer* ~ seit 1924 Rechtsanwalt (Mannheim) in Sozietät mit seinem *Vater*, seinem Onkel Dr. Sigmund Strauß, dessen Sohn Dr. Herbert Strauß sowie seinem Schwager Dr. Fritz Bing ~ nach Festnahme in der „Reichskristallnacht“ vom 11. 11. bis 26. 12. 1938 *Schutzhaft* (Dachau) ~ Berufsverbot ~ als *Konsulent* (Mannheim) zugelassen ~ 1939 Emigration (England) ~ 1940 interniert (Isle of Man) ~ 14. 10. 1946 Rückkehr ~ seit 16. 2. 1948 im Justizdienst, zuletzt Landgerichtsdirektor (Heidelberg) ~ Hildegard Hachenburg *folgte* laut Ausbürgerungsantrag der Gestapo ihrem Ehemann *Anfang April 1939 in die Emigration nach* ~ gemäß J. Schadt – in der Einleitung zu den Erinnerungen von Ulrich H. – emigrierte H. Hachenburg mit seiner Ehefrau und seinem Sohn erst „Pfingsten 1939“ über Zürich nach England; U. Hachenburg – bis 1939 Schüler der Schule Schloß Salem – wurde nach seiner Darstellung „in die Schweiz ‚geschmuggelt‘“ und gelangte von dort zu seinen Eltern ~ 1940 ebenfalls denunziert und als feindliche Ausländerin inhaftiert (Frauengefängnis Holloway) ~ nach der Rückkehr für den Verlag F. H. Kerle (Heidelberg) als Übersetzerin tätig.

A 7. 3. 1944: Gestapo Karlsruhe (Dr. Faber: Antrag betreffend *Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit* der Ehefrau [*soll im Besitze des Dokortitels sein, wann u. an welcher Universität und Fakultät sie promoviert hat, ist hier nicht festzustellen bezw. bekannt*]) an RSHA.

■ 12. 5./17. 7. 1944: RMdI/AA (nachdem das Referat Recht XII am 27. Juni die Anfrage von Inland II A (v. Thadden, 16. Juni), *ob eine Meldung über Internierung der deutschblütigen Dr. H. Hachenburg vorliege, negativ*

beantwortet hatte; die Zustimmungserklärung – am 22. Juli z.d.A. genommen – hatte v. Thadden zuvor den Referaten Inland I (SA-Brigadeführer Frenzel), Pol. I Großbritannien sowie Recht III und VIII *mit der Bitte um Kenntnissnahme* übersandt.) ~ 5./9. 12. 1944: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99995; Hepp, Liste 354 (20: *Ehefrau*; eine Ausbürgerung des jüdischen Ehemannes und des Sohnes erübrigten sich nach Erlass der 11. VO z. RBürgG vom 25. 11. 1941) ~

D H. Hachenburg, Falsche Anschuldigung und Beleidigung, 1923; H. Thomas, Die rechtlichen Festsetzungen des pactum Ludovicianum von 817. Ein Beitrag zur Echtheitsfrage, Weimar (1921) ~ B Nachl.: StadtA Mannheim ~ Max Hachenburg, Lebenserinnerungen eines Rechtsanwalts und Briefe aus der Emigration, hg. u. bearb. v. Jörg Schadt, Stuttgart [u. a.] 1978, S. 59/Anm. 18; Hans-Joachim Fliedner, Die Judenverfolgung in Mannheim 1933–1945. Darstellung und Dokumente, Stuttgart [u. a.] ²1991, S. 503–505 (Dok. Nr. 181); Göppinger, ²1990, S. 338; Fritsche, 2013, S. 841 f. (zum Vermögensschaden durch den Praxisverlust und zur Entschädigung im Jahre 1958) ~ Zu Max Hachenburg: Nachl.: StadtA Mannheim ~ Lebenserinnerungen, 1927 (1978 ediert s. o.) ~ Roger William Harrison (vormals Ulrich Hachenburg), Max Hachenburg. Lebensabend eines Rechtsanwalts in der Emigration, hg. u. bearb. v. Jörg Schadt, Veröffentlichung der Freunde des Stadtarchivs Mannheims e. V. 2001 ~ AnwBl 1 (H. 3 v. Nov. 1950), S. 41 f.; NDB 7 (1966), S. 405 f. (Konrad Duden); Watzinger, ²1987, S. 95–97; Bad. Biographien N.F. III (1990), S. 113–115 (Adolf Laufs); Göppinger, ²1990, S. 285; Krach, 1991, S. 433; Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 114; Peter Hommelhoff, Flexible Finanzierung der Aktiengesellschaft – Max Hachenburg und das anglo-amerikanische Recht, in: Lutter/Stiefel/Hoeflich, 1993, S. 213–219; Deutsche Juristen jüdischer Herkunft, 1993, S. 415–428 (Karl Otto Scherner); Jüdisches Leben in Baden (2009), S. 237–239 (Ulrich Niess); Fritsche, 2013, S. 386 (zum Verkauf der Fachzeitschriften aus der Kanzleibibliothek) ~ Schicksal der weiteren Kinder von M. Hachenburg und des Soziums S. Strauß: Die älteste Tochter Grete (* 1890, ♂ F. Bing, * 1882) emigrierte 1934 mit ihrer Familie nach Holland; 1942 wurde die Familie – zum Katholizismus konvertiert – mit Ausnahme des älteren als Journalist in Paris arbeitenden und 1943 in die Schweiz geflüchteten Sohnes –

verhaftet und nach Auschwitz deportiert. Als französischer Presse-Offizier kontrollierte Jean Michel Bing-Fromont (1914–1989) von 1946 bis 1949 die Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“, die in Koblenz, im französischen Besatzungsgebiet, ihren Sitz hatte (Otto B. Roegel, Kontrolleur, Starthelfer und Kollege, Rheinischer Merkur Nr. 1 v. 6. 1. 1995, nachgedruckt in: Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim e. V. 2001, S. 29–33) ~ Die (1935 evangelisch getaufte) Tochter Liese (* 1892) – in Heidelberg zurückgeblieben – wurde Anfang März 1943 ebenfalls nach Auschwitz deportiert. Der Verschleppung nach Gurs im Okt. 1940 entzog sich die Schwägerin durch Vergiftung; der Schwager S. Strauß (* 1867) überlebte den *Selbsttötungsversuch* und starb 1942 in Theresienstadt; die Privatbibliothek von S. Strauß – „Ende der 1930er Jahre“ (Christiane Fritsche) in den Besitz der Stadtbibliothek Mannheim gelangt – wurde nach 1945 an dessen Söhne zurückgegeben; Hachenburg, Erinnerungen, 1978, S. 11–13, 115 f.; Göppinger, ²1990, S. 238 (F. Bing); Moraw, 1996, S. 546 (G. Hachenburg); Schiller, 1997, S. 470; Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten, 2004, S. 439; Giovanni/Rink/Moraw, 2011, S. 155–157; Fritsche, 2013, S. 386, 490 f., 841 f.; Möll, Bd. I (2015), S. 288–292 (Christoph Schmider).

299 Hahn, Oskar → I. 23

300 Halle, Felix, Prof. ~ 1. 5. 1884 Berlin – 3. 11. 1937 Butowo b. Moskau (erschossen); ∞ Ruth Kamvich (1886 Berlin – 11. 10. 1937, Suizid).

Einer der bekanntesten kommunistischen Rechtsberater, ohne Parlamentsmandat und ohne Zulassung als Rechtsanwalt (Berlin) ~ 1918 zum Professor (Preußen) ernannt (ohne akademische Lehrtätigkeit) ~ Syndikus der KPD-Fraktion im Reichstag und im Preußischen Landtag ~ Leiter der Juristischen Zentralstelle der RHD ~ nach dem Reichstagsbrand kurze Zeit in Haft ~ Emigration (Prag, Paris, Moskau) ~ 1935 in der Schweiz ~ Okt. 1935 *Verbot sämtlicher Schriften* (Liste 1) ~ 1936 *Ausbürgerung* ~ Anfang 1937 mit einem Schweizer Pass als *Otto Wiess* Rückkehr in die Sowjetunion ~ 1941 *Sonderfahndungsliste UdSSR (RSHA*

IVA 1: ist zu prüfen, ob sie [weniger gefährliche Personen] nicht als V-Personen Verwendung finden können).

A Niederschrift zur fünften Ausbürgerungsliste – Kurze Begründung der Entscheidung: *Jüdisch kommunistischer Schriftsteller. Als Vertreter von Organisationen kommunistischer Juristen trat er in zahlreichen Versammlungen in Rußland als Hetzredner gegen Deutschland hervor [...] und beteiligte sich besonders an der im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrandprozeß einsetzenden Hetze.* ~ Pressemeldung (dnb Berlin, 3. März): *jüdisch-kommunistischer Schriftsteller, trat in zahlreichen Versammlungen in Rußland als Hetzredner gegen Deutschland hervor. Er richtete hierbei gehässige Angriffe gegen die deutsche Justiz in Deutschland und betätigte sich besonders an der im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrandprozeß einsetzenden Hetze.*

■ 29. 2./3. 3. 1936: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99646; Hepp, Liste 5 (8) u. Liste 12 (11; 15/16. 4. 1937: *Ehefrau [Kämmrich]*); Köln. Ztg. Nr. 117 v. 4. 3. 1936, Morgenblatt ~ **B** SwissA, 1 Dossier (Schweizerische Kreditanstalt/Credit Suisse 1933–2001) ~ BHdE I, 1980, S. 266; Kritische Justiz, 1988, S. 153–163 (Ulrich Stascheit); Tischler, 1996, S. 119; Josef Schwarz, *Zu Unrecht vergessen: Felix Halle und die deutsche Justiz*, Schkeuditz 1997; Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 141–143; Brauns, 2003, S. 172, 305; Deutsche Kommunisten, ²2008, S. 341 f.; Personenlexikon der Sexualforschung, 2009, S. 255–257 (Manfred Herzer).

301 Hamburger, Max, Dr. jur. et rer. pol. (Würzburg 1921; *Entziehung* 1940) ~ 31. 5. 1897 Kitzingen – 3. 2. 1970 New York; gesch.

Frontkämpfer (Unteroffizier) ~ seit 1924 Rechtsanwalt (Würzburg) ~ veröff. im Verlag Bensheimer „Treu und Glauben im Verkehr. Ein Handbuch“ (1930) und „Deflation und Rechtsordnung“ (1933) ~ 1937 Leiter der „Arbeitsgemeinschaft für Beratung und Wirtschaftshilfe“ bei der Jüdischen Gemeinde ~ Nov. 1938 Verwüs-

tung der Wohnung ~ bis 15. 12. 1938
Schutzhaft (Dachau) ~ Berufsverbot ~ Zulassung als *Konsulent* ~ Juli 1939 Emigration (England) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ seit 1948 in USA ~ Dozent an der New School for Social Research in New York ~ Rechtsphilosoph ~ die Mutter Natalie Hamburger geb. Kahn (1872–1943 Theresienstadt) und ein Bruder wurden Opfer der Verfolgung der Juden.

A 21. 9. 1939: Gestapo Würzburg (Wickl-mayr) an Gestapa.

■ 13. 10. 1939: RFSS ~ 25./29. 1. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99831; Hepp, Liste 153 (61) ~ D Notwehr und Verteidigung durch Schutzvorrichtungen, 1921; Rupp, 2011, S. 164 f. ~ E Dr. Max Hamburger, *The awakening of Western legal thought*. Transl. by Bernard Miall, London: Allen & Unwin 1942: *Morals and law. The growth of Aristotle's legal theory*, New Haven 1951 ~ B BArch, R 3001/58801 ~ Weber, 2006, S. 213.

302 Hamburger, Richard, Dr. jur. (Greifswald 1919; *Entziehung* 1940) ~ 17. 4. 1894 Bremen; Ⓞ Hedwig Pfeiffer (* 1904 Guatemala).

Rechtsanwalt und Notar (Bremen) ~ als Kind evangelisch getauft ~ dekoriertes *Frontkämpfer* (verwundet) ~ 1934 längere „Auslandsreise“ und Emigration (Chile) ~ bis zum Berufsverbot 1938 aber noch als Anwalt in Bremen zugelassen ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ im Wiedereinbürgerungsverfahren und nach vergeblichen Bemühungen seines Anwalts um Wiederverleihung der entzogenen akademischen Würde wandte sich H. am 28. 4. 1958 selbst an den Rektor der Universität Greifswald und bat, die Gründe für die Entziehung mitzuteilen und das „Unrecht“ wiedergutzumachen: „Diese peinliche Ueberraschung [Kenntnis von der *Entziehung* des Dokortitels] veranlasst mich zu dieser Eingabe. Es ist mir nicht bekannt, ob nach den Statuten der Greifswalder Universität ein rechtmässig

erworbener Dokortitel entzogen werden kann. Wenn das überhaupt zulaessig sein sollte, so doch gewiss nicht ohne schwerwiegende Gruende. Die einzige Erklarung, die ich finden kann, koennte eine Anordnung der NSDAP an die Universitaeten gewesen sein, allen Personen den Dokortitel zu entziehen, die der deutschen Staatsangehoerigkeit für verlustig erklart worden waren. Dafuer spricht auch die zeitliche Folge der Maßnahme. Fuer die Entziehung der Staatsangehoerigkeit fehlt mir (der ich mich niemals politisch betaetigt habe) allerdings auch jede Erklarung, wenn man nicht meine ‚nichtarische‘ Abstammung (ich bin evangelischen Glaubens) als Grund annehmen will.“ Die Universität beschloss daraufhin am 3. 9. 1958, dass „künftighin die unter dem faschistischen Regime aberkannte Doktorwürde nicht wieder zuerkannt, sondern der faschistische Beschluß aufgehoben“ wird; entsprechend wurde offenbar im Fall Hamburger verfahren (zit. nach Alvermann).

A 13. 3. 1939: Gestapo Bremen an Gestapa.

■ 21. 4./31. 5. 1939: RFSS/AA ~ 20./25. 6. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99863; Hepp, Liste 185 (45; 46–48: *Ehefrau* u. K) ~ D Beitrag zur Lehre von den Gebietsveränderungen, Greifswald 1919; Alvermann, 2003, S. 18 ~ B BArch, R 3001/58802 ~ Bruss, 1983, S. 27–38; Helling, 1990, S. 290 f., 330 f.

303 Hammerschlag, Emil, Dr. jur. (Erlangen 1898; *Entziehung* 1940) ~ 18. 3. 1875 Harmuthsachsen/Kreis Witzenshausen – 1956 England; Ⓞ Emma Frankenberg (1889–1967 Tel Aviv).

Rechtsanwalt und Notar (Magdeburg) ~ 1919–1931 Stadtverordneter (SPD) ~ beglaubigte 1924 die Gründungsurkunde des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ~ 1933 Berufsverbot ~ 1939 Emigration (Tel Aviv, Palästina) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 7.8.1940: Gestapo Berlin an RSHA.

■ 22./24.10.1940: RFSS/AA ~ 25./28.11.1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99890; Hepp, Liste 211 (20; 21: *Ehefrau*) ~ **D** Geltung und Tragweite des Satzes „Universitas non delinquit“ nach gemeinem Civilrecht, Halle/Saale 1898; Mertens/Fekeitsch-Weber, 2010, S. 74 ~ **B** Prick, 2010, S. 58 (Korrektur irrtümlicher biographischer Angaben in: MBL, 2002, S. 255, u. Rechtsanwältin der RHD, 2002, S. 144); Lang, 2014, S. 746/Anm. 726.

304 Hannach, Erich Dr. jur. (Halle 1925; *Entziehung*) ~ * 29.9.1900 Lissa/Prov. Posen; ♂ Else Broder (* 1915 Berlin).

Seit 1928 Rechtsanwalt (Magdeburg) ~ 1933 Berufsverbot ~ bis 1938 Kaufmann (Prokurist der Fa, Philipp Hannach) ~ nach (9./10.11.) 1938 *Schutzhaft* (Buchenwald) ~ 1939 Emigration (England, Palästina, Australien) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ nach Erlangung der australischen Staatsbürgerschaft (1941) konnte auch die Ehefrau – 1940 nicht mit ausgebürgert, aber nun ebenfalls Australierin – im Juni 1944 zusammen mit der 1937 geb. Tochter Ruth nach Australien ausreisen ~ später Übersiedlung nach Israel (Tel Aviv).

A 13.4.1940: Gestapo Magdeburg (Dr. Leiterer) an RSHA.

■ 18./25.5.1940: RFSS/AA ~ 22.7.1940: RMdI/DRA

Q PA/AA, R 99872; Hepp, Liste 194 (102: * Risa) ~ **D** Das Kontrollrecht des commis intéressé, Magdeburg 1924; Zöllner, 1995, S. 25 ~ **B** BArch, R 3001/58888 ~ Prick, 2010, S. 59.

305 Happ, Emil ~ 13.5.1888 Pleschen, Prov. Posen; ♂ Hedwig Therese Betty Krause (* 1889 Hohenlandin, Krs. Angermünde).

Rechtsanwalt und Notar (Oderberg/Mark) ~ 1933 Emigration (Schweden) ~ 1937 *Steuersteckbrief* ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 28.6.1939: Gestapo Potsdam (Graf von Wedel) an Gestapa, aufgrund und in stellenweise wörtlicher Übernahme eines Antrags der Zollfahndungsstelle Potsdam v. 7.12.1938.

■ 17.7./11.8.1939: RFSS/AA (nachdem die DG Stockholm am 31. Juli *keine Bedenken* geltend gemacht und hinzugefügt hatte: *Der Landesgruppenleiter der NSDAP für Schweden schliesst sich dieser Stellungnahme an.*) ~ 16./21.9.1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99813; Hepp, Liste 135 (57; 58–60: [*deutschblütige*] *Ehefrau* u. K) ~ **B** BArch, R 3001/58965 ~ Jüd. Gemeinde Oderberg: www.eastgermanysynagogues.com.

306 Harmelin, Wilhelm, Dr. jur. (Leipzig 1926; *Entziehung* 1941) ~ 8.11.1900 Leipzig – 9.10.1967 London.

Seit 1927 Rechtsanwalt (Leipzig) ~ 1933 Berufsverbot ~ 1935/36 neun Monate wegen *Rassenschande* in *Schutzhaft* (Polizeigefängnis Leipzig, KZ Sachsenhausen) ~ November 1938 bei Übergriff auf die Wohnung Zerstörung seiner großen Musiksammlung und der vom Großvater Joachim Garfunkel (1827–1910) stammenden Bibliothek ~ 1939 Emigration (London) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1947 britische Staatsbürgerschaft.

A 17.9.1940: Gestapo Leipzig an RSHA.

■ 18./24.10.1940: RFSS/AA ~ 2./5.12.1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99891; Hepp, Liste 212 (53) ~ **D** Grundzüge der Geschichte und Verfassungen der öffentlich-rechtlichen religionsgesellschaftlichen Oberverbände des deutschen Judentums, 1926; Henne, 2007, S. 113 ~ **B** Lang, 2014, S. 361 f.

307 Harry, Leo Dr. (Heidelberg 1923) ~ 9.11.1897 Gnesen – 9.5.1983 Nizza; ♂ 1936 (Französin, Lehrerin).

Kriegsfreiwilliger (1916) ~ 1919 bei Kämpfen der Freikorps in der Provinz Posen verwundet ~ Flucht aus der Gefangenschaft ~

seit 1924 Rechtsanwalt (Wiesbaden) ~ Sozietät mit Rudolf Selig (1902–1942 Majdanek) ~ Frühjahr 1933 Antrag auf Wiederzulassung (*Frontkämpfer*) ~ Aug. – Okt. 1933 in *Schutzhaft* ~ das Verfahren vor dem Sondergericht Frankfurt/M. wegen Verbreitung von *Greuelmeldungen über die Behandlung der Juden in Deutschland* wurde eingestellt, da die Tat im Ausland [Wien] begangen wurde und nach § 4 RStGB. nicht verfolgt werden konnte (Ausbürgerungsantrag) ~ seit der Entlassung in Frankreich ~ Berufsverbot ~ bei Durchsuchung der Wohnung und Kanzlei Beschlagnahme u. a. von 100 wertvollen Büchern ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ nach 1940 untergetaucht ~ am 15. 10. 1944 in Nizza verhaftet und in das Durchgangslager Drancy überführt ~ Deportation nach Auschwitz durch Streik französischer Eisenbahner verhindert.

A 30. 11. 1938: Gestapo Frankfurt a. M. (Weiss-Bollandt) an Gestapa.

■ 11. 12. 1938/21. 1. 1939: RFSS/AA (nachdem das DGK Marseille am 9. Jan. *keine Bedenken geltend gemacht hatte*) ~ 15./ 17. 3. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99765; Hepp, Liste 99 (25) ~ D Zeugnisverweigerungsrecht bei Geheimhaltungspflicht (im Zivil- und Strafprozess), 1923; *Entziehung* nicht dokumentiert ~ B BArch, R 3001/59032 ~ Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 155 f.; Faber/Rönsch, 2011, S. 92–95 (Rolf Faber).

308 Hauptmann, Max Carl, Dr. jur. (Jena 1921; *Entziehung* (1940)) ~ 8. 4. 1897 Gera – 26. 9. 1961 Buenos Aires; ☉ 1938 (Buenos Aires) Ella Weile (* 1904 Hammerstein).

1914 Kriegsfreiwilliger (1916 in Verdun schwerverwundet) ~ seit 1924 Rechtsanwalt und später auch Notar (Gera) ~ Sozietät mit Dr. Rudolf Paul (1893–1978, 1946/47 Ministerpräsident des Landes Thüringen; nach der Flucht im Herbst 1947 seit 1948 Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt/Main) ~ Mitglied der DDP, de-

ren Landesvorsitzender Paul seit 1925 war ~ im April 1933 wurde „unter Verletzung des Gesetzes“ R. Paul – „Arier, Frontkriegsteilnehmer, aber mit einer Jüdin verheiratet“ – und seinem Soziet – „Jude, Kriegsteilnehmer und schwerkriegsbeschädigt“ – „das Notariat genommen und die Rechtsanwaltschaft entzogen“ (R. Paul) ~ Berufsverbot ~ 1936 Übersiedlung nach Berlin und Tätigkeit für die Fa. Halpert Export Compagnie (HEC) mit der Option, später für das Unternehmen eine leitende Tätigkeit in Südamerika zu übernehmen ~ 1937 auf Antrag Freigabe von drei Viertel seiner ausländischen Wertpapiere – bei unentgeltlicher Abgabe eines Viertels an die Golddiskontbank – durch den Präsidenten des Landesfinanzamts Thüringen (Devisenstelle) zur Vorbereitung der beabsichtigten Auswanderung nach Südamerika ~ nach dem erzwungenen Verkauf der HEC und der Auswanderung der in Gera wohnenden jüdischen Firmeninhaber Aufgabe der Tätigkeit ~ am 3. 6. 1938 verkaufte die Eidgenössische Bank in Zürich weisungsgemäß aus seinem Depot „3 % Obl[igationen] Schweiz. Bundesbahnen“ und überwies den Erlös in Höhe von 5.000 sfrs. „zu Gunsten der Deutschen Golddiskontbank, Berlin, an die Schweiz. Kreditanstalt, Zürich“ ~ Juni 1938 via Le Havre nun „ins Blaue“ (Argentinien) emigriert ~ Mai 1939 Einstellung der Versorgungsbezüge einschließlich Frontzulage“ und Beschlagnahme seines Kontos bei der Filiale Gera der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt (ADCA) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ nach verlustreicher Beteiligung an einer Radiowerkstatt Tätigkeit als freier Buchhalter ~ Stolperstein: Gera, vor der ehemaligen Kanzlei in der Johannisstr. 13 (2016; sein Vater und weitere Familienangehörige wurden Opfer der Judenverfolgung).

A 15. 4. 1939: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 29. 7./2. 12. 1939: RFSS/AA ~ 13./ 18. 3. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99839; Hepp, Liste 161 (52) ~ D Das Lügeverbot im Zivilprozeß, 1921 ~ B EAB, 60922 ~ Wolf, Bd. 1 (2000), S. 28; Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 144–146; AoRD, 2007, S. 145; www.stolpersteine-gera.de (29. 5. 2017) ~ Jürgen John, Der Thüringer Landes- und Ministerpräsident Rudolf Paul 1945 bis 1947. Darstellung und Edition, Köln 2017.

309 Hayn, Louis (Ludwig) ~ 8. 5. 1885 Leobschütz, O/S – 15. 4. 1943 Indianapolis, USA; ☉ Meta Hammerstein (1884–1954).

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ zunächst assoziiert mit Justizrat Albert Mosse (1846–1925), danach Bürogemeinschaft oder Sozietät mit Kurt → Boenheim ~ 1. 6. 1933 Berufsverbot ~ Emigration (Spanien, während des Spanischen Bürgerkriegs in Italien; Rückkehr nach Spanien) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ Sept. 1940 auf Veranlassung der Gestapo verhaftet (Barcelona) ~ KZ Miranda de Ebro ~ seit 28. 1. 1941 in USA.

A 24. 1. 1940: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an RSHA.

■ 20./28. 5. 1940: RFSS/AA ~ 15. 7./20. 7. 1940: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99869; Hepp, Liste 191 (94; 95 f.; *Ehefrau* u. K) ~ B BArch, R 3001/59936 ~ EAB, 162.740 ~ AoRB, 2007, S. 172; zu A. Mosse: www.kulturportal-west-ost.eu/biografien/mosse-albert-2 (Klaus Bürger; 29. 5. 2017).

310 Hayn, Heinrich → I. 24

311 Hecht, Max, Dr. ~ * 7. 2. 1903 Karlsruhe – 1992; ☉ Maria Antonie Aloisia Sautner (1909–1982).

1928 zum Katholizismus konvertiert ~ Rechtsanwalt (Offenburg/Baden) ~ 1. 4. 1939: Foto eines Boykottpostens vor der Anwaltskanzlei (Hauptstr. 15); tatsächlich hatte der Boykott keine Auswirkung auf die Praxistätigkeit, im Gegenteil ~ Juni 1933 Berufsverbot, ungeachtet einer Intervention des Erzbischöflichen Ordinariats Freiburg ~ während des November-

pogroms 1938 von Rechtsanwalt Karl Zippe in dessen Büroräumen versteckt ~ danach Emigration (São Paulo, Brasilien) ~ 1945 *Ausbürgerung* der Ehefrau und der Kinder.

A Aufgrund der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941 hatte *der Ehemann Dr. Max Israel Hecht* die deutsche Staatsbürgerschaft verloren; *die Feststellung des Verfalls seiner inländischen Vermögenswerte* hatte die Gestapo Karlsruhe am 3. 6. 1943 beim RSHA beantragt. Am 31. 8. 1944 stellte sie (Gmeiner) den Antrag auf *Ausbürgerung* der Ehefrau.

■ 23. 10./29. 12. 1944: RMDI/AA (Vor der Zustimmung stellte das AA nach Prüfung *hiesiger Kartei* fest, dass weder für die Ehefrau noch die Kinder eine *Interniertenmeldung* vorlag.) ~ 7. 2./17. 3. 1945: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 100059; Hepp, Liste 358 (3–5: *Ehefrau [deutschblütig]* (katholisch) u. K) ~ D „Dr.“ lt. Ausbürgerungsantrag; Diss. nicht ermittelt ~ B Ruch, 1995, S. 228 f., 237, 239 f.; Schiller, 1997, S. 469; Kißener, 2003, S. 137 f.; Borgstedt, 2012, S. 135 u. 351/Anm. 980 (Auszug aus einem Schreiben Hechts v. 3. 4. 1933 an das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg; GLA Karlsruhe, 240/Zug 1997/38 Nr. 1467).

312 Heckscher, Caesar, Dr. jur. (Jena 1902; *Entziehung* (1939)) ~ 6. 10. 1876 Hamburg – 5. 7. 1945 New York; GV: Johann Gustav H. (1797–1865, Advokat, Mitgl. d. Frankfurter Nationalversammlung 1848/49); ☉ 1910 Martha Klau (1891–1925).

Seit 1905 Rechtsanwalt (Hamburg) ~ Vorstandsmitglied der Deutsch-Israelitischen Gemeinde und des Delegierten-Kollegiums des Synagogen-Verbandes ~ Aug./Sept. 1938 in Untersuchungshaft ~ Okt. 1938 Emigration (Paris) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ nach Kriegsausbruch in Vichy, Toulouse und Marseille ~ Mai 1941 Emigration (Kuba) ~ seit April 1942 in USA.

A 22. 3. 1939: Gestapo Hamburg (Eichmann) an Gestapa.

■ 11. 4./9. 5. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB London gegen die Ausbürgerung *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 24./30. 5. 1939: RMdI/DRA ~ 30. 4./4. 5. 1940: RMdI (Duckart)/DRA: Verfallenerklärung des mit Bekanntmachung der *Ausbürgerung* beschlagnahmten Vermögens.

Q PA/AA, R 99790; Hepp, Liste 114 (34;35 T; eine Ausbürgerung der beiden älteren Schwestern ist nicht dokumentiert) ~ D Die Rechtsbehelfe des Käufers einer fremden Sache nach erfolgter Tradition, Hamburg 1902 ~ B Morisse, ²2013, S. 143 ~ Ari Sperling [Enkel], Vertreibung, Enteignung: Ein Mann will Gerechtigkeit, in: Hamburger Abendblatt, 26. 4. 2011: www.abendblatt.de (5. 9. 2019).

313 Heilbrunn, Karl ~ * 19. 6. 1880 Nordhausen – 1. 5. 1961 Heidelberg.

Rechtsanwalt (1937: Erfurt, Marktstr. 48/49) ~ in der Nacht vom 9. zum 10. 11. 1938 von SA-Männern in die Turnhalle der Oberrealschule gebracht: „Inferno“ der *Kristallnacht* – unter den Augen einer „Reihe von Polizeioffizieren“, die „auf der Empore der Halle standen“ und „dem furchtbaren Treiben dieser entsetzlichen Kulturschande unter ihnen mit Gleichmut zusahen, ohne für die eingebrachten 180 Juden auch nur einen Finger zu rühren“ ~ unter den Verhafteten und Mißhandelten neben Heilbrunn, dem „die Zähne eingeschlagen wurden“, die Rechtsanwälte Flesch, Dr. → Rudnicki, dem „ein Auge ausgeschlagen“ wurde, und Meyer, Vorsitzender der Synagogengemeinde ~ „am Morgen etwa ½ 5 Uhr“ Abtransport: „In Buchenwald war das Erste, was mit uns geschah, daß man uns von anderen Sträflingen das Kopfhaar scheren ließ. Dieses wuchs allmählich wieder nach. Das Letzte, was vor unserer Entlassung aus Buchenwald vor sich ging, daß uns das Haar wiederum geschoren wurde, damit wir in Freiheit als frühere Sträflinge erkennbar waren“ ~ 23. 11. 1938 aus der *Schutzhaft* mit

der Auflage entlassen, „Deutschland innerhalb kurzer Zeit zu verlassen“ ~ März 1939 Emigration ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 12. 5. 1939: Gestapo Erfurt (Hüttig) an Gestapa.

■ 12. 7./18. 8. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB London *Bedenken nicht geltend gemacht* hatte) ~ 3./6. 10. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99815; Hepp, Liste 137 (81) ~ B BArch, R 3001 59506 ~ Posthum veröffentlichte Erinnerungen Karl Heilbrunns an den Novemberpogrom 1938 in Erfurt („Inferno“): Aus der Geschichte der Juden in Erfurt (Teil 2), in: Nachrichtenblatt der Jüdischen Gemeinde von Gross-Berlin und des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik (Leipzig), Dez. 1978, S. 7–9 (Text S. 7 f. „weitgehend identisch“ mit der Aussage Heilbrunns „am 21. 11. 1949 im Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen NSDAP-Kreisleiter Franz Theine“, Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg, Bestand B I/38 Nr. 5 37; vgl. Novemberpogrom 1938 in Erfurt, 2014, S. 9, 46/Anm 52) u. 62 f. ~ Wolf, Bd. 1 (²2000), S. 216.

314 Heims, Eduard (Edward), Dr. jur. (Berlin 1914; *Entziehung* 1942) ~ 28. 11. 1884 Berlin – 7. 9. 1964 (Suizid) USA; V: Dr. Paul Heymann (seit 1918: Heims-Heymann, 1849–1931); seit 1917 Führung des Namens Heims; ♂ II. *Hildegard* Elisabeth Anna Pauline Hartmann (* 1906 Breslau).

Als Assessor aus dem Justizdienst beurlaubt und 1914–1918 Hilfsarbeiter in der II. (handelspolitischen) Abteilung des AA ~ deren Leiter, Dr. Hermann Johannes, regte die Namensänderung „wegen möglicher Nachteile in dieser Laufbahn“ an und befürwortete die entsprechende Eingabe, der am 29. 3. 1917 stattgegeben wurde ~ 1919–1921 persönlicher Hilfsarbeiter von Walter Simons, der nach seinem Ausscheiden als Justitiar des AA als Geschäftsführendes Präsidialmitglied die Leitung der Reichsvereinigung der Deutschen Industrie übernommen hatte ~ 1921/22 Regie-

rungsrat im Reichsfinanzministerium ~ seit 1923 Rechtsanwalt (Berlin) ~ seit 1926 zugleich Geschäftsführer der International Mortgage and Investment Corporation (Baltimore/Berlin) ~ 31. 5. 1933 Zulassung zur Rechtsanwaltschaft zurückgenommen, weil er nicht arischer Abstammung ist ~ Aug. 1933 Emigration (London) ~ 1936 Steuersteckbrief ~ daraufhin von der International Mortgage and Investment Corporation (London) fristlos entlassen ~ nach Vermögensauflösung durch Rechtsanwalt Dr. Fritz Fenthol Zahlung der Reichsfluchtsteuerschuld in Höhe von 78.417,50 RM ~ nach Aufhebung des Steuersteckbriefs 1937 weiter in die USA emigriert ~ 1941 Ausbürgerung ~ Mai 1953 unter Befreiung von der Residenzpflicht wieder als Rechtsanwalt zugelassen (Berlin).

A 9. 10. 1940: Gestapo Berlin (Rothmann) an RSHA.

■ 16./20. 6. 1941: RFSS/AA ~ 4./6. 8. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99919; Hepp, Liste 248 (77; 78: Ehefrau; eine Ausbürgerung der Kinder aus 1. und 2. Ehe ist nicht dokumentiert) ~ D E. Heymann, Territorialitätsprinzip und Distanzdelikt. Versuch einer materiellen Theorie des internationalen Strafrechts, Berlin-Schöneberg 1914 ~ Q BArch, 3001/59544 ~ EAB, 62306 (darin: Auszug aus der OFP-Akte) ~ WGA Datenbank ~ NDB 8, 1969, S. 277 f. (Manfred Stürzbecher: P. Heims-Heymann); BHdE I, 1980, S. 280; AoRB, 2007, S. 172; Bergemann, 2012, S. 166 f. ~ H. Johannes: BHdAD II, 2005, S. 439 f.

315 Heinemann, Wilhelm Hans, Dr. jur. (Köln 1930) ~ * 1. 2. 1907 Köln; ♂ 1931 Anna Maria Franziska Engels (* 1931 Köln).

Seit 26. 9. 1932 Rechtsanwalt (Köln) ~ 1933 Berufsverbot ~ 1936 Emigration (Holland; Schweden) ~ 1944 Ausbürgerung.

A 8. 5. 1943: DK Göteborg (Below) an AA: *Unter Bezugnahme auf den Erlass des Auswärtigen Amts vom 18. Dezember v. J., D III 7009, wird der [...] in Aled wohnhafte*

Mischling I. Grades [...] zur Ausbürgerung aufgegeben. Der Genannte erhielt auf einen am 19. Januar d. J. gestellten Antrag auf Verlängerung seines am 31. Januar d. J. ablaufenden deutschen Reisepasses den Bescheid, dass der Pass nur verlängert werden könne, falls er sich zur Rückkehr in das Reichsgebiet in absehbarer Zeit bereit erkläre. Obwohl Heinemann wiederholt an die Angelegenheit erinnert und auf die staatsrechtlichen Folgen einer Ablehnung hingewiesen wurde, war eine Stellungnahme von ihm nicht zu erreichen. Es muss daher angenommen werden, dass er nicht gewillt ist, der Rückkehraufforderung Folge zu leisten. Irgendwelche Gründe, die gegen die Ausbürgerung sprechen könnten, liegen nicht vor. Heinemann war danach mit der [...] deutschblütigen [...] Franziska Engels verheiratet. [...] Bis Februar 1936 war Heinemann mit seiner Familie in Köln, Sülzgürtel 66, wohnhaft. Seinem Vater war bereits 1939 die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden.

Am 21. Mai übersandte das AA (v. Thadden) dem RFSSuChdDtPoliRMdI eine Durchschrift der Mitteilung mit der Bitte um Kenntnisnahme und dem Anheimstellen, das Weitere zur Ausbürgerung des Mischlings I. Grades Dr. Wilhelm Hans Heinemann zu veranlassen: *Die Leitung der A.O. der NSDAP und das Wehrbezirkskommando Ausland in Berlin sind verständigt worden.* Am 31. 8. 1943 beantragte auch die Gestapo Köln (z. Zt. Bad Godesberg; i. V. Schwitzgebel) die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Emigranten; die genannten Gründe der Ausbürgerung entsprechen den Angaben des DK Göteborg, lediglich ergänzend: *H. besitzt im Inland kein Vermögen.*

■ 31. 1./23. 2. 1944: RMdI/AA ~ 23. 5./ 8. 6. 1944: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99976; Hepp, Liste 329 (36; 37–40: Ehefrau u. K); Liste 124 (6f.: Eltern) ~ D Die allgemeinen Arbeitszeitbestimmungen aus dem Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes vom 21. Januar 1929, Hoffnungsthal-Köln 1930; Entzie-

bung nicht dokumentiert ~ B BArch, R 3001/59613 ~ Luig, 2004, S. 209.

316 Henschel, Richard Helmut, Dr. jur. (Greifswald 1919) ~ 6. 9. 1889 Berlin – 12. 7. 1960 Meran; V: Rechtsanwalt Martin Henschel (Justizrat, gest. 1933); ♂ 1. Lotte Hempel (gest.), 2. Martha Handerle (gesch.), 3. 1941 Gerda Phieler (* 1908).

Seit 1923 Rechtsanwalt und seit 1930 Notar (Berlin) ~ 14. 7. 1933 Berufsverbot (als *Frontkämpfer* nicht anerkannt) ~ 1936 Emigration zusammen mit seiner späteren Ehefrau (via Schweiz und Italien nach Lissabon) ~ Kaufmann ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ Okt. 1941 Emigration nach Kuba ~ 1948 kubanische Staatsbürgerschaft ~ Fabrikation von Lederwaren (Havana) ~ Rückwanderung via New York und Triest nach Italien (Meran).

A 31. 8. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 23. 9./31. 10. 1938: RFSS/AA (nachdem die DG Lissabon am 16. Okt. mitgeteilt hatte, dass gegen die *Ausbürgerung keine Bedenken* bestehen) ~ 3./6. 12. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99744; Hepp, Liste 83 (13; wie im Entschädigungsverfahren angegeben, hatte Gerda Henschel durch ihre Eheschließung die deutsche Staatsangehörigkeit verloren) ~ **D** Die Bedeutung mündlicher Abreden neben schriftlichen Verträgen, Greifswald 1919; *Entziehung* nicht dokumentiert ~ B BArch, R 3001/59930 ~ EAB, 63092 ~ AoRB, ²2007, S. 173.

317 Herrmann, Willy (Wilhelm), Dr. jur. (Würzburg 1907; *Entziehung* (1940)) ~ 15. 3. 1881 Altenkunstadt – 26. 7. 1940 Albi/Frankreich; ♂ Hedwig Lewald (* 1880 Würzburg).

Seit 1909 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ Nov. 1938 Schock nach Verwüstung der Wohnung in der *Kristallnacht* ~ 1939 Emigration (Frankreich) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ nach Kriegsausbruch im Lager Albi (Département Tarn) interniert ~ die Witwe

überlebte im Untergrund und emigrierte 1954 in die USA.

A 5. 10. 1939: Gestapo Nürnberg (Dr. Kießel) an Gestapa.

■ 27. 10. 1939: RFSS; Zustimmung des AA nicht ermittelt ~ 8./12. 2. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99.835; Hepp, Liste 157 (43; 44: *Ehefrau*) ~ **D** Der § 200 des Reichsstrafgesetzbuches, Rothenburg o. d. T. 1907; Rupp, 2011, S. 168 f. ~ B BArch, R 3001/60125 ~ Weber, 2006, S. 278.

318 Hertz (später: Hart), Friedrich (Fritz) Michael, Dr. jur. (Heidelberg 1925) ~ * 9. 11. 1901 Karlsruhe; ♂ *Erna* Rosa Hirsch (* 1902 Weinheim a. d. Bergstr.).

Seit 1928 Rechtsanwalt (Karlsruhe) ~ seit 1929 in Sozietät mit Dr. Jacob Marx (1880–1938 Nizza) und Dr. Reinhard Anders (1898–1970, Sozius seit 1924; nach 1945 erster Präsident der Karlsruher Anwaltskammer) ~ 1933 Berufsverbot ~ Leiter der Zweigniederlassung Pirmasens der väterlichen Ledergroßhandlung Gebr. Schnurmann Nachf. (Karlsruhe) ~ Mai 1938 Emigration ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 23. 2. 1939: Gestapo Karlsruhe (Hahn) an Gestapa.

■ 11. 3./7. 7. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Gesandtschaft San Francisco am 2. Juni *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 7. 8./10. 8. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/.807; Hepp, Liste 130 (69; 70–72: *Ehefrau* u. *T*) ~ **D** Zweckbegriff und juristische Person, 1925; *Entziehung* nicht dokumentiert ~ B Werner, ²1990, S. 236; Gedenkbuch für die Karlsruhe Juden: www.gedenkbuch.informedia.de/gedenkbuch.php?PID=12&name=2828 (*Henriette Marx*: Wolfgang Strauß, Nov. 2007), Zugriff: 5. 6. 2017: Die Sozietät Marx und Anders wurde nach der Auflösung 1936 zunächst von dem (evangelisch-lutherischen) Partner Anders, wegen einer jüdischen Großmutter zeitweise mit Berufsverbot belegt, unter dem Namen Hamm, Haidinger, Müller-Wirth, Auer, Maschke fortgeführt; Henriette Marx, die

Ehefrau von J. Marx, und ihre Tochter Gertrud wurden Opfer der Judenverfolgung; Elizabeth Foulkes [Tochter v. J. Marx], I wanted to try and make a new life, in: *Leben danach*, [2003], S. 393–409; Stolpersteine: Karlsruhe, Beethovenstr. 1; www.collegae.de: Rechtsanwältin Hamm & Kollegen, Karlsruhe, Chronologie der Anwaltskanzlei; J. Marx war Mitglied der Soncino-Gesellschaft, vgl. Schumacher, 2012, S. 195.

319 Herzfeld, Ernst Salomon → I. 25

320 Herzfeld, Ernst Julius, Dr. jur. (Köln 1928) ~ 6. 10. 1905 Essen – 1961 Buenos Aires: *V*: → Ernst H.; *B*: → Walter H.

1931–1933 Rechtsanwalt ~ Berufsverbot ~ Versicherungsagent ~ seit 1934 in Brüssel ~ 1938 Emigration (Argentinien).

A Am 17. 3. 1934 übersandte der Reg.-Präs. Düsseldorf der DG Brüssel *1 Heft Vorgänge betreffend das Ausbürgerungsverfahren des dort lebenden jüdischen Rechtsanwalts Dr. Julius Herzfeld mit dem ergebnen Ersuchen, H. beobachten zu lassen und das Ergebnis der Beobachtungen mir spätestens bis zum 1. 12. 1934 mitzuteilen.* ~ Das Amt, am 21. Apr. unterrichtet (*Rechtsanwalt Dr. Julius Herzfeld hält sich nach Mitteilung der hiesigen Polizeibehörde in Ixelles-Brüssel, rue de Praetere Nr. 26, auf. Näheres über ihn konnte hier bisher nicht in Erfahrung gebracht werden. Für die beantragte Beobachtung des Genannten stehen der Gesandtschaft keine Mittel zur Verfügung.*), übersandte die Unterlagen am 30. 4. 1934 an das RMDI *mit dem Anheimplen weiterer Veranlassung;* → Ernst Salomon Herzfeld.

Q PA/AA, R99997; Ausbürgerung nicht dokumentiert ~ **D** Die Konsortien zur Beherrschung einer Aktiengesellschaft, Essen 1928; *Entziehung* nicht dokumentiert ~ **B** BArch, R 3001/60192 ~ BHdE I, 1980, S. 291; Schröter, 1980, S. 581; Walk, 1988, S. 150; Schmalhausen, 2006, S. 67.

321 Herzfeld, Ernst Robert Kurt → I. 26

322 Herzfeld, Walter, Dr. jur. (Hamburg 1934) ~ 24. 10. 1907 Essen – 1968 New York; *V*: → Ernst H.; *B*: → Julius H.; ∞ Ruth Hirsch (* 1911 Berlin).

1933 Rechtsreferendar (Berufsverbot) ~ Emigration (Paris) ~ Studium (Licencié en droit) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ während des Krieges zunächst in der Fremdenlegion, dann in die USA emigriert ~ 1943 Bar Examen ~ *Anwalt* (New York).

A 5. 8. 1940: RSHA (Engelmann) an RMDI:

■ 5./16. 8. 1940: RFSS/AA ~ 24./28. 10. 1940: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99884; Hepp, Liste 205 (45; 46: *Ehefrau*) ~ **D** Fehlerhafte Abtretung von Geschäftsanteilen einer G.m.b.H. und ihre Folgen, Düsseldorf 1934; *Entziehung* nicht dokumentiert ~ **B** LBI, Walter Herzfeld Collection ~ Schmalhausen, 2006, S. 123.

323 Herzstein, Max → I. 27

324 Heß, Karl, Dr. jur. (Heidelberg 1923) ~ 13. 1. 1900 Darmstadt – 15. 4. 1975 Porto Allegre, Brasilien; ∞ Frieda Ranis (* 1902 Gr.-Zimmern).

Seit 1926 Rechtsanwalt (Darmstadt) ~ 1933 Emigration (Frankreich; Brasilien) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ Kaufmann, später sechs Jahre Leiter URO-Zweigstelle in Rio de Janeiro ~ 1954 Wiederannahme der deutschen Staatsbürgerschaft ~ 1955 erstmals wieder in Darmstadt ~ 1963–1968 juristischer Mitarbeiter im Rechtsamt der Stadt Darmstadt ~ 1973 Rückkehr nach Brasilien.

A 3. 9. 1940: Gestapo Darmstadt (Fentz) an RSHA.

■ 23./10. 10. 1940: RFSS/AA ~ 25./28. 11. 1940: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99890; Hepp, Liste 211 (52: Hess; 53: *Ehefrau*) ~ **D** Die Verbürgung der freien Meinungsäußerung nach geltendem Recht, 1923; *Entziehung* nicht dokumentiert ~ **B** Bergemann, 2012.

325 Hesse, Walther ~ * 9. 10. 1881 Quedlinburg/Harz; ⚭ Alice Fanny Gumpel (* 1895 Hamburg).

Seit 1913 Rechtsanwalt (Guben, seit 1927 auch Forst/Lausitz; 1937: Guben, Klosterstr. 11) und seit 1920 Notar ~ am 7. 4. 1933 übersandte der preußische Landtagsabgeordnete Wilhelm Kube (NSDAP) seinem Fraktionskollegen Ministerialdirektor Dr. Roland Freisler ein Denunziations schreiben des Pg. Saage (Berlin) vom 5. April, in dem es u. a. heißt: *Herr Rechtsanwalt Walter Hesse in Guben N.L. ist getaufter Jude. Nach der November-Revolution war er, wenn er befragte wurde, wieder reiner Jude. Schon als Schüler war er ein ausgesprochen frecher Jüngling [...]. Er wurde in Bayern Offizier [...] Scheidemann war ein intimer Freund, wie er überhaupt in der sozial-demokratischen Partei war. – Die Demokraten waren ihm nicht scharf genug. Noske feierte er als Held und Herrn → Weiß, den Polizei-Vizepräsidenten von Berlin, nannte er ein Genie. Ungeachtet der Denunziation Aufhebung des Vertretungsverbots ~ 1935 als Notar entlassen ~ 1938 Berufsverbot ~ Emigration ~ 1940 Ausbürgerung.*

A 31. 8. 1939: Gestapo Frankfurt/Oder (Wolff) an Gestapa.

■ 21/25. 10. 1939: RFSS/AA ~ 25./30. 1. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R R 99832; Hepp, Liste 154, 52; 53–55: *Ehefrau* u. K) ~ **B** BACh, R 3001/60264.

326 Heßlein, Walter, Dr. jur. (Würzburg 1926; Aberkennung 1940) ~ * 23. 9. 1903 Schweinfurt – 21. 7. 1980 Bad Kissingen; V: Rechtsanwalt.

Staatsanwalt ~ lt. Rupp irrtüml. Rechtsanwalt (Wohnort Hamburg) und 1932 nach Spanien emigriert ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1953 Wiedereinbürgerung.

A Okt. 1939: Gestapo Hamburg (Kuhl) an RSHA: *Der jüdische Emigrant war lt. Ausbürgerungsantrag von 1931 bis 1933*

2. *Staatsanwalt am Landgericht in Augsburg* und vor seiner Emigration nach Spanien lediglich vom 7. 5.–20. 7. 1933 in Hamburg (*Beim Andresenbrunnen 5 III. b. Marx*) gemeldet gewesen; 1934, *als in Barcelona die Greuelpropaganda gegen Deutschland stark einsetzte, Mitinhaber der antideutschen Buchhandlung „El Libro“.*

■ 20./30. 11. 1939: RFSS/AA ~ 16./20. 4. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99848; Hepp, Liste 170 (58) ~ **D** Der Mundraub des geltenden Rechts (§§ 370 Ziff. 5 RStGB) unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung, der Entwürfe sowie des ausländischen Strafrechts, Würzburg-Aumühle 1926; Rupp, 2011, S. 170 ~ **B** Weber, 2012, S. 155.

327 Heymann, Leopold, Dr. jur. (Rostock 1907; Entziehung 1939) ~ * 19. 5. 1885 Dortmund-Hörde; ⚭ Gertrud Sonnenberg (* 1901 Selters/Westerwald).

Rechtsanwalt und Notar (Dortmund) ~ Nov. 1936 Emigration (Holland) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 4. 2. 1939: Gestapo Dortmund (Illmer) an Gestapa.

■ 10. 3./31. 3. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag am 23. März *aus außenpolitischen Gründen keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 5./8. 5. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99784; Hepp, Liste 109 (48; 49–51: *Ehefrau* u. K) ~ **D** Die güterrechtlichen Befugnisse des Ehemannes hinsichtlich des der Ehefrau gegen einen Verwandten zustehenden Rechtes auf Unterhalt nach dem BGB, Rostock 1907; Hartwig, 2010, S. 329 ~ **B** BACh, R 3001/60381 ~ LAV NRW, Abt. Westf., QN 137 ~ Himmelmann [u. a.], [1994], S. 41.

328 Heyum, Hermann ~ * 25. 8. 1874 Spredlingen; ⚭ Frida Rens (* 1886 Lendershausen/Bayern).

Seit 1901 Rechtsanwalt und seit 1920 Notar (Frankfurt/M.) ~ Juni 1933 als Notar entlassen ~ 30. 11. 1933 „auf Antrag“ in der

Anwaltsliste gelöscht ~ Emigration ~ 1941
Ausbürgerung.

A 22. 4. 1941: RSHA an RMdI: *Ausbürgerung von Juden im besetzten Gebiet Frankreichs*.

■ 22./30. 4. 1941: RFSS/AA (Todenhöfer) ~ 7./10. 6. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99913; Hepp, Liste 235 (432; 433–435: *Ehefrau* u. *K*) ~ **B** Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 158.

329 Hirsch, Karl → **I. 28**

330 Hirschberg, Hans Arthur, Dr. jur. (Jena 1901; *Entziehung* (1940)) ~ 1. 9. 1877 Berlin – 28. 7. 1956 Buenos Aires; ☉ Cadiz 1921 Josefa (Pepita) Silverio (1885–1969).

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ 1933 Emigration (Spanien) ~ bis 1936 in Algeciras ~ nach Ausbruch des Bürgerkriegs nach Cadiz deportiert ~ 1938 nach Gibraltar ausgewiesen ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ bereits 1938 emigrierte die Ehefrau nach Argentinien, und ermöglichte von dort die Übersiedlung ihres Ehemannes Anfang 1942.

A 19. 12. 1939: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an RSHA.

■ 4./12. 5. 1940: RFSS/AA ~ 11./14. 6. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99860; Hepp, Liste 182 (69; 70: *Ehefrau*) ~ **D** Das Miturheberrecht, Berlin 1901 ~ **B** EAB, 260109 ~ Maecenas, ²1930; AoRB, ²2007, S. 177.

331 Hirschberg, Max → **I. 29**

332 Hirschfeld, Erich, Dr. jur. (Rostock 1919; *Entziehung* 1939) ~ 9. 5. 1890 Berlin – 1964 Ramot Hashawim, Israel; ☉ 1919 Else Neumann (* 1898 Lichtenhagen).

Dekorierter *Frontkämpfer* ~ seit 1921 Rechtsanwalt und seit 1922 Notar (Aschersleben) ~ Mitglied der DDP, zuletzt der Deutschen Staatspartei und seit 1924

Mitglied der zum Unabhängigen Orden B'nai B'rith gehörenden Berend Lehmann-Loge (Halberstadt) ~ Zionist ~ 1935 als Notar entlassen ~ Autor (?) von „Neuhebräisch-altbekannt. Einführung in das heutige Hebräisch unter Anknüpfung an allgemein bekannte Dinge“ (Berlin: Goldstein 1935) ~ Frühjahr 1937 Informationsreise nach Palästina ~ Juli 1937 Emigration ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ Landwirt und später Bürgermeister der Siedlung Ramot Hashawim.

A 3. 5. 1938: Gestapa (Dr. Zimmermann) an RFSS.

■ 14. 6./28. 7. 1938: RFSS (Lischka)/AA (nachdem das DK Haifa am 4. Juli *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 1./3. 9. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99717; Hepp, Liste 64 (26; 60–62: *Ehefrau* Elsa u. *K*) ~ **D** Dürfen Gerichte verschiedener Art (ordentliche, besondere, Verwaltungs-, Schiedsgerichte) über aufrechnungsweise von ihnen gemachte, zur Zuständigkeit einer anderen Art von Gerichten gehörige Forderungen entscheiden?, Berlin 1919; Hartwig, 2010, S. 329 ~ **B** BArch, R 3001/60594 ~ Prick, 2010, S. 69f.

333 Hirschland, Erhard Bernhard Mathias → **I. 30**

334 Hirschler, Franz Sali, Dr. jur. (Erlangen 1906; *Entziehung* 1939) ~ 7. 3. 1881 Mannheim – Juni 1956 Buenos Aires; ☉ Berta Freund (* 1873 Trier).

Seit 1907 Rechtsanwalt (Mannheim), Sozius von Ludwig Frank (1874–1914; M.d.R. seit 1907, SPD) ~ 1919–1933 Stadtverordneter (Fraktionsvorsitzender; SPD) ~ März 1933 Emigration (Saarbrücken, 1934 Paris) ~ Mitbegründer der „Vereinigung der deutschen nach Frankreich emigrierten Juristen“ ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ 1940 im (undat.) *Verzeichnis der in Frankreich lebenden Personen, die gegen Deutschland tätig sind*, genannt (61.): *Paris, 40, rue d'Artois, Rechtsanwalt, Abonnent der Deutschen Frei-*

heit sowie in das *Fahndungsbuch aufgenommen* ~ interniert (Lager b. Bordeaux) ~ Emigration via Casablanca nach Argentinien (Buenos Aires), wo ein Sohn seit 1937 lebte und wohin später auch die Ehefrau gelangte.

A 20.9.1938: Gestapo Karlsruhe (Elchlepp) an Gestapa.

■ 28.10./23.11.1938: RFSS/AA (nachdem die DB Paris gegen die *Ausbürgerung des Juden Dr. Franz Hirschler*, so der Leiter der Konsulatsabteilung am 12. Nov., *Bedenken nicht erhoben* hatte) ~ 19./22.12.1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99746; Hepp, Liste 84 (18; 79–81: *Ehefrau u. S*) ~ **D** Der Tatbestand des Gläubiger-Verzuges nach gemeinem Recht und dem Bürgerlichen Gesetzbuch, Mannheim 1906; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 77: Entziehung auf Antrag 1950 wieder aufgehoben ~ **B** BArch, R 58/2344 ~ BHdE I, 1980, S. 303; Watzinger, ²1987, S. 105 f.

335 Höchster, Emil → I. 31

336 Hoegner, Wilhelm → I. 32

337 Holdheim, Kurt (Curt) Julius, Dr. jur. (München 1910; *Entziehung* 1940) ~ 9.8.1888 Berlin – 29.1.1949 Berlin; ⚭ Maria Gugenheim (1896–1972).

Dekorierter *Frontkämpfer* (Offizier) ~ seit 1919 Rechtsanwalt und seit 1925 Notar (Berlin) ~ 1935 als Notar entlassen ~ Nov./Dez. 1938 *Schutzhaft* (Sachsenhausen) ~ Berufsverbot ~ bis März 1939 als *Konsulent* zugelassen ~ Sept. 1939 Emigration (Tel Aviv) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1941 palästinensische Staatsangehörigkeit ~ 1947 Rückkehr und seit August des Jahres wieder als Rechtsanwalt in Berlin zugelassen.

A 29.6.1940: Gestapo Berlin (Dr. Zwade) an RSHA.

■ 26./30.9.1940: RFSS/AA ~ 5./8.11.1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99886; Hepp, Liste 207 (50: Julius Curt; 51: *Ehefrau*) ~ **D** Die Berücksichtigung der Forderung des Vorprozesses, 3 Streitfragen aus dem Reichsanfechtungsgesetze von 1898, Berlin 1910; Harrecker, 2007, S. 292 ~ **B** BArch, R 3001/60984 ~ EAB, 12440 u. 12439 (M. Holdheim) ~ WGA Datenbank ~ AoRB, ²2007, S. 179; Bergemann, 2012, S. 171 f.

338 Hollaender, Otto, Dr. jur. (Heidelberg 1913) ~ 13.8.1888 Naumburg – 24.1.1937 Paris, jüd. Herkunft, ev.; ⚭ 1914 Hildegard Wollesen (* 1893 Werben a. d. Elbe; ev.).

Kriegsteilnehmer ~ seit 1919 Rechtsanwalt und später auch Notar (Naumburg) ~ Mitglied der DDP ~ Wahrnehmung von Mandaten der RHD ~ März 1933 Flucht nach Paris ~ Apr. 1933 Berufsverbot wegen kommunistischer Betätigung ~ die Ehefrau kehrte 1937 mutmaßlich wegen ihres geistig behinderten (1941 in Uchtsprünge ermordeten) Sohnes Johannes nach Bad Kösen zurück ~ der Sohn Peter (* 1919) – mit Brigitte Marum (1919–1943 Sobibor), der jüngsten Tochter des SPD-Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Marum, befreundet – wurde nach Rückkehr zu seiner Mutter 1941 verhaftet und am 3.4.1942 im KZ Sachsenhausen ermordet ~ die Tochter Gerda (*Mischl. I. Gr.*) – zeitweise in Gurs interniert und 1942 *ausgebürgert* → **A** – konnte 1943 via Spanien nach Marokko fliehen; sie lebte seit 1946 mit ihrer Familie in Mannheim, dem früheren Wohnort des im Frühjahr 1934 ermordeten L. Marum ~ im Exil hatten auch die beiden Söhne Jürgen (* 1921, bis 1945 in Paris, danach in Melbourne, Australien) und Christoph (1924–2009, bis 1945 in Paris, danach in Holland) überlebt, deren *Ausbürgerung* nicht dokumentiert ist.

A 1.5.1942: Gestapo Halle/S. (Gold) an RSHA.

■ 22.5.1942: RFSS/AA ~ 12./13.8.1942: RMdI/DRA.

Q Hepp, Liste 275 (34) ~ **D** Rechtskraft und guter Glaube, Laucha a. U. 1913 ~ **B** BArch,

R 3001/60995 ~ Rechtsanwältin der RHD, 2002, S. 166; Prick, 2010, S. 71 f.; www.naumburg-geschichte.de/geschichte/hollaenderpeterleben.htm (Detlef Belau; 31. 3. 2010).

339 Holz, Leonhard, Dr. jur. (Rostock 1905; *Entziehung* 1939) ~ 11. 7. 1882 Berlin – 1945 Flossenbürg; ⚭ 1. Hertha Rosenthal, Künstlername nach Erinnerung der Tochter: Jane Bess (* 1891, 1944 deportiert); 2. 1921 Paula Fleischer, verw. Glaß (1878–1935 Paris); 3. erneute Ehegemeinschaft mit der 1. Ehefrau, die nach Argentinien emigriert, 1936 aber nach Paris zurückgekehrt war.

Seit 1910 Rechtsanwalt und später auch Notar (Berlin) ~ *Frontkämpfer* ~ 1920/21 Stadtverordneter (SPD) ~ 1920–1928 Veröffentlichungen zum Mietrecht, zuletzt „Wohnungstausch“ ~ 30. 4. 1933 von einem SA-Kommando die Treppen des Landgerichts hinuntergeworfen und mit Fußtritten misshandelt ~ Juli 1933 Emigration (Frankreich) ~ lt. Gedenkbuch des Bundesarchivs vom 30. 10. 1934 bis zum 7. 11. 1935 in Berlin Plötzensee inhaftiert ~ Angestellter einer Im- und Exporthandelsfirma (Paris) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ seit Mai 1940 interniert ~ Vermerk auf einer Karteikarte der Gestapo Frankfurt/M.: „20. 12. 40 Sp[ionage]-Verdacht. Aktenzeichen 62.000 Pers. H.-1940“ (ITS Arolsen) ~ am 16. 3. 1944 schrieb H. Holz an ihre Tochter Ilse: „Vati und ich treten heute den schwersten Weg unseres Lebens an. Am 7. d. M. hat man Vati und all’ die anderen von ‚uns‘ geholt, um sie zur Arbeit im Kriegsgebiet zu verwenden. / Wir gehen zuerst ins deutsche Arbeitscamp nach Drancy, von dort ---?“ ~ 27. 3. 1944 zusammen mit seiner 1. Ehefrau nach Auschwitz deportiert ~ Jan. 1945 Transport nach Mauthausen und am 6. 2. 1945 nach Flossenbürg ~ verschollen.

A 31. 8. 1938: Gestapo Berlin an Gestapa.

■ 25. 1./24. 2. 1939: RFSS/AA (nachdem die Konsulatsabt. der DB Paris nach Betei-

ligung des NSDAP-Landesgruppenleiters gegen die Ausbürgerung des *Juden* am 12. Febr. *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 13./16. 3. 1919: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99763; Hepp, Liste 98 (55; 56: zum Zeitpunkt der Ausbürgerung bereits verstorbene 2. *Ehefrau*; eine Ausbürgerung der im Gedenkbuch des Bundesarchivs nicht verzeichneten 1. Ehefrau und der Tochter – mit ihrem Ehemann aus Frankreich nach Kolumbien emigriert – ist nicht dokumentiert) ~ **D** Die Prämiengeschäfte, Berlin 1905; Hartwig, 2010, S. 329 ~ **B** BArch, R 3001/61084 ~ EAB, 344252 ~ Berliner Stadtverordneter, 2006, S. 233 (die Angabe, dass H. nach erneutem Studium und Examen an der Sorbonne als Anwalt tätig gewesen sei, dürfte nicht zutreffend sein); AoRB, ²2007, S. 180; Christiane Fischer-Defoy, Berliner im Exil – Eine tour d’horizon, in: Michael Wildt (Hg.), Berlin 1933–1945, München 2013, S. 211–226 u. S. 415 f.

340 Holzer, Siegfried, Dr. jur. (Erlangen) ~ 1. 7. 1897 Freising – 20. 8. 1942 Auschwitz; israelitisch; Ehefrau: *arisch* (*Mischebe*).

Dekorierter *Frontkämpfer* ~ seit 1924 Rechtsanwalt (München) ~ 5. 11. 1938 Emigration (Frankreich) ~ 1. 12. 1938 in der Rechtsanwaltsliste wegen Zurücknahme der Zulassung gelöscht (Berufsverbot) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ Juli 1942 bei Fluchtversuch in das unbesetzte Frankreich verhaftet ~ von Angers nach Auschwitz deportiert ~ Eltern und Schwester werden ebenfalls Opfer der Judenverfolgung.

A 22. 4. 1941: RSHA an RMdI: *Ausbürgerung von Juden im besetzten Gebiet Frankreichs*.

■ 22./30. 4. 1941: RFSS/AA (Todenhöfer) ~ 7./10. 6. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99913; Hepp, Liste 235 (465) ~ **D** Lt. Weber 1922/25 in Erlangen promoviert; Diss. nicht ermittelt ~ *Entziehung* in der Promotionsakte nicht vermerkt: Dr. Clemens Wachter, Universitätsarchivar der FAU Erlangen-Nürnberg, E-Mail v. 15. 7. 2019 ~ **B** BArch, R 3001/61102 ~ Weber, 2006, S. 236.

341 Horstmann, Hermann → I. 33

342 Hülse, Bruno, Dr. jur. (Rostock 1904; *Entziehung* 1940) ~ * 21. 10. 1878 Bunzlau; Ⓞ Lucie Weiß (* 1886 Breslau).

Rechtsanwalt (1937: Bunzlau, Poststr. 8, L.G.) ~ Emigration (London) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 29. 1. 1940: Gestapo Liegnitz (Ebert) an RSHA.

■ 21./27. 5. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99855; Hepp, Liste 178 (40; 41–43.: *Ehefrau* u. *K*) ~ D Der Irrtum im Beweggründe bei der Erbeseinsetzung und bei dem Vermächtnis, Bunzlau 1904; Hartwig, 2010, S. 329.

I/J

343 Ilgner (früher Isaac), Erich (Eric), Dr. jur. (Halle 1921) ~ 1. 1. 1895 Berlin – 3. 10. 1963 New York; Ⓞ Else Rosa Eliason (* 1900).

Seit 1924 Rechtsanwalt, kurzzeitig Sozietät mit Ernst Lewinnek (* 1898) ~ danach Bürogemeinschaft mit Siegfried Bergmann (* 1878, gest. in London) und Ernst Karfunkel (* 1880) ~ Rechtsanwalt beim Kammergericht, seit 1932 Notar ~ Syndikus des Zeitschriftenverlages Rothgiesser & Diesing A.G. und der Kreditgenossenschaft der Radio- und Sprechmaschinenindustrie ~ am 31. März 1933 – bei seinem letzten Termin am Landgericht – von den Übergriffen auf jüdische Anwälte betroffen: konnte sich „stundenlang in verschiedenen Gerichtsschreibereien“ zunächst verstecken, „wurde aber gegen 1 Uhr von einer Rotte [von SA-Leuten] im Korridor erwischt und ins Anwaltszimmer gefuehrt, um mich anzuziehen und das Gericht zu verlassen“ ~ 8. 4. 1933 Vertretungsverbot, einige Tage später Verbot der Ausübung des Notariats ~ Kündigung des Syndikus-Vertrages durch Rothgiesser & Diesing: „mit grossem Bedauern aus den bekannten Gruenden“ ~ Juni 1933 in der Anwaltsliste gelöscht ~ 1. 11. 1933 Emigration zusammen mit der Ehefrau und dem älteren Sohn nach Frankreich (Neuilly s/Seine) ~ der in einem Kinderheim in Berlin-Hohenschönhausen, später in Aussig (ČSR) zurück gebliebene jüngere Sohn wurde als Fünfjähriger von dem Vater eines Pariser Be-

kannten Ende 1935 nachgeholt ~ Transfer der Wohnungseinrichtung, die einschließlich der Bibliothek während der Internierung und Beschlagnahme der verlassenen Wohnung im Pariser Vorort Plessis-Robinson durch die Wehrmacht zum großen Teil „verkauft oder gestohlen“ wurde ~ 1939 bis 1942 in verschiedenen Lagern interniert, zeitweise Zwangsarbeitssoldat (Prestataire) ~ Okt. 1942 von Aix-les-Bains mit der Familie Flucht über die Pyrenäen nach Spanien, mehre Wochen in Haft ~ Ende Dez. 1942 in Lissabon, von dort am 9. 1. 1943 mit dem Dampfer „Serapinto“ Überfahrt in die USA (New York) ~ seit Juli 1949 amerikanischer Staatsbürger.

A 27. 5. 1941: Gestapo Potsdam (Dr. Husmann) an RSHA.

■ 30. 9./7. 10. 1941: RFSS/AA ~ Die *Ausbürgerung* auch der *Ehefrau* und *Kinder* ist nicht dokumentiert; sie erfolgte automatisch nach Erlass der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941.

Q PA/AA, R 100033 ~ D Erich Isaac, Die Anfechtung eines korrespondierenden Erbvertrages, 1921; *Entziehung* nicht dokumentiert; im Ausbürgerungsantrag wurde der entsprechende Eintrag *Ilgner führte den Doktor-Titel, doch konnte eine Promotion desselben bei einer deutschen Universität nicht festgestellt werden* handschriftlich durchgestrichen und korrigiert: *J. hat am 3. 6. 21 unter dem Namen Jsaac a. d. Univ. Halle zum Dr. jur. promoviert.* ~ B BAArch, R 3001/61579 ~ EAB, 61232 ~ WGA Datenbank (Bibliothek, ca. 2000

Bände) ~ AoRB, 2007, S. 181, 121 (S. Bergmann), 191 (E. Karfunkel) u. 210 (E. Lewinnek).

344 Israelski (später Illing), *Werner* Julius ~ 12. 5. 1903 Dirschau – 9. 6. 1994; Ⓞ Senta Vera Caecilie Chaim, gesch. Bender (* 1906 Berlin).

Rechtsanwalt (Berlin) ~ Mitinhaber der Fa. Israelski & Robinson (Berlin) ~ nach Berufsverbot 1933 Kaufmann (Berlin) ~ Sept. 1938 Emigration (New York, zuletzt Los Angeles) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 20. 1. 1940: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an RSHA.

■ 22. 2./5. 3. 1941: RFSS/AA ~ 2./4. 4. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99905; Hepp, Liste 226 (75; 76: *Ehefrau*) ~ **B** BAArch, R 3001/62078 ~ EAB, 64169 ~ AoRB, 2007, S. 182.

345 Jacobsohn, *Leopold* ~ 20. 9. 1877 Lübeck – 20. 1. 1945 Valparaiso, Chile; Ⓞ Amaly Wally Pagel (1882–1941 Santiago de Chile).

Seit 1904 Rechtsanwalt und seit 1906 Notar (Lübeck) ~ dekoriertes *Frontkämpfer* ~ politisch linksliberal (DDP) und Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ~ bis 1933 Vorsitzender des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten in Lübeck ~ 1935 als Notar entlassen ~ 10.–22. 11. 1938 *Schutzhaft* (Sachsenhausen) ~ Berufsverbot ~ Zulassung als *Konsulent* ~ Febr. 1939 Emigration (via London, Kolumbien nach Santiago de Chile) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 30. 6. 1939: Gestapo Kiel (Dr. Haselbacher) an Gestapa.

■ 24. 7./20. 10. 1939: RFSS/AA (nachdem das RMdI am 16. Okt. um Mitteilung gebeten hatte, *ob der Ausbürgerung des Juden [...] nunmehr zugestimmt wird. Der Reichsminister der Justiz hat gegen die Ausbürgerung keine Bedenken erhoben.*) ~ 25./28. 11. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99827; Hepp, Liste 149 (78; 25. 11. 1939; 78 f.: *Ehefrau* u. S) ~ **B** AoRSH, 2014, S. 22–24 (P. Guttkuhn).

346 Jacobsohn, *Sally* (Saly), Dr. jur. (Erlangen 1900; *Entziehung* 1942) ~ *9. 11. 1876 Schönlanke, Krs. Czarnikau/Reg.-Bez. Bromberg; Ⓞ Yella Epstein (* 1891 Wien).

Rechtsanwalt (1934: Glogau, Preußische Str. 1/2) ~ nur 1937 im Berliner Adressbuch als Rechtsanwalt verzeichnet (Jacobson) ~ Apr. 1939 Emigration (Havanna, Kuba; später Houston, USA) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 28. 9. 1940: Gestapo Berlin (Rothmann) an RSHA.

■ 27. 11./4. 12. 1940: RFSS/AA ~ 30. 12. 1940/2. 1. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99894; Hepp, Liste 215 (23; 24 f.: *Ehefrau* u. 1927 adoptierte T) ~ **D** Rücktrittsrecht des Gläubigers in mora debitoris (Nach gemeinem Recht), Berlin 1900; Mertens/Fekeitsch-Weber, 2010, S. 78 ~ **B** AoRB, 2007, S. 185.

347 Jacobson, *Kurt* Julius → I. 34

348 Jacoby, *Albrecht* Georg, Dr. jur. (Breslau 1925; *Entziehung* 1941) ~ 25. 5. 1898 Berlin – 1. 1. 1953 Frankfurt/M.; Ⓞ Olga Wanda Magda Farnow (* 1901 Triefkendorf, Mecklenburg-Strelitz).

Seit 1924 Rechtsanwalt und seit 1932 Notar (Berlin) ~ Sozietät mit Dr. Hans Redlich ~ Frühjahr 1933 Berufsverbot ~ Nov. 1938 der Verhaftung durch Flucht (Schweiz) entgangen ~ 1939 in England, später Rückkehr zur Familie in Lugano ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ Juli 1949 Rückkehr aus der Schweiz ~ Rechtsanwalt und Notar (als Dr. George A. Jacoby) in Frankfurt a. M.

A 14. 3. 1940: Gestapo Berlin (Dr. Zwade) an RSHA.

■ 16./19. 10. 1940: RFSS/AA (am Tag des Eingangs) ~ 20./23. 11. 1940: RMdI/DRA ~ Auf Anfrage teilte das Deutsche Konsulat Lugano (Rausch) am 3. 7. 1941 *Herrn Albrecht Georg Israel Jacoby, Lugano, Via Bella Vista 7*, mit, dass die in Ihrem vorgenannten Schreiben angegebenen 4 Mitglieder der Familie Jacoby durch Bekanntmachung vom 20. 2. 1940 im Reichsanzeiger Nr. 276 aus dem Deutschen Staatsverband ausgebürgert worden sind.

Q PA/AA, R 99889; Hepp, Liste 210 (61; 62–64: Ehefrau u. K) ~ D Anwendbarkeit des Kausalitätsprinzips bei der Vorteilsausgleichung, 1921; Kranich, 2012, S. 169 ~ B SwissA, Dossier 1941–1947 (A. Jacoby-Fahrow) ~ EAB, 62999 ~ AoRB, 2007, S. 185, 243 (Dr. H. Redlich).

349 Jacoby, Alfred → I. 35

350 Jacoby, Alfred → I. 36

351 Jacoby, Erich Hellmuth ~ * 5. 7. 1903 Berlin – 1979; ♂ 1941 Charlotte Friediger (* 1913; Tochter des Kopenhagener Ober-rabbiners; Dänin).

Seit 1930 Syndikus des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands und seit 1931 Rechtsanwalt (Berlin) ~ April 1933 Emigration (Kopenhagen) ~ 30. 5. 1933 Berufsverbot ~ bei Gleichschaltung des Einheitsverbandes als Syndikus entlassen ~ die Dissertation „Offenbarungspflicht der Gewerkschaftszugehörigkeit“ – an der Universität Halle angemeldet – Teile der Arbeit erschienen in der Zeitschrift „Arbeitsrecht und Schlichtung“ – konnte nicht mehr abgeschlossen werden ~ Veröffentlichungen in gewerkschaftlichen und wissenschaftlichen Zeitschriften Dänemarks ~ 9. 4. 1940 bei der Besetzung Dänemarks – „sechs Uhr morgens [...], als die deutschen Flugzeuge über Kopenhagen kreisten“ – mit seiner späteren Ehefrau Flucht auf einem Fischerboot nach Schweden ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ zeitweise Zwangsaufenthalt auf der Insel Lidingö ~ Dez. 1940 weitere Emigration (mit einer Empfehlung von

Prof. Gunnar Myrdal an die Adamson University in Manila ~ bis zur japanischen Besetzung Manilas am 2. 1. 1942 Professor für Volkswirtschaft ~ danach kommerzielle Tätigkeiten, u. a. für eine Kinoreklamefirma und eine Grundstücksfirma ~ Sammlung ökonomischer und sozialer Informationen für eine spätere wissenschaftliche Verwertung ~ Mai 1945 Evakuierung durch die amerikanische Armee in die USA (San Francisco) ~ amerikanischer Staatsbürger ~ Stipendium der „Carnegie Endowment for International Peace“ (Veröff.: *Agrarian Unrest in Southeast Asia*, Columbia University Press 1949) ~ Sept. 1946 Rückkehr nach Kopenhagen ~ schwedische Staatsbürgerschaft ~ seit Ende 1947 ökonomischer Berater des Holländer-Konzerns, Stockholm-New York, mit Sitz in Stockholm ~ Juli 1951 Leiter der Abteilung für landwirtschaftliche Reformfragen der Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) in Rom.

A 10. 2. 1940: Gestapo Berlin (Dr. Zwade) an RSHA.

■ 26. 3./7. 4. 1940: RFSS/AA ~ 9./13. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99867; Hepp, Liste 189 (45) ~ B Mensch – Land – Gerechtigkeit. Die Erinnerungen Erich Helmut Jacobys (1903–1979): „Ein Leben im Spiegel der Zeit“ [Erstveröff.: *Ett liv som tidsspegel*, Stockholm 1977], hg. v. Ruth Jacoby und Felix Schikorski. Mit einem Beitrag von Simone Ladwig-Winters, Berlin 2013 ~ EAB, 60328 ~ Steffen Steffensen, Erich H. Jacoby (1903–1979), Jurist und Volkswirt, in: *Exil in Dänemark. Deutschsprachige Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller im dänischen Exil nach 1933*, hg. v. Willy Dähnhardt u. Birgit S. Nielsen, Heide 1993, S. 205–209; AoRB, 2007, S. 185; Wojak, 2019, S. 133.

352 Jacoby, Max, Dr. jur. (Erlangen 1922; *Entziehung* 1940) ~ 14. 7. 1899 Köln – 1. 2. 1986 Nürnberg.

Frontkämpfer ~ seit 1930 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ 1933 Emigration (Barcelona) und „Verzicht“ auf die Zulassung ~ 1940

Ausbürgerung ~ 1956 Wiedereinbürgerung und Rückkehr nach Nürnberg.

A 27. 5. 1940: RSHA (Ehlers) an RMdI.

■ 27. 5./7. 6. 1940: RFSS/AA ~
12./19. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99868; Hepp, Liste 190 (44) ~
D Die sogenannte Vorgesellschaft der Aktiengesellschaft, Erlangen, 1922; Mertens/Feketsch-Weber, 2010, S. 79 ~ **B** Weber, 2006, S. 280.

353 Jaffa, Sally, Dr. jur. (Rostock 1902; *Entziehung* 1940) ~ 15. 7. 1879 Insterburg (Ostpreußen) – 4. 6. 1957 London; Ⓞ 1. (gesch.) Margarethe Levy; 2. Erna Krojanker gesch. Michels (* 1883 Berlin).

Seit 1906 Rechtsanwalt und später Notar (Berlin) ~ zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt „Das gesamte Devisennotrecht“ (²1932) ~ 1935 als Notar entlassen ~ Okt. 1938 Emigration (London) ~ Berufsverbot ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ Beschlagnahme und Versteigerung des Umzugsguts (Erlös: 32.677,70 RM) ~ seit 1948 in der Kanzlei Tyrell Lewis & Co (Solicitors, London) ~ Strafregisterauszug (1952: handschr. ergänzt: „Israel!“).

A 2. 9. 1939: Gestapo (Dr. Zwade) an RSHA.

■ 24. 9./30. 10. 1940: RFSS/AA ~
5./8. 11. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99886; Hepp, Liste 207 (54; 55: E); gesch. *Ehefrau* gemäß Entschädigungsakte im KZ umgekommen); E. Krojanker wurde mit Liste 240 (124; 1./4. 7. 1941) ausgebürgert; PA/AA, R 99914 ~ **D** Der Begriff des Zuhälters, Rostock, 1902; Hartwig, 2010, S. 329 ~ **B** WGA Datenbank ~ EAB, 62984 ~ AoRB, ²2007, S. 186.

354 Jaffé, Walter → I. 37

355 Jonge, Aribert, de ~ * 17. 12. 1900 Essen; Ⓞ Ilse Anna Rothhardt (* 1908 Bruckhausen/Niederrhein).

Seit 1925 Rechtsanwalt (Duisburg) ~ 1933 in der Duisburger „National-Zeitung“ kommunistischer Betätigung bezichtigt ~ den Abdruck einer Berichtigung lehnte das NS-Blatt ab, weil der Antwort *demnächst dafür zu büßen haben dürfte, wenn er nicht vorziehen sollte, auf Nimmerwiedersehen zu verschwinden* ~ Flucht (Frankreich) ~ hämischer Kommentar in der „National Zeitung“: *Vermisst werden die jüdischen Advokaten [Otto] Loewenberg [1886–1951 Rishon le-Zion, Israel] und de Jonge aus Hamborn. Beschreibung: Semitisches Äußere. Besondere Merkmale: Auf der Stirn schmutzige Gesinnung zu lesen [...]* (zitiert nach Mauss) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ überlebte in der Illegalität unter dem Aliasnamen Dangel ~ nach 1945 Direktor (Jurisconsulte) einer Treuhandgesellschaft in Metz.

A 27. 3. 1940: Gestapo Düsseldorf (Dr. Finnberg) an RSHA.

■ 11./19. 7. 1940: RFSS/AA ~
27./29. 8. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99878; Hepp, Liste 199 (37; 38 f.: *Ehefrau* u. S) ~ **B** von Roden, 2 (1986), S. 1148; Mauss, 2013, S. 229–231, 336–338: O. Löwenberg.

356 Joseph, Otto Hermann ~
* 31. 1. 1897 Berlin – 31. 8. 1970 Berlin-Schmargendorf; Ⓞ 1933 Vera Klara Elise Paic, gesch. Regulski (1905–1981).

Frontkämpfer, schwerkriegsbeschädigt ~ seit 1924 Rechtsanwalt und seit 1926 Notar (Berlin) ~ Sozietät mit den 1933 ebenfalls mit Berufsverbot belegten Rechtsanwälten Dr. Walter Abelsdorff und Hanns Günther Pechner (* 1903), dessen „arische“ Ehefrau Dr. Maria Pechner geb. Schulz die Praxis zusammen mit den Anwälten Dr. Rudolf Pahl und Krause vorübergehend fortführte ~ Anfang 1934 Flucht (Frankreich) ~ 1934 *Steuersteckbrief* („zur Zeit in Paris“) ~ 1938/39 über New York nach Peru (Lima) emigriert ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ Sept. 1949 Rückkehr nach Deutschland und seit Aug.

1950 wieder als Anwalt in Berlin zugelassen.

A 12. 9. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 11. 12. 1938/17. 3. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Lima am 25. Febr. *keine Bedenken* gegen die Ausbürgerung des *Juden* und seiner *Ehefrau* geltend gemacht hatte) ~ 31. 3./3. 4. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99774; Hepp, Liste 103 (36; 37: *Ehefrau*) ~ **B** BAArch, R 3001/62178 ~ EAB, 16257 ~ AoRB, ²2007, S. 188; Bergemann 2012, S. 181 ~ Eine *Ausbürgerung* der ebenfalls emigrierten Anwälte Abelsdorff (AoRB: -) und Pechner (AoRB, ²2007, S. 236) ist nicht dokumentiert.

357 Joske, Heinz, Dr. jur. (Leipzig 1920; *Entziehung* 1942) ~ 19. 4. 1895 Weißenfels, Krs. Merseburg – 22. 12. 1985 Marin County (USA); ♂ Margarethe Antonie Louise Paschke (* 1894 Leipzig).

Dekorierter *Frontkämpfer* ~ seit 1922 Rechtsanwalt (Leipzig) ~ assoziiert mit Max Heilpern ~ 1931–1933 Vizepräsident der Loge B'nai B'rith (Leipzig) ~ 1934 Emigration ~ Rechtsberatungsbüro (Nizza) ~ nach Kriegsausbruch untergetaucht ~ Ende 1939 interniert ~ danach in der Fremdenlegion ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ 1948 Auswanderung in die USA.

A 2. 8. 1941: Gestapo Leipzig (Dr. Kaufmann) an RSHA.

■ 26. 8./2. 9. 1941: RFSS/AA ~ 16./18. 10. 1941: RMdI/DRA.

359 Kahn, Friedrich Wilhelm *Ferdinand*, Dr. jur. (Erlangen 1912; *Entziehung* 1940) ~ 6. 9. 1886 Augsburg – 26. 3. 1951 Hollywood, USA.

Seit 1913 Rechtsanwalt (München) ~ Syndikus des Verbands Bayerischer Kleider-

Q PA/AA, R 99926; Hepp, Liste 259 (42; 43–45: *Ehefrau* [*deutschblütig*] u. *K*) ~ **D** Der Selbsteintritt des Kommissionärs (§§ 400 ff. HGB) und seine Haftung für die Erfüllung, 1920; Henne, 2007, S. 114 ~ **B** Lang, 2014, S. 403–405; 370 f.: M. Heilpern (1878–1955 Sydney; nach Berufsverbot 1938 Emigration; *Ausbürgerung* nicht dokumentiert).

358 Jüdel, Paul, Dr. jur. (Freiburg i. Br. 1923) ~ 30. 5. 1900 Mannheim – 9. 7. 1943 Sobibor.

Rechtsanwalt (Mannheim) ~ 1933 Berufsverbot ~ Emigration (Niederlande) ~ Kaufmann ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ seit dem 21. 6. 1943 im Durchgangslager Westerbork, von dort am 6. 7. 1943 deportiert.

A 16. 8. 1938: Gestapo Karlsruhe (Elchlepp) an Gestapa.

■ 6./23. 9. 1938: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag am 14. Sept. *aus außenpolitischen Gründen* gegen die Ausbürgerung und die Erstreckung der Ausbürgerung auf den Sohn *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 19./22. 12. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99746; Hepp, Liste 84 (23; 83: S: Ernst Karl, * 1927, mit seinem Vater nach Sobibor deportiert); die geschiedene Ehefrau – *Jüdin*, bis zu ihrer *Abwanderung* am 15. Juli 1939 nach London in Mannheim, Richard Wagnerstr. 5, wohnhaft – wurde 1941 *ausgebürgert*; PA/AA, R 99925; Hepp, Liste 257 (55) ~ **D** Die Einrichtung der Schiedsgerichte an den Hauptbörsen Deutschlands (Börsenschiedsgerichte), Mannheim: Bensheimer 1924; *Entziehung* nicht dokumentiert ~ **B** Schiller, 1997, S. 469; Fritsche, 2013, S. 87 ~ www.joodsmonument.nl/en/page/206580/paul-jüdel (9. 12. 2016).

K

fabriken ~ Schriftsteller (Redakteur der „Fliegenden Blätter“) ~ in der *Kristallnacht* Verwüstung und Plünderung der Kanzlei ~ 10. 11.–19. 12. 1938 *Schutzhaft* (Dachau) ~ 1939 Emigration (USA) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 11. 10. 1939: Gestapo München (Beck) an Gestapa.

■ 20./23. 11. 1939: RFSS/AA ~ 13./
18. 3. 1940: RMdI/DRA ~ Am 29. 4. 1940 stimmte das AA auch der Beschlagnahme und Verfallerklärung der nachträglich im Inland festgestellten Vermögenswerte zu.

Q PA/AA, R 100022; Hepp, Liste 161 (52) ~ **D** Entlehnungen im Sinne des Gesetzes betreffend Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst vom 19. Juni 1901 mit Berücksichtigung des Gesetzes vom 22. Mai 1910, Aschersleben 1911; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 80 ~ **B** BArch, R 3001/62389 ~ Weber, 2006, S. 237.

360 Kahn (später Kane), Gustav (Gus M.), Dr. jur. (Erlangen 1910; *Entziehung* 1940) ~ 28. 3. 1887 Brebach (Lkrs. Saarbrücken) – 30. 3. 1970 New York; Ⓞ Elisabeth Neumark (* 1897 Nürnberg).

Seit 1913 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ dekoriertes *Frontkämpfer* ~ 9./10. 11. 1938 Verwüstung und Plünderung der Wohnung ~ Berufsverbot ~ 1939 Emigration (USA) ~ Exportkaufmann ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 3. 7. 1940: Gestapo Nürnberg (Dr. Martin) an RSHA.

■ 15./26. 8. 1940: RFSS/AA ~ 2./4. 10. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99881; Hepp, Liste 202 (58; 59–60: *Ehefrau* u. S) ~ **D** Das System der relativen Ehescheidungsgründe im § 1568, Nürnberg 1911; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 80 ~ **F** Stadtbibliothek Nürnberg, IKG 16_42 (1937)a u. IKG 27_19 (Lilly Neumark); Schumacher, 2012, S. 54 ~ **B** BArch, R 3001/62390 ~ Weber, 2006, S. 280.

361 Kahn, Heinrich Gustav (*Heinz*, später Henry), Dr. jur. (Köln 1923; *Entziehung* 1938) ~ 27. 4. 1902 Elberfeld – Okt. 1993 Los Angeles; Ⓞ 1938 in London (später gesch.) Hilde Goldschmidt (* 1917 Prag; *V*: Rechtsanwalt Hans Goldschmidt; im

Exil seit 1943 Privatsekretärin von Thomas Mann).

Seit 1929 Rechtsanwalt (Berlin) ~ zählte zum Freundeskreis von Else Lasker-Schüler ~ 1933 Berufsverbot ~ Okt. 1933 mit seiner Verlobten nach England emigriert, von dort 1938 in die USA ~ 1938 *Ausbürgerung*.

A 31. 5. 1938: Gestapo Düsseldorf (Humpert) an Gestapa.

■ 26. 7./28. 9. 1938: RFSS/AA (nachdem die DB Washington am 2. Sept. *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 18./21. 10. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99730; Hepp, Liste 75 (23; 93: Ehefrau) ~ **D** Die rechtsetzenden Organe des Völkerbundes in Entwürfen vom Haager Staatenverband bis zur Pariser Akte, 1923; Szöllösi-Janze/Freitäger, 2005, S. 9 (1. 9. 1981 Erneuerung der Doktorurkunde) ~ **B** BArch, R 3001/62391 ~ Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 173; Sigrid Bauschinger, Else Lasker-Schüler. Eine Biographie, 2006 (suhkamp taschenbuch 3777; Lizenzausgabe des Wallstein Verlags, 2004), S. 406; AoRB, 2007, S. 189; Mauss, 2013, S. 239 f. u. S. 182–185; Hans Goldschmidt, 1881–1940 Internierungslager Lingfield, England).

362 Kahn, Max Josef ~ * 5. 1. 1880 Altenbamburg; Ⓞ Gerti Getta Gerngroß (* 26. 3. 1891 Nürnberg; *B*(?): → Friedrich Ludwig Gerngroß).

Seit 1909 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ nahm Mandate der Roten Hilfe wahr ~ 1933 Berufsverbot ~ danach „auf Reisen“ – mit der Ehefrau (Okt. 1933 Zürich; Juni 1935 Paris) ~ mutmaßlich vor der *Ausbürgerung* der *Ehefrau* (1941) verstorben.

■ 22./30. 4. 1941: RFSS/AA (Todenhöfer) ~ 9./13. 6. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99913; Hepp, Liste 236 (26: *Ehefrau*) ~ **B** Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 173 f. (irrtüml. „Dr.“); Weber, 2006, S. 281.

363 Kahn, Richard → I. 38

364 Kallmann, Kurt, Dr. jur. (Breslau 1925; *Entziehung* 1940) ~ * 22. 7. 1901 Gleiwitz, O/S; ⚭ Else Marcus (* 1914 Berlin-Charlottenburg).

Rechtsanwalt (1937: Gleiwitz, Wilhelmstr. 1a) ~ 1937 Emigration (Kapstadt) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 9. 3. 1938: Gestapo Oppeln, O/S (Dr. Schaefer) an Gestapa.

■ 4. 6./22. 8. 1939: RFSS/AA (nachdem das RMdI am 14. Aug. *um baldgefällige Mitteilung* gebeten hatte, *ob der Ausbürgerung des Juden Kurt Kallmann nunmehr zugestimmt wird*; eine Äußerung der DG Pretoria, vom RFSS ebenfalls mit Durchschrift des Ausbürgerungsantrags unterrichtet, ist in der Akte nicht überliefert) ~ 28./30. 9. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99814; Hepp, Liste 136 (83; 84: *Ehefrau*) ~ **D** Die Rechtslage zwischen Auflasung und Eintragung bei Nichtigkeit des obligatorischen Kaufvertrages, 1925; Kranich, 2012, S. 169.

365 Kamberg, Eugen, Dr. jur. (Frankfurt/M. 1922; *Entziehung*) ~ * 1. 2. 1896 Offenbach/M.; ⚭ Anna Henriette Nathan (* 21. 3. 1906 Frankfurt/M.).

Rechtsanwalt (Offenbach/Main) ~ 1937 Emigration (USA) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 12. 11. 1940: Gestapo Darmstadt (Fentz) an RSHA).

■ 16./23. 1. 1941: RFSS/AA ~ 4./7. 3. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99900; Hepp, Liste 221 (78; 79 f.: *Ehefrau u. K*) ~ **D** Referendum und Volksinitiative in Deutschland, der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, ihre geschichtliche Entwicklung und heutige Gestaltung, 1922; Becker, [1994], S. 67.

366 Kann, Steffan (Stephan, genannt Steffen), Dr. jur. (Breslau 1913; *Entziehung* 1940) ~ 1. 5. 1891 Gießen – 6. 12. 1947 Brüssel; ⚭ (gesch.) Henriette Brach (* 1900 Frankfurt/M.).

Frontkämpfer ~ seit 1921 Rechtsanwalt und seit 1926 Notar (Frankfurt/Main) ~ 1933 Entlassung als Notar ~ (Nov.) 1938 *Schutzhaft* (Dachau) ~ Berufsverbot ~ 1939 Emigration (Belgien) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 25. 7. 1939: Gestapo Frankfurt a. M. (Fehlis) an Gestapa.

■ 28. 8./12. 9. 1939: RF/AA ~ 31. 10./3. 11. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99819; Hepp, Liste 141 (98; 31. 10. 1939) ~ **D** Beiträge zur Lehre vom Rechtsgutsbegriff im Strafrecht, Borna-Leipzig 1913; Kranich, 2012, S. 169 ~ **B** BAArch, R 3001/62563 ~ Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 163 f. (Entschädigungsakte: HStAW, 518/8394).

367 Karpf, David (Dan), Dr. jur. (Erlangen 1923; *Entziehung* 1940) ~ 12. 3. 1883 Gersfeld/Rhön – 4. 10. 1962 Meran; ⚭ Paula Freudenthal (* 1896 Gera).

Seit 1910 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ 1938 Berufsverbot ~ Dez. 1938 Emigration (Jerusalem) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1945 Weiterwanderung (USA) ~ nach Rückkehr Rechtsanwalt (seit 1959 in Trier, seit 1961 in Nürnberg).

A 30. 11. 1939: Gestapo Nürnberg (Dr. Kießel) an Gestapa.

■ 4. 1./12. 2. 1940: RFSS/AA ~ 21./25. 5. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99856; Hepp, Liste 177 (49; 51–53: *Ehefrau u. K*) ~ **D** Das Absonderungsrecht des Dritten im Konkurs des Versicherungsnehmers nach § 159 V.V.G., 1923; Mertens/Fekeitsch-Weber, 2010, S. 81 ~ **B** Weber, 2006, S. 281.

368 Katz, Bernhard, Dr. jur. ~ 2. 2. 1879 Herborn – 27. 4. 1938 London; ⚭ Toni (genannt Antonie) Luise Strauß (1892–1978 Mexiko).

Seit 1914 Rechtsanwalt (Offenbach a. M., Kaiserstr. 11 [1937]) und später auch Notar ~ bis 1923 Stadtverordneter (SPD) ~ 1938 Emigration (England) ~ 1941 *Ausbürgerung*

der nach dem 10. 11. 1938 emigrierten Witwe.

A 3. 3. 1941: Gestapo Darmstadt (Fentz) an RSHA; im Ausbürgerungsantrag werden abschließend die beiden Söhne genannt, die 1933 nach Spanien bzw. Frankreich *ausgewandert* waren und die spanische bzw. französische *Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erworben* hatten: *Aus diesem Grunde wurde das bei dem Bankhaus Friedrich Hengst & Co., Offenbach/M., vorläufig sichergestellte Auswanderersperrkonto mit einem Guthaben von RM 31.676,- [bzw. RM 21.809] wieder freigegeben.* Der ältere der beiden Söhne war 1938 auf Seiten der „Roten“ in Spanien gefallen, eine „Tatsache“, die im Antrag der Gestapo unerwähnt bleibt.

■ 23./28. 4. 1941: RFSS/AA ~ 10./18. 6. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99914; Hepp, Liste 239 (65) ~ **B** AoRD, 200, S. 70; Hauschke-Wicklaus, 2017, S. 142–147.

369 Katz, Rudolf → I. 39

370 Katzenstein, Adolf, Dr. jur. (Heidelberg 1909; *Entziehung* 1940) ~ * 10. 3. 1886 Bielefeld; ⚭ Carola Feldheim (* 1896 Frankfurt/M.).

Seit 1913 Rechtsanwalt und seit 1924 Notar (Frankfurt/M.) ~ 1935 als Notar entlassen ~ Apr. 1938 Emigration (Amsterdam) und am 29. 6. 1938 auf eigenen Antrag in der Anwaltsliste gelöscht ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 17. 7. 1939: Gestapo Frankfurt a. M. (Weiss-Bollandt) an Gestapa.

■ 14./26. 8. 1939: RFSS/AA – 30. 5./ 5. 6. 1941: RMdI/AA ~ 31. 10./3. 11. 1939: RMdI/DRA – 9./12. 7. 1941: RMdI/DRA (*Ehefrau*).

Q PA/AA, R 99819 u. R 99916: nur Deckblatt; Hepp, Liste 141 (99; 100: K) u. Liste 242 (94: *Ehefrau*) ~ **D** Die den Erben als solchen treffenden Verbindlichkeiten. Ein Beitrag zur Aus-

legung des § 1967 BGB, Borna-Leipzig 1909; Moritz, 2001, S. 557 (1948 rückwirkende Wiederverleihung) ~ **B** BArch, R 3001/62718 ~ Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 164.

371 Katzenstein, Julius → I. 40

372 Katzenstein, Robert, Dr. (Jena 1913; *Entziehung*) ~ 4. 7. 1886 Eschwege – 29. 12. 1971 Tegucigalpa; ⚭ 1922 Helga Kauders (1899–1990 Tegucigalpa, Honduras).

Seit 1913 Rechtsanwalt (Duisburg; Ludge-
rstr. 18 [1937]) und seit 1920 Notar ~ 1915–1918 Kriegsteilnehmer trotz Dienstunfähigkeitserklärung (Vizewachtmeister; Ehrenkreuz) ~ Mitglied der DDP ~ Vorsitzender des CV-Ortsvereins ~ 1933 als Notar entlassen ~ 9./10. 11. 1938 Verwüstung der Wohnung ~ 16. 11.–8. 12. 1938 *Schutzhaft* (Dachau) ~ Berufsverbot ~ Zulassung als *Konsulent* ~ 1939 dank Vermittlung eines Salesianerpaters Auswanderung der Familie nach Honduras ~ ein Sohn war zuvor mit einem Kindertransport nach England gelangt ~ Verschleuderung der Möbel, der juristischen Bibliothek und der kunstgeschichtlichen Bibliothek der Ehefrau ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 25. 8. 1939: Gestapo Düsseldorf (Dr. Hoffmann) an Gestapa.

■ 5. 10. 1939: RFSS ~ 27./29. 12. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99830; Hepp, Liste 152 (71; 72–74: *Ehefrau* u. K) ~ **D** Die Haftung des Lohndehlers für Empfehlung eines Losen und für Zusicherungen bei dessen Verkauf, Borna-Leipzig 1913 ~ **B** BArch, R 3001/62722 ~ von Roden, 2 (1986), S. 957–960 (Rita Vogedes); Kollmann/König, 2012, S. 111 f.; Mauss, 2013, S. 248–253 (Gestapoakten: LAV NRW R, RW 58–61446 u. -63983, Wiedergutmachungsakte: ebd. u. StadtA Duisburg).

373 Katzenstein, Willi (Willy), Dr. oec. publ. (München 1896; *Entziehung* 1940) ~ * 12. 9. 1874 Bielefeld – 8. 4. 1951 London; ⚭ Selma Zehden (* 1882).

Rechtsanwalt und Notar (Bielefeld) ~ Stadtverordneter und 1920 Mitglied des Provinziallandtags für die Provinz Westfalen (DDP) ~ langjähriger Vorsitzender der Synagogengemeinde Bielefeld und des CV-Landesverbandes Ostwestfalen-Lippe ~ 1935 als Notar entlassen ~ 1938 Berufsverbot ~ 1939 Emigration (London) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 22.8.1940: Gestapo Bielefeld (Schröder) an RSHA.

■ 1./5.10.1940: RFSS/AA ~ 7./9.11.1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99887; Hepp, Liste 208 (100; 101–103: *Ehefrau* u. K) ~ **D** Die deutsche Zuckerindustrie und Zuckerbesteuerung in ihrer geschichtlichen Entwicklung dargestellt, Berlin 1897; Harrecker, 2007, S. 307 ~ **B** Die Abgeordneten des Westfalenparlaments 1826–1978, zusammengestellt v. Josef Häming, eingeleitet u. hg. v. Alfred Bruns, Münster 1978, S. 369/769 (u. Nachtrag 1983, 1984, S. 114); Lowenthal, 1981, S. 115; Walk, 1988, S. 188; Minninger, 1992, S. 20 f., 24 (irrtüml.: M.d.L); Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 178 f.

374 Kauffman, Karl, Dr. jur. (Heidelberg 1898; *Entziehung* 1940) ~ * 19.5.1876 Mannheim.

Rechtsanwalt (Mannheim; 1937: C.3 6) ~ Nov. 1938 von einer Erholungsreise in die Schweiz nicht zurückgekehrt ~ Emigration (Paris) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 16.12.1939: Gestapo Karlsruhe (Dr. Faber) an RSHA.

■ 14./20.2.1940: RFSS/AA ~ 1./10.4.1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99845; Hepp, Liste 167 (60) ~ **D** Das System der Staatspräsidentschaft in Württemberg unter Berücksichtigung der Verfassungen Preußens, Bayerns, Sachsens und Badens, Borna-Leipzig 1928; Moritz, 2001, S. 557.

375 Kaufmann, Julius, Dr. jur. (Jena 1899; *Entziehung*) ~ * 7.2.1874 Melsungen; ♂ Johanna Bodenheim (* 12.10.1883 Mannheim).

Rechtsanwalt und Notar (Kassel) ~ 1933 als Notar entlassen ~ 1938 Berufsverbot ~ 1939 Emigration (London) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 11.2.1940: Gestapo Kassel (Korndörfer) an RSHA.

■ 8.4.1940: RFSS/AA ~ 2./5.7.1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99865; Hepp, Liste 187 (63; 64: *Ehefrau* u. K) ~ **D** KVK: nicht ermittelt ~ **B** Teppe-Schröder, 2006, S. 65: * 1872!

376 Kern, Hugo, Dr. jur. (Erlangen 1922; *Entziehung* 1940) ~ * 24.2.1896 Wollenberg/Kreis Sinsheim (Baden).

Seit 1926 Rechtsanwalt (Heilbronn) ~ 9./10.–28.11.1938 *Schutzhaft* (Dachau) ~ Zerstörung der Wohnungseinrichtung ~ Berufsverbot ~ Januar 1939 Emigration (via Schweiz nach Palästina) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ Buchhalter, Buchprüfer und Steuerberater (Shavei Zion; Manfred → Scheuer) ~ Stolpersteine (Heilbronn): Eltern; K. überlebte als Einziger seiner Familie.

A 22.7.1939: Gestapo Stuttgart (Dr. Lange) an Gestapa.

■ 26.8./8.9.1939: RFSS/AA ~ 31.10./3.11.1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99819; Hepp, Liste 141 (105) ~ **D** Der Kauf einer ärztlichen Praxis, Erlangen, 1922; Mertens/Feketitsch-Weber, S. 2010, S. 81 ~ **B** BArch, R 3001/63001 ~ Marx, 1965, S. 206; Göppinger, 1990, S. 294.

377 Kirchheimer, Hilde, geb. Rosenfeld, spätere Neumann ~ 13.4.1905 Berlin – 11.9.1959 Berlin (Ost); **V**: Kurt → Rosenfeld; ♂ I. Otto → Kirchheimer; **II**. Dr. med Rudolf Neumann (1899–1962).

1932 Rechtsanwältin beim Kammergericht
~ 1933 Berufsverbot ~ Juni 1933 Emigra-
tion (Frankreich) ~ 1936 KPD ~ 1938 *Aus-
bürgerung* ~ seit 1941 in Mexiko ~ Anfang
1947 Rückkehr ~ SED; leitende Tätigkeit
im Justizwesens der SBZ/DDR, seit 1953
Chefredakteurin „Neue Justiz“.

A Otto → Kirchheimer

E „Hans → Litten, mort au Camp de concentra-
tion de Dachau“ (L'Unité pour l'Aide et la
Défense, Nr. 28, April [1938], S. 19 (zit. nach
Albrecht Betz, Exil und Engagement, 1986,
S. 274) ~ B BArch, R 3001/63221 ~ BHdE I,
1980, S. 530; SBZ-Handbuch, 1990, S. 986;
Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 224 f.; AoRB,
2007, S. 195; Röwekamp, 2005, S. 280 f.; Berge-
mann, 2012, S. 224 f.; Ladwig-Winters, 2016,
S. 183–185.

378 Kirchheimer, Otto → I. 41

379 Kirschbaum, Alfred Theodor, Dr. jur.
(Marburg 1902; *Entziehung* 1939) ~
* 9. 8. 1878 Frankfurt a. M.; ♂ Elisabeth
Roth (* 1888 Frankfurt/M.).

Rechtsanwalt und Syndikus der Frankfur-
ter Allgemeinen Versicherung ~ von der
*Strafkammer des Landgerichts in Frankfurt/
M. am 25. 2. 1932 – Aktenzeichen 9 M 55/31
(9/5 J 1378/29) wegen handelsrechtlicher Un-
treue, Betrug und Bilanzfälschung zu 2 Jahren
und 3 Monaten Gefängnis und 1.999,- RM
Geldstrafe verurteilt* ~ bis 5. 1. 1935 in Haft
~ 1937 Emigration (Südamerika) ~ 1938
Ausbürgerung.

A 14. 1. 1938: Gestapo Frankfurt a. M.
(Dr. Rasch) an Gestapa.

■ 8. 3./14. 4. 1938: RFSS/AA (nachdem die
DB Buenos Aires am 30. März *keine Beden-
ken* geltend gemacht hatte) ~ 3./6. 5. 1938:
RuPrMdi/DRA.

Q PA/AA, R 99695; Hepp, Liste 44, 15; 40–42:
Ebefrau [deutschblütig] u. K ~ D Das richterliche
Veräußerungsverbot nach Gemeinem Recht und
Bürgerlichem Gesetzbuch, Wiesbaden 1902;
Lemberg, 2002; S. 48.

380 Kitzinger, Wilhelm Nathan, Dr. jur.
(Erlangen 1893), Justizrat (1920) ~
13. 1. 1870 Fürth – 10. 5. 1945 Tel Aviv;
♣ Elisabeth Merzbacher.

Seit 1896 Rechtsanwalt (München) ~ seit
10. 11. 1938 ca. 4 Wochen *Schutzhaft*
(Dachau) ~ Berufsverbot ~ 1938 *Ausbürge-
rung* des 1933 nach Südafrika (Pretoria)
emigrierten *Sohnes* Richard → A ~ 1939
Emigration (Palästina).

A 4. 4. 1938: Gestapo München (Beck) an
Gestapa.

■ 9. 6./17. 8. 1938: RFSS/AA (nachdem die
DG Pretoria am 16. Juli *keine Bedenken* gel-
tend gemacht hatte) ~ 8. 9./9. 9. 1938:
RMdi/DRA.

Q PA/AA, R 99718; Hepp, Liste 67 (26: S: [Dr.
oec. publ., München 1934] Richard K., * 1911
München ~ D Ist der Kapitalmangel Krisenursa-
che? Ein Beitrag zur Konjunkturtheorie, Mün-
chen 1933; Harrecker, 2010, S. 308 f.: „Während
seines Studiums war er Mitglied beim ‚Republi-
kanischen Studentenkartell‘ und in der ‚Sozialis-
tischen Studentenschaft‘; Begründung der *Aus-
bürgerung* lt. Antrag der Gestapo: *Der ledige
kaufm. Angestellte Kitzinger ist [...] gleich sei-
nen Eltern und Grosseltern Rasse- und Bekenntnis-
jude. / Er war Mitglied des sozialistischen Touris-
ten-Vereins „Die Naturfreunde“ – Ortsgruppe –
München vom Jahre 1931 bis zu dessen Auflösung
und hat damit marxistische Bestrebungen ideell und
finanziell unterstützt. Da er sich wegen seiner
staatsfeindlichen Einstellung mit den neuen Ver-
hältnissen nicht abfinden wollte, wanderte er am
4. 8. 33 nach Südafrika aus. Kurz vor seiner Aus-
wanderung wurde er am 15. 7. 33 an der Universität
München zum Dr. phil. [sic] promoviert. / Ver-
mögenswerte wurden im Inlande nicht festgestellt.* ~
B Weber, 2006, S. 240 (W. N. Kitzinger) ~
BHdE II,1, 623: S: Ernst Kitzinger (2012–2003),
Kunsthistoriker (Harvard und Cambridge), 1934
ebenfalls in München promoviert, betrieb als
Emigrant die Drucklegung seiner Dissertation;
Ausbürgerung nicht dokumentiert.

381 Kiwi, Benno, Dr. jur. (Breslau 1928;
Entziehung 1940) ~ 25. 5. 1906 Lissa;
V: Abraham Kiwi (* 1869 Samter/Posen;
Kaufmann, Neisse; → A).

Rechtsanwalt (Neisse) ~ 1934 Emigration (Chile) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 31. 3. 1939: Gestapo Oppeln, O/S (Dr. Deumling) an Gestapa.

■ 14. 8./26. 9. 1939: RFSS/AA ~ 31. 10./3. 11. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99819; Hepp, Liste 141 (107; 106: *Vater*; 108: *B*) ~ **D** Der Begriff der Eigenschaft im Kaufrecht (unter besonderer Berücksichtigung des Rechtes der Viehwähnschaft), Neisse 1928; Kranich, 2012, S. 170 ~ **B** BArch, R 3001/63290.

382 Klau, Oskar, Dr. jur. (Marburg 1911; *Entziehung* 1940) ~ 2. 7. 1889 Würzburg – 18. 4. 1944 Bergen-Belsen; ☉ Therese Altheimer (1896 Frankfurt a. M. – 1945 Schilda).

Frontkämpfer ~ seit 1920 Rechtsanwalt und seit 1928 Notar (Frankfurt a. M.) ~ 1935 als Notar entlassen ~ 1936 Emigration (Holland) ~ Löschung in der Anwaltsliste ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ seit 1943 im Durchgangslager Westerbork, von dort am 1. 2. 1944 nach Bergen-Belsen deportiert; die Ehefrau wurde ebenfalls Opfer der Judenverfolgung: in Westerbork interniert, gleichfalls am 1. 2. 1944 nach Bergen-Belsen und von dort am 10. 4. 1945 mit dem Ziel Theresienstadt deportiert; die beiden 1921 bzw. 1932 in Frankfurt geborenen Töchter werden im Gedenkbuch des Bundesarchivs nicht genannt.

A 9. 6. 1940: Gestapo Frankfurt/M. (Weiss-Bollandt) an RSHA.

■ 27. 6. 1940: RFSS/AA ~ 8./13. 8. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99875; Hepp, Liste 197 (82; 83–85: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Über ausserordentliche Testamentsformen, Borna-Leipzig 1911; Lemberg, 2002, S. 48 ~ **B** BArch, R 3001/63329 ~ Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 165 (Entschädigungsakte: HHStA Wiesbaden, 518/8407).

383 Klee, Alfred → I. 42

384 Klemperer, *Helmuth* Daniel, Dr. jur. (Leipzig 1923; *Entziehung* 1939) ~ * 29. 10. 1900 Dresden; ☉ Ursula Margarete Pabst (* 1908 Chemnitz).

Bis 1933 Rechtsanwalt (Chemnitz) ~ Emigration ~ antwortete am 13. 5. 1933 dem Sächsischen Ministerium der Justiz auf dessen Mitteilung vom 4. Mai, „die Zurücknahme meiner Zulassung zur Rechtsanwaltschaft [zu] erwägen, weil ich nicht arischer Abstammung sei“: „Schließen Sie uns aus der Anwaltschaft aus: wir werden nicht aufhören, für das Recht zu kämpfen. Das ist unser Beruf, so wie das Deutschtum unsere Kultur und das Judentum unsere Abstammung ist. Sie nehmen uns das nicht weg.“ ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 16. 8. 1938: Gestapo Chemnitz an Gestapa.

■ 12. 9./16. 12. 1938: RFSS/AA ~ 23./27. 1. 1939: RMdI/DRA ~ 13. 1. 1939: AA, Vermerk (H[inrichs]): *Der Reichsführer SS pp hat mit seinem unmittelbar an die Gesandtschaft in Quito gerichteten Schreiben vom 10. 1. 39 [...] noch um folgendes gebeten: „Wenn möglich an Hand der Standesamtssregister in Quito festzustellen, ob das zweite vorehelich geborene Kind [...] auf den Namen Klemperer oder auf den Mädchennamen der Mutter eingetragen ist, da andernfalls die Erstreckung der Ausbürgerung auf das Kind nicht vorgenommen werden kann.“ Verfügung: 1.) Der Absendung mit der Bitte, die anliegende Reinschrift an die Deutsche Gesandtschaft auf möglichst schnellem Wege (Flugpost) weiterzuleiten. 2.) Zu den Akten. ~ 2. 6. 1939: RMdI (Hering) an AA (Betr. *Ausbürgerung des Dr. Helmuth Daniel Klemperer und der Ursula Margarete Pabst*): *Im Anschluss an mein Schreiben vom 2. Januar [...] teile ich ergebenst mit, daß die durch Bekanntmachung vom 23. 12. 1939 [...] ohne Vermögensbeschlagnahme ausgebürgerte Ursula Margarete Pabst [...] im Zeitpunkt der Veröffentlichung der Ausbürgerung bereits verheiratet war. Das durch dieselbe Bekanntmachung ausgebürgerte Kind Edith Charlotte**

[...] ist bei der Eheschliessung der Ursula Margarete Pabst mit Helmuth Daniel Klemperer von diesem anerkannt worden. Da gemäss § 1719 BGB ein uneheliches Kind, dessen Vater sich mit der Mutter verheiratet, den Familiennamen des Vaters erhält, führt auch dieses Kind den Familiennamen Klemperer.

Ursula Margarete Pabst wird nunmehr im Erstreckungswege unter dem durch die Eheschliessung erworbenen Namen Klemperer, geb. Pabst und das Kind [...] unter dem Namen Edith Charlotte Klemperer ausgebürgert werden. Die Ausbürgerung wird weiter auf das [...] in Esplugas de Llobregat geborene Kind [...] erstreckt.

Q PA/AA, R 99752; Liste 88 (39; 40 f.: U. M. Pabst u. K) u. Liste 120 vom 24. 6. 1939 (80–82: Ehefrau u. K) ~ D Die deutschen Länder im Völkerrecht, Leipzig, 1923; Henne, 2007, S. 114 (Helmuth K.), 118–120: Faksimile einer von Rechtsanwalt Joel Levi, Israel, zur Verfügung gestellten Abschrift des Schreibens vom 13. 5. 1933 ~ B Held, 2002, S. 102: Abdruck des Schreibens (Rechtsanwalt Dr. Hellmut [sic] Klemperer, Chemnitz, Heinrich-Beck-Straße 1) v. 13. 5. 1933, Quelle: Privatbesitz Franz Cohn, Stockholm; Lang, Chemnitz, 2018.

385 Klepper, Otto ~ 17. 8. 1889 Botterrode – 11. 5. 1957 Berlin; ♂ 1917 Gertrud Eickhoff (* 1895 Oslo).

1921 Rechtsanwalt (Frankfurt/M.), 1923 beim Kammergericht Berlin und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Domänenpächter-Verbandes in Berlin ~ 1924 Vorsitzender der Deutschen Pächterkreditbank (Domänenbank), Berlin ~ 1928–1931 Präsident der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse Berlin ~ 1931–1932 Preussischer Finanzminister ~ 1933 Flucht nach Finnland ~ Apr. 1933 Haftbefehl und Anklage wegen Mißbrauchs von Genossenschaftsgeldern ~ *Deutsches Steckbriefregister* (Nr. 256 v. 24. 7. 1933, S. 9): *fr. Staatsminister* ~ Ende 1934 Einstellung des Strafverfahrens ~ weitere Emigration (Frankreich, China, USA, Palma de Mallorca, Frankreich; Deckname Hans N.

Stahn) ~ *The Black Book* (S. 107: 79; 1940): *Deckname: Charles Reber* [Journalist, vor 1933 Korrespondent in Berlin], *Rechtsanwalt, vermutl. England (Deutsche Freiheitspartei), RSHA IV A 1* ~ 1940/41 in Südf frankreich interniert (Catus) bzw. untergetaucht ~ seit 1942 in Mexiko ~ nach Rückkehr seit 1947 Rechtsanwalt und Notar (Frankfurt/M.) ~ Mitgründer der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 und 1949 der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

A Ausbürgerung auf Betreiben des Preussischen Ministerpräsidenten, *nachdem der Ministerrat in seiner Sitzung vom 26. Februar d. J. [1933] beschlossen hat, die für die ungesetzliche Verwendung von Staatsmitteln Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.*

■ 7./31. 12. 1936: RuPrMdi (Hering)/AA (Schumburg) ~ 12./14. 4. 1937: RuPrMdi/DRA.

Q PA/AA, R 99658; Hepp, Liste 11 (16) u. 28 (17–20: Ehefrau u. K) v. 15./17. 1. 1938 ~ B *Deutscher Wirtschaftsführer*, 1929, Sp. 1158; BHdE I, 1980, S. 371; NDB 12 (1979), S. 49–51 (M. Schumacher); Astrid von Pufendorf, Otto Klepper (1888–1957). *Deutscher Patriot und Weltbürger*, München 1997; neu bearb. u. d. Titel: *Mut zur Utopie. Otto Klepper – ein Mensch zwischen den Zeiten*, Frankfurt a. M. 2015 ~ Ohne zu zögern, 2008, S. 430 (Angelika Meyer) ~ Peter Hoeres, *Zeitung für Deutschland. Die Geschichte der FAZ*, München/Salzburg [2019], S. 27–32.

386 Koenigsberger (Königsberger), Eduard, Dr. jur. (Erlangen 1907; *Entziehung* 1940) ~ 17. 5. 1882 Lissa (Prov. Posen) – 31. 5. 1948 Mülheim/Ruhr (Suizid); led.

Rechtsanwalt (Dortmund), seit 1910 in Mülheim/Ruhr (Bahnstr. 21 [1937]), seit 1919 auch Notar ~ Mitglied der *Soncino-Gesellschaft* ~ DDP/Staatspartei ~ tätig in der „Freien Vereinigung Demokratischer Rechtsanwälte“ ~ 1933 eine Zeitlang in *Schutzhaft* ~ Entziehung des Notariats ~ von Rechtsanwalt Clägens fälschlich als „Vorsitzender der Stadtverordneten-Frak-

tion der KPD“ denunziert ~ 10. 11. 1938 Emigration (Palästina; Tel Aviv) ~ Berufsverbot ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ Beschlagnahme (*Sicherstellung*) von zurückgelassenem Haushaltsgut ~ nach 1945 unter Befreiung von der Residenzpflicht als Rechtsanwalt in Wiesbaden zugelassen, ohne dort zu praktizieren ~ 18. 1. 1948 Antrag auf Wiederezulassung beim Amtsgericht Mülheim/Ruhr und Landgericht Duisburg.

A 14. 2. 1939: Gestapo Düsseldorf (Friedrich) an Gestapa.

■ 20. 3./15. 5. 1939: RFSS/AA (nachdem das DK Jaffa am 24. April *keine Bedenken* geltend gemacht und dem Amt ergänzend mitgeteilt hatte: *Koenigsberger ist nicht im Besitze der Daueraufenthaltsgenehmigung für Palästina.*) ~ 21./24. 6. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99797; Hepp, Liste 121 (72) ~ **D** Der Schadensersatz durch Naturalherstellung nach bürgerlichem Recht unter Berücksichtigung der sogenannten Vorteilsausgleichung, Borna-Leipzig 1907; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 82 ~ **B** BArch, R 3001/64049 ~ Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten, 2004, S. 48; Mauss, 2013, 275–279 (Gestapoakte: LAV NRW R, RW 58–44631).

387 Kohn, Max, Dr. jur. (Erlangen 1904; *Entziehung* 1940), Justizrat (1928) ~ 23. 4. 1880 Bamberg – 29. 1. 1942 Tel Aviv; ☉ Paula Rosenau (* 1885 Bad Kissingen).

Seit 1906 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ bereits „vor 1933 antisemitischen Attacken ausgesetzt“ ~ Aug. 1938 Zulassungsverzicht und 1938 Emigration (Schweiz; Palästina) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 5. 10. 1939: Gestapo Nürnberg (Dr. Kießel) an Gestapa.

■ 1./10. 6. 1940: RFSS/AA ~ 7./12. 8. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99874; Hepp, Liste 196 (54; 55–57: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Das Erbbaurecht nach dem B.G.B.: Ein rechtsgeschichtlicher Beitrag, Berlin 1905 (u. als Diss.: Borna-Leipzig 1905); Mer-

tens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 81 f. ~ **B** BArch, R 3001/64174 ~ Weber, 2006, S. 282.

388 Kolski, Moritz, Dr. jur. (Erlangen 1911; *Entziehung* 1940) ~ 9. 5. 1885 Duisburg – 25. 10. 1960 Tel Aviv; ☉ Ella Mayer (* 1884 Kreuznach).

Seit 1919 Rechtsanwalt und (seit 1924) Notar (Duisburg) ~ Mitglied der SPD und der „Poale Zion“ ~ Mai 1933 zunächst untergetaucht, dann Flucht (Bulgarien) ~ 13. 7. 1933 Berufsverbot ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 13. 10. 1941 Versteigerung des in Duisburg beschlagnahmten Umzugsgutes ~ seit 1943 in Palästina.

A 21. 8. 1939: Gestapo Düsseldorf (Dr. Hoffmann) an Gestapa.

■ 26. 10./4. 11. 1939: RFSS/AA ~ 27. 2./1. 3. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99838; Hepp, Liste 160 (74; 75: *Ehefrau*) ~ **D** Die Wirkung des gegen den Mieter erstrittenen Räumungs-Urteils gegen den vor Rechtshängigkeit aufgenommenen Untermieter, Duisburg 1911; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 82 ~ **B** BArch, R 3001/64243 ~ von Roden, 2 (1986), S. 969 f. u. 1177 (Rita Vogedes); Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 183 f.; Mauss, 2013, S. 279–286 (Gestapoakte: LAV NRW R, 58–21237).

389 Koppel, Louis, Dr. jur. (Jena 1903; *Entziehung*) ~ 29. 9. 1881 Dortmund-Hörde – 27. 6. 1973 New York; ☉ Margarete Hayum (* 1900 Tübingen; *B*: Dr. Heinrich → Hayum).

Rechtsanwalt (Dortmund) ~ 1939 Emigration (England, später USA) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 1953 Ablehnung des Antrags auf Wiederezulassung durch den Vorstand der RAK Hamm und den OLG-Präsidenten ~ erst nach einer Entscheidung des Ehrengerichtshofs der RAK in der Britischen Zone seit dem 1. 10. 1954 unter Befreiung von der Residenzpflicht wieder als Rechtsanwalt (Dortmund) zugelassen.

A 20. 7. 1939: Gestapo Dortmund (Dr. Hasselberg) an Gestapa.

■ 28. 7./22. 8. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB London am 16. Aug. *Bedenken nicht geltend gemacht* hatte) ~ 28./30. 9. 1939: RMdI/DRA ~ 10. 11. 1939: RMdI an AA: *Beiliegend übersende ich – unter Rückerbittung – die Eingabe des durch Bekanntmachung vom 27. [sic] September 1939 ausgebürgerten Juden Louis Israel Koppel in Swansea (Wales) vom 1. November 1939 mit dem Bemerkten, daß die Ausbürgerungsgründe aus grundsätzlichen Erwägungen nicht mitgeteilt werden können. Auch besteht kein Anlaß, etwas zu seinen Gunsten zu veranlassen. Ich stelle ergebenst anheim, den im Schreiben des Koppel genannten Siegmund Weil in Zürich durch die zuständige deutsche Auslandsvertretung entsprechend verständigen zu lassen.* Am 13. 12. 1939 sandte das AA die in der Ausbürgerungsakte nicht überlieferte Eingabe an den RMdI zurück. Bei Weil – durch das DGK Zürich *verständlich* – dürfte es sich um den 1942 verstorbenen Tübinger Bankier handeln, der 1933 zunächst in die Schweiz emigriert war.

Q PA/AA, R 99814; Hepp, Liste 136 (93; 94–98: Ehefrau u. K) ~ D Die rechtliche Grundlage der Haftung des Gastwirts ex recepto nach gemeinem Rechte und nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, Hoerde 1903 ~ B BArch, R 3001/64294 ~ LAV NRW, Abt. Westf., QN 153 ~ Himmelmann [u. a.], [1994], S. 38 f. u. S. 62–64 (H.-J. Pohlmann) ~ Zu Weil: SwissA, Dossier 1940; <https://carmenmatussek.wordpress.com>: Schikane der Wiedergutmachung, Zugriff: 24. 11. 2017.

390 Koppel, Oskar, Dr. jur. (Heidelberg 1912; *Entziehung* 1938) ~ 15. 12. 1886 Letmathe – 26. 11. 1947 Washington, D.C./USA; ⚭ Else Wertheim (* 1891 Krefeld; Sängerin am Stadttheater).

Kriegsfreiwilliger, 1915 aus gesundheitlichen Gründen entlassen ~ Hilfsrichter, Rechtsanwaltsvertretungen ~ seit 1919 Rechtsanwalt und seit 1929 Notar (Bochum) ~ Sozietät mit Carl → Rawitzki ~ 1933 kurzfristig in *Schutzhaft* und Berufsverbot ~ 1934 Emigration (USA) ~ seit 1935 im Dienst der Regierung (Washing-

ton, D.C.) ~ Spezialisierung auf Industrie-recht ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ seit 1940 amerikanischer Staatsbürger ~ während der Nürnberger Prozesse Tätigkeit im Stab des US-Chefanklägers.

A 26. 11. 1937: Gestapo Dortmund an Gestapa.

■ 13. 6./30. 7. 1938: RFSS/AA (nachdem die DB Washington am 11. Juli *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 1./3. 9. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99717; Hepp, Liste 64 (32; 68 f.: Ehefrau u. K) ~ D Die rechtliche Natur der Grundstücksmitte, Letmathe 1912; Moritz, 2001, S. 557 ~ B BArch, R 3001/64295 ~ „Zeit ohne Recht“, 2002, S. 26 f. (H. Schneider), 137–139 (A. Löw/H. Schneider).

391 Kosterlitz, Arthur, Dr. jur. (Heidelberg 1909; *Entziehung* 1940) ~ * 9. 8. 1885 Groß-Strehlitz – 29. 11. 1954 London; ⚭ 1930 Emilie Martha Hilde Rüchel (* 1896 Nudow, Krs. Teltow).

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ Wohnung zusammen mit seiner Mutter Dora geb. Schweriner (1859 – 27. 2. 1942 Theresienstadt, Ghetto) ~ 1935 als Notar entlassen ~ am 7. 5. 1938 ersuchte K. die Gestapo vergeblich um Rückgabe von 400 bis 500 Bänden, die am 14. 1. und 5. 2. 1938 in seiner Wohnung (Passauerstr. 14) bei Durchsuchungen beschlagnahmt worden waren: „Es waren darunter die Werke [...] weltbekannte[r] deutsche[r] und auslaendische[r] Autoren, die Gegner des Nationalsozialismus waren. Ferner wurden mit Beschlagnahme belegt umfangreiche Spezial-sammlungen ueber Judenfrage und Antisemitismus, Politik und Sozialismus sowie Sexualwissenschaft“ ~ aufgrund des Besitzes der Schrift „Wohin treibt Hitler?“ von Otto Straßer wegen Verdachts der Vorbereitung des Hochverrats oder des Zusammenstehens mit Straßer in Prag vernommen (Verfahren später eingestellt) ~ danach Auslandsreise (Holland) ~ seit Anfang Nov. 1938 in England ~ 1940 *Ausbür-*

gerung ~ Beschlagnahme und Versteigerung des Umzugsguts ~ seit 1941 zunächst Nachtwächter, dann Arbeiter im Weinkeller des Cumberland Hotels ~ daneben dank Stipendium Studium des Völkerrechts: „Auf Grund dieser Arbeit wurde ich in das Foreign Office (Aussen-Ministerium) als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter berufen“ ~ nach 1945 Schriftsteller (London).

A 25. 1. 1940: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an RSHA.

■ 2./13. 4. 1940: RFSS/AA ~ 4./7. 6. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99858; Hepp, Liste 180 (72; 73: *Ehefrau [deutschblütig]*) ~ **D** Die Ergänzung des handelsgeschäftlichen Werklieferungsvertrages (§ 381, 2 H.G.B.) durch das bürgerliche Recht, Berlin 1909; Moritz, 2001, S. 557 (1948 rückwirkende Wiederverleihung) ~ **B** BArch, R 3001/64378 ~ EAB, 61455 ~ AoRB, 2007, S. 200.

392 Kowalski, Max → I. 43

393 Krailsheimer, Hans, Dr. jur. (Erlangen 1917; *Entziehung* 1939) ~ 29. 1. 1888 Nürnberg – 12. 1. 1958 München.

Seit 1917 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ veröffentlichte mit seinem Sozius Fritz → Löwenthal „Die Verordnung über das Reichswirtschaftsgericht vom 21. Mai 1920“ (1920) ~ Tätigkeit als Syndikus ~ 1933 Berufsverbot und 1933 Emigration (ČSR; Schweiz, Frankreich) ~ 1935 *Steuersteckbrief* ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ 1939–1941 interniert, danach in Südfrankreich (Zwangsarrest) ~ 1954 Rückkehr (München).

A 6. 11. 1936: (Bayerisches) Staatsministerium des Innern (gez. [Adolf] Wagner) an den Herrn Reichs- und Preußischen Minister des Innern, Berlin.

■ 14. 7./12. 10. 1937: Gestapa/AA (nachdem die DG Prag und die DB Paris *keine Bedenken* geltend gemacht hatten) ~ 8./9. 3. 1938: RuPrMdI/DRA.

Q PA/AA, R. 99684; Hepp, Liste 34 (18) ~ **D** Börsenterminhandel und Kontokorrentverkehr, Nürnberg 1917; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 82 f. ~ **B** Staatsbibliothek zu Berlin; Archiv des Verlages J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Korrespondenz 1920 ~ Kein Ausweg ist auch einer. Aphorismen, München 1954; erw. Ausg. u. d. Titel „Aporismen, Aphorismen“, 1957 u. 1958) ~ Weber, 2006, S. 85, 282.

394 Krakenberger (später Craig), Max Paul, Dr. jur. (Erlangen 1912; *Entziehung* 1941) ~ 26. 5. 1885 Nürnberg – 2. 7. 1964 Silver Spring, MD/USA; **B**: Dr. rer. pol. (München 1909; *Entziehung* 1941) Johann Walter K. (* 1886 Nürnberg; 1939 in die Niederlande emigriert, 1941 ausgebürgert) wurde am 1. 2. 1944 mit seinem jüngsten Sohn Herbert von Westerbork nach Bergen-Belsen deportiert, wo er am 1. 7. 1944 umgekommen ist; ☉ Helene Kann (* 1901 Nürnberg).

Dekorierter *Frontkämpfer* (Offizier) ~ seit 1919 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ Wirtschaftsprüfer (1932) ~ veröff. im Verlag Beck u. a. den Handkommentar „Reichsgesetz (Gesetz) betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften; mit einer Darstellung des einschlägigen Steuerrechts“ (1932) ~ April 1938 Zulassungsverzicht und Emigration (ČSR, zuletzt USA) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ nach Studium seit 1952 Rechtsanwalt.

A 27. 2. 1941: Gestapo Nürnberg (Dr. Kießel) an RSHA.

■ 20./24. 5. 1941: RFSS/AA ~ 12./16. 7. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99917; Hepp, Liste 244 (108; 109–111: *Ehefrau u. K*) ~ Die Ausbürgerung des *Rasse- und Bekenntnisjuden* W. Krakenberger wurde am 7. 3. 1941 ebenfalls von Dr. Kießel (Gestapo Nürnberg) beantragt: PA/AA, R 99914; Hepp, Liste 240 (117; 118–123: *Ehefrau* Alice Emma, geb. Tuchmann, * 1893, u. K) ~ **D** Die rechtliche Struktur der Ordnungstrafe, Erlangen 1912 (auch als: Strafrechtl. Abhandlungen, H. 156; Reprint 1977); Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 83; **B**: Harrecker, 2007, S. 309 f. ~ **B** BArch, R 3001/64482 ~ DNB, Personenakte (American

Guild for German Cultural Freedom/Deutsche Akademie der Künste und Wissenschaften im Exil, 1940) ~ Weber, 2006, S. 282 ~ Im Gedenkbuch des Bundesarchivs (Zugriff: 19. 12. 2017) finden sich personengleiche Angaben zu Hans W. Krakenberger und zu Johann Walter Krakenberger sowie zu Herbert Krakenberger, der danach am 21. 1. 1945 von Bergen-Belsen mit unbekanntem Ziel deportiert wurde.

395 Kronenberger, Fritz (Fred), Dr. jur. (Erlangen 1927; *Entziehung* 1939) ~ 30. 1. 1902 Stuttgart – 19. 5. 1969 Seattle/USA.

Seit 1929 Rechtsanwalt (Hof) ~ März 1933 *Schutzhaft* ~ Berufsverbot ~ 1933 Emigration (Schweiz, Palästina, seit 1939 USA) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 27. 1. 1939: Gestapo Nürnberg (Dr. Kießel) an Gestapo.

■ 3. 3./18. 4. 1939: RFSS/AA (nachdem das DK Basel [Duckwitz] am 3. April mitgeteilte hatte: *Dr. Fritz Kronenberger [...] ist nach Auskunft des Einwohnermeldeamtes in Luzern am 28. Januar d. J. mit seiner Mutter nach den Vereinigten Staaten von Amerika zur Abmeldung gelangt.*

Gegen die Ausbürgerung des Kronenberger bestehen seitens des Konsulats keine Bedenken.) ~ 8./10. 5. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99785; Hepp, Liste 110 (63) ~ **D** Der Begriff des Versuchs, seine Erscheinungsformen im RStGB., in der Rechtsprechung des Reichsgerichts und im Entwurf von 1925, Erlangen 1927; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 83 ~ **B** Weber, 2006. S. 214.

396 Kugelman, Hermann, Dr. jur. (Marburg 1921; *Entziehung* 1939) ~ 27. 11. 1891 Witzenhausen – 3. 9. 1975 Kassel; ♂ Hilde Loeb (* 1903 St. Ingbert).

Rechtsanwalt (Kassel) ~ Zionist ~ 1937 „wegen Parteiverrats“ verurteilt ~ Revision vom Reichsgericht am 17. 9. 1937 verworfen ~ „flüchtete mit seiner Familie am Tag vor Bekanntwerden des Revisionsurteils ins

Ausland“ ~ „Steckbrief und Haftbefehl erlassen“ ~ 1938 *Ausbürgerung*.

A 22. 3. 1938: Gestapo Kassel (Augustin) an Gestapo.

■ 18. 7./5. 8. 1938: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag am 28. Juli *aus außenpolitischen Gründen keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 1./6. 9. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99719; Hepp, Liste 66 (18; 64 f.: *Ehefrau u. K*) ~ **D** Die Vertragsstrafe nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, insbes. Verfall u. Geltendmachung, 1921; Lemberg, 2002, S. 48 u. 64 ~ **B** www.lagis-hessen.de; Klein, 1986, S. 352, 841; Manfred Baumgardt, Es stand alles in der Zeitung. Witzenhausen in der Zeit des Terrors 1933–1945, 2. Aufl. BoD Norderstedt.

397 Kuhn, Werner Julius ~ * 2. 6. 1899 Berlin – 6. 6. 1968; ♂ I. (gesch. 1945) Ilse Wolff, gesch. Nossen (* 1904 Breslau); II. 1947 Rose J. Davis (1911–1979).

Frontkämpfer (Ehrenkreuz, 1935) ~ Rechtsanwalt (Berlin) ~ 1938 Berufsverbot ~ 1939 Emigration (Sydney, Australien) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1944 naturalisiert.

A 16. 11. 1939: Gestapo Berlin ([Herbert Müller) an RSHA.

■ 15./22. 4. 1940: RFSS/AA ~ 15./18. 5. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99853; Hepp, Liste 175 (77; 78 f.: *Ehefrau u. T*) ~ **B** BArch, R 3001/65208 ~ WGA Datenbank (Außenstände) ~ EAB, 163098 ~ AoRB, ²2007, S. 201.

398 Kurtz, Carl → I. 44

399 Kurtzig, Arnold, Dr. jur. (Breslau 1922; *Entziehung* 1938) ~ 7. 12. 1898 Grünberg – 22. 10. 1973 Arlington, Virginia/USA; **B**: Paul K. (* 1899, Rechtsanwalt); ♂ Lotte Aronstein (* 1904 Myslowitz).

Rechtsanwalt beim Kammergericht (Berlin) ~ seit 1926 Sozietät mit seinem Bruder ~ nahm Mandate der Roten Hilfe wahr ~ 1933 Berufsverbot ~ Verschleuderung der juristischen Bibliothek ~ 1935 Emigration

(Frankreich, Palästina) ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ nach 1952 Weiterwanderung in die USA.

A 9. 5. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 22. 7./7. 9. 1938: RFSS/AA (nachdem das DK Jaffa am 15. Aug. keine Bedenken geltend gemacht hatte) ~ 22./23. 9. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99722; Hepp, Liste 69 (25; 83: *Ehefrau*) ~ **D** Die Majestasidee in der Entwicklung des Begriffs des Hochverrats, 1922; Kranich, 2012, S. 170 ~ **B** BArch, R 3001/65421–423 ~ EAB, 57862 ~ Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 186f.; AoRB, ²2007, S. 201 ~ P. Kurtzig (1899–1948 Israel); 1933 Berufsverbot; zahlreiche Veröff., u. a. als Bearb. u. Hg. v. „Julius Hatschek, Deutsches und preußisches Staatsrecht“, ²1930, 2 Bde; *Ausbürgerung* nicht dokumentiert; AoRB, ²2007, S. 201.

400 Kurzmann, Ludwig (Lupo), Dr. jur. (Heidelberg 1907; *Entziehung* 1940) ~ 1. 3. 1882 Bayreuth – 20. 6. 1951 Toms River, N.J./USA; ∞ Pauline Lehmann (* 1884 Wenkheim, Lkr. Tauberbischofsheim – <30. 6.) 1951, Suizid).

Seit 1909 Rechtsanwalt (München) ~ dekoriertes *Frontkämpfer* (Offizier) ~ Mit-

glied des Verbands Nationaldeutscher Juden ~ seit 14. 11. 1938 ca. 4 Wochen *Schutzhaft* (Dachau) ~ danach Emigration (USA) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 5. 4. 1939: Gestapo München (Schimmel) an Gestapa.

■ 30. 10./13. 11. 1939: RFSS/AA ~ 11./15. 4. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99847; Hepp, Liste 169 (60; 61: *Ehefrau*) ~ **D** Die Völkerrechtsnormen in den deutschen Handelsverträgen, Bayreuth 1907; Moritz, 2001, S. 557 ~ **B** BArch, R 3001/65435 ~ Weber, 2006, S. 242.

401 Kutner, Josef ~ * 23. 2. 1908 Rosdzin, Krs. Kattowitz, O/S; ∞ Ruth Foerder (* 1910 Breslau).

Rechtsanwalt (Beuthen, O/S) ~ Aug. 1938 Emigration (England) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 17. 5. 1940: RSHA (Ehlers) an RMdI, Abt. I.

■ 17./31. 5. 1940: RFSS (Ehlers)/AA ~ 22./26. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99872; Hepp, Liste 194 (146; 147: *Ehefrau*) ~ **B** BArch, R 3001/65457.

L

402 Labischin, Kurt, Dr. jur. (Göttingen 1924; *Entziehung* 1939) ~ * 24. 8. 1900 Posen – 2. 1. 1965 New Barnet, Hertfordshire (GB); ∞ Käthe Pietrokowski (* 1905 Breslau).

Rechtsanwalt (Berlin) ~ 1933 Berufsverbot und Emigration (London) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ nannte sich später Andrew Michael Kraft.

A 23. 2. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 28. 11./29. 12. 1938: RFSS/AA (nachdem die DB London gegen die *Ausbürgerung der*

jüd. Familie am 13. Dez. *Bedenken nicht geltend gemacht* hatte) ~ 23./27. 1. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99752; Hepp, Liste 88 (43; 44–46: *Ehefrau* u. K) ~ **D** Ist eine metaphysikfreie Theorie des Strafrechts möglich? Eine kritische Untersuchung der Grundlagen des Strafrechts überhaupt und der Methoden seiner Begründung, 1924 ~ **B** AoRB, ²2007, S. 202; Bergemann, 2012, S. 197.

403 Landé, Hugo → I. 45

404 Landenberger, Leopold, Dr. jur. (Erlangen 1913; *Entziehung* 1940) ~ 12. 11. 1888 Scheßlitz/Oftr. – 2. 5. 1967 New York; Ⓜ Agnes Dux (* 1894 Hildesheim).

Dekorierter *Frontkämpfer* (Offizier; kriegsversehrt) ~ seit 1918 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ DDP-Mitglied ~ Reichsbund jüdischer Frontsoldaten ~ 4. 11. 1938 Emigration (London) ~ Nov. 1938 („Kristallnacht“) Demolierung der Wohnung ~ Berufsverbot ~ 1939 Emigration der Ehefrau und Tochter ~ seit Febr. 1940 in USA ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1945 Anwaltszulassung.

A 12. 10. 1939: Gestapo Nürnberg (Dr. Kießel) an Gestapa.

■ 6./10. 11. 1939: RFSS/AA ~ 13./18. 3. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99839; Hepp, Liste 161 (69; 70–72: *Ehefrau* u. *T*) ~ **D** Die Ersatzeinrichtungen der Angestelltenversicherung, Gräfenhainichen 1913; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 84 ~ **B** BArch, R 3001/65626 ~ BHdE I, 1980, S. 415; Weber, 2006, S. 282 f.

405 Landsberg, Otto → I. 46

406 Lappe, Martin Joseph, Dr. jur. (Erlangen 14. 5. 1898; *Entziehung* 1940) ~ * 16. 8. 1874 Breslau – 1943 London; Ⓜ Marie Rieß (1882–1968 London).

Seit 1902 Rechtsanwalt (Chemnitz, Chemnitzer Str. 7 [1937]) und seit 1919 Notar ~ *Frontkämpfer* ~ „1922–1937 mit kurzer Unterbrechung“ Vorsitzender der Israelitischen Gemeindevertretung, „Mitglied der Chebrah Kedoschah, des Israelitischen Hilfsvereins und der Saxonica-Loge“, 1912/13 und 1923 deren Präsident bzw. Vizepräsident, Mitglied der CV-Ortsgruppe und der Chemnitzer „Kunsthütte“ (Förderer des Malers O. T. W. Stein) ~ Apr. 1933 „ohne Begründung für kurze Zeit in Schutzhaft“ (Nitsche/Bondy) ~ 1933 als Notar entlassen ~ 9./10. 11. 1938 verhaftet und nach Buchenwald verschleppt ~ mutmaßlich vor Ende Nov. 1938 aus der *Schutzhaft* entlas-

sen ~ Berufsverbot ~ 1939 Emigration (England) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 27. 1. 1940: Gestapo Chemnitz (Dr. Mildner) an RSHA.

■ 12./22. 7. 1940: RFSS/AA ~ 16./23. 8. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99877; Hepp, Liste 198 (71; 72–74: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 84, Diss. nicht genannt; KVK: nicht ermittelt ~ **B** Held, 2002, S. 98, 100 f.; Nitsche/Bondy, 2002, S. 293 f.; Lang, 2014, S. 784/Anm. 1128 (gest. 1942) ~ *T*: Eva Lappe – 1935 mit cum laude an der Leipziger Juristenfakultät promoviert – konnte ihre Dissertation „Mutter-schutz in Frankreich“ im gleichen Jahr im Risse-Verlag in Dresden veröffentlichen. Lt. Ausbürgerungsantrag war sie 1936 zum *Zwecke der Existenzgründung nach England* ausgewandert. Nach ihrer Ausbürgerung heiratete sie in London den ebenfalls aus Chemnitz stammenden Zionisten und Mitbegründer des deutschen Hechalutz Fritz Lichtenstein (1903–2003), den späteren israelischen Diplomaten Perez Leshem (Strasse zur Rettung: 1933–1939. Aus Deutschland vertrieben – bereitet sich jüd. Jugend auf Palästina vor, Tel-Aviv 1973); auf Antrag von Angehörigen wurde die E. Lappe aufgrund der *Ausbürgerung* 1940 *entzogene* Doktorwürde 2001 erneuert; Henne, 2007, S. 114 u. 101–103: „Dr. Eva Elisabeth Lappe (Chawa Leshem) (1909–1979). Letzte Doktorandin und Frauenrechtlerin“ (Stefen Held); Lang, 2014, S. 673; Ladwig-Winters, 2016, S. 163 f. ~ *S*: Rudolf Lappe (1914–2013) hatte sich lt. Ausbürgerungsantrag bereits 1933 zu *Studienzwecken nach England abgemeldet*; er kehrte 1948 in die SBZ zurück; nach Promotion und Habilitation Hochschullehrer, Elektrotechniker (Dresden); R. Lappe, „Ich habe nie vergessen, was hinter mir stand und neben mir vor sich ging – das konnte ich nicht“, in: Franziska Schlotterer/Isabella Knoeschel (Hg.), *Wendzeiten. Deutsche Lebensläufe in fünf politischen Systemen*, Berlin 1997, S. 50–83; *Zeitzeugen*, Teil 11 [Rudi Lappe, Fanny Große], Dresden: Balance-Film 2007; https://dewiki.de/Lexikon/Rudolf_Lappe.

407 Laserstein, Botho → I. 47

408 Ledermann, Franz Anton, Dr. jur. (Breslau 1912) ~ 16. 10. 1889 Hirschberg – 18. 11. 1943 Auschwitz; ⚭ Ilse Luise Citroen (1904–1943 Auschwitz).

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ 1933 Berufsverbot und Emigration (Niederlande) ~ 1938 *Ausbürgerungsantrag* ~ 16. 11. 1943 deportiert ~ wie ihre Eltern wurde auch die jüngere Tochter Susanne (* 1928 Berlin) ab Westerbork deportiert; das Schicksal ihrer Schwester Barbara Charlotte Rose (* 1925) ist im Gedenkbuch des Bundesarchivs nicht dokumentiert.

A 2. 2. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert Müller] an Gestapa.

■ 31. 8. 1938: AA (nachdem die DG Den Haag am 22. Aug. *aus außenpolitischen Gründen keine Bedenken geltend gemacht hatte*) ~ Gründe für die unterlassene, zumindest nicht dokumentierte *Ausbürgerung* sind aus der Akte nicht ersichtlich; Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund der 11. VO z. RBürG v. 25. 11. 1941.

Q PA/AA, R 100013 ~ **D** Die Gesetzesumgebung im römischen und bürgerlichen Recht, Hirschberg 1912 ~ **B** BArch, R 3001/66008 ~ EAB, 262891 (DS bis 2025) ~ AoRB, 2007, S. 206.

409 Leipziger, Georg ~ * 20. 10. 1872; ⚭ Hedwig Laboschiner (* 1880 Oels).

Rechtsanwalt (1937: Dr. [sic], Breslau, Eichbornstr. 4/6) ~ Apr. 1939 Emigration (Melbourne, Australien) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 31. 10. 1940: Gestapo Breslau (Braschwitz) an RSHA.

■ 7./15. 4. 1941: RFSS/AA ~ 12./15. 5. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99910; Hepp, Liste 231 (120, 121 f.: *Ehefrau* u. S) ~ **D** Im *Ausbürgerungsantrag* nicht erwähnt, im KvK nicht nachweisbar.

410 Lepehne, Walter, Dr. jur. (Königsberg; *Entziehung* 1938) ~ 24. 2. 1903 Königsberg/Pr.; ⚭ Margot Joseph (8. 3. 1908 Tilsit).

Bis 1933 Rechtsanwalt (Königsberg) ~ aktiv in der Königsberger deutsch-jüdischen Jugendbewegung (Schwarzer Haufen) ~ 1934–1938 Syndikus der jüdischen Arbeitnehmer in Danzig ~ 1938 Emigration (USA) ~ 1938 *Ausbürgerung*.

A 12. 2. 1938: Gestapo Königsberg (Schaefer) an Gestapa.

■ 28. 7./9. 9. 1938 RFSS/AA (nachdem das DGK Danzig am 22. Aug. dem *Ausbürgerungsvorschlag* – in nahezu wörtlicher Übernahme des Gestapo-Berichts – zugestimmt hatte: *Ich beehre mich anheimzustellen, die Ausbürgerung des Walthers Lepehne und seiner Ehefrau [...] zu veranlassen und mich mit Weisung zu versehen.*) ~ 24./

26. 9. 1938: RMdI/DRA ~ Aufgrund nachträglicher Feststellung einer Beteiligung der Ehefrau an einem Auswandererkonto bei der Volksbank Tilsit beantragte das FA Berlin-Moabit am 17. 4. 1939, *das Vermögen [...] als dem Reiche verfallen zu erklären*; der entsprechenden Bitte des RMdF stimmte das Amt am 16. Mai zu.

Q PA/AA, R 99725; Hepp, Liste 70 (37; 78: *Ehefrau*) ~ **D** Körperschaftliche Verwaltungsakte. Ein Beitrag zur Untersuchung des inneren Vereinsrechtes, 1925 ~ **B** BArch, R 3001/66327 ~ Erwin → Lichtenstein, 1985; Schüler-Springorum, 1996, S. 279, 281, 286.

411 Levinger, Wilhelm, Justizrat (1926) ~ 19. 12. 1877 München – 9. 11. 1957 New York.

Seit 1904 Rechtsanwalt (Würzburg, seit 1906 München) ~ mutmaßlich zeitweise Sozietät mit Justizrat Dr. jur. Julius Heilbronner (1872–1934) ~ Liberaler (DDP) ~ bekannter Alpinist ~ seit 1918 Syndikus des CV-Landesverbands Bayern ~ Mitarbeiter der Bayerischen Israelitischen Gemeindezeitung ~ veröff. „Zur Rechtsprechung über Kollektivbeleidigung“ (Die

Justiz IV. Bd., Berlin, April 1929, H. 4, S. 376–383; Nachtrag, ebd.: Juni 1929, H. 5, S. 516) ~ Sammler (Graphik) ~ 1937 Zulassungsverzicht und Emigration (USA) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 1944 amerikanischer Staatsbürger.

A 19. 5. 1938: Gestapo München (Beck) an Gestapa.

■ 8. 8./14. 10. 1938: RFSS/AA (nachdem die DB Quito – unmittelbar durch den RFSS um Stellungnahme gebeten – gegen die Ausbürgerung *des Juden* [...] *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 25. 1./28. 1. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99755; Hepp, Liste 90 (71; 25. 1. 1939) ~ E Aufbau (u. a. „Wer schrieb ‚Mein Kampf‘“ [9, 26. 3. 1943, Nr. 13, S. 22] u. „Dr. Max Friedländer 75 Jahre“ [14, 11. 6. 1948, Nr. 24, S. 39]) ~ B Helmuth Zebhauser, *Alpinismus im Hitlerstaat. Gedanken, Erinnerungen, Dokumente*. Hg. v. Deutschen Alpenverein, München 1998, S. 246–248; Walter, 1999, S. 132 ff. (J. Heilbronner), 281/Anm. 2 (Levinger/Heilbronner), 282/ Anm. 13 (W. Levinger); Weber, 2006, S. 243 u. 234; J. Heilbronner; Inbal Steinitz, *Der Kampf jüdischer Anwälte gegen den Antisemitismus. Die strafrechtliche Rechtsschutzarbeit des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (1893–1933)*, Berlin 2008, S. 150 f.: „CV-Anwalt Wilhelm Levinger“.

412 Levis, Arthur Aron, Dr. jur. (Heidelberg 1904; *Entziehung* 1941) ~ * 26. 7. 1877 Karlsruhe; Ⓞ Margaretha Knopf (* 1888 Karlsruhe).

Rechtsanwalt (Karlsruhe) ~ Mitglied der Soncino-Gesellschaft ~ 1938 Berufsverbot ~ 1940 Emigration (Lissabon; 1941 USA) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 7. 1. 1941: Gestapo Karlsruhe (Dr. Faber) an RSHA.

■ 16./21. 1. 1941: RFSS/AA ~ 13./14. 2. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99898; Hepp, Liste 219 (112; 113: *Ehefrau*) ~ D Nicht ermittelt; *Entziehung* (Heidelberg) nicht dokumentiert ~ B LABW,

Bestand 234 Nr. 12482 ~ Werner, ²1990, S. 237; Schiller, 1997, S. 470; die Villa Jahnstraße 20 ist heute Sitz der städt. Musikschule.

Levy, Erich → Lion-Levy, Erich

413 Levy, Ernst, Dr. jur. (Köln 1923; *Entziehung* 1939) ~ 14. 2. 1900 Krefeld – 1978 Südafrika; Ⓞ Clara Hilsenrath (* 1910 Duisburg).

Seit Ende 1925 Rechtsanwalt (Krefeld) ~ 1933 Berufsverbot ~ Versicherungsvertreter ~ 1937 Emigration (Südafrika) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ Tod (Raubüberfall) ~ Eltern und Bruder wurden Opfer der Judenverfolgung.

A 1. 3. 1939: Gestapo Düsseldorf (Friedrich) an Gestapa.

■ 11. 4./24. 6. 1939: RFSS/AA (nachdem das DK Johannesburg am 26. Mai *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 12./21. 7. 1939: RMdI/DRA ~ Am 6. 5. 1940 stimmte das Amt *der nachträglichen Verfall-erklärung des Vermögens [bei der Städtischen Sparkasse Krefeld ein Auswanderersperrkonto in Höhe von 656,29 RM]* zu.

Q PA/AA, R 99802; Hepp, Liste (125 (79; 12. 7. 1939; 80: *Ehefrau*) ~ D Vorkaufsrecht, Wiederkaufsrecht und Heimfall in der neuen Siedlungs- und Heimstättengesetzgebung im Vergleich mit dem Vorkaufs- und Wiederkaufsrecht des geltenden bürgerlichen Rechts mit Rücksicht auf die Verträge, 1923; Szöllösi-Janze/Freitäger, 2005, S. 10 ~ B Mauss, 2013, S. 295–297 (Gestapo-Akte: LAV NRW, RW 58–33938).

414 Levy, Gustav → I. 48

415 Levy, Hermann ~ * 27. 3. 1906 Essen; V: Dr. med. Ernst Levy (* 1872; → A).

Seit 26. 3. 1933 Rechtsanwalt (Essen) ~ 1933 Berufsverbot und Emigration (Paris) ~ Studium an der Sorbonne (Angewandte Psychologie) ~ seit 1934 in Argentinien ~ gründete zusammen mit seinem Jugendfreund Julius → Herzfeld in Buenos Aires ein Maklerbüro ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 18. 3. 1940: Gestapo Düsseldorf (Dr. Haselbacher) an RSHA.

■ 23./26. 9. 1940: RFSS/AA ~ 5./8. 11. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99886; Hepp, Liste 207 (76); zur Ausbürgerung der *Eltern* und *Geschwister* ebd., 74 f. und 77–79 ~ **B** BArch, R3001/66431 ~ Schröter, 1980, S. 633 f.; Schmalhausen, 2006, S. 88.

416 Levy, Ludwig, Dr. jur. (Leipzig 1906; *Entziehung* 1940) ~ 7. 12. 1883 Potsdam – 22. 12. 1966 Sydney; ⚭ Antonia Friedländer (* 1885 Breslau).

Rechtsanwalt und Notar (Potsdam) ~ 1933 kurzzeitig in *Schutzhaft* ~ widersprach in einen Leserbrief dem Bericht eines KZ-Häftlings, in der Haft mißhandelt worden zu sein (The Times 19. 9./26. 9. 1933) ~ Nov. 1938 erneut in *Schutzhaft* (Sachsenhausen) ~ 25. 12. 1938 Emigration (Australien) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 28. 12. 1939: RSHA (Engelmann) an RMdI.

■ 28. 12. 1939/3. 1. 1940: RFSS/AA ~ 11./15. 4. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99847; Hepp, Liste 169 (71; 72: *Ehefrau*) ~ **D** Der Nachbesserungsanspruch des Käufers bei Mängeln der Speziessache als Erfüllungsanspruch. Ein Beitrag zur Systematik der Sachmängelhaftung nach bürgerlichem Recht, Borna-Leipzig 1906; Henne, 2007, S. 114; Lang, 2014, S. 659/Anm. 157 ~ **B** BArch, R 3001/66438 ~ Bergemann/Ladwig-Winters, 2003, S. 120 f.

417 Levy, Otto, Dr. jur. (Heidelberg 1912; *Entziehung* 1941) ~ 10. 2. 1890 Oberhausen – 16. 5. 1969 Tel Aviv; ⚭ 1920 Hedwig Franken (* 1896 Bedburg/Erft).

Frontkämpfer ~ seit 1920 Rechtsanwalt und seit 1925 Notar (Duisburg) ~ seit 1930 in Sozietät mit Louis → Traugott ~ 29. 5. 1933 zusammen mit weiteren jüdischen Rechtsanwälten von „Demonstranten spontan“ – unter Rufen „Juden heraus!“ – „aus den

Sitzungssälen“ des Landgerichts „gefegt“ ~ nach Emigration nach Palästina als Notar entlassen und am 5. 10. 1933 auf eigenen Antrag aus der Anwaltsliste gelöscht ~ 1936 Rechtsanwalt (Tel Aviv) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 21. 11. 1939: Gestapo Düsseldorf (Dr. Hoffmann) an RSHA.

■ 13. 12. 1939/8. 1. 1940: RFSS/AA ~ 11./15. 6. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99861; Hepp, Liste 183 (68; 69–72: *Ehefrau* u. *K* (auch die 1942 ermordete Tochter Ruth Eva, die nicht mit hatte auswandern dürfen und in der Heilerziehungsanstalt Graue Burg in Sechtem zurückgelassen werden musste) ~ **D** Die Möglichkeit des einseitigen Verzichts im B.G.B., Oberhausen Rhld. 1912; *Entziehung* (Moritz) nicht dokumentiert ~ **B** BArch, R 3001/66442 ~ von Roden, 2 (1986), S. 1196 (Rita Vogedes); Mauss, 2013, S. 300–302 (Gestapoakte: LAV NRW R, RW 58–14130).

418 Lewin, Siegfried Friedel, Dr. jur. (Erlangen 1914; *Entziehung* 1939) ~ * 21. 3. 1889 Allenstein; ⚭ Fanni Michaelis (* 1898 Magdeburg).

Rechtsanwalt (Allenstein) ~ nach dem Tod seines Vater Inhaber des Bankhauses Julius Lewin (Allenstein) ~ 1./2. April 1933 in *Schutzhaft* ~ Emigration (Palästina) ~ 1937 Betriebsverbot der *jüdischen* Privatbank per Erlass des Reichskommissars für das Kreditwesen ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 12. 6. 1939: Gestapo Allenstein (Dr. Scheffe) an Gestapo.

■ 8. 7./18. 8. 1939: RFSS/AA (nachdem das DGK Jerusalem am 2. Aug. *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 16./21. 9. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R99813; Hepp, Liste 135 (83; 84–86: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Muß der Gläubiger, der in dem Schuldner nicht gehörige, bewegliche Sachen gutgläubig vollstreckt hat, den Erlös herausgeben?, Allenstein 1913; Mertens/Feketsch-Weber, 2010, S. 85 ~ **B** BArch, R 3001/66461 ~ Köhler, 2008, S. 114, 403.

419 Lewinski, Erich → I. 49

420 Lewinski, Max, Justizrat ~
* 29. 1. 1868 Pr. Stargard; ⚭ Elise Reichenbach (* 1877 Oederau/Sa.).

Rechtsanwalt (Neisse, O/S; 1937: Breslauer Str. 46) ~ Sept. 1938 Emigration (Argentinien).

A 27. 8. 1941: Gestapo Oppeln, O/S (Biberstein) an RSHA,

Das weitere Verfahren zur *Ausbürgerung* der *jüdischen* Familie Lewinski, zu der auch der 1907 geb. Gerichtsassessor Ulrich L. gehörte, erübrigte sich nach Erlass der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941, da alle Mitglieder *mit Inkrafttreten der Verordnung* durch ihren *gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland* ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatten.

Q PA/AA, R 100033.

421 Lewinsohn, Alexander ~ * 1. 8. 1880 Graudenz.

Seit 1910 Rechtsanwalt (Kassel) ~ Mitbegründer des Jüdischen Museums im Hessischen Landesmuseum und von 1928 bis 1933 Erster Vorsitzender des „Vereins Jüdisches Museum“ ~ Sammler ~ 1938 Berufsverbot ~ Sept. 1939 Emigration (England) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 2. 11. 1939: Gestapo Kassel (Augustin) an Gestapa.

■ 2./8. 12. 1939: RFSS/AA ~ 1./10. 4. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99845; Hepp, Liste 167 (86) ~ B BArch, R 3001/66471 ~ Alexander Lewinsohn, *Der Werdegang des Jüdischen Museums*, in: *Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck*, Nr. 15. v. 15. 4. 1927, S. 6–7 ~ *Maecenas*, 21930 ~ E. Schmidberger, 1986 (J. → Dalberg) ~ Hoppe, 2002 ~ Schröder-Teppe, 2006, S. 76; Thiele, 2006.

422 Lewkowicz, Berthold, Dr. jur. (1924 Breslau; *Entziehung* 1938) ~ * 15. 5. 1902 Mixstadt, Krs. Schildberg/Prov. Posen).

Rechtsanwalt (Breslau) ~ Sept. 1933 Emigration ~ *unterhielt* lt. Ausbürgerungsantrag *Beziehungen zu dem berüchtigten kommunistischen Rechtsanwalt Dr.* [sic; Max] → *Lichtenstein aus Hindenburg, der 1933 ins Ausland flüchtete* ~ veröff. 1936 im Verlag Glanz (Wien) „Der Weg des Misrachi“ (1902 in Wilna gegr. Vereinigung der toretreuen Zionisten) ~ 1938 *Ausbürgerung*.

A 14. 7. 1938: Gestapo Breslau (Brauenschwitz) an Gestapa.

■ 28. 7./19. 8. 1938: RFSS/AA (nachdem die DG Prag am 6. Aug. *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 9./12. 9. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99720; Hepp, Liste 68 /26) ~ D Die Rechte und Pflichten der geschäftsführenden Gesellschafter bei der Gesellschaft des B.G.B., 1924; Kranich, 2012, S. 170 ~ B BArch, R 3001/66479.

423 Lichtenstein, Erwin → I. 50

424 Lichtenstein, Max → I. 51

425 Liebes, Curt, Dr. jur. (Erlangen 1913) ~ 21. 3. 1892 Posen – 24. 12. 1951 New York; ⚭ 1930 Hertha Schneider geb. Jacobi (gest. 1935 Tel Aviv), Inhaberin des Modewarengeschäfts „Harriet“.

Frontkämpfer, nach Verwundung Kriegsgerichtsrat ~ seit (1919) Rechtsanwalt beim Kammergericht und später Notar (Berlin) ~ veröff. zusammen mit Richard → Becher einen Kommentar („Steuer-Liebes“) ~ 1934 Reise nach Spa (Belgien), von dort Emigration (Palästina) ~ Mitgründer eines wenig erfolgreichen Bankgeschäfts ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ 1948 Auswanderung (USA).

A 22. 4. 1941: RSHA an RMdI: *Ausbürgerung von Juden im besetzten Gebiet Frankreichs*.

■ 22./30. 4. 1941: RFSS/AA (Todenhöfer) ~ 9./13. 6. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99913; Liste 236 (167; 164–166: M: Rahel geb. Labischin, * 1865, Schw: Lissie, * 1887, u. Else, * 1890 ~ D Der Ehemann als Verwalter des eingebrachten Guts im Prozeß. Ein Beitrag zur Lehre von der prozessualen Wirkung des gesetzlichen Güterstandes nach dem deutschen bürgerlichen Gesetzbuche, Berlin 1913; *Entziehung* nicht dokumentiert ~ B BArch, R 3001/66535 ~ WGA Datenbank ~ EAB, 319167 ~ AoRB, 2007, S. 211.

426 Liebknecht, Theodor → I. 52

427 Lieblich, Karl, Dr. jur. (Tübingen 1921; *Entziehung* 1940) ~ 1. 8. 1895 Stuttgart – 1. 3. 1984 Stuttgart; ∞ Olga geb. Lieblich (* 1897 Straßburg i. E.).

Seit 1923 Rechtsanwalt (Stuttgart) und Schriftsteller ~ 1934 Aufgabe der Praxis ~ 1935 Studium des Druckhandwerks in Basel, „Studienreisen“ (USA, Kolumbien und Jugoslawien) ~ 1935 mangels Beweises in einem Verfahren wegen Devisenvergehen freigesprochen ~ 1936 Zulassung aufgegeben ~ 1937 Emigration (Brasilien) ~ Kapitaltransfer in Form von Druckmaschinen (Druckerei Agrada in São Paulo; nach deren Verkauf kaufmännische Tätigkeit) ~ *Listen des schädlichen und unerwünschten Schrifttums*: „Was geschieht mit den Juden? [Öffentliche Frage an Adolf Hitler]“ (1932) und „Wir jungen Juden“ (1931; ein Exemplar von der Staatsbibliothek zu Berlin als NS-Raubgut an das Berliner Missionswerk der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz restituiert) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 1958 endgültige Rückkehr nach Stuttgart ~ Die Bibliothek von Karl Lieblich, einschließlich der nach Südamerika mitgenommenen Werke, gelangte 2013 als Stiftung in das Deutsche Literaturarchiv Marbach.

A 4. 2. 1939: Gestapo Stuttgart (Schröder) an Gestapo.

■ 21. 2./30. 6. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB Rio de Janeiro *außenpolitische Bedenken* nicht geltend gemacht hatte) ~ 31. 7./3. 8. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99805; Hepp, Liste 128 (70; 71–75: *Ehefrau* u. T) ~ D Zustimmung und Teilnahme in § 1565 Abs. 2 B.G.B im Hinblick auf den Ehescheidungsbetrug, 1921 ~ B BArch, R 3001/66553 ~ Nachl.: DLA Marbach ~ Marx, 1965, S. 207; BHdE II,2 (1983), S. 728 f.; Izabela Maria Furtado Kestler, *Die Exilliteratur und das Exil der deutschsprachigen Schriftsteller und Publizisten in Brasilien*, Frankfurt a. M., 1992 ~ Marlen Eckl, „Das Paradies ist überall verloren.“ *Das Brasilienbild von Flüchtlingen des Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. 2011; Christoph Manasse, *Auf der Suche nach einer neuen jüdischen Identität. Der Schriftsteller Karl Lieblich (1895–1984) und seine Vision einer interterritorialen Nation*, Köln [u. a.] 2015.

428 Lion, Wilhelm, Dr. jur. (Rostock 1913; *Entziehung* 1939) ~ 20. 8. 1887 – 3. 10. 1966; ∞ Stephanie Aron (* 1898 Worms).

Rechtsanwalt und Notar (Dortmund) ~ DDP ~ am 1. 4. 1933 von SA-Leuten in seinem Büro verhaftet, bedroht und mit anderen Juden gezwungen, auf der belebtesten Straße Dortmunds in das Gefängnis Steinstraße zu marschieren ~ erst nach mehreren Tagen und auf Anraten eines Arztes entlassen ~ Emigration (Portugal) ~ in Lissabon Hausierhandel mit deutschen Büchern, die „Freunde aus der Schweiz besorgten“ ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 3. 2. 1939: RFSS (Dr. Zimmermann) an RMdI.

■ 3. 2./17. 3. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Lissabon *Bedenken nicht erhoben* hatte) ~ 31. 3./3. 4. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99775; Hepp, Liste 103 (49; 50: *Ehefrau*) ~ D Unmöglichkeit der Leistung und Gläubigerverzug mit besonderer Berücksichtigung des Werkvertrages; Rostock 1913; Hartwig, 2010, S. 329 ~ B BArch, R 3001/66753 ~ Himmelmann [u. a.], [1994], S. 69–73 (H.-J. Pohlmann); Kißener/Roth, 2017, S. 107 f.

429 Lion-Levy (seit 1919; urspr. Levy), Erich, Dr. jur. (Breslau 1907; *Entziehung* 1941) ~ * 22. 12. 1884 Guhrau; ∞ Rosa Feig (* 1894 Gleiwitz).

Rechtsanwalt (Breslau) ~ 1939 Emigration (Chile) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 17.4.1940: Gestapo Breslau (Kuke) an RSHA.

■ 24.12.1940/16.1.1941: RFSS/AA ~ 26./28.1.1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99899; Hepp, Liste 220 (103; 104–106: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Die Beerbung der Kinder aus einer nichtigen Ehe durch den bösgläubigen Ehemann und seine Verwandten nach gesetzlicher Berufung; Breslau 1907; Kranich, 2012, S. 171.

430 Lippmann, Ignaz (Ignatz), Dr. jur. (Greifswald 1902) ~ 23.9.1879 Posen – 1942 Riga (Ghetto); Ⓞ Ilse Pinoff (*1892).

Rechtsanwalt (1937: Breslau, Schweidnitzerstr. 36) ~ Sept. 1939 Emigration (Amsterdam) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 30.1.1940: Gestapo Breslau (Dr. Gerke) am RSHA.

■ 11./21.3.1940: RFSS/AA ~ 29.4./4.5.1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99850; Hepp, Liste 172 (67; 68f.: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Die Entmündigung von Ausländern im System des internationalen Privatrechts, Greifswald 1902; aufgrund des im Ausbürgerungsantrag fehlenden Nachweises eines akademischen Grades mutmaßlich nicht deproviert ~ **B** Lt. Gedenkbuch Berlins wurde Ignatz Lippmann, „wohnhaft in Breslau und Berlin (Charlottenburg)“ – im Berliner Adressbuch 1937 bis 1942 aber nicht nachweisbar – ab Berlin am 25. Januar 1942 nach Riga (Ghetto) deportiert; Ilse L. („wohnhaft in Breslau und Berlin“) wurde danach mit ihrer Tochter Anneliese (*1916; „wohnhaft in Breslau“) am 1.6.1940 nach Ravensbrück und von dort am 30.3.1942 in die Tötungsanstalt Bernburg/Saale deportiert; Todesdatum der Tochter: 26.3.1942 (letzter Zugriff: 6.6.2019); im Gedenkbuch des Bundesarchivs werden I. Lippmann, seine Ehefrau und die Tochter nicht genannt ~ Willy Cohn, Kein Recht, nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933–1941, Bd. 1, Köln [u.a.] 2006.

431 Litten, Hans Joachim → I. 53

432 Loeb, Julius, Dr. jur. (Breslau 1926; *Entziehung* 1940) ~ *2.7.1894 Braunschweig; Ⓞ Else Nellhaus (*1896 Breslau).

Rechtsanwalt (Hildesheim, Bernwardstr. 31 [1937]) ~ Sozietät mit Dr. Hugo → Goldberg ~ Juli 1939 Emigration (London) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 25.11.1939: Gestapo Hildesheim (Leitsmann) an Gestapa.

■ 31.12.1939/12.1.1940: RFSS/AA ~ 21./25.5.1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99856; Hepp, Liste 177 (62: *1891; 63: *Ehefrau*) ~ **D** Das dingliche Wohnungsrecht (§ 1093 BGB), Braunschweig 1926; Kranich, 2014, S. 171 (*1894) ~ **B** v. Jan, 1988, S. 99.

433 Loeb, Lucian, Dr. jur. (Heidelberg 1914; *Entziehung* 1941) ~ 25.8.1889 Darmstadt – 3.11.1972 Philadelphia, USA; Ⓞ Luise Kohn (*1905 Augsburg).

Seit 1914 Rechtsanwalt (Darmstadt, Bismarckstr. 15 [1934]) ~ Sozietät mit Dr. Richard Oppenheimer (1874–2.12.1938 KZ Buchenwald) ~ 1936 Emigration (USA) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 20.8.1940: Gestapo Darmstadt (Fentz) an RSHA.

■ 4./15.11.1940: RFSS/AA ~ 5./9.12.1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99892; Hepp, Liste 213 (75; 76f.: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Allgemeine Falschbeurkundung (§§ 271 – 273 RStGB), Berlin 1914 ~ **B** BAArch, R 3001/66845 ~ Bergemann, Darmstadt, 2012.

434 Loeb, Siegfried ~ 23.10.1886 Scherfede – 14.11.1957 New York; Ⓞ Else Feibes (1897–1991 New York).

Dekorierter *Frontkämpfer* (Leutnant d. R.) ~ seit 1918 Rechtsanwalt (Düsseldorf) ~ 1933 Flucht nach Den Haag, seit Febr. 1934 in Paris, später in die USA (New York) emigriert ~ in der Anwaltsliste gelöscht ~

1934 *Steuersteckbrief* ~ 1941 *Ausbürgerung*
~ Vermögensbeschlagnahme.

A 5. 5. 1941: Gestapo Düsseldorf (Dr. Venter) an RSHA.

■ 30. 7./2. 8. 1941: RFSS/AA ~ 30. 8./
4. 9. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99922; Hepp, Liste 253 (103; 104–106: *Ehefrau* u. *K*) ~ **B** Mauss, 2013, S. 331–334 (Personalakte, Gestapoakte RW 58 Nr. 74030 sowie Wiedergutmachungsakte im LAV NRW).

435 Loeb, Wilhelm Simon (William S.), Dr. jur. et rer. pol. (Würzburg 1913; *Entziehung* 1940) ~ 6. 9. 1890 Frankenthal/Pfalz – 23. 2. 1963 San Francisco; ♂ Johanna Krämer (* 1898 Berlin; *M*: Opfer der Judenverfolgung).

Dekorierter *Frontkämpfer* ~ seit Anfang 1919 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ vom 8. 12. 1933 „auf Veranlassung des Rechtsanwalts [Dr. Johannes] Marx [„Rechtsvertreter des Gauleiters Streicher“] durch die [NSDAP-]Gauleitung“ wegen angeblicher Beleidigung Streichers bis zum 13. 1. 1934 im Untersuchungsgefängnis Nürnberg in *Schutzhaft* ~ Freilassung auf Intervention des Bayer. Justizministeriums und des Landgerichtspräsidenten, aber unter der vom Polizeipräsidenten gemachten Auflage, Nürnberg „bis auf Weiteres“ zu verlassen: „Der Vertreter des Polizeipräsidenten erklärte mir bei seinem Besuch im Untersuchungsgefängnis: ‚Wir haben alle Muehe gehabt, Ihr Abschiebung nach Dachau zu verhueten. Am besten kaemen Sie nicht mehr nach Nuernberg zurueck, wo Sie vor Ihren Kollegen doch keine Ruhe haben werden“ ~ nach Ehrengerichtsverfahren 1934 Berufsverbot ~ Syndikus der im Juli 1938 arisierten Wäschemanufaktur Karl Joel, mit deren Verlagerung von Nürnberg nach Berlin Loeb beauftragt worden war ~ Sommer 1938 „Orientierungsreise“ in die USA geplant ~ zunächst Aufenthalt in der Schweiz (Zürich; Rechtsanwalt Dr. Scheer) ~ die Ehefrau wurde vor der Abreise aus Berlin in Geiselhaft ge-

nommen, um die Herausgabe der legal in der Schweiz deponierten ausländischen Wertpapiere zu erzwingen ~ Freilassung nach sieben Wochen und Ablieferung des gesamten inländischen Vermögens in Höhe von ca. 300.000 RM sowie eines Teils des Auslandsvermögens ~ Nervenzusammenbruch ~ Emigration (USA) ~ erfährt dort, dass sich seine Mutter am 8. 11. 1938 „infolge der Bedraengungen durch die Zollfahndungsstelle und Zerstörung ihrer Moebel“ das Leben genommen hatte ~ Vermögensabwicklung durch Dr. Kurt → Schlesinger (Berlin) ~ unter Zurücklassung eines Teils der Wohnungseinrichtung („weil die Liftvans voll waren“ und die Packer die Sachen „einfach auf der Strasse stehen“ ließen ~ Transfer des Umzugsguts durch die Fa. Silberstein ~ „fast vier Jahre voellig arbeitsunfaehig“ ~ danach Aushilfstätigkeiten (Stundenbuchhalter) ~ 1940 *Ausbürgerung*: „Am 13. 3. 1940 wurde mir und meiner Ehefrau gem. § 2 des Gesetzes v. 14. 7. 1933 die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt; am 2. 5. 1940 wurde mein Vermögen dem Reich verfallen erklärt.“

A 14. 6. 1939: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 5./7. 12. 1939: RFSS/AA ~
13./20. 3. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99841; Hepp, Liste 163 (51; 52: *Ehefrau*) ~ **D** Der Versuch im Reichsstrafgesetzbuch und im Vorentwurf, Breslau 1913 (auch als: Strafrechtl. Abhandlungen, 176; Reprint 1977); Rupp, 2011, S. 180 ~ **B** BArch, R 3005/1932 u. 3063 ~ EAB, 65443 (darin Auszug aus OFD-Akte mit Verzeichnis des Vermögens) u. 65442 (Ehefrau) ~ Weber, 2006, S. 284 f.

436 Löffel, Benno ~ 16. 6. 1881 Augsburg – 9. 8. 1954 Silver Creek, N.Y./USA.

Seit 1911 Rechtsanwalt (Augsburg) ~ dekorierter Frontkämpfer ~ 1938 Berufsverbot ~ März 1941 Emigration via Spanien und Portugal in die USA.

A 18. 6. 1941: Gestapo Augsburg (Ehlert) an Gestapa:

■ 16./21. 8. 1941: RFSS/AA ~ 6./7. 10. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99925; Hepp, Liste 257 (90) ~ **B** Weber, 2006, S. 243.

437 Loeser, Felix ~ * 21. 11. 1886 Breslau – 28. 1. 1941 Groningen; ⚭ Käthe Schottländer (* 1893 Breslau, 13. 7. 1943 ab Westerbork nach Sobibor deportiert).

Rechtsanwalt (Breslau) ~ März 1939 Emigration (Holland) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 23. 10. 1939: Gestapo Breslau an Gestapa.

■ 4./8. 12. 1939: RFSS/AA ~ 1./10. 4. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99845; Hepp, Liste 167 (90; 91–94: *Ehefrau* u. *K.*, im Gedenkbuch des Bundesarchivs nicht verzeichnet) ~ **B** BArch, R 3001/66874 ~ Akte – Groninger Archiven: www.wiewaswie.nl (26. 6. 2017).

438 Loewenfeld, Philipp → I. 54

439 Löwenstein, Karl, Dr. jur. (München 1922; *Entziehung* 1941) ~ 9. 11. 1891 München – 10. 7. 1973 Heidelberg; ⚭ 1933 Pirotschka Rona (1900–1979).

Seit 1918 Rechtsanwalt (München) ~ DDP/Deutsche Staatspartei ~ 1931 Habilitation für Allgemeine Staatslehre, deutsches und ausländisches Staatsrecht und Völkerrecht (München) ~ 1933 Berufsverbot (Privatdozent) und Emigration (Italien; USA) ~ seit Febr. 1934 Professor (Yale; 1936 Amherst) ~ Verbot sämtlicher Schriften (*Schädliches und unerwünschtes Schrifttum*, Jahresliste 1940) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ seit 1942 u. a. Berater des US-Justizministeriums ~ 1945/46 juristischer Berater der US-Militärregierung ~ u. a. auf seine Initiative erfolgte am 26. 9. 1945 die Verhaftung von Carl Schmitt sowie die spätere Beschlagnahme von dessen Bibliothek ~ Nov. 1945 „Observations on Personality

and Work of Professor Carl Schmitt“ (Slg. Loewenstein) ~ Juli 1946 fünf Vorlesungen zum Thema „Völkergemeinschaft und Demokratie“ (Universität München) ~ 1956/57 Gastprofessor (München) ~ „sah sich als Vater der politischen Wissenschaft in Deutschland“ (Stiefel/Mecklenburg).

A 24. 8. 1940: Gestapo München (Schimmel) an RSHA:

► *Ist der Verfasser des vom Verlag Macmillan in New-York herausgegebenen deutschfeindlichen Buches „Hitler’s Germany. The Nazi Background to War.*

■ 17. 11./3. 12. 1940: RFSS/AA ~ 18./22. 1. 1941: RMdI/DRA

Q PA/AA, R 99896; Hepp, Liste 217 (63) ~ **D** Volk und Parlament nach der Staatstheorie der französischen Nationalversammlung von 1789. Studien zur Dogmengeschichte der unmittelbaren Volksgesetzgebung, München: Drei Masken Verlag 1922 (wie alle weiteren Veröffentlichungen von L. in der BSB München nach 1933 als Remota für die allgemeine Benutzung gesperrt; Nachdruck: 1967 u. 1990); Harrecker, 2007, S. 319–322 ~ **E** Brazil under Vargas, New York 1942; *Hitler’s Germany*, New York 1939 (1944); *Political reconstruction*, New York 1946 ~ **B** Des Lebens Überfluß. Erinnerungen eines ausgewanderten Juristen, unveröff. Manuskript, Slg. Loewenstein, Amherst College, Amherst/Mass. ~ Henry Steele Commager [u. a.] (Hg.), *Festschrift für Karl Loewenstein* aus Anlass seines achtzigsten Geburtstages, Tübingen 1971 ~ BHdE II, 2, 1983, S. 743 f.; NDB 15, 1987, S. 103 f. (Peter Schneider); BBB 1988, S. 111 ([Kurt] Ma[l]lisch); Göppinger, 1990, S. 349; Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 101–104, 177–180, 198 f.; Markus Lang, *Karl Löwenstein zwischen den „Ideen von 1789“ und den „Ideen von 1914“*, in: Gangl, 2003, S. 217–245; Weber, 2006, S. 244; Robert Chr. van Ooyen (Hg.), *Verfassungsrealismus. Das Staatsverständnis von Karl Loewenstein*, Baden-Baden 2007; Markus Lang, *Karl Loewenstein. Transatlantischer Denker der Politik*, Stuttgart 2007; *Staatsrechtslehrer*, 2015, S. 411–437 (Oliver Lepsius) ~ Martin Tielke, *Die Bibliothek Carl Schmitts*, in: *Schmittiana*, N.F.: Beiträge zu Leben und Werk Carl Schmitts, Bd. I, Berlin 2011, S. 257–332, 294 ff.

440 Löwenstein, Max ~ * 29. 8. 1898 Baprop, Krs. Dortmund; ♂ 1927 Hilde Goldberg (* 1904 Essen).

Dekorierter *Frontkämpfer*, kriegsbeschädigt ~ seit 1925/26 Rechtsanwalt (Duisburg-Hamborn, Weseler Str. 19 [1937]) und 1930–1935 Notar ~ letzter Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Hamborn ~ 9.–14. 11. 1938 *Schutzhaft* ~ Berufsverbot ~ Zulassung als *Konsulent* ~ 1939 Verschickung der Kinder nach England (Kindertransport) ~ 1940 Emigration (USA) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ Versteigerung des in Holland beschlagnahmten Umzugsguts ~ Vermögensbeschlagnahme.

A 7. 6. 1940: Gestapo Düsseldorf (Dr. Venter) an RSHA.

■ 5./18. 12. 1940: RFSS/AA ~ 18./18. 3. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99902; Hepp, Liste 223 (68; 69–71: *Ehefrau* u. K) ~ B BArch, R 3001/67059 ~ von Roden, 2 (1986), S. 982 f. (Rita Vogedes); Mauss, 2013, S. 342–344 (Gestapoakte: LAV NRW R, RW 58–21579 u. -63076).

441 Löwenstein, Siegmund, Dr. jur. (Heidelberg 1907; *Entziehung* 1939) ~ 28. 8. 1880 Bochum – Okt. 1944 Auschwitz; ♂ Else Koopmann (1892 Duisburg – 1944 Auschwitz).

Seit 1909 Rechtsanwalt und seit 1923 Notar (Bochum) ~ zuletzt assoziiert mit Edgar Cohn (* 1905, nach Holland emigriert und 1943 von Westerbork nach Sobibor deportiert) ~ 1933 als Notar entlassen, Berufsverbot und Emigration (Amsterdam) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 15. 9. 1943 Deportation ab Westerbork nach Bergen-Belsen, von dort am 25. 1. 1944 nach Theresienstadt und am 16. 10. 1944 nach Auschwitz, wo auch die Ehefrau ermordet wurde ~ für zwei der drei Kinder ist Mauthausen als Todesort dokumentiert.

A 13. 1. 1939: Gestapo Dortmund (Bluhm) an Gestapa.

■ 22. 2./15. 3. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag am 1. März *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 31. 3./3. 4. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99773; Hepp, Liste 101 (88; 89–92: *Ehefrau* u. K; Werner, 1913–1941 Mauthausen, Rudolf, 1916–1941 Mauthausen, Lieselotte, * 1922) ~ D Das Handwährehandprinzip im deutschen bürgerlichen Recht, Borna-Leipzig 1907; Moritz, 2001, S. 558 ~ B BArch, R 3001/67061 ~ Zeit ohne Recht, 2002, S. 142 (A Löw/H. Schneider), 118: E. Cohn.

442 Löwenthal, Friedrich → I. 55

443 Löwenthal, Georg, Dr. jur. (Breslau 1921; *Entziehung* 1940) ~ 22. 4. 1898 Brandenburg/Havel – 9. 7. 1969 (Johannesburg, Südafrika).

Seit 1924 Rechtsanwalt (Berlin) ~ 1925 mit Victor → Fraenkl, Kurt → Rosenfeld und weiteren Anwälten Verteidiger im Tschekaprozess ~ 1933 Berufsverbot ~ 1934 Emigration (Paris, Holland, seit 1935 in Südafrika) ~ Bachelor of Laws der University of Witwatersrand ~ 1938 wurde Löwenthal, der sich als staatenlos bezeichnete und inzwischen George Lowen nannte, nach einer den Einspruch der Society of Advocates zurückweisenden Entscheidung des Supreme Court (Pretoria) als Anwalt zugelassen ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ südafrikanischer Staatsbürger ~ 1963 unter Befreiung von der Residenzpflicht Wiederezulassung als Rechtsanwalt (Berlin).

A 26. 5. 1939: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 1./26. 7. 1939: RFSS/AA (in Kenntnis einer Mitteilung des DK Johannesburg vom 15. Juni, dass *hier keine weiteren Feststellungen getroffen werden können*) ~ 17./21. 8. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99808; Hepp, Liste 131 (53) ~ D Frauenraub und Entführung im Reichs-Strafgesetzbuch unter Berücksichtigung der geschichtl. Entwicklung u. d. Entwürfe zu einem neuen deutschen Straf-Gesetzbuch. Eine vergleichende Darstellung, 1920; Kranich, 2012, S. 171

~ B BArch, R 3001/66906 ~ Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 205 f.; AoRB, 2007, S. 217; Bergemann, 2012, S. 207 f.

444 Loewy, Siegbert, Justizrat ~ 27. 5. 1876 Berlin – 8. 8. 1942 Cape Town, Südafrika; ⚭ Johanna Swiemer (* 1890 Berlin).

Seit 1903 Rechtsanwalt und später auch Notar (Berlin) ~ *Frontkämpfer* ~ 1921–1933 Stadtverordneter (SPD) und 1920–1933 Mitglied des Preuß. Staatsrates ~ 1933 als Notar entlassen ~ Berufsverbot ~ zeitweise in *Schutzhaft* ~ Flucht aus Berlin, vorübergehend in Italien ~ Auflösung des Büros und Verschleuderung der Wohnungseinrichtung ~ 1936 Emigration (Südafrika) ~ 1936 *Steuersteckbrief* ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 22. 12. 1939: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an RSHA.

■ 4./16. 4. 1940: RFSS/AA ~ 9./13. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99867; Hepp, Liste 189 (64, 65–68: *Ehefrau* u. K) ~ **B** EAB, 261533 ~ Lilla, 2005, S. 99/Nr. 1.262; Berliner Stadtverordnete, 2006, S. 277; AoRB, 2007, S. 217.

445 Lorch, Alexander, Dr. jur. (Frankfurt a. M. 1922) ~ 9. 5. 1897 Bingen – 1951 New York; ⚭ Käthe Freund (* 1901 Stettin).

Frontkämpfer ~ seit 1924 Anwalt und seit 1931 Notar (Frankfurt/M.) ~ seit 1917 Mitglied der SPD ~ Dozent an der Akademie für Arbeit (Frankfurt) ~ 1933 Emigration (Paris), als Notar entlassen und aus der Anwaltsliste gelöscht (Berufsverbot) ~ 1934 Licencié en Droit ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ bis 1940 anwaltliche Tätigkeit in Paris ~ seit 1941 in USA ~ 1944 Zulassung zur Anwaltschaft.

A 5. 10. 1937: Gestapo Frankfurt/Main (Dr. Schäfer) an Gestapa.

■ 14. 1./25. 2. 1938: RFSS/AA (nachdem die Konsulatsabt. der DB Paris am 23. Febr. *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 5./7. 5. 1938: RuPrMdi/DRA.

Q PA/AA, R 99690; Hepp, Liste 45 (14; 38–40; Ehefrau u. K) ~ **D** Die Parlamentsauflösung nach deutschem Landesstaatsrecht unter Berücksichtigung der Verfassungen von Preußen, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, 1922 ~ **E** Les Congés payés en France, Paris 1938; Trends in European social legislation between the two world wars [Texte imprimé]: The labor legislation in Republican Germany and the social reforms in France under the Popular Front government. A comparative Study. Foreword by Boris Mirkine-Guetzévitch, New York: Éditions de la Maison française 1943 ~ **B** BArch, R 3001/66988 ~ „Sonderarchiv“ Moskau: Fond 1393(1) 71 ~ LBI, AR 288: Alexander Lorch Collection ~ Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 119; Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 170.

446 Lustig, Adolf Löb, Dr. jur. (Würzburg 1916; *Entziehung* 1939) ~ 12. 4. 1892 Fechenbach, Unterfranken – 31. 7. 1962 Melbourne; ⚭ Käthe Kaufmann (* 1903 Kassel).

Seit 1919 Rechtsanwalt (München) ~ 1933 Berufsverbot ~ 6. 5.–14. 8. 1937 *Schutzhaft* (Dachau) ~ 1938 Emigration (Australien) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 2. 9. 1938: Gestapo München (Brunner) an Gestapa.

■ 26. 10. 1938/17. 2. 1939: RFSS/AA (nach Mitteilung des DK Melbourne v. 3. Jan., das *keine Bedenken* gegen die Ausbürgerung geltend machte, aber hinzufügte: *Staatsfeindliche Akte oder Äußerungen des Lustigs sind während seines Aufenthalts im biesigen Amtsbezirk nicht bekannt geworden. Lustig hat sich und seine Familie im Juli v. Js. beim Konsulat angemeldet.*) ~ 15./17. 3. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99765; Hepp, Liste 99 (57; 58–61: *Ehefrau* u. K) ~ **D** Der Gegenstand des Rechtsstreits im Sprachgebrauch der Zivilprozessordnung, Borna-Leipzig 1916; Rupp, 2011, S. 181 f. ~ **B** Weber, 2006, S. 244.

M

447 Mainzer, Friedrich → I. 56

448 Mainzer, Otto, Dr. jur. (Frankfurt/M. 1928; *Entziehung* 1939) ~ 26. 11. 1903 Frankfurt/M. – 28. 6. 1995 New York.

Nach der mit summa cum laude bestandenen Promotion als Referendar Assistent der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt ~ seit Sommer 1932 Rechtsanwalt beim Kammergericht Berlin ~ 1933 Berufsverbot und Aufgabe der Habilitationspläne ~ Emigration (Paris) ~ veröffentlichte im Verlag Les Presses Modernes (1939 [1940]) unter dem Pseud. Peter Grund „Der zärtliche Vorstoss. In 66 Gedichten“ (Aufl. 330 Exemplare, davon 30 „numeriert und vom Autor gezeichnet“: „In der Notzeit deutscher Dichtung gedruckt mit Hilfe einer von André Gide, Heinrich Mann, Arnold Zweig eröffneten Subskription“) und Beiträge in Exilzeitschriften ~ sein Buch „Gleichheit vor dem Gesetz“ wurde „vom Verlag Julius Springer, Berlin, unter dem Naziregime eingestampft, da es unerwünscht, wenn nicht staatsfeindlich, und somit unverkäuflich geworden war“ ~ der im Pariser Exil entstandene Roman „Prometheus“, der „in Deutschland ein Sensationserfolg hätte werden können, wenn der deutsche Markt nicht durch die Hitlerverfolgung und das generelle Verbot meiner Bücher verschlossen gewesen wäre“, fand ungeachtet einer Empfehlung des Preisgerichts der American Guild for German Cultural Freedom unter Vorsitz von Thomas Mann keinen Verleger ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ nach Kriegsausbruch bis 1941 inhaftiert (Saint Nicolas bei Nîmes; Les Milles und Gurs) ~ Anfang Mai 1941 mit dem französischen Transportschiff „Winnipeg“ in ein Internierungslager auf Martinique verbracht ~ gelangte von dort in die USA, wo er seine Lebensgefährtin und spätere Ehefrau Ilse Wunsch kennenlernte ~ seine unter dem Einfluss des Psychoanalytikers Wilhelm

Reich im Pariser Exil entstandenen Werke – „Die sexuelle Zwangswirtschaft. Ein erotisches Manifest“ (1937) und die Romantrilogie „Prometheus“ – fanden erst 1981 bzw. 1989 einen deutschen Verleger.

A 18. 2. 1939: RFSS (Dr. Zimmermann) an RMdI.

■ 18. 2./4. 4. 1939: RFSS/AA (nachdem die Konsulatsabt. der DB Paris am 23. März in einer Sammelmitteilung *keine Bedenken* gegen die Ausbürgerung geltend gemacht hatte) ~ 26./29. 4. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99782; Hepp, Liste 108 (89) ~ D Gleichheit vor dem Gesetz, Gerechtigkeit und Recht, entwickelt an der Frage: Welche Gewalten bindet der Gleichheitssatz in Art. 109 [RV], Berlin 1929; Becker, [1994], S. 69 ~ B BArch, R 3001/67435 ~ EAB, 62999 (Rest; die Akte selbst befindet sich heute im HHStA Wiesbaden) ~ LBI, Otto Mainzer Collection ~ „Auf die höchsten Sterne will ich zielen“, Autobiographisches & Tagebuchnotizen, 3 Bde., 2013–2019 (Rohmanuskript des 3. Bandes im DEA der DNB Frankfurt) ~ I. Wunsch Mainzer, Zurück nach vorn. Mein Leben mit Prometheus, Frankfurt/M. u. Basel 1989 ~ Spalek, 3, 1 (1997), S. 335 f.; I. Wunsch Mainzer, Otto Mainzer, in: Spalek/Feilchenfeldt/Hawrylchak 3, 2 (2001), S. 258–288; DBE 6 (2006), S. 682; AoRB, 2007, S. 219: danach irrtüml. Schwiegersohn von Hugo → Sinzheimer.

449 Makower, Hermann ~ * 7. 6. 1900 Berlin – 22. 10. 1999 Berlin (Ost); V: Justizrat Felix Makower (1863–1933); GV: Justizrat Dr. Hermann Makower (1830–1897).

KPD ~ 1926 vom Reichsgericht wegen „kommunistischer Agitation“ zu einer Zuchthausstrafe verurteilt ~ 1929–1931 Studium der Rechtswissenschaften (Berlin) ~ Mitarbeiter der sowjetischen Handelsvertretung (Rechtsabteilung) ~ 1934 Emigration (Norwegen, Finnland, seit 1935 Moskau: *Hans Matey*) ~ 1940 *Ausbürgerung* [*des Juden/Rechtsanwalts*; sic] ~ 1941 *Sonderfahndungsliste UdSSR (RSHA IVA 1:*

weniger gefährlich[e Person], ihre Festnahme erscheint jedoch geboten) ~ 1946 Rückkehr (SBZ/DDR).

A 4. 4. 1940: Gestapo Berlin (Rothmann) an RSHA.

■ 26. 6./9. 7. 1940: RFSS/AA ~ 27./29. 8. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99878; Hepp, Liste 199 (74) ~ **B** Tischler, 1996, S. 221; Mathei; Weber/Herbst, 2013, S. 164 f. ~ Landau 1993, S. 198; Gerd Hoffmann, Der Prozeß um den Brand der Synagoge in Neustettin. Antisemitismus in Deutschland ausgangs des 19. Jahrhunderts. Mit einer Einführungsbibliographie und biobibliographischen Anmerkungen zu Ernst Henrici, Hermann Makower, Erich Sello, Schifferstadt 1998, S. 282–292 ~ AoRB, 2007, S. 219 (F. Makower) ~ Erinnerungen von F. Makower an seinen Vater H. Makower: www.digital.cjh.org/dtl_publish/4/638071.html.

450 Manasse, Alfred, Dr. jur. (Erlangen 1905; *Entziehung* 1939) ~ 28. 10. 1881 Obersitzko/Westpreußen – 4. 3. 1958 Pardess Hanna (Israel); ⚭ Dorothea Simsonsohn (* 1890 Posen).

Seit 1910 Rechtsanwalt (Posen) ~ seit 1920 Rechtsanwalt und Notar in Altona ~ seit 1932 Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte ~ 1935 als Notar entlassen ~ 1936 auf eigenen Antrag Zulassung als Rechtsanwalt gelöscht und emigriert (Palästina) ~ Landwirt (Pardess Hanna) ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ 1957 unter Befreiung von der Residenzpflicht wieder als Rechtsanwalt in Hamburg zu gelassen.

A 13. 6. 1938: Gestapo Hamburg (Streckenbach) an Gestapa.

■ 29. 8./12. 10. 1938: RFSS/AA (nachdem das DK Konsulat Haifa *Bedenken nicht erhoben* hatte) ~ 19./22. 12. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99747; Hepp, Liste 84 (38; 95–97: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Die Besonderheiten der Wertpapierhypothek, Posen 1905; Mertens/Feke-

titsch-Weber, 2010, S. 85 f. ~ **B** Goldberg, 1998, S. 630–632 (Foto: S. 629; „Dr. Alfred Manasse 1934 zu Besuch in Palästina“); Morisse, 2013, S. 184.

451 Mansbacher, Jonas *Fritz* ~ * 4. 1. 1902 Essen; ⚭ (1935 gesch.) Herta Kupferschmied (* 1901 Dortmund).

Seit 1927 Rechtsanwalt (Essen) ~ 1933 Berufsverbot ~ Juli 1938 Emigration (Südafrika) ~ 1939 *Steuersteckbrief*, wegen geschuldeter Reichsfluchtsteuer in Abwesenheit zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 20. 10. 1939: Gestapo Düsseldorf (Dr. Haselbacher) an RSHA.

■ 19. 12. 1939/10. 1. 1940: RFSS/AA ~ 21./27. 5. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99855; Hepp, Liste 178 (66) ~ **B** BArch, R 3001/67739 ~ Schröter, 1980, S. 650; Schmalhausen, 2006, S. 92 (danach mit seiner Ehefrau emigriert).

452 Marcus, Siegfried, Dr. jur. (Greifswald 1919; *Entziehung* 1940) ~ 3. 6. 1893 Dessau – 1979 New York; ⚭ Erna Becker (1904–1974 New York).

1932 Rechtsanwalt (Halle) ~ Okt. 1938 Emigration (New York) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 22. 6. 1939: Gestapo Halle/Saale (Bovensiepen) an Gestapa.

■ 31. 8./9. 9. 1939: RFSS/AA (eine Äußerung der DB Washington, durch Kurierabteilung unterrichtet, ist nicht überliefert, nur der handschriftl. Vermerk – nach Kriegsausbruch und Zustimmung; „erl. z.d. A. 2/10“) ~ 31. 10./3. 11. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99819; Hepp, Liste 141 (124: * 1898; eine spätere *Ausbürgerung* der Ehefrau und der Kinder ist nicht dokumentiert) ~ **D** Die Haftung des redlichen Gläubigers nach beendeter Zwangsvollstreckung in bewegliche, dem Schuldner nicht gehörige Sachen, Halle/Saale 1919 ~ **B** BArch, R 3001/67575 ~ Prick, 2010, S. 86.

453 Marcuse, Hans, Dr. jur. (Gießen 1925; *Entziehung* 1940) ~ * 19. 4. 1898 Berlin; ♂ 2. Charlotte Feibelsohn (* 1905 Berlin).

Rechtsanwalt (Berlin) ~ bis 1936 als Anwalt tätig ~ Aug. 1938 Emigration (Belgien, Frankreich) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 25. 1. 1940: Gestapo Berlin ([Herbert Müller] an RSHA).

■ 27. 3./7. 4. 1940: RFSS/AA ~ 9./13. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99867; Hepp, 189 (71; 72: *Ehefrau*) ~ **D** Der Schadensersatz bei Immissionen, 1925; Chroust, 2006, S. 84 f. ~ EAB (DS) ~ **B** BArch, R 3001/67578 ~ AoRB, 2007, S. 221.

454 Marcuse, Herbert, Dr. jur. (Rostock 1917; *Entziehung* 1941) ~ 1. 6. 1892 Lublinitz – 2. 2. 1957 Alonim, Israel; ♂ 1920 Erna Boas (* 1899 Berlin).

1914/15 Kriegsteilnehmer, schwer verwundet ~ seit 1920 Rechtsanwalt und später auch Notar (Potsdam) ~ Sozietät mit Dr. Siegfried Lehmann (1874–1943 Berlin) ~ Mitglied der DDP/ Staatspartei und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold sowie des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten ~ 1935 als Notar entlassen ~ seit 9./10. 11. 1938 *Schutzhaft* (Sachsenhausen) ~ mit der Auflage zur Emigration entlassen ~ Berufsverbot ~ Febr. 1939 Emigration (Uruguay, gestrandet in Großbritannien) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ seit 1945 in USA ~ 1950 amerikanischer Staatsbürger ~ 1954 Übersiedlung nach Israel, wo seine Tochter in einem Kibbuz bei Haifa lebte.

A 12. 6. 1941: Gestapo Potsdam (Dr. Husmann) an RSHA.

■ 16./21. 8. 1941: RFSS/AA ~ 6./7. 10. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99925; Hepp, Liste 257 (75; 76–77: *Ehefrau* u. *T*); der Sohn Günther,* 1923, hielt sich 1941 als landwirtschaftl. Praktikant im Umschulungslager Gr. Breesen (Krs. Trebnitz/Schlesien) auf; von der Erstreckung der Ausbür-

gerung blieb er *vorläufig* ausgenommen, *da eine Auswanderungsmöglichkeit für ihn vorläufig nicht besteht. Über seine erfolgte Auswanderung werde ich unaufgefordert berichten, damit die Erstreckung der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des in der Zwischenzeit ausgebürgerten Herbert Israel Marcuse auch auf seinen Sohn Günther in die Wege geleitet werden kann.* (12. 6. 1941) G. Marcuse fand keine *Auswanderungsmöglichkeit*; am 4. 3. 1943 wurde er von Breslau aus nach Auschwitz deportiert; da er nach der Deportation *seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hatte*, verlor er als *Jude* aufgrund der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941 automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit. ~ **D** Über den Bruch von Lieferungsverträgen (§ 329 StGB). Mit besonderer Berücksichtigung des Vorentwurfs eines deutschen Strafgesetzbuchs, (Berlin) 1917; Hartwig, 2010, S. 329 ~ **B** BArch, R 3001/67579 ~ Bergemann/Ladwig-Winters, 2003, S. 125–127, 119; S. Lehmann.

455 Markiewitz, Lothar, Dr. jur. et rer. pol. (Würzburg 1921; *Entziehung* 1941) ~ * 19. 5. 1894 Myslowitz, O/S; ♂ Dr. med. (Breslau 1932; *Entziehung* 1941) Ruth Schutz (* 1902 Glatz).

Seit 1920 Rechtsanwalt (Breslau) ~ Sozialdemokrat ~ 1933 nach Ablehnung des Gesuchs auf Wiederzulassung Löschung aus der Anwaltsliste „auf eigenen Antrag“ und Emigration (Palästina) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 12. 4. 1940: Gestapo Breslau (Schmidt) an RSHA.

■ 24. 12. 1940/16. 1. 1941: RFSS/AA ~ 13./14. 2. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99898; Hepp, Liste 219 (118; 119–122: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Die Oppenheimer'sche Siedlungsgenossenschaft, 1921; Rupp, 2011, S. 185 ~ *Ehefrau*: R. Markiewitz, Über die Händedesinfektion mit Carvasept-Seifenlösung, Liebau 1932; Kranich, 2012, S. 171 ~ **B** BArch, R 3001/67603.

456 Marx, Robert → I. 57

457 Mayer (Meyer), Arthur (Artur), Dr. jur. (Würzburg 1911; *Entziehung* 1940) ~ 30. 5. 1887 Würzburg – 26. 9. 1978 Oakland, Ca/USA.

Seit 1913 Rechtsanwalt (München) ~ dekoriertes *Frontkämpfer* (Offizier) ~ Syndikus des Verbands der Lichtspieltheaterbesitzer und Vorsitzender des Filmschiedsgerichts für Südbayern ~ 1938 Berufsverbot ~ Juli 1939 Emigration (London; Mai 1940 USA) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 22. 2. 1940: Gestapo München (Dr. Isselhort) an RSHA.

■ 26. 4./9. 5. 1940: RFSS/AA ~ 22./26. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99872; Hepp, Liste 194 (149) ~ **D** Augenscheinseinnahme und Durchsuchung im geltenden Strafprozessrecht unter Berücksichtigung des Entwurfes, Breslau 1911 (auch als: Strafrechtl. Abhandlungen, 128; Reprint 1977); Rupp, 2011, S. 185 f. ~ **B** BAArch, R 3001/67837 ~ Weber, 2006, S. 245.

458 Mayer, Erich, Dr. jur. (Würzburg 1921; *Entziehung* 1940) ~ 18. 11. 1898 Creglingen – 30. 10. 1948 New York; ⚭ Käthe Sommer (* 1916 Richelsdorf, Krs. Rotenburg Fulda).

Dekorierter u. verwundeter *Frontkämpfer* ~ seit 1925 Rechtsanwalt (Würzburg) ~ 9. 11. 1938 Verwüstung von Wohnung und Kanzlei ~ 13. 11.–12. 12. 1938 *Schutzhaft* (Buchenwald) ~ Berufsverbot ~ 1939 Emigration (USA) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 10. 2. 1939: Gestapo Würzburg (Wickl-mayr) an Gestapa.

■ 31. 3./14. 6. 1939: RFSS/AA (nachdem das DGK New York am 26. Mai *keine Bedenken* geltend gemachte) ~ 3./11. 7. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99799; Hepp, Liste 122 (103; 104: *Ehefrau*: Meyer) ~ **D** Der Verweis im Strafrecht. Voraussetzungen, Inhalt u. Form d. Erteilung, 1921; Rupp, 2011, S. 186 ~ **B** BAArch, R 3001/67841 ~ Weber, 2006, S. 215.

459 Mayer, Franz Jakob → I. 58

460 Mayer-Alberti, Friedrich, Dr. jur. (Bonn) ~ 18. 4. 1902 Saarbrücken – 28. 8. 1988 New York; ev.; ⚭ um 1935 *Ilse Martha Jensen* (* 1905 Berlin-Charlottenburg).

Seit Ende 1930 Rechtsanwalt (Köln) ~ 1933 Berufsverbot, „weil er nicht arischer Abstammung ist“ ~ seit 8. 1. 1934 Rechtsanwalt (Saarbrücken) ~ Febr. 1936 Emigration (Luxemburg und Frankreich, seit 1942 in USA) ~ 11. 5. 1936 Löschung der Zulassung ~ 1941 aufgrund der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941 Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit ~ unterstützte mit Paketsendungen Dr. Josef Isidor Treidel (Elias → Fröhlich) ~ 1943 *Ausbürgerung* der *Ehefrau* → **A** ~ Steuerberater, seit 1948 Rechtsanwalt ~ „größte Wiedergutmachungspraxis in New York“ (Stiefel/Mecklenburg) ~ nach 1953 unter Befreiung von der Residenzpflicht wieder als Rechtsanwalt (Köln) zugelassen.

A 11. 12. 1942: Gestapo Berlin an RSHA.

■ 9. 6./23. 7. 1943: RFSS/AA (nachdem die Konsulatsabt. der DB Paris am 6. Juli dem Amt mitgeteilt hatte: *Nach Angabe des SD ist der Aufenthalt der Ilse MAYER-ALBERTI im unbekanntem Auslande. Sie war zwar früher in Frankreich; Nachforschungen über ihren Aufenthalt in Frankreich würden von hier aus auch über den SD zu erfolgen haben. Sie wären zwecklos, da der SD selbst alle zweckdienlichen Feststellungen bereits getroffen haben dürfte. Die im Ausbürgerungsantrag angegebenen Gründe rechtfertigen nach den Richtlinien D III 7009 Nr. 1 vom 18. Dezember 1942 die Ausbürgerung. Es wird ihr daher zugestimmt.*) ~ 6./8. 10. 1943: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99964; Hepp, Liste 315 (20: *Ehefrau*) ~ **D** Der Beweismittelantrag, Bonn 1929 ~ **B** BAArch, R 3001/67848 ~ Klinge, 1988, S. 19; Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 120; Luig, 2004, S. 98–103; Rechtsanwälte an der Saar, 2004, S. 517.

461 Mendel, Hugo, Dr. jur. (Greifswald 1918; *Entziehung* 1939) ~ 17. 7. 1891 Unna (Westf.) – 19. 3. 1957 (Suizid); ☉ Mai 1921 Lucie Stern (1898–1988 Tel Aviv).

Seit 1919 Rechtsanwalt und später auch Notar (Hamm) ~ Zionist ~ seit 1924 Mitglied, seit 1931 Vorsitzender der Repräsentantenversammlung der Synagogengemeinde ~ nach Entlassung als Notar und Berufsverbot im Okt. 1933 Emigration (Palästina) ~ Kauf von Maschinen für eine Fabrik zur Herstellung von Drahtgeflechten ~ nach unternehmerischem Misserfolg Eröffnung eines Cafés in Tel Aviv ~ 1934 *Steuersteckbrief* ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 1956 Deutschlandbesuch.

A 1. 10. 1938: Gestapo Dortmund (Illmer) an Gestapa.

■ 20. 2./13. 4. 1939: RFSS/AA (nachdem das DK Haifa am 23. März *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 11./12. 5. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99783; Hepp, Liste 111 (87; 88–90: *Ehefrau* u. K) ~ **D** Beiträge zur Lehre vom Erbaurecht, Greifswald 1918 ~ **B** BArch, R 3001/68060 ~ Brand, 1991, S. 112–118, 221–223, 305; Kifener/Roth, 2017, S. 112 f.; <https://2017.denktag.de/2014corvinianer/lucie-stern>.

462 Mendel, Max, Dr. jur. ~ 18. 9. 1886 Borken – 13. 12. 1945 Lyon; ☉ Martha Cohen (1885–1965 USA).

Rechtsanwalt (Düsseldorf) ~ 1933 Berufsverbot ~ Treuhandbüro/Beratungsstelle für jüdische Auswanderer in Düsseldorf (zusammen mit Dr. Josef → Neuberger) ~ 1933–1939 im Vorstand der Synagogengemeinde Düsseldorf ~ 9./10. 11. 1938 Verwüstung der Wohnung und des Büros ~ bis zum 15. 11. 1938 *Schutzhaft* (Polizeigefängnis Düsseldorf) ~ 1939 Emigration (Brüssel) ~ 1940 als feindliche Ausländer verhaftet und anschließend 6 Monate in St. Cyprien in Südfrankreich interniert ~ nach der Entlassung in Privas (Département Ardèche) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ mißglückter

Fluchtversuch in die Schweiz ~ in der Illegalität unentdeckt.

A 7. 3. 1940: Gestapo Düsseldorf (Dr. Finnberg) an RSHA.

■ 15./31. 12. 1940: RFSS/AA ~ 30./25. 1. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99987; Hepp, Liste 218 (114; 115–117: *Ehefrau* u. K) ~ **D** Nicht ermittelt; Promotion in Erlangen nicht nachweisbar; Dr. Clemens Wachter, Archivar der FAU Erlangen-Nürnberg, E-Mail v. 15. 7. 2019; lt. Mauss hatte Mendel „in Köln und Heidelberg“ studiert ~ **B** BArch, R 3001/68062 ~ Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten, 2004, S. 388; Mauss, 2013, S. 367–370.

463 Mendel (später Mendell), Max (Max John), Dr. jur. (Heidelberg 1910; *Entziehung* 1942) ~ 10. 6. 1887 Meckenheim/Ldkrs. Bonn – (nach 1949 USA); ☉ Grete David (* 1895 Bonn).

Rechtsanwalt (Köln) ~ in Sozietät mit Dr. Robert Ellscheid II ~ 1933 Berufsverbot ~ 1939 Emigration (via Schweiz in die USA) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 27. 1. 1941: Gestapo Köln (Franken) an RSHA.

■ 30. 4./13. 5. 1941: RFSS/AA ~ 14./18. 7. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99917; Hepp, Liste 245 (155; 156–157: *Ehefrau* u. T) ~ **D** Die Stellung der Bauzinsen in der Aktiengesellschaft, Borna-Leipzig 1910; Moritz, 2001, S. 558 ~ **B** Luig, 2004, S. 290f.

464 Mendelsohn, Franz, Dr. jur. (Breslau 1921; *Entziehung* 1940) ~ * 7. 1. 1899 Breslau; ☉ Charlotte Fränkel (* 1901 Breslau).

Rechtsanwalt (Breslau) ~ 1935 Emigration (Kapstadt) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 16. 5. 1940: Gestapo Breslau (Schmidt) an RSHA.

■ 25. 6./4. 7. 1940: RFSS/AA ~ 8./13. 8. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99875; Hepp, Liste 197 (128; 199 f.: *Ehefrau* u. K) ~ D Das Problem der Schadensliquidation aus fremdem Interesse, 1921; Kranich, 2012, S. 172 ~ B BArch, R 3001/68067.

465 Merzbach, Ernst, Dr. jur. (Leipzig 1903; *Entziehung* 1940) ~ 22. 10. 1879 Magdeburg – 1. 8. 1953 Valparaiso/Chile; ☉ 1922 Erna Greiffenberg (gest. 1933).

Seit 1906 Rechtsanwalt und seit 1921 Notar (Magdeburg) ~ Vorsitzender der CV-Ortsgruppe ~ Repräsentant der jüdischen Gemeinde ~ Mitglied der Mendelssohn-Loge ~ 1933 als Notar entlassen ~ praktizierte nach 1933 zeitweise zusammen mit den Rechtsanwälten Dr. Rudolf Brandus (Juni 1933 Berufsverbot), Justizrat Otto Cohn und Dr. Heinrich Kass (1936 nach Palästina emigriert) ~ 1938 Berufsverbot ~ 1939 Emigration (Chile) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ im Dienst der Jüdischen Gemeinde Valparaiso ~ Überführung der Urne nach Magdeburg und im Grab der Ehefrau auf dem Israelitischen Friedhof beigesetzt.

A 11. 1. 1940: Gestapo Magdeburg (Dr. Leiterer) an RSHA.

■ 19./29. 2. 1940: RFSS/AA ~ 1./10. 4. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99.845; Hepp, Liste 167 (108; 109: T) ~ D Der Makler-Vertrag des Bürgerlichen Gesetzbuches, Magdeburg 1903; Henn, 2007, S. 115 ~ B MBL, 2002, S. 461 (Ildikó Leubauer); Prick, 2010, S. 89, 36 f. (Brandus), 45 (Cohn) u. 76 f. (Kass); Lang, 2014, S. 657/Anm. 123.

466 Merzbach, Georg Arnold Rudolf, Dr. jur. (Erlangen 1903; *Entziehung* 1941) ~ 1. 2. 1881 Offenbach am Main – 17. 5. 1955 Cambridge, USA; ☉ Paula Kirchheim (1891–1982).

Rechtsanwalt (Offenbach, Frankfurter Str. 43 (LG) [1934 u. 1937] ~ 1939 Emigration (London) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 20. 2. 1941: Gestapo Frankfurt/Main (Dr. Vollbrecht) an RSHA.

■ 19./24. 5. 1941: RFSS/AA ~ 14./18. 7. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99917; Hepp, Liste 245 (158; 159–161: *Ehefrau* u. K) ~ D Der Mord und seine Behandlung nach geltendem deutschen Recht, Offenbach a.M. 1933; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 86 ~ E Rudolf C. Merzbach, Noch ein Verbesserungsvorschlag zum Entschädigungsgesetz, in: Aufbau, Bd. 16, Nr. 3 v. 20. 1. 1950, S. 8 ~ B https://www.ancestry.com/genealogy/records/rudolf-merzbach_15842566. (Zugriff: 9. 6. 2019).

467 Merzbacher, Hermann → I. 59

468 Merzbacher, Siegfried, Dr. (Tübingen 1924; *Entziehung* 1940) ~ 27. 7. 1898 Öhringen – 11. 11. 1940; ☉ Eleonore Rosenbusch (* Stuttgart).

Seit 1924 Rechtsanwalt (Stuttgart) ~ in Sozialität mit seinem Bruder → Hermann ~ Mitbegründer und Syndikus des Reichsverbandes Deutscher Makler für Immobilien, Hypotheken und Finanzierungen e. V. (Berlin) ~ veröff. u. a. „Kritisch-prinzipielle Betrachtung zur Frage des Finanzausgleichs und der Grundstücksbesteuerung“ (Vortrag, 1929) ~ 1933 Niederlegung der Syndikustätigkeit ~ Juni 1937 Emigration (USA) ~ 1938 Berufsverbot ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 5. 9. 1939: RFSS (Jagusch) an RMdI.

■ 5./12. 9. 1939: RFSS/AA ~ 31. 10./3. 11. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99819, Hepp, Liste 141 (132; 133–135: *Ehefrau* u. K) ~ D Untersuchungen zur Rechtsnatur der Arbeitnehmerschaft und der Betriebsvertretung, 1924 ~ B BArch, R 3001/68200 ~ Marx, 1965, S. 208.

469 Meyer, Martin, Dr. jur. (Leipzig 1909; *Entziehung* 1938) ~ 23. 3. 1878 Lübeck – 1966 Haifa; ☉ Ellen Lilli Reiß (* 1885 Kopenhagen).

Rechtsanwalt und Notar (Lübeck) ~ 1933 Entlassung als Notar ~ März 1937 Emigration (Palästina) ~ 1938 *Ausbürgerung*.

A 24.2.1938: Gestapo Kiel (Dr. Haselbacher) an Gestapa.

■ 28.4./31.5.1938: RFSS/AA (nachdem das DK Jaffa am 14. Mai *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 4./7.7.1938: RMdI/DRA ~ 9./18.8.1939: RMdI/AA (*nachträgliche Vermögensbeschlagnahme* – 899,13 RM, nach Meldung des Finanzamtes Berlin-Moabit an den OFP Berlin).

Q PA/AA, R 99707; Hepp, Liste 55 (18; 52–53: *Ehefrau* u. K) ~ D Die rechtliche Stellung des Spediteurs gegenüber dem Verfolgungsrechte des Verkäufers oder Einkaufskommissionärs aus § 44 der Konkursordnung, Lübeck 1909; Henn, 2007, S. 115 (mit Verwechslung des Geburtsdatums und Geburtsorts) ~ B Goldberg, 1998, S. 629; P. Guttkuhn, 2014, S. 24 f.; Lang, 2014, S. 664/Anm. 222.

470 Meyer, Otto Friedrich, Dr. jur. (Heidelberg 1935/1956) ~ * 14.4.1906 Ludwigshafen – 16.5.1992 Müllheim/Baden; ⚭ 1934 (1944 gesch.) Christine Elisabeth (Dina) Frank (* 1900 Frankenthal).

1929–1933 Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft (Heidelberg) ~ 1935 Ablegung der mündlichen Doktorprüfung ~ Mitglied der SPD seit 1928, seit 1932 der SAPD ~ nach 1933 im Widerstand ~ *wollte nach Aussagen zuverlässiger V-Personen kommunistischer Rechtsanwält werden* (Gestapo Saarbrücken) ~ 1937 Emigration (Norwegen; lt. Müssener Annahme der norwegischen Staatsangehörigkeit) ~ 1940 Flucht nach Schweden ~ mit Ausnahme einer Buchveröffentlichung unter dem Namen O. F. Meyer nicht weiter dokumentierte Beiträge in schwedischen Zeitungen und Zeitschriften ~ 1943 *Ausbürgerung* ~ nach Kriegsende Rückkehr ~ Redakteur der „Rheinpfalz“ ~ seit 1951 im Auswärtigen Dienst ~ seit 1955 Konsul in Malmö (Schweden) ~ auf Antrag Meyers (s. S. 114*–118*) beschloss die Juristische Fakultät der Universität Heidelberg am 10.11.1956, „das Doktordiplom für den deutschen Konsul in Malmö Herrn O. F. Meyer, der im Herbst 1935 emigrierte, un-

ter dem jetzigen Datum [handschriftlich ergänzt: 1.10.1956] auszustellen“.

A 27.5.1943: Gestapo Saarbrücken (Rentsch) an RSHA.

■ 13.6./7.8.1943: RFSS/AA (nachdem die DG Stockholm am 24. Juli dem Amt mitgeteilt hatte: *Betrifft: Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des deutschblütigen Otto Friedrich Meyer [...] und Erstreckung der Ausbürgerung auf seine [deutschblütige] Ehefrau [...]: Dr. Otto Friedrich Meyer und seine Ehefrau sind hier nicht bekannt. Zu dem Ausbürgerungsantrag kann daher hier keine Stellung genommen werden.*) ~ 2./8.10.1943: RMdI/DRA

Q PA/AA, R 99963; Hepp, Liste 314 (61 u. 62: *Ehefrau*) ~ D Die Gemeinschaft und das persönliche Eherecht im ZGB unter Berücksichtigung des BGB, o. O. 1934 [DNB, OPAC-Katalog: „Erscheinungsdatum: 1934; VIII, 131 gez. Bl.; 4 (Maschinenschr.); Heidelberg, Jur. F., Diss. v. 1. Okt. 1956 (Nicht f. d. Aust.)“] ~ E Den tyska totaliteten och den engelska ordningen. Bidrag till världspolitiken och den kommande freden [Die deutsche Totalität und die englische Ordnung. Beiträge zur Weltpolitik und zum kommenden Frieden]. Förord av Gunnar Aspelin. [Stockholm]: Natur och Kultur 1943 ~ B UA Heidelberg, Rep. 29/708 u. H-II-852/92 ~ Müssener, 1974, S. 316, 484, 513 u. 560; BHdE I, 1983, S. 498 ~ www.ludwigshafen-setzt-stolpersteine.de (Andreas Berlin).

471 Meyer, Richard, Justizrat ~ 25.5.1871 Körlin, Krs. Kolberg-Körlin; ⚭ Hedwig Stein (* 1888 Berlin).

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ Mitarbeiter am „Handbuch der Politik“ (Bd. IV, ³1921, S. 317–321: „Bargeldloser Zahlungsverkehr“) ~ Emigration (Italien) ~ 1935 *Steuersteckbrief* ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 24.1.1939: RFSS (Dr. Zimmermann) an RMdI.

■ 24.1./28.2.1939: RFSS/AA (nachdem der Botschafter in Rom, v. Mackensen, am

21. Febr. *keine Bedenken* geltend gemacht hatte ~ 31. 3./3. 4. 1939: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99773; Hepp, Liste 101 (105; 106 f.: *Ehefrau* u. K) ~ B Im Berliner Adressbuch 1932 als Rechtsanwalt und Notar (W 50, Augsburger Str. 56) zuletzt genannt; AoRB, ²2007: nicht genannt.

472 Meyerstein, Ludwig Max ~

* 10. 3. 1893 Roßla/Harz; ⚭ Alice Eisner (* 1910 Guttentag, OS).

Seit 1921 Rechtsanwalt und seit 1931 Notar (Halle/Saale) ~ seit 1923 Mitglied und seit 1925 1. Vorsitzender der Ortsgruppe Halle des Verbandes nationaldeutscher Juden ~ 1933 vorläufiges Vertretungsverbot, das auf Bitte des Ehrenvorsitzenden und geschäftsführenden Vorstandsmitglieds des Verbandes nationaldeutscher Juden e. V., Berlin, Rechtsanwalt und Notar Dr. Max Naumann, zurückgenommen wurde, obwohl Meyerstein weder Altanwalt war noch als *Frontkämpfer* galt ~ als Notar am 25. 9. 1933 entlassen ~ 12. 3. 1936 Einstellung eines Verfahrens des Oberstaatsanwalts in Chemnitz wegen angeblicher Beihilfe zum Devisenverbrechen und Entlassung aus der *Schutzhaft* (seit Ende Jan. 1936) bzw. Untersuchungshaft ~ ein Ehrengericht der RAK Naumburg sprach M. am 24. 10. 1936 „des Verstoßes gegen die *Standespflichten schuldig*“, verurteilte den „Juden“, der „die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hatte“, jedoch nur „mit einem Verweis und einer Geldstrafe von 50,- RM“. Das „mildere“ Urteil begründete das Ehrengericht unter Vorsitz des Rechtsanwalts Liman: „Das Ehrengericht hat aber entscheidend die ganze seelische Depression, in der der Angeklagte damals stand, berücksichtigen müssen. Der Angeklagte war durch sein eigenes Verhalten in den Verdacht der Beteiligung an dem Vergehen der Eheleute Lifschütz gekommen. Er wurde in Schutzhaft gesetzt und häufig vernommen. Tatsächlich war der Angeklagte nicht an der strafbaren Handlung der Eheleute Lifschütz beteiligt. [...] Die

Höhe der Geldstrafe war den Vermögens- und Einkommensverhältnissen des Angeklagten angepaßt. Der Angeklagte besitzt kein Vermögen, seine Einnahmen aus der Praxis sind nur geringfügig. Die erkannte Strafe erschien daher angemessen und ausreichend.“ Das Urteil war Anfang 1937 noch nicht rechtskräftig, da M. Berufung eingelegt hatte ~ 1938 Berufsverbot ~ Nov. 1938 erneut in *Schutzhaft* ~ vom 28. 1.–14. 5. 1939 als *Konsulent* zugelassen ~ nach Aufgabe der Zulassung Mai 1939 Emigration (London) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 15. 9. 1939: Gestapo Halle/S. (Bovensiepen) an Gestapa.

■ 26. 10./2. 11. 1939: RFSS/AA ~ 31. 1./2. 2. 1940: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99833; Hepp, Liste 155 (92; 93 f.: *Ehefrau* u. S) ~ B BArch, R 3001/68438 ~ Prick, 2010, S. 90.

473 Michaelis, Alfred, Dr. jur. (Rostock 1902; *Entziehung* 1940) ~ 19. 3. 1873 Köln – 20. 4. 1943 Südafrika; ⚭ Paula Liebenfeld (1877–1961).

Nach Banklehre (Frankfurt/Main) Jurastudium ~ Rechtsanwalt (Recklinghausen, seit (1906) Hamm, dort später auch Notar ~ seit 1910 wiederholt Mitglied der gewählten Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde ~ politisch (Freisinn/DDP) und künstlerisch interessiert ~ veröff. u. a. „Die Rechtsverhältnisse der Juden in Preußen seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts. Gesetze, Erlasse, Verordnungen, Entscheidungen“ (1910) und „Das Neubaumietrecht: Hauszinssteuer-Bauten und hauszinssteuerfreie Bauten, gemeinnützige Unternehmungen, Baukostenzuschüsse (1931) ~ gewann bei einem Preisausschreiben mit der Erzählung „Die Kniewelsche Erbschaft“ einen 3. Preis (veröff. 1924 in der Literaturbeilage der „Kölnischen Zeitung“) ~ 1933 *Schutzhaft* (Bergkamen), als Folge Ausbruch der Parkinsonschen Krankheit ~ Apr. 1933 Vertretungsverbot ~ als Notar entlassen und Berufsverbot ~

Vermietung der Praxis im Wohnhaus an die Jüdische Gemeinde ~ 1937 im *Verzeichnis jüdischer Verfasser juristischer Schriften* erfasst ~ 10. 11. 1938 mit anderen jüdischen Männern öffentlich zum Polizeigefängnis getrieben ~ mutmaßlich bis 14. 11. 1938 in *Schutzhaft* ~ bei Verwüstung der Wohnung und früheren Praxisräume Zerstörung der Bildersammlung (Worpsweder Maler, u. a. Heinrich Vogeler u. Otto Modersohn), Diebstahl eines Mädchenbildnisses („Kunstkenner waren diese Banausen auch noch!“) ~ Notverkauf des Hauses an die Evangelische Kirche ~ 1939 Emigration (Südafrika) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 14. 1. 1940: Gestapo Dortmund (Krack) an RSHA.

■ 3./13. 4. 1940: RFSS/AA ~ 10./12. 6. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99859; Hepp, Liste 181 (111; 112: *Ehefrau*; eine Ausbürgerung der Kinder ist nicht dokumentiert; Herbert M., Dr. jur., Erlangen (1931), 1933 als Referendar aus dem Justizdienst entlassen; *Entziehung* des Doktorgrades nicht dokumentiert) ~ **D** Der Begriff der „Geschäftsbesorgung“ in § 675 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für das deutsche Reich, Bochum 1902; Hartwig, 2010, S. 329 ~ **B** Brand, 1991, S. 118–129, 285–301: „Die Kniewelsche Erbschaft“.

474 Militscher, Alfons ~ * 19. 4. 1882 Pleschen (Krs. Posen); ⚭ Irene Glaser (* 1898 Ostrowo).

Rechtsanwalt (Breslau, Junkernstr. 16 [1937]) ~ Nov. 1939 Emigration (Italien) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 30. 1. 1940: Gestapo Breslau (Dr. Gerke) an RSHA.

■ 23. 4./4. 5. 1940: RFSS/AA ~ 7./12. 8. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99874; Hepp, Liste 196 (106; 107–109: *Ehefrau* u. K).

475 Minden, Henry, Dr. jur. (Greifswald 1919; *Entziehung* 1940) ~ 28. 3. 1890 Hamburg – 7. 12. 1971 Hampstead, GB; ⚭ Anna Sophie Heilbuth (* 1893 Hamburg).

Seit 1920 Rechtsanwalt (Hamburg) ~ 9. 11. 1938 Emigration „mit Hilfe seines britischen Passes über die Niederlande nach Großbritannien“ ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 30. 5. 1940: Gestapo Hamburg (Seetzen) an RSHA.

■ 11./17. 10. 1940: RFSS/AA ~ 5./9. 12. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99892; Hepp, Liste 213 (103; 104–107: *Ehefrau* u. K) ~ **D** Die aufschiebend bedingte und befristete Fahrnisübereignung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, insbesondere deren Tatbestand und Wirkungen in ihren wechselseitigen Beziehungen, Hamburg 1919 ~ **B** BArch, R 3001/68558 ~ Morisse, ²2013, S. 158; Lang, 2014, S. 816/Anm. 1462.

476 Mohrenwitz (später: Moore), Justin Max, Dr. jur. (Würzburg 1931; *Entziehung* 1940) ~ 13. 11. 1905 Schweinfurt – 18. 11. 1981 New York.

Seit 1932 Rechtsanwalt (Schweinfurt) ~ Vorsitzender der zionistischen Ortsgruppe ~ April/Mai 1933 sechs Wochen in *Schutzhaft*, Berufsverbot ~ Vertreter und Mitinhaber der Weingroßhandlung der Eltern, die später Opfer der Judenverfolgung wurden ~ Mai 1938 – Juli 1939 *Schutzhaft* (Buchenwald) wg. „unrealen Geschäftsgabens“ (Weber); Gestapo: *Von einer Strafanzeige wurde abgesehen, da ihm selbst unlautere Machenschaften nicht nachgewiesen und dafür nur seine Vertreter belangt werden konnten.* ~ 1939 Emigration (England) und *Ausbürgerung* ~ seit April 1940 in USA.

A 4. 9. 1939: Gestapo Würzburg) an Gestapa.

■ 20./27. 9. 1939: RFSS/AA ~ 31. 10./3. 11. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99819; Hepp, Liste 141 (136) ~
 D Die qualifizierten Raubdelikte des gelten-
 den Rechts (§§ 250, 251 R.St.G.B.) unter bes.
 Berücksichtigung d. geschichtl. Entwicklung u.
 d. Strafrechtsentwürfe, Coburg 1931; Rupp,
 2011, S. 188 f. ~ B Weber, 2006, S. 214 (Gesta-
 poakte 7824 im StA Würzburg).

477 Mosbacher, Kurt, Dr. jur. et. rer. pol.
 (Würzburg 1913; *Entziehung* 1940) ~
 28. 12. 1890 Nürnberg – 11. 10. 1972 Los
 Angeles/USA; ♂ Nelly Pauson (* 1893
 München).

Dekorierter *Frontkämpfer* (kriegsversehrt)
 ~ seit 1918 Rechtsanwalt (München) ~
 10. 11.–8. 12. 1938 *Schutzhaft* (Dachau) ~
 Diebstahl der Kanzleieinrichtung ~ Be-
 rufsverbot ~ 1938 Emigration (via Schweiz
 in die USA) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ nach
 erneutem Studium wieder als Anwalt tätig.

A 20. 7. 1939: Gestapo München (Weintz)
 an Gestapa.

■ 14. 8./5. 10. 1939: RFSS/AA (nach Mittei-
 lung des DGK Zürich vom 29. Sept.: *Der
 Jude Dr. Kurt Israel Mosbacher [...] ist laut
 Mitteilung des Zentralkontrollbüros in der
 Stadt Zürich nicht gemeldet. Auch ist er beim
 Generalkonsulat nicht zur Anmeldung ge-
 langt.*) ~ 31. 10./3. 11. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99819; Hepp, Liste 141 (137; 138–
 139: *Ehefrau u. K*) ~ D Die Beweislastlehre nach
 dem Bürgerlichen Gesetzbuch unter besonderer
 Berücksichtigung der §§ 929–936, Mannheim/
 Leipzig 1913 (Auch als: Rhein. Zeitschrift f.
 Zivil- u. Prozeßrecht, Jg. 6, H. 2, Beih. 1914;
 Reprint 1969); Rupp, 2011, S. 189 ~ B AArch,
 R 3001/68805 ~ Weber, 2006, S. 247.

478 Moser, Alfred (früher: Moses, Sieg-
 fried), Dr. jur. (Breslau 1917; *Entziehung*
 1941) ~ * 29. 4. 1893 Breslau.

Rechtsanwalt (Breslau, Tauentzienstr. 3
 [1934]) ~ 1937 Emigration (Amerika) ~
 1940 *Ausbürgerung*.

A 16. 7. 1940: Gestapo Breslau an RSHA.

■ 5./17. 10. 1940: RFSS/AA ~
 2./5. 12. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99891; Hepp, Liste 212 (97) ~
 D Rechtsfolgen falscher Ablieferung von Fracht-
 gut durch den Frachtführer. Ein Beitrag zur
 Lehre von der ungerechtfertigten Bereicherung
 und vom Schadenersatz, Breslau 1917; Kranich,
 2012, S. 172 ~ B AArch, R 3001/68813.

479 Moses, Wilhelm ~ 1. 3. 1882 Kolberg
 – 14. 3. 1971; ♂ 1911 Else Eichhorn (* 1885
 Gartz a. d. Oder).

Seit 1909 Rechtsanwalt und seit 1919 No-
 tar (Berlin) ~ 1914–1918 Kriegsteilnehmer
 ~ 1935 als Notar entlassen ~ vor der Emi-
 gration (Amsterdam) auf eigenen Antrag v.
 20. 12. 1937 aus der Rechtsanwaltsliste ge-
 löscht ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ während der
 deutschen Besetzung seit 27. 4. 1942 *Stern-
 träger*, durch *Mischehe* vor der Deportation
 bewahrt ~ seit 1947 Rechtsberater (Juri-
 disch Adviseur, Amsterdam) ~ Mai 1953
 unter Befreiung von der Residenzpflicht
 Wiederezulassung als Rechtsanwalt (Ber-
 lin).

A 22. 11. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert]
 Müller).

■ 6./27. 3. 1933: RFSS/AA (nachdem die
 DG Den Haag am 15. März *aus außenpoliti-
 schen Gründen keine Bedenken* geltend ge-
 macht hatte) ~ 17./19. 4. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99780; Hepp, Liste 107 (90; 91–
 92: *Ehefrau u. K*) ~ B EAB, 60007 ~ AoRB,
 2007, S. 229; Bergemann, 2012, S. 221 f.; Lang,
 2014, S. 818/Anm. 1481.

480 Motulsky (später: Molton), Leo, Dr.
 jur. (Erlangen 1907; *Entziehung* 1940) ~
 * 14. 4. 1883 Fischhausen, Ostpr. –
 28. 2. 1943; ♂ Henriette Kottow (* 1893
 Lessen, Krs. Graudenz).

Rechtsanwalt (Königsberg/Pr.) ~ Aug.
 1936 Übersiedlung nach Berlin ~ Okt.
 1936 Emigration (Chicago) ~ 1940 *Ausbür-
 gerung*.

A 6. 4. 1940: Gestapo Königsberg an RSHA.

■ 4./9. 7. 1940: RFSS/AA ~ 27./29. 8. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99878; Hepp, Liste 199 (102; 103–105: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Der Begriff der Frucht nach römischem Rechte und dem bürgerlichen Gesetzbuche, Königsberg in Pr. 1907; Mertens/Feketicsch-Weber, 2010, S. 87 ~ **B** BArch, R 3001/68857 ~ EAB, 63488 (DS 2026).

481 Müller (später: Muller), Hermann, Dr. jur. (Würzburg 1921; *Entziehung* 1940) ~ 1. 10. 1893 Müllheim/Baden – 25. 11. 1968 New York; ☉ 1921 Rosa Weil (1899–1972).

Dekorierter *Frontkämpfer* (verwundet; 1918 Oberleutnant d. R.) ~ seit 1925 stellv. Polizeipräsident (Heidelberg) ~ seit 1927 Rechtsanwalt (Heidelberg) ~ Sozietät mit Alfred Marschall (* 1899, 1939 nach Palästina emigriert) ~ 1933–1939 Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde ~ 10. 11. 1938 Verwüstung der Kanzlei (Rohrbacher Str. 9) ~ wie sein Sozium nach Dachau verbracht und bis 10. 12. 1938 in *Schutzhaft* ~ Berufsverbot ~ bis März 1939 als *Konsulent* zugelassen ~ Mai 1939 Emigration (Großbritannien, seit 1940 USA) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1943–1964 Generalsekretär der American Federation of Jews from Central Europe ~ seit 1948 Direktor der United Restitution Organization (U.R.O.) in New York ~ Gründungs- und Direktoriumsmitglied des LBI New York.

A 4. 7. 1940: Gestapo Karlsruhe (Dr. Faber) an RSHA.

■ 4./17. 10. 1940: RFSS/AA ~ 5./9. 12. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99892; Hepp, Liste 213 (110; 111–113: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Die Bedeutung der rechtlichen Natur der Einziehung für deren Zulässigkeit im objektiven Verfahren unter Berücksichtigung der Einziehungsmaßnahmen in den Kriegsverordnungen, 1921; Rupp, 2011, S. 190 ~ **E** Ten Years American Federation of Jews from Central Europe, in: Kurt R. Grossmann (Ed.),

Ten Years. American Federation of Jews from Central Europe, Inc., 1941–1951, New York 1952, S. 21 ~ **B** BArch, R 3001/69059 ~ Norbert Giovannini u. Frank Moraw (Hg.), *Erinnertes Leben. Autobiographische Texte zur jüdischen Geschichte Heidelbergs*, Heidelberg 1998, S. 230–236 ~ BHdE I, 1980, S. 517; Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 13, 125; Moraw, 1996, S. 507; Schiller, 1997, S. 471; Giovannini/Rink/Moraw, 2011, S. 275 (M. Marschall) u. S. 305 f.; Berger/Schiller, 2011, S. 855 f.

482 Müller, Johannes, Dr. jur. (Greifswald 1917; *Entziehung* 1940) ~ * 6. 11. 1893 Berlin; ☉ Edith Wertheim (* 1898 Berlin – Auschwitz).

Rechtsanwalt (Berlin) ~ 1933 Berufsverbot und Emigration (Neuilly-sur-Seine, Frankreich) ~ Rechtsberatung und Filmverleih ~ 1934 Erlass und 1935 Aufhebung eines *Steuersteckbriefs* ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 28. 10. 1943 Deportation der Ehefrau ab Drancy.

A 25. 1. 1939: RFSS (Dr. Zimmermann) an RMdI.

■ 25. 1./22. 6. 1939: RFSS/AA (nachdem die Konsulatsabt. der DB Paris (Werkmeister) in einer Sammelmitteilung, die u. a. auch den früheren, in der UdSSR mutmaßlich ermordeten Reichstagsabgeordneten Franz Doll (KPD) und Ferdinand → Timpe betraf, am 9. Juni *keine Bedenken* geltend gemacht und ergänzend mitgeteilt hatte: *Der Landesgruppenleiter ist beteiligt.*) ~ 12./19. 7. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99801; Hepp, Liste 124 (107; 108–110: *Ehefrau* u. *K*) ~ im Gedenkbuch des Bundesarchivs nicht genannt) ~ **D** Das Hinterlegungsverhältnis nach der preußischen Hinterlegungsordnung vom 21. April 1913, Greifswald 1917; Rupp, 2011, S. 190 ~ **B** BArch, R 3001/69073 ~ Franke, 2000, S. 155; AoRB, ²2007, S. 229 ~ zu F. Doll: M.d.R., ³1994, S. 97 f./Nr. 285; Deutsche Kommunisten, ²2008, S. 157 f.

483 Münzer, Abraham *Felix*, Dr. jur. (Erlangen 1897; *Entziehung* 1940) ~ * 13. 11. 1868 Berlin; ☉ Helene Wolff (1874–1917).

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ 1933 als Notar entlassen ~ 1937 Emigration (USA), danach Zulassung gelöscht ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 25. 10. 1939: Gestapo Berlin (Dr. Zwade) an RSHA.

■ 13./20. 12. 1939: RFSS/AA ~ 29. 4./ 4. 5. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99850; Hepp, Liste 172 (87) ~ **D** Welche Folgen hat ein Irrtum des Stellvertreters oder des Prinzipals bei einem von Ersterem abgeschlossenen Rechtsgeschäft?, Berlin 1897; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 87 ~ **B** BArch, R 3001/69059 ~ EAB, 64078 (DS) ~ AoRB, 2007, S. 230 (*Tschepplau).

484 Muskat, Walter Sigmund, Dr. jur. (Breslau 1919; *Entziehung* 1941) ~ * 7. 12. 1893 Gottesberg/Schles.; Ⓜ Helli Nehab (* 1894 Berlin).

Rechtsanwalt (Breslau) ~ März 1939 Emigration (England) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 4. 7. 1940: Gestapo Breslau (Kuke) an RSHA.

■ 21./30. 10. 1940: RFSSpp/AA ~ 25./28. 11. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99890; Hepp, Liste 211 (106; 107–110: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Die Vermögensverfügung als Betrugsmerkmal, 1919; Kranich, 2012, S. 172 ~ **B** BArch, R 3001/69274.

N

485 Nathan, Ernst (später: Ernest Nash), Dr. jur. (Jena 1921; *Entziehung* 1940) ~ 14. 9. 1898 Nowawes – 18. 5. 1974 Rom; Ⓜ 1. 1928 Ilse Rubinski (* 1907 Potsdam), 2. 1952 Irene Lande (gest. 1961), 3. 1965 Berta Kern.

Dekorierter *Frontkämpfer* ~ seit 1926 Rechtsanwalt (Potsdam) ~ 1929 Austritt aus der jüdischen Religionsgemeinschaft (zusammen mit seiner Ehefrau) ~ sozial engagiert, sympathisierte mit der KPD ~ befreundet mit Egon Eiermann, nach dessen Entwurf Tische und Stühle für die Kanzlei angefertigt wurden ~ 1936 Verzicht auf die Zulassung ~ nach Aufforderung zur Abgabe des Reisepasses 1. 9. 1936 Flucht über die Schweiz nach Italien (Rom), wohin die Ehefrau und Töchter 1937 folgten ~ Teilhaber eines auf das Fotografieren von Ruinen und Ausgrabungsstätten spezialisierten Ateliers ~ März 1939 Emigration (USA) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ Berufsfotograf ~ unter Verwendung seines Bildmaterials veröffentlichten Ludwig Curtius und Alfred Nawrath 1944 im Verlag Anton Schroll (Wien) „Das Antike Rom“ ~ seit 1952 wiederholt längere Aufenthalte in Europa (Rom) ~ 1956 Leitung

der durch die „Unione Internazionale degli Istituti di Archeologia, Storia e Storia dell’Arte“ in Rom neu gegründeten Stiftung „Fototeca di Architettura e Topografia dell’Italia Antica“, „die maßgeblich auf seinem Fotoarchiv basiert“ ~ Juni 1968 BVK.

A 28. 6. 1940: RSHA (Engelmann) an RMdI.

■ 28. 6./10. 7. 1940: RFSS/AA ~ 27./29. 8. 1940: RMdI/DRA

Q PA/AA, R 99878; Hepp, Liste 199 (107; 108–110: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Über den Ausschluß der Rechtswidrigkeit im Strafrecht unter besonderer Berücksichtigung des ärztlichen Wirkungskreises, Breslau 1923 (= Strafrechtliche Abhandlungen, 206; Reprint: 1977); FSU, Unrecht [2016], S. 42–48 ~ **E** Roman Towns, 1944; Rome. Portrait of the Eternal City, 1950 ~ Bildlexikon zur Topographie des antiken Rom, 3 Bde., Tübingen 1961–1962 ~ **B** BArch, R 3001/69363 ~ Maria R.-Alföldi u. Margarita C. Lahusen (Hg.), Ernest Nash – Ernst Nathan 1898–1974. Photographie. Potsdam – Rom – New York – Rom, Berlin 2000 ~ Bergemann/Ladwig-Winters, 2003, S. 128–131 (Entschädigungsakte Nr. 292/20, Niedersächs. HStA, 110 W, Acc. 8/90.); AoRD, 2007, S. 189 f.

486 Nehab, Leo ~ * 4. 2. 1892 Posen;
 Ⓞ Getrud Lewysohn (* 1888 Posen).

Rechtsanwalt (1937: Frankfurt/Oder, Halbe Stadt 2) ~ 1939 Emigration (Palästina) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 24. 4. 1939: Gestapo Frankfurt/Oder (Liphardt) an Gestapa.

■ 7./8. 1939/11. 5. 1940: RFSS/AA ~ 2./4. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R R 99864; Hepp, Liste 186 (79; 80f.: *Ehefrau* u. *K*) ~ **B** BArch, R 3001/69425.

487 Netheim, Max, Dr. jur. (Erlangen 1912) ~ 5. 4. 1889 Höxter – Mai 1959;
 Ⓞ Brunhilde Kaiser (* 1898 Vöhl, Krs. Franckenberg).

Seit 1919 Rechtsanwalt und seit 1925 Notar (Osnabrück, Albertstr. 18 [1937]) ~ assoziiert mit Gustav Adolf Rahardt (Sozialdemokrat) und später noch Dr. Wilhelm Gröne ~ Mai 1933: „*Jud Dr. Netheim. Die Sünde wider das Blut*“, Hetzartikel und antisemitische Karikatur des Anwalts im „*Stürmer*“ (Nr. 20) ~ 1933 Entlassung als Notar ~ 1938/39 wegen Devisenvergehens 6 Monate in Haft ~ Berufsverbot ~ 9. 11. 1938 Plünderung und später Beschlagnahme des Wohnhauses, einer durch den Architekten Paul Thor im Bauhausstil errichteten Villa ~ nach Entlassung aus der Haft Flucht nach Holland ~ Flüchtlingslager ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ seit Ende 1939 in USA ~ Farmer (Geflügelzucht).

A 18. 3. 1939: Gestapo Osnabrück (Schlette) an Gestapa.

■ 15. 7./2. 8. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag am 27. Juli *keine Bedenken* geltend gemacht und ergänzend mitgeteilt hatte: *Der Landesgruppenleiter ist einverstanden.*) ~ 16./21. 9. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99813; Hepp, Liste 135 (102; 103–105: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Das Wesen des Schiffsgläubigerrechts insbesondere die Frage: Kann der Reeder, der in Fällen der sogen. beschränkt dinglichen Haftung nach Veräußerung des

Schiffsvermögens gezahlt hat, das Geleistete zurückverlangen?, Höxter 1912; *Entziehung* in der Promotionsakte nicht vermerkt; Dr. Clemens Wachter, Archivar der FAU Erlangen-Nürnberg, E-Mail v. 15. 7. 2019 ~ **B** BArch, R 3001/69470 ~ Brückner, 1999, S. 79–81; RAK Oldenburg, 2007, S. 131–139 u. S. 155–159 (Elmar Schürmann); AoRD, 2007, S. 354 f.

488 Neu, Sigmund, Justizrat (1925) ~ 10. 11. 1875 Metz – 24. 3. 1949 New York;
 Ⓞ Charlotte Gutmann (* 1884 Augsburg).

Seit 1902 Rechtsanwalt (bis 1918 Metz; nach Ausweisung aus Frankreich 1919/20 Augsburg, seit 1920 München) ~ 1938 Berufsverbot ~ 1940 Emigration (USA) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 4. 10. 1940: Gestapo München (Schimmel) an RSHA.

■ 30. 11./18. 12. 1940: RFSS/AA ~ 9./12. 7. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99916; Hepp, Liste 242 (126; 127–129: *Ehefrau* u. *K*) ~ **B** Weber, 2006, S. 247 f.

489 Neuberger, Josef, Dr. jur. und Dr. rer. pol. (Köln) ~ 11. 10. 1902 Antwerpen – 12. 1. 1977 Düsseldorf; Ⓞ 1935 Ilse Mendel.

Diplomkaufmann ~ Mitglied der SPD und seit Ende der 1920er Jahre der zionistisch-sozialdemokratischen Arbeiterorganisation „Poale Zion“ und des zionistischen Jugendbundes „Blau-Weiß“ ~ seit 1932 Rechtsanwalt (Düsseldorf) ~ April 1933 Vertretungsverbot, dessen Aufhebung – von Neuberger in einer Eingabe an den Preuß. Justizminister am 8. Mai beantragt – der OLG-Präsident am 18. Mai ablehnte: „Der Gesuchsteller ist dadurch bekannt geworden, dass er kurz vor der Wahl vom 5. März 1933 die früheren Minister Braun und Severing in einer einstweiligen Verfügung gegen das hiesige nationalsozialistische Organ betr. ein Plakat „2 Millionen gestohlen vor Gericht vertreten hat“ ~ Berufsverbot ~ zusammen mit Max → Mendel Gründung des Büros „Transfer und Wirtschaftsberatung für Auswanderer“ in Düsseldorf (De-

visenberater) ~ 10. 11. 1938 von SA-Leuten schwer verletzt ~ durch einen Düsseldorfer Arzt gerettet ~ Dezember 1938 Flucht mit Ehefrau und Sohn in die Niederlande ~ „Die Verfassung der russischen sozialistischen föderativen Räterepublik, Berlin: Dümmler 1926“ in der *Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums* (1938) erfasst ~ seit Anfang 1939 in Palästina ~ nach erneutem Studium 1944–1952 Rechtsanwalt (Nahariya) ~ ungeachtet der Ermordung seines Bruders und dessen Familie sowie weiterer Familienangehörigen in Auschwitz Rückkehr nach Düsseldorf, seit 1952 Rechtsanwalt ~ Sozietät mit Rudolf Pick ~ 1959–1975 M.d.L. (NRW), SPD ~ 1966–1972 Justizminister (NRW) ~ GBVK.

W 23. 7. 1934: Der *Widerruf* der 1926 „nach dreijährigem Verfahrens-Hin-und-her“ (Mauss) verliehenen preußischen Staatsbürgerschaft ist im „Verzeichnis über eine widerrufenen Einbürgerung“ nicht nachweisbar; Bundesverwaltungsamt, Köln, E-Mail vom 11. 10. 2017.

D Die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Räterepublik, ihre theoretischen Grundlagen und ihr staatsrechtlicher Aufbau (zugleich eine Untersuchung über Wesen und Ursprung des politischen Rätegedankens), Düsseldorf: Lintz in Kommission [Berlin u. Bonn: Dümmler] 1926; Die Hauptwanderungen der Juden seit 1914, Köln: Fink 1928 („in herzlicher Freundschaft“ Charlotte Juchacz, seiner damaligen Verlobten, gewidmet) ~ **B** BArch, R 3001/69490 ~ BHdE I, 1980, S. 525 f.; Göppinger, 1990, S. 353; Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen (Hg.), 50 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen. Das Land und seine Abgeordneten. Redaktion: Wolfgang Gärtner

492 Oberbrunner, Stefan ~ 10. 2. 1901 Nürnberg – 1943 Majdanek/Galizien; Ⓞ Lieselotte Weil (* 1906 Augsburg).

Seit 1927 Rechtsanwalt (Augsburg) ~ „SPD nahe stehend“ (Weber) ~ März/April 1933

[u. a.], Düsseldorf 1996, S. 396 f.; Unter Vorbehalt. Rückkehr aus der Emigration nach 1945, hg. vom EL-DE-Haus Köln, bearb. v. Wolfgang Blaschke [u. a.], Köln 1997, S. 158 f.; Bernd Schmalhausen, Josef Neuberger (1902–1977). Ein Leben für eine menschliche Justiz, Baden-Baden 2002, S. 8, 70; Zwischen Recht und Unrecht, 2004, S. 93 f.; Bernd Haunfelder, Nordrhein-Westfalen. Land und Leute 1946–2006. Ein biographisches Handbuch, Münster 2006, S. 337 f.; Christian Dästner/Maik Wogersien, Die Justizministerinnen und Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen und die Grundzüge ihres politischen Wirkens, in: 60 Jahre Justizministerium Nordrhein-Westfalen Martin Luther-Platz 4. Juristische Zeitgeschichte Nordrhein-Westfalen, Bd. 18 hg. v. Dieter Wendorf, [Düsseldorf 2010], S. 28–110, 58–63: J. Neuberger; Mauss, 2013, S. 394–401 (Gestapo-Akte: LAV NRW R, RW 58 Nr. 7235) ~ zu Rudolf Pick (bis April 1933 Rechtsanwalt in Breslau, Zionist, seit 1932 in Palästina; seit 1950 in Düsseldorf) vgl. die Erinnerungen der Tochter Ruth: Herz, 2006, S. 36 f.

490 Neumann, Franz Leopold → I. 60

491 Nothmann, Hugo ~ * 31. 1. 1882 Myslowitz, O/S; Ⓞ Auguste Goldschmidt (* 1894 Breslau).

Rechtsanwalt (Breslau, Junkernstr. 16 [1934]) ~ 1937 Emigration (Haifa) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 11. 5. 1940: Gestapo Breslau (Schmidt) an RSHA.

■ 11./22. 7. 1940: RFSS/AA ~ 27./29. 8. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99878; Hepp, Liste 199 (115; 116–119: *Ehefrau* u. *K*)

O

Schutzhaft ~ Berufsverbot ~ Syndikus (München) ~ 1934 Emigration (Frankreich) ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ 1939 Militärdienst (Prestataire) ~ seit 1940 interniert, u. a. in Gurs ~ Okt. 1941 Emigration

der Ehefrau und Tochter in die USA ~
6. 3. 1943 Deportation ab Drancy.

A 23. 5. 1938: Gestapo München (Beutel)
an Gestapa.

■ 12. 7./7. 9. 1938: RFSS/AA (nachdem die
Konsulatsabt. der DB Paris am 25. Aug.
Bedenken nicht geltend gemacht hatte) ~
22./23. 9. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99723; Hepp, Liste 69 (40; 97–98:
Ehefrau u. *K*) ~ **B** Weber, 2006, S. 249.

493 Obermeier, Fritz, Dr. jur. (Erlangen
1911; *Entziehung* 1940) ~ 19. 12. 1886
Bamberg – 5. 4. 1957 New York.

Seit 1913 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~
Kriegsdienst ~ 1933 durch Erpressungsver-
suche unter Druck gesetzt und schwer
beeinträchtigt ~ Sept. 1938 Emigration
(Schweiz, England, seit März 1940 USA) ~
Berufsverbot ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 7. 9. 1939: Gestapo Nürnberg (Dr. Mar-
tin) an Gestapa.

■ 30. 10./4. 11. 1939: RFSS /AA ~ 31. 1./
2. 2. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99833; Hepp, Liste 155 (98) ~
D Über den Begriff des Börsentermingeschäftes,
Bamberg 1911; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010,
S. 88 ~ **B** Weber, 2006, S. 288.

494 Oestreich, Carl Nathan, Dr. jur.
(Heidelberg 1903; *Entziehung* 1940), Jus-
tizrat (1926) ~ 12. 7. 1877 Aschaffenburg/
Main – 16. 12. 1961 London; ♂ Anna Dils-
heimer (* 1890 Aschaffenburg).

Seit 1905 Rechtsanwalt (München) ~ seit
1910 Vorstandsmitglied der Israelitischen
Kultusgemeinde München, später des
bayerischen Landesverbandes ~ dekoriert
Frontkämpfer (Offizier; verwundet,
3 Jahre in französischer Kriegsgefangen-
schaft) ~ Vorstandsmitglied der RAK
München ~ „Anwalt, Volk und Staat“, Rede
auf dem Deutschen Anwaltstag 1929 in
Hamburg ~ seit 1934 Angestellter der Kul-
tusgemeinde ~ während des November-

Pogroms 1938 festgenommen und ca.
4 Wochen *Schutzhaft* (Dachau) ~ 1939
Emigration (Großbritannien) ~ 1939 *Aus-
bürgerung*.

A 6. 7. 1939: Gestapo München (Beutel) an
Gestapa.

■ 31. 7./17. 8. 1939: RFSS/DB London (*kei-
ne Bedenken*) ~ 6./8. 11. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99822; Hepp, Liste 144 (106; 107:
Ehefrau) ~ **D** Nicht ermittelt; Moritz, 2001,
S. 559 ~ **B** BHdE I, 1980, S. 538; Göppinger,
²1990, S. 306; Weber, 2006, S. 250.

495 Oettinger, Fritz, Dr. jur. (Erlangen
1910; *Entziehung* 1940) ~ 22. 2. 1885 Re-
gensburg – 20. 5. 1978 München; ♂ Elsa
Niedermaier (* 1893 Regensburg).

Seit 1911 Rechtsanwalt (Regensburg) ~
dekoriert *Frontkämpfer* (Offizier) ~ seit
1918 Vorsitzender der Israelitischen Kul-
tusgemeinde Regensburg ~ seit 1924
Stadtrat (DDP) ~ 1933 sechs Monate in
Schutzhaft ~ 10. 11.–6. 12. 1938 *Schutzhaft*
(Dachau) ~ 1939 Emigration (England,
1945 Palästina) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~
Rückkehr und 1958 wieder als Rechts-
anwalt zugelassen (München).

A 8. 5. 1940: Gestapo Regensburg (Popp)
an RSHA.

■ 27. 6./4. 7. 1940: RFSS/AA ~
7./12. 8. 1940: RMdI/DRA

Q PA/AA, R 99874; Hepp, Liste 96 (124; 125–
127: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Die sachlichen Voraus-
setzungen des Patentschutzes, Augsburg [1910];
Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 88 ~ **B** We-
ber, 2006, S. 288.

496 Olden, Rudolf → I. 61

497 Oppenheimer (später: Opton), Ar-
thur, Dr. jur. (Erlangen 1897) ~ 4. 10. 1875
M. Gladbach – 3. 11. 1941 New York; ♂ Ilse
Wedell (1885–1964 New York; *B*: Rechts-
anwalt Dr. Hans Wedell, 1881–1964);
S: Dr. jur. (Köln 1929) Gerd Franz O. (spä-

ter: Opton; 1906–1989 Meadow Lakes, USA), Rechtsanwalt.

Seit 1901 Rechtsanwalt (Düsseldorf) ~ seit 1901 Sozietät mit dem „katholischen Rechtsanwalt“ Dr. Heinrich Wirtz (1884–1967), später weiter mit Friedrich Kramer (1890–1963), Dr. Rudolf Edler (1903–1991) und seinem Sohn ~ nach Auflösung der Sozietät (1933) als Anwalt bis 1937 zugelassen ~ Emigration (USA) ~ bereits vor 1933 Transfer eines Teils des Vermögens und der Kunstsammlung (u. a. Werke von Paul Seignac und Emil Nolde: später „Garanten für einen Neustart der Kinder“) nach Holland.

A Im Aug. 1942 denunzierte der Düsseldorfer Rechtsanwalt Dr. jur. Arthur Klinkmüller seinen früheren *jüdischen* Kollegen und den Sohn Herbert Eulenburgs, seinen *arischen* Kollegen Max Eulenberg, bei der Gestapo, die daraufhin die Ausbürgerung des Emigranten veranlasste. Die Feststellung der *Ausbürgerung* und des *Vermögensverfalls* erfolgten – offenbar in Unkenntnis des Todes von A. Oppenheimer – posthum aufgrund der 11. VO z. RBürgG v.

25. 11. 1941. Eine förmliche Zustimmung des Auswärtigen Amts war für die Ausbürgerung eines *Jude[n]*, *der seinen dauernden Aufenthalt im Ausland hat*, nicht erforderlich. Ein Depromotionsverfahren ist nicht dokumentiert und wurde offenbar auch nicht angestrengt.

Q Mauss, 2013, S. 406–410 (Gestapoakte: LAV NRW R, RW 58 Nr. 32946), 119–121 (R. Edler), 286–289 (F. Kramer), 494–503 (H. Wedell) ~ **D** Die Stellung der Gläubiger eines überschuldeten Nachlasses zu einer vom Verstorbenen abgeschlossenen Lebensversicherung, M. Gladbach 1897; *Entziehung* in der Promotionsakte nicht vermerkt; Dr. Clemens Wachter, Archivar der FAU Erlangen-Nürnberg, E-Mail v. 15. 7. 2019 ~ **B** BArch, R 3001/70063 (G. Oppenheimer; Mauss, 2013, S. 411–413).

498 Oppenheimer, Julius, Dr. jur. (Münster 1911) ~ * 9. 8. 1886 Soest; ☉ Fanny Burin (* 1895 Wollin/Pommern).

Rechtsanwalt ~ *letzter inländischer Wohnsitz: Soest, Wallburger Str. 3.* ~ 1938 *Ausbürgerung.*

A 16. 7. 1938: Gestapa (Keller) an RFSSuChdDtPoliRMdI.

■ 30. 8./7. 11. 1938: RFSS/AA (nachdem die DB Washington, Dieckhoff, am 10. Okt. *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 21./24. 11. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99741; Hepp, Liste (81 (13; 45 f.: *Ehefrau u. K*) ~ **D** Der Bagatelldiebstahl, Dortmund 1911; im Ausbürgerungsantrag heißt es: *Es schweben zurzeit noch Ermittlungen darüber, an welcher Universität und in welcher Fakultät der Jude Oppenheimer zum Doktor promoviert hat. Über das Ergebnis werde ich zu gegebener Zeit zur dortigen Sammelaufstellung berichten.* Mehr ist der Ausbürgerungsakte nicht zu entnehmen. Da eine *Entziehung* für Münster nicht dokumentiert ist, dürften die *Ermittlungen* im Sande verlaufen sein ~ **B** BArch, R 3001/70065.

499 Oppenheimer, Walter, Dr. jur. (Gießen 1921; *Entziehung* 1939) ~ 6. 11. 1897 Oberhausen/Rheinland – 4. 4. 1967 Israel; ☉ 1934 Resi Schloß (* 1907 Malsch/Baden).

Frontkämpfer ~ seit 1925 Rechtsanwalt (bis 1927 in Sozietät mit Richard → Rosenthal (Oberhausen) ~ 1933 Schutzhaft ~ wie die Anwälte Rosenthal und Louis → Traugott von der Hetzkampagne der „National-Zeitung“ betroffen ~ 1936 Berufsverbot und Emigration (Tel Aviv, Palästina) ~ 1939 *Ausbürgerung.*

A 1. 3. 1939: Gestapo Düsseldorf (Friedrich) an Gestapa.

■ 2. 3./29. 4. 1939: RFSS/AA (nachdem das DGK Jerusalem *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 22./25. 5. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99789; Hepp, Liste 113 (75; 76: *Ehefrau*) ~ **D** Reichsrat und Bundesrat, ein Vergleich, Gießen 1921; Chroust, 2006, S. 89 ~ **B** BArch, R 3001/70069 ~ von Roden, 2 (1986), S. 1248 (Rita Vogedes); Mauss, 2013, S. 413 f.

500 Ostwald, Walther, Dr. jur. (Rostock 1919; *Entziehung* 1941) ~ 9. 8. 1890 Hagen i. W. – Ende 1973 England; ⚭ Claire Finkenstein (* 1912 Gerdaun/Ostpr.).

1920 Rechtsanwalt (Hagen) ~ 1922 Übernahme der Praxis von Dr. Max Steinberg (1883–1922) in Münster ~ Fachanwalt für Steuerrecht und seit 1931 Notar ~ 1933 Berufsverbot ~ 1935 drei Monate *Schutzhaft* (Esterwegen) ~ 1. 11. 1938 mit Besuchervisum nach England ~ Transfer der teilweise geplünderten und beschädigten Wohnungseinrichtung ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ 1950 britische Staatsangehörigkeit.

501 Pagener, Moses (seit 1927 Max), Dr. jur. (Heidelberg 1908) ~ * 10. 4. 1883 Epe/Westf.; ⚭ 1924 Leonore Amalie Gertrud Martha Cohn (* 1900 Münster/Westf.; V: Rechtsanwalt Dr. Julius → Cohn).

Rechtsanwalt (Köln) ~ 1936 Emigration (Paris) und *Steuersteckbrief* ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 13. 8. 1938: Gestapo Köln (Wolter) an Gestapa.

■ 7.2./31. 3. 1939: RFSS/AA (nachdem die Konsulatsabt. der DB Paris am 15. März mit Beteiligung des NSDAP-Landesgruppenleiters *Bedenken nicht geltend gemacht hatte*) ~ 26./29. 4. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99782; Hepp, Liste 108 (103; 104–107: *Ehefrau* u. K) ~ D Beitrag zur Lehre vom Vertragsabschlusse unter besonderer Berücksichtigung des Vertragsabgchlusses mittelst Fernsprechers, Borna-Leipzig 1908; *Entziehung* nicht dokumentiert ~ B BArch, R 3001/70265 ~ Luig, 2004, S. 306.

502 Panholzer, Josef → I. 62

503 Pardo, Herbert → I. 63

504 Pfeiffenberger, Ernst *Otto* → I. 64

A 29. 5. 1941: Gestapo Münster (Dr. Kreuzer) an RSHA.

■ 31. 8./13. 9. 1941: RFSS/AA ~ 13./16. 10. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99926; Hepp, Liste 258 (97; 98: *Ehefrau*) ~ D Der Erfüllungsdienner. Eine Studie, vornehmlich zu den §§ 278, 831 BGB mit Ausblicken auf das soziale Arbeitsrecht, Berlin 1920; Hartwig, 2010, S. 329 ~ B BArch, R 3001/70147 ~ Jüdische Familien in Münster, 1995, S. 325 f.; Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 230.

P

505 Pinczower, Erich, Dr. jur. (Erlangen 1907; *Entziehung* 1940) ~ 29. 7. 1882 Liegnitz – 1942; ⚭ 1927 Herta Wreschner (* 1904 Obornik, Krs. Posen).

Rechtsanwalt (Breslau, Karlstr. 40/41 [1937]) und Notar (1933 oder später entlassen) ~ 1939 Emigration (England) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 24. 11. 1939: Gestapo Breslau (Senne) an RSHA.

■ 4./13. 1. 1940: RFSS/AA ~ 21./25. 5. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99856; Hepp, Liste 177 (91; 92–94: *Ehefrau* u. K) ~ D Der Irrtum des Stellvertreters bei Rechtsgeschäften, Breslau 1907; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 89 ~ B LBI, Kenneth E. Pinczower Family Collection ~ www.myheritage.de (10. 3. 2019).

506 Pinner, Heinz, Dr. jur. (Greifswald 1919) ~ 20. 2. 1893 Berlin – Sept. 1986; V: Justizrat Dr. h. c. Albert Pinner (1867–5. 1. 1933, Rechtsanwalt und Notar, Vorsitzender des Vorstands des Berliner Anwaltvereins [seit 1922] und Mitglied des Vorstands des DAV); ⚭ Ilse Ullstein (1892–1988), Tochter des Verlegers Leopold Ullstein.

Frontkämpfer ~ seit 1922 Rechtsanwalt und seit 1927 Notar (Berlin) ~ Sozietät Geh. Justizrat Dr. h. c. Maximilian Kempner, A. Pinner, Dr. Walter Schmidt, Dr. Friedrich Kempner, H. Pinner, Dr. Wilhelm u. Dr. Joachim Beutner ~ 1935 als Notar entlassen ~ 1938 Berufsverbot ~ 11. 6. 1939 Abmeldung mit Ehefrau und Kindern „auf Reisen“ (Formular zur Abmeldung bei der polizeilichen Meldebehörde eigenhändig ausgefüllt mit Zwangsnamen „Israel“ bzw. „Sara“ und Angabe der Religionsgemeinschaft „evang.“; Formular rechts mit schwarzem „J“-Stempel versehen) ~ zunächst in der Schweiz, seit 1941 in USA (Los Angeles) ~ Wirtschaftsprüfer („Steuerberater der emigrierten Filmstars von Hollywood“, Stiefel/Mecklenburg) ~ 1947 unter Befreiung von der Residenzpflicht als Rechtsanwalt am OLG Düsseldorf zugelassen ~ 1979 Verleihung der Ehrenmitgliedschaft des DAV ~ GBVK (1985).

A 6. 6. 1941: Mitteilung der Gestapo Berlin an das Finanzamt Moabit-West (*Betr. Ausbürgerung des Juden Heinz Moritz [sic] Israel Pinner, seiner Ehefrau [...], zuletzt Berlin-Charlottenburg, Eichenallee 24, wohnhaft gewesen*), dass die Staatspolizeileitstelle Hamburg mit der Versteigerung des bei der Fa. Schenker & Co. im Hamburger Freihafen lagernden Umzugsguts beauftragt wurde.

■ Ein Ausbürgerungsverfahren gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. 7. 1933 ist nicht dokumentiert; Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941.

Q EAB, 70788 (darin Auszug aus der OFP-Akte) ~ **D** Der Interimsschein im Aktienrecht, Greifswald 1919 ~ **B** BArch, R 3001/70841 ~ BHdE I, 1980, S. 562; Ostler, ²1982, S. XIV; Göppinger, ²1990, S. 308; Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 540; AoRB, ²2007, S. 23 ~ Festschrift Herrn Rechtsanwalt und Notar Justizrat Dr. jur. h. c. Albert Pinner zu seinem 75. Geburtstag gewidmet von dem Deutschen Anwaltverein, dem Berliner Anwaltverein und der Firma Walter de Gruyter & Co., Berlin u. Leipzig 1932; Berliner Anwaltsbl. VII (1933), 1, S. 1 f.: „Albert

Pinner zum Gedenken“; Göppinger, ²1990, S. 174; kritisch M. → Friedlaender, 2018, S. 174 ~ „Ex Libris Justizrat Albert Pinner“: ZLB, NS-Raubgut: Nr. 269.

507 Pinthus, Fritz ~ 15. 9. 1887 Halle/Saale – 5. 1. 1939 Meran.

Seit 1919 Rechtsanwalt und seit 1924 Notar (Halle) ~ 1933 Berufsverbot ~ Juni 1938 Emigration (Italien) ~ Antrag auf *Ausbürgerung*.

A 31. 10. 1938: Gestapo Halle/Saale (Wolff) an Gestapa.

■ 28. 11. 1938: Übersendung der Durchschrift des Ausbürgerungsantrags durch den RFSS an das AA und die DB Rom; am 7. Dez. teilte v. Mackensen dem Amt wie üblich mit, dass die *zur Erledigung der Angelegenheit erforderlichen Erhebungen [...] voraussichtlich mehr als 2 Wochen in Anspruch nehmen* werden. Diese erübrigten sich mit dem Tod von Pinthus, den das DGK Mailand am 7. März dem Polizeipräsidenten Halle mitteilte. Daraufhin bat der RFSS (Neifeind) am 10. 3. 1939 die Abt. I des RMdI, *das Ausbürgerungsverfahren gegen Pinthus einzustellen. Das Auswärtige Amt und die Deutsche Botschaft in Rom haben Durchschrift dieses Schreibens erhalten.*

Q PA/AA, R 100014 ~ **B** BArch, R 3001/70853 ~ Prick, 2010, S. 95.

Platiel s. u. Block, Eleonore → I. 6

508 Polke, Albert, Dr. jur. (Rostock 1912; *Entziehung* 1940) ~ * 9. 7. 1889 Berlin – 27. 5. 1959; ☉ Hildegard Reiner (* 1901 Berlin).

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ 1935 als Notar entlassen ~ 1938 Berufsverbot ~ Febr. 1938 Emigration (New York, USA) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 11. 3. 1940: Gestapo Berlin (Rothmann) an RSHA.

■ 2./12. 4. 1940: RFSS/AA ~
21./25. 5. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99856; Hepp, Liste 177 (98; 99–100: *Ehefrau u. T*) ~ D Die Antinomie C 3, 31,5 – D 12,6, 19,1, ein Beitrag zur Lehre von der hereditatis petitio, nebst einer Behandlung der Frage nach heutigem bürgerlichen Recht, Berlin 1912; Hartwig, 2010, S. 329 ~ B BArch, R 3001/71026 ~ EAB, 73009 (DS 2025) ~ AoRB, 2007, S. 240.

509 Polke (später Aviezer), Max M(oses), Dr. jur. (Breslau 1931; *Entziehung* 1940) ~ * 3. 9. 1895 Breslau; ⚭ Herta Rosenberg (* 1903 Kempen).

Kriegsfreiwilliger ~ Rechtsanwalt seit 1924 und seit 1930 Notar (Breslau) ~ 1926–1928 Mitglied der SPD ~ Mitglied der Soncino-Gesellschaft ~ nicht „aktiver Zionist“ („Anhänger derjenigen Bewegung, welche den Aufbau von Palästina im Sinne des jüdischen Religionsgesetzes erstrebt“) ~ 1933 als Notar entlassen ~ Ehefrau führte das vom Vater geerbte Schuhgeschäft weiter ~ Reisen in die Tschechoslowakei und die Schweiz: „The transfer of money out of Germany without the required permission from the currency office was so splendidly organized that only an insignificant fraktion of those involved were reported and punished.“ (S. 324) ~ [1934] „Die deutschen Juden als nationale Minderheit“ (Reprint 1974) ~ 1937 zur Vorbereitung der Auswanderung Reise der Ehefrau nach Palästina ~ 9./10.–25. 11. 1938 *Schutzhaft* (Buchenwald) ~ Berufsverbot ~ Dez. 1938 Emigration (Palästina; Kiryat Bialik) ~ beteiligte sich am Preisausschreiben der Harvard-Universität (1939) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 5. 5. 1939: Gestapo Breslau an Gestapa.

■ 29. 6./24. 7. 1939: RFSS/AA (nachdem das DGK Jerusalem am 6. Juli *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 17./21. 8. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99808; Hepp, Liste 131 (88; 89–92: *Ehefrau u. K*) ~ D Die Ministerverantwortlichkeit nach der Verfassung des deutschen

Reichs vom 11. August 1919, 1921; Kranich, 2012, S. 173 ~ B BArch, R 3001/71028 ~ Jüdische Kindheit, 2000, S. 183–187, 283 f.; Before the Holocaust. Three German-Jewish lives, 1870–1939, ed. a. transl. by Thomas Dunlap, 2011, S. 245–357.

510 Prager, Julius → I. 65

511 Prager, Konrad Wilhelm, Dr. jur. (Erlangen 1926; *Entziehung* 1939) ~ 1. 12. 1903 Fürth – 7. 1. 1968 Amsterdam; V: Justizrat Dr. → Julius P.; ⚭ (1936) Barbara Roßmann (* 1902 Schnaittenbach/Bezirksamt Amberg-Oberpfalz).

Seit 1929 Rechtsanwalt (Fürth) ~ 1933 Berufsverbot ~ Nov. 1935 Emigration (Prag; seit 1936 in Holland) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 1940/41 wegen *Rassenschande* – der Beziehung zu seiner Ehefrau – vorübergehend in Haft.

A 20. 1. 1938: Gestapo Nürnberg (Dr. Kießel) an Gestapa.

■ 18. 1./15. 2. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag am 25. Jan. *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 15./17. 3. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99.765; Hepp, Liste 99 (75; 76: *Ehefrau*: geb. Roßmann) ~ D Verrechnungsscheck und Girowesen, Nürnberg 1926; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 89 ~ B Weber, 2006, S. 289 („ev“).

512 Prager, Max, Dr. jur. (Heidelberg 1896; *Entziehung* 1941), Justizrat (1921) ~ 20. 5. 1872 Heilbronn – 6. 11. 1941 Chicago/USA.

Schüler von Lujo Brentano ~ seit 1898 Rechtsanwalt (München) ~ in Sozietät mit seinem *SchwV*: Theodor Loewenfeld (→ Philipp L.) ~ seit 10. 11. 1938 ca. 4 Wochen *Schutzhaft* (Dachau) ~ 1939 Emigration (via Schweiz in die USA) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 27. 11. 1940: Gestapo München (Schmüling) an RSHA.

■ 28.1./5.2.1941: RFSS/AA ~ 26./
28.2.1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99899; Hepp, Liste 220 (135; 136: S: Franz (* 1907; *Abwanderung*: 21.3.1935; *jetziger Aufenthalt*: Chicago; Assessor; Dr. jur. [München; *Entziehung* 1941]) ~ **D** Die Währungs- und Bankreform in den Vereinigten Staaten von Amerika. Im Auftrag des Vereins zum Schutze der deutschen Goldwährung, Berlin 1900; *Entziehung* (Moritz, 2001) nicht dokumentiert ~ Franz Prager, Schiedsrecht. Recht des privaten Schiedsverfahrens, München u. a. 1931; Harr-ecker, 2007, S. 341 ~ **B** Weber, 2006, S. 251.

513 Prasse, Herbert, Dr. jur. (Würzburg 1921; *Entziehung* 1940) ~ * 21.10.1894 Danzig – Auschwitz.

Rechtsanwalt (Berlin) ~ 1936 noch tätig ~ Wirtschaftsberater ~ Apr. 1936 Emigration (Rotterdam) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 4.9.1944 ab Westerbork nach Theresienstadt und von dort am 16.10.1944 nach Auschwitz deportiert.

A 21.7.1939: Gestapo Berlin (Rothmann) an Gestapo.

■ 16.9.1939: RFSS ~ 18./21.12.1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99829; Hepp, Liste 151 (133) ~ **D** Entwicklung und Bedeutung des Systems der Indexziffern in seinen Auswirkungen auf die Frage des gleitenden Lohnmaßes für deutsche Wirtschaftspolitik, 1921; Rupp, 2011, S. 195 f. ~ **B** BArch, R 3001/71142 ~ AoRB, ²2007, S. 241.

514 Preuß, Hans ~ 11.6.1900 Berlin – August 1978; ♂ 1926 (gesch. 1932) Dr. jur. (Würzburg 1919) Martha *Berta* Lehmann (* 1896 Berlin).

Rechtsanwalt (Berlin) ~ 5.5.1933 Berufsverbot ~ 31.12.1937 Emigration (San Francisco) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 30.10.1939: Gestapo Berlin (Dr. Zwade) an RSHA.

■ 21.12.1939/8.1.1940: RFSS/AA ~ 20./25.6.1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99863; Hepp, Liste 185 (91); eine spätere *Ausbürgerung* der geschiedenen *Ehefrau* (*Jüdin*, 1935 *unbekannt verzogen*) ist nicht dokumentiert; fehlt bei Ladwig-Winters, 2016 ~ **B** BArch, R 3001/71187 ~ AoRB, ²2007, S. 241.

515 Propp, Benno Moritz ~ * 20.1.1886 Königsberg/Pr.; ♂ *Margarete* Mathilde Levinsohn, gesch. Cohn (* 1883 Küstrin, ab Berlin am 19.2.1943 nach Auschwitz deportiert).

Seit 1913 Rechtsanwalt (Königsberg, Magisterstr. 1 [1934]) und seit 1924 Notar ~ 1935 als Notar entlassen ~ nach Ehrengerichtsverfahren 1936 in der Anwaltsliste gelöscht ~ seit 1937 als Kaufmann im Berliner Adressbuch nachweisbar ~ 1938 Emigration (Chicago) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 29.4.1940: Gestapo Berlin (Rothmann) an RSHA: *Die Ehefrau wohnt noch in Bln.-Wilmersdorf, Bregenzer Str. 1. Sie glaubt, im Juni d. Js. ihrem Ehemann nachreisen zu können. [...] Ich werde ihre Ausreise überwachen und die Erstreckung der Aberkennung auf sie nach erfolgter Auswanderung beantragen.*

■ 18./28.5.1940: RFSS/AA ~ 22./26.7.1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99872; Hepp, Liste 194 (152; 153: *K* ~ Die *Ausbürgerungsakte* enthält keine Hinweis zur Überwachung der Ehefrau, die ihrem Ehemann nicht mehr *nachreisen* konnte; sie hatte nach der Deportation ihren *gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland* und verlor damit wie alle zur Vernichtung ins Ausland deportierten *Juden* aufgrund der 11. VO z. RBürgG v. 25.11.1941 die deutsche Staatsbürgerschaft.) ~ **B** BArch, R 3001/71264.

R

516 Rabau, Alfred, Dr. jur. (Gießen 1922) ~ * 17. 6. 1896 Berlin – 10. 4. 1958 Tel-Ha-schomer, Israel; *B*: Dr. med. (Berlin 1924) Erwin R. (1899–1983).

Dekorierter *Frontkämpfer* ~ seit 1923 Rechtsanwalt beim Kammergericht und seit 1928 Notar ~ Zionist ~ Mitglied der Soncino-Gesellschaft ~ 1935 als Notar entlassen ~ 1938 Berufsverbot ~ 10. 11. 1938 Flucht nach Amsterdam ~ 1939 Emigration der Ehefrau und des Sohnes nach Amsterdam, von dort übersiedelte die Familie im März 1939 nach Palästina ~ Mai 1939 Rückkehr Rabaus in die Niederlande ~ Mai 1940 vom Einmarsch der deutschen Truppen „überrascht“ ~ 18. 6. 1940 von der Gestapo in Amsterdam „als Jude“ verhaftet, nach Kleve überführt und dort bis zum 16. 10. 1940 in Gefängnishaft ~ „nach Amsterdam zurückgebracht“ ~ seit Beginn der Judendeportationen 1942 wiederholt verhaftet, seit 1. 2. 1943 untergetaucht und Anschluss an den holländischen Widerstand (Freie Gruppen Amsterdam) ~ 1945 Rückkehr nach Palästina ~ Anwalt ~ Leiter der JRO in Israel.

A Die nach Palästina emigrierten Eltern Max Michael (* 1870) und Breindel Rabau geb. Glatz (* 1868) wurden mit Liste 127 (25./31. 7. 1939) ausgebürgert; mit ihrem Ausbürgerungsvorschlag hatte die Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) dem Gestapa am 16. 3. 1939 mitgeteilt: *Über Dr. jur. Alfred R. schwebt dort unter dem Aktenzeichen – II B 3 R 5420 – ein besonderer Vorgang*; eine spätere *Ausbürgerung* ist aber nicht dokumentiert; Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941.

Q PA/AA, R 99804 ~ **D** Reichsnotzins und bürgerliches Recht, Berlin 1922 ~ **B** BArch, R 3001/71419 ~ EAB, 78006 ~ BHdE II, 2, 1983, S. 733 (*B*: Ernst [sic] Mordechai R.); Walk,

1988; S. 305; AoRB, ²2007, S. 243; Bergemann, 2012, S. 298.

517 Rahmer, Erwin, Dr. jur. (Heidelberg 1909; *Entziehung* 1942) ~ * 22. 6. 1886 Berlin – 23. 11. 1983; ∞ (gesch.) Alice Kuttner (*V*: Geh. Sanitätsrat Dr. Arthur Kuttner, gest. 1939).

1913 Beamtenlaufbahn (Hilfsrichter) ~ Kriegsdienst ~ seit 1921 Rechtsanwalt und später auch Notar (Berlin) ~ seit 1923 Sekretär und Rechtsberater von Dr. Max → Fraenkel, seit 1930 Direktionssekretär der Deutschen Centralbodenkredit-Bank ~ Frühjahr 1933 Zurücknahme der Anwaltszulassung und zur Aufgabe seiner Tätigkeit für die Bank „gebeten“ ~ Juni 1933 auf Anraten von M. → Fraenkel Emigration (Paris) ~ Okt. 1939 – Nov. 1940 interniert (Camp Suzzoni bei Boghar, Algerien) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ 1942–1944 Tätigkeit als Buchhalter für das Amerikanische Rote Kreuz ~ nach dem Krieg Prokurist einer Holzhandlung in Algier-Saint Eugène ~ 1951 Wiedereinbürgerung ~ nach zeitweiser Übersiedlung nach London Anfang der 1960er Jahre Rückkehr nach Deutschland.

A 19. 2. 1941: Gestapo Berlin (Rothmann) an RSHA.

■ 4./12. 4. 1941: RFSS/AA ~ 23./27. 5. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99912; Hepp, Liste 234 (69; 70–71: *K*, 1939 nach England emigriert); die geschiedene Ehefrau wird im Ausbürgerungsantrag nicht genannt; mutmaßlich ebenfalls nach England emigriert; äusserte sie sich als „deutsche Jüdin“ 1948 dankbar über die Hilfe von Hinrich Wilhelm Kopf, der als Testamentsvollstrecker nach dem Tod ihres Vaters „alles aufs Beste für mich“ geregelt und später „auch sehr geholfen“ habe ~ **D** Der Anfechtungsanspruch im Grundbuchverkehr und seine Sicherungsmittel, Freienwalde a. O. 1909; Moritz, 2001, S. 559 ~ **B** BArch, R 3001/71492 ~ EAB, 72199 ~ AoRB, ²2007, S. 243 ~ Niedersächs. Juristen, 2003, S. 286–290 (J. Vortmann);

Teresa Nentwig, Hinrich Wilhelm Kopf und sein Wirken während der „Dritten Reiches“. Nachträge zu einer Debatte, in: Niedersächs. Jahrbuch für Landesgeschichte 88, 2016, S. 227–332, 244.

518 Rathe, Kurt Schimme Cheskel, Dr. jur. (Würzburg 1922; *Entziehung* 1939) ~ * 6. 10. 1892 Berlin – 24. 7. 1947 Frankfurt/M.; ⚭ Albertine Blanche Herman (* 1902 Berlin).

Rechtsanwalt (Berlin) ~ Sozialdemokrat ~ Anfang 1933 geschäftlich im Ausland ~ „kehrte nach der Uebernahme der Kanzlerschaft durch Hitler nicht mehr nach Deutschland zurueck, weil er sich wegen seiner politischen Vergangenheit für gefährdet hielt“ (Werner Wolff, 1905–2002, Rechtsanwalt) ~ Emigration (Paris) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ seit 1942 in der Schweiz ~ nach 1945 in Frankfurt am Main.

A 4. 3. 1939: Gestapo Berlin ([Herbert Müller] an Gestapa.

■ 6. 4./9. 5. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB London am 25. Apr. in einer Sammelerklärung *gegen die Ausbürgerung* [...] *keine Bedenken geltend gemacht* hatte) ~ 2./7. 6. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99792; Hepp, Liste 116 (125; 126: gesch. *Ehefrau*) ~ **D** Die Beschränkungen des Arbeitgebers in der freien Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten, 1922; Rupp, 2011, S. 196 ~ **B** BArch, R 3001/71585 ~ SwissA, Dossier 1942–1959 [sic] ~ EAB, Entschädigungsakte 1958 an Entschädigungsbehörde Wiesbaden (Reg.Präs.) abgegeben ~ AoRB, 2007, S. 143.

519 Rau, Meinhold, Justizrat ~ 6. 11. 1865 München – 9. 12. 1941 Chedworth/Gloucestershire (England); ⚭ Julie Oberndörffer (1871–1957).

Seit 1892 Rechtsanwalt (München) ~ 1938 Berufsverbot ~ 1939 Emigration (England) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 15. 12. 1940: Gestapo München (Schimmel) an RSHA.

■ 6./16. 4. 1940: RFSS/AA ~ 21./25. 5. 1940: RMdI/DRA ~ 4. 3. 1942: Eidg. Politisches Departement, Abteilung für fremde Interessen (Bern) an DG Bern: „Im Nachgang zur diesseitigen Verbalnote vom 4. Februar d. J., mit welcher das Ableben des Meinhold Israel Rau bekanntgegeben wurde, beehrt sich das Eidgenössische Politische Departement [...] in der Anlage die [von der Sonderabteilung der Schweizerischen Gesandtschaft in London] beglaubigte Todesurkunde [Meinhold Rau, Barrister] und den Reisepass des Verstorbenen zu übermitteln.

Das Departement darf es der Gesandtschaft überlassen, die Weiterleitung der Beilagen an die zuständige Deutsche Behörde vorzunehmen.“ ~ 22. 3. 1942: AA (Dr. Herbert Müller) an RSHA: Übersendung des am 5. 6. 1940 abgelaufenen Reisepasses und der Sterbeurkunde unter Bezugnahme auf die *erfolgte Ausbürgerung des RAU*.

Q PA/AA, R 99856; Hepp, Liste 177 (103; 104: *Ehefrau*) ~ **B** Weber, 2006, S. 252.

520 Rawitzki, Karl (Carl) David, Dr. jur. (Leipzig 1903; *Entziehung* 1940) ~ 21. 10. 1879 Thorn/Westpreußen – 18. 4. 1963 Bochum ; ⚭ *Emilie* Florentine Berta Schultze (1884–1963).

Seit 1907 Rechtsanwalt (Bochum) ~ seit 1914 Kriegsdienst; kurze Zeit Legationsrat an der Deutschen Botschaft in Warschau, Rechtsanwalt in Berlin ~ seit Anfang 1919 wieder Rechtsanwalt und später auch Notar in Bochum ~ Sozietät mit Oskar → Koppel ~ seit 1919 Stadtverordneter (SPD) ~ 1921 aus der jüd. Gemeinde ausgetreten (diss. oder konvertiert) ~ 1921–1926 Mitglied des Preußischen Staatsrats ~ März 1933 Übersiedlung nach Berlin ~ als Notar entlassen ~ 12. 7. 1933 Berufsverbot wegen Betätigung *in kommunistischem Sinne* ~ 1937–1939 im Berliner Adressbuch genannt, 1937 mit dem Zusatz „Rechtsanwalt i. R.“ ~ berichtete unter einem Decknamen für die Schweizer Depeschagentur über deutsche Kirchenverhältnisse ~ 1939 mit

Hilfe der Quäker Flucht nach England ~ nach Auflösung des Haushalts folgte die Ehefrau ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1944 wegen Unterstützung der Freien Deutschen Bewegung in Großbritannien aus der SPD ausgeschlossen ~ Rückkehr ~ 8. 11. 1949 Wiedereinbürgerung durch den Regierungspräsidenten Arnsberg ~ wieder als Rechtsanwalt (Bochum) zugelassen und zum Notar ernannt ~ 1950 auf Antrag wieder in die Jüdische Gemeinde Bochum aufgenommen ~ 1952–1962 erneut Stadtverordneter (SPD) ~ 1959 BVK I. Kl. ~ 1962 Ehrenbürger der Stadt Bochum.

A 29. 3. 1940: Gestapo Berlin (Dr. Zwade) an RSHA.

■ 14./28. 5. 1940: RFSS/AA ~ 9./13. 7. 1940: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99867; Hepp, Liste 189 (88; 89: *Ehefrau*) ~ D Das vorbehaltene Rücktrittsrecht im Gemeinen Recht und im Bürgerlichen Gesetzbuch, Borna-Leipzig 1903; Henne, 2007, S. 115; Lang, 2014, S. 657/Anm. 125 ~ B BHdE I, 1980, S. 587; Zeit ohne Recht, 2002, S. 27–29 (H. Schneider), 159–165 (A. Löw/H. Schneider); Lilla, 2005, S. 129/Nr. 1.336; Hubert Schneider, Dr. Carl Rawitzki (1879–1963), der vergessene Ehrenbürger der Stadt Bochum, in: Bochumer Zeitpunkte. Beiträge zur Stadtgeschichte, Heimatkunde und Denkmalpflege Nr. 30 (2013), S. 34–57 (unter Benutzung der Personalakte: StA NRW Münster, Landgericht Bochum 19609); ders., Leben nach dem Überleben: Juden in Bochum nach 1945, Berlin 2014, S. 291–299.

521 Rechnitz, Ernst, Dr. jur. (Breslau 1906; *Entziehung*) ~ * 15. 11. 1882 Ratibor – 6. 9. 1952 Santiago de Chile; ⚭ Liesbeth Kaliski (1895–1970 Santiago de Chile).

Frontkämpfer (verwundet) ~ 1919–1922 Amtsgerichtsrat (Beuthen) ~ 1922–1939 Verwaltungsdirektor und Syndikus der Jüd. Gemeinde Breslau ~ Rechtsanwalt (Breslau, nicht Mitglied des DAV [1932: Kirschallee 33; 1934 und 1937: Wölflstr. 2; lt. Adressbuch 1935: „Amtsg. Rat a. D.“]) ~ Schriftleiter des Breslauer Jüdischen Gemeindeblatts ~ Vorsitzender der Ortsgrup-

pe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten ~ Logenmitglied (B'nai B'rith) ~ förderte die Gründung des Jüdischen Museums Breslau 1928 ~ nach Veröffentlichung des Artikels „Ich suche meine Brüder“ von Albert Rosenthal im „Jüdischen Gemeindeblatt“ (Nr. 7, Juli 1933) zunächst in *Schutzhaft* (KZ Dürrgoy) ~ wegen *Verbreitung von Greuelnachrichten* im Nov. 1933 von einem Sondergericht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt ~ nach Entlassung aufgrund einer Amnestie 1934 mutmaßlich kurzzeitig erneut in *Schutzhaft* ~ 11. 11.–23. 12. 1938 *Schutzhaft* (Sachsenhausen) ~ 1939 Emigration (Chile) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 30. 11. 1939: Gestapo Breslau (Dr. Knab) an RSHA.

■ 20. 12. 1939/5. 1. 1940: RFSS/AA ~ 15./21. 5. 1940: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99854; Hepp, Liste 176 (102: 103–105: *Ehefrau* u. K) ~ D Anweisung und Inhaberpapier in ihren Wirkungen, Borna-Leipzig 1906; Depromotion nicht dokumentiert ~ B LBI, AR 419: Rechnitz Family Collection, 1799–1957 ~ BHdE I, 1980, S. 588; Hoppe, 2001, S. 372; Willy Cohn, Kein Recht, nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933–1941, Bd. 1, hg. v. Norbert Conrads, Köln [u. a.] 2007, S. 63 u. 103; Friedla, 2015, 145; Anja Schnabel, Bleiben in Breslau. Jüdische Selbstbehauptung und Sinnsuche in den Tagebüchern Willy Cohns 1933 bis 1941, Berlin-Brandenburg 2018, S. 260, 271.

522 Regensteiner, Ludwig, Dr. jur. (Erlangen 1914; *Entziehung* 1938) ~ 9. 9. 1889 Augsburg – 28. 6. 1974 Cranston, Rhode Island/USA; ⚭ Alice Nathan (1899–1994 Cranston).

Dekorierter Frontkämpfer (Offizier ~ seit 1920 Rechtsanwalt (München) ~ Sozius von Max → Hirschberg, Philipp → Loewenfeld und Dr. Elisabeth Kohn ~ (März) 1933 „im Polizeipräsidium misshandelt und beschimpft“ (Göppinger) ~ 1937 Zulassungsverzicht und Emigration (USA) ~ 1938 *Ausbürgerung*.

A 16.2.1938: Gestapo München (Beutel) an Gestapa.

■ 7.7./14.8.1938: RFSS/AA (nachdem die DB Washington am 1. Aug. *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 18./21.10.1938: RMdI/DRA ~ 2.11.1938: RMfWEV an LMU betr. Aberkennung der Doktorwürde; die Nachprüfung der Universität ergab, dass nur ein gleichnamiger, vier Jahre jüngere *jüdischer Staatswirt* 1920 promoviert worden war. Eine entsprechende Mitteilung des Dekans an das Ministerium blieb unbeantwortet: „Der Ausschuss nahm daher von der Aberkennung des Titels im Fall [des tatsächlich nicht ausgebürgerten] Regensteiner Abstand, ohne weiter nachzuforschen.“ (Harrecker)

Q PA/AA, R 997312; Hepp, Liste 75 (43; 127–130: *Ehefrau* u. K) ~ D Der Schutz des Urhebers eines literarischen Werkes gegen Bearbeitung seines Werkes nach deutschem Recht und nach der revidierten Berner Konvention, Augsburg 1913; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 89; Harrecker, 2007, S. 85 ~ B BArch, R 3001/71721 ~ Göppinger, ²1990, S. 49; Weber, 2006, S. 252; www.datenmatrix.de/projekte/hdbg/spuren_suche/content/pop-up-biografien-nathan_alice.htm (16.4.2020).

523 Rehfisch, Hans J[oseph/osé], Dr. jur. et rer. pol. (Würzburg 1916; *Entziehung* 1939) ~ 10.4.1891 Berlin – 9.6.1960 Schuls (Graubünden, Schweiz); ♂ I. 1917 Lilli Stadthagen (* 1891 Berlin, nach Inhaftierung im Untersuchungsgefängnis Nürnberg am 29.11.1941 nach Riga-Jungfernhof, Außenlager Ghetto Riga deportiert), II. 1942 Antonie Wald (gest. 1973).

1914–1918 Kriegsteilnehmer ~ seit 1921 Rechtsanwalt (Berlin) ~ erfolgreicher Bühnenautor und 1931–1933 Vorsitzender des Verbandes deutscher Bühnenschriftsteller ~ 1924 Uraufführung der Tragikomödie „Wer weint um Juckenack?“ ~ 1933 Berufsverbot als Anwalt ~ aufgrund einer Verwechslung mit E. Piscator kurzzeitig in *Schutzhaft* ~ 15.4.1933 Flucht „mit einem Koffer“ nach Wien ~ seit 1936 in England

~ 1937 im *Verzeichnis jüdischer Verfasser juristischer Schriften* erfasst ~ 1938/39 an der Gründung des Freien Deutschen Kulturbundes (London) beteiligt ~ nach Austritt aus dem kommunistisch dominierten FDKB Mitgründer und Mitvorsitzender des Clubs 1943, einer kulturellen Vereinigung deutschsprachiger Emigranten in London ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 1944 Herausgeber der Anthologie „In Tyrannos“ ~ 1946 Übersiedlung in die USA (New York) ~ 1950 Rückkehr (Hamburg, später München) ~ Aufführungen des antimilitaristischen Heimkehrerstücks „Oberst Chabert“ (1955) in West- und Ostdeutschland ~ Pseudonyme: Georg Turner, René Kestner, Sydney Phillips, H. G. Tennyson Holm, Ulrich von Hutten ~ BVK I. Kl. (1956).

A 9.3.1939: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 6.4./22.5.1939: RFSS/AA (nachdem die DB London am 11. Mai *Bedenken nicht geltend gemacht* hatte) ~ 14./16.6.1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99795; Hepp, Liste 118 (109; 110f.: K) ~ D Die rechtliche Natur der Enteignung, Berlin 1916; Rupp, 2011, S. 197 ~ E DNB, EB 95/208 ~ U. von Hutten and the humanists, in: Hans J. Rehfisch (Hg.), *In tyrannos: four centuries of struggle against tyranny in Germany. A symposium, London 1943* (Presented by the Club 1943), S. 1–32; Should and could we return to Germany, in: *The future of Jews. A symposium*. Ed. by J. J. Lynx, London 1945, S. 152–168 ~ B AdK Berlin, Nachlass und Nachlassbibliothek; Übersicht über die von der Deutschen Akademie der Künste betreuten Schriftstellernachlässe, Berlin 1962, S. 132–144 ~ BArch, R 3001/71737 ~ EAB, 29540 ~ BHdE II, 2, 1983, S. 948; NDB 21, 2003, S. 280f. (Daniel Fulda); AoRB, ²2007, S. 243 f.; Klee, 2007, S. 476; Bergemann, 2012, S. 238f. ~ Charmian Brinson [u.a.], *Politics by other means. The Free German League of Culture in London 1939–1946*, London 2010.

524 Reich, Hans Georg, Dr. jur. (Breslau 1926; *Entziehung* 1940) ~ * 26. 3. 1903 Breslau; ♂ Cäcilie Ball (* 1909 Samter/Posen).

Rechtsanwalt (Breslau) ~ Emigration (Valparaiso/Chile) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 25. 12. 1939: RSHA (Jagusch) an RMdI.

■ 25. 12. 1939/8. 1. 1940: RFSS (Jagusch)/AA ~ 20./25. 6. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99863; Hepp, Liste 185 (92; 93: *Ehefrau*, irrtüml. * Saunter) ~ D Die Anfechtung eines bei der Zwangsversteigerung eines Grundstücks abgegebenen Gebotes wegen Irrtums oder arglistiger Täuschung, Breslau 1925; Kranich, 2012, S. 173 ~ B BArch, R 3001/71755.

Renner-Cohn, Alfred Werner → Cohn-Renner, A.

525 Rheinstrom, Heinrich → I. 66

526 Roeder (früher Rosenberg), Rudolf ~ * 26. 5. 1881 Breslau.

Frontkämpfer (E.K. II) ~ seit 1919 Rechtsanwalt und Notar (Königswusterhausen, Karlstr. 27 [1934]) ~ 1919/20 DNVP ~ 1935 als Notar entlassen ~ *Judenrechtsanwalt* („Der Stürmer“: „Der Bankdirektor und die DAF“, Dez. 1935, Leserbrief) ~ 1936 Emigration (Brasilien) ~ auf Veranlassung des Vizepräsidenten des Kammergerichts, Julius Spankus, Zulassung zurückgenommen und am 12. 1. 1937 in der Anwaltsliste gelöscht ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 29. 1. 1938: Gestapo Potsdam (Dr. Hoffmann) an Gestapa.

■ 3. 8./15. 9. 1938: RFSS/AA (nachdem die DB Rio de Janeiro, v. Levetzow, am 31. Aug. *ausenpolitische Bedenken gegen die Ausbürgerung [des Juden]* nicht geltend gemacht hatte) ~ 22./25. 5. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99789; Hepp, Liste 113 (86) ~ B BArch, R 3001/72503.

527 Roetter, Friedrich → I. 67

528 Röttgen, Felix, Dr. (Gießen 1922; *Entziehung* 1939) ~ * 12. 3. 1897 Wattenscheid – Aug. 1966; ♂ Elisabeth Herz (* 1908 Bochum).

Dekorierter *Frontkämpfer* (schwerkriegsbeschädigt) ~ seit 1924 Rechtsanwalt und seit 1930 Notar (Wattenscheid) ~ Mitglied der DDP/Staatspartei und des CV ~ März 1933 „im Zuge einer Rufmordkampagne gegen ihn und den Wattenscheider Oberbürgermeister [Dr. Paul] Überhorst vorübergehend festgenommen“ ~ 22. 9. 1933 als Notar entlassen ~ März 1938 auf eigenen Antrag in der Anwaltsliste gelöscht und Emigration (USA) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ nach Kriegsende zur Vermögens- und Finanzregulierung für einige Tage nach Deutschland zurückgekehrt.

A 21. 11. 1938: Gestapo Dortmund (Dr. Hasselberg) an Gestapa.

■ 4. 1./10. 3. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB Washington am 8. Febr. *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 30. 3./5. 4. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99771; Hepp, Liste 104 (96; 97: *Ehefrau*) ~ D Der doppelseitige Irrtum im Motiv, 1922; Chroust, 2006, S. 94 f. ~ B BArch, R 3001/72992 ~ „Zeit ohne Recht“, 2002, S. 166 (H. Schneider); <https://gw.geneanet.org>, Family Tree owner: Peter Friedmann (6. 7. 2020).

529 Röttgen, Hermann ~ 2. 12. 1884 Wattenscheid – 4. 10. 1958 Essen; ♂ Lilli Meyer (* 1900 Bielefeld – 18. 10. 1944 Auschwitz).

Seit 1919 Rechtsanwalt und seit 1926 Notar (Bochum) ~ in Sozietät mit Siegmund → Schoenewald ~ 1933 als Notar entlassen ~ Ende 1933 bei Aufrechterhaltung der Zulassung in Bochum Übersiedlung nach Berlin ~ Geschäftsführer einer Metallwarenfabrik ~ 1937 Emigration (Holland) ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ 1940–1945 untergetaucht ~ nach 1945 Rechtsanwalt (Essen).

A 30. 8. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 10./31. 10. 1938: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag am 20. Okt. *aus außenpolitischen Gründen keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 21./24. 11. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99741; Hepp, Liste 81 (15; 50–51: *Ehefrau* u. *K*) ~ **B** Schröter, 1980, S. 693; „Zeit ohne Recht“, 2002, S. 167 (A. Löw/H. Schneider); die Ehe wurde geschieden; L. Röttgen geb. Meyer, die in Amsterdam eine Pension betrieb, und am 10. 9. 1942 in 2. Ehe Joel Kamp geheiratet hatte, wurde Opfer der Judenverfolgung; <https://www.joodsmonument.nl/en/page/179507/lilli-kamp-meyer> (13. 7. 2017)

530 Rose, Ludwig, Dr. jur. (Würzburg 1923; *Entziehung* 1940) ~ 2. 8. 1894 Hannover – 23. 3. 1964 Hannover; ♂ Thea Sichel (* 1902 Hannover).

Rechtsanwalt (Hannover) ~ 1937 Emigration (Italien; Montivideo/Uruguay) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 22. 4. 1939: Gestapo Hannover an Gestapa.

■ 5. 5./11. 7. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Montevideo, der *Nachteiliges über die Familie nicht bekannt* geworden war, am 16. Juni *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 31. 7./3. 8. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99805; Hepp, Liste 128 (94; 95–97: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Das Staatshaupt in der Republik unter Berücksichtigung der Vereinigten Staaten, Frankreichs, der Schweiz und des Deutschen Reiches, 1923; Rupp, 2011, S. 201 f. ~ **B** AoRD, 2007, S. 125.

531 Rosenbaum, Leopold, Dr. jur. (Breslau 1914; *Entziehung* 1940) ~ * 2. 12. 1889 Kempen/Posen; ♂ Else Hamburger verw. Weiß (* 1900 Berlinchen).

Frontkämpfer ~ seit 1928 Rechtsanwalt (Breslau, Gartenstr. 19 [1937]) ~ 1938 Berufsverbot ~ Emigration ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 18. 5. 1940: RSHA (Engelmann) an RMdI.

■ 18./28. 5. 1940: RSHA/AA ~ 15./20. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99869; Hepp, Liste 191 (136; 137 f.: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Der Einfluß der nachfolgenden Unmöglichkeit auf die Alternativobligation, Berlin 1914; Kranich, 2012, S. 173 ~ **B** BAArch, R 3001/72743.

532 Rosenbaum, Walter → I. 68

533 Rosenberg, Ernst Ludwig, Dr. jur. (Heidelberg 1904; *Entziehung* 1940), Justizrat ~ * 21. 3. 1867 Giessen/Lahn; ♂ Elsa Bettina Wertheim (* 1875 Frankfurt/M.).

Rechtsanwalt und Notar (Gießen, Aliencenstr. 10 [1934]) ~ 1939 Emigration (Melbourne/Australien) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 27. 12. 1939: RSHA (Jagusch) an RMdI.

■ 27. 12. 1939/3. 1. 1940: RFSS/AA ~ 11./15. 4. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99847; Hepp, Liste 169 (95; 96: *Ehefrau*) ~ **D** Nicht ermittelt; Moritz, 2001, S. 560.

534 Rosenberg, Nathan → I. 69

535 Rosenberg, Otto Nathan, Dr. jur. (Würzburg 1913; *Entziehung* 1940) ~ 6. 1. 1890 Fürth – 1. 10. 1978 Arlington, VA/USA; ♂ Lilly Arnstein (* 1904 Fürth).

Dekorierter *Frontkämpfer* (Offizier; verwundet) ~ seit 1920 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ Wirtschaftsprüfer (1931) ~ Syndikus ~ Nov. 1938 Emigration (via Schweiz und Haiti in die USA) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 20. 7. 1940: RSHA (Engelmann) an RMdI.

■ 20./30. 7. 1940: RFSS/AA ~ 14./17. 10. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99883; Hepp, Liste 204 (105; 106–108: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Das Sonderfundrecht des

Bürgerlichen Gesetzbuches mit Berücksichtigung des Eisenbahnfundes, Borna-Leipzig 1913; Rupp, 2011, S. 202 ~ B BArch, R 3001/72767 ~ Deutscher Wirtschaftsführer, 1929, Sp. 1862; Weber, 2006, S. 290.

536 Rosenblatt, Heinrich, Dr. jur. (1923 Erlangen; *Entziehung* 1940), Dr. rer. pol. (Erlangen 1924; *Entziehung* 1940) ~ 23. 9. 1898 Nürnberg – Sept. 1968 Washington, D.C./USA; ♂ Grete Marx (* 1907 Solingen-Ohligs).

Frontkämpfer ~ seit 1927 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ 1933 „auf Betreiben der RAK Nürnberg“ Berufsverbot wegen „kommunistischer Betätigung“ ~ 4. 11. 1938 Emigration (Holland, USA) ~ 1939 *Steuersteckbrief* und *Ausbürgerung*.

A 15. 4. 1939: Gestapo Düsseldorf (Friedrich) an Gestapa.

■ 10./24. 6. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag am 16. Juni *aus außenpolitischen Gründen* ihrerseits *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 25./31. 7. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99804; Hepp, Liste 127 (111; 112 f.: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Kapitalserhöhungen. De lege lata und de lege ferenda, 1923; Mertens/Fekeitsch-Weber, 2010, S. 90 ~ Die Konsumgenossenschaft Nürnberg-Fürth im Kriege und nach dem Kriege, [1924]; Wyss, 2000, S. 21 ~ **B** Weber, 2006, S. 290.

537 Rosenfeld, Kurt → I. 70

538 Rosenfelder, Albert → I. 71

539 Rosenfelder, Fritz, Dr. jur. (Heidelberg 1923) ~ 20. 6. 1894 München – 31. 12. 1945 Genf; ♂ Käthe Henriette Hirsch (1903 Karlsruhe – 1942 Auschwitz).

Frontkämpfer ~ seit 1923 Rechtsanwalt (Karlsruhe, Kaiserstr. 136 [1934]) – Sozius von Dr. Wilhelm Frey bis zu dessen Tod 1931 ~ seit 1936 Leiter der Zweigstelle Baden des „Hilfsvereins der Juden in Deutschland“ ~ seit Anfang 1937 in Paris ~

die Ehefrau, mit einer Passsperre für Frankreich belegt, konnte mit ihrer Tochter erst im Frühjahr 1938 nach Frankreich emigrieren ~ bei Kriegsbeginn 1939 als feindlicher Ausländer kurzzeitig interniert ~ seit Mai 1940 erneut interniert (Gurs; Les Milles) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ während die Ehefrau, die sich in Erwartung der geplanten Ausreise in die USA mit der Tochter in Allauch bei Marseille aufhielt, nach ihrer Festnahme bei einer Razzia gegen ausländische Juden am 26. 8. 1942 festgenommen und deportiert wurde, gelang es Rosenfelder, seine Tochter Edith zu retten und mit ihr zu fliehen ~ von Fischern in Thonon-les-Bains am Lac Lemman illegal in die Schweiz gebracht.

A 22. 4. 1941: RSHA an RMdI: *Ausbürgerung von Juden im besetzten Gebiet Frankreichs*.

■ 22./30. 4. 1941: RFSS/AA (Todenhöfer) ~ 9./13. 6. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99633a; Hepp, Liste 236 (412; 413 f.: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Die Steuerhinterziehung der Reichsabgabenordnung und ihre Erscheinungsformen. Ein Beitrag zur Geschichte des heutigen Steuerstrafrechts; 1923; *Entziehung* nicht dokumentiert ~ **B** BArch, R 3001/72792 ~ SwissA, je 1 Dossier F u. Edith Rosenfelder 1942–1946 ~ DNB/DEA, Nachl. ~ Schiller, 1997, S. 470; Monica Waitzfelder [Tochter von E. Rosenfelder], „L'Oréal a pris ma maison. Les secrets d'une spoliation, Paris 2004; Gedenkbuch für die Karlsruher Juden (online): Käthe Henriette Rosenfelder (Hildegard Roller, November 2013), Zugriff: 2. 12. 2018.

540 Rosenthal, Alfred Alexander, Dr. jur. (Bonn 1904; *Entziehung* 1939) ~ 13. 2. 1875 Moers; ♂ Vera Maria Alexandrine Wanda Freiin von Grotthuß (* 1910 Berlin-Wilmersdorf).

Rechtsanwalt (Berlin) ~ veröff. u. a. „Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Kommentar, 9. Aufl. 1969, bearb. v. E[rnst] Leffmann (1909) und „Kulturgeschichtliche Betrachtungen für Weltleute“ (1932) ~ Juni 1933 Emigration (Niederlande) ~

1934 *Steuersteckbrief* ~ 31. 12. 1938 *Verbot* von „Nietzsches europäisches Rasse-Problem“ ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 1940 weitere Emigration (Mar del Plata, Argentinien).

A 21. 11. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapo.

■ 11./28. 1. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag am 19. Jan. *aus außenpolitischen Gründen keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 15./17. 3. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99765; Hepp, Liste 99 (77; 78: *Ehefrau*) ~ **D** Die Abnahmepflicht des Gläubigers nach dem bürgerlichen Gesetzbuch, Bonn 1904 ~ **E** u. a. Kein dritter Weltkrieg. Die Kunst des Staatsmannes in der bevorstehenden Friedensepoche unter Berücksichtigung der übereinstimmenden Weisheitsprüche von Goethe, Emerson, Nietzsche, New York: Verlag Friedrich Krause 1945; Der Weg aus dem weltpolitischen Chaos. Der Existenzkampf der Deutschen und der Juden, Buenos Aires 1949 ~ **B** EAB, 78032 (DS 2036) ~ Sternfeld/Tiedemann, 1970, S. 425 f.; Göppinger, ²1990, S. 174 u. 312; AoRB, ²2007, S. 248.

541 Rosenthal, Alfred, Dr. (Marburg 1921; *Entziehung* 1939) ~ 23. 6. 1896 Kassel – 13. 7. 1952 Adelaide/Australien; ☉ Florence Wallach (* 1901 Essen; *V*: Justizrat Dr. Siegfried Wallach (1867–1933)).

Seit 1926 Rechtsanwalt und seit 1932 Notar (Essen) ~ assoziiert mit seinem Schwiegervater ~ 1935 als Notar entlassen ~ 19. 4. 1937 verhaftet (Logenmitgliedschaft) ~ Okt. 1937 Emigration (Australien) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 1. 3. 1939: Gestapo Düsseldorf (Friedrich) an Gestapo.

■ 20. 3./15. 4. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Bern *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 8./10. 5. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, 99785; Hepp, Liste 110 (94; 95: *Ehefrau*) ~ **D** Die Gewerbepolizei, Entwicklung und heutiger Begriff, 1921; Lemberg, 2002, S. 49 (irrt.: 1912) ~ **B** Schröter, 1980, S. 699, 759; Schmalhausen, 2006, S. 98.

542 Rosenthal, Karl Samuel (Carl), Dr. jur. (Würzburg 1903; *Entziehung* 1940), Justizrat (1928) ~ 7. 7. 1879 Nürnberg – 21. 1. 1970 Washington, D.C./USA; ☉ Claire Buschhoff (1889 – Nov. 1938).

Seit 1906 Rechtsanwalt, zunächst in der Kanzlei seines Onkels Ignaz Freudenthal (Würzburg) ~ dekoriertes *Frontkämpfer* (Offizier) ~ Mitglied der DDP, der Deutschen Friedensgesellschaft und des RjF ~ Freimaurer ~ Vorsitzender des CV-Ortsvereins ~ 1933 Durchsuchung der Wohnung und der Kanzlei ~ 1935 mehrere Wochen in *Schutzhaft* ~ Nov. 1938 *Schutzhaft* (Buchenwald, nach Suizid der Ehefrau entlassen) ~ 1939 Emigration zu seinen Kindern (Schweiz), später in die USA ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1952 Rückkehr und Wiederezulassung (bis 1954), aber bereits 1953 in die USA zurückgekehrt ~ auf seine Bitte um Überlassung einer Abschrift des Doktordiploms für seine Kinder und Enkelkinder übersandte die Rechts- u. Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Würzburg anlässlich des sechzigjährigen Doktorjubiläums eine Ehrenurkunde ~ beigesetzt in Würzburg.

A 28. 11. 1939: Gestapo Würzburg (Bauermann) an RSHA.

■ 15./24. 12. 1939: RFSS/AA ~ 15./21. 5. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99854; Hepp, Liste 176 (120; 121–123: *K*) ~ **D** Die Sachlegitimation, München 1903; Rupp, 2011, S. 203 f. (Akten der Polizeidirektion Würzburg [Nr. 257] und der Gestapostelle Würzburg [Nr. 11141]: StA Würzburg) ~ **B** Weber, 2006, S. 217, 199 (Abb. 31: Dr. Karl Rosenthal im Juli 1950 vor der Ruine seines Würzburger Hauses).

543 Rosenthal, Ludwig ~ * 13. 3. 1905 Schneidemühl.

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ 1933 als Notar entlassen ~ Febr. 1938 Emigration (Rotterdam) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 22.2.1939: Gestapo Berlin ([Herbert Müller]) an Gestapa.

■ 4./30.4.1939: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag am 24. Apr. *aus außenpolitischen Gründen keine Bedenken* geltend gemacht und hinsichtlich *einer einheitlichen Bearbeitung der Ausbürgerungsanträge* hinzugefügt hatte: *Der vorliegende Ausbürgerungsantrag ist vom Reichsführer SS [...] nicht der Gesandtschaft, sondern dem Deutschen Konsulat in Rotterdam zugeleitet worden. Da kürzlich auch ein Ausbürgerungsantrag unmittelbar dem Generalkonsulat Amsterdam zugegangen ist, wäre ich im Interesse einer einheitlichen Bearbeitung der Ausbürgerungsanträge dankbar, wenn der Reichsführer SS gebeten werden könnte, die Anträge im Sinne des Runderlasses vom 31. Oktober 1937 – 83–76 Allgem. 20/10 – in Zukunft ausschließlich der Gesandtschaft zuzuleiten.* Mit der abschriftlich dem RFSS übermittelten Zustimmung des Amts zur Ausbürgerung *des Juden Ludwig Rosenthal* bat Hinrichs jedoch lediglich, *alle Ausbürgerungsanträge für China an die deutsche Botschaft in Shanghai zu richten.* ~ 22./25.5.1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99769; Hepp, Liste 113 (84) ~ **B** BArch, R 3001/72837 ~ AoRB, ²2007, S. 249.

544 Rosenthal, Max, Dr. jur. (Marburg 1910; *Entziehung* 1939) ~ *9.1.1887 Limburg/Lahn – 12.11.1970 New York; Ⓞ Elisabeth Bockmann (*1897 Worms).

Seit 1914 Rechtsanwalt und seit 1924 Notar (Frankfurt a. M.) ~ 1933 als Notar entlassen ~ 1934 Emigration (Italien) ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ 1940 in Haft (Mailand; KZ Ferramonte) ~ im gleichen Jahr Emigration in die USA ~ Versicherungsagent ~ amerikanischer Staatsbürger.

A 15.3.1938: Gestapo Frankfurt a. M. (Ringshausen) an Gestapa.

■ 15.6./31.8.1938: RFSS/AA (nachdem die DB Rom, gleichzeitig unterrichtet, am 6. Aug. auf den mit der *Erledigung der erforderlichen Erhebungen* verbundenen Zeitauf-

wand von *voraussichtlich mehr als 2 Wochen* verwiesen und am 19. Aug. *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 24./26.9.1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99721; Hepp, Liste 71 (44; 87 f.: *Ebefrau* u. T) ~ **D** Das eigene Verschulden des Beschädigten und die Verteilung des Schadens nach § 284 BGB, Limburg a. d. L. 1910; Lemberg, 2002, S. 48 ~ **B** BArch, R 3001/72841 ~ Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 182 (Entschädigungsakte: HHStA Wiesbaden: 518/10892).

545 Rosenthal, Richard, Dr. jur. (Bonn 1910; *Entziehung* 1938) ~ 21.9.1886 Duisburg – 1.7.1957 Teaneck, New Jersey/USA; Ⓞ Marie Neumark (*1897 Hannover).

Seit 1913 Rechtsanwalt und später auch Notar (Duisburg) ~ dekoriertes *Frontkämpfer* (Offizier) ~ Mitglied der SPD, des Republikanischen Klubs und der Liga für Menschenrechte und im CV ~ Frühjahr 1933 Hetze in der Duisburger „National-Zeitung“ gegen jüdische Anwälte, insbesondere gegen R. Rosenthal ~ mehrere Wochen in *Schutzhaft*, danach vorübergehend Zuflucht bei Verwandten in Münster ~ als Notar entlassen ~ Juli 1933 Emigration (Belgien) ~ 1934 auf eigenen Antrag aus der Anwaltsliste gelöscht ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ 1940 Flucht nach Südfrankreich ~ 1946 Weiterwanderung in die USA.

A 10.6.1937: Gestapo Düsseldorf an Gestapa.

■ 27.4./14.6.1938: RFSS/AA (nachdem die DG Brüssel am 1. Juni *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 4./7.7.1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99707; Hepp, Liste 55 (22; 55–58: *Ebefrau* u. K) ~ **D** Die Abtretung zukünftiger Rechte, Berlin/Leipzig 1910; Borchard, 1999, S. 19 ~ **B** BArch, R 3001/72843 ~ von Roden, 2 (1986), S. 1001–1003 u. 1277 f. (Rita Vogedes); Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 252 f.; Mauss, 2013, S. 436–442 (Gestapoakte: LAV NRW R, RW 58 Nr. 3966).

546 Rosentreter, Isaac ~ 17.1.1883 Gollantsch, Krs. Wongrowitz – 17.4.1956 New York; ⚭ Leonie Therese geb. Fränkel, gesch. Altmann, gesch. Simon (* 1897 Charlottenburg).

Seit 1912 Rechtsanwalt (Posen, seit 1920 Berlin) und (seit 1921) Notar ~ *Frontkämpfer* (Unteroffizier) ~ Sozietät mit Justizrat Leo Lachmann (1865–1936) ~ 1935 als Notar entlassen ~ 1937 Emigration (Frankreich, Argentinien) ~ auf eigenen Antrag am 23.4.1937 in der Rechtsanwaltsliste gelöscht ~ 1937 *Steuersteckbrief* ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 1947 argentinische Staatsbürgerschaft.

A 21.11.1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 20.12.1938/6.2.1939: RFSS/AA (nachdem die DB Rom [v. Mackensen] am 19. Jan. *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 9./11.3.1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, 99762; Hepp, Liste 97 (77; 98: *Ehefrau*) ~ **B** BArch, R 3001/72849 ~ EAB, 71157 ~ AoRB, ²2007, S. 250, 202 (L. Lachmann).

547 Roth, Kurt, Dr. jur. (Rostock 1903, *Entziehung*) ~ * 23.1.1881 Goczalkowitz, Krs. Pleß; ⚭ Cäcilie Schwarz (* 1884 Beuthen, O/S).

Rechtsanwalt und Notar (Beuthen) ~ 1937 noch als Rechtsanwalt beim Landgericht Beuthen zugelassen ~ 1939 Emigration (Brasilien) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 9.5.1940: RFSS (Engelmann) an RMdI.

■ 9./24.5.1940: RFSS/AA ~ 27./29.8.1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99878; Hepp, Liste 199 (129; 130 f.: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Das Rückgriffsrecht des Bürgen, Breslau 1903; Hartwig, 2010, S. 329 ~ **B** BArch, R 3001/72922 ~ Beuthen: www.adressbuecher.genealogy.net

548 Rothschild, Leo ~ * 7.11.1878 Konstanz/Bodensee; ⚭ Hedwig Moos (* 20.9.1888 Konstanz; *Jüdin*).

Rechtsanwalt (Konstanz, Sigismundstr. 15 [1937]) ~ Juli 1938 Emigration (Tulsa, Oklahoma/USA) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 14.5.1941: Gestapo Karlsruhe (Wössner) an RSHA.

■ 23.6.1941: RFSS/AA ~ 4./6.8.1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99919; Hepp, Liste 248 (145; 146 f.: *Ehefrau* u. *K*) ~ **B** SwissA: 1 Dossier Leopold Rothschild (1931–2001; Schweizerische Kreditanstalt), jedoch ohne Geburtsdatum, und 1 Dossier Else Tillmanns (1953), ebenfalls ohne Geburtsdatum, daher nicht zweifelsfrei zuzuordnen.

549 Rothstein, Fritz, Dr. jur. (Breslau 1921; *Entziehung* 1939) ~ 27.4.1896 Berlin – 1.10.1944 Auschwitz; ⚭ Ilse Lemke.

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ 1935 als Notar entlassen ~ 1937 Emigration (Amsterdam) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ verhaftet ~ ab Westerbork am 26.2.1944 nach Theresienstadt und von dort am 29.9.1944 nach Auschwitz deportiert.

A 19.10.1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 21.11./2.12.1938: RFSS/AA (nachdem die DG Bern am 1. Dez. gegen die *Ausbürgerung des Juden* [...] *aus außenpolitischen Gründen keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 16./18.1.1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99751; Hepp, Liste 87 (62) ~ **D** Der Spieleinwand beim Kassageschäft, 1921; Kranich, 2012, S. 174 ~ **B** BArch, R 3001/72982 ~ EAB, 24492 (DS 2032) ~ AoRB, ²2007, S. 251.

550 Rubensohn, Friedrich → I. 72

551 Rudnicki (später Rudyard), Max, Dr. jur. (Jena 1910; *Entziehung*) ~ * 3.6.1887 Erfurt – 1971 Lyon; *M*: Elise geb. Spiegelberg (1863–1942 Theresienstadt, Ghetto); ⚭ 1914 Helene Dressel (1891–1955).

Dekorierter Frontkämpfer (Offizier) ~ Rechtsanwalt (Erfurt, Schlösserstr. ⚭ [1937]) und (bis 1935) Notar ~ persön-

lich haftender Gesellschafter der Erfurter Samenzuchtfirma Adler & Co ~ beim Novemberpogrom 1938 in Erfurt schwer misshandelt ~ 10. 11.–8. 12. 1938 *Schutzhaft* (Buchenwald) ~ 1939 Emigration (Sheffield, England) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 19. 6. 1939: Gestapo Erfurt (Hüttig) an Gestapa.

■ 12. 7./22. 8. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB London am 8. Aug. *Bedenken nicht geltend gemacht* hatte) ~ 6./8. 11. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99822 u. R 99884 (Ausbürgerung der 1935 bzw. 1938 nach England bzw. in die Schweiz emigrierten Kinder; nur 1 Blatt mit der

Aufschrift: *Rudnicki Fritz Israel* [u.] *Ella Sara (Vater Max Israel 130. L[iste]; Hepp, Liste 144 (134; 135: Ehefrau), Liste 205 (24./28. 10. 1940; 96 f.: K) ~ D Der nicht rechtskräftige Verein, Erfurt 1910 ~ B BArch, R 3001/73068 ~ SwissA, 1 Dossier Helene Rudnicki geb. Dressel (1930–2001) ~ „Sie schlugen mich blind!“ Auszüge aus der bisher unveröffentlichten Autobiographie von Dr. Max Rudnicki, I. Teil: Von Erfurt nach Buchenwald; II. Teil: Haft im KZ Buchenwald; 3. Teil: Sie schlugen mich blind!, bearb. v. Edita Koch u. Peter Fisch, in: *Exil* 35 (2016), 2, S. 4–20 u. 36 (2017), 1, S. 73–92 u. 2, S. 54–64 ~ Wolf, Bd. 2 (2002); Novemberpogrom 1938 in Erfurt, 2014, S. 66 f.*

552 Rukser, Udo → I. 73

S

553 Saalfeld, Bernhard Hermann, Dr. jur. (Greifswald 1919; *Entziehung* 1940) ~

* 28. 11. 1890 Berlin – 15. 12. 1955.

Kriegsfreiwilliger (Offizier) ~ Rechtsanwalt (Berlin) ~ Sozietät mit Kurt Rother (* 1893, 1933 in die USA emigriert) ~ 1923–31. 10. 1935 Syndikus der Commerz- und Privatbank, Berlin ~ Dez. 1935 Emigration (Den Haag) ~ 5. 5. 1937 Zulassung bei dem Landgericht Berlin durch den Kammergerichtspräsidenten zurückgenommen, „weil Sie Ihren Wohnsitz in Berlin aufgegeben haben“ ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ Beschlagnahme und Versteigerung des bei der Fa. A. Schäfer (Berlin) lagernden Umzugsguts ~ juristischer Berater (Amsterdam) ~ bis zu seinem Tod Mitarbeiter der Zeitschrift „De Natuur Geneeswijze“.

A 17. 4. 1940: Gestapo Berlin (Rothmann) an RSHA.

■ 17./28. 5. 1940: RFSS/AA ~ 7./12. 8. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99874; Hepp, Liste 196 (137); die Mutter Isabella *Eveline* S. geb. Emanuel (* 1870 Aachen) war bereits 1939 (Hepp, Liste 119, 96) ausgebürgert worden; der ebenfalls emigrierte Bruder Dr. rer.pol. Kurt Saalfeld verlor aufgrund

der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941 die deutsche Staatsangehörigkeit ~ **D** Der Verzicht von Einzelpersonen im öffentlichen Recht, Greifswald 1919 ~ **B** BArch, R 3001/73251 ~ EAB, 73315 (darin: Auszug aus der OFP-Akte) ~ WGA Datenbank ~ AoRB ²2007, S. 252.

554 Saalfeld, Siegfried (gen. Fredy) ~ * 14. 3. 1905 Mannheim.

Seit 1931 Rechtsanwalt (Limburg/Lahn) ~ 1933 Berufsverbot und 1933 Emigration (Paris) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 18. 4. 1941: Gestapo Frankfurt/M. (Dr. Vollbrecht) an RSHA:

► *Hat sich im Ausland deutschfeindlich betätigt, indem er zusammen mit dem jüdischen Emigranten Julius Lichtenstein abfällige Presseberichte über das deutsche Reich verfasste.*

■ 7./12. 7. 1941: RFSS/AA ~ 3./6. 9. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99923; Hepp, Liste 254 (80) ~ **B** BArch, R 3001/73253 ~ Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 184 ~ Julius Lichtenstein (* 1895), Richter, ausgebürgert mit Liste 20 (1937; PA/AA, R 99671) veröffentlichte Beiträge über NS-Recht und gelangte 1941 mit Notvisum

in die USA; BHdE I, 1980, S. 443; Bergemann/Ladwig-Winters, 2004, S. 243.

555 Sachs, Rudolf ~ * 2. 10. 1902 Berlin – 18. 6. 1978; ⚭ 1940 Charlotte Niclas.

Seit 1930 Rechtsanwalt (Berlin) ~ assoziiert mit Dr. jur. Oscar Cohn (1869–1934; 1912–1920 M.d.R., SPD/USPD; 1921–1924 M.d.L./Preußen; SPD) ~ 12./17. 6. 1933 Berufsverbot ~ Verschleuderung der Bibliothek ~ 19. 6. 1933 Emigration (via Kopenhagen nach Paris) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 1939 in der Nähe von Orleans interniert ~ seit 20. 5. 1940 Prestataire ~ 15. 6. 1940 Flucht in den unbesetzten Teil Frankreichs (Journet) ~ seit 27. 9. 1940 erneut interniert (Arbeitslager St. Antoine bei Albi, dann Lager Les Milles bei Marseille) ~ 6. 5. 1941 nach Entlassung zusammen mit der Ehefrau Ausreise mit dem vor Martinique von Engländern gekaperten und nach Trinidad verbrachten französischen Dampfer Winnipeg ~ nach 10 Tagen Weiterreise in die USA (New York).

A 16. 8. 1939: RFSS (Jagusch) an RMdI.

■ 16. 8. 1939: RFSS ~ 21./24. 11. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99826; Hepp, Liste 148 (95; 94: M) ~ **B** BAArch, R 3001/73278 ~ EAB, 79053 ~ AoRB, 2007, S. 252; M.d.R., 31994, S. 79/ Nr. 223: O. Cohn.

556 Salier, Georg, Dr. jur. (Rostock 1903; *Entziehung* 1939) ~ 3. 12. 1877 Berlin – 1971 USA; ⚭ Friederike Alexander (* 1884 Hannover).

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ 1935 Entlassung als Notar ~ Grundstücks- und Hausverkauf, Versteigerung mehrerer Ölgemälde, sonstiger Wertsachen und eines Teils der Wohnungseinrichtung ~ 1936 Emigration (Amsterdam) ~ *Steuersteckbrief* ~ 22. 1. 1937 Aufrechnungsverfügung des Finanzamts Hansa Berlin in Höhe von 40.023,95 RM ~ 25. 3. 1937 Zurückweisung des Einspruchs gegen die Reichsfluchtsteuerfestsetzung durch das Finanzamt

Hansa Berlin ~ 16. 9. 1937 Pfändung ausstehender Honorare aus Zivilprozessen ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ am 25. 11. 1938 bittet Dr. Walter Katz (Rudolf → Katz) seinen Klienten, eine Förderung eigener Auswanderungspläne – aber auch der 1943 ebenfalls nach Auschwitz deportierten Büroangestellten Dorothea Schram – durch das Comité für Jüdische Flüchtlinge in Amsterdam zu erkunden und den übersandten Antrag dort zu unterstützen ~ 3. 12. 1938 vom LG Berlin wegen Steuerflucht zu 6 Monaten Gefängnis und 30.000,- RM Geldstrafe verurteilt ~ 1939 Visum für die USA, nachdem der Sohn Felix, bereits in die USA ausgewandert, den „zustaendigen Kongressmann Dr. Chandler“ für eine Intervention beim amerikanischen Konsulat in Amsterdam hatte gewinnen können ~ 9. 7. 1939 Abreise aus Amsterdam ~ Hühnerfarmer in Vineland, N.J. (USA).

A 21. 1. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 13. 6. 1938: Ausbürgerungsantrag des RFSS (Lischka; auf Antrag des Gestapa v. 26. Apr.) an RMdI, Durchschriften an das AA und die DG Bern; über die Zustimmung des DK Genf durch den RFSS unterrichtet, bat das Amt (Klaiber) am 30. Juli das Konsulat, *künftig nicht unmittelbar an den Reichsführer SS pp. zu schreiben, sondern an das A.A. zu berichten.* – Vgl. den Runderlaß vom 8. 3. d. J. Nr. 83–76 Allg. 8/3. Nachdem das DK Genf (v. Trützschler) am 10. Aug. auch gegenüber dem Amt *keine Bedenken* geltend gemacht hatte, stimmte Heinrich der Ausbürgerung am 31. 8. 1938 zu ~ 22./23. 9. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99723; Hepp, Liste 69 (48; 103–105: *Ehefrau u. K*) ~ **D** Verkauf von Bäumen auf dem Stamm unter besonderer Berücksichtigung der §§ 865, 956 B.G.B. und des gemeinen Rechts, Berlin 1903; Hartwig, 2010, S. 329 ~ **B** EAB, 73058; bei dem von G. Salier erwähnten Senator handelt es sich um Albert Benjamin (Happy) Chandler (1898–1991), www.bioguide.congress.gov/scripts/biodisplay.pl?index=000290.

557 **Samuelsdorff, Erich**, Dr. jur. et rer. pol. (Würzburg 1913; *Entziehung* 1938) ~ 6. 8. 1883 Wattenscheid – 6. 8. 1954 Hamm; Ⓞ Rosa Ganz (1894–1980 Tel Aviv).

Dekorierter Frontkämpfer (Offizier) ~ Rechtsanwalt und Notar (Hamm) ~ Kunstsammlung (Worpsweder Malerschule, u. a. Max Schulze-Sölde; Porträt R. Samuelsdorff von Paul Bürck) ~ 1935 Reise nach Palästina, dort Zusammenreffen mit seinem bereits 1933 ausgewanderten, früheren Kollegen Dr. jur. Karl Lebenstein (1906–1960) ~ nach Rückkehr Notverkauf der wertvollen Wohnungseinrichtung ~ Verkauf des Hauses am Ostring 4; aus dem („fairen“) Erlös Zahlung der Reichsfluchtsteuer ~ 1936 Emigration (Palästina) ~ Mitnahme u. a. nur weniger Bücher, einiger Bilder von Heinrich Vogeler und Otto Modersohn (wertvolle antiquarisch erworbene Möbel und das Gemälde „Arbeiterköpfe“ von M. Schulze-Sölde wurden mutmaßlich im Haus der Schwester im Nov. 1938 geplündert) ~ Vermögenstransfer durch Kauf von Forderungen der Fa. Siemens & Schuckert gegen palästinensische Schuldner ~ Einrichtung einer Vier-Zimmer-Wohnung in Tel Aviv mit aus Deutschland bestellten Möbeln ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ 1953 Deutschland-Reise ~ 1954 Rückkehr, zunächst ohne seine Ehefrau ~ mit Hilfe eines früheren Kollegen, der ihm ein möbliertes Zimmer vermietete, Bemühungen um Anerkennung als NS-Verfolgter und den Wiederaufbau einer Praxis ~ Verschlechterung des Gesundheitszustandes, bedingt auch durch die Situation, „zum dritten Mal in seinem Leben von vorn anzufangen“ ~ beigesetzt auf dem Jüdischen Friedhof in Hamm: „Er hielt seinem Vaterland auch in einer Zeit die Treue, als ihm diese Treue nicht gehalten wurde.“ (Anwaltverein Hamm, Nachruf).

A 9. 10. 1937: Gestapo Dortmund an Gestapa.

■ 3. 1./28. 1. 1938: RFSS/AA (nachdem das DGK Jerusalem am 20. Jan. *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 26./28. 3. 1938: RuPrMdl/DRA.

Q PA/AA, R 99687; Hepp, Liste 39 (20; 35–39: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Macht die übermäßige Vermehrung der Kaliwerke eine Abänderung des Reichskaligesetzes erforderlich?, Wattenscheid 1913; Rupp, 2011, S. 205 ~ Die Notwendigkeit einer Abänderung des Reichskaligesetzes, Essen [1914] ~ **B** BAArch, R 3001/73396 ~ LA NRW, Abt. Westf., QN 355 ~ Brand, 1991, S. 129–136, 216–220, 278–284, 304 f.; Kißener/Roth, 2017, S. 111; Finzel, 2018, S. 99 f. ~ *S*: Paul Otto, * 1923, kehrte 1953 nach Deutschland zurück, studierte Slavistik an der Universität Köln und wurde dort 1962 promoviert; www.phil-fak.uni-koeln.de: „Goldene Promotion für Dr. Paul Otto Samuelsdorff. 50 Jahre Computerlinguistik 25 Jahre Sprachliche Informationsverarbeitung“; Utz Maas, *Verfolgung und Auswanderung deutschsprachiger Sprachforscher 1933–1945*: <https://zflprojekte.de/sprachforscher-im-exil/index.php/catalog> (17. 4. 2020).

558 **Samulon, Julius**, Dr. jur. (Königsberg/Pr. 1923; *Entziehung*) ~ * 16. 11. 1897 Osterode/Ostpr.; Ⓞ Else Philipp (* 1891 Bärwalde/Pommern).

Rechtsanwalt (Senftenberg; Bahnhofstr. 19 [1937]) ~ 1938 Emigration (Nymwegen/Holland) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 22. 6. 1939: Gestapo Frankfurt/Oder an Gestapa.

■ 8./26. 7. 1939: RFSS/AA ~ 24./28. 8. 1939: RMdl/DRA.

Q PA/AA, R 99810; Hepp, Liste 133 (116; 117: *Ehefrau*) ~ **D** Die Übernahme der Staatsschulden und des Staatseigentums durch Frankreich und Polen nach dem Friedensvertrage von Versailles, 1923 ~ **B** BAArch, R 3001/73398.

559 **Sandak** (ursprünglich Abrahamsohn), *Alfred* Walter, Dr. jur. (Freiburg i. Br. 1906; *Entziehung* 1940) ~ * 17. 8. 1879 Berlin.

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ 1926 Versteigerung seiner Sammlung „Ostasiati-

sche Kunst“ im Kunstsalon Paul Cassirer ~ 1933 als Notar entlassen ~ Nov. 1935 Emigration ~ 1935/36 Versteigerung von mindestens 8 Gemälden durch das Auktionshaus Dr. Walter Achenbach ~ 1940

Ausbürgerung.

A 12. 2. 1940: Gestapo Berlin (Dr. Zwade) an RSHA.

■ 6./20. 3. 1940: RFSS/AA ~ 25./27. 4. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99849; Hepp, Liste 171 (145) ~ D A. Abrahamsohn, Die Rechte des Dritteigentümers bei unrechtmäßiger Mobiliar-Zwangsvollstreckung wegen einer Geldforderung nach geltendem Recht, Berlin 1906; Speck, 2014, S. 106 ~ B „Ostasiatische Kunst: Sammlung Dr. Alfred Sandak; deutscher Museums- und anderer Besitz; Versteigerung: 8. Dezember 1926; Auktionsleitung: Paul Cassirer und Hugo Helbing, Berlin 1926; Maecenas, 1930; Versteigerungen 1935/36: Lost Art Nr. 796 (09. 11. 1935; genannt werden dort 8 Gemälde; die Aufstellung scheint unvollständig, da offenbar spätere Versteigerungstermine nicht berücksichtigt wurden; vgl. LAB, A Rep. 243–04 Nr. 8: 17. 1. u. 28. 2. 1936: www.landesarchiv.berlin.de/phb-bestand/arep243-04-pdf) ~ EAB, 78433 (Antrag v. 6. 10. 1952 betr. Königstadt AG für Grundstücke und Industrie zurückgenommen; kein „eigener Antrag“ registriert) ~ AoRB, 2007, S. 254; Rosenthal, 2011, S. 103 (Foto).

560 Sandelowski, Max, Dr. jur. (Königsberg 1925; *Entziehung* 1941) ~ * 8. 5. 1893 Goldap; ⚭ Irene Rahel Jelski (* 1903 Danzig).

Rechtsanwalt (Tilsit, Hohe Str. 47/48 [1937]) ~ Dez. 1939 Emigration (USA) ~ 1940 *Ausbürgerung.*

A 31. 7. 1940: Gestapo Tilsit (Ilges) an RSHA.

■ 20./31. 8. 1940: RFSS/AA ~ 2./4. 10. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99881; Hepp, Liste 202 (104; 105 f.: *Ehefrau* u. K) ~ D KvK: nicht ermittelt; Dokumentation der *Entziehungen* (www.archiv.uni-leipzig.de/geschichte/reichsanzeiger; aufgerufen: 12. 6. 2019); Depromotion durch die

Medizinische Fakultät der Universität Königsberg [sic] ~ B BArch, R 3001/73401 ~ Gedenkbuch Judenverfolgung: „wohnhaft in Tilsit; Todesort: Kaunas (Kowno)“; *Ehefrau* u. K nicht verzeichnet.

561 Schaefer, Josef, Dr. jur. (Erlangen 1904; *Entziehung* 1941) ~ 3. 4. 1881 Nikolai, Krs. Kattowitz, O/S – 29. 3. 1968 Jerusalem; ⚭ 1919 Alice Buttermilch (1893–1974).

Seit 1909 Rechtsanwalt und Notar (Königshütte; nach der Abtretung Ostoberschlesiens seit 1922 in Hindenburg, Dorotheenstr. 2 [1937]) ~ Vorsitzender des Oberschlesischen Synagogengemeinden-Verbandes und seit 1933 der Jüdischen Gemeinde Hindenburg ~ 1940 Emigration (Shanghai) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ Mitbegründer der „Association of Central-European Attorneys-at-Law in Shanghai“ ~ 1947 Weiterwanderung nach Palästina.

A 20. 11. 1940: Gestapo Kattowitz (Dr. Riedel) an RSHA.

■ 16./20. 12. 1940: RFSS/AA ~ 11./15. 1. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99895; Hepp, Liste 216 (122; 123–125: *Ehefrau* u. K) ~ D Vergleich zwischen Sachbesitz und Erbschaftsbesitz unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung, Greifswald 1904; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 90 ~ B BArch, R 3001/73605 ~ www.data.synagoge-eisleben.de/gen/fg04/fg04_422.html (Dr. jur. Josef Schaefer & A. Buttermilch; Zugriff: 12. 6. 2019).

562 Schaul, Hans ~ 13. 12. 1905 Hohensalza/Posen – 10. 5. 1988 Berlin; ⚭ I. Ruth Rewald (1906–1942 Auschwitz; Kinderbuchautorin: „Müllerstraße: Jungens von heute“, 1932); II. (1948) Dora verw. Benjamin geb. Davidsohn (1913–1999).

Seit 1932 Rechtsanwalt (Berlin) ~ 1933 Berufsverbot ~ Emigration (Frankreich) ~ 1936–1938 in Spanien: Angehöriger der Internationalen Brigaden (Offizier), seit 1937 Mitglied der (spanischen) KP ~ 1939 wieder in Frankreich, Eintritt in die KPD ~

nach Kriegsbeginn interniert, zuletzt in Nordafrika ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ seit 1944 in der UdSSR ~ 1948 Rückkehr (SBZ/DDR) ~ nicht wieder als Anwalt tätig ~ Journalist (1956–1972 Abteilungsleiter im ZK d. SED und Chefredakteur der SED-Monatszeitschrift „Die Einheit“).

A 18. 1. 1940: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an RSHA.

■ 1./12. 4. 1940: RFSS/AA ~ 24./29. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99873; Hepp, Liste 195 (104; 105: 1. *Ehefrau*; die 1937 in Paris geborene Tochter Anja wurde am 7. 4. 1944 aus dem Kinderheim Izieu-Ain nach Drancy verschleppt und von dort ebenfalls nach Auschwitz deportiert) ~ **E** Ruth Rewald: Janko, der Junge aus Mexiko, Strasbourg 1934 ~ **B** BArch, R 3001/73782 u. Nachlass ~ EAB, 266438 ~ BHdE I, 1980, S. 641; Karin Hartewig, Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln [u. a.] 2000; AoRB, ²2007, S. 256; Bergemann, 2012, S. 249 f.; www.antisemitismus.NET/shoah/schaul.html ~ R. Rewald: Nachlass: BArch, Berlin; NDB 21, 2003, S. 479 (Dirk Krüger) ~ Dora Schaul (Hg.), Résistance. Erinnerungen deutscher Antifaschisten, Berlin ³1985 (1973, hg. v. Inst. f. Marxismus-Leninismus beim ZK d. SED); Nachlass: BArch, SAPMO; www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personen.

563 Schendel, Kurt, Dr. jur. (Würzburg 1927; *Entziehung* (1941)) ~ * 7. 2. 1904 Berlin – 27. 5. 1972; ☉ 1941 in Paris Helene Neuger (* 1908 Frankfurt/M.; *Ausbürgerung* nicht dokumentiert).

Rechtsanwalt (Berlin) ~ assoziiert mit Dr. Heinz Rosenthal (* 1903) ~ 1933 Berufsverbot ~ 1935 Emigration (Rotterdam, weiter nach Paris) ~ Gründung eines später enteigneten Geschäfts für Fußartikel en Gros ~ nach Ausweisung aus Paris zeitweise Rückkehr nach Holland ~ 1939 erneut in Paris und nach Kriegsausbruch zeitweise interniert ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ seit Ende Mai 1942 bis zur Befreiung von Paris Mitarbeiter der Union Générale des Israélites de France, seit Mitte 1943 Leiter

der Verbindungsstelle zu den deutschen Behörden: „d. h. der einzige Jude, der Anträge oder Interventionen bei deutschen Behörden geltend machen konnte“ ~ *Sternträger* ~ Ende Dez. 1945 Rückerstattung seiner Firma ~ vom Vorwurf der Kollaboration Ende 1946 durch ein Ehrengericht freigesprochen ~ französischer Staatsbürger ~ 1952 Rückkehr mit dem Ziel einer Zulassung als Rechtsanwalt in Frankfurt am Main erwogen.

A 22. 4. 1941: RSHA an RMdI: *Ausbürgerung von Juden im besetzten Gebiet Frankreichs*.

■ 22./30. 4. 1941: RFSS/AA (Todenhöfer) ~ 9./14. 6. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99913; Hepp, Liste 237 (74) ~ **D** Die natürlichen Verbindlichkeiten im Bürgerlichen Gesetzbuch, Charlottenburg (1927); Rupp, 2011, S. 205 f. ~ **B** BArch, R 3001/73889 ~ EAB, 75038 ~ AoRB, ²2007, S. 256, 249 (H. Rosenthal).

564 Scherbel, Hans Isaak, Dr. jur. (Hamburg 1925; *Entziehung* 1939) ~

* 11. 12. 1900 Hamburg, lebte 1977 in Rotterdam; ☉ Irma Auguste Zechlinksi (* 1900 Hamburg).

Rechtsanwalt (Hamburg) ~ 1933 Berufsverbot ~ kaufmännische Tätigkeit (Häutehandel) ~ Nov. 1937 Emigration (Prag), seit März 1938 in den Niederlanden ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ seit März 1940 in Norwegen, von dort im Nov. 1942 Flucht nach Schweden (Stockholm) ~ nach Kriegsende wieder im Häutehandel tätig und 1957 Übersiedlung nach Rotterdam.

A 2. 6. 1938: Gestapo Hamburg (Blomberg) an Gestapo.

■ 11. 8./15. 9. 1938: RFSS/AA (Hinrichs, nachdem die DG Prag am 2. Sept. *keine Bedenken* geltend gemacht hatte: *Falls nach dortiger Auffassung die Ausbürgerung des Juden Dr. Hans Isaak Scherbel allein auf Grund seiner früheren Zugehörigkeit zur „Steinthal-Loge“ begründet ist, stimme ich der*

Ausbürgerung und der vorgeschlagenen Erstreckung [...] zu.) ~ 25./28. 1. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99755; Hepp, Liste 90 (106; 107–109: *Ehefrau u. K*) ~ **D** Irrtum, Täuschung und Drohung im Verwaltungsrecht, 1925; Hering, 1991, S. 1504 (irrtüml. Scherbell) ~ **B** Morisse, 2013, S. 170.

565 Scheuer, Manfred, Dr. jur. (Tübingen 1920) ~ 8. 8. 1893 Heilbronn – 1987;
 ⚭ Sophie Landsberger (* 1897 Heilbronn).

Dekorierter *Frontkämpfer* (Unteroffizier; schwerkriegsbeschädigt) ~ Rechtsanwalt (Heilbronn) ~ assoziiert mit Dr. Siegfried Gumbel (1874–1942 KZ Dachau) und Camill Koch ~ Vorsitzender der Zionistischen Vereinigung Deutschlands in Württemberg ~ 16. 2. 1938 mit einer ersten Gruppe von 74 Siedlern – überwiegend aus Rexingen – Auswanderung nach Palästina ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 1. Bürgermeister der genossenschaftlichen Siedlung Shavei Zion, die Altbundespräsident Theodor Heuss 1961 besuchte.

A 29. 9. 1938: Gestapo Stuttgart (Schröder) an Gestapa.

■ 11. 12. 1938/28. 1. 1939: RFSS/AA (nachdem das DGK Jerusalem am 29. 12. 1938 *keine Bedenken* gegen die *Ausbürgerung des Juden [...] und seiner Familienangehörigen* geltend gemacht hatte) ~ 15./17. 2. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99756; Hepp, Liste 93 (76; 77–80: *Ehefrau u. K*) ~ **D** Die Geschäftsführung ohne Auftrag als Unrechtsausschlussgrund, 1920; Wischnath, 2010, S. 1019: Der Doktorgrad wurde nicht entzogen, „weil die Identität des Betroffenen dem Rektor [im Gegensatz zur Fakultät] nicht völlig zweifelsfrei gesichert schien, und das Kultusministerium die Rückfrage der Universität unbeantwortet ließ.“ ~ **B** BArch, R 3001/73961 ~ Vom Rechtsanwalt zum Landwirt, in: Franke, 2009/2011, S. 252 f. ~ Marx, 1965, S. 209; Heinz Högerle, „Hilfeschreie telegrafisch um Zertifikate – und man kann so wenig tun!“ Das Novemberpogrom 1938 erlebt von Dr. Manfred Scheuer in Shavei Zion,

in: Gedenkstätten-Rundschau (Synagoge Baisingen [u. a.]) Nr. 1 v. Okt. 2008, S. 12 f.: www.gedenkstaettenverbund-gna.org/images (19. 6. 2019) ~ Zu Shavei Zion vgl. Leopold Marx, *Mein Sohn Erich Jehoshua. Sein Lebensweg aus Briefen und Tagebüchern*. Mit einem Nachwort v. Werner P. Heyd, Gerlingen 1996, S. 96; 326; Tagebuch, Ortschronik, Protokollbuch, Album: vgl. Carsten Kohlmann, *Das Archiv der Gemeinde Shavei Zion in Israel – Archivgeschichte, Beständestruktur, Ausstellungsplanung*, Marburg a. d. Lahn: Institut für Archivwissenschaft 2008: www.landearchiv-bw.de (19. 6. 2019).

566 Scheye, Kurt, Dr. jur. (Breslau 1910; *Entziehung* 1941) ~ * 11. 9. 1884 Breslau;
 ⚭ Else Sonnenfeld (* 1887 Breslau).

Rechtsanwalt (Breslau, Ring 19 [1937]) ~ 1933 Emigration (Jugoslawien) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 17. 5. 1940: Gestapo Breslau (Schmidt) an RSHA.

■ 26. 8./2. 9. 1940: RFSS/AA ~ 12./15. 10. 1940: RMdI/DRA

Q PA/AA, R 90882; Hepp, Liste 203 (110; 111 f.: *Ehefrau u. K*) ~ **D** Das Tragen der Gefahr durch den Schuldner und ihr Übergang auf den Gläubiger, Breslau 1910; Kranich, 2012, S. 174 ~ **B** BArch, R 3001/73985.

567 Scheyer, Ernst → I. 74

568 Schick, Bruno ~* 8. 8. 1894 Znin, Krs. Bromberg.

Rechtsanwalt (Hohenstein, Ostpr.) ~ Emigration (Rumänien) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 31. 8. 1939: Gestapo Allenstein an Gestapa.

■ 8. 10./9. 11. 1939: RFSS/AA (nachdem der RMdI am 6. Nov. *um gefällige Mitteilung* gebeten hatte, *ob der Ausbürgerung des Juden Bruno Schick zugestimmt wird*) ~ 25./30. 1. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99832; Hepp, Liste 154 (159).

569 Schick, Erich ~ * 31. 3. 1898 Znim, Krs. Bromberg.

1916–1918 Kriegsdienst ~ seit 1925 Rechtsanwalt (Zwickau, Nordstr. 2A [1934]) ~ infolge Aufgabe der Zulassung am 18./19. 11. 1935 in der Anwaltsliste gelöscht ~ 1937 Emigration (von *Berlin-Wilmersdorf, Güntzelstr. 62b. Kirsch* nach Amsterdam, unter Hinterlassung von *Steuerschulden* ~ 1940 *Ausbürgerung*).

A 22. 7. 1940: RSHA (Engelmann) an RMdI.

■ 22. 7. 1940: RFSS (Engelmann)/AA ~ 12./9. 9. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99879; Hepp, Liste 200 (100) ~ **B** BArch, R 3001/73989.

570 Schindler, Ernst ~ * 3. 11. 1882 Tost-Gleiwitz, O/S; Ⓞ Lillie Wolf (* 1889 Oranienburg/Krs. Niederbarnim).

Rechtsanwalt (Cottbus) ~ 8. 12. 1938 „Das Schwarze Korps“: *im Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftierter jüdischer Verbrecher* („Sonderaufnahmen Dr. [Lore] Weskamp“) ~ 1939 Emigration (Chile) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 7. 9. 1939: Gestapo Frankfurt/Oder (Bach) an Gestapa.

■ 6./10. 11. 1939: RFSS/AA ~ 13./20. 3. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99841; Hepp, 163 (115; 116: *Ehefrau: Wolk*) ~ **B** BArch, R 3001/74116 ~ „Sonderaufnahmen Dr. Weskamp“: „Jud bleibt Jud, und Verbrecher bleibt Verbrecher“ (gesperrt): „Jude Ernst Schindler, Rechtsanwalt aus Cottbus“ ~ List of Jewish residents of Cottbus: www.jewishgen.org.

571 Schindler, Martin ~ * 10. 3. 1881 Myslowitz, Ost-Oberschl.; Ⓞ Else Danziger (* 1887 Hindenburg [Zabrzel], O/S).

Rechtsanwalt (Hindenburg, Dorotheenstr. 6 [1937]) ~ Sept. 1938 Emigration (Palästina) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 1. 4. 1940: Gestapo Hindenburg (Wyrwich) an Gestapo Oppeln:

► *Auf Grund hiesiger Aufzeichnungen war Sch. bis zur Auflösung Mitglied der SPD. Gleichzeitig steht er im Verdacht der marxistischen Umtriebe, da er mit dem ehemaligen SPD.-Polizeipräsidenten [Waldemar] Ossowski [* 1880 Bobreck, O/S] aus Oppeln, der sich im Ausland aufhält und dem bereits die deutsche Reichsangehörigkeit [Liste 14 v. 27./28. 4. 1937] abgesprochen wurde, in Verbindung stand.*

■ 5./14. 6. 1940: RFSS/AA ~ 24./29. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA; R 99873; Hepp, Liste 195 (107; 108 f.: *Ehefrau u. K*) ~ **B** BArch, R 3001/74124.

572 Schleicher, Hugo, Dr. jur. (Freiburg i. Br. 1922; *Entziehung* 1941) ~ * 23. 4. 1894 Nonnenweier – 1972; Ⓞ Ruth Weinberg (* 1904 Lauterbach).

Frontkämpfer (Kriegsfreiwilliger; Offizier) ~ Rechtsanwalt (Offenburg/Baden) ~ seit 1924 1. Vorsitzender der CV-Ortsgruppe ~ 19. 3. 1937 im Namen der Jüdischen Gemeinde Gengenbach Einreichen einer (erfolglosen) Beschwerde beim Bezirksamt Offenburg über einen Händler, der sich geweigert hatte, Waren an Juden abzugeben ~ 9./10. 11. 1938 Überfall und Festnahme, bis Dez. in *Schutzhaft* (Dachau) ~ Berufsverbot ~ 12. 5. 1939 Zwangsverkauf von Wertsachen an das Städtische Leihamt Offenburg ~ Aug. 1939 Emigration (via Schweiz und Frankreich nach Glasgow, Schottland; seit Mai 1940 in New York, USA) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 21. 5. 1940: Gestapo Karlsruhe (Dr. Faber) an RSHA.

■ 3./14. 8. 1940: RFSS/AA ~ 12./15. 10. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99882; Hepp, Liste 203 (116; 117 f.: *Ehefrau* (irrtüml.: Rudi) u. K) ~ **D** Die Erpressung im geltenden Reichsrecht mit bes. Berücksichtigung des rechtswidrigen Vermögensvorteils, 1922; Speck, 2014, S. 110 ~

B BArch, R 3001/74195 ~ Kähni, 1969, S. 111/ Nr. 255; Ruch, 1995, S. 349, 358 u. 368 f.; Schiller, 1997, S. 471; Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*. Erster Band: Die Jahre der Verfolgung 1933–1939. Aus dem Englischen übersetzt von Martin Pfeiffer, München 1998, S. 252 f. (Darstellung der Beschwerde anhand von „Unterlagen betr. Entrechtung der Juden in Baden 1933–1939, ED-303, IfZ München); Borgstedt, 2012, S. 322/Anm. 366; Ruch, 2013, S. 205.

573 Schlesinger, Erich, Dr. jur. (Köln 1924; *Entziehung* 1940) ~ 7. 3. 1901 Hagen/Westf. – 2. 8. 1979 Wuppertal; ⚭ 1934 Erna Pfingst (1905–1988).

Seit 1925 Rechtsanwalt (Elberfeld) ~ bis 1928 Sozietät mit Rechtsanwalt Strauß ~ 1933 Berufsverbot ~ Okt. 1933 zusammen mit seiner späteren Ehefrau Emigration (Zagreb) ~ bei einem Besuch ihrer Eltern und Schwiegereltern wurde die Ehefrau 1937 verhaftet und nach einer Nacht in *Schutzhaft* zum Verlassen des Reichsgebiets genötigt ~ seit Mai 1938 in Italien ~ von dort über Venezuela in die USA emigriert ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 1958 Rückkehr nach Wuppertal.

A 27. 1. 1939: Gestapo Düsseldorf (Friedrich) an Gestapa ~ Zwischen Antragstellung und *Ausbürgerung* bewilligte die Gestapo Düsseldorf dem DK Triest am 23. Mai die Ausstellung eines Reisepasses: *Da die Eheleute Schlesinger durch ihre Eheschließung gegen das Grundgesetz des Nationalsozialismus verstossen haben und die Ehefrau darüber hinaus sich aus der völkischen Gemeinschaft selbst ausgeschlossen hat, ist gegen sie ein Verfahren mit dem Ziele der Abkennung der deutschen Staatsangehörigkeit eingeleitet worden. Um jedoch eine zwangsweise Abschiebung nach Deutschland vor Abschluß dieses Verfahrens mangels Vorliegens gültiger Ausweis-papiere zu vermeiden, bin ich mit der Erteilung eines auf 6 Monate befristeten deutschen Reisepasses einverstanden.* (zit. nach Mauss)

■ 18. 2./3. 11. 1939: RFSS/AA (nachdem das DGK Zagreb bereits am 16. März *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 18./ 21. 12. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99829; Hepp, Liste 151 (150; 152: *Ehefrau; deutschblütig*) ~ **D** Die ausserkontraktliche Haftung des Frachtführers und Spediteurs, 1924; Szöllösi-Janze/Freitäger, 2006, S. 11 ~ **B** BArch, R 3001/74227 ~ Mauss, 2013, S. 449–451 (*Ausbürgerung* irrtümlich: 18. 12. 1940; Gestapoakte: LAV NRW R. RW 58–35983).

574 Schlesinger, Kurt, Dr. jur. (Breslau 1922; *Entziehung* 1942) ~ 3. 9. 1900 Berlin – 14. 9. 1984 USA; ⚭ Paula Kochmann (* 1895 Münster/Westf.).

Frontkämpfer ~ Freiwilliger im Freikorps Lüttwitz ~ seit Ende 1925 Rechtsanwalt (Berlin) ~ 1938 Berufsverbot ~ 1939 Emigration (USA) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ 6. 10. 1941 Bekanntmachung der Beschlagnahme des Vermögens durch das Finanzamt Moabit-West ~ die Ermittlungen der Vermögenswerte durch die Gestapo endeten erst am 2. 2. 1945 mit dem Öffnen eines Stahlfachs bei der Dresdner Bank (Berlin, Kurfürstendamm 220) ~ seit 1952 Steuerprüfer (Portland, Oregon).

A 12. 5. 1941: Gestapo Berlin (Rothmann) an RSHA.

■ 12./15. 8. 1941: RFSS/AA ~ 6./7. 10. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99925; Hepp, Liste 257 (111; 112 f.: *Ehefrau u. K*) ~ **D** Die Stellung der Staatshaupter zu den Parlamenten in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Frankreich und Deutschland, 1925; Kranich, 2012, S. 174 ~ **B** BArch, R 3001/74233 ~ EAB, 171528 (darin: Auszug aus der OFF-Akte) ~ AoRB, ²2007, S. 259.

575 Schloß, Heinrich (Henry), Dr. jur. (Würzburg 1911; *Entziehung* 1940) ~ 13. 12. 1887 Schweinfurt – 21. 9. 1959 Chicago; ⚭ Ella Lindauer (* 1897 Menzingen, Lkrs. Bretten).

Seit 1914 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ lt. Lang Mitinhaber der Fa. Karl Krug

(Schweinfurt) ~ 1933 Berufsverbot „wegen dreier Verteidigungen von Kommunisten“, selbst „kein KP-Anhänger“ (Weber) ~ 1934 Umzug nach München ~ Geschäftsführer (Fa. Modi), lt. Weber zunächst Eintreiber von Außenständen, später Mitarbeiter der Israelitischen Kultusgemeinde ~ 11. 11.–13. 12. 1938 *Schutzhaft* (Dachau) ~ 1939 Emigration (USA) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 8. 1. 1940: Gestapo München (Weintz) an RSHA.

■ 18./27. 8. 1940: RFSS/AA ~ 12./15. 10. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99882; Hepp, Liste 203 (119; 120 f.: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** § 127 HGB: (Eine historische und dogmatische Betrachtung), Nürnberg 1911; Rupp, 2011, S. 206 f. ~ **B** Weber, 2006, S. 291 f.; Lang, 2014, S. 847/Anm. 1810.

576 **Schneidemühl, Fritz** Markus ~ * 5. 3. 1898 Berlin; ⚭ (gesch.) Minna *Mathilde* Emilie Grabowski gesch. Machol (* 1896 Berlin).

Rechtsanwalt (Berlin) ~ noch 1936 als Anwalt tätig ~ 1937 Emigration und *Steuersteckbrief* („zur Zeit in Wien“) ~ später in USA.

A 2. 2. 1939: Gestapo Berlin an Gestapa.

■ 28. 2./17. 3. 1939: RFSS/AA ~ 31. 3./3. 4. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99775; Hepp, Liste 103 (101); geschiedene *Ehefrau*: PA/AA, R 99783; Hepp, Liste 111 (141; 11./12. 5. 1939:) ~ **B** BArch, R 3001/74835 ~ AoRB, 2007, S. 260.

577 **Schnurmann, Julius** ~ 2. 9. 1880 Gengenbach, Krs. Offenbach/Baden – 14. 10. 1957 Pforzheim; ⚭ 1911 Sophie Schütt (* 1883 Gengenbach).

Rechtsanwalt (Pforzheim) ~ SPD-Stadtverordneter ~ 1933 Berufsverbot ~ 1935 Emigration (Nizza; Frankreich) ~ 1940 interniert (Les Milles) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ nach Rückkehr wieder Rechtsanwalt in Pforzheim.

A 17. 2. 1941: Gestapo Karlsruhe (Dr. Schick) an RSHA, abschließend: *Das mit Erlass vom 15. 11. 1941 [sic] – I A 11 – Sch. 8541 – übersandte Vermögensverzeichnis gebe ich anliegend zurück.*

■ 24. 4./5. 5. 1941: RFSS/AA ~ 22./26. 5. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99912; Hepp, Liste 233 (112; 113 f. *Ehefrau* [*deutschblütig*] u. *K*) ~ **B** Borgstedt, 2012, S. 173; www.pforzheim.de/kultur/stadtgeschichte/juedische-buerger (12. 6. 2019).

578 **Schoch, Hans-Joachim**, Dr. jur. (Breslau 1925) ~ * 9. 6. 1901 Belkau., Krs. Neumarkt/Schlesien.

Nach eigenen Angaben von 1928 bis 1933 Gerichts- bzw. Regierungsassessor beim Amtsgericht in Breslau bzw. beim Polizeipräsidium in Berlin (Leiter des Referats zur Bekämpfung der rechtsradikalen Bewegung), seit 1931 beim preuß. Finanzministerium, 1932 an die Regierung in Magdeburg versetzt ~ Mitglied der SPD ~ 1933 aus dem Staatsdienst entlassen, aber zur Anwaltschaft (Berlin) zugelassen ~ seit Anfang Januar bis Ende Aug. 1935 in *Schutzhaft* (u. a. im KZ Lichtenburg) ~ Ausreise nach England und Spanien (Barcelona) ~ auf eigenen Antrag in der Anwaltsliste gestrichen ~ in Spanien unter Spionageverdacht verhaftet und später ausgewiesen ~ 1937 Emigration nach Brasilien (São Paulo) ~ 1938/39 zusammen mit Dr. Hans Raab und Dr. Martin → Gotthilf Gründung einer Lederhandlung, nach deren Auflösung ambulante kaufmännische Tätigkeit ~ 1946 bis Ende 1949 geschäftsführender Gesellschafter eines Unternehmens in São Paulo ~ seit 1950 journalistische Tätigkeit (Deutsche Radiostunde) ~ brasilianische Staatsangehörigkeit ~ im Entschädigungsverfahren von Dr. Robert M. W. Kempner (Frankfurt/Main) vertreten.

A Wie Schoch (London) am 10. 7. 1937 dem Auswärtigen Amt mitteilte und anhand einer Bescheinigung der Fa. Tell &

Co. in Greenford, Middlesex, vom gleichen Tag belegt, hatte er im März 1936 die Generalvertretung der 1923 in Berlin gegründeten und nach 1935 an J. C. Pflüger verkauften Fa. MED Fabrik Chemisch-Pharmazeutische Präparate Dr. Tell & Co. GmbH für Spanien übernommen. Im Zusammenhang mit einer Passerteilung der DB London bat das Gestapa, das *mit Schreiben vom 21. 9. 1937 gebeten hatte, den Passantrag abzulehnen*, das Amt am 4. 10. 1937 *um Mitteilung der Gründe, die zu dem dortigen Erlass geführt haben [...], damit ich sie gegebenenfalls auch bei der Prüfung eines etwaigen Verfahrens auf Aberkennung der Reichsangehörigkeit berücksichtigen kann*. Lt. handschriftlichem Vermerk war das Schreiben nicht bekannt geworden; weiterhin: *Mit dem Sachbearbeiter des Gestapa [Lischka] ist fernmündl. vereinbart worden, dass dieses Schreiben des Gestapa unbeantwortet bleibt. Das Schreiben des Gestapa war an die D. Botschaft in London gerichtet.*

■ Ein Ausbürgerungsverfahren ist für Schoch nicht dokumentiert, wohl aber für den jüdischen Unternehmer und Emigranten Ernst Tell (1888–1953), der zusammen mit seiner Ehefrau und seinen beiden Söhnen 1941 ausgebürgert wurde.

Q PA/AA, R 100007 ~ D Die Anzeigepflicht gemäss § 139 R.St.G.B., insbesondere der zeitlichen Grenzen derselben, 1925 ~ B BArch, R 3001/74948 ~ EAB, 77986 ~ Zu E. Tell: PA/AA, R 99917; Hepp, Liste 244 (135, 136–138: E u. K) ~ EAB, 71213 ~ Frank Leimkugel, *Wege jüdischer Apotheker. Emanzipation, Emigration und Restitution. Die Geschichte deutscher und österreichisch-ungarischer Pharmazeuten*. Eschborn 2., erweiterte Aufl. 1999 (1991), S. 103, 216; www.medpharmaservice.de/home/geschichte.

579 Schoenewald, Siegmund, Dr. jur. (Jena; *Entziehung*) ~ 24. 11. 1872 Großen-eder, Krs. Warburg – 29. 8. 1943 Cambridge, GB; ☉ Ottilie Mendel (1893–1961; erste Frau in der Bochumer Stadtverordnetenversammlung, DDP; Vorsitzende der

jüdischen Frauenorganisation im Reich; seit 1946 in USA.

Seit 1900 Rechtsanwalt und seit 1919 Notar (Bochum) ~ in Sozietät mit Hermann → Röttgen ~ DDP/Deutsche Staatspartei ~ Schwager von Alfred → Apfel ~ Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde ~ 1933 als Notar entlassen ~ 9./10. 11. 1938 Verwüstung und Plünderung des Hauses durch SA und am Tag danach durch eine von ihrem Lehrer geführte Schulklasse des Gymnasiums ~ 1 Monat in *Schutzhaft* (Sachsenhausen) ~ Berufsverbot ~ 1939 Emigration (Holland; England) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 1. 8. 1939: Gestapo Dortmund (Dr. Haselberg) an Gestapa.

■ 19./28. 9. 1939: RFSS/AA ~ 31. 10./3. 11. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99819; Hepp, Liste 141 (168; 169: *Ebefrau*; eine Ausbürgerung der Adoptivtochter ist nicht dokumentiert) ~ D Nicht ermittelt ~ B Kreuzberger, 1970, S. 459/356; BHdE I, 1980, S. 663 (O. Schoenewald) ~ „Zeit ohne Recht“, 2002, S. 31 f. (H. Schneider), 168 f. (A. Löw/H. Schneider); Heinrich Schwing, „Grüße mir die Schoenewalds!“ Porträt einer jüdischen Familie, Berlin 2014.

580 Schönfeld, Arthur, Dr. jur. (Erlangen 1908; *Entziehung* 1940) ~ * 26. 6. 1881 Festenberg, Krs. Groß Wartenberg (Reg. Bez. Breslau); ☉ Lotte Rynarzewski (* 1887 Berlin).

Rechtsanwalt (Breslau, Gartenstr. 46 [1937]) ~ Dez. 1938 Emigration (Uruguay) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A Febr. 1940: Gestapo Breslau (Dr. Gerke) an Gestapa.

■ 3./12. 4. 1940: RFSS/AA ~ 31. 5./6. 6. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99857; Hepp, Liste 179 (101; 102–104: *Ebefrau* u. K) ~ D Die Urheberbenennung im geltenden Recht und ihr Ursprung, Borna-Leipzig 1908; Mertens/Feketisch-Weber, 2010, S. 91 f. ~ B BArch, R 3001/75129.

581 Schoenfeldt, Herbert Siegfried, Dr. jur. (Breslau 1921; *Entziehung* 1940) ~ 26. 5. 1895 Landeck, Kr. Schlochau (Pommern) – 29. 6. 1956 Bad Godesberg.

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ Syndikus des Bankhauses Mendelssohn & Co ~ 1935 als Notar entlassen ~ Juli 1938 Emigration (Schweiz, Frankreich) ~ 1940 interniert ~ Flucht via Spanien und Portugal nach USA ~ 1939 *Steuersteckbrief* ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1946–1948 Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung der Nürnberger Prozesse ~ 1948–1956 Rechtsberater der JRSO (Stuttgart/Frankfurt a. M.), 1956 Deutschland-Direktor der Conference on Jewish Material Claims against Germany.

A 8. 1. 1940: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an RSHA.

■ 5./16. 3. 1940: RFSS/AA ~ 8./10. 5. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99851; Hepp, Liste 173 (130) ~ **D** Einrede und Verzug, 1921; Kranich, 2012, S. 17 ~ **B** BAArch, R 3001/75143 ~ LBI, Der steile Weg (Romanmanuskript: <http://digital.cjh.org>) ~ BHdE I, 1980, S. 663 f.; Lowenthal, 1981, S. 203; Göppinger, ²1990, S 360; AoRB, ²2007, S. 260; Bergemann, 2012, S. 254 f.

582 Schopflocher, Ernst (später: Schopler, Ernest), Dr. jur. (Erlangen 1920; *Entziehung* 1942) ~ 5. 9. 1895 Fürth/Franken – 2. 4. 1990 Rochester, N.Y.; ⚭ Erna Oppenheimer (* 1899 Nürnberg).

Dekorierter *Frontkämpfer* ~ seit 1922 Rechtsanwalt (Fürth) ~ in Sozietät mit Julius → Prager ~ 31. 5. 1938 Zulassungsverzicht ~ Juni 1938 Emigration (USA) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ 1945–1947 im Stab von General Lucius D. Clay.

A 17. 6. 1941: Gestapo Nürnberg (Dr. Martin) an RSHA.

■ 12./15. 8. 1941: RFSS/AA ~ 24./26. 9. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99924; Hepp, Liste 256 (139; 136–139: *Ebefrau* u. *K*) ~ **D** Der Wert als Eigenschaft im BGB., auf der Grundlage einer juristischen Untersuchung des Wertbegriffs dargestellt, 1920; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 92 ~ **B** BAArch, R 3001/75174 ~ BHdE I, 1980, S. 665; Stiefel/Mecklenburg; 1991, S. 117, 202; Weber, 2006, S. 292.

583 Schottländer, Max Hugo, Dr. jur. (Greifswald 1902) ~ 20. 6. 1875 Dambrau, Krs. Oppeln.

Rechtsanwalt (Breslau, Neue Schweidnitzer Str. 15 [1937]) ~ Juni 1939 Emigration (England) ~ 1943 *Ausbürgerung*.

A 20. 2. 1943: Gestapo Breslau an RSHA.

■ 20. 3./10. 4. 1943: RFSS/AA ~ 3./7. 6. 1943: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99954; Hepp, Liste 304 (22) ~ **D** Die Stellvertretungskosten bei der Wahl von Beamten zu Landtags- und Reichstagsabgeordneten, Greifswald 1902.

584 Schrag, Hugo, Dr. jur. ~ 8. 12. 1873–5. 9. 1938 Luzern; ⚭ Bella Sulzberger, gebürtige Amerikanerin; S: Dr. phil. (Heidelberg 1934; *Entziehung* 1940) Otto Schrag (1902–1971, Malzfabrikant in Bruchsal; Schriftsteller; ⚭ Judith Haas [1903–1990; V: Dr. jur. Ludwig Haas, 1875–1930, Rechtsanwalt in Karlsruhe; M.d.R. 1912–1930, FVP/DDP]; 1935 mit seiner Familie nach Luxemburg emigriert, seit Kriegsbeginn 1939 in Brüssel, 1940 als feindlicher Ausländer festgenommen und zeitweise im Lager Saint-Cyprien in Südfrankreich interniert, gelangten O. Schrag 1941 und im gleichen Jahr auch J. Schrag mit ihrem Sohn über Lissabon nach New York); Dr. jur. (Heidelberg 1936) Paul Schrag (1909–1991; seit 1938 in New York, Rechtsanwalt, Schriftsteller; ⚭ Suzanne Fuchs, * 1910).

Rechtsanwalt (Karlsruhe) ~ 1931 Übersiedlung in die Schweiz ~ Rechtsanwalt in Zürich, später Luzern ~ 1940 *Steuersteck-*

brief und 30. 3./6. 4. 1940 *Ausbürgerung* des Sohnes Otto (→Q).

A 2. 10. 1939: Gestapo Karlsruhe (Dr. Faber) an Gestapa.

■ 20./24. 11. 1939: RFSS/AA ~ 30. 3./6. 4. 1940: RMdI/DRA ~ Am 26. 3. 1941 teilte der RFSS (Dr. Engelmann) dem AA mit, *gegebenenfalls gegen den im Jahre 1931 nach der Schweiz ausgewanderten und jetzt in Luzern, Rigistrasse 24, wohnhaften Juden Dr. Hugo Schrag ein Verfahren auf Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit einzuleiten*. Zugleich wurde das Amt gebeten, *durch die zuständige deutsche Vertretung den letzten inländischen Wohnort des Juden Schrag feststellen zu lassen*. Das DK Basel, am 3. Apr. um Bericht gebeten, teilte am 24. Mai das genaue Todesdatum mit und übersandte den Totenschein, der *Karlsruhe als letzten deutschen Wohnsitz* des deutschen Staatsbürgers bezeichnete. Daraufhin übersandte das Amt (Todenhöfer) am 6. 6. 1941 dem *Reichsführer SS pp.* Schreiben und Anlage zur Kenntnis.

Q PA/AA, R 100028: H. Schrag ~ O. Schrag: R 99843; Hepp, Liste 165 (130; 131 f.: *Ehefrau u. K*) ~ D O. Schrag, Die Homogenität der Parteienzusammensetzungen im Reich und in den deutschen Ländern, Bruchsal 1933; Moritz, 2001, S. 560 (1948 rückwirkende Wiederverleihung) ~ B O. Schrag/Peter Schrag, *When Europe was a Prison Camp. Father and Son Memoirs 1940–1941*, Bloomington/Indiana 2015 ~ Sternfeld/Tiedemann, ²1970, S. 452; BHdE II, 2, 1983, S. 1051: P. Schrag; Valerie Popp, „Aber hier war alles anders ...“. Amerikabilder der deutschsprachigen Exilliteratur nach 1939 in den USA, Würzburg, 2008; Heidi Gembicki-Achtnich (in Zusammenarbeit mit Martin Achtnich), Soziales Engagement und aktives Staatsbürgertum. Ludwig Haas und seine Familie – Biografische Skizzen, in: Ewald Grothe [u. a.] (Hg.), Ludwig Haas. Ein deutscher Jude und Kämpfer für die Demokratie, Düsseldorf 2017, S. 193–234, 211–213 ~ LBI, Papers of P. Schrag, 1924–1992 ~ Paul J. Schrag, Heimatkunde. Die Geschichte einer deutsch-jüdischen Familie, München 1979 ~ S. Schrag, Ich habe meine Tage ausgenützt, in: *Leben danach*, [2003], S. 539–551, 674.

585 Schreiber, Norbert, Justizrat ~ 30. 12. 1861 Schrimm/Prov. Posen – 1950 Seattle (USA); ♂ Therese Herzbach (1867–1948).

Seit 1887 Rechtsanwalt (Frankfurt a. M. [1937: Kaiserstr. 58]) und seit 1903 Notar ~ Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde ~ Freimaurer ~ Stadtverordneter (DDP) ~ 1934 als Notar entlassen ~ 1938 Berufsverbot ~ Aug. 1939 Emigration (England, später USA).

A 12. 6. 1941: Gestapo Frankfurt/M. (Dr. Vollbrecht) an RSHA.

■ 26. 9./2. 10. 1941: RFSS/AA ~ *Ausbürgerung* nicht dokumentiert; nach Erlass der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941 hatte sich das Verfahren erledigt.

Q PA/AA, R 100033 ~ B Walk, 1988, S. 335; Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 187: „Schreiber, Norbert (Herbert), Dr. JR“.

586 Schüftan, Walter, Dr. jur. (Breslau; *Entziehung* 1940) ~ * 28. 9. 1903 Namslau; ♂ Gerda Felizia Selma Pollak (* 1909 Breslau).

1933 Rechtsanwalt (Berlin, Wittenbergplatz 2) ~ Berufsverbot ~ Apr. 1937 Emigration (London) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 25. 7. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 19. 6./13. 7. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB London *Bedenken nicht geltend gemacht* hatte) ~ 17./21. 8. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99808; Hepp, Liste 131 (126; 127 f.: *Ehefrau u. K*) ~ D Die Sonderbehandlung des politischen Verbrechens vom Republik-schutzgesetz bis zum Entwurf 1925, Ohlau i. Schl. 1928; Kranich, 2012, S. 175 ~ B BArch, R 3001/75451 ~ Berliner Adressbuch (1933) ~ AoRB (²2007): nicht verzeichnet.

587 Schülein, Julius, Dr. jur. (Erlangen 1907) ~ 24. 12. 1881 München – 1959; ♂ Wilhelmine Laura Kahn (* 1893 Wiesbaden)

Rechtsanwalt (lt. Ausbürgerungsvorschlag), Generaldirektor der 1938 arisierten Brau- und Malzfabrik Cenovis GmbH in München ~ 4. 11. 1938 Emigration (USA).

A 17. 6. 1939: Gestapo München (Beutel) an Gestapo.

■ 24. 7./20. 12. 1939: RFSS/AA ~ Am 25. August – einen Monat nach Antragstellung – bat der Reichswirtschaftsminister, das Ausbürgerungsverfahren *auf 1 Jahr zurückzustellen*. Über die Gründe für die Zurückstellung des Verfahrens informierte das RSHA am 9. 4. 1940 das Amt mit Übersendung einer Durchschrift seines Schreibens vom 16. März an die Abt. I des RMDI: Transfersgeschäfte nach USA, für die *der Reichswirtschaftsminister dem Juden Schülein die Genehmigung erteilt hat: Nach Mitteilung des Herrn Reichswirtschaftsministers besteht an der Durchführung der Exportgeschäfte stärkstes devisenwirtschaftliches Interesse. Im Falle der Ausbürgerung würde zwar das sonst durch die Ausfuhrgeschäfte zu transferierende Vermögen dem Reich zufallen. Dies bedeutet jedoch einen Verlust von Devisen im Gegenwert von RM 500.000,-*. Das RSHA entsprach daher der Bitte und bat nun seinerseits den RMDI, *von der Veröffentlichung der Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit des Schülein vorläufig abzusehen*. Mit Aufhebung der Vermögenssperre ermöglichte das RSHA die *Übertragung des Vermögens an die Deutsche Gold- und Diskontbank zum Zwecke der Durchführung der Exportgeschäfte*.

Eine förmliche *Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit* erübrigte sich nach Erlass der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941; auch für die ebenfalls in die USA emigrierten Geschwister ist keine *Ausbürgerung* dokumentiert.

Q PA/AA, R 100022 ~ **D** Die Prokura des neuen Handelsgesetzbuches, Borna-Leipzig 1907; *Entziehung* in der Promotionsakte nicht vermerkt; E-Mail v. 15. 7. 2019 (Dr. Clemens Wachter, Archivar der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg) ~ **B** *Familie/B*: Dr.

jur. Hermann Schülein (1884–1970 New York): BHdE I, 1980, S. 670f.; Immigrant Entrepreneurship. German-American Business Biographies, Vol 4: The Age of the World Wars: www.immigrantentrepreneurship.org (Martin Münzel/Beate Schreiber, 19. 6. 2014; Zugriff: 19. 4. 2020); Lilian Harlander, „Von den Münchner Bieren kommt hauptsächlich nur Löwenbräu in Frage“. Die Familie Schülein im Münchner Braugewerbe, in: Dies. u. Bernhard Purin (Hg.), Bier ist der Wein dieses Landes. Jüdische Braugeschichte, München 2016, S. 139.

588 Schwabe, Walther, Dr. jur. (Göttingen 1904; *Entziehung* 1940) ~ 9. 7. 1882 Göttingen – 25. 8. 1962 Baden-Baden; ⚭ Anna Emilie Langershausen (* 1893 Stadthagen).

Seit 1911 Rechtsanwalt (Göttingen; seit 1913 Berlin) ~ Teilhaber der 1933 liquidierten Privatbank (Jacob) Schwabe & Co. (Berlin) ~ nach 1933 aktives Mitglied der Bekennenden Kirche ~ 1938 Berufsverbot ~ Dez. 1938 Emigration (Amsterdam, seit Febr. 1939 London) ~ 1939/40 interniert ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ Pseudonym: Verrina ~ seit 1947 britischer Staatsbürger ~ auf Antrag vom Okt. 1949 im Juni 1952 unter Befreiung von der Residenzpflicht als Rechtsanwalt (Berlin) zugelassen.

A 31. 5. 1940: Gestapo Berlin (Rothmann) an RSHA.

■ 22./29. 7. 1940: RFSS/AA ~ 14./17. 10. 1940: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99883; Hepp, Liste 204 (127; 128–130: *Ebefrau u. K*) ~ **D** Verträge in fremdem Namen für eigene Rechnung, Göttingen 1904 ~ **E** Verrina, The German Mentality, London 1941; vgl. Judith Claudia Joos, Trustees for the Public? Britische Buchverlage zwischen intellektueller Selbstständigkeit, wirtschaftlichem Interesse und patriotischer Verpflichtung zur Zeit des Zweiten Weltkrieges, Wiesbaden 2008, S. 167 f. ~ **B** BArch, R 3001/75909 ~ WGA Datenbank (u. a. Bibliothek, Verlust) ~ EAB, 74197 (DS 2021) ~ BHdE II, 2 (1983), S. 1058 (S: Walter Wolfgang Schwabe, * 1920); AoRB, 2007, S. 261; Bergemann, 2012, S. 255 f.; Lang, 2014, S. 851/Anm. 1848.

589 Schweitzer, Ernst Emil → I. 75

590 Schwersenz, Manfred, Dr. jur. (Breslau 1920; *Entziehung* 1940) ~ * 20. 10. 1893 Hohenzalza/Prov. Posen; ♂ (1933 gesch.; nicht jüdisch).

Rechtsanwalt beim Kammergericht und Notar (Berlin) ~ 1933 Berufsverbot ~ Febr. 1938 Emigration (Italien, seit 1939 in London) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 18. 6. 1940: Gestapo Berlin (Rothmann) an RSHA.

■ 22./24. 7. 1940: RFSS/AA ~ 27./29. 8. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99878; Hepp, Liste 199 (149) ~ **D** Die Aufrechnung mit und gegen Grundschulden, 1920; Kranich, 2012, S. 175 ~ **B** BArch, R 3001/76070 ~ AoRB, 2007, S. 263.

591 Seckel, Fritz Moritz, Dr. jur. (Marburg 1913; *Entziehung* 1940) ~ 12. 2. 1889 Frankfurt a. M. – 27. 1. 1948 De Bilt (Holland); ♂ Gertrude Friedländer (* 1893 Augsburg).

Magistratsrat, später Syndikus der Städtischen Bühnen Frankfurt a. M. und seit 1930 Rechtsanwalt ~ 1933 Berufsverbot ~ 1934 Emigration (Holland) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ im Widerstand.

A 30. 3. 1940: Gestapo Frankfurt/Main (Weiss-Bollandt) an RSHA.

■ 4./9. 5. 1940: RFSS/AA ~ 22./26. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99872; Hepp, Liste 194 (160; 161–163: *Ehefrau* u. K) ~ **D** Die Rechtsnatur der Beteiligungsakte bei der Gründung einer Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M. 1914; Lemberg, 2002, S. 49, 65 ~ **B** BArch, R 3001/76116 ~ Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 187.

592 Seligmann, Richard, Dr. jur. (Heidelberg 1912; *Entziehung* 1942) ~ 3. 11. 1888 Frankfurt/M. – 1940 Memphis; ♂ Friedel Hirsch (* 1895 Heidelberg).

Frontkämpfer ~ seit 1919 Rechtsanwalt und seit 1924 Notar (Frankfurt/M.) ~ 1935 als Notar entlassen ~ Aug. 1938 Emigration (Schweiz, später USA), aus der Anwaltsliste wegen Aufgabe der Zulassung auf Antrag gelöscht ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 10. 2. 1941: Gestapo Frankfurt a. M. (Grosse) an RSHA.

■ 23./26. 4. 1941: RFSS/AA ~ 22./26. 5. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99912; Hepp, Liste 233 (94; 95–97: *Ehefrau* u. K) ~ **D** Die staatsrechtliche Stellung des deutschen Reichstagspräsidenten, Frankfurt/M. 1912; Moritz, 2001, S. 560 ~ **B** Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 188 (Entschädigungsakte: HHStA Wiesbaden, 518/20463).

593 Siegel, Michael, Dr. jur. (Würzburg 1907; *Entziehung* (1942)) ~ 14. 9. 1882 Arnstein, Krs. Karlstadt – 15. 3. 1979 Lima (Peru); ♂ Mathilde Waldner (1893–1970 Lima).

Seit 1910 Rechtsanwalt (München) ~ assoziiert mit seinem Vetter Julius Siegel (1884–1951 Haifa/Israel) in der von seinem Onkel Leopold Siegel in den 1890er Jahren gegründeten Kanzlei ~ 10. 3. 1933 nach der Beschwerde über die Behandlung eines Klienten, des im KZ Dachau inhaftierten Kaufhausbesitzers Max Uhlfelder, im Polizeipräsidium misshandelt und mit abgeschnittenen Hosenbeinen und einem umgehängten Schild mit der Aufschrift „Ich bin Jude aber ich werde mich nie mehr bei der Polizei beschweren“ von SA-Männern durch das Zentrum von München gehetzt ~ die Negative der Bilder des Vorfalls, die der arbeitslose Fotograf Heinrich Sanden – „durch Zufall“ Augenzeuge der Demütigung am Stachus und in der Prielmayerstraße – aufgenommen hatte, „wurden so schnell wie möglich in die USA verschifft“, danach „in der ganzen Welt“ veröffentlicht (H. Peter Sinclair) ~ November 1938 der Verhaftung entgangen ~ 1939 Verschickung der beiden Kinder nach Eng-

land ~ 8.9.1940 Emigration (via Moskau, Sibirien, Korea nach Japan und von dort via Los Angeles nach Peru) ~ 1949 Rechtsberater der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Lima ~ 1953 unter Befreiung von der Residenzpflicht wieder als Rechtsanwalt zugelassen (München) ~ 1957 Verleihung der goldenen Doktorurkunde ~ GBVK („in Anerkennung der um Staat und Volk erworbenen besonderen Verdienste“), anlässlich seines 90. Geburtstages durch den deutschen Botschafter in Lima überreicht.

A 13.2.1941: Gestapo München (Schimmel) an RSHA.

■ 30.9./6.10.1941: RFSS/AA ~ *Ausbürgerung* aufgrund der 11. VO zum RBürgG v. 25.11.1941 ~ Unter Hinweis auf das eingeleitete Ausbürgerungsverfahren hatte der RFSSuChdDtPoliRMdI (Engelmann) mit der Antragstellung am 30. Sept. den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung gebeten, *hinsichtlich der Entziehung des Dr.-Titels des Juden Michael Israel Siegel [München, Lindwurmstr. 125/I; jetziger Aufenthalt: Peru; am 6.10.1907 an der Universität Würzburg zum Dr. jur. promoviert] das Weitere zu veranlassen*. Dieses Schreiben übersandte das Ministerium am 10. Okt. abschriftlich an den Rektor der Universität Würzburg: *Einem Berichte sehe ich entgegen*. Eine Vollzugsmeldung erhielt das Ministerium bis zum 26.4.1942 nicht. Mit der Bemerkung *Weitere Mitteilung kann abgewartet werden* wurde der Vorgang an diesem Tag zu den Akten genommen; das Datum der Entziehung des Doktorgrades ist nicht dokumentiert.

Q PA/AA, R 100033; BArch, R 4901/13573, Bl. 86 ~ **D** *Moderne Judikatsklagen*. Beitrag zur Lehre vom Klage- und Vollstreckungsrecht. Eine prozessuale Grenzuntersuchung, Würzburg 1909; Rupp, 2011, S. 209f. ~ **B** H. Peter Sinclair (1921–2010; *Sohn*: www.hagalil.com/2010/04/sinclair, Lebenserinnerungen online), *Eine Familien Geschichte unserer Zeit – Die 1930er Jahre und später*, in: Andreas Heusler u. Andrea Sinn (Hg.), *Die Erfahrung des Exils*. Vertrei-

bung, Emigration und Neuanfang. Ein Münchner Lesebuch, Berlin/Boston 2015, S. 174–185 ~ BArch, R 3001/76473 ~ Johann Freudenreich, *Ein Münchner als Symbol der Verfolgung*, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 12./13.4.1979; Justiz und Nationalsozialismus, 1989, S. 86/Abb. 81; Göppinger, 1990, S. 317; Weber, 2006, S. 160, 259.

594 Silberschmidt, Ludwig → I. 76

595 Simmenauer, Bernhard ~ * 14.3.1900 Herten; ⚭ Käthe Stern (* 1904 Schwerte/Ruhr).

Seit 1926 Rechtsanwalt (Herten) ~ Vorsitzender der CV-Ortsgruppe ~ 1933 Berufsverbot wegen „nicht arischer Abstammung“ und Betätigung „in kommunistischem Sinne“ ~ Nov. 1936 Emigration (Naharija, Palästina) ~ 1938 *Ausbürgerung*.

A 14.3.1938: Gestapo Münster (Dr. Fischer) an Gestapa.

■ 23.6./27.8.1938: RFSS/AA (nachdem das DK Haifa am 21. Juli *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 1./6.9.1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99719; Hepp, Liste 66 (30; 86f.: *Ehefrau* u. K) ~ **B** BArch, R 3001/76536 ~ „Zeit ohne Recht“, 2002, S. 169 (A. Löw/H. Schneider).

596 Simon, Erich, Dr. jur. (Heidelberg 1911; *Entziehung* 1940) ~ * 11.8.1881 Culm – 1.10.1951; ⚭ Natalie Lewin (* 1895 London).

Rechtsanwalt und Notar (Berlin) ~ 1933 als Notar entlassen ~ 1938 Berufsverbot ~ 1939 Emigration (Argentinien) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 11.11.1939: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an RSHA.

■ 13./20.12.1939: RFSS/AA ~ 1./10.4.1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99845; Hepp, Liste 167 (146; 147–150: *Ehefrau* u. K) ~ **D** Textdichter und Kom-

ponist, Berlin [1911]; Moritz, 2001, S. 560 ~ B BArch, R 3001/76543 ~ EAB, 74014 (DS 2042) ~ AoRB, 2007, S. 266 (* Bromberg).

597 Simon, Gustav, Dr. jur., Justizrat (1906) ~ 9. 10. 1857 Werden/Ruhr – 11. 7. 1939; ∞ *Elise Sofie Wolff* (1863, gest. in Chile).

Seit 1885 Rechtsanwalt (Krefeld; Königstr. 140 [1937]) ~ seit 1922 in Sozietät mit Dr. Kurt → Alexander ~ 1911 Gründungsmitglied und seit 1917 Vorsitzender des Krefelder Anwaltvereins ~ 1919–1933 Vorstandsmitglied der RAK Düsseldorf ~ 9. 2. 1933 aus „Alters- und Gesundheitsgründen“ Rücktritt als Vorsitzender des Anwaltvereins angekündigt, daraufhin am 23. 2. 1933 einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt ~ März 1933 wie alle jüdischen Anwälte zum Austritt aus dem Anwaltverein genötigt ~ 22. 6. 1938 „nach 53-jähriger Berufsausübung“ Antrag auf „Löschung in der Liste der Rechtsanwälte“ ~ Mai 1939 mit seiner Ehefrau nach Chile emigriert, wo die beiden jüngeren Töchter sich bereits aufhielten, während die ältere Tochter in die Schweiz emigriert war ~ bei der Überfahrt auf See verstorben ~ *Ausbürgerung* der Witwe und Beschlagnahme des in Deutschland verbliebenen Vermögens aus Guthaben und Wertpapieren.

A Lt. Mauss wurde E. Simon – nach dem Tod ihres Mannes Alleinerbin des von der Gestapo *sichergestellten* inländischen Vermögens – am 12. 3. 1941 ausgebürgert. Die *Ausbürgerung* ist nicht dokumentiert. Der Vermögensverfall *zum* 25. 11. 1941, wie in einem Schreiben des RSHA vom 18. 7. 1944 an die Gestapo Düsseldorf erwähnt, deutet darauf hin, dass die *Ausbürgerung* nicht aufgrund des Gesetzes vom 14. 7. 1933 vollzogen wurde, sondern aufgrund der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941 automatisch eingetreten war.

Q Mauss, 2013, S. 456–459 (Gestapoakten: LAV NRW R, RW 58–4842 u. -28016)

598 Singer, Siegfried, Dr. jur. (Breslau 1916; *Entziehung* 1940) ~ * 21. 2. 1891 Breslau; ∞ Ilse Salomon (* 1897 Körlin a. d. Persante).

Heeresdienst ~ seit 1919 Rechtsanwalt und seit 1929 Notar (Breslau) ~ 8. 4. 1933 Loyalitätserklärung mit der Bitte, „mir wieder die unbeschränkte Ausübung der Rechtsanwaltschaft und des Notariats zu ermöglichen“ ~ 6. 5. 1933 Vertretungsverbot (gez. Freisler) ~ 31. 5. 1933 Zulassung gemäß § 1 des Anwaltsgesetzes vom 7. 4. 1933 zurückgenommen (Berufsverbot) ~ März 1938 Emigration (New York) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 6. 10. 1939: Gestapo Breslau (Kunz[?]) an Gestapa.

■ 6./14. 8. 1940: RFSS/AA ~ 2./4. 10. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 90881; Hepp, Liste 202 (110; 111–113: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Die Schadensersatzpflicht im Falle der Nothilfe, 1916; Kranich, 2012, S. 175 ~ **B** BArch, R 3001/76613.

599 Sinzheimer, Hugo → I. 77

600 Skaller, Jakob, Dr. jur. (Breslau 1925; *Entziehung* 1940), Justizrat ~ 24. 10. 1870 Ostrowo/Posen – 1950 London; ∞ Martha Goldstein (* 1879 Morgenroth, O/S).

Rechtsanwalt (Beuthen, O/S) ~ 1939 Emigration (England) ~ *Ausbürgerung* 1939.

A 5. 6. 1939: Gestapo Oppeln, O/S (Dr. Deumling) an Gestapa.

■ 21. 6./13. 7. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB London *Bedenken nicht geltend gemacht* hatte) ~ 17./21. 8. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99808; Hepp, Liste 131 (110; 111: *Ehefrau*) ~ **D** Schutz der Gläubiger gegen die Verschiebung von Handelsgeschäften, 1925; Kranich, 2012, S. 175 ~ **B** Auch drei Brüder emigrierten, wurden aber nicht aufgrund des Gesetzes v. 14. 7. 1933 ausgebürgert; vgl. BHdE I, 1980, S. 705 (Oskar Skaller).

601 Soldin, Alex, Justizrat ~ 11. 5. 1869 Konitz/Westpreußen – 21. 1. 1944 Theresienstadt; ⚭ Debra Pionkowski (* 1874 Schwerin).

Rechtsanwalt und seit 1907 Notar (Schneidemühl) ~ 1935 Notariat entzogen ~ 1939 Emigration (Luxemburg) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 6. 4. 1943 ab Luxemburg nach Theresienstadt deportiert.

A 11. 3. 1939: Gestapo Schneidemühl (Hammer) an Gestapa.

■ 10./19. 8. 1940: RFSS/AA ~ 2./4. 10. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 90881; Hepp, Liste 202 (114; 115: *Ehefrau*) ~ **B** Walk, 1988, S. 347; lt. Data-base of Victims (www.holocaust.cz; Zugriff: 13. 6. 2019) wurde Soldin – danach 1859 geboren und abweichend vom Gedenkbuch *Judenverfolgung* – am 10. 4. 1943 von Dortmund mit dem Transport X/2, no. 84 nach Theresienstadt deportiert; die Ehefrau ist im Gedenkbuch nicht verzeichnet.

602 Sommerfeld, Ernst, Dr. jur. (Jena 1931; *Entziehung* 1936) ~ * 9. 6. 1906 Eisenach; **V**: Justizrat Dr. Adolf Sommerfeld (1872–1935, seit 1899 Rechtsanwalt und 1920–1935 Notar; ⚭ Meta Hessberg, * 1883 Bamberg; als Witwe nach Berlin verzogen, von dort vergebliche Bemühungen, nach Palästina auszuwandern; 1939 Vermögensbeschlagnahme (Sicherungsanordnung); 12. 1. 1943 nach Auschwitz deportiert).

Seit 1932 Rechtsanwalt in der Sozietät Dr. Adolf Sommerfeld u. Dr. Alfred Backhaus (1891–1937 Suizid) in Eisenach (Karlstr. 6 [1934]) ~ 1933 Berufsverbot ~ Herbst 1937 Emigration (Italien) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ lebte 1942 in Buenos Aires.

A 25. 3. 1939: Gestapo Weimar (Dr. Kulzer) an Gestapa.

■ 4. 5./9. 6. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB Rom am 31. Mai *keine Bedenken* äußert und weiter mitgeteilt hatte, dass sich Sommerfeld am 7. 1. 1939 beim Deutschen

Generalkonsulat abgemeldet habe) ~ 3./11. 7. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99799; Hepp, Liste 122 (123) ~ **D** Verträge über die Ausübung des Stimmrechts von Aktien, Ohlau i. Schl. (1930) ~ **B** Maecenas, 1927 u. 21930 (A. Sommerfeld) ~ Wolf, Bd. 2, 22002; Dewaldt/Ziemer, 2014, S. 50; eine Ausbürgerung von Dr. jur. Max S. (* 1907) – Bruder von Ernst S. und ebenfalls Rechtsanwalt, gemäß Wolf nach Italien emigriert und 1946 in Bologna wohnhaft – ist nicht dokumentiert; M. Sommerfeld – 1933 in Jena promoviert („Die Grundzüge des reichsdeutschen und österreichischen Versäumnisverfahrens mit Berücks. d. Entwurfs einer reichsdt. Zivilprozessordnung u. Vorschläge de lege ferenda, Borna-Leipzig 1933; auch in: Untersuchungen. z. dt.-österreich. Rechtsangleichung, 12) – wurde aber ebenfalls deponiert. Sein Bruder Ernst wurde bereits „in der Nachkriegszeit“ rehabilitiert, M. Sommerfeld erst durch Senatsbeschluss 2016; www.Gedenkbuch_Jued_Buerger_Bamberg_OPUS.pdf. ~ A. Backhaus: AoRD, 2007, S. 142; Dewaldt/Ziemer, S. 47 f.

603 Sonder, Erich Nathan, Dr. jur. (Heidelberg 1921; *Entziehung* 1940) ~ * 11. 11. 1896 Kippenheim/Baden; ⚭ 1930 Else Wolf (* 1905 Frankfurt/M.).

Frontkämpfer (Verwundetenabzeichen) ~ seit 1923 Rechtsanwalt und seit 1928 Notar (Dessau) ~ Kanzleigemeinschaft mit Dr. Hermann Cohn (1869–1933) und Dr. Riemeyer ~ Mitglied der CV-Ortsgruppe Dessau ~ 1923–1928 DDP-Mitglied ~ 1923–1937 Mitglied und 1931/32 Präsident der Anhalt-Loge (U.O.B.B.) ~ 1933 stellv., seit 1934 Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde ~ 1935 Notariat entzogen ~ Nov. 1938 *Schutzhaft* (KZ) ~ Berufsverbot ~ Jan. 1939 Emigration (Brasilien) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 12. 6. 1939: Gestapo Dessau (Sens) an Gestapa.

■ 27. 6./6. 10. 1939: RFSS/AA (nach Erinnerungen des RMdI und Mitteilung der DB Rio de Janeiro vom 11. Sept.: *keine ausserpolitischen Bedenken*) ~ 31. 10./3. 11. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99819; Hepp, Liste 141 (165; 166–167: *Ehefrau* u. K) ~ D Die Nichtigkeitsklage wegen mangelnder Vertretung (§570 Abs. 1 Nr. 4 ZPO), 1923; Moritz, 2001, S. 561 ~ B BArch, R 3001/76757 ~ Ulbrich, 2009, S. 59; Prick, 2010, S. 104–106.

604 Sondheimer, Elkan, Dr. (Heidelberg 1897; *Entziehung* 1940), Justizrat ~ * 1. 1. 1869 Vollmerz, Ldkrs. Schlüchtern); ⚭ Gertrud Rapp (1877–1946 New York).

Rechtsanwalt (Gelnhausen) ~ 21. 2. 1936 beim Betreten des Amtsgerichts in Steinau a. d. Straße zusammen mit seinem Kollegen Dr. Max Rapp und einem weiteren nicht jüdischen Amtsgerichtsrat Opfer eines antisemitischen Überfalls ~ 1938 wegen angeblicher Steuerschulden Enteignung der Villa und Übersiedlung nach München ~ 1939 Emigration (USA) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 20. 2. 1940: Gestapo München (Dr. Isselhorst) an RSHA.

■ 3./13. 4. 1940: RFSS/AA ~ 31. 5./6. 6. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99857; Hepp, Liste 179 (94; 95: *Ehefrau*); eine Ausbürgerung der beiden ebenfalls emigrierten Söhne Hans (* 1901; 1939 USA) und Fritz (* 1903; Silun/Liechtenstein) ist nicht dokumentiert; die Tochter Lotte (* 1907) war 1933 nach Zürich und von dort später nach Frankreich emigriert; im Mai 1940 in Paris verhaftet, wurde sie in Gurs interniert und am 10. 8. 1942 ab Drancy nach Auschwitz deportiert ~ D Nicht ermittelt; Moritz, 2001, S. 561 ~ B Frankfurter Rundschau v. 15. 11. 2010: „Lottes kurzes Leben“ (Jörg Andersson: www.fr.de; 19. 4. 2020); Christine Raedler, „Verzogen nach ...“: Die jüdische Familie Sondheimer aus Gelnhausen (Vortrag, 1. 11. 2011, anlässlich der Ausstellung „Legalisierter Raub. Der Fiskus und die Ausplünderung der Juden in Hessen 1933–1945. Eine Ausstellung des Fritz Bauer Instituts und des Hessischen Rundfunks, Ausstellungsstation Gelnhausen); Muriel Rukeyser, Ein Stein für Friedel [Sondheimer], „Das Universum besteht aus Geschichten, nicht Atomen“: www.bruderhof.com (24. 3. 2020).

605 Sondheimer, Ernst ~ 6. 9. 1890 Darmstadt – 15. 6. 1950 San Francisco, USA (Suizid).

Frontkämpfer ~ seit 1920 Rechtsanwalt (Darmstadt, Casinotr. 8; auch in Offenbach/Main zugelassen [1934]) ~ Kanzlei zusammen mit Hugo → Bender und Notar Karl Schoedler ~ nach 1933 „massiv bedroht“ ~ 1936 Emigration (San Francisco) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 5. 10. 1940: Gestapo Darmstadt (Fentz) an RSHA.

■ 29. 10./5. 11. 1940: RFSS/AA ~ 28./25. 11. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99890; Hepp, Liste 211 (140) ~ B BArch, R 3001/76759 ~ Bergemann, Darmstadt, 2012.

606 Spiegel, Hans ~ 20. 8. 1903 Tauberbischofsheim – Jan. 1971; V: Elias Spiegel (1864–1942, Rechtsanwalt in Heidelberg, Blumenthalstr. 9 [1937]); B: Dr. jur. Kurt Spiegel (1905–1988, Rechtsanwalt in Heidelberg; ⚭ 1930 Dr. jur. Alice Blach, 1905–1984; 1937 mit Ehefrau u. Kind in die USA emigriert).

Rechtsanwalt (Heidelberg) ~ Eintritt in die Kanzlei seines Vaters ~ der Bruder wird später ebenfalls Sozius der Anwaltsfirma, in der auch dessen Ehefrau – ohne als Anwältin zugelassen zu sein – mitwirkt ~ 1933 Berufsverbot und Auflösung der Sozietät, nachdem E. Spiegel vergeblich den Justizminister gebeten hatte, „statt seiner den Söhnen die Tätigkeitsgenehmigung zu belassen“ (Borgstedt) ~ Apr. 1939 Emigration (Großbritannien) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 31. 7. 1939: RFSS (Jagusch) an RMdI.

■ 31. 7./22. 8. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB London am 16. Aug. *Bedenken nicht geltend gemacht* hatte) ~ 6./8. 11. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99822; Hepp, Liste 144 (150); eine Ausbürgerung des *Bruders* ist nicht dokumen-

tiert ~ **B** Schiller, 1997, S. 469; Giovannini/Rink/Moraw, 2011, S. 394 f.; Borgstedt, 2012, S. 346/Anm. 925 (Schreiben v. 2. 5. 1933: GLA 240/Zug. 1997 38 Nr. 2365); Ladwig-Winters (2016) nennt A. Blach/Spiegel nicht ~ Abb. des Grabsteins Elise Spiegel geb. Schwarzmann und Elias Spiegel („Ruht in Köln“) auf dem Bergfriedhof Heidelberg: www.alemannia-judaica.de/images/images198/HeidelbergFriedhof (13. 6. 2019).

607 Spiegel, Wilhelm ~ 22. 6. 1876 Schalke – 12. 3. 1933 Kiel (ermordet); **B:** Dr. Otto Spiegel (1880–1965, USA; Kinderarzt in Kiel, Sozialdemokrat); ♂ 1906 Emma Loeb (1888 's-Gravenhage – 1935 Amsterdam); **3 K:** Franz Theodor (* 15. 11. 1907 Kiel – gest. vor 1993 in Südafrika, 1940 *Ausbürgerung* → **A** ; ♂ Bertha Maier, * 1906; *Jüdin*), Rolf (überlebte die deutsche Besetzung der Niederlande in einem Versteck in Utrecht) und Johanna (emigrierte vor dem Zweiten Weltkrieg in die USA).

Seit 1905 Rechtsanwalt und später auch Notar in Kiel ~ seit 1926 mit Dr. Otto Alving und seit 1929 assoziiert mit Dr. Hans Beyersdorff (* 1883 Oldenburg i. O.; Korvettenkapitän a. D.; *Halbjude*) ~ Kriegsfreiwilliger (EK II) ~ seit 1898 Mitglied der SPD ~ 1911–1933 Stadtverordneter, 1919–1924 Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung ~ 1921/22 Mitglied des Preussischen Staatsrats ~ stellv. Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Kiel ~ 1932 Verteidiger des Chefredakteurs der sozialdemokratischen „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ im Hitler-Wurbs-Prozeß in Kiel ~ in der Nacht vor der Kommunalwahl in seinem Haus überfallen und durch einen Kopfschuss tödlich verletzt, auf dem Weg in das Universitätskrankenhaus verstorben ~ das Verbrechen blieb ungesühnt.

A 4. 10. 1940: Gestapo Kiel (*In Vertretung: gez. Unterschrift (unleserlich) – Beglaubigt: [Unterschrift] Kanzleiangestellte.*) an RSHA:

► *Sein Vater, der jüdische Rechtsanwalt und Notar Wilhelm Spiegel, war ebenfalls Mit-*

glied der SPD und Verteidiger für KPD und SPD und kandidierte für die Stadtverordnetenwahl für die SPD-Kiel. Er wurde am 12. 3. 1933 in seiner Wohnung erschossen.

■ 4./9. 10. 1940: RFSS/AA ~ Veröffentlichung nicht dokumentiert.

Q PA/AA, R 100024 ~ **B** Volker Jakob, Wilhelm Spiegel 1876–1933. Ein politisches Leben – ein ungesühnter Tod, in: *Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte* 77, 3 (1993), S. 109–140; ders., Wilhelm Spiegel: Jude – Anwalt – Sozialist. Das erste Mordopfer der antisemitischen Gewalt, in: Paul/Gillis-Carlebach, 1998, S. 205–213 u. Anm.; Rechtsanwältin der RHD, 2002, S. 274; Lilla, 2005, S. 153/Nr. 1.413; www.spd-geschichtswerkstatt.de/wiki/Wilhelm_Spiegel (und Otto_Spiegel: Zugriff: 17. 4. 2019); Franziska Goergens, Die Vertreibung der jüdischen Rechtsanwältin aus Schleswig-Holstein, in: *AoRSH*, 2014, S. 37–40, 38 u. 40 ~ Stolperstein: Kiel, Forstweg 42 ~ H. Beyersdorff, Die Staatstheorien in der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung von 1919, Coburg 1928 (Kiel, Univ., Diss. 1929).

608 Stahl, Leo Elias, Dr. jur. (Erlangen 1909; *Entziehung* 1941) ~ 11. 7. 1885 Neustadt/Aisch – 15. 9. 1952 New York; ♂ Anna Regensburger (* 1894 Fürth).

Seit 1911 Rechtsanwalt (zunächst Nürnberg, noch im gleichen Jahr in Fürth) ~ dekoriertes *Frontkämpfer* (Offizier) ~ 11. 11.–7. 12. 1938 *Schutzhaft* (Dachau) ~ Berufsverbot ~ als *Konsulent* zugelassen ~ 1939 Emigration (England) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1941 interniert ~ seit 1947 in USA.

A 6. 11. 1940: Gestapo Nürnberg (Dr. Martin) an RSHA.

■ 30. 11./9. 12. 1940: RFSS/AA ~ 30. 12. 1940/2. 1. 1941: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99894; Hepp, Liste 215 (141; 142–144: *Ebefrau* u. *K*) ~ **D** Die sogenannte *clausula rebus sic stantibus* im BGB, Neustadt a/A: Schmidt (u. München [u. a.]: J. Schweitzer) 1909; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 93 ~ **B** BArch, R 3001/77040 ~ Weber, 2006, S. 293.

609 Staub, Richard, Dr. jur. (Erlangen 1908; *Entziehung* 1940) ~ * 22. 12. 1886 Ratibor; ⚭ Dora Blau (* 1894 Rawitsch/Posen).

Rechtsanwalt Breslau (1937: Tauentzienstr. 25) und Notar ~ 1939 Emigration (Chile) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 28. 10. 1939: Gestapo Breslau (Dr. Knab) an Gestapa:

■ 6./22. 4. 1940: RFSS/AA ~ 14./17. 5. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99852; Hepp, Liste 174 (140; 141 f.: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Kann auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts das Rechtsverhältnis der stillen Gesellschaft vorkommen?, Borna-Leipzig 1908; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 93 ~ **B** BArch, R 3001/77148.

610 Stein, Leon, Dr. jur. (Greifswald 1919; *Entziehung* 1940) ~ * 20. 10. 1896 Berlin – 17. 11. 1967 Montevideo, Uruguay; ⚭ Hildegard Oppenheimer (* 1912 Berlin).

Eigenen Angaben zufolge in der Schweiz geboren ~ 1914 Kriegsfreiwilliger, 1916 schwer verwundet ~ 1919 Gerichtsoffizier beim Volkwehrebataillon Oberschlesien ~ 1920 aus dem Heeresdienst entlassen (Oberleutnant) ~ seit 1923 Rechtsanwalt und seit 1927 Notar (Berlin) ~ 1924 Mitautor des Kommentars zum Umsatzsteuergesetz („Koppe-Stein“) ~ Syndikus des „Vereins des deutschen Faßbieregroßhandels“ ~ 1935 als Notar entlassen ~ 1938 Berufsverbot ~ 1939 Übersiedlung nach Zürich (Schweiz) ~ Beschlagnahme und Einziehung einer für eine Bank in Zürich bestimmten Überweisung in Höhe von 10.000 RM durch die Gestapo ~ seit 1940 in Argentinien (El Palomer) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 4. 9. 1940: RSHA (Engelmann) an RMdI.

■ 4./15. 9. 1940: RFSS/AA ~ 28./31. 10. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99885; Hepp, Liste 206 (112; 113 f.: *Ehefrau* u. *K*, * 1935 London) ~ **D** Das Begnadigungsrecht, insbesondere die Abolition unter Berücksichtigung der Kriegs-Amnestien, Berlin 1919 ~ **B** BArch, R 3001/77248 ~ SwissA, Dossier 1953 (Buenos Aires) ~ EAB, 72468 ~ AoRB, ²2007, S. 271.

611 Stein, Nathan, Dr. jur. (Heidelberg 1903; *Entziehung* 1939) ~ 1. 10. 1881 Worms – 23. 6. 1966 New York; ⚭ 1906 Recha Strauss (* 1885 Karlsruhe).

1906–1933 Rechtsanwalt (Karlsruhe) und bis 1937 Teilhaber des Bankhauses Strauss & Co., Karlsruhe ~ 1925–1933 Prof. f. Nationalökonomie (TH Karlsruhe) ~ 1922–1937 Präsident des Oberrates der Israeliten Badens ~ 1930 Mitbegründer des Rotary-Clubs Karlsruhe ~ Juli 1937 Emigration (Schweiz, seit 1939 in USA) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 1940–1950 Veröffentlichungen in der Zeitschrift „Aufbau“ (New York) ~ 1946–1952 Präsident, danach Ehrenpräsident der American Federation of Jews from Central Europe.

A 22. 2. 1939: Gestapo Karlsruhe (Hahn) an Gestapa.

■ 15./30. 3. 1939: RFSS/AA (nachdem das DGK Zürich *keine Bedenken* gegen die Ausbürgerung und deren Erstreckung geltend gemacht hatte) ~ 24./30. 5. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99790; Hepp, Liste 114 (115; 116 f.: *Ehefrau* u. *S*) ~ **E** Oberrat der Israeliten Badens, 1922–1937, in: Yearbook LBI 1 (1956), S. 177–190 ~ **D** Nicht ermittelt; Moritz, 2001, S. 561 ~ **B** LBI, New York: Lebenserinnerungen (Manuskript; Kopie: StadtA Karlsruhe) ~ Universitätsbibliothek Basel, Briefe an Selma Stern-Täubler u. Eugen Täubler ~ BHdE I, 1980, S. 725; Göpinger, ²1990, S. 319; Werner, ²1990, S. 80, 171 u. ö.; Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 14.

612 Steinitz, Werner, Dr. jur. (Greifswald 1914; *Entziehung* 1939) ~ 27. 3. 1890 Berlin – 13. 1. 1988 USA; ⚭ II. Grete Goltz (* 1901 Brentau, Krs. Danziger Höhe).

Frontkämpfer ~ seit 1920 Rechtsanwalt und seit 1926 Notar (Berlin) ~ 1933 Vertretungsverbot ~ entschädigungslose Überlassung der Praxis an Herbert Lautenbach ~ Ende April 1933 Emigration (Havanna/Kuba) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ seit (1954) in USA (New York).

A 18. 11. 1938: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 13. 12. 1938/6. 5. 1939: RFSS/AA (Für das Amt stimmte Hinrichs der Ausbürgerung *des jüdischen Mischlings I. Grades* und der Erstreckung der Ausbürgerung zu, nachdem die DG Havana auf Anforderung des Amtes am 13. März mitgeteilt hatte: *Ueber das Verhalten des Steinitz hat nur der Leiter des hiesigen Wahlkonsulats [W. Köhler] die in Abschrift beiliegende Auskunft [v. 3. 3. 1939] geben können. Sowohl dem Hobeitsträger wie seinem Stellvertreter ist über Steinitz nichts näheres bekannt, insbesondere nicht bezüglich der ihm gegenüber gemachten Vorwürfe.*

Von hier aus werden Bedenken gegen den Ausbürgerungsvorschlag nicht erhoben.

Auskunft – Abschrift:

Werner Steinitz ist Jurist und kam, als es ihm unmöglich gemacht war, in Berlin seinen Beruf weiter auszuführen, mit seiner Frau und seinen Kindern nach Kuba, um hier mit seinem Bruder zu arbeiten und dadurch sich sein Leben zu verdienen. Ich lernte ihn kurz nach seiner Ankunft in Habana auf dem Konsulate kennen und bekam dann noch einige Male seinen Besuch und konnte dabei beobachten, dass es ihm grosse Mühe kostete, mir gegenüber seine Einstellung zum III. Reiche zu verbessern. Mit seinem Bruder arbeitete er anfangs in gutem Einvernehmen, entzweite sich später mit ihm und fing dann an für eigene Rechnung zu arbeiten. Anderen Mitgliedern gegenüber soll Steinitz in vorsichtiger, aber trotzdem offener Weise seine Einstellung gegen das III. Reich bekundet haben.) ~ 14./16. 6. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99795; Hepp, Liste 118 (128; 129–131: *Ehefrau* u. K) ~ **D** Gleichzeitige Angehörigkeit in mehreren deutschen Einzelstaaten,

Greifswald 1914 ~ **B** BArch, R 3001/77344 ~ AoRB, ²2007, S. 272 („evangelisch, wie seine Mutter und seine Geschwister“).

613 Steinschneider, Adolf Moritz → I. 78

614 Steppacher, Walter, Dr. jur. (Erlangen 1912; *Entziehung* 1938) ~ 21. 5. 1886 Ulm – 25. 2. 1962 München.

Seit 1913 Rechtsanwalt (München) ~ dekoriertes *Frontkämpfer* (Offizier) ~ 1923 im „Völkischen Beobachter“ antisemitisch attackiert, mutmaßlich im Zusammenhang mit mehreren gegen Steppacher angestregten Gerichtsverfahren ~ 1934 Zulassungsverzicht, um dem Berufsverbot zuvorzukommen (Weber) ~ 1936 Emigration (Palästina) ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ seit Ende 1939 in USA ~ 1958 Rückkehr und Wiederezulassung als Rechtsanwalt (München).

A 11. 12. 1937: Gestapo München (Beck) an Gestapa.

■ 9. 3./31. 5. 1938: RFSS/AA (nachdem das DK Jaffa am 26. März *keine Bedenken* geltend gemacht, aber zugleich mitgeteilt hatte, *einen Durchschlag dieses Schreibens* an das DK Zürich gesandt zu haben, *weil Dr. Steppacher sich meines Wissens gegenwärtig in Zürich, Falkenstrasse 6, Pension Seequai, aufhält, wo er auf die Genehmigung seines am 27. März 1937 bei diesem Konsulat gestellten Antrags auf Passverlängerung wartet, auf welchen bisher eine Entscheidung des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin nicht eingegangen ist.* Am 20. Mai machte das DGK Zürich auf Anfrage des Amtes ebenfalls *keine Bedenken* geltend.) ~ 21./22. 6. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99702; Hepp, Liste 52 (19) ~ **D** § 166 R.St.G.B. und die Reform, München 1912; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 93. ~ **B** Weber, 2006, S. 261 („verh.“)

615 Stern, Erich Harry → I. 79

616 Stern, Harry, Dr. jur. (Marburg 1919; *Entziehung* 1940) ~ 23. 4. 1894 Reichen-sachsen, Krs. Eschwege – 1968 London; ☉ 1930 Lotte Löwenthal (* 1904 Heidel-berg).

Rechtsanwalt (Erfurt, Schlösserstr. 28 [1937]) und Notar ~ Sozietät mit Dr. Alex Heilbrun I (1879–1942 Belzec) ~ Mitglied des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde Erfurt ~ Präsident der örtlichen B'nai B'rith Loge ~ 1935 als Notar entlassen ~ bei der *Juden-Aktion November 1938* in Erfurt festgenommen und vom 10. 11.–16. 12. 1938 *Schutzhaft* (Buchenwald) ~ März 1939 Emigration (England) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 13. 6. 1939: Gestapo Erfurt (Fischotter) an Gestapa.

■ 17. 7./16. 8. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB London am 8. Aug. gegen die vom Reichs-führer SS [...] vorgeschlagene *Ausbürgerung* [...] *Bedenken nicht geltend gemacht* hatte) ~ 16./21. 9. 1919: RMdI/DRA.

Q PA/AQA, R 99813; Hepp, Liste 135 (134; 135 f.: *Ehefrau* u. K) ~ **D** Die einheitliche inter-nationale Wechselordnung vom 23. 7. 1912 im Vergleich mit der deutschen Wechselordnung, 1919; Lemberg, 2002, S. 49, 66 ~ **B** BArch, R 3001/77424 ~ Interview mit Harry Stern über den Pogrom in Erfurt, 31. 10. 1954, Wiener Library, P II d, Nr. 2, Archiv IFZ, MZS 1/1, aus-zugsweise zitiert von Wolfgang Benz, Der Rück-fall in die Barbarei. Bericht über den Pogrom, in: Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristall-nacht“ zum Völkermord, hg. v. Walter H. Pehle, Frankfurt/M. 1988, S. 13–51, 39 f. u. S. 214/Anm. 32, bzw. Der Novemberpogrom 1938, in: Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter der nationalsozialistischen Herrschaft, hg. v. W. Benz, München 1989, S. 499–544, 528 u. 724/Anm. 35 ~ Walk, 1988; S. 354; Wolf, Bd. 2 (2002); AoRD, 2007, S. 146 f.; Kollmann/König, 2012, S. 229 f.; Novemberpogrom 1938 in Erfurt, 2014, S. 68 f.; zu A. Heilbrun, im Gedenkbuch des Bundesarchivs nicht genannt, vgl. Lang, 2014, S. 656/Anm. 120.

617 Stern, Heinrich, Dr. jur. (Leipzig 1906; *Entziehung* 1940) ~ * 17. 3. 1882 Nordhausen – 28. 11. 1949 Baltimore, USA; ☉ Charlotte Herzog (* 1897 Berlin).

Rechtsanwalt und Notar (Nordhausen) ~ Vorsitzender des CV-Ortsvereins ~ ver-öffentlichte 1927 im Selbstverlag eine „Ge-schichte der Juden in Nordhausen“ ~ 11. 1. 1939 Verschickung der Tochter nach England, selbst mit Ehefrau am 21. 1. 1939 nach London abgemeldet ~ Versuch, mit einem gekauften, aber gefälschten Visum nach Peru zu emigrieren ~ 1939 *Ausbürge-rung* ~ gestrandet in Bolivien ~ seit 1944 in USA.

A 22. 3. 1939: Gestapo Erfurt (Fischotter) an Gestapa.

■ 4. 5./18. 9. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Lima am 7. Juni und 15. Juli nichts über Stern und seine Ehefrau – *falls sie sich über-haupt in Peru aufhalten sollten* – hatte ermit-teln können) ~ 25./28. 11. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99827; Hepp, Liste 149 (134; 135 f.: *Ehefrau* u. K; die 1921 geb. Tochter schenkte „dem ersten Bürgermeister nach dem politischen Umbruch, Dr. Manfred Schröter“, drei von ihrem Vater im Handgepäck mit-genommene Bücher: „ein Minibüchlein des Buches der Lieder von Heinrich Heine, ein Buch von Martin Buber und ein[en] Spanisch-Kurz-sprachführer“ (E. Küstner) ~ **D** Der contrarius consensus im Rechte des Bürgerlichen Gesetzbuches, Nordhausen 1906; Henne, 2007, S. 116 ~ **B** USHMM, Heinrich Stern collection ~ H. Stern, Geschichte der Juden in Nordhausen, Nordhausen 1927 (Neuaufgabe hg. v. Manfred Schröter u. Steffen Iffland, Nordhausen-Salza 2008) ~ Wolf, Bd. 2 (2002); Eike Küstner, Jüdische Kultur in Thüringen. Eine Spuren-suche, Erfurt 2012, S. 6.

618 Stern, Ludwig, Dr. jur. (Erlangen 1909; *Entziehung* 1941) ~ * 16. 11. 1883 Hameln a. d. Weser; ☉ Therese Straßburger (* 1895 Mannheim).

Rechtsanwalt (Mannheim) ~ Okt. 1937 Emigration (Italien) ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 25. 11. 1940: Gestapo Karlsruhe (Dr. Faber) an RSHA.

■ 28. 1./5. 2. 1941: RFSS/AA ~ 4./7. 3. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99900; Hepp, Liste 221 (133; 134: *Ehefrau*) ~ **D** Die zivilrechtliche Bedeutung des Streiks, Borna-Leipzig 1909; Mertens/Feke-titsch-Weber, 2010, S. 94.

619 Stern, Moritz, Dr. jur. (Marburg 1912; *Entziehung* 1940) ~ * 21. 9. 1884 Gils-erberg/Krs. Ziegenhain; ⚭ Anna Rosen-berg (* 1892 Kassel).

Seit 1921 Rechtsanwalt und seit 1926 No-tar (Kassel) ~ Notariat entzogen ~ Jan. 1938 Emigration (St. Louis/USA) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 13. 8. 1940: Gestapo Kassel (Hülff) an RSHA.

■ 6./15. 9. 1940: RFSS/AA ~ 28./31. 10. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99885; Hepp, Liste 206 (117; 118 f.: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Die Beanstandung von Beschlüssen der Kommunalorgane in Preußen, Cassel-Wilhelmshöhe 1912; Lemberg, 2002, S. 49 u. 66 ~ **B** BArch, R 3001/77432 ~ Schrö-der-Teppe, 2006, S. 92 f.

620 Stern, Robert ~ * 28. 5. 1894 Alzey/Hessen; ⚭ 1923 Martha Schmalz (* 1900).

Rechtsanwalt (Bingen, Adolf-Hitler-Str. 9 [1937]) ~ assoziiert mit Richard → Strauß ~ 1939 Emigration (New York) ~ 1941 *Aus-bürgerung*.

A 7. 2. 1941: Gestapo Darmstadt (Fentz) an RSHA.

■ 19. 3. 1941: RFSS/AA ~ 2./5. 5. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99908; Hepp, Liste 229 (150; 2. 5. 1941; 151 f.: *Ehefrau* u. *K*) ~ **B** BArch, R 3001/77434 ~ Hochzeitsfoto: Sammlung Arbeitskreis Jüdisches Bingen, veröff. von Beate Goetz (Rosa Schmalz, Bingerin nach Auschwitz verschleppt und ermordet), in *Allgemeine Zei-tung* v. 1. 7. 2015: Erinnerung an die Uroma:

www.allgemeine-zeitung.de/lokales/bingen (Zugriff: 14. 6. 2019); Krach, 2007, S. 18.

621 Stern, Siegfried Salomon, Dr. (Erlan-gen 1927; *Entziehung* 1939) ~ 5. 3. 1903 Würzburg – 3. 12. 1959 Haifa.

Seit 1930 Rechtsanwalt (München) ~ Zio-nist ~ 1933 Berufsverbot ~ Okt. 1933 Schutzhaft ~ Denkschrift „Überlegungen zur Behandlung der Judenfrage“, die Stern eigenen Angaben zufolge „am 19. IV. 1934 dem Herrn Reichsminister des Innern ein-reichte“, weiter „dem Herrn Stellvertreter des Führers“, der „meine Gedankengänge bereits seit Herbst 1930 [kennt], als ich mich damals bemühte, sie dem Führer der N.S.D.A.P. zu unterbreiten“; nach seiner „Anwesenheit in Berlin, das heisst seit dem 1. VII. 34“, brachte Stern die Denkschrift auch dem Gestapa zur „Kenntnis“; weiter-hin schickte Stern, der im Kopf seines Münchner Briefbogens „Rechtsanwalt“ und Angaben zur Kanzlei ausgeixt und als Adresse „Berlin-Charlottenburg, Uh-landstr. 194 a“ mit Schreibmaschine nach-getragen hatte, am 23. 1. 1935 seine Denk-schrift an das Auswärtige Amt; nach dem Anschreiben war Stern, der „bis zum Früh-jahr 1933“ der „Union der Zionisten-Revi-sionisten“ angehört hatte, nach Paris ge-reist, um seinen „Einfluss bei dem Präsidenten der Revisionisten Union, Herrn [Vladimir] Jabotinsky, zur Verhin-derung eines neuen Boykottbeschlusses geltend zu machen“; Stern hatte danach „im November 1934“ von den Plänen der Uni-on „erfahren“, aber Jabotinsky nicht an-getroffen. Daraufhin hatte er vergeblich die Deutsche Botschaft für eine Unterstützung zur Weiterreise nach London ersucht, um dort Jabotinsky zu sprechen; seinen „Ent-schluss“ zu dieser Reise hatte Stern, wie er dem Amt mitteilte, „dem Rassenpolitischen Amt der N.S.D.A.P., als der ständig mit mir in der Sache selbst in Fühlung stehenden Dienststelle und natürlich auch dem Ge-heimen Staatspolizei-Amt bekannt“ gege-ben. Das Amt hielt es für *nicht zweckmäßig*,

Stern zu antworten; handschriftlich vermerkte Legationssekretär Schumburg für den Leiter des Sonderreferats Deutschland, von Bülow-Schwante, am 29. 1. 1935: *Der Verfasser ist Staatszionist, Gegner der Assimilation. Er setzt sich für Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reichsvertretung der Juden zwecks ‚endgültiger‘ Lösung der Judenfrage ein. Deutschland soll das Mandat über Palästina erhalten! / Zum größten Teil Utopie. Jedoch höchst lesenswert als ‚Bekanntnisse eines deutschen Juden‘.* ~ Nach Weber war Stern im Juni 1934 nach Berlin umgezogen und als „juristischer Berater einer Bank“ tätig ~ Januar bzw. Februar (Jünger) 1935 in Schutzhaft ~ Sept. 1935 Emigration (Palästina) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ seit 1940 Rechtsanwalt und Notar (Haifa).

A 21. 1. 1939: Gestapo München (Beck) an Gestapa.

■ 9.2./24. 3. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Jerusalem am 2. März *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 14./18. 4. 1939: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 97778; Hepp, Liste 106 (103) ~ D Die verminderte Zurechnungsfähigkeit nach § 17 Abs. 2 und § 18 Abs. 2 des Amtlichen Entwurfs zu einem Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuch, Würzburg 1927; Mertens/Fekeitsch-Weber, 2010, S. 94 ~ B PA/AA, R 99332 (Denkschrift; „Lebenslauf des Verfassers“ im Anhang der Denkschrift: „Ich bin Süddeutscher; in Würzburg geboren und in Oberhessen bei den Eltern meiner früh verstorbenen Mutter unter Bauernkindern aufgewachsen. [...] ich wusste schon im Jahre 1919, dass ich nie Jüdisches und Deutsches verquicken würde. [...] Da mir mein Vater die Uebersiedlung nach Palästina nicht gestattete, studierte ich Rechtswissenschaft und war seit September 1930 in München als Rechtsanwalt niedergelassen. Da ich meiner Jugend wegen nicht mehr im Felde war und mein Vater wohlbehalten von dort zurückkam, wurde mir im August 1933 die Zulassung entzogen; seit dieser Zeit widme ich mich grösstenteils jüdischen Angelegenheiten. Meine speziellere Einstellung zur Judenfrage ist die Auswirkung einer Studienreise nach Palästina und Aegypten im Jahre 1925, meine positive Einstellung zum Nationalsozialismus habe ich in den

letzten Jahren und insbesondere im Rahmen des Akademischen Clubs in München wiederholt bekanntgegeben.“ ~ EAB, 78014 (DS 2042) ~ Weber, 2006, S. 261 (danach verh., 2 K); zum Vorwurf der Gestapo-Zusammenarbeit, von Jakob Ball-Kaduri (Vor der Katastrophe. Juden in Deutschland 1934–1939, Tel Aviv 1967, S. 73–75) erhoben und von Carsten Teichert (2000, S. 178 f.) übernommen, jetzt kritisch Jünger (2016, S. 204–207); die bereits von R. Weber nachgewiesene Ausbürgerung Sterns erwähnt D. Jünger nicht.

622 Stern, Werner, Dr. jur. (Bonn 1930; *Entziehung* 1940) ~ * 9. 8. 1905 Essen; Ⓞ 1935 Hella Frohmann (* 1912 Essen).

Seit 1931 Rechtsanwalt (Essen) ~ 1933 Berufsverbot ~ (9./10.) 11.–28. 11. 1938 *Schutzhaft* (Dachau) ~ 1939 Emigration (Rhodesien) ~ später Rechtsanwalt in Südafrika ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1957–1979 unter Befreiung von der Residenzpflicht wieder als Rechtsanwalt zugelassen (Essen/Antwerpen).

A 14. 3. 1940: Gestapo Düsseldorf (Dr. Haselbacher) an RSHA.

■ 19./22. 4. 1940: RFSS/AA ~ 11./14. 6. 1940: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99860; Hepp, Liste 182 (158; 159 f.: *Ebefrau* u. S) ~ D Die Fälle der besitzlosen Mobiliarsicherung im modernen Recht. Unter Berücksichtigung des geltenden österreichischen, schweizerischen, englischen und französischen Rechts, Göttingen 1930 ~ B BArch, R 3001/77443 ~ Schröter, 1981, S. 742; Schmalhausen, 2006, S. 103.

623 Stern-Peltz, Friedrich (Fritz) Reinhold, Dr. jur. (Frankfurt 1924; *Entziehung* 1939) ~ * 10. 7. 1886 Neustadt/Weinstraße; Ⓞ Emma Margarte Sofie Wilhelmine Nielsen-Peltz (* 1889 Randers, Dänemark).

Frontkämpfer ~ seit 1926 Rechtsanwalt und seit 1930 Notar (Frankfurt/M.) ~ 1935 als Notar entlassen ~ März 1936 Emigration (Kopenhagen) ~ Mai 1936 auf eigenen Antrag in der Anwaltsliste gelöscht ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 29. 7. 1938: Gestapo Frankfurt a. M. (Ringshausen) an Gestapa.

■ 17. 1./1. 2. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Kopenhagen am 1. Febr. *außenpolitische Bedenken* nicht geltend gemacht hatte) ~ 15./17. 3. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99765; Hepp, Liste 99 (91; 92 f.: *Ehefrau* u. K) ~ **D** Der Pensionsvertrag. Eine Beitrag zur Lehre von den gemischten Verträgen, 1924; Becker, [1994], S. 72 ~ **B** BAArch, R 3001/77445 ~ Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 194.

624 Stiefel, Ernst C., Dr. jur. (Heidelberg 1929), Dr. h. c. (Konstanz, 1985) ~ 29. 10. 1907 Mannheim – 3. 9. 1997 Baden-Baden.

März 1926 Abitur: „Die Pensen zweier Schuljahre wurden durch privates Studium außerhalb der Schule erarbeitet, um während dieser Zeit eine kaufmännische Lehre zu absolvieren. Die juristische Vorbildung erwarb ich in Heidelberg, Paris und Berlin. Nach siebensemestrigem Studium habe ich im Herbst 1929 die erste juristische Staatsprüfung mit Note ‚gut‘ bestanden.“ ~ Frühjahr 1933 Rechtsanwalt (Mannheim) ~ nach zwei Wochen Berufsverbot ~ Emigration (Straßburg) ~ Tätigkeit bei Assurances Alsaciennes ~ und Fortsetzung der bereits in Deutschland begonnen Buchbinderlehre ~ erneutes Rechtsstudium (Paris) ~ 1934 Licencié en Droit ~ 1935 Diplôme d'Études Supérieures ~ Studium des englischen Rechts ~ 1938 Barrister of the Middle Temple (London) ~ Sept. 1939 interniert, aber Ausreisegenehmigung (USA) ~ Chauffeur, Tellerwäscher, Tätigkeit in Anwaltsbüros ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1942/43 Office of Economic Warfare (consultant) ~ 1943 Anwaltszulassung und Mitarbeiter des Office of Strategic Affairs (OSS) ~ 1943/45 US-Army ~ 1945 Tätigkeit für das Department of State und an der Botschaft der USA in Rom ~ 1946/47 für die Militärregierung in Deutschland (Mannheim und Heidelberg) tätig ~ seinem Antrag auf Wiederezulassung als An-

walt – „aus den Reihen der württembergischen Landesregierung“ angeregt – wurde aufgrund der Niederlassungspflicht für Rechtsanwälte nicht entsprochen, ohne dem Antragsteller dies förmlich mitzuteilen ~ Anfang 1947 „in einer Schenke“ in Hinterzarten zufälliges Zusammentreffen mit einem „Wanderer“: „Wir stellten uns einander vor – sein Name (*Sträter*) sagte mir nichts – und wir kamen ins Gespräch. Es stellte sich heraus, daß auch er Jurist war. Ich habe ihm frisch von meinem Besuch in Stuttgart berichtet, worauf mein Gesprächspartner aufstand und erklärte: ‚Sie sind hiermit in Düsseldorf als Anwalt zugelassen. Ich bin der Justizminister von Nordrhein-Westfalen.‘ So kam ich ohne je dort gewesen zu sein, als Rechtsanwalt nach Düsseldorf.“ ~ Rückkehr in die USA ~ Attorney and Consellor of Law (New York) ~ seit 1950 unter Befreiung von der Residenzpflicht Rechtsanwalt in Düsseldorf ~ weiterhin als Anwalt zugelassen in Paris (Advocat) und London (Barrister) ~ seit 1975 a.o. Professor of Law an der New York School of Law ~ 1995 GBVK mit Stern.

A 19. 10. 1939: Gestapo Karlsruhe (Dr. Faber) an Gestapa.

■ 21. 12. 1939/4. 1. 1940: RFFS/AA ~ 11./15. 4. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99847; Hepp, Liste 169 (134; 132 f. [*Eltern*] u. 135 [*Bruder*]) ~ **D** Die Rechtsfolgen der Schwarzfahrt unter besonderer Berücksichtigung des Versicherungsschutzes, Heidelberg 1929; *Entziehung* nicht dokumentiert ~ **B** LBI, AR 5230 Ernst S. Stiefel Collection 1940–1997 ~ Die deutsche Emigration in den U.S.A., in: Festschrift für Walter Oppenhoff zum 80. Geburtstag, hg. v. Walter Jagenburg [u. a.], München 1985, S. 433–449, und überarbeitet in: JZ 43 (1988), 9, S. 421–426; (mit Frank Mecklenburg) Deutsche Juristen im amerikanischen Exil (1933–1950), Tübingen 1991; Lutter/Stiefel/Hoeflich; 1993, S. 1 f. (Eröffnungsansprache); Gedanken zur Heimat, in: Institutioneller Wettbewerb als Herausforderung für die Globalisierung der Wirtschaft, hg. v. Carsten Thomas Ebenroth, München 1995, S. 61–64, 65–73:

Schriftenverzeichnis; Als jüdischer Jurist in Mannheim und Heidelberg: Bericht eines Zeitzeugen für die Jahre 1933–45 und heute [redaktionell bearb. v. Detlev Kleindiek], in: Max Hachenburg. Zweite Gedächtnisvorlesung 1996, hg. v. Peter Hommelhoff [u. a.] Heidelberg 1997, S. 1–11 ~ Marcus Lutter (Hg.), Festschrift für Ernst C. Stiefel zum 80. Geburtstag, München 1987 ~ Juristen im Portrait, 1988, S. 683–686 (Otto Sandrock); Göppinger, 1990, S. 320; Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 131–134, 158; Schiller, 1997, S. 469; Marcus Lutter, Ernst C. Stiefel zum Gedenken, in: JZ Nr. 22 v. 21. 11. 1997, S. 1109f.

625 Stiefel, Erwin Sigurd ~ * 20. 2. 1889 Nürnberg.

Frontkämpfer ~ Mitgründer der BVP, befreundet mit Fritz Schäffer und Karl Scharnagl ~ seit 1932 Rechtsanwalt (München) ~ 1936 Verzicht auf die Zulassung, um deren Entzug nach zwei Ehrengerichtsverfahren wg. Verschleierung seiner jüdischen Herkunft zuvorzukommen ~ Sept. 1936 Emigration (Rom) ~ 1935–1938 Studium der Theologie in Fribourg, *um katholischer Priester zu werden* ~ angeblich am 21. 3. 1938 aus der Schweiz ausgewiesen ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ verschollen.

A 13. 3. 1939: Gestapo München (Flesch) an Gestapa.

■ 29. 3./23. 8. 1939: RFSS/AA (nachdem die DG Bern am 11. Aug. *keine Bedenken* geltend gemacht und ergänzend mitgeteilt hatte: *Der Beauftragte für Deutschlandfragen der [NSDAP-]Auslandsorganisation schliesst sich dieser Auffassung an.*) ~ 14./17. 10. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99817; Hepp, Liste 139 (135) ~ **B** BArch, R 3001/77486 ~ SwissA, Dossier E4320B#1970/25#466*: 1938–1941 betr. Stiefel, Erwin (ohne Geburtsdatum!) ~ Weber, 2006, S. 261.

626 Strauß, Albert, Dr. jur. (Greifswald 1919; *Entziehung*) ~ 3. 10. 1882 Beverungen/Weser – 7. 12. 1960; ⚭ Alice Harff (* 1897 Frankfurt/Main).

Rechtsanwalt und Notar (Dortmund) ~ Aug. 1933 Emigration (Belgien) ~ 1933 *Steuersteckbrief* und Vermögensbeschlagnahme ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 5. 10. 1939: Gestapo Dortmund (Illmer) an Gestapa.

■ 28. 1./15. 4. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB Brüssel *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 11./13. 5. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 100015; Hepp, Liste 112 (127; 128: Ehefrau) ~ **D** Die Behandlung des im Inlande befindlichen feindlichen Vermögens während des Krieges, Greifswald 1919 ~ **B** Himmelmann [u. a.], [1994], S. 90–92 (H.-J. Pohlmann); Kißener/Roth, 2017, S. 109.

627 Strauß, Emil, Dr. jur. (Göttingen 1907; *Entziehung*) ~ * 6. 7. 1885 Obernkirchen, Krs. Rinteln; *M*: Franziska geb. Katzenstein (* 1862 Aschenhausen; 1942 von Hamburg nach Theresienstadt deportiert); *S*: Bella (1892–1972, ⚭ Dr. Hans E. Hirschfeld, 1894–1971); ⚭ *Maria* Berta Gebhardt (* 1892 Frankfurt/Oder).

Sohn von Löb Strauß (1861–1932; bis 1922 Lehrer der einklassigen jüdischen Volksschule Papenburg; 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats Papenburg; 1919 für die DDP in den Magistrat gewählt, Stellvertreter des Bürgermeisters) ~ Rechtsanwalt und Notar (Lüneburg) ~ Frontkämpfer ~ Sozietät mit Dr. Ernst Less ~ 1929 Hetze gegen „den Juden und Genossen Dr. Strauß“ und Bombenattentat auf das Wohnhaus (Lüner Weg 8) durch den geistig verwirrten Sohn („Bombenleger“) eines NS-Agitators ~ 1933 Entlassung als Notar und Berufsverbot ~ Übersiedlung nach Hamburg ~ 1939 Emigration (London) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ später britischer Staatsbürger.

A 8. 11. 1940: Gestapo Hamburg (Seetzen) an RSHA.

■ 8./16. 1. 1941: RFSS/AA ~ 13./14. 2. 1941: RMdI/DRA

Q PA/AA, R 99898; Hepp, Liste 219 (38; 152 f. *Ehefrau* u. K) ~ D Das Wandelungsrecht beim Kauf nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, Papenburg 1907 ~ B BArch, R 3001/77708 ~ Uwe Eissing, Die jüdische Gemeinde Papenburg-Aschendorf im Spiegel der Zeit. Ein Gedenkbuch, Papenburg 1987, S. 78 ff., 224–228; Sibylle Bollgöhn, Jüdische Familien in Lüneburg. Erinnerungen, Lüneburg 1995, S. 149 f.; Rechtsanwältin der RHD, 2002, S. 283 f.; Max Langenbucher 1908–1994. Ein Leben für die Konsumgenossenschaft, hg. v. d. Heinrich-Kaufmann-Stiftung, Hamburg 2011, S. 26; Dr. Emil Strauß, in: Geschichtswerkstatt Lüneburg/Hanno Baltz (Hg.), Verdrängung und Profit. Die Geschichte der ‚Arisierung‘ jüdischen Eigentums in Lüneburg 1933–1943, Lüneburg 2011, S. 136–141 (Christin Krause) ~ Der Sozialdemokrat Hans E. Hirschfeld – bis 1933 Ministerialrat im preuß. Innenministerium und nach der Rückkehr aus der Emigration 1950–1960 Leiter des Presse- und Informationsamtes Berlin – wurde mit der 5. Liste 1936 ausgebürgert; die Ausbürgerung seiner Ehefrau und der Töchter wurde mit der 9. Liste 1937 vollzogen; PA/AA, R 99646 u. R 99656; BHdE I, 1980, S. 302.

628 Strauss (Strauß), Ernst → I. 80

629 Strauß, Eugen, Dr. jur. (Würzburg 1908; *Entziehung* 1940), Justizrat (1928) ~ 24. 6. 1879 Ulm – 17. 10. 1965 London; ⚭ Irma Moos (* 1890 Reutlingen).

Seit 1906 Rechtsanwalt (Augsburg) ~ dekoriertes *Frontkämpfer* (Offizier; verwundet) ~ bedeutende Wirtschaftspraxis ~ seit 1921 Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde Augsburg ~ Frühjahr 1935 Beschädigung des Kanzleischildes, als *Einberufer* polizeilich nicht genehmigter Sitzungen von Verwaltungs- und Ausschusssitzungen der Israelitischen Kultusgemeinde angezeigt und vorübergehend in *Schutzhaft* ~ 1938 Berufsverbot ~ Juni 1939 Emigration (England) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ seit 1942 Mitarbeiter eines Patentanwalts, seit 1945 Anwalt (Rechtsberater) ~ auf seine Bitte erneuerte die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Würzburg die Doktorurkunde

anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Promotion als goldene Doktorurkunde.

A 25. 8. 1939: Gestapo Augsburg (Gold) an Gestapa.

■ 10. 10. 1939: RFSS ~ 10./13. 12. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99828; Hepp, Liste 150 (121; 122: *Ehefrau*) ~ D Das Rechtsverhältnis am Fund, München 1908; Rupp, 2011, S. 216 ~ B Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten, 2004, S. 124; Weber, 2006, S. 262; Kinder (Weber) werden im Ausbürgerungsvorschlag der Gestapo nicht aufgeführt.

630 Strauß, Hans Josef, Dr. jur. (Breslau 1928; *Entziehung* 1940) ~ 19. 10. 1904 Marburg – Juli 1987 New York ; ⚭ 1929 (gesch.) Alice Hecht (* 1906 Breslau).

Rechtsanwalt (Berlin) ~ 1933 Berufsverbot ~ nach Flucht im März 1936 in die ČSR noch zweimal illegal für ein oder zwei Tage in Berlin ~ Juni 1936 Emigration (ČSR, später USA) ~ 1938 *Steuersteckbrief* ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 23. 12. 1940 vom LG Berlin wegen Nichtzahlung der Reichsfluchtsteuer in Höhe von 11.890 RM in Abwesenheit zu 4 Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 12.000 RM verurteilt ~ Beschlagnahme und Versteigerung des in Berlin lagernden Umzugsguts ~ Steuerberater und Berater für ausländisches Recht (New York) ~ Anwalt in zahlreichen Restitutionsverfahren, u. a. im Fall der 1935/36 an die Schweizer Zigarrenfabrik Burger Söhne (Burg/Aargau) verkauften (arisieren) Emmendinger Zigarrenfabrik Günzburger & Co. ~ 1952 Antrag auf Wiederzulassung in Berlin, auf Ersuchen des Präsidiums der Rechtsanwaltskammer durch den Präsidenten des Kammergerichts Berlin versagt ~ dagegen schwebten 1954 noch zwei von Strauss (z. Zt. Mannheim, p. Adr. Rechtsanwalt Josef Gentil) beantragte Ehrengerichtsverfahren bei dem Ehrengerichtshof der RAK Berlin ~ Gründe für die nicht zurückgenommene Verweigerung waren offenbar von Strauss

in New York veröffentlichte „diskriminierende Artikel über die deutsche Rechtsanwaltschaft in bezug auf die Wiedergutmachung“, wie ein Mitarbeiter der Entschädigungsbehörde nach Akteneinsicht vermerkte.

A 8. 5. 1939: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 15. 6./13. 7. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB Rom am 30. Juni *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 31. 7./4. 8. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99806; Hepp, Liste 129 (143; 144: *E*: zum Zeitpunkt der Ausbürgerung gesch., in 2. Ehe vh. mit Dr. Hans Munter; emigrierte nach Südafrika) ~ **D** Ist der Reichspräsident Reichsbeamter?, Reichenbach i. Schl. 1928; Kranich, 2012, S. 176 ~ **B** BAArch, R 3001/77700 ~ EAB, 74817; AoRB, 2007, S. 274 ~ Urs Thaler, Unerledigte Geschäfte. Zur Geschichte der schweizerischen Zigarrenfabriken im Dritten Reich, Zürich 1998; Hanneke Schmitz/Peter Schmitz, Die Günzburger. Eine deutsch-jüdische Familiengeschichte. Herne 2015, S. 220.

631 Strauß, Richard → I. 81

632 Stühler, Albert, Dr. jur. (Würzburg 1925; *Entziehung* 1938) ~ 29. 7. 1884 Hammelburg – 19. 11. 1943 Auschwitz ~ ⚭ Else Mohr (* 1889 Schweinfurt – 1943 Auschwitz)

Seit 1910 Rechtsanwalt (Aschaffenburg) ~ 1918/19 Anhänger der USPD ~ nach *Schutzhaft* Aug. 1933 Flucht nach Frankfurt/M. ~ Berufsverbot ~ Teilhaber einer Kleiderfabrik (Frankfurt) ~ Nov. 1936 Emigration (Holland) ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ März 1943 verhaftet und in Westerbork interniert ~ 16. 11. 1943 zusammen mit seiner Ehefrau nach Auschwitz deportiert.

A 9. 4. 1938: Gestapo Frankfurt a. M. (Ringshausen) an Gestapa.

■ 17./31. 5. 1938: RFSS/AA (nachdem die DG Den Haag am 27. Mai *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 21./22. 6. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99702; Hepp, Liste 52 (22; 59 f.: *Ehefrau* u. S) ~ **D** Die Regelung der Abtreibung im Entwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch von 1919 unter Berücksichtigung des Entwurfes von 1925 und außerdeutscher Reformbestrebungen, Würzburg 1925; Rupp, 2011, S. 217 f. ~ **B** Weber, 2006, S. 218 f.

633 Süßmann, Adolf, Dr. jur. (Rostock 1903; *Entziehung*) ~ * 20. 1. 1879 Boguschütz, O/S – 1964; ⚭ Johanna Heilborn (* 1889 Lublinitz, Kreis Rosenberg, O/S).

Seit (1922) Rechtsanwalt und Notar (Halberstadt) ~ 1935 als Notar entlassen ~ zum 27. 12. 1935 auf eigenen Antrag als Rechtsanwalt [Halberstadt, Richard-Wagner-Str. 56 [1934] gelöscht ~ Jan. 1936 Emigration (Palästina) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ die Eheleute veröffentlichten 1946 im „Aufbau“ eine Traueranzeige für ihre in Theresienstadt und Auschwitz ermordeten Geschwister.

A 8. 4. 1941: Gestapo Magdeburg (Dr. Leiterer) an RSHA.

■ 12./17. 7. 1941: RFSS/AA ~ 28. 8./1. 9. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99922; Hepp, Liste 252 (125, 126: *Ehefrau*; eine Ausbürgerung der beiden Kinder ist nicht dokumentiert) ~ **D** Welchen Einfluss hatte und hat der Umstand, dass bei der Entstehung eines Schadens ein Verschulden des Beschädigten mitgewirkt hat?, Rostock 1903; Hartwig, 2010, S. 330 ~ **B** Prick, 2010, S. 107 f.; www.juden-im-alten-halberstadt.de (15. 6. 2019).

634 Sulzberger, Paul (später: Platiel), Dr. jur. (Frankfurt/M. 1919) ~ * 18. 10. 1891 Wiesbaden – 1. 5. 1945 Jerusalem; *B* (?): Dr. Martin Sulzberger (* 1887 Wiesbaden; 1922–1933 Rechtsanwalt in Frankfurt/M.) ⚭ 1922 Paula Nußbaum (* 1899 Oschersleben).

Frontkämpfer ~ 1920 Rechtsanwalt (zunächst in Wiesbaden, seit 1924 in Berlin) und später auch Notar ~ Zionist ~ 1935 als Notar entlassen ~ 1937 Erlass von Sicherheitsbescheiden des Finanzamts Berlin-Tiergarten gegen den Bankier Isaak Nuss-

baum und seinen Schwiegersohn P. Sulzberger ~ Sept. 1937 verhaftet („Berliner Briefe“ des „Stürmer“: *Nußbaum und Sulzberger verhaftet! / Wie Juden das deutsche Volk ausplünderten. Und nun die Abrechnung*) ~ bis 30. 8. 1938 in *Schutzhaft* (Prinz Albrecht Straße; Polizeigefängnis am Alexanderplatz, unterbrochen durch Krankenhausaufenthalt) ~ 1938 Berufsverbot, Praxis bereits zuvor eingestellt ~ 1939 Emigration (Palästina).

A Der Schwiegervater Isaac Nußbaum (* 1872), Mitinhaber des Berliner Bankgeschäfts Nußbaum & Friedländer, wurde 1940 zusammen mit seiner Ehefrau *ausgebürgert* (Hepp, Liste 196, 120 f.). Die Gestapo Berlin (Rothmann) erwähnt in ihrem Nußbaum betreffenden Ausbürgerungsantrag vom 5. 4. 1940, dass über die *mit dem*

Rechtsanwalt SULZBERGER verheiratete Tochter und deren Ehemann – am 28. 4. 39 bzw. 4. 3. 39 nach Jerusalem ausgewandert – noch besondere Ausbürgerungsvorschläge eingereicht würden.

■ Ein entsprechender Ausbürgerungsvorgang konnte nicht ermittelt werden; die Anträge dürften sich mit Annahme der palästinensischen Staatsangehörigkeit Sulzbergers erledigt haben.

Q PA/AA, R 99874 ~ **D** Das Verordnungsrecht des Besetzenden im Fall der kriegerischen Besetzung mit besonderer Berücksichtigung der in Belgien und Nordfrankreich im Interesse der Landesverwaltung getroffenen Massnahmen, 1919 ~ **B** Arch, R 3001/77909 ~ EAB, 172775 (* 1892) u. 172774 (Ehefrau) ~ BHdE I, 1980, S. 750; AoRB, 2007, S. 274 ~ Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 196 (M. Sulzberger).

T

635 Tänzer, Paul → I. 82

636 Taucher, Helmut, Dr. jur. (Breslau 1922; *Entziehung* 1940) ~ * 23. 10. 1894 Breslau; Ⓞ Luise Blumenfeld (* 1904 Ra-witsch).

Rechtsanwalt (Breslau) ~ Aug. 1939 Emi-gration (Chile) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 6. 10. 1939: Gestapo Breslau (Kunz [?]) an Gestapa.

■ 13./15. 11. 1939: RFSS/AA ~ 25./30. 1. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99832; Hepp, Liste 154 (163; 164: *Ehefrau*) ~ **D** Das Verfügungsrecht des Nach-erben über seine Anwartschaft, 1922; Kranich, 2012, S. 176 ~ **B** Arch, R 3001/78021.

637 Teutsch, Hans, Dr. jur. (Frankfurt/M. 1922/23; *Entziehung* 1940) ~ 14. 12. 1897 Nürnberg – 28. 9. 1989 Teaneck, N.J.; **V**: Rechtsanwalt; Ⓞ Anna Heßdörfer (* 1900 Nürnberg).

Dekorierter *Frontkämpfer* ~ seit 1924 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ Sept. 1938 Emigration (USA) ~ Berufsverbot ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 18. 6. 1940: Gestapo Nürnberg (Dr. Kie-ßel) an RSHA.

■ 19./27. 7. 1940: RFSS/AA ~ 14./17. 10. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99883; Hepp, Liste 204 (150; 151–154: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Die Probleme des Jugendstrafrechts und Jugendstrafrechtsverfah-rens und ihre Behandlung nach bisherigem Lan-desrecht und dem Jugendgerichtsgesetzentwurf von 1920, 1922; Becker, [1994], S. 73 ~ **B** Weber, 2006, S. 294.

638 Thalmann, Emil → I. 83

639 Theilhaber, Robert → I. 84

640 Themal, Jakob Franz (J. Francisco) ~ * 4. 4. 1892 Berlin – 17. 11. 1959 Gleidin-gen; Ⓞ 1931 *Margareta* Brünetta Meyer (* 1905 Düsseldorf).

Frontkämpfer ~ seit Dez. 1921 Rechtsanwalt (Berlin) ~ große Straf- und Zivilpraxis zusammen mit seinem B: Ernst (1888–1952; 1934 Berufsverbot, emigriert, nicht ausgebürgert) ~ „Ich war wohl auch der einzige jüdische Anwalt, der bis zum November 1938, auf direkte Genehmigung des Justizministeriums, Referendare und Assessoren beschäftigen durfte. Meine letzte juristische Hilfskraft, bis November 1938, war die Gerichtsassessorin Dr. Clara Nolde“ ~ 1938 Berufsverbot ~ Dez. 1938 Emigration (Uruguay): „mit einer Devisenerlaubnis für den Gegenwert von 10,- RM. Gleiche Beträge waren meiner Ehefrau, meiner Schwiegermutter und der Schwester meiner Ehefrau verstattet worden, die mit mir zusammen auswanderten. Sämtliche Transferanträge waren uns abgelehnt worden“ ~ Verschleuderung eines Teils der Wohnungs- und Sprechzimmereinrichtung, u. a. auch der juristischen Bibliothek ~ Transport des Rests in 2 Lifts nach Zahlung einer Abgabe für Möbel, Kunstgegenstände, Schmuckstücke und einen Pelz in Höhe von 3.000 RM an die Golddiskontbank ~ Ende 1939 Betrieb einer Pachtlandwirtschaft mit Restaurationsbetrieb in der Nachbarschaft von Montevideo ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1942/43 Übersiedlung nach Argentinien (Buenos Aires) ~ nach unternehmerischen Misserfolgen in der chemischen Branche Tätigkeit als Vertreter und Importeur für chemische Produkte ~ „auf dem Wege von Hildesheim nach Hannover verstorben“ – auf dem Messeschnellweg, „nachdem er bei der Entschädigungsbehörde in Hildesheim eine längere Verhandlung für einen Mandanten durchgeführt hatte, die bei ihm besonders große Aufregung verursachte“ (Rechtsanwalt und Notar Dr. Paul Thewalt, 10. 1. 1961).

A 21. 2. 1940: Gestapo Berlin (Dr. Zwade) an RSHA.

■ 12. 3./6. 4. 1940: RFSS/AA ~ 14./17. 5. 1940: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99852; Hepp, Liste 174 (154; 155: *Ehefrau*) ~ B BArch, R 3001/78161 ~ EAB, 77503; 275566 (E. Thernal), 359338 (M. Thernal) ~ WGA Datenbank ~ AoRB, 2007, S. 275 (irrtümlich Dr. Franz Jakob Thernal, verwechselt mutmaßlich mit dem Berliner Facharzt Dr. Franz Thernal) ~ Clara Nolde, Die Schlüsselgewalt der Ehefrau, insbes. bei getrennt lebenden Ehegatten, Köln 1933 (Marburg, Univ., Diss., 1932).

641 Tichauer, Theodor David, Dr. jur. (Greifswald 1916) ~ 18. 2. 1891 Berlin – 6. 4. 1942 Auschwitz; C: Dr. Leonhard Auerbach (1891–1961); ∞ Erna Elert (* 1892; nach Begabten-Abitur Studium der Rechtswissenschaft in an der Berliner Universität; als Referendarin nicht mehr zum Assessor-Examen zugelassen; im Pariser Exil Sekretärin von Georg Bernhard; 23. 9. 1942 ab Drancy nach Auschwitz deportiert); T: Eva (1918–2018; 16. 7. 1942 in Paris verhaftet; zusammen mit ihrer Mutter deportiert, überlebte Auschwitz; Ärztin).

1914–1918 Heeresdienst ~ seit 1920 Rechtsanwalt und seit 1926 Notar (Berlin) ~ 1918–1933 Mitglied der SPD ~ veröff. u. a. „Soziale Bildung“ (1926) und mit Walter → Friedländer „Das Recht der Jugend (1930), beide mit der Liste vom 31. 12. 1938 verboten, weiterhin „Wahre Dein Recht! Jurist. Wegweiser für jedermann“ (1928) und „Die Frau im Recht“ (1932) ~ Apr. 1933 kommunistischer Betätigung denunziert ~ Juni/Juli 1933 Berufsverbot und Emigration (Paris) ~ erfolgloser Versuch, als Fabrikant von Untertassen aus Bakelit Fuss zu fassen ~ juristische Beratung von deutschen Emigranten ~ Vorstandsmitglied der 1933 gegr. Association des émigrés israélites d'Allemagne en France und des 1936 gegr. Comité consultatif pour les réfugiés d'Allemagne auprès du Ministère de l'intérieur ~ Eintrag im Gästebuch von Magnus Hirschfeld: „In größter Verehrung / Paris d 16. Aug. 1934 / Dr. Theodor Tichauer und seine Frau Erna Tichauer / Preuss. Referendarin a. D.“ ~ 7. 1. 1937 eingebürgert: „La France devenait notre terre d'asile, notre seconde patrie

choisie librement“ (E. Tichauer) ~ 1939 nicht zum Armeedienst zugelassen und interniert (Gurs u. Bidart), kehrte T. nach Paris zurück ~ 1940 mit seiner Ehefrau im (undat.) „Verzeichnis der in Frankreich lebenden Personen, die gegen Deutschland tätig sind“, genannt sowie in das Fahndungsbuch aufgenommen ~ „notre nom figurait, sans dout, sur une liste noir prioritaire“ (E. Tichauer) ~ 1941 *Ausbürgerung* (Entziehung der franz. Staatsangehörigkeit) ~ Tragen des *Judensterns* ~ seit 12. 12. 1941 in Haft ~ 27. 3. 1942 mit dem 1. Transport ab Compiègne nach Auschwitz deportiert ~ Juni 1942 Verhaftung der Ehefrau und der Tochter, vom 16. Juli – 23. Sept. 1942 im Lager Drancy, von dort deportiert ~ Eva Tichauer, 14. 6. 1960: „Ich bin zusammen mit meiner Mutter am 25. September 1942 in Auschwitz angekommen. Wir sind sofort getrennt worden, und ich habe sie nicht wiedergesehen.“

A 6. 4. 1941: Mitteilung der DB Paris, Konsulatsabt., an AA über im „Journal Officiel“ veröffentlichte *Ausbürgerungen von ehemaligen Deutschen aus der französischen Staatsangehörigkeit*.

Q PA/AA, R 99633 ~ D Die Erfüllung der Vollschulden der Ehefrau aus dem eingebrachten Gut, Greifswald 1916 ~ B BArch, R 3001/78353; R 58/2344 ~ www.sonderarchiv.de: Fond 1287 (81)1 (Letzter Zugriff: 15. 6. 2019) ~ EAB, 76838, 76830 (Erna Tichauer geb. Elert) ~ E. Tichauer, J'étais le numéro 20832 à Auschwitz. Préface de Robert Montdargent, Paris 1988; www.musee delaresistanceenligne.org (Porträt) ~ Enderle-Ristori, 1997: Dr. Albert (sic) Tichauer; Franke, 2000, S. 349; ebd. Nachweis der Einbürgerungsakte (S. 366) und eines Dossiers der Sûreté nationale (S. 372); AoRB, 2007, S. 275 (L. Auerbach: ebd., S. 113; Krehan, 2007, S. 247–250); Hirschfelds Exil-Gästebuch [S. 53], 2019, S. 225; https://en.wikipedia.org/wiki/Eva_Tichauer (26. 1. 2020).

642 Timpe, Karl *Ferdinand* → I. 85

643 Traugott, Louis ~ 8. 9. 1882 Niedermarsberg/Reg.-Bez. Arnberg – 29. 5. 1956 USA; ∞ 1912 Berta Neumark (* 1892 Duisburg).

Seit 1909 Rechtsanwalt, später auch Notar (Duisburg; Hindenburgstr. 21 [1937]) ~ seit 1930 Sozietät mit Otto → Levy ~ Mitglied der Soncino-Gesellschaft ~ seit 28. 3. 1933 *Schutzhaft* im Polizeigefängnis Duisburg, am 8. Mai ins Ruhrorter Krankenhaus überstellt, unter Auflagen entlassen ~ 1933 Entziehung des Notariats ~ 1937 Emigration (Belgien) ~ 1939 versuchter Wertpapiertransfer ins Ausland von der Gestapo mit Hilfe eines V-Mannes unterbunden ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ Mai 1940 Flucht nach Frankreich, interniert (St. Cyprien) ~ Flucht nach Spanien und weiter nach Portugal (Lissabon) ~ 1941 Ausreise der Familie in die USA.

A 13. 6. 1939: Gestapo Düsseldorf (Dr. Hoffmann) an Gestapa.

■ 28. 6./11. 8. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB Brüssel am 31. Juli *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 16./21. 9. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99813; Hepp, Liste 135 (140; 141 f.: *Ehefrau* u. [*Adoptiv*]-S: Stefan [später: Steven Douglas] T., tatsächlich 1923 in Frankfurt/M. und nicht in Duisburg geboren, besuchte bis 1938 das „Knabeninstitut Montana“ in Zugerberg; danach hielt er sich bei den Eltern in Belgien auf und trug als Fabrikarbeiter zum Lebensunterhalt der Familie bei. Nach der *Ausbürgerung* wurde ein Antrag zur Aufhebung der Adoption, von der Gestapo Duisburg betrieben, Ende 1940 vom Regierungspräsidenten Düsseldorf aber zurückgezogen (Gestapoakte: LAV NRW R, RW 58–22662, zit. nach Mauss) ~ B von Roden, 2 (1986), S. 1334 (Rita Vogedes); Mauss, 2013, S. 476–481.

644 Treidel, Ernst Leopold, Dr. jur. (Würzburg 1928; *Entziehung* 1940) ~ * 19. 9. 1904 Kaiserslautern – 15. 1. 1979 Stockton/Kalifornien, USA; ∞ Paula Meyer (* 1903 Minden/Westf.).

Seit 1930 Rechtsanwalt (Kaiserslautern) ~ Mitglied der SPD und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ~ 1933 *Schutzhaft* und Berufsverbot ~ Nov. 1938 Verwüstung der Wohnung („Kristallnacht“) und 3 Wochen in *Schutzhaft* (Dachau) ~ 1939 Emigration (Belgien) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ seit Okt. 1940 in Gurs interniert ~ 1941 Flucht in die Schweiz ~ seit 1946 in USA.

A 3. 4. 1940: Gestapo Neustadt/Weinstraße (Dr. Bradfisch) an RSHA.

■ 29. 4./9. 5. 1940: RFSS/AA ~ 15./23. 7. 1940: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99870; Hepp, Liste 192 (154; 155: *Ehefrau*) ~ **D** Die kriegsrechtlichen Grundanschauungen des Hugo Grotius, Würzburg 1928; Rupp, 2011, S. 218 f. ~ **B** SwissA, 2 Dossiers E. L. u. Paula Treidel-Meyer, 1942–1946 ~ Kestel, 2004, S. 95; Weber, 2006, S. 305.

645 Trier, Edgar ~ * 17. 7. 1906 Frankfurt/Main.

Seit 18./23. 3. 1933 Rechtsanwalt (Frankfurt) ~ Berufsverbot ~ 1934 Emigration (Frankreich) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ (1940) Emigration in die USA (New York).

A 13. 5. 1938: Gestapo Frankfurt/M. (Ringshausen) an Gestapa. Wie üblich übersandte der RFSS am 8. Aug. eine Durchschrift des Ausbürgerungsvorschlags an die „zuständige“ deutsche Auslandsvertretung. Daraufhin stellte die Konsulatsabteilung der DB Paris (Bräutigam) der Zentrale am 30. Nov. anheim, die *Ausbürgerung der Jüdin Anna Trier*, deren Pass die Konsulatsabteilung 1937 mit Zustimmung der innerdeutschen Behörden verlängert hatte, vorläufig zurückzustellen: *Die Angaben der Geheimen Staatspolizei Frankfurt/M. sind ziemlich dürftig*. Das Amt übersandte die Stellungnahme am 9. 12. 1938 dem RMDI zur Kenntnisnahme. Am 21. 3. 1939 räumte der RFSS (Jagusch) gegenüber dem RMDI ein, dass der zu Zweifel gebende vorletzte Absatz im Ausbürgerungsvorschlag der Gestapo Frankfurt durch ein Versehen der Kanzlei eingeführt worden sei. Gleichzeitig

wurde das Amt, das eine Durchschrift erhalten hatte, gebeten, dem *Ausbürgerungsverfahren Fortgang zu geben*.

■ 8. 8. 1938/31. 3. 1939: RFSS/AA ~ 5./8. 5. 1939: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99784; Hepp, Liste 109 (113; 112: *M*: Anna Trier geb. Trier, * 1883 Darmstadt) ~ **B** BArch, R 3001/78589 ~ Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 197.

646 Trum, Albert ~ * 25. 2. 1902 Boppard am Rhein – 17. 11. 1888 Denver/USA.

Seit 1931 Rechtsanwalt (Koblenz) ~ 1933 Berufsverbot und Emigration (Holland) ~ Rückkehr „aus Geldnot“ ~ Versicherungsagent ~ 1936 wegen *Rassenschande* – A. Trum war „mit einem Mädchen, das er seit vielen Jahren kannte, im Hause seiner Schwester [Ella Daniel geb. Trum, * 1898, am 22. 5. 1942 zusammen mit ihrem Ehemann Julius Daniel, * 1888, ab Koblenz nach Izbica/Ghetto deportiert] in der Schloßstraße in Koblenz gesehen“ (Klinge) worden – zu einem Jahr und vier Monaten Gefängnis verurteilt ~ Berichterstattung über den Prozess im „Koblenzer Nationalblatt“ ~ nach Verbüßung der Haft (Wittlich) am 9. 11. 1938 erneut verhaftet und bis 2. Dez. im KZ Dachau ~ Entlassung aus der *Schutzhaft* offenbar durch finanzielle Zuwendungen der Schwester, die auch die Schiffskarte für die Emigration via Venedig nach Shanghai im Febr. 1939 besorgt hatte ~ Rechtsanwalt und Sekretär der Jüdischen Gemeinde in Shanghai ~ nach Kriegsende Emigration in die USA.

A 14. 4. 1939: Gestapo Koblenz (Dr. Venter) an Gestapa.

■ 3. 6./3. 11. 1939: RFSS/AA (nachdem das DGK Shanghai am 8. Juli mitgeteilt hatte: *Trum ist hier am 5. 3. 39 zugewandert und hat sich am 22. 3. 39 zum hiesigen Melderegister angemeldet. Über ihn ist hier Nachteiliges und insbesondere deutschfeindliche Betätigung nicht bekannt geworden. – Gegen die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Albert*

Trum bestehen hier keine Bedenken. Im Auftrage gez. W. Meyer ~ 18./21. 12. 1939: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99829; Hepp, Liste 151 (160) ~ **B** BArch, R 3001/78634 ~ DNB, Exilpresse Digital ~ Klinge, 1988, S. 17 f. ~ www.mahnmal-koblenz.de: A. Trum, Personentafel 095 (28. 11. 2018).

647 Tuteur, Paul, Dr. jur. (Würzburg 1905; *Entziehung* 1940) ~ 28. 7. 1881 Kaiserslautern – 3. 12. 1952 Kaiserslautern; Ⓞ Charlotte Alice Metzger (* 1902 Landau/Pfalz).

Seit 1908 Rechtsanwalt (Kaiserslautern) ~ „engagierter Sozialdemokrat“ (Weber) ~ 1933 *Schutzhaft* ~ 9./10. Nov. 1938 misshandelt – „eine gewisse Zeit weg“ (Reichrath) ~ Berufsverbot ~ 1939 Emigration (London) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1946

648 Urias, Siegfried → I. 86

649 Veit, Heinrich, Dr. jur. (Freiburg/Br. 1923; *Entziehung* 1939) ~ * 12. 2. 1900 Offenburg/Baden; V: Leopold V. (1865–1928, seit 1895 Rechtsanwalt in Offenburg; Dramatiker und Pazifist).

Rechtsanwalt (Offenburg) ~ 1933 Berufsverbot und Emigration (England, Brasilien) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 26. 8. 1938: Gestapo Karlsruhe (Elchlepp) an Gestapa.

■ 3. 10./19. 12. 1938: RFSS/AA (nachdem die DB Rio de Janeiro am 7. Dez. *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 16./18. 1. 1939: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99751; R 100007; Hepp, Liste 87 (93) ~ **D** Geschichte der Verfassung und Verwaltung der Reichsstadt Zell am Harmersbach, 1923; Speck, 2014 ~ **B** www.alemannia-judaica.de/offenburg_synagoge.htm (16. 6. 2019); Kähni, 1969, S. 95 (Foto: L. Veit) u. 112, Nr. 289; Schiller, 1997, S. 469; Ruch, 2013, S. 13, 21.

Rückkehr nach Kaiserslautern „mit sechs Gepäckstücken“ ~ Landgerichtsdirektor ~ 1. 7. 1949 Ruhestand (Senatspräsident am OLG Neustadt ~ seit 1950 Rechtsanwalt (Kaiserslautern).

A 30. 12. 1939: Gestapo Neustadt/Weinstraße (Dr. Bradfisch) an RSHA.

■ 29. 4./14. 5. 1940: RFSS/AA ~ 28./31. 10. 1940: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99885; Hepp, Liste 206 (122; 123–125: *Ehefrau* u. *K*); beide Kinder gelangten nicht mehr zu ihren Eltern und wurden 1944 ab Mechelen (Malines) nach Auschwitz deportiert ~ **D** Die Majestätsbeleidigung des deutschen Reichsstrafgesetzbuches, Kaiserslautern 1905; Rupp, S. 220 ~ **B** Reichrath, 1989; Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 288 f.; Kestel, 2004; Weber, 2006, S. 305.

U/V

650 Vogel, Fritz, Dr. jur. (Erlangen 1908; *Entziehung* 1940) ~ 2. 6. 1882 München – 29. 10. 1976 Mount Vernon, N.Y./USA; Ⓞ Guistina Strauß (* 1887 Frankfurt/M.).

Seit 1909 Rechtsanwalt (München) ~ Kriegsdienst ~ 10. 11.–19. 12. 1938 *Schutzhaft* (Dachau) ~ Berufsverbot ~ 1939 Emigration (seit 1940 in USA) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 25. 10. 1939: Gestapo München (Beck) an RSHA.

■ 23. 5./1. 6. 1940: RFSS/AA ~ 15./20. 7. 1940: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99869; Hepp, Liste 191 (172; 173–175: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Der regelmäßige Verwahrungsvertrag des bürgerlichen Rechts unter vergleichender Verwertung des gemeinen Rechts, München 1908; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 96 ~ **B** Weber, 2006, S. 264.

651 Vollmar, Matthias Rudolf → I. 87

652 Voremborg, Jakob (Bob), Dr. jur. (Marburg 1922; *Entziehung* 1939) ~ 3. 7. 1896 Grebenstein/Hessen-Nassau – 31. 10. 1973 Trier, ☉ 1932 Liselotte Katzenstein (1909–1977).

Seit 1926 Rechtsanwalt (Trier) ~ 1. 4. 1933 kurzzeitig in *Schutzhaft* ~ Aug. 1938 Emigration (Palästina) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 1948 wieder als Rechtsanwalt in Trier zugelassen ~ 1953 (oder 1962) bis 1973 Vors. d. Jüd. Kultusgemeinde Trier ~ 1969 Justizrat.

A 8. 11. 1938: Gestapo Tier (Hegenscheidt) an Gestapa.

■ 8. 12. 1938/21. 1. 1939: RFSS/AA (nachdem das DGK Jerusalem am 28. Dez. *keine Bedenken* gegen die *Ausbürgerung des Juden* [...] *und seiner Familienangehörigen* geltend gemacht hatte) ~ 15./17. 2. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99756; Hepp, Liste 93 (87; 88 f.: *Ehefrau* u. K) ~ D Schadensersatz nach §§ 836 – 838 BGB, 1922; Lemberg, 2002, S. 49, 52–54 ~ B BAArch, R 3001/79192 ~ BHdE I, 1980, S. 786; Trierer biographisches Lexikon, hg. v. Heinz Monz, Koblenz 2000, S. 483 (S: Gerd Voremborg) ~ Günther Heidt, „Es war eine fürchterliche Überfahrt ...“ – Gerd Voremborgs Emigration und Rückkehr nach Trier: www.alemania-judaica.de/images/Images319/Voremborg_Artikel_KJB_2007.pdf (31. 7. 2017).

W

653 Wachsmann, Oskar, Dr. jur. (Breslau 1902; *Entziehung* 1940) ~ 29. 12. 1878 Breslau – 11. 1. 1965; ☉ 1912 Else Magen (* 1889 Leobschütz).

Seit 1905 Rechtsanwalt und seit 1921 Notar (Berlin) ~ zunächst 17 Jahre Bürogemeinschaft mit Rechtsanwalt Georg Becker, vom 1. 7. 1933 bis etwa Oktober 1937 mit Dr. Ferdinand Bang (1889–1955) ~ zur Auflösung der Sozietät gezwungen, da Wachsmann angezeigt worden war, „praktisch noch Einnahmen aus seinem früheren Notariat“ (F. Bang) zu haben ~ 1923–1938 Vorstandsmitglied bzw. Syndikus (1929–1937) der „Havelländer“ Grundstücksverwaltungs- und Verwertungs-AG ~ 1933 als Notar entlassen ~ 1938 Berufsverbot ~ vor der Emigration Anfang 1939 nach Belgien (Brüssel) Auflösung der Wohnung am Preußenpark in Wilmersdorf ~ Verkauf eines Teils der nach Maß angefertigten Möbel, darunter drei große Bücherschränke, „à tout prix“ ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ Vermögensbeschlagnahme und Verfallerklärung ~ seit Juni 1942 *Sternträger*: „Eine Anzahl von Juden, zu denen ich auch gehöerte, erhielt unter drei Bedingungen eine Bescheinigung, dass sie ‚von der ge-

genwertigen Aktion [Deportation] vorläufig ausgenommen seien. Die drei Bedingungen waren: 1. staendiges Tragen des Judenstern, 2. Verbleiben in der der Gestapo bekannten Wohnung, 3. die Verpflichtung ab 8 Uhr staendig in der Wohnung zu sein, das heisst ab 8 Uhr abends“ ~ bei einer Überprüfung von der Gestapo mitgenommen, „aber entlassen“ ~ Sprachlehrer ~ nach Kriegsende weiterhin in Brüssel, aber ohne Arbeitserlaubnis ~ später Erhalt der Carte professionnelle zur Beratung von „Juden in ihren deutschen Angelegenheiten“ ~ Juli 1953 unter Befreiung von der Residenzpflicht wieder als Rechtsanwalt in Berlin zugelassen ~ sein Überleben in Belgien verdankte O. Wachsmann eigenen Angaben zufolge der erwähnten „Bescheinigung“, die der im Februar 1939 ebenfalls nach Brüssel emigrierte Aachener Industrielle Felix Meyer (Rota Apparate und Maschinenbau) ihm „und anderen“ Juden „beschafft“ habe.

A 19. 2. 1940: Gestapo Berlin (Dr. Zwade) an RSHA:

■ 29. 3./8. 4. 1940: RFSS/AA ~ 31. 5./6. 6. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99.857; Hepp, Liste 179 (148; 149: *Ehefrau*) ~ D Der Begriff des Gewohnheitsrechts, Breslau 1902; Kranich, 2012, S. 176 (* 1875) ~ B EAB, 70793 ~ AoRB, 2007, S. 278; Bergemann, 2012, S. 266 ~ Ein Schreiben von O. Wachsmann ist in den Kopien (DNB/DEA 1933–1945, EB 99/042) der im Nachlass Felix Meyer (Yad Vashem) überlieferten Originalbriefe von Geretteten nicht überliefert; für die Durchsicht der Kopien danke ich Katrin Kokot (DNB, DEA, Frankfurt/Main), E-Mail v. 27. 7. 2020; Meyer hatte das „Angebot“ der deutschen Militärverwaltung, ihn und seine Ehefrau „vom Tragen des Sterns zu befreien“, erst angenommen, „nachdem ihm zugesagt“ worden war, „weitere Familien unter bestimmten Bedingungen vom Sterntragen befreien zu lassen“; tatsächlich rettete Meyer auf diese Weise „eine Anzahl vom belgischen oder fremden Juden“ vor der späteren Deportation, da die Gestapo die Befreiungen respektierte; O. Wachsmann war einer dieser Geretteten, aber namenlosen „Meyer-Juden“. Auch der Mannheimer Anwalt und frühere Vizepräsident des Badischen Landtags Florian → Waldeck verdankt sein Überleben F. Meyer, der den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941 als besonders „schmerzhaft“ empfunden hat; Amelis von Mettenheim, Felix Meyer (1875–1950). Erfinder und Menschenretter. Ein Jude rettet Juden im besetzten Belgien. Sein Leben dargestellt an Hand von Briefen, Frankfurt/Main 1998, bes. S. 65, 70, 72, 190 f., 196.

654 Wachtel, Alex Siegfried → I. 88

655 Wachtel, Julius, Dr. jur. (Marburg 1910; *Entziehung* 1940) ~ * 10. 6. 1886 Gehaus/Thüringen; ♂ Margarete Fuerst (* 1895 Saalfeld/Ostpr.).

Rechtsanwalt (Königsberg/Pr.) ~ Sept. 1938 Emigration (Palästina) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 8. 4. 1940: Gestapo Königsberg (Pr.) an RSHA.

■ 6./16. 5. 1940: RFSS/AA ~ 24./
29. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99873; Hepp, Liste 195 (127; 128–130: *Ehefrau* [irrtüml. * Schalfeld/Ostpr.] u. K ~ D Die Geldstrafe als Hauptstrafe im Vorentwurf,

Erfurt 1910; Lemberg, 2002, S. 49, 66 ~ B BArch, R 3001/79239 ~ Maecenas, 21930, S. 80 ~ Wolf, Bd. 2 (2002) ~ Zu einem Drittel Miterbin des Nachlasses Hirsch war die 1939 zunächst in die Schweiz und dann nach Frankreich emigrierte Gerichtsreferendarin Dr. jur. (Königsberg 1929; *Entziehung* 1941) Magda Hirsch (* 1902 Königsberg/Pr.; *Jüdin*), die als *Mittälerin an einem Devisenvergeben* auf Antrag der Gestapo Berlin (Dr. Zwade) v. 29. 3. 1940 ebenfalls ausgebürgert wurde; M. Hirsch, Das Risiko des Seefrachtransporteurs im deutschen und französischen Recht⁴, Königsberg 1928; PA/AA, R 90879; Hepp, Liste 200 (66; 9./12. 9. 1940); Ladwig-Winters (2016): nicht genannt.

656 Wagner, Friedrich Wilhelm → I. 89

657 Waldeck, Florian, Dr. jur. (Heidelberg) ~ * 15. 2. 1886 Mannheim – 28. 9. 1960 Mannheim; jüd., ev. (1916); M: Helene geb. Rosenfeld (* 1862) u. die *Schwester* nahmen sich vor der drohenden Deportation 1942 das Leben; ♂ 1917 Bertha Mackle (1890–1964; rk; → A).

1914–1918 Kriegsteilnehmer ~ seit 1920 Rechtsanwalt (Mannheim) ~ 1925–1933 Mitglied des Bürgerausschusses (DVP, seit 1926 Fraktionsvorsitzender) ~ 1927–1933 M. d. L. (Baden; DVP-Fraktionsvorsitzender und seit 1929 Vizepräsident des Landtags) ~ 1930 Vorsitzender des Mannheimer Altertumsvereins ~ 1933 Aufgabe aller öffentlichen Ämter ~ nach 1933 weiterhin als Anwalt zugelassen ~ Febr. 1939 Emigration (Brüssel) ~ Aug. 1939 Emigration der Ehefrau (Brüssel) ~ nach der deutschen Besetzung Belgiens 1940 festgenommen und nach Frankreich abgeschoben, zeitweise in Haft ~ Rückkehr nach Brüssel ~ erneut vorübergehend in Haft, zuletzt im Untergrund ~ entging als „Meyer-Jude“ (Oskar → Wachsmann) der Deportation ~ Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941 ~ nach Rückkehr Wiederzulassung als Rechtsanwalt (Mannheim) ~ seit 1947 Vorsitzender des Mannheimer Anwaltvereins, seit 1948 Präsident der

RAK Nordbaden und seit 1954 Vizepräsident des DAV, 1959 Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer ~ 1948–1953 Mitglied des Mannheimer Gemeinderates (CDU) ~ 1946 erneut Vorsitzender des Mannheimer Altertumsvereins ~ Ehrenbürger der Stadt Mannheim (1954); GBVK (1955).

A 26.8.1942: Gestapo Karlsruhe (Dr. Schick) an RSHA, Ref. II A 5 (Begründung der Ausbürgerung der deutschblütigen Ehefrau: *in die Emigration nachgefolgt; Vermögenswerte [13.333, 18 RM]: Sicherstellung ist erfolgt.*).

■ 18.9/8.12.1942: RFSS (Mischke)/AA (Klingenfuß, nachdem die Dienststelle des AA Brüssel [Bargen] mitgeteilt hatte: *Der Jude [...] und seine Ehefrau [...] sind hier nicht bekannt und im hiesigen Melderegister nicht verzeichnet. Die Genannten sind auch in pass-technischer Hinsicht hier nicht in Erscheinung getreten. / Es bestehen daher gegen die Ausbürgerung [...] diessseits keine Bedenken.* ~ Am 22. 12. 1942 teilte das RMdI (Duckart) dem Amt mit, dass die Ausbürgerung *bis auf weiteres ausgesetzt sei, da die Genannte beabsichtigt, sich von ihrem jüdischen Ehemann scheiden zu lassen und in das Reichsgebiet zurückzukehren*; eine Abschrift der Mitteilung übersandte das Amt am 4. 1. 1943 der Dienststelle Brüssel ~ Am 5. 10. 1944 teilte das RMdI dem Amt mit, das Ausbürgerungsverfahren nunmehr durchzuführen: *Nachdem durch den Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD. für den Bereich des Militärbefehlshabers in Belgien und Nordfrankreich in Brüssel anlässlich einer Vernehmung im Februar 1943 [sic] der in Brüssel mit ihrem jüdischen Ehemann wohnhaften Berta Klara Josefina Waldeck geb. Mackle festgestellt worden ist, dass sie sich keinesfalls von ihrem jüdischen Ehemann scheiden lassen will, auch wenn sie dadurch die deutsche Staatsangehörigkeit im Falle einer Ausbürgerung verlieren würde, wird nunmehr das gegen sie seinerzeit ausgesetzte Ausbürgerungsverfahren unter gleichzeitiger Beschlagnahme und Verfallklärung ihrer in-*

ländischen Vermögenswerte durchgeführt ~ 14. 10. 1944: AA (Hinrichs): 1. *Weiteres ist nicht zu veranlassen*; 2. *Z. d. A.* ~ 30. 10./ 4. 11. 1944: RMdI/DRA

Q PA/AA, R 99991; Hepp, Liste 349 (149; 22: *Ehefrau*) ~ D Die Exemtionen der Landesherren und der Mitglieder der Landesherrlichen Familien im Zivilprozeß, Borna.-Leipzig 1918 ~ V Alte Mannheimer Familien, Teil 1–6 (1920–1925) ~ B BHdE I, 1980, S. 789; Watzinger, 1987, S. 142–144; Bad, Biographien, N.F. Bd. III (1990), S. 281 (K. O. Watzinger); M. d. L., 1995, S. 169/Nr. 1357; Borgstedt, 2012, S. 175 f.

658 Waldeck, Hugo, Dr. jur. (Marburg 1900; *Entziehung* 1940) ~ * 21. 3. 1876 Berlin – 28. 8. 1959 Samedan/Schweiz; ☉ II. 1934 (Paris) Leonie Weyl, gesch. Wohlmann (* 1881 Berlin).

Seit 1905 Rechtsanwalt und seit 1920 Notar (Berlin) ~ veröff. u. a. „Deutsches und internationales Kartellrecht“ (Berlin 1922) und (mutmaßlich) „Verbrechen des Schweigens. Roman eines zum Tode Verurteilten“ (Berlin-Schöneberg 1931) ~ 1933 Entziehung des Notariats ~ 1. 11. 1938 Emigration (Paris) ~ Berufsverbot ~ 1940 Flucht (Vichy) ~ in Deutschland Beschlagnahme des Umzugsguts, u. a. der juristischen Bibliothek, zahlreicher Bilder und der anwaltlichen Handakten, und dessen Versteigerung am 9. 7. 1940 (Erlös: 3.053,65 RM), noch vor Bekanntmachung der *Ausbürgerung* ~ 1946 Rückkehr nach Berlin und seit 1950 wieder als Anwalt zugelassen.

A 28. 3. 1940: Gestapo Berlin (Dr. Zwade) an RSHA.

■ 16./20. 4. 1940: RFSS/AA ~ 9./13. 7. 1940: RMdI/DRA ~ Bereits am 29. Mai hatte der RFSS das Finanzamt Moabit-West über die beabsichtigte *Ausbürgerung* unterrichtet und weiter mitgeteilt: *Die Staatspolizeileitstelle Berlin hat das Vermögen im Benehmen mit dem zuständigen Finanzamt sichergestellt.*

Q PA/AA, R 99867; Hepp, Liste 189 (149; 150: *Ehefrau*) ~ D Die rechtliche Stellung des Handelsagenten nach dem Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897, Dessau 1900; Lemberg, 2002, S. 50, 66 ~ E Übersetzungen von Emil Ludwigs Werken, Moscia 1938 ~ B EAB, 21456 (darin: Auszug aus OFP-Akte) ~ AoRB, ²2007, S. 278; Bergemann, 2012, S. 266 f.

659 Waldstein, Hans Ferdinand (später: Henry F), Dr. jur. (Hamburg 1925) ~ 18. 8. 1902 Altona – 10. 5. 1977 Bad Homburg; V: David Felix Waldstein (1865–1943 London; seit 1890 Rechtsanwalt und seit 1901 Notar in Altona, 1931 als Notar entlassen, 1938 Berufsverbot, 1939 Emigration nach England, London; 1908–1912 MdA (Preußen) und 1912–1918 MdR bzw. 1919–1921 MdvDNV/MdR, Freisinn/ DDP).

Seit 1927 Rechtsanwalt (Hamburg) ~ 1933 Berufsverbot und Emigration (London) ~ 1939/40 Fremdenlegion ~ seit 1941 in USA ~ nach Studium der Rechtswissenschaft bis 1949 Tätigkeit in einer Anwaltsfirma ~ 1950–1958 bzw. 1960–1964 Legal Officer beim US Hochkommissar (Frankfurt/M.) bzw. bei der US-Botschaft (Bonn) ~ danach Rechtsanwalt (Frankfurt/M.) ~ von der US-Regierung als Richter an das Oberste Rückerstattungsgericht in Herford berufen.

A 14. 6. 1941: DB Paris (Ludwig, Konsulatsabt.) an das Auswärtige Amt, *zweite Liste von zur Ausbürgerung vorgeschlagenen Juden: Waldstein, Hans-Ferdinand, geb. 18. 8. 1902 in Altona/Elbe, Paß ausgestellt]. Botsch[aft]-Paris Oktober 1938, wohnb. Paris 214 Fbg. St. Honoré, bis Juli 1933 in Altona-Elbe, Bahnhofstr. 28.*

■ Ein individuelles Ausbürgerungsverfahren ist nicht nachweisbar; als *Juden* verloren H. Waldstein und sein Vater F. Waldstein nach Erlass der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941 automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit.

Q PA/AA, R 99633b ~ D Der Versicherungsmakler, Mannheim [u. a.] 1928 ~ B BHdE I,

1980, S. 789; Göppinger, 1990, S. 365; Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 139; Morisse, ²2013, S. 176 f. ~ Zu F. Waldstein: BHprAH, 1988, S. 401; Göppinger, 1990, S. 322; M.d.R., ³1994, S. 548/Nr. 1680; Morisse, ²2013, S. 176.

660 Wallerstein, Ernst, Dr. jur. (Würzburg 1909; *Entziehung* (1940)) ~ 4. 11. 1885 Straßburg i. E. – 1. 12. 1950 Strasbourg.

Seit 1913 Rechtsanwalt (Straßburg) ~ Kriegsteilnehmer ~ aus Frankreich ausgewiesen und seit 1919 Rechtsanwalt in München ~ 1935 kurzzeitig in *Schutzhaft* ~ Dez. 1936 Emigration (Frankreich) ~ 1937 in der Anwaltsliste gelöscht ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ seit 1940 interniert, zeitweise untergetaucht ~ 1945 Angestellter der französischen Domänenverwaltung.

A 13. 5. 1938: Gestapo München (Beutel) an Gestapa.

■ 29. 8./29. 10. 1938: RFSS/AA (nachdem die Konsulatsabt. der DB Paris gegen die Ausbürgerung *des Juden* am 13. Aug. *Bedenken nicht geltend gemacht* hatte) ~ 25./28. 1. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99755; Hepp, Liste 90 (122) ~ D Der Strafantrag und die Ermächtigung zur Strafverfolgung nach deutschem Strafrecht, Strassburg 1908; Rupp, 2011, S. 222 ~ B Weber, 2006, S. 265 ~ T: M. Wallerstein (spätere Marguerite Strasser, im Mai 1939 zu ihrem Vater nach Frankreich geflüchtet und 1951 nach München zurückgekehrt: Friedrich Kraft (Hg.), *Kristallnacht in Bayern. Judenpogrom am 9. November 1938. Eine Dokumentation*, Ingolstadt 1988, S. 109 f.; *Ins Licht gerückt. Jüdische Lebenswege im Münchner Westen. Eine Spurensuche in Pasing, Obermenzing und Aubing. Ein Werkstattbuch mit Beiträgen von Gudrun Azar [u. a.]*, hg. für die Geschichtswerkstatt *Jüdisches Leben in Pasing v. Bernhard Schoßig*, München 2008, S. 144 (mit Hinweisen zu Zeitzeugenberichten von M. Strasser); Patricia Heberer, *Children during the Holocaust*, Altamira Press [u. a.] 2011, S. 25 f.

661 Wallersteiner (Waller), Lothar, Dr. jur. (Erlangen 1913; *Entziehung* 1940) ~ 20. 4. 1890 Ravensburg – 27. 1. 1960 New York; ♂ Edith Klara Katz (* 1896 Frankfurt/M.).

Dekorierter Frontoffizier ~ seit 1919 Rechtsanwalt (Nürnberg) ~ 1933 Zulassungsverzicht und Emigration (Schweiz, Frankreich) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ seit 1941 in USA.

A 1. 6. 1939: Gestapo Nürnberg (Dr. Kießel) an Gestapa.

■ 10. 7./10. 8. 1939: RFSS/AA (nachdem das DK Basel in *politischer und sonstiger Hinsicht keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 16./21. 9. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99831; Hepp, Liste 135 (146; 147–149: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Wirkungen des Zwangsvergleichs, Tübingen 1913; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 96 ~ **B** Weber 2006, S. 295.

662 Warschauer, Ernst Fedor, Dr. jur. (Breslau 1912) ~ 26. 5. 1889 Breslau – 8. 5. 1972 New York; ♂ I. (1935 gesch.) Agathe Karoline Rummeler, II. (1938) Klara [Claire] Casper, gesch. Kantorowics [Kantorowicz] (1892–1988 Flushing, NY).

Rechtsanwalt (Oels/Schlesien) ~ nach Berufsverbot Kaufmann (Berlin) ~ Apr. 1940 Emigration (New York) ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ Veröffentlichungen im „Aufbau“ ~ „unterhielt in seiner Wohnung einen literarischen Zirkel“ (Stiefel/Mecklenburg).

A 6. 6. 1941: Gestapo Berlin an RSHA.

■ 8./12. 8. 1941: RFSS/AA ~ 6./7. 10. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99.925; Hepp, Liste 257 (134; 135: *Ehefrau*) ~ **D** Die Unzulässigkeit einer Erbschaftsannahme durch den Nacherben vor Eintritt des Falles der Nacherbfolge, Breslau 1912; *Entziehung* nicht dokumentiert und mutmaßlich unterblieben, da im Ausbürgerungsantrag kein akademischer Grad erwähnt wurde ~ **B** LBI, Papers of Ernst Warschauer AR 5784 ~ Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 114.

663 Wassermann, Gustav → I. 90

664 Wassermann, Rudolf David, Dr. oec. publ. (München 1906), Dr. jur. (München 1910; *Entziehung* 1940), Dr. phil. (Erlangen 1910) ~ 20. 11. 1884 München – 1. 3. 1965 Santiago de Chile; ♂ Hedwig Löwy verw. Rothbarth (* 1879 Fürth/Bayern).

Seit 1912 Rechtsanwalt (Nürnberg, seit 1913 in München) ~ Kriegsteilnehmer ~ Sozietät mit Theodor → Erlanger, dessen Bruder Ludwig (1866–1933) und Dr. Adolf Mayer (1893–1961 New York) ~ zahlreiche Veröffentlichungen ~ Industrie- und Verbandssyndikus ~ 10. 11.–19. 12. 1938 *Schutzhaft* (Dachau) ~ Berufsverbot ~ 1939 Emigration (Frankreich, nach Internierung nach Chile) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 1. 3. 1940: Gestapo München (Dr. Isselhorst) an RSHA.

■ 6./18. 5. 1940: RFSS/AA ~ 20./24. 6. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99862; Hepp, Liste 184 (126; 127 f.: *Ehefrau* u. *Stief-T*) ~ **D** Beruf, Konfession und Verbrechen. Eine Studie über die Kriminalität der Juden in Vergangenheit und Gegenwart, München 1906 ~ Wandlungen der Ansichten über Wesen und Zweck der Kriminalstatistik. Beiträge zu einer Geschichte der Kriminalstatistik, Stuttgart 1910 (Erlangen, Phil. Diss. v. 7. Juni 1910, *Entziehung* nicht dokumentiert, u. München, Jur. Diss. v. 27. Juli 1910); Harrecker, 2007, S. 380 f. ~ **B** BArch, R 3001/79535 ~ Deutscher Wirtschaftsführer, 1929, Sp. 2395 ~ Weber, 2006, S. 265; zu Ludwig Löb Erlanger und A. Mayer ebd., S. 227 u. 245.

665 Weber, Franz → I. 91

666 Weigert, Julius B[runo], Dr. (Heidelberg 1907; *Entziehung* 1940) ~ 1. 3. 1885 Berlin – 13. 8. 1961 New York; ♂ Dora Ernestine Charlotte Domnauer (* 1903 Berlin); V: Bankier Joseph W.

Seit 1911 Rechtsanwalt und seit 1924 Notar (Berlin) ~ Aug. 1933 „Auswanderung“ (Paris; später Italien) ~ 30. 9. 1933 Versteigerung der Wohnungseinrichtung durch den

Auktionator P. G. Pech und weitere Verwertung der belletristischen und juristischen Bibliothek ~ 1935 *Steuersteckbrief* ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ Emigration in die USA ~ 1940 Vorstandsmitglied der „American Association of Former German (European) Jurists“ ~ 1942–1944 Jurastudium (LL.B. und Bar Examen) ~ nach Tätigkeit als assoziierter Anwalt seit 1947 Attorney at Law (New York) mit eigener Kanzlei ~ bereits in Paris und später in USA in Verbindung mit Dr. Bruno Weil (1883–1961 New York) ~ zahlreiche Veröffentlichungen („Aufbau“) ~ Juni 1952 unter Befreiung von der Residenzpflicht als Rechtsanwalt in Berlin zugelassen.

A 22. 7. 1939: Gestapo Berlin (Dr. Zwade) an Gestapa.

■ 28. 9. 1939: RFSS ~ 15./17. 11. 1939: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99824; Hepp, Liste 146 (153; 154: *Ehefrau*) ~ D Besitz an gefährdeten Sachen, Berlin [1907]; Moritz, 2001, S. 561 ~ B BArch, R 3001/79784 ~ EAB, 74816 ~ Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 40; AoRB, ²2007, S. 279 u. 279 f. (B. Weil); Bergemann, 2012, S. 268.

667 Weil, Ernst David (später: Wile, Ernest D.), Dr. jur. (Erlangen 1930; *Entziehung* 1940) ~ 28. 10. 1906 Nürnberg – 21. 8. 2003 Rockland, N.Y.

Seit 1932 Rechtsanwalt in der Kanzlei von Gustav → Kahn (Nürnberg) ~ 1933 Berufsverbot und Emigration (London, seit 1934 in Brasilien) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ seit 1944 in USA.

A 10. 2. 1939: Gestapo Nürnberg (Dr. Kießel) an Gestapa.

■ 7. 3./3. 6. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB Rio de Janeiro am 17. Mai *außenpolitische Bedenken* nicht geltend gemacht hatte) ~ 12./19. 7. 1939: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99801; Hepp, Liste 124 (151) ~ D Der ausgezeichnete Diebstahl nach § 243 Nr. 2, 3 u. 7 im geltenden Recht und in den Ent-

würfen, [Augsburg 1930]; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 93 ~ B Weber, 2006, S. 296.

668 Weil, Ludwig, Dr. jur. et rer. pol. (Würzburg 1905; *Entziehung* 1940) ~ 2. 2. 1882 Ludwigshafen/Rhein – 18. 3. 1958 Haifa/Israel; ♂ Adele Rothschild (* 1890 Dortmund).

Seit 1908 Rechtsanwalt (Kempten, seit 1910 in Ludwigshafen) ~ bedeutender Strafverteidiger ~ 1933 Berufsverbot ~ 1935 Emigration (Südafrika; Palästina) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 22. 9. 1940: Gestapo Neustadt/Weinstraße (Schmidt) an RSHA.

■ 13./20. 9. 1940: RFSS/AA ~ 28./31. 10. 1940: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99885; Hepp, Liste 206 (135; 136–138: *Ehefrau* u. K) ~ D Die Aufreizung zum Klassenkampf, Breslau 1905 (Reprint 1977); Rupp, 2011, S. 223 ~ B Rechtsanwälte der RHD, 2002, S. 296 f.; Weber, 2006, S. 305 f.; Lang, 2014, S. 871/Anm. 2078 („Rechtsanwalt in Ludwigsfelde [sic], emigrierte 1937 nach Palästina“).

669 Weill-Wagener, Ernst, Dr. jur. (Heidelberg 1911) ~ 19. 7. 1887 Karlsruhe – 3. 11. 1975; V: (?) Dr. Friedrich Weill (1858–1934, Rechtsanwalt und freisinniger Politiker); B: (?) Dr. jur. (Heidelberg 1913) Walter Weill (* 1889, Rechtsanwalt, später Fabrikant, seit 1931 in der Schweiz: Zürich); ♂ *Martha* Dorothea Margarete Wagener (* 1897 Karlsruhe).

Rechtsanwalt (Karlsruhe, Bachstr. 6 [1933 u. 1937]) ~ 1938 Berufsverbot ~ Dez. 1938 Emigration (Schweiz) ~ Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941 ~ 1942 *Ausbürgerung* der Ehefrau.

A 14. 9. 1942: Gestapo Karlsruhe (Dr. Schick) an RSHA.

■ 10. 10./27. 11. 1942: RFSS/AA (Zustimmungserklärung zur *Ausbürgerung der deutschblütigen M. W.-W. der Leitung der A. O. der NSDAP über Herrn Gesandten*

ETTEL mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt) ~ 26./30. 11. 1942: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99843; Hepp, Liste 284 (111; 109 f.: *Louise Weill* u. *T*) ~ **D** E. Weill, Die Ausbeutung der Rechtskraft gegen die guten Sitten, Karlsruhe 1911 ~ Walter Weill, Die Tantieme des Vorstandes und Aufsichtsrates einer Aktiengesellschaft. (Ein Beitr. z. Auslegung der §§ 237, 245 Abs. 1 HGB.), Mannheim u. Leipzig 1913 ~ **B** BArch, R 3001/79820 ~ SwissA, je 1 Dossier Weill, E. u. Weill, M. (1948–1950) sowie je 1 Dossier Weill, W. u. Weill-Thomsen, L. (1946–1949) ~ GLA Karlsruhe, 480, Nr. 5985 (1–5: Wiedergutmachungsakten E. Weill-Wagener) u. 13386 (1–2: M. Weill-Wagener) ~ Werner, ²1990, S. 255; Schiller, 1997, S. 470; Claims Resolution Tribunal: http://www.crt-ii.org/2001_list/publication_list3_W.php (Wagener, M; 11. 3. 2019) ~ Zu Friedrich Weill: Bad. Biographien N.F. IV, 1996, S. 310–312 (Paul Feuchte).

670 Weinberg, Julius, Dr. jur. (Gießen 1921; Entziehung 1941) ~ * 19. 10. 1892 Peckelsheim, Krs. Warburg i. Westfalen

Rechtsanwalt (W.-Elberfeld, Walther-Rathenastr. 36 [1937: Hermann-Göring-Straße]) ~ 1938 Berufsverbot ~ 1939 Emigration (Holland; England) ~ 1940 interniert ~ seit 1948 in USA.

A 22. 5. 1941: Gestapo Düsseldorf (Dr. Venter) an RSHA.

■ 15./23. 9. 1941: RFSS/AA ~ *Ausbürgerung* nicht dokumentiert (Hepp); Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941.

Q PA/AA, R 100032 ~ **D** Der Rückgriff des Bürgen gegen den Hauptschuldner, 1922; Chroust, 2006, S. 100 f. ~ **B** BArch, R 3001/79838 ~ Mauss, 2013, S. 508 f.

671 Weiner, Arthur → I. 92

672 Weiner, Siegfried → I. 93

673 Weisbach, Arnold ~ 2. 2. 1908 Straßburg – 14. 2. 1996 Chatillon/Frankreich).

Mit der Familie 1918 aus dem Elsaß ausgewiesen ~ seit 1932 Rechtsanwalt (Passau) ~ 1933 Berufsverbot und Emigration (Frankreich) ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ 1940 interniert ~ 1942/43 untergetaucht ~ nach 1945 Buchhalter.

A 14. 2. 1938: Gestapo Nürnberg an Gestapa.

■ 31. 3./18. 5. 1938: RFSS/AA (nachdem die Konsulatsabt. der DB Paris am 6. Mai *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 4./7. 6. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99700; Hepp, Liste, 49 (32) ~ **B** Weber, 2006, S. 266 f. (danach war W. in *Mischebe* verheiratet).

674 Weisbecker, Wilhelm (Willi), Dr. (Marburg 1910; *Entziehung* 1941) ~ * 27. 8. 1885 Frischborn (Krs. Gelnhausen); ♂ Rosa Ackermann (* 1891 Biebrich).

Rechtsanwalt (Kassel) ~ Emigration ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 26. 9. 1939: Gestapo Kassel (Korndörfer) an Gestapa.

■ 26. 10./1. 11. 1939: RFSS/AA ~ 27. 2./1. 3. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99838; Hepp, Liste 160 (146; 147–149: *Ebefrau* u. *K*) ~ **D** Die Gattungsschuld nach dem BGB, Borna-Leipzig 1910; Lemberg, 2002, S. 50, 66 ~ **B** LBI (Catalog of the Archival Collections, ed. by Fred Grubel, Tübingen 1990, S. 397): AR 483 Willi Weisbecker, Newspaper clippings (1917–1938).

675 Weiß, Bernhard, Dr. jur. et rer. pol. (Würzburg 1906; *Entziehung*) ~ 30. 7. 1880 Berlin – 29. 7. 1951 London; ♂ 1920 *Lotte* Edith Buss (1900–1952 London; *Schwager*: Rechtsanwalt und Notar Dr. Felix Herrnberg (* 1889, 24. 10. 1940 nach Litzmannstadt/Lodz, Ghetto, deportiert).

1914–1918 Kriegsteilnehmer (*Frontkämpfer*; Rittmeister, 1917) ~ seit 1918 bei der Berliner Kriminalpolizei ~ seit 1927 Polizeivizepräsident, nach dem „Preußen-

schlag“ 1932 abgesetzt ~ als Jude mit dem Spottvornamen „Isidor“ geschmäht ~ seit 29. 11. 1932 Rechtsanwalt (Berlin) ~ nach der *Machtergreifung* vorübergehend in Hamburg bei der später in Theresienstadt umgekommenen Schwiegermutter und danach u. a. in Magdeburg versteckt ~ nach der Reichstagswahl am 5. 3. 1933 Flucht (Prag) ~ 2. 4. 1933 Fahndung und Erlass eines Haftbefehls ~ dem prominenten Flüchtling – nur im Besitz seines Dienstausweises – wurde zunächst eine befristete Aufenthaltserlaubnis erteilt, wenig später auch der ebenfalls nach Prag geflüchteten Ehefrau ein befristeter Pass ausgestellt ~ 1933 *Ausbürgerung* ~ Beschlagnahme und Einziehung des Vermögens ~ seit 1934 auf Einladung von Henrietta Franklin in London ~ 1934 und 1936 Verlängerung der Pässe und auch Ausstellung eines Passes für die Tochter durch die Behörden in Prag und das Konsulat in London ~ Aufnahme in die *Listen des schädlichen und unerwünschten Schrifttums* („Sämtliche Schriften des ehemaligen Berliner Polizei-Vizepräsidenten“, *Liste I, Okt. 1935*, u. „Sämtliche Schriften, auch Vorwort zu Werken anderer Verfasser“, *Liste v. 31. 12. 1939*) sowie 1937 im *Verzeichnis jüdischer Verfasser juristischer Schriften* erfasst ~ *The Black Book: ehem. Pol.-Vize-Präs., RSHA IVA 1, VI G 1* ~ nach 1945 nicht wiederingebürgert, da ihm die Urkunde vor seinem Ableben nicht mehr überreicht werden konnte.

A 16. 8. 1933: Besprechung zur ersten Ausbürgerungsliste im RmDI; der Name Weiß stand nicht auf der vom RmDI aufgestellten Liste; erst im Verlauf der Besprechung benannte der Vertreter des Gestapa zusätzlich 13 Personen *wegen Begünstigung der ostjüdischen Einwanderung*, unter ihnen B. Weiß und Johannes → Werthauer. Ungeachtet des Widerspruchs der Vertreter des AA – Ministerialdirektor Dr. Friedrich Gaus – und des RmDI, die in vier Fällen – Albert Grzesinski, Weiß und Robert Weismann sowie J. Werthauer – eine Ausset-

zung der Entscheidung gefordert hatten, wurde entsprechend verfahren. Mit der 1. Liste – angeführt von „Dr. Apfel, Alfred“ – wurden so mit „Weiß, Bernhard“ und „Dr. Werthauer, Johann“ zwei weitere Berliner Anwälte ausgebürgert.

■ 23./25. 8. 1933: RmDI/DRA.

Q PA/AA, R 99638; Hepp, Liste 1 (30) u. Liste 9 (37 f.; 22./24. 3. 1937: *Ehefrau u. T.*); zur Beschlagnahme und Verwertung des Vermögens: GStA Berlin, I HA Rep. 151 Finanzministerium, IA Nr. 8073, zit. nach Rott (S. 143) ~ **D** Inwieweit ist der deutsche Reichstag Herr seiner Geschäftsordnung? Die Rechte des deutschen Reichstages in bezug auf Ergänzung, Auslegung und Abänderung der Geschäftsordnung, Berlin 1906 (= *Der deutsche Reichstag und seine Geschäftsordnung*, Berlin: Heymann 1906); Rupp, 2011, S. 223 f. (Irrtümlich: „Kurz vor seinem Tod konnte er die deutsche Staatsbürgerschaft wiedererlangen.“) ~ **B** EAB, 70005 ~ BHdE I, 1980, S. 809; NDB, 13 (1982), S. 71 (Franz Menges); Göppinger, ²1990, S. 323; AoRB, ²2007, S. 280 u. 174 (F. Herrnberg); *Handbuch des Antisemitismus*, II, 2 (2009), S. 880–882 (Bjoern Weigel); Joachim Rott, „Ich gehe meinen Weg ungehindert geradeaus“: Dr. Bernhard Weiß (1880–1951), *Polizeivizepräsident in Berlin. Leben und Wirken*, Berlin 2010, bes. S. 139–143; Pfeiffer/Rott, 2016.

676 Weiß, Hans, Dr. jur. (Breslau 1916; *Entziehung* 1940) ~ * 15. 10. 1890 Breslau; ♂ Ruth Aronheim (* 29. 12. 1903 Gleiwitz, O/S).

Rechtsanwalt (Breslau) ~ 1939 Emigration (Shanghai) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 14. 12. 1939: Gestapo Breslau an Gestapa.

■ 11./25. 4. 1940: RFSS/AA ~ 19./12. 6. 1940: RmDI/DRA.

Q PA/AA, R 99859; Hepp, Liste 181 (147: Hans Jac; 148–150: *Ehefrau u. K.*) ~ **D** Des Schuldübernehmers Anfechtungsrechte wegen Betrug, Breslau 1918 (nur Titelblatt u. Lebenslauf: „Die Arbeit erscheint nach dem Kriege“); Kränich, 2011, S. 177.

677 Werner, Alfred Moritz → I. 94

678 Werthauer, Heinrich, Dr. jur. (Greifswald 1919; *Entziehung* 1938) ~ 20. 4. 1894 Berlin – 20. 12. 1983; V: → Johannes Werthauer; ∞.

Frontkämpfer ~ seit 1924 Rechtsanwalt (Berlin) in der Praxis seines Vaters ~ seit 1928 neben Dr. Sally Fritz Engelbert (1886–1958) Sozius ~ Febr. 1933 wie sein Vater „durch Freunde“ vor Übergriffen gewarnt ~ Anfang April 1933 Unterschlupf bei Landrat a. D. Dr. Wilhelm Jaenecke, dem Schwiegersohn Friedrich Eberts ~ 28. 4. 1933 zusammen mit Jaenecke Flucht in die Tschechoslowakei, „da die Nazi-behörden mich anstelle meines geflüchteten Vaters verhaften wollten“ ~ 6. 5. 1933 Vertretungsverbot (Berufsverbot) ~ Emigration nach Holland ~ 5. 8. 1936 zusammen mit der Ehefrau von Amsterdam zunächst nach Guayaquil, von dort weiter nach Quito /Ecuador emigriert ~ betrieb dort unter dem Namen Dr. Enrique Verto eine orthopädische Werkstatt ~ 1937 *Ausbürgerung* ~ 1940 im (undat.) *Verzeichnis der in Frankreich lebenden Personen, die gegen Deutschland tätig sind*, genannt ~ Sept. 1955 unter Befreiung von der Residenzpflicht Wiederezulassung als Rechtsanwalt (Berlin) ~ seit 1976 Rechtsanwalt in München.

A → Johannes Werthauer

■ 15./16. 4. 1937: RuPrMdl/DRA.

Q Hepp, Liste 12 (37) ~ D Der Thronverzicht nach deutschem Recht, Greifswald 1919; Alvermann, 2003, S. 17; danach wurde (irrtüml. Friedrich) W. 1952 auf Ersuchen „die 1919 stattgefundene Promotion zum Dr. jur.“ bestätigt: „Die Frage nach Wiederverleihung oder Aufhebung des Aberkennungsbeschlusses war damit umgangen, und der Betroffene, der offenbar keine Ahnung von den Vorgängen um die Aberkennung des Titels hatte, wurde davon auch nicht in Kenntnis gesetzt.“ ~ B BArch, R 3001/80185 ~ EAB, 71252 ~ WGA Datenbank ~ AoRB, ²2007, S. 281, 146 (S. F. Engelbert) ~ Bergemann, 2012, S. 269 f.

679 Werthauer, Johannes → I. 95

680 Wertheim, John Joel William, Dr. jur. (Heidelberg 1908; *Entziehung* 1939) ~ 13. 12. 1884 Rostock – 10. 10. 1948 São Paulo/Brasilien; ∞ I. (1937 gesch.) Elli Salomon (* 1887 Grünberg, Schlesien; emigriert, nicht ausgebürgert; lebte 1956 in Vevey/Schweiz); II. 1939 Herta Willner (* 1905; nicht ausgebürgert, später New York; amerikanische Staatsangehörigkeit).

Rechtsanwalt (Berlin) ~ *Abwanderung*: November 1936, aber bis zum 26. 7. 1937 in Berlin gemeldet ~ Den Haag ~ Erlös aus Grundstücksverkauf mit großem Verlust in Holland in Gulden gewechselt ~ nach Erhalt des Visums Emigration (Brasilien) ~ 1937 *Steuersteckbrief* ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ durch Diebstahl – während der deutschen Besetzung – teilweise Verlust der in Holland bei der Fa. De Gruiter & Co. bis 1951 eingelagerten Wohnungseinrichtung.

A 3. 3. 1939: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an Gestapa.

■ 21./30. 4. 1939: RFSS/AA ~ 26./30. 5. 1939: RMdl/DRA.

Q PA/AA, R 99791; Hepp, Liste 115 (125) ~ D Das Verhältnis des handelsgeschäftlichen Werklieferungsvertrages (§ 281 Abs. 2 H.G.B.) zum Bürgerlichen Gesetzbuche, Berlin 1908; Moritz, 2001, S. 562 ~ B BArch, R 3001/80191 ~ EAB, 302618 (73050: E. Wertheim; 363982: H. Wertheim) ~ WGA Datenbank ~ SwissA, 2 Dossiers: Ellie Wertheim (1949–1955) und Wertheim John – succession (1950–1954) ~ AoRB, ²2007, S. 282.

681 Wertheim, Julius ~ 19. 3. 1886 Berlin – 8. 2. 1950 New York.

Rechtsanwalt (Berlin, Alexanderstr. 21 [1937]) ~ 1935 als Notar entlassen ~ 1937 Emigration (Karlsbad/Tschechoslowakei; Frankreich) und *Steuersteckbrief* ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ (1939/40) Haft/Internierung ~ 1940 weitere Emigration (USA).

A 30. 1. 1939: RFSS (Dr. Zimmermann) an RMdl.

■ 30.1./4.2.1939: RFSS (*Eine deutsche Vertretung im Ausland ist nicht benachrichtigt, da der Aufenthalt des Wertheim nicht bekannt ist.*)/AA ~ 23./25.2.1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99760; Hepp, Liste 95 (117) ~

B BArch, R 3001/80192 ~ AoRB, 2007, S. 282.

682 Wertheim, Willy → I. 96

683 Wertheimer, Robert → I. 97

684 Wertheimer, Siegwart (später Stephen S.), Dr. jur. (Heidelberg 1929) ~ * 6.12.1904 Karlsruhe; ♂ 1943 Charlotte Heimann (1915 Bromberg – 1983 New York).

Rechtsanwalt (Karlsruhe) ~ 1939 Emigration (London) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 22.2.1940: Gestapo Karlsruhe (Dr. Faber) an RSHA.

■ 16./27.11.1940: RFSS/AA ~ 11./13.12.1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99893; Hepp, Liste 214, 151 (V), 152 (M), 153 ~ D Die Bedeutung des Artikels 137 der Reichsverfassung für die israelitischen Religionsgesellschaften, Heidelberg [1929]; Depromotion nicht dokumentiert ~ V Zur Finanzierung der jüdischen Sozialarbeit, in: Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik, Bd. 8, Nr. 2 (April 1938), S. 39, Spalte a (DNB, Katalog) ~ B www2.landesarchiv-bw.de: GLA Karlsruhe, 480 (Landesamt für Wiedergutmachung) Nr. 12361 (1–5), 1950–1974 ~ www.datenmatrix.de/projekte/hdbg/spurensuche/content/pop-up (Lotte Heimann; 20.4.2020)

685 Westfeld (später: Westfield), Dietrich, Dr. jur. (Freiburg/Br. 1902; *Entziehung* 1940) ~ 6.8.1880 Herford; ♂ Margarethe Stern (* 1890 Essen-Steele).

Seit 1907 Rechtsanwalt und seit 1920 Notar (Essen) ~ 1933 als Notar entlassen ~ Juni 1939 Emigration (London), zuvor Verschickung der Kinder (USA bzw. England) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 1.11.1939: Gestapo Düsseldorf (Dr. Hoffmann) an RSHA.

■ 19./23.12.1939: RFSS/AA ~ 15./21.5.1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99854; Hepp, Liste 176 (146; 147–149: *Ebefrau* u. K) ~ D Die Beweislast bei der *condictio ob causam non secutam*. (B.G.B. § 812, Abs. I, Satz 2, letzte Hälfte), Herford (1901); Speck, 2014, 136 ~ B Schröter, 1980, S. 766; Schmalhausen, 2006, S. 107 ff.

686 Wieluner, Dittmar, Dr. jur. (Breslau 1910; *Entziehung* 1940) ~ * 19.8.1888 Breslau.

Rechtsanwalt und Notar (Breslau) ~ 1939 Emigration (Shanghai) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 24.11.1939: Gestapo Breslau (Senne) an Gestapa.

■ 12./17.12.1939: RFSS/AA ~ 30.3./6.4.1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99843; Hepp, Liste 165 (156) ~ D Vertragsforderungen des betrogenen Käufers, Breslau 1910; Kranich, 2012, S. 177 ~ B BArch, R 3001/80397.

687 Windesheim, Hans ~ * 4.2.1884 Erfurt; ♂ Elisabeth Mirauer verw. Simon (* 1881).

Entstammte einer Industriellenfamilie ~ Rechtsanwalt und Notar (Erfurt) ~ Emigration (USA) ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ Mitglied des Berkeleyer Juristenkreises.

A 13.4.1939: Gestapo Erfurt (Fischotter) an Gestapa.

■ 20.6./18.7.1939: RFSS/AA (nachdem die DB London am 6. Juli *Bedenken nicht geltend gemacht* hatte) ~ 7./10.8.1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99807; Hepp, Liste 130 (150; 151: *Ebefrau*) ~ B BArch, R 3001/80570 ~ Wolf, Bd. 2 (2002); Annegret Schüle, Pädagogische Konzeption für den Erinnerungsort Topf & Söhne in Erfurt, Sept. 2007, S. 11 f. (www.docplayer.org/10504971-Erinnerungsort-topf-

soehne (18. 6. 2019), danach ist Else Cohn, Halbschwester von H. Windesheim, 1943 in Theresienstadt umgekommen; lt. Gedenkbuch des Bundesarchivs ist E. Cohn (* 2. 8. 1879 in Erfurt: „geborene Windesheimer“) ab Leipzig am 20. 9. 1942 nach Theresienstadt/Ghetto deportiert worden und dort am 4. 4. 1943 umgekommen.

688 Windmüller, Salo (Salomon) ~
21. 1. 1890 Ahlen/Westf. – 9. 12. 1953
Shave Zion, Israel; ⚭ 1927 Lotte Samson
(* 11. 9. 1903 Essen).

Rechtsanwalt (Gelsenkirchen, Munckelstr.
25 [1934]) ~ 1937 Emigration (Palästina) ~
1940 *Ausbürgerung*.

A 2. 8. 1939: Gestapo Münster (Dr. Höner)
an Gestapa.

■ 17./28. 4. 1940: RFSS/AA ~
23./15. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99870; Hepp, Liste 192 (169; 170–
174: *Ebefrau* u. K) ~ **B BArch, R 3001/80578** ~
Inge Windmueller Horowitz [u. a.], Windmueller
Family Chronicle, Richmond, Virginia ²1981,
S. 142 (www.books.google.de/books;
2. 12. 2018); das Buch ist Fritz (Fred Walter)
Windmüller (Windmueller), dem Autor der
1938 erschienenen Chronik der Familie Wind-
müller („Geschichte der jüdischen Gemeinde
Beckum“, Frankfurt: S. Wartenberg), und jenen
120 Familienmitgliedern gewidmet, die der
nationalsozialistischen Judenverfolgung zum
Opfer gefallen sind.

689 Wisla, Max ~ 3. 3. 1882 Chemnitz –
1959; ⚭ Elisabeth Fränkel (* 1899 Meisen-
heim).

Seit Anfang der 1920er Jahre Rechtsanwalt
(Chemnitz, Königstr. 26 [1934]) ~ *Front-
kämpfer* ~ Mitglied und 1921/22 Marschall
der Saxonia-Loge ~ Mitglied der Chemnit-
zer „Kunsthütte“ ~ 1936 als Nachfolger
von Arthur → Weiner Vorsitzender des
Aufsichtsrats der B. Eisenberg & Sohn AG
~ Sept. 1938 Emigration (London) ~ 1941
Ausbürgerung.

A 12. 2. 1941: Gestapo Chemnitz
(Dr. Mildner) an RSHA.

■ 31. 3./10. 4. 1941: RFSS/AA ~
22./24. 5. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99911; Hepp, Liste 232 (151;
152 f.: *Ebefrau* u. K) ~ **B Held, 2002, S. 98 u.**
100; Nitsche/Bondy, 2002, S. 330; Lang, 2014,
S. 876/Anm. 2134.

690 Wittenberg, Paul ~ * 7. 6. 1882
Culmsee, Krs. Thorn/Westpreußen –
12. 12. 1961 Valparaiso, Chile; ⚭ 1920 Isa-
bella Liebreich (* 1896 München-Glad-
bach; ev.; Bibliothekarin).

Seit 1909 Rechtsanwalt (Bromberg) und
später auch Notar ~ Sozietät mit Justizrat
Moritz Baerwald (1860–1919) ~ 1914–
1918 Militärbeamter ~ nach der Abtretung
Brombergs an Polen seit 1. 9. 1920 Rechts-
anwalt und Notar (Berlin) ~ optierte 1922
für die deutsche Reichsangehörigkeit ~
1933 als Notar entlassen ~ 1938 Berufs-
verbot ~ 1939 Emigration (Chile) ~ 1940
Ausbürgerung ~ 1941 Versteigerung des im
Hamburger Freihafen lagernden Umzugs-
guts.

A 9. 10. 1940: Gestapo Berlin (Rothmann)
an RSHA.

■ 8./19. 11. 1940: RFSS/AA ~
5./9. 12. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99892; Hepp, Liste 213 (168; 169:
Ebefrau) ~ **B EAB, 72909** ~ AoRB, ²2007, S. 283.

**691 Wittgensteiner (später: Witten), Ar-
no, Dr. jur. (Leipzig 1907; Entziehung 1940)**
~ 6. 12. 1883 Krefeld – um 1950 in Gor-
don/Australien; ⚭ 1910 Erna Lindemann
(* 1891 Spandau).

Seit 1913 Rechtsanwalt und seit 1924 No-
tar (Berlin) ~ Sozietät mit Dr. Oskar Netter
(1878–1937 Jerusalem) und Dr. Erich Ro-
bert Zwi Katz (1893–1937 Berlin, mutmaß-
lich Suizid) ~ 1932 Verkauf seiner Villa
(Potsdam) an Udo → Rukser ~ 1933 als
Notar entlassen ~ nach der Verhaftung

seines Sozium Katz, der 1934 vom Landgericht Berlin in 2. Instanz wegen fortgesetzten Vergehens gem. § 36 Devisenverordnung zu 10 Jahren Zuchthaus und 100.000,- RM Geldstrafe, hilfsweise zu weiteren 100 Tagen Zuchthaus verurteilt wurde, Flucht aus der „Heimat Hitlers“ nach Mailand ~ 14. 11. 1933 auf eigenen Antrag aus der Anwaltsliste gelöscht ~ 1934 Strafverfahren (Dr. E. Katz): Erledigung durch rechtskräftigen Strafbefehl über 80.000,- RM ~ Zwangsverkauf der Villa Im Dol (Dahlem) ~ 1935 vorübergehend in Palästina (Tel Aviv) ~ Beteiligung an der Jaffa Plantation Ltd. ~ 1935 legaler Transfer des Guthabens der Eheleute Wittgensteiner bei der Fa. Lindemann & Co, Spandau, nach Mailand ~ Ende 1939 Emigration nach Australien (Roseville, N.S.W.) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ Arisierung des Warenhauses Lindemann ~ betätigte sich in Australien als Fabrikant ~ Korrespondent und Mitarbeiter der „Deutschen Blätter“ (U. → Rukser).

A 23. 11. 1939: Gestapo Berlin ([Herbert] Müller) an RSHA.

■ 11./25. 4. 1940: RFSS/AA ~ 2./5. 7. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99865; Hepp, Liste 187 (147; 148: *Ehefrau*) ~ B BAArch, R 3001/80734 ~ BLHA Potsdam, Rep. 36 A, Nr. 2522 u. Nr. 4547, Rep. 36 A (II), Nr. 40171, Rep. 36 A, G 4144 ~ WGA Datenbank ~ EAB, 73424 ~ AoRB, 2007, S. 283.

692 Wolf, Josef *Friedrich (Fritz)*, Dr. jur. (Heidelberg 1923) ~ 13. 7. 1896 Baden-Baden – Okt. 1978 Kansas City/Missouri; ♂ Grete Maienthal (1907–1991).

Rechtsanwalt (Heidelberg, Rohrbacher Str. 51 [1937]) ~ Kanzlei seit 1. 1. 1936 boykottiert ~ Wohnung am 10. 11. 1938 verwüstet, selbst verhaftet und bis 2. 12. 1938 in *Schutzhaft* (Dachau) ~ Berufsverbot ~ 1939 Emigration (USA).

A 17. 5. 1941: Gestapo Karlsruhe (Rössner) an RSHA.

■ 25./30. 9. 1941: RFSS/AA ~ *Ausbürgerung* nicht dokumentiert; das Verfahren wurde nach Erlass der 11. VO z. RBürgG v. 25. 11. 1941 mutmaßlich nicht abgeschlossen.

Q PA/AA, R 100033 ~ D Die Staatsanwaltschaft im Zivilprozess, 1923; *Entziehung* nicht dokumentiert ~ B Moraw, 1996, S. 507; Schiller, 1997, S. 471; Giovanni/Rink/Moraw, 2011, S. 445.

693 Wolf, Julius, Dr. jur. (Marburg 1907; *Entziehung* 1941) ~ 25. 6. 1884 Frankfurt/M. – 1957; ♂ (1939 gesch.).

Seit 1910 Rechtsanwalt und seit 1924 Notar (Frankfurt/M) ~ 1933 als Notar entlassen ~ Juni 1938 Emigration (Palästina) ~ Berufsverbot ~ 1941 *Ausbürgerung*.

A 8. 5. 1941: Gestapo Frankfurt/Main (Dr. Vollbrecht) an RSHA.

■ 5./9. 8. 1941: RFSS/AA ~ 4./8. 9. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99924; Hepp, Liste 255 (144) ~ D Die Bedeutung und der Begriff des politischen Delikts im Völkerrecht, Frankfurt a. M. 1907; Lemberg, 2002, S. 50, 66 ~ B Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 199f.

694 Wolf, Richard Alexander, Dr. jur. (Würzburg 1924; *Entziehung* 1940) ~ 29. 11. 1898 Fürth – Nov. 1984 New York; ♂ (gesch.).

Frontkämpfer ~ Mitglied des Freikorps Epp und der DNVP ~ seit 1926 Rechtsanwalt (München) ~ auf Veranlassung von Reichsstatthalter Epp weiterhin als Rechtsanwalt zugelassen ~ Sept. 1938 Emigration (USA) ~ Berufsverbot ~ 1939 *Ausbürgerung* ~ 1940 erneutes Jurastudium ~ 1942–1946 US Army ~ später als Beamter am US-Court for Germany (Stuttgart).

A 3. 3. 1939: Gestapo München (Beutel) an Gestapa.

■ 21. 4./9. 6. 1939: RFSS/AA (nachdem das DK Jaffa *keine Bedenken* geltend gemacht und ergänzend mitgeteilt hatte: *Wolf dürfte*

sich nicht mehr in Palästina befinden und soll dem Vernehmen nach in Australien sein. Hier hat er sich nur auf Grund eines Touristenvisums aufgehalten.) ~ 3./11. 7. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99799; Hepp, Liste 122 (146) ~ D Die religiöse Kindererziehung nach dem Reichsgesetz von 1921, 1924; Rupp, 2011, S. 225 ~ B BArch, R 3001/80871 ~ Weber, 2006, S. 268 f.

695 Wolff, Alfred, Dr. jur. (Heidelberg 1917) ~ * 13. 10. 1894 Lissa/Posen – 20. 8. 1947; V: Justizrat Eduard Wolff (1852–1914, seit 1882 Rechtsanwalt und seit 1896 Notar in Lissa; seit 1900 [Nachwahl] Mitgl. d. Preuß. Abgeordnetenhauses, FVP); Ⓜ Hildegard Weiß (* 1894 Ostrowo/Posen).

Rechtsanwalt (Breslau, Kaiser-Wilhelm-Str. 25a [1934]) ~ Dez. 1934 Emigration (Palästina) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 16. 10. 1940: Gestapo Breslau (Brahmschwitz) an RSHA.

Q 17./20. 12. 1940: RFSS/AA ~ 11./15. 1. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99895; Hepp, Liste 216 (170; 171–173: *Ebefrau* u. K) ~ D Die Abtretung von Forderungen aus gegenseitigen Verträgen nach allgemeinen Grundsätzen, Berlin 1916; *Entziehung* nicht dokumentiert ~ B BArch, R 3001/80886 ~ BHprAH, 1988, S. 424/Nr. 2950 (E. Wolff); OFP-Akte (Breslau) 1938–1942: Quellen zur Geschichte der Juden in polnischen Archiven, Bd. 2, bearb. v. Claudia Nowak u. Sabine Rüdiger-Thiem, München 2005, S. 189/3996/Nr. 3723; www.myheritage.com/.../wolff-eduard-wolff-elise-wolff-b... (18. 6. 2019).

696 Wolff, Arthur → I. 98

697 Wolff, Ferdinand ~ 21. 6. 1885 Rohrbach b. Heidelberg – 18. 3. 1956 Rio de Janeiro; Ⓜ 1918 Margarethe Duchnowski (* 1884 Bromberg; lebte 1961 in Rio de Janeiro).

Seit 1914 Rechtsanwalt (Heidelberg) ~ Kanzlei seit 1922: Leopoldstr. 19 ~ 28. 4. 1934 Aufgabe der Zulassung und

Emigration (Brasilien) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A Mit *Durchdruck für Ausw.* Amt informierte die DB Rio de Janeiro (Rabes) am 18. 2. 1937 das Gestapa, dass *der juedische Rechtsanwalt* eine Neuausstellung seines 1932 ausgestellten Passes beantragt hatte: *Ich waere für eine baldgefaellige Mitteilung dankbar, ob gegen den Antragsteller ein Verfahren auf Widerruf der Einbuengerung oder Ausbuengerung schwebt und ob Tatsachen bekannt sind, die eine Versagung des Passes geboten erscheinen lassen.* Die Antwort des Gestapa ist in den Akten nicht überliefert, wohl aber die Mitteilung der Konsulatsabteilung der DB Rio de Janeiro (Nager) vom 1. 7. 1937 an das Gestapa – *ueber das Auswaertige Amt, Berlin: Der Antrag des Wolff auf Neuausstellung eines Passes ist abgelehnt worden.* Die *Ausbürgerung* beantragte die Gestapo Karlsruhe (Dr. Faber) beim Gestapa am 4. 3. 1938.

■ 15. 2./30. 4. 1939: RFSS/AA (nachdem die DB Rio de Janeiro am 11. April *keine aussenpolitischen Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 22./25. 5. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99787; R 100003; R 100014; Hepp, Liste 113 (123; 124: *Ebefrau*, geb. in Brandenburg) ~ B BArch, R 3001/80899 ~ Giovanni/Rink/Moraw, 2011, S. 448 („Dr. jur.“, mutmaßlich verwechselt mit dem Verlagsbuchhändler Dr. Ferd. Wolff).

698 Wolff, Gerhard(t), Dr. jur. (Heidelberg 1921; *Entziehung* 1939) ~ * 2. 5. 1892 Ratibor.

Rechtsanwalt (Breslau, Neue Schweidnitzer Str. 3 [1934]) ~ Juli 1938 Emigration (Buenos Aires) ~ 1939 *Ausbürgerung*.

A 10. 2. 1939: Gestapo (Dr. Fischer) Breslau an Gestapa.

■ 18. 2./18. 4. 19039: RFSS/AA (nachdem die DB Buenos Aires am 29. März *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 8./10. 5. 1939: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99786; Hepp, Liste 110 (129) ~
D Die Durchbrechung des Legalitätsprinzips
durch § 177 G.R.Str. (Entwurf eines Gesetzes
über den Rechtsgang in Strafsachen), 1923;
Moritz, 2001, S. 562 ~ B BArch, R 3001/80906.

699 Wolff, Alexis *Hans*, Dr. jur. (Heidel-
berg 1908; *Entziehung* 1939) ~ 9. 3. 1885
Berlin – 14. 5. 1943 Sobibor; ⚭ 1921 Martha
Herz (* 1893 Köln).

Seit 1919 Rechtsanwalt (Berlin) ~ 1933 Be-
rufsverbot ~ 1934 Emigration (Holland) ~
1939 *Ausbürgerung* ~ 11. 5. 1943 Deporta-
tion (ab Westerbork).

A 9. 3. 1939: Gestapo Berlin ([Herbert]
Müller) an Gestapa.

■ 21. 4./15. 5. 1939: RFSS/AA (nachdem
die DG Den Haag am 5. Mai keine Be-
denken geltend gemacht hatte) ~
12./14. 6. 1939: RMDI/DRA.

Q PA/AA, R 99794; Hepp, Liste 117 (117; 118 f.:
Ehefrau u. K., im Gedenkbuch des Bundesarchivs
nicht verzeichnet) ~ D Der strafrechtliche Schutz
des Berufsgeheimnisses, Breslau 1908 [= Ge-
krönte Preisschrift der Heidelberger Juristen-
fakultät; erschienen auch als Strafrechtliche
Abhandlungen, 86. Heft]; Moritz, 2001, S. 562
~ B BArch, R 3001/80910 ~ EAB, 322782 (DS
2032) ~ AoRB, 2007, S. 285.

700 Wolscht, Lothar, Dr. jur. (Jena 1928;
Entziehung 1936) ~ * 19. 2. 1902 Oetzsch
b. Leipzig, ev. luth.; ⚭ 1930, ev. luth.

1913–1922 Schüler des (Herzoglichen)
Wilhelm-Gymnasiums zu Braunschweig,
verließ die Schule nach dem Abitur, „um
Rechtswissenschaft zu studieren“ ~ bis
1933 Rechtsanwalt (Braunschweig) ~
7. 3. 1933 durch Urteil des Schöffengerichts
Braunschweig „wegen Untreue und fort-

gesetzten Betrugs zu einer Gefängnisstrafe
von 9 Monaten und Aberkennung öffent-
licher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren
rechtskräftig verurteilt“ (UAJ).

A Ein Ausbürgerungsverfahren ist nicht
nachweisbar; L. Wolscht wird jedoch in der
Ausbürgerungsakte des 1939 nach New
York emigrierten Hugo Schloß (* 3. 5. 1889
Alsfeld) genannt; Schloß befand sich da-
nach *in der Zeit vom 30. 11. 1933 bis zum*
14. 12. 1933 in Schutzhaft, weil er dem jü-
dischen [sic] Rechtsanwalt Dr. Lothar
Wolscht, der wegen Untreue eine Gefängnis-
strafe von 9 Monaten zu verbüßen hatte, zur
Flucht nach Frankreich verhalf Lt. Geburts-
registereintrag waren die Eltern von
L. Wolscht römisch-katholischer bzw.
evangelischer Konfession.

Q PA/AA, R 99879; Hepp, Liste 200 (9./
12. 9. 1940; 105: H. Schloß, * 1895 Alsfeld) ~
D Die internationale Regelung des Arbeitsrechts
auf Grund des Versailler Friedensvertrages unter
besonderer Berücksichtigung der seitherigen
Entwicklung, Wolfenbüttel 1927; www.ariadne.
uni-greifswald.de (19. 6. 2019): UA Greifswald,
R 350: Entziehung am 29. 9. 1936; die Promoti-
onsakten sind im UA Jena (317 Promotionsakten
1927/28) erhalten; die Entziehung erfolgte mut-
maßlich aufgrund des Strafurteils; rehabilitiert
wurde R. Wolscht nicht; UAJ, Bestand BA,
Nr. 1026, Bl. 4 (Marcus Dudek, UA Jena, E-Mail
v. 6. 3. 1920) ~ V Das Notrecht der deutschen
Landwirtschaft. Nach den Notverordnungen
vom 8. Dez. 1931 u. 14. Juni 1932, Braun-
schweig 1932 (Schriftenreihe des Reichsverban-
des für Erhaltung der Grundstücks- und Boden-
werte e. V., H. 1) ~ B StadtA Markkleeberg,
E-Mail v. 19. 3. 2020 (Claudia Knoth); StadtA
Braunschweig, E-Mail v. 23. 3. 2020 (Christina
Eggers); www.wilhelm-gym.de (19. 6. 2019).

701 Wronker-Flatow, Manfred → I. 99

Z

702 Zander, Paul, Dr. jur. (Leipzig 1908;
Entziehung 1940) ~ 25. 5. 1884 Leipzig –
6. 7. 1943 London; ⚭ Gertrud Bardach
(1897–1986 USA).

Seit 1911 Rechtsanwalt und seit 1924 Notar
(Leipzig) ~ Syndikus und Mitglied des
Aufsichtsrates der Musikverlages Anton J.
Benjamin AG (Leipzig) ~ zeitweise Sozie-

tät mit Emil Wohrizek (1942 ab Berlin deportiert) ~ 1935 als Notar entlassen ~ 10. 11. 1938 verhaftet (*Schutzhaft*; Buchenwald) ~ Berufsverbot ~ 10. 12. 1938 als Konsulent zugelassen ~ 1939 Emigration (England) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 5. 4. 1940: Gestapo Leipzig (Dr. Kaußmann) an RSHA.

■ 6./16. 5. 1940: RFSS/AA ~ 20./24. 6. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99862; Hepp, Liste 184 (154; 155–157: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Das modifizierte Akzept, Leipzig 1908; Henne, 2007, S. 116 ~ **B** BArch, R 3001/81155 ~ Lang, 2014, S. 638 f., 633 f. (E. Wohrizek).

703 Zedermann, Felix, Dr. jur. et rer. pol. (Würzburg 1911; *Entziehung* 1941) ~ 15. 1. 1888 Fürth – 19. 1. 1973 Boulogne-Billancourt/Frankreich; ♂ Rosa Regensteiner (* 1896 München).

Seit 1917 Rechtsanwalt (München) ~ 1933 Berufsverbot und Emigration (Paris) ~ 1940 interniert ~ 1941 *Ausbürgerung* ~ 1942 Flucht ins unbesetzte Südfrankreich.

A 22. 4. 1941: RSHA an RMdI: *Ausbürgerung von Juden im besetzten Gebiet Frankreichs*.

■ 22./30. 4. 1941: RFSS/AA (Todenhöfer) ~ 9./14. 6. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99913; Hepp, Liste 237 (302; 303 f.: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Die Einnahmequellen der deutschen Städte im Mittelalter. Mit Ausnahme der Vermögenssteuern, Personalsteuern und Anleihen, Erlangen 1911; Rupp, 2011, S. 226 f. ~ **B** Weber, 2006, S. 269.

704 Zellner, Max, Dr. jur. (Erlangen 1908; *Entziehung* 1940) ~ * 25. 3. 1882 Ostrowo; ♂ Gertrud Markus (* 1895 Kattowitz).

Rechtsanwalt (Breslau, Junkernstr. 31 [1937]) ~ 1939 Emigration (Kuba) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 25. 9. 1939: Gestapo Breslau (Kunz [?]) an Gestapa.

■ 30. 10./9. 11. 1939: RFSS/AA ~ 3./20. 3. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99841; Hepp, Liste 163 (157; 158–160: *Ehefrau* u. *K*) ~ **D** Der Berichtigungsanspruch aus § 11 des Reichspressegesetzes, Posen 1909; Mertens/Feketitsch-Weber, 2010, S. 97 f.

705 Zimmt, Kurt, Dr. ~ 24. 9. 1900 Posen – 4. 8. 1954; ♂ I. (1924) Ilse Walch; II. (1930) Sara Topf (* 1909 Wielkievczy, Krs. Jaworow; Galizien).

Frontkämpfer (1916 „im Alter von 15 ¾ Jahren als Kriegsfreiwilliger aus Obersekunda in das Heer eingetreten“, bis 1918 Heeresdienst, EK II, in Flandern verwundet) ~ seit 1929 Rechtsanwalt (Berlin) ~ 31. 7. 1936 auf eigenen Antrag in der Anwaltsliste gelöscht ~ Aug. 1936 Emigration (São Paulo, Brasilien) ~ 1938 *Steuersteckbrief* und *Ausbürgerung*.

A 22. 7. 1938: Gestapo Berlin an Gestapa.

■ 18. 8./26. 9. 1938: RFSS/AA (nachdem die DG Brüssel am 16. Sept. *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 14./18. 11. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99740; Hepp, Liste 80 (62; 120 f.: *Ehefrau* u. *K*); die 1. (*arische*) Ehefrau war seit 1937 mit einem Italiener verheiratet; ihr Sohn – *der Vater, Rechtsanwalt Dr. Kurt Zimmt, ist Jude, evangelischer Konfession. Die Ehe wurde bald geschieden, so dass der Junge den jüdischen Vater kaum gekannt haben soll* – besuchte seit Okt. 1938 die Deutsche Schule in Rom; PA/AA, R 100113; undat. „Aufstellung der sich an der Deutschen Schule Rom befindenden Mischlinge I. und II. Grades“ (um 1942/43) ~ **D** Nicht ermittelt ~ **B** BArch, R 3001/81438 (ohne Nachweis einer jur. Promotion, im Adressbuch jedoch als „Dr.“ verzeichnet, erstmals 1928 als „Referendar“) ~ EAB, 250240 (DS 2032) ~ AoRB, ²2007, S. 289.

706 Zolki, Hans (Henry), Dr. jur. (Königsberg/Pr. 1924) ~ * 23. 9. 1902 Königsberg/Pr. – Apr. 1962.

Rechtsanwalt (Berlin) ~ 1933 Berufsverbot
~ Emigration (USA) ~ 1941 *Ausbürgerung*
~ Rechtsanwalt (New York).

A 22. 4. 1941: RSHA an RMdI: *Ausbürgerung von Juden im besetzten Gebiet Frankreichs*.

■ 22./30. 4. 1941: RFSS/AA (Todenhöfer)
~ 9./14. 6. 1941: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99913; Hepp, Liste 237 (308; 306 f. V: Bruno Z. (* 1868 Breslau) u. S: Lucie (* 1900 Königsberg) ~ **D** Das Prinzip der Gewaltenteilung im heutigen deutschen Staatsrecht, 1924 ~ **B** BArch, R 3001/81481 ~ E. → Lichtenstein, 1985; S. 149, 242; AoRB, ²2007, S. 289.

707 Zuntz, Max, Dr. jur. ~ 19. 2. 1880 Frankfurt/M. – 4. 4. 1960 Frankfurt/M.;
⊗ Henny Sondheimer (* 1887 Darmstadt).

Seit 1908 Rechtsanwalt und seit 1920 Notar (Frankfurt) ~ 1935 als Notar entlassen ~ 1938 Berufsverbot ~ Dez. 1938 Emigration (Chicago, USA) ~ 1940 *Ausbürgerung* ~ 1959 Rückkehr.

A 11. 5. 1939: Gestapo Frankfurt/Main (Weiss-Bollandt) an Gestapa.

■ 29. 7./3. 12. 1939: RFSS/AA ~
8./12. 2. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA R 99835; Hepp, Liste 157 (157; 158: *Ehefrau*.) ~ **D** Nicht ermittelt ~ **B** Dölemeyer/Ladwig-Winters, 2004, S. 201.

708 Zweig, Walter → **I. 100**

709 Zwirner, Bruno, Dr. jur. (Breslau 1921; *Entziehung* 1940) ~ * 25. 1. 1894 Glatz; ⊗ Hildegard Grundey (* 1899 Neidenburg/Ostpr.).

Rechtsanwalt (Breslau) ~ förderte als Mitglied des Werbe-Ausschusses die Grün-

dung des Jüdischen Museums zu Breslau (1928) ~ 1939 Emigration (Overton/England) ~ 1940 *Ausbürgerung*.

A 23. 10. 1939: Gestapo Breslau an Gestapa.

■ 20./24. 11. 1939: RFSS/AA ~ 27. 2./
1. 3. 1940: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99839; Hepp, Liste 160 (154; 155: *Ehefrau*) ~ **D** Das Komitee als geschäftsfähiges Wesen, 1921; Kranich, 2012, S. 177 ~ **B** BArch, R 3001/81561 ~ Hoppe, 2002, S. 270.

710 Zysmann (später: Zysman), Hans, Dr. jur. ~ * 24. 1. 1896 Spandau – 19. 7. 1951; ⊗ Elise Baer (* 1894 Güntersberg).

Seit 1924 Rechtsanwalt (kurzzeitig in Spandau u. Berlin, seit Herbst 1924 in Fürstenwalde) ~ 1933 Berufsverbot, Übersiedlung nach Berlin und Emigration (Palästina) ~ 1933 *Steuersteckbrief* und Vermögensbeschlagnahme ~ 1938 *Ausbürgerung* ~ seit Sept. 1937 in USA.

A 25. 7. 1938: Gestapo Frankfurt/Oder an Gestapa.

■ 30. 8./7. 11. 1938: RFSS/AA (nachdem die DB Washington *keine Bedenken* geltend gemacht hatte) ~ 2./5. 12. 1938: RMdI/DRA.

Q PA/AA, R 99743; Hepp, Liste 82 (61; 93–95: 62 Ehefrau u. K) ~ **D** Ermittelt nur Rudi Zysmann (Über den Erwerb des Nichtberechtigten vom gutgläubigen Zwischenerwerber in Ansehung von § 932 BGB, Diss. Breslau 1922), mutmaßlich Bruder, emigrierte nach Palästina, Rechtsanwalt, Ausbürgerung nicht dokumentiert) ~ **E** 1941–1946 Artikel und Leserbriefe im „Aufbau“ ~ **B** BArch, R 3001/81563 ~ Stiefel/Mecklenburg, 1991, S. 39 ~ www.reinhardhillebrand.de/spandauer-anwaelte-3.html (10. 8. 2017).

Dank

Für die Edition der im „Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger“ veröffentlichten Ausbürgerungslisten hat Michael Hepp eine „Listenkongordanz“ angefertigt. Sie bietet „einen besseren Zugriff“ auf die im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes überlieferten „Akten betreffend Ausbürgerung“. Dr. Gerhard Keiper hat mir dieses Findhilfsmittel kurzerhand zur Verfügung gestellt. Als Archivar hat er das Forschungsvorhaben von Anfang an mit Rat und Tat begleitet. Ohne diese Mithilfe wäre die Sondierung nicht möglich gewesen. In meinen Dank möchte ich aber auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einbeziehen, die mich im Lesesaal des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes betreut haben.

Nachforschungen in weiteren Archiven waren nur in engen Grenzen möglich. Für erbetene und gewährte Auskünfte – im Einzelfall genannt – bin ich dankbar. Entschädigungsakten konnten allein für Berliner Rechtsanwälte herangezogen werden. Angela Sponholz, der zuständigen Bearbeiterin im Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO), danke ich für die Prüfung der vielen Anfragen. Online-Portale des Bundesarchivs, des Schweizerischen Bundesarchivs und des Leo Baeck Instituts sowie die Datenbank „Aberkennungen akademischer Grade im Deutschen Reichsanzeiger 1937 bis 1944“ des Universitätsarchivs Leipzig erwiesen sich als besonders hilfreich. Der Karlsruher Virtuelle Katalog (KVK) erleichterte die Literatursuche. Die juristischen Dissertationen konnten vielfach anhand der online verfügbaren Karten des Quart-Katalogs der Bayerischen Staatsbibliothek München zweifelsfrei zugeordnet werden. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor allem in der Universitäts- und Landesbibliothek Bonn und der Bibliothek des Deutschen Bundestages bin ich zu Dank verpflichtet.

Anfänge des Projekts reichen weit zurück. Auf dieser langen Wegstrecke haben Personen und Institutionen – in der Danksagung ungenannt, aber nicht vergessen – meine Forschungsarbeiten ermöglicht, begleitet und gefördert. Einen ganz besonderen Dank schulde ich Dr. Jean Urban Andres (Bad Wünnenberg) für die Gestaltung und Einrichtung der Druckvorstufe: In dieser Form ist das Buch auch sein Werk. Hans Karl Friedrich Schmidt (Neustadt an der Aisch) danke ich für die Mitwirkung während der Planungsphase des Druckvorhabens, Dr. Dirk F. Paßmann, dem Verlagsleiter Buch des Aschendorff Verlags, für die Aufnahme der Dokumentation in das Verlagsprogramm.

Das Auswärtige Amt sowie die Herbert und Elsbeth Weichmann-Stiftung Hamburg haben die Drucklegung gefördert. Zu guter Letzt danke ich für diese großzügige Unterstützung.

**Das Präsidium der
Rechtsanwaltskammer
in Berlin**

Postscheckkonto: Berlin Nr. 158509
Bankkonto:
Bezirksbank Berlin-Charlottenburg
Zweigstelle Kaiserdamm

Gesch.-Nr.
Bei allen Zuschriften anzugeben

① Berlin-Charlottenburg 9, den 1. Dezember 47
Kastanienallee 37-38
Fernsprecher 97 67 44

M 11 5

Herrn

Dr. Theodor Lieb knecht ,

Sehr verehrter, lieber Herr Kollege Lieb knecht!

Die hiesigen Schwierigkeiten machen es zweifelhaft, ob ich Sie noch einmal werde sprechen dürfen. Deshalb ist es mir ein von Herzen kommendes Bedürfnis, Ihnen noch einmal zu sagen, wie sehr wir uns über Ihr Hiersein gefreut haben. Die Berliner Anwaltschaft hat Sie in den vergangenen schweren Jahren unverändert als zu ihr gehörig betrachtet und sie würde die Wiederaufnahme Ihrer Arbeit freudig begrüßen. Dass ein solcher Entschluß Ihrerseits für die Rechtspflege in Berlin und darüber hinaus eines Tages in Deutschland einen hohen Gewinn bedeuten würde, das habe ich Ihnen bei unserer Begegnung zum Ausdruck gebracht. Dies ergibt sich mit Selbstverständlichkeit aus dem Wesen Ihrer Persönlichkeit und aus der hohen Auffassung vom Beruf einer wahren Advokatur. Sie werden wieder das Vorbild für eine Anwaltschaft sein, wie wir sie uns wünschen.

Seien Sie herzlich bedankt dafür, dass Sie den Weg nach Berlin zu Ihren Kollegen trotz der Reiseschwierigkeiten gefunden haben und dass Sie ihnen in so aufgeschlossener Gesinnung begegnet sind.

Wir werden uns freuen, wenn Sie uns Ihren endgültigen Entschluss zur Rückkehr mitteilen werden. Bis dahin sind unsere aufrichtigen Wünsche für Ihr persönliches Wohlergehen und für Ihre jetzige Arbeit bei Ihnen.

Ich grüße Sie herzlich in kollegialer Verbundenheit.

Ihr Ihnen sehr ergebener

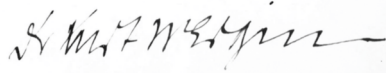


Abb.13: Dr. jur. Kurt Wergin (1900–1973),
1946 bis 1971 Präsident der Rechtsanwaltskammer Berlin
Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO),
Abt. I: Entschädigungsbehörde Opfer des Nationalsozialismus, Berlin

Personenindex

Der Index verzeichnet in der Dokumentation sowie in der Einleitung und im Anhang erwähnte Personen. Nicht berücksichtigt wurden in der Regel die namentlich genannten Angehörigen. Ebenfalls nicht erfasst wurden Autorinnen/Autoren, die in Fußnoten oder bibliographischen Nachweisen zu den einzelnen Biogrammen genannt werden. Mit Sternchen (*) gekennzeichnete Seitenzahlen verweisen auf Einleitung und Anhang, die Ziffern 1–710 auf die Dokumentation. Der Haupteintrag in der Falldokumentation (1–100) bzw. im Biographischen Index (102–710) wird jeweils gefettet hervorgehoben (z.B. 1 bzw. 102). Ebenso werden die mit bio-bibliographischen Nachweisen versehenen Nennungen im Anhang „Bürokraten und Diplomaten“ durch Fettdruck (z.B. 165*) charakterisiert. Kursivierung der *Seitenzahl* (*) verweist auf in Anmerkungen genannte Personen.

- Aaron, Albert 59*, 62*, 88*, 1
Aaron, Siegfried 94*f., 131*, 132*, 102
Abege, Wilhelm 89*, 49
Abel, Max 25, 103
Abelsdorff, Werner 356
Abraham, Hugo 28
Abrahamsohn, Alfred s.u. Sandak
Achamer-Pifrader, Humbert 165*, 138
Achenbach, Ernst 127*, 177*, 57
Achter, Viktor 22*
Adam, Uwe Dietrich 67*, 111*
Adenauer, Konrad 101*
Adler, Alexander 80*, 104
Adler, Siegfried 114*, 105
Alexander, Eduard 55
Alexander, Georg 45*
Alexander, Kurt 94*, 95*, 106, 597
Alexander, Ludwig 73*, 94*, 132*, 107
Alsberg, Max 19*, 60*, 66*, 74*, 87*, 251
Alsberg, Siegfried 60*
Alsen, Ola 60*
Altenberg, Bruno 5*, 8*, 64*, 114*, 131*, 135*,
2
Altenberg, Oskar 2
Alterthum, Willy 136*
Altgenug, Erich 85*, 109
Alvermann, Dirk 90*
Alving, Otto 607
Anders, Reinhard 318
André, Etkar 67
Angermund, Ralph 23*
Apfel, Alfred 7*, 51*, 54*f., 110*, 123*, 95,
110, 579, 674
Apt, Franz 80*, 111
Arendt, Edgar 112
Arendt, Hannah 143*
Arndt, Wilhelm 80*, 113
Arnet s.u. Arendt, Edgar
Aron, Albert 126*
Aron, Ludwig 114
Aron, Willy 126*
Arons, Albert 80*, 115
Aronsohn, Edmund 231
Aschenberg, Hugo 94*, 95*, 116
Auerbach, Ella 122*, 128*, 117, 120
Auerbach, Herbert 80*, 128*, 118, 119
Auerbach, Irmgard 122*, 128*, 136*, 118, 119
Auerbach, Jacob 2
Auerbach, Leonhard 641
Auerbach, Max 2
Auerbach, Richard 80*, 117, 120, 274
Auerbach, Siegbert 106*, 121
Aufhäuser, Siegfried 55*, 70
Aufricht, Friedrich 124*
August, Eugen 48
Augustin, Hans 165*, 198, 396, 421
Aviezer s.u. Polke, Max
Baade, Fritz 39*, 144*
Bach (Gestapo Frankfurt/Oder) 570
Bacharach, Alfred 114*, 122
Backhaus, Alfred 602
Bader, Karl Siegfried 16*f., 20*
Badt, Fritz 7
Baer, Martin 100*, 133*, 123, 124
Baer, Moritz 100*, 123, 124
Baer, Werner 85*, 125
Baerensprung, Horst W. 90*, 3
Baerwald, Max 80*, 127
Baerwald, Moritz 689
Ball(-Kaduri), Kurt (Jacob) 136*, 521
Bandmann, Eugen 128, 291
Bang, Ferdinand 653
Barbasch, Ludwig 136*, 53
Bargen, Werner v. 177*, 20, 657
Bartels, Kurt 87
Bartels, Rudolf 72
Barth, Heinrich 94*
Barth, Karl 77*
Baruch, Sigmund 129
Batz, Rudolf 165*, 153
Bauer, Fritz 38*, 95*, 135*
Bauer-Mengelberg, Rudolf 95*, 129*, 4
Baum, Alfred 80*, 131

Personenindex

- Baumann (Gestapo Würzburg) 165*, 542
 Baumgart, Max 88*, 132
 Becher, Richard 133, 425
 Beck, Gustav F. 68*
 Beck, Jakob 165*, 29, 220, 277, 359, 380, 411, 614, 621, 650
 Beck-Wardau, Kurt 73*, 134
 Becker, Curt W. 135
 Becker, Georg 653
 Becker, Hans-Jürgen 30*
 Becker, Heinrich 88*
 Becker, Hugo 82*, 136
 Becker, Katharina 83*f.
 Becker, Thomas 72*
 Beer, Georg 91*, 137
 Beer, Ulrich 17*
 Behrmann, Adolf 166*, 39
 Bell, Rainer 30*
 Below, Carl v. 177*, 44, 315
 Bender, Hugo 94*, 95*, 138, 605
 Bendix, Ludwig 53*, 89*f., 139
 Bendix, Reinhard 139
 Bendix, Selma 30
 Benjamin, Max 82*, 140
 Benjamin, Rudolf 82*, 141
 Benz, Wolfgang 32*
 Beradt, Martin 136*, 251
 Berent, Margarete 136*
 Berg, Eduard 95*, 142
 Berg, Ernst 114*, 143
 Berg, George van den 77
 Berg-André, Martha 67
 Bergdolt, Curt 87
 Bergemann, Hans 33*
 Berger, Fritz 136*
 Berger, Richard August 86
 Bergmann, Arthur 55*, 75*, 133*, 5
 Bergmann, Siegfried 343
 Berkowitz, Horst 17*
 Berlet, Hartmut 106*, 145
 Berlin, Otto 146
 Berlin, Walter 82*, 133*, 147
 Bernard, Tristan 64*, 85
 Bernhard, Georg 53*f., 13, 641
 Bernhardt, Guido 2
 Berolzheimer, Hans David 82*
 Bernstein, Markus Isaac 92
 Bernstein, Martin 80*, 148
 Berrutti, Jean-Claude 53
 Bertschi, Rudolf s.u. Hoegner, Wilhelm
 Berutti, Jean-Claude 53
 Better, Alexander 136*
 Best, Werner 57*f., 156*-158*, 166*, 46, 61, 156, 202
 Beutel, Lothar 166*, 54, 91, 94, 492, 494, 522, 587, 660
 Beutner, Joachim 506
 Beutner, Wilhelm 506
 Beyersdorff, Hans 607
 Bial, Ludwig 85*, 149
 Biberstein, Ernst 166*
 Bickart, Paul 80*
 Bickhardt, Paul 150
 Bielschowsky, Georg 151
 Biema, Hans-Hermann van 90*, 152
 Biema, Hermann van 90*, 153
 Bilfinger, Rudolf 166*, 87
 Bing, Fritz 21*, 298
 Bing, Moritz 82*, 104*, 154
 Bing, Rudolf 155
 Bing, Susanne 104*, 155
 Bing-Fromont, Michel 298
 Bismarck, Otto Fürst v. 178*, 60
 Blach, Alice 606
 Blau, Bruno 136*
 Blecher, Jens 105*
 Bleser, Josef 80
 Bloch, Fritz 156
 Bloch, Konrad 156
 Bloch, Martin 46
 Bloch, Reinhard 104*, 157
 Block, Eleonore (Nora) 128*, 141*, 6
 Blomberg, Hans Wilhelm 166*, 564
 Blüth, Julius 94*, 95*, 159
 Bluhm, Arno 80*, 160
 Bluhm, Wilhelm 166*, 6, 141, 289, 441
 Blum, Fritz 82*, 161
 Blum, Léon 91
 Blumberg, Walter 105*, 162
 Blume, Walter 166*, 296
 Blumenstein, Karl 82*, 163
 Blumenthal, Otto 73
 Boberach, Heinz 23*, 68*, 81*, 106*
 Bögler, Franz 32
 Böhm, Kurt 80*, 164
 Bönheim, Ernst 55
 Boenheim geb. Karpen, Flora 105*
 Boenheim, Kurt 99*f., 105*, 165, 309
 Boës, Joachim 135*
 Bötticher, Eduard 115*
 Bogs, Alexander 178*, 9
 Bolz, Eugen 111*f.
 Bongartz, Walter 131*, 132*, 166
 Bonhoeffer, Christine 21*
 Bonhoeffer, Dietrich 21*
 Bonhoeffer, Klaus 21*, 22*, 111*
 Bonwit, Hugo 167
 Borbein, Volkmar 55
 Borgstedt, Angela 33*
 Born, Max 89*
 Bovensiepen, Otto 166*, 224, 452, 472
 Brach, Max 95*, 168

Personenindex

- Bracher, Karl Dietrich 40*, 66*
 Bradfisch, Otto 167*, 644, 647
 Brändström, Elsa 92*
 Bräutigam, Otto 130*, 139*, 178*, 4, 96, 645
 Brandt, Arthur 136*, 241
 Brandt, Willy 8*, 38*, 47*, 134*, 141*
 Braschwitz, Günther 167*, 174, 257, 409, 422, 695
 Brauer, Adolf 113
 Brauer, Max 38*, 45*, 47*, 55*, 141*f., 39
 Braun, Angela 7
 Braun, Heinrich (Heinz) 92*, 128*, 138*, 141*, 7
 Braun (Köln) 154
 Braun, Matthias (Matz) 7, 48, 67, 71
 Braun, Otto 52
 Braun, Otto 67, 489
 Brehmer, Hermann 178
 Breitbach, Michael 71*, 88*, 118*
 Breit-Frontzig, Gerhard 170
 Breit-Frontzig, Margarete 80*, 122*, 136*, 170
 Breitscheid, Rudolf 53*, 68*, 73*, 106*, 13, 98
 Brentano, Heinrich v. 22
 Brentano di Trezzano, Otto v. 22
 Breuer, Robert 139*
 Brieger, Leopold 171
 Brill, Hermann 96*, 98*
 Brix, Thomas 106*
 Broh, James 81*f., 8
 Brüner (Gestapo Breslau) 148
 Brumm, Fritz 80*, 173
 Brunner, Karl 167*, 143, 446
 Bry, Herbert 274
 Buber, Martin 70*
 Bud, Franz 80*, 128*, 133*, 174
 Budwig, Alfons 80*, 175
 Budzislowski, Hermann 110*
 Bülow, Bernhard Wilhelm v. 54*, 178*
 Bülow, Werner v. 47
 Bülow-Schwante, Vicco v. 53*ff., 178*, 19, 38, 47, 70, 72, 98, 190
 Bürck, Paul 557
 Bullerjahn, Walter 75
 Busch, Max 68
 Busse, Felix 19*, 25*
 Butenschön, Wilhelm 194

 Cachin, Marcel 67
 Cahen II, Albert 154
 Cahn, Felix 86*, 88*, 176
 Callmann, Hans 177
 Callmann, Maximilian 177
 Callmann, Rudolf 87*, 177
 Calmeyer, Hans 24*f.
 Calonder, Felix 100

 Campe, Carl v. 178*, 19, 66
 Canaris, Constantin 167*, 74
 Canaris, Wilhelm 21*
 Cantor, Alfred 101*, 178
 Cappel, Paul 106*, 179
 Carstens, Carl 21*
 Castan, Joachim 33*
 Castro, Curt de 129*, 9
 Catilina 65*, 47
 Chaplin, Charly 95
 Chardin, Jean-Baptiste 258
 Chodziesner, Dorothea 136*
 Chodziesner, Max 47
 Chroust, Peter 88*
 Cicero 47
 Cläsgens (Mülheim/Ruhr) 386
 Clay, Lucius D. 582
 Cohen, Sally 106*, 181
 Cohn, Alfred 90*, 182
 Cohn, Anneliese 191
 Cohn, Arthur 183
 Cohn, Bernhard 63*, 184
 Cohn, Edgar 110*, 185
 Cohn, Edgar 5*, 8*, 44*, 136*, 10
 Cohn, Edgar (Bochum) 441
 Cohn, Emanuel 11
 Cohn, Ernst 109*, 187
 Cohn, Fritz 188
 Cohn, Fritz Gabriel 131*
 Cohn, Georg 189
 Cohn, Heinz 190
 Cohn, Hermann 603
 Cohn, Julius 76*, 187, 109*, 191
 Cohn, Julius Naphtali 100*, 192
 Cohn, Oscar 555
 Cohn, Walter *s.u.* Graetzer, Walter
 Cohn-Bendit, Erich 132*, 193
 Cohn-Bendit, Daniel 193
 Cohnen, Elfriede 20*, 29*
 Cohn-Renner, Alfred 93*, 194
 Cohn-Vossen, Berthold 11
 Cohn-Vossen, Gerhard 80*, 133*, 11
 Cohn-Vossen, Steffan 11
 Constable, John 57
 Conti, Leonardo 182*
 Corbarieu, Albert August 48
 Corot, Jean-Baptiste Camille 57
 Des Coudres, Hans Peter 117*
 Courbet, Gustav 57
 Craig, Paul *s.u.* Krakenberger, Paul
 Crispian, Arthur 67
 Cromwell, Lotte 109*, 196
 Cromwell, Philipp 109*, 196
 Cuhorst, Hermann 59
 Curtius, Ludwig 485
 Czapski, Georg 92*, 197

- Daegel, Joachim 50*
 Dahlem, Franz 6*
 Dahms, Hans-Joachim 89*
 Dalberg, Julius 132*, 198
 Dannenberg, Ernst 73
 Danziger, Bruno 80*, 199
 Danziger, Gerhard 106*, 200
 Daumier, Honoré 258
 David, Ferdinand 70*f., 81*f., 201
 David, Hermine 212
 Davids, Wilhelm 202
 Denecke (Gestapo Karlsruhe) 97, 262
 Demuth, Fritz 98*
 Derenberg, Walter 93*, 122*, 203
 Dessauer, Erich 24
 Dessauer, Friedrich 83*f.
 Deumling, Joachim 167*, 381, 600
 Dieckhoff, Hans Heinrich 178*, 1, 3, 125
 Dill (Ministerialdirektor) 59
 Dittmann, Wilhelm 129*
 Dix, Otto 258
 Dix, Rudolf 95
 Docter, Alfred Joseph 204
 Docter, Charles Alfred 204
 Doctor, Georg Gottlieb 126*, 204
 Döhring, Erich 101*
 Dölemeyer, Barbara 32*f.
 Dohnanyi, Hans v. 21*, 24*
 Doll, Franz 482
 Domke, Martin 136*
 Doms, Wilhelm 212
 Donig, Arthur 110*, 205
 Dreifuß, Emil 60*
 Dreifuß, Helmuth 87*, 206
 Dressler, Leo 106*, 207
 Driesen, Otto 139*
 Drucker, Erich 80*, 208
 Drucker, Martin 20*, 135*
 Drucker, Siegfried 107
 Duckart, Wolfgang 182*, 34, 40, 74, 170, 188, 657
 Duckwitz, Albert 178*, 395
 Dürer, Albrecht 258
 Dupré, Jules 57
- Ebert, Friedrich 46, 677
 Ebert (Gestapo Liegnitz) 242
 Ebner, Karl 146*
 Ebstein, Ellen 122*, 128*, 209
 Ebstein, Paul 122*, 210
 Ecarius, Fritz 89
 Eckstein, Ernst 19*
 Edler, Rudolf 497
 Ehard, Hans 15*f.
 Ehlers, Ernst 167*, 76, 107, 120, 352, 401
 Ehlerl (Gestapo Augsburg) 436
- Ehrensberger, Otto 138*, 182*
 Ehrlich, Georg 80*, 211
 Ehrlich, Kurt 212
 Ehrlich, Ruth 34*
 Eichholz, Max 86*
 Eichler, Willi 141*
 Eichmann, Adolf 14*, 53*, 182*
 Eichmann, Ingo 167*, 63, 312
 Eiermann, Egon 485
 Einstein, Albert 7*, 53*ff., 110*, 136*, 95
 Einstein, Louis 213
 Einstein, Walter 113*, 213
 Eisenhardt, Ulrich 230*
 Eisner, Hermann 25*
 Eisner, Alice 107*
 Eisner, Kurt 70
 Elert, Elena 641
 Elias, Karl 73*, 214
 Elias, Otto 19*
 Ellscheid II, Robert 463
 Elsas, Fritz 112*
 Elchlepp, Rudolf 167*, 206, 334, 358, 649
 Embden, David van 77
 Emonet, Pierre *s.u.* Ehrlich, Kurt
 Endemann, Friedrich 114*
 Engel, Carl 133
 Engel, Franz 80*, 215
 Engelbert, Sally Fritz 95, 677
 Engelmann, Heinz-Günther 167*, 7, 23, 49, 58, 62, 64, 87, 135, 173, 235, 416, 485, 531, 535, 547, 569, 584, 610
 Engisch, Karl 115*f.
 Englard, Itzhak 119*
 Epp, Franz Xaver Ritter v. 693
 Epstein, Berthold 80*, 216
 Erlanger, Fritz 112*, 131*, 217
 Erlanger, Hugo 112*, 132*, 217, 218
 Erlanger, Theodor 82*, 219, 663
 Erzberger, Matthias 139*, 251
 Esslinger, Carl 220
 Esslinger, Gustav 220
 Esslinger, Wilhelm 114*, 131*, 132*, 220
 Etscheit, Alfred 22*
 Ettel, Erwin 178*, 73, 669
 Ettlinger, Friedrich 107*, 221
 Eulenberg, Herbert 497
 Eulenberg, Max 497
 Eulau, Arthur 114*, 222
 Eyck, Erich 136*, 223
 Eyck, Hans 133*, 136*223
- Faber, Heinrich 167*, 4, 64, 73, 259, 298, 374, 412, 481, 572, 584, 618, 624, 684
 Fackenheim, Julius 92*, 132*, 224
 Falk, Bernhard 104*
 Falk, Ernst 104*

- Fath, Alice 122*
 Fath, Hans 95*, 122*, 12
 Faust, Hans 182*
 Feblowitz, Max 258
 Feblowitz, Samuel 80*, 226
 Feder, Ernst 110*, 13
 Fehlis, Heinrich 168*
 Feibelmann, Salomon 114*, 14
 Feilchenfeld, Eva *s.u.* Newman, E.
 Feketitsch-Weber, Margareta 72*, 81*
 Feld, Arthur 82*, 229
 Feld, Friedrich 64*
 Feldheim, Otto 82*, 230
 Feien, Dr. 89
 Felixbrodt, Marcus 91*, 231
 Felixmüller, Conrad 8
 Fels, Edgar 86
 Fenthol, Fritz 314
 Fentz, Günther 168*, 56, 129, 149, 222, 365,
 368, 433, 605, 620
 Féraud, Augustin 239
 Ferse, Max 182, 232
 Feuchtwanger, Edgar 233
 Feuchtwanger, Lion 53*, 107*f.
 Feuchtwanger, Ludwig 219, 233
 Fiedler, Eberhard 20*
 Finnberg, Emil 168*, 69, 355, 462
 Fisch, Walter 142*
 Fischer, Bernd 88*
 Fischer, Hans 168*, 595, 698
 Fischer, Julius 124*
 Fischotter, Alois 168*, 616, 617, 687
 Fladhammer, Christa 39*
 Flechtheim, Ossip K. 103*f., 143*
 Fleischer, Moritz 133*, 234
 Fleiß, Alfred 106*, 92, 235
 Fleiß, Heinrich 235
 Flesch, Dr. (Erfurt) 313
 Flesch, Reinhard 168*, 18, 625
 Fließ, Hans 91*, 236
 Fließ, Julius 183
 Flume, Werner 24*
 Foerder, Ludwig 136*
 Förster, Walter 19*
 Forsbach, Ralf 72*, 78*
 Forsthoff, Ernst 44*
 Foss *s.u.* Fuchs, Martin
 Foulkes, Albert S. *s.u.* Fuchs, Albrecht
 Frachon, Benoît 67
 Fränkel, Emil 109*, 237
 Fraenkel, Ernst 33*, 53*, 68*, 84*f., 122*, 135*,
 60, 238
 Fraenkel, Max 91*, 237, 517
 Fränkel, Siegfried 80*, 15
 Fraenkel II, Siegfried 174
 Fraenkl, Victor 98, 241
 Frank, Hans 43*, 32
 Frank, Henning 19*, 32*
 Franck, Hugo 90*, 242
 Frank, Josef 243
 Frank, Julius 132*, 133*, 244
 Frank, Ludwig (Mannheim) 334
 Frank, Ludwig 87*, 245
 Frank II, Max 19*
 Frank, Reinhold 21*
 Franken (Gestapo Köln) 463
 Frankenstein, Ernst 110*, 116
 Frankfurter, Gerhard 247
 Frankfurter, Richard 82*, 247
 Franklin, Henrietta 674
 Franzki, Harald 32*
 Fraustaedter, Hans 248
 Fraustaedter, Werner 85*, 248
 Frei, Leopold 82*, 249
 Freimuth, Axel 79*
 Freisler, Roland 28*f., 119, 198, 325, 598
 Freitäger, Andreas 102*
 Frenkel, Hermann 124*
 Frenken, Goswin 76*, 102*
 Frenzel, Ernst 178*, 44, 298
 Freudenthal, Ignaz 541
 Freund, J. Hellmut 247
 Frey, Erich 136*
 Freyberg, E. v. 52
 Freytag, Horst 168*, 32
 Frick, Wilhelm 44*, 52*, 122*, 183*
 Friedberg, Leopold 94*, 95*, 131*, 250
 Friedberg, Max 250
 Friedlaender, Eugen 110*, 251
 Friedländer, Ewald 65*, 73*, 131*, 17
 Friedländer, Ilka Marion 65*
 Friedlaender, Immanuel 78*
 Friedlaender, Max 15*f., 106*, 136*, 18, 21,
 506
 Friedlaender, Salomon 98*
 Friedlaender, Walter 76*, 254, 641
 Friedmann, Max 82*, 255
 Friedrich, Wilhelm 168*, 30, 166, 167, 268,
 286, 386, 413, 499, 536, 541, 573
 Friesenhahn, Ernst 24*
 Fröhlich, Elias 114*, 132*, 256, 460
 Fröhlich, Georg 80*, 142*, 257
 Frommknecht, Karl 134
 Frost, Ismar 80*, 258
 Fuchs, Albert 124*
 Fuchs, Albrecht 95*, 131*, 259
 Fuchs, Ernst 259
 Fuchs, Martin 99*, 128*, 19
 Fuchs, Max 19
 Fuchs, Richard 19
 Fürst, Alexander 262
 Fürst, Bruno 79*, 261

Personenindex

- Fürst, Rudolf 94*, 95*, 132*, 133*, 4, 262
 Fürth, Hugo 80*, 263
 Futter, Matthias 110*, 264
- Gallinger, Joseph 82*, 125*, 131*, 265
 Gangl, Manfred 33*
 Garden, Ellen Marie *s.u.* Ebstein, Ellen
 Garfunkel, Joachim 306
 Gauger, Martin 24*
 Gaus, Friedrich 53*, 178*, 675
 Gebhardt, Julius 80*, 266
 Gedert, Frieda 40
 Gehlsen, Jan 66
 Geiger, Willi 142*
 Geiler, Karl 115*f.
 Geißler/Geissler, Kurt 168*, 2
 Geißler, Petra 52*
 Gellhorn, Alfred 119*
 Gengenbach, Karl 69*, 162*
 Gentil, Josef 630
 Gerke, Ernst 168*, 151, 160, 430, 474, 580
 Gerlach (Gestapo Frankfurt/M.) 31
 Gerlier, Pierre-Marie 98
 Gerngroß, Friedrich Ludwig 82*, 267, 362
 Gerson, Erich 91*, 268
 Gerson, Georg 268
 Gide, André 448
 Ginsberg, Emilie 212
 Giraud, Albert 43
 Gisevius, Hans Bernd 168*, 33
 Glasberg, Alexandre 98
 Glaser, Alexander 19*
 Glass, Paul 124*
 Glueck, Dr. (Stuttgart) 59
 Gmeiner, Josef 169*, 211
 Gneist, Carl 2
 Gobert, Richard *s.u.* Goldberg, Richard
 Godin, Michael Frhr. v. 32
 Goebbels, Joseph 230*, 43, 86
 Göppinger, Horst 7*, 17*, 23*, 30*, 68*, 71*
 Goerdeler, Carl Friedrich 21*
 Görgen, Hermann Mathias 77*, 133
 Göring, Hermann 54*, 15
 Görlinger, Robert 141*
 Görtemaker, Manfred 142*
 Golczewski, Frank 102*
 Gold, Hugo 169*, 105, 338, 629
 Goldbaum, Richard 167
 Goldberg, Adolf 224
 Goldberg, Bruno 82*, 269
 Goldberg, Hugo 110*, 270, 432
 Goldberg, Isidor 106*, 131*, 132*, 271, 272
 Goldberg, Max 91*, 272
 Goldberg, Richard 106*, 271, 273
 Goldberg, Wilhelm 120, 133*, 274
 Goldberger, Alfred 90*, 132*, 275
- Goldmann, Karl 106*, 131*, 132*, 136*, 20
 Goldmann, Nahum 95*
 Goldschmidt, Albert 277
 Goldschmidt, Alfons 86*
 Goldschmidt, David 107*, 278, 282
 Goldschmidt, Ernst 279
 Goldschmidt, Gustav 100*, 133*, 21
 Goldschmidt, Hans 361
 Goldschmidt, James 74*
 Goldschmidt, Karl 107*, 281
 Goldschmidt, Ludwig 278, 282
 Goldschmidt, Werner 21
 Goldstaub, Gustav 72
 Gordon, Adolf v. 251
 Gosewinkel, Dieter 51*
 Goslar, Hans 42
 Gotthilf, Martin 80*, 283, 578
 Gottlieb, Fritz 284
 Gottlieb, Josef 110*, 126*, 285
 Gottschalk, Leo 114*, 286
 Grabowsky, Hans 178*, 57
 Gräf, Hugo 67
 Graetzer, Walter 95*, 287
 Graf, Curt 106*, 288
 Grafenberger, Theodor 169*, 124, 196, 255, 265, 267
 Griesbach, Otto 98*, 100*, 289
 Grimm, Friedrich 127*, 178*, 57
 Gröne, Wilhelm 487
 Gronemann, Sammy 136*, 42
 Grosse, Ernst 169*, 592
 Gruchmann, Lothar 51*
 Grünberg, Martin 82*, 290
 Grünpeter, Walter 80*, 128, 291
 Grünszpan, Herschel 230*
 Grüttner, Michael 72*
 Grumach, Martin 90*f., 292
 Grundmann, Otto 106*, 293
 Grundmann, Paul 141*, 293
 Grunelius, Alexander 87
 Grzesinski, Albert 54*, 3, 49, 296, 674
 Gudell, Kurt 86*, 90*
 Günther, Rolf 53*, 183*
 Gürtner, Franz 46
 Güstrow, Dietrich 22*
 Gugenheim, Friedrich 294
 Guggenheim, Siegfried 63*, 95*, 133*, 22, 138
 Gumbel, Emil Julius 66*
 Gumbel, Siegfried 565
 Gumbert, Arthur 89*f., 131*, 132*, 296
 Gundelach, Gustav 142*
 Gutenstein, Gertrude 56
 Gutzwiller, Max 67*, 114*, 116*
- Haas, Ludwig 584
 Haas, Rudolf 7

Personenindex

- Haase, Hugo 50
Haberer, Max 95*, 297
Hachenburg, Hans 21*, 95*, 131*, 133*, 137*, 298
Hachenburg, Hildegard 94*
Hachenburg, Max 140*f., 298
Haentzschel, Kurt 106*
Haesler (NSDAP) 78
Haferkamp, Hans-Peter 103*
Haffner, Sebastian 64*
Hahn, Ludwig 169*, 3, 318, 611
Hahn, Oskar 85*, 23
Hahn, Paul 23
Hahn, Willy 119
Hahn (Gestapo Karlsruhe) 197, 218, 511
Halem, Gustav Adolph v. 178*
Halfmann, Frank 88*
Halle, Felix 55*, 126*, 131*, 133*, 300
Hamburger, Max 114*, 133*, 301
Hamburger, Richard 90*f., 302
Hammer, Walter 169*, 601
Hammer (Rechtsanwalt, Berlin) 67
Hammerschlag, Emil 82*, 303
Hammerstein, Notker 83*
Hannach, Erich 92*, 304
Happ, Emil 305
Happ, Sabine 72*, 75*, 79*f., 105*
Harmelin, Wilhelm 106*, 306
Harnier, Adolf Frhr. v. 22*
Harrecker, Stefanie 107*
Harry, Leo 96*, 131*, 132*, 307
Harster, Wilhelm 169*
Hart s.u. Hertz, Friedrich
Hartwig, Angela 110*
Hartwig, Otto 21
Haselbacher, Karl 169*, 35, 103, 273, 345, 415, 451, 469, 622
Hasselberg, Alfred 169*, 389, 528, 579
Hauptmann, Max Carl 98*, 100*, 308
Hauptmann, Gerhart 205
Hausdorff, Felix 77*
Hayn, Louis (Ludwig) 165, 309
Hayhurst, Mark 53
Hayum, Heinrich 112*, 24, 389
Hayum, Simon 24
Hecht, Max 73*, 311
Heckendorf, Fritz 258
Heckscher, Caesar 98*, 100*, 312
Heckscher, Manfred 99*f., 63
Hegenscheidt, Friedrich 169*, 652
Heiber, Helmut 67*, 105*
Heilbronner, Julius 411
Heilbrun, Alex 616
Heilbrunn, Karl 313
Heilbrunn, Ludwig 84*
Heilpern, Max 357
Heimann, Eduard 92*
Heimann, Hugo 92*
Heims, Eduard 314
Heinau, Eduard 48
Heine, Wolfgang 46
Heinemann, Wilhelm 104*, 129*, 315
Heinrich, Karl 56*, 179*, 97, 188, 556
Heinrich, Robert 15*, 17*
Heinrichs, Helmut 32*
Heinrichsen, Friedrich 22
Heinzelmann (Basel) 97
Helfferich, Karl 251
Hellmann, Max 31*
Helm, Rolf 29*
Hempel, Eduard 179*, 74
Henckel, Hans Walter 208
Henckels, Paul 45*
Hengst, Friedrich 22
Henne, Thomas 105*f., 108*
Henschel, Martin 316
Henschel, Richard 90*f., 316
Henschke, Hans 170*, 292
Hepner, Fritz 109*
Hepp, Michael 34*, 39*, 123*, 125*, 137*, 219*f.
Herberg, Franz 92
Hering, Hermann 41*ff., 46*, 50*, 53*, 121*, 124*, 139*, 183*, 29, 60, 68, 69, 77, 87, 89, 95, 98, 128, 202, 231, 284, 285, 384, 385
Hering, Rainer 93*
Herrmann, Franz 36*
Herrmann, Fritz 170*, 236
Herrmann, Günther 170*, 214
Herrmann, Paul 23
Herrmann, Willy 114*, 317
Herrnberg, Felix 674
Hertz, Friedrich 96*, 318
Hertz, Paul 165
Herz, Ruth 489
Herzfeld, Ernst 80*, 25, 103, 320, 322
Herzfeld, Joseph 26
Herzfeld, Julius 104*, 25, 320, 322, 415
Herzfeld, Julius 30
Herzfeld, Robert 98*, 100*, 26
Herzfeld, Walter, 130*, 25, 320, 322
Herzfelder, Felix 15*f.
Herzstein, Max 82*, 131*, 133*, 27
Heß, Karl 96*, 324
Hesse, Walther 325
Heßlein, Walter 113*, 126*, 140*, 326
Heuss, Theodor 565
Heydrich, Reinhard 56*ff., 150*-152*, 153*-156*, 158*f., 170*, 32, 38
Heymann, Eduard s.u. Heims, Eduard
Heymann, Hugo
Heymann, Leopold 110*, 327

- Heymann, Ludwig 102
 Heyum, Hermann 328
 Hieronimi, Hermann 17*
 Hildebrand, Klaus 68*, 226*
 Hilferding, Rudolf 98
 Himmelmann, Werner 32*
 Himmler, Heinrich 52*, 122*f., 183*
 Hindenburg, Paul v. 228*
 Hinrichs, Walther 56*, 179*, 9, 47, 71, 214,
 384, 613, 657
 Hirsch, Karl 85*, 128*, 28
 Hirsch, Magda 105*, 655
 Hirsch, Martin 49*
 Hirschberg, Hans 100*, 330
 Hirschberg, Max 29*, 109*, 29, 54, 522
 Hirschfeld, Erich 110*, 332
 Hirschfeld, Hans E. 627
 Hirschfeld, Magnus 89, 190, 261, 641
 Hirschland, Erhard 131*, 132*, 133*, 30
 Hirschler, Karl 109*, 187
 Hirschler, Franz 82*, 334
 Hitler, Adolf 17*, 24*, 40*ff., 60*, 121*, 219*,
 227*, 15, 22, 32, 35, 47, 53, 61, 89, 98, 135,
 427, 439, 690
 Hoche, Werner 183*, 61
 Höchster, Emil 106*, 131*, 31
 Hoegner, Wilhelm 47*, 82*, 126*, 140*f., 32,
 54
 Hoeflich, Michael H. 32*
 Höhn, Reinhard 69*
 Höland, Armin 91*
 Höltermann, Karl 55*, 60
 Hölz, Max 8, 29
 Höner, Heinz 170*, 688
 Höpel, Stefan 72*
 Höpfner, Hans-Paul 78*
 Hofmann, Bernhard 20*
 Hoffmann, Johannes 60*
 Hoffmann, Karl Heinz 170*, 45, 102, 272, 293,
 372, 388, 417, 643, 685
 Hoffmann, Robert 124*
 Hoffmann, Werner 50*
 Hoffmann (Gestapo Frankfurt/Oder) 266
 Hoffmann, Dr. (Gestapo Potsdam) 526
 Hofmannsthal, Ignatz Emil Edler v. 124*, 86
 Holdheim, Kurt Julius 109*, 337
 Hollaender, Otto 87*, 132*, 133*, 338
 Holleben, Werner v. 179*, 4
 Holm, Stig 9
 Holste, Eduard 170*, 244
 Holstein, Horst 20*
 Holtz, Marcus 113*
 Holz, Leonhard 110*, 132*, 339
 Holzamer, Wilhelm 241
 Holzer, Armin 124*
 Holzer, Siegfried 73*, 82*, 131*, 340
 Homburger, Else 60*
 Hompel, Rudolf ten 109*
 Horstmann, Hermann 81*f., 131*, 133*, 33
 Hoyningen-Huene, Oswald v. 179*, 279
 Hübinger, Paul Egon 38*f., 67*, 70*, 219*
 Hülfl, Wilhelm 170*, 12, 619
 Hülle, Werner 17*
 Hülse, Bruno 110*, 342
 Hüttig, Ludwig 170*, 313
 Hugenberg, Alfred 15
 Humpert, Viktor 170*, 361
 Hunsche, Otto 53*, 183*
 Husmann, Dr. (Gestapo Potsdam) 343, 454
 Hutten, Ulrich v. s.u. Rehfishch, Hans J.
 Iderhoff, Karl Udo 41
 Ilges, Wolfgang 171*, 560
 Ilgner, Erich 92*, 343
 Illing, Werner s.u. Israelski, Werner
 Illmer, Joachim 171*, 182, 327, 461, 626
 Isaac, Erich s.u. Ilgner, Erich
 Isaacsohn, Abraham 174
 Isaacsohn, Franz s.u. Bud, Franz
 Israelski, Werner 344
 Isselhorst, Erich 171*, 62, 163, 176, 237, 457,
 604, 664
 Jabotinsky, Vladimir 621
 Jackson, Robert H. 203
 Jacob, Berthold 47
 Jacobi, Herbert 82*, 148*
 Jacobsohn, Leopold 345
 Jacobsohn, Sally 82*, 346
 Jacobson, Kurt 91*, 34
 Jacoby, Albrecht 80*, 348
 Jacoby, Alfred (Leipzig) 106*, 35
 Jacoby, Alfred (München) 82*, 36
 Jacoby, Erich 73*, 351
 Jacoby, George s.u. Jacoby, Albrecht
 Jacoby, Hans 35
 Jacoby, Hugo 18
 Jacoby, Max 82*, 352
 Jacoby, Siegfried 18
 Jaenecke, Wilhelm 677
 Jaffa, Sally 110*, 238*, 353
 Jaffé, Walter 82*, 37
 Jagusch, Walter 171*, 33, 59, 87, 99, 112, 114,
 147, 468, 524, 532, 555, 606, 645
 Jarausach, Konrad H. 28*
 Jasper, Heinrich 244
 Jens, Walter 111*
 Jeselsohn, Sigmund 64*
 Joachim, Günther 19*
 Johannes, Hermann 314
 Jonas, Lore 93
 Jonge, Aribert 355

- Joseph, Otto Hermann 356
 Josephthal, Fritz 147
 Joske, Heinz 106*, 357
 Juchacz, Charlotte 489
 Jüdel, Paul 87*, 132*, 358
 Jung, Edgar J. 19*
 Jungfer, Gerhard 25*, 30*f.
 Junius *s.u.* Broh, James
 Justinian *s.u.* Hoegner, Wilhelm
- Kaas, Ludwig 87
 Kahn, Ferdinand 82*, 359
 Kahn, Gustav 82*, 360, 666
 Kahn, Heinz 104*, 361
 Kahn, Max Josef 362
 Kahn, Richard 96*, 126*, 38
 Kahn-Freund, Otto 84*
 Kane, Gus M. *s.u.* Kahn, Gustav
 Kallmann, Kurt 80*, 364
 Kaltenbrunner, Ernst 53*, 184*
 Kamberg, Eugen 85*, 365
 Kanka, Karl 63*, 22
 Kann, Steffan 80*, 366
 Kant, Immanuel 104*
 Kantorowicz, Alfred 78*
 Kantorowicz, Hermann 94*
 Karfunkel, Ernst 343
 Karpf, David 82*, 367
 Kaskel, Walter 60
 Kastein, Josef/Joseph *s.u.* Katzenstein, Julius
 Katz, Bernhard 122*, 368
 Katz, Erich 274, 690
 Katz, Hanna 75*, 136*
 Katz, Julius 24
 Katz, Rudolf 10*, 47*f., 64*, 101*, 132*, 134*,
 141*f., 3, 39
 Katz, Siegfried 274
 Katz, Walter 39, 556
 Katzenstein, Adolf 96*, 370
 Katzenstein, Julius 55*, 70*, 91*, 40
 Katzenstein, Robert 98*, 100*, 372
 Katzenstein, Willi 109*, 373
 Kauffmann, Karl 96*, 374
 Kaufmann, Adolf 29*
 Kaufmann, Julius 98*, 100*, 375
 Kaul, Friedrich Karl 76*
 Kaußmann, Ernst 171*, 11, 207, 235, 357, 702
 Keiper, Gerhard 220*
 Keller (Gestapa) 498
 Kellermann, Heinz 34*
 Kempner, Friedrich 506
 Kempner, Maximilian 506
 Kempner, Robert M. W. 17*, 45*, 127*, 140*,
 222*, 578
 Kennedy, Joseph H. 38
 Kern, Hugo 82*, 376
- Kerr, Alfred 27*, 92*, 99*
 Kessel, Albrecht v. 179*, 87
 Kestner, René *s.u.* Rehfisch, Hans J.
 Kiefe, Adolf 29
 Kiefe, Alfred 29
 Kiefe, Elisabeth geb. Baruch 29
 Kiefer (Mainz) 58
 Kießel, Johann Georg Friedrich 171*, 71, 83,
 161, 317, 367, 387, 394, 404, 511, 637, 661,
 667
 Kilian, Hans *s.u.* Loewenfeld, Philipp
 Kinan, Sven 72*
 Kinkel, Klaus 32*
 Kinsky, Graf 62
 Kirchheimer, Hilde 122*, 128*, 41, 70, 377
 Kirchheimer, Otto 33*, 68*, 78*f., 144*, 41, 70,
 377
 Kirschbaum, Alfred 107*, 126*, 379
 Kirste, Arnold 171*, 170
 Kitzinger, Richard 109*, 380
 Kitzinger, Wilhelm Nathan 82*, 109*, 380
 Kiwi, Benno 80*, 381
 Klaiber, Manfred 179*, 556
 Klaiber, Rudolf 59
 Klau, Oskar 107*, 132*, 133*, 382
 Klausener, Erich 22*
 Klee, Alfred 94*, 96*, 131*, 132*, 133*, 42
 Kleehas, Theodor 258
 Klemperer, Helmuth 35*, 106*, 122*, 384
 Klemperer, Victor 137*
 Klepper, Otto 55*, 126*, 67, 385
 Klinkhammer, Arthur 497
 Klotz, Helmut 135
 Kling, Karl 97
 Klingenuß, Karl 179*, 657
 Knab, Werner 171*, 111, 521
 Knapp (Gestapo Chemnitz) 92
 Knobloch, Charlotte 218*
 Knoeringen, Waldemar v. 38*, 141*
 Knost, Friedrich 46*
 Koch, Camill 565
 Koch, Hans 21*
 Koch, Max 19
 Koch, Rudolf 22
 Koch-Weser, Erich 136*
 Köhler, Heinrich 87*
 Köhler, W. 613
 König, Stefan 25*
 Koenigsberger, Eduard 82*, 142*, 386
 Königseder, Angelika 31*
 Kohlhofer, Otto 62
 Kohn, Elisabeth 113*, 29, 54, 522
 Kohn, Max 82*, 387
 Kolski, Moritz 82*, 388
 Konieczny, Alfred 79*
 Kopf, Hinrich Wilhelm 517

- Koppel, Louis 100*, 389
 Koppel, Oskar 96*, 390, 520
 Korach, Carl 37
 Korndörfer, Rudolf 171*, 278, 282, 674
 Korsch, Karl 97*
 Kosterlitz, Arthur 94*, 96*, 133*, 391
 Kotze, Hans Ulrich v. 53*, 54*, 179*
 Kowalski, Max 63*, 107*, 133*, 43
 Krach, Tillmann 16*, 22*, 25*, 26*, 31*f., 106*, 123*
 Krack (Gestapo) 109, 201, 256, 473
 Kraft, Walter Andreas s.u. Friedlaender Walter
 Krämer, Josef 87
 Krailsheimer, Hans 82*, 55, 71, 393
 Krakenberger, Paul 82*, 109*, 132*, 394
 Krakenberger, Walter 109*, 394
 Kramer, Friedrich 497
 Kranich, Kai 79*f.
 Krauel, Wolfgang 139*f.
 Krause (Berlin) 356
 Krauskopf, Bruno 120
 Kreff, Dr. (Barmen) 109
 Kreiser, Walter 70
 Kreuzberger, Max 248
 Kreuzer, Josef 171*, 500
 Kreyssig, Lothar 23*f.
 Krogh, Per 212
 Kroll, Frank-Lothar 39*
 Krombach, David 25, 103
 Kronenberger, Fritz 82*, 395
 Kronstein, Heinrich 33*, 76*
 Krul, Jan Hermansz 198
 Kube, Wilhelm 95, 325
 Kühl, Agnes (s. auch u. Katz, Rudolf) 107*
 Kühn, Joachim 179*, 47, 68
 Kühnau, Irmgard s.u. Auerbach, I.
 Künßberg, Eberhard Frhr. v. 114*
 Kugelmann, Hermann 107*, 396
 Kuhl, Günther 172*, 86, 116, 326
 Kuhlmeier, Georg 7
 Kuhn, Werner 397
 Kuke, Albrecht Joachim 172*, 429, 484
 Kulzer, Egon 172*, 602
 Kunisch, Siegmund 33
 Kunz(?), Gestapo Breslau 172*, 192, 215, 598, 636, 704
 Kurtz, Carl 125*, 44
 Kurtzig, Arnold 80*, 399
 Kurtzig, Paul 399
 Kurzmann, Ludwig (Lupo) 94*, 96*, 400
 Kurzweil, Bruno 124*
 Kutner, Josef 133*, 401

 Labischin, Kurt 90*, 402
 Lachmann, Eduard 22
 Lachmann, Leo 546

 Ladwig-Winters, Simone 32*f.
 Lämmerhirt, Otto 133
 Landau, Peter 32*
 Landé, Alfred 109*
 Landé, Hugo 109*, 132*, 133*, 45
 Landé, Thekla 45
 Landenberger, Leopold 82*, 255, 404
 Landmann, Ludwig 84*
 Landsberg, Otto 27*, 62*, 80*, 46, 54
 Landsberg, Otto 46
 Landsberg, Paul Ludwig 77*
 Lang, Hans-Joachim 33*
 Lang, Hubert 33*, 106*, 131*
 Lang (Gestapo Darmstadt) 22
 Lange, Rudolf 172*, 14, 27, 27, 28, 290, 376
 Lange, Werner 44*f., 59*, 63*, 218*
 Langbehn, Carl 21*, 22*
 Langenscheidt, Gustav 287
 Langewiesche, Dieter 67*
 Lappe, Eva 106*, 406
 Lappe, Martin 82*, 406
 Lappe, Rudolf 406
 Lasch, Kurt 92
 Laserstein, Botho 10*, 55*, 65*, 92*, 129*, 132*, 47
 Lasker, Alfons 58*
 Lasker (-Harpprecht), Renate 58*, 65*
 Lasker (-Wallfisch), Anita 58*, 65*
 Lasker-Schüler, Else 361
 Lautenbach, Herbert 612
 Lawrynowicz, Kasimir 105*
 Leberstein, Karl 557
 Ledebour, Georg 70
 Ledermann, Franz Anton 80*, 132*, 408
 Leffmann, Ernst 540
 Lehmann, Berta 514
 Lehmann, Hans Georg 38*, 47*, 48*, 107*, 134*, 140*
 Lehmann, Siegfried 454
 Leibholz, Gerhard 76*, 142*
 Leipziger, Georg 409
 Leiterer, Albert 172*, 223, 304, 465, 633
 Leitsmann, Paul 172*, 142, 432
 Lejeune, Louis 258
 Lelewer, Hermann 42
 Lemberg, Margret 68*, 107*
 Lepehne, Walter 105*, 410
 Leoprechting, Hubert Frhr. v. 91
 Levetzow, Werner v. 179*, 526
 Levi, Joel 33*, 106*, 384
 Levinger, Wilhelm 411
 Levis, Arthur 96*, 412
 Levy, Erich s.u. Lion-Levy, Erich
 Levy, Ernst 104*, 413
 Levy, Gustav 141*, 48
 Levy, Hermann 415

- Levy, Leo 288
 Levy, Ludwig 106*, 416
 Levy, Otto 94*, 96*, 132*, 417, 643
 Levy, Richard 98
 Levysohn, Arthur 37
 Lewin, Siegfried 82*, 418
 Lewinnek, Ernst 343
 Lewinski, Erich 105*, 6, 49
 Lewinski, Karl v. 2
 Lewinski, Max 420
 Lewinski, Ulrich 420
 Lewinsohn, Alexander 421
 Lewkowitz, Berthold 80*, 422
 Lichtenstein, Erwin 105*, 133*, 50
 Lichtenstein, Julius 554
 Lichtenstein, Max 133*, 50
 Lichtenstein, Max 51, 422
 Lichter, Matthias 43*, 46*, 48*ff., 51*
 Liebermann, Max 205, 258
 Liebes, Curt 82*, 133, 425
 Liebing, Dr. 81
 Liebknecht, Karl 136*, 8, 52
 Liebknecht, Robert 52
 Liebknecht, Theodor 62*, 136*, 143*, 236*,
 52
 Liebknecht, Vera 52
 Liebknecht, Wilhelm (*1826) 52
 Liebknecht, Wilhelm (*1877) 52
 Liebknecht, Wilhelm (*1901) 52
 Lieblich, Karl 112*, 427
 Liehti, Urs s.u. Hoegner, Wilhelm
 Liesner, Ernst 52*
 Liman, Rechtsanwalt 472
 Lindemann, Erich 234
 Lindner, Erik 144*
 Lion, Max 136*
 Lion, Wilhelm 110*, 428
 Lion-Levy, Erich 80*, 429
 Liphardt, Fritz 172*, 486
 Lippmann, Ignaz 90*f., 132*, 430
 Lisau s.u. Laserstein, Botho
 Lischka, Kurt 172*, 27, 28, 41, 71, 96, 141, 142,
 208, 556, 578
 Lissner, David 10
 Litten, Fritz 92*, 105*, 53
 Litten, Hans 30*, 65*, 105*, 132*, 53, 135, 193,
 377
 Litten, Heinz W. 105*
 Litten, Irmgard 64*, 53
 Litten, Patricia 53
 Loeb, Julius 80*, 270, 432
 Loeb, Lucian 94*, 96*, 132*, 433
 Loeb, Siegfried 434
 Loeb, Wilhelm Simon 114*, 435
 Löhndorff, Ernst F. 40
 Loehrs, Edgar Georg 184*, 51
 Löffel, Benno 436
 Löffler, Max 271
 Löper (DGK San Franzisko) 179*, 12
 Lösch, Anna Maria v. 74*
 Lösener, Bernhard 184*, 3
 Loeser, Felix 132*, 437
 Löw, Andrea 32*
 Loewe, Alfons 2
 Loewenberg, Otto 355
 Loewenfeld, Philipp 113*f., 122*, 130*, 132*,
 29, 46, 54, 522
 Loewenfeld, Theodor 54, 512
 Loewenstein, Curt 5
 Löwenstein, Ernst 141*
 Löwenstein, Karl 33*, 68*, 108*f., 439
 Löwenstein, Max 440
 Löwenstein, Siegmund 96*, 132*, 441
 Löwenthal, Friedrich (Fritz) 10*, 47*f., 108*f.,
 131*, 141*, 55, 219, 393
 Löwenthal, Georg 80*, 443
 Loewy, Siegbert 444
 Lorch, Alexander 83*ff., 445
 Lorenz (Sülzenfuß), Max 45*
 Lorenz, Victoria 128*
 Lorenzen, Sievert 229*
 Lothar, Johannes 64*
 Lorre, Peter 47
 Ludwig (DB Paris) 179*, 659
 Lueben, Werner 24*
 Lück, Heiner 91*
 Luig, Klaus 32*
 Lunau, Heinz 87*
 Lundgreen, Peter 67*
 Lustig, Adolf 114*, 226*, 446
 Lustiger, Arno 102*
 Luther, Hans 128*, 179*
 Luther, Martin 180*, 3
 Lutter, Marcus 32*, 145*
 Lutz (DRK-Feldführer) 45
 Luxemburg, Rosa 70
 Maas, Heiko 24*
 Maas, Paul 105*
 Mackensen, Hans Georg v. 180*, 2, 507
 Magen, Rudolf 39
 Magnus, Julius 74*, 84*, 136*
 Maier, Hans 118*
 Maillard (Paris) 57
 Mainzer, Baruch 56
 Mainzer, Fritz 94*, 96*, 56
 Mainzer, Otto 85*, 448
 Mainzer, Richard 77
 Makower, Felix 449
 Makower, Hermann 449
 Makower, Hermann 131*, 449
 Manasse, Alfred 82*, 450

Personenindex

- Mann, Fritz (Frederick) Alexander 49*, 136*, 66, 94
Mann, Golo 94*
Mann, Heinrich 53*, 95, 448
Mann, Thomas 7*, 38*, 55*, 70*, 71*, 73*, 76*ff., 6, 14, 361, 448
Mansbacher, Fritz 451
Marck, Siegfried 61, 98
Marcus, Fedor 190
Marcus, Siegfried 91*, 452
Marcuse, Hans 88*, 453
Marcuse, Herbert 110*, 454
Marcuse, Richard 189
Markiewitz, Lothar 80*, 114*, 455
Markiewitz, Ruth 80*
Marschall, Alfred 481
Martin, Benno 172*, 65, 71, 123, 155, 360, 493, 582, 608
Marum, Brigitte 87*
Marum, Elisabeth 87*
Marum, Johanna 87*
Marum, Ludwig 19*, 64*, 87*, 250, 338
Marx, Alfred 17*, 30*
Marx, Jakob 318
Marx, Johannes 435
Marx, Robert 76*, 127*, 130*, 133*, 141*, 57
Masse, Pierre 66
Massing, Paul 61
Maurer (Gestapo Gleiwitz) 173*, 72
Mauss, Susanne 33*
May, Eugen 290
Mayer, Arthur 114*, 457
Mayer, Erich 114*, 458
Mayer, Franz Jakob 58
Mayer, Hans 103*, 104*
Mayer-Alberti, Friedrich 78*ff., 460
Meißner, Gerhard 20*
Mecklenburg, Frank 32*
Mehring, Hartmut 38*
Mende, Dietrich 64*
Mendel, Hugo 91*, 461
Mendel, Max (*1886) 82*, 462, 489
Mendel, Max (*1887) 96*, 463
Mendelsohn, Erich 129*
Mendelsohn, Franz 80*, 464
Mendelssohn, Peter de 64*
Mensing, Karl 20*
Mertens, Bernd 72*, 81*
Merzbach, Ernst 106*, 465
Merzbach, Rudolf 83*, 466
Merzbacher, Hermann 96*, 59, 468
Merzbacher, Siegfried 112*, 59, 468
Meusel, Alfred 101*
Meuthen, Erich 102*
Meyer, Adolf 663
Meyer, Arthur *s.u.* Mayer, Arthur
Meyer (Erfurt) 313
Meyer, Ernst Wilhelm 139*ff.
Meyer, Felix 653
Meyer, Herta 86*
Meyer, Martin 106*, 469
Meyer, Oskar 126*
Meyer, Otto Friedrich 34*, 73*, 114*–118*, 139*, 470
Meyer, Richard 471
Meyer, Richard 139*
Meyer, W. (DGK Shanghai) 180*, 646
Meyer-Abich, Friedrich 138*
Meyer-Cohn, Marie 98*
Meyersberg, Josef 182
Meyerstein, Ludwig 472
Michaelis, Alfred 110*, 473
Middelberg, Mathias 25*
Mildner, Rudolf 173*, 90, 406, 689
Militscher, Alfons 474
Minden, Henry 91*, 475
Misch, Carl 43*ff., 51*, 122*, 139*
Mischke, Alexander 173*, 657
Mittelbach, Dr. 60
Moch, Berthold 297
Modersohn, Otto 473, 557
Möckelmann, Reiner 39*
Möller, Horst 34*
Möller (Gestapo Kiel) 173*, 178
Mohrenwitz, Justin Max 114*, 476
Molton, Leo *s.u.* Motulsky
Moore, Justin Max *s.u.* Mohrenwitz
Morisse, Heiko 33*
Moritz, Werner 72*, 94*
Moro-Giafferi, Vincent de 98
Morris, Douglas G. 32*
Morse, Rudolf 40*
Morstein Marx, Fritz 93*
Mosbacher, Kurt 114*, 477
Moser, Alfred 80*, 478
Moser, Hans 45*
Moses, Siegfried *s.u.* Moser, Alfred
Moses, Wilhelm 479
Mosse, Albert 309
Motulsky, Leo 83*, 480
Müller, Gustav Albert 180*, 39
Müller, Heinz-Eberhard 135
Müller, Heinrich 53*, 57*, 152*ff., 173*, 13, 27, 38, 66, 67, 71, 89, 96, 128, 213
Müller, Herbert 53*, 127*, 135*, 173*, 2, 16, 21, 26, 41, 52, 75, 79, 118, 134, 137, 139, 168, 174, 181, 197, 226, 229, 234, 238, 239, 241, 248, 254, 263, 269, 281, 308, 309, 316, 330, 344, 356, 391, 397, 399, 402, 408, 435, 443, 444, 453, 479, 516, 518, 523, 529, 540, 543, 546, 549, 556, 562, 581, 586, 596, 613, 630, 680, 691, 699

Personenindex

- Müller, Herbert, Dr. 180*, 2, 3, 64, 519
Müller (Muller), Hermann 114*, 481
Müller, Johannes 91*, 132*, 482
Müller, Johannes (Gestapo Saarbrücken) 28
Müller, Josef 22*
Müller, Kurt 20*
Müller, Paul 3
Müller, Willy 173*, 81
Müllerheim, Fritz 208
Münzenberg, Willi 53*, 47
Münzer, Felix 83*, 483
Mußnug, Dorothee 95*
Muskat, Walter 80*, 484
Mutschmann, Martin 92, 271
Myona *s.u.* Friedlaender, Salomon
- Nadler, Erich 67, 285
Nagel, Anne Chr. 68*
Nager (DB Rio de Janeiro) 180*, 697
Nash, Ernest *s.u.* Nathan
Nathan, Ernst 98*, 100*, 485
Naumann, Max 472
Nawrath, Alfred 485
Nehab, Leo 486
Neifeind, Kurt 173*, 85, 507
Neithardt, Georg 32
Nero 47
Netheim, Max 83*, 487
Netter, Oskar 690
Neu, Sigmund 488
Neuberger, Josef 104*, 126*, 462, 489
Neufeld, Hans 82*
Neumark, Fritz 98*f.
Neumann, Franz L. 55*, 68*, 83*ff., 231*, 60, 238
Neumann, Rudolf 34*, 74*
Neurath, Konstantin Frhr. v. 54*f., 180*
Neuwirth, Ernst 180*
Newman, Eva 34*
Nicolaysen, Rainer 92*
Niebergall, Otto 142*
Niemöller, Martin 9
Noack, Erwin 26*, 29*, 7
Noack (Gestapo Gleiwitz) 184
Nolde, Clara 640
Noske, Gustav 325
Nothmann, Hugo 491
Novotný, Marian 119*, 124*, 125*
Nuding, Hermann 142*
Nußbaum, Arthur 74*, 76*
Nußbaum, Isaac 634
Nußbaum, Seligmann 198
- Oberbrunner, Stefan 132*, 492
Oberländer, Johannes 34*
Obermeier, Fritz 83*, 493
- Oberndörfer, Ralf 106*
Obuch, Gerhard 33
Ockert, Heinrich 80
Oestreich, Carl Nathan 94*, 96*, 494
Oettinger, Fritz 83*, 495
Olden, Balder 61
Olden, Rudolf 55*, 65*, 53, 61, 95
Ollenhauer, Erich 141*
Oppenheim, Max (MOP) 258
Oppenheimer, Arthur 83*, 497
Oppenheimer, Felix Robert 262
Oppenheimer, Franz 40
Oppenheimer, Fritz 64*
Oppenheimer, Gerd Franz 497
Oppenheimer, Julius 109*, 498
Oppenheimer, Richard 433
Oppenheimer, Walter 88*, 499
Oppenhoff, Franz 22*
Oppenhoff, Walter 17*
Opton *s.u.* Oppenheimer, Arthur
Orlik, Emil 258
Ossietzky, Carl v. 61, 70
Ossowski, Waldemar 571
Oster, Hans 21*
Ostler, Fritz 15*ff., 18*, 19*, 26*, 29*
Ostwald, Walter 110*, 500
Ostwald, v. (Rittmeister d.R.) 87
Ottenheimer, Ludwig 112*
Otto (Gestapo Breslau) 291
- Pafferott, Dr. (Paris) 4
Pagener, Moses 96*, 501
Pahl, Rudolf 356
Panholzer, Josef 108*f., 140*f., 32, 62
Panzinger, Friedrich 53*, 184*
Papen, Franz v. 39*, 141*
Pardo, Herbert 110*, 63
Parker, Reginald 124*
Patschowsky alias Palten, Günter 173*, 47, 60, 98
Paul, Gerhard 62*
Paul, Rudolf 308
Paus, Heidwin 31*
Pech, P. G. 665
Pechner, Hanns Günther 356
Pechner, Maria 356
Pechstein, Max 258
Perels, Friedrich Justus 21*
Perlin, Dr. (Gestapo Düsseldorf) 33
Peters, Hans 85*
Peters, Julius 39
Petersen, Rudolf 47*
Pfeiffenberger, Otto 96*, 137*, 64
Pfeiffenberger, Wolfgang 64
Pfundtner, Hans 52*, 184*, 87
Philippsborn, Adolf 61

- Philipsborn, Alexander 131*, 285
 Philippson, Alfred 77*
 Phillips, Sydney *s.u.* Rehfish, Hans J.
 Pick, Rudolf 489
 Picot, Werner 180*, 57
 Pifradler *s.u.* Achamer-Pifradler
 Pinczower, Erich 83*, 505
 Pinner, Albert 506
 Pinner, Heinz 91*, 506
 Pinthus, Fritz 507
 Piscator, Erwin 523
 Pitz, Gustav 173*, 177
 Platiel *s.u.* Block, Eleonore
 Platz, Alfred 95*, 137*
 Plaut, Max 19*
 Pochhammer, Wilhelm v. 180*, 86
 Polak, Karl Friedrich 90*
 Poliakoff, Wladimir 95
 Polke, Albert 110*, 508
 Polke, Max 80*, 509
 Poller, Walter 226*
 Pollock, Friedrich 84*
 Poncet 19
 Popp, Fritz 173*, 93, 495
 Pottlitzer, Curt 86
 Prager, Julius 82*, 126*, 133*, 65, 582
 Prager, Konrad Wilhelm 83*f., 65, 511
 Prager, Max 94*, 96*, 109*, 512
 Prasse, Herbert 113*f., 132*, 513
 Preuß, Hans 113*, 514
 Preysing, Kaspar Graf 62
 Prick, Georg 33*
 Pröll, Rudolf 95
 Propp, Benno 132*, 515
 Proskauer, Erna 137*
 Proskauer, Walter 90*
 Pross, Helge 66*
 Pünder, Werner 22*

 Quast, Rudolf 109*
 Quidde, Ludwig 89*

 Raab, Hans 578
 Rabau, Alfred 88*, 516
 Rabel, Ernst 74*
 Rabes, Rudolf 180*, 697
 Radbruch, Gustav 115*f., 7
 Radbruch, Lydia 116*
 Rademacher, Franz 56*, 180*, 57, 87, 170
 Rahardt, Gustav Adolf 487
 Rahmer, Erwin 96*, 140*, 517
 Ramm, Thilo 37*
 Raphael, Max 120
 Rapp, Max 604
 Rasch, Otto 174*, 379
 Rassow, Peter 11

 Rathe, Kurt 114*, 518
 Rau, Meinhold 133*, 519
 Rauert, Paul 194
 Rausch (DK Lugano) 180*, 348
 Rawitzki, Carl 106*, 140*, 390, 520
 Reber, Charles *s.u.* Klepper, Otto
 Rechnitz, Ernst 80*, 521
 Redeker, Konrad 26*, 31*
 Redlich, Hans 348
 Reese, Maria 61
 Regensteiner, Ludwig 83*, 29, 54, 522
 Rehfish, Hans J. 113*f., 132*, 523
 Reich, Hans Georg 80*, 524
 Reich, Wilhelm 448
 Reiche, Erwin 284
 Reichmann, Hans 137*
 Reichwein, Adolf 78
 Reindl, Willy 93
 Reis, Hermann 96
 Remer, Otto Ernst 135*
 Remmele, Adam 87*
 Renner, Günther 50*
 Renner, Heinz 48*, 142*
 Renoir, Pierre-Auguste 212
 Rentsch, Johannes 174*, 470
 Reuter, Ernst 39*, 141*, 144*
 Rewald, Ruth 562
 Rheinheimer, Walter 114*
 Rheinstein, Max 74*
 Rheinstrom, Heinrich 28*, 113*f., 129*, 66
 Ribardiére, Marcel 57
 Ribbentrop, Joachim v. 180*
 Richter, Heinz 174*, 162
 Ridder, Helmut K. J. 88*
 Riedel, Kurt 174*, 113, 561
 Riegner, Heinrich 137*
 Riemeyer, Hermann 603
 Rienhardt, Rolf 57
 Riese, Walther 261
 Riess, Curt 74*
 Riesser, Gabriel 144*
 Rießer, Jacob 144*
 Ringelmann, Max 181*, 32
 Ringshausen, Paul 174*, 12, 125, 150, 221, 243, 544, 623, 632, 645
 Ritter, Georg/Hans *s.u.* Hoegner, Wilhelm
 Ritzel, Heinrich 141*, 67
 Rive, Richard 92*
 Robinow, Johannes 194
 Robinow, Richard 194
 Roden, Günter v. 32*
 Roedelheimer *s.u.* Roetter, Friedrich
 Roedl, Bruno 124*
 Roeder, Rudolf 526
 Röder, Werner 34*
 Röhms, Ernst 135

Personenindex

- Röhrecke, Hans Felix 181*, 19, 98
 Roesen, Heinz 27*
 Rössner, Hermann 174*, 692
 Roetter, Friedrich 28*, 99*f., 67
 Röttgen, Felix 88*, 528
 Röttgen, Hermann 132*, 529, 579
 Röwekamp, Marion 33*
 Ronge, Paul 137*
 Rose, Ludwig 114*, 530
 Rosenbaum, Leopold 80*, 531
 Rosenbaum, Walter 91*, 68
 Rosenberg, Ernst 94*, 96*, 533
 Rosenberg, Nathan 106*, 69
 Rosenberg, Otto 114*, 535
 Rosenberg, Rudolf s.u. Roeder
 Rosenberger, Arthur 247
 Rosenblatt, Heinrich 83*, 536
 Rosenfeld, Fritz 95*
 Rosenfeld, Kurt 55*, 62*, 110*, 67, 70, 241, 377
 Rosenfeld, Siegfried 110*, 70
 Rosenfeld, Valentin Victor 124*, 146*
 Rosenfelder, Albert 61*, 82*f., 126*, 131*,
 132*, 133*, 143*, 238*, 71
 Rosenfelder, Fritz 71, 96*, 132*, 539
 Rosenfelder, Gustav 61*, 238*, 71
 Rosenstock, J. 59
 Rosenstock-Huessy, Eugen 290
 Rosenthal, Albert 521
 Rosenthal, Alfred (*1875) 79*, 540
 Rosenthal, Alfred (*1896) 107*, 541
 Rosenthal, Georg 208
 Rosenthal, Harry 120
 Rosenthal, Heinz 563
 Rosenthal, Karl 114*, 133*, 542
 Rosenthal, Ludwig 543
 Rosenthal, Max 544
 Rosenthal, Richard 499, 545
 Rosentreter, Isaac 546
 Rosh, Lea 21*
 Roth, Erich 174*, 71, 271
 Roth, Kurt 110*, 547
 Rother, Karl 553
 Rothfels, Hans 105*
 Rothmann, Heinrich 139*, 174*, 17, 20, 24, 37,
 42, 115, 133, 183, 189, 200, 204, 205, 264,
 274, 287, 315, 346, 449, 508, 513, 515, 517,
 553, 574, 588, 590, 634, 690
 Rothschild, Albert 23
 Rothschild, Ebo 56
 Rothschild, Leo 548
 Rothstein, Fritz 80*, 132*, 549
 Rottleuthner, Hubert 24*, 142*
 Rubensohn, Friedrich 110*, 72
 Ruchniewicz, Krzysztof 79*
 Rudat, Fritz 34
 Rudnicki, Max 98*, 100*, 133*, 313, 551
 Rühle, Volker 17*
 Rürup, Reinhard 32*
 Rüthers, Bernd 7*, 68*, 137*, 145*
 Rukser, Paul Friedrich 73
 Rukser, Udo 8*, 20*, 45*, 62*, 64*, 80*, 140*,
 73, 690
 Rupp, Caroline S. 113*
 Rutra, Ernst 62
 Saalfeld, Bernhard 91*, 553
 Saalfeld, Siegfried 554
 Sachs, Hans 92
 Sachs, Rudolf 555
 Sack, Karl 21*
 Sacksofsky, Ute 25*
 Safferling, Christoph 142*
 Sage (Berlin) 325
 Salier, Georg 110*, 556
 Salinger, Werner 134
 Salvarelli, François 212
 Samuelsdorff, Erich 114*, 557
 Samulon, Julius 105*, 558
 Sandak, Alfred 87*, 559
 Sandelowski, Max 105*, 560
 Sanden, Heinrich 593
 Sandler, Georg 50
 Sarre, Friedrich Carl 247
 Sauer, Carl 154
 Sauer, Emil v. 28*
 Saulmann, Margarethe 86*f.
 Scelle, Georges 43*
 Schaefer, Emanuel 174*, 179, 364
 Schaefer, Josef 83*, 561
 Schäfer, Karl 174*, 445
 Schaefer (Gestapo Königsberg/Pr.) 410
 Schätzel, Walter 139*f.
 Scharpwinkel, Wilhelm 174*, 188, 216
 Schaul, Hans 132*, 562
 Schaumburg-Lippe, Stephan Prinz zu 181*,
 109
 Schaxel, Julius 97*
 Scheer, Dr. (Zürich) 435
 Schefe, Robert 174*, 418
 Scheidemann, Jo 50*
 Scheidemann, Philipp 53*, 122*, 325
 Schellmann, Karl-Heinz 97*
 Schemm, Hans 69*, 162*
 Schendel, Kurt 114*, 563
 Scherbel, Hans 564
 Scherchen, Hermann 105*
 Scherer, Hans 27
 Scheuer, Manfred 112*, 376, 565
 Scheye, Kurt 80*, 566
 Scheyer, Ernst 80*, 74
 Schick, Bruno 568
 Schick, Erich 569

Personenindex

- Schick, Walter 174*, 250, 577, 657, 669
 Schidwigowski, Paul 133
 Schiffer, Eugen 27*
 Schiffner, Siegfried 63
 Schiller, Christof 31*
 Schillings, Max v. 131
 Schimmel, Alfred 174*, 84, 219, 400, 439, 488, 519, 593
 Schindler, Ernst 570
 Schindler, Martin 571
 Schlageter, Leo 57
 Schlegelberger, Franz 94
 Schleicher, Hugo 87*, 572
 Schleicher, Rüdiger 111*f.
 Schlesinger, Erich 104*, 573
 Schlesinger, Hans 133
 Schlesinger, Kurt 80*, 435, 574
 Schlette, Walter 175*, 487
 Schlochauer, Hans-Jürgen 140*
 Schloß, Ernst 59*
 Schloß, Heinrich 114*, 575
 Schloß, Hugo 699
 Schlüter, Michael 32*
 Schmalhausen, Bernd 32*
 Schmalz, Klaus 32*
 Schmid, Carlo 48*, 143*
 Schmid, Jonathan 59
 Schmid, Richard 112*
 Schmidt, Fritz 175*, 152, 199, 455, 464, 491, 566
 Schmidt, Walter 506
 Schmidt (Gestapo Neustadt/Weinstr.) 175*, 668
 Schmitt, Carl 43*, 145*, 439
 Schmitthammer, Arpad 212
 Schmittmann, Benedikt 102*
 Schmitz, Josephine 81*
 Schmoeckel, Mathias 78*
 Schmüling (Gestapo München) 175*, 512
 Schneeweiss, Hermann 124*
 Schneeweiss, Rudolf 124*
 Schneidemühl, Fritz 576
 Schneider, Hans 73*, 117*
 Schneider, Hans-Jürgen 32*
 Schneider, Hubert 32*
 Schnitzer, Adolf 137*
 Schnurmann, Julius 577
 Schoch, Hans-Joachim 578
 Schoeller, Karl 605
 Schönberg, Arnold 31, 43
 Schoenewald, Ottilie 579
 Schoenewald, Siegmund 98*, 100*, 529, 579
 Schönfeld, Arthur 83*, 580
 Schoenfeldt, Herbert 80*, 581
 Schoeps, Hans Joachim 39*
 Scholten, Paul 77
 Scholz, G. H. J., Dr. (Rechtsanwalt, Hamburg) 99*
 Schopflocher, Ernst 83*, 140*, 582
 Schorn, Hubert 23*
 Schott, Heinz 77*
 Schottländer, Max 90*f., 583
 Schrag, Hugo 95*, 584
 Schrag, Otto 584
 Schrag, Paul 584
 Schram, Dorothea Dora 556
 Schreiber, Hermann 86*
 Schreiber, Norbert 585
 Schreiber, Paul 86*
 Schroeder, Klaus-Peter 94*f.
 Schröder, Rudolf 174*, 59, 82, 373, 427, 565
 Schröder-Teppe, Martina 33*
 Schücking, Walter 55*
 Schüftan, Walter 80*, 586
 Schülein, Julius 82*f., 128*, 587
 Schülein, Hermann 586
 Schürholz, Franz 22*
 Schütze, Erwin 184*
 Schulenburg, Friedrich Werner Graf v. d. 181*, 47
 Schultes, Karl 98
 Schulz, Fritz 74*
 Schulze-Sölde, Max 557
 Schumann, Edith 87*
 Schumann, Willy 92
 Schumburg, Emil 56*, 138*, 181*, 3, 59, 87, 213, 385
 Schumm, Fritz 19*
 Schupp, Volker 85*
 Schwarz, Erika 32*
 Schwarz, Josef 32*
 Schwarz, Walter 247
 Schwarzenberger, Georg 108*
 Schwarzmann, Hans 181*, 57
 Schwabe, Walter 90*, 588
 Schweitzer, Ernst Emil 80*, 132*, 75
 Schweizer, Hermann 259
 Schwersenz, Manfred 80*, 590
 Schwitzgebel (Gestapo Köln) 175*, 315
 Seckel, Fritz 107*, 591
 Seckel, Hugo 7
 Seeger, Hermann 258
 Seetzen, Heinz 175*, 68, 185, 194, 475, 627
 Selig, Rudolf 307
 Seligmann, Richard 96*, 592
 Sender, Toni 70
 Sender, Walter 28
 Senne (Gestapo Breslau) 505, 686
 Sens, Otto 175*, 190, 603
 Sevenich, Maria 78
 Severing, Carl 489
 Seydewitz, Max 70

- Siegel, Julius 593
 Siegel, Michael 113*f., 32, 593
 Siemsen, Karl 98
 Silbermann, Alphons 18*
 Silberschmidt, Ludwig 110*, 76
 Simmenauer, Bernhard 595
 Simon, Erich 94*, 96*, 596
 Simon, Fritz 42
 Simon, Gustav 106, 597
 Simon, Walter 105*, 271
 Simons, Gerhard 105*
 Simons, Hans 105*, 140*
 Simons, Regula 105*
 Simson, Ernst v. 139*
 Sinclair, Hans P. 593
 Singer, Rudolf (Rudi) 47*
 Singer, Siegfried 80*, 598
 Sinzheimer, Hugo 28*, 62*, 68*, 95*f., 120*,
 131*, 60, 67, 77, 448
 Skaller, Jakob 80*, 600
 Skarbina, Franz 258
 Sobotka, Gustav 67
 Soden, Karl Oskar Frhr. v. 62
 Söchting, Karl 175*, 270
 Sokolowsky, Ralph 105*
 Soldin, Alex 133*, 601
 Solon, Fritz 10
 Sommerfeld, Adolf 602
 Sommerfeld, Arnold 45
 Sommerfeld, Ernst 100*, 132*, 133*. 602
 Sommerfeld, Max 100*, 602
 Sonder, Erich 94*, 96*, 603
 Sondheimer, Elkan 94*, 96*, 132*, 604
 Sondheimer Ernst 605
 Sorlot, Fernand 57
 Speck, Dieter 86*
 Spiecker, Carl 141*
 Spiegel, Elias 606
 Spiegel, Hans 606
 Spiegel, Kurt 606
 Spiegel, Wilhelm 19*, 126*, 133*, 607
 Spieker, Josef 22*
 Spier, Selmar 227*, 232*
 Spira, Camilla 25*
 Spitz, Friedr. 4
 Sprenger, Jakob 98
 Sproll, Joannes Bapt. 111*
 Stadler, Ludwig 92
 Staff, Ilse 25*
 Stahl, Leo 83*, 608
 Stahn, Hans N. s.u. Klepper, Otto
 Staub, Richard 83*, 609
 Stauffenberg, Berthold Schenk Graf v. 43*,
 111*f.
 Stein, Leon 91*, 610
 Stein, Nathan 96*, 611
 Steinberger, Ludwig 32
 Steinebach, Alice M. 52*
 Steinitz, Werner 91*, 612
 Steinschneider, Adolf Moritz 133*, 78, 261
 Steinschneider, Max 78
 Stenzer, Franz 126*
 Steppacher, Walter 83*, 614
 Stern, Erich 4*, 92*, 132*, 79
 Stern, Harry 107*, 132*, 616
 Stern, Heinrich 106*, 617
 Stern, Ludwig 83*, 618
 Stern, Max 83
 Stern, Moritz 107*, 619
 Stern, Robert 81, 620
 Stern, Siegfried 83*, 621
 Stern, Werner 78*f., 622
 Sternberg, Leo 137*
 Stern-Peltz, Fritz 85*, 623
 Stiefel, Ernst C. 32*, 96*, 122*, 133*, 624
 Stiefel, Erwin Sigurd 131*, 133*, 625
 Stolfa, Glauco 89
 Stolleis, Michael 24*, 32*, 43*, 67*
 Sträter, Artur 624
 Straßer, Otto 62, 391
 Strauß, Albert 91*, 626
 Strauß, Alfred 19*, 126*
 Strauß, Emil 90*, 133*, 627
 Strauss (Strauß), Ernst 85*, 80
 Strauß, Eugen 114*, 629
 Strauß, Hans 80*, 630
 Strauß, Herbert 298
 Strauss, Herbert A. 22*, 34*
 Strauß, Richard 132*, 81
 Strauß, Sigmund 298
 Strauß (Elberfeld) 573
 Streckenbach, Bruno 124*, 175*, 450
 Strecker, Reinhard 25*
 Streicher, Julius 71, 435
 Stresemann, Gustav 63*, 99
 Stuckart, Wilhelm 46*, 58*, 160*, 184*, 87
 Stühler, Albert 113*f., 132*, 632
 Stumpf, Dr. (Dublin) 74
 Sturm, Hertha s.u. Schumann, Edith
 Süßheim, Max 71
 Süßmann, Adolf 110*, 633
 Suhrkamp, Peter 84*
 Sulzberger, Martin 634
 Sulzberger, Paul 634
 Sundberg, Halvar 116*
 Surén, Friedrich 185*
 Szöllösi-Janze, Margit 103*
 Tänzer, Paul 112*, 82, 213
 Tattonet, Charles Antoine s.u. Fraenkel, Max
 Taucher, Helmut 80*, 636
 Tausk, Siegbert 16

- Tell, Ernst 578
 Tennenblatt, Simon 124*
 Tennyson Holm, H. G. *s.u.* Rehfish, Hans G.
 Teutsch, Hans 85*, 637
 Thadden, Eberhard v. 56*, 181*, 44, 73, 298,
 315
 Thälmann, Ernst 99*, 67
 Thalheimer, Siegfried 70*
 Thalmann, Emil 82*f., 132*, 83
 Theilhaber, Robert 113*f., 132*, 84
 Themal, Franz 640
 Thewalt, Paul 640
 Thieler, Katrin 89*
 Thomas, Hildegard *s.u.* Hachenburg, H.
 Thomas (Gestapo Leipzig) 176*, 288
 Thomsen, Harro 176*, 211
 Thor, Paul 487
 Thormann, Werner 3
 Thyssen, Fritz 87*
 Tichauer, Eva 65*, 91*, 641
 Tichauer, Theodor 65*, 91*, 132*, 254, 641
 Tilitzki, Christian 104*
 Tillich, Paul 80*
 Timpe, Ferdinand 64*, 131*, 132*, 133*, 85,
 482
 Tintoretto 205
 Todenhöfer, Gerhard 181*, 57, 69, 157, 165,
 212, 218, 279, 294, 340, 362, 425, 539, 563,
 584, 703, 706
 Torrès, Henri 67
 Treidel, Ernst 114*, 644
 Treidel, Josef Isidor 256, 460
 Traugott, Louis 417, 499, 643
 Trier, Edgar 645
 Trier, Walter 53
 Tröger, Rudolf 176*, 145
 Trotzki 62
 Truckenmueller (Stuttgart) 59
 Trützscher von Falkenstein, Heinz v. 181*,
 556
 Trum, Albert 132*, 646
 Tuchel, Johannes 53*
 Tucholsky, Kurt 97*, 122*
 Turner, Georg *s.u.* Rehfish, H. J.
 Tutas, Herbert E. 39*
 Tuteur, Paul 114*, 132*, 647

 Überhorst, Paul 528
 Uhlfelder, Max 593
 Uhlig, Ralph 101*
 Uhlmann, Manfred 19*, 143*
 Ulbricht, Walter 142*, 67
 Ulrich, Max 32
 Unger, Karl 288
 Urias, Siegfried 110*, 129*, 132*, 86
 Ury, Lesser 212, 258

 Ury (Paris) 95

 Veit, Heinrich 86*f., 649
 Veit, Hermann 20*, 250
 Veit, Leopold 649
 Velhagen, Adolf 181*
 Venter, Curt 176*, 25, 106, 434, 440, 646, 670
 Verrina *s.u.* Schwabe, W.
 Verto, Enrique *s.u.* Werthauer, H.
 Vogel, Fritz 83*, 650
 Vogel, Hans-Jochen 15*, 21*
 Vogel, Johann 70
 Vogeler, Heinrich 473, 557
 Voigt, Walter 112
 Voigt, Werner 112
 Vollbrecht, Hans-Joachim 176*, 466, 554, 585,
 693
 Vollmar, Matthias Rudolf 64*, 113*f., 87
 Vollmar, Gabriel 87
 Vollmar, Johannes 87
 Vollmar, Paula 87
 vom Felde, Gustav 176*, 88, 132, 159
 Voremberg, Jakob 107*, 652
 Vortisch, Friedrich 18*f.
 Vortisch, Hanns 18*

 Wachsmann, Oskar 80*, 653, 657
 Wachtel, Alex Siegfried 100*, 132*, 88
 Wachtel, Julius 107*, 655
 Wadler, Arnold 137*
 Wagner, Adolf 393
 Wagner, Friedrich Wilhelm 10*, 47*, 48*,
 139*, 141*f., 89
 Wagner, Wilhelm 212
 Waldeck, Florian 45*, 95*f., 133*, 657
 Waldeck, Hugo 107*, 658
 Waldi, Karl 98
 Waldstein, Felix 659
 Waldstein, Hans 93*, 659
 Wallerstein, Ernst 114*, 660
 Wallersteiner, Lothar 83*, 661
 Warburg, Gustav Otto 86*
 Wardacki, Alexander 120
 Warmuth, Josef 22*
 Warnecke, Friedrich 33
 Warschauer, Ernst 80*, 662
 Waßenberg, Hans 203, 247
 Wassermann, Gustav 106*, 90
 Wassermann, Rudolf 82*f., 109*, 219, 664
 Weber, August 98*
 Weber, Christoph 113*
 Weber, Franz 29*, 83*, 91
 Weber, Reinhard 32*f.
 Wedel, Wilhelm Graf v. 176*, 305
 Wedell, Hans 497
 Wedesweiler, Otto 20*

- Wehberg, Hans 140*
 Wehner, Herbert 141*
 Weichmann, Herbert 80*
 Weigert, Julius B. 94*, 96*, 666
 Weil, Bruno 137*, 667
 Weil, Ernst 83*, 667
 Weil, Heinz 140*
 Weil, Ludwig 114*, 668
 Weiler, Alfred 24*f.
 Weiler, Benny 5
 Weill, Friedrich 669
 Weill, Walter 669
 Weill-Wagener, Ernst 95*f., 669
 Weinberg, Julius 88*, 670
 Weinberg, Siegfried 5
 Weiner, Arthur 19*, 126*, 133*, 92, 235, 688
 Weiner, Paula (Pauline) 68*, 109*
 Weiner, Siegfried 109*, 93
 Weinland, Hans 132
 Weintz, Karl-Richard 176*, 1, 36, 122, 146,
 230, 249, 477, 575
 Weisbach, Arnold 133*, 673
 Weisbecker, Wilhelm 107*, 674
 Weiskopf, Franz Carl 61
 Weismann, Robert 54*, 675
 Weiß, Bernhard 7*, 54*f., 113*f., 123*, 131*,
 140*, 110, 95, 325, 675
 Weiß, Hans 80*, 676
 Weiss-Bollandt, Anton 176*, 43, 78, 80, 261,
 307, 370, 382, 591, 707
 Weißgerber (Gestapo Beuthen) 15, 136
 Weißler, Adolf 22*f.
 Weißler, Friedrich 22*f.
 Weizmann, Chaim 13
 Weizsäcker, Ernst v. 64*, 181*, 87
 Wellbrock, E. 4
 Welsch, Heinrich 138*
 Wengst, Udo 142*
 Wenmakers (Essen) 293
 Wentzel-Teutschenthal, Carl 92*
 Wenzel, Paul 98
 Wergin, Kurt 21*, 143*, 52
 Werkmeister, Karl 181*, 76, 112
 Werner, Alfred 62*, 109*, 66, 94
 Werner, Josef 94
 Werthauer, Heinrich 90*f., 95, 678
 Werthauer, Johannes 7*, 28*, 51*, 54*f., 73*,
 123*, 95, 674, 677
 Wertheim, John 96*, 680
 Wertheim, Julius 681
 Wertheim, Willy 73*, 132*, 96
 Wertheimer, Robert 60*f., 132*, 97
 Wertheimer, Robert 97
 Wertheimer, Siegwart 96*, 684
 Weskamp, Lore 570
 Wessel, Horst 8
 Westfeld, Dietrich 87*, 685
 Wettmann-Jungblut, Peter 32*
 Wicklmayr, Karl 176*, 301, 458
 Wieders, Hans 92
 Wielenga (Rechtsanwalt) 95
 Wieluner, Dittmar 80*, 686
 Wiener, Alfred 86*
 Wilde, Dietrich s.u. Güstrow, D.
 Wildt, Michael 39*
 Wilhelmi, Hans 20*
 Windesheim, Hans 132*, 687
 Windmüller, Salo 688
 Wirmer, Josef 20*f., 22*
 Wirth, Richard 27*
 Wirtz, Heinrich 497
 Wisla, Max 689
 Witiska, Josef 124*, 176*
 Witten s.u. Wittgensteiner, A.
 Wittenberg, Max 126*f.
 Wittenberg, Paul 690
 Wittgensteiner, Arno 106*, 133*, 691
 Wöhrn Fritz 176*
 Wörbelauer, Herbert 20*
 Wössner (Gestapo Karlsruhe) 548
 Wohrizek, Emil 701
 Wojak, Irmtrud 39*
 Wolf, Ernst 24*
 Wolf, Dr. (Stalupönen) 62*
 Wolf, Fritz 96*, 692
 Wolf, Hermann 56
 Wolf, Hugo 124*
 Wolf, Julius 107*, 693
 Wolf, Richard 114*, 140*, 694
 Wolf, Walter 96*f.
 Wolff, Alfred 94*, 96*, 695
 Wolff, Arthur 55*, 80*, 133*, 33, 98
 Wolff, Bernhard 137*, 142*
 Wolff, Ernst 137*
 Wolff, Eduard 695
 Wolff, Ferdinand 697
 Wolff, Gerhard(t) 698
 Wolff, Hans 96*, 132*, 699
 Wolff, Hans-Helmuth 176*, 14, 325, 507
 Wolff, Hans Julius 75*
 Wolff, Konrad 66
 Wolff, Martin 74*, 76*, 66
 Wolff, Werner 518
 Wolff (Gestapo Köln) 177*, 154
 Wolfskehl, Karl 22, 138
 Wolfsohn, Ruth 128*, 174
 Wolgast, Eike 94*
 Wolscht, Lothar 100*, 699
 Wolter, Willi 177*, 107, 501
 Wronker-Flatow, Manfred 63*, 99
 Wülfing, Kurt v. 67
 Wyrwich, Johannes 177*, 164, 571

Personenindex

- Zander, Paul 106*, 133*, 702
Zedermann, Felix 114*, 703
Zellner, Max 83*, 704
Zerfaß, Julius 71
Zimmer, Karl 67
Zimmermann, Herbert 177*, 41, 55, 332, 428,
448, 471, 482, 681
Zimmt, Kurt 73*, 705
Zippelius, Karl 20*, 311
Zöllner, Walter 91*
Zolki, Hans 105*, 706
Zürcher, Paul 24*f.
Zuntz, Max 73*, 707
Zwade, Erich 177*, 10, 242, 251, 348, 351, 353,
483, 514, 520, 559, 640, 653, 658, 666
Zweig, Arnold 448
Zweig, Stefanie 100
Zweig, Walter 80*, 100
Zwirner, Bruno 80*, 709
Zysmann, Hans 73*, 710
Zysmann, Rudi 710

Abbildungsnachweis

Bibliothek des Deutschen Bundestages: 1 (Vordere Klappe des Umschlags) ~ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes: 2 (Innenseiten des Klappenumschlags), 3 (2*), 6 (14*), 10 (238*), 11 (2) ~ Bibliothek des Bundesarchivs, Berlin: 4 (6*), 12 (160) ~ Bayerische Staatsbibliothek München: 5 (10*; Rem.III.91, Umschlagtbl.) ~ Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO), Abt. I – Entschädigungsbehörde Opfer des Nationalsozialismus, Berlin: 13 (349) ~ Deutsche Nationalbibliothek, Sammlung Exilliteratur 1933–1945 (Standort Leipzig): 14 (370).

Die abgebildeten Exlibris – 7 (146*), 8 (148*) und 9 (236*) – stammen aus Privatbesitz.

Ungeachtet größtmöglicher Sorgfalt konnten Urheber des Bildmaterials nicht in allen Fällen ausfindig gemacht werden. Es wird gegebenenfalls um Mitteilung gebeten.

„Reichsausbürgerungskartei“

Landsberg

Zuname: **Landsberg**

Vorname: **Otto**

Geboren am: **4. 12. 1869**

in: **Rhbnit**

Beruf: **Preuß. Justizminister a. D.
und Gesandter, Dr.**

Letzter inländ. Wohnsitz: **Berlin-Wilmersdorf, Schaperstr. 21**

Der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt durch Bekanntmachung vom 21.6.1938, veröffentlicht in der Nr.142 des Deutschen Reichsanzeigers und Preussischen Staatsanzeigers vom 22.6.1938.

Abb. 14: Karteikarte aus dem „Verzeichnis der Personen, denen die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden ist [„Reichsausbürgerungskartei“, Lfg. 1–212 (1938–1944, in 14 Karteikästen)], Berlin: Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern“. Aufgrund des Eigentumsnachweises „Deutsche Bücherei“ wurde die Kartei, die das Bundesarchiv mit dem Aktenbestand des Ministeriums des Innern der DDR übernommen hatte, an die Deutsche Nationalbibliothek zurückgeführt.

Deutsche Nationalbibliothek, Sammlung Exilliteratur 1933–1945 (Standort Leipzig)

Zur Dokumentation „Ausgebürgert unter dem Hakenkreuz“ in der Digitalen Bibliothek des Aschendorff Verlags

Auf Grund des „Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 14. Juli 1933 konnten „Reichsangehörige, die sich im Ausland aufhalten“, ausgebürgert werden. Die Ausbürgerung vollzog der Reichsminister des Innern „im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen“. Wirksam wurde sie mit der Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“. Die dort bis zum 7. April 1945 veröffentlichten 359 Ausbürgerungslisten enthalten die Namen und Geburtsdaten von 39.006 Personen. Die Dokumentation „Ausgebürgert unter dem Hakenkreuz“ erschließt das bürokratische Verfahren der NS-Ausbürgerungen erstmals für eine durch Ausbildung, Zulassung und Berufsausübung definierte Personengruppe: Aus ihrem Beruf ausgegrenzt und in die Emigration vertrieben, wurden in der Zeit des Nationalsozialismus mehr als 600 Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen ganz überwiegend jüdischer Herkunft durch die Ausbürgerung für staatenlos erklärt. Im Wege der *Erstreckung* wurden auch ihre Angehörigen ausgebürgert. *Sichergestellte* Vermögenswerte wurden zugunsten des Reichs eingezogen. Im weiteren Nachvollzug der Strafexpatriation kassierten die Universitäten den verliehenen Doktorgrad.

Die Dokumentation ist das Ergebnis einer Spurensuche in den Ausbürgerungslisten und in den Ausbürgerungsakten des Auswärtigen Amtes. Zwei Jahre nach der Buchveröffentlichung ist die Dokumentation im Rahmen der Digitalen Bibliothek des Aschendorff Verlags verfügbar. Das E-Book ist mit dem gedruckten Buch identisch und entspricht dem Forschungsstand bei Abschluss des Projekts im Frühjahr 2020. Die „Akten betr. Ausbürgerung“ im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes können inzwischen mit *invenio* als Digitalisate aufgerufen werden: <https://archiv.diplo.de/arc-de/im-archiv-forschen/bestellen-und-zitieren-mit-invenio>.

Ergänzend zur Buchveröffentlichung können drei nachträglich bekannt gewordene „Fälle“ dokumentiert werden:

(1.) Als „Ladwig“ im Namensregister zur Dokumentation „Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger“ von Michael Hepp (1985) verzeichnet, wurde die Ausbürgerungsakte des Berliner Rechtsanwalts und Notars **Hans Carl Ladewig** (1886–1952) nicht entdeckt. Nach seiner Emigration hatte er am 2. November 1938 der Deutschen Botschaft in Rom „eine [nicht überlieferte] Darstellung seiner politischen Vergangenheit“ zukommen lassen, die der Botschafter „dem Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin zur Kenntnis und mit dem Anheimstellen der Nachprüfung darin enthaltener Angaben übersandt[e]“. Ausgebürgert wurde Hans Carl Ladewig zusammen mit Dr. jur. (Würzburg 1921) Gertrud *Adelheid* geb. Meuschel (1897–1900), die er 1933 geheiratet hatte. Der Anwalt war gemäß der 3., vollständig überarbeiteten und erweiterten Auflage von „Anwalt ohne Recht. Das Schicksal der jüdischen Rechtsanwälte in Berlin nach 1933“ (2022) promoviert. Die Dissertation wird jedoch nicht nachgewiesen und ist auch anhand des „Karlsruher virtuellen Katalogs“ nicht nachweisbar. Eine Depromotion der jüdischen Ehefrau, deren „Dr.-Titel“ im Ausbürgerungsantrag nicht aufscheint, ist nicht nachweisbar und wurde vermutlich auch nicht vollzogen; PA/AA, RZ_214_99765_139-143; Entschädigungsanträge sind nicht registriert; für Recherche und Auskunft danke ich Angela Sponholz, Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO), Abt. I – Entschädigungsbehörde – Opfer des Nationalsozialismus (Berlin), E-Mail v. 13.2.2023; AoR, ³2022, S. 304 (mit weiteren Nachweisen).

(2) Dr. jur. (Erlangen) **Leo Heidenheimer** (1886–1954 Buenos Aires) war seit 1912 als Rechtsanwalt in Nürnberg tätig. Sein Berufs- und Lebensschicksal hat Reinhard Weber dokumentiert. Der Anwalt war in „Mischehe“ verheiratet. Den Namen der Ehefrau nennt R. Weber nicht. Nach dem Novemberpogrom 1938 im KZ Dachau inhaftiert, emigrierte der dekorierte und kriegsversehrte Frontoffizier Heidenheimer – bis zum allgemeinen Berufsverbot 1938 noch als Rechtsanwalt zugelassen – nach Argentinien, zusammen mit seiner Ehefrau, die dort als Lehrerin „im Wesentlichen“ für den Lebensunterhalt sorgte. Leo Heidenheimer war wie alle Juden, die ihren „gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland“ hatten, seit Erlass der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 nicht länger deutscher Staatsangehöriger. Diese allgemeine Ausbürgerung hatte keine von den Universitäten im Einzelfall zu vollziehende Abberkennung des Doktorgrades zur Folge. Die „deutschblütige“ Ehefrau vergaß die Gestapo nicht. Am 25. September 1944 beantragte die Staatspolizeileitstelle Nürnberg-Fürth die Ausbürgerung der „mit dem Rasse- und Bekenntnisjuden“ verheirateten „deutschblütigen[n] **Anna Mathilde Heidenheimer**“. Durch ihre *Auswanderung* habe sie „bewiesen, daß sie eine Trennung von dem jüdischen Ehepartner ablehnt, und auf die Zugehörigkeit zum Deutschtum verzichtet. In dem weiteren Zusammenleben der Mathilde Heidenheimer mit ihrem jüdischen Ehepartner ist ohne weiteres eine Verletzung der Treupflicht gegenüber Volk und Reich zu erblicken, ohne daß es eines besonderen staatsfeindlichen Verhaltens bedarf. / Eine Rückschaffung nach Deutschland bzw. eine Rückkehraufforderung der Mathilde *Heidenheimer* ist wegen des derzeitigen Krieges und der allgemeinen außenpolitischen Verhältnisse untunlich und würde einer solchen Aufforderung durch die *Heidenheimer* auch keine Folge geleistet werden.“ Inländische Vermögenswerte hatte die Gestapo nur für Leo Heidenheimer ermitteln und mit Verfügung vom 17. Februar 1942 *sicherstellen* können. „Der jüdische Ehepartner der deutschen Staatsangehörigen“, fügte der Gestapobeamte Kriminal-Kommissar Macht am Schluss an, „hat die deutsche Staatsangehörigkeit [...] verloren. Kinder sind aus dieser Mischehe nicht hervorgegangen.“ Die Ausbürgerung des „jüdischen Ehepartners“ musste daher nicht beantragt werden. Der Bitte des Reichsministers des Innern vom 16. Oktober stimmte das Auswärtige nach Prüfung der Internierten-Kartei am 30. November zu; gleichzeitig informierte Legationsrat Dr. jur. Rudolf Bobrik, Leiter des Ref. Inland II B, die Leitung der Auslandsorganisation der NSDAP „mit der Bitte um Kenntnisnahme“. Daraufhin wurde Anna *Mathilde* Heidenheimer geb. Scholl (geb. am 24. Oktober 1898 in Schwabach/Mittelfranken) mit der Liste 357 ausgebürgert. Die Bekanntmachung des Reichsministers des Innern vom 10. Januar 1945 – unterzeichnet „I. A. Eichmann“ – erschien am 23. Januar 1945 im „Reichsanzeiger“; PA/AA, RZ_214_100058_035-042; Hepp-Liste 357 (33); BHdAD I, S. 2000, S. 184f.; Weber, 2006, S. 278 (mit weiteren Nachweisen) u. 163.

(3.) Ebenfalls nach Abschluss des Projekts wurde die Ausbürgerung der nach Paris „abgewanderten“ früheren Ehefrau eines in der Dokumentation zweimal als Sozium erwähnten Berliner Anwalts und Notars festgestellt: **Lotte Hanna Katz geb. Vollmann** (geb. 1906 in Berlin) war von 1928 bis zur Scheidung 1931 mit Dr. jur. **Erich Robert (Zwi) Katz** (1893–1937) verheiratet gewesen. Der jüdische Anwalt – Spezialist auf dem Gebiet des Versicherungsrechts – wurde im November 1933 vom Schöffengericht Berlin „wegen fortgesetzten Verbrechens gem. § 36 Devisenverordnung zu 10 Jahren Zuchthaus und 100.000,- RM Geldstrafe“ verurteilt. Das Urteil wurde 1934 in II. Instanz „zu Recht erkannt“. Im Zuchthaus Brandenburg-Görden erkrankt, wurde Katz in das Krankenhaus des Untersuchungsgefängnisses Berlin-Moabit überführt, später in eine Privatklinik und danach in das Jüdische Krankenhaus in der Iranischen Straße eingewiesen. Dort hat sich E. Katz „wahrscheinlich“ das Leben genommen. Lotte Katz war für die Gestapo 1940 ein unbeschriebenes Blatt. „In politischer Hinsicht“ war über die jüdische Emigrantin selbst „nichts Nachteiliges“ bekannt geworden. Aber sie war mit dem „wegen Devisenverbrechens“ vorbestraften, inzwischen „verstorbenen“ früheren Rechtsanwalt Katz

„verheiratet“ gewesen: „Aus der Ehe sind keine Kinder hervorgegangen“; eine Erstreckung der Ausbürgerung erübrigte sich daher. Der Ausbürgerungsakte ist noch zu entnehmen, dass das Finanzamt Moabit-West über die Beschlagnahme der im Inland hinterlassenen Vermögenswerte „der“ Katz – „etwa 5.300,- RM“ – eine Mitteilung erhalten hat; PA/AA, RZ_214_99869_225-228; Hepp, Liste 191 (125) ~ E. Katz war 1924 in Halle promoviert worden; eine *Entziehung* der Doktorwürde aufgrund der Verurteilung und des Verlusts der bürgerlichen Ehrenrechte ist nicht nachweisbar und auch in der Promotionsakte (UAHW, Rep. 23, Nr. 2248) nicht hinterlegt; für Recherche und Auskunft danke ich Annika Bechmann, M.A, Universitätsarchiv Halle, E-Mail v. 25.2.2022 ~ BArch, R 3001/62702 ~ EAB, 373901; ein Entschädigungsantrag nach Hanna Katz geb. Vollmann ist nicht registriert, siehe oben (Ladewig, Hans *Carl*) ~ Brodersen, 2012, S. 191–193 ~ AoRB, ³2022, S. 285.

In der Literatur werden zwei Rechtsanwälte genannt, die in der Dokumentation vermisst werden könnten. Einer wird dort im Zusammenhang der Aberkennung von Doktorgraden an der Universität Tübingen erwähnt. Beide zählen jedoch nicht zu den nach 1933 ausgebürgerten Rechtsanwälten, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen:

(1.) Der (ledige) Münchener Anwalt **Ludwig Mayer** (1904–1995) wurde lt. Reinhard Weber (2006, S. 246 unter Hinweis auf Hepp, Liste 272/43) ausgebürgert. Bei dem in der Liste genannten *Ludwig* Karl Mayer (geb. 1902 Lechhausen bei Augsburg) handelt es sich gemäß Ausbürgerungsakte jedoch um einen (verheirateten) „deutschblütigen“, mehrfach vorbestraften kaufmännischen Angestellten; PA/AA, RZ_214_99935_441-448.

(2.) Susanne Wein (Die Entrechtung der jüdischen Rechtsanwälte, in: Ausgrenzung, Raub, Vernichtung. „NS-Akteure“ und „Volksgemeinschaft“ gegen die Juden in Württemberg und Hohenzollern 1933 bis 1945. Hg. v. Heinz Högerle [u.a.], Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2019, S. 55–76) nennt u. a. den „Heilbronner jüdischen Rechtsanwalt **Dr. Georg Schwarzenberger**“. Tatsächlich war der 1930 in Tübingen promovierte G. Schwarzenberger (1908–1991) – seit 1931 verheiratet mit Susanna (Suse) geb. Schwarz – vor dem Berufsverbot am 1.12.1933 „Referendar beim Amtsgericht Heilbronn a. N. und im Vorbereitungsdienst bei Rechtsanwalt Dr. Neuwirth in Stuttgart“. Zusammen mit seiner Ehefrau, die als Rechtsreferendarin im November 1933 in Heidelberg promoviert worden war, emigrierte G. Schwarzenberger im Februar 1934 nach London. 1939 wurde er auf Antrag des stellvertretenden Leiters der Gestapo Stuttgart – eines promovierten Juristen – ausgebürgert. Die Ausbürgerung wurde antragsgemäß auf die „deutschblütige“ Ehefrau erstreckt. Während Georg Schwarzenberger daraufhin in Tübingen depromoviert wurde, blieb Suse Schwarzenberger von dieser Folgestrafe der Ausbürgerung in Heidelberg anscheinend verschont, vermutlich weil der Doktorgrad im Ausbürgerungsantrag (PA/AA, RZ_214_99787_475-481) unerwähnt geblieben war; zu G. Schwarzenberger vgl. Jurists Uprooted, 2004, S. 663–680 (Stephanie Steinle).

Von erkannten Druckfehlern seien drei aufgespießt und hier korrigiert:

(1.) S. 10*: Paris 1934; (2.) S. 148*, letzte Zeile ist „und Notar“ zu streichen; (3.) S. 118 (73): Udo Rukser ist in **Quillota (Chile)** gestorben.